



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### **Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### **About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

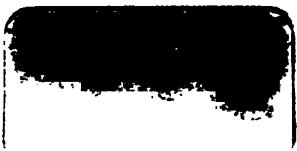
## Über Google Buchsuche

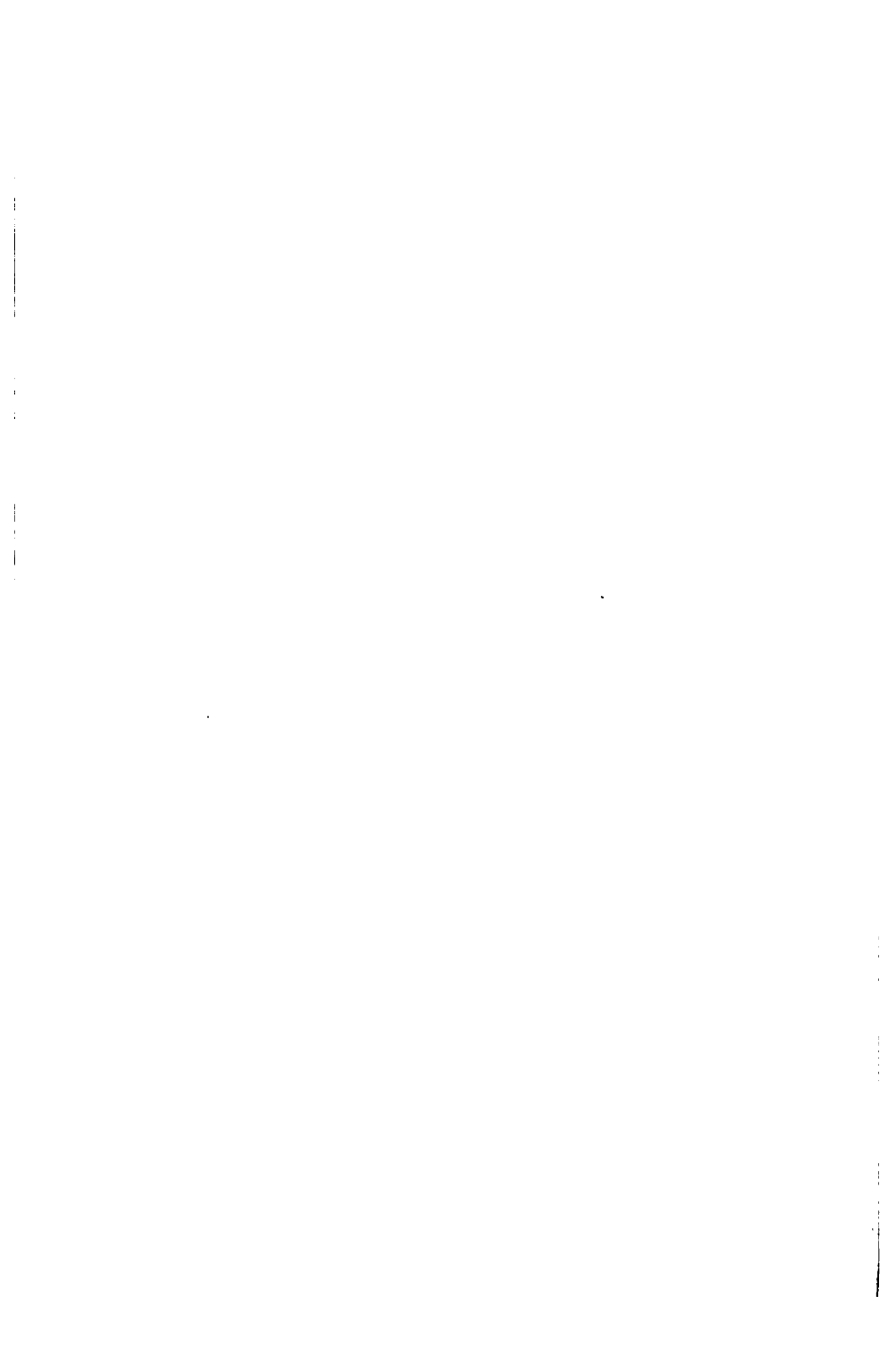
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

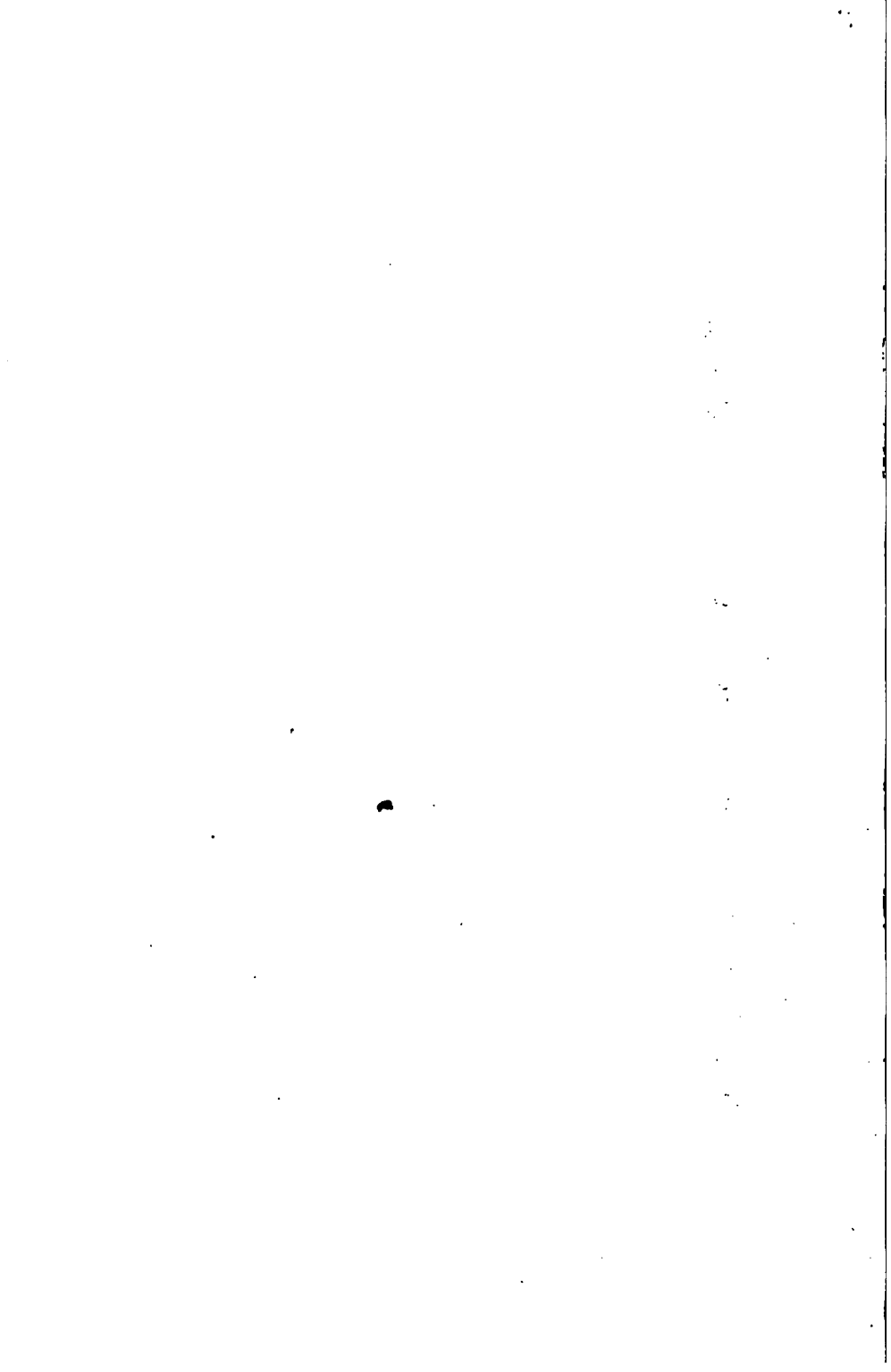
NYPL RESEARCH LIBRARIES



3 3433 08246851 7







# Politische Geschichte

der

Neuesten Zeit

1816—1890

182  
/

mit besonderer Berücksichtigung

Deutschlands.

Von

Wilhelm Müller,

vormals Professor in Tübingen.

...

Vierte verbesserte und vermehrte Auflage.



Stuttgart.

Verlag von Paul Neff.

1890.

13

Hofbuchdruckerei Greiner & Pfeiffer in Stuttgart.



## Vorwort.

Bei der Ausarbeitung der vierten Auflage dieses Werkes, welches in seinen früheren Auflagen sich einer so günstigen Aufnahme zu erfreuen gehabt hat, ist der Verfasser bemüht gewesen, eine gründliche Durchsicht eintreten zu lassen. Mehrere Abschnitte desselben haben eine gänzliche Umarbeitung erfahren, besonders diejenigen, welche die Geschichte des deutschen Zollvereins, des deutsch-dänischen Krieges, des preußisch-österreichischen Krieges und des deutsch-französischen Krieges behandeln. Die Geschichte sämtlicher in den Rahmen dieses Werkes aufgenommenen Staaten ist bis zum Jahre 1889, teilweise bis zum Jahre 1890 fortgeführt worden, daher zwei neue Abschnitte, „Die orientalische Krisis“ und „Der europäische Dreibund“, demselben beigelegt worden sind.

Die politische Geschichte von nahezu drei Vierteln unseres Jahrhunderts ist in diesen Blättern niedergelegt. Auf allen Gebieten des staatlichen Lebens sind in dieser Zeit ungeheure Fortschritte gemacht worden. Die Regierenden und die Regierten sind ganz andere geworden, als sie früher gewesen sind. Die Grundsätze der Humanität und der Nationalität haben große Triumphe gefeiert. Regierungen, wie sie in den zwanziger Jahren in Portugal, Spanien, Neapel u. s. w. bestanden haben, könnten sich heutzutage keine drei Tage halten. Die neueste Auflage der „Politischen Geschichte der Neuesten Zeit“ gibt über das Was und das Wie Aufschluß.

Ravensburg, 1. März 1890.

**W. Müller.**



## Inhalts-Verzeichniss.

| Erster Zeitraum.<br>1816—1830.   | Seite |
|--|-------|
| <b>Restaurationspolit. Verfassungs-<br/>kämpfe. Kongresse. S. 1—110.</b>   |       |
| § 1.   |       |
| Deutschland. Osterreich. Preußen.<br>S. 1—24.  | Seite |
| Stiftung der heiligen Allianz<br>(26. Sept. 1815) . . . . .  | 2     |
| Kaiser Alexander von Rußland . . . . .   | 2     |
| Fürst Metternich . . . . .   | 3     |
| Kaiser Franz von Osterreich . . . . .  | 4     |
| Das Osterreich. Regierungssystem . . . . .   | 5     |
| Die Osterreichischen Landtage und<br>der ungarische Reichstag . . . . .  | 7     |
| Patriotische Wünsche in Deutsch-<br>land, Ruf nach Verfassungen . . . . .  | 8     |
| Sachsen-Weimar geht voran . . . . .  | 8     |
| Norddeutschland. Kurfürst von<br>Hessen . . . . .  | 9     |
| Süddeutschland (Bayern, Baden,<br>Württemberg, Hessen-Darm-<br>stadt) . . . . .  | 10    |
| König Friedrich Wilhelm III.<br>von Preußen . . . . .  | 10    |
| Denunziation des Geheimrats<br>Schmalz . . . . .   | 11    |
| Aufschub des preußischen Ver-<br>fassungsprojekts . . . . .  | 12    |
| Eröffnung der Bundesversamm-<br>lung zu Frankfurt (5. No-<br>vember 1816) . . . . .  | 12    |
| Das Wartburgfest und seine<br>Folgen (18. Oktober 1817) . . . . .  | 13    |
| Stourdzas Schrift über Deutsch-<br>land . . . . .  | 13    |
| August von Rogebue . . . . .   | 14    |
| Karl Sand aus Bunsiedel . . . . .  | 15    |
| Rogebue's Ermordung<br>(23. März 1819) . . . . .   | 16    |
| Attentat auf Staatsrat Jbell<br>(1. Juli 1819) . . . . .   | 17    |
| „Nun ist die Verfassung unmög-<br>lich“ in Preußen . . . . .   | 17    |
| Politische Maßregelungen . . . . .   | 18    |
| Karlsbader Beschlüsse<br>u. Wiener Ministerkonferenzen<br>(1819 und 1820) . . . . .  | 18    |
| Übermacht der Bundesbehörde<br>über die Einzelregierungen . . . . .  | 19    |
| Entschied. Reaktion in Preußen<br>Preussische Provinzialstände (5.<br>Juni 1823) . . . . .   | 20    |
| König Wilhelm v. Württemberg<br>und sein Bundestagsgesandter<br>Wangenheim machen dem<br>Metternich'schen System ver-<br>gebens Opposition . . . . . | 20    |
| Mainzer Untersuchungskommiss.<br>König Ludwig von Bayern . . . . .   | 22    |
| Romantik und Liberalismus in<br>der Litteratur . . . . .   | 23    |
| § 2.   |       |
| Italien. Revolution in Neapel und<br>Piemont. Kongreß von Troppau und<br>Laibach S. 25—45.   |       |
| Zustände in Italien nach Na-<br>poleons Sturz . . . . .  | 25    |
| Karbonari . . . . .  | 26    |
| Papst Pius VII. und seine mittel-<br>alterlichen Ansprüche . . . . .   | 26    |
| Regierung i. Kirchenstaat, Parma,<br>Modena, Toskana . . . . .   | 27    |
| Osterreichische Verwaltung in Mai-<br>land und Venedig . . . . .   | 28    |
| Ferdinand I. König beid. Sizilien<br>Revolution in Neapel<br>(2. Juli 1820), Wilh. Pepe . . . . .  | 29    |
| Der König muß die Verfassung<br>beschwören (13. Juli) . . . . .  | 31    |
| Revolution in Palermo (14. Juli) . . . . .   | 32    |
| Sizilien will Personalunion mit<br>Neapel, wird durch neapolita-<br>nische Truppen unterworfen . . . . .   | 33    |

|  | Seite |  | Seite |
|--|-------|--|-------|
| Rüstungen Osterreichs u. d. Kongress zu Troppau (Oktober 1820)   | 34    | Ferdinand sucht Hilfe in Frankreich (22. Juli 1822)                            | 51    |
| Eindrücke der Troppauer Beschlüsse in Neapel   | 35    | Kongress zu Verona (Okt. 1822)   | 52    |
| Kongress zu Laibach (Jan. 1821)  | 36    | Die französische Intervention beschlossen                                      | 53    |
| Einmarsch der Ostreicher beslossen   | 36    | Abreise der Cortes und des Königs nach Sevilla und Cadix (20. März 1823)       | 53    |
| Schlechte Kriegsrüstungen in Neapel  | 37    | Herzog von Angoulême unterwirft ganz Spanien (1823)                            | 53    |
| Treffen bei Riети (7. März 1821), Auflösung des Heeres   | 37    | Das Wüten der „Dummheit und des Fanatismus“                                    | 56    |
| Ostreicher in Neapel, Reaktion   | 38    | Don Karlos u. die Apostolischen  | 56    |
| Restauration in Sardinien nach 1814  | 39    | Aufhebung des salischen Gesetzes, Marie Christine und Königin Isabella (1830)  | 57    |
| Die patriotische Jugend u. Karl Albert   | 40    | Die span. Kolonien in Amerika  | 58    |
| Revolution in Alessandria und Turin (10. u. 12. März 1821)   | 41    | Losreißung derselben v. Spanien  | 59    |
| Abdankung des Königs Viktor Emanuel  | 42    | England erkennt ihre Unabhängigkeit an (1. Jan. 1825)                          | 60    |
| Zweideutigkeiten Karl Alberts  | 42    | Portugal unt. Lord Beresford   | 60    |
| Niederlage bei Novara (8. April)   | 43    | Revolution in Portugal und Brasilien (1820)                                    | 61    |
| Unterdrückung der sardinischen Revolution  | 43    | König Johann beschwört in Lissabon die neue Verfassung (1. Oktober 1822)       | 61    |
| Osterreich. Racheakte in Mailand   | 44    | Gegenbestrebungen der Königin Karlotta und ihres Sohnes Don Miguel             | 62    |
| Zustände Italiens im dritten Jahrzehnt   | 44    | Losreißung Brasiliens von Portugal, Pedro Kaiser von Brasilien (15. Nov. 1825) | 63    |
| Prophezeiung des Kardinals Bernetti  | 45    | Königin Maria da Gloria  | 63    |
| § 3.   |       | Don Miguel macht sich zum König und Tyrannen von Portugal (26. Juni 1828)      | 64    |
| Spanien und seine amerikanischen Kolonien. Portugal und Brasilien. Der Kongress zu Verona und die französische Intervention. S. 45—66. |       | Versuche der Konstitutionellen, ihn zu stürzen                                 | 65    |
| Verfassung von 1812 und König Ferdinand VII.   | 45    | Don Pedro landet in Portugal, besiegt und vertreibt Don Miguel (1832—34)       | 65    |
| Aufhebung d. Verfassung (4. Mai 1814)  | 46    | Donna Maria als Königin von Portugal   | 66    |
| Wirtschaft der Amarilla  | 47    | § 4.   |       |
| Aufstände im zweiten Jahrzehnt   | 48    | Großbritannien. S. 67—75.  |       |
| Mit dem Aufstand Rafael Riego's beginnt die Revolution (1. Januar 1820)  | 49    | Günstige Verhältnisse in England   | 67    |
| Ihr Sieg in Madrid und ganz Spanien  | 49    | Mißverhältnis zwischen Adel und Volk, zwischen Reich und Arm                   | 68    |
| Die Verfassung von 1812 proklamiert  | 50    | Notwendigkeit ein. Parlamentsreform.   | 68    |
| Verkauf der Kirchengüter, Herrschaft der Radikalen   | 50    |  |       |

|  | Seite |  | Seite |
|--|-------|--|-------|
| Lord Castlereagh auswärtiger Minister                              | 69    | Sein Sohn, Ibrahim Pascha, landet in Kreta (1824) und Morea (1825)                       | 84    |
| Blutbad v. Manchester (16. Aug. 1819)                              | 70    | Katakrophe v. Mesolongi (22. April 1826)   | 86    |
| Die sechs Knebelbills  | 70    | Die Akropolis von Athen erobert (5. Juni 1827)   | 86    |
| Thistlewood's Verschwörung (23. Febr. 1820)                        | 70    | Verzweifelte Lage Griechenlands  | 86    |
| König Georg IV. und sein Scheidungsprozeß (1820)                   | 71    | Steigende Teilnahme des Abendlands   | 87    |
| Castlereagh schneidet sich den Hals ab (12. Aug. 1822)             | 72    | Kapodistrias zum Präsidenten gewählt (11. April 1827)                                    | 87    |
| Canning wird auswärtiger Minister (12. Sept. 1822)                 | 73    | Das Petersburger Protokoll (4. April 1826) und der Londoner Vertrag (6. Juli 1827)       | 87    |
| Seine Wirksamkeit u. sein früher Lob (8. Aug. 1827)                | 74    | Seeschlacht von Navarin (20. Okt. 1827)  | 89    |
| Das Ministerium Wellington   | 74    | Der französische General Maison landet in Morea und zwingt Ibrahimz. Einschiffung (1828) | 90    |
| Irlands Verhältnis zu England                                      | 74    | Die Präsidentschaft Kapodistrias (1828)  | 90    |
| O'Connell und die Katholiken-Emancipation (18. Apr. 1829)          | 75    | Prinz Leopold von Sachsen-Koburg (1830)  | 91    |
| § 5.   |       |  |       |
| Griechenland, Türkei, Rußland.                                     |       |  |       |
| S. 75—97.  |       |  |       |
| Unverträgliche Zustände in Griechenland                            | 75    | Kapodistrias Ermordung (9. Okt. 1831) u. sein Bruder Augustin                            | 91    |
| Die Hetäre   | 76    | König Otto von Griechenland (1832)   | 91    |
| Ausbruch der griechischen Revolution (1821)                        | 77    | Rußland und unt. Kaiser Alexander Militärverschwörung in Petersburg (26. Dez. 1825)      | 94    |
| Ypsilanti und Georgios in den Donaufürstentümern                   | 77    | Kaiser Nikolaus  | 94    |
| Mezeleien in Konstantinopel  | 78    | Kriegserklärung Rußlands an die Türkei (26. April 1828)                                  | 95    |
| Aufstand in Morea und dem übrigen Griechenland                     | 79    | Aufstand und Vernichtung der Janitscharen (1827)   | 95    |
| Erste Nationalversammlung der Griechen (1822)                      | 79    | Russisch-türkischer Krieg von 1828   | 96    |
| Maurokordatos u. Kolokotronis                                      | 79    | Russisch-türkischer Krieg von 1829. Friebe von Adrianopel (14. Sept.)                    | 97    |
| Blutbad v. Chios (11. April)                                       | 79    | § 6.   |       |
| Kanaris sprengt das türkische Admiralschiff in die Luft (18. Juni) | 80    | Frankreich und die Restauration der Bourbonen. S. 97—110.                                |       |
| Schlechte Erfolge der türkischen Landtruppen                       | 81    | Die franz. Charte u. die Parteien  | 98    |
| Der Kongreß zu Verona behandelt die Griechen als Rebellen          | 81    | Die Ultras u. d. Konstitutionellen   | 98    |
| Zwietracht der Griechen  | 82    | Ludwig XVIII. und der Graf von Artois  | 99    |
| Martos Buzaris' Heldentod (20. Aug. 1823)                          | 82    | Die Prinzen von Angoulême und von Berry  | 99    |
| Blutbad auf Psara (Juli 1824)                                      | 82    |  |       |
| Teilnahme des Abendlands   | 82    |  |       |
| Lord Byron (19. April 1824)  | 83    |  |       |
| Mehemed Ali von Ägypten  | 84    |  |       |

|  | Seite |
|--|-------|
| Die unfindbare Kammer (1815)   | 100   |
| Racheakte der Royalisten . . .   | 100   |
| Liberales Wahlgesetz . . . . .   | 101   |
| Rücktritt des Ministeriums Richelieu (1818) . . . . .  | 101   |
| Die Ministerien Dessolles, Decazes und Richelieu (1818 bis 1820) . . . . .                                 | 101   |
| Ermordung des Herzogs von Berry (18. Febr. 1820) und Geburt des Herzogs von Bordeaux (29. Sept.) . . . . . | 102   |
| Das reaktionäre Ministerium Villèle (13. Dez. 1821) u. d. Intervention in Spanien . . . . .                | 103   |
| Ludwig XVIII. stirbt (16. Sept. 1824) . . . . .  | 104   |
| Karl X. u. seine „Kapuziner-Regierung“ . . . . .   | 104   |
| Sturz des Ministeriums Villèle (1827) . . . . .  | 105   |
| Das liberale Ministerium Martignac (4. Jan. 1828) . . . . .  | 105   |
| Das ultra-royalistische Ministerium Polignac (8. August 1829) . . . . .                                    | 106   |
| Die Opposition setzt alle Hebel an Kammerauflösung (16. Mai 1830) . . . . .                                | 107   |
| Eroberung Algiers (5. Juli) . . . . .  | 108   |
| Niederlage der Regierung bei den neuen Wahlen . . . . .  | 108   |
| Die fünf Ordnungen . . . . .   | 109   |
| <b>Zweiter Zeitraum.</b>   |       |
| 1830—1848.   |       |
| <b>Die Julirevolution und ihre Folgen für Europa.</b> S. 110—201.  |       |
| § 7.   |       |
| Frankreich und die „große Woche“. S. 110—121.  |       |
| Louis Philipp, Herzog v. Orleans   | 110   |
| Seine Irrfahrten und seine Popularität . . . . .   | 111   |
| Seine Beziehungen z. Opposition  | 112   |
| Seine Stellung z. Bourbonen-Hof  | 112   |
| Die Unruhen in Paris am 26. und 27. Juli . . . . .   | 113   |
| Der Straßenkampf am 28. Juli   | 114   |
| Sieg der Revolution am 29. Juli  | 115   |
| König Karl will zu spät einlenken  | 116   |
| Republik oder Monarchie? . . . . .   | 116   |
| Unterhandlungen mit dem Herzog von Orleans . . . . .   | 117   |
| Louis Philipp und Lafayette auf dem Stadthaus (31. Juli) . . . . .   | 118   |
| Louis Philipp als Generalleutnant von Frankreich bestellt seine Regierung . . . . .                        | 119   |
| Abreise des Hofes von St. Cloud  | 119   |
| Abdankung Karls zu Gunsten seines Enkels (2. Aug.) . . . . .   | 119   |
| Karls Einschiffung nach England (16. Aug.) . . . . .   | 120   |
| Louis Philipp König der Franzosen (8. Aug.) . . . . .  | 121   |
| § 8.   |       |
| Die Folgen der Julirevolution in Belgien, England, Deutschland, Schweiz, Italien und Polen. S. 121—155.    |       |
| Belgiens Verhältnis zu Holland   | 121   |
| Konfessioneller und sprachlicher Gegensatz . . . . .   | 122   |
| Bund der belgischen Klerikalen und Liberalen . . . . .   | 123   |
| Die Aufregung nimmt zu (1829)  | 123   |
| Ausbruch der Revolution in Brüssel (25. Aug. 1830) . . . . .   | 124   |
| Der Prinz von Oranien in Brüssel (1. Sept.) . . . . .  | 126   |
| Der König sucht die Unterhandlungen hinauszuziehen . . . . .   | 126   |
| Prinz Friedrich greift Brüssel an und wird zurückgeschlagen (23.—26. Sept.) . . . . .                      | 127   |
| Die Dynastie Oranien ist unmöglich . . . . .   | 127   |
| Die Zugeständnisse des Königs kommen zu spät . . . . .   | 128   |
| Der Feldzug von Antwerpen (Oktober) . . . . .  | 128   |
| Belgien konstituiert sich als selbstständiger Staat (10. Nov.) . . . . .                                   | 128   |
| Leopold v. Sachsen-Koburg zum König gewählt (4. Juni 1831)   | 129   |
| Die Holländer rücken in Belgien ein (2. Aug.) . . . . .  | 130   |
| Ein französisches Heer nimmt   |       |

| Seite |   | Seite |
|-------|---|-------|
| 130   | die Citabelle von Antwerpen<br>(23. Dez.)   | 147   |
| 131   | Leopold als Konstitution. Muster-<br>könig  | 148   |
| 131   | Thronbesteigung des Königs<br>Wilhelm IV. von England<br>(26. Juni 1830)  | 148   |
| 132   | Das Ministerium Wellington<br>macht dem reformfreundlichen<br>Minister Grey Platz (16. Nov.)  | 149   |
| 133   | In Norddeutschland wer-<br>den Repräsentativ-Verfassun-<br>gen verlangt   | 150   |
| 133   | Herzog Karl v. Braunschweig<br>vertrieben (7. Sept. 1830)   | 150   |
| 134   | Sein Bruder Wilhelm folgt ihm<br>mit Genehmigung des Bundes<br>und gibt eine Verfassung   | 150   |
| 135   | Kurfürst Wilhelm II. v. Hessen<br>muß eine Verfassung geben u.<br>macht seinen Sohn zum Mit-<br>regenten (5. Jan. u. 30. Sept.<br>1831) | 152   |
| 136   | Bauernaufstand in Oberhessen<br>(Sept. 1830)  | 152   |
| 137   | Der König von Sachsen muß<br>eine Verfassung geben (4. Sept.<br>1831)   | 153   |
| 137   | In Hannover wird Graf<br>Münster gestürzt u. eine Ver-<br>fassung eingeführt (1833)   | 153   |
| 138   | Patrizier-Regier. in d. Schweiz,<br>Verhältnis zwischen Stadt u.<br>Landschaft  | 153   |
| 139   | Verfassungsänderungen in den<br>meisten Kantonen (1830—32)  | 154   |
| 140   | Aufregung im Kirchenstaat   | 154   |
| 141   | Die Napoleoniden  | 154   |
| 141   | Aufstände in Modena, Parma,<br>Vologna (1831)   | 154   |
| 142   | Papst Gregor XVI.   | 154   |
| 142   | Die Östreicher unterdrücken die<br>italienische Revolution (März)   | 156   |
| 144   | Die Franzosen besetzen Ancona<br>(23. Febr. 1832)   | 156   |
| 144   | Stimmung in Polen unter<br>Kaiser Nikolaus  | 157   |
| 145   | Großfürst Konstantin als Gon-<br>verneur  | 157   |
| 146   | Beschwörungspläne   | 158   |
| 146   | Das Parteinewen in Polen  | 158   |
|       | Ausbruch der Revolution<br>(29. Nov. 1830)  | 147   |
|       | Sieg in Warschau, Abzug der<br>Russen.  | 148   |
|       | General Chlopicki Diktator<br>(5. Dez.)   | 148   |
|       | Er legt die Diktatur nieder   | 149   |
|       | Der Reichstag spricht die Unab-<br>hängigkeit Polens u. die Ab-<br>setzung der Dynastie Romanow<br>aus (25. Jan. 1831)                  | 150   |
|       | Einmarsch der Russen unter<br>Diebitich   | 150   |
|       | Schlachten von Grochow<br>(25. Febr.) u. Ostrolenka<br>(26. Mai)  | 150   |
|       | Die Revolutionierung d. altpol-<br>nischen Provinzen mißlingt   | 151   |
|       | Böbel-Grzeffe in Warschau<br>(15. Aug.)   | 152   |
|       | Unfähigkeit d. polnischen Ober-<br>befehlshaber   | 152   |
|       | Graf Baskewitsch übernimmt<br>den russischen Oberbefehl   | 152   |
|       | Einzug der Russen in<br>Warschau (8. Sept.)   | 153   |
|       | Der Rest der poln. Armee ver-<br>läßt das Vaterland (5. Okt.)   | 153   |
|       | Nikolaus sucht die polnische Na-<br>tionalität zu vernichten  | 154   |
|       | Die Russen in Kaukasus, in<br>Turan und der Mandchurei  | 155   |
|       | § 9.  |       |
|       | Spanien und Portugal. S. 155—161.   |       |
|       | Ausbruch des Bürgerkriegs in<br>Spanien (1833)  | 155   |
|       | Der Thronprätendent Don<br>Karlos   | 155   |
|       | Die Regentin Marie Christine<br>schließt die Quadrupelallianz<br>(22. April 1834)   | 156   |
|       | Espartero besiegt die Karlisten   | 156   |
|       | Der Vertrag von Bergara<br>(31. August 1839)  | 157   |
|       | Die Regentin bekommt reaktio-<br>näre Anwandlungen  | 157   |
|       | Sie muß die Verfassung von<br>1837 beschwören   | 158   |
|       | Sie macht Espartero z. Minister-<br>präsidenten (16. Sept. 1840)  | 158   |

|  | Seite |  | Seite |
|--|-------|--|-------|
| Vermählung mit Munoz u. Niederlegung der Regenschaft . . .   | 159   | Die Westmächte vermitteln den Frieden von Kutajah (6. Mai 1833) . . .              | 170   |
| Espartero als Regent (8. Mai 1841) . . .   | 159   | Rußland schließt mit der Türkei den Vertrag v. Unkar-Steleffi (8. Juli 1833) . . . | 170   |
| Er wird durch Christine und Harbaez gestürzt (1843) . . .  | 159   | Die Interessen Mehemed Ali's u. der Engländer durchkreuzen sich                    | 170   |
| Isabella übernimmt d. Regierung  | 159   | Handelsvertrag zwisch. England und der Türkei (1839) . . .                         | 170   |
| Die spanische Heirat und Louis Philipp (16. Okt. 1846) . . .   | 160   | Zweiter türkisch-ägyptisch. Krieg (Nisib 24. Juni 1838) . . .                      | 171   |
| Zustände in Portugal . . .   | 160   | Moltke im türk. Hauptquartier  | 171   |
|  |       | Sult. Mahmud stirbt (30. Juni), sein Sohn Abdul Mehmed . . .                       | 171   |
| § 10.  |       | Quadrupelvertrag vom 15. Juli 1840   | 172   |
| England. S. 161—168.   |       | Unterwerfung Mehemed Ali's durch die Großmächte . . .                              | 172   |
| Die Parlamentsreform im Unterhaus angenommen, im Oberhaus verworfen (1831) . . .                       | 161   |  |       |
| Das Oberhaus muß nachgeben (4. Juni 1832) . . .  | 163   | § 12.  |       |
| Die Chartisten stellen ihre Volksharte auf (1839) . . .  | 163   | Deutschland, Osterreich, Preußen.  |       |
| Aufhebung d. Korngesetze (1846)  | 164   | S. 172—183.  |       |
| Fortdauer der Mißstände in Irland  | 164   | Feier des Hambacher Festes (24. Mai 1832) . . .                                    | 173   |
| O'Connell erhebt den Ruf nach Repeal   | 164   | Frankfurter Attentat (3. April 1833) . . .   | 173   |
| England wird den Irländern nicht gerecht (Jenier) . . .  | 165   | Metternich weiß dies zu verwerten . . .  | 173   |
| Sklaven-Emancipationsbill (1833) . . .   | 165   | Zentral-Untersuchungskommission in Frankfurt . . .                                 | 174   |
| Die Dranienmänner und der Herzog v. Cumberland (1836)  | 166   | König Ernst August von Hannover hebt die Verfassung auf (3. Juli 1837) . . .       | 175   |
| Viktoria besteigt den Thron (20. Juni 1837) und vermählt sich mit Prinz Albert von Coburg (1840) . . . | 167   | Die Göttinger Sieben . . .   | 176   |
| Ausbreitung d. engl. Herrschaft in Hinter- und Vorderindien  | 167   | Der Bundesstag weist die Klage der hannoverschen Stände ab                         | 176   |
| Krieg mit Afghanen u. Chinesen   | 167   | Österreichisches Stillleben unter Ferdinand I. . . . .                             | 177   |
| Englisch-französische Expedition nach China, Handel mit Japan  | 168   | Neuer Polenaufrstand, Krakau wird Osterreich einverleibt (1846) . . .              | 177   |
|  |       | Die Protectors-Rolle d. Kaisers Nikolaus in Deutschland . . .                      | 177   |
| § 11.  |       | Gründung des Zollvereins . . .   | 178   |
| Türkei und Agypten. S. 168—172.  |       | Streit wegen der gemischten Ehen in Preußen (1837) . . .                           | 179   |
| Mehemed Ali verlangt Damaskus . . .  | 168   | Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (7. Juni 1840) . . .                             | 179   |
| Ibrahim Pascha rückt in Syrien ein und schlägt die türk. Heere (Konieh 20. Dez. 1832) . . .            | 169   | Seine Stellung zur Verfassungsfrage . . . . .                                      | 180   |
| Rußland bietet der Türkei seine Hilfe an . . . . .   | 169   |  |       |



|   | Seite |
|---|-------|
| Kirchliche Reaktion u. Hegel'sche Philosophie   | 181   |
| Der heilige Rook in Trier u. der Deutschkatholizismus (1844)  | 181   |
| Der Vereinigte Landtag und die Thronrede (11. April 1847)   | 182   |
| Der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren . . . . .   | 183   |
| § 13.   |       |
| Die Schweiz und der Sonderbund. S. 183—186.   |       |
| Das Siebener-Konkordat u. der Sarner-Bund   | 183   |
| Die Flüchtlinge in der Schweiz, der Einfall in Savoyen (1834), Louis Napoleon auf Arenenberg (1838) | 184   |
| Der Straußen-Butsch in Zürich (1839)  | 184   |
| Klosteraufhebung in Aargau (1841)   | 185   |
| Sonderbund und Jesuitenfrage  | 185   |
| Befiegung des Sonderbundes u. Gründung einer neuen Bundesverfassung (1847 u. 1848)                  | 186   |
| § 14.   |       |
| Frankreich unter Louis Philipp. S. 186—201.   |       |
| Juste milieu  | 186   |
| Die Parteien in Frankreich  | 187   |
| Prozeß Balignac's und seiner Kollegen   | 188   |
| Ministerium Laffitte (2. Nov. 1830)   | 188   |
| Das republikanische Triumvirat tritt ab   | 188   |
| Ministerium Périer (31. März 1831)  | 189   |
| Die Herzogin v. Berry und die Legitimisten  | 189   |
| Republikanische Aufstände   | 190   |
| Ministerium Soult (11. Okt. 1832)   | 191   |
| April-Aufstände in Paris u. Lyon (1834)   | 191   |
| Hessische Höllemaschine (28. Juli 1835)   | 192   |
| Die Septemberefekte . . . . .   | 192   |

|   | Seite |
|---|-------|
| Neue Aufstände u. Nordversuche  | 192   |
| Verhältnis zu den auswärtigen Mächten   | 193   |
| Vermählung des Herzogs v. Orleans (1837)  | 193   |
| Louis Napoleons Attentat von Straßburg (30. Okt. 1836)                            | 194   |
| Ministerium Thiers (1. März 1840)   | 194   |
| Die Überreste Napoleons werden von St. Helena nach Paris gebracht (15. Dez. 1840) | 194   |
| Louis Napoleons Attentat von Boulogne (6. Aug. 1840) u. Gefangenschaft in Ham     | 195   |
| Befestigungen von Paris   | 195   |
| Ministerium Soult-Guizot (29. Okt. 1840)  | 196   |
| Kämpfe der Franzosen in Algier (Abdel Kader)                                      | 196   |
| Tod des Herzogs von Orleans (18. Juli 1842)                                       | 198   |
| Skandal-Prozesse, wofür die Regierung verantwortlich gemacht wird                 | 198   |
| Minister. Guizot (Sept. 1847)   | 199   |
| Thiers u. Odilon Barrot machen ihm Opposition                                     | 199   |
| Reformbankette (1847)   | 199   |
| Kämpfe in der Kammer  | 200   |
| Verbot des Reformbanketts vom 22. Febr. 1848                                      | 200   |
| Aufregung unter den Massen  | 200   |

### Dritter Zeitraum.

1848—1863.

**Februar-Revolution und ihre Folgen. Das zweite Kaiserreich und seine Übermacht in Europa.**  
S. 201—325.

§ 15.

|  |     |
|--|-----|
| Die Februar-Revolution, die französische Republik und das Kaiserreich. S. 201—218. |     |
| Die Republikaner rüsten sich   | 201 |
| Ministerium Molé (23. Febr.)   | 201 |
| Ein verhängnisvoller Schuß   | 202 |
| Minist. Barrot-Thiers (24. Febr.)  | 202 |

|  | Seite |   | Seite |
|--|-------|---|-------|
| Revolution vom 24. Febr. 1848  | 202   | § 16.   |       |
| Abdankung und Abreise Louis Philipps   | 203   | Italien. S. 218—228.  |       |
| Die Herzogin v. Orleans in der Deputiertenkammer   | 203   | Papst Pius IX. tritt als Reformator auf   | 219   |
| Louis Philipp flüchtet sich mit seiner Familie nach England                                      | 205   | Graf Rossi (15. Nov. 1848)  | 220   |
| Einführung einer provisorischen Regierung  | 206   | Pius flieht nach Gaeta (24. Nov.)   | 220   |
| Proklamierung der Republik   | 207   | Rom u. Toskana als Republikten proklamiert (5. Febr. 1849)                            | 221   |
| Errichtung der Nationalwerkstätten   | 208   | Der französische General Dubinot nimmt Rom ein (4. Juli)                              | 222   |
| Arbeiter-Parlament   | 208   | Rückkehr v. Paptes (4. Apr. 1850)   | 222   |
| Pläne der Sozialdemokraten   | 208   | Aufstand in Sizilien (12. Jan. 1848)  | 222   |
| Ihre Niederlage bei den Wahlen zur Nationalversammlung   | 209   | Ausschluß der Dynastie Bourbon  | 223   |
| Einführung einer Vollziehungskommission (10. Mai)  | 209   | Aufstand in Neapel  | 223   |
| Sozialdemokratischer Aufstand v. 15. Mai   | 209   | Neapel von Soldaten u. Lazzaroni geplündert (15. Mai 1848)                            | 223   |
| Louis Napoleon zum Deputierten erwählt   | 210   | Sizilien besiegt und in das alte Verhältnis zurückgeführt                             | 224   |
| Der sozialdemokratische Juni-Aufstand v. Cabaignac unterdrückt                                   | 211   | Mailand u. Venedig erheben sich gegen Osterreich (18. u. 22. März)                    | 225   |
| Cabaignac zum Haupt der Vollziehungsgewalt ernannt (28. Juni)                                    | 211   | Karl Albert v. Sardinien rückt in Mailand ein   | 226   |
| Proklamierung der neuen Verfassung (12. Nov.)  | 212   | Radecki siegt bei Custozza (25. Juli) u. schlägt die Sardinier über den Ticino zurück | 226   |
| Umtriebe Napoleons und seiner Freunde  | 212   | Karl Albert fängt auf's neue Krieg an (20. März 1849)                                 | 227   |
| Louis Napoleon Präsident (20. Dez.)  | 212   | Seine Niederlage bei Novara (23. März), Abdankung, Abreise und Tod (26. Juli)         | 227   |
| Zwiespalt zwischen dem Präsidenten und der gesetzgebenden Versammlung                            | 213   | Victor Emanuel II. schließt Frieden   | 228   |
| Napoleonische Agitation für Verfassungs-Revision   | 214   | Hannau in Brescia (1. April)  | 228   |
| Die Verschwörung   | 215   | Venedig kapituliert (22. Aug.)  | 228   |
| Staatsstreich v. 2. Dez. 1851  | 215   | Hoffnung auf das savoysche Kreuz  | 228   |
| Napoleon durch 7 $\frac{1}{2}$ Millionen Stimmen zum Präsidenten auf 10 Jahre erwählt (21. Dez.) | 216   | § 17.   |       |
| Konfiskation der Güter der Orleans (22. Jan. 1852)   | 217   | Revolutionen in Deutschland, Osterreich und Preußen. S. 229—272.                      |       |
| „Das Kaisertum ist der Friede“   | 217   | Allgemeiner Haß gegen das Bundesystem   | 229   |
| Napoleon III. Kaiser der Franzosen (2. Dez. 1852) und seine Vermählung                           | 218   | Die schleswig-holsteinische Frage vermehrt die Aufregung                              | 230   |
|  |       | Forderungen der babilischen Radikalen (1847)  | 230   |
|  |       | Abgeordnetentag von Heppenheim (Ost.)   | 230   |
|  |       | Die Forderungen des Volkes in den Mittel- u. Kleinstaaten an-                         |       |

|   | Seite |   | Seite |
|---|-------|---|-------|
| genommen, Märzministerien (1848) . . . . .  | 231   | Drohende Kundgebungen in Berlin . . . . .   | 243   |
| Lola Montez in Bayern (1847)  | 231   | Revolution vom 18. März . . . . .   | 244   |
| Vorparlament in Frankfurt (31. März 1848) . . . . .   | 232   | Der König verkündigt die Freiheit und Einheit Preußens und Deutschlands (21. März)                    | 245   |
| Der Aufrstand Heders und Struves im babilischen Oberland, Treffen bei Randern (20. April) . . . . . | 232   | Aufrstand in Posen unter Mięrosławski . . . . .   | 246   |
| Die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche (18. Mai) . . . . .                             | 233   | Konstituierende Versammlung in Berlin (22. Mai) . . . . .   | 246   |
| Erzherzog Johann als Reichsverweser (12. Juli)  | 233   | Anarchische Zustände . . . . .  | 246   |
| Die Nationalversammlung und die deutschen Regierungen   | 233   | Minister. Brandenburg (2. Nov.)   | 247   |
| Streit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark . . . . .   | 235   | Die Versammlung nach Brandenburg verlegt, aufgelöst u. eine Verfassung oktroyiert (5. Dez.) . . . . . | 247   |
| Erster Feldzug in Schleswig-Holstein (1848) . . . . .   | 235   | Struves Freischarenzug nach Baden (24. Sept.) . . . . .   | 248   |
| Waffenstillstand von Malmö (26. Aug.) . . . . .   | 236   | Die Grundrechte sind in Frankfurt durchberaten; jetzt gehts endlich an die Reichsverfassung           | 249   |
| Aufrstand in Frankfurt, Ermordung Auerswalbs und Lichnowskys (18. Sept.) . . . . .                  | 237   | Großdeutsche und Kleindeutsche  | 249   |
| Zustände in Wien vor der Revolution . . . . .   | 237   | Die Würde eines Kaisers der Deutschen dem König von Preußen übertragen (28. März 1849) . . . . .      | 250   |
| Revolution vom 13. März, Metternichs Abdankung . . . . .  | 238   | Die Kaiserdeputation in Berlin (3. April), der König lehnt ab   | 250   |
| Aufrstand vom 15. Mai . . . . .   | 238   | Die Reichsversammlung wendet sich an d. deutsche Volk (4. Mai)  | 251   |
| Der Kaiser flieht nach Innsbruck (17. Mai) . . . . .  | 239   | Aufstände in Preußen niedergeschlagen . . . . .   | 251   |
| Aufrstand vom 26. Mai . . . . .   | 239   | Die Preußen in Dresden (9. Mai)   | 252   |
| Die Tschechen in Prag . . . . .   | 239   | Aufrstand in der Pfalz . . . . .  | 252   |
| Windischgrätz unterdrückt die Prager Revolution (12. Juni)  | 240   | Babilischer Aufrstand und Landesausschuß . . . . .  | 253   |
| Ungünstige Stellung des Reichstags in Wien . . . . .  | 240   | Militärmenterei in Karlsruhe (13. Mai), Flucht des Großherzogs . . . . .                              | 253   |
| Oktober-Revolution u. Latours Ermordung . . . . .   | 241   | Hessen-Darmstadt will nicht mitthun . . . . .   | 254   |
| Windischgrätz rückt vor Wien  | 241   | Die letzten Tage in Frankfurt (30. Mai) . . . . .   | 255   |
| Wien erfürmt (31. Okt.), Robert Blum . . . . .  | 242   | Rumpfparlament in Stuttgart (6. u. 18. Juni) . . . . .  | 255   |
| Der Reichstag nach Kremfier verlegt (22. Okt.) . . . . .  | 242   | Die Preußen in der Pfalz . . . . .  | 256   |
| Minist. Schwarzenberg (21. Nov.)  | 243   | Die Preußen in Baden . . . . .  | 256   |
| Abdankung d. Kaisers Ferdinand, Regierungsantritt Franz Josephs (2. Dez.) . . . . .                 | 243   | Östreich u. Ungarn, Kossuth   | 257   |
| Auflösung des Reichstags in Kremfier (7. März 1849) . . . . .                                       | 243   | Das ungarische Ministerium und der Reichstag . . . . .  | 258   |
|   |       | Ungarn und Kroatien . . . . .   | 259   |

|  | Seite |
|--|-------|
| Lamberg's Ermordung (27. Sept. 1848)   | 260   |
| Windischgrätz zieht in Ungarn ein  | 260   |
| Siege der Ungarn unter Görgei und anderen  | 261   |
| Haus Habsburg abgesetzt (14. April 1849)   | 262   |
| Ungarn Republik  | 262   |
| Die Russen rücken unter Paskevitch, die Östreicher unter Haynau in Ungarn ein        | 262   |
| Görgei streckt bei Vilagos die Waffen (18. Aug.)                                     | 263   |
| Unterwerfung Ungarns   | 264   |
| Zweiter Feldzug in Schleswig-Holstein (1849)   | 264   |
| Dritter Feldzug in Schleswig-Holstein, Schlacht bei Idstedt (25. Juli 1850)          | 266   |
| Was soll nun aus Deutschland werden?   | 266   |
| Dreikönigsbündnis, Gothaer, Erfurter Parlament, Union mit preussischer Spitze (1850) | 267   |
| Dreifürstenbündnis von Bregenz (11. Okt. 1850)                                       | 268   |
| Der kurhessische Konflikt  | 268   |
| Preußen macht mobil  | 269   |
| Bronzell und Olmütz (29. Nov. 1850)  | 269   |
| Die beiden Großmächte liefern Schleswig den Dänen aus                                | 270   |
| Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852   | 270   |
| Dresdener Konferenzen  | 271   |
| Der Bundestag steht wieder auf (30. Mai 1851)  | 271   |
| § 18.  |       |
| Der Krimkrieg. S. 272—291.   |       |
| Kaiser Nikolaus' und der franke Mann   | 272   |
| Nikolaus Anerbietungen an England und Frankreich                                     | 273   |
| Menzikow's Sendung nach Konstantinopel (2. März 1853)                                | 274   |
| Die Russen rücken in den Donaufürstentümern ein (2. Juli)                            | 275   |
| Eine türkische Flotte bei Sinope vernichtet (30. Nov.)                               | 276   |

|  | Seite |
|--|-------|
| Kriegserklärung der Westmächte an Rußland (28. März 1854)                                    | 276   |
| Die Christen in der Türkei regen sich nicht  | 277   |
| Griechenland im Zaum gehalten  | 277   |
| Die Russen gehen über die Donau zurück (21. Juni)  | 278   |
| Heldenthaten der Westmächte in der Ostsee  | 278   |
| Sie schicken Landtruppen nach Warna  | 279   |
| Exped. n. d. Krim (14. Sept. 1854)   | 279   |
| Schlacht an b. Alma (20. Sept.)  | 279   |
| Stellg. vor Sebastopol (27. Sept.)   | 279   |
| Ausfälle der Russen  | 280   |
| Österreich thut nicht mit, aber Sardinien (26. Jan. 1855)                                    | 281   |
| Nikolaus stirbt (2. März 1855), sein Sohn Alexander II.                                      | 281   |
| Beslissener übernimmt den Oberbefehl   | 282   |
| In der Ostsee 1855   | 283   |
| Erfürmung Sebastopols (8. Sept. 1855)  | 284   |
| Die Festung Kars in Asien (28. Nov.)   | 284   |
| Der Pariser Friede (30. März 1856)   | 284   |
| Sattischeris v. Gülhane und Hat Hümayun  | 286   |
| Sultan Abdul Aziz (26. Juni 1861)  | 286   |
| Rumänien unter Kusa und Karl v. Hohenzollern   | 286   |
| Absetzung König Otto's v. Griechenland (Okt. 1862) u. Thronbesteigung Georg's I. (Okt. 1863) | 287   |
| Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland   | 288   |
| Die Polen verlangen ihre alten Grenzen   | 289   |
| Sie erheben sich v. werden überwältigt (1863)  | 290   |
| § 19.  |       |
| Italienischer Krieg. S. 291—313.   |       |
| Graf Cavour auf dem Friedenskongreß zu Paris (1856)  | 291   |
| Österreichs Konordat (18. Aug. 1855) u. Stellung zu Deutschland                              | 292   |

|   | Seite' |
|---|--------|
| Preußen unter Friedrich Wilhelm IV.   | 293    |
| Entwicklung des Zollvereins   | 293    |
| Der Neuenburger Putsch (2. Sept. 1856)  | 295    |
| König Wilhelm I. v. Preußen (2. Jan. 1861) u. seine Politik                   | 295    |
| Auf die italienischen Regierungen kann sich Osterreich nicht verlassen        | 296    |
| Osterreichs Stellung in Mailand und Venedig                                   | 297    |
| Die sardinische Politik   | 298    |
| Günstige Beziehungen zu den Großmächten                                       | 299    |
| Napoleons Pläne in Italien  | 299    |
| Orfinis Handgranaten (14. Jan. 1858) und Testament                            | 300    |
| Die „Verschwörung“ von Plombières   | 301    |
| Cavour's Verhandl. mit Preußen  | 301    |
| Der Neujahrsgruß in den Tuilerien (1859)                                      | 301    |
| Napoleons Anträge an Preußen  | 302    |
| Die Ostreicher gehen über den Ticino (28. Apr.)                               | 303    |
| Ankunft der französischen Armee unter Napoleon                                | 304    |
| Schlacht b. Magenta (4. Juni)   | 304    |
| Mittelitalien erhebt sich   | 304    |
| Schlacht bei Solferino (24. Juni)   | 305    |
| Waffenstillstand von Villafranca (8. Juli)                                    | 306    |
| In Italien geht nicht alles nach Napoleons Wunsch                             | 306    |
| In Deutschland noch weniger   | 307    |
| Preußen ist Napoleon und den Osterreichern verdächtig                         | 307    |
| Präliminarien von Villafranca (11. Juli) und der Friede von Zürich (10. Nov.) | 308    |
| Fast ganz Mittelitalien schließt sich an Sardinien an                         | 308    |
| Frankreich annektiert Savoyen und Nizza                                       | 308    |
| Garibaldi landet in Sizilien u. Neapel (1860)                                 | 309    |
| Er will auf Rom losgehen  | 309    |
| Lamoriciera b. Castelfidardo (18. Sept. 1860)                                 | 310    |

|   | Seite |
|---|-------|
| Anschluß Neapels und Siziliens an Sardinien             | 311   |
| Belagerung von Gaeta (13. Febr. 1861)                   | 311   |
| König v. Italien u. italien. Parlament (18. Febr. 1861) | 311   |
| Schwierigkeiten im Innern                               | 311   |
| Graf Cavour stirbt (6. Juni 1861)                       | 312   |
| Garibaldi bei Aspromonte (28. Aug. 1862)                | 312   |
| Verlegung der italien. Hauptstadt nach Florenz (1865)   | 313   |
| Abzug der Franzosen von Rom (1866)                      | 313   |

§ 20.

Außereuropäische Länder.

S. 313—325.

|  |     |
|--|-----|
| Ostindien unter d. Herrschaft einer engl. Handelskompanie                | 313 |
| Aufstand der Sipahis (9. Mai 1857)                                       | 314 |
| Ostindien wird unterworfen u. englische Provinz                          | 315 |
| Kaiserin von Indien  | 315 |
| Die amerikanischen Junker  | 316 |
| Langer Streit der Nord- u. Südstaaten über die Sklavenfrage              | 316 |
| Die konföderierten Staaten von Amerika (18. Febr. 1861)                  | 317 |
| Die beiderseitigen Streitkräfte  | 317 |
| Anfangs siegt der Süden, zuletzt der Norden                              | 318 |
| Aufhebung der Sklaverei in der Union (3. Jan. 1865)                      | 319 |
| Lincoln ermordet, sein Nachfolger Johnson                                | 320 |
| Johnson und der Kongreß  | 320 |
| Die Präsidenten Grant bis Harrison                                       | 321 |
| Intervention Spaniens, Frankreichs u. Englands in Mexiko (31. Okt. 1861) | 322 |
| Napoleons Exped. nach Mexiko   | 323 |
| Maximilian v. Osterreich Kaiser v. Mexiko (12. Juli 1864)                | 323 |
| Was sagt die Union dazu?   | 324 |
| Napoleon läßt Maximilian im Stich  | 325 |

| Vierter Zeitraum                    |           |
|-------------------------------------|-----------|
| 1864—1866.                          |           |
| Das Ringen Preußens um die          |           |
| Hegemonie in Deutschland.           |           |
| S. 326—430.                         |           |
| § 21.                               |           |
| Schleswig-Holstein. S. 326—347.     |           |
| Die Anachronismen in Osterreich     | Seite 326 |
| Verfassungsänderungen . . . . .     | 327       |
| Ungarns Opposition . . . . .        | 328       |
| Die Regierung probiert es wieder    |           |
| mit Ungarn . . . . .                | 328       |
| Die Februarverfassung sistirt       |           |
| (20. Sept. 1865) . . . . .          | 328       |
| In Ungarn geht es nicht vorwärts    | 329       |
| König Wilhelm I. v. Preußen         |           |
| und die Armee-Reorganisation        | 329       |
| Herr v. Bismarck und seine          |           |
| Politik (1862) . . . . .            | 330       |
| Fürstentag in Frankfurt             |           |
| (16. Aug. 1863) . . . . .           | 333       |
| Mit d. Thronbesteigung des Pro-     |           |
| tokollprinzen (15. Nov. 1863)       |           |
| taucht d. schleswig-holsteinische   |           |
| Frage wieder auf . . . . .          | 333       |
| Die deutschen Großmächte und        |           |
| der Bundesstag . . . . .            | 334       |
| Das Bundesheer besetzt Holstein     |           |
| (Dez.) . . . . .                    | 334       |
| Der Augustenburger in Kiel          |           |
| (30. Dez. 1863) . . . . .           | 335       |
| Die deutschen Vormächte nehmen      |           |
| die Sache selbst in die Hand        | 335       |
| Ihre Heere rücken in Schleswig      |           |
| ein (1. Febr. 1864) . . . . .       | 336       |
| Das Dannewerk geräumt               |           |
| (5. Febr.) . . . . .                | 336       |
| Die Preußen erstürmen die Düp-      |           |
| peler Schanzen (18. Apr.)           | 338       |
| Kämpfe zur See . . . . .            | 338       |
| Londoner Konferenzen (25. Apr.      |           |
| bis 25. Juni) . . . . .             | 339       |
| Die Preußen erobern die Insel       |           |
| Alsen (29. Juni) . . . . .          | 340       |
| Jütland bis zum Kap Stagen          |           |
| in den Händen der Allirten          | 341       |
| Die Dänen kriechen zum Kreuz;       |           |
| Wiener Friede (30. Okt.)            | 341       |
| Abtretung der drei Herzogtümer      |           |
| an Preußen und Osterreich . . . . . | 341       |

|                                   | Seite |
|-----------------------------------|-------|
| Preußen wünscht sie allein zu     |       |
| bekommen . . . . .                | 342   |
| Preußen verdrängt die Bundes-     |       |
| truppen aus Holstein (7. Dez.     |       |
| 1864) . . . . .                   | 342   |
| Die Herzogtümer wollen den        |       |
| Augustenburger . . . . .          | 342   |
| Eine „total verfahrenere“ Sache   | 343   |
| Preußens Februar-Vorschläge       |       |
| (1865) . . . . .                  | 344   |
| Preußen tritt immer schärfer ge-  |       |
| gen Osterreich auf (Karlsbad      |       |
| und Regensburg im Juli) . . . . . | 344   |
| Konvention von Gastein            |       |
| (14. August) . . . . .            | 345   |
| Die Sache wird dadurch um         |       |
| nichts besser . . . . .           | 346   |
| Bismarck in Biarritz . . . . .    | 347   |
| Bismarck ist zum Krieg ent-       |       |
| schlossen . . . . .               | 347   |
| Hindernisse und Schwankungen      |       |
| in Berlin . . . . .               | 347   |

## § 22.

Krieg in Deutschland und Italien,  
Austritt Osterreichs aus Deutschland,  
Auflösung des deutschen Bundes,  
Gründung eines norddeutschen Bun-  
des unter Preußens Vorherrschaft.  
S. 348—393.

|                                    |     |
|------------------------------------|-----|
| Kriegerische Depeschen (Jan. u.    |     |
| Febr. 1866) . . . . .              | 348 |
| Alles rüstet sich . . . . .        | 348 |
| Preußisch-italienisches Bündnis    |     |
| (10. April) . . . . .              | 348 |
| Stimmung in Preußen . . . . .      | 349 |
| Die Mittelstaaten u. d. Bundesstag | 350 |
| Napoleon schlägt eine Friedens-    |     |
| konferenz vor . . . . .            | 351 |
| Napoleons Perfidie . . . . .       | 351 |
| Napoleons Allianzangebote an       |     |
| Preußen . . . . .                  | 351 |
| Osterreich bietet Italien die Ab-  |     |
| tretung Venetiens an . . . . .     | 353 |
| Vertrag zwischen Osterreich und    |     |
| Frankreich . . . . .               | 353 |
| Napoleons Brief vom 11. Juni       | 353 |
| Attentat auf Graf Bismarck         |     |
| (7. Mai) . . . . .                 | 355 |
| Osterreich übergibt die schleswig- |     |

| Seite   | Seite |  |     |
|---|-------|--|-----|
| holsteinische Frage dem Bundes- tag (1. Juni) . . . . .                                     | 355   | Franz Joseph bietet Napoleon Be- netien an (5. Juli) . . . . .   | 378 |
| Die Östreicher aus Holstein ver- drängt (12. Juni) . . . . .                                | 356   | Napoleon möchte wohl, aber er kann nicht . . . . .   | 374 |
| Preußens Grundzüge einer neuen Bundesverfassung (10. Juni) . . . . .                        | 356   | Erzherzog Albrecht übernimmt den Oberbefehl (18. Juli) . . . . .   | 375 |
| Der Bundesbeschluß vom 14. Juni . . . . .   | 357   | Kämpfe der preußischen Armee auf ihrem Vormarsch . . . . .   | 375 |
| Preußens Austritt aus dem Bund . . . . .  | 357   | Treffen bei Blumenau (22. Juli) . . . . .  | 377 |
| Die Preußen rücken in Han- nover ein (16. Juni) . . . . .                                   | 358   | Napoleon muß auf die preu- ßischen Vorschläge eingehen . . . . .   | 378 |
| Die süddeutschen Contingente am Main . . . . .  | 359   | Die Präliminarien v. Ni- kolsburg (26. Juli) und der Prager Friede (23. Aug.) . . . . .                                    | 378 |
| Vertrag von Olmütz (14. Juni) . . . . .   | 359   | Napoleons Forderungen zurück- gewiesen . . . . .   | 380 |
| Die Preußen rücken in Kassel ein (19. Juni) . . . . .                                       | 359   | Seetreffen bei Lissa (30. Juli) . . . . .  | 381 |
| Das Schicksal d. hannov. Armee . . . . .  | 360   | Die Italiener rücken in Vene- tien ein . . . . .   | 382 |
| Treffen bei Langensalza (27. Juni) . . . . .  | 361   | Kämpfe in Südtirol . . . . .   | 382 |
| Kapitulation der hannoverschen Armee (29. Juni) . . . . .                                   | 361   | Italien erhält Venetien . . . . .  | 382 |
| Lamarmora und der Usedom'sche Brief (17. Juni) . . . . .                                    | 362   | Stellung und Stärke der süd- deutschen Contingente . . . . .   | 383 |
| Sieg der Östreicher über die Italiener v. Custozza (24. Juni) . . . . .                     | 363   | Die Mainarmee unter Vogel v. Falckenstein . . . . .  | 384 |
| Die Preußen rücken in Sachse n ein (16. Juni) . . . . .                                     | 364   | Die Bayern in mehreren Treffen über die Saale und den Main zurückgebrängt (4.—11. Juli) . . . . .                          | 384 |
| Stärke der preußischen und der östreichischen Armee . . . . .                               | 364   | Das 8. Armeekorps, bei Wschaffen- burg geschlagen, zieht sich von Frankfurt nach dem Oberrhein (13. u. 14. Juli) . . . . . | 385 |
| Ritter von Benedek . . . . .  | 365   | Die Bundesversammlung siedelt in die drei Mohren nach Augs- burg über (14. Juli) . . . . .                                 | 385 |
| Wodurch zeichnet sich die preu- ßische Armee aus? . . . . .                                 | 365   | Frankfurt von den Preußen be- setzt (16. Juli) . . . . .   | 385 |
| Benedek's strategische Fehler . . . . .   | 365   | Mantuffel zieht als Oberbe- fehlshaber der Mainarmee gegen die Tauber . . . . .  | 386 |
| Siege der Eisarmee u. d. Ersten Armee beim Einmarsch in Böhmen (23.—29. Juni) . . . . .     | 366   | Er schlägt in mehreren Gefechten das 7. u. 8. Armeekorps bis Würzburg zurück (23. bis 26. Juli) . . . . .                  | 386 |
| Die schlesische (Zweite) Armee geht über das Riesengebirge nach Böhmen (27. Juni) . . . . . | 367   | Die Preußen in Hof, Baireuth, Nürnberg (31. Juli) . . . . .  | 387 |
| Kämpfe bei Trautenau (27. u. 28. Juni) . . . . .  | 367   | Ganz Süddeutschland steht dem Sieger offen . . . . .   | 388 |
| Steinmeg siegt bei Nachod (27.) und Stalitz (28. Juni) . . . . .                            | 368   | Der Waffenstillstand vom 2. Aug. Friedensschlüsse mit Süddeutsch- land . . . . .   | 388 |
| Benedek rüstet sich zur Ent- scheidungschlacht . . . . .                                    | 369   |  |     |
| König Wilhelm v. Preußen im Hauptquartier (2. Juli) . . . . .                               | 369   |  |     |
| Schlacht bei Königgrätz (3. Juli) . . . . .   | 370   |  |     |
| Prag genommen (8. Juli) . . . . .   | 373   |  |     |
| D. Preußen marschieren geg. Wien . . . . .  | 373   |  |     |

| Seite   | Seite  |
|---|--|
| Die Schutz- und Trugbündnisse<br>zwischen Preußen und den<br>süddeutschen Staaten . . . . .                                       | Aufstand d. Kandioten (2. Sept.<br>1866) . . . . .   |
| 390   | 402  |
| Friedensschluß mit Sachsen<br>(21. Oktober) . . . . .   | Griechisch-türkischer Konflikt . . . . .   |
| 390   | Konferenz von Paris (9. Jan.<br>1869) . . . . .  |
| Auflösung des deutschen Bundes<br>in den drei Mähren zu Augs-<br>burg (24. August) . . . . .                                      | 403  |
| 391   | Rußlands Fortschritte in Turan<br>Verfolgung des polnischen und<br>deutschen Elements . . . . .  |
| 392   | 403  |
| Preußens Annexionen . . . . .   | Garibaldi gegen Rom . . . . .  |
| 392   | 404  |
| Verfammlung des norddeutschen<br>Reichstags . . . . .   | Treffen bei Mentana (3. Nov.<br>1867) . . . . .  |
| 393   | 405  |
| Eine deutsche Thronrede (24. Febr.<br>1867) . . . . .   | Napoleon bringt keine Konferenz<br>zusammen . . . . .  |
| 393   | 405  |
| Verfassungsmäßige Gründung d.<br>Nordb. Bundes (17. April) . . . . .  | Die Franzosen bleiben wieder in<br>Rom . . . . .   |
| 393   | 406  |
| § 23.   | Isabellas Regierung u. Privat-<br>leben . . . . .  |
| Der Luxemburger Handel. Frank-<br>reichs Kriegsrüstungen. Der Nord-<br>deutsche Bund und die süddeutschen<br>Staaten. S. 393—480. | 406  |
| „Die Welt bricht zusammen“ . . . . .  | Der Aufstand i. Cadix (18. Sept.<br>1868) . . . . .  |
| 394   | 407  |
| Napoleons neuer Allianz Antrag . . . . .  | Östreich lenkt ein . . . . .   |
| 394   | 407  |
| Napoleon will dem König von<br>Holland Luxemburg abkaufen . . . . .   | Freiherr v. Beust berufen . . . . .  |
| 395   | 408  |
| Preußen protestiert . . . . .   | Ausgleich mit Ungarn . . . . .   |
| 395   | 408  |
| Londoner Vertrag (11. Mai 1867) . . . . .   | Die neuen Staatsgrundgesetze<br>(31. Dez. 1867) . . . . .  |
| 396   | 408  |
| Kriegsrüstungen in Frankreich . . . . .   | Die parlamentarischen Körper . . . . .   |
| 396   | 408  |
| Napoleon will sich in den preuß.-<br>dänischen Krieg einmischen . . . . .   | Der Kaiser unterzeichnet die drei<br>konfessionellen Gesetze (25. Mai<br>1868) . . . . .         |
| 397   | 409  |
| Napoleon in Salzburg (18. Aug.<br>1867) . . . . .   | Die päpstl. Allokution (22. Juni) . . . . .  |
| 397   | 410  |
| Maximilian entschließt sich zum<br>Ausharren in Mexiko . . . . .  | Renitenz der Bischöfe . . . . .  |
| 398   | 410  |
| Maximilian in Queretero gefan-<br>gen und erschossen (19. Juni<br>1867) . . . . .   | Die Couponsteuer (6. Juni 1868) . . . . .  |
| 398   | 410  |
| Präsidenten in Mexiko . . . . .   | Ungarns Verhältnis zu Osterreich<br>und Deutschland . . . . .                                    |
| 398   | 411  |
| Krieg in Paraguay . . . . .   | Mit dem Anschluß Süddeutsch-<br>lands an den Norddeutschen<br>Bund geht es nicht rasch . . . . . |
| 399   | 411  |
| Krieg in Peru . . . . .   | Bismarcksche Depesche (7. Sept.<br>1867) . . . . .   |
| 399   | 411  |
| Das russische Amerika an die<br>Union abgetreten . . . . .  | Unmöglichkeit eines Südbundes<br>Zollvereinsvertrag (8. Juli 1867) . . . . .                     |
| 399   | 412  |
| Der Abama-Streit . . . . .  | 413  |
| 399   | Verhandlungen in den süddtsch.<br>Kammern über den Allianz- u.<br>Zollvereinsvertrag . . . . .   |
| Die irische Staatskirche . . . . .  | 414  |
| 400   | Wie steht es in den 4 süddeutsch.<br>Staaten mit d. Militärwesen? . . . . .                      |
| Ministerium Gladstone (3. Dez.<br>1868) . . . . .   | 414  |
| 400   | Zollparlamentswahlen . . . . .   |
| Abessinische Expedition . . . . .   | 415  |
| 400   | Eröffnung des Zollparlaments<br>(27. April 1868) . . . . .                                       |
| Er mordung des Fürsten v. Ser-<br>bien (10. Juni 1868) . . . . .  | 415  |
| 401   | Das Gebahren der süddeutschen<br>Fraktion . . . . .  |
| Rumänien und die östreichische<br>Gespensterfurcht . . . . .  | 415  |



|                                   | Seite |
|-----------------------------------|-------|
| Der 18. Mai 1868 . . . . .        | 415   |
| Verschmelzungsproj. in Preußen    | 416   |
| Welfenlegion . . . . .            | 416   |
| Einem König u. einem Kurfürsten   | 416   |
| wird das Handwerk gelegt . . .    | 416   |
| Norrb. Reichstag . . . . .        | 417   |
| Badens nationale Haltung . . .    | 417   |
| Das Ministerium Jolly . . . . .   | 417   |
| Die württ. antinationale Kammer   | 418   |
| Neubildung des Ministeriums . .   | 419   |
| Die Merikalen in Bayern . . . .   | 419   |
| Rücktritt des Fürsten Hohenlohe   | 420   |
| Verhältnis Preußens zu Frank-     | 420   |
| reich . . . . .                   | 420   |
| Die Moltke'sche Denkschrift . . . | 421   |
| Der Feldzugsplan d. Marshalls     | 421   |
| Kiel . . . . .                    | 421   |
| Opposition gegen das persönliche  | 422   |
| Regiment Napoleons . . . . .      | 422   |
| Differenzen wegen der belgischen  | 422   |
| Eisenbahnen . . . . .             | 422   |
| Ergebnis u. Folgen d. Neuwahlen   | 423   |
| Das Minister. Ollivier (2. Jan.   | 423   |
| 1870) . . . . .                   | 423   |
| Verfassungsentwurf . . . . .      | 424   |
| Das Plebiszit 9. Mai 1870 . . . . | 425   |
| Gramont, Minister des Aus-        | 425   |
| wärtigen . . . . .                | 425   |
| Franzöf. Kriegspartei u. Jesuiten | 426   |
| Maßregeln u. Pläne der Jesuiten   | 426   |
| Das vatikanische Konzil (8. Dez.  | 427   |
| 1869) . . . . .                   | 427   |
| Annahme des Unfehlbarkeits-       | 428   |
| dogma . . . . .                   | 428   |
| Verhalten der Bischöfe . . . . .  | 429   |
| Altkatholizismus . . . . .        | 429   |
| Königfucherei in Spanien . . . .  | 430   |
| Kandidatur des Prinzen Leo-       | 430   |
| pold von Hohenzollern . . . . .   | 430   |

**fünfter Zeitraum.**

1870—1871.

**Der Kampf Deutschlands mit Frank-**  
**reich. Die Errichtung des Deutschen**  
**Reiches und des Deutschen Kaiser-**  
**thrones. S. 431—490.**

§ 24.

**Der deutsch-französische Krieg.**  
**S. 431—488.**

**Zusammenkunft d. Königs Wil-**

|                                   | Seite |
|-----------------------------------|-------|
| helm mit Kaiser Alexander in      | 431   |
| Ems . . . . .                     | 431   |
| Die französische Regierung u. die | 432   |
| hohenzollernsche Kandidatur . .   | 432   |
| Demütigung oder Krieg! . . . . .  | 432   |
| Gramont's Auftreten . . . . .     | 434   |
| Benedetti in Ems . . . . .        | 434   |
| Rücktritt des Prinzen Leopold     | 434   |
| Gramont ist damit noch nicht      | 435   |
| zufrieden . . . . .               | 435   |
| Benedetti in Ems . . . . .        | 436   |
| Napoleon wird zur Kriegserklä-    | 436   |
| rung gebrängt . . . . .           | 436   |
| Die Kammern genehmigen diesen     | 437   |
| Beschluß . . . . .                | 437   |
| Deutschland nimmt den Hand-       | 438   |
| schuh auf . . . . .               | 438   |
| Des Königs Rückkehr nach Berlin   | 438   |
| Der Norddeutsche Reichstag . . .  | 439   |
| Die siddentschen Regierungen u.   | 439   |
| Kammern . . . . .                 | 439   |
| Das ganze Deutschland erhebt sich | 441   |
| Stärke der deutschen Heere . . .  | 442   |
| Die drei deutschen Armeen u. ihre | 442   |
| Verführer . . . . .               | 442   |
| Der Moltke'sche Plan . . . . .    | 442   |
| Auffstellung der Reservekorps . . | 443   |
| Der König übernimmt das Ober-     | 444   |
| kommando . . . . .                | 444   |
| Der Napoleonische Plan . . . . .  | 444   |
| Mangelhaftigkeit d. französischen | 445   |
| Rüstungen . . . . .               | 445   |
| Die neutralen Staaten . . . . .   | 445   |
| Kaiser Alexander von Rußland      | 447   |
| Auffstellung der franzöf. Armeen  | 448   |
| Treffen bei Saarbrücken und       | 449   |
| Weißenburg . . . . .              | 449   |
| Schlacht bei Wörth . . . . .      | 450   |
| Schlacht bei Spicheren . . . . .  | 451   |
| Proklamation des Königs . . . .   | 452   |
| Ratlosigkeit in Metz . . . . .    | 452   |
| Ministerium Palikao . . . . .     | 453   |
| Seeoperationen . . . . .          | 453   |
| Moltkes Plan gegen Bazaine . . .  | 454   |
| Schlacht bei Colomben-Nouilly . . | 455   |
| Schlacht bei Bionville . . . . .  | 456   |
| Schlacht bei Gravelotte . . . . . | 457   |
| Zernungsarmee vor Metz . . . . .  | 458   |
| Zwei Feldarmeen . . . . .         | 458   |
| Mac Mahons Zug nach der           | 459   |
| Maas . . . . .                    | 459   |

| Seite  | Seite |  |     |
|--|-------|--|-----|
| Die deutschen Heere kommen ihm<br>zuvor . . . . .                | 459   | Thiers, Chef der vollziehenden<br>Gewalt . . . . .   | 481 |
| Schlacht bei Sedan . . . . .                                     | 460   | Friedensverhandlungen in Ver-<br>sailles . . . . .   | 481 |
| Kapitulation von Sedan . . . . .                                 | 461   | Präliminarvertrag v. Versailles . . . . .  | 482 |
| Der Marsch nach Paris . . . . .                                  | 462   | Dreitägige Okkupation v. Paris . . . . .   | 482 |
| Die Revolution vom 4. Septbr. . . . .                            | 463   | Statistik des Krieges . . . . .  | 482 |
| Die Regierung der nationalen<br>Verteidigung . . . . .           | 463   | Friedenskonferenz zu Brüssel . . . . .   | 483 |
| Verteidigungsmittel in Paris . . . . .                           | 464   | Frankfurter Friede 10. Mai 1871 . . . . .  | 483 |
| Gambetta in Tours . . . . .                                      | 465   | § 25.  |     |
| Favres Rundschreiben vom 6.<br>September . . . . .               | 465   | Das Deutsche Reich und das hohen-<br>zollernsche Kaisertum. S. 484—490.                    |     |
| Bismarcks Rundschreiben vom<br>13. u. 16. Septbr. . . . .        | 466   | Verammlungen u. Adressen zum<br>Zweck der Herstellung der deut-<br>schen Einheit . . . . . | 484 |
| Bismarcks Unterredung mit<br>Fabre . . . . .                     | 466   | Delbrück u. d. bayerischen Minister . . . . .  | 484 |
| Bismarcks Unterredung mit<br>Thiers . . . . .                    | 467   | Die Versailler Verträge . . . . .  | 485 |
| Ausfälle von Paris . . . . .                                     | 468   | Genehmigung der Verträge durch<br>den Reichstag und durch die<br>Landtage . . . . .        | 486 |
| Aufstand der Sozialdemokraten . . . . .                          | 468   | Auflösung der württ. Kammer . . . . .  | 487 |
| Besetzung von Orleans . . . . .                                  | 468   | Die bayerische Kammer . . . . .  | 487 |
| Gambetta rüstet neue Armeen aus<br>Rückzug von Orleans . . . . . | 469   | Das Deutsche Reich 1. Jan. 1871 . . . . .  | 487 |
| Kapitulation von Straßburg . . . . .                             | 469   | Kaiser Wilhelm I. 18. Jan. 1871 . . . . .  | 487 |
| Kapitulation von Metz . . . . .                                  | 470   | Eröffnung des ersten deutschen<br>Reichstags . . . . .                                     | 488 |
| Abmarsch des Prinzen Friedrich<br>Karl nach der Loire . . . . .  | 471   | Fürst Bismarck . . . . .   | 488 |
| Niederlage der Loirearmee u. Ein-<br>marsch in Orleans . . . . . | 472   | Die Zentrumspartei u. ihre Be-<br>strebungen . . . . .                                     | 488 |
| Kämpfe mit General Chanzy . . . . .                              | 472   | Abreißbehalte . . . . .  | 489 |
| Einnahme von Le Mans . . . . .                                   | 473   | Klerikale Anträge . . . . .  | 489 |
| Niederlagen der französl. Nord-<br>armee . . . . .               | 474   | Gründung von Fonds für In-<br>validen, Reservisten u. Land-<br>wehrmänner . . . . .        | 489 |
| Bildung u. Vorrücken des Wer-<br>derischen Korps . . . . .       | 475   | Dotationen . . . . .   | 489 |
| Kämpfe des Werderischen Korps . . . . .                          | 475   | Gesetz über Vereinigung Elsaß-<br>Lothringens mit d. dtsch. Reich . . . . .                | 490 |
| Die Südbarmee unter Manteuffel . . . . .                         | 476   | Triumphzug in Berlin . . . . .   | 490 |
| Dreitägige Schlacht vor Belfort . . . . .                        | 476   | Moltke Generalfeldmarschall . . . . .  | 490 |
| Bourbakis Armee nach der<br>Schweiz zurückgeworfen . . . . .     | 478   | Sechster Zeitraum.<br>1871—1890.   |     |
| Garibaldi's schleuniger Rückzug . . . . .                        | 478   | Europa unter dem Einfluß des<br>deutschen Friedensreiches.<br>S. 491—572.                  |     |
| Kapitulation von Belfort . . . . .                               | 478   | § 26.  |     |
| Schlacht bei Champagne . . . . .                                 | 479   | Frankreich und die anderen außer-<br>deutschen Staaten. S. 491—510.                        |     |
| Bombardement von Paris . . . . .                                 | 479   | Die Sozialdemokraten und die<br>Internationale in Paris . . . . .                          | 491 |
| Schlacht bei Mont Valerien . . . . .                             | 480   |  |     |
| Aufstand der Sozialdemokraten . . . . .                          | 480   |  |     |
| Kapitulation von Paris . . . . .                                 | 480   |  |     |
| Gambettas Proskriptionsliste u.<br>Entlassung . . . . .          | 481   |  |     |
| Nationalversammlung in Vor-<br>beaur . . . . .                   | 481   |  |     |

|  | Seite |
|--|-------|
| Die Nationalgarbe bemächtigt sich der Stadt 18. März 1871                      | 492   |
| Einführung der Kommune . . .   | 492   |
| Ausfälle der Pariser   | 492   |
| Kampf der Versailler mit der Kommune   | 498   |
| Untergang und Kataste der Kommune  | 498   |
| Vorbereitungen für d. Revanche-<br>krieg                                       | 494   |
| Merkale Agitation . . .  | 494   |
| Thiers' „finanzielles Wunder“  | 495   |
| Kriegsdienstgesetz u. Kadresgesetz   | 495   |
| Parteiwesen in der Nationalver-<br>sammlung                                    | 496   |
| Graf v. Chambord u. die Fusion   | 497   |
| Sturz des Präsidenten Thiers<br>24. Mai 1873                                   | 497   |
| Marshall MacMahon Präsident  | 497   |
| Das Septennat  | 497   |
| Einrichtung der Republik und<br>der parlamentarischen Körper<br>25. Febr. 1875 | 497   |
| Ende der Okkupation . . .  | 498   |
| Vollendung d. Einheit Italiens   | 498   |
| Einmarsch d. italienischen Trup-<br>pen in Rom                                 | 499   |
| Resultat der Volksabstimmung   | 499   |
| Garantiegesetz   | 499   |
| Rom als Hauptstadt v. Italien  | 499   |
| Klostergesetz  | 499   |
| Regierungsjubiläum d. Königs   | 499   |
| König Amadeus v. Spanien   | 500   |
| Seine Abdankung 11. Febr. 1873   | 500   |
| Föderativrepublik . . .  | 500   |
| Castelars Diktatur . . .   | 501   |
| Aufstand in Cartagena und an-<br>deren Städten                                 | 501   |
| Sprengung der Cortes 3. Jan.<br>1874   | 502   |
| Serrano Präsident der Exekutiv-<br>gewalt                                      | 502   |
| Kämpfe mit den Karlisten . . .   | 502   |
| Bismarcks diplomatisches Vor-<br>gehen gegen den Karlistismus                  | 503   |
| Royalistische Erhebung . . .   | 503   |
| König Alfons XII.  | 503   |
| Osterreich u. das Ministerium<br>Hohenwart                                     | 504   |
| Ausgleichsverhandlungen mit d.<br>Tschechen                                    | 504   |

|  | Seite |
|--|-------|
| Entlassung des Ministeriums<br>Hohenwart . . . . .       | 504   |
| Entlassung Deuts . . . . .                               | 505   |
| Das Minist. Auersperg 20. Nov.<br>1871 . . . . .         | 505   |
| Der böhmische Landtag . . . . .                          | 505   |
| Wahlreform . . . . .                                     | 505   |
| Kirchengesetze . . . . .                                 | 505   |
| Rußland verlangt eine Re-<br>vision des Pariser Vertrags | 506   |
| Bontuskonferenz i. London 1871                           | 506   |
| Expedition nach Chiwa 1873                               | 506   |
| Allgemeine Wehrpflicht 1874                              | 506   |
| Englands Krieg mit den<br>Afhanti                        | 507   |
| Skavenhandel in Sansibar                                 | 507   |
| Ministerium Disraeli . . . . .                           | 507   |
| Hollands Krieg mit Atchin                                | 508   |
| Merkales Regiment i. Belgien                             | 508   |
| Reform der schweiz. Bundes-<br>verfassung 1872 u. 1873   | 509   |
| Bischof Mermilob in Genf                                 | 509   |
| Bischof Lachat von Basel                                 | 509   |
| Die Geistlichen im bernerschen<br>Jura                   | 510   |
| Der Nuntius erhält seine Pässe                           | 510   |
| Das liberale Bern . . . . .                              | 510   |

## § 27.

Deutschlands innere und äußere  
Politik. S. 511—519.

|  |     |
|--|-----|
| Dreikaiserzusammenkunft in Ber-<br>lin 1871 . . . . .                                    | 511 |
| Victor Emanuel in Berlin 1873  | 511 |
| Der Arnimsche Prozeß . . . . .   | 512 |
| Thätigkeit des Reichstags . . . . .  | 512 |
| Reichsmilitärgesetz . . . . .  | 512 |
| Kompetenz des Reichstags . . . . .   | 513 |
| Gesandtschaftswesen der Einzel-<br>staaten   | 513 |
| Zustände in Elßaß-Lothringen   | 513 |
| Reichstagswahlen . . . . .   | 514 |
| Anträge der reichsländischen Ab-<br>geordneten . . . . .                                 | 514 |
| Beginn des Kulturkampfes   | 514 |
| Konflikt mit dem Bischof von<br>Ermland  | 515 |
| Aufhebung d. katholischen Abtei-<br>lung im preußischen Kultus-<br>ministerium . . . . . | 515 |

|                                    | Seite |                                    | Seite |
|------------------------------------|-------|------------------------------------|-------|
| Das Schulaufsichtsgesetz . . . . . | 515   | Bestimmungen des Berliner          |       |
| Kultusminister Falk . . . . .      | 515   | Friedensvertrags . . . . .         | 529   |
| Der Kanzelparagraph . . . . .      | 515   | Botschafterkonferenz in Berlin .   | 530   |
| Der Botschafterposten im Vatikan   | 516   | Besetzung Cyperns durch die        |       |
| Das Jesuitengesetz . . . . .       | 516   | Engländer . . . . .                | 530   |
| Nach Kanossa . . . . .             | 516   | Fürst Alexander von Bul-           |       |
| Die preussischen Maigesetze . . .  | 516   | garien . . . . .                   | 531   |
| Obligatorische Zivilehe . . . . .  | 517   | Aufstand in Philippopol . . . .    | 531   |
| Korrespondenz zwischen Papst u.    |       | Serbisch-bulgarischer Krieg . .    | 531   |
| Kaiser . . . . .                   | 517   | Alexander Generalgouverneur        |       |
| Ablegung preussischer Bischöfe     | 518   | von Ostrumelien . . . . .          | 532   |
| Attentat auf Bismarck . . . . .    | 518   | Sturz des Fürsten Alexander .      | 532   |
| Päpstl. Encyclika 5. Febr. 1875    | 518   | Erwählung des Prinzen Ferdin-      |       |
| Weitere Kirchengesetze . . . . .   | 519   | and von Koburg zum Fürsten         |       |
| Katholikengesetz . . . . .         | 519   | von Bulgarien . . . . .            | 532   |
|                                    |       | Ismail Pascha in Ägypten . . .     | 533   |
| § 28.                              |       | Tewfik Pascha . . . . .            | 533   |
| Die orientalische Krisis.          |       | Ägypten den Ägyptern . . . . .     | 534   |
| S. 519—536.                        |       | Englisch-französische Flotte vor   |       |
|                                    |       | Alexandria . . . . .               | 534   |
| Türkische Greuelthaten auf der     |       | Beschlezung von Alexandria . .     | 534   |
| Balkanhalbinsel . . . . .          | 519   | Niederlage Arabi's durch die       |       |
| Montenegro und Serbien im          |       | Engländer . . . . .                | 534   |
| Krieg mit der Türkei . . . . .     | 521   | Der Mahdi besetzt Chartum . .      | 535   |
| Palastrevolution in Konstan-       |       | Englands Stellung in Ägypten .     | 535   |
| tinopel . . . . .                  | 522   |                                    |       |
| Sultan Abbul Hamid II. . . . .     | 522   | § 29.                              |       |
| Die europ. Diplomatie . . . . .    | 522   | Der europäische Dreibund.          |       |
| Ottomanisches Parlament . . . .    | 523   | S. 536—572.                        |       |
| Mobilisierung d. russ. Armee . .   | 523   | Bestimmung Rußlands gegen          |       |
| Vertrag Rußlands mit Ru-           |       | Deutschland und Osterreich-        |       |
| mänien . . . . .                   | 524   | Ungarn . . . . .                   | 536   |
| Eröffnung des Feldzugs an der      |       | Deutsch-österreichisches Defensiv- |       |
| Donau und in Armenien . . . . .    | 524   | bündnis . . . . .                  | 537   |
| Im Schipka-Paß . . . . .           | 525   | Italiens Anschluß an dasselbe .    | 537   |
| Vor Plewna . . . . .               | 525   | Er mordung des Kaisers Ale-        |       |
| An der Jantra-Linie . . . . .      | 525   | xander II. . . . .                 | 538   |
| Siege d. Russen in Armenien . .    | 526   | Kaiser Alexander III. . . . .      | 538   |
| Kapitulation von Plewna . . . . .  | 526   | Vermehrung d. deutschen Streit-    |       |
| Übergang über den Balkan . . . .   | 526   | kräfte . . . . .                   | 538   |
| Serbiens Kriegserklärung . . . .   | 527   | Auflösung d. deutsch. Reichstags.  | 539   |
| Einmarsch der griech. Truppen      |       | Landwehr- u. Landsturmgesetz .     | 539   |
| in Thessalien . . . . .            | 527   | Verwaltung von Elsaß-Loth-         |       |
| Waffenstillstand v. Adrianopel u.  |       | ringen . . . . .                   | 540   |
| Friedensvertrag v. S. Stefano      | 527   | Die soziale Frage . . . . .        | 541   |
| Englands Kriegsrüstungen . . . .   | 527   | Die Attentate gegen Kaiser         |       |
| Verhandlungen zwischen Ruß-        |       | Wilhelm . . . . .                  | 541   |
| land und England . . . . .         | 528   | Sozialistengesetz . . . . .        | 541   |
| Eröffnung des Berliner Kon-        |       | Staatssozialismus . . . . .        | 541   |
| gresses . . . . .                  | 528   | Justizgesetze und Reichsgericht .  | 542   |

|  | Seite |
|--|-------|
| Zentrum u. Kirchenpolitik                        | 542   |
| Deutsche Kolonialpolitik                         | 543   |
| Deutsche Schutzgebiete                           | 543   |
| Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft in Sansibar | 544   |
| Aufstand der arab. Sklavenhändler                | 544   |
| Reichskommissar Wichmann                         | 544   |
| Kongokonferenz in Berlin                         | 545   |
| Kaiser Wilhelm und seine zwei Paladine           | 545   |
| Tod des Kaisers Wilhelm I.                       | 545   |
| Tod des Kaisers Friedrich                        | 545   |
| Kaiser Wilhelm II.                               | 546   |
| Reisen an auswärtige Höfe                        | 546   |
| Gegenbesuche                                     | 546   |
| Prinz Albrecht Regent v. Braunschweig            | 547   |
| Tod des Königs Ludwig II. Bayern                 | 547   |
| Prinzregent Luitpold v. Bayern                   | 547   |
| Ostreich-Ungarn                                  | 547   |
| Besetzung Bosniens und der Herzegowina           | 547   |
| Veröhnungsministerium Taaffe                     | 547   |
| Deutsche und Tschechen in Böhmen                 | 548   |
| Bermehrung der Streitkräfte                      | 548   |
| Deutsche Schulvereine                            | 549   |
| Magyarisierung im Königreich Ungarn              | 549   |
| Tod des Kronprinzen Rudolf                       | 549   |
| Italien  | 549   |
| Die Liberalen im Ministerium                     | 549   |
| Tod des Königs Viktor Emanuel                    | 550   |
| König Umberto                                    | 550   |
| Papst Pius IX. und Papst Leo XIII.               | 550   |
| Italienische Kolonialpolitik                     | 550   |
| Ministerpräsident Crispi                         | 551   |
| Tarifkrieg mit Frankreich                        | 552   |
| Stellung zu Papst Leo XIII.                      | 552   |
| Großbritannien und Irland                        | 552   |
| In Afghanistan, Südafrika und Oberbirma          | 552   |
| Die irische Frage                                | 553   |
| Mord in Dublin                                   | 554   |
| Ablehnung der Homerulebill                       | 554   |
| Ministerium Salisbury                            | 554   |
| Verstärkung der englischen Flotte                | 555   |

|   | Seite |
|---|-------|
| Rußland   | 555   |
| Eroberungen in Asien  | 555   |
| Attentate der Nihilisten  | 556   |
| Manifest d. Kaisers Alexander III.                                  | 556   |
| Rüstungen   | 557   |
| Auffizierung d. Ostseeprovinzen                                     | 557   |
| Frankreich  | 557   |
| Republikanische Mehrheit in der Kammer                              | 557   |
| Mac Mahons Rücktritt  | 558   |
| Grevy Präsident d. Republik   | 558   |
| Ministerium Gambetta  | 558   |
| Gambettas Rücktritt und Tod   | 558   |
| Senatswahlgesetz und Ausweisungsgesetz                              | 559   |
| Carnot Präsident d. Republik  | 560   |
| Militärgegesetz   | 560   |
| Besetzung von Tunis   | 560   |
| Streit mit Madagaskar   | 561   |
| Feldzug in Tongking   | 561   |
| Boulangier will Krieg   | 562   |
| Boulangers Pläne und Beurteilung                                    | 562   |
| Weltausstellung   | 563   |
| König Alfons XII. v. Spanien  | 563   |
| Besiegung der Karlisten   | 563   |
| Attentate   | 564   |
| Tod des Königs  | 564   |
| König Alfons XIII.  | 564   |
| Marie Christine Regentin  | 564   |
| Portugals Verträge mit England und Kongostaat                       | 564   |
| Liberales Ministerium in Belgien                                    | 565   |
| Klerikales Ministerium  | 565   |
| Arbeiterunruhen   | 566   |
| Verfassungsrevision i. Holland                                      | 566   |
| Thronfolgeordnung   | 566   |
| Regentschafts- und Vormundschaftsgesetz                             | 567   |
| Das Follcthing in Dänemark  | 567   |
| Jubiläum in Island  | 568   |
| Militär. Vorlagen i. Schweden                                       | 568   |
| König Oskar II.   | 568   |
| Parlamentarischer Streit i. Norwegen zwischen Regierung u. Storting | 569   |
| Eröffnung der Gotthardbahn in der Schweiz                           | 570   |
| Militärgegesetz   | 570   |
| Klerikale Streitigkeiten  | 570   |

|                                 | Seite |                                   | Seite |
|---------------------------------|-------|-----------------------------------|-------|
| Aufrecht und Anarchisten . . .  | 571   | Tod des Königs Ludwig in          |       |
| Konflikt mit Deutschland . . .  | 571   | Portugal . . . . .                | 572   |
| Arbeiterunruhen in Deutsch-     |       | Englisch-portugiesischer Streit . | 572   |
| land . . . . .                  | 571   | Militärrevolution in Brasilien    | 572   |
| Bismanns Vorgehen i. Sanfibar   | 572   | Abdankung des Königs Milan        |       |
| Kaiser Alexander III. in Berlin | 572   | in Serbien . . . . .              | 572   |
| Kaiser Wilhelm in Athen und     |       | Erlasse des Kaisers Wilhelm       |       |
| Konstantinopel . . . . .        | 572   | (4. Februar 1890) . . . . .       | 572   |
| Abgeordnetenwahlen in Frank-    |       | Reichstagswahlen (20. Februar     |       |
| reich . . . . .                 | 572   | 1890) . . . . .                   | 572   |

# Erster Zeitraum.

1816—1830.

Restaurationspolitik. Verfassungskämpfe. Kongresse.

§ 1.

Deutschland. Osterreich. Preussen.

Die Schlacht bei Waterloo war geschlagen. Zum zweitenmal mußten die Pariser die siegreichen Verbündeten in ihren Mauern sehen, zum zweitenmal den Frieden sich diktieren lassen. Und jener Mann, welcher zwei Jahrzehnte mit seinem Feldherrngenie und seiner Herrschsucht erfüllte, welcher, nicht zufrieden mit der ruhmvollen Krone von Frankreich, sogar nach einem Kaisertum des Kontinents seine unersättlichen Hände ausstreckte, lag zur Ohnmacht verurteilt, auf dem Felsen von St. Helena, in vulkanischen Erinnerungen sich verzehrend. Aber eben in jenen Tagen, als zum Trost der Bourbonen das Lebenslicht des großen Korfen auf der welthistorischen Insel erlosch, leuchteten wie eine kolossale Totenfackel, in der alten wie in der neuen Welt, die Aufstände der Völker gegen ihre restaurierten Fürsten und ihre mittelalterlichen Regierungen. Als ob es eines so lauten Zeugnisses bedurft hätte, daß mit Napoleons Sturz der Tag der Freiheit noch nicht angebrochen sei, daß man da und dort statt eines übermütigen Riesen nur einen aufgespreizten Pygmäen eingetauscht habe! Europa war sicherlich nach den ungeheuren Aufregungen und Anstrengungen so vieler Kriegsjahre des Friedens sehr bedürftig; aber die zurückkehrenden Herrscher beglückten ihre Völker mit einem so eiskalten Frieden, daß der ermüdete Erdteil aufs neue von den gewaltigsten Erschütterungen durchzuckt wurde. Von der Mündung des Tajo bis zur Nawa und zu den Inseln des

Archipels gärten und glühte es, und ein heißer Strom nationaler Erbitterung ergoß sich über jene feudalistischen Dynastien, welche „nichts vergessen und nichts gelernt hatten“. Verheißungen der Fürsten, unbefangene Hingabe und Freude der Völker, Ruf nach verfassungsmäßiger Freiheit, offene und geheime Reaktion, Revolutionen im Süden, Intervention des Fürsten-Areopags und Zertrümmerung der Volksrechte: dies sind im großen die Charakterzüge der Jahre 1816—1830.

Zwar hätte man damals meinen sollen, die Machthaber hätten nichts Beringeres im Sinne, als die Welt mit einem neuen goldenen Zeitalter zu beschenken. Denn am 26. September 1815 erließen Kaiser Alexander von Rußland, Kaiser Franz von Oösterreich und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen von Paris aus eine Erklärung, worin sie „ihren unerschütterlichen Entschluß verkündigten, von nun an nur die christliche Religion zu ihrer Richtschnur zu nehmen, nur nach den Vorschriften der Gerechtigkeit, der christlichen Liebe und des Friedens zu regieren, sowohl im Innern ihrer Staaten als im Verkehr mit anderen Regierungen, einander in allen Fällen Beistand zu leisten, sich selbst nur als Bevollmächtigte der Vorsehung zu betrachten, um drei Zweige einer und derselben Familie zu beherrschen.“ Dieser „Heiligen Allianz“ traten in den folgenden Jahren alle europäischen Monarchen bei, mit Ausnahme des Königs von England, des Papstes und des Sultans. Sie war hauptsächlich ein Werk Alexanders, welcher selbst wieder hierin von der religiösen Schwärmerin Frau von Krüdener beeinflusst wurde, die im Sommer des Jahres 1815 in Heilbronn, Heidelberg und Paris in persönlichem Gespräch ihn zu der Stiftung eines solchen Bundes anregte, ihn im Gegensatz zu dem schwarzen Dämon Napoleons den weißen Friedensengel und den Erwählten des Herrn nannte.

Alexander, für solche Einflüsse sehr empfänglich, war unstreitig unter den damaligen Machthabern der bedeutendste und einflussreichste. Doch war seine Natur nicht groß genug angelegt, um die Rolle, zu der er sich berufen glaubte, der Napoleon des Friedens zu sein, mit Glück und zum Nutzen Europas durchzuführen zu können. Bei seinem weichen Gemüt, seinem reizbaren Temperament war er leicht für das Edle zu entflammen, großartigen Schöpfungen, politischen Reformen sehr zugethan, meist voll guten Willens, aber Energie und Ausdauer waren nicht seine Sache, gewaltige Hindernisse schreckten ihn ab, neue



Persönlichkeiten machten ihn seinen Entschlüssen und Grundsätzen untreu, daher er leicht den Eindruck eines unzuverlässigen Mannes machte. Die glänzenden Erfolge der letzten Kriegesjahre, die Vergötterung, die man mit ihm in Paris, London und Wien trieb, hatten sein sonst bescheidenes Wesen zu hohem Selbstgefühl umgewandelt, und mit weiblicher Eitelkeit ließ er sich die Huldigungen von Fürsten und Diplomaten gefallen. Napoleon, die Zeiten von Tilsit und Erfurt mit den späteren Jahren vergleichend, fand in ihm einen „byzantinischen Griechen“ und nannte ihn den Talma des Nordens.

Und doch wäre wohl das Urtheil über ihn ein günstigeres, wenn er nicht das Unglück gehabt hätte, daß in allen bedeutenderen Fragen neben seinem Namen auch der eines anderen Mannes genannt wurde, der mit ihm und mehr als er Europa beherrschte. Dies ist Fürst Metternich, welcher vom 8. Oktober 1809 bis zum 13. März 1848 das auswärtige Ministerium in Oestreich leitete, seit 1821, wo er seine italienischen Triumphe feierte, auch die Würde eines Staatskanzlers erhielt und leichtfertig genug war, mitten unter Festlichkeiten und Liebeshändeln das Steuer Europas in die Hand nehmen zu wollen, nicht bloß das bunt zusammengewürfelte Oestreich nach seinem sehr einfachen System zu regieren, sondern auch Deutschland und Italien als seine Domäne anzusehen, das aufstrebende Preußen als seinen Vasallen zu behandeln und überall das erste Wort zu sprechen. Sein mäßiges Wissen wußte er durch große Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck zu verdecken, seine geringe staatsmännische Begabung durch das starreste, geistloseste Festhalten an konservativen Grundsätzen zu bemänteln. In den 38 Jahren seiner ministeriellen Thätigkeit hat er nie und nirgends einen leitenden, schöpferischen Gedanken gezeigt, überall nur für das Gesetz des Stillstands, der Trägheit gewirkt und sich zuletzt so verachtet und verhaßt gemacht, daß im Jahre 1848 ein März-Minister in Süddeutschland unter allgemeinem Beifall ausrufen konnte: „Die ganze Schmach der letzten Jahrzehnte fasse ich in dem einen Namen ‚Metternich‘ zusammen.“ Vor Fürsten „den unterthänigen Höfling spielend, die Diplomaten durch kavalierrmäßiges Auftreten bestechend, die Gesandten der kleinen Staaten durch Herablassung und fürstlichen Glanz betäubend“ hatte er sich zu einer Art Drakel aufgeschwungen, von dessen Berechtigung niemand einen ernsthaften Grund angeben konnte.

Die Stabilität bis zur Lächerlichkeit und zur grausamen Härte zu treiben, dem Volke alle Teilnahme an der Staatsverwaltung abzuspochen und es zu einer steuerzahlenden Masse herabzudrücken, die Fürsten nicht als Regenten, sondern als die Privateigentümer ihrer Staaten anzusehen und walten zu lassen: um diese wenigen Grundsätze bewegte sich die ganze Staatsweisheit eines Mannes, der, wie Napoleon sagte, Ränkesucht für Staatskunst nahm.

Wie gelegen mußten ihm die schönen Phrasen der Heiligen Allianz kommen, die wie ein zweites Evangelium zu den Völkern sprach! War hier von den Fürsten als von den „Bevollmächtigten der Vorsehung“ die Rede, so war ja ebendamit ihre Unfehlbarkeit ausgesprochen, und sie standen in allen politischen Dingen ihrem Volke mit dem nämlichen Heiligenschein gegenüber, wie der Papst in kirchlichen, was freilich nicht hinderte, daß die englischen Diplomaten über das „dreieinige Ungeheuer“ der Ostmächte ihre insularen Wiße machten.

In diesem Gang, sich sein genußreiches Leben durch Neuerungen in der Politik nicht stören zu lassen, stimmte Metternich mit seinem Herrn, dem „guten“ Kaiser Franz sehr zusammen. Derselbe genoß in Osterreich, besonders in Wien eine große Popularität. Er galt dort für einen sehr gutmütigen und wohlwollenden Monarchen, der jedem seiner Unterthanen gern Audienz gab, sich in die Einzelheiten seiner Wünsche einließ und die österreichische Mundart auf breitester Grundlage handhabte. Anders freilich lautete die Sprache, wenn er seinen sorgfältig umhegten Staat von Neuerungen bedroht sah. „Es sind jetzt neue Ideen im Schwung, die ich nie billigen kann, nie billigen werde. Halten Sie sich an das Alte; denn dieses ist gut, und unsere Vorfahren haben sich dabei gut befunden, warum sollten wir es nicht? Ich brauche keine Gelehrten, sondern brave Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden, liegt ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle. Wer das nicht kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen.“ Mit dieser Ansprache an die Professoren des Laibacher Lyceums kündigte er sich offen als einen absoluten Herrscher an, der gebietet, und es geschieht. Er war denn auch so durchdrungen von dem Gedanken seiner unbedingten Herrschergewalt, daß er niemand einen dauernden Einfluß gönnte und denen am wenigsten, welche hierzu am meisten berechtigt waren. Mißtrauisch gegen sich selbst, war er es noch weit mehr gegen

andere, gegen jede hervorragende, kräftige Persönlichkeit, was die verdienstesten seiner Feldherren, Schwarzenberg und Radetzky, die ausgezeichnetsten seiner Brüder, die Erzherzoge Karl und Johann, bitter empfinden mußten. Selbst der Klerus errang unter ihm nicht die Stellung einer selbständigen Macht, sollte bloß der Gehilfe, nicht der Nebenbuhler der kaiserlichen Macht sein. Metternich konnte sich nur dadurch so lange auf seinem Posten halten, daß er, schon vermöge seines Naturells, in die Lieblingsphäre des Kaisers gar nie eingriff. Hatte dieser nur für das Kleinliche, für die Einzelheiten der Regierung Sinn, so zeigte jener eher Scheu davor, kümmerte sich nicht um die eigentliche Verwaltung, und so störten sich beide in ihren Bahnen nicht.

Nicht durch seine militärische Kraft sollte Osterreich sich Geltung verschaffen, sondern durch die Kunst seiner Diplomatie und durch die Allgegenwart seiner Polizei und seiner Spione. War jene das Feld, auf welchem sich Metternich mit Vorliebe bewegte, so fand der Kaiser großen Gefallen am Polizeiwesen, das sich unter ihm zur unwürdigsten Spionerkunst ausbildete. Dies paßte freilich vortrefflich zu jenem patriarchalischen System, nach welchem die Regierung ihre orientalischen Anschauungen so wenig verleugnete, daß sie ihren Unterthanen sogar einzuschärfen wagte, sie möchten wohl bedenken, daß der Herrscher „alle Macht über ihren Besitz und ihr Leben“ habe. Nicht geringere Sorge zeigte sie in der Absperrung Osterreichs gegen das Ausland. Man verschanzte sich gegen das Einströmen fremder Geistesprodukte und fremden Geistes wie gegen das Einschleppen der Rinderpest. Der Besuch auswärtiger Universitäten war verboten, der Eintritt auswärtiger Lehrer und Schüler, sogar zehnjähriger Knaben in östreichische Lehranstalten war untersagt, und selbst für jüngere Kinder mußte besondere Erlaubnis eingeholt werden. Die Erteilung von Privatunterricht wurde sehr erschwert, nur unter drückenden Bedingungen von der Polizei widerwillig, je auf sechs Jahre, zugestanden. Mit strenger Zensur, mit polizeilichen Verboten wurde gegen alle politische Litteratur, gegen neuere Geschichtswerke vorgeschritten. Die Bewegung auf dem Gebiet der deutschen Philosophie und Theologie, die Fortschritte in Geschichte und Naturwissenschaften waren für Osterreich so gut als gar nicht vorhanden. Was man hier duldete und pflegte, war das Studium orientalischer Sprachen und Litteratur, einige Poesie und

mit Vorliebe Musik, um die aufgeregten Geister in eine weiche Sinnenwelt hineinzuzaubern und den Kaiserstaat in den langjährigen Schlaf eines Epimenides einzuwiegen. Und wie sah es mit dem Volksschulwesen aus! Kaum drei Fünftel der schulpflichtigen Kinder besuchten die Schule, und diejenigen, welche sie besuchten, waren samt den Lehrern an eine mechanische Dressur gebannt, für welche das Was und Wie streng vorgeschrieben war. Man wollte ja keine Gelehrten heranziehen, nur blindlings folgende Untertanen und Beamte. Wer war als Wächter und Aufseher hierfür geschickter als die Geistlichkeit, von deren Religionszeugnis jedes Vorrücken auf Gymnasien und Universitäten abhing, welche sechsmal im Jahr von Lehrern und Schülern die Beichte abverlangte! Daß auf diese Weise die Stellung der Protestanten eine sehr gedrückte, kaum geduldete war, begreift sich. Mußten sie ja bei jedem Häuserkauf, bei jedem Meisterrecht um Dispensation nachsuchen, mußten sie ja bei dem Eintritt in die Militärakademie in Wiener-Neustadt ihren Glauben abschwören!

Nicht viel besser sah es auf materiellem Gebiet aus. Handel und Industrie lagen fast nirgends so sehr darnieder wie in Osterreich. Für Entfesselung des Bodens, für ein besseres Verhältnis der Gutsbauern zu ihren Grundherren geschah nichts, und das reiche Osterreich, das bei günstigen landwirtschaftlichen Gesetzen und Betriebsverhältnissen sich eine ungeheure Einnahme aus seiner Getreideausfuhr hätte verschaffen können, erzeugte kaum seinen eigenen Bedarf. Die günstige Lage am Adriatischen Meere, die Häfen von Venedig und Triest wurden schlecht genug benützt, von Entwicklung einer blühenden Handelsflotte abgesehen und eine tüchtige Kriegsflotte als etwas Unnützes betrachtet, so daß man sich genötigt sah, seine Handelsschiffe unter den Schutz der türkischen Flotte gegen die Zudringlichkeiten der Barbarenstaaten zu stellen. Mit zweifelhaftem Stolz konnten die Staatslenker auf ihr Deutsch-Osterreich als auf das Land hinweisen, wo man trotz Italien und Spanien, trotz Deutschland und Frankreich allein noch „das alte Europa“ finden könne.

Auch im Verfassungsleben wollte man in Osterreich möglichst zurückbleiben. Um den Vorschriften der Bundesakte auch nur einigermaßen zu genügen, hatte man zwar im Jahre 1816 und in den folgenden Jahren in den deutsch-slavischen Provinzen ständische Vertretungen eingeführt oder wiederhergestellt. Da aber in denselben

Adel und Geistlichkeit das Übergewicht hatten und ihre Befugnisse sich nur auf Steuerbewilligung und Rekrutenaushebung erstreckten, so sanken diese Versammlungen, die oft am gleichen Tage eröffnet und geschlossen wurden, zur bloßen Formalität, zu kostspieligen „Possenspielen“, wie Stein sagte, herab, welche füglich durch irgend eine Dekretiermaschine hätten ersetzt werden können. Der Adel, welcher ohne Bildung und Patriotismus war und, nach dem Ausdruck eines seiner Standesgenossen, ein Polypenleben führte, konnte und wollte sich nicht zu einer politischen Stellung aufraffen, und das Volk, in Unwissenheit aufwachsend, mit der täglichen Not ringend oder in ein Sybaritenleben versunken, hatte für öffentliche Angelegenheiten keinen Sinn. Doch ganz ohne ein Memento mori sollte es auch in Osterreich nicht abgehen: mit bitterem Unwillen empfand Kaiser Franz den ungarischen Pfahl in seinem Fleisch. Wenn er und sein Metternich auch alle deutschen Provinzen einschläfern, auch den widerspenstigen Bundestag bezähmen und das burleske Süddeutschland in das behagliche Philistertum zurückführen konnten, so mußten sie doch finden, daß die ungarische Heide wilde, mutige Rasse nähre. Vierzehn Jahre lang wurde der Reichstag, welcher verfassungsmäßig alle drei Jahre sich versammeln sollte, nicht einberufen und trotz aller Einsprache mit Kommissären und Soldaten gewirtschaftet, Rekruten eingefangen, Steuern eingezogen. Aber wenn die Ungarn auch nachgaben und sich der Gewalt fügten, so blieben sie doch bei ihrem Proteste. Auch erreichten zuletzt die Steuerrückstände eine bedenkliche Höhe. Zugleich hatte man gerade damals, es war im Jahre 1825, allen Grund, die Sache nicht aufs äußerste zu treiben. Denn infolge des griechischen Freiheitskampfes hatte man einen russisch-türkischen Krieg und ebendeshalben Verwicklungen an der unteren Donau zu befürchten. Man durfte daher, wollte man die Dinge in Ungarn nicht zu offenem Aufruhr treiben, die Unzufriedenheit dort sich nicht noch steigern lassen. So riet selbst Metternich zum Nachgeben, und im September 1825 wurde der Reichstag in Preßburg eröffnet. Hier kam es bald zu bitteren Klagen über die habsburgische Politik, über ihren Gang zum Absolutismus, ihre Nichtbeachtung verfassungsmäßiger Rechte, und als der Kaiser von den „wahnwitzigen Bestrebungen der Neuerer“ und von Bestrafung der Ungehorsamen sprach, mußte er, um die dadurch entstandene Aufregung zu dämpfen,

seine „mißverstandenen“ Worte dahin deuten, daß er die Rechte des Reichstags vollständig anerkenne. Damit hatte es aber auch sein Bewenden, und nach fast zweijähriger Dauer ging derselbe auseinander, ohne viel anderes geleistet zu haben, als daß seine Rechte schärfer gefaßt und vom Throne ausdrücklich bestätigt wurden. Vorderhand hatte auch hier die Politik des Hinhaltens, des Nichtsthuns einen Triumph gefeiert.

Ein anderes Feld der Thätigkeit bot sich der Metternichschen Staatskunst in Deutschland dar. Hier waren durch die letzten Ereignisse einige Hundert selbständige Staaten mediatisiert und ein Bund von 39 souveränen Staaten gegründet worden. Große Hoffnungen knüpften sich an diese Umgestaltung. Die Noth der langen Unterdrückung hatte den Namen des Vaterlandes wieder wert gemacht, der Aufschwung und die Opfer der Befreiungskriege, der durch gemeinschaftliche Anstrengung aller deutschen Stämme erungene Sieg hatte das Nationalgefühl wachgerufen und die Zusammengehörigkeit dieser Stämme zum Bewußtsein gebracht. Was man nach den Ausrufen der Fürsten, nach den Erklärungen der Minister, nach dem Urtheil der größten Patrioten erwartete, war kurz: ein einheitliches Vaterland, stark nach außen und frei im Innern. Über die Einrichtung dieses nationalen Baues machte man sich verschiedene Gedanken.

Zunächst ging es an den Ausbau der Einzelstaaten. Vom Bodensee bis zur Ostsee ertönte der Ruf nach Verfassungen. Selbst die Bundesakte hatte davon Notiz nehmen und in ihrem 13. Artikel aussprechen müssen: „in allen Bundesstaaten wird (ursprünglich hieß es übrigens: soll) eine landständische Verfassung stattfinden.“ Damit war freilich über das Wann und Wie nichts gesagt und dem üblen Willen einzelner Regenten ein weites Feld gelassen. Den Anfang auf der Bahn des Fortschrittes machte Karl August, Großherzog von Sachsen-Weimar, welcher bisher als Mäcenas unserer größten Dichter seinen Namen berühmt gemacht hatte. In freier Übereinkunft mit den Ständen des Landes gab er im Mai 1816 eine Verfassung, welche alle wesentlichen Bestimmungen des modernen Staatslebens: Vertretung aller Staatsbürger, Steuerbewilligungsrecht, Preßfreiheit enthielt. Aber er war unter allen norddeutschen Fürsten der einzige. Die Aristokratie war im Norden zu mächtig und begriff zu wenig ihre Zeit, als

daß sie von ihren alten Vorrechten etwas nachgelassen und etwas anderes geduldet hätte als die landständischen Vertretungen, wo von einer eigentlichen Vertretung des Bürgers und Bauern keine Rede war, die einzelnen Stände zum Teil noch abgefordert „als Kämmerchen“ berieten und der Adel die Übermacht hatte. Zu einer Repräsentativ-Verfassung, in welcher nicht die einzelnen Stände als solche, sondern das ganze Volk vertreten sein sollte, kam es, außer in Weimar, in ganz Norddeutschland nicht. In Sachsen, Mecklenburg, Hannover, Braunschweig, Oldenburg herrschte nach wie vor das aristokratische System.

Das königliche Element unter diesen mittelalterlichen Gestalten bildete der 70jährige Kurfürst Wilhelm I. von Hessen, welcher von 1806—1813 in der Verbannung gewesen war und die Umwandlung seines Landes zu einem Königreich Westfalen aus der Ferne sich angesehen hatte. Bei seiner Rückkehr strich er diese Jahre geradezu als ungültig aus und setzte alles wieder so vollständig auf den Standpunkt des Jahres 1806, daß er sogar die im November jenes Jahres beurlaubten Regimenter wieder in ihre damaligen Garnisonen berief und dem Platzmajor von Hanau einen Verweis gab, weil er seither die Vierteljahrsberichte der Festung nicht eingeliefert habe. Die Soldaten erhielten wieder Zöpfe und Puder, die pensionierten Beamten wurden wieder angestellt, die neuen Gesetzbücher abgeschafft und die Käufer der von der westfälischen Regierung veräußerten Kammergüter zur Zurückgabe ohne Entschädigung gezwungen. Und doch bot er seinem Volke eine Verfassung an, die nicht zu den schlimmsten gehörte und eine Repräsentation des ganzen Volkes in sich schloß. Da er aber bei seinem berücktigten Geize im Finanzwesen freie Hand haben, eine Trennung der Staatskasse und seiner Privatkasse durchaus nicht zugeben, kein Steuerverwilligungsrecht zugestehen wollte, so zerbrachen sich die Unterhandlungen, die Abgeordneten wurden nach Hause geschickt, und Hessen blieb ohne Verfassung.

Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Süddeutschland, wo die Fürsten, um die alten und die neuen Landesteile zu verschmelzen und den Widerstand des mediatisierten Adels zu brechen, mit Einführung liberaler Verfassungen vorangingen. Auch ließen sie sich dabei von dem Gedanken leiten, daß sie der Übermacht der beiden Großtaaten und der Vergewaltigung durch dieselben durch

freisinnige Institutionen leichter entgehen könnten. Herrschte daher bei jenen das reaktionäre System, so wandelten sie um so entschiedener auf dem Pfad des Liberalismus. König Maximilian von Bayern gab im Mai 1818 eine Verfassung, welche Stein als bedeutsamen Fortschritt auf der konstitutionellen Bahn begrüßte; im August dieses Jahres gab Großherzog Karl von Baden eine noch freisinnigere, um das ihm verhaßte Bayern, das ihm zur Abrundung seines Gebiets die Tauber- und Main-Bezirke nehmen wollte, zu überbieten. Im folgenden Jahre, im September 1819, endigten auch in Württemberg die Verfassungskämpfe. Dort hatte schon König Friedrich die Initiative ergriffen, war aber während der daraus entstandenen Streitigkeiten gestorben. Sein Sohn Wilhelm nahm gleich bei seinem Regierungsantritt die Verhandlungen wieder auf und vereinbarte nach dreijährigen Kämpfen mit den Ständen, auf deren Seite nicht immer die Klugheit und das moderne Bewußtsein war, eine Verfassung, über welche man sich um so rascher verständigte, je drohender das Gewitter von der Karlsbader Diplomaten-Versammlung aufstieg. Infolge dieser Vorgänge mußte auch die Regierung von Hessen-Darmstadt dem Drängen des Volkes nachgeben (März und August 1820), während in Nassau die schon 1814 gegebene Verfassung nach dem Tode des Fürsten durch den dem Metternichschen System geneigten Minister v. Marschall möglichst zurückgedrängt und der erste Landtag erst 1818 eröffnet wurde.

Vor dem Übelwollen und den Gewaltstreichen des Ostens und Nordens hatten sich die Freiheitsgedanken in die süddeutschen Kammern geflüchtet und sich dort eine Stätte bereitet. Es fragte sich, ob die Stellung behauptet, ob nicht neue Allianzen geschlossen, ob nicht gar Preußen in das liberale Fahrwasser hereingezogen werden könne. König Friedrich Wilhelm III. hatte in seiner Verordnung vom 22. Mai 1815 ausdrücklich eine allgemeine Repräsentation des Volkes verheißen und bereits den Termin bestimmt, an welchem ein Ausschuß von Provinzialabgeordneten und königlichen Beamten zur Entwerfung der Verfassung zusammentreten sollte. Der Termin verstrich, ohne daß der Ausschuß berufen wurde. Denn bereits war der König nicht mehr in den Händen derer, welche ihn in den drei letzten Jahren zum Sieg geführt hatten. Schwankend und unentschlossen hatte er sich vielfach in



der Politik gezeigt, für die Regungen einer neuen Zeit hatte er durchaus kein Verständnis und sah in jeder, auch rein geistigen Bewegung des Volkes die künftige Revolution. Er besaß alle Tugenden eines schlichten, ehrbaren Hausvaters, war aber nicht reich genug ausgestattet zur Beherrschung eines großen Reiches und fühlte keinen Beruf in sich, sich an die Spitze des neuen Deutschlands zu stellen und die Mittelstaaten in seine Sternbahn zu zwingen. Er gab sich vielmehr immer mehr der schroffsten Reaktionspartei, seinen gefügigsten Höflingen wie dem Fürsten Wittgenstein hin und hatte an seinem Staatskanzler von Hardenberg einen allzu nachgiebigen Minister. Dem konstitutionellen Leben zugethan, ließ sich dieser gleichwohl auf dem Aachener Kongreß von Metternich, welcher kein schrecklicheres Gespenst als ein freisinniges Preußen kannte, zur österreichischen Politik und zur Berliner Adelspartei herüberziehen. Unter solchen Umständen konnte es nicht fehlen, daß der König, welcher bei seinem guten Willen und seiner Dankbarkeit gegen sein opferbereites Volk eine Verfassung versprach, die Ausführung derselben immer hinausjog und endlich ganz beiseite legte. Hierüber äußert sich in seiner Verteidigung des theologischen Landesvaters der Bischof Eylert: „Der König habe gehandelt wie ein weiser Vater, der gerührt von der anhänglichen Liebe seiner Kinder an seinem Geburts- oder Genesungstage gefällig ist und in ihre Wünsche eingeht, dann aber mit Ruhe dieselben modifiziert und seine natürliche Autorität aufrecht hält.“

Zwischen die Verordnung vom 22. Mai und den 1. September als den Termin für den Zusammentritt des Verfassungsausschusses fiel die Denunziation des Geheimrats Schmalz, eines Schwagers des edlen Scharnhorst, welcher in einer schlecht geschriebenen Broschüre den deutschen Patrioten revolutionäre Umtriebe und die gewaltsamsten Pläne zum Umsturz aller staatlichen Ordnung und zur Herstellung der deutschen Einheit vorwarf und den „Tugendbund“ damit in Verbindung brachte, zu welchem in den Zeiten der Noth fast alle großen Männer Preußens gehört hatten. Einen Aufschwung, eine Begeisterung des Volkes, die in den Befreiungskriegen so Großes errungen, leugnete er geradezu und erklärte, nur der Befehl des Königs, nur der gewöhnliche Gehorsam seiner Unterthanen, welche zu den Waffen eilten, „wie man aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst beim Feuerlärm eilt,“ habe

alles dies bewirkt. Dieser Mann, über dessen Auftreten die ganze Hof- und Adelspartei ein Triumphgeschrei erhob, erhielt vom König den roten Adler-Orden, von dem nämlichen König, welchem Thränen aus den Augen rollten, als ihn im Frühling 1813 Scharnhorst an ein Fenster des Breslauer Schlosses führte, ihm die Scharen der einströmenden Freiwilligen zeigte und ihn fragte, ob er sich nun überzeuge, daß es Ernst sei mit der Begeisterung und Opferfreudigkeit seines Volkes. An die Verleihung dieses Ordens, welche als der Anfang der Reaktion in Preußen zu betrachten ist, hing sich als bedeutendstes Ergebnis die Nichteinberufung des Verfassungs-Ausschusses, der Aufschub dieses Planes. Es läßt sich denken, wie den Männern zu Mute gewesen sein muß, welche Preußen aus seiner tiefen Erniedrigung zu einer ruhmvollen Höhe wieder emporgebracht hatten. Blücher in seiner ungenierten Weise warf mit „Hundsföttern“ um sich; Gneisenau drang in den Staatskanzler, hinter dessen Rücken der Orden verliehen worden war, dagegen zu protestieren, so lange es noch Zeit sei.

Wenn ergraute Männer ihre Enttäuschung nicht zurückhielten, was war dann von der Jugend zu erwarten! An Preußens Zusage und an die Eröffnung des Bundestags knüpften sich ihre heißesten Hoffnungen, aber wie dort, so sahen sie sich auch hier getäuscht. Der österreichische Gesandte, Graf Buol-Schauenstein, eröffnete am 5. November 1816 die Bundesversammlung zu Frankfurt mit einer „schönen“ Rede, mit einer Fülle von Verheißungen, denen allen auch keine einzige befriedigende That folgte, wohl aber bald solche, welche die stärksten Verwünschungen über eine Einrichtung herabriesen, die immer nur von der erhabenen Stellung und den Rechten der Fürsten, nie von denen der Völker sprach. Gleich das erste Jahr ihrer Thätigkeit zeigte, daß die Bundesversammlung, über ihre Befugnisse selbst noch im Unklaren, für die freisinnige Strömung des zweiten Jahrzehntes ein Damm sei, daß sie jedenfalls in keiner wichtigen Frage, weder auf geistigem noch auf materiellem Gebiet, weder im Politischen noch im Sozialen mit der öffentlichen Meinung gehen werde. Auch erinnerte die Verschleppung der Entscheidungen in Fragen, für welche die Gesandten noch keine Instruktionen hatten, doch gar zu sehr an die Erbärmlichkeit des alten Regensburger Reichstags. Die Kläglichkeit dieser Verhältnisse wurde in den Kreisen der studierenden Jugend, unter

der neu gegründeten Burschenschaft besonders lebhaft gefühlt. Bei der Bundesfeier der deutschen Burschenschaft, zu welcher die von Jena die Burschenschaften der anderen Hochschulen einlud, erhielt diese Stimmung einen Ausdruck, der an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig ließ. Die Versammlung fand am 18. Oktober 1817 auf der historisch berühmten Wartburg bei Eisenach statt und sollte zugleich die Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig und das Reformationsjubiläum feiern. Gegen 500 Jünglinge aus allen Gauen Deutschlands fanden sich ein; auch Professoren aus Jena: Kiefer, Fries und Oken, nahmen teil. Das Ganze hatte einen ernsten, religiösen Charakter, zu Anfang und Ende hörte man geistlichen Gesang, die Reden sprachen von der Vereitlung der deutschen Hoffnungen, von der politischen Lage Weimars, vom treuen Ausdauern in dem Kampfe. Gegen Abend wurde noch ein Nachspiel gefeiert. Einige Studenten blieben zurück und hielten, im Gedanken an Luthers That vom 10. Dezember 1520, zum Zeichen des „grimmigen Hasses wider alle Bösen und Buben im Vaterland“ über einige „Schandschriften“, worin der Absolutismus verteidigt und der Ruf nach Konstitutionen verdächtigt war, ein kritisches Autodasé. Außer einem Topf (Kurhessen), einem Korporalstock und einer Schnürbrust, wurden nach einer einleitenden Rede die Schriften undeutscher Männer, wie die Broschüre von Schmalz, der Gendarmerie-Codex von Kampf, die deutsche Geschichte von Rosebue und andere ins Feuer geworfen.

Schon Schmalz hatte gezeigt, daß sich mit Berliner Geheimräten nicht gut spassen lasse. Der Geheimrat von Kampf wollte nicht zurückstehen: er verfaßte in der Erbitterung über die Schmach, die man seinem Codex angethan hatte, eine Beschwerdeschrift und schrieb an den Großherzog von Weimar einen unverschämten Brief voll von Vorwürfen, daß er in seinem Lande keine bessere Ordnung halte. Von allen Seiten wurde auf den freisinnigen Fürsten eingedrungen; nicht bloß Östreich und Preußen, sogar Frankreich und Rußland schickten Noten, Gesandte und Spione nach Weimar und Jena, um den Fürsten zum Einschreiten gegen die Presse, gegen Professoren und Studenten zu veranlassen. Die Wirkungen einer solchen Quadrupelallianz konnten nicht ganz ausbleiben: die Regierung mußte sich zu einigen Repressivmaßregeln hergeben.

Neuen Bündstoff warf die Schrift eines moldauischen Bojaren, des jungen Alexander Stourdzas, in die allgemeine Aufregung hinein. Derselbe hatte im Auftrag des Kaisers Alexander eine Denkschrift über die Zustände Deutschlands abgefaßt und dieselbe im Herbst 1818 den beim Nacher Kongreß versammelten Fürsten und Diplomaten vorgelegt. Die nächste Veranlassung zu diesem Kongreß war zwar das Verhältnis der vier Großmächte zu Frankreich und die Besprechung des Vorschlags, jetzt schon, nach drei Jahren, nicht erst nach fünf Jahren, der Okkupation des Landes ein Ende zu machen und die fremden Truppen aus den französischen Garnisonen zurückzuziehen. Aber eine so geschickte Gelegenheit, die Häupter der Heiligen Allianz beisammen zu haben, konnte man nicht vorübergehen lassen, ohne die ganze europäische Politik, namentlich die Verhältnisse in Deutschland, zur Sprache zu bringen, und wir haben ja schon gesehen, wie Metternich die Anwesenheit Hardenbergs benutzte, um ihn wegen seiner preußischen Verfassung gründlich in die Weichte zu nehmen. In solchen Kreisen war die Schrift Stourdzas, welche den Fürsten das Gorgohaupt einer deutschen Revolution entgegenhielt, wenn sie nicht die schärfsten Maßregeln gegen die Presse und die Universitäten ergriffen, eine willkommene Neuheit. Man war bereits entschlossen, den Schlag auszuführen, wollte aber hiezu keinen internationalen, sondern einen rein deutschen Kongreß bestellen, zu welchem auch noch andere deutsche Staaten einzuladen seien, und trennte sich auf Wiedersehen fürs nächste Jahr in Karlsbad. Schon rüsteten sich im folgenden Jahre die Diplomaten zu einer Reise nach der böhmischen Heilquelle, als eine Nachricht einlief, wie sie ihnen für ihre Zwecke nicht erwünschter hätte kommen können.

Die Schrift Stourdzas, das offene Einmischen Rußlands hatte die Aufregung in Deutschland noch gesteigert. Die Jugend in Jena knirschte vor Mut. Zwei dortige Studenten, die Grafen Voßholz und Keller, forderten den Bojaren als den Feind der deutschen Jugend zum Duell heraus. Dieser fand nun das Klima in Weimar zu schwül für seine Gesundheit, vertauschte es mit dem zu Dresden und erklärte, daß er eigentlich nicht der Verfasser der Schrift sei, sondern sie auf Alexanders Befehl gedacht, geschrieben und ausgeführt habe. Auf ein so bescheidenes Geständnis erwiderten die Studenten, daß sie von einer „Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine“ natürlich keine Genugthuung mehr fordern könnten. Da-

gegen trat nun ein anderer Gegner auf den Plan. Die russische Regierung hatte im Sommer 1817 den Staatsrat August von Kokebue nach Weimar geschickt, um über den Geist und das Treiben der freisinnigen Partei sich regelmäßige Berichte zu verschaffen. Als Verfasser mehrerer leichtfertigen Schriften ohnedies schon übel angeschrieben, zog sich dieser russische Spion, welcher eine Zeitschrift, das „Litterarische Wochenblatt“, herausgab, durch seine Angriffe auf die Männer und die Grundsätze der nationalen Partei, durch seinen Spott, womit er die politisierende Jugend übergoss, zuletzt durch seine offene Billigung der Stourdzaschen Schrift den allgemeinen Haß zu. Da gelang es dem Professor Luden in Jena, einen dieser Kokebue'schen Berichte an die russische Regierung in seine Hände zu bekommen, und er säumte nicht, denselben in seiner Zeitschrift „Nemesis“ abdrucken zu lassen. Die Folge davon war eine Klage Kokebue's und eine russische Note gegen die „Freiheit der Presse“ in Weimar, zugleich aber auch ein für Kokebue selbst sehr unwillkommenes Hervortreten seiner Person. Denn auf ihn waren jetzt aller Augen gerichtet, in ihm haßte man die ganze Reaktion, die Einmischung des Auslandes, den Verrat am Heiligsten. Man fragte sich, ob ein deutscher Regierungsspion in Frankreich oder Rußland auch nur einen Monat lang wagen dürfte, was dieser Deutsch-Russe schon länger als ein Jahr unter den Augen des großherzoglichen Hofes, in unmittelbarer Nähe der aufgeregten Jenenser Burschenschaft, der ganzen deutschen Nation ungestraft bieten durfte. Von neuem erinnerte man sich an die That des achtzehnjährigen Friedrich Staps aus Raumburg, wie er nach Ostreichs Niederwerfung am 12. Oktober 1809 zu Schönbrunn einen Mordversuch auf Napoleon machte, in welchem er den Attila Deutschlands erblickte. Meinten es denn die reaktionären Regierungen, diese „Bevollmächtigten der Vorsehung“, meinten es denn Menschen, wie Kokebue, Kampf, Schmalz und Konsorten besser mit dem Volke? Gegen die Zeitschrift „Nemesis“ hatte Kokebue seinen Prozeß gewonnen; es fragte sich nun, ob er gegen die andere Nemesis ihn auch gewinne.

Ein besonderer Zweig der Burschenschaft war der Bund der „Unbedingten“, welche alles, was sie für wahr und recht erkannt hatten, unbedingt durchzusetzen suchten. Zu diesen gehörte Karl Sand aus Wunsiedel, ein wackerer, sittlich unbescholtener Jüngling,

ein eifriges, jedoch nicht hervorragendes Mitglied der Burschenschaft, zu religiösen Schwärmereien geneigt, ein brütender Kopf. Die beiden Brüder Follenius, von welchen einer als Privatdozent in Jena wirkte und die Seele des Bundes war, übten entschiedenen Einfluß auf ihn. Es wurde in ihm zur fixen Idee, daß etwas Großes geschehen müsse, wenn das Vaterland nicht in Stücke gehen solle; daß dies durch ihn vollbracht werden, daß er für das Vaterland sich zum Opfer bringen müsse, wurde ihm täglich klarer. Als die hassenswürdigste Person, als derjenige, welcher der aufstrebenden Freiheit Deutschlands am meisten schadete, erschien ihm Kobebue. Dieser, der Spion, der Verräter, der leichtfertige Spötter, die Personifikation aller Servilität und volksfeindlichen Richtung, schien ihm zunächst reif für die Rachegöttinnen, der Volkseme verfallen zu sein. Sein Entschluß war gefaßt. Hatte er sich früher stark genug gefühlt, bei Gelegenheit seine Hand an Napoleon zu legen, so wollte er indeffen nicht schwächer geworden sein.

Ohne irgend jemand etwas von seinem Plane mitzuteilen, reiste er im März 1819 von Jena nach Mannheim, wo Kobebue seit Ende des vorigen Jahres lebte, nachdem sein Aufenthalt in Weimar nachgerade unmöglich geworden war. Am 23. März vormittags 10 Uhr kam Sand in Mannheim an, ließ sich um 11 Uhr in Kobebues Wohnung anmelden und wurde auf den Abend zwischen 4 und 5 Uhr bestellt. Er fand sich pünktlich wieder ein und wurde in ein Zimmer geführt, in das Kobebue bald darauf eintrat. Kaum waren die ersten Begrüßungsworte gewechselt, so stieß ihm Sand unter dem Rufe: „Hier, du Verräter des Vaterlands!“ einen Dolch ins Herz und brachte ihm gleich darauf noch zwei Stiche bei. Darauf gab er sich selbst einen Stich in die Brust, rannte die Treppe hinunter, rief den die Straße Wandelnden zu: „Hoch lebe mein deutsches Vaterland!“ kniete nieder und stieß sich mit den Worten: „Ich danke dir, Gott, für diesen Sieg!“ zum zweitenmal das Messer in die Brust. Von der herbeigerufenen Wache festgenommen, wurde er in ein Krankenhaus und bald darauf in das Gefängnis gebracht, wo er von seinen Wunden genas und einem strengen Verhör unterworfen wurde. Aber so sehr man auch auf die Entdeckung einer weitverzweigten Verschwörung, von wenigstens 300 Jünglingen wie bei Mucius Scävola, hinarbeitete, so kam man doch keinem einzigen Mitwisser oder Mitschuldigen auf die Spur. Man

mußte sich mit dem Blute dieses einen theologischen Studenten begnügen. Am 20. Mai 1820 wurde Sand, der bis zum letzten Augenblicke für seine That begeistert war, in Mannheim mit dem Schwert hingerichtet, von vielen bewundert, von noch mehreren bemitleidet, nur von wenigen gehaßt. Er hatte eine That begangen, von welcher der damals noch freisinnige Görres sagte, sie werde von ganz Deutschland mißbilligt, ihre Motive gebilligt. Nach zwei Seiten hin war sie ein politischer Fehler: die Reaktion, welche er zu bekämpfen und zu vernichten wähnte, wurde durch die Ermordung eines einzigen Mannes, wer dies auch war, nicht gehemmt, vielmehr gestärkt und zu ihren heftigsten Angriffen ermutigt, und selbst wenn sie durch den Stoß auf eine einzelne Persönlichkeit hätte überwältigt werden können, so hieß diese jedenfalls nicht Rogebue, sondern wäre ganz anderswo zu suchen gewesen. Das gerade Gegenteil von dem, was Sand beabsichtigt hatte, geschah. Und als bald nach seinem Attentat, am 1. Juli 1819, ein junger Apotheker, Karl Löhning, in Schwalbach einen erfolglosen Mordanfall auf den Staatsrat v. Jbell, ein Hauptwerkzeug der nassauischen Reaktion, machte und darauf sich selbst ermordete, so war dies nur noch Öl ins Feuer gegossen.

Eben war Wilhelm v. Humboldt mit einem Verfassungsentwurf für Preußen beschäftigt und verhandelte schriftlich und mündlich darüber mit Stein. Da kam die Nachricht von Rogebue's Ermordung nach Berlin. „Nun ist die Verfassung unmöglich,“ war Hardenberg's erstes Wort. Der König ließ dem Ermordeten eine Totenfeier veranstalten. Nun blühte der Weizen der Berliner Geheimräte! Mit Hinweisung auf die zwei Attentate und auf das Schreckbild der Revolution ließ Metternich nicht nach, bis er dem König von Preußen alle Gedanken an eine Konstitution vollends ausgetrieben, ihn zu einem gemeinschaftlichen Feldzug gegen alle konstitutionellen Regierungen hervogen und zu einer wahren Razzia gegen alle hervorragenden Männer der nationalen Partei aufgehetzt hatte. Dabei errang Metternich für Osterreich noch einen besonderen Vorteil. Denn indem er bei der Verfolgung der „Demagogen“ Preußen die erste Rolle zuteilte, während in dem erstarrten Osterreich niemand zu belästigen war, mußte das von der öffentlichen Meinung so sehr bevorzugte Preußen seinen Kredit gründlich verlieren.

Nun kamen Schläge auf Schläge. Im Juli 1819 wurden die Turnplätze geschlossen, Fahn von seinem sterbenden Kinde weg nach Spandau, später nach Küstrin abgeführt, die drei Bonner Professoren: Arndt und die beiden Brüder Weller, verhaftet, ihre Papiere mit Beschlagnahme belegt und noch viele andere Verhaftungen gegen Lehrer und Studenten vorgenommen. In Berlin wurde eine Untersuchungskommission niedergesetzt, wozu der reaktionäre Minister des königlichen Hauses, Fürst Wittgenstein, und der Geheimrat Kämpf gehörten. Darauf folgten die Karlsbader Beschlüsse. Am 6. August 1819 wurde der Ministerkongress in Karlsbad eröffnet, wobei außer Osterreich und Preußen noch acht Mittelstaaten eingeladen und vertreten waren. Metternich führte den Vorsitz und der östreichische Hofrat v. Genz das Protokoll. Dieser war ein talentvoller, im Reden und Schreiben sehr gewandter Mann, früher den liberalen Ideen zugethan, später aber, um seiner Genussucht mehr frönen zu können, im Dienste Metternichs, der ihn als Publizist und Protokollführer bei den meisten Kongressen gebrauchte. Was Genz von seinem und seines Herrn System dachte, wie er ihr eigenes bankrottierendes Treiben wohl erkannte, beweist der Ausspruch, den er kurz vor seinem 1832 erfolgten Tode that: „Mich und Metternich hält es noch aus.“ Von solchen Leitern konnte man nichts anderes erwarten, als was denn wirklich eintrat. Die Beschlüsse betrafen hauptsächlich fünf Punkte: die Freiheit der Presse wurde durch die Zensur beschränkt, zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe eine Zentralkommission in Mainz aufgestellt, die allgemeine Burschenschaft und ihre Turnanstalten verboten, die Universitäten unter die Aufsicht Regierungsbevollmächtigter (Kuratoren) gestellt und endlich ausgesprochen, daß den Beschlüssen des Bundestags alle deutschen Regierungen sich zu unterwerfen hätten.

Diese Karlsbader Beschlüsse hatten übrigens nur dann Geltung, wenn sie von der Bundesversammlung in Frankfurt bestätigt wurden. Der sonst so unthätige Bundestag war sehr bereit, in seiner Sitzung vom 20. September 1819 sie zu den seinigen zu machen und vorläufig auf fünf Jahre zu bestätigen, ein Termin, der später immer wieder erneuert wurde. Und damit noch nicht genug! Um auch vollends das letzte Bollwerk der Freiheit, die süddeutschen Repräsentativ-Verfassungen, zu vernichten, sie in unschädliche ständische Vertretungen zu verwandeln, die Öffentlichkeit ihrer



Versammlungen aufzuheben, wurden am 25. Nov. neue Ministerkonferenzen in Wien eröffnet und ihre Beschlüsse vom 16. Mai 1820 unter dem Namen der „Wiener Schlussakte“ von der Bundesversammlung am 8. Juni bestätigt und unter die Grundgesetze des Deutschen Bundes aufgenommen. Zwar konnten die dem süd-deutschen Verfassungsweisen zugeordneten Maßregeln bei dem Widerstand Bayerns und Württembergs nicht durchgeführt werden; aber das ganze Verhältnis der Einzelregierungen zum Bund hatte sich vollständig verändert. War das Bestreben jener auf dem Wiener Kongreß bei Abfassung der Bundesakte darauf gerichtet gewesen, der Bundesbehörde möglichst wenig, den einzelnen Regierungen möglichst viel Gewalt beizulegen und sie jedenfalls in ihren inneren Angelegenheiten frei und souverän schalten und walten zu lassen, so war durch all die Allianzen, Kongresse und Konferenzen die ganze Sachlage umgekehrt: die Bundesversammlung war in allen äußeren und inneren Fragen mit der obersten Gewalt ausgerüstet, die einzelnen Regierungen dagegen gezwungen, der Stimme von Frankfurt unbedingt Folge zu leisten. Und da dort Osterreich und Preußen den Ton angaben, so sah es schon damals mit der Souveränität der kleineren Fürsten sehr bedenklich aus.

Aber auch Preußen stand dem übermütig und übermächtig auftretenden Osterreich nicht ebenbürtig zur Seite. Tief empört fühlte sich so manches mutige Herz, als es den Staat Friedrichs des Großen zu einem Vasallen Osterreichs, zu einem Filial Metternichs herabgesunken sah. Noch befanden sich im Ministerium wackere und einsichtsvolle Männer, welche die Karlsbader Beschlüsse über den Haufen werfen, den Minister des Auswärtigen in Anklagestand versetzen und mit einer freisinnigen Fahne gegen das reaktionäre Osterreich Front machen wollten; aber der König ließ sie im Stich. Wilhelm v. Humboldt, der Kriegsminister v. Boyen und der Großkanzler v. Beyme mußten ausscheiden und den Wittgenstein und Kampz das Feld ganz allein überlassen. Darauf folgten die schärfsten Zensurmaßregeln in Preußen und Maßregelungen der Professoren. De Wette, Professor der Theologie in Berlin, welcher Sands Mutter einen Trostbrief geschrieben und darin die That ihres Sohnes nach ihren subjektiven Motiven ein schönes Zeichen der Zeit genannt hatte, wurde seiner Stelle entsetzt und mußte sich nach Basel wenden; Görres, welcher im Jahre 1819 der Verhaf-

tung durch Flucht sich entzogen hatte, wurde entlassen: Arndt blieb suspendiert und erhielt seine Papiere und Briefe erst nach zwanzig Jahren von der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. Jahr wurde nach jahrelanger Untersuchungshaft freigesprochen, aber unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Zugleich eröffnete man einen Feldzug gegen schwarzrotgoldene Pfeifenköpfe, Quasten und Bänder, beschäftigte sich im Ministerium wochenlang mit der Form der Studenten-Mützen und Röcke und verbot sogar in einer Kabinettsordre vom Jahr 1821 die vieldeutigen, revolutionär klingenden Namen „Protestant“ und „Protestantismus“. In keiner öffentlichen Schrift durften die Zensoren dieselben mehr unbeaufsichtigt lassen, sondern mußten „evangelisch“ dafür setzen. Die Verfassungsfrage wurde durch einen raschen Entschluß entschieden. Statt einer Repräsentation des ganzen Landes wurden durch das königliche Patent vom 5. Juni 1823 Provinzialstände eingeführt, welche nur eine beratende Stimme hatten, nur das beraten durften, was ihnen die Minister vorlegten, nur die Verhältnisse ihrer Provinz, nicht die des ganzen Reiches zu besprechen hatten und so zusammengesetzt waren, daß das aristokratische Element bei weitem überwog. Damit, hieß es, sei der Artikel 13 der Bundesakte vollständig erfüllt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Deutschland kein Herd für Revolutionen sei, so konnte man sicherlich den dafür anführen, daß man dem deutschen Volke, wie in Preußen, so in andern Ländern, gleichsam zur Strafe für die That zweier überspannten Menschen, einen so unerhörten Wortbruch bieten durfte, und daß das Volk sich dies gefallen ließ.

Hatte sich Preußen dem System Metternichs willenlos in die Arme geworfen, so sollte dieser in Süddeutschland und seinen Repräsentativ-Verfassungen mehr Sprödigkeit finden. König Wilhelm von Württemberg war hier die Seele der Opposition. In der Fülle seiner männlichen Kraft stehend, für das Wohl seines Volkes von ganzem Herzen besorgt, den Einflüssen der modernen Zeitrichtung zugänglich, wollte er sich in der Verwaltung seines Landes nichts vorschreiben lassen. Sich zum Präfecten der Bundeskanzlei in Frankfurt herzugeben, dazu hatte er eine viel zu soldatische Natur. Sein Bestreben war daher, die Kleinstaaten zu einer politischen und militärischen Verbindung zu vermögen, um sich dem Übergewicht der Großstaaten zu entziehen und ihnen das Gleichgewicht zu halten.

Allein bei der Stellung Norddeutschlands und den beständigen Eifersüchteleien der Regierungen war dies fast eine Unmöglichkeit. Dennoch wagte er längere Zeit den ungleichen Kampf, worin er besonders von seinem Bundestagsgesandten, dem kritisch-scharfen Febrn. von Wangenheim, unterstützt wurde. Beide waren entschiedene Gegner des ganzen Wiener und Karlsbader Kongreßsystems; König Wilhelm wandte sich, um das Verderben abzuwenden, persönlich an seinen Schwager, Kaiser Alexander, wandte sich nach England, das auf den europäischen Kongressen die Sache der Freiheit verteidigte, galt aber eben darum in den Augen Preußens und Osterreichs für einen gekrönten Jakobiner, sein Land neben Spanien für einen Hauptherd der Revolution. Als er vollends infolge der auf dem Kongreß zu Verona gefaßten Beschlüsse den Kongreßmächten vorwarf, daß sie den nämlichen Einfluß ausüben wollten, „den sich Napoleon in Europa angemacht habe“, und als in der Bundesversammlung Wangenheim der Ritterschaft und den Prälaten von Holstein, welche sich über den König von Dänemark wegen Verfassungsverletzung zu beklagen hatten, mit seiner ganzen dialektischen Schärfe beistand und sogar darauf antrug, daß dem König eine bestimmte, aber kurze Frist zur Einführung der versprochenen Verfassung gesetzt werden solle, während Osterreich die Kläger abgewiesen und auf den guten Willen des dänischen Königs vertröstet sehen wollte, da war die Geduld Metternichs erschöpft. Er erklärte Wangenheim für einen Feind der österreichischen Bundespolitik, ja der Heiligen Allianz und verlangte seine Abberufung. Da nicht sogleich darauf eingegangen wurde, verließ der österreichische Gesandte den Stuttgarter Hof, und der preußische und russische folgten ihm. Der Unterstützung seiner süddeutschen Nachbarn beraubt, blieb Württemberg als einem kleinen Staate nichts übrig als nachzugeben. König Wilhelm schrieb entschuldigende Briefe an seinen Schwager, an Franz und Friedrich Wilhelm, rief Wangenheim von Frankfurt zurück und schickte im folgenden Sommer (1824) seinen Minister Maucler auf den Johannisberg, wo Metternich einen Hof von Fürsten und Diplomaten hielt und in dem Gedanken schwelgte, durch Entfernung aller liberalen Gesandten den Bundestag gefäubert und ihn zu seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgeführt zu haben, wonach er ein „permanenter Ministerialkongreß“, ein „völkerrechtlicher Verein der souveränen Fürsten“, ein bloßer Fürstentrat

sein sollte, „bei dessen rein diplomatischen Verhandlungen die Fürstern allein ihre Unterthanen zu vertreten hätten, da diese ja mit dem Bunde so wenig in einem Staatsverbande stehen sollten wie mit irgend einem auswärtigen Lande.“ So war der Bundestag eine Heilige Allianz im kleinen, ein reines Werkzeug des Fürsten Metternich, welcher als Grundsatz seiner Regierung offen aufstellte, „daß auf keinem Punkte Europas der Statusquo verrückt werden dürfe, und daß die von Gott herkommende und durch die Religion und das historische Recht beschützte Majestät um jeden Preis gegen die Angriffe der Neuerer zu verteidigen sei.“ Damit war das Prinzip der Intervention in der absolutesten und gehässigsten Weise ausgesprochen, und Metternichsche Schützlinge, wie Karl von Braunschweig und der Württicher Miguel von Portugal, sind allerdings saubere Exemplare einer „von Gott herkommenden Majestät“.

So hatte Metternich in Deutschland leichtes Spiel. Sein Antrag auf Fortdauer der Karlsbader Beschlüsse wurde von der Bundesversammlung genehmigt (1824), und die Mainzer Untersuchungskommission war so glücklich, die Existenz eines revolutionären Jünglings- und Männer-Bundes zu entdecken, welcher eine deutsche Republik gründen oder das deutsche Kaisertum unter Wilhelm von Württemberg wieder aufrichten wollte. Die verhasste Kommission betrieb ihr Handwerk schwunghafter als je und wurde dabei wieder von Preußen auf eine Art unterstützt, wie es Osterreich nicht angenehmer sein konnte. Ueberspannte Jünglinge wurden zu 13- bis 15jähriger Festungshaft verurteilt! Waren solche Verbindungen die sehr natürlichen Folgen der Karlsbader Beschlüsse, so war die Verfolgung und Bestrafung derselben wieder eine neue Drachensaat. Auch in Süddeutschland gab es Störungen, welche den Stempel des neuen Regiments deutlich trugen. In Baden schien der neue Großherzog Ludwig geradezu an der Untergrabung der Verfassung zu arbeiten, wollte sich an dem Militäretat nichts verändern lassen und erlaubte sich trotz der Kammern viele Verfassungsmißbräuche. In Bayern hatte die Regierung unter Maximilian es so weit gebracht, daß das Volk alles über sich ergehen ließ. Eine neue Aera schien nach dessen Tode anzubrechen, als sein Sohn Ludwig den Thron bestieg. Dieser war, wie sein Nachbar in Württemberg, zu den Zeiten des Rheinbunds das gerade Gegenteil seines Vaters gewesen, hatte überall echt „teutschen“ Sinn gezeigt, in altdeutscher

Tracht mit den Künstlern in Italien als einer der ihrigen verlehrt, auf Deutschlands Einheit getrunken, den aufständischen Griechen (1821) ein fröhliches Glückauf zugesungen, „den Großen der Erde und dem Wüthen der ganzen Hölle zum Troh“. Als kunstfinniger Fürst strebte er darnach, München zu einer Metropole der Kunst und Wissenschaft zu machen, verlegte 1826 die Universität von Landsbut in die Hauptstadt und berief dahin berühmte Männer wie Schelling, Schubert, Olen, Görres. Aber diese Lust zu Reformen und neuen Instituten erlahmte bald, und neben dem Glanz der Hochschule und Kunstakademien sah man die Volksschulen tief sinken, und für Herstellung von Straßen und für andere Verkehrsmittel hatte man wenig Geld. Ludwig war zu sehr Romantiker, um an dem eigentlichen Regieren Freude zu finden, und seine Minister, die mit dem Klerus in einem bedenklichen Bunde standen, nahmen ihm die Last gern ab, um nach altem System den Staatswagen zu leiten.

Wie in der Politik, so machten sich auch in der Litteratur die beiden Gegensätze fühlbar. Auf der einen Seite stand die Romantik mit ihren mittelalterlichen Formen und nebelhaften Gebilden, zuerst im Bund mit den Freiheitskämpfern, aber nach Befiegung des äußeren Feindes immer mehr der politischen Reaktion sich nähernd, wie der früher geächtete Görres offen zu ihr überging und für Ultramontanismus und Mystizismus unverdauliche Schriften schrieb, während Arndt und Jahn, mit welchen er eine Zeit lang ein Triumvirat gebildet hatte, sich vom öffentlichen Schauplatz zurückzogen. Die extremsten Männer dieser Richtung, zu welchen auch Geng und Friedrich Schlegel gehörten, verteidigten die Aristokratie und das Gottesgnadentum bis zu ihren letzten Konsequenzen, nahmen in Sachen der Religion das Herrische und Salbungsvolle des Ultramontanismus und Pietismus an und halfen dem König von Preußen die Union des Luthertums und Calvinismus und die damit zusammenhängende, von ihm selbst in Verbindung mit Bischof Eylert ausgearbeitete Agende (Liturgie) durchführen. Bergeblisch war gegen dieses Geistesprodukt die Opposition des zwischen Orthodogie und Rationalismus sich hindurchwindenden Dogmatikers Schleiermacher. Ihnen gegenüber stand der Liberalismus, welcher in der Religion als Rationalismus, in der Poesie als das junge Deutschland auftrat und gegen abgelebte Zustände und Anschau-

ungen kämpfte. Das Aufgeben des gedankenlosen Franzosenhasses, wie er sich seit der Revolution und Napoleon gebildet hatte, war dieser Richtung eigentümlich. Man wollte nicht mehr blind sein gegen das Gute, das durch sie geschaffen wurde, gegen die Idee der politischen Gleichheit und andere Errungenschaften. Als Geschichtschreiber wirkte im Dienst des Liberalismus Karl Kottet, Professor der Geschichte und Staatswissenschaften in Freiburg, eines der hervorragendsten Mitglieder der badischen Kammer. Durch seine in vielen Tausend Exemplaren verbreitete Weltgeschichte, welche auf jeder Seite den Stempel des freigesinnten Mannes trägt, hat er trotz oder vielleicht wegen seiner Einseitigkeit zur Erweckung des politischen Bewußtseins mehr als jeder andere, ihm auch noch so überlegene Historiker beigetragen.

Noch ist zu erwähnen, daß gerade im Brennpunkt der deutschen Romantik, in Berlin, die Hegelsche Philosophie sich breit niedersetzte. Durch ihren Grundsatz, daß die Vernunft die einzige Quelle der Erkenntnis sei, und daß keine Wissenschaft sich ihrer Kritik entziehen könne, stellte sie sich in offene Opposition gegen den Pietismus, welcher, jeder freien Forschung abhold, die neue Zeit in unerträgliche Fesseln zu schmieden versuchte. So sehr auch Hegel mit den herrschenden Gewalten sich im Frieden zu erhalten suchte, so war doch sein System von der Art, daß es notwendig einer freieren politischen Entwicklung Bahn brechen mußte, wie sich dies besonders in den vierziger Jahren zeigte, als seine Jünger die schwerfällige Darstellung des Meisters überwandten, dadurch größeren Einfluß auf die Gesellschaft erhielten und aus den Prämissen ihrer Fundamentalsätze auch in der Politik ihre letzten Konsequenzen zogen.

Metternich hatte eine Zeit lang seine Freude an Heine und las dessen witzige und schlüpfrige Gedichte über die Maßen gern, hoffte auch, daß die Deutschen sich so in Dichtung und Wissenschaft vertieften, daß ihnen ihre politischen Spaziergänge und Verirrungen auf lange Zeit verleidet seien. Er sollte sich irren. War es ihm auch gelungen, den Liberalismus in der praktischen Politik, in den Kabinetten und Kongressen aus dem Feld zu schlagen, so war jener doch, im Stillen arbeitend, in stetem Fortschreiten und zählte die bedeutendsten Geister zu den Seinigen.

## § 2.

**Italien. Revolution in Neapel und Piemont. Kongreß von Troppan und Laibach.**

Wie Deutschland, so betrachtete Metternich auch Italien als seine politische Domäne. Waren doch in beiden Ländern im wesentlichen ziemlich gleiche Verhältnisse! Hier wie dort ein Konglomerat von mehreren selbständigen, von einander unabhängigen Staaten, deren Fürsten sehr eifersüchtig auf einander waren, durch ihre Restaurationspolitik ihren Völkern sich entfremdeten und unter dem Einfluß der österreichischen Regierung standen. Denn diese hatte sich durch den Wiedergewinn von Mailand und durch die Besitznahme von Venedig ein hübsches Stück von der Napoleonischen Erbschaft angeeignet und war entschlossen, an die Stelle des französischen Einflusses den ihrigen zu setzen und von Oberitalien aus die ganze Halbinsel zu beherrschen. Um diesen Zweck zu erreichen, mußte Oestreich die Grundsätze der Heiligen Allianz auch auf Italien ausdehnen und wie in Deutschland so auch hier einen Krieg gegen alle Freiheitsbestrebungen, gegen Presse und Verfassungen führen, etwaige Einheitsgelüste mit aller Macht niederdrücken und nur diejenige Form der Einheit übrig lassen, bei welcher sich sämtliche italienischen Staaten als die Vasallen Oestreichs zu betrachten hatten. Aber es war die Frage, ob die deutsche Langmut auch über die Alpen hinüber ihre Ansteckungskraft äußere, ob die Anwohner des Besuvs mit der nämlichen Resignation in ihre alten Feudalverhältnisse sich fügten wie die Bevölkerung am Königlein und am Brocken. Manches sprach dagegen, nicht bloß das leicht entzündbare Temperament des Südländers. Der Übergang von der französischen Herrschaft zu der der alten Dynastien war in Italien ein weit schrofferer als in Deutschland, da hier in den meisten Staaten die Regierungen sich unter Napoleon erhalten hatten, während in Italien keine einzige auf ihrem Throne geblieben und inzwischen überall jene Einrichtungen der französischen Revolution, Gleichheit aller Stände vor dem Gesetz, Freiheit des Kultus, des Eigentums, der Gewerbe, und im Gerichtswesen der Code Napoleon eingeführt worden waren. Eine Masse von Mißbräuchen, die ganze Kleinlichkeit einer Verwaltung von Miniaturstaaten, der unnatürliche Druck einer allgewaltigen Hierarchie war abgeschafft

worden, und die zurückkehrenden Regentenfamilien konnten nichts besseres thun, als das Gute der französischen Einrichtungen, bei denen die Mehrzahl des Volkes sich wohl befand, beibehalten und auf dieser Grundlage einen volkstümlichen Bau gründen. Statt dessen machten es die meisten derselben wie der Kurfürst von Hessen, strichen ein paar Jahrzehnte aus ihrer Erinnerung aus, knüpften unmittelbar an die alten Zustände an und ließen höchstens solche Einrichtungen bestehen, durch welche ihre Herrschergewalt mehr Kraft und Glanz erhielt. So mußte die Unzufriedenheit bald einen hohen Grad erreichen.

An einer Organisation der verschiedenen Oppositionselemente fehlte es nicht. Die Verbindung der Karbonari (Köhler) war längst über die ganze Halbinsel verbreitet und verfolgte bestimmte politische Ziele. Im 18. Jahrhundert aus dem Freimaurerorden hervorgegangen, hatten sie von diesem die verschiedenen Grade, die Zeremonien und all das Geheimnisvolle, das besonders auf die Jugend so viel Anziehungskraft ausübt, entlehnt, anfangs im Sinn der Aufklärung dem klerikalen Druck entgegengestrebte, bald aber, besonders infolge der französischen Revolution, mit der Politik sich beschäftigt und für die Freiheit zu wirken gesucht. Der französischen Herrschaft als einer Fremdherrschaft waren sie abgeneigt und täuschten die Erwartung Mürats, als er im Jahr 1815 alle Völker der Halbinsel zum Kampfe für Italiens Unabhängigkeit und Einheit aufrief. Sie thaten nichts für ihn, in der Hoffnung, mit den Bourbonen eher zu ihrem Ziele zu gelangen. Dies war kein anderes als das von Mürat verkündigte, und nur über die Verfassungsform, ob konstitutionelle Monarchie oder Republik, gab es sehr verschiedene Ansichten unter ihnen. Im Jahr 1819 zählte man in ganz Italien gegen 60,000 Karbonari, ihren Hauptsitz hatten sie in Neapel. Sie suchten sich immer mehr zu verstärken und warteten, ob nicht von Frankreich ein Zeichen zum Losschlagen komme.

Ein günstiges Feld hatten die Karbonari im Kirchenstaat, wo mit der Rückkehr des gefangenen Papstes Pius VII. (1814) alles wieder auf den alten Fuß gesetzt und maßlose Ansprüche gemacht wurden. Nicht genug, daß Pius sämtliche Teile des früheren Kirchenstaates zurückverlangte, er glaubte auch, ohne der Romik zu verfallen, die Forderung aufstellen zu dürfen, daß das alte



heilige römische Reich mit all seinem Schnörkelwerk, daß die geistlichen Staaten in Deutschland wieder hergestellt, das eingezogene Kirchengut herausgegeben werden müsse. Man glaubte sich in die Zeiten des Augsburger Interims und des Restitutionsediktes versetzt, als man im 19. Jahrhundert von einem Staate, der ohne fremde Hilfe nicht existieren konnte, solche Ansprüche zu hören bekam. Hand in Hand ging damit die Herstellung eines ganzen Rezerapparates: die Inquisition wurde wieder eingeführt, die Kongregation des Index der zu verbietenden Bücher versammelte sich wieder und verbot vorerst alle politischen Schriften, und auf einmal wurden 2436 Klöster, deren Unterhalte dem Staate zur Last fiel, wieder ans Tageslicht gerufen. Durch ein Dekret vom 7. August 1815 wurde der Jesuitenorden wieder hergestellt; dieser drang, trotz allen Widerstandes der Bevölkerung, in Spanien, in der Schweiz und in Deutschland aufs neue ein. Diese Eiferer gingen schon so weit, daß der Inquisitor von Ravenna 1816 einen bekehrten, aber wieder abgefallenen Juden geradezu zum Tode verurteilte. Kardinal Pacca hob die französischen Einrichtungen so radikal und so sinnlos auf, daß selbst die Pockenimpfung und die Straßenbeleuchtung keine Gnade vor ihm fanden. Alle höheren Würden in der Verwaltung wie im Gerichtswesen kamen wieder in die Hände der Prälaten, und diese regierten so, daß das Bettel- und Räuberwesen furchtbar überhand nahm, ganze Gemeinden das Räuberhandwerk trieben und einmal die Namen von 57 Raubmördern zugleich angeschlagen waren. Ackerbau, Handel und Industrie lagen darnieder. Was auch in allen diesen Dingen der freisinnigere Kardinal Konfalvi verbessern wollte, er fand an der Partei Paccas einen unbefiegbaren Widerstand. Trotz dieser Mißerfolge in der Regierung des eigenen Landes suchte die Kurie ihre Herrschaft auch auf andere Länder auszudehnen und schloß zu diesem Zwecke Konkordate mit den italienischen und anderen Staaten. In Neapel wurden der Geistlichkeit solche Zugeständnisse gemacht, daß sie förmlich einen Staat im Staate bildete. Nicht viel besser sah es in dem Herzogtum Modena aus, das nebst Parma ganz unter österreichischem Einfluß stand. Aber während in Parma die Erzherzogin Marie Luise, Napoleons hinterlassene Gemahlin, mit einer für jene Umstände möglichsten Milde regierte, den österreichischen General Grafen Neipperg mehr denn als bloßen Ratgeber benutzend, fand Herzog Franz

von Modena seine Lust an dem abgeschmacktesten, kaum zu ertragenen Despotismus. Den mildesten und gebildetsten Zepter führte Großherzog Ferdinand III. von Toskana, in die Fußstapfen seines Vaters Leopold tretend, darauf bedacht, seine Hauptstadt Florenz zum Mittelpunkt der geistigen, namentlich litterarischen Bewegung zu machen, daher er denn auch möglichste Unabhängigkeit von Oestreich erstrebte und die freie Einfuhr fremder Zeitungen und Bücher zuließ. Zwar wurden auch hier die französischen Einrichtungen, selbst die besten, fast alle abgeschafft; aber wenn man die früheren Leopoldinischen an ihre Stelle setzte, so hatte man daran doch etwas besseres als im Kirchenstaat, in Neapel und Sardinien.

Auf eine andere Art suchte Oestreich seine Unterthanen in Mailand und Venedig bei guter Laune zu erhalten. Pflege und Förderung der materiellen Interessen und eine geordnete Verwaltung waren die Grundsätze der Regierung; auch duldete sie keine Übermacht des Klerus und des Adels und verließ die Beamtenstellen, mit Ausnahme der obersten, an Einheimische. Aber die Zentralkongregationen in den beiden abge sondert verwalteten Ländern waren ein schlechter Ersatz für eine Nationalvertretung; denn ihre Wahl war ganz von der Regierung abhängig, und ihr Wirkungskreis ging kaum über das Abfassen von Bittschriften hinaus. Dem Wunsche der Bevölkerung gemäß wurde ein Erzherzog als Vizekönig aufgestellt, der in Mailand Hof zu halten hatte; aber der eifersüchtige Kaiser Franz sorgte dafür, daß nicht der begabteste seiner Brüder diesen wichtigen Posten erhielt, und daß ihm gar kein politischer Einfluß gegönnt wurde. Vom Jahr 1818 an saß Erzherzog Rainer 30 Jahre seines Lebens dort ab. Dagegen zeigte sich auch hier wie in der ganzen Monarchie die Polizeiwirtschaft ebenso mächtig als gehässig, und sie allein reichte schon hin, alle freieren und gebildeten Geister von der Regierung fern zu halten und diese in allen Lokalfragen, bei welchen man die Kenntnisse der Eingeborenen bedurfte, in Verkehr mit nichtswürdigen Subjekten zu bringen. War auch der niedere Stand, war auch der Bauer mit seinen materiellen Verhältnissen zufrieden: die ganze gebildete Bevölkerung, schon durch die Sprache abgestoßen, fühlte den Druck einer eroberten Provinz und nährte keinen geringeren Haß gegen Oestreich als einst die Städte des alten Lombardenbundes gegen die Herrschaft der Gibellinen.

Nichts hatte Osterreich so sehr zu fürchten, als daß die anderen italienischen Staaten dem Drängen der Carbonari nachgeben, eine Repräsentativ-Verfassung und überhaupt freiere Institutionen annehmen möchten. Denn in diesem Falle war es unmöglich, daß das „Gift der Freiheit“ nicht auch in Mailand und Venedig eindrang, die Bevölkerung nicht noch weit schwieriger machte, und daß das Metternichsche System anders als unter Aufbietung der stärksten Militärkräfte sich halten ließ. Um dieser Gefahr vorzubeugen, schloß Osterreich mit König Ferdinand IV. von Neapel, der sich nach seiner Rückkehr Ferdinand I., König beider Sizilien, nannte, den geheimen Vertrag vom 12. Juni 1815, wonach dieser versprach, in seinem Lande keine Verfassung einzuführen und keine Einrichtungen zu treffen, welche freisinniger seien als die lombardischen, sich also diese in allem zum Muster zu nehmen und womöglich noch ein paar Grade unter dem Mailänder Thermometer sich zu halten. Nichts wurde dem alten König leichter, als ein solches Versprechen, soweit es auf ihn ankam, zu erfüllen. Er war ein unwissender, willenloser Mann, ganz von seiner Umgebung abhängig und schenkte demjenigen am meisten Vertrauen, der ihn in seiner Überzeugung von seiner höheren Sendung am meisten bestärkte, in der Ausübung seines Absolutismus am meisten unterstützte. Als er nach dem Sturz des Königs Mürat nach Neapel zurückkehrte, hob er alles, was ihm von der französischen Verwaltung unbequem war, auf, erklärte Neapel und Sizilien unter dem Namen „Königreich beider Sizilien“ für ein Reich, und da in demselben nicht die eine Hälfte eine Verfassung, die andere keine haben konnte, so war ihm dies eine erwünschte Veranlassung, die unter dem gebietenden Einfluß des englischen Generals Lord Bentinck verliehene freisinnige sizilianische Verfassung von 1812 wieder aufzuheben und die unumschränkte Monarchie wieder herzustellen. Mit der Annahme des Konkordats und der Überweisung des ganzen Schulwesens an die Jesuiten wurde dieses in seiner Fortbildung um ein Jahrhundert zurückgeworfen. Dagegen blühte das Räuberwesen so auf, daß 1817 gegen 30 000 Menschen dieses Handwerk trieben und die Regierung sich genötigt sah, mit einzelnen Räuberhauptleuten förmliche Verträge zu schließen, um die Räuber durch ihre Hauptleute, den Teufel durch Beelzebub, auszutreiben. Und was bei der damaligen Zeitlage das unklugste war, man brachte den

Geist der Unzufriedenheit auch unter die Soldaten, beleidigte die Müratistischen Offiziere durch Zurücksetzung, vernachlässigte überhaupt das Heer und verletzte den nationalen Geist dadurch, daß die Organisation des Kriegswesens dem österreichischen General Grafen Nugent übertragen wurde. Aber bei allem Bestreben, die freisinnigen Elemente von der Armee fern zu halten, mußte man doch immer wieder zu diesen zurückgreifen, sie in die obersten Stellen einsetzen und einen der begabtesten Köpfe, den republikanisch gesinnten Kalabresen Wilhelm Pepe, welcher sein Lebenlang nichts als Verschwörungen angezettelt hatte, in die Provinzen schicken, um die Milizen zu organisieren. Dieser suchte sie nicht bloß zu tüchtigen Soldaten, sondern auch zu eifrigen Karbonari zu machen. Alles sah auf ihn als auf das Haupt der Verschwörung, und dieselbe hatte sich im ganzen Lande so verbreitet, daß es kaum noch eines äußeren Anlasses bedurfte, um sie zum Ausbruch zu bringen. Auch dieser fehlte nicht. Die Nachricht lief ein, daß in Spanien eine Revolution ausgebrochen und der König zur Annahme der Verfassung von 1812 gezwungen worden sei.

Am 2. Juli 1820 forderte der Lieutenant Morelli vom Kavallerieregiment Bourbon in der Stadt Nola seine Soldaten auf, die Schmach des Vaterlandes nicht länger zu dulden und das Beispiel der spanischen Armee nachzuahmen. Sie jauchzten ihm Beifall zu, ein Teil der Stadtbewohner schloß sich an, und unter der dreifarbigigen Fahne der Karbonaria (schwarz, rosenrot und himmelblau) zog der Haufe von Soldaten, Mönchen und Bürgern nach Avellino. Der dortige Oberst de Conciliis verband sich mit Morelli und ließ unter dem Herzuströmen der Milizen die spanische Konstitution proklamieren. Sofort ging der Zug nach Neapel. Dort herrschte auf die Kunde von Morellis Erhebung die größte Kopflosigkeit: man gab Pepe, als dem populärsten Manne, den Auftrag, den Aufstand zu dämpfen, nahm denselben aber aus Mißtrauen gegen jenen gleich wieder zurück, worauf er mit zwei Reiterregimentern, welche sich ihm zur Verfügung gestellt hatten, zu den Aufständischen nach Avellino überging und von ihnen an die Spitze des Unternehmens gestellt wurde. Am Abend seines Abzugs erschienen fünf Karbonari im Schlosse und verlangten im Namen der Nation die Verkündigung der Verfassung. König Ferdinand gab zur Antwort, daß er in acht Tagen die Grundlagen einer

Verfassung proklamieren werde und einstweilen seinen ältesten Sohn, den Prinzen von Kalabrien, zu seinem Generalstatthalter ernenne. Aber die List half ihm nichts. Am folgenden Tage, am 7. Juli, mußte der Prinz die spanische Konstitution verkündigen und noch am nämlichen Abend der König selbst sie bestätigen. Darauf stellte Pepe seine Bedingungen: er verlangte einen förmlichen Eid des Königs auf die Verfassung, die Errichtung einer Junta von 15 Personen, um die Einführung der Verfassung vorzubereiten, und als Bürgschaft für die Erfüllung des Versprochenen seine Ernennung zum Generalissimus des ganzen Heeres. Alles mußte gewährt werden. Am 9. Juli hielt Wilhelm Pepe an der Spitze der aufständischen Truppen und einer ungeheuren Menge Volks seinen Einzug in Neapel, wobei der Prinz von Kalabrien, dessen Bruder, der Fürst von Salerno, und der ganze Hof, mit den Farben der Karbonari geschmückt, auf dem Balkon des Schlosses erschien. Den König hatte Ärger und Angst in das Bett getrieben, und eine Krankheit vorschüßend, glaubte er über den Eid hinüberzukommen. Aber am 13. Juli mußte er vor einer großen Versammlung den Verfassungseid auf das Evangelium schwören und fügte nach Ablesung desselben noch die Worte hinzu: „Allmächtiger Gott, der du mit deinem unendlichen Blicke in der Seele und in der Zukunft liehest: wenn ich lüge oder den Eid brechen sollte, so richte in diesem Augenblick die Blitze deiner Rache auf mich!“ Freudenthränen floßen da und dort, die Prinzen umarmten sich, Entzücken und lärmender Jubel war in allen Straßen, und man nannte dies einen schönen Tag. Und doch war es nichts anderes als eine Komödie, wie sie 28 Jahre nachher in so mancher Hauptstadt Deutschlands mit nicht weniger Aufwand von Kunst gespielt wurde.

Sofort wurde ein neues Ministerium und die Junta eingesetzt und für beide meist Mütatisten gewählt. Am 1. Oktober wurde das National-Parlament eröffnet, welches etwaige Änderungen der spanischen Konstitution beriet, die Feudalrechte abschaffte, eine gerechtere Steuerverteilung anordnete und in allen Zweigen des Staatslebens Verbesserungen einführte. Schon am 30. Januar 1821 war das Parlament mit seinen Arbeiten fertig, die neue Verfassung wurde von dem Prinzregenten beschworen, und im Namen des aufgelösten Parlaments blieb ein permanenter Ausschuß von sieben Mitgliedern zurück. Inzwischen herrschten freilich in der Haupt-

stadt und in den Provinzen zuweilen anarchische Zustände, die Zahl der Karbonari stieg auf 300 000; auch Frauen traten ein und gründeten die Loge der „Gärtnerinnen“; doch kehrte bald wieder Ruhe und Mäßigung zurück, da die Häupter der Karbonari Östreich jeden Vorwand zur Intervention nehmen wollten und ihre Leute zur Beachtung dieser Rücksicht zu bewegen vermochten. Dieser richtige Takt wurde durch den ungeheuren Mißgriff, der in Sizilien begangen wurde, mehr als aufgewogen. Am 14. Juli kam die Nachricht von der Revolution von Neapel nach Palermo. Man feierte gerade das Fest der heiligen Rosalie, und auf den Straßen waren Tausende von Menschen. Sogleich war man darüber einig, daß man die dortige Verfassung nicht annehmen, dagegen die von 1812 wieder einführen und sich von Neapel möglichst unabhängig machen wolle. „Es lebe die Konstitution von 1812! Es lebe die Unabhängigkeit!“ war die Losung, die man aus tausend Kehlen hörte. Dabei blieb es nicht. Der Pöbel stürmte das Fort Molo, bemächtigte sich der dortigen Waffenvorräte und beging an Personen und Gebäuden große Ausschreitungen. Sofort wurde das neapolitanische Militär gegen die Aufrührer abgeschickt. Diese öffneten die Gefängnisse, ließen 3000 Galeerenklaven und sonstige Gefangene los und sprengten die Truppen auseinander. Nun flohen die obersten Behörden auf das Festland, ihre Paläste wurden niedergebrannt, wer nicht fliehen konnte, grausam niedergemacht, im ganzen gegen 4000 Menschen getötet. Eine provisorische Junta von 20 Mitgliedern, meist Ubeligen, wurde errichtet, und von ihr nach allen Seiten hin Leute ausgesandt, um den Aufstand auf der ganzen Insel zu verbreiten und die ganze waffenfähige Mannschaft unter die Fahnen einzureihen. Freiwillig oder gezwungen schlossen sich die meisten Gemeinden an, die Stadt Caltanissetta, welche Widerstand leistete, wurde in einen Aschenhaufen verwandelt, Männer, Weiber und Kinder gemordet. Nur die Städte Messina, Catania, Syrakus und Trapani hielten ihren Widerstand gegen die Anordnungen der Junta aufrecht.

In Neapel erschien eine Deputation der Junta und verlangte ein getrenntes Parlament, besondere Verfassung und einen Bund der zwei Staaten unter einem König, also eine Personalunion. Die Abgeordneten wurden zuerst festgenommen, dann mit der Antwort zurückgeschickt, daß man Sizilien ein besonderes Parlament

gemähren werde, falls die Mehrheit der Gemeinden sich dafür ausspreche. Dabei hoffte man, daß letztere aus Eifersucht gegen Palermo der Junta Opposition machen würden. Zugleich schickte man Floristan Pepe, den Bruder des Generalissimus, mit 6000 Mann nach Sizilien, um die Insel zu unterwerfen. Dieser zwang nach mehrtägigem Sturme die Bewohner von Palermo zur Kapitulation, gegen das Versprechen, daß den Repräsentanten Siziliens die Entscheidung über Trennung oder Vereinigung beider Königreiche überlassen werden solle. Aber das Parlament von Neapel erklärte den Vertrag für ungültig und rief Floristan Pepe ab. An seine Stelle trat General Colletta, welcher die schon unter Pepe entwaffneten Palermitaner im Gehorsam hielt, ihre Junta aufhob, die neapolitanische Verfassung einführte und die Wahlen zu dem gemeinschaftlichen Parlament ausschrieb. Außer den Beamten erschien niemand zu den Wahlen, und die Gewählten nahmen kein Mandat an. Sizilien blieb zwar durch die starke Militärmacht, welche dort aufgestellt war, unterworfen, doch war eben diese Unterwerfung an sich ungerecht und unter den obwaltenden Umständen ein politischer Fehler. Denn allerdings waren die Neapolitaner längst gewohnt, Sizilien wie ein Unterthanenland, wie eine Vogtei anzusehen; aber begründet war dieses Verhältnis durch nichts; beide Königreiche standen einander gleichberechtigt gegenüber, und den Männern, welche in Neapel im Namen der Freiheit auftraten, stand es am wenigsten an, in Sizilien als Despoten zu regieren. Und wie konnte man vollends zu einer Zeit, wo man sich auf die bewaffnete Intervention der Heiligen Allianz gefaßt machen mußte, wegen einer damals jedenfalls untergeordneten Frage sich in die Notwendigkeit versetzen, die Truppen, welche man anderswo so gut brauchen konnte, in Sizilien halten zu müssen und von dort, statt eines Zugzugs begeisterter Freiheitskämpfer, auch keinen Mann anbieten zu können? Hieß das nicht neue Gefahren heraufbeschwören, dem Feinde in die Hände arbeiten, dem Hofe, welcher dieser häuslichen Zwietracht mit vergnügter Miene zusah, zu seiner zweiten Restauration eine Staffel herrichten?

Daß die Revolution in Neapel nicht stehen bleiben, sondern, wenn man sie nicht unterdrückte, die ganze Halbinsel durchziehen und an die Thore von Mailand sehr vernehmlich pochen werde, lag auf der Hand. Metternichs Programm war rasch entworfen.

Seine Lorbeeren von Karlsbad waren noch nicht verwelkt, und schon dachte er in Neapel sich noch frischere Blätter zu holen. Den italienischen Fürsten kündigte er an, daß Osterreich die bestehende Ordnung in ganz Italien aufrecht erhalten werde, in Lombardo-Venetien verbot er die Teilnahme an der Carbonaria bei Todesstrafe, führte einen Vernichtungskrieg gegen die junge Litteratur, welche die Wiedergeburt Italiens sich als Ziel gesteckt hatte, unterdrückte alle freisinnigen Zeitschriften und schickte den jungen talentvollen Silvio Pellico als Mitarbeiter des „Conciliatore“ ins Gefängnis. Die Besatzungen in Ferrara und Comacchio wurden auf den Kriegsfuß gebracht, starke Truppenkörper zusammengezogen und der Bewegung ganz Ober- und Mittelitaliens dadurch ein Damm entgegen gesetzt. Alle Anstalten zur Defensivive wurden getroffen; aber zur Offensivive überzugehen und die Revolution an ihrem Krater selbst aufzusuchen, dazu hatte er denn doch den Mut nicht, wollte es wenigstens nicht allein auf sich nehmen und beantragte daher die Berufung eines Monarchen- und Ministerkongresses zu Troppau in Osterreichisch-Schlesien an, um sich dort von den Großmächten Europas die Vollmacht zur Intervention geben zu lassen. In der zweiten Hälfte des Oktobers 1820 erschienen dort die Monarchen der drei Ostmächte, die Väter der Heiligen Allianz, und die Gesandten von Frankreich und England. Kaiser Alexander spielte anfangs den Spröden und äußerte die Ansicht, daß man die Neapolitaner wohl auf friedlichem Wege zu einer Veränderung ihrer Verfassung vermögen werde und daß er zu einer bewaffneten Einmischung keinen Grund einsehen könne. England, ohnedies jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Staates abgeneigt, stimmte ihm bei, und Frankreich war zu eifersüchtig auf den steigenden Einfluß Osterreichs in Italien, als daß es nicht dessen Heere sehr ungern die Grenzen der Lombardei überschreiten sah. Metternich war in großer Verlegenheit; Troppau schien kein Karlsbad zu sein. Nur auf Preußen konnte er sich verlassen; doch so wichtig ihm dessen Allianz für Deutschland war, so wenig ausreichend war sie für Italien. Da erhielt er die Nachricht von der Widerseßlichkeit des Garderegiments Semenow in Petersburg und erhielt sie durch seinen Gesandten am russischen Hofe früher als Alexander selbst. Dieser Soldatenaufbruch stand zwar nicht im geringsten Zusammenhang mit den Revolutionen in Spanien und



Neapel; doch was hatte das zu sagen? Rasch eilte er zu Alexander, meldete ihm den Vorfall und malte ihm das Gespenst einer über ganz Europa verbreiteten Militärverschwörung an die Wand. Der Kaiser, von seinem Aufenthalt in Warschau her ohnedies voll düsterer Ahnungen, ließ sich von dem gewandten Staatskanzler überraschen, und die drei Ostmächte schlossen nun als „das Zentrum der Union der europäischen Staaten“ eine Koalition gegen die „tyrannische Macht der Rebellion und des Lasters“. Nachdem der Vertrag schon unterzeichnet war, wurde er den Gesandten von England und Frankreich vorgelegt, welche über das, was hinter ihrem Rücken geschah, sehr wenig erbaut waren. Zugleich wurde ein neuer Kongreß in Laibach verabredet, wozu auch der König von Neapel eingeladen werden sollte.

Welche Aufregung mußten diese Troppauer Beschlüsse in Neapel hervorbringen! War es nicht ganz deutlich, daß diese Stifter der Heiligen Allianz sich als die diktatorischen Triumvirn von Europa ansahen und keine Verfassung duldeten, welche nicht den Stempel dieser Allianz an sich trug? Ja, Metternich ging noch weiter und erklärte in Laibach dem russisch-griechischen Diplomaten Kapodistrias geradezu, daß Osterreich den König von Neapel eher bekriegen als die Einführung einer Verfassung, selbst wenn sie diesem ganz nach Wunsch wäre, dulden werde. Bei der Verlesung der königlichen Botschaft, welche jene Beschlüsse zum Gegenstand hatte, hörte man in Neapel im Parlamentssaal und auf der Galerie nur den einen Ruf: „Verfassung oder Tod!“ und in den Straßen fand er ein tausendfaches Echo. Im Parlament wurde darüber verhandelt, ob man den König nach Laibach reisen lassen, und ob man an der Verfassung eine Veränderung im Sinne des Konservatismus vornehmen solle, wie es Frankreich riet. Wollte man letzteres nicht, so durfte man den durch und durch heuchlerischen König auch nicht abreisen lassen. Statt dessen beschloß man, die Verfassung solle unverändert bleiben und der König abreisen, um, wie er in einer Botschaft ankündigte, die spanische Verfassung in Laibach zu vertreten. Man lehnte sogar das Anerbieten des Königs ab, sich von 4 Parlamentsmitgliedern als Zeugen und Räten begleiten zu lassen, und motivierte es in der Adresse mit dem mehr als kindlichen Vertrauen: „da das Herz des Sohnes Karls III. natürlicherweise ein Tempel der Treue sei“. So reiste der „treue“ König ab; be-

suchte in Modena seinen Kollegen, den despotischen Herzog Franz IV., und als er in Laibach ankam, wies man seinen Begleiter, den Herzog von Gallo, nach Görz, da man bei so geheimnisvollen Beratungen keinen Fremden brauchen könne. Des Königs erster Brief von Laibach an seinen Sohn sprach mit keiner Silbe von dem Zweck seiner Reise, wohl aber von der Freude, die er darüber empfinde, daß seine Jagdhunde besser seien als die des russischen Kaisers.

Im Januar 1821 war der Kongreß zu Laibach im Herzogtum Krain eröffnet worden; außer den Kaisern von Östreich und Rußland und ihren Diplomaten waren die Gesandten von Preußen, England, Frankreich und den italienischen Staaten anwesend. Die drei Ostmächte waren noch vor der Eröffnung der Sitzungen darüber einig, daß Östreich zur Unterdrückung der Revolution ein Heer nach Neapel schicken, und daß nöthigenfalls ein russisches nachrücken solle. Die Gesandten von Sardinien, Rom, Toskana und Modena waren ganz damit einverstanden, und auf die wiederholte Einsprache Englands und Frankreichs wurde nicht gehört. König Ferdinand mit seinem „Tempel der Treue“ war, als ihm Metternich die Beschlüsse nachträglich vorlegte, sehr bereit, seinen Verfassungseid zu brechen, ihn als einen erzwungenen darzustellen, und gebrauchte nur noch die Vorsicht, die Strafe für solchen Meineid durch Geschenke an die heilige Annunciata in Florenz abzukaufen. Sofort ließ man den Herzog von Gallo wieder nach Laibach kommen und erklärte ihm, daß er sogleich nach Neapel reisen und dort melden solle, die revolutionären Behörden hätten sich aufzulösen und dem König sich zu unterwerfen, 10 000 Östreicher würden das Land bis zur gänzlichen Herstellung der Ruhe besetzen, bei längerem Widerstande würden 100 000 Russen und Östreicher nachrücken und drei Jahre auf Kosten des Landes bleiben. König Ferdinand sagte ihm noch vertraulich, er sei mit allen Beschlüssen der Großmächte vollständig einverstanden. Sechs Tage nach des Herzogs Abreise, am 5. Februar, überschritt der östreichische General Frimont an der Spitze eines Okkupationsheeres den Po und stand am Ende des Monats an der neapolitanischen Grenze.

In Neapel war, auf die Laibacher Nachrichten hin, alles Feuer und Flamme. Jung und Alt, Reich und Arm drängte sich zum Kriegsdienst, und als bei einem großen Verbrüderungsfest ge-

fragt wurde, wer von den Generalen Miltiades sein werde, rief einer der Enthufiasten: „Alle werden Miltiadesse sein“. Das Parlament erklärte den König nicht, wie Pepe verlangte, für einen meineidigen Verräter, sondern für einen Gefangenen, seinen Brief, welchen er Gallo mitgegeben hatte, für erzwungen und stellte den Prinzen von Kalabrien an die Spitze des Heeres, als ob der Sohn den Krieg gegen den Vater am besten leiten würde. Aber während es an Begeisterung, Reden und Aufzügen nicht fehlte, fehlte es an Geld, an Gewehren, an Magazinen, an tüchtigen Soldaten, kurz an allem, was zum Kriegführen gehört. Längst hatte man Offiziere beauftragt, in England 100 000 Gewehre anzukaufen, aber der Regent hatte ihre Abreise stets zu verzögern gewußt. Nun zeigte sich, was für eine Thorheit man in Sizilien begangen hatte. Dort standen die besten Bataillone von Neapel, und in Neapel selbst brachte man trotz allen Kriegsgeschreis nicht mehr als 25 000 Mann regelmäßiger Truppen mit 2000 Pferden zusammen, welche zum Teil schlecht bewaffnet und unzuverlässig waren und der geschlossenen Masse der 43 000 Östreicher gegenüber vollends noch geteilt wurden und zwar unter zwei Generale, die mit einander aufs bitterste verfeindet waren. Pepe sollte mit 12 000 Mann, größtenteils Milizen, die Abzugsgrenze halten und im Notfall an den Volturno sich zurückziehen, wo sein Parteifeind Carrascosa mit dem zweiten Armeekorps stand. Am 7. März griff Pepe die österreichische Vorhut unter Graf Wallmoden bei Rieti an, drängte sie zuerst von seiner vorteilhaften Stellung aus zurück, mußte aber, als die Feinde von Vicenti her Verstärkungen an sich zogen und seine rechte Flanke mit Übermacht angriffen, den Befehl zum Rückzug geben. Man schrie über Verrat, und aus dem Rückzug entstand schnell eine so vollständige Auflösung und Flucht, daß nirgends mehr ein Standhalten war, die nachrückenden Milizen auch mit fortgerissen wurden und Pepe kaum noch 2000 Mann am folgenden Morgen beisammen hatte, welche vollends hinschmolzen wie frischer Schnee. Auf dies hin mußte Carrascosa hinter den Volturno zurückgehen. Die Bataillone der Garde versagten ihm den Gehorsam, die Milizen lösten sich auf, er selbst kam durch seine eigenen Leute in Lebensgefahr. Er und Pepe langten nur mit einigen Offizieren in der Hauptstadt an. Dort wurde vom Parlament eine Adresse an den König beschlossen, der in Florenz

den Ausgang der Dinge abwartete. Man äußerte die Bereitwilligkeit, Aenderungen an der Verfassung vorzunehmen, und den Wunsch, daß sich zwischen König und Volk nicht die Fremden stellen möchten, was natürlich alles zu spät war. Mit einer Verwahrung gegen die verletzten Völkerrechte, welche der patriotische Poërio beantragte, schloß am 19. März die letzte Sitzung des Parlaments, welcher nur noch 26 Mitglieder anwohnten. Am 21. März rückten die Östreicher in Rapua, am 23. in Neapel ein. Pepe war es gelungen, auf einem spanischen Schiffe zu entkommen, um sich in weitere Abenteuer zu stürzen; auch Carrascosa und mehrere Parlamentsmitglieder hatten sich geflüchtet.

Am 9. Mai kehrte Ferdinand wieder in seine Hauptstadt zurück, von dem niederen Volke mit Jubel empfangen. Daß er den Fürsten Canosa, welchen er wegen seiner tollen Polizeiwirtschaft auf Andrängen der Fremden früher hatte entlassen müssen, wieder zum Polizeiminister ernannte, ließ auf die grausamsten Macheakte schließen. Um dem Freiheitsgeist die Flügel zu beschneiden, wurde die strengste Zensur eingeführt, die Werke Voltaires, Rousseaus und anderer öffentlich verbrannt, eine besondere Kommission für Bücherverbote eingesetzt, alle öffentlichen Schulen, auch die Universitäten geschlossen, die Lehrer verabschiedet, das ganze Unterrichtswesen im Sinne der Hierarchie umgeändert, die Jesuiten zurückberufen. Gegen die Karbonari wurde aufs strengste eingeschritten, der ganze Bund in die Acht erklärt, einige Teilnehmer, mit entblößtem Rücken und behängt mit ihren Bändern und sonstigen Zeichen, auf Esel gesetzt, durch die Straßen geführt und auf den öffentlichen Plätzen ausgepeitscht. Solchem Wüthen entzogen sich viele durch die Flucht in die Wälder und Gebirge, singen ein Räuberleben an und kamen später auf das Schafott. Die Müratistischen Offiziere wurden größtenteils entlassen, hervorragende Generale und Parlamentsmitglieder, wie Colletta, Poërio, Borelli, in die Festungen von Graz, Prag und Brünn gebracht. Ähnlich ging es in Sizilien. 10 000 Östreicher wurden zu Ende Mai's dahin geschickt und stellten nach einigen blutigen Ausbrüchen der Volkswut die Ruhe wieder her.

Ueber einen solchen Ausgang, nachdem die neapolitanischen Freiheitshelden so begeisterte und todesfreudige Reden gehalten hatten, war ganz Europa erstaunt und rief Schmach über die Kopf-

losigkeit der Führer und die Feigheit des Heeres. Und doch waren die Aussichten Neapels, wenn man sich in der Defensivrolle gehalten und länger Widerstand geleistet hätte, nicht so schlecht; denn nur drei Tage nach dem Gefecht bei Rieti brach der Soldatenaufstand in Piemont aus, lieferte diesen Staat in die Hände der nationalen Partei und bedrohte Rücken und Flanke der Öreicher auf eine bedenkliche Weise.

Dort war nach Napoleons erstem Sturz, im Mai 1814, König Viktor Emanuel nach Turin zurückgekehrt, nachdem er während der Zeit der französischen Herrschaft, volle acht Jahre, auf der Insel Sardinien, wo noch unglaubliche Feudalzustände bestanden, zugebracht hatte. Er war ein Mann von großer Herzensgüte und Geisteschwäche, in seinem Alter und seinem Unglück so willenlos, daß er sich unter lauter Gelübden und Wallfahrten durch dieses irdische Leben hinschaukeln ließ. Der Wiener Kongreß hatte sein Königreich Sardinien um die Republik Genua vergrößert. Kaum war er in Turin angelangt, so umdrängte ihn der piemontesische Adel, welcher sich vor den Freiheitsideen der französischen Revolution in seine Schlösser zurückgezogen hatte, schilderte ihm die Fremdherrschaft mit den schwärzesten Farben und konnte die Segnungen der alten Zeit nicht hoch genug preisen. Sofort wurden durch ein königliches Edikt sämtliche französischen Gesetze und Einrichtungen, sie mochten heißen wie sie wollten, aufgehoben und dafür die Konstitution von 1770 mit ihrer Intoleranz, mit ihrem Rastenunterschied, mit Rad und Viertelung wie eine wunderthätige Reliquie hervorgesucht und durch den Wust von steinalten Gesetzen in diese Zeit der italienischen Tricolore ein Chaos ohnegleichen gebracht. Prozesse, welche von den französischen Appellhöfen entschieden worden waren, wurden noch einmal vorgenommen und dadurch Handel und Wandel einer drückenden Unsicherheit preisgegeben. Klöster, welche man zu Fabriken eingerichtet hatte, wurden den Kapuzinern zurückgegeben, gegen Hungerstnot mit Prozessionen und Dornenkronen eingeschritten. Die Jesuiten bemächtigten sich wieder der Schulen, die talentvollsten Professoren der Universität Turin mußten ihre Stellen aufgeben. In der großen Oper duldete die ihren Gemahl beherrschende Königin nur adeliges Publikum, welchem die Plätze nach der Länge des Stammbaumes angewiesen waren. Wie in Kassel, so wurden auch in Turin die

Soldaten von 1800 einberufen, als ob die Kriegsherren selbst über den Kalender zu verfügen hätten. Wollte man ja selbst die herrliche Brücke niederreißen, welche Napoleon bei Turin über den Po hatte bauen lassen, und gab man ja keine Reisepässe für die Straße über den Mont Cenis, damit dieses Napoleonische Werk verfallte. Die Bürobeamten warfen in ihrem Franzosenhaß die Gerätschaften ihrer Vorgänger zum Fenster hinaus, und der Hofgärtner war ein zu guter Royalist, als daß er nicht im botanischen Garten alle französischen Pflanzungen ausgerissen und dem Verderben geweiht hätte.

Durch eine Restauration, welche gegen Lebendes und Totes in dieser Weise vorging, wurde eine tiefe Kluft zwischen Regierung und Volk geschaffen. Die Nachbarschaft Frankreichs und der Schweiz hatte in diesem Lande einen frischeren Geist erhalten. Die ersten Männer des jungen Italiens, wie Viktor Alfieri und der unglückliche Silvio Pellico, waren geborene Piemontesen. Die Leute dieses Stammes zeigten mehr Arbeitsamkeit, mehr Energie, mehr Geist, in allem eine festere, strammere Haltung als die übrigen Italiener und hatten Ehrgeiz genug, die erste Stelle in Italien einnehmen zu wollen. Die Jugend, selbst Mitglieder des Adels, wie die Grafen Balbo und Santarosa, schwärmte für ein freies Italien, unterhielt Verbindungen mit der französischen Opposition und den spanischen Cortes und dürstete nach einem Krieg mit Osterreich. Mit den Unzufriedenen in Mailand waren geheime Verabredungen getroffen und ein Operationsplan entworfen. Die Ostreicher sollten aus Mailand hinausgeworfen, dieses Land mit Sardinien vereinigt, ein starkes norditalisches Königreich geschaffen und so der Grund zu einem einigen Italien gelegt werden. Die Revolutionen von Spanien und Neapel steigerten die Hoffnungen aufs höchste. Gab es eine geschicktere Gelegenheit zur Ausführung der nationalen Pläne als jene Februartage von 1821, als die Ostreicher nach Neapel zogen? Was bedurfte es weiter als einen kräftigen Stoß in die entblößte Flanke, und Mailand war frei, das Königreich Norditalien fertig! Als der natürliche Führer dieser glühenden Jugend und der Männer der Reform galt Karl Albert, der 22jährige Prinz von Savoyen-Carignan, einer Seitenlinie des regierenden Hauses. Er war bürgerlich erzogen, hatte gute Geistesanlagen, verspottete die Lächerlichkeiten der Reaktion, verkehrte viel

mit den Reformern, hatte einen starken Anhang unter dem Militär und haßte Osterreich so gut als einer. Da der König und dessen Bruder Karl Felix, Herzog von Genevois, keine männliche Nachkommen hatten, so war jener der präsumtive Thronfolger. Daß ihm das Wiener Kabinett dieses Recht nehmen und auf des Königs Tochter, die Herzogin von Modena, übertragen wollte, konnte er jenem nie verzeihen. Nicht bloß Piemonts, die Blicke ganz Italiens waren auf ihn gerichtet. Und als man nun loszuschlagen, Viktor Emanuel zum König von Oberitalien ausrufen und zum Krieg mit Osterreich zwingen wollte, war nirgend's ein anderer Gedanke, als den Prinzen an die Spitze der Bewegung zu stellen. Nur wenige hatten eine andere Ansicht von ihm und wollten schon damals neben freisinnigen Ideen auch Hang zur Verstellung, zur Unbeständigkeit und zum Mysticismus an ihm bemerken.

Daß sie sich auf ihn nicht verlassen konnten, bemerkten die Häupter der Verschwörung im Augenblicke des Handelns wohl. Er teilte ihre Veranstaltungen dem König mit und betrieb militärische Vorkehrungen. Die Führer verzweifelten an der Möglichkeit des Losschlagens, da der Abfall des Prinzen zu entmutigend auf die Soldaten wirken mußte, und gaben Befehle, vorderhand nichts zu unternehmen. Aber die Kugel war bereits im Rollen begriffen und ließ sich nicht mehr aufhalten. In Alessandria, wo sich viele Karbonari befanden, hatte sich der Oberstleutnant Ansaldo und der Hauptmann Graf Palma am 10. März 1821 nachts der Citabelle bemächtigt, am andern Morgen eine provisorische Junta gebildet, die spanische Konstitution verkündigt und im Namen des „Reiches Italien“ die Nation unter die Waffen gerufen. Doch fanden sie weder unter ihrem eigenen Regiment Savoyen noch in anderen Garnisonen bei den Truppen begeisterte Aufnahme. Der König, von Angst erfüllt, wollte mit Amnestie und Solberhöhung beschwichtigen. Der Hauptmann Ferrero stellte sich am 11. März vor den Thoren Turins bei der Kirche St. Salvario mit einer Kompanie Soldaten auf, in der Hoffnung, Volk und Heer auf die Seite der Revolution herüberzuziehen. Die gegen ihn abgesandten Truppen schlugen sich weder gegen ihn noch zu ihm, und das Volk strömte neugierig heraus, um vorerst der Entwicklung der Sache zuzusehen. Nur einige Studenten schlossen sich Ferrero an, und mit diesen zog er sich nach Alessandria zurück. In der

Nacht kam der sardinische Gesandte St. Marfan aus Laibach zurück, wo er den Ernst der verbündeten Monarchen kennen gelernt und das Versprechen des Königs, in keine Regierungsveränderung einzuwilligen, betont hatte. Durch seine Berichte ermutigt, ließ der König am 12. März zwei Edikte bekannt machen, worin die Annahme der Konstitution, welche die Östreicher ins Land rufen würde, verweigert und die Zusammenziehung eines Truppenkorps bei Asti anbefohlen wurde. Aber das Volk, welches über Nacht aus seiner Gleichgültigkeit erwacht war, riß die Maueranschläge ab, verlangte die spanische Verfassung, die Offiziere weigerten sich, das Blut ihrer Mitbürger zu vergießen, und mittags wehte die dreifarbige italienische Fahne auch von der Citadelle in Turin. Nun dankte Viktor Emanuel zu gunsten seines Bruders Karl Felix ab und ging nach Nizza. Bis der neue König, ein stolzer, herrischer Mann, der sich damals bei seinem Freund und Berater, dem Herzog Franz von Modena, befand, nach Turin zurückkehrte, sollte Karl Albert die Regentschaft übernehmen.

An ihn trat nun die Versuchung laut pochend heran. Sollte er sich an die Spitze der Revolution stellen, um, wie ihm die Karbonari vorgaukelten, die Krone von Italien zu erringen? Er kannte die bescheidenen Hilfsmittel des Landes zu gut, als daß er nicht gewußt hätte, daß dies nichts anderes heiße, als die Östreicher innerhalb weniger Tage in Turin zu sehen. Und wie stand es dann mit seinem Thronfolgerecht? Hätte wohl die Heilige Allianz geadert, einen Karbonaro für immer vom Throne auszuschließen? Dies waren sehr praktische Erwägungen, welchen sich der Prinz unmöglich verschließen konnte. Das Mittel, sich aus der Schlinge zu ziehen, war, daß er sich mit einem geheimnisvollen Schleier umgab und seine Entscheidung hinauszuziehen suchte. Allein das Volk drängte, die Soldaten wurden schwierig, im Palaß Carignan hörte man entschiedene Drohungen. Nun berief er eine Versammlung von 30 Notabeln, nahm auf ihre schriftliche Forderung hin die spanische Verfassung an, errichtete eine provisorische Junta und bildete ein neues Ministerium. Zugleich erklärte er aber, daß er ohne die Genehmigung des Königs diese Verfassung nicht für gültig halte, und verbot den Soldaten, die italienischen Farben zu tragen. Dies erzeugte eine solche Erbitterung unter den Revolutionären, daß sie davon sprachen, ihn als Geißel fest-



zunehmen oder gar zu ermorden. Der österreichische Gesandte wurde zur Abreise gezwungen, Mailänder Abgeordnete schwindelten den Turinern eine allgemeine Erhebung ihrer Landsleute vor.

Da kam Ritter Costa, welchen der Prinz mit einem Briefe an den König nach Modena abgeschickt hatte, zurück und kündigte die schärfsten Maßregeln an. Der Prinz erhielt den Befehl, mit den treuen Truppen nach Novara zum General la Torre sich zu begeben. Während er sich scheinbar zum Widerstand rüstete, entfloß er heimlich nach Novara, protestierte gegen den ihm auferlegten Zwang, legte die Regentschaft nieder und forderte sämtliche Truppen auf, zu den königlichen Fahnen zurückzukehren. Durch seine Flucht bekamen die Revolutionäre alle Gewalt in ihre Hände, Santarosa, eben noch vom Prinzen zum Kriegsminister ernannt, übernahm eine Art Diktatur, hoffte vergeblich auf eine Revolution in Mailand und Frankreich, mußte auf die Nachricht von den Schlägen in Neapel die Desertion seiner Generale sehen und zog mit nur noch 3000 Mann nach Novara, in der Erwartung, daß la Torre's Truppen sich mit ihm vereinigen würden. Mit diesem hatte sich bereits der österreichische General Bubna vereinigt, und das revolutionäre Häuflein wurde am 8. April vor Novara durch einige Kanonenschüsse und einen Angriff der Östreicher in wilde Flucht gejagt, die, was den panischen Schrecken und die Schnellfüßigkeit der Gefschlagenen betrifft, der Katastrophe von Nieti nichts nachgab. La Torre zog am 10. April in Turin ein, und am 11. mußte sich auch Alessandria, wo der entschlossene Ansalbi von den Soldaten im Stich gelassen wurde, ergeben. Die Insurgenten überschritten die französische Grenze oder schifften sich, wie Santarosa, nach Spanien ein, um für die gleiche Sache auf einem andern Schlachtfeld zu kämpfen. Zugleich besetzten 12000 Östreicher das Land und mußten auf Kosten desselben unterhalten werden. Unter ihrem Schutze kehrte Karl Felix nach Turin zurück, brachte die ganze Regierungsmaschine wieder ins alte Geleise, ließ durch Ausnahmegerichte und Militärkommissionen viele Verurteilungen aussprechen, jedoch nur an zwei Offizieren die Todesstrafe vollziehen. Die Reaktion war keine so blutige wie in Neapel, weil auch die Ausschreitungen der Revolution nicht so heftig gewesen waren. Der Prinz von Carignan hatte es durch sein unentschiedenes Benehmen mit beiden Parteien verdorben und mußte aufs neue hören, wie

Östreich gegen seine Thronfolge operierte. Von Novara aus hatte er sich nach Modena begeben; aber dort weigerte sich Karl Felix, seinen Besuch anzunehmen. Er suchte und fand in Frankreich einen Fürsprecher und machte unter dem Herzog von Angoulême den Feldzug nach Spanien mit, wo er in der Reihe seiner Feinde manche seiner alten piemontesischen Freunde traf.

Wer war nach diesen Erfolgen stolzer als Metternich! Mit triumphierender Miene soll er am Schluß des Laibacher Kongresses zum russischen Kaiser gesagt haben: „Da sehen Sie, was eine Revolution ist, die beizeiten gefaßt wird!“ Sofort ließ er auch in Mailand einer Verschwörung nachspüren, viele angesehene Männer ins Gefängnis werfen und die von den Karbonari heftig aufgeregten Legationen teilweise besetzen. Zwei Jahre nachher wurden von den Verhafteten gegen 40 in die Kerker von Spielberg und Laibach geführt, nachdem sie in Mailand auf öffentlicher Bühne an den Pranger gestellt worden waren, ein Schimpf, welcher die Herzen des lombardischen Adels, von welchem viele Mitglieder unter jenen Unglücklichen sich befanden, auf immer von Östreich abwandte. Mehrere starben im Gefängnis, andere kamen mit siechem Körper heraus, einige von Wahnsinn befallen, nur ein einziger, Felice Foresti, trat mit ungebrochener körperlichen und geistigen Kraft wieder ans Tageslicht. Das Werk Silvio Pellicos über seine Spielberger Gefangenschaft gab merkwürdige Enthüllungen über ein Kerker-system, das selbst einen Geist wie diesen beugte und dem Mystizismus in die Arme warf.

Auch in Italien hatte die Heilige Allianz gesiegt, der östreichische Einfluß sich so stark gezeigt, daß die ganze Halbinsel einer habsburgischen Provinz nicht unähnlich sah. Zwei Gründe waren es hauptsächlich, welche einen so schmachvollen Ausgang herbeiführten: der Mangel an planmäßigem Zusammenwirken und die geringe Beteiligung des Volkes, die davon herrührte, daß dasselbe auf einer zu geringen Kulturstufe stand. Nur die wenigen Gebildeten hatten die ganze Bewegung gemacht; die Masse folgte dem, welchen sie die größte Macht entfalten sah.

Das ganze dritte Jahrzehnt wucherten diese anachronistischen Zustände fort. Am besten sah es noch in Toskana aus, wo 1824 Leopold II. den Thron bestieg, der in materieller Beziehung durch Austrocknung der Maremmen ein großes Werk ausführte, in allen

geistigen Regungen aber sich durch die östreichischen Machtsprüche sehr beengt fühlte. In Sarbinien wurde ganz im Sinne Metternichs gewirtschaftet, die Regierung dem absolutistischen Adel und der Geistlichkeit überlassen, während Karl Felix in Trägheit und Genußsucht sein Leben hinschleppte und, wenn man ihm von Geschäften sprach, zur Antwort gab: „Ich bin nicht König, um mich plagen zu lassen.“ Schlimmer noch ging es in Neapel, wo am 4. Januar 1825 der heuchlerische Prinz von Kalabrien als Franz I. den Thron bestiegen hatte und eine Regierung führte, von der Chateaubriand sagte, daß sie auf die unterste Stufe der Verachtung herabgesunken sei. Hier ging alles unter in üppigen Gastmahlen und schamlosen Bällen, in Stellenverkauf und Verfolgung geheimer Verbindungen. Nicht die eigene Armee, sondern 6000 Mann Schweizergarde, deren Anwerbung und Unterhaltung eine kostspielige Sache war, hatten den Thron zu schützen. Im schönsten Wett-eifer mit Neapel machte der römische Hof unter Leo XII. (1823 bis 1829) seine Rückschritte. Die Ausschließung aller Laien von allen bürgerlichen Würden, die unbedingte Übermacht der Priester im Verwaltungs-, Gerichts- und Unterrichtswesen, dieses ganze „theokratisch-türkische System“ war ärger als je und erzeugte in der von den Karbonari bearbeiteten Bevölkerung nichts als Haß und Verachtung. Schon damals sagte kein Geringerer als der Kardinal Bernetti selbst, daß er, falls er zu Jahren komme, es für möglich halte, den Sturz der weltlichen Herrschaft des Papstes noch zu erleben.

## § 3.

**Spanien und seine amerikanischen Kolonien. Portugal und Brasilien.  
Der Kongreß zu Verona und die französische Intervention.**

Die Spanier hatten einen heldenmütigen Kampf gegen die Napoleonische Herrschaft gekämpft und, mit Hilfe des russischen Feldzugs von 1812, endlich gesiegt. Sie wollten nach Abschüttelung des fremden Joches nicht das alte heimische auf sich nehmen; ihre Kraft, ihr Selbstvertrauen war in dem Kampfe gewachsen; sie hielten sich für berechtigt, durch eine Verfassung, durch ein Parlament an der Staatsverwaltung teilzunehmen und dieser nicht einen einseitig monarchischen, sondern einen vollstümlichen Stempel aufzudrücken. Aber in welchen Kreisen Spaniens herrschten diese freisinnigen Be-

strebungen? Die Masse des Volkes verhielt sich gleichgültig dagegen; sie hatte gegen die Fremdherrschaft gekämpft; nachdem diese beseitigt war, kehrte sie willig wieder in die alten Verhältnisse zurück. Nur eine kleine Partei edler und gebildeter Männer folgten der neuen Fahne, ganz so, wie es auch in Italien der Fall war. Doch mußten sie ihre Verfassung nicht erst erstreiten, sondern hatten sie bereits. Mitten in dem Krieg gegen die Franzosen hatte die Zentraljunta die Cortes (Parlament) nach Cadix berufen, und im Jahr 1812 wurde von diesen die neue Verfassung proklamiert und eingeführt, dieselbe, welche in Neapel und Piemont so großen Anklang gefunden hatte. Sie hatte allerdings einen ausgesprochen demokratischen Charakter, und durch die Bestimmung, daß acht Jahre lang keine Änderung daran vorgenommen werden dürfe, war jede Verhandlung mit dem König, welcher erst 1814 aus der französischen Gefangenschaft zurückkehrte, abgeschnitten.

Ferdinand VII. war ein durchaus haltungsloser Mensch, ohne alles höhere Interesse, Meister der Verstellung, mißtrauisch gegen jeden, der einige Macht zeigte, selbst gegen seine Günstlinge, feig bis zur Servilität, wenn man ihm imponierte, grausam bis zur Gefühllosigkeit, wo er den Herrscher spielen konnte. Er gehörte zur schlimmsten Sorte der Bourbonen. Im März 1814 betrat er wieder den spanischen Boden, ging aber statt nach Madrid, wo er mit den Cortes sich sogleich hätte auseinandersetzen müssen, zuerst nach Valencia. Nicht bloß seine eigene Umgebung, wie der finstere Don Karlos, sein Bruder, und der reaktionäre Elio, Generalkapitän von Valencia, sondern sogar 69 Mitglieder der Cortes rieten ihm in einer von dem Advokaten Rosales (später: Marquis Mataflorida) verfaßten Schrift zu einem Staatsstreich. In einem Manifest vom 4. Mai 1814 erklärte er daher die Verfassung von 1812 für aufgehoben, die Cortes für aufgelöst und versprach dafür rechtmäßig versammelte Cortes nach altem Stile zu berufen, Sicherheit der Person und des Eigentums und Pressfreiheit. Trotz dieser Verheißungen wurden vom General Eguia, der in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai in Madrid eingezogen war, die Mitglieder der Regentschaft, vier Minister, mehrere Cortesmitglieder und andere ausgezeichnete Männer, gegen 70, verhaftet und später zu mehrjährigem Gefängnis oder Verweisung verurteilt. Die „Atalaya“, ein klerikales Blatt, verlangte ungescheut „den Galgen ohne Recht

und Spruch“ für die Liberalen. Und welche Meinung mußte der König von der Stimmung des Volkes bekommen, als dieses sich in Kranzueß an seinen Wagen drängte und diesen am 13. Mai bis in die Hauptstadt hineinzog! Von wem der Jubel, der ihm hier entgegenscholl, ausging, bezeichnete einer seiner Begleiter, zu welchem der König gesagt hatte: „Siehst du, wie das Volk mir zujauchzt? wie die Schmutztücher aus allen Fenstern flattern?“ sehr fein mit der Antwort: „Ja, aber wenige von Vatist.“

Sogar an Herstellung der alten Cortes, welche die Adels- und Prälatenkammern in Norddeutschland an Servilität wohl noch übertrifften hätten, dachte der König nicht. Er war ganz in der Hand der extremsten Geistlichen und einiger Höflinge, die zum Teil von der niedrigsten Herkunft und der geringsten Bildung waren. Sie bildeten in Verbindung mit einigen Damen die Kamarilla, jene „Kammerdiener-Regierung“, unter welcher Spanien vor und nach Ferdinand zu seufzen verdammt war. Aus einer solchen Atmosphäre gingen jene Restaurationsdekrete aus, welche die strengste Zensur einführten, die Steuerfreiheit des Adels und des Klerus, die Mönchsorden, die Jesuiten, die Inquisition samt Folter wiederherstellten und die verkauften Kirchengüter ohne Vergütung der Kirche zurückgaben. Selbst Männer wie Calvo de Rosas, der zu den heldenmütigsten Verteidigern von Saragossa gehörte, Generale, die in den Befreiungskriegen Wunder der Tapferkeit gethan hatten, wurden in den Kerker geworfen. Wer zu den Konstitutionellen und zu den Josephino's (Anhänger des Königs Joseph Bonaparte) gehörte, war keine Stunde seines Lebens sicher, während die „Servilen“ triumphierten. Sechs Jahre lang dauerte diese ekelhafte Willkürherrschaft, wo Landbau und Gewerbe so herunterkamen, der Staatsschatz so leer wurde, daß Bettel und Räuberhandwerk aufs schwunghafteste betrieben wurden, barfüßige Offiziere um ein Almosen baten und in der Hafenstadt Ferrol drei Marineoffiziere Hungers starben. Daneben prahlte dieses sinnlose Pfaffenregiment mit der Ausrüstung neuer Expeditionen, um die abgefallenen südamerikanischen Kolonien in die alte Knechtschaft zurückzuwerfen. Aber die Monarchie, welche im 16. Jahrhundert die Meere beherrschte, hatte nicht einmal mehr eine Flotte und mußte dem Kaiser von Rußland, von welchem Ferdinand alles Heil erwartete, ein paar verfaulte Linienschiffe abkaufen. Schon die elende Finanzwirtschaft, bei welcher in fünf

Jahren zwei Milliarden Realen Schulden gemacht wurden, machte nach der Angabe des englischen Gesandten eine Revolution fast zur Notwendigkeit. Und nun noch dieses Schreckenssystem, bei welchem es schon 1816 mehr als 50 000 politische Gefangene gab!

Diese Schmach und Not des Vaterlandes konnten die Patrioten von 1812 nicht länger mitansehen, und ihr Ingrimme entlud sich in den Jahren 1815—1819 in neun Aufstandsversuchen, welche, einzeln und mit geringen Kräften auftretend, leicht unterdrückt wurden und pulschartig verliefen. Der berühmte Guerillaführer Mina erhob schon 1814 die Fahne des Aufstandes in Pamplona, mußte aber nach Frankreich entfliehen. Im folgenden Jahre erließ der General Diaz Porlier in dem mönchischen Galicien einen Aufruf zur Freiheit und mußte seine That am Galgen büßen. Der Kriegskommissär Richard entwarf 1816 einen Plan zur Ermordung des Königs, wurde verraten und nach ausgestandener Folter aufgehängt. General Lacy schlug 1817 in Katalonien los, wurde verhaftet und auf der Insel Mallorca erschossen. Oberst Vidal stiftete zu Ende des Jahres 1818 eine Verschwörung in Valencia und fiel dem Wüterich Elio in die Hände, welcher ihn und zwölf Mitverschworene aufhängen oder niederschließen, ja eine Frau, welche noch Wöchnerin war, zu Tode foltern ließ.

Es war mit diesen Aufständen wie mit den Köpfen der Hydra: so oft sie auch unter Strömen von Blut, unter Kerker und Folter niedergedrückt wurden, erhoben sich immer wieder neue durch die Bemühungen der über das ganze Land verbreiteten Freimaurergesellschaften. Ein günstiges Terrain schien Cadix darzubieten, wo schon seit Jahren ein Expeditionskorps gesammelt wurde, dazu bestimmt, nach Buenos-Ayres übergeführt zu werden. Der Haß gegen diese amerikanischen Feldzüge und eine Seuche, die unter der Mannschaft ausbrach, leisteten hier den Verschwörern großen Vorschub. Graf Abisbal, der dort kommandierte, zwischen der Rolle eines Rebellen und eines Verräters hin und herschwankend, ergriff endlich im Juli 1819 die Rolle des Letztern und ließ seine eigenen Offiziere verhaften. Um so rascher glaubte die Regierung so unzuverlässige Truppen einschiffen zu müssen. Der Befehl hiezuhin kam. Den Soldaten war es, als „seien sie zum Tode bestimmt, mehr um den Hof von der Besorgnis vor dem Heere zu befreien, als um die Eroberung Amerikas auszuführen, die bereits unmöglich geworden

sei". Man wollte sich nicht zur Schlachtbank führen lassen. Zu den ersten, welche eingeschifft werden sollten, gehörte das Bataillon Asturien, das in dem Dorfe las Cabezas de St. Juan stand.

Der Befehlshaber dieses Bataillons, Rafael Riego, rief am Neujahrstag 1820 morgens 8 Uhr in Gegenwart seiner Soldaten die Konstitution von 1812 aus, nahm in raschem Zuge den neuen Kommandanten Graf Calderon mit seinem ganzen Hauptquartier gefangen und zog mit vier Bataillonen gegen Cadix. Durch die Schuld des minder energischen Obersten Quiroga, welcher den Oberbefehl des „Nationalheeres“ übernehmen sollte, mißlang eine Überumpelung dieser so wichtigen Stadt. Das Insurgentenheer stieg auf 5000 Mann. Auch weitere Versuche, sich Cadix zu bemächtigen, scheiterten an der Umsicht des neuen Kommandanten Freire, und so beschloß der ungeduldige Riego, mit 1500 Mann Andalusien zu revolutionieren. Von dem königlichen General José O'Donnell verfolgt, von der Bevölkerung gleichgültig aufgenommen, mußte er sich, unter fortwährender Desertion seiner Soldaten, in die Sierra Morena flüchten, wo sich das Häuflein vollends auflöste. In Cadix schien die Sache der Aufständischen ganz verloren zu sein. Durch den schmachvollen Verrat des Generals Freire, welcher den Einwohnern die Verkündigung der Verfassung von 1812 zusagte und unter die fröhlich Versammelten seine Soldaten losstürzen und einhauen ließ, waren dort die Hoffnungen der Konstitutionellen tief gesunken und zwar fast in dem nämlichen Augenblick, als in Madrid alles schon gewonnen war.

Auf die Nachricht von dem Aufstand Riegos hatte die Erhebung die Runde in den Provinzen gemacht. General Mina kam aus Frankreich nach Navarra zurück und wurde von den Truppen mit Jubel aufgenommen. Nirgends mehr konnten die königlichen Generale auf ihre Truppen zählen. Graf Abisbal rief in Ocaña, drei Stunden von Aranjuez, das Bataillon seines Bruders zur Wiederherstellung der Verfassung auf und stellte sich an die Spitze der Soldaten. Sobald der Aufstand in die Nähe der Hauptstadt kam, verlor die Regierung alle Fassung. Auch unter dem Volk in Madrid gährte es gewaltig. Ferdinand glaubte eine Abschlagszahlung geben zu dürfen und versprach am 6. März die Berufung der alten Cortes, wie er dies am 4. Mai 1814 ebenfalls gethan und nicht gehalten hatte. Sein Thron, vielleicht sein Leben war

verloren, wenn er nicht vollständig nachgab. So verkündigte er endlich am 7. März seinen Entschluß, die Verfassung von 1812 zu beschwören, und mußte am 9., wo Mitglieder des Stadtrats und entschlossene Volksführer in den Palast eindrangen, den Eid leisten. Dem verdächtigen König wurde bis zum Zusammentritt der Cortes eine provisorische Junta zur Seite gestellt, welche die Ramarilla und die Inquisition sogleich aufhob, die politischen Gefangenen entließ, die Pressfreiheit herstellte, das Heer auf die Verfassung beedigen ließ und die ganze Staatsgewalt in ihre Hände nahm. Am 12. März wurde ein Verfassungsfest gefeiert, und die Prozeffionen, Illuminationen und Stiergefechte wollten in dem freudig erregten Spanien kein Ende nehmen. Die Revolution hatte gesiegt. Alle höheren Ämter im Militär und Gerichtswesen, der Staatsrat und das Ministerium wurden mit Anhängern der Konstitution besetzt, zum Teil mit Männern, welche aus der Verbannung und aus den Gefängnissen herbeige Holt werden mußten. Die Cortes wurden am 9. Juli von dem König eröffnet, und öffentlich legte er noch einmal den Eid ab.

Die Cortes hatten in einem Lande, wo die Bildung kaum die obersten Schichten berührte, wo das Volk noch vollständig im Gängelbände der Geistlichkeit sich befand, eine schwierige Stellung. Ihr schlimmstes Geschäft war die Ordnung der Finanzen, zumal da die Bauern, wie drei Jahrhunderte vorher in Deutschland, dem Wahn sich hingaben, daß mit der neuen Aera alle Steuern und Zehnten abgeschafft seien. Kein Finanzminister konnte ohne Eingriffe in die Kirchengüter auskommen. Daher wurden mehrere Mönchsorden, auch der Orden der Jesuiten, abgeschafft, die Güter der aufgehobenen Klöster für Nationalgüter erklärt und zum Verkauf ausgesetzt. Dies erregte den Unwillen der Geistlichkeit, besonders der Bischöfe, der Papst nahm sich in einem besonderen Briefe an den König der Jesuiten an, und dieser weigerte sich, dem Klostergesetz seine Sanktion zu geben, ohne jedoch seine Weigerung durchsetzen zu können. Er mußte vielmehr bald darauf seinen Reichtvater entlassen, die Ernennung des royalistischen Generals Carvajal zum Kommandanten von Madrid für ein Mißverständnis erklären und vom Eskorial nach Madrid zurückkehren, umgeben von wilden Volkshaufen, die ihm, während er auf dem Balkon des Schlosses stand, den Sohn des erschossenen Lacy emporhielten



und ausriefen: „Es lebe der Rächer seines Vaters!“ Der König, in einer ähnlichen Lage wie Ludwig XVI. nach seiner Fahrt von Versailles nach Paris, war wütend über seine Beschimpfung und richtete die Blicke nach dem Ausland. Denn was in Spanien für ihn geschah, reichte lange nicht aus, um ihn wieder zu einem absoluten Herrscher zu machen, weder das Auftreten der „Glaubensarmee“ unter dem Pfarrer Merino und andern Bandenführern, noch die Einsetzung einer „Regentschaft während der Gefangenschaft Ferdinands,“ noch der Aufstand der Gardien, welche am 7. Juli 1822 durch einen kühnen Handstreich den absoluten Thron wieder aufrichten wollten, aber vernichtet wurden. Es war dem König schon schwer genug angekommen, den Führer der Moderados (Gemäßigten), den beredten, aber mehr schöngeistigen als praktischen Martínez de la Rosa, welchen die Exaltados (Radikalen) die Pastetenbäckerin „Röschen“ nannten, an die Spitze eines neuen Ministeriums zu stellen. Nun aber, nach dem mißlungenen Attentat seiner Gardien, mußte er ein Exaltados-Ministerium annehmen, den Urheber des ganzen Aufstands, Riego, damals Präsidenten der Cortes, in seinen Palast kommen lassen und eine theatralische Versöhnung aufführen. Darauf wurde General Elio in Valencia zur Erdrosselung verurteilt, das einzige blutige Opfer, das sich die Revolution ausersehen hatte. Dem Aufstand an der Pyrenäengrenze, welchen die Glaubensarmee und die Regentschaft, an deren Spitze der Marquis Mataflorida stand, unterhielten und zu einer Gegenrevolution zu entzünden suchten, wurde durch die neuen Minister kräftig entgegengetreten. Der tüchtige General Mina erhielt den Oberbefehl, zog mit der konstitutionellen Armee nach Lerida in Katalonien, trat mit drakonischer Strenge gegen die königlichen auf, eroberte die Festung Urgel, wo die Regentschaft sich aufgehalten hatte, und jagte diese und ihre Helfershelfer über die französische Grenze. So entschwand dem König auch dieser matte Hoffnungstrahl; es mußte sich zeigen, welche Wirkung der Brief äußerte, den er am 22. Juli 1822 an König Ludwig XVIII. von Frankreich geschrieben hatte, um ihn um seinen bewaffneten Schutz anzugehen.

Aber Ludwig und sein Minister Villèle glaubten sich mit der Erfüllung dieser Bitte nicht sehr beeilen zu müssen. Wenn ihnen auch die Gefahr eines so nahen Brandes wegen der revolutionären Gelüste Frankreichs höchst unbequem war und ein Krieg für die

Interessen der Legitimität und vollends für einen bourbonischen König sehr für ihr System paßte, so bedachten sie doch auch, welche Verheerungen dieser Krieg in dem französischen Staatschaß verursachen würde, und wie man durch denselben die Revolution vielleicht in Spanien ersticken und nach Frankreich hineinschleppen könnte. Die Treue der Soldaten war noch zweifelhaft, der Ausgang schien im Hinblick auf die Haltung Spaniens im napoleonischen Kriege ungewiß; für das Beste hielt es daher Villèle, den „Vulkan ruhig ausbrennen zu lassen“. Damit waren die Royalisten nicht einverstanden und hoben hervor, daß den Bourbonen nichts erwünschter sein könne als ein Krieg, um das Heer an sich zu fesseln und zu zeigen, daß man auch ohne Napoleon zu siegen verstehe.

Wie schon in Laibach verabredet war, trat im Oktober 1822 der Kongreß von Verona zusammen. Die Monarchen der Ostmächte und Italiens, mit Ausnahme des Papstes, waren wieder persönlich erschienen, von seiten Frankreichs der auswärtige Minister Mathieu Montmorency und der als Legitimist und Schriftsteller bekannte Vicomte Chateaubriand. Neben den „babylonischen Festen“ in der Weise des Wiener Kongresses gingen die politischen Verhandlungen her, die hauptsächlich Spanien zum Gegenstand hatten. Hier begegneten sich die Wünsche der Ostmächte und Montmorencys. Wie jene Frankreich nicht für sich, sondern im Auftrag der Heiligen Allianz intervenieren lassen wollten, so wünschte dieser, daß Frankreich zwar unter allen Umständen den Krieg führe, aber nur im Auftrag der Heiligen Allianz, auf deren materielle Unterstützung es nötigenfalls müsse zählen können. Es wurde der Beschluß gefaßt, in gleichlautenden Noten an die spanische Regierung die Forderung zu stellen, daß die Verfassung in konservativem Sinne umzuändern und der König wieder in seine Rechte einzusetzen sei. Falls diese Forderung abgeschlagen würde, sollte Frankreich in Spanien einmarschieren. Der englische Bevollmächtigte, Herzog von Wellington, erklärte, daß seine Regierung nie in eine bewaffnete Einmischung willige. Der auswärtige Minister Englands, Canning, drohte sogar mit Anerkennung der Selbständigkeit der südamerikanischen Staaten (der früheren spanischen Kolonien); aber alle seine Vorstellungen sah er von dem gebietenden Kongreß wie „Makulatur“ behandelt.

Ludwig war von der Kriegslust seines Ministers nicht sehr

erbaut, rief den „unseligen Mathieu, der doch nichts als dumme Streiche mache,“ nach Paris zurück, entließ ihn und machte Chateaubriand zum auswärtigen Minister. Aber auch dieser kam, hauptsächlich von Kaiser Alexander umgestimmt, mit Kriegsideen von Verona zurück und erging sich über die welthistorische Führung seines Amtes in Plänen und Phantasien, als ob es sich um die Dichtung eines Epos handelte. „In sechs Monaten zu vollbringen, was Napoleon nicht in sieben Jahren vermocht,“ war freilich ein Ziel und ein Erfolg, dessen sich in Wahrheit nur ein Poet rühmen konnte. Der Krieg wurde beschlossen, die Absendung französischer Noten nach Madrid war nur noch eine Formalität, und in der Thronrede vom 28. Januar 1823 erklärte Ludwig, „100 000 Franzosen stehen bereit, den spanischen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten.“

Die Veroneser Noten der drei Ostmächte waren einstweilen in Madrid eingelaufen und hatten bei den Cortes und unter dem Straßen-Publikum einen ungeheuren Sturm des Unwillens erregt. Ihre anmaßende Sprache wurde mit gleicher Münze beantwortet, jede Einmischung zurückgewiesen und dem russischen Gesandten, welcher nebst den anderen seine Pässe verlangte, bemerkt, daß man freilich von einem „Kalmücken“ nicht die Bildung eines zivilisierten Europäers erwarten könne. Dabei waren aber die Minister ihrer schlimmen Lage sich wohl bewußt und wandten sich in bittender Sprache an England, in friedlicher an Frankreich. Beides vergebens! Hier war man schon zu weit gegangen, dort wollte man über Worte nicht hinausgehen, wegen Spaniens sich nicht in einen Krieg mit dem ganzen Kontinent einlassen. Von allen Mächten, selbst von seinen früheren Beschützern verlassen, durch trostlose Finanzen beengt, beschlossen die Cortes, gegen die eindringenden Franzosen einen Guerilla-Krieg zu führen, Madrid aufzugeben und die Regierung nach Sevilla zu verlegen. Trotz allen Widerstrebens, trotz vorgeschützter, durch die königlichen Leibärzte beglaubigter Sicht mußte Ferdinand, welchem einige wilde Gefellen schon: „Lob dem Könige“ zuriefen, am 20. März 1823 mit den Cortes abreisen.

Am 7. April überschritt der Herzog von Angoulême, welchem Generale aus Napoleons Schule zur Seite standen, den Grenzfluß Bidajoa mit 95 000 Mann, darunter 21 000 Reitern. Er sparte in dem geldarmen Lande sein Gold nicht, gewann Führer und

Soldaten durch Bestechung, die Bevölkerung durch wohlbezahlte Lieferungen. Den General Molitor schickte er gegen Ballesteros; dieser sollte Aragonien beschützen, konnte aber nicht hindern, daß Molitor am 26. April in Saragossa, dessen Widerstand gegen Napoleons Soldaten weltberühmt geworden ist, unter dem Jubel der Bevölkerung einzog. General Moncey sollte den entschlossenen Mina aus Katalonien zurückdrängen: der Herzog selbst zog gegen Madrid, in welchem am 23. Mai die ersten Franzosen ihren Einzug hielten. Der bestochene Graf Abizbal, mit dem Schutze der Hauptstadt beauftragt, wollte Heer und Bevölkerung zum Abfall bringen, mußte aber vor dem allgemeinen Haß entfliehen. Eine Regentschaft, an deren Spitze der Herzog von Infantado stand, sollte bis zur Befreiung des Königs das Land in absolutem Sinne regieren, worüber der Pöbel sein Wohlgefallen durch Plünderung der Häuser der Konstitutionellen äußerte. Sofort zogen die Franzosen in Eilmärschen nach Andalusien gegen Sevilla, die wenigen spanischen Truppen vor sich hertreibend. Am 21. Juni erreichten sie Sevilla. Dort hatten die Cortes am 23. April ihre Sitzungen eröffnet und die Zeit bis zum 13. Juni unter nutzlosen Beratungen hingebracht. Bei der Annäherung der Franzosen zogen sie sich nach Cadix zurück, den König gewaltsam mit sich führend. Rasch folgte ihnen der Feind und stand schon am 23. Juni vor der Stadt. In den nördlichen Provinzen hatten sich die Generale Morillo und Ballesteros bereits ergeben. Außer Katalonien und Cadix war bereits alles in den Händen der Franzosen. Bei der Ankunft des Herzogs von Angoulême wurde der Sturm unternommen, Cadix zu Wasser und zu Land angegriffen. Der Kampf war sehr ungleich. Die Besatzung bestand aus etwa 12000 Mann, deren Mut und Treue zweifelhaft waren, die Festungswerke waren in schlechtem Zustande, die Flotte zählte nur ein einziges Linienschiff und einige Kanonenbote. Am 31. August wurde die Halbinsel Trocadero, welche die Einfahrt in den inneren Hafen beherrschte, von den Belagerern genommen, wobei der frühere Carbonaro-Prinz, Karl Albert von Carignan, seine ganze Vergangenheit über Bord werfend, tüchtig mithalf. Als am 20. September auch das Fort St. Petri und die Insel Leon erobert wurden, drangen Bürger und Soldaten auf Übergabe. Unterhandlungen fanden statt; aber der Herzog beharrte darauf, nur mit einem freien König abzuschließen. Am

bei letzte Sprödigkeit zu überwinden, wurden vier Millionen Frank zur Bestechung der hervorragenden Persönlichkeiten aufgewandt. Sofort erklärten sich die Cortes für aufgelöst und den König für frei. Um ihm Gelegenheit zu neuem Treubruch zu geben, ließ man ihn noch eine Erklärung unterschreiben, worin er „aus freiem Willen und unter der Bürgschaft des königlichen Wortes“ eine allgemeine Amnestie, eine freie Verfassung und Anerkennung der Staatsschulden verkündigte. Am 1. Oktober begab sich der König ins französische Lager nach Puerto St. Maria. General Balbes und Alava hatten ihn in einer Schaluppe begleitet, waren aber trotz seiner Bitten, ihm in dieser stürmischen Zeit ihre treuen Dienste nicht zu verweigern, nicht mit ihm ausgestiegen. Ärgerlich darüber, daß ihm diese Rache entgangen sei, rief er ihnen vom Lande aus nach: „Ah, Schurken! wie glücklich seid ihr, mir zu entkommen!“

Nach der Übergabe von Cadix mußten auch die andern festen Plätze kapitulieren. Barcelona in Katalonien war einer der letzten. Dort focht Mina für die Ehre Spaniens mit dem besten Erfolg. Zwei Monate lang beschäftigte er in einem aufreibenden Guerillakrieg mit wenigen Truppen 29000 Franzosen und Royalisten, warf sich schwerverwundet nach Barcelona, wurde zu Wasser und zu Land eingeschlossen, hielt sich fast noch vier Monate und schloß am 1. November mit dem General Moncey einen Vertrag, wodurch Ehre, Freiheit und Eigentum der unter seinem Befehle stehenden Truppen und Bürger gesichert waren. Darauf begab er sich nach England, wohin sich mehrere Generale und Cortesmitglieder von Cadix und anderen Orten aus bereits geflüchtet hatten.

Raum ruhmvoller als Neapel hatte die spanische Revolution ihre Feuerprobe bestanden. Sie hatte dem Herzog von Angoulême Gelegenheit gegeben, sich für einen der größten Feldherren, dem Herrn von Chateaubriand, sich für einen ausgezeichneten Staatsmann zu halten, während Canning, um diesem Schwindel einen Dämpfer aufzusetzen, daran erinnerte, daß Spanien jedem, der seine Zustände kenne, als eine „westliche Türkei“ vorkomme. Was nun kam, bezeichnete diesen Ausgang als ein Ende mit Schrecken. Adel, Geistlichkeit und Pöbel verbanden sich mit einander, um Tausende von Negros (Konstitutionelle) in den Kerker und auf das Schafott zu bringen. In Madrid, Saragossa und Sevilla wurde unter den Augen der Franzosen trotz Kapitulation geplündert und

eingeferkert. Riego, welcher das Signal zur Revolution gegeben hatte, war eines der ersten Schlachtopfer. Er hatte sich im August mit ein paar Tausend Mann aus Cadix entfernt, um die Verbindung zwischen dieser Stadt und Madrid zu durchbrechen und die Franzosen durch Bedrohung ihres Rückens zum Rückzug zu bewegen. Nach manchen Hinundherzügen wurde sein Korps von den Feinden zersprengt, er selbst auf einem Bachthof gefangen genommen und den spanischen Behörden ausgeliefert. Unter schrecklichen Mißhandlungen wurde er nach Madrid geschleppt, dort, mit Ketten belastet, in einen abscheulichen Kerker geworfen und am 7. Nov. schon halb tot zur Richtstätte geschleift.

Das erste Dekret, welches Ferdinand unterzeichnete, erklärte alle Verordnungen der konstitutionellen Regierung (Aufhebung der Klöster, der Inquisition, des Jesuitenordens, Verkauf der Kirchengüter u. s. w.) für nichtig und bestätigte alle Unthaten der reaktionären Junta. Dies war selbst dem Herzog von Angoulême zu viel, daher er dem König sein Mißfallen hierüber bezeugte und über die Pyrenäen zurückeilte, um am 2. Dezember einen prunkvollen Einzug in Paris zu halten. Doch dauerte die Besetzung Spaniens durch französische Truppen noch fünf Jahre. Es war ein teurer Ruhm. 200 Millionen hatte dieser militärische Spaziergang Frankreich gekostet, und was war damit gewonnen? Alle Ratschläge König Ludwigs blieben unbeachtet, und Chateaubriand, welcher gehofft hatte, den Spaniern eine gemäßigte Verfassung geben zu können, wollte sich bereits nicht mehr zum Mitschuldigen „der Dummheit und des Fanatismus“ eines Königs hergeben, den er einen „hassenswürdigen Fürsten“ nannte, „der die Verfassung nur beschworen, um sie zu verraten, der fähig sei, sein Reich in einer Cigarre aufzubrennen“, dessen Regierung „blutig, habgierig, fanatisch sei, ein abgeschmackter Despotismus, eine vollständige Anarchie der Verwaltung.“ Dieser „absolut-absolute“ König, wie ihn der Madrider Böbel nannte, machte seinen verfolgungsflüchtigen Weichwater, Viktor Sanz, zugleich zum ersten Minister, ließ in drei Wochen 112 Menschen als Verschwörer hinrichten und bedrohte mit seinen Blutdekretten das Leben aller, die nicht seinem Absolutismus dienten. Und doch konnte er es den „Apostolischen“, welche nur in der vollständigen Herrschaft der Kirche, des Mönchtums, der Inquisition das Heil Spaniens sahen, nicht recht machen und mußte sehen,

wie die Gesellschaft des „Würgengels“ eine Schrift verbreitete über die „Notwendigkeit, den Infanten Don Karlos auf den Thron zu erheben“, wie 1827 in Katalonien der Ruf: „Es lebe Don Karlos! Es leben die Mönche und die heilige Inquisition!“ erscholl und nur durch blutige Strenge der apostolische Aufstand niedergedrückt wurde. Don Karlos, des Königs ältester Bruder, war die Hoffnung dieser apostolischen Junta, welche durch ihren Einfluß das ganze Land beherrschte. Bei der Kinderlosigkeit des Königs war diesem Finsterling der Thron sicher. Da starb 1829 des Königs dritte Gemahlin, und weiberfreundlich wie er war, heiratete er noch im nämlichen Jahr die blühende Marie Christine, Tochter des Königs Franz von Neapel. Ihr zu lieb hob er das von dem bourbonischen Philipp V. 1713 eingeführte Erbfolgegesetz, wonach die Frauen erst nach dem völligen Aussterben des Mannsstammes thronfähig sind, auf und machte das alte kastilianische Successionsrecht, wonach die Töchter und Enkelinnen des Königs seinen Brüdern und Neffen vorgehen, im März 1830 durch ein Dekret, die pragmatische Sanktion genannt, zum Gesetz. Die Sache wurde bald praktisch; denn am 10. Oktober 1830 schenkte Marie Christine ihrem Gemahl eine Tochter, Isabella, welche alsbald zur Thronerbin und Prinzessin von Asturien erklärt wurde, und am 30. Januar 1832 eine zweite Tochter, Luise. Die Partei des Don Karlos, die Apostolischen und Absolutisten, war sehr bestürzt; was sie schon in den Händen zu haben glaubten, konnten sie jetzt nur durch eine Revolution erringen. Dazu waren sie aber auch entschlossen. König Ferdinand VII. starb am 29. September 1833, seine dreijährige Tochter wurde als Isabella II. zur Königin ausgerufen, und ihre Mutter trat die ihr durch das Testament übertragene Regentschaft an. Sie mochte wollen oder nicht wollen, sie mußte sich an die Liberalen im Lande halten, da die Gegenpartei die Rechtmäßigkeit der Aufhebung des „falischen“ Gesetzes bestritt, die Thronbesteigung Isabellas als eine Usurpation betrachtete und an ihrem Lieblingskönig Karlos festhielt, welcher schon vor seines Bruders Tod gegen die pragmatische Sanktion protestiert und sich zu seinem Gesinnungsgenossen und Neffen, Don Miguel von Portugal, begeben hatte. Die Zukunft Spaniens war klar vorgezeichnet: ein neuer Bürgerkrieg stand vor der Thüre; hier Karlos, hier Christine! war das Feldgeschrei. Unter den

Parteinamen Karlisten und Christinos standen sich aufs neue zwei politische Prinzipien gegenüber und bekämpften sich bis aufs Messer.

Noch ist ein anderes wichtiges Ereignis, das in die Regierungszeit Ferdinands fällt, mit wenigen Worten nachzuholen: der Scheidungsprozeß der amerikanischen Kolonien von dem Mutterlande Spanien. Zu jenen rechnete man Mexiko und Zentralamerika und in Südamerika: Venezuela, Neu-Granada, Ecuador, Peru, Chile, La-Plata-Staaten (Buenos-Ayres, Uruguay und Paraguay), ein Länderkomplex von etwa 250 000 Quadratmeilen mit 17 Millionen Einwohnern. Drei Jahrhunderte an Spanien gekettet, wurden sie auch in der letzten Zeit kaum anders als unter der Regierung Philipps II. und seiner Albas behandelt. Jesuiten und Inquisition waren hier in Kirche und Schule allmächtig, der Handel, welcher bei den herrlichen Produkten dieser reichen Länder einen ungeheuren Aufschwung hätte nehmen können, war schon dadurch lahm gelegt, daß nur spanische Waren bei ihnen eingeführt, die eigenen Erzeugnisse nur an Spanier abgegeben werden durften. Staats- und Kirchenämter konnten nur solche Spanier, die im Mutterlande geboren waren, erhalten, nicht die in den Kolonien geborenen, die Kreolen, von den Ureinwohnern und den Mischlingen, welche den größten Teil der Bevölkerung ausmachten, gar nicht zu reden. Die Vizekönige und Generalkapitäne, welche von Spanien aus dahin geschickt wurden, erlaubten sich mit ihrem ganzen Schwarm von Ober- und Unterbeamten Gewaltthätigkeiten und Erpressungen, wie man sie in der Zeit der römischen Prokonsuln findet. Die Aufforderung Napoleons, die Regierung seines Bruders Joseph anzuerkennen, fand in den Kolonien so wenig Anklang als in Spanien. Überall bildeten sich Juntas, welche im Namen Ferdinands regierten. Dadurch lernten die Provinzen die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Selbstregierung kennen. Sie in das alte Joch zurückzuführen, war eine Sache der Unmöglichkeit. Entweder mußte Spanien den Kolonien Rechtsgleichheit mit dem Mutterlande, gleiche Vertretung in den Cortes und Handelsfreiheit gewähren, oder mußte es bei seiner finanziellen und maritimen Ohnmacht jeden Augenblick ihrer Losreißung vom Mutterlande gewärtig sein. Weder die liberalen Cortes von 1812, noch der wiedereingefetzte Ferdinand gingen auf diese Forderungen der Südamerikaner ein, und so trat der zweite Fall ein.



In Mexiko, wo schon 1810 der Priester Hidalgo und Andere Insurgentenhaufen gegen die Spanier gesammelt hatten, wurde 1821 von dem Kreolen Iturbide die Unabhängigkeit des Landes und, da Ferdinand die Kaiserkrone von Mexiko nicht annehmen wollte, 1822 die gänzliche Trennung proklamiert und Iturbide zum Kaiser Augustin I. ausgerufen. Eine republikanische Erhebung stürzte ihn, und General Santa Anna rief 1823 in Vera-Cruz die Republik aus. Iturbide mußte nach Europa flüchten, und als er zurückkehrte, wurde er 1824 erschossen. Auch Guatemala errang 1821 seine Selbständigkeit und gründete die Bundesrepublik von Centralamerika. Die Befreiung des nordwestlichen Südamerika, wo schon 1810 Aufstände stattgefunden hatten, knüpft sich hauptsächlich an den Namen eines reichen Kreolen, Bolivar, aus Venezuela, welcher sich durch langjährigen Aufenthalt in Europa gebildet hatte. Nach wechselnden Kriegsereignissen wurde 1819 die Vereinigung Venezuelas und Neugranadas, denen sich 1822 auch Ecuador anschloß, ausgesprochen, und diese drei Staaten bildeten die Republik Kolumbia. In Buenos-Ayres war schon 1810 der spanische Vizekönig abgesetzt und 1819 die argentinische Republik (Vereinigte Staaten am la Plata) gegründet worden. Auch die Nachbarstaaten Paraguay (lange Zeit ein jesuitischer Musterstaat) und Uruguay machten sich zu selbständigen Republiken, letzterer, nach einer Zwischenherrschaft Brasiliens, erst 1829. Von Buenos-Ayres aus wurde die Erhebung Chiles, die schon 1810 begonnen hatte, 1817 durch Absendung des Generals San Martin unterstützt und 1818 seine Unabhängigkeit und republikanische Verfassung proklamiert. Die längsten Kämpfe hatte Peru zu bestehen, wo trotz der Hilfe des argentinischen Generals San Martin und des chilenischen Admirals, des Engländers Cochrane, erst mit dem thätigen Eingreifen Bolivars durch den Sieg bei Ayacucho 1824 das Land befreit, die Republik ausgerufen und ebendamit die Losreißung des ganzen spanischen Südamerika entschieden war.

Was in Spanien mißlungen war, war in den Kolonien durchgeführt, und was der Heiligen Allianz in Spanien gelungen war, war ihr zu ihrem großen Bedauern jenseits des Ozeans unmöglich. Die drei Ostmächte, welche sich für die Revolutionsbändiger der ganzen Welt hielten, wollten nach der Restauration des spanischen Absolutismus auch Südamerika wieder in das alte Geleise zurück-

führen. Ohne Mitwirkung Englands als der größten europäischen Seemacht war dies kaum möglich. Englands Handel zog aber aus der Unabhängigkeit dieser Staaten sehr große Vorteile; daher war es entschlossen, diesmal seine Proteste nicht als „Makulatur“ behandeln zu lassen, und erklärte, daß es sich jeder Intervention in den spanischen Kolonien mit seiner ganzen Macht widersetzen werde. Frankreich hätte gern bourbonische Königreiche dort geschaffen, wie 1864 ein Vasallen-Kaisertum, ein Plan, der an der Eifersucht der anderen Mächte scheiterte. „Um das monarchische Prinzip aufrecht zu erhalten und einen großen Skandal zu vermeiden“, machte die Heilige Allianz England die vorteilhaftesten Anträge bezüglich seiner Handelsinteressen, wenn es selbst die Intervention übernehme. Aber Canning setzte als auswärtiger Minister seinen Willen durch, und am 1. Januar 1825 sprach das englische Ministerium die Unabhängigkeit dieser spanischen Kolonien aus.

Dafür wurde die Heilige Allianz in einem anderen Lande reichlich entschädigt. Wie in Spanien, so hatten auch in Portugal die Freiheitsbestrebungen einen blutigen Kampf mit dem Absolutismus zu bestehen. Die Königsfamilie war 1807, als der französische Marschall Junot auf Napoleons Befehl das Land besetzte, nach Brasilien entflohen. Bei dem Sturz des letzteren war der englische General Lord Beresford, welcher sich in dem pyrenäischen Kriege sehr ausgezeichnet hatte, im Besitz aller Macht, obgleich eine Regentschaft eingesetzt war. Als Oberbefehlshaber des portugiesischen Heeres machte er sich sehr verhaßt. Das Militärbudget verschlang zwei Dritteile der Einkünfte, und von den Offiziersstellen war ein Drittel mit Engländern besetzt. Dies und sein stolzes, herrisches Wesen regte die nationalen Gefühle zu sehr auf. England war freilich schon seit dem 18. Jahrhundert gewohnt, Portugal als seine Handelsdomäne anzusehen und das durch die unbedingte Herrschaft der Jesuiten und durch ostindische und brasilianische Reichthümer geistig und industriell heruntergekommene Volk wie eine Provinz auszubeuten. Das Uehäßige dieser Fremdherrschaft wurde durch die Militärdiktatur Beresfords noch geschärft. Dazu kamen die Beziehungen zur Dynastie. Nach dem Tode der wahnsinnigen Königin Maria 1816 bestieg der Prinzregent, ihr Sohn, als Johann VI. den Thron von Portugal und Brasilien. Während Volk und Heer wünschten, daß die königliche Familie

wieder nach Portugal übersiedeln und von Lissabon aus die Kolonie Brasilien beherrschen sollte, fanden am Hofe entgegengesetzte Neigungen statt. Der König lud die vornehmsten Mitglieder des Adels und die reichsten Kaufleute zur Auswanderung nach Brasilien ein und wollte Geld und Truppen zur Bezwingung von Uruguay aus dem Mutterlande beziehen. Alle diese Umstände verursachten 1817 eine Militärverschwörung, welche dem wackeren General Freire und elf seiner Genossen das Leben kostete. Dadurch wuchs der Haß gegen Beresford noch mehr, und dieser entschloß sich, als der Ausbruch der spanischen Revolution seine zündenden Funken in das Nachbarland hinüberwarf, zu einer Reise nach Brasilien, um wegen der zu treffenden Maßregeln persönlich mit dem König zu unterhandeln. Vier Monate nach seiner Abreise, am 24. August 1820, erhob sich die Stadt Oporto, bildete eine provisorische oberste Junta, welche im Namen des Königs bis zum Zusammentritt der Cortes regieren sollte. Die Bewegung teilte sich dem ganzen Lande, das wie Spanien von Freimaurern bearbeitet war, mit, auch Lissabon schloß sich an, die Regentschaft wurde abgesetzt, die beiden Juntas von Oporto und Lissabon vereinigt und die Cortes berufen, um auf Grundlage der spanischen Verfassung eine den portugiesischen Verhältnissen entsprechende zu entwerfen. Inzwischen war auch Lord Beresford aus Brasilien zurückgekehrt, durfte aber nicht in den Hafen von Lissabon einlaufen und mußte nach England zurückkehren.

König Johann, ein gutmütiger Mann, fügte sich leicht in diese Wendung der Dinge und versprach nach Europa zurückzukehren, falls die Beschlüsse der Cortes mit seinen Interessen harmonierten. Aber auch in Brasilien spürte man die Wellenschläge der portugiesischen Bewegung. In Rio Janeiro bildete sich eine Junta, die portugiesische Verfassung, obwohl noch nicht fertig, wurde bereits beschworen, und der König, von seinem ehrgeizigen Sohne Don Pedro und dem Militär gedrängt, mußte jenen als Vizekönig in Brasilien zurücklassen und mit seiner übrigen Familie sich nach Lissabon einschiffen. Dort traf er am 3. Juli 1821 ein, durfte aber nicht eher landen, bis er die Grundzüge zu der stark demokratisch gefärbten Verfassung unterschrieben hatte. Als die Verfassung vollendet war, beschwor er sie am 1. Oktober 1822, zwang seinen zweiten Sohn Don Miguel dazu, forderte auch Don Pedro hiezu auf, fand aber bei seiner Gemahlin, der Königin

Karlotta, den entschiedensten Widerstand. Diese, eine Schwester des Königs von Spanien, ausschweifend und herrschsüchtig, bot alles auf, um das neue konstitutionelle Leben, das ohnedies heftige Feinde in der Geistlichkeit und in dem unwissenden Volke gar keinen Halt hatte, zu untergraben. Ihr Haus war der Sammelpunkt der „Gebückten“, wie man dort die Reaktionäre hieß. An ihrem ihr gleichgearteten Sohne Don Miguel, der in alle ihre Pläne eingeweiht war, hatte sie ein gehorsames Werkzeug. Auf ihre Weigerung, den Eid zu leisten, wurde sie des Landes verwiesen und, weil sie sich krank stellte, in dem Lustschloß Ramalhao unter Aufsicht gestellt. Aber sie ließ ihre Pläne nicht fallen, und die französische Intervention in Spanien gab ihr eine erwünschte Gelegenheit zur Ausführung derselben. Zwar gelang die von Graf Amarante in Szene gesetzte Contre-Revolution nicht, aber im Mai 1823 brachte Don Miguel den größten Teil der Garnison von Bissabon auf seine Seite, zwang die Cortes, sich, wenn auch unter Protesten, aufzulösen und nach England zu fliehen, und ließ seinen Vater unter dem Volksgeschrei: „Nieder mit der Konstitution! Es lebe der unumschränkte König!“ seinen Einzug in Bissabon halten. Die Verfassung wurde aufgehoben, Königin Karlotta zurückgeführt, Don Miguel Oberbefehlshaber der Armee. Da aber Johann dem absolutistischen System seiner Gemahlin nicht huldigte und sich mit Personen umgab, die durchaus nicht zu ihrer Partei gehörten, wie Graf Palmella, Graf Suberra und Marquis von Loulé, so wurde der letztere in einem der königlichen Vorzimmer ermordet, und als auch dieser Wink nicht gehörig beachtet wurde, ein Plan entworfen, um durch eine Palastrevolution Johann zur Thronentsagung zu zwingen und Don Miguel an seine Stelle zu setzen. Am 30. April 1824 stellte sich dieser an die Spitze der Truppen, besetzte den Palast, machte seinen Vater zum Gefangenen und drang ihm absolutistische Minister auf. Der englische Gesandte und seine Kollegen, sowie einige Militärs protestierten gegen diesen Staatsstreich, Johann entfloh auf ein englisches Schiff und teilte seinem Volk den ganzen Sachverhalt mit. Der Streich war mißlungen. Der ungeratene Sohn Miguel mußte die Verzeihung seines Vaters anflehen und wurde in die Verbannung nach Wien geschickt. Karlotta rettete sich wieder durch einen Krankheitsanfall und wurde unter Staatsaufsicht gestellt.

Bald darauf wurden auch die Verhältnisse zwischen Portugal und Brasilien geregelt. Die englischen Handelsinteressen und die Wünsche der Brasilianer verlangten die Losstrennung Brasiliens von Portugal. Am 15. November 1825 wurde der unter englischer Vermittlung geschlossene Vertrag ratifiziert, wonach König Johann Brasilien für unabhängig erklärte, seinen Sohn Don Pedro als Kaiser von Brasilien anerkannte, diesen Titel sich selbst auch auf Lebenszeit vorbehielt und in einem geheimen Zusatz bestimmte, daß die Kronen beider Länder nie auf einem Haupt vereinigt sein sollten.

Der Tod Johanns, welcher am 10. März 1826 erfolgte, veranlaßte neue Stürme. Er hatte über die Thronfolge nichts bestimmt, seine Tochter, die Infantin Isabella Maria, zur Regentin ernannt. Diese hielt sich an die konstitutionelle Partei und erkannte mit ihr Don Pedro als König von Portugal an, während die absolutistische Partei Don Miguel durchzusetzen sich bemühte. Pedro konnte obiger Bestimmung gemäß die Krone nicht annehmen, erklärte jedoch seine siebenjährige Tochter Maria da Gloria als Königin von Portugal, gab diesem Lande eine freisinnige Verfassung, ernannte seinen Bruder Don Miguel zum Regenten oder eigentlich zu seinem Statthalter, welcher der Verfassung gemäß zu regieren habe, und bestimmte ihm als künftige Gemahlin die eigene Tochter Maria II. Die neue Konstitution wurde in Lissabon von der Regentin verkündigt und eingeführt und auch von Don Miguel in Wien beschworen, zugleich die Verlobung mit seiner Nichte vollzogen. Als bald erhoben sich die alten Landsknechte der Reaktion, die Amarante und Abrantes, erhielten von der apostolischen Junta in Spanien Unterstützung jeder Art, machten mehrere Einfälle in Portugal, wurden aber von den Generalen Salbanha und Villaflores, zum Teil mit englischer Hilfe, zurückgeschlagen. Denn Canning, an welchen sich die bedrängte portugiesische Regierung gewandt hatte, hatte es im englischen Kabinett durchgesetzt, daß zehn Kriegsschiffe mit zwölf Regimentern unter dem General Clinton nach Portugal gesandt und Spanien durch eine drohende Sprache von weiteren Feindseligkeiten abgeschreckt wurde.

Don Pedro hatte seine unbegreifliche Kurzsichtigkeit, welche er gegenüber seinem Bruder Don Miguel zeigte, schwer zu büßen. Dieser „Lissaboner Gutebel,“ wie man ihn in Wien nannte, war ein unwissender und heuchlerischer Mensch, hatte sich aber der

Protektion Metternichs zu erfreuen, welcher ihn in seinem Vorsatz bekräftigte, trotz aller Eide die Verfassung umzustürzen und sich zum absoluten König von Portugal zu machen. Denn Metternich sprach nicht bloß den Völkern, sondern sogar den Königen das Recht ab, eine neue Verfassung zu verleihen. So fand er denn den Prinzen voll „edler Gesinnungen“ und versicherte, „die in Wien empfangenen Lehren hätten aufs Beste auf ihn gewirkt.“ Vor seiner Abreise begab sich Don Miguel auf die Pilgerfahrt nach Mariageßell, um sich für seine Blutarbeit zu stärken, und spreizte sich als „der Engel Michael, der mit seiner Posaune die Liberalen vor das Gericht ziehen werde.“ Bei seiner Landung in Lissabon, am 22. Februar 1828, wurde er von dem aufgeregten Pöbel als König empfangen. Am 26. Februar schwur er vor den Cortes Treue der Verfassung und den Majestäten Don Pedro und Donna Maria, jedoch so, daß niemand von seinem Eide etwas hörte. Seine Mutter bemächtigte sich seiner wieder vollständig. Man sagt, sie habe ihn durch die Drohung, das Geheimnis auszulaubern, daß er nicht des Königs, sondern eines ihrer Günstlinge Sohn sei, zu jeder Unthat gebracht, wenn er je hiezu eines Sporns bedurfte. Alle Konstitutionellen wurden aus ihren Ämtern entlassen, ein Ministerium der „Gebückten“ berufen, die Cortes aufgelöst, die Anhänger Don Pedros als Freimaurer bezeichnet, die alten Reichstände berufen und von diesen am 26. Juni Don Miguel als König von Portugal proklamiert. Ein Militäraufstand, der sich von Oporto aus über das Land verbreitete, hatte bei dem Mangel an einem tüchtigen Führer und bei der Entschlossenheit des Usurpators keinen Erfolg. Wer fliehen konnte, floh nach England. Über die Zurückgebliebenen kam ein schreckliches Gericht. Im Laufe eines Monats wurden gegen 16 000 Menschen, meist aus den ersten Ständen, verhaftet. Die Güter der Verhafteten und der Entflohenen wurden eingezogen. Die Gefängnisse reichten nicht mehr aus. Man fragte, was zu thun sei. „Töten, töten, die Übrigen nach Afrika schicken; ich brauche Raum für noch viele Verbrecher!“ war die Antwort.

Sehr lästig waren ihm die englischen Truppen, um deren längeres Verweilen die Konstitutionellen und die in Portugal befindlichen englischen Kaufleute das englische Ministerium dringend baten. Aber nicht Canning stand damals mehr an dessen Spitze,

sondern der Herzog von Wellington, der mit den Grundfätzen der Heiligen Allianz einverstanden war; dieser wies das Gesuch ab. Zum Abschied sagte Don Miguel dem General Clinton, der ihn einlud, vor der Einschiffung seiner Truppen noch einer Revue beizuwohnen: „Sie und Ihre Soldaten können zum Teufel gehen!“ Auch sonst zeigte sich die Wendung der englischen Politik. Don Pedro, welcher, von den Brasilianern nicht unterstützt, dieser ganzen Usurpation ruhig hatte zusehen müssen, hatte im Juli 1828 seine Tochter, die junge Königin, nach Europa geschickt. In Gibraltar erfuhr der ihr beigegebene Marquis Barbacena die Thronbesteigung Miguel's und führte nun Maria nicht nach Wien, wie ausgemacht war, sondern nach England. Dort wurde sie zwar als Königin aufgenommen, aber nicht als solche behandelt. Denn man nahm weder ihren Gesandten an, noch wollte man dulden, daß die 3000 Flüchtlinge nach der azorischen Insel Terceira gebracht würden, wo der entschlossene Führer Cabreira befehligte und die Unternehmungen der Miguelisten zurückschlug. Doch sammelten sich daselbst nach und nach 3000 Mann unter dem General Villalvor. Terceira wurde der Sammelpunkt der Pedroisten und die Operationsbasis für ihre Angriffe auf den Tyrannen, und 1831 wurden auch die übrigen Inseln der Azoren von ihnen besetzt.

Die Königin Maria war 1829 wieder nach Brasilien zurückgekommen. Dort entzweite sich Don Pedro mit der liberalen Partei, legte die Krone zu Gunsten seines sechsjährigen Sohnes, Pedro II., nieder und schiffte sich 1831 mit seiner Gemahlin und seiner Tochter nach Europa ein. Er begab sich nach Paris und London und wurde an beiden Orten gut aufgenommen, da Miguel durch schmachvolle Mißhandlung französischer und englischer Unterthanen die Nachsicht und Geduld dieser beiden Regierungen endlich erschöpft hatte, obgleich die preussische Staatszeitung schrieb, daß er „gar nicht so übel“ sei. Eine Anleihe wurde abgeschlossen, Schiffe und Truppen ausgerüstet, am 7. Juni 1832 landete von Terceira aus eine mit 12000 Mann Landtruppen besetzte Flotte in Oporto, und Don Pedro setzte sich in Besitz der Stadt. Vergeblich waren alle Anstrengungen Miguel's, die Stadt wieder zu nehmen; andererseits fand aber auch Pedro im Lande nicht die gehoffte Unterstützung. Da trat der erfahrene englische Kapitän Charles Napier in seine Dienste, und dieser und General

Villaflor (später: Herzog von Terceira) unternahm eine Expedition nach dem südlichsten Teil des Landes, nach Algarvien, schlugen die Flotte Miguels, riefen das Volk zu den Waffen, gingen, Napier zur See, Villaflor zu Land, auf Lissabon los, zwangen Miguels Truppen zum Abzug und rückten am 24. Juli 1833 unter dem Jubel der Bevölkerung, welche bereits die Gefängnisse geöffnet und Donna Maria als Königin ausgerufen hatte, in der Hauptstadt ein. Auch Don Pedro hielt seinen Einzug in Lissabon und ließ seine Gemahlin und Tochter dahin kommen. Ein Angriff des Miguelistischen Heeres unter dem französischen General Bourmont wurde abgeschlagen. Miguel nahm eine feste Stellung bei Santarem, nördlich von Lissabon, wurde aber, als infolge der Quadrupelallianz, welche zwischen England, Frankreich, Marie Christine von Spanien und Don Pedro zur Vertreibung der beiden Prätendenten, Don Carlos und Don Miguel, geschlossen worden war, und der spanische General Rabil in Portugal einrückte, bei Thomar noch einmal geschlagen und unterzeichnete am 26. Mai 1834 den Vertrag von Evora, worin er der portugiesischen Krone entsagte und versprach, das Land sogleich zu verlassen und nie mehr zu betreten. Kaum in Italien angekommen, widerrief er den Vertrag und verlor dadurch den ihm ausgesetzten Jahresgehalt von 375 000 Frank. Nach verschiedenen Irrfahrten durch Italien und England ließ er sich in Deutschland nieder und vermählte sich mit der Prinzessin von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg. Er starb am 14. November 1866 in Klein-Heubach im bayrischen Franken.

Don Pedro stellte die von ihm verlassene Verfassung wieder her, eröffnete am 15. August 1834 die Cortes und wurde von ihnen bis zur Volljährigkeit seiner Tochter zum Regenten ernannt. Alle Mönchsorden und Klöster wurden aufgehoben, ihre Güter für Staatsgut erklärt, die konfiszierten Güter zurückgegeben, die ihrer Ämter Beraubten wieder eingesetzt. Doch starb er noch im nämlichen Jahre, am 24. September, nachdem er für diesen Fall Donna Maria für volljährig erklärt hatte. Die 15jährige Königin vermählte sich im Januar 1835 mit dem Prinzen August von Leuchtenberg, und als dieser schon im März dieses Jahres starb, nahm sie im April 1836 den Prinzen Ferdinand von Koburg zum Gemahl, dessen Sohn heute den Thron von Portugal inne hat.



## § 4.

## Großbritannien.

Kein Land bot der Heiligen Allianz so ungünstige Angriffspunkte dar als England. Hier war keine Dynastie zu retten; denn sie saß behaglich auf ihrem Throne; keine Verfassung zurückzunehmen: denn dies wäre, nachdem das Land seit Jahrhunderten mit Parlament und Verfassung zusammengewachsen war, auch für einen Hercules von Staatsmann ein Ding der Unmöglichkeit; keine Revolution niederzuschmettern: denn es fehlte zwar auch hier nicht an Aufständen, aber der Sinn für Geseßlichkeit war denn doch unter allen Schichten des Volkes zu groß, die Mittel, um auf dem Weg der Reform trotz Adel und Geistlichkeit zu den vorhandenen Freiheiten noch weitere zu erringen und dieser aristokratischen Republik, welche eine Königskrone in ihrem Wappen führte, immer mehr eine demokratische Färbung zu geben, zu einfach und zu zahlreich, als daß das Volk den zweifelhaften Weg der Revolution hätte betreten wollen. Ohne alle Erschütterung, ja fast ohne Einbuße war England aus einem zwanzigjährigen Kriege hervorgegangen; wie vorher, so sah man auch jetzt noch des großen Draniers Fahne von 1688 flattern mit der Inschrift: „Die protestantische Religion und die Freiheiten von England.“ Das Parlament hatte immer noch die Herrschaft, die Presse war frei, und die Hegemonie zur See wurde nach Vernichtung aller größeren Flotten in einem Grade ausgeübt, wie sie früher nie bestanden hatte. Was ihnen Napoleons Kontinentalsperre geschadet hatte, ersetzten sie durch Wegnahme der französischen Kolonien. Der Wiederbesitz von Hannover, wozu noch Helgoland kam, sicherte ihnen die Herrschaft in der Nordsee; Gibraltar, Malta und die Ionischen Inseln waren die Burgen im Mittelländischen Meere.

Freilich die Schuldenlast des Landes hatte 1815 die ungeheure Höhe von 814 Millionen Pfund Sterling erreicht, und die jährlichen Staatsausgaben betrugen 114 Millionen. Die Folge solch hoher Summen war eine ungewöhnlich hohe Besteuerung, welche von den Geseßgebern so verteilt war, daß die Mittelklassen und die unteren Stände verhältnismäßig am meisten zu zahlen hatten. Und sie hatten ohnedies schon genug zu bezahlen, da das Allernotwendigste, das Brot, durch die Hartschzigkeit und Habsucht der

großen Grundbesitzer, des Adels, sehr verteuert war. Diese hatten ein Gesetz durchgebracht, wonach die Einfuhr von Korn und andern Lebensbedürfnissen entweder geradezu verboten oder mit sehr hohen Zöllen belegt wurde. Dadurch nahm das Mißverhältnis zwischen Reich und Arm immer größere Dimensionen an; sowohl im Landbau, als im Fabrikwesen trat es mit seiner einschneidenden Schärfe auf. Fast alles Grundeigentum war im Besitz einiger wenigen Familien, welche ihre Latifundien in kleineren Partien verpachteten und dem ganz Unbemittelten keine andere Wahl ließen, als Tagelöhner oder Fabrikarbeiter zu werden. Dies waren sehr bedenkliche Schattenseiten, welche dem freien Engländer, der keinen Stammbaum und kein Vermögen hatte, kaum eine bessere Stellung gaben, als sie der römische Plebejer zu Anfang der Republik einnahm.

Diese Vergleichung gewinnt noch mehr Licht und Wahrheit, wenn auch die bedeutendste Triebkraft der Staatsmaschine, das Parlament selbst, mit in Rechnung gezogen wird. Von den beiden Häusern desselben war das eine, das Oberhaus, geradezu eine Domäne der hohen Aristokratie; aber auch im Unterhaus hatte sie einen überwiegenden Einfluß. Dies hatte seinen Grund theils in dem durchaus unhaltbaren Wahlsystem, wonach, dem historischen Recht zulieb, alte verrottete Burgflecken, die kaum ein Duzend Wähler hatten, das Recht besaßen, ein Unterhausmitglied aufzustellen, während Fabrikstädte von mehr als 100 000 Einwohnern keine Vertretung hatten, theils in dem hohen Zensus des Wählenden, der die Kräfte eines gewöhnlichen Mannes überstieg, theils in der schamlosen Bestechung, durch welche der Adel sich hauptsächlich die armen Wähler jener kleinen Flecken dienstbar machte. Auf diese Weise stieß man, man mochte über das Korngesetz oder die hohen Steuern klagen, immer wieder auf die Aristokratie, welche das Parlament beherrschte und dort die Gesetze machte. So lange hier keine Änderung eintrat, konnte von einer nachhaltigen Besserung der Lage des Volkes keine Rede sein. Zwar trat in jedem Parlament die Opposition in ziemlicher Stärke auf, aber ihre Fundamentalsätze waren keine anderen, als die der Majorität und des Ministeriums, und der Hauptstreit drehte sich bei ihnen weniger um Ausdehnung des Wahlrechts und ähnliches, als um die Anwendung des bekannten Satzes: „Nach Platz und laß mich hin!“ Damit war dem Volke wenig gebient. Der Ruf nach Parlaments-

reform, nach allgemeinem Stimmrecht, nach geheimer Abstimmung, nach Abschaffung der Sinekuren wurde immer dringender. Diefem Rufe mußte entweder entsprochen werden, oder man factete eine Revolution an, die mit den Vorrechten des Adels ebenso aufräumte, wie 1789 in Frankreich. Zum Glück war die englische Aristokratie nicht blind, von den Freiheitsideen selbst vielfach so sehr beherrscht, für die Größe des Vaterlandes so begeistert, daß sich immer wieder ein Pilot fand, der das bedrohte Staatsschiff mit Hilfe hocharistokratischer Hände in den sicheren Hafen hineinbugfierte.

An der Spitze des Ministeriums stand seit 1812 Lord Liverpool, ein geachteter Name, aber ohne besondere Begabung. Die Seele des Rabinetts war Lord Castlereagh, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Englands Metternich, welcher das reaktionäre System des Kontinents, soweit immer möglich, auch in England einzuführen wünschte, hochmütig, herrschsüchtig, bei dem Volke so unbeliebt, daß sein Leichenbegängnis wie ein Freudenfest gefeiert wurde. Bei dem Prinzregenten, welcher für seinen gemüthkranken Vater, Georg III., schon seit 29. Januar 1811 die Rechte der Krone ausübte, fand er mit seinen unvollständlichen Rathschlägen stets ein williges Gehör und dieser an ihm ein sehr dienstfertiges Werkzeug. Da der Prinzregent für das Militärwesen eingenommen war, so wurde, was in England ganz unerhört war, auch in Friedenszeiten ein Heer von mehr als 100 000 Mann unterhalten, welche freilich auch gegen Volksaufstände sehr gute Dienste leisten konnten. Weber in diesem, noch in irgend einem anderen Zweig des Staatshaushaltes wurden Ersparnisse gemacht und die Steuern auf der gleichen drückenden Höhe gehalten. So entstand, zumal da in den Jahren 1815 und 1816 Handelsstockung, Arbeitsmangel und Teuerung in furchtbarem Grade zusammentrafen, eine ungeheure Aufregung bis in die untersten Volksschichten. Überall wurden Versammlungen gehalten, wo man sich um die Volksführer Hunt und Cobbet scharte und von der Misregierung und der Parlamentsreform reden hörte. Es fehlte nicht an Aufständen, an Mordthaten, an Einschreiten des Militärs. Die Erbitterung war so groß, daß man den Wagen des Prinzregenten, der am 28. Januar 1817 von der Eröffnung des Parlaments zurückkehrte, mit Rot und Steinen bewarf und ihm zurief: „Nieder mit dem Prinzregenten! Nieder mit den Ministern!“

Statt durch Erkenntnis und Abstellung der vorhandenen Übel Ruhe zu schaffen, zog das Ministerium die Zügel noch straffer an, suspendierte die Habeas-Corpus-Akte, diese magna charta bürgerlicher Freiheit, auf ein Jahr, wonach jeder Verdächtige ohne weiteres festgenommen und im Gefängnis gehalten werden konnte, beschränkte das Versammlungsrecht und schärfte die Gesetze über die Presse, so daß, wie Cobbet sagte, jedem oppositionellen Schreiber der Strick, wenn nicht um den Hals, so doch um die Hände gelegt war. Aber die Agitation ließ nicht nach. Am 16. August 1819 fand in Manchester eine Versammlung von etwa 80 000 Menschen statt, obgleich eine solche von der Regierung verboten worden war. Mit Fahnen und Inschriften zogen die einzelnen Haufen heran. Hier las man die Worte: „Keine Korngesetze! Freiheit und Brüderlichkeit!“ dort: „Gleiche Vertretung oder Tod!“ Sogar eine Schar weiblicher Reformersah man mit seidener Fahne. Kaum aber hatte der mit donnerndem Hurra empfangene Hunt zu reden angefangen, so drangen Husaren mit flacher Klinge ein, hieben blindlings um sich und verursachten eine allgemeine wilde Flucht. Mehrere blieben tot auf dem Platz, einige Hundert waren verwundet, Hunt wurde gefangen fortgeführt, mußte aber gegen Bürgschaft freigelassen werden. Dieses „Blutbad von Manchester“ verursachte allgemeine Entrüstung, selbst in Kreisen der Aristokratie. Und doch wagte das Ministerium noch weiter zu gehen. Es legte die sechs „Knebelbills“ vor und setzte ihre Annahme durch, worin gegen das Versammlungsrecht und die Pressfreiheit ein ähnlicher Schlag geführt wurde, wie gegen die deutsche Presse und Universtitäten durch die Karlsbader Beschlüsse. Kein Wunder, daß, wo alles in der höchsten Spannung war, die Exaltiertesten auch vor den extremsten Schritten nicht zurückscheuten. Ein alter Revolutionär, Arthur Thistlewood, organisierte eine Verschwörung und faßte als ein moderner Catilina den Plan, am 23. Februar 1820 bei einem Kabinettsessen die Minister zu ermorden, die Kasernen in Brand zu stecken und eine provisorische Regierung einzusetzen. Der Plan wurde verraten, der Räbelführer nebst vier Genossen aufgehängt, andere deportiert.

Witten in diese Aufregung fiel die Thronveränderung und der Skandalprozeß des neuen Königs. Der schwachsinnige Georg III. war am 29. Januar 1820 gestorben, und kaum hatte sich der

Prinzregent Georg IV. auf dem Throne festgesetzt, so verlangte er von seinen Ministern, daß sie die Scheidung von seiner Gemahlin durchsetzen sollten. Als Prinz von Wales, wo er der „feinste Gentleman Englands“ sein wollte, hatte er sein Leben als vollendeter Wüßling, unter Trinken und Spielen und unzüchtigen Weibern zugebracht, als 23 jähriger Mensch mit der katholischen Fitzherbert, welche weit älter als er und schon zweimal Witwe war, eine Ehe eingegangen und eine Schuldenlast von 700 000 Pfund Sterling angehäuft. Um den Preis der Schuldentilgung hatte er sich dazu verstanden, 1795 die Prinzessin Karoline von Braunschweig zu heiraten. Bald nachdem sie die Prinzessin Charlotte geboren hatte, erklärte er ihr in einem höflich kalten Brief, daß sie seine Wohnung verlassen und nie mehr zu ihm zurückkehren solle. Von 1796 bis 1814 lebte sie, fortwährenden Beleidigungen und Verfolgungen ausgesetzt, in England, begab sich dann, gegen den Rat ihrer Freunde, der Kränkungen müde, nach dem Kontinent, durchzog Italien und den Orient und stand mit einem gewissen Bartolomeo Bergami, der von ihrem Kammerdiener zum Kammerherrn vorrückte und ihr steter Begleiter war, in einem Verhältnis, welches die schärfste Anklage fast mit Gewalt hervorgerufen mußte. Die Regierung hatte ihr eine geheime Kommission nachgeschickt, sie mit Spionen überall umgeben und durch bestochene Diener die übertriebensten Sachen erfahren. Während ihrer Abwesenheit hatte sich ihre Tochter Charlotte mit dem Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg, dem nachherigen König von Belgien, verheiratet und war 1817, infolge ihrer Entbindung von einem toten Kinde, gestorben. Sie erfuhr dies aus den Zeitungen. Nach dem Tode Georgs III. kam sie am 6. Juni 1820 zum Schrecken ihres Herrn Gemahls nach London zurück. Dieser ließ schon am 5. Juli eine Anklage beim Oberhaus gegen sie vorbringen und beantragen, daß sie wegen Ehebruchs vom Könige geschieden und des Titels einer Königin von England verlustig erklärt werden sollte. Der Prozeß, bei welchem eine Menge schmutziger Zeugen vom Festland herbeigeholt wurde und die beredtesten Advokaten, darunter Brougham, für die Königin sprachen, ging vor sich und enthüllte eine endlose Kette von Skandalstücken über König und Königin, wie nur das kräftige Nervensystem Altenglands sie mit anhören konnte. Trotzdem war, was von der tiefen Verachtung

gegen den König zeugte, in ganz England in jenen Tagen kein Name gefeierter als der der Königin. Das Zufließen von Besuchen und Adressen war bei dem Besuche Blüchers im Sommer 1814 kaum größer als bei dieser verstoßenen Gattin. Und welcher Jubel endlich am 2. November, als, nachdem die dritte Lesung der Bill nur mit einer Majorität von 9 Stimmen durchgegangen war, Lord Liverpool sie gar nicht mehr vor das Unterhaus zu bringen wagte, sondern zurücknahm!

Den hartgesottenen Georg rührte all die Schmach nicht. Er ließ sich am 16. Juli 1821 mit allem Prunk des Mittelalters krönen. Die Königin wurde von der Thüre der Westminsterabtei zurückgewiesen und starb infolge der fortwährenden Aufregungen am 7. August. Und noch im Tode schien sie dem rohen Gatten keine Ruhe lassen zu wollen. Am Tage ihres Leichenbegängnisses und ihrer Abführung nach Braunschweig gab ihr eine endlose Masse Volks in London das Geleite; es kam zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Gardereiterei; aber der Zug mußte, wie es das Volk wollte, mitten durch die City unter Anführung des Lordmayors sich hindurchdrängen.

Kaum hatte sich das Königtum von diesem Schlag, worüber man sich in ganz Europa mit einem allgemeinen Pfui! schadenfroh äußerte, erholt, so hieß es am 12. August 1822, Lord Castlereagh habe sich den Hals abgeschnitten. Es war nicht anders. Der Mann, welcher mit dem König durch Dick und Dünn gegangen war, welcher die trostlosen Zustände des Continents wie mit Gewalt nach England herübergezogen hatte und auch hier eine Revolution erzwingen zu wollen schien, hatte in einem Anfall von Wahnsinn mit einem Federmesser die Schlagader am Halse durchgeschnitten. Dieses Ereignis, welches einen Wendepunkt in der englischen Politik bildete, erregte großen Jubel unter dem Volk, und man konnte es keinem ausreden, daß nicht Wahnsinn, sondern die Furien des erwachten Gewissens ihm das Federmesser in die Hand gedrückt habe. Den Posten eines auswärtigen Ministers erhielt George Canning, so sehr ihm auch der König wegen seines Benehmens bei dem Prozeß der Königin grollte, so wenig auch die Mehrheit des Kabinetts auf diesen neuen Kollegen sich freute. Aber vermöge seines Charakters und seiner Talente, besonders seiner Beredsamkeit war er allen andern hervorragenden Männern zu sehr

überlegen, als daß man ihn hätte umgehen können; die inneren und äußeren Verhältnisse waren gerade damals zu verwickelt, als daß man nicht für den schwierigsten Posten auch den geeignetsten Mann hätte nehmen wollen oder auch müssen. Sein Programm war: Englands Größe und Freiheit, Losfagung von der Heiligen Allianz, welche überall, wo sie auftrat, in Neapel und Spanien, unter der Fahne der Legitimität rechtswidrige Zustände schuf. England, das unter Castlereagh zu einer Präsektur der Heiligen Allianz herabgesunken war, sollte wieder eine selbständige Stellung einnehmen, die erste Macht in Europa bilden und, gestützt auf die liberalen Elemente unter den Völkern, der Donquichotterie der Allianzritter mit den ungeheuren Hilfsmitteln seiner Land- und Seemacht und seines Reichthums entgegengetreten. Er war der abgesagte Feind dieser europäischen Interventionen, stellte den Grundsatz auf, daß jedes Volk seine inneren Verhältnisse nach seinem eigenen Geschmaek ordnen dürfe, und war dabei Engländer genug, um die Handelsinteressen seines Landes nicht in den Hintergrund zu stellen. Die Anerkennung der südamerikanischen Freistaaten, die Abfendung eines Hilfsheeres nach Portugal 1826, die Unterstützung der griechischen Freiheitskämpfer sind hinlängliche Beweise seiner allianzfeindlichen Politik.

Auch im Innern, obgleich dies zunächst nicht zu Cannings Aufgabe gehörte, bemerkte man einen frischeren Geist. Die drückenden Korngesetze wurden auf seinen Antrag abgeändert, hinsichtlich der Sklaverei in den englischen Kolonien bestimmt, daß die Neger durch intellektuelle und moralische Mittel für ihre gänzliche Befreiung herangebildet und der Sklavenhandel der Seeräuberei gleich zu achten und mit dem Tode zu bestrafen sei. In einer anderen Frage, welche nächst der Parlamentsreform die brennendste dieses Jahrzehnts war und, wenn glücklich gelöst, die Lösung der ersteren bereits in sich schloß, stieß er auf den heftigsten Widerstand des Adels und des Klerus und mußte ihre Durchführung seinen Nachfolgern überlassen. Dies war die Emanzipation der Katholiken, die bürgerliche Gleichstellung Irlands, in welcher Frage das freie England mit seiner inneren und äußeren Politik in Widerspruch stand. Auch war Canning nicht vergönnt, noch lange Jahre an diese schwierigen Fragen zu setzen. Nach Liverpools Rücktritt übernahm er im April 1827 die Stelle eines Premierministers und

schuf sich ein gleichgesinntes Ministerium, gab durch Unterzeichnung des Vertrags vom 6. Juli der griechischen Sache noch die entscheidende Wendung, erlebte aber die Konsequenz dieses Vertrags, die Seeschlacht von Navarin am 20. Oktober, nicht mehr; denn schon am 8. August war er, zum Schmerze einer halben Welt, verschieden.

Nach kurzdauernden Uebergangszuständen folgte das strengtoristische Ministerium Wellington, das den Sieg bei Navarin bedauerte und sich von dem portugiesischen Wüterich Don Miguel auf die äußerste Geduldprobe setzen ließ. Und doch mußte gerade dieser „Eiserne“ Herzog an die Lösung der Katholikenfrage gehen und den Irländern wenigstens einigermaßen gerecht werden. Seit Jahrhunderten war Irland das Stiefkind Englands und hatte alle Folgen der früheren Eroberungen zu büßen. Das Raubsystem, das unter dem König Heinrich II. im zwölften Jahrhundert begonnen und unter den Regierungen Heinrichs VIII., der Königin Elisabeth, Jakobs I., Cromwells und Wilhelms III. fortgedauert hatte, hatte in Irland jene Zustände geschaffen, bei welchen fast aller Grund und Boden in den Händen weniger Familien war, deren Pächter oder Tagelöhner die irische Bevölkerung bildete. Die reichen Güter und Rechte der katholischen Kirche kamen durch englischen Machtanspruch in den Besitz der dahin verpflanzten anglikanischen Kirche, und so mußte der Irländer einer Kirche, der er nicht angehörte, den Zehnten zahlen und seine eigene noch dazu unterhalten. Diese und ähnliche Mißbräuche, die sich an die Verschiedenheit der Rasse, der Konfession und des Bildungsstandes knüpften, konnten nicht abgeschafft werden, so lange das Gesetz bestand, das sämtliche Katholiken vom Parlament ausschloß. So war auch hier der Boden für das Wirken geheimer Gesellschaften, welchen protestantischerseits die Dranienmänner entgegenarbeiteten. Brand und Mord kamen vielfach vor, und es war keine Frage, daß es sehr unklug von England war, diese Wunde an seinem Staatskörper stets offen zu erhalten. Endlich wurde 1828 die unter dem Stuart Karl II. eingeführte Testakte, welche die Annahme jedes Staatsamtes von der Begehung des Abendmahls nach anglikanischem Ritus abhängig machte, auf den Antrag Robert Peels, des Ministers des Innern, aufgehoben. Die Bewegung kam erst recht in Fluß, als der irische Advokat Daniel O'Connell,



welcher mit seiner vollstümlichen Verebtsamkeit die ganze Insel beherrschte, sich an die Spitze stellte, das Land mit einem Netz von katholischen Vereinen bedeckte und, die Frage praktisch auffassend, in Clare, wo ein Parlamentsitz offen war, am 5. Juli 1828 sich in das Unterhaus wählen ließ. Der Freude der Irländer über diesen Sieg entsprach das Aufsehen, das er in England erregte. Wellington sah ein, daß er zwischen einem Bürgerkrieg und Nachgeben zu wählen habe, und als guter Feldherr wählte er das letztere. Am 13. April 1829 wurde die von ihm eingebrachte, von beiden Häusern angenommene Emanzipationsbill vom König trotz allen Sträubens unterzeichnet. Infolge dessen konnten die Katholiken mit Ausnahme weniger hohen Ämter jede Stelle im Staatsdienst erhalten und hatten Zutritt zu den beiden Häusern des Parlaments. Der gewaltige Volkstribun O'Connell, bisher trotz seiner Erwählung vor der Thüre des Unterhauses abgewiesen, konnte nun die Klage des „grünen Erin“ in eigener Person vor die Thren der Unterdrücker bringen, trat mit seinem radikalen Antrage auf Einführung des allgemeinen Stimmrechts und geheimer Abstimmung auf und sprach schon davon, Irland seine eigene Gesetzgebung, sein eigenes Parlament zu verschaffen, es zu England in eine ähnliche Stellung zu bringen, wie sie Sizilien zu Neapel wünschte.

Zunächst aber mußte in England wie in Irland alle Opposition in dem einen Ruf nach Parlamentsreform sich vereinigen. Durch die Katholiken-Emanzipation war mit dem bisherigen System, soweit es das konfessionelle Gebiet betraf, gebrochen. Die zweite Bresche mußte vom sozialen Standpunkt aus eröffnet werden. Weder König noch Ministerium noch das damalige Parlament zeigte sich günstig; aber es konnten Ereignisse eintreten, in Folge deren über Nacht ganz andere Gesichter auf der Bühne auftraten.

## § 5.

### Griechenland, Türkei, Rußland.

Unter allen Auffständen des dritten Jahrzehnts hat der der Griechen die Aufmerksamkeit und die Sympathien Europas am meisten in Anspruch genommen. Die Erinnerungen des Altertums vereinigten sich mit den Heldenthaten der Neuzeit, um den grie-

chischen Befreiungskampf zum populärsten Drama zu machen. Wenn man auch in den Griechen nicht die reinen Abkömmlinge der Helden von Marathon und Salamis sah; wenn man auch zugab, daß slawische Einwanderung und Eroberung große Veränderungen geschaffen hatten, so ist doch das slawische Element in Griechenland so wenig als im nordöstlichen Teil Deutschlands Herr geworden, und das hellenische Gepräge hat sich im neuen Griechenland mit unverkennbaren Merkmalen erhalten, besonders auf den Inseln, wo man noch heute homerische Gebräuche findet. Die glänzenden Vorbilder des Altertums und die politische Aufregung infolge der Napoleonischen Kriege erregten, nachdem frühere Versuche mißlungen waren, aus neuen Gedanken, das türkische Joch abzuwerfen und die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Die Jünglinge, welche ihre Studien in Deutschland und Frankreich gemacht hatten, die kühnen Seefahrer, welche mit ihren reichen Handelsflotten sich als Könige der griechischen Gewässer fühlten, fanden es schlechterdings unerträglich, noch ferner türkische Sklaven zu sein. Es war eine reine Willkürherrschaft, welche die Türken ausübten, von Recht nirgends die Rede; vor dem Belieben eines Paschas war kein Vermögen, kein Leben sicher.

Wie in Deutschland, Italien und Spanien die Vereine der Burschenschaft, der Karbonari und Freimaurer sich bildeten, so in Griechenland zur Zeit des Wiener Kongresses die Hetärie (Genossenschaft), welcher die angesehensten Namen im Inland und Ausland angehörten und der scheinbare Zweck zum Grunde lag, die wissenschaftliche Ausbildung zu fördern. Der Aufstand des mordlustigen Ali Pascha von Janina, welcher sich zum unabhängigen Fürsten von Epirus, vielleicht auch von Griechenland machen wollte und sich gern den neuen Pyrrhus nennen hörte, war für den Ausbruch sehr günstig. Denn die Pforte war genötigt, gegen diesen mächtigen Vasallen in den Jahren 1820 bis 1822 starke Heere zu entsenden, bis es endlich dem Seraskier Churschid Pascha gelang, am 5. Februar 1822 den „Löwen“ von Epirus durch Verrat aus dem Wege zu schaffen.

Während die besten türkischen Truppen vor Janina gebannt lagen, sollten im Frühling 1821 die Flammen des Aufstandes zugleich im Norden und Süden auflodern. An der Spitze der Hetärie stand Fürst Alexander Ypsilanti, aus einer alten Janarioten-

familie, russischer General und Adjutant des Kaisers Alexander. Auf letzteren, welcher den Traditionen seines Hauses folgend, lüftern nach den Ufern des Bosporus sah und „die Schlüssel zu seinem Reiche“ zu erhalten wünschte, war die Hoffnung vieler Griechen als auf ihren Retter gerichtet. Sie bauten dabei zugleich auf ihren Landsmann aus Korfu, den Grafen Kapodistrias, Alexanders Minister und Günstling. Am 6. März 1821 überschritt Ipsilanti mit wenigen Getreuen den Pruth, zog in Jassy, der Hauptstadt der Moldau ein, kündigte die Erhebung Griechenlands und die Hilfe Rußlands an und hoffte, alle christlichen Elemente in den nördlichen Provinzen der Türkei, Rumänien, Serbien und Bulgarien, unter seiner Fahne zu vereinigen. Hierin getäuscht, von dem Landvolk überall mit Kälte aufgenommen, zog er in die Walachei, rückte in Bukarest ein und stand am 19. Juni den Türken gegenüber. Diese waren von allen Seiten in Rumänien einmarschiert. Der Verrat des Walachen Wladimiresko, der in Stücke gehauen wurde, und ein Brief des Kaisers Alexander, welcher von Laibach aus, wo er in Metternichs Dunstkreis sich befand, Ipsilantis Unternehmen tabelte und ihn aus der Armeeliste streichen ließ, stimmten die Hoffnungen noch weiter herab. Bei dem Dorfe Dragatschan kam es zum Kampf. ·Trotz ihrer Minderzahl waren die Türken Sieger, die sogenannte heilige Schar wurde niedergehauen, die anderen zersprengt, und Ipsilanti, der mehr Ehrgeiz und Phantasie, als politische Klugheit und Feldherrnkunst besaß, floh nach Siebenbürgen. Die österreichische Regierung hielt ihn 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahre in Mungacz und Theresienstadt in Haft, ließ ihn erst 1827 auf Rußlands Verwendung frei, und im Jahr darauf starb er in Wien. Einen Teil seiner Truppen führte der heldenmütige Georgios der Olympier in die Moldau, besetzte das Kloster Sella, verteidigte mit 350 Mann gegen 1500 Türken drei Tage lang den einzigen Zugang, der durch eine Schlucht führte, und als er umgangen wurde, sprengte er sich und seine elf Genossen samt dem hereinstürzenden Feind im Glockenturm des Klosters in die Luft. Die Übrigen kapitulierten und wurden trotzdem niedergehauen. Nach dem Sprichwort: „Ein Türke verwüftet in einer Nacht eine Provinz“ läßt sich denken, wie nun die Janitscharenhorden in den Donaufürstentümern hausten.

Auf diese Vorgänge hin und vollends auf die Nachricht von

dem Aufstand in Morea erinnerten sich Sultan Mahmud II. und seine Türken ihres asiatischen Ursprungs. Mehrere Janarioten (Mitglieder einer griechischen Geburts- oder Beamten-Aristokratie im Dienste der Pforte) wurden getödet, auf vorübergehende Christen mutwillig geschossen. Am Ostersfest wurde der alte griechische Patriarch Gregorios beim Austritt aus der Kirche ergriffen und am Thore seines Palastes aufgeknüpft. Drei Erzbischöfe und andere Priester hatten das gleiche Schicksal. Der Sultan selbst weidete sich an dem Anblick der Leiche des Patriarchen und ließ sie durch Juden abnehmen, durch die Straßen schleppen und ins Meer werfen. Dies war das Signal zu Mord und Plünderung in Konstantinopel und anderen Städten, und trotz aller Vorstellungen der Gesandten erneuerten sich die Hinrichtungen von Bischöfen im Monat Mai, was die Beziehungen zu Rußland, das sich als den Beschützer der griechischen Katholiken ansah, so verschlimmerte, daß der russische Gesandte Stroganow seine Pässe nahm. Das, wenn auch nicht sofortige, Einschreiten Rußlands war durch diese Mezeleien fast notwendig, der Abscheu Europas und dessen Teilnahme für die Griechen war natürliche Folge, zwischen diesen und den Türken gab es keine Versöhnung mehr.

Auf Morea war alles schon im besten Zug. Erzbischof Germanos in Patras pflanzte am 4. April 1821 ein Kreuz vor der Kirche auf und ließ die Griechen schwören, für Religion und Vaterland zu kämpfen. Die Mainoten, welche sich der Abstammung von den alten Spartanern rühmten, nahmen unter Petros Mauro-michalis (gewöhnlich Petrobei genannt) und Theodor Kolokotronis die Hauptstadt Messeniens, Kalamata, und setzten eine Art provisorischer Regierung ein. Von da verbreitete sich der Aufstand über ganz Morea, über Mittel-Griechenland bis zu den Thermopylen und über die Inseln des Archipels, unter welchen besonders Hydra und Spezzia, gegenüber von Argolis, und Psara, nördlich von Chios, sich hervorthaten. Diese drei Inseln brachten 176 Schiffe auf, wovon die Witwe Bobolina aus Spezzia, welche ihren Mann in dem Blutbad von Konstantinopel und einen ihrer Söhne bei der Verteidigung von Argos verloren hatte, zwei stellte und als neue Artemisia selbst kommandierte. Die türkische Flotte konnte im ersten Kriegsjahr nirgends gegen die griechische standhalten. Auch in Mittel-Griechenland konnten die Türken nicht vordringen,

wurden im Osten von dem schlaunen Odysseus, im Westen von den tapferen Sulioten unter Marlos Bozzaris zurückgetrieben. In Morea konzentrierte sich fast aller Kampf um Tripolizza, die Residenz des Bezierr, eine Stadt von 30 000 Einwohnern, darunter 10 000 Bewaffneten, während die beuteluftige Schar der belagernden Griechen gegen 7000 Mann betrug, welche dem Namen nach von Petrobei, thatsächlich von Kolokotronis angeführt wurden. Am 5. Oktober wurde die Stadt erstürmt, drei Tage geplündert und niedergebrannt und schreckliche Rache für die Szenen in Konstantinopel, in Smyrna, Kreta und Cypern genommen. Die Türken hatten nur noch 6 feste Plätze in Morea; auch auf Akrokorinth wurde die griechische Fahne aufgepflanzt.

Das Jahr 1822 begann mit der Eröffnung der ersten Nationalversammlung der Griechen in Piada bei Epidaurus. Eine Verfassung wurde beraten, eine Regierung von 5 Männern eingesetzt und Alexander Maurokordatos als Präsident an die Spitze gestellt. Durch seine Kenntnisse der abendländischen Verhältnisse, durch seine europäische Bildung und seine Unbescholtenheit allen seinen Landsleuten überlegen, schien dieser zu der Rolle eines Orenstierna berufen zu sein, wenn nicht Männer wie Kolokotronis jeder Unterordnung, jedem geordneten Staatswesen feind gewesen wären. Dieser athletische Mann, der Typus eines Klephten, haßte die Halbfranken, welche mit Frack und Brille auftraten, und hatte sich schon im vorigen Sommer den Plänen des Demetrius Ipsilanti widersetzt, welcher mit dem Anspruch nach Morea gekommen war, daß schon sein Name ihn zur Übernahme der Präsidentschaft und der Oberfeldherrnstelle berechtige. Schon damals war die Uneinigkeit die gefährlichste Feindin der Griechen.

Die glänzendste That dieses Jahres war die Rache für Chios. Diese blühende Insel, reich an Südfrüchten, Seidenbau und Mastixharz, von 100 000 Griechen und 6000 Türken bewohnt, war gegen ihren Willen und unter geringer Teilnahme der Bevölkerung von Samos aus in den Aufstand hineingezogen worden. Am 11. April erschien der Kapudan Pascha mit 46 Schiffen und 7000 Landungstruppen. Die Hauptstadt wurde niedergebrannt, alle Einwohner getödet oder zu Sklaven gemacht. Nach Verkündigung einer Amnestie fielen die Türken über die sicher gemachten Landbewohner her und mordeten auf unerhörte Weise. Selbst die Kranken in

den Spitalern wurden niedergehauen. Was nicht in die Häuser der Konsuln oder auf Schiffe flüchten konnte, war verloren. Nur 5000 wurden gerettet, 23 000 waren gemordet, über 50 000 auf die Sklavenmärkte von Konstantinopel, Alexandria und Tunis gebracht.

Dieser Schlag bedrohte die Existenz der übrigen Inseln. Schnell sammelte sich die griechische Flotte, 56 Schiffe und 8 Brander, unter dem Hydrioten Miaulis, welcher schon als 7jähriger Knabe mit seinem Vater zu Schiffe gewesen war, bei der Insel Psara. Konstantin Kanaris von Psara und Georg Pipinos aus Hydra bestiegen in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1822, mit 32 Genossen, nachdem sie alle vorher das Abendmahl genommen und für den Notfall Anstalten getroffen hatten, sich selbst in die Luft zu sprengen, zwei Brander und segelten um Mitternacht mitten durch die türkische Flotte gegen die hell erleuchteten Schiffe des Admirals und des Vizeadmirals. Denn eben war der Fastenmonat zu Ende, und der Kapudan Pascha feierte den Anbruch des Weiram durch ein prächtiges Fest. Über 2000 Menschen waren auf seinem Schiffe. Kanaris hing seinen Brander an das Vordertheil des Admiralschiffes, das bald in lichten Flammen stand, Pipinos den seinigen an das Vizeadmiralschiff, war jedoch minder glücklich damit, da der Brander sich wieder losmachte und brennend unter den entsetzten türkischen Schiffen herumfuhr. Unter dem Rufe: „Sieg dem Kreuze!“ rüberten die Griechen in ihren Schaluppen davon und hörten, wie hinter ihnen die Kanonen des Admiralschiffes losgingen und dieses unter einer furchtbaren Explosion in die Luft flog. Der Kapudan Pascha von dem umstürzenden Mastbaum getroffen, wurde ans Ufer gebracht und starb an der nämlichen Stelle, wo er einige Wochen vorher die schuldblosen Geiseln von Chios hatte hinschlachten lassen. Die türkische Flotte eilte nach den Dardanellen zurück. Die Besatzung von Chios stürzte sich Rache schraubend auf die bisher verschonten Mastigbüdörfer, mordete aufs neue und schleppte in die Sklaverei. Im Monat August war die Bevölkerung von 100 000 auf 1800 herabgesunken. Kanaris und seine Helden waren alle glücklich nach Psara entkommen, wurden dort freudig empfangen und gingen in die Kirche, für Sieg und Rettung dankend.

Auch zu Lande hatte die Psorte große Anstrengungen in diesem Jahre gemacht. Nach Vernichtung des Pascha von Janina

Konnte sie alle ihre Kräfte gegen die Griechen wenden. „Sinfirt sei der Ausgang des Kampfes nicht mehr zweifelhaft,“ schrieben die scharfsichtigen Diplomaten in Konstantinopel an ihre Höfe. Die größere Armee sollte durch Osthellas über den Isthmus in Morea eindringen, ein Korps von Albanesen Westhellas unterwerfen. Dramali (Mahmud Pascha von Drama) zog mit 30 000 Mann durch die Thermopylen nach Böotien und Attika, rückte in Morea ein, besetzte Nauplia und Argos, mußte aber aus Mangel an Lebensmitteln nach Korinth sich zurückziehen. Der zum Oberfeldherrn ernannte Kolokotronis verlegte ihm den Paß von Dervenaki und brachte ihm einen Verlust von einigen tausend Mann bei. Nauplia mußte sich wieder an Kolokotronis ergeben, und die türkische Flotte, welche, ohne irgend etwas zu leisten, sich wieder hervorgewagt hatte, verlor auf der Rückfahrt bei Tenedos ihr Vizeadmiralschiff, das der unermüdlche Kanaris mit seinem Brander nebst 1600 Mann in die Luft gesprengt hatte. In Osthellas erlitten zwar die Griechen, verstärkt durch Philhellenen unter dem württembergischen General Normann, durch Gogos' Verrat eine Niederlage bei Beta in der Nähe von Arta; als aber die Türken gegen Mesolongi vordrangen und es am Christfest erstürmen wollten, wurden sie zurückgeschlagen und mußten all ihr Geschütz zurücklassen. Sie trösteten sich mit dem fatalistischen Sage: „Gott habe die Tapferkeit den Moslimen entzogen und den Giaurs gegeben.“ Auch in diesem Jahre zeigte sich das große türkische Reich unfähig, das kleine Griechenland mit eigenen Kräften zu unterwerfen; andererseits dachten die Griechen daran, sich unter den Schutz einer auswärtigen Macht, zunächst Englands zu stellen, und schickten den Grafen Metaxas und den Franzosen Jourdain an den Kongreß von Verona. Sie erwarteten von Kaiser Alexander, dessen Heer und Volk den Krieg gegen die Türken verlangte, wenigstens eine Fürsprache. Dieser aber ließ sich durch Metternich, welcher in Diplomatenmanier die griechische Revolution in die gleiche Linie mit der spanischen und neapolitanischen stellte, so gänzlich verblenden, daß er es guthieß, daß man den griechischen Bevollmächtigten befahl, in Ankona zu bleiben, und ihnen zuletzt den Bescheid gab, „die Herrscher seien entschlossen, das Prinzip der Empörung zurückzustoßen, wie und wo es sich zeige.“ Da, wo Metternich die erste Violine spielte, hatten die Griechen, die in

seinen Augen Rebellen wie andere waren, nichts zu erwarten; anders stand es in England, wo das Federmesser Castlereaghs ebendamals George Canning in das auswärtige Ministerium brachte. Hatte dieser als junger Gefühlspolitiker zarte Elegien auf Griechenlands Knechtschaft gesungen, so konnte er jetzt als gereifter Mann die Rolle eines Tyrtaus übernehmen und wie in Südamerika, so in Griechenland das Gewicht Englands in die Waagschale legen. Es war ein Vorbote hievon, wenn er im März 1823 die von den Griechen verkündigte Seeblockade anerkannte, sie also als kriegsführende Macht behandelte.

Türken und Griechen hatten sich bereits ziemlich erschöpft; von entscheidenden Schlägen konnte erst dann die Rede sein, wann die beiderseitigen Bundesgenossen in die Schlachtlinie einrückten. Dazu kam die Zwietracht der Griechen, welche bereits zwei sich beherrschende Regierungen bildeten, wovon die eine auf die Klephten wie Kolokotronis sich stützte, die andere, die konstitutionelle, bürgerliche, die Flotte für sich hatte. Die letztere, an deren Spitze der Präsident der Regierung in Nauplia, Konturiotis, stand, siegte endlich; Kolokotronis und zwölf widerspenstige Häuptlinge mußten sich ergeben und wurden in ein Kloster zu Hydra gesperrt. Auch in Westhellas mußten sich die ungeberdigen Kapitäne unter den von Maurokordatos geleiteten Provinzialkongress beugen, und der schlaue Odysseus, welcher zum Sultan übergegangen war, gegen das Versprechen, daß er zum Statthalter von Osthellas ernannt werde, mußte sich an Suras ergeben und wurde in Athen erdroffelt. Nie stand die Ordnungspartei stärker da als zu Ende des Jahres 1824. Es galt freilich damals alle Kräfte zusammenzuhalten.

Die beiden Jahre 1823 und 1824 brachten neue Heldenthaten einzelner Griechen. In Westhellas drang Omer Vrione, Pascha von Skutari, gegen Mesolongi vor. Der wackerer Markos Bozzaris überfiel am 20. August 1823 mit 350 Sulioten (Bewohner des südlichen Epirus) nachts die Vorhut des Paschas, die aus 5000 Mann bestand, bei Karpenisi, brachte Tod und Verwirrung in ihre Reihen und zersprengte sie vollständig. Aber diese Heldenthat, welche an Leonidas erinnert, hatte keine Erfolge und kostete Bozzaris das Leben. Auf der Insel Psara wurde im Juli 1824 ein Seitenstück zu den Schlächtereien von Chios geliefert. Die türkische Flotte unter Chosrew Pascha landete dort, die Stadt



wurde erobert und ausgeplündert und nach einem schrecklichen Gemetzel in Brand gesteckt. Gegen 100 Schiffe wurden weggenommen, nur 19 entkamen, mit Flüchtlingen beladen. Die 600 Mann starke Besatzung des Forts verteidigte sich zwei Tage und zwei Nächte. Auf 200 herabgeschmolzen, sprengten sie sich am dritten Tage nebst 2000 anstürmenden Türken in die Luft. Die Insel war verödet, 17 000 Einwohner getödet oder gefangen. Darauf eilte Miaulis mit seinen Schnellseglern nach Psara, überraschte dort 27 türkische Schiffe und schlug sie samt der Besatzung der Stadt in die Flucht. Samos, dem gleichfalls eine Landung zugebracht war, wurde durch Kanaris gerettet.

Um jene Zeit zeigte sich eine regere Teilnahme des Abendlands. Das Blutbad von Konstantinopel und von Chios hatte große Entrüstung hervorgerufen. Man schauderte bei dem Gedanken, ein so heldenmütiges Volk durch asiatische Horden, deren Herrschaft in Europa ein Schandfleck war, in jahrelangem Kampfe bei so ungleichen Kräften hinschlachten zu lassen, während das Abendland wie ein Theaterpublikum zusah und die Monarchen auf das Zeichen ihres Claqueurs Metternich blickten. Auch glaubte man seinen Dank für die von Hellas erhaltene Bildung nicht besser entrichten zu können, als wenn man die späten Epigonen durch Geld- und Truppensendungen in ihren Freiheitskämpfen unterstützte. In ganz Deutschland, der Schweiz, Italien und Frankreich bildeten sich Griechenvereine, Truppen wurden in Marseille eingeschifft, darunter 1822 der schon genannte Graf Normann, welcher im November 1823 in Mesolongi starb. In England kam ein Anlehen von 800 000 Pfund Sterling zustande, wovon im März 1824 40 000 Pfund nach Griechenland geschickt wurden. Der geniale Lord Byron, welcher schon 1809 eine Reise dahin gemacht und sich manche Charaktere für seine Dichtungen dorthier geholt hatte, kam im Januar 1824 in Mesolongi an, um mit Geld, Rat und That beizustehen, starb aber schon am 19. April, sein unruhiges Leben mit einem verfühnenden Akte beschließend. Seine Leiche fand neben den Gräbern des Grafen Normann und Markos Bozaris ihre Stätte.

Doch all diese kleinen Unterstützungen konnten keinen Ausschlag geben. Ganz andere Hebel mußten angesetzt werden, um die gerade damals fast verlorene Sache wieder flott zu machen.

Denn die Pforte hatte sich endlich an ihren mächtigsten Vasallen gewandt, an Mehemed Ali von Ägypten. Dieser schlaue und kraftvolle Throner, ein wahres Gemisch von Barbarentum und europäischem Schliff, hatte sich, den Reichtum des Nilthales gründlich ausbeutend, einen reichen Staatsschatz angelegt, seine Armee nach europäischer Weise organisiert, wobei ihm französische Instruktoren, besonders Oberst Seve (Soliman Bei), behilflich waren, und ließ sich, in Großmachtzplänen sich wiegend, selbst an Konstantinopel denkend, gern nach Kreta und Morea rufen. Der erste Stoß galt Kreta, wo schon 1821 die Türken furchtbar gehaust, die tapferen Sphakioten aber von ihren Bergen aus sie tüchtig geschlagen hatten. Gegen das Ende des Jahres 1823 erschien eine ägyptische Flotte, die Truppen durchzogen mordend und brennend die ganze Insel, in der Tropfsteingrotte des Hermes wurden 500 Weiber und Kinder durch angelegte Feuer erstickt, die sphakiotischen Kapitäne zur Unterwerfung aufgefordert und dann ins Gefängnis geworfen. Nach Kretas Unterwerfung sollte die griechische Marine vernichtet und die drei Inseln geächtigt werden. Mit Naxos war es den Türken unter Chosrew Pascha bereits gelungen. Im Juli 1824 schiffte sich die Hauptmacht Mehemed Alis in Alexandria ein, gegen 17000 Mann auf 54 Kriegs- und 400 Transportschiffen, unter Anführung seines Stiefsohnes Ibrahim Pascha, eines rohen, grausamen Menschen, der sich in einem Feldzug nach Arabien zum Seerführer gebildet hatte. Vor keinem, auch nicht dem äußersten Mittel scheute er zurück: in Morea sollte alles niedergehauen oder nach Ägypten verpflanzt werden, Araber die neue Bevölkerung von Morea bilden.

Die ägyptische und türkische Flotte vereinigten sich an der kleinasiatischen Küste, wurden von Miaulis wiederholt angegriffen, an jeder größeren Unternehmung gehindert und Ibrahim genötigt, mit einem Verlust von 6 größeren und 50 kleineren Schiffen nach Kreta zu segeln und dort zu überwintern. Im Frühjahr 1825 landete er mit 2000 Mann im Westen von Morea, eroberte die Insel Sphacteria und die Festung Navarin, welche ihm einen trefflichen Hafen bot. In dieser Not verkündigte die griechische Regierung eine allgemeine Amnestie, Kolokotronis und seine Genossen wurden freigelassen, ersterer zum Oberfeldherrn ernannt. Bei seiner Rückkehr nach Nauplia sagte er zu dem Volke, er habe

all seinen Groll ins Meer geworfen, sie sollen es ebenso machen. Quer durch Morea ziehend, erzwang sich Ibrahim den Weg nach Tripolizza, nahm die Stadt, rückte gegen Nauplia an, wurde aber durch das Auftreten des Kommodors Hamilton, welcher ein englisches Stationsgeschwader befehligte, am Angriff gehindert. Bei Tripolizza wurde Kolokotronis zurückgeschlagen, und nun wagten die Griechen, mehr an den Guerillakrieg, als an die offene Feldschlacht gegen reguläre Truppen gewöhnt, nicht mehr, im offenen Feld mit Ibrahim zu kämpfen. Dieser machte verwüstende Streifzüge durch ganz Morea und war nicht hinauszutreiben.

Raum hatte er in Navarin 10000 Mann neue Truppen erhalten, so begab er sich mit Heer und Flotte nach Mesolongi, wo er am 7. Januar 1826 ankam. Dort lag schon seit dem vorigen Sommer Reschid Pascha. Die Stadt hatte 3000 Mann Besatzung und war mit Proviant und Kriegsbedürfnissen schlecht versehen. Aber alle Stürme der Türken wurden abgeschlagen, und den Admiralen Miaulis und Sachturis gelang es dreimal, die feindliche Flotte zu durchbrechen und die Belagerten mit Lebensmitteln und Munition zu versehen. Reschid Pascha mußte im Oktober die Belagerung aufgeben, blieb aber in seinen äußersten Verschanzungen sitzen, der Drohung des Sultans eingedenk: „Mesolongi oder deinen Kopf!“ Bei seiner Ankunft vor der Festung spottete Ibrahim über „diesen Jaun“, welchen er in 14 Tagen nehmen werde. Miaulis versorgte die Stadt noch einmal mit Kriegs- und Mundvorräten auf zwei Monate. Die Aufforderung zur Kapitulation wurde abgewiesen und Ibrahims erster Sturm zurückgeschlagen zur Freude Reschids, der behaglich zugehört hatte und nun um seine Mitwirkung angegangen werden mußte. Im April versuchte Miaulis noch einmal mit einer schlecht ausgerüsteten Flotte der Stadt zu Hilfe zu kommen, fand aber alle Zugänge gesperrt und konnte gegen die Übermacht nichts ausrichten. Nach Ibrahims eigenem Geständnis wäre Mesolongi gerettet worden, wenn es noch auf drei Wochen Vorräte gehabt hätte. Denn sein des rauhen Klimas ungewohntes Heer war bereits sehr zusammengeschmolzen.

Was seine Stürme, seine französischen Ingenieure nicht vermochten, sollte der Hunger bewirken. Die Not stieg aufs höchste. Man nährte sich von Seegras; Mäuse und Ratten wurden ge-

geffen, die Stadt war nur noch ein Schutthaufen, und dabei herrschte empfindliche Kälte. Da wurde beschloffen, sich durchzuschlagen. Am 22. April 1826 nachts 2 Uhr brachen die 3000 Bewaffneten auf, etwa 5000 Weiber, Kinder und andere nicht waffenfähige Leute in die Mitte nehmend. Sie gingen über den mit Brettern belegten Graben, fanden aber, da Ibrahim der Plan verraten war, auf allen Seiten Widerstand, und durch den Schreckensruf „Zurück!“ verwirrt, wandten sich die einen wieder nach der Stadt, während die andern dem Jygosberg zueilten und dort statt der verabredeten Hilfe Scharen von Albanesen fanden. Diese hieben Hunderte von Bewaffneten und Unbewaffneten nieder; nur 1300 entkamen nach Salona. Das Loß der Zurückkehrenden war noch schlimmer. Zugleich mit ihnen drangen die Feinde in die Stadt, töteten die Männer und ergriffen Weiber und Kinder, um sie als Sklaven zu verkaufen. Als sie der Plünderung wegen in die Häuser sich zerstreuten, fanden viele von ihnen unter den Trümmern der Gebäude, welche von den Griechen selbst in die Luft gesprengt wurden, den Tod.

Während Ibrahim, der bereits die Hälfte seiner Truppen verloren hatte, nach Morea sich wandte und seine Verheerungszüge fortsetzte, aber von den Mainoten, in deren gebirgiges Land er einzudringen suchte, mehreremal zurückgeschlagen wurde und in Modon überwinterte, stand Reschid Pascha in Athen und belagerte die Akropolis. Trotz der tapferen Verteidigung des Kommandanten Guras und seiner heldenmütigen Gattin, des wackeren Karaislakis, der Engländer Cochrane und Church und des Franzosen Fabvier, die zum Entsatz herbeieilten, mußte die berühmte Burg am 5. Juni 1827 kapitulieren. Mittelgriechenland war verloren. Ibrahim war eben daran, zwei furchtbare Schläge auszuführen, das widerspenstige Messenien mit Feuer und Schwert zu verwüsten und die Maina zu erobern, und zugleich durch die vereinigte türkisch-ägyptische Flotte das Bollwerk der griechischen Seemacht, Hydra, zu vernichten und Nauplia von der Seeseite zu fassen. Flotte und Heere waren bedeutend verstärkt; noch diese wenigen Erfolge, und Griechenland lag, von den Thermopylen bis zum Kap Matapan, in Sklavenfesseln zu den Füßen des Großherrn und seines Paschas.

Sollte aber der Verwirklichung dieser Pläne sich gar kein Hinderniß in den Weg stellen? Allerdings nicht, wenn es nach Metter-

nichts Sinn ging, der vor nichts mehr warnte, als vor „Zwangsmassregeln außer gegen die Rebellen“. Doch gab es noch andere Männer von Gewicht in Europa, welche die gegenteilige Ansicht hatten. Zunächst bewirkte der Fall Mesolongis ein rasches und nachhaltiges Aufflackern des Philhellenismus. Die Griechenvereine entwickelten in Deutschland und der Schweiz eine größere Thätigkeit als je; hier trat König Ludwig von Bayern, dort Bankier Gynard von Genf an die Spitze; viel Geld wurde abgesandt, um die gefangenen Griechen aus der Sklaverei loszukaufen; in Frankreich stellten sich Männer wie Chateaubriand und Laffitte voran, die königliche Familie beteiligte sich, die Legitimisten sahen in Griechenland nicht einen Revolutionsherd, sondern eine christliche Vendée, und die Minister mußten in der Kammer starke Ausdrücke darüber hören, daß sie die Offiziere im Dienste eines Ibrahim ließen. Auch die Griechen selbst, die wieder in ihre alte Zwietracht zurückgefallen waren, lenkten in eine bessere Bahn ein. Auf Betreiben des englischen Admirals Lord Cochrane, der sich in dem Freiheitskampf der südamerikanischen Kolonien Lorbeeren erworben hatte, und des englischen Generals Church beschloß die Nationalversammlung zu Trözen am 11. April 1827, den Korfioten Kapodistrias zum Präsidenten von Griechenland auf 7 Jahre zu ernennen.

Doch die entscheidenden Schritte gingen von England und Rußland aus. Bereits 1825 war der junge Miaulis nach London abgereist und hatte Canning den Wunsch Griechenlands mitgeteilt, sich unter das Protektorat Englands zu stellen. Dieser wagte zwar nicht, diese „englische Schutzakte“ anzunehmen, verwies ihn auf eine Anrufung der gemeinsamen Vermittlung sämtlicher Mächte, hatte aber bald Gelegenheit, weiter in der Sache zu handeln. Am 1. Dezember 1825 starb Kaiser Alexander in Taganrog, und sein Nachfolger Nikolaus hatte nicht im Sinne, seine Ratschläge in Wien zu holen. Zu seiner Beglückwünschung schickte Canning den Herzog von Wellington nach Petersburg, wo am 4. April 1826 ein Protokoll unterzeichnet wurde, worin beide Mächte sich verpflichteten, zwischen den Türken und Griechen den Frieden auf der Grundlage zu vermitteln, daß Griechenland zu der Türkei in ein ähnliches Verhältnis trete wie die Donaufürstentümer. Als aber der englische und russische Gesandte, von dem französischen unterstützt, von der Pforte die Einstellung der Feindseligkeiten verlangten, erwiderte

diese, der Sultan sei so gut Herr in seinem Lande wie jeder andere Monarch und verbitte sich jede Einmischung. Darauf wurde auf der Basis der Petersburger Vorschläge der Londoner Vertrag vom 6. Juli 1827 zwischen England, Rußland und Frankreich geschlossen und beigefügt, daß die drei Mächte alle weiteren Feindseligkeiten verhindern und den Waffenstillstand nötigenfalls erzwingen sollten. Die Pforte beharrte auf ihrer Abweisung. Die Verbündeten schickten ihre Schiffe in die griechischen Gewässer. Die englischen wurden von Sir Edward Codrington, die russischen von Graf Heyden, die französischen von Herrn von Rigny befehligt.

Im Hafen von Navarin lagen 126 türkisch-ägyptische Schiffe, jeden Augenblick zur Abfahrt bereit, um Hydra das Schicksal von Chios zu bereiten. Am 25. September 1827 hatte Codrington und Rigny mit Ibrahim eine Zusammenkunft und verlangten die Einstellung aller Feindseligkeiten. Er gab ihnen sein Wort, daß er ihr Verlangen erfüllen und die Schiffe im Hafen zurückhalten werde, bis er aus Konstantinopel oder Alexandria Antwort auf seinen Bericht habe. Als er aber hörte, daß die Griechen, welche sich den Forderungen der Mächte gefügt hatten, dennoch Feindseligkeiten ausübten; daß der englische Kapitän Hastings, welcher den Griechen den ersten Kriegsdampfer gebracht hatte und in ihre Dienste getreten war, am 30. September bei Salona 7 türkische Schiffe zerstört und 3 österreichische weggenommen und dadurch die Herrschaft im Golf von Korinth und die Verbindung zwischen Morea und Westhellas wieder gewonnen hatte, ließ er in Messenien mehrere Dörfer niederbrennen, 60 000 Feigen- und 25 000 Ölbäume umhauen, den Wohlstand des Landes auf viele Jahre hinaus vernichten und zugleich zwei Abteilungen seiner Flotte nach dem korinthischen Meerbusen auslaufen. Codrington, der vor Zante lag, verwehrte ihnen das Einlaufen in den Meerbusen und trieb sie mit Kanonenschüssen zurück. Darauf vereinigte er sich mit seinen zwei Kollegen, und da sie von der Verheerung Messeniens Nachricht erhielten, so segelten sie südwärts und liefen am 20. Oktober im Hafen von Navarin ein, wo sie die feindliche Flotte in Hufeisenform in Schlachtordnung aufgestellt fanden. Ibrahim hatte sich schon 4 Tage zuvor, wahrscheinlich um den Zumutungen der Admirale auszuweichen, nach Pyrgos begeben. Seine Flotte bestand aus 130 Schiffen, worunter 89 Kriegsschiffe mit 2438 Kanonen, denen

die Verbündeten nur 27 Schiffe mit 1276 Kanonen entgegenzustellen hatten. Cöbrington führte den Oberbefehl über die vereinigte Flotte. Sein Schiff „Asia“ ankerte auf Pistolenschußweite von dem des türkischen Admirals. Befehl war, nicht zu schießen, außer wenn die Türken anfangen. Schon waren von dieser Seite Schüsse gefallen, schon einige Leute auf den englischen Schiffen getötet, und noch immer hielt Cöbrington zurück. Da feuerte die Mannschaft des feindlichen Admiralschiffs auf die „Asia“, und nun ging es los. Rechts und links bohrte der Engländer seine Gegner in den Grund, die anderen machten es auch nicht schlechter, Kaltblütigkeit und Disziplin war auf ihrer Seite, Verwirrung und Kopflosigkeit auf der anderen, alles war in einen Knäuel zusammengeballt, aus welchem über 3000 Kanonen in einem engen von Bergen umgebenen Becken donnerten, daß es weithin widerhallte. Vier Stunden, von 2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends, dauerte der Kampf, in welchem 5—6000 Feinde getötet, fast ihre ganze Flotte zerstört wurde. Nur 29 Kriegsschiffe, welche kaum noch segelfähig waren, blieben ihnen übrig. Der Hafen war mit Trümmern bedeckt, und die ganze Nacht hindurch dauerten die Explosionen der von den Türken in die Luft gesprengten kampfunfähigen Schiffe. Ibrahim kam abends nach Navarin zurück und sah nichts als Zerstörung vor sich. Die Admirale ließen ihm sagen, daß bei der geringsten Feindseligkeit von seiner Seite der Rest seiner Schiffe und die Forts vollends zusammengeschossen würden. Darauf ließ er die weiße Flagge aufziehen und schickte, was von Schiffen noch seetüchtig gemacht werden konnte, nach Alexandria, während auch die Verbündeten sich zurückzogen und ihre Schiffe ausbessern ließen.

In ganz Europa war Jubel über diesen Sieg, nur in der Hofburg zu Wien Entsetzen. Canning hatte diesen Triumph nicht mehr erlebt; sein Nachfolger Wellington ließ den König in seiner Thronrede den Sieg ein „leidiges Ereignis“ nennen; denn „die Zerstörung der türkischen Flotte“ schien hauptsächlich für die Pläne Rußlands günstig zu sein. Die Pforte ließ sich auch jetzt noch in keine Unterhandlungen über die Herstellung des Friedens in Griechenland ein, und zwischen ihr und den Gesandten der drei Mächte wurde der Streit so heftig, daß letztere abreisten, worauf eine Menge fränkischer Bewohner aus der Türkei ausgewiesen wurde. Der russisch-türkische Krieg war im Anmarsch. Um den Tag von Na-

varin bis zur letzten Konsequenz auszubenten, landete, nach einem Beschluß der Londoner Konferenz, der französische General Maison mit 14 000 Mann in Morea, zwang Ibrahim zur Einschiffung nach Aegypten, die Besatzungen zur Kapitulation, so daß im Oktober 1828 wenigstens Morea frei war und den Griechen nichts im Wege stand, zunächst dort eine selbständige Regierung zu gründen.

Der Präsident Kapodistrias befand sich seit dem 18. Januar 1828 auf griechischem Boden, von allen Parteien als Retter empfangen. Er hätte es sein können, wenn er nicht als russischer Minister zu sehr an absolute Herrschaft sich gewöhnt und bei seiner Rückkehr nach Griechenland die dortigen Zustände nicht falsch beurteilt hätte. Seine Präsidentschaft war eine Art Diktatur, der ihm zur Seite gestellte Staatsrat bestand aus Kreaturen von ihm. Die Selbständigkeit der Provinzial- und Gemeindebehörden wurde aufgehoben und eine Präfekten-Wirtschaft eingeführt, bei der keine freie Gemeindevahl möglich war. Um seinen Willen allmächtig zu machen, stellte er, wie Metternich, Spione auf, beschränkte die Pressfreiheit, verletzte das Briefgeheimnis. Schulen wurden zwar eingerichtet, aber dafür gesorgt, daß keine freien Ideen in ihre Räume eindringen. In der Heimat Platos durfte Gorgias nicht einmal gelesen werden, weil er sich zu stark gegen die Tyrannen aussprach. Gegen alles, was in der griechischen Revolution groß und stark geworden war, zeigte er keinen geringeren Haß als der spanische Ferdinand gegen die siegreichen Bekämpfer Napoleons. Gegen die Hydrioten mit ihrem Selbstgefühl, gegen die unabhängigen Mainoten, gegen jene stolzen Häuptlinge, welche acht Jahre lang das Schicksal ihres Landes auf ihrer Degenspitze getragen hatten, verfuhr er als russischer Pascha. Wie war doch sogleich der erste Empfang, die erste Anrede an die Kapitane von Osthellas so bezeichnend: „Ich kenne euch, ihr seid alle Klephten und Lügner!“ Und als General Church ihm die Helden von Mesolongi vorstellen wollte, sagte er: „Es ist nicht nötig, ich kenne diese Herren schon; ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauft und Ziegen und Schafe gestohlen, das sind eure Heldenthaten!“ Eine solche Sprache von einem Manne, der denn doch kein anderes Verdienst hatte, als daß er seither der gehorsame Diener des Kaisers von Rußland gewesen war, der in Petersburg und Genf sich herumtrieb, während seine Landsleute türkische Admiralschiffe in die Luft sprengten, war denn doch gar zu stark.



Am 22. März 1829 wurde von den drei Mächten beschlossen, daß Griechenland eine erbliche Monarchie bilden, im Norden bis zu den Meerbusen von Arta und Volo sich erstrecken, aber der Türkei tributpflichtig sein solle. Diese Bestimmungen wurden am 3. Februar 1830 dahin abgeändert, daß Griechenland ganz unabhängig und tributfrei sein, im Norden seine Grenzen noch ziemlich beschränkt und Prinz Leopold von Sachsen-Koburg zu seinem Fürsten ernannt werden solle. Aber der Prinz, welcher einsah, daß er bei so beengten Grenzen seine Regierung damit anfangen mußte, die übrigen griechischen Provinzen von der Pforte mit den Waffen zurückzufordern, lehnte die dargebotene Krone ab, zumal er damals bei den Gesundheitsumständen des Königs von England die glänzendere Aussicht hatte, für seine minderjährige Nichte Viktoria Regent von England zu werden. Wem war dies lieber als Rapodistrias! Aber seine Tage waren gezählt. Zu denjenigen Familien, gegen welche er eine Art Vernichtungskrieg führte, gehörte die mainotische Familie der Mauromichalis. Das hervorragendste Glied derselben, der alte Petrobei, war von ihm ins Gefängnis geworfen. Sein Bruder Konstantin und sein Sohn Georgios wollten seine Freilassung erbitten, erhielten aber den Befehl, Nauplia nicht zu verlassen und nur in Begleitung von Soldaten auszugehen. Auch die Bitte der 90 jährigen Mutter Petrobeis, welche 42 Mitglieder ihrer Familie für Griechenlands Freiheit hatte fallen sehen, erwirkte nicht des Sohnes Freiheit. Da packte es jene Weiden. Am Morgen des 9. Oktober 1831 begab sich Rapodistrias mit einem Begleiter zur Kirche. Konstantin und Georgios gingen denselben Weg, jener feuerte eine Pistole nach seinem Haupte, dieser stieß ihm einen Dolch in den Leib. Konstantin wurde von Rapodistrias Begleiter mit der Pistole getroffen und von einem Volkshaufen vollends getödet, Georgios am 22. Oktober vor dem Fenster seines Vaters erschossen. Der Senat ernannte sofort den Grafen Augustin Rapodistrias, des Ermordeten Bruder, zum Präsidenten von Griechenland, und dieser brachte es durch seine Regierungskunst so weit, daß Morea und Mittelgriechenland zu einem Bürgerkrieg die Waffen erhoben. Er mußte am 9. April 1832 ab danken. Im folgenden Monat wählte die Londoner Konferenz den Prinzen Otto von Bayern, den Sohn des gekrönten Philhellenen Ludwig, zum König von Griechenland und stellte wieder die Grenzen von

Arta und Volo her. Doch eben bei dieser Grenzbestimmung zeigte die Diplomatie wenig Weisheit. Denn wenn irgend ein Gebiet, so mußte Kreta, das vom Beginn des Aufstands alle Leiden desselben durchgemacht hatte, dem türkischen Joch entzogen und dem jungen Königreich zugeteilt werden. Die Eiferfucht Englands auf den russischen Einfluß in Griechenland, die Besorgnis, daß die russische Seemacht dadurch gar zu festen Fuß im Mittelmeere fassen möchte, führte jenen Beschluß herbei, welchen die Sphakioten von 1866 aufs bitterste verfluchten.

Am 30. Januar 1833 landete König Otto in Nauplia. Da er noch nicht volljährig war, wurde eine Regentschaft von drei Personen, dem Grafen von Armanberg, dem Staatsrat von Maurer und dem General Heydeck, eingesetzt. 3500 Mann bayrische Truppen sollten die Ordnung aufrecht erhalten, bis eine nationale Armee geschaffen war. Die Regentschaft entwickelte eine große Thätigkeit, war aber in sich selbst zerfallen und dadurch noch mehr den sich durchkreuzenden Einflüssen der fremden Gesandten preisgegeben. Verschwörungen zum Sturze der Regentschaft wurden angezettelt, an welcher sich auch der alte Kolokotronis beteiligte. Zu 20jähriger Gefangenschaft verurteilt, wurde er schon nach einem Jahre, bei Ottos Regierungsantritt, freigelassen. Der Regierungssitz wurde am 25. Dezember 1833 von Nauplia nach dem klassischen Athen verlegt, das freilich fast nur noch ein Schutthausen war, bald aber eine Universität erhielt und in kurzem einer der wichtigsten Posten im Orient wurde. König Otto, welcher am 1. Juli 1835 die Regierung selbst übernahm und im folgenden Jahre sich mit der Prinzessin Amalie von Oldenburg vermählte, hatte zuerst Armanberg, dann Herrn von Rudhardt zum ersten Minister. Als dieser infolge seiner Konflikte mit dem englischen Gesandten Lyons, der ihn der Ruffenfreundlichkeit beschuldigte, 1837 entlassen wurde, wurden nur Griechen ins Ministerium aufgenommen, die Eintracht aber dadurch nicht größer. Ein Militäraufstand, an dessen Spitze der zur russischen Partei gehörige Kalergis aus Kreta, ein Gefährte des bereits verstorbenen Kolokotronis, stand, nötigte den König, der sich übrigens gar nicht dagegen sträubte, am 15. September 1843 Griechenland eine Repräsentativverfassung zu geben. Doch auch diese konnte der Unzufriedenheit des Volkes nicht abhelfen. Denn die Griechen, welche von einem byzantinischen Reich, von

Konstantinopel träumten, fühlten sich auf eine unnatürliche Weise eingeschnürt und von jedem Sturm, der am Bosporus tobte, bis in ihre innersten Fasern durchzittert.

Solche Stürme hervorzurufen, war niemand geeigneter als Rußland. Seine natürliche Beschaffenheit und seine Traditionen weisen dasselbe nach der Balkanhalbinsel hin, dessen Besitz ihm einen unvergleichlichen Zuwachs an Macht verleihen würde. Um so eifersüchtiger wacht aber England auf die Pulsschläge des „kranken Mannes“. Kaiser Alexander hatte eine Zeitlang die Phantasie gehabt, im Bund mit Napoleon die orientalische Frage im russischen Interesse zu regeln. Nach dessen Sturz haben wir ihn als Begründer der Heiligen Allianz und als Bekämpfer der Revolutionen in Südeuropa kennen gelernt. Im Innern seines Landes zeigte er die liberale Seite seines Charakters. Er hob in den Ostseeprovinzen die Leibeigenschaft auf und gab dem Königreich Polen, trotz des Widerstandes der Ultrussen, 1818 eine Verfassung und selbständige Verwaltung. Aber den Polen ging es wie den Griechen: ihre Grenzen waren ihnen im Vergleich mit denen in der guten alten Zeit viel zu eng. Es bildeten sich auch hier geheime Gesellschaften, welche die Selbständigkeit des Reiches bis zur Unabhängigkeit von Rußland treiben wollten. Gefährlicher waren die Freimaurerbünde in Rußland selbst, wo viele Offiziere aus den ersten Familien, durch den langen Aufenthalt in Deutschland und Frankreich während der Kriegsjahre und durch ihre Reisen auf freiere Institutionen aufmerksam gemacht, eine Verschwörung bildeten, welche die Ermordung Alexanders und den Sturz des bisherigen Regierungssystems zum Zweck hatte. Ihren Plänen kam die große Unzufriedenheit des Volkes, besonders des Heeres und der Geistlichkeit entgegen, welche es Alexander nicht verzeihen konnten, daß er, von der österreichischen Regierung geleitet, in der Sache der glaubensverwandten Griechen eine antinationale Politik verfolgte. Die Kunde von dieser Verschwörung und das vernichtende Bewußtsein, wie tief er von jener Höhe von 1814 und 1815 herabgefallen sei, machten ihn immer misstrauischer und zurückhaltender. Um sich körperlich und geistig zu erholen, trat er eine Reise nach dem Süden an, starb aber an einer Erkältung und hinzutretendem Gallenfieber am 1. Dezember 1825 in Taganrog am Asowschen Meer.

Von den drei Brüdern des kinderlosen Kaisers hatte der älteste, Konstantin, damals Vizekönig von Polen, 1822 dem Throne bereits entzogen. Dieser fiel daher dem zweiten Bruder, Nikolaus, zu, und am 26. Dezember 1825 sollten die hohen Beamten und das Militär den Eid leisten. Da aber Konstantins Thronensagung bisher geheim gehalten worden war, so benutzten dies jene Verschwörer, um Konstantin als den rechtmäßigen Zaren, Nikolaus als einen Thronräuber hinzustellen. Ihre Pläne gingen auf Ermordung des Kaisers, ja der ganzen kaiserlichen Familie, auf Verkündigung einer Verfassung, und einige träumten von einer Republik Rußland. Die von ihnen gewonnenen Soldaten riefen: „Es lebe Konstantin und die Konstitution!“ und als jene fragten, ob die Konstitution Konstantins Frau sei, ließen die Verschwörer sie auf ihrem Glauben. Auf dem Isaaksplatz versammelten sich die rebellischen Regimenter, empfingen den Kaiser mit wüstem Geschrei, schossen den Gouverneur, Grafen Miloradowitsch, nieder und konnten nicht eher zur Vernunft gebracht werden, bis Nikolaus mit Kartätschen unter sie schießen und seine Kürassiere unter sie einhauen ließ. Der Aufstand, dem es an einem leitenden Haupte fehlte, war damit in Petersburg unterdrückt; im Süden, wo die Verschwörer in Kiew ihren Sitz hatten, gelang es General Diebitsch, seiner Herr zu werden. Mehrere Hinrichtungen und Verbannungen waren die nächsten Folgen dieses tollen Unternehmens.

Nikolaus war fast in allem das gerade Gegenteil seines Bruders. Er hatte nicht das Weiche, Bewegliche, Kosmopolitische, aber auch nicht das Schwankende und Unentschlossene Alexanders, sondern zeigte sich von Anfang an als eine praktische Natur, als ein energischer Charakter. Unumschränkte Herrschaft im Innern, Niederhaltung jedes fremden Willens, Absperrung des Landes gegen europäische Kultur, Vergrößerung und Vervollkommnung der Militärmacht, Losreißung von dem Bevormundungssystem Metternichs und überwiegende Geltendmachung des russischen Einflusses in allen auswärtigen Fragen: so lautete sein Programm. Europa davon eine Probe zu geben, dazu gab ihm der griechische Aufstand eine erwünschte Gelegenheit. Kaum war der Krieg mit Persien durch den General Paslewitsch, welcher die Festung Erivan 1827 nahm, glücklich beendet, so stand der türkische Feldzug schon vor der Thüre. Das ferne Griechenland lag dem Kaiser weit weniger am

Serzen als die nahen Donaufürstentümer, daher er, ohne Griechenland mit einer Silbe zu erwähnen, am 25. September 1826 mit der Pforte den Vertrag von Akerman schloß, wonach die Hospodare der Moldau und Walachei auf sieben Jahre gewählt werden, dann wieder wählbar sein, von den türkischen Behörden nicht mehr abhängen und ohne Zustimmung des Petersburger Kabinetts nicht abgesetzt werden sollten. Damit war der Schwerpunkt dieser Länder nach Petersburg verlegt. Bald aber beklagten sich die Russen über Vertragsbruch; das Londoner Protokoll vom 6. Juli 1827, die Schlacht bei Navarin, die Austreibung der Christen, die Belästigung der russischen Schiffahrt und so manches andere kam hinzu, und so erfolgte am 26. April 1828 die Kriegserklärung.

Rußland wollte nicht länger zögern, weil gerade damals nach Aufhebung der Janitscharen die neue türkische Decreesorganisation noch in der Entwicklung war. Diese türkischen Prätorianer waren nicht mehr, was sie in früheren Jahrhunderten gewesen waren, vielmehr eine feige, unbotmäßige Horde, der es weniger um das Kämpfen als um das Plündern zu thun war. Als der Sultan, neidisch auf die Erfolge der Ägypter in Morea, den Beschluß ankündigte, ein diszipliniertes Fußvolk, mit Zuziehung von ausgewählten Janitscharen, zu errichten, griffen diese am 15. Juni 1827 zu den Waffen, plünderten und mordeten. Der Sultan ließ sie, wie Nikolaus die Verschwörer von Petersburg, durch zuverlässige Truppen mit Kartätschen zusammenschießen, ihre Kasernen in Brand stecken, Hunderte von ihnen hinrichten, weit mehr nach Asien schicken und ordnete die Aufhebung der Janitscharen an, die sich durch Anlegung von Feuersbrünsten rächten. Die zu den Waffen gerufene Bevölkerung ließ er mit Hilfe europäischer Offiziere mit allem Eifer in den Waffen üben. Auch in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung hatte er großartige Reformpläne im Sinne. Das Selbstgefühl der türkischen Großen hob sich, und ein Pascha fragte geradezu den französischen Dragoman Desgranges, wie lange die Revolution in Frankreich gedauert habe, und auf dessen Antwort, „25 bis 30 Jahre,“ sagte er prahlerisch: „Schreibt sogleich nach Paris, daß wir eine in 23 Minuten vollbracht haben!“

Die Russen überschritten am 7. Mai 1828 den Pruth und drangen in der Moldau und Walachei ein. Trotz langer Rüstungen erschienen sie nur mit 70,000 Mann, daher sie die Garben

nachkommen lassen mußten. Oberfeldherr war Graf Wittgenstein, der schon im Jahr 1813 bei Großgörschen sich nicht als militärisches Genie gezeigt hatte. Zum Unglück war Nikolaus selbst beim Heere mit einer Menge von Diplomaten und militärischen Bevollmächtigten. Als ob er den Türken Zeit zur Sammlung geben wollte, ging Wittgenstein erst nach 4 Wochen über die Donau. Die ersten Operationen, welche den kleinen Donaufestungen galten, waren günstig; in 6 Wochen wurden 6 Festungen: Isaktshi, Matschin, Girsowa, Basardschik, Tulbscha, Kustendsche, erobert. Aber mit der Belagerung von Silistria und Schumla wollte es nicht vorwärts gehen. Die Russen erlitten hier namhafte Verluste. Der einzige bedeutende Gewinn dieses Feldzugs war die Einnahme von Barna am 10. Oktober, das, auch von der Seeseite eingeschlossen, durch den Verrat des Kommandanten Jussuf Pascha mit 7000 Mann sich ergab. Hier blieb eine russische Besatzung, die Belagerung von Schumla und Silistria wurde aufgegeben, der größte Teil des Heeres ging über die Donau zurück und bezog dort Winterquartiere. Bedeutender waren die Erfolge in Asien. Paslewitsch, welcher von dem persischen Feldzug her den Titel Graf von Griman führte, drang im türkischen Armenien ein, eroberte die Festungen Karz, Achalkalaki und Achalzik, während seine Generale die Festungen am Schwarzen Meere Anapa und Poti einnahmen. Im folgenden Jahre rückte er nach Besiegung von 2 türkischen Heeren in Erzerum ein.

Je geringer die Erfolge von 1828 waren, desto notwendiger war es für Rußland, trotz aller Gegenpläne Metternichs, im Jahre 1829 einen zweiten Feldzug gegen die Türkei zu unternehmen. Nikolaus blieb diesmal in Petersburg, und der energische Graf Diebitsch, ein Schlesier, bisher Generalstabschef, übernahm den Oberbefehl. Nachdem er am 11. Juni den Großwesir Reschid Pascha bei Kulewtscha geschlagen und Silistria am 29. Juni nach siebenwöchiger Verteidigung sich ergeben hatte, trat er, vor Schumla ein Beobachtungskorps zurücklassend, seinen Marsch über den Balkan an (woher er den Beinamen Sabalkanski erhielt), erreichte nach 9 Tagen die Ebene und zog am 20. August in Adrianopel ein, dessen Besatzung kapituliert hatte. Schon streiften seine Truppen bis Tschorlu und Rodosto und bedrohten Konstantinopel, während Admiral Greigh die kleinen Hafenplätze südlich von Barna nahm.

Die Stunde des türkischen Reichs schien geschlagen zu haben. Die Diplomatie war in atemloser Spannung. Jeden Augenblick erwartete man die Besetzung Konstantinopels. Aber Diebitich, welcher kaum noch 20 000 Mann hatte, während in seinem Rücken 40 000 Albanesen unter Mustafa Pascha, vor ihm bei Konstantinopel 30 000 Türken standen, befand sich in weit größerer Verlegenheit als der Sultan. Um sie zu verbergen, führte er eine Sprache, als ob er an der Spitze von 100 000 Mann stände, und schüchterte dadurch die Pforte ein. Die Eifersucht Englands hatte einen solchen Grad erreicht, daß Admiral Gordon den Befehl erhielt, sobald die Russen vor Konstantinopel ständen, mit der englischen Flotte in das Marmarameer einzulaufen. Um dieses Äußerste abzuwehren, bewogen die Diplomaten, besonders der zur Vermittlung abgesandte preußische General Müffling, die Pforte zum Nachgeben. Die Unterhandlungen begannen, und am 14. September 1829 kam der Friede von Adrianopel zustande. Rußland gab alle Eroberungen in Europa heraus, ebenso Kars, behielt in Asien Anapa, Poti, Achalzik und Achalkalaki, wurde dadurch Herr der Ostküste des Schwarzen Meeres, errang für die Donaufürstentümer eine fast völlige Unabhängigkeit, Lebenslänglichkeit der Hospodare, Handelsfreiheit zu Wasser und zu Land, freie Durchfahrt durch den Bosphorus und die Darbanellenstraße (woraan auch die anderen Nationen teilhaben sollten), und die Zustimmung zu dem Londoner Protokoll in betreff Griechenlands.

Die Türkei war zwar damit noch nicht vernichtet, sie war noch ein selbständiger Staat; aber mit ihrer Machtstellung war es von jetzt an aus. Dagegen stieg Rußlands Macht und Einfluß ungeheuer, was in den zwei folgenden Jahrzehnten nicht bloß die Türkei, sondern besonders auch Deutschland sehr zu fühlen hatte.

## § 6.

### Frankreich und die Restauration der Bourbonen.

Chateaubriand sagt von seinen Landsleuten: „Es gibt in Frankreich wunderbar viel Geist, aber Kopf und gesunder Menschenverstand gebriecht; zwei Phrasen berauschen uns.“ Ein solches Volk ist schwerer zu regieren als ein Volk von denkenden und nüchternen Menschen. Doch war den Bourbonen der Weg, auf welchem sie

ihrem Throne Dauerhaftigkeit verschaffen konnten, klar vorgezeichnet. Die Verfassung, welche Ludwig XVIII. auf das Andringen der fremden Mächte schon bei seiner ersten Rückkehr am 4. Juni 1814 gegeben hatte, die charte constitutionelle, enthielt so viele liberale Bestimmungen, daß die Regierung sie bloß aufrichtig zu halten und sie im Einklang mit den Ideen des Jahrhunderts weiter zu bilden brauchte, um den größten Teil des französischen Volkes, und gerade die Gebildeten, für sich zu haben. Denn letztere gehörten größtenteils zu den Konstitutionellen, die sich wieder in zwei Schattierungen abzweigten: die Unabhängigen oder Independents und die Doktrinärs. Zu jenen waren Männer wie Laffitte, Manuel, Lafayette, Beranger, Benjamin-Constant zu zählen, zu diesen, welche die Doktrin vom konstitutionellen Staatsleben und von der Notwendigkeit einer starken Regierungsgewalt aufstellten, Guizot und Villemain. Zwei andere Parteien, die Republikaner und Bonapartisten, hatten nach den teuren Erfahrungen der letzten Jahre keinen großen Anhang. Es war somit klar, daß die Regierung nur dann in Wahrheit stark war, wenn sie sich auf die konstitutionelle Partei stützte, die Doktrinärs an sich zog, die Unabhängigen nicht von sich stieß, zeitgemäße Zugeständnisse machte. Wer aber meinte, daß man in Frankreich die Jahre von 1789—1815 einfach überspringen und ignorieren könne, der befand sich in einem großen Irrtum, und darin befand sich die vierte Partei, die Ultras, welche hauptsächlich in dem Lager des Adels und des Klerus zu finden war. Wiederherstellung ihrer Privilegien als besonderer, bevorrechteter Stände, Zurückgabe der verkauften Adels- und Kirchengüter, unumschränkte Herrschaft am Hof, im Militär und in allen höheren Stellen des Zivils, Beherrschung des Unterrichts wesens und Zurückführung des Volks zu gedankenloser Bigotterie: so lauteten die Forderungen dieser Herren. Damit vertrug sich die Charte nicht; sie hielt es aber auch für eine Schmach des Königtums, daß eine solche bestand. All die fünfzehn Jahre, welche die Regierung der Restauration dauerte, sah man nichts als Kampf zwischen den Konstitutionellen und den Ultras. Hielt sich die Regierung an jene, so hatte sie im Volk einen starken Halt und brauchte diese nicht zu fürchten; begünstigte sie aber diese, so hatte sie im Volk gar keinen Halt und mußte fürchten, daß jene sie durch eine neue Revolution stürze. Sie hatte die Wahl.



König Ludwig XVIII., welcher zu Lebzeiten seines Bruders, des hingerichteten Ludwigs XVI., den Titel Graf von Provence geführt hatte, besaß einige Gutmütigkeit, aber wenig Verstand und Energie. Die Ultras waren ihm nicht angenehm, weil er so viel merkte, daß sie ihm seinen Thron kosten könnten. Die Konstitutionellen vertrugen sich nicht mit seiner bourbonischen Gedankenarmut, und so suchte er zwischen beiden möglichst gut hindurchzusteuern. Bei seiner Kinderlosigkeit war sein Bruder der Thronerbe. Dies war der 58jährige Karl, Graf von Artois, welcher, ganz der Jagd, dem Theaterspiel und den Galanterien ergeben, Kenntnisse weder selbst hatte, noch an andern liebte, nach einem ausschweifenden Leben den Deckmantel der Kirche suchte und von der Majestät eines irdischen Königs unglaublich hohe Begriffe hatte. Die Konstitution wollte er nur so lange und so weit bestehen lassen, als die eiserne Notwendigkeit es verlangte; im übrigen, meinte er, wolle er lieber Holz sägen, als ein König nach englischem Muster sein. Er war der rechte Mann für die Ultras, die unter seinem Zepter eine förmliche Nebenregierung bildeten, den „Pavillon Marsan“, wie man sie nach ihrem Versammlungsort nannte, oder das nach Paris verpflanzte „Koblenz“. Sein Einfluß war um so größer, da er den Oberbefehl über die Nationalgarde führte und an der Spitze der Kongregation (einer Genossenschaft strenggläubiger Katholiken) stand. Seine Söhne waren der Herzog von Angoulême und der Herzog von Berry, beide geistig unbedeutende Persönlichkeiten, jener mehr durch seine Gemahlin, dieser durch seinen baldigen Tod bekannt. Angoulême war vermählt mit der unglücklichen Tochter der Marie Antoinette, mit Marie Thérèse, welche durch die Revolution Eltern und Geschwister, alles verloren hatte und nun in ihrem weiblichen Herzen Rachegefühle hegte. Graf Artois hatte an seiner Schwiegertochter meist eine entschiedene Genossin. Auch diese Ehe war kinderlos. Lebhafter und gutmütiger als der ältere Bruder war Berry, übrigens voll von bourbonischem Stolz und gegen die napoleonischen Offiziere bis zur Unverschämtheit taktlos. Er war seit 1816 mit der neapolitanischen Prinzessin Marie Karoline vermählt. Auf dieser Ehe ruhte die Hoffnung der Dynastie.

Ludwig hatte bei seiner Rückkehr, um der Volksstimmung entgegenzukommen, Talleyrand und Fouché, diese beiden „großen

Verräter“, in sein erstes Ministerium aufgenommen. Nach wenigen Monaten wurden sie entlassen und am 24. September 1815 der Herzog von Richelieu an die Spitze eines neuen Ministeriums gestellt. Dieser war gut königlich, aber kein Ultra und sah sich einer Kammer gegenüber, die an Servilismus ihn und seine Regierung weit überbot. Infolge des auf ganz Frankreich lastenden Drucks und des schlechten Wahlsystems war am 7. Oktober eine streng aristokratische Kammer zusammengekommen, welche man la chambre introuvable nannte, da Ludwig selbst gesagt hatte, daß ihm unter den gegenwärtigen Umständen eine solche Kammer unfindbar geschiene habe. Von ihr wurden die Sicherheitsgesetze, vielleicht besser Machegesetze genannt, angenommen, welche die Aufhebung der persönlichen Freiheit, die Bestrafung aufrührerischer Ruße und Handlungen und die Einsetzung von Ausnahmegerichten bestimmten. Nun wurden die Verhaftungen so massenhaft vorgenommen, daß man deren bald 7000 zählte. Keiner Beamter war mehr seiner Stelle sicher. Wie in Piemont wütete man gegen alle Erinnerungen an die Revolution und an Bonaparte; ging ja ein Präsekt so weit, daß er ein lebensgroßes Bild Napoleons samt einem lebendigen Adler verbrennen und die Asche des „Menschenfressers Bonaparte“ ins Wasser werfen ließ. Hand in Hand damit ging der Kampf der Geistlichkeit gegen die Ideen des 19. Jahrhunderts, jenes geistliche Verfinsterungssystem, das an die Zeiten Gregors und Innocenz erinnerte. Missionäre wurden im Lande herumgeschickt; durch prunkvolle Aufzüge, bei denen nach bekannten Revolutionsmelodien Missionslieder gesungen wurden, durch sentimentale oder imponierende Prediger suchte man das Volk, besonders die Frauenwelt zu gewinnen. Das Militär wurde durch rücksichtslose Verfolgung und Zurücksetzung der Bonapartisten aufs heftigste gereizt, Oberst Labedoyère und Marschall Ney erschossen, Graf Lavalette nur durch die Aufopferung seiner Gemahlin, einer Nichte der Kaiserin Josephine, vor ähnlichem Schicksal bewahrt, im Jahre 1816 noch zwei weitere Generale erschossen und viele Flüchtlinge zum Tod verurteilt. War es da zu verwundern, wenn kaum ein Jahr nach Ludwigs Rückkehr Verschwörungen ausbrachen, in Grenoble, Lyon und Paris die Revolution wieder ihr Spiel begann? Um so lauter schrien die Ultras nach neuen Opfern und setzten es durch, daß alle Mitglieder der Fa-

milie Bonaparte, die sogenannten Königsmörder, welche als Konventsmitglieder für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hatten, und die Generale und Staatsmänner, welche während der „hundert Tage“ eine Anstellung von Napoleon angenommen hatten (Sienès, Cambacères, Carnot, Soult, Bandamme, Grouchy), verbannt wurden. Als aber die Ultras in der Kammer noch weiter gehen wollten und dabei verrieten, daß es ihnen weniger um die Stärkung des Throns, als um die Privilegien des Adels und des Klerus zu thun sei, löste Ludwig am 5. September 1816 diese Kammer auf.

Der neuen Kammer wurde ein neues Wahlgesetz vorgelegt, das, um den Bestrebungen der Ultras zu begegnen, auch den Industriellen und Kapitalisten, also dem eigentlichen Mittelstand, das Recht des Wählens und der Wählbarkeit verlieh. Das Gesetz ging trotz des Widerstands der Aristokratie durch und hatte zur Folge, daß, da alle Jahre ein Fünftel der Abgeordneten austreten und durch neue Wahlen ergänzt werden mußte, immer mehr Konstitutionelle in die Kammer kamen, im Herbst 1818 bei 55 Ersatzwahlen nicht weniger als 23, und zwar die Häupter der Independents. Richelieu befand sich gerade bei dem Kongreß von Aachen, auf welchem er bei den fremden Monarchen es durchsetzte, daß sie ihre Okkupationstruppen jetzt schon, nicht erst nach zwei Jahren, aus Frankreich zurückzogen. Von Kaiser Alexander, Metternich und Wellington mit guten Ratschlägen versehen, kehrte er nach Paris zurück, entschlossen, sich den Ultras zu nähern und das Wahlgesetz zu verändern. Aber ein Teil seiner Kollegen und die Mehrheit der Kammer sprach sich entschieden dagegen aus, daher Richelieu sein Amt niederlegte. Das neue Ministerium, dessen Präsident General Dessolles, dessen eigentliches Haupt von Anfang an Decazes, Minister des Innern, war, ein wegen seiner lebenswürdigen Manieren bei Ludwig sehr beliebter Mann, trat sein Amt am 28. Dezember 1818 an. Seine Anfänge waren sehr liberal: ein Pairsschub von 65 neuen Mitgliedern verstärkte in der Ersten Kammer die freisinnigeren Elemente, Pressfreiheit wurde gegeben, reaktionäre Präfekten entlassen, mehrere Verbannte, selbst „Königsmörder“ (Regiciden) zurückberufen. Die Ergänzungswahlen von 1819 fielen ganz in diesem Sinne aus: von 55 neu zu Wählenden kamen 35 Unabhängige in die Kammer, darunter der Bischof von Blois, Gregoire, welcher als einstiges Konventsmitglied

die Einrichtung Ludwigs schriftlich gebilligt hatte und die Äußerung gethan haben soll, „die Könige seien in der moralischen Ordnung, was die Ungeheuer in der physischen“. Diese Wahl war Ludwig XVIII. zu stark; er verlangte von Dessolles ein Einlenken in monarchische Bahnen, und da Dessolles und zwei andere Minister widerstrebten, so trat Decazes am 16. November 1819 an die Spitze eines neuen Ministeriums. Gregoire wurde von der Kammer ausgeschlossen, und Decazes kündigte eine Veränderung des Wahlgesetzes an.

Da wurde am 13. Februar 1820 der Herzog von Berry, wie er eben aus dem Opernhause kam und seine Gemahlin an den Wagen geleitete, von einem Sattlersgehilfen, Namens Louvel, einem fanatischen Gegner der bourbonischen Herrschaft, erstochen. Diese That wurde von den Ultras benutzt, um das gemäßigte Ministerium zu stürzen. Sie erklärten Decazes sogar für einen Mitschuldigen Louvels, und Graf von Artois bestand auf seiner Entlassung. Der König mußte nachgeben, und am 20. Februar übernahm Richelieu wieder die Präsidentschaft des Ministeriums. Er legte alsbald der Kammer drei Gesetzentwürfe vor, welche die Wiedereinführung der Zensur bei Journalen, die Beschränkung der persönlichen Freiheit und die Bestimmungen über die Wahlen, die ganz in die Hände der Aristokratie kommen sollten, betrafen, und setzte sie trotz der heftigen Opposition der Konstitutionellen, trotz der blutigen Straßenaufläufe durch. Das Glück schien den Bourbonen zu lächeln. Die Herzogin von Berry gebar am 29. September 1820 einen Sohn, den Herzog von Bordeaux, „das Kind Europa's“, mit welchem nicht weniger Schwindel getrieben wurde, als mit andern derartigen Wunderkindern. Die Fortsetzung der Dynastie und ihre Erhaltung auf dem Throne von Frankreich schien gesichert zu sein. Und doch wollten viele an die Echtheit dieses Thronerben so wenig glauben, als die Engländer 1688 an die Echtheit des Sohnes Jakobs II. Man sprach sogar von dem „Totengeläute der Legitimität“.

Es war die Zeit der italienischen und spanischen Militäraufstände. Ein Rückschlag nach Frankreich konnte nicht ausbleiben. Neue Verschwörungen tauchten auf. Der am 5. Mai 1821 erfolgte Tod Napoleons erregte die Gemüther aufs neue. Die Ultras frohlockten. Sie glaubten, jetzt sei ihre Zeit gekommen. Dank

den neuen Wahlgesetzen verstärkten sie bei jeder Ergänzungswahl ihre Reihen. Richelieu war ihnen nicht mehr gut genug, ein Mißtrauensvotum der Kammer stürzte ihn und brachte die Freunde des Grafen von Artois ans Ruder. Herr von Villèle, ein Royalist vom reinsten Wasser, bildete am 13. Dezember 1821 ein neues Ministerium. Er war durch parlamentarische Gewandtheit, durch Kenntnisse in Finanz- und Handelsangelegenheiten ausgezeichnet, ebenso aber auch durch seine reaktionäre Gesinnung. Doch scheute er sich anfangs, dem Wunsche des Kongresses von Verona nachzugeben und in Spanien mit einem Heere zu intervenieren. Es blieb ihm aber nichts anderes übrig. Die Forderung von 100 Millionen Frank für diese Expedition erregte die lebhafteste Debatte in der Kammer. Die Liberalen fürchteten die Unterdrückung der spanischen Revolution und deren Folgen für Frankreich, die Ultras hofften die erstere und erwarteten dann eine hierarchisch-aristokratische Regierung Frankreichs. Der Deputierte Manuel, welcher beifällig auf die Hinrichtung Ludwigs XVI. anzuspähen schien, wurde von der Mehrheit der Kammer ausgeschlossen und durch Gendarmen aus dem Sitzungssaal geschleppt, worauf 62 Mitglieder der Linken aus der Kammer traten. Die Intervention ging vor sich, der Herzog von Angoulême kam als Sieger zurück, und die Ultras beuteten seine Trophäen in großsprecherischer Weise aus. Die Kammer wurde aufgelöst, und durch schamlose Wahlbeherrschung kam am 23. März 1824 ein würdiges Seitenstück zu der unfindbaren Kammer von 1815 zusammen, die man daher die „wiedergefundene“ nannte. In dieser zählte die liberale Opposition unter 430 Abgeordneten nur noch 17 Mitglieder. Um diese Kammer möglichst lang in solcher Reinheit beisammen zu haben und sieben Jahre lang mit jeder Wahlagitation verschont zu bleiben, ließ Villèle den Artikel der Charte, der die jährliche Erneuerung eines Fünftels der Abgeordneten festsetzte, aufheben und statt dessen bestimmen, daß sämtliche Mitglieder auf sieben Jahre gewählt und dann die ganze Kammer erneuert werden solle. Das neu geschaffene Kultusministerium gab man dem Bischof Frayssinous, welcher das ganze Unterrichtswesen in die Hände der Geistlichkeit brachte und alle freisinnigen Lehrer entfernte. Und wie mußte es noch kommen, wenn Graf von Artois, das Haupt der Ultras, auf dem Throne saß! Bei dem Hinwelken Ludwigs

hatte er bereits thatfächlich die Zügel in der Hand. Am 16. September 1824 starb der König, nachdem er, von bösen Ahnungen erfüllt, in seinen letzten Tagen warnend zu seinem Bruder gesagt hatte: „Vergessen Sie nicht, daß Sie die Krone für Ihren Sohn und Ihren Enkel zu bewahren haben!“

Der Sitte gemäß eröffnete König Karl X. seine Regierung mit Gnadenakten, mit einer Amnestie politischer Verbrecher und Aufhebung der Zensur. Aber die aristokratisch-kirchliche Partei ließ ihn, wenn er je gewollt hätte, nicht aus den Händen. Sie setzte in der Kammer von 1825 drei Gesetze durch: über die Errichtung weiterer Frauenklöster, was ein Vorbote für Wiederherstellung der Klöster überhaupt war, über die Entschädigung der Emigranten, wodurch die Staatsschuld um eine Milliarde wuchs, und über die Bestrafung der Kirchenfrevel, wonach nicht bloß Diebstahl, sondern schon Entweihung der Hostie und heiligen Gefäße mit dem Tode bestraft wurde. Und man „fühlte sich noch glücklich“, äußerte der Justizminister, „einem Gesetz über Gotteslästerung entgangen zu sein“. Die wahre Natur Karls enthüllte sich immer mehr. Er versetzte 167 Generale des Kaiserreichs in Ruhestand, suchte die Lächerlichkeit der alten Hofitel wieder hervor, ließ sich am 29. Mai 1825 in Reims mit mittelalterlichem Prunk krönen, sang im Jubeljahre 1826 bei den großen Prozessionen das Miserere durch die Straßen von Paris, in violetter Prälatengewand seinem Hofe voranziehend, machte den finstern Abbé Tharin, welcher die Jesuiten für die von Gott eingesetzten Stützen der Monarchie erklärt hatte, zum Lehrer des Herzogs von Bordeaux und ließ es geschehen, daß sein Großalmosenier, der Fürst von Croi, in einem Hirtenbrief jede Zivilehe für ein Konkubinat, also für nichtig erklärte und die Versäumnisse der Messe und der Beichte mit Kirchenstrafen belegte. Gegen diese „Kapuziner-Regierung“, welche dem Volksdichter Béranger vielen Stoff zu satirischen Gedichten gab, erhob sich die öffentliche Meinung immer stärker. Denn der Franzose will zwar katholisch sein, aber nicht bigott. Nicht bloß die Presse regte sich gegen die Übergriffe der Geistlichkeit und wurde in allen Prozessen, die Villèle gegen sie einleitete, von den auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtigen Gerichten freigesprochen, sondern auch die Kammer wollte sich nicht mehr zur Dienerin eines solchen Ministeriums hergeben. Die Pairskammer

von 1827 verwarf das neue, alle Bildung und Intelligenz erstickende Preßgesetz, welches Frankreich zu einer Maschine des Jesuitismus machen und in die Zeiten der Inquisition zurückschrauben wollte. Wenige Tage nach dieser Niederlage bekam das Ministerium eine noch deutlichere Sprache zu hören. Bei einer Mustering der Nationalgarde, welche Karl am 27. April 1827 vornahm, erscholl zwar der Ruf: „Es lebe der König!“ aber daneben auch der andere: „Es lebe die Charte! Nieder mit den Ministern! Nieder mit den Jesuiten!“ und bei dem Rückmarsch in die Stadt rief vor dem Finanzministerium eine Legion: „Nieder mit Billaë!“ Dieser antwortete mit Auflösung der Nationalgarde, ließ ihr aber die Waffen, führte die Zensur wieder ein, um sie nach einem halben Jahre wieder aufzuheben, ließ in die ungefüge Pairskammer 76 neue Pairs ernennen und löste die Kammer auf. Aber so unbeliebt hatte sich sein klerikales Regierungssystem gemacht, daß trotz aller seiner Anstrengungen bei den neuen Wahlen unter 428 Abgeordneten nur 125 Ministerielle waren. Mehrere Quartiere in Paris feierten diesen Volkssieg mit Illumination, Barrikaden wurden errichtet, die Truppen mußten die Straßen durch Gewehrfeuer säubern, und es war klar, daß man, wenn Billaë auf seinem Posten blieb, die Revolution jetzt schon in Paris hatte.

Da ließ Karl seinen Minister fallen und berief am 4. Januar 1828 den Vicomte von Martignac als Präsidenten des Ministeriums. Dies war ein gewandter und erfahrener Geschäftsmann, ein achtbarer Charakter, aber ohne höhere politische Einsicht und Überzeugung, ein Mann des Schaukel-systems, das, wie die Ultras spotteten, sein Programm in die wenigen Worte faßte: „Ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution.“ Die Thronrede betonte die Seeschlacht bei Navarin und Frankreichs Mitwirkung zur Befreiung Griechenlands. Zur Versöhnung der Opposition brachte Martignac ein liberales Wahl- und Preßgesetz vor die Kammer und bewirkte durch die Verordnung, wonach die acht Jesuitenschulen in Frankreich unter die Aufsicht der Universität gestellt werden sollten und kein ihr untergeordneter Lehrer einer ungesetzlichen religiösen Gemeinschaft angehören durfte, die Abreise eines großen Teils der Jesuiten. Mit großem Widerwillen genehmigte Karl diese Neuerungen des ihm aufgedrängten Ministeriums und operierte mit seinen Vertrauten selbst gegen das-

selbe. Die vollstimmlichen Kundgebungen, die man ihm auf einer Reise nach Lothringen und dem Elsaß bereitete, bestärkten ihn in der Einbildung, daß das eigentliche Volk nur von ihm etwas wolle, aber nichts von der Charte, daß die Kammer und die Presse allein die Verföhrerinnen der Pariser Bevölkerung seien. Als die Kammer auch mit Martignac sich noch nicht zufrieden zeigte und sich vollends in die Zahl und Besoldung der königlichen Adjutanten mischte, entließ Karl das Ministerium und ernannte am 8. August 1829 ein neues Kabinett, das der ultraroyalistischen Richtung angehörte. An der Spitze desselben stand der Fürst von Polignac, dessen Geistesarmut mit seiner Starrköpfigkeit gleichen Schritt hielt; das Kriegsdepartement leitete Graf Bourmont, der Verräter von Waterloo.

Die Ernennung dieses Ministeriums, welches das königliche Wort: „Keine Zugeständnisse mehr!“ zu seinem Programm machte, erschien den Liberalen als eine offene Kriegserklärung, als die Entfaltung der Fahne der Gegenrevolution. Selbst Royalisten tadelten diesen Mißgriff des Königs und sahen darin den Anfang vom Ende. Die Presse wagte die heftigsten Angriffe und erlebte von den Gerichten manche Freisprechung. Geheime Gesellschaften bildeten sich im ganzen Lande, zum Teil mit republikanischem Bekenntnis, und unterhielten Verbindungen mit den Revolutionären der anderen romanischen Länder. Man sprach schon von Steuerverweigerung und bildete Vereine zur Schadloshaltung derer, die durch ihre Weigerung verurteilt würden. Die Gesellschaft: „Aide-toi et le ciel t'aidera“, schon früher gestiftet, kam in neue Bewegung. Die ausgesprochene Taktik all dieser Oppositionselemente war, „alle Regierung unmöglich zu machen, um die bestehende zu stürzen.“ Der alte Volksfreund Lafayette wurde auf einer Reise nach dem südlichen Frankreich, in Grenoble und Lyon, wie ein Monarch empfangen, erhielt Ehrenkränze und Ehrengelichte, Ständchen und Illuminationen, während der Dauphin, Herzog von Angoulême, welcher zu gleicher Zeit die Normandie bereiste, vom Volke nicht die geringste Ehrenbezeugung, auch nicht einen ermunternden Ruf erhielt und noch hören mußte, daß die meisten Frauen von Cherbourg ihre Teilnahme an dem Festball verweigerten. Und wie deutlich und einschneidend war die Sprache des neuen Oppositionsblatts, „National“, das von den Historikern Thiers und Mignet redigiert wurde! Indem sie von den Stuarts und der



englischen Revolution von 1688 sprachen, wie es dort keine sozialen Stürme, sondern nur einen Dynastienwechsel gegeben habe, wie man dort einen König, der die Rechte des Volkes nicht achtete und seinen Willen höher stellte als Parlament und Verfassung, nicht mehr als Regenten angesehen, ihm den Gehorsam verweigert habe, ihn unverfolgt habe nach Frankreich entfliehen lassen, um sich einem Manne anzuvertrauen, der mehr Bürgschaften für die Heilighaltung der Verfassung gab, dem großen Oranier, Wilhelm III., wem mußte nicht diese Anspielung auf die unverbesserlichen Bourbonen wie eine Prophezeiung klingen? wem mußte nicht auch zugleich der Name des Mannes einfallen, dem man in Frankreich die Rolle des Oraniers zugebacht hatte?

Die Kammern wurden am 2. März 1830 wieder eröffnet. König Karl gab in seiner Thronrede deutlich zu verstehen, daß seine königlichen Rechte über der Charte stehen, daß er den revolutionären Umtrieben mit Kraft zu begegnen wissen werde. Daß ihm am Schluß seiner Rede der Hut aus der Hand fiel, und daß gerade der Herzog von Orleans ihn wieder aufhob, galt für eine schlimme Vorbedeutung. Die Adresse, welche auf die Thronrede von der Kammer beraten wurde, betonte die Heiligkeit der Charte gegenüber den Thronrechten und enthielt ein entschiedenes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium. Sie wurde mit 221 gegen 181 Stimmen angenommen. Der König erklärte der Deputation, welche ihm die Adresse überreichte, daß er ihren Inhalt bedaure, seine Entschlüsse seien unabänderlich. Zu einer Änderung des verhassten Ministeriums war er nicht zu bewegen. „Man werde ihn wie einen Felsen finden“, äußerte er zu seinen Vertrauten, „wenn man ihm seine Minister vorschreiben wolle. Er werde kämpfen, er werde lieber zu Pferd als auf den Karren steigen.“ Sofort wurde die Kammer vertagt und bald darauf, am 16. Mai, aufgelöst, die Wahlkollegien auf Ende Juni und Anfangs Juli einberufen, die Eröffnung der neuen Kammer auf 3. August festgesetzt.

Die Regierung sparte kein Mittel, um die Wahlen zu beherrschen und sich eine Majorität zu verschaffen. Und konnte es ein wirksameres Mittel geben, um die aufgeregten Geister in andere Bahnen zu lenken und die Regierung mit rauschender Popularität zu umgeben, als wenn sie eine militärische Expedition unternahm und vor die für kriegerischen Ruhm so empfängliche Nation mit

neuen Trophäen trat? Der Anlaß lag sehr nahe. Man hatte an dem *Dei* von Algier, welcher im April 1827 dem französischen Konsul bei einem Streit über eine Geldangelegenheit mit dem Fliegenwedel einige Schläge ins Gesicht gegeben hatte, immer noch keine Rache genommen. Nun wurde ihm der Krieg erklärt, eine gewaltige Flotte ausgerüstet und 42 000 Mann eingeschifft. Den Oberbefehl übernahm der Kriegsminister Bourmont, jener so verhasste Mann, welchem das Volk eher eine Niederlage als einen Sieg wünschte. Am 14. Juni landeten die Truppen in der Nähe der Stadt Algier; die Araber, 40—50 000 Mann stark, meist zu Pferd, griffen, bevor die französische Reiterei ausgeschifft war, am 19. Juni an, wurden zurückgeschlagen und mußten ihr Lager samt den Kriegs- und Mundvorräten in den Händen ihrer Feinde lassen. Darauf rückten die Franzosen gegen Algier vor, besetzten die beherrschenden Höhen und beschossen die Stadt am 4. Juli von der Land- und Seeseite aus. Der *Dei* mußte sich ergeben und schiffte sich mit seinen Schätzen nach Neapel ein. Die Franzosen hielten am 5. Juli ihren Einzug in Algier, wo sie 48 Millionen Frank bares Geld und eine Menge wertvoller Waren und Kriegsvorräte fanden.

Aber wenn die Minister glaubten, sie könnten durch diese glänzende That die Nation berauschen, so konnten sie an dem Ausfall der Wahlen sehen, wie sehr sie sich getäuscht hatten. Daß diese Expedition nichts anderes als ein Ableitungskanal für die politische Aufregung sein sollte, lag zu sehr auf der Hand, als daß sie hätte einen Eindruck machen können. Die Aufforderung, welche die Gesellschaft „*Aide-toi*“ erlassen hatte, man solle die 221 Unterzeichner der Adresse wieder wählen, fiel auf einen günstigen Boden. Unter den Neugewählten zählte das Ministerium nur 145 Anhänger, die Opposition 272, darunter 202 von jenen 221. Zum zweitenmale hatte das Land sich hören lassen. Wurde es aber auch gehört? Der König stützte sich auf Artikel 14 der Charte, welcher ihn ermächtigte, „die zum Vollzug der Gesetze und zur Sicherheit des Staates nötigen Verfügungen und Verordnungen zu erlassen.“ Wenn er dies so verstand, als ob er dadurch zu verfassungswidrigen Verordnungen berechtigt sei, so war er in einem ähnlichen Falle wie 1688 Jakob II. von England, welcher für sich das Recht in Anspruch nahm, sich und jedermann von jedem

Gesetz zu dispensieren, worauf man ihm entgegnete, daß man nicht einsehe, wozu man dann noch ein Parlament, wozu man noch eine Gesetzgebung brauche.

Karl war zu einem großen Schlag entschlossen. Fünf Ordonnanzen“ sollten mit einemmal wie mit einem Feldherrnwort Ruhe schaffen: die noch nicht einmal zusammengetretene Kammer wurde aufgelöst und neue Wahlen auf den September ausgeschrieben; das bisherige Wahlsystem wurde aufgehoben, die Wahlen zu einem Privilegium der reichsten Grundbesitzer gemacht und die Zahl der Abgeordneten von 430 auf 262 herabgesetzt; alle Zeitungen und Bücher unter 20 Bogen bedurften zu ihrem Erscheinen eine königliche Erlaubnis, die bei irgend einem Anlaß wieder entzogen werden konnte.

Dies waren Verfassungsänderungen, welche nur von der Kammer im Einklang mit dem König vorgenommen werden konnten, somit als königliche Ordonnanzen gesetzwidrig und ungültig. Vorsicht war jedenfalls gut. Im Ministerrat wurde Polignac, welcher in Bourmonts Abwesenheit auch das Kriegsministerium verwaltete, gefragt, was für militärische Vorkehrungen getroffen seien. Er könne in wenigen Stunden 18 000 Mann in Paris versammeln, war seine Antwort. In Wahrheit aber konnte er bloß über 11 000 Mann verfügen, und diese hatten, da sie schon 1½ Monate in Paris lagen, mit der Bevölkerung bereits ziemlich fraternisiert. Zum Befehlshaber dieser Macht wurde Marschall Marmont ernannt, welcher dem Hof grollte, daß ihm nicht die Expedition nach Algier übertragen worden, welchem das Volk grollte, weil er 1814 zu den Bourbonen übergegangen war. Niemand war in das Geheimnis der Ordonnanzen eingeweiht als der König, der Dauphin, die Minister und der päpstliche Nuntius Lambruschini, welcher letzterer den König zu extremen Schritten drängte, in der Hoffnung, dadurch in Frankreich das klerikale System fest zu begründen und von dort aus dasselbe in Spanien und in Portugal zu unterstützen. Selbst Marmont kannte das Geheimnis nicht, so daß er gar keine Dispositionen treffen konnte, ebensowenig der Polizeipräfekt, der übrigens „mit seinem Kopf dafür einstand, daß, was auch geschehe, Paris sich nicht regen werde.“

Am 25. Juli wurden die Ordonnanzen in St. Cloud unterzeichnet. Noch einmal versicherte der vertrauensselige Polignac,

daß ein Widerstand des Volkes unmöglich, daß die stärksten Vorsichtsmaßregeln getroffen seien. Der König war in nachdenklicher Stimmung und sagte beim Abschied zu seinen Ministern: „Es sind ernste Maßregeln; Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; von jetzt an ist es zwischen uns auf Leben und Tod.“ Nachts 11 Uhr wurde der Redakteur des *Moniteur* ins Justizministerium beschieden und ihm die Ordonnanz zum Druck übergeben. „Nun?“ fragte der Unterrichtsminister Montbel den hastig lesenden Redakteur, „Was sagen Sie dazu?“ „Gott erhalte den König und Frankreich!“ erwiderte dieser. „Ich habe alle Kampfstage der Revolution gesehen und gehe fort mit einem tiefen Schrecken vor neuen Erschütterungen.“ Er eilte in die Druckerei, um am Morgen des 26. Juli das wichtige Aktenstück in den Spalten des *Moniteur* den Parisern zum Frühstück mitzuteilen. Wenn diese sich ebenso darüber entfetzten, wie Herr Sauvo, der Redakteur, so fragte es sich sehr, ob Fürst Polignac mit seinem Marmont und seinen 11 000 Mann eine Stadt wie Paris im Zaume halten konnte. Der Kubikon war überschritten. Aber nicht jeder der ihn überschreitet, ist ein Cäsar.

## Zweiter Zeitraum.

1830—1848.

### Die Julirevolution und ihre Folgen für Europa.

#### § 7.

#### Frankreich und die „große Woche“.

Die konstitutionelle Partei setzte ihre Hoffnung auf Louis Philipp, Herzog von Orleans. Dieser Prinz, 1773 geboren, war der Sohn jenes berühmten Egalité, welcher in der Revolution sein fleckenvolles Leben unter der Guillotine geendet hat; seine Ahnfrau war die edle Pfälzerin Elisabeth Charlotte, welche das Unglück hatte, die Gattin jenes unmännlichen Philipp von Orleans, des Bruders Ludwigs XIV., zu sein. Er war Bourbon wie König Karl; aber von diesem orleanistischen Nebenweig der König-

lichen Familie machten mehrere seiner Glieder dem regierenden Hause Opposition und wurden deswegen wie gar nicht zu demselben gehörig angesehen. Von Jugend auf zeigte er viel bürgerlichen Sinn, natürlichen Verstand und bedeutendes Gedächtnis. Mit jugendlicher Begeisterung warf er sich in die Bewegung von 1789, wohnte der Zerstörung der Bastille bei und trat in den Jakobinerklub ein. In der Schlacht bei Jemappes diente er mit Auszeichnung als republikanischer Offizier, verließ aber nach der Hinrichtung des Königs mit General Dumouriez das Heer, begab sich in das österreichische Lager und von da in die Schweiz, wo er im Oktober 1793 in Reichenau bei Chur unter dem Namen Chabaud Latour eine Stelle als Lehrer in einem Pensionat bekleidete, während seine Schwester Adèle im Kloster Bremgarten ein Asyl fand. Nach einjährigem Aufenthalt reiste er, von Dumouriez zum Prätendenten aufgestachelt, von Reichenau ab, durchwanderte Skandinavien, lebte drei Jahre in Amerika, kehrte nach England zurück und wollte sich hier mit der älteren Bourbonenlinie versöhnen, wurde aber stets mit Mißtrauen angesehen. Seine Bemühungen, auf irgend einem Kriegsschauplatz, wie in Spanien, gegen Napoleon zu kämpfen, waren zu seinem Glück vergeblich: denn es wurde während der Julirevolution von seinen Freunden immer nachdrücklich hervorgehoben, daß er nie gegen Frankreich die Waffen getragen habe. Im Jahre 1809 vermählte er sich mit der neapolitanischen Prinzessin Marie Amalie. Bei seiner Rückkehr nach Frankreich bewunderte man seinen Scharfsinn und seine Kenntnisse, denen gegenüber die Unfähigkeit der Bourbonen um so auffallender hervortrat. Er lebt mit seiner Familie sehr zurückgezogen, führte ein musterhaftes Privatleben voll Einfachheit und guter Zucht, schickte, was ihn sehr populär machte, seine Söhne gemeinschaftlich mit den Knaben bürgerlicher Abkunft in das Collège de France, hielt viel auf geordnete Finanzen und verstand sich darauf, sein Vermögen zu vergrößern. Doch machte der Herzog von seinem Vermögen einen gu'en Gebrauch, unterstützte durch seine Aufträge Künstler und Handwerker und half vielen Unglücklichen.

Solche Tugenden, wozu noch seine natürliche Beredsamkeit, sein freier, offener Ton im Umgang mit Leuten jeden Schlags hinzukamen, mußten ihn zu einem Mann des Volkes, besonders der gebildeten Klassen, der Bourgeoisie machen. Durch seine Natur und

seine Laufbahn war er zum Bürgerkönigtum wie geschaffen, und er war auch schon längst, schon 1814 entschlossen, die Krone anzunehmen, falls sie ihm angetragen würde; nur wollte er sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß er es sei, der seine Verwandten vom Throne gestossen habe. Nicht den besetzten, nur den erledigten Thron von Frankreich einzunehmen, hielt er sich für berechtigt. Von den royalistischen Kreisen heftig gehaßt, war er um so beliebter bei der Opposition; im Palais Royal und in seinem Lustschloß Neuilly sah man die Unzufriedenen ab- und zugehen, besonders den Advokat Dupin und den Bankier Laffitte, welche zu seinen vertrautesten Anhängern gehörten.

Kein Wunder, daß er mit dem Bourbonenhof, der in ihm seinen Seelenwärter sah, schlecht genug stand. Ludwig XVIII. und die Herzogin von Angoulême verhehlten ihm ihre Abneigung nicht. Verweigerte ihm doch jener sogar den Titel „Königliche Hoheit“. Und wie sehr verriet Ludwig seine innersten Gedanken, als ihn die Herzogin von Berry bat, ihr ein Kabriolett zu geben, wie es der Herzog von Orleans habe! Er widerriet ihr ein so leichtes, gefährliches Fuhrwerk, und auf die Einwendung der Berry, daß es ja auch für den Herzog gefährlich sei, erwiderte er, ob dieser den Hals breche, sei ihm ziemlich gleichgültig. Nach der Ermordung des Herzogs von Berry wurde, da nach dem Dauphin der Herzog von Orleans der nächste Thronerbe war, das Verhältnis noch schlechter. Und als bald darauf der Herzog von Bordeaux zur Welt kam und in englischen Blättern eine, freilich unechte, Protestation des Herzogs von Orleans gegen die Legitimität dieses Kindes, das ihm seine Hoffnung auf den Thron wie vom Munde weggenommen hatte, zu lesen war, kam es beinahe zu einem neuen Exil. Selbst König Karl, der sein Mißtrauen mehr zu verbergen mußte, mußte sich Gewalt anthun, um mit einiger Unbefangenheit seine Gäste, das neapolitanische Königspaar, zu einem Ball bei dem Herzog von Orleans zu begleiten. Es war 1830 in jener politischen Gärung, kurz vor den verhängnisvollen Wahlen. Herr von Salvandy machte sich an den Herzog und flüsterte ihm zu: „Es ist ein wahrhaft neapolitanisches Fest, man tanzt auf einem Vulkan.“ Dieser ging auf dieses Thema ein und erwiderte, „auch ihm komme es so vor; die Schuld liege nicht an ihm; er habe dem König vergebens die Augen zu öffnen gesucht; er wisse nicht, wo sie in sechs Monaten

sein werden; wo er sein werde, das wisse er; er werde sein Schicksal von dem des Landes nicht trennen; dies sei sein unabänderlicher Entschluß.“ Nicht sechs Monate, sondern kaum ein paar Wochen darauf kam der Herzog in die Lage, sich etwas deutlicher über seinen Entschluß äußern zu müssen.

Am Montag den 26. Juli waren die Ordonnanzen im *Moniteur* zu lesen. Die Gebildeten wurden mit Staunen und Unwillen erfüllt, die Masse hatte noch nicht das rechte Verständniß hiefür. Es bildeten sich da und dort Versammlungen von Wählern und von Journalisten. Man sprach von Protesten, die Eifrigsten verlangten Thaten. In dem Bureau des von Thiers redigierten „National“ ging es sehr lebhaft zu. Während einige größere Blätter sich dem Gebot fügten und die Erlaubniß für ihr weiteres Erscheinen einholten, lehnten sich die Oppositionsblätter nicht an die Verordnung. Die Journalisten versammelten sich bei Thiers und entwarfen einen Protest, der 43 Unterschriften erhielt und noch am Abend gedruckt wurde. Im Garten des Palais Royal wurden die Ordonnanzen von jungen Leuten laut vorgelesen. Die Drucker zogen abends in geschlossenen Reihen durch die Straßen und riefen: „Nieder mit den Ministern!“ Polignac fuhr gerade nach seinem Palais. Er wurde mit Steinwürfen empfangen und seine Bureau-fenster eingeworfen. Der König kam spät abends von der Jagd zurück. Marmont teilte ihm mit, daß auf den heutigen *Moniteur* hin die Papiere fallen. „Sie werden wieder steigen“, antwortete der König.

Die Lage wurde am folgenden Tage weit ernster. Der Polizeipräfekt ließ die Pressen des „National“ und des „Temps“, welche beide den Protest gedruckt hatten, zerstören oder zerlegen. Sie wurden mit leichter Mühe wieder hergestellt. Der Protest wurde in allen Läden und Cafés mit Begierde gelesen. Auf den Straßen sah man bereits ein sehr verdächtiges Wogen. Die entlassenen Druckereigehilfen, viele Fabrikarbeiter, Studenten und Handelsgelhilfen zogen in Menge nach dem Palais Royal, warfen mit Steinen nach den Gendarmen, errichteten Barrikaden, Marmont ließ abends Truppen gegen sie anrücken, mehrere Personen wurden verwundet oder getödet, die Wut des Volkes dadurch noch mehr gereizt. Alle Straßenlaternen wurden zertrümmert, die Verbindung zwischen den Kasernen und Militärposten dadurch gestört, und statt Artillerie

aus Vincennes und was von Truppen sonst noch aufzutreiben war, kommen zu lassen, that der verdrossene Marmont für den andern Tag nichts, obgleich alle Anzeichen auf einen Schlachttag hinwiesen. Das Volk hatte bereits die Waffenläden ausgeraubt, und wie wenig geneigt die Truppen waren, auf dasselbe zu schießen, hatte der Marschall bereits bemerken können. Nur die Garde und die Schweizer waren zuverlässig.

Am Mittwoch den 28. Juli war es schon in aller Frühe lebendig auf den Straßen. Überall sah man Bewaffnete, sogar Nationalgardisten in Uniform, das Pflaster wurde aufgerissen, Barrikaden errichtet, die Häuser mit Wurfmaterial angefüllt, in den Militärmagazinen Waffen genommen, Pulver und Blei in den Kaufläden geholt, die königlichen Lilien und Wappen weggerissen, die Schilder der Hoflieferanten eingezogen und „Nieder mit den Bourbonen!“ war der Ruf des Tages, nicht mehr: „Nieder mit den Ministern!“ Das Stadthaus wurde in einem raschen Anlauf genommen, und von dort und von dem Turme von Notre-Dame wehte das Abzeichen der Revolution, die Trikolore. Jetzt erst wurde der Befehl nach Paris gebracht, die Stadt in Belagerungszustand zu erklären. Aber mit welchen Mitteln sollte dieser Befehl ausgeführt werden? Der Polizeipräfekt und seine Beamten verkrochen sich oder entflohen, und Marmont sollte mit seinen wenigen, meist entmutigten Truppen einen Kampf gegen die große Stadt beginnen, in welcher alles, was Arme und Fäuste hatte, selbst Frauen und Knaben, zum verzweifeltsten Widerstand entschlossen war. Es war mehr als ein bloßer „Nachttopfrieg“, wie die Soldaten sich ausdrückten. Marmont hielt seine Soldaten in der Nähe der Tuileries zusammen und entsandte vier Abteilungen derselben nach den wichtigsten Straßen und Plätzen. Überall fanden sie Barrikaden, die, wenn sie eben genommen waren, hinter ihnen sich wieder schlossen, und auf den Dächern, an allen Fenstern lauerten auf sie die Aufständischen. Zwar gelang es dem General Lalou, nach hartnäckigem Kampfe, nach einem Hagel von Kartätschen, das Stadthaus zu erobern; aber hier war er selbst ein Belagerter und mußte froh sein, wenn er nachts mit heiler Haut zu den Tuileries zurückkam. Die übrigen Abteilungen richteten nichts aus, und da für Lebensmittel gar nicht gesorgt war, und die Truppen in der glühenden Julihitze den ganzen Tag ohne Erfrischungen gelassen waren, so befanden sie sich in der



klüglichen Stimmung. Die Barrikadenkämpfer dagegen, zum Teil von Polytechnikern angeführt, wurden von allen Seiten mit Lebensmitteln versehen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als sämtliche Truppen abends aus der Stadt wieder zurückzuziehen und die alte Stellung einzunehmen. Sie hatten zwar nicht mehr als 400 Kampfunfähige, aber ihr Mut und ihre Kampflust war vollständig dahin. Selbst Offiziere der Garde weigerten sich, länger gegen das Volk zu kämpfen, und nahmen ihre Entlassung. Marmont gab bereits alles verloren. Er wollte aus Paris kein zweites Saragossa machen. Somit blieb ihm nur die Rolle des Besiegten übrig.

Nachmittags hatten sich mehrere Abgeordnete bei Périer versammelt. Auch Lafayette und Caffitte waren anwesend. Man beschloß fünf Mitglieder zu Marmont zu senden und ihn zur Einstellung des Kampfes aufzufordern. Sein Freund Arago war kurz vorher bei ihm gewesen und hatte ihm zugesprochen, den Oberbefehl geradezu niederzulegen. Aber Marmont konnte dies mit seiner militärischen Ehre nicht vereinigen: „In diesem Augenblick seine Entlassung zu geben, sei Verrat.“ Auch dem Verlangen der fünf Abgeordneten konnte er nur dann entsprechen, wenn auch das Volk die Feindseligkeiten einstellte. Im übrigen erklärte er sich mit ihren Beschwerden gegen die Regierung einverstanden und schickte einen Adjutanten nach St. Cloud mit einem Schreiben, worin er dem Könige riet, dem Wunsche des Volkes gemäß die Ordnonanzen zurückzunehmen und das Ministerium zu entlassen. Aber Karl sah in der Bewegung nicht eine Revolution, sondern ein von dem Herzog von Orleans angezettetes Komplott, mit welchem Marmont bald werde fertig werden. Und doch mehrten sich für diesen die Schwierigkeiten ins Ungeheure. Gleich nach Zurückziehung der Truppen wurden nachts in allen Straßen von 20 zu 20 Schritten Barrikaden errichtet und so die Stadt zu einer für Reiterei und Artillerie undurchdringlichen Festung gemacht.

Marmont hatte am Donnerstag den 29. Juli kaum noch 7000 Mann beisammen. Er versuchte Unterhandlungen und erließ eine Proklamation, worin er die Feindseligkeiten einzustellen versprach, wenn das Volk ebendasselbe thue. Aber es war niemand da, um sie zu drucken, niemand um sie zu verbreiten. Da kam die Nachricht, daß zwei Regimenter zum Volk übergegangen seien. Nach erfolgte nun die Entscheidung. Der Louvre wurde erstürmt, in die

Tuileries eingebrochen und dort manches Kostbare geplündert und zertrümmert, die Szenen von 1792 wiederholt, der erzbischöfliche Palast von einer wilden Menge von Männern und Frauen, die auf Jesuiten Jagd machten, durchstreift, Bücher und Messgewänder zum Fenster hinausgeworfen, alles bis auf die Grundmauern verwüstet. In der Wut des Kampfes wurden manche vereinzelte Posten unbarmherzig niedergemetzelt. Gegen Abend hörte aller Kampf auf. Das Volk war auf allen Punkten Sieger. Marmont mußte den Befehl zum Rückzug nach St. Cloud erteilen. Auf beiden Seiten zusammen zählte man 951 Tote und 5078 Verwundete.

Nun war es für die Abgeordneten, welche bei La Fayette versammelt waren, Zeit, der bisher negativen Bewegung eine positive Richtung zu geben und den tosenden Strom wieder in sein Bett zurückzuleiten. Als provisorische Regierung wurde ein „städtischer Ausschuß“ gewählt, der aus La Fayette, Périer, Robau, Audry de Puyraveau, Mauguin und Odilon Barrot bestand; Lafayette, der alte Republikaner, wurde wieder Befehlshaber der Nationalgarde; beide Gewalten schlugen ihren Sitz im Stadthaus auf und erledigten die dringendsten Geschäfte.

Jetzt erst, als Marmont mit seinen Adjutanten voll Schweiß und Staub in St. Cloud ankam und das ganze Gemälde des heutigen Paris enthüllte, entschloß sich der König, die Ordnonnanz zurückzunehmen, das Ministerium zu entlassen, die verhaßte Oppositionskammer auf den 3. August einzuberufen, die Nationalgarde wiederherzustellen und ein neues Ministerium unter dem Herzog von Mortemart zu ernennen. Mit dieser Nachricht, welche am 27. Juli die Dynastie noch hätte retten können, eilten drei Unterhändler rasch nach Paris, wurden aber dort von den Abgeordneten und dem Ausschuß unter dem Vorwand, daß sie keine schriftliche Vollmacht hätten, abgewiesen. Von dem Volkshaufen aber bekamen sie den Ruf zu hören: „Zu spät! Keine Bourbonen mehr!“ Die nämliche Antwort erhielt auch der Herzog von Mortemart, als er am folgenden Morgen nach Paris kam und für sein neues Ministerium werben wollte.

Zunächst mußte die Frage über eine definitive Regierung zur Entscheidung gebracht werden. Sie hieß ganz einfach: Republik oder Monarchie? Die Männer, welche den Sieg erfochten; die Menge der Arbeiter, die Studenten, die übrige Jugend, die

alten Verschwörer wollten nichts mehr von einem Königtum wissen, sprachen von der Souveränität des Volkes, das selbst seine Regierung zu bestimmen habe, und die „Gesellschaft der Volksfreunde“, aus lauter entschiedenen Republikanern bestehend, erließ in diesem Sinne eine Proklamation. Um so rascher mußten diejenigen handeln, welche die Monarchie unter einem anderen Haupte erhalten wissen wollten. Dazu gehörte der größere Teil der Abgeordneten, der mittlere Bürgerstand, die Nationalgarde, welche alle zu dem Sieg wenig oder nichts beigetragen hatten, aber die Republik nicht ohne ihre Schrecken sich denken konnten. Ein einziger Mann hatte damals die Entscheidung in seiner Hand. Wenn Lafayette, welcher ein unbegrenztes Vertrauen genoß, das Wort „Republik“ aussprach, so wurde sie von Tausenden ausgerufen und bildete eine unumstößliche Thatsache. Er sprach es am Freitag den 30. Juli nicht aus, und Laffitte und seine Freunde boten alles auf, ihn für den Mann ihrer Partei zu gewinnen.

Schon am 28. Juli hatte Laffitte, welcher als Oppositionsmitglied, als Mann von Charakter und als reicher Bankier einen Namen von gutem Klang hatte, auf den Herzog von Orleans angespielt. Am 29. hatte er zu ihm nach Neuilly geschickt und ihm sagen lassen, er solle schleunigst nach Paris kommen, sonst werde morgen die Republik oder der Herzog von Reichstadt ausgerufen; er habe also zu wählen zwischen einer Krone und einem Paß. Doch der Herzog war sehr auf seiner Hut; er wollte erst den vollständigen Sieg abwarten, um ja nichts von St. Cloud fürchten zu müssen. Er zog sich daher, um von seinen Freunden nicht fortgerissen zu werden, in ein benachbartes Haus zurück. Am Freitag kam Thiers, welcher bereits in einer Proklamation für ihn thätig gewesen war, nach Neuilly, traf ihn dort nicht, fand die Herzogin sehr zurückhaltend, dagegen des Königs Schwester Adèle entschlossen, ihren Bruder zur Einwilligung zu bewegen. Nach seiner Rückkehr nach Paris wohnte Thiers einer Versammlung von 50 Abgeordneten im Palais Bourbon bei, welche unter Laffittes Vorsitz vorerst beschloßen, den Herzog von Orleans zum Generalleutnant des Königreichs zu ernennen und ihn einzuladen, nach Paris zu kommen. Zwölf Mitglieder gingen in das Palais Royal und schickten, da sie ihn dort nicht trafen, ein Schreiben nach Neuilly.

Jetzt erst und nachdem ihm auch Fürst Talleyrand zur An-

nahme geraten hatte, verließ er sein Versteck und kam, ein dreifarbiges Band um seinen Hut, um Mitternacht im Palais Royal an. Er ließ den Herzog von Montemart zu sich rufen und sagte ihm: „Melten Sie dem König, daß man mich mit Gewalt hieher geführt hat, aber daß ich mich lieber werde in Stücke hauen lassen als die Krone auf mein Haupt setzen.“ Bald darauf kam aber die Deputation der 12 Abgeordneten und erklärte ihm, er scheine die Wahrheit nicht zu kennen; von König Karl könne keine Rede mehr sein. Darauf gab er ihnen eine Proklamation mit, welche mit den Worten schloß: „Die Charte wird fortan eine Wahrheit sein.“ Freudig nahmen die Abgeordneten diese auf und gingen auf die Nachricht, daß Louis Philipp persönlich in das Stadthaus sich verfügen wolle, ins Palais Royal. Laffitte las ihm eine Erklärung vor, worin die neuen Freiheiten aufgezeichnet waren, und nun ging nachmittags 3 Uhr am 31. Juli der ganze Zug, ein Trommler voran, der Herzog mit einem Adjutanten zu Pferd, Nationalgardeoffiziere und Abgeordnete Arm in Arm hinter ihm, durch die unermessliche Volksmenge, welche zum Teil mit drohenden Blicken nach dem neuen Thronkandidaten sah. Sie begaben sich nach dem Stadthaus, wo Lafayette ihm eine dreifarbige Fahne in die Hand gab und mit ihm ans Fenster trat. Der Herzog schwang sie dem Volke zu und umarmte Lafayette. Monarchie und Republik schienen sich hier in den Armen zu liegen. So faßte die Menge es auf und rief unter unendlichem Jubel: „Es lebe der Herzog von Orleans! Es lebe Lafayette!“

Die „Gesellschaft der Volksfreunde“, über diesen Ausgang der „großen Woche“ nicht sehr erfreut, legte am folgenden Tage Lafayette das „Programm des Stadthauses“ vor und beauftragte ihn, die darin enthaltenen Volksrechte sich vor dem Herzog durch Unterzeichnung garantieren zu lassen. Die Schrift in der Tasche machte er Louis Philipp einen Besuch im Palais Royal und sagte ihm hier unter anderem: „Sie wissen, daß ich Republikaner bin und die amerikanische Verfassung für die vollkommenste halte.“ „Ich denke ebenso,“ erwiderte der Herzog, „man kann nicht drei Jahre in Amerika gewesen sein, ohne diese Ansicht zu teilen. Aber glauben Sie, daß man diese Verfassung in der Lage Frankreichs, nach dem Stande der allgemeinen Meinung annehmen könne?“ „Nein!“ sagte Lafayette, „was Frankreich braucht, ist ein volks-

tümlischer Thron, umgeben mit republikanischen, völlig republikanischen Einrichtungen.“ „So verstehe auch ichs“, versetzte Louis Philipp. Über diese politische Harmonie ganz entzückt, hielt der alte General es für unnötig, das Programm vorzulegen, und verbürgte sich bei den Republikanern für den Herzog, den Patrioten von 1789. Dieser ernannte nun sein Ministerium, worin der Republikaner Dupont de l'Eure die Justiz, der Doktrinär Guizot das Innere, Gérard das Kriegswesen übernahm und des Herzogs vertrauteste Anhänger: Caffitte, Dupin, Périer, Broglie Minister ohne Portefeuille waren.

Inzwischen hatte sich der Hof von St. Cloud entfernt. Der König hatte Marmont den Oberbefehl abgenommen und denselben dem unfähigen Dauphin übertragen. Die Defection der Truppen nahm zu, auch Versailles erklärte sich für die Revolution, und ein Gerücht sagte, daß 1500 Bewaffnete unterwegs seien, um das Schloß in der Nacht zu überrumpeln. Sofort floh alles in der Nacht auf den 31. Juli nach Trianon und nach kurzer Rast, auf die Antwort Lafayette's, daß alle Versöhnung unmöglich sei, weiter nach Rambouillet, wo auch die Herzogin von Angoulême, welche die Bäder von Vichy gebraucht hatte, eintraf, keiner günstigen Nachsicht entgegengehend. Die Minister entflohen und suchten die Grenze zu erreichen; drei derselben gelang es; Polignac und drei andere wurden ergriffen und nach Vincennes gebracht. Die Entmutigung des Hofes wuchs. Von Rambouillet aus schickte Karl dem Herzog seine Bestallung als Generalleutnant von Frankreich, erhielt aber zur Antwort, daß er dies durch die Wahl des Volkes, nicht durch königliche Gnade sei. Darauf zeigte ihm Karl am 2. August an, daß er und der Dauphin die Krone zu Gunsten seines zehnjährigen Enkels, des Herzogs von Bordeaux, niederlege, und beauftragte ihn, die Thronbesteigung Heinrichs V. zu verkündigen. Louis Philipp teilte am 3. August der Kammer die Abdankung mit, aber nicht, zu wessen Gunsten sie ausgesprochen sei, sprach kein Wort von einem Heinrich V. und ließ es sogar zu, daß die alte Protestation gegen die Echtheit desselben aufs neue veröffentlicht wurde. Er steuerte bereits mit vollen Segeln der Krone von Frankreich zu und konnte es kaum erwarten, bis er den Hof glücklich über das Wasser gebracht hatte. Daher schickte er vier Kommissäre an Karl, um ihn im Interesse seiner eigenen

Sicherheit zur Entfernung von Rambouillet zu bewegen. Karl nahm die Kommissäre nicht an, worauf es in Paris hieß, er wolle mit seiner Garde gegen die Hauptstadt anrücken, die Vendée aufrufen, neues Blutvergießen veranlassen. Nun erscholl in den Straßen der Ruf: „Nach Rambouillet!“ 6000 Nationalgardien unter General Bajol wurden von der Regierung aufgebeten, eine Menge Blusenmänner, die Helden vom 28. Juli, schloß sich an, Kutschen und Omnibus wurden herbeigeschafft, und so brachen 20 000 Mann, „die seltsamste und interessanteste Arme“, wie Lafayette bezeugte, am 3. August auf und lagerten sich abends drei Stunden von Rambouillet. Die Kommissäre waren ihnen vorausgeeilt, wurden endlich vorgelassen und sprachen dem König von 60 000 anrückenden Parisern. Dieser hatte noch 8000 Mann bei sich, und General Vincent war bereit, mit einigen Kononenschüssen und einem entschlossenen Angriff das ganze wilde Heer nach Paris zurückzuwerfen. Aber Karl, für seinen Enkel noch hoffend, willigte in die Abreise und brach in Begleitung der Kommissäre am 4. August nach Cherbourg auf. Auf der ganzen Reise wurde er von der Bevölkerung mit sichtbarem Unmut empfangen. In Argentan erfuhr er die Erhebung Louis Philipps zum König der Franzosen und äußerte: „Es seien dies seine hundert Tage; sie würden nicht so lange dauern wie die seines Bruders; er habe mit keinem Napoleon zu thun.“ In solchen Illusionen sich wiegend, erreichte er, nachdem er seine Garde verabschiedet hatte, am 15. August Cherbourg, schiffte sich mit seiner Familie auf einem amerikanischen Schiffe ein und landete am folgenden Tage in England, wo er von der Regierung nicht als König, sondern als Privatmann aufgenommen wurde. Kurze Zeit wohnte er auf dem Schloß Vullworth, begab sich dann nach Edinburg und 1832 nach Osterreich, wo er am 6. November 1836 in Görz starb. Ebendasselbst starb auch sein Sohn, der Herzog von Angoulême, am 3. Juni 1844. Dessen Gemahlin, die unglückliche Marie Thérèse, starb am 19. Oktober 1851 in Frohsdorf, dem Aufenthalt des Herzogs von Bordeaux.

Karl X. hatte seine Abreise hauptsächlich deswegen nicht sehr beschleunigt, weil er auf seine legitimistische Erhebung im Süden oder Westen Frankreichs rechnete. Aber nirgends zeigte sich davon eine Spur. Die Departements, welche die 272 Oppositionsmänner in die Kammer gewählt hatten, waren mit den neuesten Beschlüssen

derselben ganz einverstanden. Überall vollzog sich der Umschwung auf eine sehr einfache Weise mit dem Übergang des Militärs und seinem Anschluß an die Bürger. Nur Lyon hatte die Entscheidung von Paris nicht erst abgewartet, sondern auf die Ordronnangen hin am 29. Juli Barrikaden errichtet, eine provisorische Regierung eingesetzt, jedoch bei der Neutralität der Truppen einen unblutigen Aufstand gefeiert. Selbst in Algier wurde die dreifarbige Fahne von Flotte und Heer aufgepflanzt, und der zum Marschall ernannte Bourmont mußte die Flucht ergreifen. Was man den Bourbonen geweis sagt hatte, war eingetroffen. Ihre Restauration hatte sich als ein politischer Fehlgriff erwiesen.

In der am 3. August von dem Herzog von Orleans eröffneten Kammer erregte die Frage, ob und wie die Charte zu verändern sei, lebhaften Streit zwischen den Liberalen und Radikalen. Das Vertrauen auf Louis Philipp war so stark, daß man sich mit wenigen Verbesserungen begnügte. Der Thron wurde für erledigt erklärt und Louis Philipp zum König der Franzosen ernannt. Die Abgeordneten begaben sich am 7. August in feierlichem Zuge nach dem Palais Royal und teilten dem Herzog ihre Beschlüsse mit. Nachts kam noch eine Deputation der Pairskammer und überbrachte die Zustimmung derselben zu der Erklärung der Abgeordneten. Am 8. August erschien Louis Philipp im Palais Bourbon, leistete vor den versammelten Kammern den Eid auf die Charte und wurde darauf als König ausgerufen. Die Revolution war — für diesmal wenigstens — geschlossen. Eine „neue Aera“ begann.

### § 8.

#### Die Folgen der Julirevolution in Belgien, England, Deutschland, Schweiz, Italien und Polen.

Die ersten Wellenschläge der französischen Revolution empfand das benachbarte Belgien. Seit einem Jahrzehnt hatte sich dort Bündstoff genug aufgehäuft, eine Explosion wurde schon längst vorausgesagt. Auch diesen Mißgriff, wie den mit der Restauration der Bourbonen, hatten die Verbündeten von 1814 auf ihrem Gewissen. Um gegen Frankreichs Übergriffe im Norden ein stärkeres Bollwerk zu haben, bestimmte der Wiener Kongreß, daß das südliche Belgien mit dem nördlichen Holland als ein „Gebietszuwachs“

unter dem Hause Oranien vereinigt werden solle. Damit war zugleich eine Hegemonie Hollands anerkannt, Belgien als eine Art Unterthanenland betrachtet und auch behandelt. Und doch kamen in diesen vereinigten Niederlanden zwei Dritteile der Bevölkerung auf Belgien, ein Dritteil auf Holland. Mehr als zwei Jahrhunderte war jedes der beiden Länder seine eigenen Wege gegangen. Seit 1579, seit der Trennung Hollands von dem Spanien Philipps II., waren sie, mit Ausnahme weniger Jahre unter der napoleonischen Herrschaft, von einander geschieden: Belgien blieb unter spanischer, später östreichischer Herrschaft, Holland schwang sich als junge Republik zu einer Seemacht ersten Rangs empor und beherrschte ein ungeheures Kolonialgebiet. In den humanistischen Studien und in der Malerei rivalisierte es mit Deutschland und Italien.

Zu dieser Verschiedenheit des Lebensgangs kamen noch tiefer liegende Gegensätze, konfessionelle und sprachliche. Belgien ist katholisch und hatte als Geschäftssprache und als Sprache der gebildeten Gesellschaft die französische, obgleich zwei Dritteile der Bevölkerung, der nördliche Teil, die flämische Sprache sprechen, welche der holländischen sehr nahe verwandt ist. In Holland dagegen hatte sich der Calvinismus früh festgesetzt, und seine Sprache ist ein germanischer Dialekt. Aus Haß gegen alles Französische suchte König Wilhelm die französische Sprache immer mehr einzuschränken, was sich in den südlichen Provinzen im Gerichtswesen und beim Militär unangenehm bemerklich machte. Die belgische Geistlichkeit, welche sich nur ungern unter einer protestantischen Regierung sah, fühlte sich in ihrer Existenz bedroht, als der König das ganze Unterrichtswesen, diese Domäne der Hierarchie, unter die Aufsicht der Regierung stellen wollte. Die belgischen Schulen, Gymnasien und Universitäten wurden sehr gehoben und 1825 in Löwen ein philosophisches Kollegium errichtet, welches jeder besuchen mußte, der in ein bischöfliches Seminar eintreten wollte. Durch dieses zeitgemäße Institut sollte den Ausschreitungen des Ultramontanismus ein Damm entgegengesetzt werden. Dieser nahm den Kampf auf. So groß auch sein Einfluß auf das Volk war, so hatte die Regierung doch nichts zu fürchten, wenn sie die liberalen Elemente für sich hatte. Aber auch diese stieß sie von sich durch Aufhebung der Geschwornengerichte, durch Maßregelung der oppositionellen Justizbeamten, durch Beschränkung der Pressefreiheit und durch die be-



stimmte Weigerung, ein Gesetz über Minister-Verantwortlichkeit vorzulegen. Da weder die Klerikalen noch die Liberalen für sich etwas erreichen konnten, so entstand der unnatürliche Bund dieser beiden großen Parteien. Jene halfen diesen in ihrer Agitation für Pressfreiheit, diese jenen in dem Streben nach Unterrichtsfreiheit, wodurch die Geistlichkeit alle Volkserziehung wieder in ihre Hände zu bekommen hoffte.

Diese Mißstände hätten in den Generalstaaten, dem Parlament, beseitigt werden können. Aber auch hier waren die Belgier im Nachteil. Denn trotz ihrer bedeutenden Mehrzahl hatten sie nicht mehr Abgeordnete, als die Holländer, beide Staaten je 55. Während die holländischen Mitglieder eine geschlossene Pbalanz bildeten, waren die belgischen, von welchen die Regierung manche auf ihre Seite zu ziehen vermochte, nicht in gleichem Grade einig, konnten also nichts durchsetzen.

Auch die materiellen Interessen, so sehr sie der für industrielle Unternehmungen, schon aus Gewinnsucht, begeisterte König unterstützte, entzweiten die beiden Staaten. Belgien sollte in die ungeheure holländische Schuld eintreten und zur Tilgung derselben mit ungewohnten Steuern, mit einer Auflage auf Brot und Fleisch sich belasten lassen. Gerade das letztere reizte das niedere Volk am meisten auf, und so gelang es im Jahre 1829 der Opposition, fast lauter Liberale in die Generalstaaten zu wählen. Ebendamals ließ sich der König durch die freudige Aufnahme, die er auf seiner Reise in den belgischen Städten fand, über die wahre Stimmung des Landes ebenso täuschen, wie Karl X. im Elsaß. Beim Empfang der Stadtbehörden in Lüttich erklärte er, daß er nun wisse, was er von den angeblichen Beschwerden zu halten habe, daß er darin nur die Absichten einiger Wenigen, die ihre Sonderinteressen hätten, erkenne; ein solches Betragen sei „infam“. Als bald bildete sich in Flandern, dem Herd der Klerikalen, ein Orden, dessen Mitglieder eine Medaille trugen mit der Aufschrift: „fidèles jusqu' à l'infamie!“ mit Anspielung auf jenen Wahlspruch der Geusen von 1566: „Getreu bis zum Bettelsack!“ Die Aufregung steigerte sich durch eine den Absolutismus des Königs gar zu sehr verzerrende Botschaft an die Generalstaaten vom 11. Dezember 1829 und durch ein Rundschreiben des Justizministers van Maanen und des Ministers des Innern an alle ihre Untergebenen, wonach diese

augenblicklich eine förmliche Erklärung über ihre Zustimmung zu den Prinzipien der Botschaft abgeben sollten. Die Holländer jubelten über den Streich, der gegen die Belgier geführt worden war, diese sprachen in ihrer Presse von dem Manifest des Despotismus gegen die Freiheit und setzten van Maanen, die Seele des Ministeriums, auf eine Linie mit Polignac. Man dachte bereits an die Losreißung Belgiens, an eine besondere Verfassung und Verwaltung des Landes. Was half es, daß nun die Regierung auf das Andrängen der belgischen Opposition einige Zugeständnisse in den Sprachstreitigkeiten und in der Presse machte und das philosophische Kollegium zu Löwen aufhob! Sie hatte ihren wahren Charakter zu deutlich gezeigt und eben erst durch Absetzung von Beamten und Bestrafung von Schriftstellern aufs neue sich verhaßt gemacht. Unter den letzteren befand sich de Potter, welcher den Vorschlag machte, einen Bund zu bilden, um sämtliche Mitglieder desselben gegen alle Schläge der Gewalt sicher zu stellen. Er wurde verhaftet und im April 1830 auf acht Jahre des Landes verwiesen. Kaum war er auf seiner Reise nach Lausanne in Aachen angekommen, so hörte er von den Ereignissen der Juliwocche in Paris, begab sich nun nach Frankreich und setzte sich von Paris aus mit seinen Freunden in Brüssel in Verbindung.

Der Gedanke lag so nahe, in Belgien sich einer antinationalen Regierung ebenso zu entledigen, wie dies eben in Frankreich geschehen war. Dabei glaubte man auf das Julikönigtum und auf die Begeisterung des französischen Volkes sicher rechnen zu dürfen. De Potters intimster Freund, Gendebien, reiste nach Paris, um dort die Vereinigung seines Vaterlandes mit Frankreich zu betreiben und ein belgisches Hilfsheer zur Eroberung der Rheingrenzen anzubieten. Aber Louis Philipp hatte keine Lust, den Thron, welchen er soeben bestiegen hatte, durch einen Eroberungskrieg in Frage zu stellen, und wies das Anerbieten ab. Darauf arbeitete Gendebien und seine Freunde auf eine Volksbewegung hin, um, falls Preußen die Holländer unterstützen würde, Frankreich zur Befreiung Belgiens zu zwingen. Sie gingen so offen zu Werke, daß sie geradezu durch Anschläge bekannt machten: „Montag Feuerwerk, Dienstag Beleuchtung, Mittwoch Revolution!“

Und was thaten die königlichen Beamten, um die Aufregung zu beschwichtigen? Am 25. August 1830 wurde im Theater zu

Brüssel die Oper: „Die Stumme von Portici“ aufgeführt, in welcher die Erhebung der Neapolitaner gegen die spanische Herrschaft, unter Führung des Fischers Masaniello, gefeiert wird. Jede Anspielung auf die heimischen Zustände wurde aufs lebhafteste beklatscht, und draußen riefen die Haufen des niederen Volkes: „Es lebe de Potter! Nieder mit van Maanen!“ Nach Beendigung der Oper stürzte sich das Volk auf die Häuser des ministeriellen Redakteurs Libri und des Justizministers van Maanen. Das eine wurde gänzlich verwüstet, das andere niedergebrannt. Nachts wurden alle Waffenläden geplündert, das Zerstörungswerk am 26. fortgesetzt, die dreifarbig-brabantische Fahne auf dem Stadthaus aufgepflanzt, die königlichen Wappen zerstört. Bei der Zunahme des vom niedersten Volke ausgehenden Skandals erhob sich die Bürgerschaft, bildete eine Bürgergarde, unterdrückte die Anarchie, veranstaltete eine Versammlung der angesehensten Männer am 28. August und beschloß, an den König eine Deputation zu schicken, um ihn um Änderung seines bisherigen Regierungssystems, um Entlassung seines Ministeriums und um alsbaldige Berufung der Generalstaaten zu bitten. Der Aufstand verbreitete sich rasch über das ganze Land, war überall siegreich, nur wenige Festungen widerstanden. Aber der König wollte so wenig als Karl und Polignac von Zugeständnissen etwas wissen, bevor Belgien wieder unterworfen sei, und schickte seinen ältesten Sohn, den Prinzen von Oranien, nach Brüssel, um die Lage kennen zu lernen, den zweiten, den Prinzen Friedrich, nach Antwerpen, um Truppen zusammenzuziehen. Zugleich berief er die Generalstaaten auf den 13. September zu einer außerordentlichen Sitzung nach dem Haag. Sein Plan war, die Sache dadurch hinauszuziehen und einstweilen Brüssel zu besetzen. Der Deputation erklärte er, er lasse sich nicht die Pistole auf die Brust setzen und zur Entlassung van Maanens sich nötigen.

Die Prinzen kamen am 31. August mit den Truppen in Vilvoorden, zwei Stunden von Brüssel, an, ließen den Baron Hoogvorst, den Befehlshaber der Bürgergarde, in ihr Hauptquartier kommen, um mit ihm über die Herstellung der königlichen Gewalt zu beraten. Derselbe lud Oranien ein, ohne Truppen nach Brüssel zu kommen; dieser aber bestand auf dem Einzug der Truppen und der Wiederherstellung der königlichen Abzeichen. Als Hoog-

vorst diese Antwort nach Brüssel brachte, entstand eine ungeheure Aufregung: alles schrie nach Waffen, Weiber und Kinder machten sich an die Arbeit, Patronen wurden verfertigt, Wurfgeschosse in die Häuser gebracht, über 50 Barrikaden errichtet. Zugleich wurde dem Prinzen durch eine zweite Abordnung mitgeteilt, daß die Ausnahme seiner Bedingungen unmöglich sei. Endlich gab der Prinz nach und hielt allein durch die dichtbesetzten Straßen seinen Einzug in die Stadt am 1. September, wo der Ruf: „Es lebe die Freiheit! Nieder mit van Maanen!“ an seine Ohren klang. Er bestellte einen Ausschuß, welcher die Mittel zur Herstellung eines guten Einverständnisses zwischen Regierung und Bürgern beraten sollte, und dieser erklärte ihm, das einzige Mittel sei die legislative und administrative Trennung Belgiens von Holland, ein belgisches Ministerium, die Personalunion zwischen beiden Ländern, wie zwischen Schweden und Norwegen. Der Prinz versprach, ihre Wünsche seinem Vater vorzulegen und zu unterstützen, und reiste nach dem Haag. Auch die Besatzung von Brüssel zog ab und stieß zu den Truppen des Prinzen Friedrich. Aber der König, von dem Wahne besetzt, daß die Großmächte ihre eigene Schöpfung nicht würden über den Haufen werfen lassen, daß namentlich England seine Hilfe ihm nicht versagen werde, ging auf die Vorstellungen seines Sohnes und einiger seiner Minister nicht ein, entließ zwar van Maanen, vertröstete aber in einer Proklamation die Ungeduldigen auf die Beschlüsse der Generalstaaten und betonte noch einmal die Aufrechthaltung der Realunion und das Einhalten der gesetzmäßigen Wege. Die Sache wurde durch die Haltung des holländischen Volkes noch schlimmer gemacht. Dieses benahm sich königlicher als der König selbst und fachte so den Streit zu einem Kampfe zwischen den beiden Nationalitäten an. In den holländischen Journalen hieß es, Rebellenblut sei kein Bruderblut, die Zeit der Unterhandlungen sei vorbei, „Krieg den Rebellen und Mördern!“ Die Generalstaaten wurden am 13. September eröffnet; die Thronrede sprach sich über die Trennung Belgiens von Holland sehr unentschieden aus; die holländischen Abgeordneten mußten kein anderes Mittel anzuraten als die Anwendung der Waffengewalt.

War es in Brüssel vor Eröffnung der Generalstaaten gelungen, am 11. September einen Sicherheitsausschuß „zur Erhal-

tung der Dynastie und der öffentlichen Ordnung“ einzusehen, so kamen jetzt, auf die Nachrichten aus dem Haag hin, ganz andere Gewalten ans Ruder. Aus den übrigen Städten Belgiens und aus Paris war eine Menge von Revolutionären und brotlosen Arbeitern gekommen, entschlossen, den langen Streit in den Straßen von Brüssel auszukämpfen. Sie bemächtigten sich am 20. September des Stadthauses, entwaffneten die Bürgerwehr, verjagten den Sicherheitsausschuß und brachten die Gewalt, die am 27. August vom Volk auf die Bürger übergegangen war, wieder zurück an das Volk. Gegen diese Herrschaft der Blusenmänner baten sogar belgische Abgeordnete den König um Annullation von Waffengewalt. Prinz Friedrich erhielt den Befehl, von Vilvoorden aus gegen Brüssel vorzurücken. Er erließ eine Proklamation, worin er Amnestie zusagte, aber die „Haupturheber der allzu verbrecherischen Handlungen“ mit strenger Strafe bedrohte. Mit 10,300 Mann und 26 Geschützen rückte er am 23. September vor Brüssel, errang anfangs einige Vorteile, drang in die Stadt ein, fand aber in dem Barrikaden- und Häuserkampf solche Hindernisse, daß er sich nach dem Park zurückzog und am 26., da seine Truppen von allen Seiten eingeschlossen und angegriffen wurden, von den Strapazen erschöpft waren und zuletzt noch die Munition ihnen ausging, den Rückweg nach Vilvoorden einschlagen mußte. Unter den Männern, welche in diesen Tagen die Verteidigungsanstalten leiteten, sind der Unterleutnant Metinckx und der Spanier Juan van Halen rühmend anzuführen.

Mit diesem Kampfe, nach Vergießung so vielen Blutes, war das Ziel der Revolution entschieden. Jetzt genügte auch die Personalunion nicht mehr, jetzt war die Dynastie Oranien nicht mehr möglich; nur eine gängliche Losreißung Belgiens, nur die Errichtung eines selbständigen Staates konnte das belgische Volk, höhere und niedere Stände, befriedigen. In diesem Sinne wirkte die provisorische Regierung, in welcher auch de Potter, der am 20. September zurückgekehrt war, Sitz hatte. Mit der Nachricht des Sieges verbreitete sich der Sieg selbst in ganz Belgien, die holländischen Besatzungen und Beamten wurden vertrieben, die belgischen Truppen, von der provisorischen Regierung ihres Eides entbunden, gingen zum Volke über, nur die Städte Luxemburg, Venloo, Maastricht und Antwerpen befanden sich noch in der Gewalt der Holländer.

Jetzt erst gab die holländische Regierung nach. Die Generalstaaten erklärten sich am 28. Sept. für eine gesonderte Verwaltung Belgiens, der König gab am 4. Okt. seine Zustimmung und schickte den Prinzen von Oranien nach Antwerpen. Dieser verkündigte die Trennung des Landes, Unterrichtsfreiheit und unbedingte Amnestie, wollte sogar selbst sich an die Spitze der Bewegung stellen und die Beschlüsse des belgischen Kongresses anerkennen. Da aber sein Vater diese eigenmächtigen Schritte mißbilligte und zugleich den Bürgerkrieg in Belgien zu entzünden suchte, so mißtraute man auch dem Sohne, wies seine Anträge ab, worauf er sich nach London begab, wo ebendamals die Gesandten der Großmächte zu einer Konferenz sich versammelten.

Bald darauf zogen 8000 Freiwillige unter dem französischen General Mellinet gegen Antwerpen. Zwei Offiziere, welche sich in den Partikämpfen hervorgethan hatten, waren ihm beigegeben, Miellon und Kessels, von welchen jener in der letzten Zeit Direktor eines Kindertheaters gewesen, dieser mit einem Walfischgerippe herumgereift war. Auch auf dem Kriegstheater war ihnen das Glück hold. Die holländischen Truppen wurden aus der Stadt Antwerpen hinausgedrängt, und General Chassé mußte sich in die Citadelle zurückziehen, von wo aus er, als die Belgier sich zum Angriff auf dieselbe anschickten, die Stadt mehrere Stunden lang aus allen Batterien beschießen ließ, über 200 Häuser zerstörte und für mehrere Millionen Waren verbrannte. Auch Venloo fiel in die Hände der Belgier, so daß jetzt nur noch Maastricht und Luxemburg und die Citadelle von Antwerpen in der Gewalt der Holländer war. Die Unabhängigkeit Belgiens war bereits eine Thatsache. Der Waffenstillstand, welchen die Londoner Konferenz mit der Grenzlinie, wie sie vor der Vereinigung beider Staaten bestanden hatte, vorschlug, wurde von der provisorischen Regierung angenommen, und von dem am 10. November zusammengetretenen Nationalkongreß die ewige Ausschließung des Hauses Oranien-Nassau beschlossen. Die politische Lage war den Belgiern günstig. Denn von den Ostmächten, welche so sehr zur Einmischung geneigt waren, war Rußland ganz mit Bezwingung der polnischen Revolution beschäftigt, und Oestreich mußte in Italien den Hüter machen; von den Westmächten vollends war gar nichts zu fürchten; denn in England herrschte nach dem Sturze Wellingtons eine freiere

Richtung, und Louis Philipp konnte so wenig gegen Belgien aufzutreten, daß er vielmehr erklärte, er werde dort keine Einmischung dulden.

So waren die Belgier Herren im eigenen Hause. Bei der Frage über die künftige Regierungsform trennte sich der republikanisch gesinnte de Potter von der Mehrheit und zog sich ins Privatleben zurück. Der Kongreß entschied sich mit 174 Stimmen für die konstitutionelle Monarchie; nur 13 Mitglieder waren für eine Republik. Am 17. Februar 1831 wurde die Verfassung, welche die Volkssouveränität zur Grundlage hatte und einen Senat und eine Repräsentantenkammer aufstellte, von dem Kongreß einstimmig genehmigt. Schwieriger war die Frage über die Grenzen, worüber die Londoner Konferenz, welche sich schon am 20. Dez. 1830 für die Trennung Belgiens von Holland ausgesprochen hatte, in ihrem Protokoll vom 20. Januar zum Nachteil Belgiens entschied. Das Großherzogtum Luxemburg, welches König Wilhelm gegen Abtretung seiner Stammländer erhalten hatte, sollte bei Holland verbleiben, wogegen die Belgier protestierten unter dem Vorgeben, daß die Bewohner desselben sich mit ihnen gegen König Wilhelm erhoben hätten und die Vereinigung mit ihrem Staate, nicht mit Holland wünschten. Für die Entscheidung dieses Streites hing viel von der Wahl des neuen Königs ab. Zuerst trug man die Krone dem zweiten Sohne Louis Philipps, dem Herzog von Nemours, an. Da sein Vater, in der richtigen Voraussetzung, daß die übrigen Großmächte in eine solche Vergrößerung des französischen Einflusses nicht einwilligen würden, das Anerbieten ausschlug, so schien der Herzog von Leuchtenberg, ein Sohn des ehemaligen Bizetkönigs Eugen, am meisten Ausichten zu haben. Aber dieser Enkel Napoleons war Louis Philipp ein so unwillkommener Nachbar, daß er alles aufbot, seine Wahl zu hintertreiben, und der Ernählung seines Sohnes nicht mehr entgegen war. Am 3. Februar 1831 wurde der Herzog von Nemours mit schwacher Mehrheit zum König ernannt. Aber zum zweitenmal schlug Louis Philipp die belgische Krone aus. Mit der Nichterwählung des leuchtenbergischen Prinzen hatte er seinen Hauptzweck erreicht, und daß die Londoner Konferenz seinen eigenen Sohn für unmöglich erklärt hatte, wußte er. Somit mußte eine neue Wahl vorgenommen werden, und diese hätte nicht günstiger ausfallen können: sie fiel am 4. Juni auf den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg,

welcher in den Befreiungskriegen sich rühmlich hervorgethan und im Jahre 1816 die Tochter des Prinzregenten von England geheiratet hatte. Schon im folgenden Jahre war er Witwer geworden und hatte sich seitdem in England aufgehalten. Durch die Vermählung seiner Schwester mit dem Herzog von Kent war er der Oheim der zur Königin von England bestimmten Prinzessin Viktoria. Im Jahr 1830 hatte er die griechische Krone ausgeschlagen, nahm nun aber die belgische an, nachdem der Kongreß mit dem neuen Beschluß der Londoner Konferenz vom 26. Juni (die 18 Artikel) sich einverstanden erklärt hatte, daß in der Luxemburger Frage der Statusquo vorderhand gelten und die definitive Entscheidung der Zukunft vorbehalten werden solle. Am 21. Juli hielt er seinen Einzug in Brüssel, beschwor die Verfassung und wurde zum König der Belgier ausgerufen.

Eben war der neue König auf einer Rundreise begriffen, da rückten die holländischen Truppen, über 70 000 Mann, am 2. August in Belgien ein, warfen die belgische Armee bei Hasselt und Löwen zurück und bedrohten Brüssel. Leopold rief die Hilfe Frankreichs und Englands an; ein französisches Heer rückte ein, eine englische Flotte nahm an der holländischen Küste Stellung. Die Holländer mußten sich wieder zurückziehen, erreichten aber mit Hilfe der Ostmächte, welche nach Niederwerfung des polnischen Aufstandes sich wieder der Grundsätze der Heiligen Allianz erinnerten, eine Änderung des Londoner Protokolls (6. Okt.), nach welcher (in dem Protokoll der 24 Artikel) nicht ganz Luxemburg an Belgien fallen, sondern der westliche Teil desselben mit 165 000 Seelen, meist Wallonen, mit Belgien vereinigt, der östliche deutsche mit 170 000 Seelen dem Könige von Holland zurückgegeben (die Festung Luxemburg hatte dieser immer im Besiß behalten), als Ersatz für jenen auch einige limburgische Landesteile von Belgien abgelöst werden, und dieses jährlich 8 400 000 Gulden als Anteil an der niederländischen Staatschuld an Holland zahlen sollte. Als König Wilhelm auch damit noch nicht zufrieden war und seine Unterschrift verweigerte, blockierte eine englisch-französische Flotte die holländische Küste und eine französische Armee unter Marschall Gérard überschritt am 15. November 1832 die belgische Grenze, um die Citadelle von Antwerpen zu erobern. Dort stand noch der General Chassé mit der holländischen Besatzung. Nachdem dieser



sich über einen Monat gehalten hatte, mußte er am 23. Dezember die Citadelle übergeben, in welche sofort die belgischen Truppen einrückten. Chassé und die Besatzung wurden als Kriegsgefangene nach Frankreich geführt und erst im folgenden Jahre freigegeben, als König Wilhelm wenigstens zu dem Präliminarvertrag vom 21. Mai 1833 sich verstand. Der unerquickliche Streit wurde erst durch den Londoner Vertrag vom 19. April 1839 vollständig beigelegt, worin endlich Wilhelm die 24 Artikel annahm und die freie Schifffahrt auf der Schelde einräumte.

Unter der Regierung Leopolds I., welcher sich im Jahr 1832 mit der ältesten Tochter Louis Philipps, der Prinzessin Luise von Orleans, vermählte, konnte Belgien in materieller und geistiger Beziehung ungestört sich entwickeln. Die Union der Klerikalen und Liberalen löste sich, nachdem sie ihre Dienste gethan hatte, bald in entschiedene Zwietracht und Bekämpfung auf. Beide Parteien suchten die Kammermajorität und dadurch die Bildung des Ministeriums zu erhalten, und König Leopold, der konstitutionelle Musterkönig, unter welchem die Verfassung eher als unter seinem Schwiegervater eine Wahrheit war, ließ sie frei gewähren. Er hat auch in den schwierigsten Zeiten, selbst nach der Februar-Revolution und unter dem anneziionslustigen Napoleonismus, mit staatsmännischer Einsicht und Umsicht das Ruder geführt. Bei seinem am 10. Dezember 1865 erfolgten Tode sah man das ganze Land in aufrichtiger Trauer.

Dies konnte man am 26. Juni 1830, als König Georg IV. von England starb, nicht sagen. Man sah den alten reformfeindlichen Herrn gerne scheiden und versprach sich mehr von der Thronbesteigung seines Bruders, des Herzogs von Clarence, welcher als König Wilhelm IV. regierte. Dem Gebrauche gemäß mußte unter einem neuen König auch ein neues Parlament gewählt werden. Am 25. Juli wurde das alte aufgelöst, an jenem unglückseligen Tage, an welchem Karl X. die Ordonnanzen unterzeichnete. Die neuen Wahlen fielen also gerade in eine Zeit hinein, als ein freier, frischer Geist über den Kanal herüberwehte. Der Sieg des französischen Volkes wurde vom englischen mit Freuden begrüßt, als ein Triumph der Freiheit angesehen, welcher ganz Europa zu gut kommen werde. Auch konnte die nationale Eifersucht nicht dulden, daß das „freie“ England hinter dem monarchischen Frank-

reich in der Verfassungsreform zurückstehe, daß Wellington noch Premierminister sei, während sein Ebenbild Polignac schon in Vincennes aufgehoben war. So schwer es ersterem auch ankommen mochte, so hatte er doch, zuerst unter allen Ministern der fremden Mächte, die Regierung Louis Philipps bereits anerkennen müssen. Als er das Resultat der Parlamentswahlen überblickte, bemerkte er, daß das Ministerium über 50 Stimmen weniger als früher zu verfügen habe. Um so trotziger lautete die Thronrede, welche er am 2. November den König halten ließ. Von Reformplänen war keine Rede, von Irland nur insofern, als Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung angekündigt wurden, als ob damit die sozialen Mißstände von selbst beseitigt würden; dagegen wurde Holland gelobt, die belgische Revolution als unbegründet getadelt und sogar die Anerkennung des Wäiterichs von Portugal, des Don Miguel, in Aussicht gestellt. Eine solche Sprache ging denn doch auch über englische Nerven. In London und in anderen Städten kam es zu Ausbrüchen der Volkswut; laut wurde in den Versammlungen die Entlassung des Ministeriums gefordert. Die Nichtteilnahme des Königs und der Minister am Lordmayorfest, wegen eines beabsichtigten Attentats auf Wellington, machte die Stimmung nicht besser. Und doch blieb dieser mit soldatischem Stolz auf seinem Posten. Als der liberale Graf Grey im Oberhaus die Parlamentsreform als das einzige Mittel bezeichnete, um England vor der Revolution zu bewahren, erwiderte Wellington mit einer Art Hohn, die gegenwärtige Art der Vertretung sei ein wahres Muster, da sie den großen Grundbesitzern überwiegenden Einfluß einräume; er werde sich daher jedem Antrag auf Parlamentsreform widersetzen. Man wußte nun genau, woran man war, so genau, als Frankreich und Belgien es bei Karl X. und bei Wilhelm wußten. Bei einer Debatte über die Zwilliste blieben die Minister in der Minderheit, gaben ihre Entlassung ein, und Graf Grey wurde am 16. November vom König beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden. Dasselbe bestand aus Männern der Partei der Whigs, der Anhänger der Parlamentsreform: Freunde Canning's, wie Palmerston, saßen hier neben erprobten Volksmännern, wie Russell und Brougham. Sofort setzte Grey die Grundsätze seines Ministeriums im Parlament auseinander, verkündigte das Prinzip der Nichtintervention in der auswärtigen

Politik, das der Parlamentsreform in der inneren. Wie es mit allen großen Fragen der Geschichte geht, so auch mit dieser: was zuerst von der Regierung verfolgt und verlästert wurde, mußte sie zuletzt selbst in die Hand nehmen.

Auch Deutschland konnte sich, trotz seiner sprichwörtlichen Geduld, den Einwirkungen der Julirevolution nicht entziehen. Nur war auch hier wieder ein großer Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland zu bemerken. In diesem hatte man ja schon seit einem Jahrzehnt eine Vertretung nicht bloß einzelner Stände, sondern des ganzen Volkes, und Verfassungen, welche dem Fürsten Metternich nur gar zu liberal waren, in jenem dagegen höchstens Vertretung der höheren Stände, woran sich maßlose Adelsvorrechte und ungerechte Verteilung der Steuern angeschlossen. Daher war im Norden die Aufregung weit größer als im Süden. Da und dort kam es zu kleinen Krawallen, zu Konflikten zwischen den niederen Volksklassen und der Polizei; in einigen Städten kam es aber auch zu etwas mehr.

In Braunschweig wurde sogar, wie in Frankreich und Belgien, ein Thron vakant. Der heldenmütige Herzog Friedrich Wilhelm, der durch seinen Zug nach der Nordsee im Jahre 1809 und durch seinen Tod bei Quatrebras 1815 bekannt ist, hatte zwei unmündige Söhne, Karl und Wilhelm, hinterlassen. Die Vormundschaft war testamentarisch dem König Georg IV. von England, der zugleich König von Hannover war, übertragen. Der hannoversche Minister Graf Münster errichtete für Braunschweig ein Geheimrats-Kollegium, stellte den Herrn von Schmidt-Phisfeld an dessen Spitze, sorgte für ordentliche Finanzwirtschaft und Gerichtsverfassung, ließ aber in der Ständekammer nur eine Vertretung des Adels und der Prälaten und der Städte durch ihre Bürgermeister zu. Die Regierung war dabei so ziemlich ungehindert. So blieb es auch zunächst, als Herzog Karl im Jahre 1823 die Regierung antrat. Dieser war an verschiedenen Höfen und ebendeshwegen nicht gleichmäßig erzogen worden, erhielt dann in Wien von seinem Gönner Metternich Lektionen über die fürstliche Unverantwortlichkeit und hob, nachdem er 3—4 Jahre das Geheimrats-Kollegium neben sich geduldet hatte, 1827 dieses auf, um von nun an selbständig zu regieren. Schmidt-Phisfeld entfloß nach Hannover, verweigerte die Auslieferung von Staats-

schriften, und darüber kam es zu einem standalösen Streit zwischen dem Herzog einerseits und dem König Georg und dem Grafen Münster andererseits. Karl ging so weit, daß er das Bild des letzteren in seinem Garten aufhängen ließ und beschloß, daß er ihn zum Zweikampf herausforderte und die Vormundschaft geradezu anklagte, sie habe ihn absichtlich zur Unselbständigkeit und Unwissenheit erziehen wollen.

Die Verfassung wollte er als eine zu aristokratische nicht anerkennen, gab aber auch keine vollständige und ging darauf aus, die fürstliche Willkür über alles zu setzen. Dabei war sein Lebenswandel höchst anstößig, seine Beamten zum Teil unfähige und unmoralische Menschen, welche seine Eingriffe in das Justiz- und in das Finanzwesen, den Verkauf von Domänen zu Gunsten seiner Privatkasse mit klawischer Unterthänigkeit geschehen ließen. Nicht bloß das Volk, sondern noch mehr den Adel brachte er gegen sich auf. Während der Julirevolution befand er sich in Paris und eilte voll Entsetzen über die dortige Katastrophe nach Hause, entschlossen, vorkommenden Falls ganz anders aufzutreten als Karl X. Gerüchte sagten, daß er den Oberstallmeister von Dyrenhausen vergiftet habe und dessen Stelle einem Franzosen, Namens Moard, den er von seiner Reise mitgebracht hatte, übertragen wolle. Eine Bürgerdeputation schilderte ihm die Stimmung des Volkes, verlangte Abstellung der Beschwerden und Berufung der Stände. Auf dies hin ließ er die Wachen verdoppeln und vor der Kaserne 16 Kanonen auffahren. Da erhob sich das Volk am Abend des 7. Sept. 1830, erstürmte, während der Herzog auf dem Schloßplatz mit den Truppen stand, an einer unbewachten Stelle das Schloß, die unzufriedenen Offiziere ließen es geschehen, Karl mußte entfliehen, und hinter ihm brannte sein Schloß bis auf die äußeren Mauern nieder. Der ständische Ausschuß berief die Landstände ein und bat den Bruder des Herzogs, den Prinzen Wilhelm, welcher in Berlin in Militärdiensten stand, die Regierung zu übernehmen. Dieser kam schon am dritten Tage, übernahm die Regierung „bis auf weiteres“ als Generalgouverneur des Herzogtums, wozu er von Karl ernannt wurde, und ließ den König von England durch die Stände um Vermittlung angehen. Nun reiste Karl von London, wohin er geflohen war, ab, begab sich nach Frankfurt, versprach in seinen Proklamationen an die Braunschweiger beneidenswerte

Zustände, fand aber nur Ungläubige und wurde, als er im November mit etwa 80 im Harz angeworbenen Leuten das braunschweigische Gebiet betrat, von einer Abteilung schwarzer Jäger zurückgewiesen. Er flüchtete aufs neue und begab sich nach Paris. Wie ein fahrender Ritter trieb er sich seither herum, überall durch seine Extravaganzen sich bloßstellend. Seine wiederholten Versuche, sich wieder in den Besitz seines Herzogtums zu setzen, waren vergeblich. Nach Deutschland kam er nie wieder. Er starb am 18. August 1873 in Genf.

Es war ein eigentümliches Schicksal, daß das Los der Entthronung gerade einen besonderen Schützling Metternichs traf, und daß dessen gefügiges Werkzeug, der Bundestag, die Thatsache sogar bestätigen mußte. So wenig auch die Veränderungen in Braunschweig und den anderen norddeutschen Staaten nach dem Geschmack des Bundestags waren, so wagte dieser doch nicht, im Geiste des vorigen Jahrzehnts mit Bajonetten einzuschreiten, aus Furcht, bei der damaligen Weltlage den Brand nicht zu löschen, sondern zu schüren. Er gab sogar den einzelnen Regierungen den weisen Rat, gerechten Beschwerden abzuhelpfen und eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, damit jede Veranlassung zu Aufständen vermieden werde. Ja, der nämliche Bundestag, welcher vorher wie nachher bei allen Verfassungstreitigkeiten nur den Fürsten Recht gab und auch für die ungesetzlichsten Schritte derselben ein ermunterndes Wort hatte, stellte sich hier auf Seite der Unterthanen, nahm ihre Klage gegen Karl von Braunschweig an, konstatierte dessen absolute Regierungsunfähigkeit und bestätigte den Regierungsantritt seines Bruders Wilhelm. Dieser trat unter Zustimmung sämtlicher Agnaten die Regierung des Landes am 25. April 1831 an. Der Adel, welcher der Haupturheber dieses Aufstandes war, wünschte, durch diesen Thronwechsel befriedigt, durchaus keine weitere Veränderung; aber das Volk drang auf eine Verbesserung der Verfassung und setzte sie durch. Sie wurde am 12. Oktober 1832 als neues Grundgesetz des Landes proklamiert.

Auch in Kurhessen war hauptsächlich die Person des Fürsten der Stein des Anstoßes. Kurfürst Wilhelm II. war 1821 seinem Vater in der Regierung gefolgt. Er schaffte zwar die restaurierten Soldatenzöpfe wieder ab, mißfiel aber selbst durch sein rohes Wesen, durch die offene Zurücksetzung seiner Gemahlin, einer Schwester

des Königs von Preußen, durch seinen anstößigen Umgang mit seiner zur Gräfin Reichenbach erhobenen Mätresse und durch die eigenmächtige Erhebung von Steuern, von denen ein großer Teil, statt in die Staatskasse, in die Privatkasse des Fürsten und der Gräfin floß. Um einen Schutz gegen sein Volk zu haben und die Söhne der Reichenbach zu österreichischen Grafen machen zu lassen, hatte er sich, nach einer kurzen Anwandlung von Opposition, ganz dem Metternichschen System in die Arme geworfen und erlaubte sich von nun an die größten Rücksichtslosigkeiten. Die Ereignisse in Paris und in Brüssel erregten in den Kurhessen, welche mit Unwillen und Verachtung auf ihren Fürsten und seine Regierung blickten, Hoffnungen und Pläne. Die Aufregung fing mit einem Brotkrawall am 16. September an und endigte mit der Nötigung des Kurfürsten, die Landstände zu berufen und die neue Verfassungsurkunde, für deren Entwerfung Professor Jordan von Marburg besonders thätig war, am 5. Januar 1831 zu unterzeichnen. Da aber die Bürger von Kassel auch auf die Entfernung der Gräfin Reichenbach drangen und den Kurfürsten zweimal zur Ausführung dieser Maßregel nötigten, so wurde ihm der Aufenthalt in der Hauptstadt oder auf Wilhelmshöhe verleidet, und er begab sich nach Hanau und bald nach Frankfurt am Main. Doch durfte er der Verfassung gemäß sein Land nicht von einem fremden Gebiet aus regieren; daher ernannte er am 30. September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten. Dieser, dessen Charakter mit dem seines Vaters mehr übereinstimmte, als es für ihn und das Land gut war, führte von nun an allein die Regierungsgeschäfte.

Auch das benachbarte Oberhessen wurde von dem allgemeinen Drang nach Umwälzungen ergriffen. Dort entstand im September 1830 ein Bauernkrieg, der in manchen Zügen an die Jahre 1524 und 1525 erinnerte. Einige Tausend Bauern rotteten sich zusammen, wollten mit Sensen und Mistgabeln Gesetze diktieren, sprachen von Gleichheit und Freiheit, schwärmten für Aufhebung der Abgaben und Zölle, zeigten ihren Mut hauptsächlich in Verbrennung von Zollhäusern und standesherrlichen Akten und wurden nach wenigen Tagen von den Truppen des Prinzen Emil von Hessen auseinander gesprengt.

Im Königreich Sachsen war es nicht der Hoffskandal, der

einen Aufstand entzündete und konstitutionelle Zustände herbeiführte, sondern das abgelebte Regierungssystem. In Leipzig und in Dresden kam es im September 1830 zu Straßenkrawallen, in der Hauptstadt wurde das Rathaus und das Polizeigebäude erstürmt, eine Bürgergarde errichtet und von dem König Entlassung des Ministeriums, Einführung einer Repräsentativ-Verfassung, Umgestaltung des Gemeindefensens, Aufhebung der Zensur und Entfernung der Jesuiten verlangt. Die letzteren übten auf mehrere Mitglieder des katholischen Königshauses einen sehr schädlichen Einfluß aus; das Land, das einst die Wiege des Protestantismus war, mußte aufs tiefste empört sein, als es die Erzfeinde desselben an seinem Herde sich einnisten sah. Eine Eingabe von 120 Dorfschaften erklärte, daß 80 000 Bauern auf dem Landtag keine Vertretung hätten, diese aber jetzt forderten. Der König mußte nachgeben, ernannte den allgemein beliebten Prinzen Friedrich, seinen Neffen, zum Mitregenten und beschwor am 4. September 1831 die von den Landständen beratene Verfassung. Auch über die sächsischen Herzogtümer erstreckte sich die freiheitliche Bewegung und erreichte ihre nächsten Ziele.

Aus ähnlichen Gründen wie Sachsen wurde das Königreich Hannover in die neue Strömung hineingezogen. Hier blühte das Junkertum in der üppigsten Fülle. Am 8. Januar 1831 kam es in Göttingen zu einem Aufruhr, woran sich Studenten und Bürger beteiligten. Eine Bürgergarde wurde gebildet, das Verlangen nach einer freien Verfassung ausgesprochen und eine schriftliche „Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung“ im Lande verbreitet. Der Generalgouverneur des Landes, Herzog von Cambridge, ließ Militär in Göttingen einrücken, vor welchem die ganze Revolution auseinander stob. Er begab sich selbst dorthin, hörte die Beschwerden an und versprach eine zeitgemäßere Verfassung und Landesvertretung. Durch seine Vermittlung wurde König Wilhelm von England vermocht, den Grafen Münster „als den Repräsentanten alles dessen, was man haßte,“ zu entlassen. Cambridge wurde zum Vizekönig von Hannover ernannt, die zum Teil neu gewählten Stände traten zusammen, beriethen den Verfassungsentwurf, welchen eine Kommission, darunter der Geschichtschreiber Dahlmann, ausgearbeitet hatte, und trotz des Widerstrebens der Adelspartei wurde 1833 die neue Verfassung eingeführt.

So waren zu den süddeutschen Konstitutionen noch vier neue im Norden hinzugekommen, das Bestreben des Bundestags, jene zu dem alten Ständewesen herabzudrücken, vereitelt und ein Sieg des Konstitutionalismus daraus geworden. Selbst die Fürsten waren weit entfernt, die Hilfe des Bundestags und der Großmächte anzurufen; sie fürchteten die Machtsprüche dieser weit mehr als die Forderungen ihres Volkes. Es fragte sich nur, wie lange diese Strömung anhielt, ob nicht die Ereignisse in Polen und Rußland den Thermometerstand herabdrücken würden.

Wenn selbst die Monarchien der liberalen Richtung hulbigten, so konnten die Republiken nicht zurückbleiben. Die einzelnen Kantone der Schweiz und die oberste Regierung derselben waren im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts der nämlichen Reaktion verfallen wie die übrigen Staaten Europas. Das Mißverhältnis, welches wir in Norddeutschland zwischen den Rechten des Adels und denen des Volks gefunden haben, bestand auch hier. Die Kantone hatten meist eine aristokratische Regierung, in welcher einzelne bevorzugte Geschlechter, die Patrizier, ein so entschiedenes Übergewicht hatten, daß von einer Vertretung des Volks so gut als gar keine Rede war. Wie früher in anderen Ländern ein Unterschied zwischen Stadt und Amt gemacht wurde, so damals in der Schweiz zwischen Stadt und Landschaft. Die Bürger der letzteren hatten nur wenige Mitglieder in den „großen Rat“ eines Kantons zu senden.

Bei solchen Vorrechten der patrizischen Geschlechter war die Staatsverwaltung eine möglichst schlechte. Die Ämter wurden mehr nach dem Grundsatz der Geburt als nach dem des Verdienstes verliehen, die Finanzen nicht immer im Staatsinteresse verwaltet, die Justiz fast sprichwörtlich schlecht gehandhabt. An gemeinsame Gesetze für den inneren Verkehr und Handel wurde so wenig als in Deutschland gedacht, und die Tagsatzung, welche sich an einem der drei Vororte, Bern, Zürich und Luzern, zu versammeln hatte, gab dem Bundestag in reaktionärer Gesinnung nichts nach, schloß sich eng an das Metternichsche System an und schickte ihre Leute als Söldner nach Frankreich und Neapel, um den jungen Patriziern Offiziersstellen übertragen zu können.

Mit solchen Republiken war dem jüngeren Geschlecht, wie es auf den Universitäten und sonst heranwuchs, nicht gedient. Über-



all regte sich eine liberale Opposition gegen die Herrschaft der Oligarchien, und besonders seit den Aufständen in Norddeutschland hörte man den allgemeinen Ruf nach Verfassungsreformen. Vereine bildeten sich, und die freisinnige Presse wurde nicht müde, die Grundsätze der neuen Zeit: politische Gleichheit, Aufhebung aller Vorrechte, gleiche Vertretung für alle Bürger eines Kantons, Pressfreiheit u. s. w., zu verkündigen und ihre Einführung in der Schweiz zu fordern. Der damalige Vorort Bern, dessen Regierung die am meisten aristokratische war, erließ am 22. September 1830 ein Kreis Schreiben an die Kantonsregierungen, worin er zum Einschreiten gegen die Presse und zum Festhalten an den alten Verfassungen aufforderte. Damit wurde die Aufregung erst recht angefacht. In den Monaten Oktober und November wurden fast in allen Kantonen Versammlungen der Notabeln und des Volkes gehalten, die Prinzipien der neuen Verfassungen festgesetzt und in wenigen Wochen die Regierungen zu deren Annahme gezwungen.

Schon vor der Julirevolution, im Mai 1830, wurde die oligarchisch-ultramontane Regierung in Tessin gestürzt und eine andere auf demokratischer Grundlage errichtet. Im Herbst waren die Thurgauer die ersten, welche eine konstituierende Versammlung und Verfassungsänderung verlangten. Die neue Verfassung wurde im März 1831 vom Volke angenommen. Ähnlich verlief die Sache in Zürich, wo es sich hauptsächlich um das Verhältnis der Vertretung der Landschaft zu der übermächtigen Stadt handelte, in Aargau, in St. Gallen, in Luzern, in Solothurn, in Freiburg, wo die hierarchische Aristokratie, durch die aus Frankreich vertriebenen Jesuiten und Kongreganisten unterstützt, Soldaten aufbot, aber samt ihrem ganzen Apparat gestürzt wurde, in Waadt, wo man mit französischer Heißblütigkeit den Großräten von Lausanne: „Nieder mit den Tyrannen!“ zurief und eine radikale Verfassung gründete, in Schaffhausen, in Bern, wo die Regierung eine Zeitlang den tollen Plan hatte, sich mit Hilfe der entlassenen Schweizer Soldaten Karls X. zu halten, in Basel, wo es zwischen den Truppen der Stadt und der Landschaft zweimal zu einem blutigen Zusammenstoß kam, wo zur Schlichtung des Streites die Truppen der Tagsatzung einrücken mußten, und wo der große Rat der Stadt lieber in eine Trennung von der Landschaft als in die Forderungen derselben willigte. So wurden hier im Jahre 1832

die zwei halben Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (mit der Regierung zu Viefstal) gegründet. Ähnliche Trennungsgelüste zeigten sich auch in Schwyz und Wallis, wurden aber nach erbitterten Kämpfen beigelegt. Dagegen blieb in Uri, Unterwalden, Zug, Genf, Glarus, Graubünden, Appenzell die alte Verfassung in Kraft, und in Neuenburg, wo die freisinnige Partei den König von Preußen nicht mehr als ihren Souverän anerkennen wollte, aber durch die Energie des preußischen Generals von Pfuel 1831 niedergehalten wurde, endigte die Bewegung mit einem Sieg der bestehenden Regierung.

Verschieden von all den bisher geschilderten Verhältnissen lagen die Dinge in Italien. Diesmal war nicht Neapel und Piemont, wie zehn Jahre vorher, der Schauplatz der Bewegung, sondern der Kirchenstaat. Die dortige Regierung, an deren Spitze lauter Kardinäle standen, war so verhaßt als nur möglich und wurde immer nur der türkischen an die Seite gestellt. Trotz aller Verfolgungen waren die Karbonari über das ganze Land verbreitet und hatten unter den gebildeten Ständen sehr viele Anhänger. In diese Kreise fiel die Nachricht von der Julirevolution mit erschütternder Gewalt. Mittelpunkt der neuen Verschwörung war Bologna. Ein dortiger Bürger war von der großen Woche in Paris so entzückt, daß er sie „neben die sechs Tage der Welterschöpfung“ gestellt wissen wollte. Von hier verpflanzte sich die Gärung nach den übrigen Städten des Kirchenstaates und auch nach Rom. Papst Pius VIII. war am 30. November 1830 gestorben. Das eintretende Interregnum ließ sich zum Losschlagen benutzen. Dabei hoffte man auf Frankreich, das auf den beherrschenden Einfluß Oesterreichs in Italien längst eifersüchtig war. Das französische Kabinett erklärte auf Befragen, daß es sich in die italienischen Angelegenheiten nicht einmischen werde, zugleich aber auch, daß es auch keinem anderen Staate eine solche Einmischung zugestehen würde. Wurde dieses Nichtinterventions-Prinzip, das gerade Gegenteil von dem, was früher auf den Kongressen von Troppau, Laibach und Verona ausgemacht und durchgeführt worden war, streng aufrechterhalten, also Oesterreich von der Intervention abgehalten, so würden die Karbonari sicher, mit der heimischen Regierung fertig zu werden und das nationale Programm durchsetzen zu können; und sollte sich Oesterreich nicht abhalten lassen, so war ja Frankreich durch seine

Zufage zur bewaffneten Teilnahme genötigt, und auch aus dem Kampfe dieser beiden Staaten hoffte man die nationalen Farben Weißrotgrün hervorgehen zu sehen.

In diese Bewegung war die napoleonische Familie tief verwickelt. Die Julirevolution hatte sie mit neuen Hoffnungen belebt. Geheime Agenten und Briefe bestürmten den Sohn Napoleons, den unglücklichen Herzog von Reichstadt, sich als Napoleon II. ausrufen zu lassen. Aber der „Gefangene Europas“, wie sein Vater voll Talent und Eifer für militärische Studien, glühte zwar vor Begierde, auf den Ruf Frankreichs sich an dessen Spitze zu stellen, war aber zu der Dual verurteilt, vor den lauernden Augen seines Großvaters und Metternichs seine heiligsten Gefühle als ihr Gegenteil erscheinen zu lassen und als ein Napoleon den Bourbonen das Wort zu reden. Ungehinderter waren die Schritte der übrigen Napoleoniden. Die beiden Söhne Jeromes erregten ebenso sehr die Aufmerksamkeit der Karbonari als der römischen Regierung, und die zwei Söhne des holländischen Exkönigs und der Hortense warfen sich, von dem Modenesen Menotti hiezu aufgefordert, der Revolution in die Arme, unbekümmert darum, ob dies ihrer Frau Tante, der Exkaiserin Marie Luise, ihren Witwenstiz kosten könnte.

Das Haupt der modenesischen Verschworenen, Menotti, wollte am 4. Februar 1831 in Modena loschlagen, wurde aber vom Herzog Franz IV., dem alten Despoten, mit 15 seiner Genossen am Abend vorher verhaftet. Da aber fast zu gleicher Zeit das ganze Herzogtum in Aufruhr geriet, so mußte Franz schon am 5. Februar das Land verlassen und floh, Menotti mit sich schleppe, nach Mantua und Wien. Eine provisorische Regierung wurde errichtet und das modenesische Heer unter General Zucchi, einen Mann aus der napoleonischen Schule, gestellt. Am 13. Februar erhob sich Parma, und Marie Luise mußte nach Piacenza fliehen. Am bedeutendsten waren die Vorgänge in Bologna. Die Nachricht von den Ereignissen in Modena erregten dort eine ungeheure Aufregung. Der päpstliche Kommissär war genötigt, zur Einsetzung einer Bürgerwehr und einer provisorischen Regierung seine Einwilligung zu geben. Innerhalb drei Wochen stand der ganze Kirchenstaat in Aufruhr, mit Ausnahme von Rom und renigen Städten in den Marken. Die provisorische Regierung

von Bologna erklärte, von den Karbonari gedrängt, schon am 8. Februar, daß „die weltliche Herrschaft, die der römische Hohepriester über diese Stadt und Provinz ausgeübt, thatsächlich und rechtlich für immer aufgehört habe“, und berief die Vertreter der Städte und Provinzen nach Bologna. Dieses neue Parlament versammelte sich am 26. Februar in Bologna und beriet eine provisorische Verfassung „der vereinigten italienischen Provinzen“. Ein Präsident, ein Ministerrat und eine gesetzgebende Versammlung sollten an der Spitze des Staates stehen. Nach England und Frankreich wurden Diplomaten geschickt und die Welt durch ein Manifest über die Verhältnisse im Kirchenstaat aufgeklärt.

Inzwischen war am 2. Februar ein neuer Papst, Gregor XVI., gewählt worden, der mit seinem entschlossenen Staatssekretär Kardinal Bernetti nicht im Sinne hatte, sich so leicht aus dem Sattel heben zu lassen. Zwar seine Proklamationen „an seine vielgeliebten Unterthanen“ fand nur wenige andächtige Zuhörer, und die Sendung des Kardinals Benvenuti, welcher in den Provinzen eine Gegenrevolution betreiben sollte, scheiterte an seiner Gefangennehmung durch die Aufständischen. Diese drangen, so schlecht sie auch gerüstet waren, unter Oberst Sercognani bis in die Nähe Roms vor und bedrohten die Stadt mit einer Überrumpelung, mußten jedoch trotz der phantastischen Pläne der beiden Söhne Hortense's, welche den Zug mitmachten, sich zurückziehen. Um so rascher drangen die Östreicher vor, getreu ihrem alten Prinzip, wo sich nur ein Krater in Italien öffne, sogleich mit ihren Bäckanstalten herbeizueilen. Die Drohungen des französischen Kabinetts kümmerten sie wenig; wußten sie doch, daß Louis Philipp ganz anderen Sinnes war, als seine Minister, über welches Doppelspiel der Ministerpräsident Caffitte gar schlecht erbaut war und seine Entlassung nahm. So wenig als wegen Belgiens wollte Louis Philipp wegen Italiens sich in einen Krieg mit einer anderen Macht stürzen und die revolutionären Leidenschaften Frankreichs entzünden. Mit einem Protest gegen das Einrücken der Östreicher, welchen der französische Gesandte am römischen Hof abgeben mußte, war die Sache abgethan.

Der östreichische General Frimont, welcher 1821 die Intervention in Neapel geleitet hatte, führte auch diesmal den Oberbefehl. Am 25. Februar wurden die Aufständischen bei Firen-

zuola geschlagen und ganz Parma besetzt. Die Modenesen unter Zucchi wurden trotz tapferer Gegenwehr bei Novi von General Geppert besiegt, und am 9. März betrat der rachsüchtige Herzog Franz wieder seine Hauptstadt. Zucchi zog sich nach Bologna zurück, wo man im Vertrauen auf Frankreich bisher nur geringe Kriegsrüstungen getroffen hatte. Man hatte sogar, um ja nicht bei Louis Philipp anzustoßen, die beiden napoleonischen Prinzen vom Heere entfernt und ihnen nicht einmal erlaubt, als Freiwillige zu dienen. Auf dem Wege nach Ancona erkrankte der ältere, Napoleon Ludwig, und wurde, bevor seine Mutter ihn noch einmal sehen konnte, am 17. März in Forli von den Mätern weggerafft; der jüngere, Louis Napoleon, zum französischen Kaiserthron bestimmt, wurde durch die Energie und List seiner Mutter unter mancherlei Abenteuern und Verkleidungen den gierigen Händen der Östreicher entrisen.

Die Sache Italiens war bereits verloren. Am 6. März rückte ein drittes österreichisches Korps unter General Bentheim über den Po und besetzte Ferrara und Comacchio. Zucchi zum Oberbefehlshaber des bolognesischen Heeres ernannt, zog sich samt der provisorischen Regierung nach Ancona zurück, die Östreicher rückten am 21. März in Bologna ein, siegten am 25. in dem blutigen Gefecht bei Rimini und besetzten unter General Geppert am 29. Ancona. Zucchi und die Leiter der Revolution hatten sich bereits nach Korfu eingeschifft, wurden aber von den ihnen nachgeschickten Fahrzeugen eingeholt und nach Venedig gebracht.

Auf die Vorstellungen Louis Philipps, welcher sich vor der Opposition und der Presse in acht zu nehmen hatte, benahm sich die päpstliche Regierung nach der Besiegung des Aufstandes mäßiger, als man fürchtete. Eine Amnestie, von welcher nur die Häupter der Revolution ausgeschlossen waren, wurde erlassen und einige Verbesserungen in der Verwaltung eingeführt. Weniger zugänglich war der Herzog von Modena, der einzige Fürst in Europa, welcher Louis Philipp nicht anerkannt hatte. Er ließ Menotti und den Advokaten Borelli hinrichten, andere zur Galeere verurtheilen, in Kerker werfen, und ihre Güter einziehen. Die Östreicher verließen im Juli 1831 den Kirchenstaat, rückten aber am 28. Januar des folgenden Jahres, als Cardinal Albani mit seinem bewaffneten Gefinde die Legationen überschwemmte und in der

Stadt Forlì (21. Jan.) ein schändliches Gemetzel anrichtete, wieder in Bologna ein, von den Einwohnern als Befreier aufgenommen. Doch kam dieser zweite Einmarsch dem französischen Kabinett sehr ungeschickt. Um ein Gegengewicht zu bilden, wurden rasch Truppen in Toulon eingeschifft und am 23. Februar, ohne päpstliche Erlaubnis, Ancona besetzt. Doch wurden die heimischen Behörden in Thätigkeit gelassen, und die Okkupation beschränkte sich bald nur auf die Citadelle.

So war diese zweite italienische Revolution aus ähnlichen Gründen wie die erste unterlegen. Ohne Hilfe von außen, auf einen kleinen Teil Italiens beschränkt, war sie den österreichischen Waffen nicht gewachsen. Hatten die Karbonari von 1820 in Neapel vergebens auf eine Revolution im Kirchenstaat gewartet, die in Piemont vergebens auf die Erhebung Mailands, so sahen sich diesmal die Revolutionäre von Mittelitalien auf sich selbst angewiesen. Weder Neapel noch Piemont wollten sich zum zweitenmal verbluten. Zudem hatten beide Staaten damals neue Regenten, welche sich in den ersten Monaten durch freisinniges Auftreten populär zu machen suchten. In Neapel war König Ferdinand I. 1825 gestorben, sein Sohn, Franz I., welcher 1820 den Revolutionär gespielt und als König es so schlimm wie sein Vater gemacht hatte, starb im November 1830. Ferdinand II., sein 20jähriger Sohn, schien eine Zeitlang mit Hilfe der liberalen Partei auf eine Hegemonie in Italien loszusteuern, ließ sich aber bald von Metternich wieder umstimmen. In Piemont hatte der starre Karl Felix alle Aufstandsgelüste mit kräftiger Hand niedergehalten. Er starb im April 1831, und sein Nachfolger war Karl Albert, jener Prinz von Carignan, welcher 1821 sich nach beiden Seiten hin so gründlich bloßgestellt hatte. Da er aber mit dem absolutistischen System seines Vorgängers gänzlich zu brechen schien und eine liberale Bahn einschlug, so war er außs neue der Gegenstand der Hoffnungen.

Die Revolution in Italien hatte es Osterreich unmöglich gemacht, den Veränderungen in Deutschland und der Schweiz seine patriarchalische Fürsorge zuzuwenden; der Aufstand in Polen verhinderte den Kaiser Nikolaus von Rußland, seinem Grimm über die Revolution in Frankreich und Belgien und was sich daran hing, auf militärische Weise Luft zu machen. Er hatte von seinem

Bruder Alexander das Königreich Polen als eine konstitutionelle Monarchie überkommen, welche ihre eigene Armee, ihre eigenen Finanzen, besondere Verwaltung, also eine ziemlich selbständige Existenz hatte. Und doch fühlten die Polen, welche die Größe der früheren Jahrhunderte nicht vergessen konnten, daß sie nur ein ohnmächtiges Anhängsel des russischen Kolosses seien, daß sie samt ihrer Verfassung nur von der Gnade des Kaisers lebten. Das Verhältnis zu Nikolaus war gleich bei seiner Thronbesteigung getrübt worden. In die Militärverschwörung von Petersburg im Jahre 1825 waren auch viele Polen verwickelt, welche diese Gelegenheit zu einer Wiedervereinigung Litauens mit Polen benutzen wollten. Der Senat, welcher über die dem Zivilstand angehörigen Angeklagten das Urteil zu fällen hatte, sprach sie frei. Nikolaus bestätigte zwar das Urteil, konnte aber die Äußerung seines Unwillens nicht zurückhalten. Doch hob sich der Wohlstand des Landes unter der tüchtigen Finanzverwaltung des Fürsten Lubeki sehr, und die besonnenen Polen wollten die materielle und geistige Entwicklung vor der politischen und nationalen gefördert wissen. Die Enthufiasten dagegen glaubten, mit einigen Studenten und Leutnants eine Revolution machen zu können, blickten nach Frankreich, das seit Jahrhunderten, zumal durch die letzte Waffenbrüderschaft in den napoleonischen Kriegen, eng mit Polen verknüpft war, und hielten alles das, was ihnen Kaiser Alexander gegeben hatte, für nichts gegen das, was sie in ihren kühnen Phantastien erringen zu können hofften. Gefühlspolitiker, wie sie es heute noch sind, hielten sie es für 'möglich, den drei großen Nachbarstaaten zum Trotz, sich nicht nur gänzlich von Rußland loszureißen, sondern auch alle Provinzen, welche seit der ersten Teilung im Jahre 1772 von Rußland, Osterreich und Preußen ihnen entzerrissen worden waren, wieder zu einem großen Polenreiche zu vereinigen.

Wie häufig in solchen Fällen, wurde in der Besetzung des einflußreichsten Amtes ein großer Mißgriff gemacht. Alexander hatte dem älteren seiner Brüder, Konstantin, das Militärkommando in Polen übertragen. Dieser, welcher wegen absoluter Unfähigkeit dem jüngeren Bruder Nikolaus den Kaiserthron überlassen mußte, sollte für Polen gerade noch gut genug sein. Und doch bedurfte es gerade hier einen Mann, der taktvoll auftrat. Statt dessen

erlaubte sich Konstantin die größten Verletzungen der Verfassung, mischte sich in das Justizwesen, behandelte die Offiziere wegen unbedeutender Versehen gegen den Garaschendienst wie ehrlose Subjekte, hielt, wie sein Freund Metternich, im Inland und Ausland eine Menge Spione, welche ihn selbst betrogen und das Land brandschatzten, und sah in dem polnischen Patriotismus das größte Verbrechen. Kein Wunder, daß wo man von Haß gegen Rußland sprach, der Name Konstantin zuerst genannt wurde! Und doch nahm er, der mit einer jungen Polin, welche den Titel Fürstin von Lomiez erhielt, vermählt war, den Schein an, als ob er eine besondere Vorliebe für dieses Königreich hätte.

Schon im Jahre 1828, als Rußland mit dem Türkentrieg beschäftigt war, hatten einige Polen den Plan, die Fahne des Aufstandes aufzupflanzen. Im folgenden Jahre, bei der Anwesenheit des Kaisers in Warschau, wollten die Ungebuldigsten sogar denselben nebst den ihn begleitenden Prinzen ermorden. Man stand beidemal davon ab, weil man bei der Bevölkerung zu wenig Sympathie zu finden glaubte, und weil die Parteien nicht einig waren. Es wurde beschlossen, auf einen Umschwung in Frankreich zu warten. Dieser kam, und sogleich berieten sich die alten Verschwörer, die Leutnants Galinski und Wjolski, mit wenigen Freunden. Da man noch nicht gerüstet war, so wollte man bis zum nächsten Februar warten. Man wandte sich an die alten Generale wegen des Oberbefehls; keiner wollte ihn übernehmen. Auch die anderen Generale und Obersten versagten ihre Mitwirkung, wenn sie auch nicht hinderlich sein wollten. Doch ließen sich die Verschwörer nicht abschrecken, ernannten einen leitenden Ausschuß und schickten Agenten nach Litauen, Podolken und Wolhynien. An der alten Uneinigkeit der Polen schien das Unternehmen gleich im Anfang zu scheitern. Von den verschiedenen Parteien glaubte jede allein im Besitze des richtigen Mittels zu sein, um die Unabhängigkeit Polens erringen zu können. Wollte die aristokratische Partei, an deren Spitze der Fürst Adam Czartoryski stand, einen Bruch mit Rußland vorderhand vermieden wissen, durch Reformen aller Art das Vaterland stärken und dessen Anziehungskraft auf die abgerissenen Provinzen vermehren, so verlangten die Demokraten, unter welchen Joachim Lelewel, früher Universitätsprofessor in Wilna, hervorragte, über die realen Verhältnisse der Politik



hinwegsehend, alsbaldiges Losschlagen, Trennung von Rußland, Wiederherstellung des altpolnischen Reichs, Gleichstellung aller Stände in ihren politischen Rechten. Zwischen diesen zwei großen Parteien gab es noch manche Schattierungen. In einem Punkte, in möglichster Freiheit von Rußland, waren alle einig; bei der Erwägung der Mittel und der sozialen Ziele gingen die Wege weit auseinander.

Da erschien Ende Oktobers ein Manifest des Kaisers, welches als ein Vorbote der Kriegserklärung und der Koalition gegen Frankreich und Belgien angesehen wurde, und der Befehl, das polnische Heer auf den Kriegsfuß zu setzen. Man fürchtete, daß dasselbe über die Grenze geführt und zu fremden Zwecken verwendet werde. Um so rascher mußte man ans Werk gehen, zumal leicht zu bemerken war, daß das Geheimniß der Verschwörung bereits nicht mehr bewahrt sei. Trieb man es doch auch so unvorsichtig als in den Augusttagen in Brüssel! Am Belvedere, dem Lustschloß des Großfürsten Konstantin, fand man einen Zettel angeheftet: „Von Neujahr an zu vermieten!“ Und doch that der Großfürst, als ob nicht die geringste Gefahr im Anzug wäre. Der Ausbruch der Verschwörung wurde auf den Abend des 29. November 1830 festgesetzt, an welchem Tage alle Wachenposten nur von Polen besetzt waren. Die Offiziere aller polnischen Regimenter wurden versammelt, der Plan ihnen mitgeteilt, ihre Mitwirkung im Namen der Nation verlangt.

Der 29. November kam. 6 Uhr abends war die verabredete Stunde. Das Anzünden eines am Ende der Stadt gelegenen Brauhauses sollte das Signal sein. Die Flammen waren nicht überall sichtbar, und dadurch entstand für den Beginn einige Verwirrung. Die einen hatten die Ermordung des Großfürsten übernommen, die anderen die Überrumpelung und Entwaffnung der russischen Kavallerie und Infanterie, wieder andere die Einnahme des Zeughauses. Unter dem Rufe: „Lob dem Tyrannen!“ stürzten gegen 20 Mann nach dem Belvedere, töteten den Vizepräsidenten und einen General, welcher dem Großfürsten ähnlich sah, ihn selbst aber fanden sie nicht, da er sich bei dem ersten Lärm mit dem preussischen Gesandten Schmidt in eine neben dem Lustschloß gelegene Hütte geflüchtet hatte. Auch die Entwaffnung der russischen Regimenter gelang nicht, da sich diese vor ihren Kasernen

in Schlachtordnung aufgestellt hatten und die 160 Fährliche, mit welchen Myski anmarschiert kam, zurückschlugen. Ein Angriff von ihrer Seite hätte der Sache ein rasches Ende machen können. Aber niemand gab einen Befehl dazu; mehrere ihrer Generale und Obersten waren auf dem Weg nach den Kasernen vom Volke erschossen worden. Denn die Einnahme des Zeughauses war Żalirski gelungen, worauf 15 000 Gewehre unter das Volk verteilt wurden. Am andern Morgen sahen sich die russischen Truppen von allen Seiten eingeschlossen, und Konstantin, in der Meinung, es handle sich bloß um einen Pöbelezeh, den er ruhig austoben lassen könne, räumte die Stadt, hielt sich zwei Tage lang in Wierzbna, eine Meile von Warschau, auf, und erst am 3. Dezember, als die polnischen Regimenter, welche mit ihm ausgezogen waren, nach Warschau zurückkehrten und sich der Revolution anschlossen, marschierte er mit seinen russischen Truppen der Grenze zu. Hinter ihm fiel das ganze Land ab, die beiden Festungen mit ihren ungeheuren Kriegsvorräten ergaben sich. In acht Tagen war alles vollendet, das Land von den russischen Besatzungen frei. Auch Polen hatte nun seine „große Woche“. Der Jubel war unbeschreiblich. Nach solchen Erfolgen hielt man nichts mehr für unmöglich. Und doch war die Militärmacht Rußlands ein anderer Gegner als Karl X. und seine Höslinge, auch ein anderer als die Holländer.

Fürst Lubeki, das einflußreichste Mitglied des „Verwaltungs-rats“, der obersten Behörde für die inneren Angelegenheiten Polens, glaubte, durch Berufung einiger populären Aristokraten in dieses Kollegium den Aufstand in ein ruhiges Fahrwasser leiten zu können. Aber damit war den Revolutionären, welche unter Delewel im Rathause einen patriotischen Klub gebildet hatten, schlecht gedient. Lubeki mußte den Verwaltungsrat auflösen und eine provisorische Regierung errichten, an deren Spitze Fürst Adam Czartoryski stand, und zu welcher auch Delewel gehörte; im übrigen herrschte in derselben ein vorwiegend aristokratischer Geist. Von ihr wurde am 5. Dezember der 60jährige General Joseph Chlopicki zum Oberbefehlshaber und Diktator ernannt. Dieser Mann, welcher noch unter Kosciuszko gedient und unter Napoleon mehrere Feldzüge mitgemacht hatte, besaß den populärsten Namen unter allen polnischen Generalen; aber weder seine strategischen Kenntnisse,

noch sein politischer Scharfsinn waren von der Art, daß er einem solchen Posten gewachsen gewesen wäre. Nicht durch Kampf hoffte er die Sache durchzuführen, sondern durch Unterhandlungen, welche bei dem bekannten Charakter des Kaisers Nikolaus vergeblich waren und den Polen die Möglichkeit benahmen, rasch den Aufstand in die altpolnischen Provinzen überzutragen. Die Bändigung der demokratischen Elemente war ihm weit wichtiger als die Vorbereitungen auf einen unverföhnlichen Krieg. Daher erklärte er in einer Sitzung der provisorischen Regierung sich selbst zum Diktator, entließ Lelewel, behielt die übrigen Mitglieder als Minister bei, löste alle Klubs auf, wies die herbeieilenden Freiwilligen aus Litauen, Galizien und Posen zurück und schickte den Fürsten Lubeki und den Grafen Jezierski nach Petersburg, damit sie als Gesandte den Kaiser der Treue Polens versichern und ihm die drei Wünsche: „Ausführung der Verfassung, Ausschließung der russischen Besatzung und (wo möglich) Vereinigung Litauens mit Polen“ ans Herz legen sollten.

Der am 18. Dezember versammelte Reichstag erklärte den Aufstand vom 29. November als den Ausdruck des Volkswillens, bestätigte Chlopickis Diktatur und vertagte sich auf seinen Wunsch bis zum 19. Januar. Der Diktator ernannte ein Ministerium, in welches er auch Lelewel aufnehmen mußte, und einen Nationalrat unter der Präsidentschaft Czartoryskis, sah sich aber den Angriffen der Klubbisten ausgesetzt, die ihm Unthätigkeit, ja Verrat vorwarfen. Sie suchten seine Stellung zu untergraben, das Militär ihm abwendig zu machen, und als er Lelewel und andere verhaften ließ, mußte er sie wieder freigegeben. Da erschien die Proklamation des Kaisers vom 19. Dezember, in welcher unbedingte Unterwerfung gefordert und der Einmarsch der russischen Truppen angekündigt wurde, und am 13. Januar 1831 kam Graf Jezierski zurück und meldete, daß Nikolaus keine andere Wahl lasse als Unterwerfung auf Gnade und Ungnade oder Krieg. Darauf erklärte Chlopicki dem Nationalrate, daß er die Diktatur nur unter der Bedingung behalte, wenn ihm unumschränkte Gewalt überlassen würde. Da dies nicht angenommen wurde, legte er Diktatur und Oberbefehl am 17. Januar nieder.

Am 19. Januar kam der Reichstag wieder zusammen und sprach auf den Antrag des Grafen Roman Soltyk am 25. die

Unabhängigkeit Polens und die Abſetzung der Dynaſtie Romanow aus. Eine neue Regierung von 5 Männern wurde errichtet, in welcher Czartoryski Präſident und Lelewel der einzige Demokrat war. Das Heer wurde ſo raſch als möglich vermehrt, und der Oberbefehl dem Fürſten Michael Radziwill übertragen, von dem man annahm, daß ihm ſein Freund Chlopicki militäriſche Ratſchläge geben werde.

Der ruſſiſche Feldmarſchall Graf Diebitſch-Sabalkanski überſchritt in der erſten Woche des Februar mit 120 000 Mann die polniſche Grenze und ließ ſeine Truppen in verſchiedenen Abteilungen die Richtung nach Waſchau einſchlagen. Nach einigen unbedeutenden Gefechten kam es am 25. Februar zur Schlacht bei Grochow. Die Polen hatten 45 000 Mann, die Ruſſen 70 000 und doppelt ſo viele Geſchütze als jene. Trotz aller Tapferkeit mußten die Polen das Schlachtfeld räumen, auf welchem ſie 8000 Tote und Verwundete, die Ruſſen 12 000 zurücließ. Nun legte Radziwill, welchem der ſchwer verwundete Chlopicki nicht mehr zur Seite ſtehen konnte, den Oberbefehl nieder und an ſeine Stelle wurde Strzyniecki gewählt. Dieſer, wie alle dieſe polniſchen Generale, mehr zum Diviſionsgeneral als zum Strategen geeignet, verſäumte es, die Blößen Diebitſchs, welcher ſein Heer in kleinere Abteilungen zerſplitterte und auf das linke Weichſelufer übergehen wollte, zu benutzen und die einzelnen Korps anzugreifen und zu vernichten. Und als er endlich mit überlegenem Heere die ruſſiſchen Garden überfallen wollte, ſchickte er aus Furcht vor einem Überfall Waſchaus bedeutende Streitkräfte dahin ab, ließ Diebitſch Zeit, den Garden zu Hilfe zu kommen und führte ſo am 26. Mai die unglückliche Schlacht bei Ostrolenka herbei, wo alle perſönliche Tapferkeit den Mangel einer guten Führung nicht erſetzen konnte. Die Polen verloren hier 7000, die Ruſſen 9000 Mann. Diebitſch, welcher in dieſem Feldzug weniger Energie gezeigt hatte als in dem Türkenkrieg von 1829, ſtarb am 10. Juni in Pultuſk an der Cholera, und am 27. Juni der Großfürſt Konſtantin in Witepaſk. Jener hatte kein Herz für dieſen Krieg und wurde deswegen von den Nationalruſſen ſchiel angeſehen, dieſer ſoll ſich über die Tapferkeit der Polen, als ob ſie ſein Werk wäre, freudig ausgeſprochen haben. Daraus bildete ſich das Gerücht, daß der raſche Tod beider Männer kein natürlicher geweſen ſei.

Es klimmer noch als der Verlust einer Schlacht waren die Nachrichten, welche aus den altpolnischen Provinzen einliefen. Was Chlopicki in den ersten Wochen seiner Diktatur versäumt hatte, mußte nun schwer gebüßt werden. Der kühne Dworniki, welcher am 14. Februar über die Russen den ersten Erfolg errungen hatte, wurde mit 6000 Mann nach Wolhynien abgeschickt, um diese und die südlicheren Provinzen aufzuwiegeln. Ihm gegenüber stand General Graf Rüdiger mit 15 000 Mann, und vor dieser Übermacht mußte Dworniki am 27. April auf das österreichische Gebiet sich zurückziehen, wo er bis zum Ende des Kriegs in Gefangenschaft gehalten wurde. Seine Truppen wurden entwaffnet, entluden aber größtentheils über die polnische Grenze. Trotz dieses Unfalls erhob sich der polnische Adel in Wolhynien, Podolien und der Ukraine, stellte sich an die Spitze seiner Bauern, wurde aber von den überlegenen russischen Streitkräften leicht überwältigt. Nicht besser ging es im Norden, in Samogitien und in Litauen. Dorthin war General Bielgud, einer der reichsten litauischen Grundbesitzer, mit 12 000 Mann abgeschickt worden. Die Generale Chlapowski und Dembinski befehligten unter ihm. Ein rascher Stoß auf das schwachbesetzte Wilna konnte das ganze Land in ihre Hände bringen und dieses zu einer Vormauer für Polen machen. Aber Bielgud, mehr für seine Güter als für die große Sache besorgt, vergeudete die beste Zeit mit Nichtsthun, wurde vor Wilna, dessen Besatzung einstweilen verstärkt worden war, zurückgeschlagen und entschloß sich zuletzt, mit Chlapowski am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze zu gehen und die Waffen zu strecken. Im Augenblick des Übergangs wurde er von einem aus den Reihen vorspringenden polnischen Offizier unter dem Rufe: „Stirb, Verräter!“ erschossen. Heldenmüthiger handelte Dembinski. Die 4000 Mann, welche er von dem Hauptkorps getrennt hatte, führte er von den äußersten Grenzen Samogitiens unter fortwährenden Kämpfen mit den Russen durch Litauen glücklich bis nach Warschau, wo er am 3. August unter dem Jubel der Bevölkerung ankam.

Das Mißlingen aller Unternehmungen, der Verdacht, daß das Volk von der aristokratischen Partei verraten sei, rief um diese Zeit die heftigsten und grausamsten Szenen in Warschau hervor. Alle Versuche, die auswärtigen Mächte, besonders Frankreich und

England, für die polnische Sache zu interessieren, scheiterten. Polen blieb auf sich selbst angewiesen. Die demokratische Partei wollte auch den Bauernstand für die Revolution begeistern und verlangte deshalb vom Reichstag, daß er die Bauern gegen Ablösung zu Eigentümern der von ihnen gepachteten Grundstücke machen solle. Die Aristokratie, in ihren finanziellen Verhältnissen bedroht, widersetzte sich diesem Antrag. So kam es zu den Pöbelezessen vom 15. August, wo die Gefängnisse, in welchen 30—40 Personen, wegen ihrer Verbindungen mit den Russen angeklagt, saßen, erschossen und alle ohne Unterschied, schuldig und unschuldig, sogar Frauen ermordet wurden. Die Regierung, deren Mitglieder mit dem Tode bedroht waren, löste sich auf; Czartoryski entfloh verkleidet ins polnische Lager; der ränkesüchtige General Krukowiecki ließ sich durch den vom Pöbel eingeschüchternen Reichstag zum Regierungspräsidenten ernennen, um sein Vaterland an Rußland verraten zu können und den Lohn dafür vom Kaiser sich bezahlen zu lassen.

Auch in der Heerführung waren Veränderungen eingetreten. Der unthätige Skrzyniecki wurde am 10. August abgesetzt und Dembinski sein Nachfolger. Aber auch dieser mußte, weil er keine Siege hervorzaubern konnte, den Oberbefehl niederlegen, welcher nun von dem neuen Präsidenten dem unfähigen Malachowski übertragen wurde. Während hier die Kräfte der Nation durch die Uneinigkeit, Ungeschicklichkeit und Verräterei der Führer nutzlos verschleudert wurden, war bei den Russen nach Diebitschs Tode die Gewalt in eine kräftige Hand gelegt. Graf Paszkewitsch Griwanzki, durch seine Kriegsführung gegen Persien und in Kleinasien ausgezeichnet, hatte den Oberbefehl über die russischen Truppen übernommen. Er verlegte den Kriegsschauplatz an die untere Weichsel, ging auf das linke Ufer über und rückte gegen Warschau vor. Statt sämtliche Streitkräfte zur Verteidigung zusammenzuhalten und vor den Thoren der Hauptstadt seine letzte Karte auszuspielen, schickte Krukowiecki einzelne Korps, angeblich um Lebensmittel zu holen, von Warschau weg, darunter 20 000 Mann unter dem genuesslichen Abenteurer Ramorino. In der Stadt blieben noch 34 000, welche von Paszkewitsch mit 70 000 Mann angegriffen wurden. Er stürmte am 6. und 7. September und hüßte 20 000 Mann ein, da die Polen trotz schlechter Führung auf's tapferste fochten, drängte

übrigens dieselben aus ihren beiden ersten Verschanzungslinien zurück. Zugleich trat er in Unterhandlungen mit Kruskowiecki, welcher die unbedingte Unterwerfung zusagte und den Rückzug des polnischen Heeres nach Praga anordnete. Als aber der unterhandelnde General Berg wieder in die Stadt kam, um die letzte Entscheidung zu besprechen, fand er, daß Kruskowiecki von den entschlosseneren Mitgliedern des Reichstags abgesetzt und Niemojewski zum Präsidenten ernannt war. Ein Waffenstillstand von 48 Stunden wurde geschlossen, der Reichstag und die Armee verließen in dieser Zeit Warschau und Praga und wandten sich nach Modlin. Die Russen zogen am 8. September 1831 in Warschau ein, woraus sie am 30. November 1830 unter den ausschweifendsten Hoffnungen der Polen verdrängt worden waren.

Da die Russen bei der Erstürmung sehr große Verluste erlitten hatten und dieselben nicht so schnell ersetzen konnten, so dachten die Generale an die Fortsetzung des Krieges, ja an einen Angriff Warschaws, wo die Russen gegenüber der erbitterten Bevölkerung einen schweren Stand hatten. Daher erhielt Ramorino Befehl, sich mit dem Hauptkorps in Modlin zu vereinigen, gehorchte aber nicht, zog gegen Galizien, überschritt mit 10000 Mann am 16. September die österreichische Grenze und streckte die Waffen. Der tapfere General Rozynki mußte mit einer geringeren Abtheilung, von überlegener Macht zurückgedrängt, am 25. September nach Krakau flüchten. Auf diese Nachrichten hin nahm Paskewitsch eine andere Sprache an. Er hatte sich mit dem Hauptquartier von Modlin in Unterhandlungen eingelassen und sich den Anschein gegeben, als ob er allgemeine Amnestie und Beibehaltung der Verfassung von 1815 bewilligen könnte. Nun aber verlangte er unbedingte Unterwerfung. Davon war bei der Armee und den Reichstagsmitgliedern keine Rede. Offiziere und Soldaten verlangten sogar, noch einmal gegen den Feind geführt zu werden, um in seinem Blute ihren Rachedurst zu befriedigen. Aber Rybinski, welcher in Modlin den alten Malachowzki im Oberbefehl abgelöst hatte, wollte nicht ein nutzloses Blutvergießen herbeiführen, daher er am 5. Oktober mit dem Rest der Armee, 24000 Mann mit 95 Kanonen, über die preussische Grenze zog und die Waffen übergab. Bald darauf ergaben sich auch die Festungen Modlin und Zamosc, und zum zweitenmal ertönte der Ruf: *Finis Poloniae!*

Kaiser Nikolaus war fest entschlossen, Polen als selbständigen Staat, als besondere Nationalität zu vernichten. Die Konstitution von 1815 wurde aufgehoben und an ihre Stelle das „Organische Statut“ vom 26. Februar 1832 gesetzt, wonach der Reichstag abgeschafft und ein Staatsrat errichtet wurde, dessen Mitglieder der Kaiser ernannte; Polen wurde als russische Provinz mit besonderer Verwaltung und Rechtspflege dem russischen Reiche einverleibt. Paskevitich, zum Fürsten von Warschau erhoben, wurde als Statthalter an die Spitze der Militär- und Zivilgewalt gestellt und führte ein strenges Polizeiregiment. Die Polen bildeten kein selbständiges Heer mehr, sondern wurden in russische Regimenter eingereiht und in die entferntesten Gegenden, besonders nach dem Kaukasus, geschickt. Das ganze Land wurde entwaffnet, dem Landmann selbst seine Sense genommen, Todesstrafe auf Verheerlichung der Waffen gesetzt. Die Reichstagsmitglieder, welche für die Absetzung des Hauses Romanow gestimmt hatten, wurden nach Sibirien geschickt. Die meisten Führer waren ins Ausland gegangen, um in Frankreich, Italien, England, in der Schweiz oder Amerika auf bessere Zeiten zu warten. Ihre Güter wurden eingezogen, was allein bei Czartoryski gegen 20 Millionen polnischer Gulden ausmachte.

Auch gegen die polnische Sprache und die Bildungsanstalten wurde ein Vernichtungskrieg geführt. Die Universitäten von Warschau und Wilna wurden auf einige Zeit aufgehoben, alle Schulen auf russischem Fuß eingerichtet, die Erlernung der russischen Sprache und Geschichte zu einem Hauptgegenstand des Unterrichts gemacht und an die Spitze der höheren Lehranstalten russische Offiziere gestellt. Der Ausbreitung der griechischen Religion über das katholische Polen wurde aller Vorschub geleistet und bei gemischten Ehen die Kinder in der griechischen Religion erzogen. Es herrschte ein Schreckenssystem, das an die schlimmste Willkürherrschaft eines türkischen Pascha erinnerte. An weiteren Revolutionen konnte es unter solchen Umständen nicht fehlen.

Die Stellung Rußlands in Europa war seit der Niederwerfung der polnischen Revolution eine andere als früher. Dies hatte namentlich Deutschland zu fühlen, von dessen Fürstenhäusern viele mit dem russischen Hof verschwägert waren. Selbst Osterreich und Preußen entwandten sich nur mit Mühe der eisernen Faust des



neuen Vormünder; den kleineren Staaten wurde dies weniger leicht. Neben der Staatskanzlei zu Wien war nun auch das geheime Kabinett von Petersburg bereit, den Fürsten und Ministern „gute“ Ratschläge zu geben. Man sah es der Reaktion, welche wieder über Deutschland und das übrige Europa hereinbrach, wohl an, welche mächtigen Rückhalt sie habe. Der Name „Nikolaus“ bedeutete nicht bloß für Polen, sondern auch für manchen anderen Staat Stagnation, Rückschritt, Grabesruhe.

Aber nicht bloß nach dem westlichen Europa richtete Rußland seine Blicke, sondern auch nach Asien. Wollte es gegen Zentralasien vordringen und als Nebenbuhler Englands auftreten, so war ihm der Besitz des Kaukasus notwendig, wo freiheitsliebende und kriegerische Völkerschaften, Tscherkessen, Tschetschenen, Lesghier und andere wohnten. Auf den Friedensvertrag von Adrianopel vom Jahr 1829, wenn auch mit wenig Berechtigung, sich stützend, begann Rußland 1834, den dortigen Krieg ernstlicher zu führen, erlitt aber, besonders durch den unermüdblichen Schamyl, den Führer der Tschetschenen, bedeutende Verluste, so 1845 unter Fürst Woronzow. Von allen Seiten eingeschlossen, mußte sich Schamyl 1859 an den General Variatynski ergeben und, unter der edelmütigen Behandlung Kaiser Alexanders II., seinen Aufenthalt in Kaluga nehmen. Erst 1864 wurde die gänzliche Unterwerfung der Kaukasusvölker beendet. Das Vordringen Rußlands gegen Turan war anfangs nicht vom Glück begünstigt. Die gegen Khiva gerichtete Expedition des Generals Perowski mit 20 000 Mann und 10 000 Kamelen ging in den Steppen zwischen dem Kaspischen Meer und dem Aralsee im Schneegestöber des Winters 1840 zu Grunde. Doch wurde dieser Verlust durch die Erfolge der nächsten Jahrzehnte hinlänglich ersetzt.

## § 9.

### Spanien und Portugal.

Kaum hatte König Ferdinand VII. am 29. Septbr. 1833 die Augen geschlossen, so rief die apostolische Partei im Norden Spaniens, besonders in Navarra und den baskischen Provinzen, Don Karlos, den Bruder des Königs, als König Karl V. aus. Um den Karlisten, welche sich für den Absolutismus und das Pfaffenlum schlugen, erfolgreichen Widerstand zu leisten, blieb der

Regentin Marie Christine nichts übrig, als der liberalen Partei sich in die Arme zu werfen. So wurde der siebenjährige Kampf zwischen Karlisten und Christinos aus einem Thronstreit zu einem Bürgerkrieg und Prinzipienstreit. Die Karlisten hatten durch die Tüchtigkeit ihres Generals Zumalacarregun, welchem die Christinos keinen ebenbürtigen Führer entgegenstellen konnten, anfangs die Oberhand im Feld. Von Portugal aus, wo Don Karlos bei seinem Neffen, Don Miguel, sich aufhielt, bedrohte jener die Grenzen Spaniens. Daher wandte sich Christine an England und Frankreich, und zwischen diesen Staaten und Spanien und Portugal wurde in London die Quadrupelallianz vom 22. April 1834 geschlossen, deren Zweck war, die konstitutionellen Throne Isabellas und Maria da Glorias aufrecht zu erhalten und die beiden Prätendenten Karlos und Miguel zu vertreiben. Noch in jenem Jahre mußten beide Herren, die sich der Gunst der Ostmächte und des Papstes in hohem Grade zu erfreuen hatten, Portugal verlassen. Karlos begab sich im Juni auf einem englischen Schiffe nach England, verließ aber dasselbe im Juli und erschien, nach einer abenteuerlichen Reise durch Frankreich, plötzlich in Navarra, den Mut der Seinigen durch die königliche Gegenwart belebend. Der Krieg wurde von beiden Seiten mit Leidenschaft und Grausamkeit geführt. Nach dem Tode Zumalacarreguns, welcher bei der Belagerung von Bilbao am 14. Juni 1835 sein Leben verlor, schienen die Christinos, welche an Truppenzahl überlegen waren, im Vorteil zu sein. Aber gegen den rastlosen Cabrera, welcher eben die erste geistliche Weihe empfangen hatte und in das Lager des Prätendenten übergegangen war, konnten die Christinos wenig ausrichten. Er war der gewandteste Guerillaführer. Der Wendepunkt erfolgte erst mit der Übertragung des Oberbefehls über die christinische Armee an Espartero. Dieser schlug 1836 die Karlisten in der mörderischen Schlacht bei Luchana, eilte, als Karlos 1837 bis in die Nähe von Madrid vordrang, der Hauptstadt zu Hilfe und zwang Karlos zum Rückzug.

Zu diesen Verlusten gesellte sich noch die Uneinigkeit im eigenen Lager. Der gänzlich unfähige, unselbständige Prätendent war das Werkzeug seiner Kamarilla, die bei der Übertragung des Oberbefehls mehr auf Tüchtigkeit im Katechismus als in der Kriegskunst sah, die fähigsten Generale entsetzte und ihre Kreaturen an-

stellte. Sagte doch der neue Oberfeldherr Guergué geradezu zu Karlos: „Wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge, haben noch Eure Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Klasse gehört, ist ein Verräter.“ Dieser apostolische Held wurde 1838 einigemal von Espartero geschlagen, was allmählich die nördlichen Provinzen von ihrer Begeisterung abkühlte. Er wurde abgesetzt und der Oberbefehl dem schlauen Maroto übertragen, welcher, ein Feind der Kamarilla, sich gegen ihre fortwährenden Angriffe nur durch große Siege hätte halten können. Da es ihm nicht gelang, solche gegen den überlegenen Espartero zu erringen, so schloß er mit ihm am 31. August 1839 den Vertrag von Bergara, wonach er mit seinem Heere zu den Christinos überging und dafür Amnestie und die Bestätigung der baskischen und navarresischen Freiheiten auswirkte. Damit war die Sache des Don Karlos unrettbar verloren. Derselbe begab sich mit vielen der Seinigen im September nach Frankreich, mußte dort sechs Jahre unter polizeilicher Aufsicht in der Stadt Bourges zubringen und erhielt erst 1845, nachdem er seine Ansprüche an seinen ältesten Sohn, den Grafen von Montemolin, abgetreten hatte, die Erlaubnis zur Abreise, worauf er sich nach Italien begab und den Titel „Graf von Molina“ annahm. Am 10. März 1855 starb er in Triest. Seine Anhänger setzten in Katalonien noch eine Zeitlang den Kampf unter Cabrera fort. Aber auch sie wurden von Espartero überwältigt und mußten im Juli 1840, etwa 8000 Mann stark, nach Frankreich flüchten, wo sie überwacht wurden. Der Bürgerkrieg war nun zu Ende, aber der Streit dauerte fort. Espartero, zum Siegesherzog (Herzog von Vittoria) ernannt, war die bedeutendste und populärste Persönlichkeit in Spanien, mit welcher jedermann, selbst die Regentin, rechnen mußte.

Diese hatte inzwischen weder durch ihr Privatleben noch durch ihre politische Haltung die Liebe und Achtung der Spanier sich zu verschaffen gemußt. Ihre liberalen Anwandlungen gingen nicht tief und machten, sobald die augenblickliche Not vorüber war, der entgegengesetzten Richtung Platz. Bei dem Zunehmen des karlistischen Aufstandes hatte sie 1834 den früher verfolgten, als Dichter und Schriftsteller bekannten Martínez de la Rosa an die Spitze des Ministeriums gestellt und dem Lande eine Verfassung gegeben, die niemand befriedigte. Die Kortes kamen nach langer Pause wieder

zusammen: sie schieden sich in die zwei feindlichen Parteien der Moderados und der Progressisten (Gemäßigte und Fortschrittmänner). Rasch wechselten die Ministerien: Toreno, Mendizabal, Isturiz lösten sich ab. Bei dem trostlosen Zustand der Finanzen und aus Opposition gegen die apostolisch-karlistische Partei verlangten die Progressisten Aufhebung der Mönchsorden und Einziehung ihrer Güter, was auch teilweise ausgeführt wurde. In einzelnen Städten kam es zu blutigen Exzessen; Klöster wurden zerstört, Mönche und Nonnen ermordet, Pfaffen und Jesuiten über die Grenze gejagt. Das beständige Schwanken, die häufigen Cortes-Auflösungen vermehrten die Unzufriedenheit; die Progressisten fürchteten 1836 eine Reaktion und wollten zuvorkommen. Aufstände in den größeren Städten wurden organisiert, die Verfassung von 1812 auf das Programm geschrieben. Die Regierung antwortete mit Verhängung des Belagerungszustandes über Madrid, mit Auflösung der Nationalgarde. Da brach der Aufstand in der Sommerresidenz La Granja aus, wohin sich Christine mit dem Hof zurückgezogen hatte. Gardesoldaten drangen in den Palast und zwangen sie zur Einführung der Verfassung von 1812. Eine konstituierende Versammlung beriet eine Revision derselben, und so entstand die neue Verfassung von 1837. Christine beschwor sie, hoffte aber durch Überwachung der Wahlen die Moderados in die Cortes und in das Ministerium zu bringen. Als ihr dies 1840 gelang, erließ sie ein Gemeindegesetz, wonach die Wahl der Gemeindebehörden in die Hände der Regierung gelegt wurde. Dies veranlaßte einen Aufstand in Madrid und anderen Städten, und als Christine dem eben als Sieger zurückkehrenden Espartero den Auftrag gab, den Aufstand in Madrid zu unterdrücken, weigerte er sich, sich zum Werkzeug einer unvolkstümlichen Politik herzugeben. Und doch war er der einzige Mann, welcher die überall drohende Revolution zurückhalten konnte. So mußte sie am 16. Septbr. 1840 Espartero zum Ministerpräsidenten ernennen. Er wählte lauter Progressisten in sein Ministerium, hielt am 29. September einen Triumph-Einzug in Madrid und legte am 5. Oktober der Regentin in Valencia sein Programm vor, welches Zurücknahme des Gemeindegesetzes, Auflösung der Cortes und Verabschiedung der Kamaria verlangte. Unter solchen Verhältnissen hatte für Christine die Regenschaft wenig Reiz mehr. Auch andere Gründe wirkten mit.

Sie hatte bald nach dem Tode ihres Gemahls einem schönen Leibgardisten, Namens Munnoz, ihre Gunst zugewandt, ihn zum Kammerherrn ernannt und sich heimlich mit ihm trauen lassen. Das Verhältnis äußerte sich bald in einem reichen Kinderlegen, aber erst im Jahr 1844 fand die öffentliche Vermählung und die Erhebung Munnoz' zum Herzog von Rianzares und zum Granden von Spanien statt. Durch diesen Lebenswandel hatte sie ihre Achtung als Weib verscherzt, und Angriffen jeder Art bloßgestellt, zog sie es vor, das Land zu räumen. Sie dankte am 12. Oktober als Regentin ab und reiste nach Frankreich.

Die neugewählten Cortes ernannten am 8. Mai 1841 Ezpartero zum Regenten Spaniens für die Zeit der Minderjährigkeit der Königin Isabella und Arguelles zu ihrem und ihrer Schwester, der Infantin Luise Fernanda, Vormund. Auch zeigte er sich dieser Stellung nicht unwürdig, suchte in allen Zweigen der Staatsverwaltung Ordnung herzustellen und auch gegenüber der Geistlichkeit und dem Papste seine Würde zu wahren. Aber in einem Lande, wo es noch heute Sitte ist, daß ein populärer Offizier mit ein paar Regimentern unter einem beliebigen Programm der Regierung den Gehorsam aufkündigt, ist es, zumal für einen Emporkömmling, schwer, sich lange zu halten. Da Ezpartero mußte, wie sehr Christine, von Louis Philipp unterstützt, durch ihren Einfluß und ihr Geld ihm entgegenarbeitete, so schloß er sich mehr an England an, woraus seine Neider und Nebenbuhler ihm den Vorwurf machten, daß er die spanischen Handelsinteressen an England verkaufe. Daß er 1842 das aufrührerische Barcelona durch Beschießung zur Ruhe brachte, wurde ihm als Tyrannei ausgelegt. Neue Aufstände erhoben sich 1843 im Süden; Oberst Prim eilte nach Katalonien und stellte sich an die Spitze der Soldaten, die von den Agenten der Königin Christine durch reichliche Geldspenden gewonnen waren; der heftigste Feind Ezparteros, der General Narvaez, landete in Valencia und zog mit den Truppen in Madrid ein. Ezpartero, gegen welchen sich Moderados und Progressisten verschworen hatten, sah sich verlassen und schiffte sich am 26. Juli 1843 in Cadix nach England ein, von wo er erst 1848 wieder in sein Vaterland zurückkehren durfte.

Im November 1843 wurde die 13jährige Isabella für volljährig erklärt. Sie übernahm die Regierung, machte den zum

Herzog von Valencia erhobenen Marvaez zum Ministerpräsidenten und rief ihre Mutter zurück. Damit war dem französischen Einfluß, dem Spiel der Intrigen, der Reaktion Thüre und Thor geöffnet. Die Verfassung von 1837 wurde 1845 zu Gunsten des Absolutismus abgeändert, die Pressfreiheit beschränkt, die Nationalgarde aufgehoben und die Cortes noch mehr als in Frankreich zu einer Scheinexistenz herabgedrückt. Um seinem Hause einen dauernden Einfluß in Spanien zu sichern und demselben Anwartschaft auf den spanischen Thron zu verschaffen, brachte es Louis Philipp im Einverständnis mit Christine dahin, daß am 10. Oktober 1846 Isabella sich mit ihrem Vetter Franz von Assis, die Infantin Luise mit dem Herzog von Montpensier, dem jüngsten seiner Söhne, vermählte. (Anfangs hatte Louis Philipp den Plan, auch Isabella mit einem seiner Söhne, dem Herzog von Aumale, zu vermählen, gab ihn aber wegen des entschiedenen Einspruchs des Palmerston'schen Kabinetts auf und wählte nun für Isabella in Franz von Assis diejenige Persönlichkeit aus, welche vermöge ihrer geistigen und körperlichen Schwäche seinem Sohne Montpensier am wenigsten im Wege stand.) Diese ganz im geheimen betriebene Heirat kostete Louis Philipp die Freundschaft des englischen Kabinetts. Die schlecht erzogene, lebenslustige, in den Fußstapfen ihrer Mutter wandelnde Isabella fand ihren Gemahl Franz bald zum Sterben langweilig, dagegen den jungen, progressivistischen General Serrano so schön und liebenswürdig, daß sie sich im Juli 1847 mit ihm und anderen Offizieren in La Granja vergnügte, während Franz auf dem Jagdschloß Barbo sich zum Einsiedlerleben gezwungen sah. Die Ehe war eine sehr unglückliche, die Legitimität der königlichen Kinder (Prinz Alfons von Asturien wurde am 28. November 1857 geboren) wurde stark bezweifelt, und Christine, den bösen Geist Spaniens, sah man bald fliehen, bald kommen. Kriegerische Lorbeeren erwarb sich die spanische Regierung im Winter 1860, wo General D'Donnell (Herzog von Tetuan) einen glücklichen Krieg mit Marokko führte.

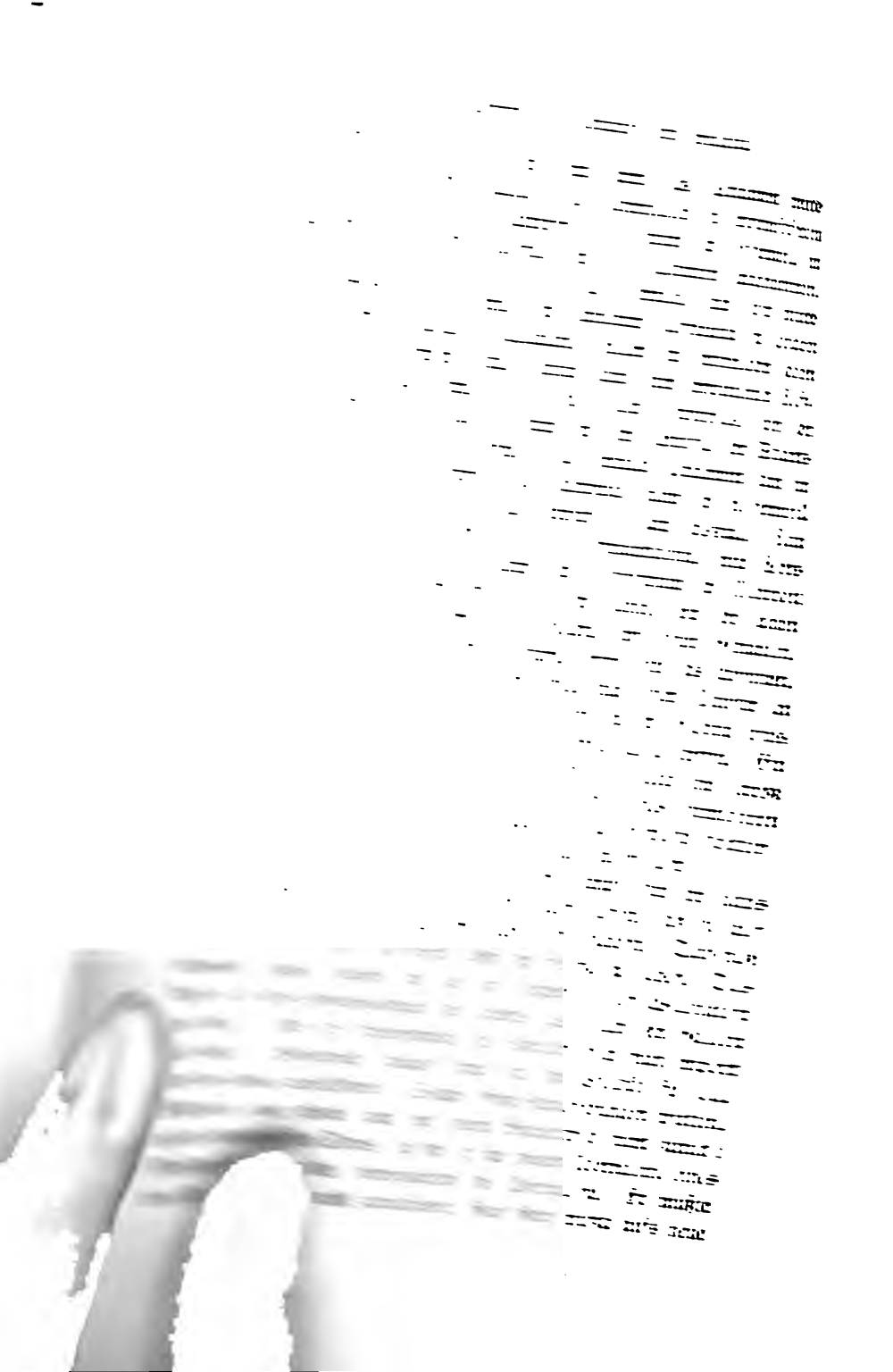
Die politischen Verhältnisse Portugals nahmen einen ähnlichen Verlauf wie in Spanien. Auf die Nachricht von den Vorgängen in La Granja ertönte am 9. September 1836 in Lissabon der Ruf: „Es lebe die Konstitution von 1820!“ Die Königin Maria da Gloria mußte ein Ministerium von „Septembristen“ und eine

konstituierende Versammlung berufen, welche 1838 die Verfassung in gemäßigtem Sinn umänderte. Vier Jahre darauf wurde diese wieder umgestoßen, die Charte Don Pedros vom Jahr 1826 hervorgesucht, unter dem Herzog von Terceira und dem Grafen Thomar (Costa Cabral) ein strenges Regiment geführt, das ausgefogene Land durch Steuerdruck erbittert, und als ein neuer Aufstand das ganze Land ergriff, kam die Königin in solche Not, daß sie 1847 die Intervention der drei Mächte, mit welchen sie die Quadrupelallianz geschlossen hatte, anrief. Mit Hilfe einer englischen Flotte und eines spanischen Landheeres bewältigte sie den Aufstand. Mehrere Jahre verfloßen unter der Rivalität des Grafen Thomar und des Herzogs von Saldanha, welche sich nach ihren spanischen Vorbildern bekämpften und verdrängten. Als unter Saldanhas kräftiger Regierung nach und nach Ruhe ins Land kam, starb die 33jährige Königin am 15. November 1853. Ihr Gemahl, Ferdinand von Koburg, führte die Regentschaft für seinen noch unmündigen Sohn, welcher am 17. September 1855 als Don Pedro V. den Thron von Portugal bestieg. Dieser starb schon 1861, worauf ihm sein Bruder Luiz, der jetzige König, folgte.

## § 10.

## England.

Die nächste Frage, welche ganz Großbritannien und Irland beschäftigte, war die Parlamentsreform. Der neue Premierminister, Graf Grey, hielt sein Wort, ließ am 3. Februar 1831 durch Lord Russell die Reformbill vor das Unterhaus bringen und erklärte, mit ihr stehen und fallen zu wollen. Nach dieser Bill sollte den „verrotteten Flecken“ ihr Wahlrecht genommen, dasselbe auf die bevölkerten Städte übertragen und die Wahlberechtigung an einen niedrigeren Jensus geknüpft werden. Von radikalen Vorschlägen war darin gar keine Rede, die ärmeren Klassen waren nach wie vor nicht wahlberechtigt, die Aristokratie behielt ein Übergewicht, nur sollte der wohlhabende Mittelstand vom Unterhaus nicht mehr ausgeschlossen sein. Die Sitzungen des Unterhauses waren sehr stürmisch. Für den Antrag sprach der berühmte Geschichtschreiber Macaulay und der irische Agitator D'Connell, dagegen Robert Peel, der Sohn des Baumwollspinners, nebst Wellington eine Säule der





berufen werden, nahm aber das Ministerium nur unter der Bedingung der Ermächtigung zu einem neuen Peersschub an. So weit wollten es die Tories, welche darin eine „Vernichtung der Unabhängigkeit des Oberhauses“ sahen, nicht kommen lassen, die eifrigsten entzogen sich der Abstimmung, und so ging die Reformbill am 4. Juni 1832 auch im Oberhaus durch und wurde vom König bestätigt. Die Zahl der Wähler wurde durch diese Reform auf eine Million erhöht. Dies war eine Niederlage der Aristokratie, auf welche noch andere folgen mußten, wenn der Bürger des 19. Jahrhunderts den Aufenthalt in England wohnlich finden sollte. Es war zu hoffen, daß auf dem gleichen Wege der Reform noch manche Bresche in den englischen Feudalismus geschossen werde.

Nicht die Masse des Volkes, sondern nur die Mittelklassen hatten von der Reformbill einen greifbaren Nutzen. Wie vorher diese, so glaubte nun auch jene berechtigt zu sein, politische Gleichstellung mit den oberen Ständen zu fordern. Die von den Reformern sich abzweigende Partei der Radikalen, welche der Parlamentsreform eine noch breitere Unterlage geben wollte, schloß sich an die zahlreichen Arbeitervereine an, und diese neue sozial-politische Partei stellte in der „Volksscharte,“ woher ihre Mitglieder den Namen „Chartisten“ erhielten, folgende fünf Artikel als ihre Forderung auf: allgemeines Stimmrecht, geheime Abstimmung, jährliche Parlamente, Abschaffung des Zensus als Maßstab für die Wahlen, Taggelde für die Unterhausmitglieder. O'Connell, Gume, Attwood, der irische Advokat O'Connor betrieben die Agitation in Volksversammlungen, in der Presse und im Unterhaus. In Manchester sprach sich eine Versammlung von angeblich 300,000 Menschen, in Bath ein Meeting von 4000 Frauen dafür aus. Ein Chartistenausschuß wurde gebildet und übergab 1839 die mit 1285000 Unterschriften versehene „Nationalpetition“, die auf einem Lastwagen transportiert werden mußte, dem Unterhaus, und Attwood empfahl die „gewichtige“ Petition um Gewährung der Volksscharte. Die Ablehnung des Antrags verursachte eine kaum zu beschwichtigende Aufregung unter den arbeitenden Klassen. Auf ihre numerische Überlegenheit vertrauend, suchten die Chartisten nach der Februarrevolution von 1848 einen neuen Druck auf Regierung und Parlament auszuüben, eine Petition von fünf Millionen ankündigend. Aber der ganze Mittelstand trat ihnen mit solcher Entschlossenheit ent-

gegen, daß O'Connors Bemühungen auch diesmal vergeblich waren. Die Zeit des „vierten“ Standes war noch nicht gekommen. Doch war der Einfluß der chartistischen Bewegung auf den Gang der parlamentarischen Thätigkeit nicht zu verkennen. Dies zeigte sich am meisten bei dem Verlangen nach Aufhebung der Korngesetze, welche, trotz des Widerstandes der als Grundeigentümerin dabei interessierten Aristokratie, im Jahr 1846 von Robert Peel angekündigt und in beiden Häusern durchgesetzt wurde. Diesen Erfolg hatte die Nation hauptsächlich dem großen Verfechter des Freihandelsystems zu verdanken, Richard Cobden, welcher als Knabe die Schafe gehütet hatte und sich zum ersten Nationalökonom Englands aufschwang.

Die nächste große Frage, welche dringend eine Lösung erheischte, war die irische. Trotz der Emanzipationsbill von 1829, welche den Katholiken den Eintritt in das Unterhaus möglich machte, dauerten noch die schreiendsten Ungerechtigkeiten gegen die Irländer fort. Noch war das reiche katholische Kirchengut im Besitz der protestantischen Kirche, noch mußten die 6 Millionen katholischer Irländer den anglikanischen Geistlichen den Zehnten geben und die Stolgebühren bezahlen, während die Geistlichkeit und das Schulwesen der Katholiken, durch Privatbesteuer unterhalten, ein kümmerliches Dasein fristete; noch waren alle Geschworenengerichte nur aus Protestanten zusammengesetzt. Die erste Forderung der Irländer war die Abschaffung des gehässigen Zehnten. O'Connell, um das Übel an seiner Wurzel zu fassen, begeisterte seine Landsleute für Repeal, für Widerruf der legislativen Union Irlands und Englands, für Einsetzung eines abgesonderten irischen Parlaments. Das Wort Repeal war in wenigen Monaten das Lösungswort aller Irländer, über das ganze Land ein Netz von Repealvereinen ausgebreitet; aber wenngleich O'Connell über seine Landsleute wie ein Feldherr gebieten konnte und in den Riesensammlungen (Monster-meetings) Tausende sein Wort wie ein Evangelium aufnahmen, so war er doch schlau genug, die Grenzen der Gesellichkeit nicht zu überschreiten. Doch wuchs ihm die heraufbeschworene Bewegung nach und nach über den Kopf. Der Zehnte wurde vielfach nicht mehr entrichtet, den Auspflandungen Widerstand geleistet, mit Mord und Brand an den verhassten „Sachsen“ Rache genommen.

Auch hier brauchte es, um das englische „Polen“ aus einem künstlichen zu einem natürlichen und gesunden Glied des Staatskörpers zu machen, durchgreifender Reformen auf kirchlichem und politischem Gebiete. Aber an dem Unverstand der anglikanischen Geistlichkeit, die wie in den Stuartschen Zeiten über Papiasmus schrie, und an der Böswilligkeit der Tories, welche ihre Macht-sphäre und ihre Geldsäcke bedroht sahen, scheiterte jede liberale Maßregel. Nur tropfenweise konnten dem Parlament die Linderungsmittel der irischen Not ausgepreßt werden. Das Ministerium Grey brachte gegen die irischen Ausschreitungen die irische Zwangsbill ein, welche dem Vizekönig von Irland das Recht der Verhängung des Belagerungszustandes gab, und diese Bill mußte mehrmals erneuert werden; aber die tiefe irische Wunde war damit nicht geheilt, nur verstopft. Die irische Zehntbill, von den whiggistischen Ministerien vorgelegt, ging im Jahr 1838 nur verstümmelt aus den Parlamentsdebatten hervor. Was den Irländern an Zehnten erlassen war, wurde auf die Grundeigentümer gewälzt, welche sich durch Erhöhung des Pachtgelds wieder schadlos hielten. Und wenn Lord Russell die Überschüsse des irischen Kircheneinkommens zur allgemeinen Verbesserung des Erziehungswesens in Irland, also hauptsächlich für Schulzwecke verwenden wollte, so schrieen die Hochkirchlichen über Profanation, und der Antrag fiel durch. Kein Wunder, daß der Ruf nach Repeal auf der grünen Insel nie erlosch, auch nicht nach dem 1847 erfolgten Tod des großen Agitators, und daß die Hungersnot von 1846 und die französische Revolution von 1848 den Brand aufs neue anfachten, worauf die Regierung die irischen Mißstände, anstatt sie zu heilen, durch Militär zu überwältigen unternahm. Der neue Agitator O'Brien wurde als Hochverräter nach Australien deportiert, später begnadigt und durfte 1864 in der Heimat sterben. Die Verschwörung der „Fenier“, welche von irisch-amerikanischen Revolutionsmännern ausging und in den sechziger Jahren, teils in Irland, teils in Canada, Englands Herrschaft zu bekämpfen suchte, hatte gleichfalls die Losreißung Irlands von England zum Zweck, aber durchaus keinen Erfolg. Rühmend zu erwähnen ist die 1833 unter dem Ministerium Grey eingebrachte Sklaven-Emanzipationsbill, wonach die Sklaven in den westindischen Kolonien nach kurzer „Lehrzeit“ zu freien Menschen herangebildet und den Eigentümern derselben eine

Entschädigung von 20 Millionen Pfund bewilligt wurde. Auch war es ein ungeheurer Fortschritt, daß die Juden, welche seit 1828 zu den Gemeindeämtern zugelassen wurden, 1857 auch Eintritt in das Unterhaus erhielten, eine Neuerung, welche wohl dem Respekt vor der Geldmacht zuzuschreiben war. Baron Nathan von Rothschild war der erste Jude, welcher als Abgeordneter in das Unterhaus eintrat.

An der Schrofheit der englisch-irischen Gegensätze hatte der Bund der Dranienmänner viele Schuld. Zur Zeit Wilhelms von Dranien zur Aufrechthaltung der englischen Gesetze und des Protestantismus gegründet, trat er in neuerer Zeit, seitdem die irische Frage wieder auftauchte, wieder hervor. Alle Tories traten ihm bei, es wurden Logen, wie bei den Freimaurern, errichtet, die Mitgliederzahl stieg auf 300 000 und erstreckte sich auch auf die Armee. Das Ideal dieser Partei und das Haupt des Bundes war des Königs Bruder, der Herzog von Cumberland, welcher bald darauf als König von Hannover durch den Verfassungskstreit eine traurige Berühmtheit erlangte. Die Pläne des mächtigen Bundes erstreckten sich zuletzt nicht mehr bloß darauf, in Irland das protestantische Übergewicht zu erhalten, sondern auch auf eine Stärkung und Erhaltung der toristischen Herrschaft in England. Mit Schauern dachten die Tories an den Tod des kinderlosen und kränklichen Königs, Wilhelms IV., welchem nach englischem Gesetze seine Nichte Viktoria, die Tochter seines ältesten Bruders, des verstorbenen Herzogs von Kent, auf dem Throne folgen sollte. Da diese in Whiggrundsätzen auferzogen und als Nichte des Königs Leopold von Belgien mit liberalen Ideen vertraut war, so durften die Tories auf eine Verminderung ihres Einflusses rechnen, während der Herzog von Cumberland ganz der Mann gewesen wäre, als König die extremsten Grundsätze ihrer Partei mit der Starrköpfigkeit eines Karls X. und dem Leichtfinn Polignacs durchzuführen oder wenigstens es zu versuchen. Man schreibt ihnen daher den Plan zu, das Thronfolgegesez umzustößen und den Herzog auf den Thron zu setzen. Der radikale Hume brachte die Sache vor das Parlament und beantragte die Aufhebung der sogenannten Orangelogen. Die Gerüchte von den Umtrieben des Bundes erregten solches Aufsehen und so böses Blut, daß der Herzog von Cumberland sich genötigt sah, seiner Partei die Auflösung des Bundes

1836 selbst zu empfehlen. König Wilhelm starb am 20. Juni 1837, Viktoria bestieg den Thron, und die kontinentalen Prinzen begannen über den Kanal hinüber nach dem St. Jamespalast eine fromme Wallfahrt, um sich der königlichen Jungfrau vorzustellen. Prinz Albert von Sachsen-Koburg, Neffe des belgischen Königs, durch edle Männlichkeit und seine Bildung ausgezeichnet, war der Auserwählte, mit welchem sich Viktoria 1840 vermählte und eine sehr glückliche Ehe führte. Der Prinzgemahl, welcher unter den auf seinen natürlichen Einfluß eifersüchtigen Engländern eine schwierige Stellung hatte, aber durch seine Einsicht und seinen Takt sich die allgemeine Achtung zu erwerben wußte, starb am 14. Dezember 1861, von der Königin ihr ganzes Leben hindurch betrauert.

Unter der Regierung der Königin Viktoria dehnten sich die Herrschaft und die Handelsverbindungen der Engländer in Asien bedeutend aus. Schon 1824 hatten sie angefangen, sich in Hinterindien festzusetzen, im Krieg mit den Birmanen die Landschaften Arafan und Affam und 1852 Pegu samt dem Küstenstrich weggenommen. Das Vordringen Rußlands verwickelte sie in einen Krieg mit den Afghanen, unter denen sie 1839 einen befreundeten Fürsten als Emir einsetzten. Aber von Rußland aufgehetzt, erhoben sich die Afghanen 1841, das englische Heer wurde zum Rückzug genötigt, und fast ganz aufgerieben. Die Engländer nahmen im Feldzug von 1842 Rache, verwüsteten das Land, zerstörten die Städte Kandahar und Kabul, räumten aber wieder das entlegene Gebiet. Dagegen unterwarfen sie sich 1843 Sindh, das Mündungsland des Indus, und nach einem mehrjährigen Kriege, 1844—1849, das Land der Sikhs, Pendschab mit der Stadt Lahore, wo sie ungeheure Schätze erbeuteten, darunter den größten Diamant Kohinor (Lichtberg). Ein Streit wegen des Opiumhandels, welchen die Chinesen verboten, verwickelte die Engländer 1840 in einen Krieg mit China, in welchem sie Kanton eroberten, Nanjing bedrohten und dadurch die Chinesen 1842 zum Frieden von Nanjing zwangen. Durch diesen wurde den Engländern die Insel Hongkong abgetreten, fünf chinesische Häfen dem Handel eröffnet, und der Handel mit dem entnervenden Opium mußte fortbestehen. Während in China durch den Aufstand der Taiping ein Krieg im Innern sich erhob, gab das rücksichtslose Auftreten des Gouverneurs von Kanton, Jeh, Veranlassung zu einem Angriff der Engländer und Franzosen

auf diese Stadt, welche 1857 erobert wurde. Das Einlaufen der verbündeten Flotte in den Peihofluß erzwang 1858 den Frieden von Tientsin, und als dieser nicht eingehalten wurde, ging 1860 eine neue englisch-französische Expedition ab. Die Peihoforts wurden erobert, die Chinesen im offenen Feld geschlagen, der kaiserliche Sommerpalast von den Franzosen ausgeplündert, die Hauptstadt Peking mit einer Beschießung bedroht und dadurch ein neuer Friede hergestellt, wodurch weitere Häfen dem Handel eröffnet wurden und das früher so abgeschlossene „himmlische Reich der Mitte“ in einen lebendigen Verkehr mit den europäischen Staaten kam. Auch die in gleicher Absonderung lebenden Japanen eröffneten 1854 den Engländern und darauf anderen Nationen einige Häfen, wozu 1851 die entschiedene Erklärung des nordamerikanischen Präsidenten Fillmore, „daß keine Nation das Recht habe, sich gegen jeden Handelsverkehr mit anderen Nationen abzuschließen,“ den Anstoß gab.

### § 11.

#### Die Türkei und Ägypten.

Bei keiner der europäischen Fragen war England so interessiert wie bei der orientalischen, welche durch das feste Zugreifen eines türkischen Vasallen in eine neue Phase trat. Der Friede von Adrianopel (1829) hatte das Ansehen der Pforte tief herabgedrückt, die Aufstände mehrten sich, in Bosnien und Albanien mußten türkische Heere einmarschieren. In diesen und allen andern Streitigkeiten, wodurch der Pforte Verlegenheiten erwuchsen, hatte der herrschsüchtige Mehemed Ali, Pascha von Ägypten, seine Hand. Er hatte als Lohn für seine Dienste gegen die Griechen das Paschalik von Damaskus verlangt. Sultan Mahmud II. hatte ihm dies abgeschlagen und nur das versprochene Kreta (Kandia) gegeben. Daher suchte sich Mehemed Ali, während die Westmächte mit den Folgen der Julirevolution beschäftigt waren und ganz Europa einem neuen Umsturz entgegenzugehen schien, seine Beute selbst zu holen. Infolge eines von jenem angefangenen Streites mit Abdallah, dem Pascha von Akre, überschritt der durch seine barbarische Kriegsführung im Peloponnes berühmte Ibrahim Pascha am 20. Oktober 1831 mit einem auf europäischem Fuße eingerichteten Heere die ägyptische Grenze, nahm ohne Widerstand Gaza, Jaffa, Jerusalem

und belagerte das von Abballah entschlossen verteidigte Akre. Mehemed Ali erhielt vom Sultan den Befehl, Syrien zu räumen, und da jener nicht gehorchte, sondern sogar die Abtretung der beiden Paschaliks von Damaskus und von Akre verlangte, wurde er samt seinem Sohne Ibrahim in die Acht erklärt. Aber der letztere machte in seinen Operationen weiter, nahm Akre am 25. Mai 1832 mit Sturm und zog in Damaskus ein. Inzwischen war ein türkisches Heer unter Hussein Pascha in Syrien eingerückt. Zuerst wurde der Unterfeldherr Mehemed Pascha am 9. Juli bei Homs, dann Hussein selbst, der den Schlag wieder gut machen wollte, am 27. Juli bei Beylan von Ibrahim geschlagen, das Heer zersprengt. Auf dies hin schickte der Sultan den Großwesir Reschid Pascha, welcher bei Bezwingung der Bosnier und Albanesen sich sehr tüchtig gezeigt hatte, mit einem neuen Heere gegen Ibrahim. Aber auch Reschid, welcher mit der Eifersucht des Seraskiers Chosrew Pascha zu kämpfen hatte und nicht genug Truppen erhielt, wurde am 20. Dezember 1832 bei Konieh gänzlich geschlagen und geriet selbst in Gefangenschaft. Der Sultan war in einer bedenklichen Lage. Er konnte im Augenblick kein bedeutendes Heer mehr aufbringen. Ibrahim dagegen hatte 100 000 Mann tüchtig geschulter Truppen. Der Weg nach Konstantinopel stand ihm offen. Die kühnsten Wünsche seines Vaters, die sich wohl auf die Besitznahme des Kaiserthrones erstreckten, waren der Erfüllung nahe.

Rußland, welches viele Gründe hatte, ein solches Ergebnis nicht zu wünschen, wollte die Not des Sultans für sein eigenes Interesse ausbeuten. Es trug ihm seine Hilfe an, und verlassen wie er war, mußte er das Danaergeschenk annehmen. Es war schon alles in Bereitschaft. Eine russische Flotte erschien im Bosphorus, landete Truppen bei Skutari, und von der Donau her war ein russisches Heer im Anmarsch, um Konstantinopel zu decken. Was Peter der Große und Katharina II. als russische Politik festgestellt hatten, das griechische Kreuz auf der Sophienkirche in Konstantinopel aufzupflanzen, schien sich hier in den Formen der uneigennützigsten Freundschaft und des großmütigsten Wohlwollens in Szene zu setzen.

Jetzt erst merkten England und Frankreich, wie gefährlich es sei, über dem Studium der belgisch-holländischen Frage den Orient zu vergessen. Ihre Gesandten hatten vollauf zu thun, durch einen

Herzog von Valencia erhobenen Narvaez zum Ministerpräsidenten und rief ihre Mutter zurück. Damit war dem französischen Einfluß, dem Spiel der Intrigen, der Reaktion Thüre und Thor geöffnet. Die Verfassung von 1837 wurde 1845 zu Gunsten des Absolutismus abgeändert, die Pressfreiheit beschränkt, die Nationalgarde aufgehoben und die Cortes noch mehr als in Frankreich zu einer Scheinexistenz herabgedrückt. Um seinem Hause einen dauernden Einfluß in Spanien zu sichern und demselben Anwartschaft auf den spanischen Thron zu verschaffen, brachte es Louis Philipp im Einverständnis mit Christine dahin, daß am 10. Oktober 1846 Isabella sich mit ihrem Vetter Franz von Assis, die Infantin Luise mit dem Herzog von Montpensier, dem jüngsten seiner Söhne, vermählte. (Anfangs hatte Louis Philipp den Plan, auch Isabella mit einem seiner Söhne, dem Herzog von Amale, zu vermählen, gab ihn aber wegen des entschiedenen Einspruchs des Palmerstonschen Kabinetts auf und wählte nun für Isabella in Franz von Assis diejenige Persönlichkeit aus, welche vermöge ihrer geistigen und körperlichen Schwäche seinem Sohne Montpensier am wenigsten im Wege stand.) Diese ganz im geheimen betriebene Heirat kostete Louis Philipp die Freundschaft des englischen Kabinetts. Die schlecht erzogene, lebenslustige, in den Fußstapfen ihrer Mutter wandelnde Isabella fand ihren Gemahl Franz bald zum Sterben langweilig, dagegen den jungen, progressivistischen General Serrano so schön und liebenswürdig, daß sie sich im Juli 1847 mit ihm und anderen Offizieren in La Granja vergnügte, während Franz auf dem Jagdschloß Pardo sich zum Einsiedlerleben gezwungen sah. Die Ehe war eine sehr unglückliche, die Legitimität der königlichen Kinder (Prinz Alfons von Asturien wurde am 28. November 1857 geboren) wurde stark bezweifelt, und Christine, den bösen Geist Spaniens, sah man bald fliehen, bald kommen. Kriegerische Vorbeeren erwarb sich die spanische Regierung im Winter 1860, wo General O'Donnell (Herzog von Tetuan) einen glücklichen Krieg mit Marokko führte.

Die politischen Verhältnisse Portugals nahmen einen ähnlichen Verlauf wie in Spanien. Auf die Nachricht von den Vorgängen in La Granja ertönte am 9. September 1836 in Lissabon der Ruf: „Es lebe die Konstitution von 1820!“ Die Königin Maria da Gloria mußte ein Ministerium von „Septembristen“ und eine



konstituierende Versammlung berufen, welche 1838 die Verfassung in gemäßigtem Sinn umänderte. Vier Jahre darauf wurde diese wieder umgestoßen, die Charte Don Pedros vom Jahr 1826 hervorgesucht, unter dem Herzog von Terceira und dem Grafen Thomar (Costa Cabral) ein strenges Regiment geführt, das ausgefogene Land durch Steuerdruck erbittert, und als ein neuer Aufstand das ganze Land ergriff, kam die Königin in solche Not, daß sie 1847 die Intervention der drei Mächte, mit welchen sie die Quadrupelallianz geschlossen hatte, anrief. Mit Hilfe einer englischen Flotte und eines spanischen Landheeres bewältigte sie den Aufstand. Mehrere Jahre verfloßen unter der Rivalität des Grafen Thomar und des Herzogs von Saldanha, welche sich nach ihren spanischen Vorbildern belämpften und verdrängten. Als unter Saldanhas kräftiger Regierung nach und nach Ruhe ins Land kam, starb die 33jährige Königin am 15. November 1853. Ihr Gemahl, Ferdinand von Koburg, führte die Regentschaft für seinen noch unmündigen Sohn, welcher am 17. September 1855 als Don Pedro V. den Thron von Portugal bestieg. Dieser starb schon 1861, worauf ihm sein Bruder Luiz, der jetzige König, folgte.

## § 10.

### England.

Die nächste Frage, welche ganz Großbritannien und Irland beschäftigte, war die Parlamentsreform. Der neue Premierminister, Graf Grey, hielt sein Wort, ließ am 3. Februar 1831 durch Lord Russell die Reformbill vor das Unterhaus bringen und erklärte, mit ihr stehen und fallen zu wollen. Nach dieser Bill sollte den „verrotteten Flecken“ ihr Wahlrecht genommen, dasselbe auf die bevölkerten Städte übertragen und die Wahlberechtigung an einen niedrigeren Zensus geknüpft werden. Von radikalen Vorschlägen war darin gar keine Rede, die ärmeren Klassen waren nach wie vor nicht wahlberechtigt, die Aristokratie behielt ein Übergewicht, nur sollte der wohlhabende Mittelstand vom Unterhaus nicht mehr ausgeschlossen sein. Die Sitzungen des Unterhauses waren sehr stürmisch. Für den Antrag sprach der berühmte Geschichtschreiber Macaulay und der irische Agitator O'Connell, dagegen Robert Peel, der Sohn des Baumwollspinners, nebst Wellington eine Säule der

Aristokratie. Die Bill ging nicht durch, das Parlament wurde aufgelöst, die neuen Wahlen fielen überwiegend in reformistischem Sinne aus. Am 21. September 1831 wurde die Reformbill im Unterhause mit einer Mehrheit von 109 Stimmen angenommen. Am folgenden Tag kam sie vor das Oberhaus und hier wurde sie verworfen. Dies erregte eine ungeheure Aufregung in London und anderen Städten. Wellington, welcher sich entschieden gegen die Bill ausgesprochen hatte, entging kaum einer persönlichen Mißhandlung. Man sprach, wie zu den Zeiten Cromwells, von der Abschaffung des Oberhauses, sprach von dem Schicksal der Stuarts und Karls X. von Frankreich. Das vertagte Parlament kam im Dezember wieder zusammen, das Unterhaus nahm die Reformbill wieder an, und das Oberhaus verwarf sie auch diesmal. Nun verlangte Graf Grey vom König die Ermächtigung, neue Peers ernennen zu dürfen, um dadurch dem Ministerium die Mehrheit im Oberhaus zu verschaffen. Aber der König, von der hohen Aristokratie, von den fremden Gesandten, von seiner Gemahlin, einer meiningischen Prinzessin, bestürzt, verweigerte das Ansinnen, nahm die auf dies hin angebotene Entlassung seiner Minister an und beauftragte den Herzog von Wellington mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Er konnte keine schlimmere Wahl treffen. Ein Ministerium Wellington bedeutete Revolution, bedeutete eine „große Woche“ in England, bedeutete die Entladung eines furchtbaren Gewitters über die hochadeligen Häupter. Alle Geschäfte stockten, alles rüstete sich zum Kampf. In Birmingham kamen über 100 000 Menschen zusammen, welche schwuren, im Kampfe für ihr gutes Recht auszuharren, und nach London sagen ließen, daß sie auf den ersten Wink mit den Waffen herbeieilen würden. Tausende von Schotten erklärten sich bereit, über die Grenze zu ziehen. Das zürnende Irland wartete nur auf ein Zeichen. Von Wellington hieß es in den Versammlungen nie anders als: „An den Galgen mit ihm!“ Über die Einmischung der Königin war man empört und sagte: „Weiberröcke taugen nicht für die Politik; sie solle über den Kanal zurückkehren.“ Solche offene Kundgebungen wirkten. Wellington zwar scheute auch vor einem Bürgerkrieg nicht zurück; aber die bedeutendsten Tories, an die er sich wegen Übernahme eines Ministerpostens wandte, verweigerten die Übernahme. Er mußte dem König seine Vollmacht zurückgeben, Graf Grey mußte aufs neue

berufen werden, nahm aber das Ministerium nur unter der Bedingung der Ermächtigung zu einem neuen Peersschub an. So weit wollten es die Tories, welche darin eine „Vernichtung der Unabhängigkeit des Oberhauses“ sahen, nicht kommen lassen, die eifrigsten entzogen sich der Abstimmung, und so ging die Reformbill am 4. Juni 1832 auch im Oberhaus durch und wurde vom König bestätigt. Die Zahl der Wähler wurde durch diese Reform auf eine Million erhöht. Dies war eine Niederlage der Aristokratie, auf welche noch andere folgen mußten, wenn der Bürger des 19. Jahrhunderts den Aufenthalt in England wohnlich finden sollte. Es war zu hoffen, daß auf dem gleichen Wege der Reform noch manche Bresche in den englischen Feudalismus geschossen werde.

Nicht die Masse des Volkes, sondern nur die Mittelklassen hatten von der Reformbill einen greifbaren Nutzen. Wie vorher diese, so glaubte nun auch jene berechtigt zu sein, politische Gleichstellung mit den oberen Ständen zu fordern. Die von den Reformern sich abzweigende Partei der Radikalen, welche der Parlamentsreform eine noch breitere Unterlage geben wollte, schloß sich an die zahlreichen Arbeitervereine an, und diese neue sozial-politische Partei stellte in der „Volkscharte,“ woher ihre Mitglieder den Namen „Chartisten“ erhielten, folgende fünf Artikel als ihre Forderung auf: allgemeines Stimmrecht, geheime Abstimmung, jährliche Parlamente, Abschaffung des Zensus als Maßstab für die Wahlen, Taggelder für die Unterhausmitglieder. O'Connell, Gume, Attwood, der irische Advokat O'Connor betrieben die Agitation in Volksversammlungen, in der Presse und im Unterhaus. In Manchester sprach sich eine Versammlung von angeblich 300,000 Menschen, in Bath ein Meeting von 4000 Frauen dafür aus. Ein Chartistenausschuß wurde gebildet und übergab 1839 die mit 1285000 Unterschriften versehene „Nationalpetition“, die auf einem Lastwagen transportiert werden mußte, dem Unterhaus, und Attwood empfahl die „gewichtige“ Petition um Gewährung der Volkscharte. Die Ablehnung des Antrags verursachte eine kaum zu beschwichtigende Aufregung unter den arbeitenden Klassen. Auf ihre numerische Überlegenheit vertrauend, suchten die Chartisten nach der Februarrevolution von 1848 einen neuen Druck auf Regierung und Parlament auszuüben, eine Petition von fünf Millionen ankündigend. Aber der ganze Mittelstand trat ihnen mit solcher Entschlossenheit ent-

gegen, daß O'Connors Bemühungen auch diesmal vergeblich waren. Die Zeit des „vierten“ Standes war noch nicht gekommen. Doch war der Einfluß der chartistischen Bewegung auf den Gang der parlamentarischen Thätigkeit nicht zu verkennen. Dies zeigte sich am meisten bei dem Verlangen nach Aufhebung der Korngesetze, welche, trotz des Widerstandes der als Grundeigentümerin dabei interessierten Aristokratie, im Jahr 1846 von Robert Peel angekündigt und in beiden Häusern durchgesetzt wurde. Diesen Erfolg hatte die Nation hauptsächlich dem großen Verfechter des Freihandelsystems zu verdanken, Richard Cobden, welcher als Knabe die Schafe gehütet hatte und sich zum ersten Nationalökonom Englands aufschwang.

Die nächste große Frage, welche dringend eine Lösung erheischte, war die irische. Trotz der Emanzipationsbill von 1829, welche den Katholiken den Eintritt in das Unterhaus möglich machte, dauerten noch die schreiendsten Ungerechtigkeiten gegen die Irländer fort. Noch war das reiche katholische Kirchengut im Besitz der protestantischen Kirche, noch mußten die 6 Millionen katholischer Irländer den anglikanischen Geistlichen den Zehnten geben und die Stolgebühren bezahlen, während die Geistlichkeit und das Schulwesen der Katholiken, durch Privatbesteuer unterhalten, ein kümmerliches Dasein fristete; noch waren alle Geschworenengerichte nur aus Protestanten zusammengesetzt. Die erste Forderung der Irländer war die Abschaffung des gehässigen Zehnten. O'Connell, um das Übel an seiner Wurzel zu fassen, begeisterte seine Landsleute für Repeal, für Widerruf der legislativen Union Irlands und Englands, für Einsetzung eines absonderten irischen Parlaments. Das Wort Repeal war in wenigen Monaten das Lösungswort aller Irländer, über das ganze Land ein Netz von Repealvereinen ausgebreitet; aber wenngleich O'Connell über seine Landsleute wie ein Feldherr gebieten konnte und in den Riesenversammlungen (Monster-meetings) Tausende sein Wort wie ein Evangelium aufnahmen, so war er doch schlau genug, die Grenzen der Geselligkeit nicht zu überschreiten. Doch wuchs ihm die heraufbeschworene Bewegung nach und nach über den Kopf. Der Zehnte wurde vielfach nicht mehr entrichtet, den Auspändungen Widerstand geleistet, mit Mord und Brand an den verhaßten „Sachsen“ Rache genommen.

Auch hier brauchte es, um das englische „Polen“ aus einem künstlichen zu einem natürlichen und gesunden Glied des Staatskörpers zu machen, durchgreifender Reformen auf kirchlichem und politischem Gebiete. Aber an dem Unverstand der anglikanischen Geistlichkeit, die wie in den Stuartschen Zeiten über Papismus schrie, und an der Böswilligkeit der Tories, welche ihre Machtsphäre und ihre Geldsäcke bedroht sahen, scheiterte jede liberale Maßregel. Nur tropfenweise konnten dem Parlament die Linderungsmittel der irischen Not ausgepreßt werden. Das Ministerium Grey brachte gegen die irischen Ausschreitungen die irische Zwangsbill ein, welche dem Vizekönig von Irland das Recht der Verhängung des Belagerungszustandes gab, und diese Bill mußte mehrmals erneuert werden; aber die tiefe irische Wunde war damit nicht geheilt, nur verstopft. Die irische Zehntbill, von den whiggistischen Ministerien vorgelegt, ging im Jahr 1838 nur verstümmelt aus den Parlamentsdebatten hervor. Was den Irländern an Zehnten erlassen war, wurde auf die Grundeigentümer gewälzt, welche sich durch Erhöhung des Pachtgelds wieder schadlos hielten. Und wenn Lord Russell die Überschüsse des irischen Kircheneinkommens zur allgemeinen Verbesserung des Erziehungswesens in Irland, also hauptsächlich für Schulzwecke verwenden wollte, so schrieen die Hochkirchlichen über Profanation, und der Antrag fiel durch. Kein Wunder, daß der Ruf nach Repeal auf der grünen Insel nie erlosch, auch nicht nach dem 1847 erfolgten Tod des großen Agitators, und daß die Hungersnot von 1846 und die französische Revolution von 1848 den Brand aufs neue anfachten, worauf die Regierung die irischen Mißstände, anstatt sie zu heilen, durch Militär zu überwältigen unternahm. Der neue Agitator O'Brien wurde als Hochverräter nach Australien deportiert, später begnadigt und durfte 1864 in der Heimat sterben. Die Verschwörung der „Fenier“, welche von irisch-amerikanischen Revolutionsmännern ausging und in den sechziger Jahren, teils in Irland, teils in Canada, Englands Herrschaft zu bekämpfen suchte, hatte gleichfalls die Losreißung Irlands von England zum Zweck, aber durchaus keinen Erfolg. Rühmend zu erwähnen ist die 1833 unter dem Ministerium Grey eingebrachte Skaven-Emanzipationsbill, wonach die Skaven in den westindischen Kolonien nach kurzer „Lehrzeit“ zu freien Menschen herangebildet und den Eigentümern derselben eine

Entschädigung von 20 Millionen Pfund bewilligt wurde. Auch war es ein ungeheurer Fortschritt, daß die Juden, welche seit 1828 zu den Gemeindeämtern zugelassen wurden, 1857 auch Eintritt in das Unterhaus erhielten, eine Neuuerung, welche wohl dem Respekt vor der Geldmacht zuzuschreiben war. Baron Nathan von Rothschild war der erste Jude, welcher als Abgeordneter in das Unterhaus eintrat.

An der Schroffheit der englisch-irischen Gegensätze hatte der Bund der Dranienmänner viele Schuld. Zur Zeit Wilhelms von Dranien zur Aufrechthaltung der englischen Geseze und des Protestantismus gegründet, trat er in neuerer Zeit, seitdem die irische Frage wieder auftauchte, wieder hervor. Alle Tories traten ihm bei, es wurden Logen, wie bei den Freimaurern, errichtet, die Mitgliederzahl stieg auf 300 000 und erstreckte sich auch auf die Armee. Das Ideal dieser Partei und das Haupt des Bundes war des Königs Bruder, der Herzog von Cumberland, welcher bald darauf als König von Hannover durch den Verfassungstreit eine traurige Berühmtheit erlangte. Die Pläne des mächtigen Bundes erstreckten sich zuletzt nicht mehr bloß darauf, in Irland das protestantische Übergewicht zu erhalten, sondern auch auf eine Stärkung und Erhaltung der toristischen Herrschaft in England. Mit Schaudern dachten die Tories an den Tod des kinderlosen und kränklichen Königs, Wilhelms IV., welchem nach englischem Geseze seine Nichte Viktoria, die Tochter seines ältesten Bruders, des verstorbenen Herzogs von Kent, auf dem Throne folgen sollte. Da diese in Whiggrundsätzen auferzogen und als Nichte des Königs Leopold von Belgien mit liberalen Ideen vertraut war, so durften die Tories auf eine Verminderung ihres Einflusses rechnen, während der Herzog von Cumberland ganz der Mann gewesen wäre, als König die extremsten Grundsätze ihrer Partei mit der Starrköpfigkeit eines Karls X. und dem Leichtsinn Polignacs durchzuführen oder wenigstens es zu versuchen. Man schreibt ihnen daher den Plan zu, das Thronfolgegesez umzustosen und den Herzog auf den Thron zu setzen. Der radikale Hume brachte die Sache vor das Parlament und beantragte die Aufhebung der sogenannten Orangelogen. Die Gerüchte von den Umtrieben des Bundes erregten solches Aufsehen und so böses Blut, daß der Herzog von Cumberland sich genötigt sah, seiner Partei die Auflösung des Bundes

1836 selbst zu empfehlen. König Wilhelm starb am 20. Juni 1837, Viktoria bestieg den Thron, und die kontinentalen Prinzen begannen über den Kanal hinüber nach dem St. Jamespalast eine fromme Wallfahrt, um sich der königlichen Jungfrau vorzustellen. Prinz Albert von Sachsen-Koburg, Neffe des belgischen Königs, durch edle Männlichkeit und seine Bildung ausgezeichnet, war der Auserwählte, mit welchem sich Viktoria 1840 vermählte und eine sehr glückliche Ehe führte. Der Prinzgemahl, welcher unter den auf seinen natürlichen Einfluß eifersüchtigen Engländern eine schwierige Stellung hatte, aber durch seine Einsicht und seinen Takt sich die allgemeine Achtung zu erwerben mußte, starb am 14. Dezember 1861, von der Königin ihr ganzes Leben hindurch betrauert.

Unter der Regierung der Königin Viktoria dehnten sich die Herrschaft und die Handelsverbindungen der Engländer in Asien bedeutend aus. Schon 1824 hatten sie angefangen, sich in Hinterindien festzusetzen, im Krieg mit den Birmanen die Landschaften Arakan und Assam und 1852 Pegu samt dem Küstenstrich weggenommen. Das Vordringen Rußlands verwickelte sie in einen Krieg mit den Afghanen, unter denen sie 1839 einen befreundeten Fürsten als Emir einsetzten. Aber von Rußland aufgehetzt, erhoben sich die Afghanen 1841, das englische Heer wurde zum Rückzug genötigt, und fast ganz aufgerieben. Die Engländer nahmen im Feldzug von 1842 Rache, verwüstheten das Land, zerstörten die Städte Kandahar und Kabul, räumten aber wieder das entlegene Gebiet. Dagegen unterwarfen sie sich 1843 Sindh, das Mündungsland des Indus, und nach einem mehrjährigen Kriege, 1844—1849, das Land der Sikhs, Pendschab mit der Stadt Lahore, wo sie ungeheure Schätze erbeuteten, darunter den größten Diamant Kohinor (Nichtberg). Ein Streit wegen des Opiumhandels, welchen die Chinesen verboten, verwickelte die Engländer 1840 in einen Krieg mit China, in welchem sie Kanton eroberten, Nanking bedrohten und dadurch die Chinesen 1842 zum Frieden von Nanjing zwangen. Durch diesen wurde den Engländern die Insel Hongkong abgetreten, fünf chinesische Häfen dem Handel eröffnet, und der Handel mit dem entnervenden Opium mußte fortbestehen. Während in China durch den Aufstand der Taiping ein Krieg im Inneren sich erhob, gab das rücksichtslose Auftreten des Gouverneurs von Kanton, Jeh, Veranlassung zu einem Angriff der Engländer und Franzosen

auf diese Stadt, welche 1857 erobert wurde. Das Einlaufen der verbündeten Flotte in den Peihofluß erzwang 1858 den Frieden von Tientsin, und als dieser nicht eingehalten wurde, ging 1860 eine neue englisch-französische Expedition ab. Die Peihoforts wurden erobert, die Chinesen im offenen Feld geschlagen, der kaiserliche Sommerpalast von den Franzosen ausgeplündert, die Hauptstadt Peking mit einer Beschießung bedroht und dadurch ein neuer Friede hergestellt, wodurch weitere Häfen dem Handel eröffnet wurden und das früher so abgeschlossene „himmlische Reich der Mitte“ in einen lebendigen Verkehr mit den europäischen Staaten kam. Auch die in gleicher Absonderung lebenden Japanen eröffneten 1854 den Engländern und darauf anderen Nationen einige Häfen, wozu 1851 die entschiedene Erklärung des nordamerikanischen Präsidenten Fillmore, „daß keine Nation das Recht habe, sich gegen jeden Handelsverkehr mit anderen Nationen abzuschließen,“ den Anstoß gab.

### § 11.

#### Die Türkei und Ägypten.

Bei keiner der europäischen Fragen war England so interessiert wie bei der orientalischen, welche durch das feste Zugreifen eines türkischen Vasallen in eine neue Phase trat. Der Friede von Adrianopel (1829) hatte das Ansehen der Pforte tief herabgedrückt, die Aufstände mehrten sich, in Bosnien und Albanien mußten türkische Heere einmarschieren. In diesen und allen andern Streitigkeiten, wodurch der Pforte Verlegenheiten erwuchsen, hatte der herrschsüchtige Mehemed Ali, Pascha von Ägypten, seine Hand. Er hatte als Lohn für seine Dienste gegen die Griechen das Paschalik von Damaskus verlangt. Sultan Mahmud II. hatte ihm dies abgeschlagen und nur das versprochene Kreta (Kandia) gegeben. Daher suchte sich Mehemed Ali, während die Westmächte mit den Folgen der Julirevolution beschäftigt waren und ganz Europa einem neuen Umsturz entgegenzugehen schien, seine Beute selbst zu holen. Infolge eines von jenem angefangenen Streites mit Abdallah, dem Pascha von Akre, überschritt der durch seine barbarische Kriegsführung im Peloponnes berühmte Ibrahim Pascha am 20. Oktober 1831 mit einem auf europäischem Fuße eingerichteten Heere die ägyptische Grenze, nahm ohne Widerstand Gaza, Jaffa, Jerusalem



und belagerte das von Abdallah entschlossen verteidigte Akre. Mehemed Ali erhielt vom Sultan den Befehl, Syrien zu räumen, und da jener nicht gehorchte, sondern sogar die Abtretung der beiden Paschaliks von Damaskus und von Akre verlangte, wurde er samt seinem Sohne Ibrahim in die Acht erklärt. Aber der letztere machte in seinen Operationen weiter, nahm Akre am 25. Mai 1832 mit Sturm und zog in Damaskus ein. Inzwischen war ein türkisches Heer unter Hussein Pascha in Syrien eingerückt. Zuerst wurde der Unterfeldherr Mehemed Pascha am 9. Juli bei Homs, dann Hussein selbst, der den Schlag wieder gut machen wollte, am 27. Juli bei Beylan von Ibrahim geschlagen, das Heer zersprengt. Auf dies hin schickte der Sultan den Großwesir Reschid Pascha, welcher bei Bezwingung der Bosnier und Albanesen sich sehr tüchtig gezeigt hatte, mit einem neuen Heere gegen Ibrahim. Aber auch Reschid, welcher mit der Eifersucht des Seraskiers Chosrew Pascha zu kämpfen hatte und nicht genug Truppen erhielt, wurde am 20. Dezember 1832 bei Konieh gänzlich geschlagen und geriet selbst in Gefangenschaft. Der Sultan war in einer bedenklichen Lage. Er konnte im Augenblick kein bedeutendes Heer mehr aufbringen. Ibrahim dagegen hatte 100 000 Mann tüchtig geschulter Truppen. Der Weg nach Konstantinopel stand ihm offen. Die kühnsten Wünsche seines Vaters, die sich wohl auf die Bestätigung des Kaiserthrones erstreckten, waren der Erfüllung nahe.

Rußland, welches viele Gründe hatte, ein solches Ergebnis nicht zu wünschen, wollte die Not des Sultans für sein eigenes Interesse ausbeuten. Es trug ihm seine Hilfe an, und verlassen wie er war, mußte er das Danaergeschenk annehmen. Es war schon alles in Bereitschaft. Eine russische Flotte erschien im Bosporus, landete Truppen bei Skutari, und von der Donau her war ein russisches Heer im Anmarsch, um Konstantinopel zu decken. Was Peter der Große und Katharina II. als russische Politik festgestellt hatten, das griechische Kreuz auf der Sophienkirche in Konstantinopel aufzupflanzen, schien sich hier in den Formen der uneigennützigsten Freundschaft und des großmütigsten Wohlwollens in Szene zu setzen.

Jetzt erst merkten England und Frankreich, wie gefährlich es sei, über dem Studium der belgisch-holländischen Frage den Orient zu vergessen. Ihre Gesandten hatten vollauf zu thun, durch einen

raschen Frieden die Hilfe Rußlands unnötig zu machen. Da ihre Drohungen auf den siegreichen Mehemed Ali keinen Eindruck machten, so erfüllten sie den Sultan mit Mißtrauen gegen Rußland, stellten eine Gebietsabtretung an den Vasallen als das kleinere Übel dar und bewogen ihn so zum Frieden von Kutajah (6. Mai 1833), wodurch Mehemed Ali ganz Syrien und das Gebiet von Adana (im Südosten Kleinasiens) erhielt. Rußland mußte unverrichteter Sache wieder abziehen, kam aber, kaum zur Vorderthüre hinausgewiesen, zur Hintertüre wieder herein. Es machte den Sultan aufmerksam darauf, wie sehr England und Frankreich den unerfättlichen Pascha von Aegypten beim Friedensschluß begünstigt hatten, und schloß mit jenem am 8. Juli 1833 den Vertrag von Unkiar-Skelessi, worin er ein Verteidigungsbündnis auf acht Jahre mit Rußland einging und sich verbindlich machte, keinem fremden Kriegsschiff die Durchfahrt durch die Dardanellen zu erlauben.

Die Westmächte nahmen diese Überlistung sehr übel auf und hatten seitdem ein scharfes Auge auf Konstantinopel. Der Engländer David Urquhart unterzog in mehreren Schriften, besonders in dem 1835 begonnenen „Portfolio“, die russische Politik einer schonungslosen Kritik und hielt dadurch die Wachsamkeit seiner Regierung rege. Dieser wurde Mehemed Ali nachgerade unbequem. Zwar zahlte er nach wie vor seinen Tribut an die Pforte, wühlte aber alles gegen sie auf und wußte sich gegenüber dem kezerischen Reformler Mahmud als den Beschützer des Islams hinzustellen. Die Westküste Arabiens bis zu der den Engländern gehörigen Stadt Aden war seit 1839 in seinem Besitz. Nun wollte er auch die Ostküste beherrschen, den Sultan von Maskat unterwerfen, nahm die Bahrain-Inseln und bedrohte die wichtige Handelsstadt Basra. Ging dies so fort, so waren die zwei wichtigsten Straßen nach Ostindien, die über Suez und die über den persischen Meerbusen, in der Gewalt Mehemed Alis. Und wie trefflich verstand er, durch sein drückendes Monopolsystem Handelsvorteile sich zu verschaffen und durch hohe Eingangszölle und Ausgangszölle den Handel fremder Nationen zu erschweren! War Aegypten, Syrien und Arabien in seiner Hand, so erlitt die Stellung Englands im Orient einen empfindlichen Stoß. Damit war England vorgezeichnet, welche Partei es zu ergreifen habe. Es schloß 1838 einen Handelsvertrag mit der Pforte, worin ihm die Aufhebung aller Monopole

und die freie Ausfuhr aus allen Theilen des türkischen Reiches, also auch aus Ägypten und Syrien, zugesichert wurden. Da Mehemed Ali um diesen Vertrag sich nicht kümmerte, so erklärte ihn Mahmud, voll Haß gegen einen Vasallen, der ihn zu verschlingen drohte, für einen Hochverräther, entsetzte ihn aller seiner Würden und ließ ein Heer unter Pasiz Pascha in Syrien einrücken. Aber auch diesmal war das Glück den Türken nicht hold. In ihrem Lager befand sich als militärischer Ratgeber des Oberfeldherrn der preussische Hauptmann Hellmuth v. Moltke. Derselbe unterstützte seit mehr als 3 Jahren den Sultan in Entwerfung und Ausführung militärischer Reformpläne. Die Schwäche und Unzuverlässigkeit des türkischen Heeres erkennend, riet er Pasiz Pascha, sich in das feste Lager bei Biradschik zurückzuziehen, dort die im Anzug befindlichen Verstärkungen an sich zu ziehen und dann erst eine Schlacht zu wagen. Aber der Pascha hörte nicht auf Moltkes Rat, erklärte den Rückzug für eine Schande und wurde am 24. Juni 1839 bei Nisib am Euphrat vollständig geschlagen, sein Heer in die Flucht gejagt. Zum zweitenmal stand Ibrahim die Straße nach Konstantinopel offen. Und Schlag auf Schlag kamen neue Unglücksfälle. Am 30. Juni starb Sultan Mahmud, und das Reich stand nun unter einem 16jährigen Herrscher, seinem Sohne Abdul Medschid. Fünf Tage nachher segelte der Kapudan Pascha mit der türkischen Flotte von den Dardanellen ab, mit dem Befehl, die ägyptische Flotte anzugreifen; statt dessen ging er, wie man sagt, infolge französischer Bestechung, mit seiner ganzen Besatzung zu Mehemed Ali über. Das Glück schien sein ganzes Füllhorn über den Ägypter auszuschenken. Aber er vergaß den Ring des Polykrates, war taub gegen alle Vermittlungsvorschläge der Pforte und verlangte vorderhand nicht mehr und nicht weniger als die Erblichkeit in allen seinen Besitzungen, in Ägypten, Syrien und Kreta.

Um zu verhüten, daß die Türkei sich zum zweitenmal Rußland in die Arme werfe, erklärte England, daß einem weiteren Vorrücken Ibrahims eine bewaffnete Intervention Europas folgen werde. Frankreich dagegen, das nach der Herrschaft über das Mittelmeer strebte und seit Napoleons Feldzug sein Auge auf Ägypten richtete, wünschte dem franzosenfreundlichen Mehemed Ali seine unabhängige Herrschaft über das ganze von ihm begehrte Gebiet zu sichern, was England bewog, mit Rußland, Oestreich und

Preußen die Quadrupelallianz vom 4. Juli 1840 abzuschließen, ohne Frankreich zur Teilnahme aufzufordern. Die vier Mächte beschloßen in diesem Vertrag, die Ordnung des Orients in ihre eigene Hand zu nehmen und Mehemed Ali die Erblichkeit des Paschaliks von Agypten und den lebenslänglichen Besiz eines Theiles von Syrien zuzusichern, falls er sich innerhalb zehn Tage ihren Beschlüssen unterwerfe. Ohne sich um das tolle Geschrei in Frankreich, um die Kriegsrüstungen des Ministers Thiers, um den Ruf nach der Rheingrenze zu kümmern, da Louis Philipps Abneigung gegen einen Krieg zu sehr bekannt war, begannen die alliierten Mächte die Feindseligkeiten gegen Mehemed Ali, der seine Unterwerfung im Vertrauen auf Frankreich verweigert hatte. Die englisch-österreichische Flotte segelte nach der syrischen Küste ab, Beirut und Akre wurden genommen, Alexandria von dem englischen Commodore Napier mit einer englischen Blokade bedroht. Nun erkannte Mehemed Ali, vollends nach dem Sturze des Ministeriums Thiers, seine Täuschung und mußte froh sein, gegen die Räumung von ganz Syrien, Arabien und Kreta und gegen die Zurückgabe der türkischen Flotte das erbliche Paschalik von Agypten unter der Bedingung der Zahlung eines jährlichen Tributs behalten zu dürfen, eine Vergünstigung, welche er England zu verdanken hatte, das ihn dadurch zum Freunde machen und die Straße von Suez sich sichern wollte. Frankreich trat später den Beschlüssen der Quadrupelallianz bei.

Um dem in Frankreich als Reformers gerühmten Mehemed Ali auf dem Gebiet der Zivilisation Konkurrenz zu machen, hatte der Sultan Abdul Medschid, auf Betreiben des Großwesirs Reschid Pascha, am 3. November 1839 den Hattischerif von Gülhane verkündigt, worin auf allen Gebieten des Staatswesens durchgreifende Reformen, namentlich Gleichstellung der Untertanen, „welcher Religion oder Sekte sie angehören mögen“, verheißen wurde. Aber die Ausführung dieses Erlasses ließ noch Jahrzehnte auf sich warten.

## § 12.

### Deutschland, Osterreich, Preußen.

Der Fall Warschau und die Durchzüge der flüchtigen Polen hatten, wie bei dem Griechenaufstande, die Sympathien für ein unglückliches Volk geweckt und die Unzufriedenheit mit den eigenen

Zuständen genährt. Dieselbe wurde dadurch noch gesteigert, daß damals die von Rußland aufgestachelte Reaktion um so lecker hervortrat. Zwei Ereignisse sind es hauptsächlich, in welchen sich die politische Aufregung entlud: das Hambacher Fest vom 24. Mai 1832 und das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833. Aus allen Gegenden Deutschlands strömte eine große Menge, gegen 30 000 Menschen, nach der Hambacher Schloßruine (in Rheinbayern), mit schwarz-rot-goldenen Farben geschmückt, die Frauen mit Gürteln dieser Farben. Das ideale und unpraktische Wesen der deutschen Volkstribunen kam hier wieder recht zum Wort. Die Redner, darunter Dr. Wirth, Redakteur der deutschen Tribune, und Dr. Siebenpfeiffer, Redakteur des Westboten, verlangten nichts weiter als die Republikanisierung des geeinigten Deutschlands, ja eine „Konföderation des republikanischen Europa“, und das Publikum rief: „Nieder mit den Fürsten! Waffen! Waffen!“ Wie wenig solchen Worten die Mittel und die Thaten dieser Partei entsprachen, sah man daraus, daß es dem bayrischen Feldmarschall Fürst Brede mit wenigen Truppen gelang, ganz Rheinbayern ohne Widerstand zu unterwerfen. Noch toller ging es in Frankfurt zu. Gegen 70 Verschworene, darunter der württembergische Oberleutnant Koseritz, welche sich und andern vorgeschwagt hatten, daß in Süddeutschland Tausende von Soldaten zum Losschlagen bereit seien, daß in Lyon, in Italien und Polen zu gleicher Zeit die Flammen des Aufstandes emporlodern, zogen unter Anführung des Dr. Gürth und des schon von den Göttinger Unruhen (1831) her bekannten Dr. Kauschenplatt gegen die Hauptwache und Konstablerwache, warfen die Frankfurter Soldaten über den Haufen, wurden aber, als diese Verstärkung holten, selbst zurückgeschlagen, und nach kurzem Straßenkampf, da das Volk ihren Aufforderungen keine Folge leistete, theils zerprengt, theils gefangen. Sie hatten geglaubt, daß eine Überumpelung Frankfurts, eine Sprengung der Bundesversammlung das ganze südwestliche Deutschland in den Strom der Revolution werfen werde.

Konnte man den reaktionären Gelüsten der deutschen Regierungen einen größeren Dienst erweisen als durch Ausführung solcher jugendlichen Szenen? Auf das Hambacher Fest hin schrieb Metternich: „Wenn es gut benutzt wird, kann es ein Fest der Guten werden; die Schlechten haben sich mindestens sehr übereilt.“

Von dem Frankfurter Attentat war man in der Bundesversammlung zum voraus vollständig unterrichtet, ließ es aber absichtlich, denn auch ein paar Soldaten darüber zu Grunde gingen, zur Ausführung kommen, um nicht, wie Metternich schrieb, „eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zu verlieren, auf den eigentlichen Grund des Übels, welches seit Jahren feindselig auf den Fürsten wie auf den Völkern lastete, zu kommen“. Metternich und der Bundestag waren wieder so rührig wie nach der Ermordung Rogebues. Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 erschienen in neuer Auflage. Die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832 und die Beschlüsse der Wiener Ministerkonferenz von 1834, welcher 1833 Besprechungen der Minister von Osterreich, Preußen und Rußland in Teplitz und eine Zusammenkunft der Monarchen dieser drei Länder in Münchengrätz vorangegangen waren, griffen in die Rechte der Ständeversammlungen aufs schneidendste ein. Es wurde ihnen das Recht abgesprochen, die Steuern zu verweigern, die Bundesbeschlüsse zu verwerfen, die Zensur sogar auf die Veröffentlichung der ständischen Verhandlungen ausgedehnt und zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen ein nur aus Bevollmächtigten der Regierungen bestehendes Schiedsgericht eingesetzt, dessen Unparteilichkeit wenige Jahre darauf bei dem hannoverschen Streit sich erproben konnte. Die Universitäten sollten aufs strengste überwacht, alles Verbindungswesen verboten werden.

Wie in Mainz 1819, so wurde nun in Frankfurt eine Central-Untersuchungskommission gegen demagogische Umtriebe eingesetzt, und die souveräne Republik Frankfurt mußte eine österreichisch-preussische Besatzung sich gefallen lassen. In allen Bundesstaaten ging eine wahre Hekzjagd gegen Demagogen los; ungefähr 1800 Personen, zum Teil die geachtetsten Männer, wurden ins Gefängnis geworfen, viele derselben geistig und körperlich aufs grausamste mißhandelt, im Darmstädtschen der Pfarrer Weidig durch die brutale Behandlung seines Untersuchungsrichters Georgi zum Selbstmord, zwei der Aprilgefangenen in Frankfurt zum Wahnsinn und ins Irrenhaus getrieben. Manche der Geächteten waren entflohen und warteten in der Schweiz oder in Paris auf bessere Tage, oder suchten in Amerika sich eine neue Existenz zu gründen. Einige Ständeversammlungen versuchten den Bundesbeschlüssen Widerstand zu leisten,

am meisten die badische. Aber gerade Baden, wo seit 1830 der bürgerfreundliche Großherzog Leopold auf dem Throne saß, wo unbeschränkte Pressefreiheit herrschte, wo der Abgeordnete Welcker schon damals auf die Berufung eines deutschen Parlaments antrug, wurde aufs schärfste gemäßigelt. Infolge eines speziellen Bundesbeschlusses mußte das freisinnige Pressegesetz aufgehoben und die Zensur wieder eingeführt werden. Die Professoren Rottke und Welcker wurden ihrer Lehramter an der Universität Freiburg entsetzt und diese auf einige Zeit geschlossen. Selbst Fürsten, welche früher liberale und nationale Ideen kundgegeben hatten, Wilhelm von Württemberg und Ludwig von Bayern, ließen sich von der Reaktion fortreißen, und der letztere, welcher sich immer mehr den ultramontanen Einflüssen hingab, befahl sogar, die Zeilen Geylers und Tells heraufbeschwörend, daß politische Gefangene vor seinem Bildnis Abbitte thun sollten.

Kaum sah es auf der Oberfläche von Deutschland etwas ruhiger aus, so regte ein englischer Ultratorn die Leidenschaften aufs neue auf. Durch den Tod des englischen Königs Wilhelm IV. war die Personalunion zwischen Hannover und England, welche seit 1714 bestanden hatte, gelöst. Denn in Hannover galt das salische Gesetz, also die Ausschließung der weiblichen Nachfolge. Während nun durch den Todesfall vom 20. Juni 1837 in England die Prinzessin Viktoria Königin wurde, erhielt ihr Oheim Ernst August, Herzog von Cumberland, den hannoverschen Thron. Dieser schien es darauf abgesehen zu haben, die Unpopularität, ja den Haß, welchen er sich in England zugezogen hatte, auch in Hannover zu verdienen. Am 28. Juni 1837 hielt er seinen Einzug in der Residenzstadt, und am 3. Juli erklärte er, daß er die Verfassung von 1833, welche ohne seine Zustimmung zustandekommen sei und ihm für das Wohl seiner Unterthanen nicht zweckmäßig erscheine, nicht anerkenne. Und doch war sie ein zwischen Krone und Ständen vereinbartes Staatsgrundgesetz, also einseitig so wenig wie irgend ein anderes Gesetz aufzuheben. Übrigens wurde, hauptsächlich von Dahlmann, auf ministerielle Angaben hin, sogar behauptet, daß sämtliche Agnaten, also auch Ernst August, das Hausgesetz und ebeudamit die Verfassung, auf welcher jenes beruhte, gutgeheißen hätten. Ein Patent vom 1. November erklärte förmlich die Verfassung für aufgehoben; die alte ständische Verfassung von

1819 wurde aus dem Staub hervorgefucht und sollte, ein wenig modernisiert, für die Hannoveraner hergerichtet werden. Der wahre Grund dieses Staatsstreichs lag in der Überschuldung des englischen Prinzen. Denn nach der Verfassung von 1833 waren die Domänen für Staatsgut erklärt und dem Könige eine Zivilliste angewiesen. Aber gerade die reichen Einkünfte dieser Domänen, die er auch sogleich an sich zog, konnte Ernst August zur Beschwichtigung seiner englischen Gläubiger so gut brauchen. Da dies in der Ständeversammlung voraussichtlich nicht durchzusetzen war, so mußte die ganze Verfassung fallen.

Die Beamten, von welchen der Huldigungs Eid verlangt wurde, kamen zum Teil mit ihrem Gewissen in Konflikt. Sieben Professoren der Universität in Göttingen: Albrecht, Dahlmann, Ewald, Gervinus, Jakob und Wilhelm Grimm und Weber, verweigerten mit Hinweisung auf die Rechtsgültigkeit der aufgehobenen Verfassung den Eid. Sie wurden ihrer Stellen entsetzt und drei von ihnen, Dahlmann, Gervinus und Jakob Grimm, welche ihre Protestation veröffentlicht hatten, erhielten den Befehl, binnen drei Tagen das Land zu verlassen. Ihrer Charakterfestigkeit wurde von ganz Deutschland Beifall gezollt, und Wilhelm von Württemberg, welcher den Verfassungsbruch seines neuen Kollegen offen mißbilligte, war einer der ersten, welche durch Wiederanstellung der Göttinger „Sieben“ ein Unrecht wieder gut zu machen suchten. Er berief Ewald nach Tübingen. Ernst August ließ sich dadurch nicht irre machen. Er legte der Ständeversammlung von 1838 einen Verfassungsentwurf vor. Sie erklärte sich für nicht befugt, ihr Botum in der Verfassungsfrage abzugeben, da sie nicht nach dem Grundgesetz von 1833 gewählt sei, und beschloß, eine Eingabe an den Bundestag abgehen zu lassen, um seinen Schutz für Erhaltung dieses Grundgesetzes anzurufen. Darauf wurde sie vertagt, und erst die Versammlung von 1840 nahm mit einigen Abänderungen den Regierungsentwurf, der in aristokratischem Sinne gefaßt war, an. Der angerufene Bundestag benahm sich als Metternichsche Kreatur. Mit neun gegen sieben (worunter ganz Süddeutschland) Stimmen wies er die Klage der hannoverschen Stände ab, „da bei obwaltender Sachlage eine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einmischung in diese innere Landesangelegenheit nicht bestehe“. Der König hatte gesiegt; aber der Ausdruck der tiefsten



Entrüstung und Verachtung aller Männer von Ehre bildete seine Siegeshymne.

In Österreich war, so lange der Staatskanzler Fürst Metternich das Steuerruder leitete, an eine Änderung des absoluten Systems nicht zu denken. Der Tod des Kaisers Franz I., welcher am 2. März 1835 erfolgte, änderte hierin nichts. Denn sein ältester Sohn und Nachfolger, Ferdinand I., welcher körperlich und geistig schwach und noch dazu mit epileptischen Anfällen behaftet war, überließ die Regierung dem Erzherzog Karl Ludwig, dem Staatskanzler Metternich und dem Staatsminister Grafen Kolowrat. Zwar zeigte sich in den ersten Jahren eine mildere Praxis, eine größere Sorgfalt für das Handelswesen, für die materiellen Interessen überhaupt; aber die ständische Vertretung sank diesseits der Leitha bis zu einem Schatten herab, das Volksschulwesen wurde gänzlich vernachlässigt, in den höheren Anstalten wurden die exakten Wissenschaften vorzugsweise gepflegt. Nur Ungarn hielt seine Repräsentativ-Verfassung aufrecht und verhartete in seiner Opposition; in Italien war der nationale Geist nur schwer niederzuhalten, und 1846 erhoben sich auch die Polen wieder. Zu einer Zeit, wo nirgends eine Aussicht auf Gelingen sich zeigte, wurde 1846 in dem Freistaat Krakau eine provisorische Regierung eingesetzt und das Aufklatern des Aufstandes nach allen Seiten hin erwartet. In Posen wurden Mieroslawski und viele andere Verschwörer verhaftet, in Galizien riefen die kaiserlichen Beamten die Bauern gegen ihre Grundherren, den polnischen Adel, auf, und es erfolgte nun eine Art Vernichtungskrieg der Bauern gegen ihre bisherigen Bedränger; Krakau selbst wurde von den Ostmächten besetzt und dem Kaiserstaat Österreich einverleibt.

Doch war Metternichs Macht bereits im Abnehmen. Die liberalen Ideen waren zu stark, als daß er in dem ungeheuren Gebiet, das er einst das *seinige* nannte (außer Österreich zum wenigsten noch Preußen, ganz Deutschland und Italien), dieselben niederzudrücken im stande war. Preußen entzog sich mehr und mehr der österreichischen Leitung und lehnte sich mehr an Rußland an. Seit der Bezwingung des polnischen Aufstandes spielte Kaiser Nikolaus entschieden die erste Rolle in dem östlichen Europa, vom Ural bis zum Rhein. Während er Österreichs und Preußens Eifersucht zu unterhalten suchte, um ihre Einheit nicht fürchten zu müssen, för-

derte er wiederum ihr Zusammenhalten, um gegen das revolutionäre Westeuropa stets eine Koalition bereit zu haben. Daneben warnte er die mittleren und kleineren Höfe Deutschlands vor den Mediatisierungsgeflüsten Östreichs und Preußens und gab ihnen deutlich zu verstehen, daß ihre Souveränität nur dadurch zu retten sei, daß sie den Zaren als ihren Protektor ansehen.

Das Streben Preußens, eine einflußreichere Stellung in Deutschland sich zu verschaffen und Handel und Industrie zu fördern, zeigte sich in der Gründung des Zollvereins. In den zwanziger Jahren gab es so viele Zollschranken als Staaten; ja, innerhalb der Grenzen des eigenen Landes waren in Preußen Zollschranken errichtet. Sie wurden 1818 aufgehoben und die im preussischen Gebiete liegenden Teile kleinerer Staaten in das preussische Zollsystem aufgenommen. In den zwanziger Jahren wirkte der württembergische Nationalökonom Friedrich List für Aufhebung aller deutschen Binnenzölle und für die Gründung eines deutschen Zollvereins. Im Jahre 1828 kam zwischen Württemberg und Bayern, und kaum einen Monat darauf zwischen Preußen (unter der Leitung des tüchtigen Finanzministers Moß) und Hessen-Darmstadt ein Zollverein zu stande, während Sachsen, Hannover, Kurhessen, Oldenburg, Nassau, Braunschweig, die meisten thüringischen Staaten und Frankfurt den mitteldeutschen Handelsverein gründeten. Von letzterer Gruppe trennten sich bald mehrere Staaten und schlossen sich an Preußen an, zuerst Kurhessen 1831. Maßgebend für die Entwicklung dieser Verhältnisse war der Abschluß eines Vertrags zwischen dem preussisch-hessischen und dem bayrisch-württembergischen Zollverband (1833), worauf auch Sachsen und Thüringen ihren Beitritt erklärten. Am 1. Januar 1834 trat der neue preussisch-deutsche Zollverein, welcher, das Gebiet von 18 Staaten mit 7719 Quadratmeilen und 23 Millionen Einwohnern umfassend, zunächst auf acht Jahre abgeschlossen war, ins Leben. Bald traten noch andere Staaten bei: Hamburg, Baden, Nassau 1835, Frankfurt 1836, Waldeck 1838. Dagegen vereinigten sich Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe durch den Vertrag vom 1. Mai 1834 zu dem sogenannten „Steuerverein“, welcher nahezu zwei Jahrzehnte Bestand hatte. Die preussische Regierung gab sich alle Mühe, die Grenzen des Zollvereins zu erweitern.

Ein wichtiger Regentenwechsel fand in Preußen statt. Friedrich

Wilhelm III. starb nach einer 42jährigen wechselvollen Regierung am 7. Juni 1840 und hinterließ seinem ältesten Sohne das Land in äußerlich geordnetem Zustande, aber voll Sehnsucht nach freieren Formen. Doch waren der Kirchenstreit und die Verfassungsfrage noch ungelöst. Jener entstand schon 1820, als der Generalvikar in Münster, v. Droste-Bischoering, den jungen Klerikern seiner Diözese den Besuch der Universität Bonn verbot, wo der „Häretiker“ Professor Hermes lehrte. Als im Jahre 1825 die preussische Regierung die in den östlichen Provinzen des Königreichs bestehende Verordnung, wonach bei gemischten Ehen die konfessionelle Erziehung der Kinder von dem Willen des Vaters abhängen sollte, auch auf Westfalen und die Rheinprovinz ausdehnte und 1834 mit den rheinischen und westfälischen Bischöfen eine Übereinkunft hierüber abschloß, verbot der zum Erzbischof von Köln erwählte Droste von Bischoering, auf ein päpstliches Breve sich stützend, die Einsegnung einer solchen Ehe, wenn nicht vorher das Versprechen der katholischen Kindererziehung abgelegt sei. Als er sich der Regierung nicht fügen wollte, dem Staate überhaupt alles Recht, in kirchlichen Dingen mitzureden, absprecht und zuletzt noch Klerus und Volk zu fanatisieren suchte, wurde er am 15. November 1837 verhaftet und nach der Festung Minden abgeführt, und aus dem gleichen Grunde der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, am 6. Oktober 1839 nach Kolberg gebracht. Der neue König, von dem Wunsche befeelt, mit der Kirche Frieden zu schließen, schaffte sofort das königliche Placet ab, gab den Verkehr der Bischöfe mit Rom frei, unterhandelte durch Vermittlung des katholischen Grafen Brühl mit dem Papste und schloß 1841 eine Konvention ab, wonach Dunin auf seinen Bischofsitz zurückkehrte, Droste seiner Haft entlassen wurde und den Bischof Geißel von Speier als Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge erhielt und eine katholische Abteilung im Kultusministerium eingerichtet wurde, welche mit der Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte gegenüber den Kirchenbehörden betraut wurde, aber bald als Vertreterin der kirchlichen Interessen gegenüber der Staatsregierung auftrat und besonders 1850 bei Abfassung der kirchlichen Verfassungsparagraphen nicht genug für die Kirche sorgen zu können glaubte. Die kirchlich-politischen Verhältnisse gestalteten sich so, daß von katholischer Seite gerühmt wurde, nirgends in ganz Deutschland habe die katholische Kirche mehr Rechte und Freiheiten als in Preußen.

Friedrich Wilhelm IV. war ein geistvoller Mann, auf den alles voll Hoffnung sah. Seine ersten Regierungshandlungen zeigten den Wunsch, zu versöhnen und zu heilen. Vollständige Amnestie für politische Vergehen wurde erlassen, Arndt wieder in seine Professur zu Bonn eingesetzt, Jahn der Internierung in Freiburg an der Unstrut enthoben, Jakob und Wilhelm Grimm nach Berlin berufen, die Zensur für Bücher von mehr als 20 Druckbogen 1842 aufgehoben, mit Osterreich 1840 und 1845 über eine Reform des Bundes verhandelt, welche der Nation hinsichtlich der Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen Befriedigung verschaffen sollte: doch zeigte man in Wien nichts als Bedenklichkeiten und Ausflüchte. Der Prüfstein für die Befähigung des neuen Königs zu einem großen Regenten des 19. Jahrhunderts war die Verfassungsfrage. Der Landtag der Provinz Preußen stellte bei der Guldbigungsfeier zu Königsberg in einer Eingabe die Bitte an den König, eine allgemeine Landesvertretung einzuführen. So viel Sinn dieser auch für freiere Institutionen hatte, so hatte er doch einen zu hohen Begriff von der Macht eines Königs, von dem Gottesgnadentum, als daß er seine Gewalt mit einem Parlament hätte teilen wollen. Auch war sein Blick mehr den früheren Jahrhunderten, dem Mittelalter zugewandt als der Neuzeit. Nur das historisch Begründete zog ihn an, hatte für ihn Geltung, und diesem suchte er einen frischen Geist einzuhauchen. Aber die alten Schläuche passen bekanntlich nicht für den neuen Most, und die politische Entwicklung des Jahrhunderts, besonders in dem geistig vorgeschrittenen Preußen, begnügte sich durchaus nicht mit einem dem Feudalstaat nachgeahmten Ständewesen, sondern forderte das Repräsentativsystem. Dem preussischen Landtag wurde die Antwort zu teil, daß die Provinzialstände erhalten, Reichsstände aber nicht eingeführt werden sollten. Es erschienen die beiden Broschüren von Schön, dem Oberpräsidenten von Preußen, und von Jakoby, Arzt in Königsberg, mit dem Titel: „Woher und Wohin?“ und „Vier Fragen“, wovon die erste die Verleihung einer reichsständischen Verfassung als eine Nachgiebigkeit gegen eine politische Notwendigkeit, die zweite dieselbe einfach als ein Recht seitens des Volkes darstellte. Die Aufmerksamkeit des Volkes wandte sich nun den Provinzialständen zu: in Petitionen und Adressen wurden sie angegangen, auf Verleihung weiterer Freiheiten anzutragen. Die Berufung der ständischen Ausschüsse sämt-

licher Provinziallandtage 1842 nach Berlin, welche die „ständischen Institutionen durch ein Element der Einheit ergänzen“ und über gemeinsame Staatsangelegenheiten beraten sollten, war eine geringe Abzlagszahlung für ein Parlament: aber dieses schimmerte durch. Der Mordversuch, welchen der Bürgermeister Tschek am 26. Juli 1844 auf den König machte, wirkte, wie meist solche Attentate, im Interesse der Reaktionspartei.

Neben den politischen Fragen gingen die religiösen her, in jene überspielend. Der König war streng orthodox, und sein Unterrichtsminister Eichhorn erlaubte sich eine Bevormundung und Überwachung der religiösen Lehre und Schrift, welche an die schönsten Zeiten des Ministeriums Villèle unter Louis XVIII. und Karl X. erinnerten. Und doch halfen alle Verordnungen und Synoden nichts gegen die Gewalt des Stromes, der von der philosophischen Richtung des Jahrzehnts ausging. Die Philosophie war in jenen Jahren die gebietende Macht: Männer wie David Friedrich Strauß, Friedrich Vischer, Bruno Bauer und die von Arnold Ruge herausgegebenen „Halleischen“ und „Deutschen“ Jahrbücher hatten auf die Gebildeten mehr Einfluß als Eichhorn. Freie Gemeinden, die sogenannten Lichtfreunde, bildeten sich unter dem sächsischen Prediger Uhlich, unter Wislicenus in Halle und Rupp in Königsberg. Ihnen gegenüber eiferte Professor Hengstenberg in Berlin in seiner „Evangelischen Kirchenzeitung“ und entwickelte die orthodoxesten Grundsätze. Und selbst im Schoß des Katholizismus begann der Abfall. Die rheinische Geistlichkeit konnte sich die öffentliche Feier eines Triumphes über den Ausgang des Kirchenstreits nicht ver sagen und stellte 1844 den ungenährten heiligen Rock in Trier aus. Über eine Million Pilger wallfahrtete zu der Reliquie, welche unerhörte Wunder verrichtet haben sollte. Da erschien von einem suspendirten Priester in Schlesien, Johannes Ronge, ein offenes Schreiben „gegen das Götzentum zu Trier an den dasigen Bischof als den Teufel des 19. Jahrhunderts“. Dies war der Anfang zur Gründung der deutschkatholischen Kirche in Breslau, welche sich bald in allen Theilen Deutschlands Anhänger verschaffte. Zugleich entstand in Schneidemühl in Posen unter dem katholischen Pfarrer Gaerzki eine christkatholische Gemeinde. Alle diese religiösen Richtungen hatten eine politische Färbung. Die Anhänger der Berliner Hof- und Staatstheologie waren Ab-

solutisten vom reinsten Wasser, während die Nationalisten für eine parlamentarische Regierung nach dem Beispiele Englands, das vielfach angeführt wurde, sich begeisterten. In Konflikten zwischen der katholischen Kirche und den Deutschkatholiken fand erstere immer Schutz bei der Regierung.

Es war die Zeit, wo ganz Deutschland auf Preußen sah, wo man jeden Tag erwartete, daß dort etwas „losgehen“ werde. Am 3. Februar 1847 erschien ein königliches Patent, durch welches auf der Grundlage der bisherigen Provinzialstände der „Vereinigte Landtag“ einberufen wurde. Seine Befugnisse waren nicht allzu ausgedehnt: bei Einführung neuer oder Erhöhung der bestehenden Steuern und bei Abschließung von Staatsanleihen sollte seine Zustimmung erforderlich sein, bei der Gesetzgebung sollte er, wie die Provinzialstände, nur eine begutachtende Stimme haben. Dieser Landtag bestand aus zwei Kurien, wovon die erste, die Herrenkurie, die Prinzen, reichsunmittelbare Fürsten, Standesherrn und die Vertreter gewisser Stifter und Körperschaften, die zweite, die Dreiständekurie, die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden in sich begriff. Es war eine zweite Abschlagszahlung und wurde als solche von dem Breslauer Juristen Heinrich Simon in seiner Flugschrift: „Annehmen oder Ablehnen?“ nach allen Seiten beleuchtet.

Am 11. April 1847 wurde der Vereinigte Landtag vom König mit einer Rede eröffnet. Er hatte sein ganzes, politisches Glaubensbekenntnis darin niedergelegt und erklärte feierlich: „Keiner Macht der Erde soll es je gelingen, mich zu bewegen, das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles umzuwandeln, und nun und nimmermehr werde ich es zugeben, daß sich zwischen unsern Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um die alte heilige Treue zu ersetzen.“ „Die Krone kann und darf nur nach den Gesetzen Gottes und des Landes und nach eigener freier Bestimmung herrschen, nicht aber nach dem Willen von Majoritäten. Preußen kann diese Zustände nicht ertragen. Werfen Sie einen Blick auf die Karte von Europa, auf die Lage unsres Landes, vor allem thun Sie einen geistigen Blick in unsre Geschichte!“ Die Mißstimmung über diese Rede, welche unter gänzlicher Nichtberücksichtigung der Stimmung und

Wünsche des Volkes einem nur wenig beschränkten Absolutismus ihren Beifall schenkte, war so groß, daß die Abgeordneten der Provinz Preußen auf der Stelle wieder abreisen wollten. Doch ließen sie sich von ihren rheinischen Gesinnungsgenossen bereden, auf dieser neuen Grundlage weiter bauen zu helfen. Glänzende Rednertalente zeigten sich auf diesem Landtag, ein frischer, freier Geist durchwehte die Versammlung, die Opposition behielt die Oberhand und sprach gegen den König die Erwartung aus, daß das „Patent vom 3. Februar der Anfang, nicht das Ziel der ständischen Entwicklung des Königreichs sein werde.“ Am 26. Juni wurde der Landtag, welcher die Geister mächtig aufgeregt hatte, geschlossen, und im Dezember begannen wieder in alter gemüthlicher Weise die Beratungen der vereinigten ständischen Ausschüsse in Berlin. Es war klar, daß es so nicht mehr fortgehen konnte, aber ebenso klar, daß der König ohne den Druck einer äußeren Nothwendigkeit dieses „Blatt Papier, diese zweite Vorsehung“ nicht unterzeichnen werde. Und doch! Was war das Patent vom 3. Februar? War es nicht auch so ein beschriebenes Blatt? Freilich nicht von dem Werte einer zweiten Vorsehung. Eine von David Friedrich Strauß verfaßte Broschüre erregte damals großes Aufsehen; sie führte den Titel: „Der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren.“

### § 13.

#### Die Schweiz und der Sonderbund.

Diejenige Partei, welche 1831 in der Mehrzahl der Kantone eine freiere Verfassung durchgesetzt hatte, strebte nach einer Bundesreform und setzte auf der Tagatzung von 1832 die Niedersetzung einer Kommission durch, welche die Bundesakte revidieren und der außerordentlichen Tagatzung von 1833 ihre Vorschläge vorlegen sollte. Die liberalen Kantone Bern, Aargau, Thurgau, St. Gallen, Solothurn, Zürich und Luzern schlossen zur Wahrung und Durchführung der Volkssouveränität das Siebener-Konkordat, wogegen die konservative Partei: Uri, Schwyz, Unterwalden, Wallis, Neuenburg und Basel-Stadt sich zum Sarner-Bund vereinigte. In Verbindung mit der neutralen Partei gelang es diesen, die Bundesrevision 1833 scheitern zu machen. Dadurch wuchsen die Ansprüche und Hoffnungen derselben. Bewaffnete Haufen drangen am

30. Juli 1833 von Schwoz und Basel-Stadt aus in die sich absondernden Landschaften Außer-Schwoz und Basel-Land ein, um ihre Unterwerfung zu erzwingen. Die Folge war, daß Schwoz und Basel-Stadt von eidgenössischen Truppen besetzt und der Sarner-Bund für aufgelöst erklärt wurde. Die Trennung Basels in zwei unabhängige Kantone wurde anerkannt, die Wiedervereinigung von Alt- und Außer-Schwoz, aber mit vollständiger Gleichberechtigung, ausgesprochen.

Die Anhäufung der vielen Flüchtlinge, welche aus Deutschland, Polen und Italien in der Schweiz ein Asyl fanden, aber zum Teil die Gastfreundschaft mißbrauchten, zog Verwicklungen mit den auswärtigen Mächten nach sich. Der rührigste unter allen diesen Revolutionären war Joseph Mazzini aus Genua, welcher auch bei gänzlicher Aussichtslosigkeit fortwährend neue Aufstandsversuche veranlaßte, um seine italienischen Landsleute immer in Aufregung zu erhalten. Das „junge Italien“, das er damals stiftete, veranstaltete am 1. Februar 1834 mit etwa 400 Mann unter dem schon in Polen verdächtigen General Ramorino einen Einfall in Savoyen, um von da aus Piemont und das übrige Italien zu revolutionieren. Nach Besetzung weniger Dörfer scheiterte das Unternehmen an der Teilnahmlosigkeit des Volkes. Von nun an galt die Schweiz dem Ausland als der Herd des Radikalismus, zumal da Mazzini seine Thätigkeit auf ganz Europa ausdehnen wollte und zur Republikanisierung des Erdteils das „junge Europa“ stiftete. Nun regnete es Not. Die benachbarten Mächte beschwerten sich über den Mißbrauch des Asylrechts und stellten die feindseligsten Maßregeln in Aussicht, wenn die Schweiz nicht die Teilnehmer an jenem Einfall ausweise und die andern besser überwache. Am schärfsten trat Louis Philipp gegen die Schweiz auf und bedrohte sie sogar mit Krieg, wenn sie nicht den aus Amerika zurückkehrenden und auf Arenenberg als Thurgauischer Bürger lebenden Louis Napoleon ausweise. Um die gastfreundliche Republik dieser Verlegenheit zu entheben, verließ dieser freiwillig sein Asyl und begab sich nach England.

Die religiösen Kämpfe waren noch folgenreicher. Die Berufung des Dr. Strauß aus Württemberg an die Universität in Zürich brachte 1839 das Landvolk unter die Waffen und veranlaßte den Sturz des liberalen Regiments in Zürich, das erst 1845 wieder



emporkam. Bedeutender war die Klosterfrage. Sieben Kantone hatten in einer Konferenz zu Baden 1834 Unterwerfung der Kirche unter die Staatsgewalt und Benutzung der Klöster und ihres Vermögens zu gemeinnützigen Zwecken beschlossen. Am heftigsten äußerte sich der Streit hierüber im Kanton Aargau, dessen radikale Regierung 1841 sämtliche Klöster, darunter das reiche Muri, aufhob und das Vermögen für „Zwecke des Unterrichts und der Wohlthätigkeit“ in Beschlag nahm. Die Aufregung hierüber war unter den bigotten Katholiken groß und führte in Luzern und Wallis 1844 den Sieg der ultramontanen Partei herbei. Diese berief zur Leitung des Jugendunterrichts die Jesuiten nach Luzern, wobei sich besonders der Bauer Joseph Leu und Sigwart-Müller thätig zeigten. Auch in Freiburg und Schwyz hatten sich die Jesuiten niedergelassen. Ihre Vertreibung aus der Schweiz war das Ziel aller liberalen Kantone. Der Freischarenzug von 1845 unter Anführung Ochsenbeins aus Bern mißglückte. Die Regierung von Luzern, durch die Ermordung Leus noch mehr erbittert, verlangte Bestrafung der Freischärler, Wiederherstellung der Aargauer Klöster und stiftete, als man ihr kein Gehör gab, mit Schwyz, Uri, Niderwalden, Zug, Freiburg und Wallis einen „Sonderbund“ zu gegenseitigem Schutz gegen äußere und innere Feinde. Dieser Bund im Bunde konnte nicht geduldet werden, und da die liberalen Kantone die Mehrheit ausmachten, so beschlossen sie auf der Tagsatzung zu Bern im Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes, als unverträglich mit dem Bundesvertrag, und die Ausweisung der Jesuiten. Da die Fanatiker von Luzern, auf auswärtige Hilfe vertrauend, der Tagsatzung keinen Gehorsam leisteten, so wurde Bundesexekution gegen die Sonderbunds Kantone angeordnet, das eidgenössische Heer aufgeboten und der erprobte General Dufour aus Genf an die Spitze gestellt.

Die Kabinette von Wien, Berlin und Paris thaten alles, um den Ausbruch des Kriegs zu hintertreiben. Da sie aber den Sonderbund zu sehr begünstigten, sogar mit Geld und Waffen unterstützten, so scheute dieser, in der Hoffnung auf ihre Intervention, trotz seiner Minderheit sogar vor einem Krieg nicht zurück. Die Liberalen suchten in einem raschen Feldzug eine vollendete Thatsache zu schaffen. Der Kurier des französischen Ministers Guizot mit Depeschen an die Häupter des Sonderbundes war noch unterwegs, als diese

schon über die Alpen flohen, daher jener ihnen nachhelfen mußte. Vielleicht wäre einige Monate später eine Intervention eingetreten; aber ehe diese verfloßen waren, waren Herr Guizot, Herr Metternich und so manches andere hohe Haupt selbst auf der Flucht und froh, daß es noch Staaten gab, welche politischen Flüchtlingen ein Asyl gewährten.

General Dufour hielt eine schnelle und runde Abrechnung. Er nahm Freiburg durch Kapitulation, besiegte am 23. November 1847 das Hauptheer des Sonderbundes bei Gislifon und zog in Luzern ein. Sämtliche Kantone mußten sich unterwerfen und die Friedensbedingungen sich diktieren lassen. Dazu gehörte die Übernahme der Kriegskosten, die Einsetzung neuer Kantonsregierungen, die Auflösung des Sonderbundes und die Ausweisung der Jesuiten. In wenigen Wochen war die Sache abgethan. Darauf wurde von der Tagsatzung eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Bundesverfassung gewählt. Der von jener vorgelegte Entwurf wurde am 17. Juni 1848 von der Tagsatzung angenommen und die neue Bundesversammlung am 6. November 1848 in Bern, dem Sitze der Bundesbehörden, eröffnet. Nach der neuen Verfassung bestand das schweizerische Parlament aus zwei Räten, dem Ständerat, welcher die einzelnen Kantonsregierungen zu vertreten hat, und dem Nationalrat, welcher vom Volke nach Maßgabe der Kopfzahl gewählt wird. Von dieser vereinigten Bundesversammlung wird die oberste Behörde der Schweiz, der Bundesrat, gewählt, an dessen Spitze ein jährlich neu zu wählender Präsident steht. Der erste Präsident war Ulrich Ochsenbein, der obengenannte Führer der Freischaren von 1845.

#### § 14.

##### Frankreich unter Louis Philipp.

Keiner der größeren Monarchen hatte eine so schwierige Aufgabe, wie Louis Philipp. Schloß er sich an die Mehrheit seines Volkes an und machte er mit den „republikanischen Institutionen, welche den Thron umgeben sollten“, Ernst, so hatte er alle Kontinentalmächte gegen sich; näherte er sich mehr dem absoluten System der letzteren, so erhoben sich gegen ihn nicht nur die extremen Parteien, sondern auch die Männer der konstitutionellen Monarchie,

welche sich an das königliche Wort hielten, daß von nun an „die Charte eine Wahrheit“ sein solle. Jene Gefahr war die kleinere; denn die auswärtigen Mächte hatten mit dem revolutionären Geiste ihrer eigenen Völker genug zu thun und hätten durch den Einfluß eines liberalen Frankreichs immer noch mehr zu thun bekommen; der schlimmste Feind Louis Philipps war die Unzufriedenheit im eigenen Land, welche, wenn gar zu sehr herausgefordert, ihn den nämlichen Weg gehen ließ, welchen Karl X. 1830 gegangen war. Es kam nicht sowohl auf ein geschicktes Balancierhsystem als auf freisinnige Prinzipien an, bei deren Durchführung er immer gleichen Schritt mit dem Geiste und dem Willen seines Volkes zu halten hatte. Sein System, welches er selbst die richtige Mitte (*juste milieu*) nannte, wäre richtig gewesen, wenn er die richtige Mitte getroffen und eingehalten hätte; aber er schwankte allmählich so sehr nach rechts, daß ihm die richtige Mitte schon links war.

Er hatte von Anfang an drei Parteien gegen sich: die Legitimisten, die Bonapartisten und die Republikaner. Die zwei ersteren hatten an und für sich wenig zu bedeuten; mit den letzteren mußte er rechnen. Denn sie waren es, welche die Revolution gemacht hatten und sich begreiflicherweise nicht um die Früchte derselben gebracht sehen wollten. So lange drei Mitglieder dieser Partei die wichtigsten Posten inne hatten, Odilon Barrot Seinepräfekt, Dupont de l'Eure Justizminister, Lafayette Befehlshaber sämtlicher Nationalgarden von Frankreich war und ebendadurch an der Spitze von anderthalb Millionen Bajonetten stand, mußte freilich noch mehr im Sinne des Stadthauses regiert werden. Aber wie lange mochte dieses republikanische Triumvirat im Räte des Königs sitzen! Die Stütze seines Thrones, so wie er ihn auffaßte, war die Bourgeoise, der wohlhabende Bürgerstand, welcher sich nach dem Sturze der Bourbonen, unter deren Regierung ihm Adel und Geistlichkeit die Herrschaft streitig machten, rasch der Gewalt bemächtigt, den Herzog von Orleans auf den Thron gebracht hatte und nun mit ihm Frieden um jeden Preis haben, den Wohlstand vermehren, seinen Reichtum in Ruhe und Behaglichkeit genießen wollte. Nur dieser Stand hatte durch die Julirevolution, für welche er selbst gar wenig Blut vergossen hatte, gewonnen, die arbeitenden Klassen, die „schwierigen“ Hände dagegen hatten so wenig Vorteil davon, als die römischen Plebejer durch den Sturz

des Königtums. Vermöge des Wahlgesetzes und vermöge der Bestimmung, daß der Nationalgardist seine kostspielige Ausrüstung selbst zu bezahlen hatte, bekam Louis Philipp auch die Kammer und die Nationalgarde auf seine Seite. Auch die auswärtigen Mächte zeigten sich willfährig und erkannten die Julimonarchie an, doch der Kaiser von Rußland nicht, ohne von den „beklagenswerten Ereignissen“ zu sprechen, welche diese Thronveränderung herbeigeführt, und dem König den gewöhnlichen Titel in der Anrede: „mein Bruder!“ zu versagen.

Die erste Bewegung veranlaßte der Prozeß der Exminister Karls X., von welchen, zum Leidwesen der neuen Regierung, außer Polignac noch drei andere auf ihrer Flucht verhaftet worden waren. Das Volk verlangte den Tod derjenigen, welche durch die Unterzeichnung der Ordonnanzen die Revolution veranlaßt hatten und dadurch an dem Tod so vieler Menschen schuld waren. Aber selbst Lafayette war dagegen; er besaß Edelmut genug, sie retten zu wollen, gerade weil sie seine Feinde waren. Auch in Schoß des Ministeriums verursachte diese Frage eine Spaltung; fünf Mitglieder, darunter Guizot, traten aus, und am 2. November 1830 übernahm Laffitte als Ministerpräsident die Bildung eines neuen Ministeriums, welches der liberalen Richtung angehörte. Die Pairskammer verurteilte die Exminister zu lebenslänglichem Gefängnis und Polignac außerdem noch zum Verlust der bürgerlichen Rechte. Zwei Tage lang war infolge dieses milden Ausspruchs eine ungeheure Bewegung in Paris; die kaum niedergelegten Waffen schienen sich wieder erheben zu wollen; aber der Umstand, daß das republikanische Triumvirat auf seiten der Regierung und der Kammer stand, hielt die Aufregung von einem offenen Ausbruch ab. Doch verlor Lafayette so viel von seiner Popularität, daß der König es wagen konnte, in der Kammer den Vorschlag machen zu lassen, daß die Stelle eines Oberbefehlshabers aller Nationalgarden von Frankreich aufgehoben werde. Darauf gab Lafayette seine Entlassung ein, und Louis Philipp nahm sie nach einigem heuchlerischen Zögern an. Bald darauf trat Dupont aus dem Ministerium; Odilon Barrot bekleidete noch auf kurze Zeit seinen vereinsamten Posten. Das neue Gemeindegesetz, das die Wahl der Maires ganz in die Hand des Ministers und der Präfekten legte, war ein Rückschritt. Es wurde durch ein verbessertes Wahlgesetz

wieder gut gemacht, wodurch der Zensus erniedrigt und die Zahl der Wähler von 80 000 auf 200 000 erhöht wurde, was bei einer Bevölkerung von 30 Millionen freilich eine geringe Zahl war.

Indessen hatte die Revolution ihren Zug durch Europa angetreten. Überall, wo sie in Not kam, wurde Frankreich als Helfer angesehen und erbeten. Das Ministerium Laffitte wollte keine auswärtigen Verwicklungen heraufbeschwören und stellte daher das Prinzip der Nichtintervention auf. Aber was ihm in Belgien gelungen war, mißlang in Italien. Auf die Erklärung des österreichischen Gesandten, daß seine Regierung im Kirchenstaat intervenieren werde, drohte Laffitte mit Krieg. Metternich erwiderte: „Wenn diese Intervention den Krieg herbeiführen soll, so mag der Krieg kommen. Wir wollen lieber den Gefahren des Krieges uns aussetzen, als mitten unter Aufständen untergehen.“ Er konnte wohl so reden; denn während Laffitte die Nichtintervention forderte, hatte Louis Philipp hinter seinem Rücken die Intervention gestattet. Als jener dies merkte, gab er seine Entlassung ein, worauf am 13. März 1831 Kasimir Périer ein neues Ministerium bildete. Dieser war der eigentliche Repräsentant der Bourgeoisie, Bankier wie Laffitte, besaß aber mehr Energie und staatsmännisches Talent. Er war herrisch genug, um selbst Louis Philipp unter seinen Willen zu beugen, wollte als Ministerpräsident nicht bloß die Verantwortung, sondern auch die Leitung haben. Friede nach außen, Ruhe und Ordnung im Innern waren seine Ziele.

Die Legitimisten wie die Republikaner fanden in ihm ihren Mann. Jene waren so thöricht zu glauben, daß ihre Zeit wieder gekommen sei. Am 13. Februar 1831, dem Jahrestag der Ermordung des Herzogs von Berry, hatten sie in der Kirche St. Germain l'Auxerrois, welche von der Bartholomäusnacht her in üblem Andenken steht, einen prunkvollen Trauergottesdienst veranstaltet. Das erbitterte Volk, darin eine Herausforderung sehend, drang in die Kirche ein und zertrümmerte die Heiligtümer. Am andern Tag stürmte es den Palast des Erzbischofs und warf alle Gerätschaften auf die Straße. Trotz dieser verständlichen Lektion reiste die Herzogin von Berry, Marie Karoline, von dem ultralegitimistischen Herzog von Modena und von Karl Albert von Savoyen unterstützt, mit wenigen Getreuen nach Frankreich, landete in Marseille,

durchzog, da sie dort keinen Anklang fand, unter verschiedenen Abenteuern ganz Frankreich und trat in der Vendée im Namen ihres Sohnes, des legitimen Königs Heinrich V., als Regentin von Frankreich auf. Ihre Anhänger wurden bei aller Tapferkeit von der Übermacht der gegen sie ausgeschieden Truppen erdrückt, die Herzogin floh nach Nantes, hielt sich dort vier Monate lang bei einer ihr treu ergebenen Familie verborgen und wurde durch den Verrat eines getauften Juden, Namens Deuz, welcher 500 000 Frank dafür erhielt, am 2. November 1832 entdeckt und verhaftet. Aus der Verlegenheit, was mit ihr angefangen werden sollte, zog sie, die ein geheimes Ehebündnis eingegangen hatte, ihren Vetter Louis Philipp durch ihre Entbindung von einer Tochter. Bei solchen interessanten Umständen blieb nichts anderes übrig, als die Frau Herzogin im Sommer 1833 nach Palermo überzuschiffen. Den Legitimisten verging nun auf eine Weile die Lust, ihre Helden und Heldinnen auf den schlüpfrigen Boden Frankreichs zu führen, und sie setzten ihre Hoffnungen nur noch auf einen allgemeinen Umschwung, daher sie die Aufstände der Republikaner mit Geld unterstützten.

Schwieriger war für die Regierung der Kampf mit den Republikanern. Der Fall von Warschau regte alle Leidenschaften auf. In Paris wurden Barrikaden errichtet, Waffenläden geplündert, die Minister verwünscht, welche trotz aller Versprechungen den bittenden und hoffenden Polen keine Hilfe geleistet hatten. Doch blieb die bewaffnete Macht Herr. Auch in anderen Städten gab es Aufstände, in Lyon einen sehr blutigen im November 1831 infolge der Streitigkeiten zwischen den Seidefabrikanten und ihren Arbeitern. Périer trat überall mit Strenge und Energie auf, vermochte aber die Unzufriedenheit kaum zum Schweigen zu bringen, geschweige ihr zu steuern. Denn die Abgaben wurden immer mehr erhöht und der Handel stockte. Zu einer so ungelegenen Zeit verlangte Louis Philipp von der Kammer eine Erhöhung seiner Zivilliste auf 18 Millionen, während er bei seiner Thronbesteigung zu Dupont gesagt hatte: „Ein Bürgerkönig hat an 6 Millionen Zivilliste übrig genug.“ Die Kammer wählte für den König des juste milieu zwischen beiden Summen die richtige Mitte und bewilligte ihm 12 Millionen. Bei dem Leichenbegängnis des republikanischen Generals Lamarque am 5. Juni 1832 kam es zu einem erbitterten Straßenkampf, und der Ruf ertönte: „Es lebe die Republik!“

Glücklicherweise konnte die Regierung einige Thatfachen zu ihren Gunsten aufweisen. Die Erblichkeit der Pairs wurde aufgehoben, freilich später ihre Ernennung auf Lebenszeit durch den König zugegeben, wodurch diese Kammer vollends den Rest ihrer Unabhängigkeit verlor. Bei der zweiten Intervention der Östreicher in Italien ließ Périer Ancona besetzen und erklärte in der Kammer, daß er damit den Unterthanen des Papstes eine Bürgschaft für dessen Versprechen geben wolle. „Bleiben die Östreicher, so bleiben auch wir; gehen sie, so werden auch wir gehen.“ Die Besetzung dauerte sieben Jahre, gerade so lange als die Östreicher in der Romagna blieben.

Am 16. Mai starb der Premierminister Périer an der Cholera und die übrigen Minister traten bei Eröffnung der Kammern ab. Der unwandelbare Gedanke (*la pensée immuable*) des Königs machte sich immer mehr bei allem Wechsel der Minister geltend. Am 11. Oktober 1832 trat Marschall Soult, zugleich Kriegsminister, an die Spitze eines neuen Ministeriums, in welchem Guizot, der frühere Geschichtsprofessor, den öffentlichen Unterricht, der frühere Redakteur des *National*, Thiers, die inneren Angelegenheiten übernahm. Es war ein größtenteils doktrinäres Ministerium, welches eine starke Regierungsgewalt, aber auch ein festeres Auftreten in den auswärtigen Angelegenheiten, die von dem Herzog von Broglie geleitet wurden, zu seinem Programm machte. Große Unzufriedenheit erregten die neuen Gesetze, welche gegen die Presse, die Vereine und die Geschworenen gerichtet waren. Das Feilbieten der Journale an öffentlichen Orten wurde verboten, das Bestehen und die Gründung der Vereine von der Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht und die Zuwiderhandelnden nicht vor die Geschworenen, sondern vor das Zuchtpolizeigericht gestellt, Teilnehmer an einem Angriff auf den König und die Verfassung vor die Pairskammer verwiesen. Die Republikaner, welche darin ihre vollständige Unterdrückung sahen, wagten im April 1834 in Lyon und Paris einen neuen Kampf. Sie wurden überwältigt, und die Regierung benutzte den Aufruhr, um bei der Kammer ein Gesetz durchzubringen, das den Besitz von Waffen ohne polizeiliche Ermächtigung bei schwerer Strafe verbot. Zugleich wurde das stehende Heer auf 360 000 Mann erhöht und die Teilnehmer an dem Aprilaufstand vor den Pairs Hof gebracht. Die bedeutendsten Angeklagten, Cavaignac und

Marrast, entkamen nach England, die übrigen wurden zu Freiheitsstrafen, keiner zum Tode verurteilt. Dieser Prozeß, welcher von tumultuarischen Szenen begleitet war, brachte der Regierung mehr Schaden als Nutzen.

Günstig für die Reaktion wirkte die Höllemaschine des Korfen Fieschi. Der König ritt am 28. Juli 1835, umgeben von seinen Söhnen und einem glänzenden Generalstab, nach den Boulevards, um die Nationalgarde und die Besatzung von Paris zu mustern. Bei seiner Ankunft auf dem Boulevard du Temple erfolgte eine furchtbare Explosion, und aus den Fenstern eines gegenüberliegenden Hauses flog ein Hagel von Kugeln auf die Menge. Sofort lagen gegen 60 Personen tot oder verwundet auf der Straße. Der Marschall Mortier und mehrere andere Personen aus der Umgebung des Königs waren getötet, dieser selbst, auf den es abgesehen war, unverletzt. Fieschi und zwei Pariser Bürger, welche jener als Mitschuldige angab, wurden hingerichtet, ungerechterweise aber die ganze republikanische Partei für das Attentat verantwortlich gemacht und neue Schläge gegen die Geschworenen und gegen die Presse geführt. Jedes Freßvergehen, worin eine Beleidigung des Königs und der Regierung lag, wurde von nun an von dem Pairshof gerichtet, und die Verurteilung war bei dessen Zusammensetzung sicher. Mit diesen „Septemberefeten“ war die innere Reaktion vollendet, die Macht der Republikaner gebrochen. Ihre Thätigkeit freilich hörte nicht auf, ihre vielen Vereine bestanden im geheimen fort, und zu den politischen gesellten sich noch die sozialen, welche in kommunistischer Weise, nach den Schriften des Grafen St. Simon und der Anhänger desselben, die Aufhebung des Privateigentums und andere Unmöglichkeiten verlangten. Gerade diese schlimmen Auswüchse brachten den Republikanismus um allen Kredit, so daß Aufstände, wie der vom 12. Mai 1839, bei welchem einige hundert Mitglieder der „Gesellschaft der Jahreszeiten“, Barbès und Blanqui an der Spitze, militärische Posten entwaffneten und die Republik ausriefen, nicht den geringsten Anklang fanden. Auch die weiteren Mordversuche, welche auf den König gemacht wurden, hatten keinen Erfolg. Im Jahre 1836 versuchte Alibaud ein Attentat, bald darauf Meunier, 1840 Darmès, 1846 Lecointe und nach ihm Henri.

Louis Philipp fühlte sich so sicher auf seinem Throne, daß er 1837 eine Amnestie erließ, wodurch Polignac und seine Genossen



wieder die Freiheit und ihre bürgerliche Stellung erlangten. Sein Verhältnis zu den auswärtigen Mächten wurde um so besser, je mehr er sich ihrem System näherte, das Vereinswesen, die Presse, die Geschworenen beschränkte und die Volksaufstände mit aller Energie niederschmetterte. Freilich entfremdete er sich eben dadurch die Masse des Volkes immer mehr. Man sah es als eine Demütigung der Nation an, daß er um jeden Preis mit den Großmächten im Frieden leben wollte, Italien, Polen, Mehemed Ali preisgab und nur gegen schwächere Staaten, wie gegen Portugal unter Don Miguel, gegen die Schweiz, Marokko u. s. w., eine drohende Haltung oder gar Feindseligkeiten wagte. Seine beiden ältesten Söhne, die Herzoge von Orleans und von Nemours, machten 1836 eine Reise nach Deutschland und wurden an den Höfen von Berlin und Wien aufs beste aufgenommen. Jener vermählte sich 1837 mit der protestantischen Prinzessin Helene von Mecklenburg-Schwerin und erhielt von ihr einen Sohn, den Grafen von Paris, welcher seit dem unglücklichen Sohne Ludwigs XVI. das vierte Königskind sein sollte, das mit goldenen Hoffnungen und glänzenden Ansprüchen in die Welt eintrat und wenig davon in Erfüllung gehen sah. Die Kammer bewilligte bereitwillig für den Herzog von Orleans eine Erhöhung seiner Apanage auf 3 Millionen und für die Königin der Belgier, die älteste Tochter des Königs, eine Million Brautgeschenk, legte es aber dem König als schimpfliche Fabsucht aus, daß er, trotz seines Reichthums, für seine Kinder immer neue Apanagen verlangte.

Was die Legitimisten und Republikaner nicht vermocht hatten, eine Regierungsveränderung herbeizuführen, wollten die Napoleoniden in die Hand nehmen. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt (1832) hielt sich Ludwig Napoleon Bonaparte, Sohn des Exkönigs Ludwig von Holland und der Hortense Beauharnais, Stieftochter des Kaisers Napoleon, für den rechtmäßigen Erben des kaiserlichen Thrones. Am 20. April 1808 geboren, lebte er seit seinem siebenten Jahre mit seiner Mutter in der Verbannung, zuerst in Augsburg, später auf dem Schlosse Arenenberg im Kanton Thurgau, trat in die Reihen des schweizerischen Militärs ein und studierte unter Anleitung des Generals Dufour die Artilleriewissenschaft. Der Aufstand des Kirchenstaats 1831 führte ihn und seinen älteren Bruder in die Reihen der Carbonari. Dieser fand dort

seinen Tod, jener entkam nach England. Von da kehrte er wieder nach Arenenberg zurück und beschäftigte sich mit litterarischen Arbeiten, besonders den *réveries politiques*, worin er für Frankreich die Unmöglichkeit jeder anderen als der Napoleonischen Dynastie zu beweisen suchte. Als er die Unpopularität der Julimonarchie sah, glaubte er, seine Zeit sei gekommen. Er hatte mit einigen Offizieren der Garnison Straßburg geheime Verbindungen und hoffte, durch sein bloßes Erscheinen, durch den Zauber seines Namens die ganze Besatzung für sich zu gewinnen und so in einem lawinenartigen Siegeszug, wie sein Oheim im März 1815, an der Spitze der bewaffneten Macht in Paris einzuziehen. Am 30. Oktober 1836 erschien er plötzlich mit seinen Vertrauten im Hof der Artilleriekaserne in Straßburg, wurde von den Soldaten mit „Vive l'empereur!“ empfangen, fand aber in der Infanteriekaserne, nach welcher die Verschworenen zogen, nicht die gleiche Aufnahme. Der Gouverneur Voiron mußte die Soldaten in der Treue zu erhalten, Louis Napoleon wurde mit mehreren seiner Genossen gefangen. Er wurde nach Paris gebracht, und Louis Philipp war großmütig genug, ihn ohne weitere Untersuchung auf einem französischen Kriegsschiff nach Nordamerika überzusiedeln. Dieses milde Urteil hatte aber die für den König unangenehme Folge, daß die sieben Mitschuldigen, welche vor das Geschworenengericht in Straßburg gestellt wurden, selbst die aktiven Offiziere, freigesprochen und von der Bevölkerung mit Jubel empfangen wurden. Das Volk hatte es nicht für billig gehalten, den hochgeborenen Urheber entschlüpfen zu lassen und die niedrigeren Kreaturen zu bestrafen.

Als Thiers, der Geschichtschreiber des französischen Kaiserreichs, Ministerpräsident war (vom 1. März bis 21. Oktober 1840), wurde, um die öffentliche Meinung zu gewinnen, beschlossen, die Gebeine Napoleons von der Insel St. Helena nach Frankreich zu bringen. Die englische Regierung gab ihre Zustimmung: die Ehre der Heimführung wurde dem dritten Sohne des Königs, dem Prinzen von Joinville, überlassen. Dieser landete mit seiner kostbaren Ladung in Cherbourg, und am 15. Dezember 1840 wurden die Überreste des Kaisers in einem prachtvollen Sarkophag, unter dem Zuströmen einer ungeheuren Menschenmenge, nach dem Dom der Invaliden gebracht, wo sie später ein besonderes Denkmal erhielten.

Die Begeisterung, welche schon die Vorbereitungen zu dieser

Reliquienfahrt in Frankreich erregt hatte, veranlaßte den Prinzen Louis Napoleon zu einem zweiten Versuch, sich als Neffen und Erben des Kaisers der Nation vorzustellen. Er war von Nordamerika wieder nach der Schweiz zurückgekehrt, hatte diese, als Louis Philipp auf seine Ausweisung drang und mit Krieg drohte, freiwillig verlassen und sich nach England begeben. Dort schiffte er sich mit etwa 60 Personen, welche in die Uniform der ehemaligen kaiserlichen Garde gekleidet waren, ein und landete am 6. August 1840 in der Nähe von Boulogne. Um mehr Aufsehen zu machen, hatte er einen lebendigen Adler mitgebracht. In seiner Proklamation erklärte er, daß die Bourbons-Orleans aufgehört hätten zu regieren, und versprach Frankreich die Herstellung seiner alten Größe. Ein Dekret setzte einstweilen eine provisorische Regierung ein, stellte Thiers, den damaligen Premierminister, an deren Spitze und machte den Marschall Clauzel zum Oberbefehlshaber des Heeres. Aber auch dieser Versuch scheiterte. Zwar das Linienregiment in Boulogne verhielt sich sehr unthätig, dagegen drangen die Zollsoldaten auf ihn ein, er mußte sich mit seinen Begleitern in ein Boot werfen, um das Dampfschiff, welches ihn herübergeführt hatte, zu erreichen, das Boot schlug um, und triefend wurde er aus dem Wasser gezogen und ins Gefängnis gebracht. Vor den Pairshof gestellt, entwickelte er mit der ihm eigentümlichen Glaubensstärke und Beharrlichkeit seine napoleonischen Grundsätze und Ansprüche. Er wurde vom Pairshof zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt und in das Schloß Ham gebracht, von wo er am 25. Mai 1846, als Maurer verkleidet, entfloh und nach England entkam. Alle Welt lachte damals über die tollen Streiche des exzentrischen Prinzen; aber ohne die Szenen von Straßburg und Boulogne und ohne das Martyrium einer sechsjährigen Gefangenschaft hätte sein Name sicherlich im Jahre 1848 nicht solche Wirkung hervorgebracht.

Die Isolierung, in welche Frankreich durch seine orientalische Politik geraten war, hatte, wie dies bei dem Streit zwischen der Türkei und Agypten erzählt worden ist, die Entlassung Thiers veranlaßt. Nachdem dieser große Kriegsrüstungen gemacht und die Kammer zur Genehmigung der Befestigung von Paris bewogen hatte, mußte er abdanken, da Louis Philipp keine Lust hatte, die Koalition Europas gegen sich heraufzubeschwören. Die Rüstungen wurden eingestellt, die Befestigung aber mit Ernst betrieben. Man

warf der Regierung vor, die Befestigung sei weniger gegen einen äußeren Feind als gegen die revolutionslustigen Pariser gerichtet, was sich freilich in späteren Jahren nicht bewährte. Das neue Ministerium, in welchem am 29. Oktober 1840 Soult den Vorsitz und das Kriegsdepartement, Guizot das Auswärtige, Graf Duchatel das Innere, Willemain das Unterrichtswesen übernahm, erhielt sich in seinen Hauptpersonen (Guizot und Duchatel) bis zur Februarrevolution und verstand es bald, sich in ein gutes Vernehmen mit den vier Großmächten zu setzen. Beim Volke war es übrigens als „das Ministerium des Auslands“ sehr unbeliebt, wozu die heftige Opposition Thiers' gegen seinen glücklicheren Nebenbuhler Guizot viel beitrug. Jener hatte als Minister sich eine selbständige Stellung zu bewahren gewußt und den Satz aufgestellt: *le roi règne, mais il ne gouverne pas*; Guizot ging auf das verknöcherte System des alternden Königs mit der ganzen Fähigkeit eines zwar ehrenwerten Charakters, aber unverbesserlichen Bürokraten ein.

Ein günstiges Feld kriegerischer Thätigkeit gewährte der Julimonarchie die Eroberung Algiers, eine Erbschaft, welche sie von den Bourbonen angetreten hatte. Wenn auch diese neue Provinz den Franzosen, welche im Kolonisieren keine großen Meister sind, wenig eintrug, vielmehr Geld und Leute in Menge verschlang, so war doch der Kampf mit den fanatischen Beduinen- und Kabylenstämmen für die Soldaten eine gute Kriegsschule und zugleich der Regierung ein willkommener Ableitungskanal für die aufgeregte und rauflustige Pariser Jugend. Hier bildeten sich die Generale des zweiten Kaiserreichs, das kaum einen Militär von Bedeutung aufzuweisen hatte, der nicht in Algerien seine Sporen verdient hätte, für den offenen Krieg. Unter den Arabern ragte der Emir Abdel Kader, ein zweiter Jugurtha, weit über alle hervor. Priester und Heerführer zugleich, genoß er unter seinen Landsleuten ein unbegrenztes Vertrauen und wußte bei seiner Schlaueit und Ortskenntnis mehrere Jahre lang gegen die französischen Generale sich zu behaupten. Kaum war er geschlagen, kaum hieß es, er sei vernichtet, so rückte er wieder mit neuen Streitkräften heran und ergriff eine gefährliche Offensive. Unter Marschall Clauzel wurde 1835 Mascara, Abdel Kaders Residenz, erobert, aber die Unternehmung auf Konstantine, das alte Cirta, mißlang. Erst bei der zweiten Expedition, 1837, wurde die Stadt, nachdem General Damrémont am ersten Tage des Sturms

gefallen war, am 13. Oktober von General Balée erstürmt. Zur Zeit des orientalischen Krieges knüpften sich für Frankreich an diese neue Besitzung in Nordafrika weit aussehende Pläne. Um so heftiger entzündete sich die Eifersucht Englands, dessen Umtrieben man es auch zuschrieb, daß 1839 die Araber in großen Massen zum heiligen Krieg gegen die Franzosen auszogen und bis vor die Thore Algiers streiften. Da erhielt 1841 General Bugeaud den Oberbefehl, und unterstützt von tüchtigen Offizieren, wie Oberst Lamoricière, Changarnier, gab er dem Kriege eine überraschende Wendung. Abdel Kader wurde, nachdem der Herzog von Numale, des Königs vierter Sohn, dessen Smalah (wanderndes Hoflager) erbeutet hatte und mehrere Stämme von ihm abgefallen waren, aus Algerien verdrängt und mußte bei Kaiser Abderchaman von Marrocco Schutz suchen. Dieser ließ sich zum Kriege verleiten und schickte seinen Sohn mit einem Heere ab. Aber während der Prinz von Joinville mit der französischen Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador beschloß und zerstörte, erfocht Bugeaud bei dem Flusse Isly am 14. August 1844 einen glänzenden Sieg und zwang den Kaiser zum Frieden. Der Krieg wurde von dem unermüdblichen Abdel Kader fortgeführt und auf beiden Seiten abscheuliche Grausamkeiten begangen. Es erregte einen Sturm des Unwillens in Europa, als bekannt wurde, daß der Oberst Pelissier (im Krimkrieg Herzog von Malakow) eine große Anzahl von Arabern mit Weib und Kind in einer Höhle, in welche sie sich geflüchtet hatten, ersticken ließ, ein Verfahren, das der Kriegsminister Soult, der an napoleonische Blutdekrete gewohnt war, sehr in der Ordnung fand. Und als endlich 1847 Abdel Kader, von allen verlassen und von allen Seiten bedrängt, sich an Lamoricière ergab, unter der Bedingung freien Abzugs nach Syrien oder Ägypten, welche Bedingung der Herzog von Numale, Bugeauds Nachfolger in der Statthalterschaft, einging, bestätigte der königliche Vater den Vertrag seines Sohnes nicht, sondern ließ Abdel Kader nach Frankreich führen, wo er mehrere Jahre lang zu Amboise in strenger Haft gehalten wurde. Der Kaiser Napoleon ließ ihn 1852 frei, gegen das Versprechen, in der Stadt Brussa in Kleinasien sein Leben zuzubringen, und wies ihm einen Jahrgehalt an. Dort lebte er in Zurückgezogenheit bis zum Jahr 1855, wo die Stadt durch ein Erdbeben zerstört wurde. Darauf wählte er Damaskus zu seinem Aufent-

haltort, wo er sich im Jahre 1860 bei den Greuelthaten der Druzen und Türken gegen die Christen mit aller Energie der letzteren annahm, daher ihm Napoleon das Großkreuz der Ehrenlegion überschickte.

Der Tod des allgemein geachteten und geliebten Herzogs von Orleans war das erste Memento mori für die Julidynastie. Er fuhr am 13. Juli 1842 nach dem Schloß Neuilly, um sich vor seiner Abreise nach dem Lager bei St. Omer von seiner Familie zu verabschieden. Die Pferde wurden scheu, er sprang aus dem Wagen, wurde auf das Pflaster geschleudert und war nach 4 Stunden tot. Von seinen zwei Söhnen war der ältere, der Graf von Paris, erst vier Jahre alt, und man machte sich daher, da Louis Philipp schon 69 Jahre alt war, auf eine lange Vormundschaft gefaßt. Auf den Vorschlag der Regierung wurde, für den Fall des Ablebens des Königs, nicht der beliebten Herzogin Helene von Orleans (angeblich wegen ihres Protestantismus), sondern dem wegen seiner aristokratischen Neigungen unpopulären Herzog von Nemours von der Kammer die Regentschaft übertragen. Einigen Ersatz für den Verlust des ältesten Sohnes schien dem König die Vermählung seines jüngsten Sohnes, des Herzogs von Montpensier, mit der Infantin Luise Fernanda zu gewähren (1846). Aber dieses Bündnis, welches den Orleans den spanischen Thron in Aussicht stellte, lockerte das nach der orientalischen Frage wiederhergestellte gute Einvernehmen mit dem englischen Kabinett, das dem König diplomatische Unehrllichkeit vorwarf. Auch bei anderen Gelegenheiten fielen dunkle Schatten auf die Julimonarchie. Zwei frühere Minister, der Präsident des Kassationshofs Teste, vorher Minister der öffentlichen Arbeiten, und der ehemalige Kriegsminister Cubières wurden 1847 wegen groben Unterschleifs und Bestechlichkeit angeklagt und verurteilt. Einen noch schlimmeren Eindruck machte die Ermordung der Tochter des Marschalls Sebastiani durch ihren eigenen Gatten, den Herzog von Praslin. Und als sich dieser im Gefängnis der Verurteilung durch Gift entzog, hieß es, die Regierung habe ihm dazu verholfen, um dem Volke nicht das Schauspiel der Enthauptung eines Herzogs geben zu müssen. Es war schwer, den Beweis herzustellen, daß der König und sein Regierungssystem für diese Verbrechen verantwortlich seien; aber die Legitimisten und die Republikaner wiesen auf einen inneren Zusammenhang zwischen diesen und

jenen hin und erklärten solche Verbrechen für die Folgen des herrschenden Systems. Der König, hieß es, setze allerdings seinen Willen nur durch die Kammer durch, gebe sich aber dabei dem Wahne hin, als sei diese Kammermehrheit der Ausdruck des Volkswillens. Wo die Wahlbezirke durch Aussichten auf Anlegung von Straßen und Eisenbahnen zur Erwählung der ministeriellen Kandidaten und diese selbst durch Anhäufung von einträglichen Stellen und Würden für sich und ihre Familie zur unbedingten Folgsamkeit, zu einem Mitgehen durch Dick und Dünn verleitet würden, da seien, zumal wenn nur die wohlhabende Klasse das Wahlrecht habe, die Volksrepräsentanten nicht mehr Repräsentanten des Volks, und wer als König auf ihre Stimme höre, höre nicht mehr des Volkes Stimme, sondern seine eigene.

In dieser Lage war Louis Philipp und das Ministerium, in welchem seit September 1847, seit Soult's Rücktritt, Guizot das Präsidium führte. Sein Gegner und Rivale Thiers veräumte nicht, ihn in der Kammer schonungslos anzugreifen, die von oben ausgehende zunehmende Korruption aufzudecken und auf die Schmach hinzuweisen, mit welcher er durch seine Parteinahme für den Sonderbund und die Jesuiten in der Schweiz das Land bedeckt habe. Weder er noch Odilon Barrot, welcher die Errungenschaften von 1789 bewahrt wissen wollte, war für den Sturz der Dynastie, nicht einmal für allgemeines Stimmrecht. Im Gegensatz zu dem Advokaten Ledru-Rollin, welcher die Fahne der roten Demokratie aufpflanzen wollte, und dem Dichter Lamartine, welcher mit verschwommenen Gleichheitsphrasen um sich warf, vereinigten sich jene beiden zur Opposition gegen das Ministerium und gegen den Radikalismus zugleich. Sie wollten die Monarchie stützen und einer neuen Revolution vorbeugen, was nur durch eine Wahlreform möglich war. Daher stellten sie einigemal einen Antrag in der Kammer, wonach der Zensus für die Wahlbefähigung herabgesetzt, die Zahl der Abgeordneten vermehrt und alle abhängigen, absehbaren Beamten aus der Deputiertenkammer ausgeschlossen werden sollten. Jedesmal widersetzten sich die Minister dem Antrag, und die Mehrheit der Kammer verwarf ihn. So glaubten sie sich unmittelbar an das Volk wenden und durch dieses auf Kammer und Minister einen Druck ausüben zu müssen. Dies gab Veranlassung zu den „Reformbanketten“, wo Oppositionsmitglieder und Journa-

liffen sich mit Deuten aller Stände bei einem Festmahle vereinigten, um in der Erinnerung an die Revolution von 1789 und 1830 von Volkshouveränität, von Bekämpfung des Regierungssystems, von der Sorge für die arbeitenden Klassen zu sprechen und eine Petition für Wahlreform zu unterzeichnen. Diese Bankette, deren erstes am 9. Juli 1847 in der Nähe von Paris abgehalten wurde, fanden im ganzen Lande Anklang und steigerten die Aufregung.

In der Kammer, welche am 28. Dezember 1847 eröffnet wurde, ging es sehr stürmisch her. Die Thronrede sprach von den „feindseligen und blinden Leidenschaften“ der Opposition und ließ sich so wenig als die Kammermehrheit auf eine Wahlreform ein. Daher entschloß sich die Opposition, am 22. Februar in Paris selbst ein Reformbankett zu halten, machte Vorbereitungen im größten Stil, lud die Nationalgarde ein, unbewaffnet, aber in Uniform von der Place Madeleine bis zu dem Festort in den elysäischen Feldern Spalier zu bilden, scheinbar zur Aufrechterhaltung der Ordnung, in Wahrheit aber um auch die Nationalgarde für die Reform zu gewinnen und durch die Öffentlichkeit der Sache einen Blitz unter die Massen zu werfen. Aber der Minister des Innern, Graf Duchatel, verbot diese Schaustellung der Nationalgarde und drohte mit militärischem Einschreiten, worauf die Opposition, deren gemäßigter Teil keinen bewaffneten Zusammenstoß wollte, den Plan eines Reformbanketts aufgab und dem Präsidenten der Deputiertenkammer eine von 54 Abgeordneten unterzeichnete Schrift überreichte, wonach das Ministerium wegen Verrats an den Grundsätzen von 1830 in Anklagestand versetzt werden sollte.

Damit war dem Volke, welches sich auf ein großes Spektakelstück gefaßt gemacht hatte, schlecht gedient. Zum Teil von dem Abstellen des Banketts gar nicht unterrichtet, versammelte es sich am 22. Februar in Masse auf den Straßen, sang die Marseillaise und rief wiederholt: „Es lebe die Reform!“ „Nieder mit Guizot!“ Wenn der König an diesem Tage das Ministerium entließ, den Reformier Odilon Barrot berief und die Wahlreform zu seinem Programm machte, so war seine Dynastie gerettet. Er that nichts von all dem, ließ die Bewegung anwachsen und war erst dann zum Nachgeben bereit, als es schon zu spät war. „Keine Zugeständnisse mehr!“ hatte Karl X. gesagt. Auch Louis Philipp dachte so, und als er sie endlich notgedrungen tropfenweise machte, wurden ihm



keine mehr gemacht. Es ist merkwürdig, wie wenig Verständnis der sonst so unterrichtete König in diesen Februartagen zeigte, wie wenig Gedächtnis er für die Lehren der Geschichte, für die Ereignisse von 1830 hatte, zu welchen er nun eben ein Seitenstück liefern sollte. Auf seine korrumpierte Kammermehrheit gestützt, glaubte er, durchaus auf legalem Boden zu stehen, die Charte immer noch eine Wahrheit nennen und seine Lage von der Karls sehr unterscheiden zu dürfen. Es war allerdings ein Unterschied. Ordonnanzen und Kammerbeschlüsse sind nicht einerlei. Für das Volk aber war es ganz gleichgültig, ob seine eingebildete Souveränität durch Ordonnanzen oder durch Kammerbeschlüsse beschränkt wurde. Darin lag die Kurzsichtigkeit des alten Königs.

## Dritter Zeitraum.

1848—1863.

### Februarrevolution und ihre Folgen. Das zweite Kaiserreich und seine Übermacht in Europa.

#### § 15.

#### Die Februarrevolution, die französische Republik und das Kaiserreich.

Die Führer der geheimen Gesellschaften waren zum Losschlagen bereit. Sie wollten nur zuvor sehen, wie weit sich die Masse des Volks dafür begeistern ließ, und welche Partei die Nationalgarde ergriff. Natürlich ließen sie es an Hezen und Schüren nicht fehlen. Einer ihrer Leute, Charles Lagrange, welcher sich schon bei dem Lyoner Aufstand von 1834 als gewandter Revolutions-Regisseur gezeigt hatte, hatte für sein Nachkorps die Rollen bereits gehörig einstudiert. Schon am 22. Februar wurden einige Barrikaden errichtet, und es fanden Straßenkämpfe statt. Sie nahmen am 23. schon eine bedenklichere Gestalt an, besonders da die Nationalgarde nicht nur die Linientruppen nicht unterstützte, sondern selbst auch in die Rufe: „Nieder mit Guizot!“ einstimme. Dies bewog den König, das Ministerium Guizot zu entlassen und den Grafen Molé

nebst einigen Mitgliedern des linken Zentrums zu berufen. Obgleich die Ernennung Molés, der sich in seinen Regierungsprinzipien von Guizot nicht sehr unterschied, ein Mißgriff war und nur Odilon Barrot, der Führer der Reformpartei, damals noch der andrängenden Flut gewachsen war, so bewirkte doch schon die am Nachmittag des 23. bekannt gewordene Entlassung Guizots eine augenblickliche Einstellung der Feindseligkeiten und abends die freiwillige Beleuchtung eines Teils der Stadt. Die Ruhe schien wieder hergestellt.

Nachts zehn Uhr wogte die Menge auf den erleuchteten Boulevards lärmend und singend hin und her. Lagrange mit seiner wilden Rotte war dabei. Eine rote Fahne und Fackeln wurden vorausgetragen, Weiber und Kinder folgten. Dem Justizminister Hebert warfen sie die Fenster ein. Dann ging es nach dem Ministerium des Auswärtigen, um auch Herrn Guizot eine Aufmerksamkeit zu erweisen. Dort stand ein Wachposten von etwa 50 Mann. Plötzlich fiel aus der Volksmenge (man sagt, von Lagrange mit voller Berechnung des Erfolgs) ein Schuß, der Posten hielt dies für einen Angriff und gab eine volle Salve auf den dichtgedrängten Haufen. Bestürzt stob alles auseinander; gegen 50 Tote und Verwundete blieben auf dem Platz; sie wurden von den Beherzteren geholt, auf Karren geladen und unter dem Geschrei: „Mord! Verrat! Zu den Waffen!“ durch die Straßen geführt. Die Sturmglocke ertönte, in allen Teilen der Stadt wurden Barrikaden errichtet, Tausende von Bewaffneten hielten sie besetzt.

Am Morgen des 24. erschien eine von Odilon Barrot und Thiers, als den neuen Ministern, unterzeichnete Proklamation, welche die Auflösung der Kammer und die Ernennung des beliebten Generals Lamoricière zum Befehlshaber der Nationalgarde verkündigte. Es war umsonst. Ein Aufruf des radikalen Blattes „Reforme“ sagte: „Louis Philipp läßt das Volk zusammenschießen wie Karl X. Schicken wir ihn seinem Vorgänger nach!“ Die Linientruppen, welche schon 36 Stunden im Dienst waren, mit Lebensmitteln nicht gehörig versorgt wurden, als ihren Oberbefehlshaber bald den einem solchen Aufstand allein gewachsenen Marschall Bugeaud, Herzog von Isly, nennen hörten, bald den altersschwachen Marschall Gérard, blieben größtenteils unthätig, sahen der Wut des Vulkans zu, zumal da der Proklamation zufolge der Befehl zum Einstellen des Feuers gegeben war. So gelang es der

Menge, vormittags zwischen 10 und 11 Uhr, das Palais Royal, ein Privateigenthum der Familie Orleans, zu nehmen und alle Kostbarkeiten desselben zu zertrümmern. Der gegenüberstehende Wachposten, welcher seine Gewehre nicht abliefern wollte, wurde niedergemehelt. Darauf ging es gegen die Tuilerien.

Dort war schon alles in Auflösung begriffen. Der Redakteur der Presse, Emil Girardin, trat unangemeldet ein und verlangte zur Rettung des Thrones die augenblickliche Abdankung des Königs. Seine Gemahlin widersetzte sich aufs entschiedenste; andere, besonders auf eine sehr unangenehme Weise der Herzog von Montpensier, sprachen zu; Bugeaud, welcher bereits einen vollständigen Angriffsplan entworfen hatte, drang noch im letzten Augenblick auf einen Kampf auf Leben und Tod; endlich schrieb Louis Philipp die Abdankungsurkunde zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris. Die Nachricht wurde schnell überallhin verbreitet, konnte aber das Austoben der Leidenschaften nicht mehr hindern. Als der König in bürgerlicher Kleidung, den runden Hut auf dem Kopf, seiner Gemahlin den Arm reichte, um in seinem Alter aus der Fülle des Glücks in das Land der Verbannung zu wandern, war alles, selbst mancher Soldat, erschüttert. „Das ist Ihr Werk, mein Herr! Sie haben es so weit gebracht! Sie verdienen nicht, einen so guten König zu haben,“ sagte zu Thiers die Königin, mit richtigem Instinkt erfassend, daß sein Antrag auf Wahlreform den ersten Anstoß zur Revolution gegeben habe. Zu Fuß ging das Königspaar mit der Herzogin von Nemours und deren Kindern durch den Tuileriengarten nach der Place de la Concorde, bestieg dort zwei bereitstehende Fiaker und fuhr nach St. Cloud, traf dort bald darauf seine zwei Kinder, den Herzog von Montpensier und die Herzogin Clementine von Koburg, und diese alle fuhren noch am nämlichen Tage über Trianon nach dem Schlosse Dreux, wo der König einige Tage ausruhen zu können hoffte.

Die Herzogin von Orleans war auf seinen Befehl zurückgeblieben, um das Interesse ihres Sohnes zu wahren. Auf den Rat Dupins begab sie sich, in Begleitung ihrer beiden Söhne und des Herzogs von Nemours, zu Fuß in die Deputiertenkammer. Kaum hatte sie die Tuilerien verlassen, so drangen die Barrikadenkämpfer unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ ein und ließen ihrer Zerstörungsmut freien Lauf. Von den Deputierten wurde die

Herzogin achtungsvoll empfangen, und Dupin forderte mit jaghafter Stimme die Versammlung auf, den Grafen von Paris als König und die Herzogin als Regentin auszurufen. Aber aus Furcht vor dem in immer größeren Haufen eindringenden Volke wagte die Kammer nicht, für das Königtum ihre Stimme zu erheben, und selbst die auf Rührung berechneten Worte Odilon Barrots: „Das Julikönigtum beruht jetzt auf dem Haupte einer Frau und eines Kindes“ hatten keine Wirkung. Um es zu keinem Beschlusse kommen zu lassen und unter den Anhängern der Monarchie eine Spaltung hervorzurufen, erklärte der republikanische Abgeordnete Marie, daß nach dem von den Kammern genehmigten Gesetz nicht die Herzogin von Orleans, sondern der Herzog von Nemours zur Regentschaft berufen sei, stellte aber dennoch, als ob dies konsequent wäre, einen Antrag auf Einsetzung einer provisorischen Regierung. Die Galerien klatschten Beifall. Neue Haufen drangen ein. Betrunkene Blumenmänner, die sich in die Keller der Tuileries verirrt hatten, brachen mit der Gewalt eines austretenden Stromes in den Saal und schrien: „Nieder mit der Regentschaft! Nieder mit den Bourbons, den neuen wie den alten! Nieder mit der bestochenen Kammer! Nieder mit allen Verrätern!“

Dies war die Todesstunde der Julimonarchie, in diesem Augenblick war alles verloren. Nachdem Guizot gestürzt, der König zur Abdankung genötigt war, hätte die Kammer durch ihr Votum die Monarchie retten können, wie dies 1830 der Fall war. Aber damals war die Mehrheit der Kammer und das Volk eins, diesmal uneins; jene wurde diesmal als Mitschuldige des verhassten Regierungssystems angesehen, durfte in ihrem Schuldbewußtsein selbst nichts wagen; somit wurde sie von der nämlichen Volksgewalt, welche den Thron in den Tuileries in Stücke brach, widerstandslos weggefegt und hatte so gut als das Königtum zu regieren aufgehört. Als jene von Pulverdampf geschwärzten Arbeitergestalten, trunken von den köstlichen Schloßkellerweinen, in den Sitzungsaal hereinbrachen, gab es keine Monarchie und keine Kammer mehr, die Ansprüche des Grafen von Paris standen nicht höher im Kurs als in den letzten Julitagen von 1830 die des Herzogs von Bordeaux. Die meisten Abgeordneten flohen eilends, die Herzogin mit ihren Kindern mußte sich durch das ungeheure Gedränge Bahn brechen, wurde einigemal fast erdrückt, ihre Kinder von ihr gerissen, sie

selbst nur durch die Aufopferung ihrer Begleiter in den Garten und von da in das nahe Haus des Präsidenten Sauzet gerettet. Sie war in Verzweiflung über ihre Kinder. Der Graf von Paris fand sich bald wieder ein, nachdem man ihn mit Mühe der fürchterlichen Umarmung eines mordlustigen Kerls entrisen hatte. Die Auffindung des jüngeren Sohnes, des 7jährigen Herzogs von Chartres, kostete die unglückliche Witwe eine bange Nacht und einen bangen Tag. Das arme Kind war nahe daran, in dem Gedränge zerdrückt und zertreten zu werden, wurde durch einen Thürsteher der Kammer gerettet und am folgenden Tage der Mutter in das Schloß Vigny, wohin sie sich begeben hatte, gebracht. Bald darauf reiste sie mit ihren Kindern über Belgien nach Deutschland. Der Herzog von Nemours hatte sich in ein Hintergebäude gerettet, und, seiner Unpopularität sich bewußt, suchte er in der Kleidung eines Nationalgardisten zu entkommen.

Als Louis Philipp am Morgen des 25. Februar erfuhr, daß in Paris die Republik ausgerufen worden sei, hielt er es nicht mehr für sicher, im Schlosse zu Dreux länger zu verweilen. Während die übrige Familie auf anderen Wegen ihrem künftigen Asyl zu steuerte, begab sich der König mit seiner Gemahlin, mit erborgtem Geld und falschem Paß, nach der Küste der Normandie, um auf einem Fischerboot nach England überzuschiffen. Das stürmische Wetter erlaubte dies nicht, und so mußte er sich zur Reise nach Havre entschließen, trotz der Gefahr, erkannt zu werden. Aber man legte seiner Abreise so wenig Hindernisse in den Weg als früher der Karls X. In Havre schiffte er sich auf dem englischen Postschiff ein und kam glücklich nach England, wo nach und nach auch die übrigen Mitglieder seiner Familie anlangten, am spätesten der Prinz von Joinville und der Herzog von Nemours. Jener befehligte damals die Flotte im Mittelmeer, dieser stand als Statthalter von Algerien an der Spitze von 100 000 Mann. Der provisorischen Regierung war es anfangs beim Gedanken an die große Macht der beiden Prinzen nicht ganz wohl; als aber ganz Frankreich dem Beispiele der Hauptstadt folgte und für die Republik sich entschied, war an eine militärische Restauration von Algerien aus nicht mehr zu denken. Die Prinzen legten ihr Kommando nieder und reisten über Gibraltar nach England. Dort nahm die königliche Familie ihren Aufenthalt zu Claremont, welches dem

Schwiegerohn des Königs, dem König Leopold von Belgien gehörte. Louis Philipp starb dort am 26. August 1850 in einem Alter von 77 Jahren. Auch Guizot und den übrigen Ministern war es gelungen, sich ins Ausland zu flüchten.

Die Republikaner und Sozialisten waren es, welche durch einen festen Handstreich die Julimonarchie stürzten, während die intelligentesten Gegner des Guizot'schen Systems sie zu erhalten wünschten. Da aber die Intelligenz sich selten auf die Barrikaden wirft, so gingen diesmal die Barrikadenmänner über sie hinweg und setzten auf einige Zeit ihren Willen durch. Die Sache entschied sich bei jener Überempelung der Deputiertenkammer. Dort ging es nach der Flucht der Herzogin von Orleans aufs tollste her. Ein Metzgergeselle schritt, mit blutiger Schürze und einem Schlächtermesser in der Hand, gravitatisch in der Mitte des Saales auf und ab. Ein Blusenmann legte sein Gewehr auf den Präsidenten, ein anderer auf Lamartine an. Es war lebensgefährlich, höher als die Menge stehen zu wollen. Der alte Republikaner Dupont de l'Eure verschaffte sich endlich auf dem Präsidentenstuhle einiges Gehör. Die schwierige Aufgabe, eine provisorische Regierung zu bilden, wurde von Lamartine gelöst. Er ließ sämtliche Anwesende, Abgeordnete, Nationalgardisten, Studenten und Blusenmänner, die Personen ihres Vertrauens niederschreiben, nahm diese Stimmzettel in Empfang, stellte aus ihnen nach eigenem Ermessen eine Liste zusammen und überreichte diese Dupont, welcher sie unter allgemeinem Beifall vorlas. Es waren die Namen: Dupont de l'Eure, Lamartine, Arago, Marie, Garnier-Pagès, Ledru-Rollin und Crémieux. Diese provisorische Regierung beeilte sich, nach dem Stadthaus sich zu begeben und durch dessen Befignahme den Antritt ihrer Regierung anzukündigen. Es war hohe Zeit. Denn als sich die sieben Regierungsherren in Begleitung einiger hundert Bewaffneter durch die unermessliche Volksmenge, welche das Stadthaus und dessen Umgebung anfüllte, hindurchdrängten und in einem kleinen Zimmer ein Unterkommen fanden, zeigte es sich, daß in den Redaktionszimmern der beiden Journale „Réforme“ und „National“ ebenfalls eine provisorische Regierung eingesetzt worden war. Es befanden sich darunter die nämlichen Namen wie auf der Liste Lamartines, aber auch noch fünf andere. Man half sich damit, daß man diese fünf als Sekretäre der provisorischen Regierung annahm. Aber nur einer

von ihnen, Bagnerre, der Hauptverleger republikanischer Schriften, begnügte sich mit dieser untergeordneten Rolle, die andern: Flocon und Armand Marrast, die Redakteure der obengenannten Journale, Louis Blanc, der Wortführer des Sozialismus, und Albert, als Schlossergeselle der Repräsentant des Arbeiterstandes, stiegen bald von bloß beratenden Mitgliedern zu beschließenden auf.

Raum war die neue Regierung unter der Präsidentschaft Duponts eingesetzt, so drohte ihr am 25. Februar, wo gegen 30 000 Bewaffnete das Stadthaus umgaben, die Gefahr, von der roten Republik überflutet zu werden. Wie 1789 der dritte Stand sich die Herrschaft errang, so wollte jetzt der vierte Stand des Steuerruders sich bemächtigen. Die von sozialistischen und kommunistischen Schlagwörtern beherrschte Volksmenge schrie: „Es lebe die demokratische und sozialistische Republik!“ und einer aus ihrer Mitte, ein Fabrikarbeiter, drang in das Sitzungszimmer der provisorischen Regierung ein, schlug mit dem Kolben seines geladenen Gewehres auf den Boden, daß das ganze Zimmer erzitterte, und verlangte im Namen des Volkes „Einführung der Gütergemeinschaft, Errichtung einer Proletarierregierung und Annahme der roten Fahne und Rotfarbe anstatt der dreifarbigen.“ Es ist hauptsächlich das Verdienst Lamartines, welcher in diesen Tagen neben einer volkstümlichen, hinreißenden Beredsamkeit bewundernswerte Geistesgegenwart und Todesverachtung zeigte, daß aus der Februarrevolution nicht eine Pöbelherrschaft hervorging. Das erste Dekret der Regierung enthielt eine Bestätigung der Republik, welche am 27. Februar auf dem Bastilleplatz in Gegenwart von Hunderttausenden feierlich verkündigt wurde. Die Straßen von Paris nahmen allmählich wieder ein menschlicheres Aussehen an, während die Trümmer des geplünderten und angezündeten königlichen Schlosses von Neuilly noch rauchten, bei welchem Autodafé einige Blünderer in den Kellern sich selbst allzusehr vergaßen und mitverbrannten.

Bei solch zudringlichen Elementen war die Aufgabe der Regierung eine ungeheure. Mit ihrer Anerkennung des sogenannten „Rechts auf Arbeit“ hatte sie sich die Pflicht auferlegt, „den Unterhalt des Arbeiters durch Arbeit zu gewährleisten,“ und jeder, der keine Arbeit hatte oder auch keine wollte, verlangte nun von der Regierung ebenso seinen Unterhalt wie ein Beamter. Natürlich stockte in diesen unruhigen Zeiten aller Handel, alles Gewerbe, der

Zuzug nach Paris vermehrte sich und ebendamit die Zahl der brotlosen Arbeiter. Dies führte zur Errichtung von „Nationalwerkstätten“, in welchen jedermann Arbeit und Lohn vom Staate geboten wurde. Diese Arbeiten, an welchen sich bald gegen 100 000 Menschen, selbst Gelehrte und Künstler, beteiligten, beschränkten sich auf nutzlose Erdarbeiten in Paris und einigen anderen großen Städten und liefen zuletzt auf vollständigen Müßiggang hinaus. Wenn diese Wirtschaft ein paar Monate fortbauerte, so war der finanzielle und moralische Bankrott nicht erst vor der Thüre, sondern schon da. Es sah ohnedies in der Staatskasse trostlos genug aus, so daß der Finanzminister sich genötigt sah, die direkten Steuern um 45 Prozent zu erhöhen, eine Maßregel, wodurch die Begeisterung des Landvolks für die Republik bedeutend abgekühlt wurde. Und doch glaubte der vierte Stand, der Staat sei nichts anders als eine Experimentiermaschine für die verschrobenen und hirnerbrannten Köpfe der Kommunisten. Im Palast Luxemburg, wo früher die Pairskammer der Monarchie ihren Weihrauch streute, tagte nun unter dem Vorßiß des „Apostels“ Louis Blanc ein „Arbeiter-Parlament“, das meist aus Handwerksgeßellen und Tagelöhnern bestand und über die national-ökonomische Frage verhandelte, wie man bei weniger Arbeit einen größeren Unterhalt sich verschaffen könne. Die Schlagwörter: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit waren hier an der Tagesordnung, und jeden Augenblick mußte man sich darauf gefaßt machen, den offensten und rohesten Kommunismus durch dieses Parlament von der Theorie in die Praxis übergetragen zu sehen. Zu diesem Zwecke heßten die demokratische Presse und die politischen Klubs das Volk täglich mehr auf. Eine Menge von neuen Zeitungen war entstanden, mehrere hundert Klubs hatten sich in Paris gebildet, da nicht bloß die alten Revolutionäre wie Barbès, Blanqui, Cabet, Raspail u. s. w., sondern auch unbekanntere Namen ihr kleines Parlament um sich versammeln wollten. Sie waren die geschworenen Gegner jeder staatlichen Ordnung und machten mehrere Versuche, die provisorische Regierung zu stürzen und die Wahl der Nationalversammlung, die auf den Monat April ausgeschrieben war, hinauszuschieben. Denn das merkten sie wohl, daß sie in dieser nicht die Mehrheit haben würden, und daß sie diese als den Ausdruck des Nationalwillens weit schwieriger bei Seite werfen könnten. Aber weder am 16. März, noch am



16. April gelang es den Sozialdemokraten, wie sich die vereinigten Ultrarepublikaner und Sozialisten nannten, trotz der Entfaltung ihrer ungeheuren Massen, ihren Willen durchzusetzen. Die neu-geschaffene Mobilgarde und die Nationalgarde und die Festigkeit Lamartines trugen den Sieg davon.

Die verhängnisvollen Wahlen zur Nationalversammlung rückten heran. Durch ein Dekret der provisorischen Regierung war jeder Franzose mit dem 21. Jahre wahlberechtigt, mit dem 25. wählbar. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 900 festgesetzt, je auf 40 000 Einwohner einer. Das Ergebnis der Wahlen war eine schwere Niederlage der Sozialdemokraten. Die Sitzungen wurden am 4. Mai eröffnet, die am 24. Februar ausgerufene Republik noch einmal als die bleibende Staatsform Frankreichs proklamiert, die Abdankung der provisorischen Regierung und der Bericht über ihre Wirksamkeit entgegengenommen. Der Vorschlag, die Regierungsgewalt vorläufig einem einzigen Manne, und zwar dem so populären Lamartine zu übertragen, welcher in 10 Wahlbezirken gewählt worden war und im ganzen über 2 Millionen Stimmen erhalten hatte, wurde von diesem selbst abgelehnt, da er sich vor der Anwendung der kräftigen Mittel, durch welche allein die Opposition niedergeworfen werden konnte, fürchtete. Daher wählte die Nationalversammlung am 10. Mai eine aus fünf Mitgliedern bestehende „Exekutivkommission“. Ihre Wahl fiel auf Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine, Ledru-Rollin. Sie hatten bis zur Vollendung der zu beratenden Verfassung durch ein verantwortliches Ministerium die Regierung zu führen. Arago hatte als Erstgewählter den Vorsitz in der Exekutivkommission; die folgenreichste Ernennung war die des Generals Cavaignac zum Kriegsminister.

Diesem sich wieder ordnenden Staatswesen gegenüber beschloffen die Klubs, die Nationalversammlung samt der Exekutivkommission zu sprengen und eine sozialdemokratische Diktatur einzusetzen. Die Überreichung einer Massenpetition um Wiederherstellung eines freien, selbständigen Polens bildete den Vorwand, unter welchem am 15. Mai eine Masse von 100 000 Köpfen, unter ihren Führern Blanqui, Raspail, Sobrier und Huber, sich auf dem Bastilleplatz versammelte und gegen den Palast der Nationalversammlung anmarschierte. Betrunkene Menschen mit wilden Mordgesichtern drangen in den Sitzungssaal, alles schrie hin und her, Huber

erklärte „im Namen des von seinen eigenen Vertretern betrogenen Volkes“ die Versammlung für aufgelöst, diese räumte den Platz, die siegreichen Aufständischen setzten eine neue Regierung ein. Die Nachricht von dem Anmarsch von Truppen störte sie in ihrem Geschäft, daher sie sich eiligst nach dem Stadthause begaben, dort eine Regierung unter Louis Blanc, Blanqui, Ledru-Rollin, Raspail, Proudhon, Albert, Barbès und 4 anderen bildeten und eine Kriegserklärung an Rußland, Osterreich und Preußen abfaßten, falls diese sich der Wiederherstellung Polens widersetzen würden. Aber das Stadthaus wurde durch die Energie Lamartines von den rasch aufgebotenen Nationalgardisten wieder genommen und Raspail, Blanqui und ihre Mitverschworenen als Gefangene nach Vincennes geschickt. Um ähnlichen Aufständen gewachsen zu sein, erhöhte die Regierung die Besatzung von Paris auf 55 000 Mann, und diese wurden unter den Befehl des aus Algier zurückberufenen neuen Kriegsministers Cavaignac gestellt.

Die Ergänzungswahlen, welche in den ersten Tagen des Juni stattfanden, brachten neue, bedeutende Persönlichkeiten in die Nationalversammlung, wie Thiers, Changarnier, Viktor Hugo. Doch alle diese Namen überragte ein einziger, welcher schon damals ganz Frankreich in Aufregung versetzte, und dies war der Name „Louis Napoleon.“ In Paris und drei anderen Wahlbezirken zum Abgeordneten gewählt, war er bereit, dem Rufe Frankreichs zu folgen. Die Exekutivkommission aber erinnerte sich, daß seine Attentate von Straßburg und Boulogne ihn weniger zu einem Abgeordneten, als zu einem Prätendenten geeignet erscheinen ließen, und beantragte daher, daß das 1832 gegen die Napoleoniden erlassene Verbannungsdekret gegen Louis Napoleon aufrecht erhalten werden sollte. Die Nationalversammlung, welche bereits die Zulassung seiner Bettern, der Söhne Jeromes und Lucians, genehmigt hatte, erklärte jedoch die Wahl Louis Napoleons für gültig. Dieser blieb, nachdem er bei einem kurzen Besuche in Paris die Regierung anerkannt hatte, vorerst noch in England, die Entwicklung der Verhältnisse aus der Ferne beobachtend.

Zunächst mußte sich die Frage der Nationalwerkstätten entscheiden. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeiter war im Juni bis auf 117 000 gestiegen, von welchen jeder täglich 2 Frank erhielt. Der gänzlichen Aufhebung sollten einige vorbereitende Maßregeln

vorhergehen, wie die Bestimmung, daß die Arbeit nur nach dem Stück bezahlt, und daß ein Teil der Arbeiter aus Paris entfernt und in entlegenen Provinzen beschäftigt werden sollte. Die Sozialdemokraten wußten nun, woran sie waren, und rüsteten sich zu einem Kampf auf Leben und Tod. Aber auch die Regierung war gerüstet. Der Kriegsminister Cavaignac hatte für diese Straßenkämpfe einen förmlichen Feldzugsplan ausgearbeitet. Der Kampf, zu welchem die Aufständischen 40 000 Mann stellten, begann am 23. Juni 1848 am Thore St. Denis mit einem Angriff auf die Nationalgarde und nahm am 24. einen so bedenklichen Charakter an, daß die Nationalversammlung beschloß, Paris in Belagerungszustand zu erklären und die ganze vollziehende Gewalt dem General Cavaignac zu übertragen. Bis zum 26. dauerte der mütende Kampf, in welchem mehr als 10 000 Menschen getötet wurden, der General Brea trotz seiner Eigenschaft als Unterhändler von den Aufständischen schändlich ermordet, der Erzbischof Affre, welcher Worte der Versöhnung an sie richtete, tödlich verwundet wurde. Mit der Beschießung der Vorstadt St. Antoine war der Sieg der Ordnungspartei entschieden. Es war der heftigste Straßenkampf, welchen Paris gesehen hatte. Gegen 14 000 Empörer wurden gefangen genommen, und von diesen die der Teilnahme am Aufstand Überwiesenen zur Deportation nach einer transatlantischen Kolonie verurteilt, die Anstifter an das Kriegsgericht verwiesen.

Zum Dank für die Rettung des Vaterlandes ernannte die Nationalversammlung am 28. Juni, nachdem die Exekutivkommission zurückgetreten war, den General Cavaignac zum Haupt der Exekutivgewalt und Kabinettspräsidenten. Sofort bildete dieser ein neues Ministerium und ernannte den General Changarnier zum Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde. Die Nationalwerkstätten wurden geschlossen, die zügellosesten Klubs und Zeitungen unterdrückt, der am 24. Juni über Paris verhängte Belagerungszustand verlängert. Die Nationalversammlung war in ihrer Mehrheit für eine kräftige Regierung und unterstützte Cavaignac. Die Verhandlungen über die neue Verfassung kamen im November zum Abschluß. Der schwierigste Punkt derselben betraf die Frage, ob die Wahl des Präsidenten von der Nationalversammlung oder unmittelbar vom Volke ausgehen sollte. Das letztere wurde beschloffen, so treffend auch Felix Pyat, Sozialist und Bühnendichter, die

Folgen einer solchen Wahl vorausgesagt hatte. Am 12. November wurde die neue Verfassung feierlich auf dem Eintrachtsplatz verkündigt, und am 10. Dezember sollte die Präsidentenwahl stattfinden. Louis Napoleon war am 26. September zum erstenmal in der Nationalversammlung erschienen und hatte weder durch sein Äußeres noch durch seine abgelesene Erklärung einen besonderen Eindruck hervorgebracht. Seine Freunde betrieben seine Kandidatur für die Präsidentenstelle mit aller Macht und schwakten dem Landvolk vor, daß der Neffe des Kaisers als Präsident die auf die Grundsteuer geschlagenen 45 Prozent aus seiner eigenen Tasche zurückbezahlen werde. Dieses Mittel wirkte ungemein, obgleich die Tasche des Neffen nur voll von Schuldbriefen war. Das Landvolk, welches die Februar-Revolution, die Republik und was damit zusammenhing, haßte, gab den Ausschlag, und so ging aus dem Wahlkampf zwischen Cavaignac und Louis Napoleon der letztere als Sieger hervor. Er erhielt von 7300 000 Stimmen, welche abgegeben wurden, 5430 000, Cavaignac nur 1448 000, und den Rest Ledru-Rollin, Raspail, Lamartine und Changarnier. So mächtig war noch bei der Menge das Zaubermort „Napolcon“. Manche waren auch deswegen für ihn und gegen Cavaignac, weil dieser durch seine kraftvolle Belämpfung des Juni-Aufstandes ein zu straffes Regiment in Aussicht stellte, während sie Napoleon für schwach und unfähig hielten und ihn für ihre Parteizwecke ausbeuten zu können hofften. Dieses seltsame Urteil, wozu einige Überspanntheiten den Anlaß gegeben haben mochten, konnte man damals fast überall in Frankreich und in der Schweiz hören. Die Enttäuschung sollte bald eintreten.

Am 20. Dezember 1848 legte Cavaignac seine Stelle nieder, und Louis Napoleon wurde als Präsident der Republik ausgerufen und beeidigt. Er schwur, der einen und unteilbaren demokratischen Republik treu zu bleiben, und erklärte darauf: „Meine Pflichten sind mir vorgeschrieben, und ich werde sie als Ehrenmann erfüllen.“ Nach seiner Anrede ging er auf Cavaignac zu, der wieder seinen Sitz als Abgeordneter eingenommen hatte, ergriff seine Hand und sagte: „General, ich bin stolz darauf, der Nachfolger eines Mannes zu sein wie Sie.“ Cavaignac dankte mit einer stummen Verbeugung. Der neue Präsident begab sich in Begleitung mehrerer Beamten der Nationalversammlung und vieler Militärpersonen nach

dem ihm angewiesenen Palast Ensay-Bourbon, wo ihn seine Verwandten und Anhänger empfingen und in ihm bereits ihren Souverän sahen.

Die konstituierende Nationalversammlung löste sich am 26. Mai 1849 auf, und die „gesetzgebende“ eröffnete am 28. Mai ihre Sitzungen. Die Legitimisten und Orleanisten hatten hier die Mehrheit; die Republik war schon fast ein überwundener Standpunkt, was dem Präsidenten am meisten zu gut kam. Der tiefe Gegensatz zwischen ihm und der Volksvertretung wurde täglich unverföhnlicher. Die Sozialdemokraten waren kaum mehr zu fürchten. Ihr Aufstand vom 13. Juni bei Gelegenheit des Antrags Ledru-Rollins, den Präsidenten und seine Minister wegen der Expedition gegen die römische Republik in Anklagestand zu versetzen, welcher Antrag in der Versammlung durchfiel, wurde vom General Changarnier, dem Befehlshaber der Nationalgarde und Linientruppen in Paris, rasch und ohne viele Mühe unterdrückt. Ledru-Rollin mußte fliehen. Paris wurde in Belagerungszustand erklärt, die sozialdemokratischen Blätter verboten, alle politischen Vereine, außer den Wahlversammlungen, aufgelöst. Durch diese fortwährenden Beschränkungen der Volksrechte und durch das unerquickliche Parteigezänke der einzelnen Parteien, welche so verschiedenen Zielen aufstrebten, verlor die Nationalvertretung an Beliebtheit und Achtung bei dem Volke. Der „Prinz-Präsident“ benutzte diese Stimmung und stellte sich bei jeder Gelegenheit als denjenigen hin, von welchem das Land, wenn es nur ihn allein regieren ließe, ein ganzes Füllhorn von Glück zu erwarten hätte. Von den Juni-Gefangenen wurden die meisten von ihm begnadigt. Mehrere Rundreisen wurden im Lande gemacht und dabei immer viel von dem großen Oheim, von dem Glanz des alten Kaisertums gesprochen. Gelegentlich ließ der verschlossene Mann auch seine geheimsten Wünsche durchblicken wie im Herbst 1851 in Lyon, wo er auf die Guldigungen der wohlhabenden Klassen sich zu der Erklärung herbeiließ, „er sei bereit, den Volkswillen zu vollziehen, möge derselbe Entsagung von ihm verlangen oder Beharrlichkeit.“ In der Normandie drückte er sich noch bestimmter aus und wies auf die großen Fehler der Verfassung hin. Für den größten derselben hielt er den Artikel 45, wonach die Dauer der Präsidentschaft auf 4 Jahre beschränkt war und der abgehende Präsident erst nach einem Zeitraum von 4 Jahren wieder gewählt werden durfte.

Diese Bestimmung durchkreuzte die ehrgeizigen Bestrebungen Napoleons. Er veranlaßte daher einen Sturm von Petitionen um Revision der Verfassung. Zu einer solchen war gesetzmäßig ein von einer Mehrheit von drei Vierteln gefaßter Beschluß der Nationalversammlung nötig, und diese Mehrheit ließ sich nicht zusammenbringen. Nun wurde die Sache vor die Generalräte der Departements gebracht, von welchen 80 unter 85 für die Revision sich aussprachen. Der Riß wurde immer bedenklicher. Eine Diktatur stand vor der Thüre; dies ahnte jedermann. Wer war der Auserkorene? Da die Volkvertretung und ihr Anhang zu sehr gespalten waren, die einen an den Grafen Chambord (Herzog von Bordeaux), die andern an den Prinzen von Joinville oder an Changarnier, die Sozialisten an Carnot dachten, so hatte Napoleon leichtes Spiel, sobald er vor extremen Schritten nicht zurückschreckte, was eben nicht seine schwache Seite war. Er handelte nach dem Göthescben Wort: „Und folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Die Soldaten und Offiziere suchte er durch Bankette, wo Wein und Zigarren aufs reichlichste gespendet wurden, für sich zu gewinnen; dem unbeugsamen Changarnier hatte er das Kommando über die Pariser Armee genommen, durch häufigen Wechsel der Ministerien die berühmtesten Namen abgenutzt, mit Odilon Barrot als Kabinettspräsidenten angefangen und mit seinem getreuen St. Arnaud als Kriegsminister geendigt. Der Plan ging zunächst dahin, trotz des Artikels 45 Napoleon die Verlängerung seiner Präsidentschaft durch eine neue Volkswahl zu sichern. Der ausgesprochene Nationalwille, dachte man, habe doch mehr Kraft als ein papierner Paragraph. Zu diesem Zwecke ließ der Präsident die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, das durch ein Gesetz vom 31. Mai 1850 beschränkt worden war, beantragen. Die Nationalversammlung lehnte den Vorschlag ab und wollte, in Erwartung eines Bruches, die Verfügung über die bewaffnete Macht nicht dem Kriegsminister, sondern der Versammlung überlassen. Aber auch dieser Vorschlag fiel bei dem Widerstand der wegen Beschränkung des Wahlrechts grollenden Bergpartei durch, und die Nationalversammlung war so eine wehrlose Beute des ersten besten Kasernenstreichs. Zwar fehlte es nicht an einsichtsvollen und kühnen Männern, welche den einzig richtigen Rath gaben, man solle, statt sich selbst vom Prinz-Präsidenten nach Win-

cennes schicken zu lassen, diesen im Palaſt Glyſée aufheben und in Vincennes hinter Schloß und Riegel ſetzen. Aber die Ausführung erforderte mehr Mut und mehr Militärkräfte, als die Partei der Orleansiſten beſaß. So blieb nur noch eins übrig, und damit wurde auch nicht gezögert.

Nur wenige Perſonen waren in das Geheimnis eingeweiht: der Kriegsminiſter St. Arnaud, der Abgeordnete Graf Morny, ein natürlicher Bruder Napoleons (Sohn der Erzkönigin Hortenſe und des kaiſerlichen Adjutanten, Grafen Flaſhault), der Polizeipräfekt Maupas und, ſoweit es nötig war, General Magnan, Befehlshaber der erſten Militärdivision. Den ganzen Plan hatte Napoleon mit Perſigny, welcher ſich ſchon in Straßburg und Boulogne als ſeinen entſchiedenſten Anhänger bewieſen hatte, ausgearbeitet. Die Ausführung des Staatsſtreichs wurde auf den 2. Dezember 1851, den Jahrestag der Krönung Napoleons und der Schlacht bei Austerlitz, feſtgeſetzt. Am Abend vorher war im Glyſée eine glänzende Verſammlung, der Präſident zeigte ſich ſehr heiter und bat beim Abſchied ſeine Waſe, die Prinzefſin Mathilde, Tochter des Erzkönigs Jerome und geſchiedene Gemahlin des ruſſiſchen Grafen Demidow, um ein freundliches Andenken, „beſonders für den Fall, daß ſie einander nicht wiederſehen ſollten.“ Übrigens ſoll bei dieſem Staatsſtreich Morny weit mehr Mut und Entſchloſſenheit gezeigt haben als Napoleon und geradezu das drängende Element geweſen ſein.

Nachdem ſich die Geſellſchaft um Mitternacht getrennt hatte, ließ der Polizeipräfekt, unter dem Vorwand einer ſozialdemokratiſchen Verſchwörung, gegen 100 Perſonen, Mitglieder der Nationalverſammlung, Chefs der geheimen Verbindungen und Volksmänner aus den Vorſtädten verhaften. Es befanden ſich darunter die Generale Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, ſowie Oberſt Charraz, Thiers, Lagrange. Zu gleicher Zeit wurden die wichtigſten Punkte der Stadt vom Militär beſetzt und mehrere Dekrete angeſchlagen, worin dem Volke die Auflöſung der Nationalverſammlung, die ein Herd von Verſchwörungen geworden ſei und Waffen für den Bürgerkrieg ſchmiede, die Wiederherſtellung des allgemeinen Stimmrechts, die Verhängung des Belagerungszuſtandes über Paris und 10 benachbarte Departements und die Berufung von Urverſammlungen des franzöſiſchen Volkes, um über die Grund-

lagen der künftigen Verfassung abzustimmen, angekündigt wurde. Solche Grundzüge sollten sein: die zehnjährige Dauer der Präsidentschaft, die ausschließliche Abhängigkeit der Minister vom Staatsoberhaupt, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe durch den Staatsrat, die Einsetzung eines Senats und eines gesetzgebenden Körpers. Es war eine ziemlich getreue Nachbildung der Konfularverfassung von 1799.

Am Morgen des 2. Dezembers lasen die Pariser diese von Mornay, als dem neuen Minister des Innern, unterzeichneten Dekrete und erfuhren, daß sie über Nacht eine andere Regierung bekommen hatten und dem Kaiserreiche näher standen als der Republik. Der Eindruck war mehr Erstaunen als Enttäuschung. Anders war es bei einem großen Teil der Abgeordneten. Da der Sitzungspalast durch Truppen abgesperrt war, so versammelten sich gegen 200 in der Mairie des zehnten Stadtbezirks, erklärten, daß der Präsident abgesetzt und die vollziehende Gewalt an die Nationalversammlung übergegangen sei, und ernannten den General Dubinot zum Befehlshaber der Militärmacht zu Paris. Wie wirkungslos ihre Dekrete waren, konnten sie gleich darauf sehen, als die Polizei ihnen befahl, auseinanderzugehen, und sie auf die Erklärung, daß sie nur der Gewalt weichen würden, ergriffen und in den Zellwagen der Galeriensträflinge nach verschiedenen Gefängnissen und Forts abgeführt wurden. Alle Zeitungen wurden unter Zensur gestellt, mehrere ganz unterdrückt, die Barrikadenkämpfer vom 3. und 4. Dezember durch eine Truppenmacht von 80 000 Mann schonungslos niedergeschmettert, die Kasematten der Pariser Forts mit mehreren hundert Gefangenen angefüllt. Die meisten derselben wurden „kraft einer allgemeinen Sicherheitsmaßregel“ nach Cayenne oder Algier deportiert, von den am 2. Dezember verhafteten Abgeordneten die Mehrzahl entlassen, gegen 80, darunter Thiers, Viktor Hugo, Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, des Landes verwiesen. Wie das Land den Staatsstreich aufnahm, zeigte sich bei der Abstimmung am 20. und 21. Dezember, wo  $7\frac{1}{2}$  Millionen Stimmen gegen 650 000 die Regierungsgewalt des Präsidenten auf zehn Jahre verlängerten. Dieser verließ das Elysée-Bourbon und siedelte in die Tuileries über, ließ am 14. Januar 1852 die neue Verfassung bekannt machen und verkündigte in einem Dekrete vom 22. Januar die Konfiskation aller derjenigen Besitzungen der Familie Orleans,



welche Louis Philipp am Tag vor seiner Thronbesteigung, statt sie nach altem Brauch mit den Staatsdomänen zu vereinigen, als Privateigentum auf seine Kinder hatte übertragen lassen. Diese Maßregel wurde selbst von Morny mißbilligt, daher er das Ministerium des Innern niederlegte und Persigny zum Nachfolger erhielt. Am 29. März wurde der Senat und der gesetzgebende Körper, in welchen fast nur bonapartistische Kandidaten gewählt worden waren, eröffnet und der Staatsstreich durch die Notwendigkeit einer „rettenden That“ gerechtfertigt. Die einzige Lebenssthätigkeit des Senats war die Erhöhung des Gehalts des Prinz-Präsidenten auf 12 Millionen Frank; der gesetzgebende Körper hatte das Budget zu regeln und die Vorlagen der Regierung zu genehmigen. Um die Arbeiterbevölkerung zu gewinnen, wurden 80 Millionen für öffentliche Bauwerke bestimmt und schon im Jahre 1852 mit Aufführung jener großen und prächtigen Bauten begonnen, welche Paris zur schönsten Stadt der Welt machen, den arbeitenden Klassen reichlichen Verdienst geben und die Möglichkeit von Barrikadenkämpfen vermindern sollten.

Auf einer neuen Rundreise durch Frankreich fand Napoleon überall einen begeisterten Empfang und besonders bei dem Landvolke offene Aufforderung, noch einen Schritt weiter zu gehen. „Es lebe der Kaiser!“ war der Ruf, welcher, heiß ersehnt von ihm, häufig gehört wurde. Er gab sich den Anschein, als ob er nicht nach dieser neuen Würde strebe, aber, wenn Frankreich es ernstlich wolle, sich dessen Willen nicht entziehen könne. Die Sache hatte nur das eine Bedenken, daß sowohl das Inland als das Ausland das Kaiserreich ohne Krieg und Eroberungen sich nicht denken konnte. Um diesen Befürchtungen zu begegnen, sagte Napoleon bei einem Bankett in Bordeaux: „Frankreich scheint zum Kaisertum zurückkehren zu wollen. Das Kaisertum, meinen manche, sei der Krieg. Nein, meine Herrn, das Kaisertum ist der Friede.“ Sofort erhielten die Generalräte wieder einen Wink, Petitionen um Proklamierung des Kaisertums an den Senat einzuschicken; einige Bürgermeister waren ungeduldig genug, dasselbe in ihren Gemeinden vorderhand für sich zu verkünden. Der am 4. Nov. 1852 einberufene Senat genehmigte die vorgeschlagene Verfassungsänderung und beschloß am 7. November die Wiederherstellung des Kaisertums. Das Volk bestätigte diesen „Senatskonsult“ am 21. und 22. No-

vember mit 7 800 000 Stimmen gegen 253 000, worauf am 2. Dezember 1852, am Jahrestag des Staatsstreichs, „Napoleon III. durch die Gnade Gottes und durch den Nationalwillen als Kaiser der Franzosen“ ausgerufen wurde. Die auswärtigen Mächte, welchen der Staatsstreich als die Errettung von der Revolution so willkommen gewesen war, konnten sich in das neue Kaisertum nicht ebenso leicht finden. Doch blieb ihnen auch beim besten Willen nichts anderes übrig, als dasselbe anzuerkennen. Die drei Ostmächte zögerten damit am längsten, und wie bei Louis Philipp, so konnte auch bei Napoleon Kaiser Nikolaus es nicht über sich gewinnen, ihm den üblichen Titel „Bruder“ zu geben, und er nannte ihn daher seinen „guten Freund“. Als dieser, nach dem Beispiele seines Oheims bei seiner zweiten Verheiratung, nach einer Gemahlin aus einem der alten fürstlichen Häuser sich umsah, brachten es die Ostmächte dahin, daß die Bewerbung des „Parvenu“ um die Prinzessin Karlota von Waja erfolglos war, worauf er sich am 30. Januar 1853 mit der schönen Spanierin Eugenia Montijo, Herzogin von Leba, vermählte, welche ihm am 16. März 1856 einen Thronfolger, den Prinzen Napoleon Eugen Louis, gebar.

## § 16.

## Italien.

Die Revolution von 1831, welche den Kirchenstaat, Modena und Parma ergriffen hatte, war, wie früher die Aufstände in Neapel und Piemont, durch die österreichische Intervention überwältigt worden. Ließ man der Revolution in Italien den Lauf, so war auch ihr Sieg entschieden. Nur die Fremdherrschaft war es, welcher sie noch nicht gewachsen war. Aller Haß der Italiener war daher auf diese, als auf das einzige Hindernis der Einheit und Freiheit der Halbinsel, gerichtet. Wie in den Zeiten Barbarossas und seines Enkels, so war auch in den vierziger Jahren „Lob den Deutschen!“ (womit Oösterreich gemeint war) das Feldgeschrei. Die geheimen Gesellschaften und die mit ihnen in Verbindung stehenden Verbannten, besonders Joseph Mazzini, der von London aus seine Befehle erteilte, sorgten dafür, daß der nationale Gedanke nicht unter den materiellen Interessen sich begraben ließ, sondern immer wach blieb.

Seltamerweise gingen die ersten Frühlingsregungen gerade von derjenigen Seite aus, auf welcher man sonst nur Gang für chinesische Zustände zu erblicken gewohnt war. Papst Gregor XVI., ein Mann der alten Zeit, dem nichts über die geistliche Herrschaft und über die östreichischen Bajonette ging, war am 1. Juni 1846 gestorben, und sein Nachfolger wurde der 54-jährige Kardinal Graf Mastai-Ferretti, welcher den Namen Pius IX. annahm. War die fromme Welt, welche ihn besuchte, entzückt von der Liebenswürdigkeit und Milde des neuen Oberhauptes, so staunten die Karbinäle über die Reformen, welche er im Kirchenstaat, ja in ganz Italien einführen wollte. Er erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen, gestattete den Verbannten straflose Rückkehr, gewährte der Presse eine freiere Bewegung, eröffnete den Laien Zutritt zu den höchsten Staatsämtern, berief aus den Notabeln der Provinzen einen Staatsrat, welcher Vorschläge zu Reformen machen sollte, verlieh der Stadt Rom eine freisinnige Gemeindeverfassung, arbeitete an einer italienischen Konföderation, an welcher sämtliche italienischen Staaten teilnehmen sollten, um in der Bundesstadt Rom über Krieg und Frieden, über Zölle, Handelsverträge und andere gemeinschaftliche Angelegenheiten zu beraten, und gab, nach der französischen Revolution von 1848, eine Repräsentativ-Verfassung mit einer vom Papste zu ernennenden Ersten und einer vom Volke zu wählenden Zweiten Kammer, neben welchen das unverantwortliche Kardinalskollegium eine Art Geheimrat bildete. Eine neue Zeit schien anzubrechen. Die alte Welthauptstadt Rom, einst die Beherrscherin der Völker, damals noch der katholischen Herzen, sollte der politische Mittelpunkt Italiens werden, dem Jahrhundert die Bahn brechen, die nationale Fahne erheben und von den Alpen bis zum Kap Passaro alle Kräfte des jungen Italiens zusammenfassen. War es nicht, als ob der Papst selbst ein Karbonaro geworden wäre? Noch ehe die Februar-Revolution die europäischen Monarchen zur Rettung ihrer Throne in das freisinnige Lager trieb, war ganz Rom voll von dem neuen Reformator, voll von Evviva auf Pio nono, voll von Hoffnungen auf endliche Befreiung. Und was in Jahrhunderten nicht vorgekommen war: ein Evviva auf Pius galt in Mailand und Modena für politische Kezerei, für einen revolutionären Ruf.

Als aber der Kampf in Oberitalien entbrannte, als zwischen

Sardinien und Oötreich auf den alten Schlachtfeldern der Lombardei das Loö Italiens sich entscheiden sollte, da verlangten die Römer vom Papste eine Kriegserklärung an Oötreich, die Absendung der römischen Truppen zur Armee Karl Alberts. Pius wies das Ansuchen als unverträglich mit seiner päpstlichen Stellung ab und entzweite sich dadurch mit den extremen Parteien, welche, eben noch von ihm amnestiert und zurückberufen, bereits im Begriff waren, über ihn hinwegzuschreiten. In dieser bewegten Zeit glaubte Pius an dem Grafen Pellegrino Roffi aus Carrara, welcher Louis Philipp's Gesandter in Rom gewesen war, den rechten Mann zur Durchführung eines gemäßigten Liberalismus gefunden zu haben. Er berief ihn am 17. September 1848 an die Spitze eines neuen Ministeriums. Daö Roffi die Zügel mit fester Hand ergriff, Ruhe und Ordnung herstellen wollte, all den Schwärmern und Schreibern der Hauptstadt an Geist weit überlegen war, konnte ihm von den Anarchisten, die in Rom wie in Paris nur bei einem allgemeinen Umsturz ihren Stern erblickten, nicht verziehen werden. Und nicht bloö die radikale, sondern auch die extrem hierarchische Partei hatte er zur Feindin. Am 15. November 1848 fuhr er, trotz aller Warnungen, nach dem Sitzungsaal der Kammern, welche er nach ihrer Vertagung mit einer Rede eröffnen wollte, in der er Aufhebung der Kardinalsregierung, Einführung eines Baienregiments verhieß und an der Unabhängigkeit und Einheit Italiens festhielt. Kaum war er aus dem Wagen gestiegen, so traf ihn aus einem Haufen Gefindels ein Dolchstoß in den Hals, worauf er lautlos zu Boden sank. Am folgenden Tage zog ein bewaffneter Volkshaufe vor den Quirinal, griff die aus Schweizerföldnern bestehende Wache an, die Kugeln drangen ins Vorzimmer des Papstes, und dieser wurde genötigt, ein radikales Ministerium unter Mamianis Leitung anzunehmen und die Schweizertruppen zu entlassen. Schutzlos, wie er nun war, der Willkür der Umsturzpartei, wozu Fürst Karl von Canino, ein Sohn Lucian Bonapartes gehörte, preisgegeben, entfloh Pius am 24. November verkleidet aus Rom nach Gaöta, bei dem König von Neapel Schutz suchend, und legte gegen alle Beschlüsse der römischen Regierung Protest ein.

Mazzini und seine Partei hatten nun freies Feld. Eine konstituierende Versammlung wurde berufen, und diese erklärte am 5. Februar 1849 die weltliche Macht des Papsttums für aufge-

hoben und Rom für eine Republik; sämtliche Staaten Italiens sollten eine gemeinsame Republik werden. In Rom schloß sich Tozzana an, wo der Großherzog Leopold II. schon am 17. Februar 1848 eine Verfassung gegeben hatte, aber durch das republikanisch gesinnte Ministerium Guercuzzi gleichfalls zur Flucht nach Gaeta genötigt worden war (21. Februar 1849). Darauf wurde auch in Tozzana die Republik proklamiert und ihre Vereinigung mit Rom beschlossen. Aber hier liefen die Sachen nicht so gemüthlich ab, als sich manche nach der Flucht des Papstes dachten. Denn dieser hatte die katholischen Mächte um ihre Hilfe angegangen, und der Präsident der französischen Republik, Louis Napoleon, hatte mehr als einen Grund, die Truppen Frankreichs gegen die römische Republik marschieren zu lassen. Der Widerspruch, in welchen er geriet, wenn er die eine Republik durch die andere bekämpfen ließ, machte ihm wenig Gewissensstrupel. Die Hauptsache war ihm, daß er durch die Unterstützung des Papstes die französische Geistlichkeit, deren Einfluß auf das Volk er für seine weiteren Pläne zu benutzen gedachte, für sich gewann, und daß er, nachdem man der Regierung Louis Philipps lange genug schmachvolle Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit unter das Ausland vorgeworfen hatte, die französischen Fahnen wieder in den fremden Hauptstädten wehen ließ und der österreichischen Hegemonie in Italien Schach bot. Er schickte daher den Marschall Dubinot mit 8000 Mann ab. Dieser landete am 26. April 1849 in Civita-Vecchia und erschien am 30. vor den Mauern Roms, das er ohne Mühe einnehmen zu können hoffte. Aber hier hatte sich nach Besiegung des sardinischen Heeres eine Menge verzweifelter Köpfe aus allen Ländern Europas gesammelt. Joseph Garibaldi, der kühne Freischarenführer von Nizza, war nach langjährigen Kämpfen im Dienst der südamerikanischen Republiken zurückgekehrt und auf Mazzinis Aufforderung an die Spitze der Verteidiger Roms getreten. Diese empfingen den französischen Marschall mit so wohlgezielten Schüssen, daß er sich nach mehrstündigem Kampfe mit einem Verlust von 700 Mann nach Civita-Vecchia zurückziehen mußte. Wenige Tage darauf wurde das neapolitanische Heer, das von Süden her angreifen sollte, bei Velletri zurückgeschlagen, während die spanischen Truppen, die dritten im Bunde gegen die rote Republik, einem Kampfe vorsichtig auswichen. Doch erhielt Dubinot bedeutende

Verstärkung und rückte am 3. Juni mit 35 000 Mann zum zweitenmal vor Rom, wo etwa 19 000 Mann, meist Freiwillige und Nationalgarden, standen. Trotz aller Kühnheit und Tapferkeit Garibaldis und seiner Freischaren mußte nach längeren blutigen Kämpfen bei der Überlegenheit der französischen Artillerie Rom kapitulieren. Am 4. Juli 1849 zog Dubinot in die schweigende Hauptstadt ein. Garibaldi, Mazzini und ihr Anhang entflohen, die Fremdherrschaft, gegen welche man aufgestanden war, wurde in anderer Form wieder eingeführt, und Pius, welchem die Atmosphäre von Rom noch schwer auf den Nerven lag, kehrte erst am 4. April 1850 dahin zurück. Sein Eifer für Reformen war erkaltet, er so wenig als der König von Neapel ließ sich zur Wiederherstellung der Verfassung bewegen, und wenn er auch den Laien im Staatsrat und in den Gemeinden noch einige Freiheit ließ, so waren doch alle höheren Ämter, die ganze Regierungsmaschine wieder in den Händen der Kardinäle, deren Ansprüche auf eine umfassende Macht sich um so seltsamer ausnahmen, je mehr ihre Ohnmacht am Tage lag, da sie sich in den Legationen durch die österreichischen, in Rom und Civita-Vecchia durch die französischen Bajonette, dort bis 1859, hier bis 1866 und 1870, beschützen lassen mußten.

Gleichzeitig mit Rom war auch der Süden Italiens in die dem Jahre 1848 so eigentümliche Gärung gekommen. Die Szenen von 1820 und 1821 wiederholten sich hier. Sizilien wollte aus neue aus einer Provinz zu einem selbständigen Königreich sich erheben. Am 12. Januar 1848 brach der Aufstand in Palermo aus, die Stadt wurde von der Citadelle aus beschossen, aber zuletzt mußte die ringsum eingeschlossene neapolitanische Besatzung auf englischen und französischen Kriegsschiffen nach Neapel zurückkehren. König Ferdinand II. glaubte den Sturm, der sich auch in Neapel ankündigte, nicht anders beschwichtigen zu können, als wenn er eine Verfassung nach dem französischen Muster von 1830 einzuführen versprach, dieselbe am 24. Februar, dem Tag der Pariser Revolution, beschwor und ein liberales Ministerium ernannte. Da aber diese Verfassung für Neapel und Sizilien ein vereinigtes Parlament schuf, so wurde sie von der provisorischen Regierung in Sizilien, an deren Spitze der ehrwürdige Kontreadmiral Ruggiero Settimo stand, nicht angenommen und ein besonderes sizilisches Parlament und die sizilische Verfassung von 1812 verlangt. Unter dem Schrecken der Pariser

Februar-Revolution ging König Ferdinand darauf ein, berief das sizilische Parlament und ernannte Settimo zu seinem Generalstatthalter. Allein die Sizilianer, gleichfalls von Pariser Eindrücken erfüllt, gingen nun noch weiter und verlangten, daß zwischen Neapel und Sizilien eine Personalunion bestehen und letzteres außer dem Parlament auch ein eigenes Ministerium, besonderes Heer und besondere Finanzen haben solle. Diese Forderungen schienen Ferdinand gar zu rund und er verwarf sie, hierin im Einverständnis mit den Neapolitanern handelnd. Darauf erklärte das sizilische Parlament dem König der Krone Siziliens für verlustig, die Dynastie Bourbon für immer ausgeschlossen und wählte am 11. Juli den zweiten Sohn Karl Alberts, den Herzog von Genua, zum König von Sizilien. Aber Karl Albert, welcher im Kampfe mit den Östreichern kaum seine eigene Krone retten konnte, wagte nicht, für seine Familie eine zweite anzunehmen, und England, welches die Trennung begünstigte, ging in seiner eigennützigen Teilnahme für die Insel nicht über fromme Wünsche und salbungsvolle Reden hinaus. Wollte Sizilien frei sein, so mußte es mit seinen eigenen Armen die Freiheit erkämpfen.

Auch in Neapel befand sich das Königtum auf einer schiefen Fläche und schien rasch hinabzurollen. Am 7. April 1848 wurde Ferdinand gezwungen, Östreich den Krieg zu erklären und 13000 Neapolitaner unter dem alten Revolutionär Wilhelm Pepe zu Karl Alberts Heer in Oberitalien stoßen zu lassen. Die Radikalen, auf Paris hinweisend, sprachen schon von Einsetzung einer Republik, von einer konstituierenden Versammlung, und als am 15. Mai die Kammern eröffnet werden sollten, wurden Barrikaden in der Stadt errichtet. Ferdinand ließ seine Schweizertuppen anrücken, und diese bewältigten in einer Stunde den Aufstand. Die Stadt wurde der Rache der Soldaten und der Plünderungslust der Lazzaroni preisgegeben. Sofort wurde die Nationalgarde entwaffnet, die Kammern aufgelöst, ein reaktionäres Ministerium gebildet und das neapolitanische Hilfsheer aus Oberitalien zurückgerufen. Nur etwa 1500 Mann zogen, den Gehorsam verweigernd, mit Pepe nach Venedig, um zu dessen Verteidigung mitzuwirken; mehr als 11000 kehrten heim und wurden auf den Schlachtfeldern der Lombardei von Karl Albert schmerzlich vermisst. Damit war die Demokratie in Neapel vernichtet und der Bourbon Ferdinand zuerst unter den Monarchen

Herr über die Revolution geworden. Doch blieb ihm noch die Unterwerfung des abtrünnigen Siziliens übrig.

Eben hatten die Östreicher Karl Albert über den Ticino zurückgetrieben und die Lombardei wieder besetzt, da schickte König Ferdinand eine Flotte unter General Filangieri, Fürsten von Satriano, mit 8000 Mann Landungstruppen nach Sizilien. Die Stadt Messina wurde von der Flotte und von der in der Gewalt der Neapolitaner befindlichen Citadelle mehrere Tage unausgesetzt beschossen, ein Teil der Stadt in einen Schutthaufen verwandelt und am 7. September 1848 erstürmt und geplündert. Die Flüchtigen fanden Schutz auf den englischen und französischen Kriegsschiffen. Die Admirale derselben machten Vermittlungsvorschläge, und Ferdinand ließ sich herbei, eine Verfassung, besonderes Parlament und Verwaltung und ausgedehnte Amnestie anzubieten, verweigerte aber ein besonderes Ministerium für Krieg und auswärtige Angelegenheiten. Die Sizilianer, damit nicht zufrieden, begannen, gleichzeitig mit Karl Alberts zweitem Feldzug, den Krieg aufs neue, beriefen den Polen Mieroslawski als Oberbefehlshaber, und dieser versammelte seine Streitmacht in Catania. Filangieri griff ihn dort an. Die Neapolitaner wurden zurückgeschlagen, aber die nachrückenden Schweizertruppen erstürmten nach hartnäckigem Kampfe die Stadt (6. April 1849). Darauf zog Filangieri gegen Palermo, die dortige Regierung löste sich auf und floh nach Malta, das Volk wollte nichts von Kapitulation wissen, wurde aber durch das Artilleriefuer des Landheeres und der Flotte dazu genöthigt. Am 17. Mai zog Filangieri in Palermo ein, befahl eine allgemeine Entwaffnung, richtete auf der ganzen Insel eine drückende Militärherrschaft ein, und von Parlament und Verfassung war keine Rede mehr.

Alle diese Kämpfe in Mittel- und Unteritalien standen in engem Zusammenhang mit dem, was 1848 und 1849 in Oberitalien vorging. Wenn hier die Würfel günstig fielen und die nationale Sache siegte, so mußte sowohl Pius als Ferdinand in sanftere Bahnen einlenken; umgekehrt hatte eine Niederlage am Po das Scheitern der Revolutionen im Süden zur Folge. Es handelte sich im Norden um die Abschüttlung der österreichischen Herrschaft. Dieser war es seither nicht gelungen, die Herzen der Italiener zu versöhnen oder auch nur die geringste Partei für sich zu



gewinnen. Die Reformen des Papstes 1847 riefen auch in Lombardo-Venetien die nationalen Wünsche und Hoffnungen wieder wach. Ähnliche Forderungen wie in Sizilien wurden an Östreich gestellt: ein Vikarönigtum mit besonderem Parlament, italienischen Ministern und nur italienischen Truppen. Der Kaiserstaat war damals noch in der Lage, dies abschlagen zu können. Um die östreichischen Einkünfte zu schmälern, enthielten sich die Italiener des Tabaks und des Lotteriespiels, mit welchen der Staat ein Monopol trieb. In Mailand, in den Universitätsstädten Pavia und Padua kam es im Januar 1848 zu fortwährenden Reibungen zwischen Zivil und Militär. Schon stand Sizilien in Flammen, schon war Ferdinand in Neapel zur Verleihung einer Verfassung gezwungen, Toskana und Rom mit fortgerissen, auch Karl Albert in Turin am 8. Februar zu verfassungsmäßigen Zuständen bekehrt, und immer noch glaubte Östreich, die politischen Leidenschaften in der Lombardei nicht besser als durch Einführung des Kriegszustandes (22. Februar 1848) dämpfen zu können. Der Bogen war zum Brechen gespannt. Zwei Tage darauf erhob sich Paris, am 13. März sogar das gemüthliche Wien, und nun war keine Fessel stark genug, um einen Aufstand niederzuhalten. Am 18. März erhob sich ganz Mailand, alle Stände nahmen am Kampfe teil, und der 82jährige Feldmarschall Graf Joseph Radetzki, ein ruhmgekrönter Veteran aus den Befreiungskriegen, sah sich nach zweitägigem Straßenkampf genötigt, seine Truppen aus der Stadt zu führen, die in den anderen Städten liegenden Besatzungen möglichst schnell an sich zu ziehen und in dem berühmten Festungsviereck, zwischen Peschiera, Verona, Legnago, Mantua, Stellung zu nehmen. Auch Venedig, wo Graf Zichy befehligte, ging am 22. März für Östreich verloren, die übrigen Städte folgten, und der Advokat Manin trat in der Lagunenstadt an die Spitze einer provisorischen Regierung. Die kleinen Herzogtümer Modena und Parma konnten sich nun nicht mehr halten, die Herzoge Franz und Karl flohen nach Östreich, hinter ihnen erhoben sich provisorische Regierungen, und wie Neapel, so schickten auch die Herzogtümer und Toskana ihre Truppen über den Po, um im Bunde mit Sardinien den entscheidenden Waffengang zu machen.

Die Hoffnungen ganz Italiens standen auf Sardinien und dessen König. Von den Lombarden zu Hilfe gerufen, rückte Karl

Albert, welcher Ehrgeiz genug hatte, die Krone von Oberitalien und ebendamit zum mindesten die Hegemonie in Italien erkämpfen zu wollen, in Mailand ein. Er trat als Befreier der Halbinsel auf, war aber nach seiner Vergangenheit für diese Rolle nicht ganz geeignet. Wer wie er zuerst Karbonaro war, dann unter dem Herzog von Angoulême die spanische Revolution bekämpfte und dem bigottesten Absolutismus sich hingab, taugte eher in das Lager der Östreicher als für die italienische Trikolore. Sein Haß gegen Östreich war nicht national, nur dynastisch. Auch war er zwar ein tapferer Soldat, aber ein schlechter Feldherr, voll Mißtrauen und Eifersucht gegen die militärischen Größen seines Vaterlandes, daher er lieber zweifelhafte Fremde als zuverlässige und erprobte Landsleute an die Spitze des Heeres stellte. Sein Gegner Radetzki war alt, aber noch frischen, jungen Geistes, hatte einen geübten Blick, viel Energie und Entschlossenheit, tüchtige Generale und ein wohl diszipliniertes Heer. Die Verstärkungen, welche Neapel und die Herzogtümer dem sardinischen Heere brachten, waren nicht hoch anzuschlagen. Die Neapolitaner wurden zeitig zurückgerufen, aus den Herzogtümern kamen ungeübte Truppen, und selbst Mailand, das mit Reden und Demonstrationen so schlagfertig war, brachte kaum 8000 Mann zusammen.

Auch Radetzki erhielt Verstärkungen und schlug am 6. Mai den Angriff des sardinischen Königs bei Santa Lucia, südwestlich von Verona, ab. Am 29. Mai erstürmte er die Befestigungen am Curtatone, mußte aber, da die Sardinier am 30. bei Goito siegten und Peschiera nahmen und Garibaldi mit seinen Alpenjägern ihn im Rücken bedrohte, von weiterem Vorrücken abstehen und auf die Wiedereroberung Vicenzas und der übrigen Städte des venetianischen Festlands sich beschränken. Der östreichische Hof hatte inzwischen, besonders auf Betreiben des englischen Gesandten, Unterhandlungen mit den Lombarden angeknüpft und ihnen Unabhängigkeit angeboten, falls sie einen bedeutenden Teil der Staatsschuld übernehmen und mit Östreich einen günstigen Handelsvertrag abschließen würden. Da die Lombarden sicher zu sein glaubten, ihre Freiheit wohlfeiler zu bekommen, so nahmen sie den Vorschlag nicht an. Radetzki war nun in der Lage, eine kräftige Offensive zu unternehmen. Er erfocht am 25. Juli bei Custozza einen glänzenden Sieg, trieb die wieder standhaltenden Sardinier bei Goito

und Volta zurück und drang gegen Mailand vor. Karl Albert mußte die Stadt, in welcher er, aufs neue des Verraths beschuldigt, kaum den Ausbrüchen der Volkswut entging, räumen, und Radezki hatte die Genugthuung, daß eine städtische Deputation ihn, den kurz zuvor Vertriebenen, bat, schleunigst in die Stadt einzurücken und dem Willen des Pöbels Gehorsam zu thun. Am 6. August zog er in Mailand ein und schloß am 9. einen Waffenstillstand mit Karl Albert, welcher seine Truppen aus der Lombardei und aus den Herzogtümern zurückziehen mußte.

Diese Demütigung des Königs, welcher so große Hoffnungen gehegt und erregt hatte, war zu groß, als daß er nicht gern dem Drängen der radikalen Partei in Turin, noch einmal das Kriegsglück zu versuchen, nachgegeben hätte. Er übertrug dem polnischen General Chrzanowski, welcher noch unter Napoleon und später 1831 in Polen mit Auszeichnung gefochten hatte, den Oberbefehl, ohne an ihm mehr als einen tüchtigen Divisionsführer zu haben, und betraute auch den von den Radikalen begünstigten General Ramorino mit einem Kommando. Am 12. März 1849 kündigte er den Waffenstillstand auf, in dem Gedanken, in die Lombardei einzurücken, dessen Bewohner ihm viel Schönes über ihre Freiheitsbegeisterung und über den schlimmen Zustand der österreichischen Armee berichteten. Aber die Enttäuschung folgte rasch. Radezki ging über den Ticino und schlug auf sardinischem Gebiet in einem vier-tägigen Feldzuge, am 21. März bei Mortara, am 23. bei Novara, den Feind so gänzlich, daß von einer Erneuerung des Kampfes keine Rede sein konnte. Der Genuese Ramorino, welcher den ihm angewiesenen Posten am Po nicht besetzte und dadurch dem Eindringen der Östreicher Vorschub leistete, wurde vor ein Kriegsgesicht gestellt. Dasselbe verurteilte ihn, ohne die Anklage auf Verrat für ganz begründet zu erklären, zum Tode. Am 22. Mai wurde er bei Turin erschossen. Karl Albert, welcher vergebens den Tod auf dem Schlachtfelde gesucht hatte, war des Regierens und des Lebens satt, legte noch in der Nacht des 23. in Novara die Krone nieder und erklärte seinen ältesten Sohn als Viktor Emanuel II. zum König von Sardinien. Er hoffte, daß dieser von den Östreichern einen günstigeren Frieden bekommen werde als er, der jenen so verhaßt war. Darauf reiste er, seiner Gemahlin ein schriftliches Lebewohl sagend, nur von zwei Dienern begleitet, über

Frankreich und Spanien nach Portugal, wo er am 26. Juli 1849 in der Stadt Oporto an wiederholten Schlaganfällen starb. Der neue König hatte am 24. März in einem Gehöfte bei Novara eine Zusammenkunft mit Radetzki und schloß einen Waffenstillstand ab. Die in Mailand geführten Friedensunterhandlungen hatten anfangs wegen der hohen Forderungen Osterreichs keinen Erfolg und führten erst am 6. August, als Osterreich auf Frankreichs und Englands Bureben seine Ansprüche ermäßigte, zum Ziele: Sardinien behielt seine Grenzen und zahlte 75 Millionen Lire Kriegssentschädigung.

Die falsche Nachricht von einem sardinischen Siege bei Novara hatte die Bevölkerung von Brescia veranlaßt, über die östreichische Besatzung herzufallen und sie in die Citadelle zurückzutreiben. General Haynau eilte mit 4000 Mann und zahlreicher Artillerie herbei, beschloß die Stadt und setzte sich nach einem furchtbaren Straßenkampf, an welchem selbst Frauen teilnahmen, am 1. April in den Besitz derselben, besleckte aber seinen Namen durch unmenschliche Grausamkeit, namentlich gegen die Frauen. Auch Venedig konnte sich nicht mehr lange halten. Dort war zuerst der Anschluß an Sardinien, nach dessen Niederlage die Republik proklamirt worden. Im Lager Haynaus vor Venedig wütheten die Sumpffieber, in der Stadt Hunger und Cholera. Auf die Nachricht von der Unterwerfung Ungarns kapitulierte Venedig am 22. August 1849, und die Häupter der Revolution, Manin und Pepe, wanderten in die Verbannung.

Ganz Italien war wieder unter seine alten Herren gebracht. Die vertriebenen Fürsten lehrten zurück, die Östreicher besetzten im Kirchenstaat Bologna und Ancona, ihre Herrschaft schien bei der Tapferkeit ihrer Heere und der Tüchtigkeit ihrer Feldherren unbeswingbar zu sein. Der Sturm, welcher die ganze Halbinsel durchtobt hatte, war verbraucht, aufs neue lachte die italienische Sonne, aber finster und immer finsterner wurde der Haß der Italiener gegen die Fremdherrschaft. Man glaubte jetzt den Staat zu kennen, welcher unter günstigeren politischen Verhältnissen den Kampf mit Osterreich wieder aufnehmen werde. Trotz Custozza und Novara blieb das savoyische Kreuz die Hoffnung Italiens.

## § 17.

## Revolutionen in Deutschland, Osterreich und Preußen.

In keinem Lande lag so viel Zündstoff aufgehäuft als in Deutschland. Die Fülle von Geist und Patriotismus, welche man hier fand, stand in keinem Verhältnis zu dem Maß von Freiheit und Macht, welches die Kabinette dem Volke boten, daher dieselben auch überall Opposition fanden. Alles, was von den Regierungen ausging, wurde einer schonungslosen Kritik unterworfen, worin sich in den vierziger Jahren namentlich einige junge philosophische Köpfe auszeichneten. Auch die damals auftauchenden „politischen Lieder“ verschiedener talentvollen Dichter trugen zur Entzündung und Erhaltung des patriotischen Feuers nicht wenig bei. Schon im Jahre 1847 war jedermann überzeugt, daß es so nicht fortgehen könne, daß es in kurzem zu einem Bruch kommen müsse. Selbst populäre Fürsten, wie Wilhelm von Württemberg, waren in jenem durch Teuerung der Lebensmittel ausgezeichneten Jahre bei Gelegenheit eines Brottrampalls persönlichen Beleidigungen ausgesetzt. Man fühlte sich zu sehr eingeengt, seinen Vormündern sich überlegen und traute sich die Kraft zu, im Innern und nach Außen die Nation zu einer höhern Stellung zu erheben, als diejenigen Herren es vermochten und wollten, welche bisher die grünen Sessel inne gehabt hatten. Die Schmach des Bundestages, die Verwerflichkeit des Metternichschen Systems wurde nie so lebhaft empfunden, nie so ungeschont besprochen, wie eben damals. Man hatte es satt, immer nur als das Volk der Denker in den englischen Blättern bewundert und bespöttelt zu werden. Ein Volk, das eine vielhundertjährige, zum Teil glorreiche Geschichte hatte, das seine zerstreuten und zwieträchtigen Teile nur unter einem einzigen Willen zusammenzufassen brauchte, um das erste Wort in Europa zu führen, wollte aus der Kleinlichkeit und Ohnmacht der Vielstaaterei heraustreten, aus dem Staatenbund einen Bundesstaat machen, eine kräftige Zentralgewalt an die Spitze stellen und dieser durch ein Nationalparlament eine feste Stütze geben. Der Bundestag, welcher sich meist nur als einen Bund von Polizeidirektoren erwiesen hatte, galt als ein überwundenes Institut, das vom nächsten Windstoß über den Haufen geworfen würde. Die bescheidensten Wünsche sprachen sich dahin aus, daß dem Bundestag als einer Vertretung

der Fürsten ein vom Volke gewähltes Parlament als Vertretung des Volkes zur Seite stehen müsse.

Die rasche Beendigung und die Erfolge des Sonderbundeskriegs, wodurch die Schweiz ein auf Volkssouveränität beruhendes Gemeinwesen schuf, fanden in Deutschland die innigste Teilnahme; man sah hier im Kleinen, was man im eigenen Hause im Großen auszuführen gedachte. Dazu kam die Aufregung und Agitation wegen Schleswig-Holsteins, das durch den „offenen Brief“ des Königs Christian VIII. vom 8. Juli 1846 zu einem deutschen Schmerzenskind gemacht worden war. Man wollte sich von dem kleinen und anmaßenden Dänemark eine solche Rechtsverletzung nicht gefallen, nicht aufs neue Stücke vom Körper Deutschlands losreißen lassen, nicht wackerere Landsleute, deren Herzen der Rückkehr ins Vaterhaus so sehnsüchtig entgegenschlugen, den Mißhandlungen eines brutalen Matrosenvolkes noch länger preisgeben. Die Sympathie für Schleswig-Holsteins Rechte und Wünsche durchdrang alle Schichten des deutschen Volkes, so daß es kaum eine Stadt geben mochte, in der man nicht das „Schleswig-Holstein, stammverwandt“ mit großer Begeisterung sang.

Es wäre vielleicht noch einige Zeit beim Singen geblieben, wenn nicht durch die Februarrevolution der äußere Anstoß zu kräftiger Durchführung alles dessen gegeben worden wäre, was als Forderung des deutschen Volkes aufgestellt worden war. Das Großherzogtum Baden, dessen Kammer eine Zierde ganz Deutschlands war, war nicht nur vermöge der räumlichen Nähe, sondern noch mehr wegen der politischen Richtung und Bildung des lebhaften, beweglichen Volksstammes für die Einflüsse der franzöf. Revolution am empfänglichsten. Der Advokat Hecker und der Journalist Struve sprachen schon im September 1847 in einer Versammlung zu Offenburg von Selbstregierung des Volkes, von allgemeiner Bewaffnung, von Garantie der Arbeit durch den Staat und zeigten sich als Gesinnungsgenossen der Pariser Sozialdemokraten. Im Oktober verhandelte eine aus Oppositionsmitgliedern verschiedener Kammern bestehende Versammlung zu Heppenheim über eine Volksvertretung am Bundestag. Und noch am 12. Februar 1848 stellte Wasser- mann aus Mannheim in der badischen Kammer einen Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments, um die durch den Bundestag entstandene tiefe Kluft zwischen Fürsten und Völkern auszufüllen.

Die Fürsten waren durch die Pariser Ereignisse sehr überrascht. Sie glaubten in gewohnter Weise mit einigen unschuldigen Reformen dem Uebel abhelfen zu können. Die Höfe von Berlin und Wien kamen mit einander überein, am 15. März einen Fürstentag zu Dresden zu halten und das Wohl Deutschlands zu beraten. Aber die unerbittliche Logik der Thatfachen nahm der Diplomatie ihre Mühe ab. In Baden wurden der Regierung durch eine Volksversammlung in Mannheim und einen Massenzug nach Karlsruhe am 27. Februar die Forderungen des Volkes vorgelegt. Dieselben waren hauptsächlich auf Abschaffung der Feudallasten, auf Einführung der Geschworenengerichte, der Pressfreiheit, der Volksbewaffnung, vor allem aber auf Umwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat mit Zentralgewalt und Parlament gerichtet. Die dortige Regierung bewilligte alles. Auch die anderen Regierungen konnten dem Andrang nicht widerstehen. Überall wurden ähnliche Forderungen aufgestellt und bewilligt, und die Häupter der früheren Opposition in die Ministerien berufen, so Römer in Württemberg, Wippermann in Kurhessen, Stüve von Osnabrück in Hannover, Heinrich von Gagern in Hessen-Darmstadt. In Bayern gab es sogar einen Thronwechsel. Dort hatte sich König Ludwig, welcher aus einem Philhelleneu und einem Gegner der Metternichschen Politik zu einem Werkzeug der ultramontanen Partei geworden war und durch sein Kniebeugungsgebit viel Argerniß verursacht hatte, von einer abenteuernden Längerin Lola Montez seinen alten Kopf so verrücken lassen, daß er sie im Februar 1847 zur Gräfin von Landsfeld erhob. Dadurch kam er mit seinem ultramontanen Ministerium Abel in Konflikt, berief das sogenannte Lola-Ministerium, fand aber in der Kammer, bei den Studenten und im Volke eine solche Entrüstung über die Mätressenwirtschaft, daß er die Gräfin aus Bayern verbannen und, der Achtung und des Vertrauens beraubt, am 20. März 1848 ab danken mußte, worauf sein ältester Sohn, Maximilian II. (1848—1864), den Thron bestieg.

Im südwestlichen Deutschland stellte sich die liberale Partei, wie in Paris bei der Julirevolution von 1830, an die Spitze der Bewegung. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März, aus den Führern der bisherigen Kammeroppositionen bestehend, erließ einen Aufruf an die deutsche Nation und wählte eine Kommission

von sieben Männern, welche Vorschläge hinsichtlich des Parlaments machen und ein Vorparlament nach Frankfurt einberufen sollte. Dieses versammelte sich am 31. März in der Paulskirche unter dem Vorsitz des Heidelberger Professors Mittermaier. Die konstitutionell-monarchische Mehrheit beschloß, daß eine aus direkten Wahlen, welche von Vermögen, Stand und Glaubensbekenntnis unabhängig sein sollte, hervorgehende Nationalversammlung im Monat Mai zusammenkommen und über die künftige Reichsverfassung entscheiden sollte. Diese Beschlüsse genügten der radikalen Partei, an deren Spitze Hecker und Struve standen, nicht. Da ihre Anträge, welche auf Einsetzung eines Konvents und Republikanisierung Deutschlands hinausliefen, verworfen wurden, so verließen sie Frankfurt und forderten in Volksversammlungen, welche sie im badischen Oberlande hielten, zur Verkündung der Republik auf. Eine hessen-darmstädtische Truppenabteilung unter General Friedrich von Gagern, der früher in holländischen Diensten gestanden war, sollte die Freischaren auseinanderprengen. Bei Randern kam es zu einem Gefecht, in welchem Gagern erschossen, Hecker und seine Leute in die Flucht geschlagen wurden. Die deutschen Arbeiter aus Frankreich, welche unter dem Dichter Herwegh ins Badische einrückten, wurden von württembergischem Militär bei Dossenbach auseinandergetrieben und damit vorläufig die republikanische Partei unterdrückt. Anderer Art waren die Unruhen im Odenwald, den Main- und Taubergegenden, der alten Heimat des Bauernkriegs, wo das Landvolk sich gegen die Grundherrschaften erhob, die Archive mit den Grund- und Zehntbüchern vernichtete und einige Schlösser zerstörte.

Der Bundestag setzte indessen sein Scheinleben fort und glaubte mit einigen Zugeständnissen die Aufregung zu beschwichtigen. Er nahm das Wappen und die einst so verpönten Farben des Reichs, den Adler und das Schwarzrotgold, an und lud die Regierungen ein, Vertrauensmänner abzuschicken, um gemeinschaftlich mit diesen eine Revision der Bundesverfassung zu besprechen. Für die 17 Stimmen des engeren Rates der Bundesversammlung wurde je einer abgeschickt, und diese 17 Vertrauensmänner, darunter der Dichter Uhland für Württemberg, begannen am 30. März ihre Thätigkeit. Die Wahlen für die Nationalversammlung regten das deutsche Volk, das in Träumen einstiger Größe sich wiegte, bis in seine innersten Fasern auf.



Am 18. Mai versammelten sich die Abgeordneten des deutschen Volkes im Kaiserssaale des Römers zu Frankfurt, zogen in feierlichem Zuge in die Paulskirche und erklärten die Nationalversammlung für konstituiert. Heinrich von Gagern, eine imponierende Persönlichkeit, wurde am folgenden Tage zum Präsidenten gewählt. Niemals hat eine politische Versammlung eine größere Fülle von geistvollen und unterrichteten Männern, von charakterfesten und aufopferungsfähigen Persönlichkeiten gezeigt; aber praktische Politik zu treiben, war freilich nicht die Sache dieser vielen Professoren und Juristen. Die gemäßigte Partei war entschieden in der Mehrheit, die Republikaner und Reaktionäre hatten über wenige Kräfte zu verfügen. Die nächsten Fragen, welche die Geltung der Beschlüsse und die Errichtung einer neuen Centralgewalt betrafen, wurden im Sinne der Volkssouveränität entschieden. Der Beschluß ging dahin, daß diejenigen Bestimmungen der Einzelverfassungen, welche mit der zu beratenden Gesamtverfassung im Widerspruch ständen, ungültig seien, und daß an der Stelle des Bundestags eine provisorische Centralgewalt geschaffen werden solle und zwar nicht von der Nationalversammlung im Einverständnis mit den Fürsten, sondern ausschließlich von jener. Am 27. Juni entschied sich die Versammlung, durch den „kühnen Griff“ ihres Präsidenten, Heinrich von Gagern, fortgerissen, für die Einsetzung eines unverantwortlichen Reichsverwesers mit einem verantwortlichen Ministerium, und am 29. Juni wählte sie mit 436 Stimmen unter 546 den Erzherzog Johann von Oestreich zum Reichsverweser. Dieser hielt am 11. Juli seinen Einzug in Frankfurt und trat am folgenden Tage sein Amt an. Die Stunde des Bundestags, anscheinend die letzte, hatte geschlagen: derselbe legte seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers und trat nach 32jähriger Existenz unbetrübt vom Schauplatz ab.

Erzherzog Johann war ein volkstümlicher Fürst, welchem die Bergluft in Tirol und Steiermark besser zusagte als der Aufenthalt am Wiener Hof. Aber den Regierungsgeschäften war er als 66jähriger Neuling nicht gewachsen, und um für ganz Deutschland ein Herz zu haben, war er zu sehr Oestreicher. Die Hauptfrage für die Nationalversammlung und für ihn war die, welche Macht man aufbieten wolle, wenn die deutschen Regierungen den Beschlüssen, die er im Namen der Nationalversammlung zu verkündigen hatte,

keinen Gehorsam leisteten. Dieser Punkt war die Achillesferse der deutschen Revolution. Zuallererst mußte man sich darüber ins Klare setzen, auf welche Weise man den Regierungen der souveränen Bundesstaaten, worunter 31 Monarchien und sogar 2 Großmächte waren, den durch die Nationalversammlung ausgesprochenen Volkswillen aufnötigen könne. Wie war es möglich, die Militärstaaten Oestreich und Preußen an die Befehle von Frankfurt zu gewöhnen? Und wenn diese nicht Folge leisteten, was war dann von den mittleren und kleinen Staaten zu erwarten, welche in Wien und Berlin Hilfe zu suchen und zu finden pflegten? Nichts war sicherer, als daß alle diese Fürsten die Nationalversammlung sich so lange gefallen ließen, als sie, am eigenen Herde bedroht, mußten, aber auch keine Stunde länger. Die Bundestruppen erhielten zwar vom Reichskriegsministerium Befehl, sämtlich am 6. August dem Reichsverweiser zu huldigen; aber nur die kleineren Staaten befolgten die Weisung: Preußen und Oestreich (mit Ausnahme der Wiener Besatzung) thaten, als ob sie dies gar nichts angehe, und selbst Ernst August in Hannover setzte seinen harten Kopf durch. Und wo die Huldigung vor sich gegangen war, war es in diesen altmonarchischen Staaten kaum denkbar, daß die Heerführer auf die Befehle der ihnen fernstehenden Reichsregierung eher hörten als auf ihren Landesfürsten und „Kriegsherrn“. Hier war schlechterdings nicht anders zu helfen als durch Aufstellung eines Parlamentsheeres, wie die englische Revolution ein solches geschaffen und zum Siege geführt hat. Die Nationalversammlung mußte dann entschlossen sein, die erste widerspenstige Regierung mit allen Mitteln der Gewalt zu Boden zu schlagen, es auf einen Kampf auf Leben und Tod ankommen zu lassen. Mit bloßen Beschlüssen und Voraussetzungen, mit langen Reden und Sentimentalitäten kam man in der Hauptsache keinen Schritt weiter. Entweder mußte man noch ganz andere „kühne Griffe“ thun, oder man war bald das wehrlose Objekt derselben. Statt diesen Gefahren mit entschlossenem und praktischem Sinn entgegenzutreten, ließ die Versammlung die Dinge außerhalb Frankfurt ihren Weg gehen, ließ sich eine Demütigung um die andere gefallen und beschäftigte sich Monate lang mit einer Gründlichkeit, als ob eine juridische Fakultät beisammen säße, mit der ins Einzelne gehenden Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes.

Die erste bedeutende Veranlassung, den Zwiespalt zwischen

der Reichsgewalt und den Einzelregierungen bloß zu legen und in die Versammlung selbst einen klaffenden Riß zu sprengen, bildete die schleswig-holsteinische Frage, die eben damals in ein neues Stadium getreten war. Es handelte sich in dieser Frage um einen Erbfolgestreit. Nach dänischem Gesetz war bei dem Aussterben des oldenburgischen Mannstammes auch die weibliche Linie successionsfähig, nach schleswig-holsteinischem der Mannstamm der Nebenlinien. Da Christians VIII. Sohn und Bruder kinderlos waren, so rückte die Gefahr nahe, daß Dänemark die beiden Herzogtümer mit ihren herrlichen Küstenländern und dem Kieler Hafen verlieren und auf sich selbst angewiesen sein sollte. In Dänemark war für diesen Fall die an den Prinzen Wilhelm von Hessen-Kassel verheiratete Schwester des Königs und ihr Sohn Friedrich, in Schleswig-Holstein der Herzog Christian August von Augustenburg zur Nachfolge bestimmt. Gegen die Verkleinerung des Königreichs sträubte sich der Übermut des längst an die Mißhandlung und Auslaugung der Herzogtümer gewöhnten Dänenvolkes, daher der König 1846 den schon erwähnten „offenen Brief“ erließ, worin er das dänische Erbfolgerecht auf Schleswig-Holstein und Lauenburg ausdehnte und an dem dänischen Gesamtstaat festhielt. Um diese bittere Bille zu versüßen, verkündigte König Friedrich VII., der am 20. Januar 1848 seinem Vater auf dem Throne gefolgt war, eine freisinnige Verfassung für sämtliche Teile der Monarchie. Aber die Herzogtümer protestierten gegen die Gesamtstaatsverfassung und beharrten auf ihrem Recht der besonderen Erbfolge, der besonderen Verfassung und ihrer Unteilbarkeit. Die Februarrevolution brachte auch diese Verhältnisse in rascheren Fluß. Die Stände der Herzogtümer errichteten eine provisorische Regierung, wandten sich nach Frankfurt um Aufnahme Schlesiws in den deutschen Bund und baten hier und in Berlin um bewaffnete Hilfe. Das Vorparlament bewilligte das Aufnahmegeſuch und beauftragte Preußen, in Verbindung mit den Truppen des zehnten Bundesarmee-korps Holstein und Schleswig zu besetzen. General Wrangel überschritt am 21. April als Bundesfeldherr die Eider, trieb im Verein mit den schleswig-holsteinischen Truppen am 23. die Dänen aus den Dannenwerken, am folgenden Tage wurden sie von dem 10. Armee-korps bei Deversee geschlagen, nach der Insel Als verjagt, und ganz Schleswig war frei. Wrangel drang in Jütland ein, schrieb

eine Kriegsteuer von 3 Millionen Thalern aus und wollte diese Provinz besetzt halten, bis die Dänen, welche bei der geringen Seemacht Preußens zur See freie Hand hatten und den Ostseehandel beeinträchtigten, den Preußen für ihre Verluste Entschädigung gegeben hätten. Aber Preußen, teils durch die Störungen seines Seehandels empfindlich berührt, teils durch die drohende Haltung Rußlands, Schwedens und Englands eingeschüchtert, rief seine Truppen ab und schloß am 26. August 1848 zu Malmö in Schweden einen Waffenstillstand mit Dänemark, wonach alle Beschlüsse der provisorischen Regierung für ungültig erklärt, für die Herzogtümer eine gemeinschaftliche Regierung, zur Hälfte von Dänemark, zur Hälfte von dem deutschen Bunde, ernannt, die schleswigschen Truppen von den holsteinischen getrennt werden sollten.

Es war keine Frage, dieser Vertrag war gerade kein diplomatisches Meisterstück von Preußen. Alle Vorteile waren auf Seiten der besiegten Dänen, Schleswigs Einverleibung so gut als zugegeben. Die Nachricht hievon erregte in Frankfurt allgemeine Entrüstung. Nicht bloß die Radikalen, sondern vor allen der konservativ gesinnte Historiker Dahlmann, ein alter Freund und Verteidiger der Rechte des verlassenen Bruderstammes, drang, wenn auch nicht auf sofortige Verwerfung, so doch auf vorläufige Sistierung des Waffenstillstandes und Zurücknahme der Rückzugsbefehle. Kaum war dieser von der Ehre Deutschlands gebotene Antrag am 5. September von der Mehrheit genehmigt, so überlegte die gemäßigte Partei, daß ein solcher Beschluß einen Bruch mit Preußen bedeute, und daß hiedurch der Bürgerkrieg, die Revolution, die wildesten Leidenschaften des ohnehin schon aufgeregten Volkes entzündet würden. Infolgedessen wurde nach den heftigsten Erörterungen am 16. September der Waffenstillstand von Malmö von der Mehrheit genehmigt, somit der frühere Beschluß zurückgenommen. Dies gab den Radikalen einen willkommenen Anlaß, an die Fäuste der unteren Volksschichten zu appellieren und zu dem Juniaufstand der Pariser Sozialdemokraten ein Seitenstück zu liefern. Am 17. September 1848 wurde auf der Pfingstweide eine Volksversammlung gehalten, bei welcher die Mitglieder der demokratischen Vereine aus der ganzen Umgegend zusammenkamen. Unter dem Deckmantel des Gefühls für Nationallehre wurden hier wahre Donnerkeile gegen die Monarchien und die Nationalversammlung geschleudert, die Mehrheit der

letzteren für Verräter am deutschen Volke erklärt und eine Sturmpetition beschlossen, welche am folgenden Morgen von der ganzen Masse des Volks in der Paulskirche überreicht werden sollte. Das Ziel der Häupter war Sprengung des Parlaments, Ausrufung der Republik, Einsetzung eines Konvents. Der radikale Abgeordnete Bix aus Mainz hatte offen erklärt: „Jetzt wollen wir Fraktur schreiben.“ Wirklich versuchte die Menge am 18. September in die Paulskirche einzudringen. Aber das Reichsministerium, von der Gefahr unterrichtet, hatte einige Bataillone Östreicher und Preußen aus Mainz herbeigerufen und alle Zugänge zur Paulskirche besetzt. Es kam hier zu einem Zusammenstoß, Barricaden wurden errichtet, aber von den Truppen ohne viel Blutvergießen genommen. So wenig kriegerisch und ausdauernd sich hier die Aufständischen gezeigt hatten, so blutigierig stürzten sie sich auf die beiden Abgeordneten, General Auerwald und Fürst Lichnowsky, welche bei einem Spazierritt vor der Stadt von einem Pöbelhaufen verfolgt wurden, in einer Gärtnerwohnung auf der Bornheimer Heide Schutz suchten, aber herausgeschleppt und unter den schändlichsten Mißhandlungen ermordet wurden. Auf dies hin wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt, die Vereine aufgehoben und strengere Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung getroffen. Die Blühträume der Märzrevolution waren nach diesen Septembertagen vorüber; jetzt blühte wieder der Weizen der Reaction, welche mit Hinweisung auf die Verbrechen der roten Republik die Gemäßigten auf ihre Seite zog, um bald auch über sie hinwegzuschreiten. Die Ereignisse an der Donau und an der Spree arbeiteten dieser Wendung vor.

Selbst dem Staate Metternichs sollte eine Katastrophe nicht erspart werden. Durch Absperrung von dem politischen Leben des Auslands und durch Niederhaltung aller Verfassungswünsche glaubte dieser Staatskünstler Östreich in einem paradiesischen Zustande zu erhalten. Aber je unreifer und ungebildeter die Bevölkerung blieb, desto leichter war sie, wenn einmal die Wogen der Revolution kamen, von den Leitern derselben zu verführen, desto mehr mußte sie die Fülle von neuen Freiheiten eher mißbrauchen als gebrauchen, desto wilder tobten die Leidenschaften. An ein Entgegenkommen dachte Metternich nicht; noch im Jahre 1847 lehnte er alle Reformvorschläge ab, welche Preußen beim Bundestag und durch die Sendung

des Generals v. Radomiz mehrmals in Wien machen ließ. Nach der Februarrevolution wollte er durchaus den Schein meiden, als ob er bloß aus Furcht sich zu Zugeständnissen herbeilasse. Die Gefährlichkeit einer solchen Deutung betonte er in der Staatskonferenz, welche, anstatt des körperlich und geistig unfähigen Kaisers Ferdinand, eine Art Regentschaft führte. Dieselbe bestand aus dem Erzherzog Karl Ludwig, Fürst Metternich und Graf Kolowrat. Je länger die Regierung zögerte, desto mehr Petitionen und Adressen wurden an sie abgeschickt, von den Wiener Studenten geradezu Preß-, Rede-, Lehr-, Lern- und Glaubensfreiheit und allgemeine Volksvertretung gefordert. Am 13. März veranlaßte die Eröffnung des niederösterreichischen Landtags die Ansammlung vieler Tausend Menschen vor dem „Landhause“, welche, durch die von einem Studenten vorgelesene Rede des ungarischen Volksführers Kossuth aufgereizt, die Stände nötigten, sich in die Hofburg zu begeben und die Wünsche des Volkes vorzubringen. Der vornehme Bescheid, welchen sie von der Staatskonferenz erhielten, steigerte die Erbitterung; Volk und Militär stießen zusammen, und nun wurde ein Zugeständnis nach dem andern, Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände, abgerungen. Metternich mußte seine Stelle niederlegen und floh, wie Louis Philipp, nach England. Die Gewalt war nun in den Händen der Wiener Studenten und der Bürgerwehr. Diese erhielten die Revolution permanent und brachten jede mißliebige Persönlichkeit und Maßregel durch ihre bewaffneten Aufzüge zum Rückzug. Kossuth, welcher am 15. März nachts in Wien eintraf, wurde mit Fackeln und Musik wie ein Triumphator empfangen.

Das neue Ministerium wollte die Berufung eines konstituierenden Parlaments vermeiden, erließ daher am 25. April ein Staatsgrundgesetz, das schon deswegen, weil die Wahl der Abgeordneten an einen bestimmten Zensus geknüpft war, niemand befriedigte. Als daher die Minister das Zentralkomitee der Studenten und Nationalgarde, welches eine förmliche Nebenregierung, mächtiger als die eigentliche, bildete, auflösen wollten, wurden sie durch eine Sturmpetition von 15000 Menschen, welche die Hofburg umlagert hielten, am 15. Mai genötigt, nicht nur das Komitee bestehen zu lassen, sondern auch einen konstituierenden Reichstag mit einer einzigen Kammer einzuberufen, dessen Wahl aus dem

allgemeinen Stimmrecht hervorgehen sollte. Diese fortwährenden Tumulte und die Angst vor noch drohenden Szenen bestimmten die Umgebung des Kaisers, diesen am 17. Mai zur Flucht nach Innsbruck zu veranlassen. Auf kurze Zeit erfolgte ein Umschlag in der öffentlichen Stimmung. Die Entfernung des Kaisers war dem lokalen Wiener doch gar zu hart, und er bestürmte ihn mit Bitten, wieder in die Hauptstadt zurückzukehren. Statt aber diese günstigere Strömung rasch zu energischen Maßregeln zu benutzen, ließen sich die Minister, welche als Bedingung der Rückkehr des Kaisers die Auflösung der Studentenlegion gestellt und das Auflösungsdekret schon verkündigt hatten, am 26. Mai durch einen dritten Aufstand, durch neue Barrikaden zu dem Zugeständnis herbei, das Dekret zurückzunehmen und die Linientruppen in die Kasernen zurückzuziehen. Ja, der Minister des Innern, Freiherr von Pillersdorf, überließ die Herstellung der Ordnung den bisherigen Störern derselben und duldete die Einsetzung eines Sicherheitsausschusses, welcher aus Gemeinderäten, Nationalgarden und Studenten gebildet wurde. Dies war nichts anderes als eine Volksdiktatur, wodurch nicht nur die Thätigkeit des Ministeriums, sondern auch der gebildete und gemäßigte Teil der Bevölkerung beiseite geschoben wurde.

Um das Maß der Verlegenheiten voll zu machen, als ob es an dem Aufstand in Italien, an den Unabhängigkeitsgelüsten der Magayren, an dem Sicherheitsausschuß in Wien noch nicht genug wäre, trat auch Prag in die Reihe der Revolutionsstädte. Dort kündigten die Tschechen der deutschen Bevölkerung die Feindschaft an, wollten gar nicht mehr ein Glied Deutschlands ausmachen, sondern mit Mähren und Österreichisch-Schlesien ein besonderes slavisches Königreich bilden, das seine selbständige Verfassung haben sollte. Um sich als mächtige Partei zu konstituieren, veranstalteten sie am 2. Juni einen allgemeinen Slawenkongreß zu Prag unter Palackys Vorstiß, setzten, im Gegensatz zu dem unfreien Ministerium in Wien, eine provisorische Regierung ein und ließen durch Rieger eine tschechische Verfassung ausarbeiten. Auch hier trieben die Studenten hohe Politik. Es fehlte nicht an Konflikten mit den von den Tschechen bedrohten Deutschen und dem Militär, das an dem Fürsten Alfred Windischgrätz einen entschlossenen, aber sehr aristokratischen Kommandanten hatte. Man legte ihm die kultur-

historische Naivetät in den Mund: „Der Mensch fängt erst bei dem Baron an.“ Dieser schlug das Begehren der tschechischen Studenten, ihnen eine Batterie und 60 000 Patronen zu überlassen, ab. Denn es war leicht zu merken, daß diese Patronen niemand anders als dem Fürsten und seinen Soldaten gelten sollten, und daß wie in Wien so auch hier eine Volksregierung und zwar eine tschechische gebildet werden sollte. Am 12. Juni kam es vor dem Palast des Fürsten zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Tschechen und dem Militär, wobei die am Fenster lauschende Gemahlin des Fürsten von einer Kugel tödlich getroffen wurde. Mit einigen Kanonenschüssen wurde an diesem und dem folgenden Tage der Aufstand bezwungen, den sich aufblähenden Tschechen „der Standpunkt klar gemacht“, der Slawenkongreß gesprengt und nach langer Pause wieder einmal die Thatsache bestätigt, daß Osterreichs Militärmacht noch keine Lust habe zur Abdankung.

Bald darauf trat der konstituierende Reichstag in Wien zusammen und wurde am 22. Juli von Erzherzog Johann, dem Reichsverweser, eröffnet. Es war ein babylonisches Sprachgewirr, wobei wenig Konstitutionelles herauskommen konnte, zumal da die äußeren Verhältnisse fortwährend Stoff zu den lebhaftesten Verhandlungen gaben. Die Rückkehr des Kaisers, welche auf das besondere Verlangen des Reichstags am 12. August erfolgte, trug zur Beruhigung der Gemüter nichts bei. Ein Antrag auf Aufhebung aller Robot- und Unterthänigkeitsverhältnisse, das heißt, auf Abschüttelung aller Feudallasten, wie sie in der französischen Revolution von 1789 in der berühmten Nacht vom 4. August beschlossen worden war, ging mit der Bestimmung durch, daß den Berechtigten eine billige Entschädigung vom Staate geleistet werden sollte. Der Reichstag kam bald in eine unhaltbare Stellung zwischen dem Ministerium und den Arbeitervereinen. Ein offener Kampf konnte nicht ausbleiben. Die Lage gestaltete sich immer mehr zu einer Nachbildung der Pariser Arbeiterverhältnisse. Handel und Wandel stockten. Die reichen Familien suchten idyllischere Wohnsitze. Das Proletariat wurde täglich zahlreicher und steigerte seine Ansprüche. Öffentliche Arbeiten, Pariser Nationalwerkstätten, mußten von der Regierung angewiesen werden, und die ohnedies schon schwindsüchtige Staatskasse sollte der Gesellschaft der Müßiggänger noch einen hübschen Taglohn bezahlen. Das Ministerium



Wessenberg, das auf das Kabinett Pillersdorf gefolgt war, ermannte sich endlich, setzte vorerst den Arbeitslohn um 5 Kreuzer herab und unterdrückte den Aufstand der widerspenstigen Arbeiter durch die Hilfe der Nationalgarde (23. August). Da kam eine neue Verwicklung. Der Bruch mit Ungarn war entschieden. Ein Teil der Wiener Besatzung sollte am 6. Oktober gegen Ungarn abmarschieren. Ein Grenadierbataillon verweigerte den Gehorsam, und als es durch Reiterei zum Abmarsch gezwungen werden sollte, kam es zum Kampf, in welchem die Grenadiere von den Studenten, der Nationalgarde und den Arbeitern unterstützt wurden. General Bredy wurde erschossen, mehrere Kanonen vom Volk erbeutet. Überall wurden Barrikaden errichtet, auf dem Stephanssturm heulte die Sturmglocke, ein wütender Pöbelhaufe eilte nach dem Kriegsministerium, um den Minister Latour aufzusuchen, dessen Maßregeln gegen die Ungarn nicht im Sinne der Wiener Demokratie waren. Aus seinem Versteck hervorgeholt, wurde er in den Hof geschleppt, mit Hammerschlägen und Säbelhieben aufs grausamste gemordet und, aus 43 Wunden blutend, an einem Gasfandelaber aufgenüpfelt. Darauf wurde das Zeughaus erstürmt und die reichen Vorräte zum Teil seltener und kostbarer Waffen unter die Menge verteilt. Der Reichstag erklärte sich für permanent und verlangte in einer Adresse an den Kaiser die Bildung eines neuen Ministeriums und die Absetzung des Generals Jellachich, Banus von Kroatien, welcher mit einem kroatischen Heere die Ungarn bekämpfte. Die Wiener Demokratie hatte an diesem Tage gesiegt, aber sie war verloren.

Unter solchen Umständen konnte der Kaiser nicht mehr länger in Schönbrunn verweilen. Er flüchtete am 7. Oktober unter starker Bedeckung nach Olmütz in Mähren und gab dem Fürsten Windischgrätz den Befehl, Wien zu unterwerfen. Dieser, welcher zum Oberbefehlshaber aller kaiserlichen Truppen, mit Ausnahme der italienischen, ernannt war, marschierte mit seinem Heere von Prag ab, kam am 20. Oktober vor Wien an, vereinigte sich mit den Truppen des Banus Jellachich von Kroatien und der Wiener Besatzung, welche der Kommandant Graf Auersperg aus der Stadt geführt hatte, und forderte am 23. unbedingte Unterwerfung. Von einer solchen versprachen sich die Revolutionsmänner, welche eine Schreckensherrschaft in Wien ausübten, wenig Gutes für ihre Per-

sonen und wollten es lieber auf einen Kampf ankommen lassen, wobei sie sich auf die Hilfe der Ungarn verließen. An der Spitze der Nationalgarde stand der ehemalige Leutnant Messenhauser; die akademische Legion und die aus bezahlten Proletariern bestehende Mobilgarde wurde von dem polnischen General Bem befehligt, die zwei Reichstagsabgeordneten von Frankfurt, Julius Fröbel und Robert Blum, traten unter die Freischaren ein. Tag und Nacht wurde auf beiden Seiten eine Woche lang mit der größten Erbitterung gekämpft. Endlich waren die Vorstädte erobert, und Messenhauser selbst riet zur Übergabe, weil es ihm an tüchtiger Mannschaft und an Munition fehlte. Am 30. Oktober unterhandelte eine Deputation des Gemeinderats in dem Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz über die Unterwerfung, als nachmittags vom Stephansturm aus die Annäherung der ungarischen Hilfsmiliz bemerkt wurde. Nun drangen die Freischaren und das Proletariat auf Erneuerung des Kampfes, Messenhauser wurde gezwungen, das Kommando zu behalten und es mit Jenner von Jenneberg zu teilen. Aber die Ungarn wurden durch eine Truppenabteilung, welche Windischgrätz gegen sie schickte, zurückgetrieben, und Wien am 31. Oktober 1848 im Sturm genommen. Die kaiserlichen Truppen besetzten am Abend alle Plätze. Der Randalaber, an welchem Latour aufgehängt worden war, wurde von ihnen zertrümmert. Mord, Plünderung, Feuersbrünste wütheten da und dort; wer fliehen konnte, floh. Über die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt, ein schrankenloser Militärdespotismus begann, die standrechtlichen Hinrichtungen mit Pulver und Blei wollten kein Ende nehmen. Bem und Jenneberg waren entflohen, Fröbel wurde aus dem Gefängnis entlassen, aber Robert Blum, welcher sich zu sehr auf seine Eigenschaft als Mitglied der Reichsversammlung verlassen hatte, am 9. November in der Brigittenau erschossen. Auch Messenhauser, obgleich vom Reichstag und Ministerium als Kommandant anerkannt, erlitt den Tod. Man wollte den Revolutionäern von Pest und von Frankfurt zeigen, daß die Armee, in deren Lager jetzt Oestreich sei, nicht länger mit sich spassen lasse.

Schon vor dieser Katastrophe, am 22. Oktober, war der Reichstag von Wien nach dem mährischen Städtchen Kremsier berufen, wo er fern von demokratischen Einflüssen ungestört der Beratung einer Verfassung obliegen konnte. Am 22. November wurde er

dort eröffnet, nachdem am Tage vorher Fürst Felix Schwarzenberg ein neues Ministerium gebildet hatte, in welchem Graf Franz Stadion das Innere, der ehemalige Bonner Buchhändler und Gründer des Triester Lloyd, Baron Bruck, das Handelsministerium übernahm. Diesem Wechsel, welcher auf ein strafferes Regiment hindeutete, folgte rasch noch ein anderer. Am 2. Dezember legte Kaiser Ferdinand die Krone nieder, sein Bruder Erzherzog Franz Karl, dessen Gemahlin Sophie sehr unbeliebt war, verzichtete auf die Thronfolge, und der Sohn des letzteren, Franz Joseph, welcher am 18. August 1830 geboren war, bestieg den habsburgischen Thron. Für die neuen Verhältnisse sollte eine neue, junge Kraft gewonnen werden und zugleich eine solche, welche nach keiner Seite hin durch irgend welche Zusagen an die Revolution, besonders in Ungarn, gebunden war. Eben dies fürchtete die liberale Partei und glaubte deshalb, die Reaktion bereits in vollem Anmarsch zu sehen. Der Reichstag in Kremsier, welcher, in die Fußstapfen des Frankfurter tretend, in lange Debatten über die Grundrechte sich verirrte, stand bald dem Ministerium schroff gegenüber. Dem Gottesgnadentum, welches von diesem wieder betont wurde, stellte jener die Volkssouveränität gegenüber. Um rasch zu Ende zu kommen und den in den Straßen Wiens besiegten Revolutionsgeist nicht wieder emporkommen zu lassen, lösten die Minister am 7. März 1849 den konstituierenden Reichstag auf und verkündigten eine Verfassung für Gesamt-Ostreich, welche nie ins Leben trat und nach der Unterwerfung Ungarns 1851 auch formell zurückgenommen wurde.

Einen ähnlichen Gang wie in Wien nahm die Revolution in Berlin. Hier hielt der König immer noch an seinem „vereinigten Landtag“ fest und glaubte mit dieser ohnmächtigen Schöpfung das Äußerste gethan zu haben. Anderer Ansicht war das Volk, welches, obgleich nicht blind für manches Ausgezeichnete in der Zivil- und Militärverwaltung, es doch für beschämend hielt, daß ein Staat, welcher auf solcher Höhe von Intelligenz stehen wollte, hinsichtlich des politischen Lebens zu den hintersten Gruppen gehören sollte. Die Februarrevolution mußte sich auch hier als zündender Blitz erproben. Vom 6. März 1848 an wurden Versammlungen vor den Zelten gehalten, beim Nachhausegehen gab es Konflikte mit dem Militär, das am 15. und 16. von der Schußwaffe Gebrauch machte, und Abordnungen des Magistrats wurden

an den König geschickt. Die Nachricht von der Wiener Revolution vom 13. März ließ die Berliner nicht mehr schlafen. Am 17. kam eine Abordnung aus Köln, welche von der drohenden Stimmung der Rheinprovinz sprach und sogar eine Losreißung von der preussischen Monarchie durchblicken ließ, falls nicht im Geiste der Freiheit reformirt würde. Eine neue Abordnung aus Berlin am 18. März verlangte vom König Entlassung des Ministeriums, Einführung einer freisinnigen Verfassung und Bürgerbewaffnung. Sie wurde wohlwollend empfangen, und schon nachmittags zwei Uhr hieß es, daß zwei königliche Patente gedruckt seien, worin der Vereinigte Landtag auf den 2. April einberufen und die vollständige Erfüllung der Verfassungswünsche Preußens und Deutschlands zugesichert seien. Das Volk zog freudig gestimmt in Masse vor das Schloß, um dem König für die Gewährung seiner Bitten zu danken. Daß alle Eingänge des Schlosses mit Militär besetzt waren, erzeugte, in der Erinnerung an die Toten und Verwundeten der letzten Tage, Erbitterung. Der Ruf: „Militär fort!“ wurde immer heftiger und gebieterischer. Infanterie rückte mit gezogener Waffe vorwärts, um das Volk zu zerstreuen. Zwei Schüsse fielen, wie das Volk glaubte, aus den Reihen der Soldaten, wie andere behaupten, aus der Reihe der Umsturzpartei, um einen ähnlichen Erfolg wie am 23. Februar vor dem Guizotschen Ministergebäude zu erzielen. Das Volk glaubte zunächst an einen grausamen Betrug, als ob man all das Schöne nur versprochen habe, um das Volk hier in Masse niedermeßeln zu lassen. „Wir sind verraten! Man mordet uns! Zu den Waffen!“ war das allgemeine Geschrei. Alles floh mit wütendem Grimm auseinander, und in ein paar Stunden waren viele Barrikaden errichtet, auf welchen die schwarz-rotgoldene Fahne wehte. Um 3 Uhr griffen die Truppen an und räumten durch Kartätschenschüsse bis gegen sieben Uhr den größten Teil der Königsstraße. Der Kampf dauerte die ganze Nacht unter Sturmcläuten fort, und am Morgen des 19. fühlten sich die Truppen nach dem strengen Dienst der letzten Woche und den Anstrengungen des verfloßenen Tages zu sehr erschöpft, als daß auf einen Sieg über das erbitterte Volk mit Sicherheit zu rechnen gewesen wäre. Gegen den Rat seines Bruders, des Prinzen Wilhelm von Preußen (des späteren Kaisers), welcher verlangte, daß die vor den Barrikaden stehenden Truppen nicht eher zurückgezogen werden sollten,

bis die Auführrer die Barrikaden geräumt hätten, gab der König dem Andrängen der Bürgerschaft nach und erteilte, die Barrikadenräumung nicht abwartend, dem Militär den Befehl zum Rückzug in die Kasernen und zum Abmarsch aus der Stadt. Er willigte in eine Bürgerwehr zum Schutze der Stadt und des Schlosses und berief ein neues Ministerium, an dessen Spitze Graf Arnim-Bonshenburg stand. Darauf wurden die 216 Leichen der Barrikadenkämpfer auf Bahren oder offenen Wagen, die Häupter mit Blumen und grünen Zweigen geschmückt, in den Schloßhof gebracht und der König gezwungen, in Begleitung der Königin ihnen mit entblößtem Haupte seine Achtung zu bezeigen. Infolge der Amnestie, welche für alle politischen Vergehen erlassen wurde, öffneten sich die Kerker der wegen des Aufstands von 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen, und Mieroslawski zog am 20. mit seinen Leidensgefährten wie im Triumph durch die Stadt, von der Verbrüderung Deutschlands und Polens, von der Herstellung eines freien großen Polens, als einer Vormauer gegen Rußland, sprechend.

Friedrich Wilhelm IV. erließ am 21. März eine Proklamation „An die deutsche Nation“, worin er erklärte, daß er sich „zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlands“ stelle, und nachmittags hielt er, von den Prinzen, mehreren Ministern und Generalen umgeben, einen Umritt durch die Stadt, wobei er und sein Gefolge schwarzrotgoldene Schleifen trugen und eine deutsche Fahne vorausgetragen wurde. Vor dem Universitätsgebäude hielt er still und sprach in begeisterten Worten von Deutschlands Freiheit und Einheit. Eine Proklamation vom nämlichen Tage, welche „An mein Volk und an die deutsche Nation“ gerichtet war, verkündigte den Satz: „Preußen geht fortan in Deutschland auf“. Die Beerdigung der Barrikadenleichen in dem Riesengrab des Friedrichshains am 22. März, wobei der König auf dem Balkon des Schlosses mit entblößtem Haupte den 20 000 Mann starken Zug an sich vorbeigehen ließ, bildete den Schluß der Berliner Revolutionstage. Der Bruder des Königs, der Prinz von Preußen, welchen man fälschlich beschuldigte, das Widerstreben des Hofes veranlaßt und den Befehl zum Einschreiten des Militärs gegeben zu haben, reiste, jedoch erst auf ausdrücklichen Befehl des Königs, am 22. März nach England ab, um nicht durch seine Anwesenheit eine Versöhnung zu verhindern, und kehrte erst am 7. Juni

nach Potsdam zurück. Der Vereinigte Landtag trat am 2. April noch einmal auf acht Tage zusammen, um das von dem Ministerium Camphausen, welches bereits am 29. März an die Stelle des Arnimschen getreten war, vorgelegte Wahlgesetz für eine konstituierende Versammlung zu prüfen und zu genehmigen.

Im Großherzogtum Posen, wo die Polen mit der ihnen angebotenen Trennung und besonderen Verwaltung des östlichen Theiles nicht zufrieden waren, sondern die gänzliche Losreißung des Großherzogtums vom Königreich Preußen verlangten, hatte sich unter Mieroslawski ein Aufstand erhoben. Derselbe wurde durch die preussischen Truppen in mehreren Gefechten in den Monaten April und Mai unterdrückt, sowie auch der polnische Aufstand in Krakau durch das österreichische Militär. Die konstituierende Versammlung wurde in Berlin am 22. Mai eröffnet. Sie stand ganz unter dem Einfluß und dem Druck des Berliner Demagogentums, das nach dem Abzug des Militärs sich als Herrn der Stadt und des Landes fühlte und zur Abwechslung auch einmal selbst Souverän spielen wollte. Der vom Ministerium vorgelegte Verfassungsentwurf wurde von der Versammlung beiseite gelegt und die Beratung eines neuen begonnen. Aber bei den vielen Interpellationen an die Minister und bei der Erledigung der brennenden Tagesfragen ging es auch hier, wie in Wien und in Frankfurt, nicht vorwärts. Bei jeder wichtigen Debatte war das Sitzungsgebäude, das Schauspielhaus, von der Menge dicht umstellt, welche jeden, der nicht in ihrem Sinne gesprochen oder abgestimmt hatte, mit Thätlichkeiten bedrohte. Das Zeughaus wurde am 15. Juni von dem Pöbel gestürmt und geplündert. Der üble Wille und die Ohnmacht der Behörden und der Bürgerwehr lag klar am Tag. Als aber die Versammlung den Beschluß faßte, daß der Kriegsminister die Offiziere vor reaktionären Tendenzen warnen und es ihnen zur Ehrenpflicht machen sollte, aus dem Dienst zu treten, falls sie mit den neuen politischen Prinzipien nicht übereinstimmten, bei welcher Gelegenheit die Minister ihre Entlassung nahmen und das Ministerium Pful gebildet wurde (7. September); als die Abschaffung des Adels, die Aufhebung der Orden und adeligen Titel beschlossen wurde; als am 31. Oktober, nach dem Einlaufen der Wiener Neuigkeiten, Waldeck, das Haupt der linken Partei, den Antrag stellte, das Reichsministerium aufzufor-

bern, „zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle Mittel und Kräfte aufzubieten“, und als die zahlreichen Volkshäuser gegen die gemäßigten Abgeordneten die Messer zückten und Striche emporhielten, da sah jedermann, daß man von den Wiener Oktoberzuständen nicht mehr ferne sei. Die Überwältigung derselben durch den Fürsten Windischgrätz ermutigte auch in Berlin zu rettenden Thaten. Pfuel reichte seine Entlassung ein, und Graf Brandenburg, ein natürlicher Sohn des Königs Friedrich Wilhelm II., kündigte am 2. November der konstituierenden Versammlung an, daß er mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt sei. Jene sandte eine Abordnung an den König nach Potsdam, um gegen die Erwählung einer so aristokratischen Persönlichkeit zu protestieren und ein volkstümliches Ministerium zu verlangen. Der König war nicht umzustimmen, und Jakob, der Abgeordnete von Königsberg, rief ihm im Weggehen nach: „Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nie hören wollen“, ein Wort, das, an dieser Stelle gesprochen, eine Beleidigung war und mehr Schaden als Nutzen stiftete. Das Kabinet, welches thatsächlich unter der Leitung des Ministers des Innern, von Manteuffel, stand, war am 9. November gebildet und schickte der Versammlung als ersten Gruß eine königliche Botschaft zu, mit der Mitteilung, daß sie, „um ihre Beratungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren“, von Berlin nach Brandenburg verlegt und vom 9. bis zum 27. November vertagt würde. Zugleich erhielt General Wrangel den Befehl, mit bedeutender Truppenmacht in Berlin einzurücken. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst, eine allgemeine Entwaffnung angeordnet und die politischen Vereine geschlossen. Die Versuche der radikalen Mehrheit der Versammlung, nach Schließung des Schauspielhauses ihre Sitzungen unter ihrem Präsidenten von Unruh in anderen Lokalen fortzusetzen, scheiterten an den militärischen Maßregeln, und kaum gelang es ihr noch, zu beschließen, daß dem Ministerium Brandenburg die Steuern zu verweigern seien. Woher wollte sie aber die Mittel nehmen, um einem solchen Beschlusse, welcher die Brandfackel der Revolution durch alle Gauen des Reiches schleudern sollte, Geltung zu verschaffen? Die Mitglieder der Rechten fanden sich am 27. November in Brandenburg ein; am 1. Dezember erschienen auch gegen 100 Abgeordnete

von der Opposition, aber nur, um ihren Protest gegen die Verlegung zu wiederholen. Mit ihrem Ausscheiden war die beschlußfähige Zahl nicht mehr vorhanden. So geschah, was einige Monate nachher auch in Kremfier erfolgte: die Versammlung wurde am 5. Dezember 1848 aufgelöst und eine Verfassung oktroyiert, welche, mit dem altpreussischen Ständewesen vollständig brechend, auf demokratischer Grundlage ruhte und den beiden neu zu wählenden Kammern, deren Eröffnung in Berlin auf den 26. Februar 1849 festgesetzt wurde, zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden sollte. Da diese über den Entwurf sich nicht mit dem Ministerium einigen konnten, so erließ der König am 20. Mai ein neues Wahlgesetz, das Dreiklassenwahlgesetz, für die Zweite Kammer. Die nach diesem Gesetz gewählte Kammer beriet, am 7. August 1849 eröffnet, eine Revision der oktroyierten Verfassung und erzielte eine Einigung mit der Regierung, worauf die neue Verfassung am 31. Januar 1850 verkündigt wurde. Damit war Preußen in die Reihe der modern-konstitutionellen Staaten eingetreten.

Je rascher die beiden großen Militärstaaten Deutschlands aus den Trümmern der Revolution sich wieder emporarbeiteten und auf der Grundlage des Belagerungszustandes in ihren Hauptstädten wieder festen Fuß faßten, desto mehr schienen die Märzministerien der übrigen Staaten in der Luft zu schweben, desto schneller neigten sich die Tage von Frankfurt ihrem Ende zu. Der Freischarenzug des revolutionslustigen Struve, welcher am 21. September 1848 von Basel aus in Baden einfiel und die deutsche Republik ausrief, wurde am 24. September in dem Gefecht bei Stauffen durch den badischen General Hoffmann zersprengt, Struve gefangen und nach Bruchsal ins Gefängnis geführt. Sein Kampfgenosse Hecker hatte kurz vorher, aus Verzweiflung an dem Gelingen seiner Pläne, dem Vaterlande den Rücken gekehrt und nach Nordamerika sich eingeschifft. Auch in Frankfurt klärte sich allmählich die Lage. Mit dem Ende des Jahres 1848 waren endlich die Grundrechte des deutschen Volkes durchberaten. Die vielen Freiheiten, welche der deutsche Bürger genießen sollte, nahmen sich alle sehr schön aus; aber wer garantierte dafür, daß sie benützt werden durften? Osterreich, Preußen, Bayern, Hannover und Sachsen lehnten vorläufig ihre Annahme ab. Wenn die mächtigsten Staaten sich schon bei den Grundrechten widerspenstig zeigten, wie mochte es erst bei



der Reichsverfassung sein! Denn hier mußten ganz andere, in die Souveränität der einzelnen Fürsten weit einschneidendere Fragen vorkommen. Handelte es sich ja hier nicht bloß um die Gründung eines Staatenhauses und Volkshauses und um deren spezielle Befugnisse, sondern um die notwendige Beschränkung der Selbständigkeit der Souveräne und Staaten, um das Verhältnis der beiden Großmächte teils zu einander, teils zu den übrigen Bundesstaaten und um die Lösung der Oberhauptfrage. Gerade hierin zeigte es sich, wie übel man daran gethan hatte, während der Revolutionsstürme mit den Grundrechten anzufangen und während der Erstarkung der Reaktion an die Beratung der Reichsverfassung zu gehen. Nur in der Leidenschaft der ersten drei Monate, wo die Volkskraft unwiderstehlich, die Macht der Dynastien gebrochen war, ließ sich ein neues Deutschland, mit oder ohne Osterreich, konstituieren, und selbst König Friedrich Wilhelm IV. hätte wohl damals die Kaiserkrone aus den Händen des Volkes genommen. Wie anders aber stellte sich die Frage im Jahr 1849, als nicht die Ohnmacht der Dynastien, sondern die der Revolution hervortrat, als Osterreich in Italien, in Prag und in Wien seine Siegestrophäen errichtete und eben daran war, auch die Magyaren, wenn auch mit fremder Hilfe, zu händigen!

Nachdem Fürst Schwarzenberg die ungetrennte Einheit sämtlicher österreichischen Länder in seinem Programm verkündigt hatte, mußte die Frankfurter Reichsversammlung entweder, um die deutschen Provinzen Osterreichs im Bund zu behalten, auf die angestrebte Einheit Deutschlands verzichten, oder, um letztere zu erreichen, jene sich selbst überlassen. Die Frage, ob Osterreich in den neuen Bundesstaat eintreten oder ausgeschlossen werden sollte, verursachte einen tiefen Riß in die bisherige Mehrheit. Die Großdeutschen wollten das erste, die Kleindeutschen das zweite. Jene hielten eine Verkleinerung Deutschlands für eine Schmach und für ein Unglück; diese sagten, ein kompaktes Kleindeutschland sei mächtiger als ein lose verbundenes Großdeutschland. Heinrich von Gagern, welcher am 16. Dezember 1848 an die Spitze des Reichsministeriums getreten war, stellte den Antrag auf Errichtung eines engeren Bundesstaates, auf den Nichteintritt Osterreichs in denselben, auf ein bloßes Unionsverhältnis zwischen beiden, und dieser Antrag wurde zum großen Verdruß des Reichsverwesers und der österreichischen Abge-

ordneten zum Beschluß erhoben. Darauf säumte Schwarzenberg nicht, zu erklären, daß Osterreich weder sich aus dem deutschen Bunde hinausstoßen, noch seine deutschen Provinzen von der ungetheilten Monarchie losstrennen lasse. Und als die Oberhauptsfrage dahin entschieden wurde, daß ein regierender Fürst an die Spitze von Deutschland zu stellen sei, und am 28. März 1849 mit 290 gegen 248 Stimmen die erbliche Würde eines „Kaisers der Deutschen“ dem König von Preußen übertragen wurde, sprach sich nicht nur der Kaiser von Osterreich, sondern auch andere Fürsten dahin aus, daß sie sich dem neuen Kaiser nicht unterordnen würden, der König von Württemberg mit dem speziellen Beisatz: „Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht; dem Kaiser von Osterreich, wenn er gewählt worden wäre, würde ich mich unterworfen haben.“

Eine Abordnung von 34 Mitgliedern brachte die wichtige Botschaft nach Berlin. Der König empfing sie am 3. April im Ritteraal seines Schlosses. Auf die Rede des Präsidenten Simson gab er zuerst eine unbestimmte, dann eine entschieden ablehnende Antwort. Eine Krone, welche nur ein aufschiebendes Veto zugestand, hatte an sich schon wenig Reiz für ihn. Ihr Wert sank aber noch mehr, da er sie bloß durch einen Krieg mit Osterreich, mit den vier Königreichen, vielleicht auch mit einem auswärtigen Staate hätte behaupten können, wobei er um der neuen Krone willen seine preußische auß Spiel gesetzt hätte. Ein Friedrich der Große hätte sie wohl trotz all dieser Hindernisse angenommen und dadurch Preußen in Deutschland aufgehen lassen; Friedrich Wilhelm IV. konnte sie bloß annehmen, wenn die deutschen Fürsten damit einverstanden waren, oder vielmehr, wenn nicht die Nationalversammlung, welche er als revolutionär haßte, sondern die deutschen Fürsten freiwillig sie ihm antrugen; wenn die Kaiserkrone eine Krone von Gottes Gnaden war, und nicht, wie er an Bunsen schrieb, „mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848 den Träger überschwenglich vermehrte.“ Auch die preußische Kammer, welche am 26. Februar zusammengetreten war, wollte einen Druck auf den König ausüben und beschloß, nachdem bereits 28 Regierungen ihre Zustimmung zu der Reichsverfassung und zum Erbkaisertum Friedrich Wilhelms ausgesprochen hatten, die Annahme der Kaiserwürde und der Reichsverfassung ihrer Regierung zu empfehlen. Allein das Ministerium Brandenburg löste die Kammern

am 27. April wieder auf und suchte durch besondere Verhandlungen die deutschen Regierungen zur Uebertragung der provisorischen Zentralgewalt an Preußen zu bewegen.

Das Frankfurter Parlament war durch die abschlägige Antwort des Königs von Preußen und durch die schroffe Haltung seiner Regierung an seinem Lebensnerv getroffen. Sein weiteres Leben war nur noch eine Scheineexistenz. Die Verlegenheiten mehrten sich mit jedem Tage. Hatte man auch den König von Württemberg durch einen Adressensturm zur Annahme der Reichsverfassung gedrängt, so war doch von Oestreich nichts als Feindseligkeit zu erwarten, und nach dem Beispiele Preußens lösten Hannover und Sachsen ihre Kammer, welche auf Annahme drangen, auf, und Bayern berief sie nicht ein. Die Reichsversammlung antwortete darauf mit dem Beschlusse vom 4. Mai, worin die deutschen Regierungen, die Ständekammern, die Gemeinden, kurz das ganze deutsche Volk aufgefordert wurde, daß, „wenn Preußen auf diesem Reichstage nicht vertreten sein sollte, der Regent desjenigen Staates, welcher unter den im Reichstag vertretenen Staaten die größte Seelenzahl habe, unter dem Titel eines Reichsstatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes eintreten sollte“. Mit diesem Beschluß war Preußen der Fehdehandschuh hingeworfen und die Bevölkerung derjenigen Staaten, in welchen die Reichsverfassung nicht anerkannt wurde, zum Aufstand gereizt. Die Folgen sollten sich bald zeigen.

In ganz Deutschland war eine große Aufregung sichtbar, als immer klarer an den Tag trat, daß die Errungenschaften der Märzrevolutionen und die Hoffnung auf eine endliche glückliche Gestaltung des Vaterlandes durch den Widerstand einiger Regierungen vernichtet werden sollten. Die demokratische Partei raffte sich noch einmal zu verzweifelungsvollen Schritten auf. Auch in Preußen kam es zu aufständischen Bewegungen (im Mai 1849) in den Städten Crefeld, Elberfeld, Düsseldorf, Iserlohn und anderen. Doch war die preussische Regierung stark genug, nicht nur im eigenen Lande jede Bewegung niederzuschlagen, sondern auch anderen Fürsten mit ihren Bajonetten auszuweichen. In Dresden sollte der König, welcher die Annahme der Reichsverfassung beharrlich verweigerte, durch Waffengewalt dazu gezwungen werden. Freischaren und Bürgerwehr griffen am 3. Mai das Militär an, der König floh in der Nacht mit seiner

Familie und den Ministern auf die Festung Königstein und bat den König von Preußen um Hilfe. Eine provisorische Regierung unter Tschirner, Heubner und Todt wurde in Dresden gebildet, der russische Flüchtling Wakunin leitete die Verteidigungsanstalten, vom Lande her trafen Zugüge ein; aber auch die preussischen Truppen kamen und eroberten nach den hartnäckigen Kämpfen vom 6. bis 9. Mai die Hauptstadt. Einige der Führer entkamen in die Pfalz und nach Baden; Heubner und Wakunin wurden gefangen; Belagerungszustand, Kriegsgerichte und Ausnahme Gesetze traten an die Stelle der bisherigen Freiheit, das Gefängnis von Waldheim war viele Jahre lang mit den Maigefangenen bevölkert.

Zu gleicher Zeit brach in der Pfalz ein Aufstand aus. Hier lebt ein lebhafter, für politische Eindrücke sehr empfänglicher Volksstamm, dem die verfassungsfeindliche Haltung der bayrischen Regierung, mit der er ohnedies nicht sehr sympathisierte, ein Gegenstand des Hasses wurde. Auf einer großen Volksversammlung vom 1. Mai 1849 wurde die Lostrennung von Bayern und die Errichtung einer provisorischen Regierung beschlossen und eine Volkswehr errichtet, wozu aus aller Herren Ländern Freiwillige, aus den Festungen Landau und Germersheim viele Deserteure herbeiströmten. An die Spitze derselben wurde zuerst Jenner von Fenneberg, ein ehemaliger österreichischer Offizier, der sich an der Oktoberrevolution in Wien beteiligt hatte, dann der frühere Weinreisende Blenker gestellt. Von der Pfalz verpflanzte sich der Aufstand nach Baden, obgleich die dortige Regierung die Reichsverfassung angenommen hatte. Aber das Land war durch Hecker, Struve und solche Leute viel zu sehr unterwühlt, als daß es durch eine geregelte Freiheit sich befriedigt gefunden hätte. Eine „gemütliche Anarchie“ kam vielen als das Ideal ihrer politischen Wünsche vor. Zudem war die Disziplin der badischen Truppen vollständig gelockert und offen wurde ausgesprochen, daß man bei einer Revolution nicht mehr auf die „Brüder“; sondern auf die Offiziere schießen werde. Die Besatzung von Rastatt empörte sich am 11. Mai. Der Kriegsminister Hoffmann, welcher mit treuen Truppen von Karlsruhe herbeieilte, entkam mit Mühe mit der Mehrzahl der Offiziere den Mißhandlungen der betrunkenen und tobenden Soldaten; Bürgerwehr und Militär fraternisierten. Ähnliche Vorgänge fanden in Lörrach, Freiburg und Bruchsal statt, wo Struve aus dem Gefängnisse befreit wurde. Nun verlangte

die Volksversammlung von Offenburg am 18. Mai die Auflösung der Kammern, Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung, Entlassung des Ministeriums Belf und eine allgemeine Amnestie. Raum konnte der Advokat Brentano, welcher an der Spitze der zahlreichen Volksvereine stand, die Ausrufung der Republik verhindern. Doch waren die übrigen Beschlüsse extrem genug. Die Revolution wurde für permanent erklärt, ein „Landesausschuß“ eingesetzt und ein „Landespensionsfonds für arbeitsunfähig gewordene Bürger“ in Aussicht gestellt.

Am Abend des nämlichen Tages entstand in Karlsruhe eine Militärmeuterei. Zwei Kompanien kamen in betrunkenem Zustande von Bruchsal zurück, zerstörten das Innere einer Kaserne und die Wohnung eines unbeliebten Oberst, töteten den Rittmeister Laroche, welcher ihrem Treiben entgegentrat, nebst einem Unteroffizier und einem Gemeinen und stürmten gegen das Zeughaus, das von der Bürgerwehr tapfer verteidigt wurde. In der Nacht entfloh der Großherzog Leopold mit seiner Familie unter dem Geleite von Dragonern und Artilleristen nach Germersheim, dann nach dem elsässischen Städtchen Lauterburg. Von da begab er sich nach Frankfurt, und da die Zentralgewalt ihn nicht gehörig mit Truppen unterstützen konnte, wandte er sich an die preussische Regierung. Unter der Bedingung, daß er dem „Dreikönigsbunde“ beitrug und ein preussisch-gefinntes Ministerium annahm, erhielt er die Hilstruppen, welche in der Nähe von Kreuznach bereit standen und sogleich Befehl zum Vorrücken erhielten. Nach des Großherzogs Abreise zog am Abend des 14. Mai Brentano mit dem Landesausschuß in Karlsruhe ein und stellte sich an die Spitze der Regierung. Die Kammern wurden aufgelöst und eine konstituierende Versammlung auf den 10. Juni einberufen. Wie in den Kriegen der ersten französischen Revolution, wurde ein allgemeines Aufgebot der wehrfähigen Jugend von 18—30 Jahren erlassen, die Zeughäuser geöffnet, Kriegs- und Zivilkommissäre angestellt und der Mangel an großen Ideen und an Nationalgefühl durch den unmäßigen Genuß geistiger Getränke zu ersetzen gesucht. Aus allen Gegenden Deutschlands, aus Frankreich, Ungarn, Polen kamen Abenteurer, die Revolution von ganz Europa hatte in Baden ihren Sammelpfad. Mit der Pfalz wurde ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, das badische Militär unter den Befehl des früheren

Leutnants Sigel, später unter den des Polen Mieroslawski gestellt, welcher in den letzten Monaten in Posen und Sizilien einen unglücklichen Oberbefehl geführt hatte. Die Pfälzer beriefen den ehemaligen polnischen General Sznande, der in Polen geboren war, aber von deutschen Eltern, welche Schneider hießen, abstammte. Es kam nun darauf an, ob man den Brand auch in die Nachbarländer, zunächst nach Hessen-Darmstadt und Württemberg tragen konnte. Gelang dies nicht, so wurde diese neue Revolution durch das preussische Hilfsheer niedergeworfen. Im Darmstädtischen empörte die Ermordung des Kreisrats Prinz, welcher die Volksversammlung in Oberlaudenbach am 24. Mai zum friedlichen Auseinandergehen hatte bewegen wollen, die Soldaten so sehr, daß sie keine Lust bezigten, mit den Badenern gemeinschaftliche Sache zu machen, vielmehr dieselben am 30. Mai bei Heppenheim bis nach Heidelberg zurückschlugen. Anders stand die Sache in Württemberg, wo zu der politischen Aufregung und zu der Unzuverlässigkeit der Truppen noch ein weiteres, unerwartetes Element hinzukam.

Die Reichsversammlung in Frankfurt war inzwischen mit raschen Schritten ihrer Auflösung entgegengegangen. Ihre Machtlosigkeit nach Außen hatte sich neuerdings auch darin gezeigt, daß sie es geschehen lassen mußte, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder von ihren Regierungen abberufen wurde. Auf den Beschluß über die Kaiserwahl und die Verbindlichkeit der Reichsverfassung antwortete die österreichische Regierung mit einer Abberufung aller ihrer Landesangehörigen. Das nämliche that die preussische Regierung, als die Reichsversammlung am 10. Mai die preussische Intervention in Dresden für einen schweren Reichsfriedensbruch erklärte. Auch mit dem Reichsverweser gab es Verwicklungen. Dieser wurde seines undankbaren Amtes müde und zog sich nach und nach auf seinen partikularistischen Standpunkt zurück. Mit gänzlicher Aufgebung der Ideen von 1848 ernannte er das Ministerium Grävell, Fochmus, Detmold, welche Wahl für eine „Beleidigung der Nationalrepräsentation“ angesehen wurde. An seiner Stelle sollte ein Reichsstatthalter gewählt werden, welcher mit einem neuwählenden Parlament der Verfassung gemäß regieren sollte. Den Regierungen wurde das Recht bestritten, den vom Volke gewählten Abgeordneten ihr Mandat zu entziehen. Aber selbst wenn diese Rechtsanschauungen richtig waren, fragte es sich doch, ob

denn auf die realen Verhältnisse gar keine Rücksicht genommen werden sollte. Der abstrakte Rechtsboden und die Gefühlspolitik mochten ihren Verteidigern einen Glorienschein geben; aber der Nutzen, den das Land davon hatte, war sehr gering. Dies bedachten Gagern und seine Anhänger. Die Gegenätze waren auf ihrer Spitze angekommen. Eine mittlere Stellung zwischen Revolution und Reaktion gab es nicht mehr. Wer obige Beschlüsse herbeiführen und durchsetzen wollte, mußte sich auch bereit halten, sie mit den Waffen zu verteidigen. Unter solchen Umständen legten am 21. und 23. Mai 1849 über 100 Mitglieder, darunter Gagern, Dahlmann, Arndt, Welcker, ihr Mandat nieder.

Durch den Austritt derselben erlangte die linke Partei die Oberhand in der Versammlung. Aber die Reihen waren so stark gelichtet, daß die beschlußfähige Anzahl auf 100 herabgesetzt werden mußte. Auch Bayern und mehrere andere Regierungen riefen ihre Landesangehörigen von Frankfurt zurück, und so lag der Vorschlag einer Vertagung nahe. Aber nicht diese, sondern die Verlegung wurde beschlossen. In der Hoffnung, das süddeutsche Volk zu einem allgemeinen Sturm für die Reichsverfassung fortzureißen, verließ das „Rumpfparlament“ Frankfurt, das zu sehr in der Machtsphäre der preussischen Truppen lag, und siedelte, hundert und etliche Mitglieder stark, nach Stuttgart über. Am 30. Mai sagten sie der Paulskirche Lebemohl, und am 6. Juni hielten sie ihre erste Sitzung in Stuttgart. Eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern: Raveaux, Vogt, Heinrich Simon aus Breslau, Schüler und Becher, wurde ernannt, die Absetzung des Reichsverwesers ausgesprochen, die badische und pfälzische Erhebung gutgeheißen und von der württembergischen Regierung Geld und Mannschaft verlangt. Nur wenige Tage Zögerung, und man hatte auch in Württemberg badische Zustände. Die Volksvereine drängten dazu, die Reutlinger Volksversammlung vom 27. Mai wollte die Rolle der Offenburger nachahmen, und der republikanische Fiedler, Hecker's Freund, wurde von Karlsruhe nach Stuttgart mit ziemlichen Geldmitteln abgeschickt, um sie unter dem Militär flüchtig zu machen. Um das Land nicht durch die Beschlüsse einer Versammlung, welche thatsächlich den Volkswillen Deutschlands nicht mehr vertrat, sondern nur noch eine Partei war, der äußersten Gefahr preiszugeben, wurde vom württembergischen Ministerium dem Rumpfparlament

das Gastrecht gekündigt und das Verlangen ausgedrückt, daß es seinen Sitz anderswohin verlegen möchte. Da diesem nicht entsprochen und immer noch auf die Majestät der Volkssouveränität gepocht wurde, so that Römer, die Seele des Ministeriums, „ein Mann mit fester Hand und hartem Kopf“, einen kühnen Griff, ließ am 18. Juni das Sitzungslokal im Reithaus sperren und die im gemeinschaftlichen Zuge sich dahin begebenden Abgeordneten, worunter sein Schwiegervater Schott und sein Freund Uhlund sich befanden, durch Fußvolf und Reiterei auseinandertreiben. Es war ein tragisches Verhängnis, daß ein Mann, welcher zur Berufung des Parlaments so viel beigetragen hatte, welcher im Siebener-Ausschuß und im Vorparlament gesessen war, seinem eigenen Werk den Todesstoß geben und sich von den Anhängern seiner alten Partei sein ganzes Leben lang den Vorwurf machen lassen mußte, daß er das Parlament gesprengt habe. Die auswärtigen Mitglieder erhielten den Befehl zur alsbaldigen Abreise und begaben sich teils nach Baden, teils in die Schweiz; Fidler wurde verhaftet und auf die Festung Asberg gebracht, das Militär in der Treue erhalten.

Der badisch-pfälzische Aufstand hatte in den Nachbarstaaten keine Unterstützung gefunden und hatte nun den Angriff der herbeigerufenen Preußen allein auszuhalten. Während die Reichstruppen unter General Peuser, dem früheren Reichskriegsminister, durch eine preußische Heeresabteilung unter General Gröben verstärkt, auf der Bergstraße vordrangen, rückte der Prinz von Preußen, welcher den Oberbefehl über die Hauptmacht führte, zwischen Kreuznach und Saarbrücken in der Pfalz ein, drängte die Freischaren mit leichter Mühe über den Rhein zurück und entsetzte das von den Aufständischen belagerte Landau. Nach der Unterwerfung der Pfalz, welche sofort von bayrischen Truppen unter dem Fürsten Taris wieder besetzt wurde, gingen die Preußen bei Germersheim über den Rhein und schlugen am 20. Juni das etwa 15 000 Mann starke badische Heer unter Mieroslawski zuerst bei Waghäusel, dann bei Durlach und zuletzt am 29. und 30. Juni an der Murg. Trotz aller Tapferkeit blieb den Aufständischen keine Aussicht mehr, und sie mußten sich, 10 000 Mann stark, auf Schweizergebiet zurückziehen. Die Festung Rastatt, vergebens auf die rote Republik in Frankreich und auf einen Sieg der Ungarn hoffend, ergab sich



am 29. Juli auf Gnade und Ungnade. Das ganze Land war in der Gewalt der Sieger. Die Kriegsgerichte, welche über die gefangenen Führer gehalten wurden, fielen nicht milder aus als in Wien. Mehrere Personen wurden erschossen, darunter der Reichstagsabgeordnete von Trübschler, Tiedemann, der Gouverneur von Rastatt, Elsenhans, der Redakteur des „Festungsboten“, Böning, ein Veteran aus den griechischen Befreiungskämpfen. Der Dichter Gottfried Kinkel, welcher den Zeughaussturm in Siegburg mitgemacht hatte, und im Badischen ergriffen worden war, wurde zu lebenslänglicher Zuchthausarbeit verurteilt und in Spandau in harter Haft gehalten, entkam aber durch die mutige Hilfe seines Freundes Karl Schurz, des späteren Senators und Ministers in Washington, glücklich nach England. Hecker war auf die Einladung der provisorischen Regierung aus Amerika zurückgekehrt, um durch den Zauber seines Namens das Volk zu großen Thaten zu begeistern. Er kam am 16. Juli in Straßburg an, um zu hören, daß alles verloren sei, worauf er wieder die Rückreise nach seiner transatlantischen Farm antrat. Den nämlichen Weg betraten Brentano, Struve, Sigel und viele andere, während die Unteroffiziere und Soldaten nach einiger Zeit aus der Schweiz in die Heimat zurückkehrten. Bis das badische Heer wieder organisiert war, blieb das Land von den Preußen besetzt und erholte sich erst langsam wieder von den Wunden, welche ihm diese Revolution geschlagen hatte. Der Großherzog Leopold, durch die letzten Ereignisse aufs tiefste erschüttert, starb am 24. April 1852.

Mit Eifersucht sah Osterreich, wie Preußen seinen Adler siegreich den Rhein aufwärts bis nach Konstanz trug und durch Erwerbung der hohenzollernschen Lande und der Stammburg, welche die verwandten Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und -Hechingen gemäß dem Erbvertrag vom 7. Dezember 1849 abtraten, festen Fuß in Süddeutschland faßte. Allein der Prinz von Preußen ließ sich von dem durchgreifenden Schwarzenberg nicht verdrängen, und Osterreich hatte ebendamals in Ungarn die letzten Kämpfe zu bestehen. Die Mißhelligkeiten zwischen den Ungarn und dem Wiener Kabinett waren von altem Datum. Jene strebten nach möglichster Unabhängigkeit von Osterreich, nach einer bloßen Personalunion, wobei selbst das Heer und die Finanzen von dem guten Willen des Reichstags abhängig gemacht werden sollten; dieses, darin den

König von Ungarn; des ungarischen Reichstaates lebend, welche die Reorganisation der ungarischen Verfassung möglichst zu machen. Als die Seele der neuen Verfassung gilt Sándor Kossuth, ein Krieger und Journalist, welcher vorher durch eine Fülle von politischen Revolutionen, auch durch hundertmalige Verurtheilung glänzte, aber, was in ungarischen Zeiten ein Unvergeßliches war, eine hinreichende Bekanntschaft mit dem Schicksal der ungarischen „Schutzbriefen“, wobei der Gebrauch der österrösischen Verträge zu Gunsten der kaiserlichen Regierung verordnet war, war Kossuth hauptsächlich der Urheber. Seine Bedeutung trat, als er 1846 in den Reichstags gewählt wurde, wo er bald wie ein gebieterischer Feldherr auftrat. Am 12. November 1847 eröffnete Kaiser Ferdinand den letzten Reichstag in Preßburg mit einer ungarischen Thronrede, indem er damit dem Beschluß desselben, daß statt der lateinischen Sprache die ungarische als die officielle zu gebrauchen sei, ein Zugeständnis machte. Zum Dank hierfür wurde Erzherzog Stephan, an der Stelle seines kürz vorher verstorbenen Vaters Joseph, vom Reichstag zum Palatinus von Ungarn ernannt. Seit der Februarrevolution wurde die Sprache des Reichstags immer höher. Kossuths Rede vom 3. März 1848, in welcher er eine Verfassung für alle Länder des Reichs verlangte, hatte der Wiener Revolution vom 13. März ihr nächstes Ziel gesetzt, und als am 15. eine ungarische Abordnung nach Wien kam, um dem Kaiser in einer Adresse die Forderung des Reichstaats vorzulegen, war, wie schon angeführt wurde, Kossuth der Löwe des Tages. In der Not des Augenblickes gebot der Kaiser, wie dies auch andere gethan haben, alles. Er schickte am 10. April persönlich den Reichstag und bestätigte dessen Beschlüsse, welche ein unabhängiges Ministerium, allgemeines Stimmrecht bei den Abgeordnetenwahlen, Vereinigung der sogenannten ungarischen Nebenländer (Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen, Militärgrenze) mit Ungarn, Abschaffung der Steuerfreiheit des Adels, Aufhebung aller Feudallasten und anderes betrafen.

Das neue ungarische Ministerium, in welchem Graf Ludwig Batthanyi den Vorsitz führte und Kossuth das Finanzwesen übernahm, richtete sich in Pest ein, wo von nun an auch die Reichstage gehalten wurden. Der erste Reichstag wurde am 5. Juli 1848 von Erzherzog Stephan als Stellvertreter des Kaisers eröffnet. Er bestand aus der Magnatentafel, die nun Oberhaus hieß, und

der Ständetafel, dem Unterhaus. Es lag im Zeitgeist, daß jene, einst von entscheidender Bedeutung, alle Geltung verlor, und daß auch diese weniger selbst schob, als von den Pester Studenten und der übrigen Jugend, welche wie die Wiener die Politik diktierten, geschoben wurde. Diese Herren thaten bereits, als ob es für sie kein Osterreich mehr gebe, lehnten die Übernahme eines Theils der östreichischen Staatsschuld ab und behandelten die ungarischen Nebenländer mit der nämlichen Rücksichtslosigkeit, über welche sie seither, als sie von Wien aus gegen sie geübt wurde, so entrüstet sich beklagt hatten. Dies trug seine Früchte. Während die Magyaren in Wien die Vereinigung dieser Länder mit Ungarn zu einem großen Königreiche verlangten und durchsetzten, bestürmte eine kroatische Abordnung das kaiserliche Kabinett um Abwendung dieses Übels und bat um gänzliche Lostrennung von Ungarn und Errichtung des dreieinigten Königreichs: Kroatien, Slavonien, Dalmatien nebst der Militärgrenze. Die Eifersucht der Nationalitäten wurde von der östreichischen Regierung dazu benutzt, die eine durch die andere im Schach zu halten. Sie ernannte den Magyarenfeind Baron Jellachich, welcher bei Hof sehr beliebt war, zum Banus von Kroatien, unterstützte ihn in seinen Rüstungen gegen Ungarn, entsetzte ihn auf die Beschwerde der ungarischen Minister, ließ ihn aber, als der Hof sich seiner annahm, wieder im Amt. Nun stellte sich Jellachich an die Spitze seiner Truppen und rückte als Verteidiger des „einigen“ Osterreichs in Ungarn ein, während im südöstlichen Teile desselben, im Banat, die Serben und Grenzer sich mit den ungarischen Truppen herumzuschlugen. Um diesen Gefahren die Stirne bieten zu können, setzte Kossuth beim Reichstag eine Aushebung von 200 000 Mann Nationaltruppen (Honveds) und die Ausgabe von 42 Millionen Gulden Papiergeld (Kossuthnoten) durch. Die Verhältnisse waren nach allen Seiten hin so verwickelt, daß nur das Schwert den Knoten lösen konnte. Die Vermittlungsversuche des Erzherzogs Stephan scheiterten, worauf er seine Palatinuswürde niederlegte und sich in eine Art freiwillige Verbannung auf sein Erbgut Schaumburg an der Lahn begab. Auch Batthyani trat aus dem Ministerium, wo nur Kossuth und die Kriegspartei etwas galten. Zur Vermeidung der Feindseligkeiten übertrug der Hof dem mit Batthyani befreundeten General Graf Lamberg den Oberbefehl über sämtliche ungarischen und kroatischen Truppen, wodurch Jellachich

vorläufig wieder beseitigt war. Als aber Lamberg nach Pest kam, hörte er von der Einsprache des Reichstags gegen seine Ernennung; die Menge schrie über Verrat und schlug ihn am 27. September auf der Donau-Schiffbrücke mit Äxten und Knütteln tot.

Dieser abscheuliche Mord und die schwache Verfolgung der Mörder riefen das kaiserliche Manifest vom 3. Oktober hervor, in welchem die Auflösung des Reichstags, die Ungültigkeit seiner vom Kaiser nicht bestätigten Beschlüsse, die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Ungarn und die Übertragung des Oberbefehls und der Statthalterwürde an Jellachich ausgesprochen wurde. Umgekehrt erklärte der ungarische Reichstag das Manifest für ungesetzlich und ungültig und Jellachich für einen Hochverräther. Der seit dem 22. September errichtete Landesverteidigungsausschuß verwandelte sich in eine provisorische Regierung, in welcher Kossuth als Diktator schaltete. Jellachich wurde mit seinen Truppen nach der österreichischen Grenze gedrängt, das Bestreben Latours, ihm von Wien aus neue Truppen zuzuschicken, verursachte die Oktoberrevolution in Wien und Latours Ermordung, worauf Jellachich zur Unterwerfung Wiens von Ungarn abberufen und unter den Fürsten Windischgrätz gestellt wurde. Dieser, der Besieger Prags und Wiens, schien der rechte Mann zur Bezwingung der Ungarn zu sein. Sein Programm lautete: die unteilbare österreichische Monarchie mit der Zentralgewalt in Wien. Da aber damit die von Kaiser Ferdinand den Ungarn aufs feierlichste bewilligten Zugeständnisse nicht übereinstimmten, so fand, wie schon erwähnt, am 2. Dezember seine Abdankung und Franz Josephs Thronbesteigung statt. Auch dagegen protestierte der Reichstag und verweigerte die Anerkennung des neuen Kaisers, so lange er nicht als König von Ungarn gekrönt sei und die Verfassung geschworen habe.

Windischgrätz erhielt den Oberbefehl über die mehr als 100 000 Mann starken Truppen und rückte mit der Hauptarmee am 15. Dezember an der oberen Donau vor, während kleinere Abteilungen von Mähren aus unter General Simonich, von Galizien unter Schlick, von Siebenbürgen unter Buchner, von Steiermark unter Nugent, eindringen sollten. Der Kriegsplan, welcher eine gänzliche Umzinglung der Ungarn, ein gemeinsames Vorgehen gegen Pest zum Ziel hatte, bedurfte zu seiner Ausführung ein entschlossenes Vorgehen der Hauptarmee und ein pünktliches Zueinandergreifen

sämtlicher Operationen. An beidem fehlte es vollständig. Windischgrätz trieb zwar die ungarischen Heerhaufen zurück, nahm die Städte Ödenburg, Preßburg, Raab, ließ eine Abordnung des Reichstags gar nicht vor, unbedingte Unterwerfung verlangend, und zog am 5. Januar 1849 in Ofen und Pest ein, nachdem kurz vorher der Sitz der Regierung und des Reichstags nach Debreczin verlegt worden war und die Armee nach dem Süden sich zurückgezogen hatte. Aber auf dem Schlosse von Ofen blieb Windischgrätz drei kostbare Monate unthätig sitzen, als ob mit der Einnahme der Hauptstadt der Feldzug so gut als gewonnen wäre. Von den anderen Heerführern kam eine Hiobsbotschaft um die andere. Schlick wurde durch die tüchtigen ungarischen Generale Görgei und Klapka zurückgedrängt, Buchner von dem polnischen General Bem zurückgeschlagen und ihre Vereinigung mit Windischgrätz unmöglich gemacht. Zum Glück für die Östreicher machte Kossuth mit der Ernennung des Polen Dembinski zum Oberbefehlshaber einen militärischen und politischen Fehler. Denn dieser war seiner Stellung nicht gewachsen, fand bei den eifersüchtigen ungarischen Generalen als Ausländer wenig Gehorsam und gab dem Kriege neue Zielpunkte in Polen, wodurch Rußland auf den Kampfplatz gerufen werden mußte. Als er gegen Pest vordrang und am 26. Februar bei Kopolina geschlagen wurde, verlangte das Heer seine Absetzung, und Kossuth mußte nachgeben.

Dagegen drang Görgei, welcher an Feldherrnkunst alle anderen Generale in Schatten stellte und außer Kossuth den populärsten Namen hatte, mit 50 000 Mann in der Richtung gegen Pest vor und schlug bei Gödöllö am 6. April 1849, bei Waizen am 9. die Truppen des Fürsten Windischgrätz und entsetzte am 24. Komorn. Das Olmützer Kabinett sah nun ein, daß Städte zu beschießen und eine streitbare Nation zu besiegen, zwei sehr verschiedene Sachen seien, rief Windischgrätz ab und übertrug das Kommando dem nicht gerade fähigeren General Welben. Dieser räumte Pest und ließ in Ofen eine Besatzung unter dem tapferen General Genzi. Görgei erhielt Befehl, Ofen zu erstürmen, was ihm auch trotz der mutigsten Gegenwehr Genzis, der dabei umkam, am 21. Mai gelang. Aber schon hatte das Bedürfniß unter den Leitern der Revolution einen hohen Grad erreicht. Gegen den Rat und den Willen Görgeis hatte Kossuth, als das Ministerium Schwarzenberg eine Verfassung

und anderen Führern retteten sich in die Türkei, welche ihnen trotz der Drohungen Osterreichs und Rußlands ein Asyl gewährte. Über die Zurückgebliebenen und Gefangenen hielt Haynau ein strenges Strafgericht. In Pest und Arad wurden Kriegsgerichte eingesetzt. Viele der ersten Männer Ungarns wurden zu Pulver und Blei oder zum Galgen verurteilt, darunter der frühere Premierminister Graf Batthjani. Die Güter der Hingerichteten und der Flüchtlinge wurden konfisziert. Viele schmachteten im Gefängnis, mehrere Tausend wurden in die österreichische Armee eingereiht. Die Verfassung wurde aufgehoben, Ungarn als ein neu erobertes Land betrachtet, das alle früheren Rechte verwirrt habe. Ob diese Racheakte, welche an das Blutgericht von Speries im Jahre 1687 erinnern, von politischer Klugheit zeugten, war eine andere Frage.

Während Ungarn mit dem Lode rang, hatte im Norden noch ein anderes Land zu bluten, Schleswig-Holstein. Die Herzogtümer hatten sich mit bewundernswerter Ergebung in den Waffenstillstand von Malmö gefügt, welcher in Frankfurt die Septembergruel veranlaßt hatte, und stellten nach Ablauf desselben ein Heer von 14 000 Mann unter dem tüchtigen preussischen General Bonin auf. Von der Frankfurter Zentralgewalt wurde an die Stelle der von Dänemark und Preußen errichteten „gemeinschaftlichen Regierung“ eine Statthalterschaft eingesetzt und dieser Posten den beiden wackeren Männern, Graf Reventlow-Breez und Wilhelm Beseler übertragen. Zugleich rückten Reichstruppen, Bayern und Württemberger, Preußen und Hannoveraner ein, um die deutschen Stammländer vor dem unerträglichen Dänentum zu beschützen. Am 26. März 1849 wurde von den Dänen der Waffenstillstand gekündigt, und am 5. April im Hafen von Eckernförde von den Strandbatterien der Schleswig-Holsteiner das dänische Linienschiff „Christian VIII.“ in Brand geschossen und die Fregatte „Gefion“ so übel zugerichtet, daß sie sich ergeben mußte. Die Düppeler Schanzen wurden am 13. April von den Reichstruppen erstürmt und die Dänen auf die Insel Alsens zurückgeschlagen. Auch die Schleswig-Holsteiner unter Bonin drangen siegreich vor. Sie erstürmten die jütische Grenzstadt Kolding (20. Mai) und zwangen die Dänen zum Rückzug nach der Festung Fridericia. Aber in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli wurden sie von dem überlegenen dänischen Heere unter General Rye in einem Ausfall vor Fridericia geschlagen,

und als sie, nicht entmutigt, auf's neue den Kampf aufnehmen wollten, kam die Nachricht von dem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Dänemark und Preußen (10. Juli), welchem geraume Zeit nachher, am 2. Juli 1850, der definitive Friede zwischen beiden Staaten folgte, wobei Preußen zugleich im Namen des deutschen Bundes auftrat. Infolge des Waffenstillstandes mußten die deutschen Truppen Schleswig räumen; der nördliche Teil desselben wurde von schwedischen, der südliche von preussischen Soldaten besetzt. Das Land erhielt eine besondere Landesverwaltung, die aus einem preussischen und einem dänischen Kommissär bestand. Die schleswig-holsteinische Armee mußte sich hinter die Eider zurückziehen.

Alles dies geschah infolge einer diplomatischen Intervention Englands und Rußlands, welche die meerrumschlungenen Herzogtümer lieber in den Händen des kleinen Dänemark als in den Händen Deutschlands oder vielmehr Preußens sahen und deswegen in dem Londoner Protokoll vom 2. Juni den kühnen Satz aufstellten, die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Dänemark sei im Interesse des europäischen Gleichgewichts. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und seine Armee hatten zwar ihre Ehre für das Recht der Herzogtümer verpfändet; aber des Königs Charakter war zu friedliebend, seine Scheu vor neuen Volksbewegungen noch zu reizbar, als daß er nicht vor einem Kampf von möglicherweise europäischen Dimensionen zurückgeschreckt wäre. Er unterschrieb den Frieden und lieferte Schleswig an die Dänen aus. Denn dieses sollte von Holstein getrennt werden, von Dänemark zwar durch eine besondere Verfassung geschieden, aber politisch doch verbunden sein, welche unklare Bezeichnung die Dänen natürlich so sehr als möglich benutzten, wie dies ihr Kommissär, Herr von Tillych, während des Waffenstillstands bereits bewiesen hatte.

Die Statthalterschaft erkannte den Berliner Frieden nicht an, verstärkte das schleswig-holsteinische Heer und berief an die Stelle des abberufenen Bonin den preussischen General Willisen zum Oberkommando, entschlossen, den Kampf auf eigene Faust zu unternehmen. Die Wahl war insofern keine glückliche, als Willisen zwar als militärischer Schriftsteller, aber nicht als praktischer Stratege einen Namen hatte, und zu fürchten war, daß ihm Entschlossenheit und der rasche Überblick fehle. Nach dem Abzug der preussischen

Truppen rückten die Dänen von Jütland und Alsen aus in Schleswig ein und trafen zwischen Flensburg und Schleswig auf Willisen, der von Süden aus vorgebrungen war. Bei Idstedt kam es am 25. Juli 1850 zwischen 37 000 Dänen und 26 000 Schleswig-Holsteinern zur Schlacht; letztere, welche den Sieg schon in den Händen hatten, wurden zuletzt geschlagen, mußten sich nach der Festung Rendsburg zurückziehen und ganz Schleswig den Dänen preisgeben. Ein Angriff bei Missunde (12. Sept.) und ein Sturm auf Friedrichstadt (4. Okt.) wurde von den Dänen zurückgeschlagen. Die Statthalterschaft glaubte durch einen Wechsel im Oberkommando die Verluste wieder zu ersetzen, entließ Willisen und berief den General von der Horst, welcher bei Idstedt rühmlich gekämpft hatte. Aber es war schon zu spät. Auf der Olmützer Konferenz wurde der schleswig-holsteinische Kampf auf eine Linie mit dem badischen und pfälzischen Aufstand gestellt und von den deutschen Großmächten die Erstüfung dieser nationalen Flamme beschlossen.

Der letzte Akt der deutschen Revolution war damit beendet. Wo nur irgend dieselbe aufgetreten war, war sie niedergeschmettert, überall hatten die Märzminister ihren Abschied erhalten, und Männer, wie man sie vor 1848 dem Volke zu bieten nicht gewagt hätte, rückten an deren Stelle. Was sollte nun aus Deutschland werden? Unter welcher Form sollten die auseinandergerissenen Glieder wieder zusammenkommen? Sollte auf den Ruf des deutschen Volkes nach Einheit, nach Parlament, nach freier Gestalt gar keine Rücksicht genommen werden? Sollten die beiden letzten Jahre aus dem politischen Kalender der Monarchien ebenso gestrichen werden, wie der Kurfürst von Hessen im Jahre 1814 die französische Herrschaft austrich und die alten Zöpfe einführte? Sollten immer wieder die alten Fehler gemacht, die Revolution mit Pulver und Blei unterdrückt, nie durch vernunftgemäße Reformen geschlossen werden? Wenn man Fürst Schwarzenberg fragte, so erklärte er rund heraus, daß von einem Parlament und dergleichen keine Rede mehr sei, daß Deutschland wieder zum alten Bundestage unter Osterreichs Vorsitz zurückkehren müsse. Gegen diese Schmach sträubte sich Preußen lange. Es wollte den Forderungen des deutschen Volkes teilweise nachgeben, auf Grund der Reichsverfassung ein neues Deutschland aufbauen, die Hegemonie, welche es von dem souveränen Volke nicht angenommen, durch Verein-



barung mit den deutschen Fürsten erringen. So entstand das sogenannte Dreikönigs-Bündnis vom 26. Mai 1849 zwischen Preußen, Hannover und Sachsen, worin dem ersteren die militärische und diplomatische Leitung des Bundes übertragen wurde. Dies sollte der Anfang zu einem engeren Bundesstaat, der Union, sein, von dem sich Osterreich, schon was die Beratungen betraf, ganz fern hielt und, auf seinen Vorgang hin, auch Bayern. Dagegen interessierte sich die Frankfurter Kaiserpartei für den Plan, veranstaltete am 26. Juni eine Zusammenkunft der Gesinnungsgenossen in Gotha und sprach sich für das preußische Projekt aus. Um aber einstweilen etwas Gemeinsames zu haben, übernahmen Osterreich und Preußen in dem sogenannten „Interim“, welcher Namen schon von der Reformation her in einem schlechten Andenken stand, „die Ausübung der Centralgewalt für den ganzen Bund“, bis etwas Definitives geschaffen war. In die Hände dieser Interimskommissäre legte am 20. Dezember 1849 der Reichsverweser Erzherzog Johann sein Amt nieder.

Preußen ging auf der betretenen Bahn weiter. Es hatte durch Herstellung einer Landesverfassung an Vertrauen bei dem deutschen Volke gewonnen. Um so hartnäckiger widersetzten sich die Fürsten. Sachsen und Hannover ließen sich von Osterreich, das Bayern und Württemberg bereits für sich gewonnen hatte, überreden, das preußische Lager mit dem österreichischen zu vertauschen. Zwischen Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover wurde, im Gegensatz zur preußischen Union das Vierkönigsbündnis abgeschlossen. Doch beharrte Preußen auf seinem Plan. Das Erfurter Parlament, wozu Preußen die Staaten des engeren Bundes eingeladen hatte, kam am 20. März 1850 zustande. Der Entwurf der Unionsverfassung wurde von dem Erfurter Parlament angenommen und dem Fürstentag in Berlin, wozu sämtliche Unionsfürsten im Mai eingeladen wurden, zur Annahme vorgelegt. Hier herrschte nicht die größte Einmütigkeit, und man vereinigete sich mit Mühe zu einem provisorischen Fürstentag als der Centralgewalt der Union. Der größere Teil der deutschen Fürsten, fast alle Kleinstaaten, nahm an der Union teil, einige nur mit Widerstreben; die Mittelstaaten steuerten mit vollen Segeln der österreichischen Fahne zu, welche nach den Triumpfen in Italien und Ungarn auch in Frankfurt sich wieder entfalten sollte. Schon saßen dort, auf

Anfang zur Zerbröckelung des vielsprachigen Kaiserstaates sehend, suchte die Konsequenzen der ungarischen Verfassung möglichst zu umgehen. Als die Seele der neuen Opposition galt Ludwig Kossuth, ein Advokat und Journalist, welcher weder durch eine Fülle von positiven Kenntnissen, noch durch staatsmännische Begabung glänzte, aber, was in aufgeregten Zeiten am schwersten wiegt, eine hinreißende Beredsamkeit besaß. Schon bei dem ungarischen „Schutzverein“, wobei der Gebrauch der österreichischen Fabrikate zu Gunsten der heimischen Industrie verpönt war, war Kossuth hauptsächlich der Agitator. Seine Bedeutung stieg, als er 1846 in den Reichstag gewählt wurde, wo er bald wie ein gebietender Feldherr auftrat. Am 12. November 1847 eröffnete Kaiser Ferdinand den letzten Reichstag in Preßburg mit einer ungarischen Thronrede, indem er damit dem Beschluß desselben, daß statt der lateinischen Sprache die ungarische als die offizielle zu gebrauchen sei, ein Zugeständnis machte. Zum Dank hiefür wurde Erzherzog Stephan, an der Stelle seines kurz vorher verstorbenen Vaters Joseph, vom Reichstag zum Palatinus von Ungarn erwählt. Seit der Februarrevolution wurde die Sprache des Reichstags immer kühner. Kossuths Rede vom 3. März 1848, in welcher er eine Verfassung für alle Länder Oesterreichs verlangte, hatte der Wiener Revolution vom 13. März ihr nächstes Ziel gezeigt, und als am 15. eine ungarische Abordnung nach Wien kam, um dem Kaiser in einer Adresse die Forderung des Reichstags vorzulegen, war, wie schon angeführt wurde, Kossuth der Löwe des Tages. In der Not des Augenblickes gewährte der Kaiser, wie dies auch andere gethan haben, alles. Er schloß am 10. April persönlich den Reichstag und bestätigte dessen Beschlüsse, welche ein unabhängiges Ministerium, allgemeines Stimmrecht bei den Abgeordnetenwahlen, Vereinigung der sogenannten ungarischen Nebenländer (Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen, Militärgrenze) mit Ungarn, Abschaffung der Steuerfreiheit des Adels, Aufhebung aller Feudallasten und anderes betrafen.

Das neue ungarische Ministerium, in welchem Graf Ludwig Batthyani den Vorkitz führte und Kossuth das Finanzwesen übernahm, richtete sich in Pest ein, wo von nun an auch die Reichstage gehalten wurden. Der erste Reichstag wurde am 5. Juli 1848 von Erzherzog Stephan als Stellvertreter des Kaisers eröffnet. Er bestand aus der Magnatentafel, die nun Oberhaus hieß, und

der Ständetafel, dem Unterhaus. Es lag im Zeitgeist, daß jene, einst von entscheidender Bedeutung, alle Geltung verlor, und daß auch diese weniger selbst schob, als von den Pester Studenten und der übrigen Jugend, welche wie die Wiener die Politik diktirten, geschoben wurde. Diese Herren thaten bereits, als ob es für sie kein Oösterreich mehr gebe, lehnten die Übernahme eines Theils der östreichischen Staatsschuld ab und behandelten die ungarischen Nebenländer mit der nämlichen Rücksichtslosigkeit, über welche sie seither, als sie von Wien aus gegen sie geübt wurde, so entkräftet sich beklagt hatten. Dies trug seine Früchte. Während die Magnaren in Wien die Vereinigung dieser Länder mit Ungarn zu einem großen Königreiche verlangten und durchsetzten, bestürmte eine kroatische Abordnung das kaiserliche Kabinett um Abwendung dieses Übels und bat um gänzliche Lostrennung von Ungarn und Errichtung des dreieinigigen Königreichs: Kroatien, Slavonien, Dalmatien nebst der Militärgrenze. Die Eifersucht der Nationalitäten wurde von der östreichischen Regierung dazu benützt, die eine durch die andere im Schach zu halten. Sie ernannte den Magnarenfeind Baron Jellachich, welcher bei Hof sehr beliebt war, zum Banus von Kroatien, unterstützte ihn in seinen Rüstungen gegen Ungarn, entsetzte ihn auf die Beschwerde der ungarischen Minister, ließ ihn aber, als der Hof sich seiner annahm, wieder im Amt. Nun stellte sich Jellachich an die Spitze seiner Truppen und rückte als Verteidiger des „einigen“ Oösterreichs in Ungarn ein, während im südöstlichen Teile desselben, im Banat, die Serben und Grenzer sich mit den ungarischen Truppen herumschlügen. Um diesen Gefahren die Stirne bieten zu können, setzte Kossuth beim Reichstag eine Aushebung von 200 000 Mann Nationaltruppen (Honveds) und die Ausgabe von 42 Millionen Gulden Papiergeld (Kossuthnoten) durch. Die Verhältnisse waren nach allen Seiten hin so verwickelt, daß nur das Schwert den Knoten lösen konnte. Die Vermittlungsversuche des Erzherzogs Stephan scheiterten, worauf er seine Palatinuswürde niederlegte und sich in eine Art freiwillige Verbannung auf sein Erbgut Schaumburg an der Lahn begab. Auch Batthyani trat aus dem Ministerium, wo nur Kossuth und die Kriegspartei etwas galten. Zur Vermeidung der Feindseligkeiten übertrug der Hof dem mit Batthyani befreundeten General Graf Lamberg den Oberbefehl über sämtliche ungarischen und kroatischen Truppen, wodurch Jellachich

vorläufig wieder beseitigt war. Als aber Lamberg nach Pest kam, hörte er von der Einsprache des Reichstags gegen seine Ernennung; die Menge schrie über Verrat und schlug ihn am 27. September auf der Donau-Schiffbrücke mit Äxten und Knütteln tot.

Dieser abscheuliche Mord und die schwache Verfolgung der Mörder riefen das kaiserliche Manifest vom 3. Oktober hervor, in welchem die Auflösung des Reichstags, die Ungültigkeit seiner vom Kaiser nicht bestätigten Beschlüsse, die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Ungarn und die Übertragung des Oberbefehls und der Statthalterwürde an Jellachich ausgesprochen wurde. Umgekehrt erklärte der ungarische Reichstag das Manifest für ungesetzlich und ungültig und Jellachich für einen Hochverräter. Der seit dem 22. September errichtete Landesverteidigungsausschuß verwandelte sich in eine provisorische Regierung, in welcher Kossuth als Diktator schaltete. Jellachich wurde mit seinen Truppen nach der österreichischen Grenze gedrängt, das Bestreben Latours, ihm von Wien aus neue Truppen zuzuschicken, verursachte die Oktoberrevolution in Wien und Latours Ermordung, worauf Jellachich zur Unterwerfung Wiens von Ungarn abberufen und unter den Fürsten Windischgrätz gestellt wurde. Dieser, der Besieger Prags und Wiens, schien der rechte Mann zur Bezwingung der Ungarn zu sein. Sein Programm lautete: die unteilbare österreichische Monarchie mit der Zentralgewalt in Wien. Da aber damit die von Kaiser Ferdinand den Ungarn aufs feierlichste bewilligten Zugeständnisse nicht übereinstimmten, so fand, wie schon erwähnt, am 2. Dezember seine Abdankung und Franz Josephs Thronbesteigung statt. Auch dagegen protestierte der Reichstag und verweigerte die Anerkennung des neuen Kaisers, so lange er nicht als König von Ungarn gekrönt sei und die Verfassung geschworen habe.

Windischgrätz erhielt den Oberbefehl über die mehr als 100 000 Mann starken Truppen und rückte mit der Hauptarmee am 15. Dezember an der oberen Donau vor, während kleinere Abteilungen von Mähren aus unter General Simonich, von Galizien unter Schlick, von Siebenbürgen unter Buchner, von Steiermark unter Nugent, eindringen sollten. Der Kriegsplan, welcher eine gänzliche Umzinglung der Ungarn, ein gemeinsames Vorgehen gegen Pest zum Ziel hatte, bedurfte zu seiner Ausführung ein entschlossenes Vorgehen der Hauptarmee und ein pünktliches Zueinandergreifen

sämtlicher Operationen. An beidem fehlte es vollständig. Windischgrätz trieb zwar die ungarischen Heerhaufen zurück, nahm die Städte Ödenburg, Preßburg, Raab, ließ eine Abordnung des Reichstags gar nicht vor, unbedingte Unterwerfung verlangend, und zog am 5. Januar 1849 in Ofen und Pest ein, nachdem kurz vorher der Sitz der Regierung und des Reichstags nach Debreczin verlegt worden war und die Armee nach dem Süden sich zurückgezogen hatte. Aber auf dem Schlosse von Ofen blieb Windischgrätz drei kostbare Monate unthätig sitzen, als ob mit der Einnahme der Hauptstadt der Feldzug so gut als gewonnen wäre. Von den anderen Heerführern kam eine Hiobsbotschaft um die andere. Schlick wurde durch die tüchtigen ungarischen Generale Görgei und Klapka zurückgedrängt, Buchner von dem polnischen General Bem zurückgeschlagen und ihre Vereinigung mit Windischgrätz unmöglich gemacht. Zum Glück für die Östreicher machte Kossuth mit der Ernennung des Polen Dembinski zum Oberbefehlshaber einen militärischen und politischen Fehler. Denn dieser war seiner Stellung nicht gewachsen, fand bei den eifersüchtigen ungarischen Generalen als Ausländer wenig Gehorsam und gab dem Kriege neue Zielpunkte in Polen, wodurch Rußland auf den Kampfplatz gerufen werden mußte. Als er gegen Pest vordrang und am 26. Februar bei Kopolnia geschlagen wurde, verlangte das Heer seine Absetzung, und Kossuth mußte nachgeben.

Dagegen drang Görgei, welcher an Feldherrnkunst alle anderen Generale in Schatten stellte und außer Kossuth den populärsten Namen hatte, mit 50 000 Mann in der Richtung gegen Pest vor und schlug bei Gödöllö am 6. April 1849, bei Waizen am 9. die Truppen des Fürsten Windischgrätz und entsetzte am 24. Komorn. Das Otmüher Kabinett sah nun ein, daß Städte zu beschießen und eine streitbare Nation zu besiegen, zwei sehr verschiedene Sachen seien, rief Windischgrätz ab und übertrug das Kommando dem nicht gerade fähigeren General Welßen. Dieser räumte Pest und ließ in Ofen eine Besatzung unter dem tapferen General Hentzi. Görgei erhielt Befehl, Ofen zu erstürmen, was ihm auch trotz der mutigsten Gegenwehr Hentzis, der dabei umkam, am 21. Mai gelang. Aber schon hatte das Zerwürfniß unter den Leitern der Revolution einen hohen Grad erreicht. Gegen den Rat und den Willen Görgeis hatte Kossuth, als das Ministerium Schwarzenberg eine Verfassung

für Gesamt-Österreich verkündigte und ebendamt Ungarn als eine österreichische Provinz behandelte, am 14. April in dem Reichstag zu Debreczin „das Haus Habsburg der Herrschaft verlustig, aus Ungarn für ewige Zeiten verbannt“ erklärt. Ungarn war nun ein selbständiger Staat, eine Republik. Kossuth, der verantwortliche „Gouverneur-Präsident“ derselben, umgab sich mit einem neuen Ministerium, in welchem Görgei neben dem Oberkommando das Kriegswesen leitete. Der Reichstag wurde wieder nach Pest zurückverlegt.

Es waren kurze Flitterwochen, welche die siegreichen Ungarn in der wiedergewonnenen Hauptstadt feierten. Österreich, für welches der Besitz Ungarns eine Lebensfrage war, bot zu dessen Wiedereroberung alle seine Kräfte auf, übertrug den Oberbefehl dem durch seine rücksichtslose Kriegsführung von Brescia her bekannten Baron Haynau und wandte sich mit einem Hilfesuch an Rußland. Zweierlei hatte der Gefühlspolitiker Kossuth nicht in Rechnung genommen: daß Österreich so rasch in Italien Herr würde, und daß eine zweite Macht intervenieren könnte. Und doch lag das letztere bei der Teilnahme der Polen an dem ungarischen Befreiungskrieg und bei der Nachbarschaft ihres Landes so nahe. Daß nach der vollzogenen Losreißung Ungarns Polen nicht mehr zu halten sei, konnte niemand zweifelhaft sein. Daher besann sich Kaiser Nikolaus keinen Augenblick, den Wunsch Franz Josephs zu erfüllen, zumal er diesen jugendlichen Monarchen durch einen solchen Dienst dauernd an seine Politik fesseln und bei Gelegenheit einen Gegendienst fordern zu können hoffte.

Mit dem Eingreifen Rußlands war die Sache so gut als entschieden, der Kampf Ungarns nur noch ein heldenmütiger Totekampf. Während Baskewitsch mit 80 000 Russen über die Karpathen zog und gegen die obere Donau vorrückte, andere russische Abteilungen von der Bukowina und Walachei aus in Siebenbürgen eindrangten, trat Jellachich mit einem serbisch-kroatischen Heere wieder im südlichen Ungarn auf, und Haynau ging von Westen her über Raab geradezu auf Komorn los, drängte nach mehrtägigen Kämpfen Görgei, der in Komorn den General Klapka zurückließ, gegen die Theiß zurück und hielt am 12. Juli seinen Einzug in den Schwesterstädten Ofen und Pest. Zum zweitenmal hatte Kossuth die Hauptstadt verlassen müssen, hatte Reichstag und Banknoten-

presse, welche indessen tüchtig gearbeitet hatte, nach Arad an der Maros verlegt. Zwar gelang es Görgei, auf seinem Rückzug die Russen unter Rüdiger bei Waizen zu schlagen und durch meisterhafte Manöver sein Heer mitten durch die Russen hindurch unversehrt bis nach Arad zu bringen. Aber weder Bem noch Dembinski vermochten ihren Gegnern standzuhalten: jener wurde von dem russischen General Lüders bei Schäßburg (31. Juli) und anderen Orten geschlagen und aus Siebenbürgen verdrängt, dieser von dem rasch vordringenden Haynau bei Szöreg und Temeswar (5. und 9. August) besiegt. Die ungarischen Truppen waren um Arad vereinigt, große Ratlosigkeit herrschte im Hauptquartier; nur eine militärische Diktatur schien noch einen, obgleich schwachen, Halt zu geben. Kossuth mußte am 10. August seine Gouverneursstelle niederlegen, Görgei übernahm die Diktatur und streckte, von Russen und Östreichern eingeschlossen, am 13. August bei Bilagos mit 23 000 Mann und 130 Kanonen vor dem russischen General Rüdiger die Waffen, übrigens mit Wissen und Willen Kossuths und der Regierung. Zu gewinnen war allerdings nichts mehr; aber die Nation hatte einen anderen Ausgang erwartet. Die Hoffnung, für sein Vaterland günstigere Bedingungen zu erhalten, der Wunsch, nachdem für die Waffenehre schon so viel gethan war, ein nutzloses Blutvergießen zu vermeiden, die Abneigung gegen die polnischen Generale und die republikanische Regierung, die mehrmals daran war, ihm den Oberbefehl zu entziehen, hatten Görgei, der schon einige Zeit mit Paslewitsch in Unterhandlung stand, zu diesem unerwarteten Schritte bewogen. Der Groll Haynaus, daß Görgei sich nicht ihm, sondern den Russen ergeben hatte, wurde durch die stolze Meldung des Fürsten Paslewitsch an Kaiser Nikolaus: „Ungarn liegt besiegt zu den Füßen Eurer Majestät“ nicht geschwächt. Mit Recht konnte jener erwidern, daß die östreichische Armee „den Feind in sechs Schlachten bis zur Vernichtung besiegt und auch die Unterwerfung des Görgeischen Korps bewirkt habe.“ Görgei erhielt für seine Person Begnadigung, wurde in Klagenfurt interniert und kehrte erst 1867 nach Ungarn zurück.

Nach der Katastrophe von Bilagos kapitulierten alle Festungen, Komorn, wo Klapka befehligte, erst am 27. September. Die kleineren Truppenabteilungen ergaben sich, die Honveds eilten der Heimat zu. Nur etwa 5000 Mann mit Kossuth, Bem, Dembinski

und anderen Führern retteten sich in die Türkei, welche ihnen trotz der Drohungen Osterreichs und Rußlands ein Asyl gewährte. Über die Zurückgebliebenen und Gefangenen hielt Gannau ein strenges Strafgericht. In Pest und Arad wurden Kriegsgerichte eingesetzt. Viele der ersten Männer Ungarns wurden zu Pulver und Blei oder zum Galgen verurteilt, darunter der frühere Premierminister Graf Batthyani. Die Güter der Hingerichteten und der Flüchtlinge wurden konfisziert. Viele schmachteten im Gefängnis, mehrere Tausend wurden in die österreichische Armee eingereicht. Die Verfassung wurde aufgehoben, Ungarn als ein neu erobertes Land betrachtet, das alle früheren Rechte verwirkt habe. Ob diese Racheakte, welche an das Blutgericht von Speries im Jahre 1687 erinnern, von politischer Klugheit zeugten, war eine andere Frage.

Während Ungarn mit dem Tode rang, hatte im Norden noch ein anderes Land zu bluten, Schleswig-Holstein. Die Herzogtümer hatten sich mit bewundernswerter Ergebung in den Waffenstillstand von Malmö gefügt, welcher in Frankfurt die Septemberegreuel veranlaßt hatte, und stellten nach Ablauf desselben ein Heer von 14 000 Mann unter dem tüchtigen preussischen General Bonin auf. Von der Frankfurter Zentralgewalt wurde an die Stelle der von Dänemark und Preußen errichteten „gemeinschaftlichen Regierung“ eine Statthalterschaft eingesetzt und dieser Posten den beiden wackeren Männern, Graf Reventlow-Preeß und Wilhelm Bessler übertragen. Zugleich rückten Reichstruppen, Bayern und Württemberger, Preußen und Hannoveraner ein, um die deutschen Stammländer vor dem unerträglichen Dänentum zu beschützen. Am 26. März 1849 wurde von den Dänen der Waffenstillstand gekündigt, und am 5. April im Hafen von Eckernförde von den Strandbatterien der Schleswig-Holsteiner das dänische Linienschiff „Christian VIII.“ in Brand geschossen und die Fregatte „Gefion“ so übel zugerichtet, daß sie sich ergeben mußte. Die Düppeler Schanzen wurden am 13. April von den Reichstruppen erstürmt und die Dänen auf die Insel Alsen zurückgeschlagen. Auch die Schleswig-Holsteiner unter Bonin drangen siegreich vor. Sie erstürmten die jütische Grenzstadt Kolbing (20. Mai) und zwangen die Dänen zum Rückzug nach der Festung Fridericia. Aber in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli wurden sie von dem überlegenen dänischen Heere unter General Rye in einem Ausfall vor Fridericia geschlagen,



und als sie, nicht entmutigt, auf's neue den Kampf aufnehmen wollten, kam die Nachricht von dem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Dänemark und Preußen (10. Juli), welchem geraume Zeit nachher, am 2. Juli 1850, der definitive Friede zwischen beiden Staaten folgte, wobei Preußen zugleich im Namen des deutschen Bundes auftrat. Infolge des Waffenstillstandes mußten die deutschen Truppen Schleswig räumen; der nördliche Teil desselben wurde von schwedischen, der südliche von preussischen Soldaten besetzt. Das Land erhielt eine besondere Landesverwaltung, die aus einem preussischen und einem dänischen Kommissär bestand. Die schleswig-holsteinische Armee mußte sich hinter die Eider zurückziehen.

Alles dies geschah infolge einer diplomatischen Intervention Englands und Rußlands, welche die meerumschlungenen Herzogtümer lieber in den Händen des kleinen Dänemark als in den Händen Deutschlands oder vielmehr Preußens sahen und deswegen in dem Londoner Protokoll vom 2. Juni den kühnen Satz aufstellten, die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Dänemark sei im Interesse des europäischen Gleichgewichts. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und seine Armee hatten zwar ihre Ehre für das Recht der Herzogtümer verpfändet; aber des Königs Charakter war zu friedliebend, seine Scheu vor neuen Volksbewegungen noch zu reizbar, als daß er nicht vor einem Kampf von möglicherweise europäischen Dimensionen zurückgeschreckt wäre. Er unterschrieb den Frieden und lieferte Schleswig an die Dänen aus. Denn dieses sollte von Holstein getrennt werden, von Dänemark zwar durch eine besondere Verfassung geschieden, aber politisch doch verbunden sein, welche unklare Bezeichnung die Dänen natürlich so sehr als möglich benutzten, wie dies ihr Kommissär, Herr von Lillich, während des Waffenstillstands bereits bewiesen hatte.

Die Statthalterschaft erkannte den Berliner Frieden nicht an, verstärkte das schleswig-holsteinische Heer und berief an die Stelle des abberufenen Bonin den preussischen General Willisen zum Oberkommando, entschlossen, den Kampf auf eigene Faust zu unternehmen. Die Wahl war insofern keine glückliche, als Willisen zwar als militärischer Schriftsteller, aber nicht als praktischer Stratege einen Namen hatte, und zu fürchten war, daß ihm Entschlossenheit und der rasche Überblick fehle. Nach dem Abzug der preussischen

Truppen rückten die Dänen von Jütland und Wsen aus in Schleswig ein und trafen zwischen Flensburg und Schleswig auf Willisen, der von Süden aus vorgezogen war. Bei Idstedt kam es am 25. Juli 1850 zwischen 37 000 Dänen und 26 000 Schleswig-Holsteinern zur Schlacht; letztere, welche den Sieg schon in den Händen hatten, wurden zuletzt geschlagen, mußten sich nach der Festung Rendsburg zurückziehen und ganz Schleswig den Dänen preisgeben. Ein Angriff bei Missunde (12. Sept.) und ein Sturm auf Friedrichsstadt (4. Okt.) wurde von den Dänen zurückgeschlagen. Die Statthalterchaft glaubte durch einen Wechsel im Oberkommando die Verluste wieder zu ersetzen, entließ Willisen und berief den General von der Horst, welcher bei Idstedt rühmlich gekämpft hatte. Aber es war schon zu spät. Auf der Olmüzer Konferenz wurde der schleswig-holsteinische Kampf auf eine Linie mit dem badiſchen und pfälzischen Aufstand gestellt und von den deutschen Großmächten die Erstüfung dieser nationalen Flamme beschloſſen.

Der letzte Akt der deutschen Revolution war damit beendet. Wo nur irgend dieselbe aufgetreten war, war sie niedergeschmettert, überall hatten die Märzminister ihren Abschied erhalten, und Männer, wie man sie vor 1848 dem Volke zu bieten nicht gewagt hätte, rückten an deren Stelle. Was sollte nun aus Deutschland werden? Unter welcher Form sollten die auseinandergerissenen Glieder wieder zusammenkommen? Sollte auf den Ruf des deutschen Volkes nach Einheit, nach Parlament, nach freiheitlicher Gestaltung gar keine Rücksicht genommen werden? Sollten die beiden letzten Jahre aus dem politischen Kalender der Monarchien ebenso gestrichen werden, wie der Kurfürst von Hessen im Jahre 1814 die französische Herrschaft austrieb und die alten Zöpfe einführte? Sollten immer wieder die alten Fehler gemacht, die Revolution mit Pulver und Blei unterdrückt, nie durch vernunftgemäße Reformen geschlossen werden? Wenn man Fürst Schwarzenberg fragte, so erklärte er rund heraus, daß von einem Parlament und dergleichen keine Rede mehr sei, daß Deutschland wieder zum alten Bundestage unter Östreichs Vorſitz zurückkehren müsse. Gegen diese Schmach sträubte sich Preußen lange. Es wollte den Forderungen des deutschen Volkes teilweise nachgeben, auf Grund der Reichsverfassung ein neues Deutschland aufbauen, die Hegemonie, welche es von dem souveränen Volke nicht angenommen, durch Verein-

barung mit den deutschen Fürsten erringen. So entstand das sogenannte Dreikönigs-Bündnis vom 26. Mai 1849 zwischen Preußen, Hannover und Sachsen, worin dem ersteren die militärische und diplomatische Leitung des Bundes übertragen wurde. Dies sollte der Anfang zu einem engeren Bundesstaat, der Union, sein, von dem sich Oestreich, schon was die Beratungen betraf, ganz fern hielt und, auf seinen Vorgang hin, auch Bayern. Dagegen interessierte sich die Frankfurter Kaiserpartei für den Plan, veranstaltete am 26. Juni eine Zusammenkunft der Gefinnungsgegnossen in Gotha und sprach sich für das preussische Projekt aus. Um aber einstweilen etwas Gemeinsames zu haben, übernahmen Oestreich und Preußen in dem sogenannten „Interim“, welcher Namen schon von der Reformation her in einem schlechten Andenken stand, „die Ausübung der Centralgewalt für den ganzen Bund“, bis etwas Definitives geschaffen war. In die Hände dieser Interimskommissäre legte am 20. Dezember 1849 der Reichsverweser Erzherzog Johann sein Amt nieder.

Preußen ging auf der betretenen Bahn weiter. Es hatte durch Herstellung einer Landesverfassung an Vertrauen bei dem deutschen Volke gewonnen. Um so hartnäckiger widersezten sich die Fürsten. Sachsen und Hannover ließen sich von Oestreich, das Bayern und Württemberg bereits für sich gewonnen hatte, überreden, das preussische Lager mit dem oestreichischen zu vertauschen. Zwischen Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover wurde, im Gegensatz zur preussischen Union das Vierkönigsbündnis abgeschlossen. Doch beharrte Preußen auf seinem Plan. Das Erfurter Parlament, wozu Preußen die Staaten des engeren Bundes eingeladen hatte, kam am 20. März 1850 zustande. Der Entwurf der Unionsverfassung wurde von dem Erfurter Parlament angenommen und dem Fürstenkongreß in Berlin, wozu sämtliche Unionsfürsten im Mai eingeladen wurden, zur Annahme vorgelegt. Hier herrschte nicht die größte Einmütigkeit, und man vereinigte sich mit Mühe zu einem provisorischen Fürstenkollegium als der Centralgewalt der Union. Der größere Teil der deutschen Fürsten, fast alle Kleinstaaten, nahm an der Union teil, einige nur mit Widerstreben; die Mittelstaaten steuerten mit vollen Segeln der oestreichischen Fahne zu, welche nach den Triumphen in Italien und Ungarn auch in Frankfurt sich wieder entfalten sollte. Schon saßen dort, auf

Österreichs Einladung vom 26. April, die Gesandten von 13 Regierungen und bildeten eine „außerordentliche Plenarversammlung“. Kaiser Nikolaus, von beiden streitenden Theilen angerufen, übernahm gern ein Schiedsrichteramt in den deutschen Angelegenheiten, hatte im Juni 1850 mit dem Prinzen von Preußen und dem Fürsten Schwarzenberg eine Zusammenkunft in Warschau und sprach sich für die österreichischen Pläne aus. Darauf wurden durch das Rundschreiben vom 14. August alle früheren Bundestagsglieder von Österreich eingeladen, auf den 1. September den alten Bundestag wieder zu beschicken. Preußen lehnte seine Beteiligung ab und sprach sich in einer besonderen Denkschrift gegen die Wiederherstellung des 1848 einstimmig aufgehobenen Bundestags aus. Die Gegensätze, welche im Frankfurter Parlament so hart zusammengestoßen waren, hatten sich in die Kabinette verpflanzt. Deutschland war in zwei Lager gespalten: Preußen nebst dem Fürstenkollegium und Österreich nebst dem Bundestag schienen sich so unversöhnlich gegenüberzustehen wie die Republikaner und die Reaktionäre der Paulskirche. Aufs neue hörte man Säbelgerassel und Sporengelirr. Und wie kriegerisch lauteten die Nachrichten aus Bregenz, wo am 11. Oktober Kaiser Franz Joseph mit den Königen von Bayern und von Württemberg zusammentam, und König Wilhelm mit jugendlichem Feuer, als ob es noch einmal gegen die Franzosen ginge, ausrief: „Wenn der Kaiser befiehlt, werde ich folgen, wohin er mich ruft.“

In Bregenz wurde der Einmarsch eines aus Österreichern und Bayern bestehenden Bundesexekutionsheeres in Kurhessen beschlossen. Dort hatte der Kurfürst sein liberales Ministerium entlassen und den in Hessen schon längst verhassten, in Preußen wegen Fälschung sogar gerichtlich verfolgten Hassenpflug an die Spitze eines neuen Ministeriums berufen. Das Volk, welches ihn „Hessenfluch“ nannte, hatte eben damit das kürzeste Urteil über ihn gefällt. Nach Auflösung von zwei Ständeversammlungen, welche seine ungeheuerlichen Finanzvorschläge nicht genehmigten, wollte er ohne Landstände regieren und willkürlich die Steuern forterheben. Da dies bei den Gerichten Anstand fand, verhängte er am 7. September 1850 über das ganze Land den Kriegszustand, und als das ganze Wehrentum, sogar Polizei und Militär ihm den Gehorsam versagte, berebete er den Kurfürsten zur Flucht nach Frankfurt, wo er per-

sönlich die Bundesversammlung um Hilfe anging. Hier herrschte wieder die alte Metternichsche Ansicht, daß man einen Fürsten nie „stecken lassen“ dürfe, daß ihm gegenüber das Volk stets im Unrecht sei. Somit wurde durch Beschluß vom 17. September dem Kurfürsten bereitwillig Bundeshilfe zugesagt. Aber Preußen protestierte. Noch hielt es an seiner Union fest, noch hatte es seinen Gegenfüßler, den Bundestag, nicht anerkannt und konnte daher auch nicht dulden, daß letzterer in einem ihm befreundeten Gebiete ohne seine Zustimmung mit Exekutionstruppen aufträte. Der feingebildete und dem König Friedrich Wilhelm IV. sehr befreundete General von Radowiz, ein entschiedener Anhänger der Union, wurde ins Ministerium berufen und übernahm die auswärtigen Angelegenheiten. Das Heer wurde auf den Kriegsfuß gestellt, die Landwehr einberufen, die in Baden stehenden Truppen, als ein zu weit vorgeschobener Posten, zurückgezogen, die bundesgemäß Preußen zustehenden Militärstraßen besetzt. Ehe man zur Ausführung schritt, wurde die Sache noch einmal dem Kaiser Nikolaus zur Begutachtung vorgelegt. Eine neue Zusammenkunft fand in Warschau statt. Kaiser Franz Joseph nebst Fürst Schwarzenberg und von preußischer Seite der Ministerpräsident Graf Brandenburg kamen hier mit Nikolaus zusammen. Oesterreichs Bedingungen einer friedlichen Lösung lauteten dahin, daß Preußen die Union aufgeben und den wiederhergestellten Bundestag anerkennen solle, eine Forderung, welche von Nikolaus aufs lebhafteste unterstützt wurde. Das bayrisch-österreichische Korps rückte in Hessen ein und marschierte gegen Kassel, das von den Preußen besetzt war, daher hier ein Zusammenstoß unvermeidlich schien. Aber am 2. November hatte die Friedenspartei in Berlin gesiegt, Radowiz seine Stelle niedergelegt, Manteuffel das Ministerium des Auswärtigen übernommen. Dieser sah, wie der Bundestag, in Kurhessen nichts als Revolution und verabscheute einen Krieg, der nur mit Hilfe der konstitutionellen und demokratischen Partei durchzuführen war. Daher erhielt der preussische Befehlshaber in Kassel, Graf von der Gröben, Befehl zum Rückzug; bei Bronzell kam es am 8. November mit den Bayern zu einem kleinen Vorpostengefecht, dem man die unschuldige Deutung eines „militärischen Mißverständnisses“ gab, und Manteuffel selbst reiste nach Olmütz, um dort mit dem Fürsten Schwarzenberg Frieden um jeden Preis zu machen. Es war für Preußen

ein hoher Preis. Der an Kühnheit und diplomatischer Gewandtheit dem preussischen Minister weit überlegene Schwarzenberg trug einen vollständigen Sieg davon. In dem Olmücker Vertrag vom 29. November 1850 wurde ausgemacht, daß Preußen der Befehung Kurheffens sich nicht widersetzen dürfe, daß in Schleswig-Holstein von beiden Großmächten der Friede im Sinn des dänischen Gesamtstaates diktiert werden solle und daß zur endlichen Erledigung der deutschen Bundesverhältnisse Konferenzen sämtlicher Regierungen in Dresden stattfinden sollten.

In Kurheffen begann unter dem Schutze der fremden Bajonette und unter den Augen eines östreichischen und preussischen Bundeskommissärs die reine Willkürherrschaft: massenhafte Einkartierung, Beamtenentsetzung, Einklerung. Das ohnedies schon arme Land wurde immer ärmer, und die Auswanderung nahm überhand.

In Schleswig-Holstein handelte Schwarzenberg wie einst Metternich, welcher keinem Volke, nicht einmal dem griechischen, ein Recht zur Erhebung eingeräumt hatte. Nach dem Katechismus dieser hochgeborenen Herren hatten immer nur die Fürsten recht. Ein östreichischer und ein preussischer Kommissär erschienen am 6. Januar 1851 in Holstein und übernahmen die Regierung des Landes; ein östreichisches Armeekorps unter Feldmarschall Legebitich besetzte nebst einer Abteilung Preußen die wichtigsten Orte. Die Statthaltertschaft legte ihr Amt nieder, die Armee wurde aufgelöst, die auf alten Verträgen beruhende Verbindung der beiden Herzogtümer aufgehoben, die Idee des dänischen Gesamtstaates nicht mehr bloß, wie die Eiderdänen gewollt hatten, auf Schleswig, sondern auch auf das deutsche Bundesland Holstein ausgedehnt, in ähnlicher Weise wie Schwarzenberg von einem Gesamt-Östreich sprach. Die deutschen Truppen zogen wieder ab, die Regierung wurde dem dänischen Könige übergeben, das ganze Kriegsmaterial der schleswig-holsteinischen Armee ausgeliefert, und damit die Erbfolge keinen Anlaß zu Zwistigkeiten mehr gebe, wurde in dem neuen Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, mit Umgehung der weiblichen (heffischen) und der Augustenburgischen Linie, von sämtlichen Großmächten Prinz Christian von Glücksburg und seine männliche Nachkommenschaft als Thronfolger der ungetheilten Monarchie anerkannt. Daß weder der deutsche Bundestag noch die Stände in Schleswig und

in Holstein dem Protokoll ihre Zustimmung gaben, konnte größere Folgen haben, als die Weisheit der Kabinette sich träumen ließ.

Von einem Volke wie die Dänen konnte niemand eine anständige Behandlung erwarten. Daß aber allen Friedensbestimmungen in solchem Grade Hohn gesprochen, Schamlosigkeiten und Brutalitäten gegen Leute jeden Standes und Geschlechts ausgeübt, das Deutschtum in Schleswig durch empörende Mittel ausgerottet werden durfte, das hatte doch kaum jemand geglaubt. Kein Land in ganz Europa wurde mit solchem Cynismus ausgezogen und gemäßregelt wie Schleswig, und jeder ehrenhafte Deutsche fluchte einer Diplomatie, welche im 19. Jahrhundert die Völker noch wie Schafherden behandelte, fluchte einer Regierung, die gegen ein deutsches Stammland die Seelenverkäuferei im Großen trieb, und erröthete vor Scham und Wut, wenn er den Namen „Schleswig-Holstein“ hörte. Solche unnatürliche Zustände mußten ihre Früchte tragen. Die Zeit der Rache konnte nicht ausbleiben.

Die Dresdener Konferenzen, welche vom 23. Dezember 1850 bis zum 15. Mai 1851 dauerten, blieben vollständig ergebnislos. Eine Menge von Vorschlägen wurde gemacht: Osterreich und Preußen wollten ein Direktorium mit der unumschränkten Entscheidung über Krieg und Frieden bilden; Osterreich wollte mit seiner ganzen Ländermasse in den deutschen Bund eintreten; Bayern beantragte ein dreiköpfiges Direktorium, die sogenannte Trias, Württemberg ein deutsches Parlament. Unter lebhafter Beteiligung Rußlands, das besonders gegen die zwei ersten Vorschläge sein entscheidendes Veto einlegte, wurden alle Neuerungen beseitigt und einfach zum alten Regiment zurückgegriffen. Preußen löste seine Union auf, und am 30. Mai 1851 war der Bundestag als Vertreter des deutschen Fürstenbundes in der alten Weise wiederhergestellt. Reichsverfassung und Grundrechte wurden in den Einzelstaaten, von denen sie anerkannt worden waren, in den Papierkorb geworfen, Verfassungsveränderungen in reaktionärem Sinne vorgenommen, gegen die Presse und Vereine eingeschritten, die ultramontane Partei gehätschelt, Konkordate von unglaublichem Kaliber geschlossen oder erstrebt, und dem Volke gegenüber von den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten in ihrem Verhältnis zum Bundestag jene Taktik befolgt, welche einst der Minister Römer als Abgeordneter der württembergischen Kammer eine „Fickmühle“ genannt hatte.

Von allen deutschen Staaten ging keiner so unbefriedigt aus dieser Krisis hervor wie Preußen. Eine Gelegenheit, wie nie vorher eine, war ihm geboten worden. Es konnte nur „Ja“ zu sagen, um endlich aus dieser Zwangverletzung zwischen Mittelstaat und Großstaat herauszukommen und als geltende europäische Macht dazustehen. Aber es fehlten ihm damals die geeigneten Persönlichkeiten, die großen Charaktere, die Männer von Entschlossenheit und politischem Scharfblick. Unter lauter Bedenklichkeiten und Rücksichten ging ihm das, was es beanspruchte, die militärische und diplomatische Führung Norddeutschlands, verloren. Es mußte unter das alte Joch zurück: aber die Wunde vom Elmig brannte. Gehehen hatte es nun, wie es nicht zum Ziele gelangen konnte; wollte es dasselbe doch noch erringen, so mußte es einen anderen Weg einschlagen.

## § 18.

## Der Krimkrieg.

Die größten Staaten des Continents waren von der Revolution aufs heftigste erschüttert worden: nur Rußland blieb unberührt. Sogar die Polen hatten, eingedenk der blutigen Erfahrungen von 1831, keinen Aufstand gewagt, nur hoffnungsvoll und teilnehmend nach Ungarn hinübergeschaut. Die Katastrophe von Vilagos legte ihnen weiteres Zumarten auf. Um so stolzer stand Kaiser Nikolaus da. Sein Ansehen als Autokratoren hatte nicht die geringste Einbuße erlitten, vielmehr hatte er durch seine Hilfeleistung in Ungarn bedeutend gewonnen. Oestreich glaubte er wie eines Laßfallen sicher zu sein, und mit dem Könige von Preußen stand er in so intimen Beziehungen, daß dieser den Kriegsminister General Bonin entließ, weil derselbe beim Beginn des nun folgenden orientalischen Krieges äußerte, eine Allianz mit Rußland in dieser Frage wäre für Preußen ein Selbstmord, und den Ritter von Bunsen des Gesandtschaftspostens in London entthob, weil derselbe zu sehr die englischen Anschauungen teilte. Frankreich, wo kurz vorher Louis Napoleon auf dem Kaiserthron sich niedergesetzt hatte, schien dem Kaiser Nikolaus zu erschöpft und zu zerissen, als daß es auf große, entfernte Unternehmungen sich einlassen könnte, und in England, das bei allen orientalischen Streitigkeiten das größte Interesse an den Tag gelegt hatte, hatte er eben da-



mals an dem Premierminister Lord Aberdeen einen vieljährigen Freund, so daß er nicht zweifelte, auch mit dieser gefürchteten Seemacht eine Übereinkunft abschließen zu können. Einzeln war von diesen beiden Mächten, wenn es sich um einen Angriffskrieg gegen Rußland handelte, keine dem nordischen Kaiserreich gewachsen, und daß zwischen den Westmächten eine Allianz zustande komme, schien Nikolaus bei dem tiefen Mißtrauen der englischen Staatsmänner gegen Napoleon undenkbar. Welch' günstige Konstellationen, die Pläne Katharina's II. wieder aufzunehmen und „die Schlüssel zu seinem Hause zu holen!“ Geflüffentlich verbreitete man, es sei eine alte Prophezeiung, daß im Jahre 1853, nach dem vierhundertjährigen Bestehen der türkischen Herrschaft in Europa, dieser ein Ziel gesetzt sei. In den Gesprächen mit dem englischen Gesandten in Petersburg, Sir Hamilton Seymour, nannte Nikolaus die Türkei einen „kranken Mann“, dem kein Doktor mehr helfen könne, daher es an der Zeit sei, jetzt schon über dessen Hinterlassenschaft Bestimmungen zu treffen. Dazu gehöre, daß Bulgarien, Serbien und Bosnien zu selbständigen Staaten erhoben und nebst der Moldau und Walachei unter das russische Protektorat gestellt würden. Wenn England dafür Agypten und die Insel Kandia sich aneignen wolle, habe er nichts einzuwenden. Nur auf sie beide, England und Rußland komme es an; sie allein hätten in der Türkei ein greifbares Interesse; seien sie in dieser Sache handelseinig, so habe man nach den anderen Mächten nichts zu fragen.

Das englische Kabinett war von dem Krankenbericht seines Gesandten nicht sehr erbaut. Es wußte recht wohl, daß ein russisches Protektorat nur ein diplomatischer Name für eine russische Herrschaft sei, die sich, wenn sie einmal Bulgarien habe, rasch über den Balkan nach Konstantinopel ausdehnen und nicht ruhen würde, bis die ganze olympische Halbinsel, von der Donau bis zum Kap Matapan, sich unter ihren Zepter beuge. Die Gründung einer solchen Macht zu dulden, erlaubten weder Englands Interessen im Mittelmeere, noch seine asiatischen Besitzungen. Die Besitznahme Agyptens war für England ein Anerbieten von sehr zweifelhaftem Wert, da es darüber notwendig mit Frankreich in einen Krieg verwickelt worden wäre. Daher wies England das Projekt entschieden von sich und erklärte, daß der franke Mann weit mehr

Lebensfähigkeit besitze, als manchem lieb sei. Darauf soll sich Nikolaus an Napoleon gewandt, aber auch bei diesem, trotz des lockend hingestellten linken Rheinufers, keine günstige Aufnahme gefunden haben. Doch ließ er sich dadurch nicht abschrecken und benutzte zur Aufstellung seiner Forderungen einen langjährigen Streit wegen des heiligen Grabes zwischen Griechen und Lateinern. Der Sultan hatte 1852 durch einen Ferman die Rechte der griechischen Kirche auf den Besitz des heiligen Grabes anerkannt, den Römisch-Katholischen (Lateinern) aber, welche von Napoleon nachdrücklich unterstützt wurden, zugleich erlaubt, in der Kapelle des Ölbergs Messe zu lesen, was die Griechisch-Katholischen als eine Benachteiligung ihrer Kirche ansahen. Um seine bevorrechtete Stellung aufrecht zu erhalten, forderte Rußland förmliche Bürgschaft für die Rechte der griechischen Kirche durch einen Vertrag. Im Vertrauen auf die unbedingte Ergebenheit Preußens und Osterreichs, welches letztere so eben durch die Sendung des Grafen Leiningen nach Konstantinopel die Einstellung der türkischen Feindseligkeiten gegen das räuberische Montenegro erzwungen hatte, um Rußland den Anlaß zu einer Intervention zu nehmen, rüstete Nikolaus im Süden seines Reiches Flotte und Heer. Er schickte, in der Hoffnung, durch ein gebieterisches Auftreten die Pforte einzuschüchtern, den Admiral Fürst Menzikow als außerordentlichen Gesandten nach Konstantinopel, um für Rußland ein religiöses Protektorat über alle griechischen Christen zu verlangen, das ihm, um was es ihm zunächst zu thun war, das Recht zu fortwährenden Interventionen in die inneren Verhältnisse des türkischen Reiches gegeben hätte. Menzikow erschien am 2. März 1853 im Paletot und mit bestaubten Stiefeln in der feierlichen Sitzung des Divans und setzte durch diese übermütige Mißachtung der Etifette das türkische Kabinett ebenso sehr in Erstaunen als durch den Inhalt seiner Aufträge. An ein Eingehen auf seine Vorschläge war nicht zu denken; denn damit wäre der russische Kaiser Mitregent der Türkei geworden und hätte bald Gelegenheit gefunden, diesen Titel um eine Silbe zu verkürzen. Menzikow erhielt also eine abschlägige Antwort und reiste am 21. Mai unter lauten Drohungen von Konstantinopel ab.

Um bei dem bevorstehenden Kriege nicht eine wehrlose Beute des Mächtigen zu sein, ergriff Sultan Abdul Medschid, welchem der europäisch gebildete Großwesir Medschid Pascha zur Seite stand,

hauptsächlich zwei Maßregeln: er suchte die Christen seines Reiches in der Treue zu erhalten, indem er ihnen in einem besonderen Ferman ihre Rechte feierlich bestätigte, und wandte sich mit einem Hilfesuch an die Westmächte. Napoleon, welcher sich berufen glaubte, den Sturz des großen Oheims zu rächen und die Verträge von 1815 zu zerreißen, war der türkische Schmerzensschrei eine sehr willkommene Gelegenheit, das feindselige Rußland zu demütigen und seinen neuen Kaiserthron mit glänzenden Tropfäben zu umgeben. Er zog das englische Kabinett trotz der Bedenklichkeiten des Lord Aberdeen nach sich, die Flotten wurden gerüstet und legten sich am 14. Juni 1853 in der Besikabai, am Eingang der Dardanellen, vor Anker. Auf dies hin gab Mikolauß, welcher sich in den Augen seines Volkes als den Verteidiger der griechisch-katholischen Kirche hinstellte, dem Fürsten Michael Gortschakow den Befehl, mit zwei Armeekorps, welche je aus 40 000 Mann bestanden und von den Generalen Lüders und Danneberg befehligt wurden, in die Donaufürstentümer einzurücken und dieselben als „materielles Pfand“ in Besitz zu nehmen, bis die Pforte seine Forderungen erfüllt haben würde. Der Einmarsch erfolgte am 2. Juli. Die öffentlichen Kassen wurden in Beschlag genommen, Steuern ausgeschrieben, Soldaten ausgehoben, die beiden Länder, Moldau und Walachei, wie 1789 unter Potemkin dem Taurier, als russische Provinzen angesehen. Um so eifriger waren die Anstrengungen der Diplomatie, noch in der letzten Stunde den Ausbruch des Krieges aufzuhalten. Die Gesandten der Großmächte hielten in Wien Konferenzen und vereinigten sich zu einer Vermittlungsnote, wonach die Pforte die Forderungen Rußlands bewilligen sollte mit Ausnahme des Protektorats, das übrigens nicht verweigert, sondern nur mit Stillschweigen übergangen wurde. Indem man aber so die Hauptfrage umging, wurde sie doch sicherlich nicht gelöst. Mikolauß nahm die Note an, gab ihr aber die Auslegung, daß sie alle seine Ansprüche, auch das Protektorat, gutheiße. Darüber entstand in London und in Konstantinopel großer Lärm. Dort griff Layard, welcher die orientalischen Verhältnisse genau kannte, im Unterhaus das russenfreundliche Ministerium heftig an und verlangte entschiedene Teilnahme für die Türkei; hier ließ die alttürkische Partei dem Sultan keine andere Wahl als Abdanfung oder Verwerfung der Note.

Sofort wurde in der Türkei aufs eifrigste gerüstet, Freiwillige aufgerufen, die Kontingente der Vasallenstaaten Ägypten und Tunis aufgeboten, die Steuern auf mehrere Jahre zum voraus erhoben und der religiöse Haß aufgestachelt. Am 4. Oktober 1853 wurde an Rußland der Krieg erklärt, falls nicht die Donaufürstentümer sogleich geräumt würden. Darauf erwiderte Rußland mit einem Kriegsmanifest vom 1. November. Die ersten Kämpfe begannen. Die Hauptmacht der Türken stand auf dem rechten Donauufer unter dem Oberbefehl Omer Paschas. Er ging bei Widbin auf das linke Ufer, besetzte Kalafat und schlug am 4. November in verschanzter Stellung bei Oltenizza die Angriffe der an Zahl überlegenen Russen zurück. Freilich wurde dieser Glücksfall durch ein anderes Ereignis mehr als aufgewogen. Der russische Admiral Nachimow überfiel an einem nebeligen Tage, am 30. November 1853, von Sebastopol aus ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha bei Sinope und vernichtete es fast vollständig. Nun war der englische Leopard, welcher ein maritimes Aufsichtsrecht zu besitzen glaubte, nicht mehr zu halten. Lord Aberdeen mußte abtreten, und Lord Palmerston, welcher mit Napoleon in engen Beziehungen stand und vor kriegerischen Verwicklungen nicht zurückschreckte, trat in das neue Ministerium, dessen Führer er bald darauf wurde. Noch einmal sandte die Wiener Konferenz eine Note vom 5. Dezember an Rußland, worin einige Zugeständnisse gemacht, aber zugleich die Räumung der Donaufürstentümer gefordert wurde. Als Nikolaus sich weigerte, darauf einzugehen, schlossen die Westmächte am 12. März 1854 mit der Türkei ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis und erklärten am 28. März an Rußland den Krieg. Wenn Osterreich und Preußen das Gleiche thaten, so mußte Nikolaus nachgeben. Es lag ihm alles daran, sie wenigstens in der Neutralität zu erhalten. Eine Zusammenkunft mit Franz Joseph in Olmütz und eine Reise nach Berlin (1853) dienten diesem Zwecke. Die Interessen der zwei deutschen Großmächte waren bei dieser Frage nicht gleich beteiligt. Was „hinten in der Türkei“ vorging, berührte Preußen nicht unmittelbar, um so mehr aber Osterreich. Dieses ließ sich daher das Versprechen geben, daß die russischen Heere die Donau nicht überschreiten würden. Als dies doch geschah, schloß Osterreich mit Preußen ein Schutz- und Trugbündnis, worin sich beide verbindlich machten, Rußland zu

bekriegten, wenn es die Donaufürstentümer sich einverleibe oder über den Balkan gehe. Auch schickten sie eine Note nach Petersburg und verlangten die sofortige Räumung der Donaufürstentümer. Damit war die mittelstaatliche Bamberger Konferenz, welche im Namen des Bundestags große Politik treiben und Rußland unterstützen wollte, nicht zufrieden, richtete Noten an Österreich und Preußen, wurde aber von diesen ohne viele Mühe zu schließlicher Zustimmung gebracht. Die Noten Österreichs und Preußens machten auf Nikolaus wenig Eindruck, da er Preußens sicher zu sein glaubte und immer noch auf Österreichs Dankbarkeit rechnete. Die Sache wurde aber verdächtiger, als Österreich am 14. Juni 1854 einen Vertrag mit der Pforte schloß, worin diese jenem erlaubte, mit seinem bereits hart an der Grenze stehenden Heere in den Donaufürstentümern einzurücken und diese zu besetzen. Wurde dieser Vertrag ausgeführt, so war die Rückzugslinie der Russen bedroht, und sie standen zwischen zwei Feuern.

Auch andere Hoffnungen wollten sich nicht erfüllen. Nikolaus hatte darauf gerechnet, daß auf sein Vorrücken alle christlichen Unterthanen des Sultans nebst den Bewohnern Griechenlands zu einem Kreuzzug gegen den Halbmond sich erheben würden. Allein die Bosnier, Serben und Bulgaren waren teils durch Omer Pascha niedergehalten und durch Österreich bedroht, teils wollten sie, um sicher zu gehen, entschiedene Siege der russischen Heere abwarten. In Griechenland dagegen entstand eine große Bewegung. Der Haß gegen den alten Dränger regte sich, die Enge der Nordgrenzen wurde fühlbarer, die Gelegenheit zu ihrer Ausdehnung schien gekommen, ja man sprach schon von der Erneuerung eines byzantinischen Reiches. Zur Dämpfung dieser kriegerischen Gelüste schickten die Westmächte einige Schiffe in den Piräus, französische Truppen landeten und zwangen die Regierung, in Gemeinschaft mit ihnen die unruhigen Köpfe im Zaume zu halten. Außer einigen Einfällen raublustiger Klephten in Thessalien und Epirus kam hier nichts von Bedeutung vor. Doch wurde König Otto seine Energielosigkeit in dieser Sache von dem hellenischen Volke sehr übel genommen und schon damals an eine Aenderung in der Person des Monarchen gedacht.

So war Rußland auf seine eigene Macht angewiesen und mußte sich mit dem alten Satz trösten: „viel Feind', viel Ehr'!“

Truppen rückten die Dänen von Jütland und Alsen aus in Schleswig ein und trafen zwischen Flensburg und Schleswig auf Willisen, der von Süden aus vorgebrungen war. Bei Jdstedt kam es am 25. Juli 1850 zwischen 37 000 Dänen und 26 000 Schleswig-Holsteinern zur Schlacht; letztere, welche den Sieg schon in den Händen hatten, wurden zuletzt geschlagen, mußten sich nach der Festung Rendsburg zurückziehen und ganz Schleswig den Dänen preisgeben. Ein Angriff bei Missunde (12. Sept.) und ein Sturm auf Friedrichsstadt (4. Okt.) wurde von den Dänen zurückgeschlagen. Die Statthalterschaft glaubte durch einen Wechsel im Oberkommando die Verluste wieder zu ersetzen, entließ Willisen und berief den General von der Horst, welcher bei Jdstedt rühmlich gekämpft hatte. Aber es war schon zu spät. Auf der Olmüher Konferenz wurde der schleswig-holsteinische Kampf auf eine Linie mit dem badischen und pfälzischen Aufstand gestellt und von den deutschen Großmächten die Erstüfung dieser nationalen Flamme beschlossen.

Der letzte Akt der deutschen Revolution war damit beendigt. Wo nur irgend dieselbe aufgetreten war, war sie niedergeschmettert, überall hatten die Märzminister ihren Abschied erhalten, und Männer, wie man sie vor 1848 dem Volke zu bieten nicht gewagt hätte, rückten an deren Stelle. Was sollte nun aus Deutschland werden? Unter welcher Form sollten die auseinandergerissenen Glieder wieder zusammenkommen? Sollte auf den Ruf des deutschen Volkes nach Einheit, nach Parlament, nach freiheitlicher Gestaltung gar keine Rücksicht genommen werden? Sollten die beiden letzten Jahre aus dem politischen Kalender der Monarchien ebenso gestrichen werden, wie der Kurfürst von Hessen im Jahre 1814 die französische Herrschaft ausstrich und die alten Zöpfe einführte? Sollten immer wieder die alten Fehler gemacht, die Revolution mit Pulver und Blei unterdrückt, nie durch vernunftgemäße Reformen geschlossen werden? Wenn man Fürst Schwarzenberg fragte, so erklärte er rund heraus, daß von einem Parlament und dergleichen keine Rede mehr sei, daß Deutschland wieder zum alten Bundestage unter Osterreichs Vorsth zurückkehren müsse. Gegen diese Schmach sträubte sich Preußen lange. Es wollte den Forderungen des deutschen Volkes teilweise nachgeben, auf Grund der Reichsverfassung ein neues Deutschland aufbauen, die Hegemonie, welche es von dem souveränen Volke nicht angenommen, durch Verein-

barung mit den deutschen Fürsten erringen. So entstand das sogenannte Dreikönigs-Bündnis vom 26. Mai 1849 zwischen Preußen, Hannover und Sachsen, worin dem ersteren die militärische und diplomatische Leitung des Bundes übertragen wurde. Dies sollte der Anfang zu einem engeren Bundesstaat, der Union, sein, von dem sich Osterreich, schon was die Beratungen betraf, ganz fern hielt und, auf seinen Vorgang hin, auch Bayern. Dagegen interessierte sich die Frankfurter Kaiserpartei für den Plan, veranstaltete am 26. Juni eine Zusammenkunft der Gesinnungsgenossen in Gotha und sprach sich für das preussische Projekt aus. Um aber einstweilen etwas Gemeinsames zu haben, übernahmen Osterreich und Preußen in dem sogenannten „Interim“, welcher Namen schon von der Reformation her in einem schlechten Andenken stand, „die Ausübung der Zentralgewalt für den ganzen Bund“, bis etwas Definitives geschaffen war. In die Hände dieser Interims-Kommission legte am 20. Dezember 1849 der Reichsverweser Erzherzog Johann sein Amt nieder.

Preußen ging auf der betretenen Bahn weiter. Es hatte durch Herstellung einer Landesverfassung an Vertrauen bei dem deutschen Volke gewonnen. Um so hartnäckiger widersezten sich die Fürsten. Sachsen und Hannover ließen sich von Osterreich, das Bayern und Württemberg bereits für sich gewonnen hatte, überreden, das preussische Lager mit dem osterreichischen zu vertauschen. Zwischen Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover wurde, im Gegensatz zur preussischen Union das Vierkönigsbündnis abgeschlossen. Doch beharrte Preußen auf seinem Plan. Das Erfurter Parlament, wozu Preußen die Staaten des engeren Bundes eingeladen hatte, kam am 20. März 1850 zustande. Der Entwurf der Unionsverfassung wurde von dem Erfurter Parlament angenommen und dem Fürstenkongreß in Berlin, wozu sämtliche Unionsfürsten im Mai eingeladen wurden, zur Annahme vorgelegt. Hier herrschte nicht die größte Einmütigkeit, und man vereinigte sich mit Mühe zu einem provisorischen Fürstenkollegium als der Zentralgewalt der Union. Der größere Teil der deutschen Fürsten, fast alle Kleinstaaten, nahm an der Union teil, einige nur mit Widerstreben; die Mittelstaaten steuerten mit vollen Segeln der osterreichischen Fahne zu, welche nach den Triumphen in Italien und Ungarn auch in Frankfurt sich wieder entfalten sollte. Schon saßen dort, auf

Österreichs Einladung vom 26. April, die Gesandten von 13 Regierungen und bildeten eine „außerordentliche Plenarversammlung“. Kaiser Nikolaus, von beiden streitenden Theilen angerufen, übernahm gern ein Schiedsrichteramt in den deutschen Angelegenheiten, hatte im Juni 1850 mit dem Prinzen von Preußen und dem Fürsten Schwarzenberg eine Zusammenkunft in Warschau und sprach sich für die österreichischen Pläne aus. Darauf wurden durch das Rundschreiben vom 14. August alle früheren Bundestagsglieder von Österreich eingeladen, auf den 1. September den alten Bundestag wieder zu beschicken. Preußen lehnte seine Beteiligung ab und sprach sich in einer besonderen Denkschrift gegen die Wiederherstellung des 1848 einstimmig aufgehobenen Bundestags aus. Die Gegensätze, welche im Frankfurter Parlament so hart zusammengestoßen waren, hatten sich in die Kabinette verpflanzt. Deutschland war in zwei Lager gespalten: Preußen nebst dem Fürstenkollegium und Österreich nebst dem Bundestag schienen sich so unverföhnlich gegenüberzustehen wie die Republikaner und die Reaktionäre der Paulskirche. Auf's neue hörte man Säbelgerassel und Sporengelirr. Und wie kriegerisch lauteten die Nachrichten aus Bregenz, wo am 11. Oktober Kaiser Franz Joseph mit den Königen von Bayern und von Württemberg zusammenkam, und König Wilhelm mit jugendlichem Feuer, als ob es noch einmal gegen die Franzosen ginge, ausrief: „Wenn der Kaiser befiehlt, werde ich folgen, wohin er mich ruft.“

In Bregenz wurde der Einmarsch eines aus Österreichern und Bayern bestehenden Bundesexekutionsheeres in Kurhessen beschlossen. Dort hatte der Kurfürst sein liberales Ministerium entlassen und den in Hessen schon längst verhassten, in Preußen wegen Fälschung sogar gerichtlich verfolgten Hassenpflug an die Spitze eines neuen Ministeriums berufen. Das Volk, welches ihn „Hessenfluch“ nannte, hatte eben damit das kürzeste Urteil über ihn gefällt. Nach Auflösung von zwei Ständeversammlungen, welche seine ungesetzlichen Finanzvorschläge nicht genehmigten, wollte er ohne Landstände regieren und willkürlich die Steuern forterheben. Da dies bei den Gerichten Anstand fand, verhängte er am 7. September 1850 über das ganze Land den Kriegszustand, und als das ganze Beamtentum, sogar Polizei und Militär ihm den Gehorsam verweigerte, beredete er den Kurfürsten zur Flucht nach Frankfurt, wo er per-



fönlich die Bundesversammlung um Hilfe anging. Hier herrschte wieder die alte Metternichsche Ansicht, daß man einen Fürsten nie „stecken lassen“ dürfe, daß ihm gegenüber das Volk stets im Unrecht sei. Somit wurde durch Beschluß vom 17. September dem Kurfürsten bereitwillig Bundeshilfe zugesagt. Aber Preußen protestierte. Noch hielt es an seiner Union fest, noch hatte es seinen Gegenfüßler, den Bundestag, nicht anerkannt und konnte daher auch nicht dulden, daß letzterer in einem ihm befreundeten Gebiete ohne seine Zustimmung mit Exekutionstruppen aufträte. Der feingebildete und dem König Friedrich Wilhelm IV. sehr befreundete General von Radowiz, ein entschiedener Anhänger der Union, wurde ins Ministerium berufen und übernahm die auswärtigen Angelegenheiten. Das Heer wurde auf den Kriegsfuß gestellt, die Landwehr einberufen, die in Baden stehenden Truppen, als ein zu weit vorgeschobener Posten, zurückgezogen, die bundesgemäß Preußen zustehenden Militärstraßen besetzt. Ehe man zur Ausführung schritt, wurde die Sache noch einmal dem Kaiser Nikolaus zur Begutachtung vorgelegt. Eine neue Zusammenkunft fand in Warschau statt. Kaiser Franz Joseph nebst Fürst Schwarzenberg und von preußischer Seite der Ministerpräsident Graf Brandenburg kamen hier mit Nikolaus zusammen. Osterreichs Bedingungen einer friedlichen Lösung lauteten dahin, daß Preußen die Union aufgeben und den wiederhergestellten Bundestag anerkennen solle, eine Forderung, welche von Nikolaus aufs lebhafteste unterstützt wurde. Das bayrisch-österreichische Korps rückte in Hessen ein und marschierte gegen Kassel, das von den Preußen besetzt war, daher hier ein Zusammenstoß unvermeidlich schien. Aber am 2. November hatte die Friedenspartei in Berlin gesiegt, Radowiz seine Stelle niedergelegt, Manteuffel das Ministerium des Auswärtigen übernommen. Dieser sah, wie der Bundestag, in Kurhessen nichts als Revolution und verabscheute einen Krieg, der nur mit Hilfe der konstitutionellen und demokratischen Partei durchzuführen war. Daher erhielt der preußische Befehlshaber in Kassel, Graf von der Gröben, Befehl zum Rückzug; bei Bronzell kam es am 8. November mit den Bayern zu einem kleinen Vorpostengefecht, dem man die unschuldige Deutung eines „militärischen Mißverständnisses“ gab, und Manteuffel selbst reiste nach Olmütz, um dort mit dem Fürsten Schwarzenberg Frieden um jeden Preis zu machen. Es war für Preußen

ein hoher Preis. Der an Kühnheit und diplomatischer Gewandtheit dem preussischen Minister weit überlegene Schwarzenberg trug einen vollständigen Sieg davon. In dem Olmüzer Vertrag vom 29. November 1850 wurde ausgemacht, daß Preußen der Befegung Kurhessens sich nicht widersetzen dürfe, daß in Schleswig-Holstein von beiden Großmächten der Friede im Sinn des dänischen Gesamtstaates diktiert werden solle und daß zur endlichen Erledigung der deutschen Bundesverhältnisse Konferenzen sämtlicher Regierungen in Dresden stattfinden sollten.

In Kurhessen begann unter dem Schutze der fremden Bajonette und unter den Augen eines östreichischen und preussischen Bundeskommissärs die reine Willkürherrschaft: massenhafte Einquartierung, Beamtenentsetzung, Einkerkelung. Das ohnedies schon arme Land wurde immer ärmer, und die Auswanderung nahm überhand.

In Schleswig-Holstein handelte Schwarzenberg wie einst Metternich, welcher keinem Volke, nicht einmal dem griechischen, ein Recht zur Erhebung eingeräumt hatte. Nach dem Katechismus dieser hochgeborenen Herren hatten immer nur die Fürsten recht. Ein östreichischer und ein preussischer Kommissär erschienen am 6. Januar 1851 in Holstein und übernahmen die Regierung des Landes; ein östreichisches Armeekorps unter Feldmarschall Legebitzsch besetzte nebst einer Abteilung Preußen die wichtigsten Orte. Die Statthaltertschaft legte ihr Amt nieder, die Armee wurde aufgelöst, die auf alten Verträgen beruhende Verbindung der beiden Herzogtümer aufgehoben, die Idee des dänischen Gesamtstaates nicht mehr bloß, wie die Eiderdänen gewollt hatten, auf Schleswig, sondern auch auf das deutsche Bundesland Holstein ausgedehnt, in ähnlicher Weise wie Schwarzenberg von einem Gesamt-Östreich sprach. Die deutschen Truppen zogen wieder ab, die Regierung wurde dem dänischen Könige übergeben, das ganze Kriegsmaterial der schleswig-holsteinischen Armee ausgeliefert, und damit die Erbfolge keinen Anlaß zu Zwistigkeiten mehr gebe, wurde in dem neuen Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, mit Umgehung der weiblichen (heffischen) und der Augustenburgischen Linie, von sämtlichen Großmächten Prinz Christian von Glücksburg und seine männliche Nachkommenschaft als Thronfolger der ungeteilten Monarchie anerkannt. Daß weder der deutsche Bundestag noch die Stände in Schleswig und

in Holstein dem Protokoll ihre Zustimmung gaben, konnte größere Folgen haben, als die Weisheit der Kabinette sich träumen ließ.

Von einem Volke wie die Dänen konnte niemand eine anständige Behandlung erwarten. Daß aber allen Friedensbestimmungen in solchem Grade Hohn gesprochen, Schamlosigkeiten und Brutalitäten gegen Leute jeden Standes und Geschlechts ausgeübt, das Deutschtum in Schleswig durch empörende Mittel ausgerottet werden durfte, das hatte doch kaum jemand geglaubt. Kein Land in ganz Europa wurde mit solchem Eynismus ausgefogen und gemäßregelt wie Schleswig, und jeder ehrenhafte Deutsche fluchte einer Diplomatie, welche im 19. Jahrhundert die Völker noch wie Schafherden behandelte, fluchte einer Regierung, die gegen ein deutsches Stammland die Seelenverkäuferei im Großen trieb, und erröthete vor Scham und Wut, wenn er den Namen „Schleswig-Holstein“ hörte. Solche unnatürliche Zustände mußten ihre Früchte tragen. Die Zeit der Rache konnte nicht ausbleiben.

Die Dresdener Konferenzen, welche vom 23. Dezember 1850 bis zum 15. Mai 1851 dauerten, blieben vollständig ergebnislos. Eine Menge von Vorschlägen wurde gemacht: Osterreich und Preußen wollten ein Direktorium mit der unumschränkten Entscheidung über Krieg und Frieden bilden; Osterreich wollte mit seiner ganzen Ländermasse in den deutschen Bund eintreten; Bayern beantragte ein dreiköpfiges Direktorium, die sogenannte Trias, Württemberg ein deutsches Parlament. Unter lebhafter Beteiligung Rußlands, das besonders gegen die zwei ersten Vorschläge sein entscheidendes Veto einlegte, wurden alle Neuerungen beseitigt und einfach zum alten Regiment zurückgegriffen. Preußen löste seine Union auf, und am 30. Mai 1851 war der Bundestag als Vertreter des deutschen Fürstenbundes in der alten Weise wiederhergestellt. Reichsverfassung und Grundrechte wurden in den Einzelstaaten, von denen sie anerkannt worden waren, in den Papierkorb geworfen, Verfassungsänderungen in reaktionärem Sinne vorgenommen, gegen die Presse und Vereine eingeschritten, die ultramontane Partei gehätschelt, Konfordate von unglaublichem Kaliber geschlossen oder erstrebt, und dem Volke gegenüber von den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten in ihrem Verhältnis zum Bundestag jene Taktik befolgt, welche einst der Minister Römer als Abgeordneter der württembergischen Kammer eine „Fickmühle“ genannt hatte.

Von allen deutschen Staaten ging keiner so unbefriedigt aus dieser Krisis hervor wie Preußen. Eine Gelegenheit, wie nie vorher eine, war ihm geboten worden. Es brauchte nur „Ja“ zu sagen, um endlich aus dieser Zwitterstellung zwischen Mittelstaat und Großstaat herauszukommen und als gebietende europäische Macht dazustehen. Aber es fehlten ihm damals die geeigneten Persönlichkeiten, die großen Charaktere, die Männer von Entschlossenheit und politischem Scharfblick. Unter lauter Bedenkllichkeiten und Rücksichten ging ihm das, was es beanspruchte, die militärische und diplomatische Führung Norddeutschlands, verloren. Es mußte unter das alte Joch zurück; aber die Wunde von Olmütz brannte. Befehlen hatte es nun, wie es nicht zum Ziele gelangen könne; wollte es dasselbe doch noch erringen, so mußte es einen anderen Weg einschlagen.

## § 18.

## Der Krimkrieg.

Die größten Staaten des Kontinents waren von der Revolution aufs heftigste erschüttert worden; nur Rußland blieb unberührt. Sogar die Polen hatten, eingedenk der blutigen Erfahrungen von 1831, keinen Aufstand gewagt, nur hoffnungsvoll und teilnehmend nach Ungarn hinübergeschaut. Die Katastrophe von Vilagos legte ihnen weiteres Zuwarten auf. Um so stolzer stand Kaiser Nikolaus da. Sein Ansehen als Autokrat hatte nicht die geringste Einbuße erlitten, vielmehr hatte er durch seine Hilfeleistung in Ungarn bedeutend gewonnen. Östreich glaubte er wie eines Vasallen sicher zu sein, und mit dem Könige von Preußen stand er in so intimen Beziehungen, daß dieser den Kriegsminister General Bonin entließ, weil derselbe beim Beginn des nun folgenden orientalischen Krieges äußerte, eine Allianz mit Rußland in dieser Frage wäre für Preußen ein Selbstmord, und den Ritter von Bunsen des Gesandtschaftspostens in London enthob, weil derselbe zu sehr die englischen Anschauungen teilte. Frankreich, wo kurz vorher Louis Napoleon auf dem Kaiserthron sich niedergesetzt hatte, schien dem Kaiser Nikolaus zu erschöpft und zu zerrissen, als daß es auf große, entfernte Unternehmungen sich einlassen könnte, und in England, das bei allen orientalischen Streitigkeiten das größte Interesse an den Tag gelegt hatte, hatte er eben da-

mals an dem Premierminister Lord Aberdeen einen vieljährigen Freund, so daß er nicht zweifelte, auch mit dieser gefürchteten Seemacht eine Übereinkunft abschließen zu können. Einzeln war von diesen beiden Mächten, wenn es sich um einen Angriffskrieg gegen Rußland handelte, keine dem nordischen Kaiserreich gewachsen, und daß zwischen den Westmächten eine Allianz zustande komme, schien Nikolaus bei dem tiefen Mißtrauen der englischen Staatsmänner gegen Napoleon undenkbar. Welch' günstige Konstellationen, die Pläne Katharina's II. wieder aufzunehmen und „die Schlüssel zu seinem Hause zu holen!“ Geflissentlich verbreitete man, es sei eine alte Prophezeiung, daß im Jahre 1853, nach dem vierhundertjährigen Bestehen der türkischen Herrschaft in Europa, dieser ein Ziel gesetzt sei. In den Gesprächen mit dem englischen Gesandten in Petersburg, Sir Hamilton Seymour, nannte Nikolaus die Türkei einen „kranken Mann“, dem kein Doktor mehr helfen könne, daher es an der Zeit sei, jetzt schon über dessen Hinterlassenschaft Bestimmungen zu treffen. Dazu gehöre, daß Bulgarien, Serbien und Bosnien zu selbständigen Staaten erhoben und nebst der Moldau und Walachei unter das russische Protektorat gestellt würden. Wenn England dafür Ägypten und die Insel Candia sich aneignen wolle, habe er nichts einzuwenden. Nur auf sie beide, England und Rußland komme es an; sie allein hätten in der Türkei ein greifbares Interesse; seien sie in dieser Sache handelseinig, so habe man nach den anderen Mächten nichts zu fragen.

Das englische Kabinett war von dem Krankenbericht seines Gesandten nicht sehr erbaut. Es wußte recht wohl, daß ein russisches Protektorat nur ein diplomatischer Name für eine russische Herrschaft sei, die sich, wenn sie einmal Bulgarien habe, rasch über den Balkan nach Konstantinopel ausdehnen und nicht ruhen würde, bis die ganze olympische Halbinsel, von der Donau bis zum Kap Matapan, sich unter ihren Zepter beuge. Die Gründung einer solchen Macht zu dulden, erlaubten weder Englands Interessen im Mittelmeere, noch seine asiatischen Besitzungen. Die Besitznahme Ägyptens war für England ein Anerbieten von sehr zweifelhaftem Wert, da es darüber notwendig mit Frankreich in einen Krieg verwickelt worden wäre. Daher wies England das Projekt entschieden von sich und erklärte, daß der franke Mann weit mehr

Lebensfähigkeit besitze, als manchem lieb sei. Darauf soll sich Nikolaus an Napoleon gewandt, aber auch bei diesem, trotz des lockend hingestellten linken Rheinufers, keine günstige Aufnahme gefunden haben. Doch ließ er sich dadurch nicht abschrecken und benutzte zur Aufstellung seiner Forderungen einen langjährigen Streit wegen des heiligen Grabes zwischen Griechen und Lateinern. Der Sultan hatte 1852 durch einen Ferman die Rechte der griechischen Kirche auf den Besitz des heiligen Grabes anerkannt, den Römisch-Katholischen (Lateinern) aber, welche von Napoleon nachdrücklich unterstützt wurden, zugleich erlaubt, in der Kapelle des Ölbergs Messe zu lesen, was die Griechisch-Katholischen als eine Benachteiligung ihrer Kirche ansahen. Um seine bevorrechtete Stellung aufrecht zu erhalten, forderte Rußland förmliche Bürgschaft für die Rechte der griechischen Kirche durch einen Vertrag. Im Vertrauen auf die unbedingte Ergebenheit Preußens und Oesterreichs, welches letztere so eben durch die Sendung des Grafen Leiningen nach Konstantinopel die Einstellung der türkischen Feindseligkeiten gegen das räuberische Montenegro erzwungen hatte, um Rußland den Anlaß zu einer Intervention zu nehmen, rüstete Nikolaus im Süden seines Reiches Flotte und Heer. Er schickte, in der Hoffnung, durch ein gebieterisches Auftreten die Pforte einzuschüchtern, den Admiral Fürst Menzikow als außerordentlichen Gesandten nach Konstantinopel, um für Rußland ein religiöses Protektorat über alle griechischen Christen zu verlangen, das ihm, um was es ihm zunächst zu thun war, das Recht zu fortwährenden Interventionen in die inneren Verhältnisse des türkischen Reiches gegeben hätte. Menzikow erschien am 2. März 1853 im Paletot und mit bestaubten Stiefeln in der feierlichen Sitzung des Divans und setzte durch diese übermütige Mißachtung der Etikette das türkische Kabinett ebenso sehr in Erstaunen als durch den Inhalt seiner Aufträge. An ein Eingehen auf seine Vorschläge war nicht zu denken; denn damit wäre der russische Kaiser Mitregent der Türkei geworden und hätte bald Gelegenheit gefunden, diesen Titel um eine Silbe zu verkürzen. Menzikow erhielt also eine abschlägige Antwort und reiste am 21. Mai unter lauten Drohungen von Konstantinopel ab.

Um bei dem bevorstehenden Kriege nicht eine wehrlose Beute des Mächtigen zu sein, ergriff Sultan Abdul Medschid, welchem der europäisch gebildete Großwesir Medschid Pascha zur Seite stand,

hauptsächlich zwei Maßregeln: er suchte die Christen seines Reiches in der Treue zu erhalten, indem er ihnen in einem besonderen Ferman ihre Rechte feierlich bestätigte, und wandte sich mit einem Hilfesuch an die Westmächte. Napoleon, welcher sich berufen glaubte, den Sturz des großen Oheims zu rächen und die Verträge von 1815 zu zerreißen, war der türkische Schmerzensschrei eine sehr willkommene Gelegenheit, das feindselige Rußland zu demütigen und seinen neuen Kaiserthron mit glänzenden Trophäen zu umgeben. Er zog das englische Kabinett trotz der Bedenkllichkeiten des Lord Aberdeen nach sich, die Flotten wurden gerüstet und legten sich am 14. Juni 1853 in der Besikabai, am Eingang der Dardanellen, vor Anker. Auf dies hin gab Nikolaus, welcher sich in den Augen seines Volkes als den Verteidiger der griechisch-katholischen Kirche hinstellte, dem Fürsten Michael Gortschakow den Befehl, mit zwei Armeekorps, welche je aus 40 000 Mann bestanden und von den Generalen Lüders und Danneberg befehligt wurden, in die Donaufürstentümer einzurücken und dieselben als „materielles Pfand“ in Besitz zu nehmen, bis die Pforte seine Forderungen erfüllt haben würde. Der Einmarsch erfolgte am 2. Juli. Die öffentlichen Kassen wurden in Beschlag genommen, Steuern ausgeschrieben, Soldaten ausgehoben, die beiden Länder, Moldau und Walachei, wie 1789 unter Potemkin dem Laurier, als russische Provinzen angesehen. Um so eifriger waren die Anstrengungen der Diplomatie, noch in der letzten Stunde den Ausbruch des Krieges aufzuhalten. Die Gesandten der Großmächte hielten in Wien Konferenzen und vereinigten sich zu einer Vermittlungsnote, wonach die Pforte die Forderungen Rußlands bewilligen sollte mit Ausnahme des Protektorats, das übrigens nicht verweigert, sondern nur mit Stillschweigen übergangen wurde. Indem man aber so die Hauptfrage umging, wurde sie doch sicherlich nicht gelöst. Nikolaus nahm die Note an, gab ihr aber die Auslegung, daß sie alle seine Ansprüche, auch das Protektorat, gutheißt. Darüber entstand in London und in Konstantinopel großer Lärm. Dort griff Layard, welcher die orientalischen Verhältnisse genau kannte, im Unterhaus das russenfreundliche Ministerium heftig an und verlangte entschiedene Theilnahme für die Türkei; hier ließ die alttürkische Partei dem Sultan keine andere Wahl als Abdanfung oder Verwerfung der Note.

Sofort wurde in der Türkei aufs eifrigste gerüstet, Freiwillige aufgerufen, die Kontingente der Vasallenstaaten Aegypten und Tunis aufgeboten, die Steuern auf mehrere Jahre zum voraus erhoben und der religiöse Haß aufgestachelt. Am 4. Oktober 1853 wurde an Rußland der Krieg erklärt, falls nicht die Donaufürstentümer sogleich geräumt würden. Darauf erwiderte Rußland mit einem Kriegsmanifest vom 1. November. Die ersten Kämpfe begannen. Die Hauptmacht der Türken stand auf dem rechten Donauufer unter dem Oberbefehl Omer Paschas. Er ging bei Widdin auf das linke Ufer, besetzte Kalafat und schlug am 4. November in verschanzter Stellung bei Oltenizza die Angriffe der an Zahl überlegenen Russen zurück. Freilich wurde dieser Glücksfall durch ein anderes Ereignis mehr als aufgewogen. Der russische Admiral Nachimow überfiel an einem nebeligen Tage, am 30. November 1853, von Sebastopol aus ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha bei Sinope und vernichtete es fast vollständig. Nun war der englische Leopard, welcher ein maritimes Aufsichtsrecht zu besitzen glaubte, nicht mehr zu halten. Lord Aberdeen mußte abtreten, und Lord Palmerston, welcher mit Napoleon in engen Beziehungen stand und vor kriegerischen Verwicklungen nicht zurückschreckte, trat in das neue Ministerium, dessen Führer er bald darauf wurde. Noch einmal sandte die Wiener Konferenz eine Note vom 5. Dezember an Rußland, worin einige Zugeständnisse gemacht, aber zugleich die Räumung der Donaufürstentümer gefordert wurde. Als Nikolaus sich weigerte, darauf einzugehen, schlossen die Westmächte am 12. März 1854 mit der Türkei ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis und erklärten am 28. März an Rußland den Krieg. Wenn Osterreich und Preußen das Gleiche thaten, so mußte Nikolaus nachgeben. Es lag ihm alles daran, sie wenigstens in der Neutralität zu erhalten. Eine Zusammenkunft mit Franz Joseph in Olmütz und eine Reise nach Berlin (1853) dienten diesem Zwecke. Die Interessen der zwei deutschen Großmächte waren bei dieser Frage nicht gleich beteiligt. Was „hinten in der Türkei“ vorging, berührte Preußen nicht unmittelbar, um so mehr aber Osterreich. Dieses ließ sich daher das Versprechen geben, daß die russischen Heere die Donau nicht überschreiten würden. Als dies doch geschah, schloß Osterreich mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündnis, worin sich beide verbindlich machten, Rußland zu



bekriegen, wenn es die Donaufürstentümer sich einverleibe oder über den Balkan gehe. Auch schickten sie eine Note nach Petersburg und verlangten die sofortige Räumung der Donaufürstentümer. Damit war die mittelstaatliche Bamberger Konferenz, welche im Namen des Bundestags große Politik treiben und Rußland unterstützen wollte, nicht zufrieden, richtete Noten an Österreich und Preußen, wurde aber von diesen ohne viele Mühe zu schließlicher Zustimmung gebracht. Die Noten Österreichs und Preußens machten auf Nikolaus wenig Eindruck, da er Preußens sicher zu sein glaubte und immer noch auf Österreichs Dankbarkeit rechnete. Die Sache wurde aber verdächtiger, als Österreich am 14. Juni 1854 einen Vertrag mit der Pforte schloß, worin diese jenem erlaubte, mit seinem bereits hart an der Grenze stehenden Heere in den Donaufürstentümern einzurücken und diese zu besetzen. Wurde dieser Vertrag ausgeführt, so war die Rückzugslinie der Russen bedroht, und sie standen zwischen zwei Feuern.

Auch andere Hoffnungen wollten sich nicht erfüllen. Nikolaus hatte darauf gerechnet, daß auf sein Vorrücken alle christlichen Unterthanen des Sultans nebst den Bewohnern Griechenlands zu einem Kreuzzug gegen den Halbmond sich erheben würden. Allein die Bosnier, Serben und Bulgaren waren teils durch Omer Pascha niedergehalten und durch Österreich bedroht, teils wollten sie, um sicher zu gehen, entschiedene Siege der russischen Heere abwarten. In Griechenland dagegen entstand eine große Bewegung. Der Paß gegen den alten Dränger regte sich, die Enge der Nordgrenzen wurde fühlbarer, die Gelegenheit zu ihrer Ausdehnung schien gekommen, ja man sprach schon von der Erneuerung eines byzantinischen Reiches. Zur Dämpfung dieser kriegerischen Gelüste schickten die Westmächte einige Schiffe in den Piräus, französische Truppen landeten und zwangen die Regierung, in Gemeinschaft mit ihnen die unruhigen Köpfe im Zaume zu halten. Außer einigen Einfällen raublustiger Klephten in Thessalien und Epirus kam hier nichts von Bedeutung vor. Doch wurde König Otto seine Energielosigkeit in dieser Sache von dem hellenischen Volke sehr übel genommen und schon damals an eine Änderung in der Person des Monarchen gedacht.

So war Rußland auf seine eigene Macht angewiesen und mußte sich mit dem alten Satz trösten: „viel Feind', viel Ehr'!“

Mit der letzteren ging es aber nicht so rasch. Die Expedition gegen Kalafat, wo Achmet Pascha mit 16 000 Mann stand, mißlang; die Russen wurden sogar bei Cetate von Iskender Bei, dem ehemaligen polnischen Grafen Jelincki, einem kühnen Reiterführer, überfallen und geschlagen. Nun übernahm Fürst Paskewitsch den Oberbefehl, ging über die Donau und belagerte Silistria, während Omer Pascha sich nach der Festung Schumla zurückzog. Aber alle Angriffe der Russen auf Silistria, alle Geschicklichkeit des im Ingenieurwesen ausgezeichneten Generals Schilder scheiterten an der tapferen und umsichtigen Verteidigung des Kommandanten Mussa Pascha und des preussischen Artillerieoffiziers Grach. Beide wurden tödlich verwundet, auch Schilder. Paskewitsch erhielt einen Streifschuß, zog, an der Eroberung der Stadt verzweifelnd, am 21. Juni ab und führte sein geschwächtes Heer über die Donau, ja selbst über den Pruth zurück. Denn bereits war eine Truppenabteilung der Westmächte in Barna gelandet, und ein österreichisches Heer rückte von Siebenbürgen aus gegen die Donaufürstentümer vor und besetzte dieselben nach dem Abzug der Russen.

Zu gleicher Zeit war eine englische Flotte unter dem Admiral Charles Napier, an welche sich französische Schiffe unter Baraguay d'Hilliers angeschlossen, in die Ostsee eingelaufen, um Schweden zum Anschluß an die Westmächte zu veranlassen und den Kriegsschrecken in den finnischen Meerbusen bis nach Kronstadt und Petersburg zu tragen. Aber Schweden blieb neutral, und das in der letzten Zeit zur uneinnehmbaren Festung gemachte Kronstadt spottete der englischen Schiffskanonen. Napier mußte gegen den Herbst unverrichteter Sache wieder umkehren und hatte außer der Wegnahme einiger Handelsschiffe, der Beschädigung friedlicher finnischen Dörfer, der Anzündung von Leer- und Holzmagazinen keine Heldenthat aufzuweisen. Auch die Franzosen mußten sich mit der Eroberung der Festung Bomarsund (16. August), auf einer der Mandinseln, begnügen.

Doch die Entscheidung lag im Süden. Wenn die Westmächte der Türkei wirksame Hilfe leisten wollten, so mußten sie mit einer starken Landmacht kommen. England schiffte ein Heer von 20 000 Mann unter dem Oberbefehl Lord Raglans ein, welcher ein Waffengefährte Wellingtons war und bei Waterloo einen Arm verloren hatte. Das französische Landungsheer bestand aus etwa 50 000

Mann, die meist in Algier gebient hatten, und wurde vom Marschall St. Arnaud befehligt, der, wegen seiner Verdienste um den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851, bei Napoleon in hoher Gunst stand. Auch der Herzog von Cambridge und der Prinz Napoleon, Sohn des ehemaligen Königs Jerome von Westfalen, schlossen sich den Heeren an; doch machte sich der letztere mehr durch seinen Mangel an Mut als durch große Thaten bemerklich. Der Truppentransport dauerte mehrere Wochen, während welcher Zeit die verbündete Flotte Odeffa beschloß, ohne jedoch die wehrlose Handelsstadt, wo auch viele englischen Güter lagen, stark zu beschädigen. Endlich kamen die Landtruppen an, landeten in Gallipoli und wurden von da theils zur See, theils zu Land nach Varna geführt. Dort wüthete unter ihnen die Cholera; ein Brand legte fast die ganze Stadt in Asche, kaum konnte das große Pulvermagazin gerettet werden, und der nutzlose Marsch in die Dobrudscha während der glühenden Augusthitze kostete 2000 Mann. Nach dem Abzug der Russen hatte Varna keine Bedeutung mehr, und man beriet sich in einem Kriegsrat darüber, an welchem Punkte man der russischen Herrschaft einen empfindlichen Schlag beifügen könne. Die türkischen Befehlshaber wünschten eine Landung in Asien, um die Russen aus den Kaukasusländern zu vertreiben; aber St. Arnaud, welcher die Wirkungen des Fiebers, das er schon von Marseille aus mitgebracht hatte, immer heftiger spürte und die letzten Tage seines Lebens mit einer glänzenden Waffenthat beleuchten wollte, drang auf einen Angriff auf Sebastopol, den bedeutendsten Kriegshafen auf der Halbinsel Krim. Da hiedurch die russische Seemacht in der Krim vernichtet werden sollte, stimmte Lord Raglan dem Vorschlag bei.

Rasch ging es an die Ausführung der Krim-Expedition. 55 000 Franzosen und Engländer nebst 6000 Türken landeten am 14. September 1854 bei Eupatoria auf der Westseite der Halbinsel und schlugen am 20. September an dem Flusse Alma den Fürsten Menzikow, Gouverneur von der Krim. Die Tapferkeit des Generals Bosquet, welcher mit seinen Zuaven die von den Russen besetzten Höhen erstieg, entschied hauptsächlich diesen Tag. Als aber die Verbündeten am 27. September vor Sebastopol erschienen, fanden sie, daß die nördlichen Festungswerke der Stadt zu stark seien, als daß sie ohne Belagerungsgeschütz, das erst herbeigeschafft werden mußte, einzunehmen waren. Das Eindringen

in den Hafen war von den Russen durch Versenkung sieben großer Kriegsschiffe unmöglich gemacht, die Verteidigungswerke wurden durch die rastlose Thätigkeit des genialen Artillerieoffiziers Totleben von Woche zu Woche verbessert und erweitert, und aus dem inneren Rußland rückten über die Landenge von Perekop bedeutende Verstärkungen an. Die Verbündeten entschlossen sich daher zu einer regelmäßigen Belagerung und lagerten sich im Süden der Stadt, die Franzosen an der Bucht von Kamiesch, die Engländer an der von Balaklawa. Vielleicht hätte ein rascher Angriff auf die Nordseite der Stadt zu einem raschen Ziele geführt; aber der sich verschlimmernde Zustand St. Arnauds war für energische Operationen nicht günstig. Er übergab den Oberbefehl an den General Canrobert, schiffte sich nach Konstantinopel ein, starb aber schon am 29. September an der Cholera auf dem Schiffe.

Die Belagerungskämpfe, welche nun begannen, gehören zu den hartnäckigsten und blutigsten, welche die Geschichte kennt. Um vor dem Eintritt des Winters Herren der Festung zu werden, unternahmen die Verbündeten am 17. Oktober, von den Landbatterien und von der Flotte unterstützt, einen Angriff auf die Festung, wurden aber zurückgeschlagen. Darauf gingen die Russen zur Offensive über. General Liprandi griff am 25. Oktober die Engländer bei Balaklawa an und brachten ihrer Reiterei große Verluste bei; noch heftiger war der Angriff vom 5. November, wo die Engländer bei Inkermann nur durch die rasche Hilfe Canroberts und Bosquets einer Niederlage entgingen. Die Russen wurden geschlagen und zu eiligem Rückzug nach der Festung genötigt. Damit waren für das Jahr 1854 die Kämpfe beendet. Denn das Eintreten des Winters, besonders der strömende Regen machte die Thätigkeit im Freien unmöglich. Und doch waren die Truppen für einen Winterfeldzug gar nicht eingerichtet. Die Engländer und Türken, bei denen das Verpflegungswesen sehr schlecht bestellt war, litten ungeheuer; Cholera und Ruhr rafften Tausende weg. Die Franzosen waren teils von Hause aus besser versorgt, teils mußten sie bei ihrer angeborenen Beweglichkeit und Munterkeit sich eher zu helfen, und sie hatten noch Humor genug, in ihrem Lager ein Theater zu improvisieren.

Auch die Diplomatie benutzte die Winterzeit. Die Wiener Konferenz trat aufs neue zusammen. Über Rußland, dem es bloß

darum zu thun war, die Verbündeten zu trennen, verwarf die ihm gestellten Bedingungen, so daß Osterreich am 2. Dezember 1854 mit den Westmächten ein förmliches Schutz- und Trugbündnis einging und seine Heere in Siebenbürgen und Galizien verstärkte. Da aber Preußen durchaus nicht zum Kampfe gegen Rußland, den alten Bundesgenossen, zu vermögen war, und die deutschen Mittelstaaten über eine Kriegsbereitschaft nicht hinausgingen, so wagte auch Osterreich nicht, wenn es überhaupt je daran dachte, bei ungedecktem Rücken seine Heere gegen Osten zu führen. Während es auf diese Weise auf keiner Seite Dank einerrette, seinem Ansehen als Großmacht viel vergab und durch seine Truppenaufstellungen sich finanziellen Schaden zuzog, trat das kleine Sardinien durch den Vertrag vom 26. Januar 1855 in die Reihe der kriegsführenden Mächte und schickte 15 000 Mann unter dem General Lamarmora nach der Krim. Graf Cavour mit seinem politischen Scharfblick hatte sogleich erkannt, welch reichen Lohn der damalige Augenblick Sardinien darbierte. Das Bündnis der drei Ostmächte, die Heilige Allianz, war durch Osterreichs „Undankbarkeit“ vernichtet; Frankreich und England waren dem König von Sardinien für die Hilfe seiner tapferen Soldaten zum Dank verbunden; es war also voraussehen und durch eine geschickte italienische Politik, wozu Graf Cavour der richtige Mann war, leicht einzuleiten, daß, wenn noch einmal in der Po-Ebene gekämpft wurde, Sardinien einen mächtigen Bundesgenossen zur Seite hatte und Osterreich vollständig isoliert stand.

Kaiser Nikolaus strengte die Wehrkraft seines Volkes aufs äußerste an und sandte beträchtliche Truppenmassen nach der Krim, von denen viele das Ziel nicht erreichten und in den Schneefeldern Südrußlands zu Grunde gingen. Von Petersburg aus erging der Befehl, die unter Omer Pascha bei Eupatoria stehenden Türken zu überfallen. General Ehrulew unternahm am 17. Februar 1855 den Angriff und wurde von den wachsamem Türken zurückgeschlagen. Diese vielen Verluste erschütterten die Gesundheit des stolzen Jaren. Er starb am 2. März 1855. Sein Nachfolger war sein ältester Sohn, Alexander II., ein milder, friebliebender Monarch. Aber die Ehre Rußlands und die Manen des zürnenden Vaters fordereten gebieterisch die Fortsetzung des Kampfes, obgleich Rußland in diesem Kriege bereits 250 000 Mann, größtenteils durch Krankheiten, ver-

loren hatte. Doch rief Alexander den Fürsten Menzikow ab und übertrug den Oberbefehl dem Fürsten Michael Gortschakow. Umgekehrt konnten auch die Westmächte vor der Eroberung Sebastopols keinen Frieden schließen, zumal nicht Napoleon, dessen erste größere Unternehmung ihm notwendig den Sieg bringen mußte, wenn nicht sein Kaiserthron gefährdet sein sollte. Er schickte daher seinen tüchtigsten Kriegssingenieur, den Artilleriegeneral Niel, nach der Krim, um an Ort und Stelle seine Ratschläge zu erteilen. Dieser erkannte bald die richtige Stelle für einen Hauptangriff und ließ daher die Laufgräben und Verschanzungen immer näher gegen die südliche Vorstadt Karabelnaja vorschieben. Sein Gegner Totleben kam ihm wo möglich auf halbem Wege entgegen, legte auf dieser neuen Angriffsseite neue Verschanzungen an und machte den Malakowturm zu einem fast unbezwinglichen Fort. Über und unter der Erde wütete Tag und Nacht der Krieg. Die Armee der Verbündeten war auf 175 000, die der Russen auf 150 000 Mann verstärkt worden. Am 6. April wurde die Stadt aus 500 Geschützen beschossen und das Feuer 14 Tage nach einander fortgesetzt. Aber die russischen Kanonen blieben keine Antwort schuldig, und was von Befestigungen zerstört wurde, ließ Totleben auf der Stelle wieder herstellen. Inzwischen machte die verbündete Flotte einen Abstecher nach dem Nowischen Meere, um die Städte Kertsch, Jenikale, Mariopol, Taganrog und Anapa mit ihren reichen Vorräten zu vernichten. Dies gelang ihnen zwar, doch war dabei so wenig als in der Ostsee Ruhm zu holen, und es wurde nicht gebilligt, daß Kertsch, das ehemalige Panticapäum, wo der alte Mithridates sich den Tod gegeben hat, mit seiner wertvollen Sammlung von Altertümern von den Soldaten des „zivilisirtesten“ Volkes nicht geschont wurde.

In Paris, wo man sehnsüchtig einer Siegesbotschaft entgegen sah, war man mit Canroberts Erfolgen nicht zufrieden. Sein Verhältnis zu Lord Raglan war ein sehr gespanntes. Dadurch litt das Zueinandergreifen der Operationen Not. Daher schien ein Wechsel im Oberkommando am Platz, auf welchen Canrobert selbst antrug. General Pelissier, der Höhlenräucherer von Algier, schien bei seiner rücksichtslosen Energie der rechte Mann zu sein, und Canrobert besaß Selbstverleugnung genug, um als Divisionsgeneral unter seinem Nachfolger zu dienen. Die Folgen des Wechsels

zeigten sich sogleich. So viele Menschen auch zu Grunde gingen, Pelissier rückte mit seinen Verschanzungen immer vor und ließ am 7. Juni den „grünen Mamelon“ erstürmen. Doch mißlang der allgemeine Sturm, welcher am 18. Juni, am Waterloo tag, unternommen wurde, und kostete den Verbündeten 7000 Mann. Lord Raglan, welcher den von ihm gehegten Erwartungen nicht entsprochen hatte, starb am 28. Juni 1855 an der Cholera, und an seiner Stelle übernahm General Simpson den Oberbefehl über die englischen Truppen. Auch die Russen verloren um jene Zeit einen Führer. Admiral Nachimow, der Sieger von Sinope, wurde am 11. Juli, als er mit gewohnter Unererschrockenheit die Festungswerke besichtigte, von einer Kugel tödlich getroffen.

Auch in der Ostsee machten die verbündeten Flotten wieder einen Besuch, konnten aber gegen die Festung Kronstadt so wenig als im vorigen Sommer ausrichten. Die Beschießung der finnischen Stadt Sweaborg am 7. August war die einzige bemerkenswerte That dieser Seeexpedition.

Vor Sebastopol wurde den Russen die Nähe der feindlichen Arbeiten sehr bedenklich. Wenn dieselben in diesem Tempo vorschritten, so waren die Tage Sebastopols gezählt. Daher unternahm General Read am 16. August einen Ausfall. Die Belagerungsarbeiten sollten zerstört, die dichte Kette der Feinde zersprengt werden. Vom Nebel begünstigt, überraschte er den Feind, wurde aber von den Franzosen und Sardinern, die sich rasch wieder sammelten, mit Verlust von mehreren Tausend Mann zurückgeschlagen. Pelissier verfolgte seinen Plan mit mathematischer Unerbittlichkeit. Der Kugelregen war vom 17. August an so fürchterlich, daß viele tausend Russen auf den Wällen und in den Straßen verwundet oder getödtet wurden. 800 Feuerschünde waren gegen die Stadt gerichtet, die Erde erbehte, die Einwohner wurden wie betäubt; an ein Ausbessern der zusammengeschossenen Werke war nicht mehr zu denken; gegen ein solches Höllengeheul vermochte auch Todlebens Kunst nichts mehr. Es war ein fortwährendes Donnern, das von den Russen nicht in gleichem Grad erwidert werden konnte. Auf den 8. September wurde der Sturm beschlossen. Mittags Punkt 12 Uhr schwieg auf der ganzen Linie der Verbündeten plötzlich das Geschützfeuer, und im nämlichen Augenblick gingen die Franzosen auf den Malafomturm, die Engländer auf den großen

Redan (Sägewerk) los. Die französischen Sturmkolonnen unter Mac Mahon erstiegen rasch die Außenwerke des Malakow, fanden aber im Innern einen furchtbaren Widerstand, und als sie auch diesen übermächtig hatten, drohte ihnen die Gefahr, samt dem Turm in die Luft geschleudert zu werden; denn von dem Pulvermagazin führten unterirdische Drähte nach der Stadt. Diese wurden rasch durchschnitten und ein Graben gezogen. Auch den kleinen Redan und die Zentralbastion erstürmten die Franzosen, verloren aber bei diesen Angriffen in wenigen Stunden 7300 Mann. Weniger glücklich waren die Engländer. Sie drangen zwar trotz des Kartätschenfeuers der Russen in den großen Redan ein, wurden aber mit einem Verlust von 2400 Mann wieder hinausgetrieben. Doch war nach Einnahme des Malakows Sebastopol nicht mehr zu halten. Fürst Gortschakow, welcher durch den Sturm 13000 Mann verloren hatte, ließ die noch übrigen Festungswerke der südlichen Stadt in die Luft sprengen, den Rest seiner Schiffe versenken, zog sich, die Schiffbrücke hinter sich zerstörend, nach der Nordseite des Meerbusens und nahm in dem östlich gelegenen Gebirge eine feste Stellung. Hier war er mit Peresop und dem übrigen Rußland in Verbindung und hatte von den Verbündeten, die selbst große Verluste hatten, zunächst nichts zu fürchten. Diese fanden in der Stadt ungeheure Vorräte an Kriegsmaterial und Schiffsbauholz. Die Belagerung hatte elf Monate gedauert und die Kräfte aller Beteiligten sehr erschöpft. Jedermann wünschte Frieden, und es kam Rußland sehr zustatten, daß der General Murawiew in Kleinasien am 28. November 1855 die Festung Kars zur Übergabe zwang, nachdem sie von dem Kommandanten Waffif Pascha unter Beihilfe des Engländers Williams und des Ungarn Kmety, einige Monate lang tapfer verteidigt worden war.

Diesen Sieg in die Friedens-Wagschale werfend, schickte Kaiser Alexander den Grafen Orlov zum Friedenskongreß nach Paris, an welchem, außer Rußland, Frankreich, England, Osterreich und der Türkei, auch Sardinien in der Person des Grafen Cavour und des Marquis von Villamarina teilnahm. Zuletzt wurde auch Preußen wegen etwaiger Abänderungen der Wiener Verträge zugelassen. Am 30. März 1856 wurde der Pariser Friede unterschrieben. Rußland bekam nach demselben Sebastopol, und was es sonst verloren hatte, zurück, mußte Kars herausgeben, einen Teil von Bessarabien



an die Türkei, beziehungsweise an die Moldau abtreten und dem Protektorat über die Donaufürstentümer und die griechischen Christen in der Türkei entsagen. Es sollte am Schwarzen Meere keine Arsenalen mehr errichten und nicht mehr Kriegsschiffe halten als die Türkei. Die Donauschiffahrt wurde für frei erklärt, die Integrität der Pforte bestätigt und das Schicksal der türkischen Christen, deren Gleichberechtigung mit den Türken bereits verkündigt war, unter den Schutz sämtlicher Großmächte gestellt.

Durch diese Friedensbestimmungen sollte Rußland die Macht und die Gelegenheit, in die inneren Angelegenheiten der Türkei sich einzumischen, benommen werden. Es brauchte wieder längere Zeit, um seine Kräfte zu einem neuen Schlage zu sammeln, welchen es, so oft er auch mißglückt, immer wieder erneuern wird, bis es sein Kreuz auf der Sophienkirche zu Konstantinopel aufgepflanzt hat. Der Glaube an seine unerschöpflichen Hilfsquellen, an seine Unüberwindlichkeit, wie ihn Nikolaus zu verbreiten mußte, war freilich dahin. Deutschland war von einem Druck erlöst. Die erste Rolle, welche in der europäischen Politik längere Zeit Rußland gespielt hatte, ging jetzt auf Napoleon über, der aus einem geringgeschätzten Parvenu auf einmal eine sehr höflich behandelte Majestät geworden war, zu deren Palast die Fürsten wallfahrteten. Frankreich strahlte wieder im alten Kriegsrühm, war die erste Großmacht, während Östreich und Preußen durch ihre fortwährenden Rivalitäten zur Ohnmacht verurteilt, das übrige Deutschland als kaum den Kinderschuhen entwachsen behandelt und England, das weder zur See noch zu Land etwas Großes geleistet hatte, als im Niedergang begriffen angesehen wurde. Der russische Minister des Auswärtigen, Fürst Alexander Gortschakow, ein Bruder des Generals, bezeichnete in seinem Rundschreiben vom 2. September 1856 das neueste Programm Rußlands mit den Worten: „Rußland schmolzt nicht, es sammelt sich,“ Gegen Östreich, welches „durch seine Undankbarkeit die Welt in Erstaunen setzte“, hegte Rußland den tiefsten Groll, während es die wohlwollende Haltung Preußens durch freundliches Entgegenkommen anerkannte.

Der „kranke Mann“ befand sich nach der Aussage seiner Leibärzte wieder in durchaus normalem Zustande. Daß freilich ein Teil seines Vermögens, seine christlichen Unterthanen, unter die Kuratel der Großmächte gestellt war, zeugte von einiger Abnormität.

Schon im Hattischerif von Gülhane (3. November 1839) hatte, wie wir gesehen haben, Sultan Abdul Medschid allen seinen Unterthanen Gleichheit vor dem Gesetz zugesichert. Nach dem Krimkrieg erließ er, auf das Andrängen des englischen Gesandten, Lord Redcliffe, den sogenannten Hat Hümayun vom 18. Februar 1856, worin den Christen in allen Stücken die gleichen bürgerlichen Rechte wie den Türken zugesichert waren, aller Unterschied zwischen beiden im staatlichen Leben aufgehoben sein sollte. Aber, wenn es schon den christlichen Regierungen nicht selten begegnet, daß ihre Versprechungen und ihre Handlungen in einem merkwürdigen Mißverhältnis zu einander stehen, was kann man dann von einem unter Vormundschaft gestellten Mohammedaner erwarten? Der vielgerühmte Hat Hümayun war und blieb ein Blatt Papier. Von dem Christenhasse der türkischen Rasse zeugten jene entsetzlichen Greuel, welche die türkische Bevölkerung 1860 in Syrien, besonders in Damaskus, an den Christen verübte, was den Franzosen Anlaß zu einer zehnmonatlichen Okkupation Syriens gab. Zu Ende derselben, am 26. Juni 1861, starb Abdul Medschid, nachdem er all seine Kraft in den Genüssen des Harems vergeudet hatte. Sein Bruder Abdul Azis folgte ihm und wandelte, nach einigen schwüchternen Versuchen zur Herstellung kräftigerer Zustände, bald die nämlichen Wege. Er konnte es nicht hindern, daß die Moldau und Walachei, welche beide 1859 den moldauischen Oberst Alexander Gusa zu ihrem Hospodaren erwählt hatten, am 23. Dezember 1861 ihre Vereinigung unter dem Namen „Rumänien“ proklamierten, wodurch die Oberhoheit der Pforte vollends ganz zu einem Schatten wurde. Die Willkürlichkeiten und Verschwendungen des Fürsten veranlaßten zuletzt eine Verschwörung; in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar 1866 wurde Gusa in seinem Palast überfallen und zur Abdankung genötigt. An seine Stelle wurde Prinz Karl von Hohenzollern, der zweite Sohn des Fürsten Anton von Hohenzollern, zum Fürsten von Rumänien gewählt und von der Pforte als erblicher Fürst bestätigt.

Mit dem Pariser Frieden, welcher der Türkei ihre Grenzen garantierte, war Griechenland sehr unzufrieden. Seit jener Zeit hatte König Otto einen schweren Stand. Die Nation konnte es ihm nicht verzeihen, daß er während des Krimkriegs keinen kriegsrischen Ehrgeiz, keinen Unternehmungsgeist gezeigt hatte, und hielt

ihn von da an für ganz untauglich, die „große Idee“ eines Großgriechentums durchzuführen und seine Residenz nach Konstantinopel zu verlegen. Als dann der italienische Feldzug von 1859 im Sinne des Nationalitätsprinzips entschieden wurde, Garibaldi 1860 seinen Zug nach Sizilien und Neapel antrat und 1861 das erste italienische Parlament von Viktor Emanuel in Turin eröffnet wurde, da fragten sich die Hellenen, warum denn ihnen vermehrt sein solle, was den Italienern soeben erlaubt und größtenteils gelungen war, ob sie nicht das nämliche Recht haben sollten, den Schmerzensschrei ihrer griechischen Brüder, die unter der Herrschaft eines Barbarenvolkes seufzten, zu vernehmen und alle griechischen Provinzen der olympischen Halbinsel zu einem Einheitsstaat zu vereinigen. Italienische Agenten und wohl selbst der italienische Gesandte in Athen schürten das Feuer, und so brach im Februar 1862 ein Militäraufstand in Nauplia aus, welcher unterdrückt wurde und an König Otto einen milden Richter fand. Aber während der König mit seiner Gemahlin Amalie von Oldenburg im Oktober 1862 den Peloponnes besuchte, erhoben sich gegen ihn die Städte Bonizza, Patras, Korinth und zuletzt auch Athen; eine provisorische Regierung bildete sich und sprach die Thronentsetzung Ottos aus. Auf die Nachricht von dieser Militärverschwörung kehrte das Königspaar am 23. Oktober in den Piräus zurück, durfte jedoch nicht mehr landen, fuhr nach Salamis zurück und bestieg dort ein englisches Schiff, mit welchem es nach Triest fuhr, um sich von da in die Heimat zu begeben. König Otto nahm seinen Aufenthalt in Bamberg und starb dort am 26. Juli 1867; seine Ehe war kinderlos geblieben. Darauf wählten die Griechen den zweiten Sohn der Königin von England, den Prinzen Alfred, zu ihrem König, und als das englische Kabinett diese Ehre ablehnte, wählten sie am 30. März 1863 den Prinzen Georg von Glücksburg, dessen Vater durch das Londoner Protokoll zum König von Dänemark bestimmt war. Der junge Georgios landete am 30. Oktober 1863 im Piräus. Zur Bedingung der Annahme hatte er die Vereinigung der Ionischen Inseln mit Griechenland gemacht. England willigte ein und die griechische Nation sah es als ein günstiges Vorzeichen an, daß der neue König diese Erwerbung als Morgengabe mitbrachte, und hoffte, daß er auch der Türkei gegenüber den nationalen Wünschen entsprechen werde. Diese Hoffnung fand 1866

einige Bestätigung, als König Georg bei dem Aufstand der Kandioten gegen die Türkei sich offen auf die Seite der ersteren stellte und die Freischarenzüge nach Kandia nicht hinderte.

Das feindselige Auftreten Griechenlands und die Aufstände griechisch-türkischer Provinzen wurden von Rußland sehr begünstigt, so lange es sich um eine Bekämpfung, nicht um eine Teilung der Türkei handelte. Sollte es zu der letzteren kommen, so würde Griechenland an Rußland sicherlich einen sehr eigennützigen Mit-erben finden. Kaiser Alexander II. kündigte sich zunächst als den Förderer der Zivilisation an. Eine Zusammenkunft mit Napoleon, welche er im September 1857 in Stuttgart am Hofe des Königs Wilhelm von Württemberg hatte, begründete freundliche Beziehungen im persönlichen Verkehr der beiden Kaiser. In den inneren Beziehungen des Landes suchte Alexander durch den Bau von Eisenbahnen, durch Handelsverträge, durch Verbesserung des Unterrichtswesens die geschlagenen Wunden zu heilen und Rußland seiner asiatischen Formen immer mehr zu entkleiden. Seine bedeutendste That, zu der nicht weniger Mut als Einsicht und guter Wille gehörten, ist die Aufhebung der Leibeigenschaft, in welcher 23 Millionen Menschen in Rußland lebten. Die leibeigenen Bauern sollten von den Grundherren ein bestimmtes Gehülte erhalten und binnen 12 Jahren durch eine Art Ablösung, die in Geld oder anderen Leistungen bestand, dieses als Eigentum erhalten, während solche Leibeigene, welche Gewerbe trieben und häusliche Dienste besorgten, innerhalb zwei Jahre ihrer Verpflichtungen gegen die bisherigen Herren entledigt sein sollten. Alexander ging mit einem guten Beispiel voran, erklärte alle Leibeigenen des kaiserlichen Hauses für frei und überließ ihnen die von ihnen bebauten Güter unentgeltlich. Weder der Widerstand des in seiner Macht bedrohten Adels, noch Aufstände von Bauern, welche es noch praktischer fanden, die Güter ohne Ablösung zu erhalten, konnten den Kaiser in der Ausübung seines zivilisatorischen Berufes aufhalten. Sein Manifest vom 17. März 1861 legte nach allen Seiten hin sein Verfahren klar dar; die Ausführung desselben mußte die sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands ganz umgestalten.

Mitten in diese Reformbewegungen fiel ein neuer Aufstand der Polen. Obgleich Alexander auch in Polen Reformen einge-

führt, das Gerichts- und Unterrichtswesen verbessert, die bäuerlichen und städtischen Verhältnisse neu geordnet, auch eine Amnestie erlassen hatte, entstand doch nach dem italienischen Krieg von 1859, wo die Frage der Nationalitäten zu ihrem Rechte gekommen war, eine große Aufregung unter den Polen, welche sich auch diesmal wieder auf Frankreichs Hilfe verließen. Die Herstellung eines selbständigen Königreiches, sogar in seiner alten Ausdehnung, wie es vor der ersten Teilung 1772 bestanden hatte, war das Ziel der Bewegung. Großartige Trauerfestlichkeiten, zu Ehren des Beginns der Revolution von 1830, der Schlacht bei Grochow und des in Paris verstorbenen Fürsten Czartoryski, erhielten vom November 1860 an die politischen Leidenschaften in Atem. Die bürgerlichen Kreise der Städte, die studierende Jugend, die katholische Priesterschaft waren die hauptsächlichsten Stützen der Bewegung. Der Kaiser stellte dem Fürsten Michael Gortschakow, dem Verteidiger von Sebastopol, welcher dem verstorbenen Fürsten Paskewitsch als Statthalter von Polen gefolgt war, den polnischen Markgrafen Wielopolski, einen gemäßigten Patrioten, für die Verwaltung des Kultus und des Unterrichts zur Seite. Aber weder diese noch andere Zugeständnisse befriedigten das Volk, das die Trauerfarbe zur Nationalfarbe machte und in den Kirchen revolutionäre Lieder sang, während der Adel den „landwirtschaftlichen Verein“ für seine politischen Zwecke ausbeutete. Bald gab es in Warschau blutige Konflikte zwischen Volk und Militär; Graf Lambert, der Nachfolger Gortschakows, verhängte am 14. Oktober 1861 über ganz Polen den Belagerungszustand, und General Lüders, welcher jenen ablöste, ließ mehrere angesehene Männer verhaften. Doch ließ es die Regierung an versöhnlichen Schritten nicht fehlen: der Priester Felinski wurde zum Erzbischof von Warschau, der Großfürst Konstantin, des Kaisers Bruder, zum Statthalter von Polen ernannt und Wielopolski ihm für die Zivilverwaltung beigegeben. Eine Reihe nationaler Reformen begann. Aber die Bevölkerung Warschaws stand unter dem Bann einer geheimen Verschwörung. Mordversuche auf General Lüders, auf den Großfürsten, auf Wielopolski zeigten den Abgrund, vor welchem man stand. Um mit der revolutionären Bevölkerung aufzuräumen, veranstaltete die Regierung, nachdem mehrere Jahre keine Rekrutenaushebung stattgefunden hatte, in der Nacht des 14. Januar 1863 eine ge-

walksame Militäraushebung, bei welcher alle jungen Leute in Warschau, welche verdächtig schienen, ergriffen und unter das Militär gesteckt wurden. Dies gab den Ausschlag zur Entzündung des Volkskrieges. Eine provisorische Nationalregierung konstituierte sich, rief das Volk zur Freiheit auf, suchte die bisher zurückhaltenden Bauern durch die Erklärung, daß sie die freien und erblichen Eigentümer der von ihnen bebauten Grundstücke sein sollten, für den nationalen Kampf zu gewinnen, und ernannte den aus den Jahren 1848 und 1849 bekannten General Mieroslawski zum Diktator. Aber nach wenigen Tagen wurde derselbe von den Russen geschlagen und floh nach Preußen, worauf der aus Posen stammende Langiewicz als Diktator auftrat. Nur wenige Tage bekleidete derselbe diese Würde; auch er wurde von den Russen geschlagen, floh nach Osterreich und erhielt nach längerer Haft die Erlaubnis zur Auswanderung nach der Schweiz. Darauf übernahm die Nationalregierung wieder die Leitung und stellte sich, wie ein Ferngericht Befehle erteilend, Steuern ausschreibend, Mord auswendend, neben die offizielle russische Regierung. Lange konnte dieser Vandenkrieg in den polnischen Wäldern, diese Revolutionstribunale in Warschau nicht bestehen, besonders seitdem der energische General Berg, nach Entlassung Wielopolskis, an die Spitze der Regierung in Warschau gestellt wurde (31. Oktober 1863). Das ganze Land war voll von russischen Soldaten; der Adel in Polen, in Pabolien und der Ukraine wurde durch Einkerkung unschädlich gemacht, das polnische Kirchenvermögen unter die Verwaltung des Staates gestellt, welche der Geistlichkeit feste Besoldungen anwies, die Bauern durch Verleihung des Eigentumsrechts auf ihre Pachtgüter gewonnen, in Litauen dem polnischen Element durch General Murawiew ein Vernichtungskrieg angekündigt.

Mit dem Ende des Jahres 1863 erlosch der Aufstand, und der russische Reichskanzler, Fürst Alexander Gortschakow, konnte dem französischen Kabinett mitteilen, daß zu diplomatischen Noten durchaus kein Anlaß mehr vorliege. Denn auch diese Gelegenheit hatte Napoleon benutzen wollen, um als Schiedsrichter Europas aufzutreten. Allein er hatte es nicht weiter gebracht als zu gleichlautenden Noten Frankreichs, Englands und Osterreichs, auf welche Gortschakow erwiderte, daß der Aufstand um so rascher erlöschen werde, je energischer diese Mächte der Revolutionspartei ihrer

eigenen Länder das Handwerk und das Schüreisen niederlegten. England und Osterreich wollten sich in keinen Krieg mit Rußland wegen Polens einlassen, der ja für Osterreich die Bedeutung einer Abtretung Galiziens gehabt hätte, daher Napoleon durch den Vorschlag eines allgemeinen Kongresses, als eines obersten Areopags in allen europäischen Angelegenheiten, aus der Verlegenheit sich zu ziehen suchte. Der Kongreß kam nicht zustande, und der Tod des Königs von Dänemark rief ganz andere Verwicklungen in den Vordergrund der politischen Bühne. Preußen hatte auch diesmal seine russischen Sympathien gezeigt. Am 8. Februar 1863 hatte es mit Rußland einen geheimen Vertrag zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes geschlossen, der sowohl in der preußischen Kammer als bei den auswärtigen Kabinetten entschiedene Proteste veranlaßte.

### § 19.

#### Italienischer Krieg.

Auf dem Friedenskongreß zu Paris hatte Graf Camillo Cavour, welcher seit 1852 Ministerpräsident in Sardinien war, eine Denkschrift vorgelegt, worin er erklärte, daß Europa nicht zu einem dauernden Frieden kommen werde, bevor die nationalen Forderungen der Italiener erfüllt seien. Er verlangte, daß die Großmächte die nationale Einheit Italiens anerkennen, daß Osterreich im lombardisch-venetianischen Königreiche eine liberale Verfassung geben, daß die fremden Truppen aus dem Kirchenstaat entfernt werden und ein weltlicher Statthalter unter der Oberhoheit des Papstes dort regieren, und daß der willkürlichen Regierung in Neapel und Sizilien durch eine Intervention ein Ende gemacht werden sollte. Dieses Programm konnte und wollte nicht den Anspruch machen, in Paris zur Beratung zu kommen; aber die bloße Erwähnung desselben, die sichtbare Billigung Frankreichs und Englands, die kaum verhehlte Schadenfreude Rußlands bedeuteten so viel, daß gleich nach der orientalischen Frage die italienische in Szene gesetzt werden sollte. Der Augenblick war nicht schlecht gewählt.

Osterreich, um dessen Bekämpfung es sich hier allein handelte, war vollständig isoliert. Es gebot scheinbar über eine ungeheure Macht. Seine vielen Provinzen hatten eine Bevölkerung von 38 Millionen Einwohnern und unererschöpfliche Hilfsquellen, am Bundestag

führte es immer noch das erste Wort, und in Italien folgten, außer Sardinien, alle Staaten seiner Stimme. Aber im Innern des eigenen Reiches befolgte es, die Erfahrungen der letzten Revolutionen nicht beachtend, ein abgelebtes Regierungssystem, hatte am 31. Dezember 1851 die oktroiierte Verfassung vom 4. März 1849 wieder aufgehoben, kehrte zum vormärzlichen Absolutismus zurück, gab durch sein Konkordat vom 18. August 1855 der katholischen Geistlichkeit einen unbeschränkten Einfluß auf das Unterrichtswesen und auf die Presse und opferte wesentliche Thron- und Staatsrechte dem päpstlichen Stuhle. Religiöse Intoleranz, Weinträchtigung der Rechte der „Katholiken“, unbefugte Einmischung in die konfessionelle Erziehung der Kinder waren an der Tagesordnung. Infolgedessen fehlte es dem Staate an den notwendigsten Bedingungen eines gesunden Lebens: an Luft und Licht. Woher sollte unter solchen Verhältnissen Intelligenz, patriotische Begeisterung, Opferwilligkeit kommen, wie sie bei heftigen Erschütterungen des Staates so notwendig sind? Auch das Übergewicht am Bundestag mochte ihm in einem auswärtigen Kriege, welcher die Grenzen Deutschlands nicht berührte, nicht gar viel helfen. Allerdings bargen sich die meisten deutschen Regierungen unter dem Schutze des Doppeladlers und wirtschafteten in diesem Sinne. Die kurhessische Verfassung von 1831 wurde vom Bundestag, als unvereinbar mit den Bundesgesetzen, am 27. März 1852 aufgehoben und von Hassenpflug eine andere oktroiiert, die alle Volksrechte zur Illusion machte. Dieses Unwesen dauerte fort, bis endlich 1862 Preußen für die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 in die Schranken trat. In Mecklenburg griff man, nach Beseitigung des Staatsgrundgesetzes von 1849, sogar bis zum Grundgesetz von 1755 zurück, um die Ansprüche der ritterschaftlichen Herren zu befriedigen. Baden und Württemberg schlossen mit der päpstlichen Kurie ähnliche Konkordate ab, wie Osterreich; aber dieselben wurden von den Abgeordneten beider Staaten, in Baden 1860, in Württemberg 1861, verworfen, worauf die dortigen Regierungen sich veranlaßt sahen, die kirchlichen Fragen auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu regeln. Allein diese Nachbildungen und Sympathien der Mittel- und Kleinstaaten brachten Osterreich keinen greifbaren Nutzen, da jene, wie dies die Bamberger Konferenzen während des Krimkrieges gezeigt hatten, sich nicht zu einem



gemeinsamen und energischen Entschlusse aufzuffassen konnten, und wenn je, so war von da an bis zur That noch ein weiter Weg. Alles kam hier auf die Haltung Preußens an. Nur wenn Osterreich dessen sicher war, konnte es über die Kräfte von ganz Deutschland gebieten. Zwar verfolgte auch Preußen reaktionäre Ziele, suchte durch eine gefügige Kammer die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu verschlechtern und brachte sich unter dem Ministerium Manteuffel im Inland und Ausland um alle Achtung. Aber an Licht fehlte es diesem Staate nicht. Die Wissenschaften wurden trotz des Kultministers Raumer und seiner Schulregulativen kaum irgendwo so sehr gefördert. Namen wie Alexander von Humboldt, Karl Ritter, Jakob und Wilhelm Grimm, Ranke, gehörten zu den bedeutendsten in ganz Europa. So lange Friedrich Wilhelm IV. lebte, welcher nur in friedlichen Bahnen sich wohl fühlte, war keine Systemsänderung zu erwarten. Im Juli 1853 erwarb Preußen von Oldenburg das Hafengebiet am Jadebusen und damit für die Anfänge seiner Seemacht einen festen Punkt an der Nordsee.

Große Erfolge hatte Preußen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik, auf welchem es die Rivalität Osterreichs zu bekämpfen hatte. Dieses verlangte 1849 und 1850 mehrmals von Preußen, daß die Herstellung einer Zolleinigung zwischen Osterreich und Deutschland als Bundesangelegenheit betrieben werden solle, und lud, da Preußen sich ablehnend verhielt, sämtliche zum Zollverein gehörigen Regierungen zur Beratung eines Zoll- und Handelsvertrags nach Wien, nachdem es selbst seine sämtlichen Binnenzölle, auch die gegen Ungarn, aufgehoben hatte. Aber Preußen hatte bereits am 7. September 1851 mit Hannover einen Vertrag über die Vereinigung des Steuervereins (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe-Schaumburg) mit dem Zollverein abgeschlossen. Eine Zolleinigung mit dem finanziell zerrütteten Osterreich einzugehen und die Führung des Zollvereins mit Osterreich zu teilen, dazu hatte Preußen keine Lust. Es lehnte daher die Einladung zu den Wiener Zollkonferenzen ab und erklärte in der Berliner Zollkonferenz vom April 1852, daß es den Zollvertrag für Ende 1853 kündigen würde, falls die Zollvereinsmitglieder den mit Hannover abgeschlossenen Septembervertrag nicht anerkennen würden, und daß es erst nach erfolgter Anerkennung die Unterhandlungen mit Osterreich beginnen würde. Die österreichischgesinnten Staaten (Bayern, Sachsen,

Württemberg, die drei Hessen, Nassau) hatten zwar in den Konferenzen von Wien, Bamberg und Darmstadt die Zusage an Österreich gemacht, die Zollvereinsverträge nicht ohne vorangegangene Zolleinigung mit Österreich zu erneuern, konnten aber, gedrängt von ihren Industriellen, welche die Zolleinigung mit Preußen der mit Österreich vorzogen, ihre Zusage nicht erfüllen. Die Lösung dieses Konflikts bestand darin, daß Preußen am 19. Februar 1853 mit Österreich einen Handels- und Zollvertrag auf 12 Jahre, bis zum 31. Dezember 1865, schloß und daß am 4. April 1853 auf der Berliner Zollkonferenz die Bevollmächtigten sämtlicher Mitglieder des bisherigen Zoll- und Steuervereins die Verträge über die Erneuerung des Zollvereins auf 12 Jahre, die Aufnahme des Steuervereins in denselben und den Beitritt zu dem preußisch-österreichischen Handelsvertrag genehmigten. Da Preußen am 2. August 1862, sowohl für sich als für den Zollverein, einen Handelsvertrag mit Frankreich abschloß, so entstand für den Bestand des Zollvereins eine neue Gefahr. Österreich, für seine Handelsinteressen fürchtend, protestierte gegen diesen Vertrag, bot den Eintritt seines Gesamtstaates in den Zollverein und fand bei den meisten deutschen Mittelstaaten, welche den Handelsvertrag nicht anerkennen wollten, eine sympathische Stimmung. Preußen ließ sich weder durch Österreich, noch durch die Mittelstaaten einschüchtern, lehnte die Vorschläge Österreichs wiederum ab und erklärte seinen Zollvereinsgenossen, daß es die Ablehnung des französischen Handelsvertrags als eine Erklärung des Austritts aus dem Zollverein ansehen würde. Die Mittelstaaten mußten nachgeben und erteilten auf der Berliner Zollkonferenz von 1864 ihre Zustimmung zu dem französischen Handelsvertrag. Derselbe wurde auf ihren Wunsch in einigen Punkten abgeändert, worauf Preußen in den nächsten Jahren auf ähnlicher Grundlage auch mit Österreich, England und Italien im Namen des Zollvereins Handelsverträge abschloß. Sämtliche deutsche Staaten, außer Österreich, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Liechtenstein und den drei Hansestädten, waren Mitglieder des Zollvereins, der für Deutschlands Industrie und Handel segensreich wirkte. Erst in den Zeiten des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches wurde das Ziel erreicht: sämtliche Staaten des letzteren wurden zu Mitgliedern des Zollvereins gemacht.

Nur einmal noch schien König Friedrich Wilhelm in eine

kriegerische Verwicklung zu kommen. Am 2. September 1856 stellte sich Graf Friedrich von Pourtalès in Neuenburg an die Spitze einer kleinen königlichen Partei, sprengte die republikanische Regierung, welche 1848 den Kanton von der preussischen Oberhoheit losgerissen und das Fürstentum zu einer Republik gemacht hatte, und pflanzte auf dem Schlosse Neuenburg die hohenzollernsche Fahne auf. Aber schon nach zwei Tagen war dieser royalistische Putsch unterdrückt und die Führer ins Gefängnis geführt. Preußen verlangte ihre Freilassung. Unter Frankreichs Vermittlung kam ein Vergleich zustande, wonach die gefangenen Royalisten entlassen wurden, und der König von Preußen seinen Rechten auf Neuenburg entsagte (26. Mai 1857). Aber die Tage Friedrich Wilhelms waren von nun an gezählt. Er fiel noch im nämlichen Jahre in eine unheilbare Gehirnkrankheit und mußte am 23. Oktober 1857 seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, zu seinem Stellvertreter ernennen. Das Leiden nahm in einem solchen Grade zu, daß eine bloße Stellvertretung keinen Sinn mehr hatte, daher der Prinz von Preußen am 7. Oktober 1858 unter dem Titel eines Regenten die volle Regierungsgewalt übernahm, ein Verhältnis, das bis zum 2. Januar 1861 fort dauerte, an welchem Tage Friedrich Wilhelm im Schlosse zu Sanssouci starb, und der Prinz von Preußen als König Wilhelm I. die Regierung antrat. Dieser, eine nicht romantisch, sondern verständig und praktisch angelegte Natur, in voller Kraft und Frische des Körpers und des Geistes, voll Pflichttreue und Liebe zu seinem Vaterlande, war mit dem Regierungssystem seines Bruders und mit dem übermächtigen Einfluß einzelner Persönlichkeiten in der Umgebung desselben längst nicht einverstanden und erkannte sehr wohl, was Preußen und Deutschland not that. Von ihm hatte Oestreich weniger Nachgiebigkeit zu erwarten als von dem verstorbeneu Bruder. Schon an den Antritt der Regentschaft knüpfte sich die „neue Ära“ in Preußen, welche sich unter dem, von dem Fürsten Anton von Hohenzollern geleiteten, liberalen Ministerium durch eine selbständigere Haltung in der auswärtigen Politik ankündigte. Die Schmach von Olmütz, die Gewaltthätigkeiten des Fürsten Schwarzenberg, welcher die Großmacht Preußen zu einem deutschen Mittelstaat herabdrücken wollte, empfand man in diesen Kreisen tief. Es zeigte sich in allen Dingen ein lebhaftes Gefühl

für Preußens Größe und für Deutschlands Machtstellung. War es unter der vorigen Regierung Österreich gelungen, die preussischen Vergrößerungspläne in dem Unionsprojekt, in Kurhessen und in Schleswig-Holstein aus dem Feld zu schlagen und den lästigen Rivalen in alte, brandenburgische Bahnen zurückzuwerfen, so war es jetzt eher an Österreich, für seine Stellung fürchten zu müssen. Auf seinen Bruder hinweisend, hätte Friedrich Wilhelm, wie einst der Vater Friedrichs des Großen, sagen können: „Da steht einer, der mich rächen wird.“ Schwarzenberg war schon 1852 gestorben und sein Nachfolger, Graf Buol-Schauenstein, huldigte einer milderen Praxis. Dazu zwang ihn besonders die italienische Frage. Je mehr es den Anschein hatte, daß Sardinien an Frankreich einen Alliierten haben werde, desto mehr bemühte sich Österreich um Preußens Allianz. Sie war unter der neuen Ära nur gegen Zugeständnisse in der Leitung der deutschen Angelegenheiten zu gewinnen.

Nicht besser stand es mit Österreichs Macht in Italien. Allerdings erstreckte sich dort seine unmittelbare Herrschaft gerade über die fruchtbarsten Landstriche mit etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Italiens, und in Toskana und Modena herrschten Prinzen seines Hauses, gewohnt, ihr Lösungswort aus Wien zu erhalten. In den wichtigen Festungen Ferrara und Piacenza hatte Österreich das Garnisonsrecht, in Parma, Rom und Neapel war sein Einfluß der überwiegende. Aber alle diese Vasallenstaaten waren in einem Kriege, wo es sich um die Unabhängigkeit Italiens handelte, für Österreich mehr eine Last als eine Stütze; denn das Mißverhältnis zwischen Regierung und Volk war dort noch weit schlimmer als in den deutschen Kleinstaaten, als selbst in Kurhessen. Mit dem Sturze der österreichischen Herrschaft in Italien mußten alle diese Throne nicht bloß wanken, sondern fallen. Waren doch in einigen derselben die Verhältnisse von der Art, daß man nicht im neunzehnten Jahrhundert, sondern noch in der Barbarei des Mittelalters zu stehen glaubte. Der Herzog von Modena, der alte Schildknappe Österreichs, trieb nach der Besiegung der Revolution sein jesuitisch-absolutistisches Handwerk so schwunghaft wie zuvor. Unter dem Herzog Karl III. von Parma, einem spanischen Bourbon, wütete gegen alle patriotisch Gesinnten das Prügelsystem, und sein englischer Stallmeister Ward wurde zum Minister erhoben. Der

Herzog wurde 1854 auf offener Straße ermordet, und sein Günstling, der Gendarmenoberst Graf Arviti, fiel 1859 unter den Dolchen des empörten Volkes. In Toskana herrschte Großherzog Leopold, wie früher, nicht ohne Milde; aber die Aufhebung der Verfassung und den Einfluß des Wiener Kabinetts verzieh man ihm nicht. Papst Pius IX. hatte bei seiner Rückkehr von Gaëta die Einführung von Reformen in der Staatsverwaltung zugesagt, aber sein Versprechen nicht gehalten. Er überließ das Steuerruder am Schiffelein Petri dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli und fiel zuletzt ganz in die Hände der Jesuiten. Die Verfolgung der Republikaner wurde aufs äußerste ausgedehnt; man zählte 1854 im Kirchenstaat 13 000 politische Gefangene und 19 000 politische Flüchtlinge. In Neapel füllte König Ferdinand II., vom Volke König Bomba genannt, die Gefängnisse und Galeeren mit den Gegnern seiner Despotie, politische Verurtheilte vornehmer Abkunft mit den gemeinsten Verbrechern zusammensperrend; er stützte sich auf seine schweizerischen Söldner, war taub gegen die Mahnungen des Erdbebens von 1857, das viele Häuser zerstörte und Tausende von Menschen verschüttete, taub gegen die Aufstände des Barons Ventivenga in Sizilien und des Obersten Pisacane und gegen den Mordversuch des Soldaten Milano und zog sich aus Scheu vor den Menschen meist in sein wohlverwahrtes Schloß Caserta oder nach Gaëta zurück. Während des Krimkriegs war er unpolitisch genug, seine Sympathie für Rußland an die große Glocke zu hängen und durch ein Ausfuhrverbot die Westmächte zu reizen. Die Briefe des englischen Staatsmannes Gladstone stellten sein Schreckenssystem an den Pranger von Europa und machten seine Dynastie in England zu einem Gegenstand des Abscheus.

Österreich war, wenn es um seine italienische Herrschaft kämpfen mußte, auf sich selbst angewiesen. Die Bevölkerung der Lombardei und Venedigs wurde durch Militärdruck niedergehalten, die wohlhabenden Städte und der reiche Adel durch Polizeimaßregeln und Steueraufschlag aufgereizt, die Güter der Ausgewanderten mit Beschlagnahme belegt und dadurch Konflikte mit Sardinien hervorgerufen, welches, da viele derselben in dessen Gebiet das Bürgerrecht hatten, gegen die Sequestrationen protestierte und dabei von den Westmächten unterstützt wurde. Die Reise des Kaisers Franz Joseph und seiner Gemahlin, der Prinzessin Elisabeth von Bayern, und ihr längerer

Aufenthalt in Mailand, im Winter 1856, änderte trotz der Aufhebung der Güter-Sequestration und trotz der Amnestie in dem Verhältnis zwischen Regierung und Volk nicht das Geringste. Sardinien arbeitete Östreich aus allen Kräften entgegen und wurde dabei von einer kriegslustigen Presse, von den Agitationen Mazzinis und Garibaldis und von dem über ganz Italien verbreiteten Nationalverein unterstützt.

Unter den trostlosen Zuständen einer rachsüchtigen Reaktion und gehassten Fremdherrschaft bildete die sardinische Regierung eine Dase. König Viktor Emanuel hatte ein Herz für Italiens Größe, und seine Politik war der österreichischen vollständig entgegengesetzt. Er führte die Verfassung in freiheitlichem Sinne fort, nahm alle flüchtigen Patrioten Italiens in seinem Staate auf und brach vollständig mit den ultramontanen Ideen, unbekümmert um das Grollen Roms und seiner Bischöfe. Seine Regierung, von Cavour mit Einsicht und Kühnheit geleitet, galt als der Hort aller liberalen Bestrebungen, seine Dynastie, obgleich aus dem französischen Savoyen abstammend, durch hundertjährige Einbürgerung als die einzige nationale auf der ganzen Halbinsel. Obgleich ein Staat von kaum 5 Millionen Einwohnern, war Sardinien doch mächtig; denn ganz Italien stand hinter ihm. Nicht zum erstenmal hegte es Vergrößerungs- und Nationalitätspläne. Schon im Anfang dieses Jahrhunderts verteidigten die sardinischen Staatsmänner in London und Petersburg den Satz von der Notwendigkeit des Ausschlusses Östreichs aus Oberitalien und von der Errichtung eines starken norditalischen Königreichs. Der sardinische Gesandte am russischen Hof, Joseph de Maistre, schrieb schon 1814: „Es gibt für das Haus Savoyen kein höheres Interesse — und dasselbe hat ganz Italien —, als daß Östreich auf der Halbinsel nicht eine Handbreit Landes besitze. Der König muß sich zum Haupt der Italiener machen, er muß in alle Zivil- und Militärposten selbst seiner Residenz sogar Revolutionäre berufen.“ Er kannte keine andere Wahl für Sardinien, als entweder von Östreich sich verschlingen zu lassen oder Östreich aus Italien hinauszudrängen und sich an seine Stelle zu setzen. Wenn die Erreichung dieses Zieles bisher mißlang, so hatte dies seinen Grund darin, daß Sardinien mit dem nämlichen Regierungsprinzip, welches Östreich hatte, dieses überwältigen zu können wähnte. Aber ein Gelingen war nur möglich, wenn Sardinien sein Staats-

wesen von Grund aus reformierte, dem Stabilitätsprinzip Osterreichs das der freiesten Volksentwicklung entgegengesetzte und ganz Italien zum klaren Bewußtsein brachte, daß der neue Krieg kein sardinischer, sondern ein italienischer, kein Kabinettskrieg, sondern ein Nationalitätskrieg, daß das Interesse des Hauses Savoyen und das Interesse Italiens eins und dasselbe sei. Erst Cavour schlug diese Richtung in der Politik ein; ohne einen Mann wie er wäre das Ziel unerreichbar gewesen. Für die Unabhängigkeit und Größe Italiens begeistert, befaß er ungemeinen Scharffinn, die feinsten Pläne zu entwerfen, auf mehrere Jahre hinaus die Wege vorzubereiten, und was die Mittel betraf, so war er zu sehr Italiener und Bewunderer Machiavellis, als daß er sich so leicht von Gewissenskrampeln beunruhigen ließ.

Aber bei all dem wäre es selbst einem Cavour nicht möglich gewesen, auf die Kräfte Sardinien's allein angewiesen, den Kampf gegen Osterreich siegreich zu bestehen. Nur die damalige Isoliert-heit Osterreichs und die Hilfe einer Großmacht konnten ihm den Sieg in Aussicht stellen. Die Früchte des Krimkriegs kamen nun zur Reife; die sardinische Hilfe konnte nun verwertet werden. Der Sympathien Englands, das einen fast krankhaften Haß gegen den König „Vomba“, gegen die päpstliche Regierung, gegen das ganze katholisch-absolute System in Italien zeigte, konnte man auch unter dem Toryministerium des Grafen Derby sicher sein. Rußland wünschte nichts sehnlicher, als den Augenblick zu sehen, wo auch Osterreich der Friede diktiert wurde. Obgleich sardinische Truppen vor Sebastopol gestanden waren, so trug doch Rußland eine innige Freundschaft für Sardinien zur Schau. Die russische Großmacht und der sardinische Kleinstaat drückten einander bei einem Besuche der Kaiserin-Mutter in Nizza 1856 aufs zärtlichste die Hände.

Wichtiger als dieser Gefühlsaustausch waren die Beziehungen zu Frankreich. Napoleon, in der Rolle des Siegers sich gefallen, seit dem Pariser Frieden der anerkannte Schiedsrichter Europas, fand den österreichischen Einfluß in Italien unerträglich. Dieses Land, wo seit dem König Franz I. von Frankreich der habsburgische und der französische Einfluß sich bekämpften, wo der große Oheim seine ersten und herrlichsten Triumphe errungen hatte, betrachtete er vorzugsweise als eine Staatsdomäne von Frankreich. Den Verträgen von 1815 auch auf diesem Gebiet sein neues

Staatsrecht entgegenzusetzen, war sein erklärter Wunsch, und mit der Besetzung Roms 1849 war ein Anfang dazu gemacht. Was konnte ihm gelegener sein als eine Allianz mit Sardinien, das durch die Eroberung Mailands und Venedigs groß genug werden sollte, um einen Damm gegen Osterreich zu bilden, und doch noch so klein bleiben sollte, daß es der Hilfe Frankreichs stets bedurfte! Dieses norditalische Königreich dachte er dann mit den übrigen Staaten der Halbinsel zu einem italienischen Bund, ähnlich dem ohnmächtigen deutschen Bund, zu vereinigen, und durch die Stimme seines Schütlings in demselben die Rolle eines Protectors zu spielen.

Ein unerwartetes Ereignis beschleunigte die Zeitigung dieser Pläne. Als Napoleon am Abend des 14. Januar 1858 mit seiner Gemahlin in die Oper fuhr, wurden Handgranaten gegen seinen Wagen geschleudert, wodurch eine Menge von Personen getödet oder verwundet, das Kaiserpaar nur leicht verletzt wurde. Es war die verzweifelte That Felix Orfinis, welcher Mitglied der konstituierenden Versammlung in Rom, dann Gefangener in Mantua gewesen war und nach seiner Flucht von dort in England sich mit drei anderen Flüchtlingen, Pieri, Audio und Gomez, verbunden hatte, um Napoleon zu ermorden. An diesem sollte Rache genommen werden dafür, daß er, der 1831 in den Karbonaribund aufgenommen worden war, die römische Republik gestürzt hatte und die Schatten seines napoleonischen Despotismus über den ganzen Erdteil werfen wollte. Seine Person schien der Mazzinischen Partei das Haupthindernis der italienischen Unabhängigkeit zu sein, und darum sollte er fallen. Beim Verhör erklärte Orfini, daß er früher Napoleon für den künftigen Retter Italiens gehalten habe, und richtete zwei Schreiben an ihn, worin er ihn erinnerte, daß „Italiens Söhne ihr Blut für seinen Oheim vergossen“, und mit den Worten schloß: „Befreien Sie mein Vaterland, und der Segen von 25 Millionen Bürgern wird Ihnen auf die Nachwelt folgen!“ Orfini und Pieri wurden hingerichtet, die andern deportiert. Wegen eines fünften Verschworenen, des Franzosen Bernard, welcher in England zurückgeblieben war, kam es beinahe zum Bruch zwischen Frankreich und England, als jener vom englischen Schwurgericht freigesprochen wurde. Da aber England in Ostindien beschäftigt war und Napoleon den italienischen



Krieg im Anmarsch sah, so war eine Ausöhnung im Interesse der beiden Staaten. Dieselbe wurde durch die persönliche Teilnahme der Königin Viktoria an der Hafeneinweihung zu Cherbourg (5. August 1858), äußerlich wenigstens, besiegelt. Nun ging es rasch an die Ausführung des Orsinischen „Testaments“. Im Juli 1858 fand die Zusammenkunft Napoleons und Cavour's im Badeort Plombières statt, wobei die Pläne hinsichtlich Italiens festgestellt und die Vertragsbestimmungen verabredet wurden. Auf dem Rückweg machte Cavour dem in Baden-Baden verweilenden Prinzregenten Wilhelm von Preußen einen Besuch, um sich Preußens Neutralität für den bevorstehenden Krieg mit Osterreich zu versichern; der Prinz äußerte sich nachher über ihn: „Aber er ist ja gar nicht so revolutionär, als man von ihm sagt!“ Bald darauf schickte Cavour den Marchese Pepoli an den preussischen Ministerpräsidenten, Fürst von Hohenzollern, nach Düsseldorf, um für eine wohlwollende Neutralität zu wirken, die um so mehr geboten sei, da Preußen früher oder später in die nämliche nationale Strömung hineingerissen würde, in welcher Sardinien sich jetzt befindet; denn für Preußen sei Olmütz, was für Sardinien Novara. Mit richtiger Voraussicht sagte Cavour, als der Fürst keine bindende Zusage gab: „Was man heute nicht abzuschließen vermag, wird man in der Zukunft abschließen. Preußen wird unvermeidlich in den Kreis der deutschen Nationalitätsidee hineingezogen werden. Die Allianz Preußens mit dem vergrößerten Piemont steht im Buche der Zukunft geschrieben.“

Die am 30. Januar 1859 vollzogene Vermählung der ältesten Tochter Viktor Emanuels, der Prinzessin Klotilde, mit dem Prinzen Napoleon Bonaparte, dem Sohne Jeromes, bildete einen Teil des Programms von Plombières und sollte das neue Bündnis durch ein verwandtschaftliches Band noch enger knüpfen. Wenige Wochen vorher äußerte Napoleon, am Neujahrstag 1859, in den Tuilerien zu dem österreichischen Gesandten, Baron Hübner: „Ich bedaure, daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, als ich sie zu sehen wünsche; aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu melden, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer die nämlichen sind.“ Viktor Emanuel drückte sich bei Eröffnung der sardinischen Kammern am 10. Januar noch deutlicher aus, indem er sagte, daß er „trotz aller Achtung vor den Verträgen nicht unempfindlich sein könne

für den Schmerzensschrei, der aus so vielen Theilen Italiens zu ihm töne.“ In der Presse der beiden Staaten wurde viel von der „Berechtigung der Nationalitäten“ und von der „Revision der Verträge“ gesprochen. Osterreich verstand diese Sprache und rüstete sich zum Krieg. Erzherzog Maximilian, der Bruder des Kaisers, welcher als General-Gouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs die Härte der Fremdherrschaft möglichst zu mildern suchte, wurde abberufen, das Land unter das Kriegsgefeß gestellt, Truppen nach Oberitalien geschickt. Auch Sardinien ließ es an Rüstungen nicht fehlen, und Frankreich hielt seine kriegstüchtigsten Truppen in Algerien zur Einschiffung bereit. Die Diplomatie suchte die Schwerter noch in der Scheide zu halten. England bemühte sich, die östreichische Regierung zu Zugeständnissen zu bewegen; Rußland schlug einen Kongreß der Großmächte vor, auf welchem die italienische Frage entschieden werden sollte. Osterreich mußte recht wohl, zu wessen Gunsten die Sache entschieden würde, und zog eine rasche Entscheidung durch die Waffen einem Friedenszustande vor, bei dem es finanziell zu Grunde gehen mußte, und nur seine Gegner, die noch nicht vollständig gerüstet waren, gewannen. Daher übergab es am 23. April in Turin in einem Ultimatum die Erklärung, daß es den Krieg beginnen werde, wenn die sardinische Armee nicht binnen drei Tagen entwaffnet würde. Am 23. April erhielt es eine ablehnende Antwort, und am folgenden Tage ließ Napoleon durch seinen Gesandten in Wien eröffnen, daß er den Übergang der Ostreicher über den Ticino als eine Kriegserklärung an Frankreich ansehen würde.

Napoleon war wegen der Haltung Preußens nicht ohne Beunruhigung. Er erkannte instinktmäßig die moralische Kraft dieses Staates und dessen Zukunftspläne. Schon als Prinzpräsident 1851 hatte er seinen Vertrauten, den Herrn v. Persigny, nach Berlin abgesandt, um Preußen zu einer Allianz mit Frankreich zu vermögen, deren nächster Zweck die Vertreibung der Ostreicher aus Italien sein sollte. König Friedrich Wilhelm IV. ging begreiflicherweise auf solche Vorschläge nicht ein. Vier Jahre später, 1855, erklärte er dem Prinzgemahl Albert in London, er brauche für die Befestigung seiner Dynastie in Frankreich Belgien und das linke Rheinufer und werde Preußen nicht hinderlich sein, wenn es als Ersatz hiefür zehn oder zwölf Millionen Seelen sich in

Deutschland nehme. Um den preussischen Hof hinsichtlich dieser Pläne auszuforschen, schickte er im Mai 1857 seinen Beter, den Prinzen Louis Napoleon, nach Berlin. Im Februar 1859 bot er durch einen anderen Unterhändler dem Prinzregenten Wilhelm von Preußen die Zustimmung Frankreichs zur Einverleibung Hannovers, Holsteins und Kurhessens in Preußen an, falls jener Frankreich im italienischen Krieg unterstützen würde. Auch dieser Antrag wurde zurückgewiesen und dem Unterhändler erwidert, Preußen beharre auf seiner Politik der freien Hand.

Auch Östreich suchte den Prinzregenten für seine Zwecke zu gewinnen und sandte im April 1859 den Erzherzog Albrecht nach Berlin. Dieser sollte darauf hinwirken, daß Preußen seine Armee am Rhein aufstelle und dadurch Napoleon es unmöglich mache, zur Unterstützung Sardinien's Truppen nach Italien zu schicken. Dadurch wäre die Hauptlast des Krieges von Italien nach Deutschland, hauptsächlich nach Preußen verlegt worden. Die Unterhandlungen, welche durch den preussischen General Willisen in Wien fortgesetzt wurden, scheiterten an dem Bestreben Östreichs, seine beherrschende Stellung in Italien in ihrer ganzen Schroffheit aufrecht zu halten und an der Forderung Preußens, nur als durchaus selbständige, nach keiner Seite hin abhängige Macht eine bewaffnete Vermittlung zu übernehmen.

Die Östreicher gingen am 28. April 1859 über den Ticino, und damit war der Krieg eröffnet. Aber es wurden auf ihrer Seite gleich anfangs große Fehler gemacht. Radezki, der Sieger von Novara, war 1858 gestorben. Der General Graf Franz Gyulai wurde zum Oberfeldherrn ernannt, der außer seinem alten, ungarischen Adel nichts aufzuweisen hatte, was ihn zur Führung eines höheren Kommandos berechtigte. Anstatt rasch auf Turin loszugehen, an Truppen und Kriegsmaterial zu vernichten, was ihm in die Hände fiel, die Straßen nach Savoyen und Genua zu besetzen und die französischen Heeresabteilungen, wie sie einzeln ankamen, zu schlagen und ins Gebirge und auf ihre Schiffe zurückzuwerfen, besetzte Gyulai den zwischen Ticino und Sesia gelegenen fruchtbaren Landstrich, die Lomellina, und blieb hier unthätig liegen, während die Sardinier 80 000 Mann vor Alessandria versammelten und die Franzosen eiligst nach Sardinien aufbrachen. Diese marschierten über den Mont Cenis und Mont Genèvre, der größere

Teil kam zur See in Genua an, darunter Napoleon selbst mit seinen berühmtesten Generalen, Canrobert, Mac Mahon, Niel. Obgleich mehr Theoretiker im Kriegswesen, übernahm Napoleon den Oberbefehl über die französisch-sardinische Armee. Um die Stellung des Feindes zu erforschen, ordnete Gyalai eine größere Rekognoszierung an, welche zu dem Gefecht bei Montebello (20. Mai) Anlaß gab, das zum Nachtheil der Östreicher ausfiel. Auf dies hin lenkte er seine Aufmerksamkeit auf seinen linken Flügel, während die Verbündeten am 30. und 31. Mai über seinen rechten Flügel bei Palestro siegten und Garibaldi mit seinen Alpenjägern im Norden der Lombardei vordrang, Como besetzte und Mailand bedrohte.

Nun konnte sich Gyalai in der Comellina nicht mehr halten und ging am 1. Juni bei Pavia über den Ticino zurück. Die Verbündeten folgten ihm rasch; Napoleon, welcher mit seiner Garde zu schnell vorrückte, geriet an der Brücke von Buffalora in große Gefahr, aber das Eintreffen Mac Mahons entschied die Schlacht bei Magenta (4. Juni) zu Gunsten der Verbündeten. (Infolge dessen erhielt der General den Titel eines Herzogs von Magenta.) Heldenmütig hatten die österreichischen Soldaten gekämpft; aber in der Oberleitung war keine Einheit; die einzelnen Korpsführer (Clam-Gallas, Liechtenstein, Jobel) waren sich selbst überlassen. Mit dieser Niederlage war der Verlust der Lombardei entschieden. Gyalai gab Mailand und die anderen Städte auf, ließ die Festungswerke von Pavia und Piacenza sprengen, rief die österreichischen Besatzungen aus den Städten des Kirchenstaats ab und zog sich mit seinem ganzen Heere über den Mincio zurück, um durch das Festungsviereck (Mantua, Verona, Legnago, Peschiera) gedeckt zu sein. Napoleon und Viktor Emanuel hielten am 8. Juni unter dem Jubel der Bevölkerung ihren Einzug in Mailand, und jener erklärte in einer Proklamation an die Italiener, daß er nicht aus selbstsüchtigen Gründen, sondern nur zur Befreiung Italiens gekommen sei. Mit dem Abzug der Östreicher erhob sich in Mittelitalien die Revolution. Der Herzog Franz von Modena, die Herzogin Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohne Robert und der Großherzog Leopold von Toskana mußten ihre Staaten verlassen, suchten in Osterreich und in der Schweiz Schutz, und hinter ihnen wurden provisorische Regierungen errichtet und der

Ausfluß an Sardinien verkündigt. In Bologna mußte der päpstliche Legat zugleich mit den Östreichern abziehen, und die Diktatur Viktor Emanuels wurde ausgerufen. Auch andere Städte des Kirchenstaates fielen ab; nur die blutige Erstürmung Perugias durch die Schweizertruppen verhinderte den allgemeinen Abfall.

Um den Mut der Truppen zu beleben und die Einheit des Oberbefehls herzustellen, begab sich Kaiser Franz Joseph selbst zur Armee und übernahm das Kommando, welches thatsächlich der Feldmarschallleutnant Heß führte. Alles brannte vor Ungebuld, die Niederlage von Magenta zu rächen. Daher beschloß der Kaiser, sich nicht in der Defensiv zu halten und es auf einen langwierigen Festungskrieg ankommen zu lassen, sondern selbst den Feind anzugreifen. Zwischen den Flüssen Mincio und Chiese war das österreichische Heer in einem Halbkreis aufgestellt, um von drei Seiten gegen den Feind anzurücken. Die Linie war zu lang, gegen vier Stunden ausgedehnt, und das Zentrum dadurch zu schwach, nicht gehörig mit Reservetruppen versehen. Eine Anhöhe bei dem Dorfe Solferino bildete den Mittelpunkt des Zentrums. Napoleon ließ sich nicht überraschen und richtete am 24. Juni 1859 seinen Hauptangriff gegen das schwache Zentrum der Östreicher. Die Franzosen, welche durch ihre gezogenen, auf weite Entfernung hin treffenden Kanonen im Vorteil waren, erstürmten mehrmals die Höhe von Solferino, wurden jedesmal wieder zurückgeschlagen, blieben aber gegen vier Uhr abends Herren derselben, als eben ein furchtbares Gewitter ausbrach, welches dem Kampfe auf den meisten Punkten ein Ende machte. Die Östreicher zogen sich in guter Ordnung über den Mincio zurück, während General Benedek auf ihrem rechten Flügel, nachdem er bei San Martino zweimal die Sardinier zurückgeschlagen hatte, den Kampf noch bis gegen acht Uhr abends fortsetzte. Auf Seiten der Verbündeten hatte sich General Niel, welcher dem linken Flügel der Östreicher gegenüberstand, durch umsichtige Führung seiner Truppen am meisten ausgezeichnet. Die Östreicher verloren über 22000 Mann, darunter mehr als 9000 Gefangene; die Franzosen hatten einen Verlust von 11670, die Sardinier einen solchen von 5521 Mann. Einen Teil der Schuld an dieser Katastrophe hatte die schlechte Armeeverwaltung, bei welcher Beispiele von schändlicher Nachlässigkeit und Betrug vorkamen, so daß die armen Soldaten tagelang hungern mußten

und erschöpft in die Schlacht gingen. Für den preussischen Generalstab war das Studium des italienischen Krieges, womit er sich sehr eingehend beschäftigte, eine günstige Vorbereitung für 1866 und 1870.

Die Verbündeten zogen den Östreichern nach, gingen am 28. Juni über den Mincio und verstärkten sich durch das Korps des Prinzen Napoleon, das dieser, nach seiner Landung in Livorno, in Toskana gesammelt hatte, zunächst zu dem Zwecke, in diesem schönen Lande für einen französischen Prinzen Sympathieen hervorzurufen. Da sich aber für diesen Prinzen durchaus keine zeigten wollten, so ging er über den Po. Eine französische Flotte erschien vor Venedig, und so erwartete ganz Europa die weitere Entwicklung des Krieges. Um so mehr wurde es durch die Nachricht überrascht, daß in Villafranca am 8. Juli ein Waffenstillstand geschlossen und am 11. Juli bei einer persönlichen Zusammenkunft Franz Josephs und Napoleons die Friedenspräliminarien bereits verabredet seien. Man wußte nicht, über wen man sich mehr wundern sollte, über Franz Joseph, daß er nach einer Niederlage, die den Feind selbst auch sehr geschwächt hatte, schon den Kampfpfeil bezahlte, oder über Napoleon, daß er seinem Programm: „Italien frei bis zur Adria!“ untreu wurde und nach zwei glänzenden Siegen anstatt nur mit dem Ganzen, auch mit der Hälfte sich begnügte. Und doch lagen die Gründe für das Verhalten beider Monarchen ziemlich klar vor. Napoleon brauchte für seinen militärischen Ruhm keine weiteren Kämpfe, dagegen hatten die bisherigen die Reihen seiner Truppen furchtbar gelichtet, und während für ihn die Verstärkung und Versorgung des Heeres immer schwieriger wurde, wurde sie für das östreichische Heer, das sich seinen Reserven näherte, immer leichter. Zudem begann jetzt eine ganz andere Art von Krieg, bei welcher das ungestüme Loosstürzen und Dreinschlagen der Zuaven nicht von großem Erfolg war. Bei der Belagerung des Festungsvierecks war für Napoleon mehr zu verlieren, als zu gewinnen. Auch war die Entwicklung der italienischen Sache nicht ganz nach Napoleons Geschmack. Daß Sardinien die ganze Halbinsel an sich reiße und zu einem Staate anwachse, der weder einen Protektor noch einen Mentor brauchte, war in Plombières nicht ausgemacht worden, und doch lief nun alles darauf hinaus. Die damaligen Verabredungen bezogen sich

auf die Lombardei, Venetien, Parma, Modena und nicht auf weiteres; die anderen vakant gewordenen und werdenden Throne wollte Napoleon mit seinen Vettern Mürat und Napoleon besetzen, was freilich für Italien ein Tausch von sehr zweifelhaftem Wert gewesen wäre. Somit schien ihm Sardinien durch den Besitz der Lombardei, voraussichtlich auch der Herzogtümer, schon mächtig genug zu sein.

Andere beachtenswerte Gründe lagen in Deutschland. Hier hatte das Vorgehen Frankreichs und die Bedrängnis des deutschen Kaiserstaates große Aufregung verursacht. In Süddeutschland verlangte man eine offene Unterstützung Östreichs, sprach sogar von einem Heereszug nach Paris. In Berlin herrschte eine kühlere Temperatur. Dort wurde an der Politik der „freien Hand“ festgehalten. Preußen machte zwar sein ganzes Heer mobil, beantragte am 25. Juni am Bund die Mobilmachung der zwei süddeutschen Armeekorps, am 4. Juli auch die der sächsischen und hannoverschen Korps, verlangte aber für Preußen den Oberbefehl über die sämtlichen Streitkräfte Deutschlands und die unbeschränkte Verfügung über dieselben. Während hierüber und über den österreichischen Gegenantrag am Bundestag verhandelt wurde, vollzog sich in Italien die Entscheidung. Von Östreich wurde nämlich beantragt, der Oberbefehl solle dem Prinzen von Preußen übertragen werden, doch solle dieser denselben nicht in selbständiger Weise führen, sondern als ein von den Instruktionen des Bundestags, in welchem Östreich eine beherrschende Stellung einnahm, somit als ein von Östreich abhängiger General. Ein solcher Antrag war für den Prinzregenten und für Preußen unannehmbar.

Um so leichteres Spiel hatte Napoleon, als er in Villafranca den Kaiser Franz Joseph für einen raschen Frieden gewinnen wollte. Indem er auf die preußischen Pläne hinwies und auf die Gefahr aufmerksam machte, daß Preußen die Verlegenheiten Östreichs benutzen, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten unterwerfen, sich selbst an die Spitze Deutschlands stellen und Östreich aus demselben hinausdrücken werde, hatte er seinen Gegner matt gemacht und das Schachspiel gewonnen. Es war freilich, nach den oben angeführten Anerbietungen Persignys und anderer französischen Unterhändler, eine Perfidie ohnegleichen, wenn Napoleon eine solche Sprache führte, aber das Ziel wurde erreicht. Franz Joseph schenkte den Ein-

flüsterungen Napoleons Gehör und willigte ein, daß die Lombardei, mit Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera, an Frankreich, beziehungsweise an Sardinien abgetreten, daß aus Italien ein Staatenbund unter dem Ehrenvorsitz des Papstes gebildet und die Wiedereinsetzung der Fürsten von Toskana und Modena an die Bedingung ihrer förmlichen Zurückberufung durch ihre Unterthanen und der Nichtintervention einer fremden Macht geknüpft werden sollte. Diese Präliminarien von Villafranca wurden am 10. November 1859 durch den Züricher Frieden bestätigt und dadurch der österreichische Einfluß in Italien beseitigt; denn die beiden letzten Bedingungen kamen nie zur Erfüllung.

König Viktor Emanuel und der Ministerpräsident Cavour waren durch die Nachricht von dem Abschluß der Präliminarien sehr unangenehm überrascht; denn sie erhielten nur die Lombardei, während Venedig in den Händen Oesterreichs blieb. Um so begieriger griffen sie in Mittel- und Unteritalien zu. Die Nationalversammlung in Bologna erklärte am 6. Sept. 1859, daß der ganze nördliche Teil des Kirchenstaates, die sogenannte Emilia, nicht mehr unter die Herrschaft des Papstes zurückkehre, sondern an Sardinien sich anschließen, und durch die Volksabstimmung im März 1860 sprachen sich auch Toskana, Modena und Parma für den Anschluß an Sardinien aus, während Viktor Emanuel zum Dank für die Hilfe an Napoleon sein Stammland Savoyen und die Grafschaft Nizza abtrat, was schon in Plombières verabredet worden war und nun durch eine geschickt geleitete Volksabstimmung bestätigt wurde.

Bei diesen Fortschritten der nationalen Partei konnte Neapel und Sizilien nicht ruhig bleiben. Ferdinand II. war dort am 22. Mai 1859 gestorben und hinterließ die Regierung seinem unerfahrenen, von der Königin-Mutter und der Camarilla geleiteten Sohne Franz II. Zu einer Zeit, wo ganz Italien einem Vesuv gleich, wurde in Neapel der Absolutismus als das völkerbeglickende System beibehalten und alle Ratschläge und Warnungen des englischen und französischen Gesandten verworfen. Um so günstiger war der Boden für die Wühlereien der Mazzinisten, welche es dahin brachten, daß gerade diejenigen Truppen, auf welche allein der König sich verlassen konnte, die Schweizeröldner, auf ihr Verlangen hin entlassen wurden. Im April 1860 fanden Aufstände in Pa-



lermo und Messina statt, die schnell wieder unterdrückt wurden. Aber am 6. Mai 1860 schiffte sich Garibaldi mit 1067 Freiwilligen und 4 Kanonen in Genua unter den Augen der Behörden ein. Gelang sein Unternehmen, so wurde das Ergebnis desselben von der sardinischen Regierung angenommen; mißlang es, so wurde die Teilnahme an demselben abgelehnt. Am 11. Mai landete er bei Marsala an der Westküste Siziliens, brachte seine Mannschaft durch die Zugänge von der Insel in kurzem auf 4000 Mann, erließ eine Proklamation, in welcher er die Diktatur über Sizilien im Namen Viktor Emanuels, des „Königs von Italien“, übernahm, und stand am 27. Mai vor den Thoren von Palermo. In wenigen Stunden war die eine Hälfte der Stadt genommen; doch wurde sie von dem neapolitanischen General Lanza, der 25 000 Mann unter sich hatte, beschossen und zum Teil in einen Trümmerhaufen verwandelt. Zuletzt mußte Lanza, der die ganze Bevölkerung gegen sich hatte, kapitulieren und mit seinen Truppen nach Neapel sich einschiffen (6. Juni). Wenige Wochen darauf ergab sich auch Messina, und die ganze Insel war frei. Sofort segelte Garibaldi mit 5000 Mann über die Meerenge, in welcher die neapolitanische Flotte kreuzte, und landete glücklich bei Reggio. Nirgends fand er Widerstand. Alle Besatzungen ergaben sich; die alten Behörden lösten sich auf; alles ging zu ihm über; sein Zug über Cosenza und Salerno war ein Triumphzug, und am 7. September langte er mit einem Extrazug, fast ohne militärisches Gefolge, mit der wollenen roten Bluse und dem Filzhut bekleidet, in Neapel an, von dem Volke mit ungeheurer Begeisterung empfangen. Den Tag vorher hatte Franz II. seine Hauptstadt verlassen und sich nach Gaëta eingeschifft. Seine Armee, etwa 40 000 Mann stark, verlegte er hinter den Volturno in die Gegend von Kapua und Gaëta. Er hatte sich zu spät zum Nachgeben entschlossen, nach der Übergabe Palermos die Verfassung von 1848 wiederhergestellt, ein liberales Ministerium berufen und Sardinien seine Allianz angetragen; aber er fand nirgends Glauben und Vertrauen.

Garibaldi übernahm nun auch die Diktatur von Neapel und hegte den Plan, nach Befiegung der königlichen Truppen im Kirchenstaat einzurücken und in Rom auf dem Kapitolium zum zweitenmal seine Fahne aufzupflanzen. Er verkündigte daher den Anschluß Neapels und Siziliens an Sardinien noch nicht, sondern hatte sich,

wie er erklärte, in den Kopf gesetzt, „vom Quirinal aus“ das Königreich Italien zu verkündigen. Dadurch kam nicht bloß der Papst und die katholische Welt, sondern auch Napoleon in Aufregung. Im Kirchenstaat war alles zum Abfall reif; wo nicht französische Truppen standen, hörte das päpstliche Regiment auf, und doch wollte dieses von einer Vermittlung nichts wissen und vertraute auf die Wirkung seines Bannstrahls gegen die Räuber der Kirche Petri, als ob man in dem Zeitalter der Gregor und Innocenz lebte, nicht in einem Jahrhundert, das solche Dinge nur mit dem Auge eines Antiquitätensammlers ansieht. In allen Ländern wurde der Klerus aufgefordert, den „Peterpfennig“ einzusammeln und junge Leute zum Eintritt in die neu zu organisierende päpstliche Armee zu bewegen. An die Spitze derselben wurde der Freund des päpstlichen Kriegsministers Merode, der französische General Lamoricière, gestellt. Aber das Unmögliche zu leisten war auch ihm nicht möglich. Napoleon wollte um jeden Preis Garibaldi die Gewalt entwinden, da er hinter ihm Mazzini und die republikanische Partei vermutete, welcher er, wenn sie in den Besitz von Rom kam, das Schlimmste zutraute. Daher ließ er auf seiner Reise durch Savoyen Viktor Emanuel sagen, „er solle freie Hand haben, die Marken und Umbrien mit seinem Reiche zu vereinigen und mit seiner Armee in Neapel einzurücken, um daselbst statt der revolutionären Diktatur Garibaldi's ein geordnetes monarchisches Regiment einzurichten, wenn er nur Rom selbst und das sogenannte Patrimonium Petri, das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet lasse.“ Darauf besetzte der sardinische Kriegsminister Fanti Umbrien, und General Cialdini rückte in den Marken ein. Ihm stellte sich Lamoricière trotz seiner Minderzahl am 18. September 1860 bei Castelfidardo entgegen, mußte aber nach kurzem Gefecht der Übermacht weichen, rettete sich mit wenigen Begleitern nach Ancona und gab sich, zu Land und zur See angegriffen, am 29. September mit der ganzen Besatzung kriegsgefangen. Darauf erklärte sich eine Volksabstimmung in den Marken und Umbrien für den Anschluß an Sardinien.

Viktor Emanuel traf am 9. Oktober in Ancona ein, übernahm den Oberbefehl über seine Truppen und zog nach Neapel, um sich mit Garibaldi zu verständigen. Diesem war es, obgleich er gegen 25 000 Mann unter sich hatte, noch nicht gelungen, die

Volturnolinie zu sprengen oder die neapolitanische Armee zum Abfall zu bringen. Nach der Ankunft Viktor Emanuels hielt er mit ihm einen feierlichen Einzug in Neapel, legte, nachdem auch dort der Anschluß an Viktor Emanuel verkündigt war, seine Diktatur in dessen Hände und lehrte, jede Auszeichnung verschmähend, nach der Insel Caprera zurück. Viktor Emanuel drängte nun die neapolitanische Armee hinter den Garigliano in die Festung Gaëta. Dort hielt sich König Franz mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Maria von Bayern, drei Monate lang, die Festung mit Entschlossenheit verteidigend. Als aber die französische Flotte, welche den Hafen besetzt gehalten hatte, abgerufen wurde, die dem König Viktor Emanuel gehorchende neapolitanische an ihre Stelle trat, Mangel an Lebensmitteln und Munition in der Festung eintrat, der Typhus wütete und nirgends sich ein Hoffnungsstern zeigte, da kapitulierte am 13. Februar 1861 König Franz, schiffte sich mit seiner Gemahlin auf einem französischen Schiffe ein und begab sich nach Rom, wo er zehn Jahre verweilte und vergebens kleinere Banden organisierte, um in Neapel die bourbonische Fahne zu erheben.

Am 18. Februar 1861 wurde das erste „italienische Parlament“ von Viktor Emanuel in Turin eröffnet, und dieser nahm mit Zustimmung desselben den Titel „König von Italien“ an. Wie gering erschien nun das, was Cavour bei dem Pariser Friedenskongreß gefordert, was Napoleon in Plombières zugegeben, was der Züricher Friede bestimmt hatte, gegen diese Ergebnisse einer zweijährigen Anstrengung! Mit Ausnahme Venetiens und der zu Rom gehörigen Gebietsteile waren alle Provinzen Italiens, so verschiedenartig sie auch waren, zu einem Einheitsstaate vereinigt. Aber diese Einheit war denn doch mehr äußerlich, und es galt nun, sie auch innerlich herzustellen, sämtliche Teile zu einem unauflösllichen Ganzen zu verschmelzen. Dazu gehörte, daß man sich in den nächsten Jahren von allen weiteren Unternehmungen fernhielt und einige Friedensjahre mit Energie und Glück ausbeutete, um im Heerwesen, in den Finanzen, in der Zivilverwaltung den alten bourbonischen Stall zu säubern und ein wohnliches Gebäude herzurichten. Auch diese Aufgabe, welche noch schwieriger war als die Eroberung, griff Cavour mit Geschick an. Er hatte hier die tobenden Republikaner, dort den grollenden Napoleon zu versöhnen,

welcher übel dazu sah, daß seine Lehre von dem Nationalitätsprinzip und von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen gegen seinen Willen durchgeführt war, und zuletzt noch bligte und donierte es in der Rüstkammer des Papstes, welcher für den, übrigens nicht sehr glücklichen, Cavour'schen Satz von der „freien Kirche im freien Staate“ wenig Verständnis zeigte. Mitten in diesen zum Teil noch chaotischen Zuständen starb Graf Cavour am 6. Juni 1861, durch die Niesenarbeit aufgerieben. Sein Nachfolger, der Florentiner Ricasoli, welcher Frankreich gegenüber eine zurückhaltende Stellung annahm, folgte in der inneren Politik den Fußstapfen des großen Staatsmannes. Gegen die Räuberbanden in Neapel schickte er den General Cialdini, welcher mit rücksichtsloser Energie einschritt und durch massenhafte Erschießungen Ruhe herstellte. Dieses selbständige Auftreten war nicht nach Napoleons Geschmack. Ricasoli, welcher sich nicht zu einem französischen Präsekten hergeben wollte, mußte abtreten und Ratazzi Platz machen. Unter ihm sollten alle Parteien vereinigt und besonders die sogenannte Aktionspartei, an deren Spitze Garibaldi stand, veröhnt werden. Er nahm die Reste der Freischaren, welche, nachdem sie ihre Schuldigkeit gethan hatten, mit auffallender Zurücksetzung behandelt worden waren, in die Armee auf und erklärte den Beschluß des Parlaments vom 27. März 1861, daß Rom die künftige Hauptstadt des Königreichs Italien sein sollte, als noch zu Recht bestehend. Dadurch wurde die Aktionspartei und ganz Italien aufs neue in Flammen gesetzt. „Rom und Venedig!“ riefen die Italianissimi, und nicht zufrieden damit, sprachen sie von der Eroberung des südlichen Tirols, Istriens und der dalmatinischen Küste. Garibaldi wollte sein Werk vollenden und zuerst mit der Lösung der für seine patriotische Ungebuld viel zu verwickelten römischen Frage anfangen. Er segelte nach Sizilien, sammelte gegen 2000 Freiwillige und landete in Kalabrien unter dem Rufe: „Rom oder den Tod!“ Aber die Regierung, welcher von Napoleon ein absolutes Halt geboten war, erklärte in einer Proklamation sein Beginnen für strafbar und schickte den General Cialdini gegen ihn. Bei Aspromonte traf der Oberst Pallavicino am 29. August 1862 mit Garibaldi und dessen Freischaren zusammen: es entspann sich ein Gefecht; mehrere Freiwillige fielen, Garibaldi wurde am rechten Fußgelenk gefährlich verwundet und mußte sich mit seinen Leuten

ergeben. Sie wurden bald darauf entlassen; Garibaldi, welcher eine Zeit lang in Todesgefahr geschwebt hatte, wurde von einem französischen Arzt in Pisa die Kugel aus der Wunde gezogen, worauf er im Dezember nach Caprera zurückkehrte.

Die Regierung hatte gezeigt, daß sie Herr im eignen Hause sei und sich von niemand, auch nicht von ihren edelsten Söhnen, zu Unbesonnenheiten drängen lasse. Es war daher Zeit, daß Frankreich einen Stein des Anstoßes entfernte und das Nichtinterventionsprinzip, welches es anderen Mächten so gerne predigte, selbst auch befolgte. Die französische Besatzung in Rom war eine beständige Bedrohung und Bevormundung Italiens, und damit mußte es ein Ende nehmen. Der am 15. September 1864 zwischen Frankreich und Italien geschlossene Vertrag bestimmte, daß die französischen Truppen längstens binnen zwei Jahren abziehen, Italien das dem Papst gehörige Gebiet nicht angreifen, gegen jeden Angriff von außen beschützen, einen Teil der römischen Staatsschuld übernehmen, auf Rom als Hauptstadt verzichten und seine Hauptstadt von Turin nach Florenz verlegen sollte. Diese Bestimmungen wurden eingehalten. Der König und das Parlament siedelten 1865 nach Florenz über, und am Schluß des Jahres 1866 befand sich kein französischer Soldat mehr in dem Gebiet des Patrimoniums Petri.

## § 20.

### Außereuropäische Länder.

Nicht bloß in Italien, auch in Ostindien gab es eine Frage der Nationalitäten, und eine „Revision der Verträge“ wäre auch dort sehr willkommen gewesen. Nur gezwungen ertrugen die Hindu die Herrschaft eines fremden Volksstammes, welcher eine andere Religion hatte und die ihrige verachtete. Daß eine Gesellschaft von Kaufleuten, die ostindische Kompanie, ein Reich von 180 Millionen beherrschte und für ihre Handelsinteressen ausbeutete, war etwas in der Geschichte noch nie Vorgekommenes. Die englische Regierung hatte nur den Generalgouverneur und den Oberbefehlshaber zu ernennen; alle Verwaltungsbeamten wurden von den 12 Direktoren der ostindischen Kompanie eingesetzt und von dem Gouverneur bestätigt; die Verwaltung selbst unterlag nur in den wichtigsten Angelegenheiten der Aufsicht einer königlichen Kommission. Wo die Regierung als ein kaufmännisches Geschäft betrieben wurde,

lag die Gefahr nahe, daß dieselbe nicht nach Recht, sondern nach Willkür, nicht zum Zweck der Förderung des Volkswohles, sondern zur Befriedigung der Habsucht geleitet werde. Die Bewohner Ostindiens gehören teils dem Brahmanismus, teils dem Islam an; beide sahen in den Engländern und deren Missionären ihren gemeinschaftlichen Feind und verschworen sich miteinander zum Sturze desselben. Bald war auch die Armee dafür gewonnen, von welcher der bei weitem größere Teil aus Eingeborenen, den Sipahi, bestand, die jedoch höchstens bis zum Hauptmannsrank aufsteigen konnten. Unter einer Armee von 250 000 Mann waren nur 30 000 Engländer, die übrigen alle Sipahi und größtenteils für den Aufstand gewonnen. Die Tage der britischen Herrschaft schienen sich zu neigen; der Machtstellung Englands drohte ein ungeheurer Stoß. Eine alte Prophezeiung wurde in Umlauf gesetzt, daß die Fremdherrschaft, welche gerade vor einem Jahrhundert durch die Siege Lord Clives begründet worden war, nicht länger als ein Jahrhundert dauern werde.

Ein für abendländische Anschauung unbedeutender Umstand warf den Funken in die Pulverkammer. Bei den neuen Patronen, welche ausgeteilt wurden, waren die Kugeln mit Ochsen- oder Schweinefett bestrichen. Die Eingeborenen hielten dies für eine Mißachtung ihrer Religion, welche den Hindu dieses, den Muhammedanern jenes zu berühren verbot. In Mirat, in der Nähe von Delhi, weigerten sich am 9. Mai 1857 einige Sipahi, diese Fettkugeln anzunehmen. Sie wurden verhaftet, von ihren Kameraden befreit, die englischen Offiziere samt ihren Frauen und Kindern niedergehauen. Zwei Tage darauf erhob sich die bedeutende Stadt Delhi. 150 Kanonen, ungeheure Kriegsvorräte, 2 Millionen Pfund Sterling fielen in die Hände der Sipahi. Der Aufstand ergriff ganz Nordindien, alle Garnisonsstädte des obern Ganges. In der Person des 92jährigen ehemaligen Großmoguls Akbar wurde ein Schattenkaiser aufgestellt. Fürchterlich waren die Mißhandlungen, welchen die Engländer und ihre Familien ausgesetzt waren. Die bloße Ermordung genügte nicht; unter den ausgesuchtesten Martern wurden sie hingeschlachtet; „nicht eine Seele der verruchten Frengibrut sollte am Leben bleiben“. Die Schreckensszenen von Cawnpore, wo Nana Sahib wütete, gehören zu den gräßlichsten Bildern eines erbitterten Rassenkampfes.

Zum Glück für die Engländer brach der Aufstand nicht im ganzen Reich zu gleicher Zeit aus, sondern beschränkte sich zunächst auf das Gebiet des oberen Ganges. Es gelang ihnen, den Krieg zu „lokalisieren“, keimende Aufstände zu ersticken und durch ein furchtbares Rache-system Schrecken zu verbreiten und die Jaghaften im Gehorsam zu erhalten. England schickte einen Truppentransport um den andern nach Ostindien, über 100 000 Mann, und von den eingeborenen Regimentern blieben ihnen die kriegerischen Sikhs im Pendschab und die Ghorkas, welche Teile des Himalaya-Gebirges bewohnten, treu. General Wilson eroberte nach dreimonatlicher Belagerung Delhi, General Havelock brachte dem in der Citabelle von Lucknow, der Hauptstadt von Auddh, mit 400 Frauen und Kindern eingeschlossenen Lawrence Hilfe. Der neue Oberbefehlshaber Campbell, der von Kalkutta herbeieilte, erstürmte am 19. März 1858 Lucknow und ließ der Rache seiner Soldaten freien Lauf. Über die Aufständischen wurde strenges Gericht gehalten, viele Hunderte gehenkt oder an die Kanonen gebunden und „weggeblasen“. Nana Sahib gelang es, zu entkommen; sein Gefährte Lantia Topi, einer der tüchtigsten Rebellenführer, wurde gefangen und starb am Galgen. Mit dem Jahre 1858 erlosch der Aufstand, bei welchem beide Teile in blutiger Grausamkeit mit einander wetteiferten. Die Mäßigung des General-Gouverneurs Lord Canning, eines Sohnes des berühmten Staatsmannes, trug viel zur Beruhigung des Landes bei. In England sah man ein, daß die Aufgabe, ein so großes Reich zu regieren, über die Kräfte einer Privatgesellschaft gehe, daher das Parlament das Privilegium der ostindischen Kompanie aufhob und beschloß, daß die englische Regierung die Herrschaft über Ostindien selbst in die Hand nehmen, einen besonderen Staatssekretär hiefür aufstellen und einen „Vizekönig“ als Stellvertreter der Krone dahin schicken solle. Dadurch wurde Ostindien aus einer Handelsniederlassung zu einer englischen Provinz, und es fragte sich nun, ob die Bevölkerung durch den Tausch namhaft gewonnen hatte. Am 2. August 1858 genehmigten beide Häuser des Parlaments diese „Indiabil“, und am 1. November 1858 trat sie in Kraft. Mit Genehmigung des Parlaments nahm die Königin Viktoria im April 1876 zu ihren anderen Titeln auch den Titel „Kaiserin von Indien“ an, den sie übrigens nur in rein indischen Angelegen-

heiten führen sollte. Ihr Stellvertreter ist der „Vizekönig“, der an der Spitze der Zivil- und Militärverwaltung steht und einen gesetzgebenden Rat von 15 Mitgliedern zur Seite hat. Infolge eines zwischen England und dem König Thibo von Oberbirma ausgebrochenen Konflikts wurde dieses Land 1885 von den Engländern besetzt, für einen Bestandteil der Besitzungen der Kaiserin von Indien erklärt und von Beamten, die vom Vizekönig von Indien ernannt wurden, verwaltet.

Anderer Natur waren die Kämpfe in Nordamerika, wo die in stetem Fortschreiten begriffene Union (die Vereinigten Staaten) in zwei feindselige Lager sich spaltete und der Schauplatz eines mehrjährigen blutigen Bürgerkrieges wurde. Seit mehreren Jahrzehnten waren die Südstaaten gewohnt, der Union einen Präsidenten aus ihrer Mitte zu geben, alle bedeutenden Ämter mit ihren Leuten zu besetzen, den Kongreß zu beherrschen. Diese amerikanischen Junker waren, wie einst die römischen Großen, im Besitze von ausgedehnten Ländereien, welche sie zum Anbau von Tabak und Baumwolle, von Mais und Reis, zu Kaffee- und Zuckerplantagen benutzten. Und damit die Ähnlichkeit mit den Römern vollkommen werde, wurden auch hier alle Dienste von Sklaven verrichtet. Zur Herrschaft geboren, im Reichtum aufwachsend, in überlieferter Staatskunst sich ausbildend, durch gesellschaftliche Talente glänzend, waren diese Südstaatenmänner ein Geschlecht voll Selbstgefühl und Anmaßung und hielten aufs festeste zusammen. Das Prinzip der Sklaverei hielten sie aufrecht, da sie erkannten, daß auf diesen 4 Millionen Sklaven, welche in ihrem Gebiete lebten, ihr Wohlstand und ihre Macht beruhte. Aber gerade deswegen, weil mit der Sklaverei dieses südliche Junkerregiment gesprengt werden sollte, kündigten die „Republikaner“ des Nordens, welche durch die dem Sklavenwesen abgeneigten europäischen Einwanderer an Zahl von Jahr zu Jahr verstärkt wurden, den Sklavenhaltern die Fehde an, suchten sie von Posten zu Posten zu verdrängen, im Kongreß die Mehrheit zu erhalten und mit der Präsidentenstelle das ganze Regierungssystem in ihre Hand zu bringen. Übrigens bildete nicht die Sklavenfrage die ursprüngliche Differenz, sondern die volkswirtschaftliche: der Norden huldigte dem Schutzoll-, der Süden dem Freihandelssystem. Erst nachdem der Norden, welchem infolge der massenhaften Einwanderung aus Europa und bei der Beschaffenheit



seiner Erwerbsverhältnisse die Arbeitskräfte der Neger nach und nach entbehrlich geworden waren, den größten Teil seiner Sklaven an den Süden verkauft hatte, gab jener die Frage der Abschaffung der Sklaverei als Lösung aus. Lange dauerten die Kämpfe; die Sklavenhalter trugen in denselben manchen Sieg davon. Sie setzten das berüchtigte Sklavenauslieferungsgesetz durch und widersezten sich der bedingungslosen Verleihung des amerikanischen Bürgerrechts an Einwanderer, da diese sich immer nur im Norden ansiedelten. Auch erhoben sie zum Beschluß, daß die sogenannten freien Territorien nach eigener Willkür Sklaven halten konnten und daß überhaupt die Sklavenfrage für eine innere, der Einmischung des Kongresses sich entziehende Angelegenheit der Bewohner der Territorien erklärt wurde. Dies veranlaßte eine Spaltung unter der demokratischen Partei, in Folge dessen es den Republikanern gelang, 1860 ihren Kandidaten Abraham Lincoln, einen Advokaten, auf den Präsidentenstuhl zu bringen.

Alle Folgen dieser Niederlage mit raschem Blicke übersehend, beschloßen die Sklavenhalter, sich von der Union loszusagen, womit sie schon längst gedroht hatten. Südkarolina sagte sich schon am 20. Dezbr. 1860 von der Union los; seinem Beispiele folgten 1861 die Staaten Nordkarolina, Mississippi, Florida, Alabama, Georgia, Louisiana, Texas, Virginia, Arkansas, worauf am 18. Febr. 1861 die abgefallenen Staaten sich als einen besonderen Bundesstaat unter dem Namen die „konföderierten Staaten von Amerika“ konstituierten, eine provisorische Verfassung verkündigten, deren Grundlage das Sklavensystem bildete, und den früheren Kriegsmiñister Jefferson Davis zu ihrem Präsidenten und Richmond in Virginien zur Bundeshauptstadt machten. Ihr Gebiet umfaßte  $5\frac{1}{2}$  Millionen Weiße und 4 Millionen Sklaven, während die Nordstaaten samt den Territorien  $22\frac{1}{2}$  Millionen Weiße und  $\frac{1}{2}$  Million Sklaven hatten. Im April 1861 nahm mit Wegnahme des Fort Sumter bei Charleston in Südkarolina der Krieg seinen Anfang. Denn dazu mußte es kommen, da die Nordstaaten, die Unauflösbarkeit der Union betonend, in dem Auseinanderreißen derselben in zwei Republiken eine Schwächerung ihrer Macht erblickten und daher diese Konföderation gerade so als Rebellion behandelten wie die Schweiz 1847 den Sonderbund. Doch so sehr auch der Zahlenunterschied zu Gunsten der Nordstaaten war, so waren diese doch in den ersten Kriegsjahren sehr im Nachteil. Der Norden unter-

schätzte die Macht des Gegners, zersplitterte die eigenen Streitkräfte in vielerlei kleinen Expeditionen, fand durch die Schuld der früheren demokratischen Präsidenten das ganze Heerwesen völlig vernachlässigt, die nördlichen Arsenalen fast aller Waffen und Geschütze beraubt, und war in zwei unverföhliche Parteien, Republikaner und Demokraten, gespalten, von denen die letzteren selbst den Verrat nicht scheuten. Dagegen hatten die Konföderierten eine reiche Kriegsrüstung, vereinigten ihre Kräfte zu Hauptschlügen, verfügten mit diktatorischer Gewalt über alles öffentliche und Privateigentum und hatten das Glück, von Anfang an gute Generale, wie Lee und Jackson, zu besitzen. Von Parteiwesen war bei ihnen kaum eine Rede; es war ein festgeschlossener Bund. Nur massenhafte Sklavenaufstände hätten ihnen gleich anfangs Gefahren bereiten können. Durch schrankenlosen Terrorismus wurden die Sklaven von ihren Herren in Unterwürfigkeit erhalten. Von den europäischen Kabinetten hatten die Südstaaten das französische und englische für sich, da diese in der Schwächung der Union ihren Vorteil fanden, England zur See, Napoleon in Mexiko; es fehlte nicht an Konflikten zwischen ihnen und der Union, und nur der klugen Mäßigung des Präsidenten Lincoln ist es zuzuschreiben, daß die Union nicht zugleich in Kämpfe mit europäischen Staaten verwickelt wurde.

Die bedeutendsten Schlachten fanden in Maryland und Virginien statt, und hier mußte die Entscheidung fallen. Die südstaatlichen Generale Beauregard, Lee und Jackson erfochten die Siege bei Bull-Run 1861, bei Fredericksburg 1862 und bei Chancellorsville 1863. Auf Seiten der Union lösten sich die Generale Mac Clellan, Burnside, Hooker ab, und erst Meade gelang es, bei Gettysburg 1863 einen Sieg über Lee zu erkämpfen. Der ganze Kriegsplan wurde ein anderer, als Grant den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte des Nordens erhielt, mit der Potomac-Armee gegen Richmond vorrückte und den General Sherman in die Uferstaaten des Golfs von Mexiko schickte, damit er durch Zerstörung der dortigen militärischen Anstalten und Magazine dem Süden seine Hilfsquellen entziehe, von Georgia und Südkarolina aus wieder gegen Norden sich wende und in Verbindung mit Grant die zusammenschmelzende Armee der Konföderierten erdrücke. Sherman führte seinen Auftrag meisterhaft aus, Grant siegte am

1. April 1865 in der Schlacht bei Petersburg über Lee, am 2. April zogen die Unionstruppen in Petersburg, am 3. in Richmond ein, am 9. April ergab sich General Lee, am 17. der Rest der konföderierten Armee unter General Johnson. Im Mai 1865 konnte der Krieg nach einer vierjährigen Dauer als beendet angesehen werden. Kaum in irgend einem andern Kriege waren dem Schlachtengotte solche Hekatomben geweiht worden. Über eine halbe Million Menschen, 325 000 Mann Unionstruppen und 200 000 Konföderierte, hatte der Bürgerkrieg gekostet. Die Schuldenlast der Union war um 3 Milliarden Dollar vermehrt; aber ihre Stellung war von da an fester als je.

Es lag nun in der Hand des Nordens, die Friedensbedingungen vorzuschreiben. Sie waren zum Teil schon seit ein paar Jahren diktiert. Denn am Neujahrstag 1863 verkündigte der Präsident Lincoln die Befreiung sämtlicher Sklaven in den konföderierten Staaten, um diesen im Innern ihres eigenen Hauses einen Schlag zu versetzen. Derselbe hatte aber nicht die beabsichtigte Wirkung. Selbst die Organisation von Neger-Regimentern stieß auf Schwierigkeiten. Die Unionstruppen verschmähten die Waffenbrüderschaft mit ihnen. Als aber bei der längeren Dauer des Krieges die Begeisterung erlahmte und bei den mörderischen Schlachten kräftige Arme seltener wurden, die Werbegelder über 600 Dollar betrugten, ließ man sich die schwarzen Kameraden eher gefallen, und man zählte 1865 über 100 000 derselben. Für die Sklavereifrage war die Wahl des Präsidenten, welche auf den 8. November 1864 festgesetzt war, sehr wichtig. Siegte der Kandidat der demokratischen Partei, General Mac Clellan, so durfte man sich auf einen faulen Frieden gefaßt machen; siegten die Republikaner, welche die Wiedererwahlung Lincolns betrieben, so war von einem Frieden mit den Rebellen keine Rede, außer nach vollständiger Unterwerfung und gegen Freilassung der Sklaven. Lincoln ging als Sieger aus der Urne hervor und setzte nach Niederwerfung des Südens alles daran, sein politisch-soziales Programm auszuführen, ohne durch übermäßige Strenge die Besiegten zurückzustoßen. Da raffte sich die Rebellion zu einer verzweifeltsten That auf. Lincoln und alle hervorragenden Staatsmänner sollten an einem Tage ermordet und in der Verwirrung des Augenblicks katilinarische Theorien ins Werk gesetzt werden. Der Streich mißlang nur teilweise; Grant und andere

wurden in ihren Wohnungen nicht angetroffen; der Staatssekretär Seward wurde gefährlich, jedoch nicht tödlich verwundet; Lincoln aber wurde im Theater zu Washington von dem Schauspieler Wilkes Booth am 14. April 1865 durch einen Schuß in den Hinterkopf verwundet, infolgedessen er am folgenden Morgen starb. Der Mörder wurde bald darauf entdeckt und nach hartnäckigem Kampfe halbtot gefangen. Viele Mitverschworene wurden verhaftet, einige gehängt; die Fäden der Verschwörung schienen bis zum Gegenpräsidenten Jefferson Davis, welcher nach seiner Flucht aus Richmond gefangen worden war, hinaufzureichen. Dies verlängerte seine Gefangenschaft. Die öffentliche Meinung forderte seine Hinrichtung; aber die Leiter der Unionsregierung wollten ihn nicht wie einen gewöhnlichen Verbrecher behandeln, vertagten seinen Prozeß und ließen ihn frei unter der Bedingung, daß er sich jederzeit auf geschehene Aufforderung vor Gericht zu stellen habe.

An Lincolns Stelle übernahm, wie es die Verfassung vorschreibt, der Vizepräsident, Andrew Johnson, welcher zuerst Schneidermeister, dann Gouverneur von Tennessee gewesen war, die Stelle des Präsidenten. Er schien zuerst in der Bahn seines Vorgängers wandeln zu wollen und mit politischer Unerbittlichkeit individuelle Nachsicht zu verbinden. Eine ausgedehnte Amnestie gewährte die Rückkehr in die Union. Wer davon ausgeschlossen war, erhielt Begnadigung, sobald er darum einkam und die Gesetze der Union anerkannte. Bald aber kam Johnson wegen der Frage über die Rekonstruktion der Südstaaten, wobei es sich hauptsächlich um die Vertretung derselben im Kongreß und um die politische Stellung der Sklaven handelte, in einen tiefen Konflikt mit dem Kongreß. Dieser hatte am 3. Januar 1865 die Aufhebung der Sklaverei in der ganzen Union beschlossen, worauf die republikanische Partei sofortige Gleichstellung der Neger mit den Weißen in sämtlichen politischen Rechten, auch in der Befähigung zu allen Ämtern und im Besitz des aktiven und passiven Wahlrechts verlangte. Diejenigen elf Staaten, welche diese Forderungen verwarfen, wurden durch den Beschluß vom 16. März 1866 von der Vertretung im Kongreß ausgeschlossen, unter die Diktatur der Militärgouverneure und einer besonderen Unionsverwaltung gestellt und allen Bewohnern der Union, ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe und ihren bisherigen Sklavenstand, volles Bürgerrecht verliehen. Präsident Johnson

legte gegen diesen Beschluß sein Veto ein, wurde wegen Hochverrats und Verfassungsbruchs in Anklagestand versetzt, aber freigesprochen und blieb bis zum 4. März 1869 im Amt. Erst 1869 und 1870 wurden sämtliche Rebellenstaaten, nachdem sie die ihnen gestellten Forderungen erfüllt hatten, als vollberechtigte in die Union wieder aufgenommen.

General Grant, der Besieger der Konföderierten, hatte zweimal, vom 4. März 1869 bis 4. März 1877, die Präsidentschaft inne und zog sich durch seine Leitung der inneren Politik große Bismirke zu. Unter ihm kam jenes Korruptionssystem auf, bei welchem die Günstlinge des Präsidenten die einträglichsten Stellen und die günstigsten Zugeständnisse erhielten. Infolgedessen bildete sich die Partei der Reformrepublikaner, welche sich einer dritten Wahl Grants widersetzen und 1876 die Wahl des Gouverneurs von Ohio, Hayes, durchsetzten. Dieser bezeichnete selbst als das Ziel seiner Politik die Reform des Zivildienstes, in welchem die Erneuerung zu einem Amt nur als Auszeichnung für Tüchtigkeit angesehen werden sollte, und übertrug das Ministerium des Innern dem Senator Karl Schurz, dem Befreier Kinkels. Sein Nachfolger in der Präsidentschaft war 1881 Garfield, Senator von Ohio. Dieser, welcher die Reformpolitik fortsetzte, wurde am 2. Juli durch den Korruptionisten Guiteau in Washington tödlich verwundet und starb am 19. September 1881. Der Attentäter wurde durch den Strang hingerichtet. Vizepräsident Arthur übernahm die Präsidentschaft. Durch die bei der Wahl von 1884 unter den Republikanern entstandene Spaltung gelang es den Demokraten, ihrem Kandidaten Cleveland, Gouverneur von New-York, den Sieg zu verschaffen, welcher die Überschüsse in den Einnahmen zur Herabsetzung der Zölle zu verwenden und die Arbeiterverhältnisse durch die Gesetzgebung zu regeln suchte. Bei der Präsidentenwahl von 1888 siegte die republikanische Partei. Ihr Kandidat Harrison wurde gewählt und trat am 4. März 1889 sein Amt an. Das Verbot der Chineseneinwanderung und der Vielweiberei, das Gesetz über die Nachfolge in der Präsidentschaft und der Konflikt mit Kanada in der Fischereifrage sind aus den letzten Jahren hauptsächlich zu erwähnen.

Während die Union infolge des Bürgerkriegs an tausend Wunden blutete und ihr Einfluß nach außen gelähmt war, wurde

im Nachbarstaat ein echt napoleonisches Stück aufgeführt. In so manchen Dingen war der „große Dheim“ bisher nachgeahmt worden; nur eins fehlte noch: es war zwar mancher Thron durch die napoleonischen „Ideen“ zertrümmert, aber noch keiner errichtet, und diesen Erfolg wollte sich Napoleon III., nach seinem Mißerfolg in Italien, doch nicht ganz versagen. Sehr gelegen kam ihm daher die Aufforderung Spaniens, sich an einer Intervention in Mexiko zu beteiligen. Auch England wurde ins Interesse gezogen, und so kam die Konvention von London vom 31. Oktober 1861 zustande, welche zur Wahrung der verletzten europäischen Interessen militärische Maßregeln ankündigte, aber Pläne einer Wegnahme von Ländereien oder Einmischung in die Regierungsform von sich wies. Das Kabinett von Washington lehnte die Teilnahme an der Konvention ab. Allerdings hatte Benito Juarez, seit Juni 1861 Präsident der Republik Mexiko, ein Advokat von indianischer Rasse, sich manche Rechtsverletzungen gegen Europäer erlaubt, sie zum Kriegsdienst ausgehoben, ihre Konsuln verhaftet, alle Zahlungen an das Ausland auf zwei Jahre eingestellt und die Zwangsanleihen auf die Fremden ausgedehnt. Dabei stützte er sich auf die Partei der Liberalen und Radikalen und hatte wegen Veräußerung der Kirchengüter die katholische Geistlichkeit und die Konservativen gegen sich. Er gab auch nicht nach, als eine Flotte der drei europäischen Mächte vor der Hafenstadt Veracruz erschien und diese und andere Städte besetzte. Unter Vermittlung des spanischen Generals Prim wurde mit Juarez die Konvention von Soledad (19. Februar 1862) abgeschlossen, wonach die Unabhängigkeit der mexikanischen Republik unangetastet bleiben und Konferenzen in Orizaba eröffnet werden sollten, um die streitigen Ansprüche auszugleichen.

Als aber bald darauf der von Juarez verbannte mexikanische General Almonte, der Vertrauensmann Napoleons, in dem Lager der Verbündeten eintraf, seine Auslieferung dem Präsidenten Juarez verweigert wurde und die Pläne Napoleons, welcher bereits mit Erzherzog Maximilian unterhandelte, sich immer mehr enthüllten, trat die Verschiedenheit der Ansichten und Absichten der Verbündeten aufs entschiedenste hervor. Die Konferenz von Orizaba löste sich auf, die englischen und spanischen Truppen schifften sich im April ein, die Londoner Konvention war thatsächlich aufgehoben.

So blieben die Franzosen allein zurück. Napoleon, auf den Sieg der konföderierten Staaten in Nordamerika sicher rechnend, glaubte, auch allein das Spiel zu gewinnen. Freilich mit den 5000 Mann, welche General Lorencez aus Frankreich nachführte, so daß jetzt 8000 Mann in Mexiko standen, war in einem Lande von so ungeheurer Ausdehnung wenig geholfen. Und was Almonte dem Kaiser vorgeschwätzt hatte, daß die Bevölkerung in Masse sich gegen Juárez erheben und an die Franzosen als ihre Befreier sich anschließen werde, erwies sich als das Produkt einer ultramontanen Phantasie. Das Volk beeilte sich mit seiner Teilnahme an der kaiserlichen Politik um so weniger, je sicherer verlautete, daß Napoleon und Almonte in ihren Verhandlungen ausgemacht hatten, die Republik in eine Monarchie zu verwandeln. Wollte Napoleon seinen Willen durchsetzen, so mußte er weit mehr Geld und Truppen aufwenden. Lorencez führte, nach einem vergeblichen Sturm auf Puebla, seine Truppen nach Orizaba und wartete dort die Ankunft eines größeren Heeres unter General Forey ab. Dieser übernahm den Oberbefehl über die nun etwa 45000 Mann starke Armee, rückte gegen das von General Ortega mutig verteidigte Puebla an und eroberte es nach dreimonatlicher Belagerung am 17. Mai 1863. Gegen 12000 Mann mußten sich mit Ortega ergeben. Nun konnte sich Juárez in der Hauptstadt Mexiko nicht mehr halten und zog sich nördlich nach San Luis Potosí zurück. Am 10. Juni hielt Forey mit Almonte an der Spitze von 15000 Mann seinen Einzug in Mexiko und berief dahin eine Notabelnversammlung, welche, nur aus Gegnern des Präsidenten Juárez bestehend, am 12. Juli den Beschluß faßte, eine konstitutionelle Erbmonarchie einzuführen und dem Erzherzog Ferdinand Maximilian von Osterreich, mit welchem sich Napoleon bereits verständigt hatte, die Kaiserkrone von Mexiko anzutragen. Eine Gesandtschaft eilte über den Ozean nach dem Schloß Miramare am Adriatischen Meer und teilte dem Erzherzog den Beschluß mit. Dieser war bereit, die Krone anzunehmen, sobald die ganze Nation durch freie Abstimmung sich dafür ausspreche. Auf die Nachricht, daß 2000 Gemeinden, die große Mehrheit des Volkes, für seine Berufung gestimmt hätten (auf die Leitung solcher Abstimmungen verstehen sich die Franzosen bekanntlich sehr gut), schiffte er sich mit seiner Gemahlin Marie Charlotte, einer Tochter des belgischen Königs Leopold I., ein und hielt am

12. Juni 1864 seinen Einzug in Mexiko. Zuvor hatte er mit Napoleon den Vertrag von Miramare geschlossen, wonach dieser sich verpflichtete, 25 000 Mann in Mexiko zu lassen und sie erst dann zurückzuziehen, wenn Maximilian aus Fremden und Einheimischen eine Armee organisiert hätte. Dagegen hatte der neue Kaiser versprochen, die Kosten der französischen Expedition mit 270 Millionen Frank in bestimmten Raten zu bezahlen und vom 1. Juli 1864 an die französische Armee ganz aus den Mitteln der mexikanischen Staatskasse zu unterhalten, und hatte noch andere die damaligen Kräfte Mexikos weit übersteigende pekuniäre Verpflichtungen übernommen. Es war einer jener Verträge, die geschlossen wurden, um nicht gehalten zu werden.

Niemand hatte Maximilian für so kurzichtig gehalten, daß er nicht wissen sollte, daß diese Krone im Sommer 1864 eigentlich bereits eine Unmöglichkeit war. Denn die Vernichtung der konföderierten Staaten war damals so viel als entschieden, und sobald sich die Union wieder zu ihrer alten Stärke emporhob, galt sicherlich einer ihrer ersten Schläge der Zertrümmerung dieses mexikanischen Kaiserthrones. Denn diesen Faustschlag, welchen Napoleon der „Montroe-Doktrin“ vom Jahr 1823 versetzt hatte, ließ Nordamerika nicht auf sich sitzen. Nach dieser Doktrin sollte keine europäische Macht sich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten amerikanischer Staaten erlauben. Und nun ging die Einmischung vollends bis zur Errichtung eines Thrones hart an der Grenze der Union. Diejenigen hatten recht, welche schon damals behaupteten, daß dieser Thron gerade so lange bestehen werde, als der amerikanische Bürgerkrieg, und daß das Siegesgeläute der Union das Grabgeläute des mexikanischen Kaiserthrones sein werde. Juarez war zwar von dem französischen General Bazaine, der dem zum Marschall ernannten Forey im Kommando gefolgt war, zur Flucht nach Texas gezwungen worden. Aber nach den Siegen der Union kam er wieder, von dieser als Präsident anerkannt und mit Geld und Waffen unterstützt; der Norden von Mexiko blieb seinem Präsidenten treu, der auch im Süden noch viele Anhänger hatte. Die Lage Maximilians wurde immer schwieriger. Hatte sich dieser zuerst auf die gemäßigt liberale Partei gestützt und sich darüber mit den Mexikalern und dem Papste, welcher durch seinen Nuntius Meglia unbedingte Unterwerfung unter den Willen der Kurie verlangte, zerworfen, so schloß



er sich später, da er von jenen verlassen wurde, an die Klerikalen an, konnte sie aber nie ganz für sich gewinnen, da die Zurückgabe der verkauften Kirchengüter, welche von ihnen gefordert wurde, nicht mehr durchzuführen war. Seine Lage wurde noch verschlechtert, als er die Dekrete vom 2. und 3. Oktober 1865 erließ, worin Juárez und seine Anhänger als Räuberbanden in die Acht erklärt, den Mitgliedern der Guerillabanden im Falle ihrer Gefangennahme sofortige Erschießung und denen, von welchen sie unterstützt würden, schwere Strafen angekündigt wurden, und als wirklich zwei republikanische Anführer, Artaga und Salazar, als „Banditen“ erschossen wurden. Das Schlimmste kam von Washington und von Paris. Die Regierung der Union gab Napoleon zu verstehen, daß er keine andere Wahl habe, als seine Truppen aus Mexiko zurückzurufen oder mit Nordamerika Krieg zu führen. Napoleon hatte sich in seinen Berechnungen über die amerikanischen Verhältnisse getäuscht und sah immer klarer, wie verhaßt die kostspielige mexikanische Expedition in ganz Frankreich sei; daher fürchtete er für seinen eigenen Thron und überließ lieber Maximilian seinem Schicksal, als daß er um seinetwillen einen so gewagten Krieg anfing, zumal da in Deutschland der Krieg zwischen Preußen und Oestreich auszubrechen drohte. Er drang Maximilian einen neuen Vertrag (30. Juli 1866) auf, wonach dieser den größten Teil der Zolleinkünfte an die Franzosen abtreten mußte, des Schutzes ihrer Truppen in kurzer Frist beraubt wurde und den tief gegen Süden vorgehenden republikanischen Truppen fast hilflos preisgegeben wurde. Da eilte die Kaiserin Charlotte aus Mexiko nach Paris und erinnerte Napoleon an den Vertrag von Miramare. Aber er blieb unerbitterlich; denn die Amerikaner wurden mit ihrem „Entweder — oder“ immer zudringlicher. Verzweifeln eilte Charlotte nach Rom und Miramare, dem Wahnsinn verfallen. Anstatt unter solchen Umständen abzutanken und nach Europa zurückzukehren, ließ sich Maximilian von den Ultramontanen, denen er sich ganz in die Arme geworfen hatte, einreden, daß sie ihm eine nationale Armee und die nötigen Geldmittel verschaffen würden, was eine Unmöglichkeit war.

## Vierter Zeitraum.

1864—1866.

Das Ringen Preußens um die Hegemonie in Deutschland.

§ 21.

Schleswig-Holstein.

Noch bevor sich diese amerikanischen Verhältnisse ganz abgewickelt hatten, traten in Europa sehr bedeutende Ereignisse in den Vordergrund der Geschichte. Der Drang Deutschlands nach einem Bundesstaat, nach politischer Geltung, nach einer den äußeren und inneren Hilfsmitteln entsprechenden Machtentfaltung war durch die Reaktion von 1849 und 1850 nicht unterdrückt worden. War die damalige Bewegung hauptsächlich daran gescheitert, daß man in aller Behaglichkeit die Fresko der Freiheit ausmalte, ehe der Bau der Einheit hergestellt war, so wurde jetzt das entgegengesetzte Prinzip befolgt, die Einheit mit Kanonen erzwungen, auch auf die Gefahr hin, daß einige Volkstribunen über Beeinträchtigung der Freiheit sich beklagen würden. Und wiederum waren es, wie am Schluß jener Bewegung, die zwei deutschen Großmächte, welche als Kämpfer in die Arena traten. Die Vorherrschaft Oesterreichs in Deutschland war aufs ernstlichste bedroht; das mit Rom abgeschlossene Konfödat hatte es auf eine Linie mit Spanien und der Türkei herabgedrückt.

Schon nach dem Frieden von Villafranca hoffte man, daß in Osterreich eine totale Umänderung des Systems eintreten werde. Denn was bei Solferino geschlagen war, das waren denn doch weit weniger die tapferen Soldaten des Kaiserreichs, als jenes theokratisch-absolutistische System, das drei Jahrhunderte nach der Reformation ein unseliger Anachronismus war. Somit mußte man nach Solferino jene altväterische Regierungsweise beseitigen; wo nicht, so wurde man eben wieder geschlagen. Nur wenn hierin ein vollständig neuer Boden geschaffen wurde, konnte Osterreich ge-

holfen werden; so nützlich auch andere Maßregeln sein mochten, von Entscheidung waren sie nicht.

Die Zerrüttung der Finanzen und der nicht endende Streit mit Ungarn erheischten freilich einige Reformen. Der schwache Anfang hiezu war die Berufung des „verstärkten Reichsrates“ 1860, ohne dessen Zustimmung weder neue Steuern eingeführt, noch die bestehenden erhöht, noch Anlehen aufgenommen werden durften. Da aber in diesem Rat Adel und Geistlichkeit eine überwiegende Stimme hatten, so war die Nation nicht zufriedengestellt. Daher veröffentlichte die Regierung am 20. Oktober 1860 das sogenannte „Oktoberdiplom“, welches den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern eine neue Verfassung und den übrigen Ländern besondere Landtage gab, in welchen wiederum die Feudalstände das Übergewicht hatten; die gemeinsamen Reichsinteressen sollten von einem gemeinsamen Reichsrat beraten werden. Niemand außer den Rittern der Vorzeit war von einem solchen Diplom entzückt: die Ungarn sehnten sich nach ihrer alten Verfassung von 1848, nach Dualismus und Personalunion; von den übrigen Volksstämmen wünschten die einen vollständige Selbstregierung, die andern eine förmliche Volksvertretung und eine engere Zentralisation. Die allgemeine Unzufriedenheit veranlaßte eine neue Schwenkung. Der Kaiser ernannte den Ritter von Schmerling zum Staatsminister, und nun versuchte man es wieder mit der Zentralisation. Am 26. Februar 1861 erfolgte das sogenannte „Februarpatent“, welches neben dem allgemeinen oder weiteren Reichsrat noch einen engeren schuf. In letzterem sollten die gemeinschaftlichen Interessen der deutsch-slawischen Länder beraten werden, in jenem, das zu einem vollständigen, aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus bestehenden Parlament erweitert wurde, die Angelegenheiten des Gesamtreiches, daher auch der ungarische Landtag seine Vertreter dahin senden sollte. Wenn dieser aber den Beitritt verweigerte, was dann? Er verweigerte ihn nicht nur und protestierte gegen die Gültigkeit der Beschlüsse des Reichsrats in ungarischen Angelegenheiten, sondern forderte auch als erste Bedingung seiner Mitwirkung zum Verfassungsverk die Anerkennung der Gesetze von 1848. Diese Forderung wurde in Wien abgelehnt und die Erklärung gegeben, daß die von den Ungarn verlangte „Rechtskontinuität“ durch die Revolution verwirkt, daß in einem neu eroberten Lande auch ein neues Recht einzuführen sei.

Der ungarische Landtag wurde aufgelöst und Ritter von Schmerling sagte: „Wir können warten.“

Der Zwiespalt mit Ungarn blieb; man kam hier keinen Schritt weiter; von Anerkennung der Februarverfassung und Beschickung des Reichsrats war von seiten Ungarns keine Rede. Und selbst in der westlichen Hälfte erhob sich ein Widerspruch gegen den Reichsrat, da die Tschechen in Böhmen und Mähren, welche separatistische Tendenzen hegten, das Übergewicht des deutschen Elements in demselben unbequem fanden. Die siebenbürgischen Abgeordneten traten erst im Oktober 1863 in den weiteren Reichsrat ein. Die Finanzvorlagen des Jahres 1865 ließen in einen tiefen Abgrund blicken. Um so entschiedener drang das Abgeordnetenhaus auf Ersparnisse und zwar da, wo die Hofkreise am empfindlichsten waren, im Etat des Militärs und der Marine. Dies wurde von der altabeligen Partei, wozu namentlich Graf Moriz Esterhazy gehörte, benutzt, um die Februarverfassung samt Schmerling zu beseitigen und die Herstellung eines Ausgleichs mit den Ungarn zu versuchen. Der Kaiser machte Anfang Juni 1865 eine Reise nach Pest, wurde glänzend empfangen, verkehrte mit den hervorragenden Männern, wie mit Franz Deak, verabschiedete den ungarischen Hofkanzler Graf Zichy und berief an dessen Stelle den in Ungarn beliebten Grafen Mailath. Das Ministerium Schmerling gab seine Entlassung ein, und nach vierwöchiger Krisis hatte man ein „Drei-Grafen-Ministerium“, in welchem Graf Belcredi Staatsminister war, Graf Larisch die Finanzen, Graf Mensdorff-Pouilly (übrigens schon seit dem 21. Oktober 1864) die auswärtigen Angelegenheiten verwaltete. Die neuen Zielpunkte traten bald an den Tag. Die Länder der Stephanskronen: Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, u. s. w. sollten wieder ein Ganzes ausmachen, der weitere Reichsrat mußte wegfallen, der engere konnte bleiben und das Band für die deutsch-slawischen Provinzen bilden. Aber auch dieser blieb nicht. Durch das Patent vom 20. Sept. 1865 wurde die ganze Februarverfassung, engerer und weiterer Reichsrat suspendiert, die Landtage sämtlicher Kronländer einberufen und das Versprechen gegeben, die Ergebnisse des ungarischen Ausgleichs ihnen vorzulegen. Mit diesem neuen Staatsstreich war man hinsichtlich der Reichsangelegenheiten wieder beim alten Absolutismus angekommen. Von allen deutschen Landtagen wurde daher gegen die „Siftierung“ der

Verfassung protestiert und der Kaiser um ihre Wiederherstellung gebeten. Nur die Tschechen und die Polen jubelten und sprachen von selbständigen Königreichen. Graf Belcredi war unstaatsmännisch genug, solche slavische Sonderbünde zu begünstigen und den „historisch-politischen Individualitäten“ das Wort zu reden. Wenn aber er und Mailath meinten, daß die Ungarn durch das Septemberpatent zufriedengestellt werden könnten, so täuschten sie sich. Die Ungarn wollten entweder alles oder nichts. Sie bestanden auf vollständiger Selbständigkeit, auf ihren Gesetzen von 1848, auf Einsetzung eines besonderen ungarischen Ministeriums, und wollten höchstens das Auswärtige, das Kriegs- und Finanzwesen als das mit der Regierung der übrigen Länder Gemeinsame, in diesen Departements also Reichsministerien gelten lassen, und verlangten, daß die seit 1849 abgetrennten Länder Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien und die Militärgrenze mit dem Königreich Ungarn politisch wieder vereinigt würden. Zu einer solchen Teilung seiner Gewalt konnte sich das Wiener Kabinett im Jahre 1865 nicht verstehen. Möglich, daß die Ereignisse des folgenden Jahres dasselbe willfähriger machten.

Anderer Art waren die Verhältnisse in Preußen, wenn gleich es auch hier an Konflikten zwischen Regierung und Volk nicht fehlte. Zwar wurde die Verfassung nicht „siftiert“, aber sie zeigte eine bedenkliche, für die Regierung nicht gerade unangenehme Lücke. König Wilhelm I. schenkte von seinem Regierungsantritt an seine Hauptaufmerksamkeit dem Militärwesen. Soldat durch und durch, setzte er die Macht und den Stolz Preußens in ein schlagfertiges Heer. Er wollte nicht wie sein Bruder ein Dmütz erleben, trachtete vielmehr seit Beginn seiner Regierung darnach, diese Schmach zu tilgen und für Preußen diejenige Stellung in Deutschland zu erringen, welche demselben, wenn die realen Machtverhältnisse in die Waagschale gelegt wurden, von Rechts wegen gebührten. Da ihm aber zu einer raschen Mobilmachung das frühe Einberufen der Landwehr nicht zweckmäßig zu sein schien, so wünschte er das Militärgesetz in der Richtung zu verändern, daß die Friedensstärke erhöht, also mehr Mannschaft zur Fahne einberufen, der Dienst in der Reserve verlängert, der in der Landwehr verkürzt wurde. Demnach sollte die Friedensstärke von 150 000 auf 213 000 erhöht werden, die Dienstpflicht in der Linie 3, in der Reserve 4, in der Landwehr 9, die Gesamt-

dienstplicht also 16 Jahre dauern, während sie bisher 19 gedauert hatte. Die Aufbietung der Linie und der Reserve mochte also in vielen Fällen genügen, die Landwehr geschont und für den Dienst in der Heimat verwendet werden können. Dieser Reorganisationsplan war das eigenste Werk des Prinzregenten Wilhelm, wobei er hauptsächlich von dem Kriegsminister v. Roon unterstützt wurde, erwies sich in den nächsten Kriegen als vorzüglich, kostete aber natürlich mehr Geld. Das Abgeordnetenhaus, die nationalen Ziele dieser Reorganisation nicht erkennend, war nicht zu bewegen, die Mittel hierfür zu bewilligen. Vertagungen und Auflösungen erfolgten, das liberale Ministerium wurde am 17. März 1862 entlassen, das konservative Ministerium Hohenlohe zog sich am 23. Sept. 1862 zurück, und an diesem Tage übernahm Herr von Bismarck-Schönhausen den interimistischen Vorsitz im Staatsministerium, am 8. Okt. definitiv das Auswärtige und die Ministerpräsidentenschaft. Dies war der Mann, wie ihn König Wilhelm für seine Pläne brauchte. In seinem 47. Lebensjahre stehend, ausgezeichnet durch Schärfe des politischen Urteils, durch einen unbeugsamen Willen, durch glühende Begeisterung für Preußens und Deutschlands Größe, hatte er bereits eine wechselvolle Laufbahn hinter sich, hatte auf verschiedenen Posten reiche Erfahrungen gesammelt, die geheimen Pläne und Motive der Kabinette durchschaut, die maßgebenden Persönlichkeiten kennen gelernt, die reale Macht der auswärtigen Staaten von ihrer eingebildeten zu unterscheiden verstanden, und galt schon 1860 denen, die ihn genau kannten, als ein Staatsmann ersten Rangs, welcher die Einheit Deutschlands zustande bringen werde, wenn auch auf eine Weise, an welcher viele Anstoß nehmen würden. Auf dem „Bereinigten Landtag“ 1847 war er Führer der äußersten Rechten, zeigte sich als entschiedenen Feind der Nationalversammlung und Reichsverfassung und nannte 1849 den Kampf in Schleswig-Holstein „eine Revolution gegen den rechtmäßigen Landesherren, einen Streit um des Kaisers Bart, eine echte querelle allemande.“ Die Benennung „Junker“ ließ er sich gerne gefallen und rief seinen Gegnern zu: „Seien Sie versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkertums noch zu Ehren und Ansehen bringen.“ Als Bundestagsgesandter nach Frankfurt geschickt (1851), hatte er Gelegenheit, den Einfluß Oesterreichs auf die Mittel- und Kleinstaaten und die schiefe Stellung Preußens

kennen zu lernen. „Wie Schuppen fiel es mir von den Augen,“ äußerte er selbst und trat nun als offener und geheimer Gegner Osterreichs auf, nachdem er bisher sich in Lobeserhebungen über diesen Staat ergossen hatte. Um durch Bismarcks Sympathien für die Sache Italiens nicht bloßgestellt zu werden, versetzte ihn der König zu Anfang des Jahres 1859 als Gesandten nach Petersburg. Im Frühjahr 1862 übernahm er, nachdem seine Berufung in das Ministerium an der Abneigung des Königs gegen ein etwaiges kriegsgerisches Vorgehen in der deutschen Politik gescheitert war, den Gesandtschaftsposten in Paris. Seine politische Überzeugung stand felsenfest dahin, daß Preußen die damaligen Bundeseinrichtungen als eine drückende Fessel anzusehen habe, daß es sich derselben so bald als möglich entledigen müsse, und daß eine Auflösung des Bundes für Preußen günstigere Folgen haben würde als ein Fortbestehen desselben in seiner jetzigen Gestalt, woraus nur Osterreich und die Mittelstaaten, welche die realen Machtverhältnisse gar nicht in Berechnung zögen, auf Kosten Preußens Vorteile sich verschafften und eine mit ihren wirklichen Kräften in keinem richtigen Verhältnis stehende hohe Stellung sich aufbauten. Diesem Ziele steuerte er als Minister mit aller Energie entgegen. Allgemeines Aufsehen erregten die Worte, welche der neue Minister in der Budgetkommission äußerte: „Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — dies ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen, — sondern durch Blut und Eisen.“ Der Opposition des Abgeordnetenhauses, welches einseitig auf seinen parlamentarischen Rechten, namentlich seinem Budgetrecht bestand, hielt er sein, freilich noch etwas verschleiertes, nationales Programm entgegen. Von den liberalen Fraktionen nicht verstanden und abgewiesen, verzichtete er auf eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus und suchte eine Stütze bei seinen früheren Parteigenossen, der feudalen Partei, welche bereitwillig auf die Militärreform einging und ihm auch sonst in jeder Weise willfährig war. Da das Abgeordnetenhaus jedes Jahr die Gelder für die bereits eingeführte Reorganisation verweigerte und das vorgelegte Budget verwarf, das Herrenhaus aber dasselbe genehmigte, so erklärte Bismarck, daß ein solcher Zwiespalt zwischen

beiden Häusern nicht vorgesehen und bei dieser „Lücke in der Verfassung“ die Regierung berechtigt sei, den Staatshaushalt auch ohne Finanzgesetz zu führen. Auch die Verweigerung einer Anleihe beunruhigte ihn nicht; mit einer Offenheit, die nichts zu wünschen übrig ließ, sagte er, er werde in diesem Falle „die Mittel, welche er bedürfe, nehmen, wo er sie bekomme.“

Solchem Vorgehen entsprach die äußere Politik. In der deutschen Frage sollte energisch vorgegangen werden, die Unterordnung Preußens unter den Bund und das österreichische Präsidium sollte aufhören. Auf „moralische Eroberungen in Deutschland“ und auf dessen politische Sympathien wurde wenig Wert gelegt; ein starkes Kriegsheer war ein weit sichereres Mittel, Preußens Wünsche am Bunde durchzusetzen und seine Beziehungen zu den deutschen Bundesstaaten auf die wirklichen Machtverhältnisse zu gründen. In Unterredungen mit dem österreichischen Gesandten, Grafen Karolji, im Dezember 1862 erklärte sich Bismarck über Preußens Stellung zu Osterreich dahin: „Preußen wünsche bessere Beziehungen zu Osterreich. Letzteres habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkt einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen einzugehen. Dazu gehöre das Aufgeben der preußenfeindlichen Thätigkeit bei den deutschen Höfen und die gemeinsame Leitung des Bundes. Fragen von erheblicher Wichtigkeit könnten nur nach vorgängiger Vereinbarung zwischen beiden Großmächten vor den Bund gebracht, dürften aber nicht von Osterreich, trotz des Widerspruchs Preußens, einfach durch Majoritätsbeschlüsse entschieden werden. Eine Überschreitung der Kompetenz des Bundes durch Majoritätsbeschlüsse würde Preußen als einen Bruch der Bundesverträge betrachten und demgemäß verfahren. Osterreich solle sich nicht der Illusion hingeben, daß Preußen für alle Fälle in einem Kriege auf seiner Seite stehen werde. Osterreich würde überhaupt in seinem besten Interesse handeln, wenn es seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegte.“ Damit war Osterreich nicht einverstanden. Die dortigen Staatsmänner trauten Preußen nicht den Mut zu einem selbständigen Vorgehen zu und hofften, falls Preußen sich doch zu einem Kampf entschließen sollte, auf die Unterstützung ganz Deutschlands und auf eine gründliche Demütigung des emporstrebenden Rivalen. Nicht geschwächt, sondern verstärkt sollte Osterreichs Macht am deutschen Bunde werden. Zu



diesem Zwecke legte Franz Joseph auf der Fürstenversammlung zu Frankfurt am 16. August 1863 seinen Reformplan vor. Durch Bismarck über die Bedeutung desselben unterrichtet, nahm König Wilhelm an dem Kongreß keinen Teil und lehnte seinen Beitritt zu den Frankfurter Beschlüssen ab. Bismarck erklärte, daß die österreichischen Reformpläne weder der berechtigten Stellung der preussischen Monarchie, noch den Interessen des deutschen Volkes entsprächen, und unterzog in einem offiziellen Aktenstück vom 15. Sept. den österreichischen Verfassungsentwurf einer strengen Kritik, die eigenen Forderungen in ihrer ganzen Schärfe entgegenstellend. An diesem Widerstande Preußens mußte der ganze Plan scheitern. Der Bundestag, dessen Leitung Osterreich noch fester als bisher in seine Hand nehmen wollte, um dadurch Preußens Unterwerfung zu erzwingen, blieb in seiner alten Form bestehen und sollte sich nun gleich in seiner ganzen Zerfahrenheit zeigen.

Am 15. November 1863 starb König Friedrich VII. von Dänemark. Sein Nachfolger war der durch das Londoner Protokoll von 1852 oktroirierte Christian IX. Daß er im eigentlichen Dänemark König wurde, bestritt ihm niemand; ob aber in den Herzogtümern, war eine andere Frage. Weder die Stände derselben, noch der deutsche Bund hatten das Protokoll anerkannt, und wenn auch Christian von den Herzogtümern bereits Besitz genommen hatte, so hielten diese doch an dem Prinzen Friedrich von Augustenburg fest, welcher auch nicht säumte, gegen die Usurpation Christians zu protestieren und sich den Titel „Herzog von Schleswig-Holstein“ beizulegen. Und selbst diejenigen Staaten, welche das Protokoll unterzeichnet hatten, wie Osterreich und Preußen, unter den Mittelstaaten Hannover, Sachsen und Württemberg, waren nicht gehalten, dasselbe auszuführen, da Dänemark die daran geknüpften Bedingungen nicht erfüllte. Dieses hatte sich verpflichtet, die Provinzialverfassungen der Herzogtümer wiederherzustellen und Schleswig niemals dem eigentlichen Dänemark einzuverleiben. Aber am 30. März 1863 wurde von der eiderdänischen Partei, deren Losung „Dänemark bis zur Eider“ war, das sogenannte Märzpatent durchgesetzt, wonach Holstein, ohne Zustimmung der Stände, aus der Gesamtmonarchie zwar ausgeschieden wurde, aber an den für die Monarchie gemeinschaftlichen Ausgaben teilnehmen sollte, gegen welchen Beschluß auf Bismarcks Betreiben Preußen und Osterreich

am 15. April protestierten. Zugleich wurde der Reichsrat für Dänemark und Schleswig nach Kopenhagen berufen und eine für beide gemeinsame Verfassung vorgelegt und beraten, wodurch die Einverleibung Schlesiens förmlich ausgesprochen war. Der Entwurf wurde am 13. November vom Reichsrat angenommen, und am 15. starb König Friedrich. Der Protokollkönig hatte die Wahl, entweder diese Verfassung zu unterzeichnen und dadurch aufs neue Deutschland in Flammen zu setzen oder seine Unterschrift zu verweigern und sich seine Krone vom Kopenhagener Pöbel, der drohend seinen Palast umlagerte, wieder herunterreißen zu lassen. Das erstere hielt er für die kleinere Gefahr und unterzeichnete am 18. November. Dabei hoffte er auf die Hilfe Schwedens und Englands, welche alle ihre Diplomatie aufboten, um die Gefahr von Dänemark abzuwenden, über diplomatische Verwendung aber nicht hinausgingen.

Seit 1848 hatte man in Deutschland keine solche Aufregung gesehen wie im Winter von 1863 auf 1864. Auf den Antrag Preußens und Oesterreichs beschloß der Deutsche Bund am 7. Dezember 1863, die Exekution, somit die Besetzung der Herzogtümer Holstein und Lauenburg durch Bundesstruppen. Zugleich trafen aus Holstein von den Ständemitgliedern, der Ritterschaft, den Prälaten und der Universität Kiel Eingaben an den Bundestag ein, welche um Anerkennung und Einsetzung ihres „rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII.“ baten. Daß derselbe in einem Schreiben vom 2. Dezember 1863 den Kaiser Napoleon um Beistand gebeten hatte, sprach nicht günstig für ihn. Fast alle Beamten Holsteins hatten König Christian den Guldigungseid verweigert.

Die Ausführung der Exekution wurde Hannover und Sachsen übertragen, welche je 6000 Mann aufstellen und diese unter dem Oberbefehl des sächsischen Generalleutnants Hake in Holstein einmarschieren lassen sollten. Oesterreich und Preußen sollten je 5000 Mann als Reserven an der Grenze bereit halten und nötigenfalls mit größeren Truppenmassen eingreifen. Am 23. Dezember 1863 überschritten die Bundesstruppen die holsteinische Grenze und besetzten bis zum Ende des Monats das ganze Herzogtum bis Kiel und Rendsburg, nachdem die Dänen sich über die Eider in ihr festes Dänewerk zurückgezogen hatten. Gleich nach ihrem Abzug wurde in allen Gemeinden Herzog Friedrich proklamiert, und obgleich

die Zivilkommissäre des Bundes eine öffentliche Kundgebung verhindern wollten, so lange Friedrich nicht vom Bunde anerkannt war, so traten doch am 27. Dezember gegen 20 000 Holsteiner in Elmshorn unter freiem Himmel zu einer Landsgemeinde zusammen, erklärten Herzog Friedrich für ihren rechtmäßigen Landesherren und luden ihn ein, sich in ihre Mitte zu begeben. Derselbe kam, nachdem er bisher in Gotha seinen Sitz gehabt hatte, am 30. Dezember in Kiel an.

Es fragte sich nun, ob der Deutsche Bund Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm als Bundesfürsten bewaffnete Hilfe zur Eroberung Schlesiens leisten würde. Die Regierungen der Mittelstaaten, zum Teil von der Bevölkerung hierzu gedrängt, waren sehr geneigt dazu. Doch mußte das Augustenburgische Erbrecht noch einmal aufs gründlichste untersucht werden. Dasselbe war schon dadurch etwas zweifelhaft geworden, daß der Vater des Prinzen am 30. Dezember 1852 gegen Ausbezahlung von 2 250 000 Thalern seine Stammgüter an Dänemark überlassen und für sich und seine Familie sich verpflichtet hatte, dem Londoner Protokoll in keiner Weise entgegenzutreten zu wollen, ohne daß seine beiden, schon damals majorennen, Söhne dagegen protestierten, was erst 7 Jahre später von seiten des Prinzen Friedrich geschah. Bis aber der bayrische Gesandte, von der Pforden, vom Bundestag zum Referenten bestellt, seine Arbeit auch nur zur Hälfte fertig hatte, hatten Osterreich und Preußen dem Bunde das Geft entwunden und in die eigene Hand genommen. Bei Schleswig stand die Sache anders als bei Holstein. Jenes gehörte nicht zum Deutschen Bund, hatte aber das Recht der Untrennbarkeit von Holstein und sollte durch das Londoner Protokoll vor einer Einverleibung in Dänemark geschützt sein. An diesen zwei staatsrechtlichen Gesichtspunkten festhaltend, glaubte Bismarck am sichersten sein nationales Ziel erreichen zu können. Nachdem er Osterreich für seine Pläne gewonnen hatte, stellten beide Mächte am 28. Dezember 1863 beim Bundestag den Antrag, daß derselbe die dänische Regierung auffordern solle, das Grundgesetz vom 18. November und den Beschluß über die Einverleibung Schlesiens aufzuheben. Da der Bundestag diesen Antrag am 14. Januar 1864 ablehnte, so erklärten die beiden Mächte am Bund, daß sie die „Geltendmachung der Rechte desselben in Bezug auf Schleswig nunmehr

in ihre eigenen Hände nehmen würden.“ Die beiden „Vormächte“ ließen am 16. Januar 1864 in Kopenhagen erklären, daß sie, wenn nicht innerhalb 48 Stunden die dänisch-schleswigsche Verfassung vom 18. November 1863 aufgehoben sei, die ihnen zu Gebot stehenden Mittel zur Sicherung Schleswigs in Anwendung bringen würden. Die eiderdänischen Führer glaubten, daß auch diesmal, wie im Jahre 1848, die auswärtigen Mächte Deutschland nicht erlauben würden, in eigenen Angelegenheiten Krieg zu führen, und zwangen daher den König, am 18. Januar eine abschlägige Antwort zu geben.

Schon standen die neuen Alliierten an der Grenze. Obgleich das preußische Abgeordnetenhaus, eine auswärtige politische Frage zu einer Frage der parlamentarischen Opposition machend, am 22. Jan. 1864 die Genehmigung der Kriegsanleihe von 12 Mill. Thaleru verweigerte und die entschiedenste Mißbilligung der Politik Bismarcks aussprach, ließ sich dieser doch in der Durchführung seiner Pläne nicht aufhalten. Gegen Ende Januars rückten die Truppen in Holstein ein. Die Preußen, welche 35,050 Mann und 110 Kanonen hatten, standen unter dem Prinzen Friedrich Karl, die Ostriecher mit 21323 Mann und 48 Kanonen unter dem Feldmarschall-Leutnant Freiherrn von Gablenz. Den Oberbefehl über sämtliche Truppen führte der 80jährige preußische Feldmarschall Wrangel; sein Generalstabschef war Generalleutnant Vogel v. Falkenstein; dem Hauptquartier des Oberkommandos war der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen beigegeben; der Feldzugsplan war vom Generalstabschef der preußischen Armee, General v. Moltke, entworfen. Die entscheidende Stimme in diesem Feldzug hatte somit Preußen. Den rechten Flügel der Armee bildete Friedrich Karl mit 24950 Mann und 96 Kanonen, das Zentrum Gablenz mit den Ostriechern, den linken Flügel eine preußische Gardebivision unter General von der Mülbe mit 10100 Mann und 14 Kanonen. In dieser Aufstellung rückten die Alliierten gegen das berühmte Dannerwerk vor, das man in Kopenhagen für uneinnehmbar hielt. Aber diese elf Meilen lange Verschanzungslinie erforderte zur Verteidigung zum mindesten eine Armee von 60 000 Mann, und der dänische Oberbefehlshaber de Meza hatte nur etwa 34 000. Die ganze dänische Armee hatte nicht über 54 000 Mann. Am 1. Februar gingen die Alliierten über die Eider, Friedrich Karl besetzte

Eckernförde, bestürmte unter dreistündiger Kanonade, wenn auch ohne Erfolg, am 2. die Schanzen von Missunde, schlug weiter abwärts bei Arnis eine Brücke über die Schlei, überschritt dieselbe und richtete seinen Marsch nach Flensburg, um dem Feinde den Rückzug abzuschneiden. Inzwischen schlugen sich die Östreicher, welche den Feind in der Front anzugreifen hatten, am 3. bei Jagel, Overfjell und am Königsberg und drangen bis zum eigentlichen Dannewerk vor. Als sie sich aber zum Sturm ansetzten, erfuhren sie, daß das Dannewerk geräumt und der Feind im vollen Rückzug nach den Düppeler Schanzen sei. Da nämlich General Meza einsah, daß er gegen die tüchtigen und überlegenen Truppen der Alliierten weder das Dannewerk halten, noch eine offene Feldschlacht wagen könne, so zog er sich, nach einem fast einstimmigen Beschlusse des Kriegsrats, um wenigstens die Armee dem Staate zu retten, in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar, nach der zweiten Verschanzungslinie, den Düppeler Höhen, zurück. Rasch folgten ihm die Alliierten. Bei Oversee holte die österreichische Vorhut den dänischen Nachtrab ein und schlug ihn in einem blutigen Gefecht zurück (6. Februar). Unaufhaltsam ging es auf der ganzen Linie der Alliierten vorwärts nach Norden. Prinz Friedrich Karl wandte sich gegen Düppel, Gablenz und Mülbe gegen Nordschleswig und Jütland. Der letztere besetzte am 19. Februar Kolding, eine jütische Grenzstadt. Mit Ausnahme der Inseln und der auf der Halbinsel Sundewitt liegenden Düppeler Verschanzungen war ganz Schleswig in der Gewalt der Alliierten. Die preussische Garde und die Östreicher trieben den Feind, nachdem er noch einmal bei Beile von Gablenz geworfen war, bis hinter den Bimfjord im Norden Jütlands zurück, wandten sich dann wieder südlich, und ein Teil der Garde zog nach Düppel, um an dem Sturm teilzunehmen; der Rest rückte mit den Östreichern vor die Festung Fredericia, welche von den Dänen am 29. April, zehn Tage nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen, in aller Stille geräumt wurde. General Meza wurde des Oberkommandos enthoben und General Gerlach zum Oberbefehlshaber der dänischen Feldarmee ernannt.

Die Düppeler Stellung erforderte, wenn man nicht gar zu viele Menschen opfern wollte, eine regelmäßige Belagerung. Dazu mußte erst aus Preußen schweres Geschütz herbeigeschafft werden. Nachdem alles zum Sturm gehörig vorbereitet war, erfolgte der-

selbe am 18. April 1864 unter der Leitung des Prinzen Friedrich Karl. Die Tapferkeit und Aufopferungsfähigkeit der Preußen überwand alle Schwierigkeiten, so hartnäckig auch die Verteidigung war. Um zwei Uhr nachmittags waren die Düppeler Schanzen erobert und ebendamit das Festland von Schleswig von seinen dänischen Bedrückern vollständig befreit. Die Preußen hatten an Toten und Verwundeten 71 Offiziere und 1130 Mann, die Dänen verloren 108 Offiziere, 2 Ärzte und 4706 Mann, darunter unverwundete Gefangene 56 Offiziere und 3549 Mann. Der Rest wurde über die Brücke von Sonderburg nach der Insel Als zurückgetrieben. König Wilhelm begab sich sofort selbst nach Schleswig, um den Truppen persönlich seinen Dank auszudrücken, und hielt am 21. April bei Gravenstein Heerschau über die Sturmkolonnen und die Division Göben; am 22. über die übrigen preussischen Truppen. Ein Teil der Sieger wandte sich nördlich, besetzte ganz Jütland bis zum Limfjord und legte zum Ersatz für die Blockade der deutschen Seehäfen und für die Wegnahme deutscher Handelsschiffe der Bevölkerung Jütlands eine entsprechende Kontribution auf. Auch zur See wurde gekämpft, wenn gleich gerade hier die Unterlassungssünden der deutschen Vormächte am meisten sich bemerklich machten. Die preussische Marine hatte am 17. März unter Kapitän Jachmann an der Ostseite von Rügen ein rühmliches Gefecht mit einer überlegenen dänischen Flottenabteilung, und am 9. Mai griffen die zwei österreichischen Fregatten „Schwarzenberg“ und „Radecki“ unter dem Commodore v. Legetthoff nebst drei preussischen Schiffen ein dänisches Geschwader bei Helgoland an, mußten sich aber, weil der „Schwarzenberg“ in Brand geriet, nach der Elbemündung zurückziehen, über welchen „glänzenden Sieg“ der dänischen Flotte das englische Parlament in einen cynischen Jubel ausbrach. In den höheren preussischen Kommandos gingen wichtige Veränderungen vor. General Vogel v. Falckenstein wurde zum Befehlshaber der Garbedivision und der neugebildeten Division Münster ernannt, welche zusammen das III. Korps bildeten (während Prinz Friedrich Karl das I., Gablenz das II. Korps befehligten). Die Stelle eines Generalstabschefs beim Oberkommando wurde dem General v. Moltke übertragen. Bald darauf, am 18. Mai, wurde Wrangel des Oberkommandos entbunden und in den Grafenstand erhoben, das Oberkommando dem Prinzen Friedrich Karl, der Befehl über das

I. Korps dem General Herwarth von Bittenfeld übertragen. An die Stelle des Generals v. d. Mülbe trat General v. Bronski.

Das englische Kabinett hatte seither alles gethan, um das Londoner Protokoll unantastbar zu erhalten. Hatte es doch sogar Napoleon aufgefordert, zur Erleichterung Dänemarks eine kriegerische Demonstration am Rhein zu machen! Aber so populär wohl in Frankreich ein Rheinfeldzug gewesen wäre, so hatte Napoleon, das Ende des Oheims bedenkend, doch nicht Lust, einen solchen allein auf sich zu nehmen oder gar mit einer bloßen Demonstration sich zu begnügen. Er gab daher zur Antwort, daß er den nationalen Wünschen Deutschlands und Schleswig-Holsteins, welche auf eine engere Verbindung zwischen beiden gerichtet seien, unmöglich mit den Waffen entgegenzutreten könne. Er mochte wohl hoffen, Preußen, das er bisher vergebens seinen Zwecken dienstbar zu machen versucht hatte, durch seine wohlwollende Haltung für seine weiteren Pläne zu gewinnen. Damit war jede europäische Intervention beseitigt. Die englischen Minister wagten für sich allein nicht in kriegerischer Weise vorzugehen, zumal da sie gegen das Auftreten Preußens und Osterreichs nichts Ernsthaftes vorzubringen mußten; denn sie hatten ja früher selbst die Verpflichtung Dänemarks zur Erfüllung seiner Zusagen hinsichtlich der schleswig-holsteinischen Verfassungsrechte anerkannt. Von Rußland vollends, wo man in dieser neuen Verwicklung einen sehr willkommenen Ableiter für die Teilnahme an dem Schicksal Polens erblickte, hatten die deutschen Mächte nichts zu beforgen. Endlich brachte es England wenigstens zu einer Konferenz, an welcher Vertreter der kriegführenden Mächte: Preußen, Osterreich, der deutsche Bund (der sächsische Minister v. Beust), Dänemark und Vertreter der neutralen Mächte: England, Frankreich, Rußland, Schweden, teilnahmen. Dieselbe wurde am 25. April in London eröffnet und zunächst ein Waffenstillstand vom 12. Mai bis 12. Juni, später mit einer Verlängerung bis zum 26. Juni, beschlossen. Deutschlands Presse und Vereine und die Herzogtümer protestierten übrigens gegen die „Annahme“ der Konferenz, über eine Sache, die nicht vor ihren Richterstuhl gehöre, entscheiden zu wollen. An der Hartnäckigkeit des dänischen Gesandten hatte Deutschland einen Bundesgenossen, wie es ihn nicht besser wünschen konnte. Noch am 17. Mai schlugen die deutschen Bevollmächtigten die Personalunion zwischen

Dänemark und den Herzogtümern vor. Die Dänen wiesen den Antrag als unannehmbar zurück. Andererseits war dies von Preußen das äußerste Zugeständnis. Wurde es nicht angenommen, so blieb Preußen nichts anderes übrig, als weniger zu bieten. Preußen und Oestreich sagten sich daher offen vom Londoner Protokoll los und verlangten in der Sitzung vom 28. Mai die „vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark und ihre staatliche Vereinigung unter der Souveränität des Erbprinzen von Augustenburg“, ohne damit die Erbberechtigung desselben als definitiv erledigt anzusehen. Dieser Vorschlag wurde von Dänemark und von den neutralen Mächten abgelehnt, und England stellte den Antrag, Schleswig solle geteilt und der südliche Teil desselben nebst Holstein an Deutschland abgetreten werden. Es war begreiflich, daß über die Ziehung der Grenzlinie sehr verschiedene Ansichten herrschten, daß die Dänen eine möglichst südliche, die Verbündeten eine möglichst nördliche Grenzlinie verlangten. Während England die Schlei als eine solche bezeichneten, wollten die deutschen Mächte sich höchstens herbeilassen, den nördlichsten, größtenteils dänischen Teil von Schleswig an Dänemark zurückzugeben. Die dänischen Gesandten verwarfen diesen Antrag, verwarfen auch den Vorschlag des Herrn von Beust, die Bevölkerung Schlesiens selbst hierüber abstimmen zu lassen, und verwarfen zuletzt den Antrag Englands, einen Schiedsrichter zu erwählen, welcher die Teilungslinie zu bestimmen habe. Die Konferenz blieb also ohne Ergebnis und ging am 25. Juni auseinander. Das Schwert mußte den dänischen Knoten zerhauen.

Deutschland war mit der Erklärung seiner Vormächte am 28. Mai einverstanden und jubelte, daß nun wieder die Kanonen zum Wort kamen. Prinz Friedrich Karl ließ am 29. Juni morgens zwei Uhr auf 160 Rähnen seine Bataillone über den Allensund setzen und unter dem Feuer der dänischen Batterien landen. General Herwarth von Wittenfeld kommandierte die preussischen Truppen. Die Dänen unter General Steinmann wurden auf allen Seiten zurückgeworfen und nach dem äußersten Teile der Insel Allsen, der Halbinsel Kefenis, gedrängt, von wo sie nach der Insel Finen eingeschifft wurden. Gegen 2470 Gefangene und viel Kriegsmaterial fielen den Siegern in die Hände. Das Städtchen Sonderburg war von den Dänen selbst in Flammen gesetzt



worden. Fast zu gleicher Zeit rückten die Alliierten in Fütland vor, überschritten den Liimfjord, zwangen die dänischen Truppen zur Einschiffung nach Fünen und pflanzten ihre Fahnen an der Nordspitze Fütlands, dem Kap Skagen, auf. Die preussisch-österreichischen Kriegsschiffe erlösten endlich auch die westfriesischen Inseln Sylt, Föhr u. s. w. von dem Schreckensregiment des dänischen Seekapitäns Hammer, welcher samt Fahrzeugen und Mannschaft den Befreiern in die Hände fiel. Die Vorbereitungen einer Landung auf der Insel Fünen, wo sich die dänische Armee gesammelt hatte, wurden, nachdem Gablenz die Ausführung dieser ihm schon vor dem Übergang über den Alsenjund vorgeschlagenen Expedition abgelehnt hatte, vom Oberkommando selbst in die Hand genommen und später sogar eine Landung auf Seeland geplant. Der Ausführung beider Unternehmungen kam die dänische Friedenssehnsucht zuvor.

So heftig die Bevölkerung Kopenhagens nach der Räumung des Dannerwerks getobt hatte, so kleinnützig war sie jetzt, da die ganze dänische Monarchie nur noch auf einigen Inseln zu suchen war. Man hielt sich selbst in Kopenhagen nicht mehr für sicher vor den Preußen und verlangte nach dem Schutze des Heeres und der Flotte. Diese niedergeschlagene Stimmung benutzte König Christian, entließ das eiderdänische Ministerium Monrad, berief das Ministerium Bluhme, suchte um Waffenstillstand nach und schickte zu Friedensunterhandlungen einen Gesandten nach Wien. Dort wurden, mit gänzlicher Ausschließung des deutschen Bundes, zwischen Preußen, Osterreich und Dänemark am 1. August 1864 die Präliminarien verabredet und am 30. Oktober der Friede geschlossen. In diesem Wiener Frieden verzichtete der König von Dänemark auf alle seine Rechte an Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Osterreich und des Königs von Preußen. Das langjährige Unrecht war endlich gerächt, das freche, übermütige Dänentum war auf seine Inseln zurückgeworfen, das arme Schleswig durfte wieder seine Muttersprache reden, drei deutsche Herzogtümer waren wieder Deutschland zurückgegeben. Wer aber glaubte, daß die letzteren nun dem Augustenburger übergeben würden, täuschte sich sehr.

Gleich beim Friedensschluß prophezeiten klügere Politiker, daß die siegreichen Alliierten wegen Teilung der Beute selbst mit ein-

ander in Streit kommen würden; denn Östreich, welches sich durch die Unternehmung des gemeinschaftlichen Feldzugs in Konflikt mit den deutschen Mittelstaaten gesetzt hatte, kehrte wieder zu diesen zurück und wirkte im Verein mit denselben im Bundestage für die Übergabe der Herzogtümer an den Prinzen Friedrich von Augustenburg, während Preußen auf diesen Antrag nur unter der Bedingung einging, daß dieser Prinz sich in einem Vertrag verpflichtete, die unbedingte Verfügung über die Land- und Seemacht der Herzogtümer dem König von Preußen zu überlassen.

Da durch den Wiener Friedensvertrag Preußen und Östreich allein das Recht der Verwaltung und militärischen Besetzung der drei Herzogtümer hatten, so konnten jene mit Recht erwarten, daß die Bundesexekution in Holstein aufhören und das Land den beiden Großmächten übergeben werden solle, und Preußen richtete eine darauf bezügliche Aufforderung an Hannover und Sachsen. Da diese nicht darauf eingehen wollten, so ließ Preußen seine auf dem Rückmarsch befindlichen Truppen in Holstein Halt machen, forderte Hannover und Sachsen auf, ihre Truppen und Kommissäre zurückzuziehen, und ließ, um ein rascheres Verständniß zu erzielen, zur Drohung für diese zwei Staaten die bei Minden und an der brandenburgischen Grenze schon angekommenen Truppen dort Stellung nehmen. Hannover begriff rasch, Sachsen dagegen machte Kriegsrüstungen. Auf den Antrag Östreichs und Preußens beschloß der Bundestag auf Grundlage des Wiener Friedensvertrags die Zurückziehung der Exekutionstruppen und der Bundeskommissäre, worauf letztere am 7. Dezember 1864 den österreichisch-preußischen Zivilkommissären Holstein und Lauenburg übergaben und sofort der Rückmarsch der Sachsen begann. Der Einzug der siegreichen preußischen Truppen in Berlin fand am 7. und 17. Dezember 1864 statt. Bei der Bevölkerung der Herzogtümer fand Preußen wenige Sympathien. Der Adel von Lauenburg zwar wünschte das Ländchen durch Personalunion mit Preußen verbunden zu sehen; die Adressen schleswig-holsteinischer Notabeln und mehrerer Mitglieder der schleswig-holsteinischen Ritterschaft verlangten den engsten Anschluß an die preußische Monarchie. Aber die Masse des Volkes hielt fest an dem Recht des Augustenburger und erklärte, daß dieser zunächst als Herzog einzusehen sei, und daß er dann im Verein mit der Landesvertretung zu bestimmen habe, welche Zugeständ-

nisse Preußen zu machen seien. Dieser Weg kam Bismarck für seine Pläne nicht sicher genug vor, zumal da der Prinz von Augustenburg bei seiner Anwesenheit zu Berlin bereits die Rolle eines souveränen Herzogs spielen zu können glaubte. Bismarck wollte daher den umgekehrten Weg einschlagen und die Anerkennung des Herzogs davon abhängig machen, daß Fürst und Land vertragsmäßig vorher dem König von Preußen die unbedingte Verfügung über die Militärkräfte der Herzogtümer zu Wasser und zu Land überließen. Gesah dies nicht, so sollte auch von einem selbständigen Schleswig-Holstein und einem Herzog Friedrich keine Rede sein, und die Preußen blieben einstweilen thatsächlich die Herren des Landes. Die Erbfolgefrage war ja überhaupt noch nicht entschieden. Der Großherzog von Oldenburg, welchem der Kaiser von Rußland seine Rechte übertragen hatte und das Haus Hohenzollern selbst hatten Erbansprüche auf den Besitz der Herzogtümer oder einzelner Teile derselben. Zur Prüfung dieser verwickelten Rechtsfrage berief Bismarck die preußischen Kronjuristen. Dieselben sprachen sich dahin aus, daß keiner der Prätendenten einen Anspruch auf das Ganze habe, sondern jeder nur auf einzelne Teile, daß der Augustenburger jedenfalls nicht mehr Recht habe als die anderen, vielmehr in Folge der Verzichtleistung seines Vaters und der Annahme einer Entschädigungssumme, welche mit Zustimmung der Söhne zum Ankauf des zum Familienfideikommiß gemachten Ritterguts Dolzig verwendet worden sei, eigentlich gar keine mehr habe, und daß Preußen und Osterreich, welche allein das Land erobert hätten, niemand, auch nicht dem Bundestag Rechenschaft schuldig seien über die Verfügungen, welche sie über die drei abgetretenen Herzogtümer treffen wollten.

Den Vorschlag Osterreichs, die Herzogtümer dem Augustenburger als dem bestlegitimierten Prätendenten zu übergeben, lehnte Bismarck ab und erwiderte am 13. Dezember 1864, daß vor der Entscheidung über die Erbfolgefrage die Frage über die künftige Stellung Preußens in den Herzogtümern entschieden sein müsse. Im Wiener Kabinett war indessen eine Änderung vorgegangen. Graf Rechberg war am 21. Oktober 1864 abgetreten. Sein Nachfolger als Minister des Außern war der schon erwähnte Graf Mensdorff-Pouilly, welcher wegen dieser, nach Schmerlings Ausdruck, „total verfahrenen“ Sache mit Preußen zwar keinen Krieg anfangen, aber dasselbe

doch an der Erreichung seines Zieles möglichst hindern wollte. Und dazu hatte er alle Mittel in der Hand; denn Osterreich war ja vollständiger Mitbesitzer und hatte gleich viel Rechte wie Preußen. Der österreichische und der preussische Zivilkommissär, Herr von Halbhuter und Freiherr von Jedlik, waren daher fast in beständigem Streit mit einander. Graf Mensdorff erklärte, daß Osterreich in die Einverleibung Schleswig-Holsteins nur gegen das Äquivalent einer ihm selbst zu gewährenden Vergrößerung seines deutschen Gebiets willigen könnte. Darauf teilte Bismarck in seiner Depesche vom 22. Februar 1865 dem Wiener Kabinett die Forderungen Preußens mit und wiederholte, daß es ohne deren Erfüllung nie ein selbständiges Schleswig-Holstein zugeben könne. Er bezeichnete als solche Forderungen das Recht der unbedingten Verfügung des Königs von Preußen über die See- und Landmacht der Herzogtümer, das Oberaufsichtsrecht über den Nord- und Ostseefanal, einige Territorialabtretungen, die Leitung des Post- und Telegraphenwesens und den Eintritt der Herzogtümer in den Zollverein. Osterreich erklärte die Bildung eines halb souveränen Staates für unvereinbar mit dem Bundesrecht und stimmte am 6. April einem Antrag der süddeutschen Staaten am Bundestag bei, wonach die bedingungslose Einsetzung des Augustenburgers sofort erfolgen sollte. Der Antrag wurde zwar angenommen, hatte aber bei dem Widerstande Preußens keine weiteren Folgen. Über den Plan Preußens, Kiel zu einer preussischen Marinestation zu machen und über die Frage der Berufung der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung kam es zu keinem Einverständnis zwischen Osterreich und Preußen. Letzteres verlangte vor allen Dingen die Ausweisung des „Prätendenten“, da diese „Augustenburgische Nebenregierung“ der Mittelpunkt der preußenfeindlichen Agitation in der schleswig-holsteinischen Presse und in den Vereinen war. Aber Osterreich, welches die öffentliche Meinung Deutschlands, besonders Süddeutschlands, schonen wollte und durch diese „Nebenregierung“ sich durchaus nicht gestört fühlte, lehnte den Antrag ab und ließ den Geburtstag des Augustenburgers in den von den Osterreichern besetzten Städten wie den eines regierenden Herzogs feiern.

Die Lage verschlimmerte sich von Woche zu Woche. Der König und Bismarck befanden sich im Juli 1865 in Karlsbad. Eine Depesche gelangte an das Wiener Kabinett voll bitterer Vor-

würfe über die holsteinische Opposition, ein einseitiges, gewaltames Vorgehen Preußens in Aussicht stellend. Mit seiner bekannten Offenheit äußerte Bismarck gegen den Herzog von Gramont, den französischen Gesandten in Wien, er fürchte einen Krieg mit Oesterreich so wenig, daß er ihn vielmehr wünsche; Preußen werde die Herzogtümer und die Vorherrschaft in Deutschland, sei es auf dem Wege der Güte oder der Gewalt, bekommen. Wichtige Ereignisse waren im Anzug. Dahin deuteten die Ministeritzungen, welche sogar unterwegs, auf der Reise des Königs von Karlsbad nach Gastein, gehalten wurden. Sämtliche preussischen Minister und die Gesandten von Wien und Paris wurden vom König auf den 21. Juli nach Regensburg berufen und in einem Kabinettsrat die Frage vorgelegt, ob Preußen, falls Oesterreich seinen Widerstand nicht aufgebe, zum Kriege vorgehen solle und ob es dazu gerüstet sei. Beide Fragen wurden bejaht, das Festhalten an den Februarbedingungen betont. Am 23. Juli hatte Bismarck in Salzburg mit dem bayrischen Minister von der Pfordten eine Unterredung, worin er den Mittelstaaten in dem nahe bevorstehenden Krieg zwischen Preußen und Oesterreich die Einhaltung strenger Neutralität ans Herz legte. Über den Ausgang des Krieges sprach er sich sehr unbesorgt aus, da Oesterreich weder gerüstet sei, noch Geld zum Kriegführen habe, und gab dem Minister zu bedenken, daß Bayern der natürliche Erbe der Stellung Oesterreichs in Süddeutschland sei. Zu gleicher Zeit erfüllte er auch seine Drohung, in den Herzogtümern einseitig vorzugehen. Ohne den österreichischen Zivilkommissär zu fragen, ließ er am 26. Juli den in Augustenburgischem Sinne agitierenden Redakteur May, einen geborenen Schlesier, in Altona verhaften und auf die Festung Rendsburg bringen und den preussischen Abgeordneten Frese, welcher zum Zwecke preußenfeindlicher Agitation in Kiel verweilte, aus Holstein ausweisen. Oesterreich ließ es an Protesten nicht fehlen, aber zum Kriege war es allerdings nicht entschlossen, da gerade damals die Sistierung der Verfassung erfolgt war, der Ausgleich mit Ungarn versucht wurde und die Finanzkalamitäten einen üblen Eindruck im Volke zurückgelassen hatten. Nach einigen Unterhandlungen kam am 14. August 1865 die Gasteiner Konvention zustande, durch welche, unbeschadet der Rechte beider Großmächte auf beide Herzogtümer, die Regierung Schleswigs an Preußen, Holsteins an Oesterreich überlassen und

Lauenburg gegen die Summe von 2 500 000 dänischen Reichsthalern von Osterreich an Preußen vollständig abgetreten wurde. Der Kieler Hafen wurde zum Bundeshafen bestimmt, Preußen provisorisch das Kommando und die Polizei in demselben überlassen, Rendsburg zur Bundesfestung erklärt, mit österreichischer und preussischer Besatzung und jährlich wechselndem Oberkommando, und Preußen das Recht zugestanden, den Nordostseekanal durch Holstein zu führen, Eisenbahnen und Telegraphen dort anzulegen.

Dadurch war Preußen seinem Ziele etwas näher gerückt, daher auch Bismarck zum Dank für seine Bemühungen von seinem König am 16. September 1865 in den Grafenstand erhoben wurde. Die gemeinschaftliche Regierung der Herzogtümer wurde am 15. September aufgelöst und an ihre Stelle trat in Kiel als österreichischer Statthalter von Holstein Feldmarschalleutnant von Gablenz, in Schleswig als preussischer Gouverneur von Schleswig General Edwin von Manteuffel. Aber von definitiven Zuständen war keine Rede; von Zugestehung der Februarbedingungen war Osterreich nach der Gasteiner Konvention so ferne wie vor derselben; für das bisherige Provisorium hatte man jetzt ein neues erhalten. Preußens Verhältnis zu Osterreich war infolge dieser Vorgänge so schlecht, als es ohne Krieg möglich war, und dieser mußte notwendig ausbrechen, wenn nicht einer von beiden Teilen sich ganz in den Willen des anderen fügte. Dazu war bei der Eifersucht Osterreichs auf Preußens Machtvergrößerung, bei Preußens entschiedenem Willen, diese Machtvergrößerung zu erringen und aus seinen knappen Verhältnissen zu einem mächtigen, achtunggebietenden Großstaat sich aufzuschwingen, nicht die geringste Aussicht vorhanden. Hätte Preußen seinem „Alliierten“ irgend ein Stück Land als Ausgleichungsobjekt bieten können, so hätte Osterreich sicherlich gern seinen schon halb verlorenen Posten in Holstein geräumt und ihm abgetreten, wie es dies bei Lauenburg gethan hat. Die Abtretung eines Teiles von Schlesiens mit der Festung Glatz, was wohl ganz im Sinne des Wiener Kabinetts gewesen wäre, konnte Preußen nicht zugestehen. Schon damals fingen die beiden Staaten, Preußen und Italien, an, sich gegenseitig zu verstehen.

Von Frankreich glaubte Bismarck bei einem preussisch-österreichischen Kriege nichts fürchten zu müssen. Bei seiner Zusammenkunft

mit Napoleon in Biarritz, im Spätherbst 1865, hatte er diesem unverhohlen gesagt, daß Preußen in seiner jetzigen Lage nicht verharren könne, sondern sein Gebiet abrunden müsse. Napoleon ging darauf ein, sprach aber zugleich von „Kompensationen“. Bismarck machte ihm nicht die geringste Zusage, hatte aber dabei doch den Eindruck, daß Preußen auf die Neutralität Frankreichs rechnen könne und im Fall des Krieges die Rheingrenze nicht zu besetzen brauche. Zum Krieg war Bismarck trotz der Gasteiner Konvention fest entschlossen, da er nur durch einen solchen seine preußischen und deutschen Ziele mit einem Schlage zu erringen hoffen konnte. Denn so sehr ihm auch an dem Besitz von Schleswig-Holstein lag, der für die Weltstellung Preußens eine absolute Notwendigkeit war, so war doch damit noch nicht alles abgemacht. Die schiefe Stellung, in welcher Preußen zu Osterreich und zu den Mittelstaaten im deutschen Bunde war, blieb nach wie vor ebendieselbe, wenn nicht die schleswig-holsteinische Frage nur als das Glied eines Ganzen, als ein Teil der deutschen Frage angesehen wurde. Mit der Lösung der ersteren war diese noch nicht entschieden, aber mit der Lösung der letzteren auch jene. Die deutsche Frage endlich einmal zum Austrag zu bringen, Preußen an die Spitze von Deutschland zu stellen und in Deutschland aufgehen zu lassen, das verachtete Deutschland auf diesem Wege zum ersten Staate von Europa zu machen, war die kühne, aber große und nationale Politik des Grafen Bismarck. Aber er hatte mit großen Schwierigkeiten am eigenen Herde zu kämpfen. Die Königin und das kronprinzliche Paar waren entschieden gegen einen Krieg, das letztere sprach sogar energisch für die Rechte des Augustenburger und verhehlte nicht seine Abneigung gegen den Ministerpräsidenten. Doch gewann dieser den König immer mehr für seine Pläne und brachte ihm immer mehr seine eigene Zuversicht auf den glücklichen Erfolg des Krieges bei. An Schwankungen fehlte es natürlich nicht.

## § 22.

Krieg in Deutschland und Italien, Austritt Östreichs aus Deutschland, Auflösung des Deutschen Bundes, Gründung eines norddeutschen Bundes unter Preussens Suprematie.

Das Jahr 1866 begann unter schlimmen Auspizien. Am 23. Januar sprach sich eine Versammlung von 3—4000 Männern aus beiden Herzogtümern, ohne gerade förmliche Beschlüsse zu fassen, in Altona für Einberufung einer schleswig-holsteinischen Ständeversammlung aus und brachte „dem rechtmäßigen, geliebten Fürsten Herzog Friedrich“ ein Hoch. Dies gab dem Grafen Bismarck Veranlassung zu einer Depesche vom 26. Januar, worin er das ganze politische Regierungssystem Östreichs in Holstein angriff, es für eine Schädigung der konservativen Interessen erklärte, sein Bedauern aussprach, daß „revolutionäre und jedem Thron feindliche Tendenzen unter dem Schutze des östreichischen Doppeladlers sich entfalten“ dürften, und einen Bruch der bisherigen Allianz in Aussicht stellte. Graf Mensdorff wies am 7. Februar die gegen die östreichische Politik in Holstein erhobenen Vorwürfe entschieden zurück und schloß mit der Erklärung, daß es nicht die kaiserliche Regierung sei, welche eine intime Gemeinsamkeit der Gesamtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen lasse. Nun mußte die Möglichkeit eines Kriegs scharf ins Auge gefaßt werden. In dem preussischen Ministerrath am 28. Februar 1866 sprachen sich sämtliche anwesenden Generale dahin aus, daß die Ehre und das Interesse Preussens gebieterisch fordern, daß Östreich zur Abtretung der Herzogtümer gedrängt werde. Doch wurden noch keine kriegsrischen Vorbereitungen angeordnet. In dem Marschallsrath, welcher auf 10. März nach Wien einberufen wurde, wurde beschlossen, die Reserven einzuberufen, Truppen aus Ungarn und anderen Provinzen nach Böhmen zu schicken und die Festungen auszurüsten. Die in einigen böhmischen Städten ausgebrochenen Judenverfolgungen konnten unmöglich einen genügenden Vorwand für solche Maßregeln bieten. Auf dies hin ließ Preußen seine schlesischen und sächsischen Festungen armieren und die Truppenzahl erhöhen. Mit dem am 10. März in Berlin angekommenen italienischen General Govone wurde über eine preussisch-italienische Allianz gegen Östreich unterhandelt, zu deren Abschluß Bismarck schon seit seinem



Eintritt ins Ministerium einleitende Schritte gethan hatte. Am 8. April kam der Vertrag zustande. In demselben verpflichtete sich Italien, Preußen zur Seite zu stehen, falls dieses wegen Aufrechthaltung seiner Reformvorschläge binnen drei Monaten in einen Krieg verwickelt werden sollte; Preußen dagegen sicherte in diesem Falle dem Königreich Italien seine Unterstützung in der Gewinnung Venetiens zu. In diese Allianzverhandlungen war Napoleon vollständig eingeweicht, da sowohl Viktor Emanuel als der Ministerpräsident Lamarmora keinen Schritt hierin thaten, ohne vorher die Zustimmung Napoleons eingeholt zu haben. Nach Abschluß dieses Vertrags wurden die Rüstungen in Italien und in ganz Deutschland sehr lebhaft betrieben. Auch die Mittelstaaten, welche sich meist auf die Seite Österreichs stellten, trafen Vorbereitungen für den Krieg, besonders Sachsen, dessen Königsfamilie mit Kaiser Franz Joseph eng befreundet, dessen Ministerpräsident, von Beust, ein erbitterter Feind des Grafen Bismarck war. Der letztere hatte sich der unbequemen Kammeropposition längst entledigt. Die am 15. Januar eröffnete Session für 1866 wurde schon am 23. Februar geschlossen. Und doch hatte die so heimgeschickte Opposition so viel nationales Bewußtsein, daß an dem Abgeordnetentag in Frankfurt (20. Mai) nur 8 preußische Abgeordnete sich beteiligten und Treuesten, ein Führer der Opposition, in seinem Abjagebrieef der Versammlung erklärte, „daß er nicht allein das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und seine Rechte den Regierungen gegenüber, sondern auch die Machtstellung Preußens ins Auge zu fassen habe, und daß er sich nie an Schritten beteiligen werde, welche darauf abzielten, Preußen eine Niederlage beizubringen. Es gebe keine Macht in Deutschland, die für Deutschland etwas leisten könne, außer Preußen.“ Dies war die Gesinnung der überwiegenden Mehrheit des preußischen Volkes. Daher kam es auch, daß obgleich dasselbe dem Kriege im allgemeinen abgeneigt war, doch alle unverdroffen zu den Fahnen eilten und selbst bei der Einberufung der Landwehr nur sehr wenige Ruhestörungen vorkamen, was für den Geist und die Disziplin des Volkes ein günstiges Zeugniß war.

Beide Großmächte suchten sich für den bevorstehenden Krieg die Gunst der Mittelstaaten zu verschaffen: Österreich zu thätiger Mithilfe, Preußen wenn nicht zu dieser, so doch zur Neutralität. In einer „ganz vertraulichen“ Zirkulardepesche vom 16. März

teilte Östreich den ihm befreundeten deutschen Regierungen mit, welchen Operationsplan es Preußen gegenüber einzuhalten gedente. Von seiner Verpflichtung, die schleswig-holsteinische Frage nur im Einverständnis mit Preußen zu lösen, werde es sich lossagen und die Entscheidung derselben dem Bunde übertragen. Greife dann Preußen zu den Waffen, so sollen das 7., 8., 9. und 10. Bundesarmeekorps und die mit diesen vereinigte östreichische Armee ihm entgegentreten. Die sofortige Mobilisierung dieser Armee sei also dringend notwendig. Andererseits stellte Bismarck in einem Rundschreiben an die deutschen Regierungen vom 24. März die Frage an sie, „ob und in welchem Maße Preußen auf ihre Unterstützung für den Fall des Kriegs mit Östreich zu rechnen habe“, wobei er zugleich die Notwendigkeit einer den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Reform des Bundes betonte und für den Fall einer kriegerischen Niederlage Preußens Deutschland das Schicksal Polens in Aussicht stellte. Von den meisten Regierungen an den Bund verwiesen, stellte Preußen am 9. April am Bundestag den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments auf Grund direkter Wahlen und des allgemeinen Stimmrechts, welches nach den Vorlagen der Regierungen die Neugestaltung der Bundesverfassung zu beraten habe. Fragte man nach den Absichten Preußens bei dieser Reform, so gab das offizielle Organ desselben an, daß Preußen wünsche, „die militärischen Kräfte Nord- und Mitteldeutschlands zu wirksamer That um sich vereinigen zu können“. Dies klang den Fürsten wie Mediatisierung. Weder Volk noch Fürsten ließen sich für ein Parlament begeistern; jenes nicht, weil es, mit den Zielen der preußischen Politik unbekannt, der ganzen Sache kein Vertrauen schenkte, diese nicht, weil ihnen ein deutsches Parlament noch von 1848 her schwer auf den Nerven lag. Daher besprachen sich Bevollmächtigte von neun Mittelstaaten in Augsburg und Bamberg über ihre gemeinsamen Interessen und stellten am 19. Mai am Bundestag den Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämtlicher Bundesglieder, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde, während Östreich und Preußen sich die Erklärung, unter welchen Voraussetzungen sie abrüsten wollten, vorbehielten. Dadurch wurde der Beschluß wieder erfolglos.

Auch Napoleon wollte sich als Friedensfürst aufwerfen und ließ in Verbindung mit den Kabinetten von London und Peters-

burg am 28. Mai in Wien, Berlin, Florenz und am Bundestag eine Einladung zu einer Friedenskonferenz in Paris übergeben. Dieselbe sollte über die drei brennendsten Fragen beraten, welche die Erbherzogtümer, Italien und die Bundesreform, so weit letztere das europäische Gleichgewicht berühren könnte, betrafen. Preußen, Italien und der Bundestag nahmen die Einladung an, Östreich nur unter dem Vorbehalt, „daß von den Beratungen jede Kombination ausgeschlossen bleiben werde, die darauf abzielen würde, einem der eingeladenen Staaten eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen.“ Durch diesen Vorbehalt wurden, nach der Erklärung Frankreichs und Englands, die Konferenzen unmöglich.

Das diplomatische Spiel, welches Napoleon damals spielte, war voll der perfidesten Doppelzüngigkeit. Der Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Östreich war ihm sehr willkommen, weil er hoffte, daß der Krieg von langer Dauer sein, beide Mächte ungemein schwächen und Preußen, an dessen Niederlage er nicht zweifelte, in seine Arme treiben und geneigt machen werde, in seine Eroberungspläne einzugehen. Daher trieb er Preußen zum Krieg an, sicherte ihm seine wohlwollende Neutralität zu und gab zu der preußisch-italienischen Allianz, wodurch Venetien den Östreichern entzogen und ein Teil des östreichischen Heeres am Mincio beschäftigt werden sollte, seine ausdrückliche Zustimmung. Er unterhandelte aber auch direkt mit Bismarck. Dieser selbst sagt hierüber in seinem Rundschreiben vom 29. Juli 1870, welches einen Teil jener berühmten, die Napoleonische Politik so sehr bloßstellenden Enthüllungen bildet: „Schon im Jahre 1862, als er noch preußischer Gesandter in Paris war, habe die französische Regierung ihm ihre Bestrebungen kund gegeben, ihre Absichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preußischem Beistande durchzuführen. In dem deutsch-dänischen Kriege habe sie nur deswegen eine freundliche Haltung beobachtet, um Preußen für solche Pläne günstig zu stimmen. Der Vertrag von Gastein habe in Paris sehr verstimmt, weil man sich dort der Besorgnis hingab, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-österreichischen Bündnisses das Tuilerienkabinet um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte. Man habe dort schon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Östreich gerechnet und sich Preußen

bereitwillig wieder genähert, sobald dessen Beziehungen zu Osterreich sich zu trüben begannen. Vor Ausbruch des Krieges seien ihm teils durch Verwandte des Kaisers (wohl durch den Prinzen Napoleon), teils durch vertrauliche Agenten Vorschläge gemacht worden, welche dahin gingen, zum Behuf beiderseitiger Vergrößerung einen Vertrag zustande zu bringen: es habe sich bald um Luxemburg oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte gehandelt, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen geblieben seien. Im Mai 1866 seien alle diese Zumutungen in dem Vorschlag eines Defensiv- und Offensivbündnisses zusammengefaßt worden, dessen Grundzüge dahin gegangen seien, daß im Fall eines Kongresses die beiden Alliierten die Abtretung Venetiens an Italien und Schleswig-Holsteins an Preußen erstreben sollten, und daß, im Fall daß der Kongreß nicht zustande komme, Preußen 10 Tage nach Unterzeichnung des Vertrags den Krieg mit Osterreich eröffnen und Frankreich nach Beginn der Feindseligkeiten gleichfalls den Krieg an Osterreich erklären und mit 300 000 Mann an demselben teilnehmen sollte. Der Friede sollte von Preußen und Frankreich unter folgenden Bedingungen geschlossen werden: Venetien wird an Italien abgetreten; Preußen erhält deutsche Gebiete nach beliebiger Wahl mit 7—8 Millionen Bevölkerung und das Recht, die Bundesreform in seinem Sinne durchzuführen; Frankreich nimmt das deutsche Gebiet zwischen Mosel und Rhein, doch ohne Koblenz und Mainz, also ein Stück von Rheinpreußen, Rheinbayern, Birkenfeld, Homburg und Rheinhesfen."

Dieses Allianzprojekt wurde trotz mehrfacher, fast drohender Mahnungen im Juni 1866 von Bismarck definitiv abgelehnt, wohl in der Weise, daß er Napoleon, um dessen Neutralität zu erhalten, für den Fall des Sieges noch einige Hoffnung auf spätere Zugeständnisse ließ. Dieser aber rechnete, sobald er sah, daß seine Anträge nicht günstig aufgenommen wurden, nur noch auf die Niederlage Preußens und auf deren Ausbeutung für eine französische Allianz. Zu diesem Zwecke suchte er für Preußen seine Allianz mit Italien wertlos zu machen, Osterreich in seiner Kriegslust zu bestärken und zu einem für Frankreich günstigen Vertrag zu vermögen. Die Unterhandlungen mit Osterreich fanden fast zu

gleicher Zeit wie die mit Preußen statt. Jenes hatte im November 1865 einem italienischen Unterhändler, der nach Wien geschickt war, um für die Abtretung Venetiens sehr bedeutende finanzielle, wirtschaftliche und politische Vorteile anzubieten, eine abschlägige Antwort erteilt und erklärt, daß das militärische Ehrgefühl ihm eine solche Lösung nicht erlaube. Nun aber, auf die französischen Anträge hin, bot Osterreich am 5. Mai 1866 dem italienischen Kabinett freiwillig die Abtretung Venetiens an und zwar ohne alle Entschädigung, unter der einzigen Bedingung, daß Italien in dem bevorstehenden österreichisch-preussischen Kriege neutral bleibe. Die italienischen Minister hatten Mühe, der Versuchung zu widerstehen, bedachten aber doch in diesem „schrecklichen Moment“, daß sie durch Annahme des Anerbietens einen gar zu schmählischen Vertragsbruch begehen und besonders daß ein siegreiches und mächtig gewordenes Osterreich eine stete Gefahr für das Königreich Italien sein würde. Das Anerbieten wurde abgelehnt und die Allianz blieb gesichert. Doch gab Napoleon seine Pläne nicht auf. Die Allianz konnte ja auch dadurch an Wert verlieren, daß Italien den Krieg mit Osterreich nicht mit der nötigen Energie führte. Für solche Ratschläge war der italienische Ministerpräsident General Lamarmora, ein unbedingter Verehrer Napoleons, sehr zugänglich. Auch mit Osterreich wurden die Unterhandlungen fortgesetzt und führten zu dem französisch-österreichischen Vertrag vom 9. Juni, wonach der Kaiser Franz Joseph Venetien an Frankreich, beziehungsweise an Italien abtreten und als Entschädigung hierfür Schlesien erhalten sollte. Was für Erwerbungen in diesem sehr geheim gehaltenen Vertrag Napoleon für sich beanspruchte, ist unbekannt; Osterreich, das schon viel deutsches Gebiet preisgegeben hat, wird wohl auch hier nicht zu skrupulös mit der Abtretung linksrheinischer Gebiete gewesen sein, wenn nur der verhaßte Rivale niedergeworfen war. Napoleon war seines Erfolges schon so sicher, daß er drei Tage nach diesem geheimen Vertrag in einem Schreiben vom 11. Juni, welches er an seinen Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuys, richtete, sich sehr offen über seine Pläne aussprach: „Der entstandene Konflikt hat drei Ursachen: die schlecht abgegrenzte geographische Lage Preußens, den Wunsch Deutschlands nach einer seinen allgemeinen Bedürfnissen mehr entsprechenden politischen Gestaltung und die Notwendigkeit für Italien, seine

nationale Unabhängigkeit zu sichern. Wir hätten, was uns betrifft, für die Nebenstaaten des deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine mächtigere Organisation, eine bedeutendere Rolle gewünscht; für Preußen mehr Abrundung und Kraft im Norden, für Osterreich die Aufrechthaltung seiner einflussreichen Stellung in Deutschland. Wir hätten ferner gewünscht, daß Osterreich gegen eine angemessene Entschädigung Venetien an Italien abtreten könnte; denn wenn Osterreich in Gemeinschaft mit Preußen, ohne sich um den Vertrag von 1852 zu kümmern, im Namen der deutschen Nationalität einen Krieg gegen Dänemark geführt hat, so schien es mir gerecht, daß es ebendasselbe Prinzip in Italien anerkannte, indem es die Unabhängigkeit der Halbinsel vervollständigte.“ Wenn dieses Napoleonische Programm ausgeführt wurde, so blieb die Deutschlands Macht lähmende Rivalität Osterreichs und Preußens bestehen, Preußen erhielt, als Ersatz für Schlessien, die Elbherzogthümer und vielleicht Hannover oder Kurhessen, die Mittel- und Kleinstaaten erhielten eine selbständigere Stellung und wurden für eine Erneuerung des Rheinbundes reif. Die nächste Folge dieser politischen Veränderungen wäre für Frankreich die Einverleibung des linken Rheinufers und Belgiens gewesen.

Welche Bewandtnis es mit Venetien und einer Entschädigung Osterreichs hatte, erfuhr man in Berlin schon in den ersten Tagen des Mai. Der Herzog von Koburg war dort angekommen, um im Interesse des Friedens zu wirken. Er warnte vor der Zweideutigkeit Napoleons und bezeichnete die Freundschaft Italiens als eine sehr unzuverlässige. Da seine Worte wenig Glauben fanden, so zeigte er einen Brief, welchen er von dem österreichischen Minister Graf Mensdorff erhalten hatte. Darin äußerte der Minister seine Siegeszuversicht und erklärte, daß Preußen, wenn es Krieg anfange, nicht bloß mit Osterreich, sondern auch mit Frankreich es zu thun haben werde. Franz Joseph habe sich mit Napoleon vollständig geeinigt, habe an diesen Venetien zu freier Verfügung abgetreten und von ihm die Zusage erhalten, daß er gegen eine Entschädigung Osterreichs durch Schlessien nichts einzuwenden habe. Sollte Italien den Krieg gegen Osterreich eröffnen wollen, so werde es durch Napoleon, der ihm das Ziel des Krieges, Venetien, überlasse, davon abgehalten werden. Dadurch zerfalle die preußisch-italienische Allianz, und Osterreich und seine Bundesgenossen könnten

alle ihre Streitkräfte gegen das isolierte Preußen richten. Was für Entschädigungen Napoleon für sich verlangte, darüber war in dem Schreiben begreiflicher Weise nichts enthalten.

Was alle Verhandlungen und Vermittlungen nicht vermocht hatten, den Frieden aufrecht zu erhalten, wollte der Stieffohn des badischen Flüchtlings Blind, Karl Cohen, erreichen. Bismarck erschien ihm als der hauptsächlichste Friedensstörer, und darum reiste der exaltierte, sonst wackere junge Mann, welcher sich in der letzten Zeit in Hohenheim und auf dem Bläsiberg bei Tübingen zum Zweck des Studiums der Landwirtschaft aufgehalten hatte, nach Berlin, um Bismarck zu ermorden. Sein Attentat vom 7. Mai mißlang, Bismarck blieb unverwundet, Cohen ermordete sich während der Untersuchungshaft.

Um diese Zeit hatten Osterreich, Preußen und Italien ihre Rüstungen so ziemlich vollendet. Die zwei letzteren klagten Osterreich an, durch seine Rüstungen die ihrigen hervorgerufen zu haben, und wollten, wenn es sich um das Abrüsten handelte, ihm auch hierin die Initiative überlassen; Osterreich dagegen versicherte feierlich, daß es Preußen nie angreifen werde, und hob hervor, daß es gegen Italien, welches Venetien erobern wolle, seine Armee auf dem Kriegsfuß halten müsse. Noch einmal hatte es am 26. April einen Versuch gemacht, sich mit Preußen über die schleswig-holsteinische Frage innerhalb des bestehenden Bundesrechts zu verständigen, ohne ihm auf die Februarforderungen auch nur irgend ein Zugeständnis zu machen. Da Preußen nicht darauf einging und, wenn es sich nicht ein zweites Olmütz bereiten wollte, auch nicht darauf eingehen konnte, so stellte Osterreich, wie es bereits angekündigt hatte, in der Bundestagsitzung vom 1. Juni die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage den „Entschliessungen des Bundes anheim, welchen von seiner Seite die bereitwilligste Anerkennung gesichert sei.“ Zugleich erklärte es, daß „der kaiserliche Statthalter in Holstein die erforderliche Spezialvollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung erhalten habe, da die Wünsche und Rechtsanschauungen des Landes einen berechtigten Faktor der Entscheidung bilden.“ Am 5. Juni berief Gabelenz die Ständeversammlung von Holstein auf den 11. Juni nach Iphoe. Diese Übertragung des Streites an den Bund erklärte Preußen für einen Bruch der Gasteiner Konvention, und Man-

teuffel erhielt Befehl, mit seinen Truppen in Holstein einzurücken und wieder, wie früher, mit dem österreichischen Statthalter eine gemeinsame Regierung für beide Herzogtümer zu bilden. Gablenz lehnte das Anerbieten Manteuffels ab und zog sich, als am 7. Juni gegen 12000 Preußen die Eider überschritten und Kiel, Ikehoe und andere Orte besetzten, mit der Brigade Kalik (4800 Mann), der Landesregierung und dem Prinzen Friedrich nach Altona zurück. Manteuffel löste am 10. Juni die von Gablenz 1865 eingefetzte holsteinische Regierung auf, ernannte den Freiherrn von Scheel-Plessen zum Oberpräsidenten beider Herzogtümer und ließ den Zusammentritt der Stände in Ikehoe am 11. Juni durch militärische Vorkehrungen verhindern. Als er gegen Altona vorrückte, verließ Gablenz, welcher gegen die dreifache Übermacht auf einem so weit vorgeschobenen Posten keinen Kampf versuchen konnte, am 12. Juni Holstein, ging mit seinen Truppen über die Elbe ins hannoversche Gebiet und begab sich über Kassel und Frankfurt zur Nordarmee nach Böhmen, in der Hoffnung, dort auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz die Fahne Östreichs wieder zu Ehren zu bringen. Zugleich mit Gablenz entfernte sich aus Holstein auch der Prinz von Augustenburg, nachdem er 2<sup>1/2</sup> Jahre vergebens auf seine Einsetzung als Herzog gewartet hatte.

So weit war es mit der Allianz von 1864 gekommen, daß die Heere, welche als Waffengenossen Schleswig erobert hatten, nun in Holstein als Feinde von einander schieden. Der Kampf, welcher zur Befreiung der Herzogtümer unternommen war, schlug in einen Kampf um die Leitung Deutschlands um. Beide Fragen, die der Herzogtümer und die der Bundesreform, sollten mit einem Schlage gelöst werden, und als dritte zugleich noch die italienische. Was der deutsche Nationalverein seit 1859 erstrebt hatte, Preußen die militärische und diplomatische Führung Deutschlands zu übertragen, nahm nun Graf Bismarck selbst in die Hand. Denn nichts anderes bedeuteten die „Grundzüge einer neuen Bundesverfassung“, welche Preußen am 10. Juni den einzelnen deutschen Regierungen, mit Ausnahme Östreichs, hatte übergeben lassen. Es wurde die Frage an sie gestellt, ob sie für den Fall einer Auflösung des alten Bundes geneigt seien, auf der Grundlage dieser Grundzüge einem neuen Bunde mit Preußen beizutreten, von dem die österreichischen und niederländischen Landes-



teile ausgeschlossen sein sollten. Dieser neue Reformplan legte die Kraft des ganzen Deutschlands in die Hand des militärischen Preußens, mutete den deutschen Fürsten nur solche Opfer zu, welche im Interesse der Gesamtheit notwendig waren, und teilte die ganze Landmacht des Bundes in eine Nord- und Südmee, jene unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, diese unter dem des Königs von Bayern. Bei den Mittelstaaten, welche das Einzelinteresse über das Gesamtinteresse setzten und unter Ötreichs Doppeladler sich eine behaglichere Existenz versprachen, fand dieser Plan wenig Beifall.

Schon am 11. Juni stellte Östreich am Bundestag einen Antrag auf schleunige Mobilisierung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme des preussischen Kontingents, weil Preußen durch sein Einrücken in Holstein einen Akt gewaltsamer Selbsthilfe begangen habe, welchen die Bundesversammlung gemäß den Artikeln 18, 19 und 20 der Wiener Schlußakte zu verhindern verpflichtet sei. Dies hieß, Preußen den Bundeskrieg ansagen, wogegen der preussische Gesandte Savigny mit Recht bemerkte, daß das Bundesrecht keine Kriegserklärung, sondern nur ein an bestimmte Normen geknüpftes Exekutionsverfahren kenne. Ohne sich an diese formellen Bestimmungen zu kehren, beschloß die Bundesversammlung am 14. Juni (nach der nicht korrekten Angabe des Bundespräsidenten) mit 9 gegen 6 Stimmen die Mobilmachung der Bundesstruppen gegen Preußen. Auf diese Abstimmung hin erklärte der preussische Gesandte, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und erloschen ansehe, und legte die den einzelnen Regierungen bereits mitgetheilten Grundzüge eines neuen Bundes, welche mit einem deutschen Parlament zu vereinbaren seien, vor. Darauf verließ er die Versammlung. Die Staaten, welche mit Preußen gestimmt hatten, Luxemburg, Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar und die thüringischen Herzogtümer (außer Meiningen), Anhalt, Schwarzburg und die Freien Städte (außer Frankfurt) folgten in den nächsten Wochen dem Beispiele Preußens und riefen ihre Gesandten von Frankfurt ab. Die Vertreter der zurückgebliebenen Staaten erklärten Preußens Austritt für ungesehlich und betrachteten sich nach wie vor als die deutsche Bundesversammlung, welche die abtrünnigen Glieder wieder zu ihrer Pflicht zurückzuführen berufen sei. Man verglich das Verhältnis der Bundesmehrheit zur Minderheit viel-

fach mit dem Verhältnis der Nordstaaten der amerikanischen Union zu den Konföderierten oder mit dem der schweizerischen Tagsatzung zum Sonderbund. Die Vergleichung mochte einiges Richtige enthalten. Nur handelt es sich, wenn einmal der Krieg beginnt, nimmer um Rechtsfragen, sondern um die Macht. Diese war, wenn man auf die Kopfzahl sah, entschieden auf Seiten der Mehrheit; sprach man doch von 6—800 000 Mann, welche allein Östreich aufgeboten habe, eine Zahl, welche seine glaubensstarken Alliierten sehr beruhigte, den Preußen aber, welche dieselbe um die Hälfte zu groß fanden, wenig imponierte. Doch abgesehen von der Kopfzahl, fragte es sich, auf wessen Seite Geist und Energie war. Östreich war so voll Siegeszuversicht, daß der Präsidialgesandte in der Bundestagsitzung vom 16. Juni erklärte, die kaiserliche Regierung garantiere allen bundestreuen Regierungen ausdrücklich ihren Besitzstand, und dabei ganz vergaß zu fragen, welche dieser Regierungen dem östreichischen Kaiserstaate seinen eigenen Besitzstand garantiere.

An Energie ließ es Preußen gleich in den folgenden Tagen nicht fehlen. Um den Kriegsschauplatz von Brandenburg und Berlin möglichst fern zu halten und die Verbindung zwischen der östlichen Monarchie und der Rheinprovinz nicht gefährden zu lassen, mußte es einerseits Sachsens, andererseits Hannovers und Kurhessens sicher sein. Diese drei Staaten hatten am 14. Juni in Frankfurt gegen Preußen gestimmt. Daher erging an sie am 15. Juni eine preußische Aufforderung, worin sie zur Neutralität, zur Demobilisierung und zur Zustimmung zur Bundesreform gegen Garantie ihres Besitzstandes und ihrer Souveränitätsrechte aufgefordert wurden. Die Antworten lauteten noch am nämlichen Tage abschlägig, worauf, da eine ablehnende Antwort zum voraus als eine Kriegserklärung bezeichnet worden war, preußische Truppen am 16. Juni in diese drei Länder einrückten. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz befehligte General Vogel von Falckenstein, welchem die Divisionen Göben und Beyer, zusammen 33 900 Mann, untergeordnet waren. Die Division Manteuffel, 14 100 Mann, sollte von Holstein aus gegen Hannover vorrücken und zu Falckenstein stoßen. Während Manteuffel von Norden her einbrang, rückte Falckenstein mit der Division Göben von Minden aus vor und hielt am 17. Juni seinen Einzug in der Hauptstadt

Hannovers, aus welcher der König und der Kronprinz mit der Armee eilends gegen Süden abgezogen waren. Am 18. Juni wurde die kleine Festung Stade von den Vortruppen Manteuffels über-rumpelt, am 22. war ganz Hannover besetzt mit Ausschluß von Göttingen, wohin sich die hannoversche Armee zurückgezogen hatte. Bedeutende Kriegsvorräte fielen in die Hände der Preußen.

Inzwischen hatten sich die süddeutschen Kontingente, das 7. (Bayern) und das 8. (Württemberg, Badener, Hessen-Darmstädter) Armeekorps, am Main, im untern Franken und bei Frankfurt, gesammelt. Zum Kommandanten des achten Armeekorps war Prinz Alexander von Hessen ernannt, der vom italienischen Feldzuge von 1859 her, welchen er als österreichischer General mitge-macht hatte, einigen militärischen Ruf genoß. Das siebente Armeekorps stand unter dem Prinzen Karl von Bayern, welchem zu-gleich der Oberbefehl über sämtliche süddeutschen Bundestruppen in der Weise übertragen wurde, daß er sich nach den vom österreichischen Oberfeldherrn Benedek ihm mitgetheilten Direktiven zu richten habe. (So war es in dem zwischen Osterreich und Bayern abgeschlossenen Olmüzer Vertrag vom 14. Juni ausgemacht, worin sich Osterreich zugleich verpflichtete, nur unter Teilnahme und im Einverständnis mit Bayern Friedensverhandlungen mit Preußen zu führen und bei der Notwendigkeit von Territorialveränderungen aus allen Kräften dahin zu wirken, daß Bayern keine Verluste erleide und für etwaige Abtretungen entschädigt werde. Wo diese Entschädigungen zu holen waren, ob etwa in dem preußenfreundlichen Baden, war in der offiziellen Vertragsurkunde nicht ausgesprochen. Andererseits hatte in jener Zeit auch Preußen Unterhandlungen mit Bayern eröffnet und demselben eine hervorragende Stellung in dem neuen Deutsch-land gesichert, falls es neutral bleibe. An der österreichischen Ge-sinnung des Herrn von der Pfordten scheiterten diese Verhand-lungen.) Von einer so komplizierten Maschine, welche immer-hin ein paar Wochen brauchte, bis sie aufgestellt und in Gang gebracht wurde, ließ sich wenig erwarten. Darauf rechneten die Preußen und setzten, wichtige Punkte vorberhand entblößend, ihre Okkupationen fort. Von Wehlar brach General Beyer mit 19 600 Mann am 16. Juni auf, zog über Gießen und Marburg und rückte am 19. in Kassel ein. Die kurhessische Armee war schon am 16. Juni mit der Eisenbahn nach Fulda abgefahren und zum

8. Armeekorps gestoßen, mit welchem sich auch die Nassauer vereinigten. Der Kurfürst selbst war auf seinem Schloß Wilhelmshöhe geblieben, und da er in seiner Opposition gegen Preußens Forderungen verharrete, so wurde er am 24. Juni als preußischer Staatsgefangener in die Festung Minden, später nach Stettin abgeführt.

Bald entschied sich auch das Schicksal der hannoverschen Armee, welche 20 500 Mann stark war, eine zahlreiche und gute Reiterei und 52 Geschütze hatte. Durch die Besetzung Kassels war ihr der Weg nach Frankfurt verlegt, daher sie sich, nachdem sie sich zu lange, bis zum 21. Juni bei Göttingen aufgehalten hatte, südöstlich wandte, um sich über Gotha nach Bayern durchzuschlagen. Sie überschritt am 21. Juni, mit einem endlosen Troß von Küchenwagen, Silbergeschirr und Staatskarossen belastet, die preußische Grenze, zog über Heiligenstadt, Mühlhausen und Langensalza und nahm nördlich von Eisenach und Gotha Stellung. Nachts wurde der Archivrat Onno Klopp ins bayrische Hauptquartier nach Bamberg geschickt, um dieses zu einem raschen Vorgehen und zu schleuniger Hilfeleistung zu veranlassen. Aber Prinz Karl war nicht aus seiner Defensivstellung herauszubringen und meinte, eine Armee von 19 000 Mann müsse sich selbst durchschlagen können. Zu gleicher Zeit wurden durch Vermittlung des Herzogs von Koburg und direkt Unterhandlungen mit dem König von Preußen angeknüpft. Dieser bot am 26. Juni dem König Georg noch einmal Allianz mit Preußen an und stellte die Bedingungen vom 15. Juni. Georg wies auch diesmal das Anerbieten zurück und bestand auf ungehindertem Durchzug nach Bayern. Diesen unmöglich zu machen, waren die Preußen, mit welchen die koburgischen Truppen sich vereinigt hatten, am 26. stark genug. Daher zogen sich die Hannoveraner an diesem Tage wieder nach Langensalza zurück. General Falkenstein, welcher von Hannover aus mit den Divisionen Goben und Manteuffel ihnen nachgerückt war, während Beyer von Kassel aus gegen Eisenach vordrang, hatte von Berlin Befehl erhalten, den Hannoveranern zu folgen und für den Fall eines Vormarsches der Bayern einige Truppen bei Eisenach zurückzulassen. Falkenstein wollte die Hannoveraner nur dann angreifen, wenn entweder die Bayern anrückten würden und sich mit denselben vereinigen wollten, oder wenn die anrückenden preußischen Kolonnen alle beisammen wären

und ein siegverheißender, umfassender Angriff unternommen werden könnte. Daher befahl er dem General Flies, mit seiner Manteuffelschen Brigade (8150 Mann Infanterie, 225 Reitern und 24 Geschützen) den Marsch von Gotha nach Langensalza anzutreten, die Hannoveraner aber bei Langensalza nicht anzugreifen, sondern ihnen im Fall des Abzuges zu folgen und „Klinge an Klinge“ zu bleiben. Da aber Falkenstein am folgenden Tag nach Kassel sich zu begeben hatte und inzwischen von Berlin der Befehl einlief, daß die Hannoveraner unter allen Umständen angegriffen und zur Kapitulation gezwungen werden sollten, so griff General Flies am 27. Juni vormittags 11 Uhr an. Er warf die Vortruppen der Hannoveraner, die von Generalleutnant v. Arentschildt befehligt wurden, nach heftigem Kampfe über Langensalza zurück, suchte die Höhen von Mergleben, wo sie eine starke Stellung eingenommen hatten, zu erstürmen, wurde aber mit einem heftigen Granatfeuer empfangen und mußte, da sich die ganze feindliche Armee gegen ihn wandte, sich zurückziehen, wobei die Karrees seiner Infanterie die Angriffe der hannoverschen Reiter mutvoll zurückwiesen. Der Verlust der Preußen betrug 41 Offiziere und 805 Mann, der der Hannoveraner über 1400 Mann; doch hatten jene den Vorteil errungen, den Feind bei Langensalza festgehalten zu haben. Er blieb am 28. dort stehen, das Netz schloß sich immer enger, gegen 40 000 Preußen und Koburger machten ihm jeden Schritt streitig, es blieb ihm nichts mehr übrig als einen Kampf bis zum letzten Mann zu wagen oder zu kapitulieren. König Georg wählte am 29. Juni das letztere. Die Mannschaft wurde entwaffnet und in die Heimat entlassen, gegen das Versprechen, gegen Preußen nicht zu dienen, die Offiziere wurden auf Ehrenwort entlassen, sämtliches Kriegsmaterial, darunter 5000 treffliche Pferde, blieb den Preußen; der König, dem sein Privatvermögen zur Verfügung überlassen wurde, und der Kronprinz erhielten die Erlaubnis, ihren Wohnsitz zu nehmen, wo sie wollten, nur nicht in Hannover, und reisten mit ihrem Gefolge nach Wien. Damit war von der Nordsee bis zum Main aller Widerstand gebrochen, von einem Hereingreifen der österreichischen Alliierten in die Operationen in Böhmen war keine Rede mehr, und Preußen konnte seine volle Kraft gegen Osterreich und die süddeutschen Staaten richten.

Geringere Erfolge hatte Preußens Alliieter, der König von

Italien, aufzuweisen. Auf seine Kriegführung hatten die Anerbietungen in betreff der Abtretung Venetiens einen lähmenden Einfluß. Frankreich wurde nicht müde, Italien begreiflich zu machen, daß eine energische militärische Aktion von seiner Seite ganz überflüssig sei, daß es sich bei ihm mehr um ein militärisches Duell mit Osterreich als um einen ernsthaften Krieg handle. Daher sagte auch Lamarmora, er rücke ins Feld, Venetien in der Tasche. Die Veranstaltung eines bloßen Duells entsprach aber den Interessen Preußens und den Pflichten eines Alliierten durchaus nicht. Daher übersandte der preußische Gesandte in Florenz, Graf Ufedom, dem Ministerpräsidenten General Lamarmora am 17. Juni ein Schreiben, worin er demselben ans Herz legte, daß es sich bei diesem Feldzug um einen gründlichen Krieg (guerra a fondo) handle. Es genüge nicht, daß Italien bis zu den nördlichen Grenzen Venetiens vordringe; es müsse sich vielmehr den Weg gegen die Donau frei machen, sich mit Preußen im Mittelpunkt der österreichischen Monarchie begegnen, mit einem Wort, auf Wien marschieren. Um sich den dauernden Besitz Venetiens zu sichern, müsse vor allem die österreichische Macht ins Herz getroffen sein. Und während die Hauptarmee gegen Wien marschiere, sollten die Freiwilligen unter Garibaldi ihre rechte Flanke bilden, in Ungarn eindringen und dort dem von Schlesien her einrückenden preußisch-ungarischen Korps die Hand bieten. Allen Mitteilungen zufolge würden diese Streifkorps bei den Ungarn und Slawen den herzlichsten Empfang finden. Mit diesem kühnen und großartigen Kriegsplan, welcher der preußischen und der italienischen Armee Wien als Vereinigungspunkt bezeichnete, die Revolutionierung Ungarns als Hilfsmittel zu einer gänzlichen Niederwerfung Osterreichs in Aussicht stellte, war der Mentor des italienischen Kabinetts, Napolcon, durchaus nicht einverstanden; er stellte dem König und Lamarmora vor, daß die Erhaltung eines starken Osterreichs innerhalb seiner natürlichen Grenzen dem Vorteile Italiens weit mehr entspreche als die Herstellung eines deutschen Reiches, das unter Preußens Führung von der Ostsee bis Triest gebiete. Die gelehrigen Schüler gingen auf diese französische Lektion ein. Lamarmora nahm von dem Ufedom'schen Schreiben nicht die geringste Notiz, teilte es keinem seiner Kollegen mit und veröffentlichte es erst am 21. Juli 1868, als er, längst nicht mehr Minister, in der Abgeordnetenkammer klagend gegen den Bericht des preu-

bischen Generalstabs auftrat. Statt des von diesem anempfohlenen Kriegsplanes führte er nun seinen eigenen durch, um, nicht eine kombinierte, sondern eine isolierte Aktion im alten Militärstil zu beginnen und an den Wällen der Festungen die Hörner sich einzustoßen. Viktor Emanuel hatte am 20. Juni Östreich den Krieg erklärt und überschritt am 22. mit 2 Armeekorps den Mincio, ein 3. bei Goito zurücklassend, während Cialdini mit einem 4. stärkeren Armeekorps über den unteren Po gegen die Etzsch vordringen und Garibaldi mit seinen Freischaren in Tirol einbrechen sollte. Die Italiener hatten eine Feldarmee von 218 000 Mann, die Östreicher von 85 000, konnten sich aber auf das gewaltige Festungsviereck stützen. Den Oberbefehl führte Erzherzog Albrecht, ein Sohn des durch Aspern berühmten Erzherzogs Karl. Sein Hauptquartier und der größte Teil des Heeres war in und um Verona. Kaum bemerkte der Erzherzog, welcher an dem General John einen tüchtigen Generalstabschef hatte, daß die italienische Armee bei ihrem Vordringen den nordwestlich von Custozza gelegenen Hügelraum nicht besetzt hatte, wie denn überhaupt in unbegreiflich leichtsinniger Weise vorgegangen wurde, so nahm er am 23. Juni diese wichtige Stellung und lieferte am 24. Juni, dem Jahrestag von Solferino, den Italienern die Schlacht bei Custozza, wo achtzehn Jahre früher der alte Radetzki einen glorreichen Sieg über die Piemontesen erfochten hatte. Der Kampf dauerte in glühender Sonnenhitze den ganzen Tag. Abends sieben Uhr war das italienische Heer trotz aller Tapferkeit geschlagen, wurde über den Mincio zurückgeworfen und sammelte sich erst wieder hinter dem Oglio. Der Verlust der Italiener betrug 8250 Mann, darunter 4350 Gefangene, der der Östreicher 7850 Mann, darunter 2000 Gefangene. Infolge dieser Niederlage konnte Cialdini seine Unternehmung am Po nicht ausführen und zog sich gegen Bologna zurück. Erzherzog Albrecht beutete den Sieg nicht weiter aus. Er durfte den geschlagenen Gegner nicht verfolgen; denn Östreich hatte sich in dem obenerwähnten Vertrag gegenüber dem französischen Kabinett verpflichtet, daß es, im Fall des Sieges, den Mincio nicht überschreiten und die Lombardei unberührt lassen werde. Daher wartete er in Verona ab, bis Viktor Emanuel zu einem zweiten Stoß ausholte. Es trat hier thatsächlich ein vierzehntägiger Stillstand ein, während welcher Zeit die preußische

Armee in Böhmen von Sieg zu Sieg eilte und dort für Italien die Provinz eroberte, für welche dessen eigene Kräfte nicht ausreichten.

Wie in Hannover und Kurhessen, so waren die Preußen auch in Sachsen am 16. Juni eingerückt. Sie hatten dort gewaltige Heeresmassen versammelt, um den Streit mit Osterreich rasch und gründlich auszukämpfen. Eine eigentliche Kriegserklärung war nicht erfolgt. Da aber auf das Hilfesuch Sachsen der Bundestag am 16. Juni mit 10 gegen 5 Stimmen schnelle Bundeshilfe gegen „die Vergewaltigung Preußens“ beschlossen und der österreichische Präsidialgesandte erklärt hatte, daß Osterreich mit all seinen militärischen Kräften Preußen entgegentreten werde, so glaubte man in Berlin kein weiteres Aktienstück abwarten zu müssen. Drei große Heere waren aufgestellt: auf dem rechten Flügel bei Torgau die Elbarmee, 46 000 Mann unter General Herwarth von Bittenfeld, welcher am 29. Juni 1864 den Übergang über den Alsenjund geleitet hatte; im Zentrum bei Görlitz die Erste Armee, 93 300 Mann unter Prinz Friedrich Karl; auf dem linken Flügel bei Neiße in Schlesien, die Zweite Armee, 115 000 Mann unter dem Kronprinzen von Preußen. Dazu kam noch ein Reservekorps von 24 300 Landwehnmännern, so daß die ganze Armee, welche etwa 800 Kanonen mit sich führte, 278 000 Mann stark war. Das Reservekorps wurde in Sachsen zurückgelassen, so daß beim Einmarsch in Böhmen den 271 000 Osterreichern und Sachsen 254 000 Preußen gegenüberstanden. Am 16. Juni drang die Elbarmee und die Erste Armee in Sachsen ein, Herwarth besetzte am 18. Juni Dresden, am 19. Leipzig, Friedrich Karl zu gleicher Zeit Bautzen und Bittau, und am 20. war, außer der Festung Königstein, ganz Sachsen in der Gewalt der Preußen.

Gegen alles Erwarten hatte Osterreich nichts gethan, um ihnen in der Besetzung dieses strategisch so wichtigen Gebietes zuvorzukommen. Vielmehr hatten die Sachsen, 24 000 Mann mit 60 Kanonen, beim Einmarsch der Preußen nebst dem König Johann ihr Vaterland verlassen und waren unter dem Befehl des Kronprinzen Albert nach Böhmen gezogen, um sich hier mit der österreichischen Armee zu vereinigen. Osterreich hatte in diesem Kriege 10 Armeekorps aufgestellt, wovon 7 die Nordarmee in Böhmen, 3 die Südbarmee in Italien bildeten. Die Nordarmee bestand aus etwa 247 000 Mann, worunter sehr



viel Reiterei war, und hatte 750 Kanonen und 7 Raketen-Batterien. Die österreichisch-sächsische Nordarmee war also 271000 Mann stark. Sie hatte 8 Armeekorps, welche von den Erzherzogen Ernst und Leopold, den Grafen Clam-Gallas, Thun, Jestetics, den Feldmarschall-Leutnants von Gablenz und von Ramming und von dem sächsischen Kronprinzen befehligt wurden. Den Oberbefehl führte Feldzeugmeister Ritter von Benedek, welcher am Tag von Solferino auf dem rechten Flügel sich rühmlich gehalten hatte. Armeen und Volk wünschten ihn an der Spitze der Truppen zu sehen, und der Kaiser betraute ihn mit dem Kommando, alles in seine Hände legend. Aber teils fragte es sich, ob Benedek, ein so tüchtiger Korpsführer er auch war, auch den genialen Blick des Feldherrn besitze, teils kam es darauf an, ob seine Korpsführer ihren Platz auszufüllen vermochten und den Befehlen des Feldherrn Gehorsam leisteten. Benedek gehörte nicht zum hohen österreichischen Adel und war Protestant. Dies waren zwei Punkte, welche in Osterreich schwer wiegen. Die Erzherzoge und Grafen sollen in diesem Feldzug nicht durch strengen Gehorsam sich ausgezeichnet haben. Hatten die Preußen auch keine neuen Feldzüge als den in Schleswig (1864) und den gegen die badischen Freischaren (1849) aufzuweisen, so hatten sie doch in allen Zweigen des Kriegswesens das Beste sich angeeignet, an dem Kriegsminister von Roon einen trefflichen Organisator, an General v. Moltke einen ausgezeichneten Generalstabschef, einen kühnen und zugleich besonnenen Strategen, der seinem König einen meisterhaften Feldzugsplan entworfen hatte, in ihren Truppenkörpern vermöge der allgemeinen Wehrpflicht eine Masse von Intelligenz, in ihrem Offiziersstand durchschnittlich weit mehr Bildung als andere Heere. Das Zündnadelgewehr gab ihnen einen großen Vorteil. Außerdem war die österreichische Armee darin im Nachteil, daß der größte Teil der Infanterie nur eine einjährige Dienstzeit hinter sich hatte, und daß sich bei dem Offizierskorps ein erstaunlicher Mangel an Kriegswissenschaftlicher Bildung und an moralischem Einfluß bemerklich machte.

Benedek, dessen Armee einen weiten Bogen von Krakau bis zum linken Elbufer bildete, hielt sich zur Offensive für zu schwach. Er mußte den Einfall seines Gegners in Mähren oder Böhmen geschehen lassen, stand zuerst zwischen Olmütz und Brünn, wandte sich am 17. Juni nach Böhmen und stellte sein Heer zwischen

Josephstadt und Köninghof an der oberen Elbe auf. Wollte er sich aber auch zunächst in der Defensiv halten, so hinderte ihn nichts, jeden Augenblick in die kräftigste Offensive überzugehen, sich mit Übermacht den getrennten Heeren entgegenzuwerfen, eines nach dem andern anzugreifen und zurückzuschlagen, ihre Vereinigung um jeden Preis unmöglich zu machen. Statt dessen schickte er gegen die Elbarmee und die Erste Armee, zusammen 139 300 Mann, den Grafen Clam-Gallas mit etwa 60 000 Mann, darunter die sächsischen Truppen, und glaubte der schlesischen Armee, wenn sie aus den Gebirgspässen hervorkam, je ein österreichisches Korps gegen ein preussisches entgegenstellen zu müssen, anstatt ein solches mit Übermacht anzugreifen und in das Gebirge zurückzuwerfen. So mußte denn kommen, was rasch genug kam.

In der Frühe des 23. Juni gingen die Elbarmee und die Erste Armee jubelnd über die sächsisch-böhmische Grenze, jene auf der Straße nach Rumburg, diese auf Reichenberg zu. Letztere Stadt wurde am 24. besetzt und die Zittau-Reichenberger Eisenbahn, soweit sie unfahrbar gemacht worden war, von den eigens hiezu mitgenommenen Technikern rasch wiederhergestellt. Die Truppen des Grafen Clam-Gallas wurden am 26. Juni von der Vorhut Herwarths bei Hünnerwasser, am 26. und in der Nacht auf den 27. Juni von der Vorhut des Prinzen Friedrich Karl bei Liebenau und bei Podol zurückgeschlagen. Dadurch war Clam-Gallas genötigt, das rechte Ufer gänzlich zu räumen und die Elbarmee mit der Ersten Armee sich vereinigen zu lassen, welche denn auch am 28. Juni gemeinschaftlich vorgingen, unter hartnäckigen Gefechten den Übergang über die Ufer bei Münchengrätz erzwangen und Clam-Gallas nötigten, nach einem Verlust von etwa 1800 Mann ihnen die ganze Ufer-Linie zu überlassen und vier Meilen rückwärts bei Gitschin in dem gebirgigen Terrain eine festere Stellung einzunehmen. Allein auch hier wurde er am 29. durch zwei Divisionen des Prinzen Karl zurückgeschlagen und das von den Sachsen besetzte Gitschin in einem nächtlichen Angriff erstürmt. Dieser Tag, an welchem 26 000 Preußen gegen 42 000 Östreicher und Sachsen fochten, kostete jenen 71 Offiziere und 1482 Mann, den Östreichern und Sachsen gegen 7000 Mann, darunter über 3000 Gefangene. Clam-Gallas zog sich mit seinen entmutigten und erschöpften Truppen nach Königgrätz zurück; Friedrich Karl ließ seine Armee bei Gitschin

ausruhen und erwartete die Vereinigung mit der schlesischen Armee, wofür eben die Stadt Gitschin zum voraus bestimmt war.

Um seinen Marsch durch die Pässe des Riesengebirges zu verdecken, schickte der Kronprinz, Befehlshaber der Zweiten Armee, in der Zeit vom 20. bis 23. Juni Streifkorps von Reisse gegen die Grenze, um glauben zu machen, daß die ganze Armee durch Östreichisch-Schlesien in Mähren einzurücken beabsichtige. Es kam zu unbedeutenden Reitergefechten. Die schlesische Armee zog, zur Deckung Schlesiens zwei Streifkorps (3844 Mann unter General v. Knobelsdorff und 5358 Mann unter General Graf v. Stolberg) zurücklassend, am Morgen des 27. Juni in drei Kolonnen über die Grenze nach Böhmen: das erste Armeekorps unter General Bonin auf dem rechten Flügel von Liebau gegen Trautenau, das Gardekorps unter dem Prinzen August von Württemberg im Centrum von Braunau nach Eipel, das fünfte Armeekorps unter General Steinmeyer, den linken Flügel bildend, von Reinerz über Nachod und Skalitz; das sechste Armeekorps unter General Mutius sollte letzterem nachrücken. Benedek hatte gegen diesen neuen Feind die vier Armeekorps Gablenz, Ramming, Festetics und Leopold zur Verfügung und schickte die beiden ersten gegen Trautenau und Nachod vor, die zwei letzten als Reserve behaltend. Somit mußte Gablenz dem Stöße Bonins, möglicherweise auch noch dem des Gardekorps gewachsen sein, Ramming mit Steinmeyer sich messen.

Bonin vertrieb mit dem ersten Armeekorps am 27. Juni die Östreicher aus Trautenau und drängte sie bis zum Kapellenberg zurück. Aber gegen Abend erhielt Gablenz eine Verstärkung von zwei Brigaden und drang nun gegen die von Marsch, Hitze und Kampf erschöpften Preußen mit solcher Gewalt vor, daß sich diese über Trautenau und den Fluß Mupa bis nach Schömberg und Liebau, von wo sie am Morgen aufgebrochen waren, zurückziehen mußten. Sie hatten 56 Offiziere und 1282 Mann, aber keine Kanonen verloren, während die Östreicher einen Verlust von 196 Offizieren und 5586 Mann hatten. Das Gardekorps, welches Bonin seine Unterstützung angeboten, aber bei dem zuerst günstigen Stand des Gefechts eine abschlägige Antwort erhalten hatte, griff am 28. Juni die durch den Kampf des vorigen Tages ermatteten Östreicher bei Burgersdorf und Soor, in der Nähe von Trautenau, mit solchem Erfolg an, daß Gablenz einen Verlust von 102 Offi-

zieren und 3572 Mann an Toten und Verwundeten hatte, 3000 Gefangene und 8 Kanonen einbüßte und sich nach Königinhof zurückziehen mußte, während die Sieger 28 Offiziere und 685 Mann verloren. Aber auch Königinhof wurde am 29. Juni von der Garde erstürmt, die dortige Elbbrücke besetzt, worauf jene auf dem linken Elbufer ungehindert die Richtung zu der Armee des Prinzen Friedrich Karl einschlagen konnte.

Die schwierigste Aufgabe hatte das fünfte Armeekorps unter Steinmeyer, das auf einer engen Straße in einem wenigstens zwei Meilen langen Zuge gegen Nachod vorging und dort am 27. Juni das sechste österreichische Korps unter Ramming antraf. Dieser hatte anfangs einige günstige Gefechtsmomente, setzte aber nicht alles daran, die Entwicklung größerer Massen auf feindlicher Seite zu verhindern, und wurde von Steinmeyer so geschlagen, daß er am andern Tag nicht mehr kampffähig war und das Korps des Erzherzogs Leopold ihn ablösen mußte. Er hatte einen Verlust von 227 Offizieren und 7225 Mann, worunter 2500 Gefangene, und verlor eine Fahne und 5 Kanonen; die Preußen hatten an Toten und Verwundeten 62 Offiziere und 1282 Mann. Am 28. Juni plückte sich Steinmeyer neue Lorbeeren bei Skalitz, wo er den Erzherzog Leopold zurückschlug; dieser verlor 200 Offiziere und gegen 6000 Mann, worunter die Hälfte Gefangene, und 7 Geschütze; die Preußen hatten einen Verlust von 62 Offizieren und 1330 Mann. Auf seinem Weitermarsch gegen Königinhof traf Steinmeyer am 29. Juni bei Schweinschädel (Jaromitz) das vierte österreichische Korps unter Graf Festetics, schlug auch dieses, verfolgte es bis unter die Kanonen von Josephstadt und vereinigte sich am 30. Juni bei Graditz mit der übrigen Armee des Kronprinzen, welche, nachdem auch das Korps des Generals Mutius angekommen war, nun vollständig beisammen war und die Elblinie von Arnau bis Josephstadt besetzt hielt. Sie hatte in den letzten Tagen mehr als 10 000 Gefangene, 20 Kanonen, 5 Fahnen und 2 Standarten erbeutet und ging dem Entscheidungskampfe mit großer Zuversicht entgegen.

Benedek hatte gegen die drei preussischen Armeen in wenigen Tagen gegen 35 000 Mann verloren; von seinen 8 Armeekorps waren 6 geschlagen; nur eines von diesen hatte an dem ersten Tage einen Vorteil erfochten. Nachdem sein Heer in lauter Einzel-

gefechten geschwächt und entmutigt worden war, versammelte er am 1. Juli die 8 Korps, noch etwa 206 100 Mann, bei Königgrätz und bereitete sich zu einer Hauptschlacht vor. Er selbst hatte wenig Vertrauen und Lust zu einer solchen. Auf seine Meldung, daß die Armee nach so vielen Unfällen nicht in der für eine Entscheidungsschlacht nötigen Stimmung und Verfassung sei, soll er vom Kaiser den direkten Befehl, sofort eine Schlacht zu liefern, erhalten haben. Hierzu wählte er auf dem rechten Elbufer das zwischen der Elbe und dem Flätschen Bistritz in der Breite von  $1\frac{1}{2}$  Meilen liegende Terrain und besetzte die günstigsten Höhenpunkte mit mehr als 500 gezogenen Geschützen. Seine Flanken waren hier freilich nicht gesichert, wenn sie es nicht durch seine Truppen waren, und ein etwaiger Rückzug über die Elbe mit solchen Truppenmassen war auch keine Kleinigkeit. Der Mut seiner Soldaten hatte sich wieder ein wenig gehoben; man wünschte die Scharten auszuweken.

Sobald Prinz Friedrich Karl, welcher sein Hauptquartier in Kamenitz, zwischen Gitschin und Horitz, hatte, von dieser Bewegung Nachricht erhielt, machte er am Abend des 2. Juli dem preußischen Hauptquartier zu Gitschin Meldung hiervon. Dort war König Wilhelm, welcher am 29. Juni Berlin verlassen hatte, soeben mit Graf Bismarck, Roon und Moltke eingetroffen und hatte den Oberbefehl über seine sämtlichen Truppen übernommen. Als er kurz vor Mitternacht die Meldung erhielt, beschloß er auf den Rat Moltkes, den Vorschlag des Prinzen, gleich am folgenden Tage mit der ganzen Armee anzugreifen, anzunehmen, und schickte sogleich Adjutanten an den Kronprinzen nach Königinhof und an Herwarth. Dieser erhielt nachts 1 Uhr, jener morgens 4 Uhr den Befehl zum Vormarsch, und beide brachen nun so rasch als möglich gegen Königgrätz auf. Aber die Truppen des Kronprinzen waren weit vom Schlachtfeld entfernt,  $2\frac{1}{2}$  Armeekorps sogar 5 Stunden. Der Plan war: Prinz Friedrich Karl, welcher dem Feinde am nächsten stand, sollte im Zentrum denselben festhalten, bis Herwarth, welcher sich auf dem rechten Flügel bei Smidar befand, und die den linken Flügel bildende sächsische Armee den Feind in beiden Flanken faßten. Wenn alles pünktlich in einander griff, wie man es im Hauptquartier berechnet und festgesetzt hatte, so hoffte man am 3. Juli in der

Schlacht bei Königgrätz Benedek's Armee nicht bloß zu schlagen, sondern zu vernichten.

Die gesamte preussische Armee hatte eine Stärke von 220 984 Mann, wovon übrigens, da die schlesische Armee mit 97 064 Mann erst gegen Mittag und nachmittags auf dem Schlachtfelde eintraf, nur 123 918 Mann an der ersten Hälfte der Schlacht teilnahmen. Um acht Uhr traf der König mit dem Herzog von Koburg, Roon, Moltke und Bismarck bei der Vorhut des Prinzen Friedrich Karl, welche schon im Gefecht war, auf der Höhe von Dub ein und übernahm den Oberbefehl. Die erste Armee hatte den schweren Kampf um Sadowa und die Bistritz-Übergänge den ganzen Vormittag allein zu bestehen, hatte 4 bis 5 Stunden lang mit drei Armeekorps gegen sechs allein zu kämpfen; einzelne Divisionen wurden von der österreichischen Artillerie und den Jägern furchtbar mitgenommen; Herwarth fand auf dem feindlichen linken Flügel, wo die Sachsen das Dorf Ober-Prim und die Höhen von Problus hartnäckig verteidigten, größeren Widerstand, als er vermutet hatte, wurde erst gegen 3 Uhr Herr über seinen Gegner und konnte sich nun an die Armee des Prinzen Friedrich Karl anschließen. Bei dieser war volle 4 Stunden, von 9—1 Uhr, die Division Fransecky, im Walde von Masloweb vor den Höhen von Chlum, einem schrecklichen Kartätschenfeuer und dem ungestümen Angriff der numerisch weit überlegenen Östreicher ausgesetzt, kämpfte mit unbeschreiblichem Heldenmut und deckte den linken Flügel der preussischen Schlachtlinie trotz des Verlustes eines vollen Viertels ihrer Infanterie so lange, bis mit den Spitzen der kronprinzlichen Armee die ersehnte Hilfe herbeikam. Es waren für die Preußen bange Augenblicke; besorgt schauten die Generale nach Osten, ob die Armee des Kronprinzen noch nicht anrückte: wenn sie sich verspätete, so war die Schlacht verloren. Rückzug oder Durchbrechung des preussischen Zentrums war die trostlose Alternative. König Wilhelm mochte an Wellington denken, wie dieser in der Schlacht bei Waterloo so sehnsüchtig nach Blücher ausschaute. Man sprach schon davon, die Infanterie zurückzuziehen. „Was dann?“ fragte der besorgte König. Aber wie damals Blücher, so erschien jetzt der Kronprinz noch zu rechter Zeit, und damit war die Schlacht gewonnen.

Der durch den Regen aufgeweichte Lehmboden und das hügelige

Terrain hatte die Armee des Kronprinzen, besonders die Artillerie, auf dem Marsch sehr aufgehalten, so daß erst gegen 12 Uhr eine Garbedivision, dann das 6. und 1. Armeekorps und endlich die zweite Garbedivision auf dem Schlachtfeld eintrafen. Aber was ankam, griff auch gleich in den Kampf ein und nötigte den österreichischen rechten Flügel, welcher mit seiner Artillerie den linken Flügel der Armee des Prinzen Friedrich Karl furchtbar beschloß, von diesem abzulassen und mit der Garde und dem 6. Armeekorps einen neuen Kampf aufzunehmen. Die erste Garbedivision und die beiden Divisionen des 6. Armeekorps (Mutius) nahmen im ersten Anlauf die Dörfer Horenowes und Ratschiz. Der Raum zwischen Maslowes, Gistowes und Chlum, neben welchem die Reste der Division Franzsch kämpften, war von Verteidigern fast ganz entblößt. In diese Lücke drang General Hiller mit der ersten Garbedivision ein und nahm trotz des mörderischen Geschützfeuers die Höhen von Chlum, welche den Schlüssel der ganzen österreichischen Stellung bildeten, und das Dorf Rozberiz, wodurch die Position von Lipa, von deren Höhen aus in die Armee des Prinzen Friedrich Karl den ganzen Vormittag Tod und Verderben geschleudert worden waren, im Rücken gefaßt wurde. Eben dort stand Benedek und erfuhr kurz vor 3 Uhr, was sich in der letzten halben Stunde in seinem Rücken zugetragen hatte. Er wollte es kaum glauben, bis er es selbst sah. Von der Aufstellung bei Olmütz her war es sein Fehler und sein Verhängnis, daß er sich um die Armee des Kronprinzen fast gar nicht kümmerte, ihr wenig Bedeutung beilegte, auch in den Dispositionen von Königgrätz gerade so verfuhr, wie wenn eine solche Armee gar nicht existierte, nicht auf einmal auftauchen, auf seinen rechten Flügel sich werfen, in der Flanke und im Rücken ihn mit Vernichtung bedrohen könnte. Rasch warf er der Hillerschen Division seine Reserve entgegen, um die verlorenen Stellungen um jeden Preis wieder zu nehmen. Rozberiz wurde von den Östreichern wieder erobert. Auf den Höhen von Chlum erhielt Hiller Verstärkung an Artillerie und Infanterie. Die Vorhut der zweiten Garbedivision und des ersten Armeekorps (Bonin) rückten an. Eine volle Stunde tobte hier der Kampf mit furchtlicher Heftigkeit. Es war 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Der wackere General Hiller wurde durch eine Granate niedergestreckt, die Bataillone des ersten Armeekorps, welche soeben die Höhen von Chlum besetzt hatten,

schlugen den letzten Angriff der Östreicher zurück, stürmten, alles vor sich niederwerfend, Rozberitz, und zu gleicher Zeit hatte die Vorhut der zweiten Garbedivision auch die Höhen von Lipa erobert. Damit waren die Hauptstellungen in den Händen der Preußen.

Benedek gab den Befehl zum Rückzug; die ganze Kavallerie des Prinzen Friedrich Karl machte sich zur Verfolgung auf. Eine Brigade des Korps Mutius nahm die Dörfer Wsestar und Swietj und die dort aufgestellten Reservegeschütze, überschüttete von den dortigen Höhen aus die abziehenden Truppen mit Geschossen, ging über die Königgräzer Straße und bemächtigte sich der Dörfer Rosniz und Briza. Das 6. Korps machte in diesen Kämpfen reiche Beute: gegen 5000 Gefangene und 52 Geschütze. Um der Infanterie und Artillerie den Abzug zu erleichtern, stellte sich die österreichische Reserve-Kavallerie bei Strefetiz, südlich von Chlum, auf, konnte aber dem Anprall der preussischen Reiterei nicht widerstehen; die Artillerie, welche mehrmals Halt machte, unterhielt den Kampf bis gegen 7 Uhr. König Wilhelm selbst war am Walde von Charbusitz dem Granatfeuer ausgesetzt. Der Rückzug artete immer mehr in milde Flucht aus. Die einen retteten sich unter die Kanonen von Königgrätz, die anderen nach Pardubitz. Die österreichischen Verluste waren ungeheuer, gegen 24 000 Mann an Toten und Verwundeten, 19800 an Gefangenen, zudem 161 Kanonen, 5 Fahnen, Tausende von Gewehren und viele Hundert Wagen. Wie schwer der Kampf für die Preußen war, konnte man daraus sehen, daß dieselben 359 Offiziere und 8794 Mann an Toten und Verwundeten verloren, und zwar hatte die Erste Armee, welche den ganzen Vormittag dem überlegenen Artilleriefeuer des Feindes ausgesetzt war, fast doppelt so starke Verluste, als die beiden anderen zusammen. Von Geschützen hatten sie keines verloren. „Unsere Nordarmee existiert nicht mehr“, meldeten die österreichischen Zeitungen vom 4. Juli, nachdem noch am 3. Juli nachmittags 2 $\frac{1}{2}$  Uhr der Kommandant von Josephstadt ein Siegestelegramm nach Wien gesandt hatte.

Mit dem Tag von Königgrätz war der Feldzug entschieden. Die Nordarmee, welche in diesem achttägigen Kriege, vom 26. Juni bis 3. Juli, fast nichts als Unfälle erlitten hatte, war so tief erschüttert, daß der Kaiser von Osterreich keine Schlacht mehr mit ihr



wagen konnte, zumal einem Feinde gegenüber, der außer anderen Vorzügen nun auch den der Siegeszuversicht hatte und nach solchen Erfolgen jeder Aufgabe sich für gewachsen hielt. Durch Herbeiziehung des in Sachsen zurückgelassenen Mülbeschen Reservekorps wurden der preussischen Armee frische Kräfte zugeführt und dadurch die Lücken wieder ausgefüllt. Auf die Nachricht, daß Benedek seine ganze Armee nach dem festen Olmütz zurückgezogen (wohl in der Voraussetzung, daß die Preußen den Marsch nach Wien nicht wagen würden, wenn sie in der linken Flanke und im Rücken von einer zahlreichen Armee bedroht würden) und nur das Korps Gablenz und den größten Teil der Reiterei über Brünn direkt nach Wien geschickt hatte, beschloß König Wilhelm, daß der linke Flügel, die Armee des Kronprinzen, gegen Olmütz marschieren und den Feind dort festhalten, daß die Armee des Prinzen Friedrich Karl die mittlere Straße über Brünn-Nikolsburg, die Elbarmee den direkten Weg über Jglau-Znaim nach Wien einschlagen solle. Der Waffenstillstand, um welchen Gablenz, der im Auftrag Benedeks am 4. Juli und wieder am 10. Juli im Hauptquartier eintraf, bat, wurde begreiflicherweise nicht gewährt. Hatte doch der Mangel an einer energischen Verfolgung, wie sie Smeisenaue nach dem Sieg von Waterloo ausgeführt hat, der militärischen und politischen Ausbeutung des großen Sieges bereits Eintrag gethan; doch bezeichnet das Generallstabswerk eine stärkere Verfolgung als unthunlich bei der allgemeinen Erschöpfung der Truppen und bei der Notwendigkeit, die auseinander gerissenen Truppenverbände wiederherzustellen. Am 5. Juli traten die drei Armeen den Vormarsch an. Die böhmische Hauptstadt Prag wurde von den Östreichern geräumt, und am 8. Juli rückte General Rosenberg-Grusznitzky mit einer Division des Reservekorps dort ein.

In Wien erkannte man die Gefahr. Die Barvorräte der Bank wurden nach der ungarischen Festung Komorn geschafft. Trotz der Verschanzungen von Florisdorf, an welchen man nördlich von Wien mit angestrenghem Eifer arbeitete, machte man sich auf eine Einnahme der Stadt gefaßt. Um den Siegeszug der Feinde aufzuhalten, glaubte der Kaiser keinen geschickteren Schachzug thun zu können, als wenn er, wie dies am 5. Juli geschah, das im geheimen bereits abgetretene Venetien nun öffentlich an Napoleon abtrat und zur Herbeiführung des Friedens dessen Vermittlung sich

erbat. Der Zweck dieses Vorgehens war, durch die von Napoleon zu vollziehende Abtretung Venetiens an Italien, dieses von der Bundesgenossenschaft mit Preußen abzuziehen, die Sieger von Custoza zur Verteidigung Wiens nach der Donau zu berufen und gegen das isolierte Preußen unter günstigeren Verhältnissen einen neuen Feldzug zu beginnen. Napoleon und seine Staatsmänner waren, wie Staatsminister Rouher am 16. März 1867 im Gesetzgebenden Körper versicherte, „durch das unwahrscheinliche und unerwartete Ereignis des Sieges von Königgrätz mit patriotischer Angst erfüllt.“ Sie hatten sich in ihren Erwartungen über den Verlauf des Feldzugs vollständig verrechnet und die Leistungsfähigkeit der preussischen Armee allzusehr unterschätzt. Um so größer war ihre Bestürzung über den Sieg von Königgrätz, ihre Furcht vor den Folgen desselben. Napoleons Programm vom 11. Juni war bereits überholt. Denn es war klar, daß nicht Osterreichs, sondern Preußens Stellung in Deutschland von nun an eine „einflussreiche“ sein, und daß Preußens „Abrundung und Kraft im Norden“ über die Wünsche und vermeintlichen Interessen Frankreichs weit hinausgehen würden. Sein Bestreben war daher, den Siegeslauf Preußens möglichst zu zügeln, von den Früchten eines solchen Sieges ihm möglichst viele zu entziehen.

Dies wäre freilich durch ein militärisches Eingreifen am leichtesten zu erreichen gewesen. Aber eben dieses war Napoleon damals durchaus unmöglich. Denn mit der Wehrfähigkeit Frankreichs sah es infolge der mexikanischen Expedition sehr schlecht aus. Der damalige Kriegsminister Randon, welcher sich scheute, für Mexiko immer neue Kredite von der mit dieser Expedition so unzufriedenen Kammer zu verlangen, hatte nicht nur die Armee, sondern auch alle Reserven, Arsenale, Zeughäuser, Magazine so vollkommen herunterkommen lassen, daß am 3. Juli 1866 Frankreich unfähig war, auch nur 50 000 Mann kriegsmäßig auszurüsten. Ein solcher Zustand war zur Übernahme einer bewaffneten Vermittlung nicht angethan. Somit blieb Napoleon nur die bescheideneren und weniger einträgliche Rolle eines zudringlichen Mahners und Ratgebers übrig. Er suchte Italien durch die Anerbietung Venetiens von aller weiteren Kriegführung abzuziehen und jedenfalls, so wie auch Preußen, zu einem sofortigen Waffenstillstand zu bewegen. Aber weder Italien noch Preußen ging auf seine Vorschläge ein, und König Wilhelm

erklärte bestimmt, daß er den Bemühungen Napoleons, wenigstens einen Waffenstillstand herbeizuführen, gern entgegenkommen werde, sobald Franz Joseph sich zur Annahme der Hauptbedingungen herbeilasse. Inzwischen werde er sich in seiner militärischen Aktion nicht stören lassen. Dadurch war der österreichische Plan der Hauptsache nach vereitelt, Venetien verloren und in Deutschland nichts gewonnen. Denn die zwei Korps, welche Franz Joseph aus Italien, wo nur ein Korps im Festungsviereck zurückblieb, nach der Donau zog, waren im Verein mit der Benedek'schen Armee dem preußischen Heere nicht gewachsen, trafen auch erst zwischen dem 22. und 24. Juli sämtlich in der Nähe von Wien ein. Den Oberbefehl über alle österreichischen Heere übernahm am 18. Juli der aus Italien berufene Erzherzog Albrecht. Benedek war des Oberbefehls entsetzt, blieb aber vorläufig im Dienst. Die Generale Lam Gallas, Henikstein (Chef des Generalstabs) und Krizmanic (Generalquartiermeister) waren schon am 3. Juli, vor Beginn der Schlacht, ihrer Funktionen enthoben worden. Später wurden sie vor ein Kriegsgericht gestellt, aber freigesprochen.

König Wilhelm blieb bei der Armee des Prinzen Friedrich Karl. Dieser rückte am 12. Juli in Brünn ein, besetzte am 16. Lundenburg an der Thaya und machte sich dadurch zum Herrn der Eisenbahnen zwischen Olmütz und Wien. Das königliche Hauptquartier war am 18. Juli in Nikolsburg, 10 Meilen von Wien; die Vorposten wurden bis auf 4 Meilen von der Hauptstadt vorgeschoben. General Herwarth, welcher mit der Elbarmee den rechten Flügel bildete, war indessen über Jglau und Znaim marschiert, hatte am 14. Juli bei Jekelsdorf eine Reiterbrigade zurückgeworfen, am 16. Hollabrunn besetzt, und seine Vorposten standen noch drei Meilen von Wien. Zur Deckung der bedrohten Hauptstadt hielt Erzherzog Albrecht das Heranziehen der Nordarmee für unumgänglich nötig. Die Vereinigung der beiden Armeen zu verhindern, war die Aufgabe, welche Moltke sich stellte. Benedek hatte gleich nach seiner Ankunft bei Olmütz das 3. Armeekorps und das sächsische Korps vermittelst der Eisenbahn nach Wien abgehen lassen und behielt in seinem verschanzten Lager noch 5 Infanteriekorps und eine Reiterdivision. Mit diesen wollte er die Armee des Kronprinzen bei Olmütz festhalten. Aber er erhielt am 12. und 13. Juli den dringendsten Befehl von Albrecht, mit sämtlichen Truppen so-

gleich nach Wien aufzubrechen. Da die direkte Linie über Brünn und Nikolsburg bereits verlegt war, so mußte er die Eisenbahnlinie Olmütz-Preßburg benutzen. Aber auch diese war schon am 16. Juli von der Vorhut des Prinzen Friedrich Karl bei Lundenburg besetzt, daher benedek die Eisenbahn nur zum Teil benutzen konnte, das Marchthal verlassen, die Kleinen Karpaten übersteigen und vom Waagthal aus nach Preßburg ziehen mußte, wo er mit dem größten Teil seiner Truppen am 26. Juli, das 2. Korps (Thun) schon am 22., anlangte. Um über Benedeks Abmarsch von Olmütz sichere Nachrichten zu erhalten und ihm möglichst viel Abbruch zu thun, schickte der Kronprinz am 15. Juli eine Reiterdivision und eine Infanteriebrigade ab. Diese drängten bei Töbitzschau und Rosenitz ein feindliches Korps zurück, machten über 600 Gefangene und nahmen 18 Geschütze; aber der Kronprinz konnte mit der Infanterie den Marsch des Feindes, der bereits einen bedeutenden Vorsprung hatte, nicht mehr aufhalten. Daher ließ derselbe zur Beobachtung der Festung Olmütz das Korps Bonin, bald darauf nur eine Division desselben stehen, rückte gleichfalls gegen Süden vor und vereinigte sich am 19. Juli bei Nikolsburg und Lundenburg mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl, die Reserve derselben bildend.

Die ganze preußische Armee war nun wieder beisammen; ihr äußerster linker Flügel stand noch einen halben Tagmarsch von Preßburg, der äußerste rechte bei Krems, wo die Östreicher die Donaubrücke gesprengt hatten. Durch Heranziehen von Reservetruppen war sie auf 240 000 Mann gebracht. Der Spiegel der Donau, die Thürme von Wien und Preßburg lagen vor ihnen, ihre vordersten Truppen sahen nachts die erleuchteten Fenster der Häuser Wiens; trotz Cholera und Strapazen brannten alle vor Begierde, Wien zu erstürmen, in Wien einzuziehen. Am 20. Juli stand die Vorhut noch  $1\frac{1}{2}$  Meilen von den Florisdorfer Schanzen. Noch ein rascher Stoß in den nächsten 2 Tagen, und Wien war gefallen. Vor der Hauptstadt standen höchstens 130 000 Mann zu ihrer Deckung bereit; weitere 110 000 Mann, von der Nordarmee, vereinigten sich zwischen dem 22. und 26. Juli bei Preßburg. Dahin schickte Prinz Friedrich Karl den General Franzseck am 21. Juli mit 2 Divisionen Infanterie und einer Reiterdivision. Dieser stieß am 22. Juli auf das eben angelangte Korps Thun

und die bei Blumenau aufgestellte Brigade Mondl, ließ dieselbe durch die Brigade Bose umgehen, hielt in der Front, besonders durch Artillerie, das Gefecht eine Zeit lang hin, ging gegen elf Uhr zum Angriff über und brachte den feindlichen linken Flügel zum Weichen. Es war zwölf Uhr, als er von Bose die Meldung erhielt, daß die Umgehung vollkommen geglückt sei, daß er einige Bataillone des Thunischen Korps geworfen habe und bereits bei der Jägermühle, an der Straße zwischen Preßburg und Blumenau, stehe. Die Vernichtung der Brigade Mondl und der zerstreuten und ermatteten Truppen des Thunischen Korps und ebendamit die Einnahme Preßburgs, wo nur zwei österreichische Brigaden standen, waren die sichere Beute dieses Tages. Aber um die nämliche Stunde kam ein feindlicher Parlamentär zu Franscky und teilte ihm mit, daß zwischen Osterreich und Preußen eine fünf-tägige Waffenruhe ausgemacht sei, daß diese am 22. Juli mittags 12 Uhr zu beginnen habe, also alle Feindseligkeiten von dieser Stunde an einzustellen seien. General Bose nahm sich die Genugthuung, daß er in seiner Stellung bei der Jägermühle 24 Stunden lang bivouakierte und die nach Preßburg zurückziehenden Truppen Mondls alle an seiner Front vorbei marschieren ließ, um ihnen damit zu zeigen, wie sehr er den Sieg schon in seinen Händen gehabt habe. Mit diesem Gefecht bei Blumenau war der Krieg zwischen Preußen und Osterreich zu Ende. Es begannen die Tage der Diplomatie.

Napoleon lag alles daran, den Einmarsch der Preußen in Wien zu verhindern und den Ruhm des „großen Oheims“ nicht verdunkeln zu lassen. Seine Diplomatie war in atemloser Thätigkeit. Der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, traf auf seinen Befehl am 12. Juli im preußischen Hauptquartier ein, der Herzog von Gramont war in Wien thätig; jener sollte von zu großen Forderungen abmahnen, dieser zu weiteren Zugeständnissen zu reden. Bismarck war die diplomatische Intervention Frankreichs so unangenehm, daß er, um derselben die weitere Mühe zu ersparen, durch Vermittlung des Bürgermeisters Giska von Brünn dem Wiener Kabinett direkte Eröffnungen machte. Aber der Unterhändler wurde in Wien so lange hingehalten, daß er bei seiner Rückkehr nach Nikolsburg die französische Intervention bereits als Thatsache vorfand. Am 14. Juli machte Napoleon beiden Kabinetten sechs Vorschläge, welche zwar die Grundlagen der späteren

Friedenspräliminarien bildeten, aber durch den Grafen Bismarck eine für Preußen weit günstigere Redaktion erfuhren. Es lag im Interesse Preußens, die Verhandlungen hinzuziehen, um die militärischen Erfolge der nächsten Tage noch in die Waagschale werfen zu können. Der König von Preußen forderte als erste Bedingung den Austritt Osterreichs aus dem Deutschen Bund, Errichtung eines Bundesstaates auf nationaler Grundlage und unter Preußens Führung, territoriale Vergrößerung Preußens zum Zweck einer für dieses günstigeren Länderarrondierung. Bevor diese Bedingungen von Osterreich zugestanden seien, erklärte er, könne von Waffenstillstand und Friedensverhandlungen keine Rede sein. Dem König lag der Gebietszuwachs, dem Grafen Bismarck die Konstituierung des neuen Bundes mehr am Herzen. Die Standpunkte Beider ließen sich verschmelzen. Napoleon blieb, wenn er nicht Krieg mit Preußen, beziehungsweise mit Deutschland anfangen wollte, nichts anderes übrig, als seine Zustimmung zu dem preußischen Programm zu geben, zumal auch Frankfurt von den Preußen schon besetzt war. Eine Gebietsabtretung wurde Osterreich nicht zugemutet, nur daß es, wozu es sich ja schon längst entschlossen hatte, Venetien an Italien abtreten sollte. Das Ausscheiden aus Deutschland war für Osterreich ein schweres Opfer, besonders für die habsburgische Dynastie. Nur unter dem Druck der eisernen Notwendigkeit fügte sich Franz Joseph dieser Forderung. Am 20. und 21. Juli begannen Unterhandlungen, um nach Vereinbarung der wichtigsten Punkte wenigstens eine vorläufige Waffenruhe herbeizuführen. Dieselbe begann, wie schon angeführt, am 22. Juli mittags 12 Uhr und sollte 5 Tage dauern. In dieser Zeit wurde in dem Hauptquartier des Königs von Preußen, in Nikolsburg, von den österreichischen Grafen Karolgi und Degenfeld und dem Baron Brenner mit den preußischen Bevollmächtigten, Bismarck und Moltke, über die Friedenspräliminarien und den Waffenstillstand unterhandelt, während zugleich, für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen, die Vorbereitungen für den Angriff auf die Florisdorfer Verschanzungen und für einen Donauübergang fortgesetzt wurden. Am 26. Juli wurden von Preußen und Osterreich der Waffenstillstandsvertrag und die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Wegen der Verständigung mit Italien wurde die Waffenruhe bis zum 2. August verlängert, von welchem Tag an der vierwöchige Waffenstillstand eintreten sollte. Auch mit

Bayern wurde am 28. Juli ein dreiwöchiger Waffenstillstand abgeschlossen, der am 2. August beginnen sollte, und General v. Manteuffel, Oberbefehlshaber der Mainarmee, beauftragt, mit Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt einen am 2. August beginnenden Waffenstillstand auf der Grundlage des militärischen Bestandes abzuschließen, sobald diese Staaten es beantragen würden.

In den Präliminarien von Nikolsburg erkannte Franz Joseph die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und gab seine Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Beteiligung Oesterreichs. Ebenso versprach er in Artikel 4, „das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt.“ Seine Rechte auf die Elbherzogtümer trat er an den König von Preußen ab (die nördlichen Distrikte von Schleswig sollten nach Artikel 5 durch freie Abstimmung sich entscheiden dürfen, ob sie wieder mit Dänemark vereinigt werden wollten), zahlte 20 Millionen Thaler Kriegskosten, erkannte die Territorialveränderungen in Norddeutschland an, wogegen Preußen den Territorialbestand Sachsens unangefochten ließ und dessen Stellung im Norddeutschen Bund durch einen Friedensvertrag zu ordnen versprach. Auch nahm Preußen es auf sich, den König von Italien zur Anerkennung des Waffenstillstandes und der Präliminarien zu bestimmen, sobald Venetien durch eine Erklärung Napoleons diesem übergeben sei. Bis zum definitiven Frieden hielten die preussischen Truppen, wie gleichfalls bestimmt war, fast ganz Böhmen und Mähren besetzt. Am 23. August wurde der Friede zu Prag geschlossen, welcher die Nikolsburger Bestimmungen bestätigte. Auf den Wunsch Napoleons wurden dem Artikel 4, welcher von dem Verein von dem süddeutschen Staaten handelte, noch die Schlußworte hinzugefügt: „und der eine internationale, unabhängige Existenz haben wird.“ Nicht im österreichischen, sondern im französischen Interesse wollte Napoleon diese Mainlinie gezogen sehen und den südlich davon gelegenen Staaten (Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt) eine selbst-

ständige Stellung geben. Er hoffte dadurch wenigstens einiges noch von seinem Programm vom 11. Juni zu retten. Diese süd-deutschen Staaten sollten, wie im Jahre 1806, ihren Protetktor in dem französischen Kaiser finden und in politischer und militärischer Beziehung dem erstarrten Preußen gegenüber die Bundesgenossen Frankreichs werden. Doch damit war Napoleon noch nicht zufrieden. Sein Gesandter, Graf Benedetti, welchen Bismarck von den Konferenzen mit den österreichischen Bevollmächtigten in Nikolsburg fern zu halten mußte, erfuhr von jenem erst am 26. Juli, daß die Präliminarien abgeschlossen seien, und auf seine Frage, was für Kompensationen auf dem linken Rheinufer Frankreich zu erwarten habe, erhielt er die Antwort, der König werde nach einem so glänzenden Feldzuge zur Abtretung rheinischer Gebiete nicht wohl zu vermögen sein. Benedetti meldete dies dem Kaiser Napoleon und erhielt von diesem aus Vichy am 5. August einen Vertragsentwurf, wonach Frankreich von Preußen die Grenzen von 1814, Rheinbayern und Rheinheffen nebst der Festung Mainz, Auflösung des zwischen dem Deutschen Bund und Luxemburg bestehenden Verhältnisses und Aufhebung des preussischen Garnisonsrechtes in der Festung Luxemburg forderte. Benedetti schickte diesen Entwurf am 5. August dem Grafen Bismarck, welcher zugleich mit dem König am 4. wieder in Berlin eingetroffen war, zu und hatte am 6. eine Unterredung mit demselben. Dabei erklärte er, daß, falls diese Forderungen nicht angenommen würden, Frankreich den Krieg erklären würde, und daß er selbst den Kaiser in der Aufrechthaltung dieser Bedingungen bestärken müßte, da die Dynastie verloren wäre, wenn sie jene Kompensationen nicht durchsetzen könnte. Die Antwort Bismarcks lautete ganz einfach: „Gut, dann ist Krieg!“ Mit diesem Bescheid reiste Benedetti nach Paris. Dort besann man sich doch noch einmal, ob man durch eine Kriegserklärung die soeben mit Mühe errungene Mainlinie wieder preisgeben und selbst zu Deutschlands Einigung beitragen solle. Man ließ also Bismarck sagen, der Abtretungsvertrag und die Kriegsdrohung seien dem Kaiser während einer Krankheit entrisen worden, und der Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuys, wurde entlassen. Vom linken Rheinufer war nun keine Rede mehr. Man richtete seine Blicke nach Luxemburg und nach Belgien.



Indessen hatten die Italiener wieder die Offensive ergriffen. Sie hatten sich bei den diplomatischen Unterhandlungen vom 5. Juli und den folgenden Tagen durchaus korrekt benommen; aber auf militärischem Gebiet ging es auch jetzt nicht vorwärts, auch jetzt wurden keine wesentlichen Erfolge errungen. Sie hielten viel auf ihre in den letzten Jahren ziemlich vermehrte Flotte und nahmen es als gewiß an, daß beim nächsten Zusammentreffen die österreichische von derselben vernichtet werde. Am 17. Juli segelte Admiral Persano mit 23 Schiffen, darunter 10 Panzerschiffen, und 2200 Landungstruppen aus dem Hafen von Ancona, um sich der für jene Gemässer so wichtigen Insel Lissa zu bemächtigen. Die Beschießung der Forts begann am 19., und Persano war am 20. eben im Begriff, seine Truppen landen zu lassen, als der durch das Treffen bei Helgoland bekannte österreichische Kontreadmiral Tegetthoff mit 22 Schiffen, darunter nur 7 Panzerfregatten, herbeieilte und in dem Seetreffen bei Lissa am 20. Juli in einem heftigen vierstündigen Kampfe die größere Manövrierfähigkeit der österreichischen Marine aufs glänzendste zeigte. Das größte italienische Panzerschiff „König von Italien“ wurde von dem gepanzerten Widdergeschiff „Erzherzog Max“ in den Grund gehohrt, und das Panzerkanonenboot „Palestro“ in Brand geschossen und in die Luft gesprengt, während das österreichische ungepanzerte Linieneschiff „Kaiser“ durch sein treffliches Feuern alle Angriffe der italienischen Panzerschiffe zurückschlug. Persano mußte sich nach Ancona zurückziehen und wurde später vor ein Kriegsgericht gestellt, in welchem er die Schuld auf die Marineverwaltung schob, welche die Flotte schlecht ausgerüstet und ihn wider seinen Willen zum Kampfe gedrängt habe. Er wurde jedoch für schuldig erkannt.

Der Landkrieg bot Italien, nachdem Oestreich zwei Armeekorps an die Donau gezogen hatte, keine großen Schwierigkeiten mehr dar. Die Östreicher räumten das ebene Land und hielten sich mit einem Armeekorps im Festungsviereck, welches Lamarmora mit mehreren Divisionen beobachtete. Daher war der Marsch Cialdinis vom untern Po über die Etsch, Brenta, Tagliamento nichts weiter als ein militärischer Spaziergang. Die einzige Waffenthat war die Einnahme des wichtigen Brückenkopfes am Po, Borgoforte, dessen Werke von der italienischen Artillerie so zugerichtet wurden, daß die Besatzung am 17. Juli den Platz räumte und

sich nach Mantua zurückzog. Auch Garibaldi leistete mit seinen Freiwilligen weniger, als man erwartet hatte. Er drang in das westlich vom Gardasee gelegene Judicarienthal in Tirol ein, konnte aber, zumal ihn auch seine Wunde, die er in einem Gefecht am 3. Juli erhalten hatte, hinderte, gegen die gelübten Tiroler Schützen nichts ausrichten. Der Kampf hielt sich hier Wochen lang in kleineren Gefechten hin. Er schien für Garibaldi eine günstigere Wendung zu nehmen, als der von Cialdini mit einer Division gegen Trient abgeschickte General Medici nach einigen glücklichen Gefechten am 24. Juli bis auf 2 Meilen von dieser Stadt vordrang. Aber die in Nikolsburg vereinbarte Waffenruhe machte auch hier den Feindseligkeiten ein Ende. Sie wurde in Italien am 25. Juli verkündigt. Als aber Viktor Emanuel erklärte, daß er außer Venetien auch das italienisch redende Südtirol beanspruche, schien der Krieg hier aufs neue aufzublühen zu wollen. Osterreich erwiderte, daß es von Südtirol kein Dorf hergebe. Auch Preußen, welches in dem Bündnis nur für Venetien eingetreten war, wollte seinem Alliierten nicht zu diesem neuen Besitztum verhelfen; Napoleon wünschte ohnedies das junge Königreich in einiger Bescheidenheit zu erhalten. Die Sache wurde bedenklich, als Osterreich, an der Donau nun frei, große Truppenmassen nach Italien sandte, eine starke Armee am Isonzo, eine Reserve bei Villach versammelte. Viktor Emanuel lief Gefahr, allein den Kampf mit Osterreich aufnehmen zu müssen. Was dies für ihn bedeute, wußte er. So zog er, den Ratschlägen Napoleons und König Wilhelms nachgebend, das Gewisse dem Ungewissen vor, gab seine Ansprüche auf und schloß am 11. August einen vierwöchigen Waffenstillstand mit Osterreich, welchem sofort die Räumung von ganz Südtirol folgte. Am 3. Oktober wurde zwischen Osterreich und Italien der Friede in Wien unterzeichnet. Osterreich lieferte jetzt erst die Eiserne Krone der Lombardei an Italien aus. Doch mußte sich Italien gefallen lassen, daß es Venetien aus der Hand Frankreichs und erst nach erfolgter Volksabstimmung erhielt. Vom 9. Oktober an verließen die österreichischen Truppen das Festungsviereck, räumten am 16. Venedig, am 18. übergab der von Napoleon hiezu abgefandte General Leboeuf die Stadt im Namen des Kaisers einer Kommission des Gemeinderats, und die italienischen Truppen hielten ihren Einzug.

Die Volksabstimmung über die Vereinigung Venetiens mit dem Königreich Italien fand am 21. und 22. Oktober statt und lieferte das Ergebnis, daß 651758 mit Ja, nur 69 mit Nein stimmten. Dieses Ergebnis wurde von einer venetianischen Abordnung am 4. November dem König in Turin mitgeteilt, worauf er unter anderem erwiderte: „Heute hat die Fremdherrschaft aufgehört. Italien ist gemacht, aber noch nicht vollendet. Die Italiener müssen es verteidigen und groß machen.“ Darauf unterzeichnete er das Annerionsdekret, und am 7. November hielt er unter dem unendlichen Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in Venedig. Der Traum der alten Karbonari von einem einheitlichen Italien war damit größtenteils in Erfüllung gegangen. Das isolierte Rom konnte trotz aller Verträge dem Zuge des Jahrhunderts, welches die Zusammenfassung gleichartiger Bestandteile fordert, nicht mehr lange widerstehen. Italien aber hatte sich bei den Siegern von Königgrätz zu bedanken, daß es, ohne eine Schlacht gewonnen zu haben, nach zwei vollständigen Niederlagen, bei Custozza und bei Lissa, eine Provinz gewonnen hatte. Die Kriegsgeschichte weiß kein zweites Beispiel für ein solches Glück im Unglück.

In Böhmen und in Italien hatte der Krieg bereits ein Ende genommen, als er am Main erst recht anfang. Dort stand östlich bei Bamberg die bayrische Armee, anfangs 40 000 Mann mit 136 Geschützen, unter dem 71jährigen Prinzen Karl, welcher noch nie ein Feldherrnamt bekleidet hatte, westlich das achte Bundesarmee-korps, anfangs 46 000 Mann mit 134 Geschützen, unter Prinz Alexander von Hessen bei Frankfurt, welcher bei seinen unter 6 Kriegsherrn stehenden Truppen, deren Führer teils ihm, teils gegenseitig sich selbst ganz unbekannt waren, eine sehr schwierige Aufgabe hatte. Dieses Korps bestand aus 14 000 Württembergern unter General Hardegg, 10 000 Badenern unter Prinz Wilhelm von Baden und 9000 Hessen-Darmstädtern unter General v. Perglas, wozu später noch 8000 Kurhessen, 4000 Nassauer und 12 000 Östreicher unter General Meipperg kamen, von welchen übrigens die Kurhessen wegen schlechter Vorbereitung und Ausrüstung nach Mainz geschickt wurden, so daß diese Armee, soweit sie sich am offenen Kampfe beteiligte, später auf etwa 50 000 Mann zu schätzen war. Sie stand zunächst nördlich von Frankfurt, um diese Stadt und die Bundesversammlung gegen jeden Überfall zu decken, zog gegen

Norden und besetzte auf ein paar Tage Gießen und die preussische Stadt Wehlar. Als Ersatz für die von Preußen besetzten Bundesländer nahm, nach einem Bundesbeschluss vom 25. Juni, ein Bataillon Württemberger, welches am 26. Juni in Hohenzollern einrückte, das Land in Bundesverwaltung.

Beiden Armeen gegenüber stand der oben genannte General Vogel von Falckenstein mit den drei Divisionen Göben, Beyer und Manteuffel, anfangs gegen 45 000 Mann, worunter 3000 Sachsen-Koburger und Lippe-Dehmolder, mit 97 Geschützen. Obgleich diese „Mainarmee“ nicht stärker war als jede der zwei süddeutschen Armeen, so beschloß doch ihr energischer Anführer, die Offensive zu ergreifen. Sein nächster Plan war, die Vereinigung der beiden Armeen zu hindern und eine nach der andern über den Main zurückzudrängen. Bei Eisenach hatte er nach der Kapitulation der Hannoveraner seine Armee versammelt und marschierte am 1. Juli auf der Straße nach Fulda. Die Bayern waren in den letzten Tagen bis Meiningen vorgerückt, um den Hannoveranern Hilfe zu bringen, wandten sich aber, da sie am 30. Juni die Kapitulation derselben erfuhren, westlich und suchten sich mit dem 8. Armeekorps zu vereinigen. Auf diesem Marsche mußten sie auf die Mainarmee stoßen und wurden von der Division Göben am 4. Juli in mehreren Gefechten, bei Dermbach, Reidhardhausen, Zella, Wiesenthal, zurückgedrängt. Bei Hünfeld suchte ihre Reiterei nach ein paar Kanonenschüssen in wilder Flucht sich zu retten. Die beiden Korps, welche darauf angewiesen waren, nach einem gemeinsamen Plane zu handeln und nur mit vereinigten Kräften den Kampf aufzunehmen, blieben zu ihrem großen Schaden getrennt. Weber bei Fulda, noch bei Schlüchtern fand die beschlossene Vereinigung statt, und als vollends die Nachricht von der Niederlage bei Königgrätz einlief, zog sich Prinz Alexander nach Frankfurt zurück und überließ die Bayern den Angriffen der Mainarmee. Die Bayern zogen sich an die fränkische Saale zurück, Falckenstein folgte ihnen, überschritt am 9. Juli bei Brückenau die bayrische Grenze und erzwang am 10. in mehreren Gefechten den Übergang über die Saale. Die Division Göben hatte bei Kissingen einen harten Kampf zu bestehen, Manteuffel griff nördlich bei Hausen und Waldbaschach, Beyer südlich bei Hammelburg an. Auf allen Punkten wurden die Bayern zurückgeworfen, mußten die Saale-

Linie den Preußen überlassen und überschritten am 11. Juli bei Schweinfurt den Main. Rasch wandte sich Falkenstein westlich gegen das 8. Armeekorps, schickte die Division Beyer nach dem Kinzigthale und gegen Hanau und zog mit der Division Göben, welcher Manteuffel als Reserve folgte, über den Spessart gegen Aschaffenburg. Gelang dies, so war die Mainlinie und Frankfurt verloren. Die Gefahr erkennend, schickte Prinz Alexander am 12. die hessen-darmstädtischen Truppen vermittelt der Eisenbahn von Frankfurt nach Aschaffenburg, um den dortigen Mainübergang zu sichern. Aber dieselben wurden am 13. bei Laufach und Frohnhofen von Göben zurückgeworfen und zogen sich nach Aschaffenburg zurück. Dort waren die versprochenen Verstärkungen, östreichische Truppen unter dem Befehl des Grafen Neipperg, am Abend des 13. eingetroffen. Göben griff sie am 14. an, schlug sie bis dicht vor Aschaffenburg zurück, erstürmte den Eisenbahnhof, drang in die Stadt ein und besetzte die Mainbrücke. 1700 Gefangene fielen in seine Hände. Prinz Alexander gab nun seine Stellung bei Frankfurt preis, räumte Hanau und Frankfurt und ging am 14. Juli mit seiner ganzen Armee über den Main nach dem Obenwald, um nach Würzburg zu gelangen und sich dort mit dem Prinzen Karl zu vereinigen.

Die Bundesversammlung und die ihr beigegebene Militärkommission hatten indessen 180 000 fl. auf Errichtung von Schanzen in der Nähe von Frankfurt verwandt, die deutschen Farben hervorgeholt, eine schwarzrotgoldene Fahne auf dem Bundespalast aufgepflanzt, Landwehren und Freischaren aufgeboden und in den Stunden der Gefahr mit staunenswerter Ungebuld Armeen aus dem Boden zu stampfen gesucht. Es war zu spät. Sie mußte im Vorgefühl ihrer Todesstunde am 14. Juli Frankfurt verlassen und siedelte nach Augsburg in den durch seine feinen Weine bekannten Gasthof „Zu den drei Mohren“ über.

Sofort rückte Falkenstein am 16. Juli mit der Division Göben vor, zog abends in Frankfurt ein, nahm von dieser Stadt, von Oberhessen und Nassau im Namen seines Königs Besitz und konnte diesem melden: „Die Länder nördlich des Mains liegen jetzt zu Ew. Königlichen Majestät Füßen.“ Nassau war bereits auf Befehl des Fürsten von Hohenzollern, Militärgouverneurs in den Rheinlanden und in Westfalen, von 4000 Mann unter

General v. Röder besetzt worden. Der Stadt Frankfurt wurde wegen allzustarker Sympathie für Oestreich eine Kontribution von 6 Millionen Gulden auferlegt. Falkenstein, welcher in 16 Tagen von Eisenach bis Frankfurt sein Heer von Sieg zu Sieg geführt hatte, erhielt am 17. Juli den vom 12. Juli datierten Befehl, das Kommando über die Mainarmee an Manteuffel zu übergeben und die Stelle eines Gouverneurs von Böhmen zu übernehmen.

Manteuffel ließ nach der Besetzung Frankfurts seine Truppen fünf Tage lang rasten, verstärkte sich durch die oldenburg-hanseatische Brigade und ein schwarzburgisches Bataillon (Oldenburger, Ham-burger, Lübecker, Bremenser, Waldecker, Sondershauser) und neu formierte preussische Bataillone und brachte so seine Armee auf 60000 Mann, wovon er 10000 unter General Röder in und bei Frankfurt zurückließ, mit etwa 50000 Mann und 121 Geschützen die Operationen gegen die süddeutschen Heere wieder aufnahm, die zusammen mehr als 80000 Mann mit 286 Geschützen hatten. General Göben marschierte am 20. Juli nach Darmstadt und von dort über den Odenwald gegen die Tauber; General Flies, welcher, nachdem Manteuffel den Oberbefehl übernommen hatte, dessen bis-herige Division befehligte, zog von Aschaffenburg auf dem linken Mainufer bis Miltenberg, während die Division Beyer ihm als Reserve folgte. Auf die Nachricht, daß die süddeutschen Truppen hinter die Tauber zurückgegangen seien und auf dem linken Ufer derselben nur einzelne Posten zurückgelassen hätten, wandte sich Man-teuffel von Miltenberg aus links und lieferte vom 23. bis 26. Juli dem Feinde mehrere Gefechte. General Flies schlug am 23. die Badener bei Hundheim, westlich von der Tauber, zurück, worauf Prinz Alexander am Vormittag des 24. Juli seine sämtlichen Truppen hinter die Tauber zurückzog. Daher beschloß Manteuffel, sich am nämlichen Tage der Übergänge über den Fluß bei Wert-heim, Werbach und Bischofsheim zu bemächtigen. General Flies fand bei Wertheim, daß von den Hessen besetzt gewesen war, keinen Feind mehr, während Göben die Badener bei Werbach und die Württemberger bei Tauberbischofsheim zurückdrängte. Die letzteren griffen die Stadt mehrmals an, wurden aber, da sie immer nur bataillonsweise, nicht mit großen Massen vorgingen, von den Preußen jedesmal zurückgewiesen. Das achte Armeekorps zog darauf gegen Würzburg, nahm in der Mitte des Weges auf der Höhe von

Gerschheim Stellung und hatte als linken Flügel bei Helmstadt und Üttingen die bayrische Armee. Endlich, nachdem man fast fünf Wochen einander nicht gefunden hatte, fand noch in den letzten Auftritten dieses militärischen Dramas die längst vermiste Vereinigung des 7. und 8. Bundesarmeekorps statt. Aber zu helfen war nicht mehr viel. Die Führung hatte sich von Anfang an zu schwach gezeigt, das pünktliche und gehorsame Zueinandergreifen der einzelnen Truppenteile fehlte vollständig, und so wurde aus dem Feldzug nach dem Volkswitz ein „Fehlzug“. Manteuffel rückte nach, schlug am 25. Juli das 8. Armeekorps (Östreicher, Nassauer, Badener und Württemberger) bei Gerschheim durch die Division Göben und den linken Flügel der bayrischen Armee bei Helmstadt durch die Division Beyer. Die Division Fließ, durch die Division Beyer unterstützt, warf am 26. nach hartnäckigem und blutigem Kampfe die Bayern bei Üttingen und Kofsbunn, worauf das 7. und 8. Armeekorps bei Würzburg über den Main gingen, sich auf dem rechten Ufer bei Rottendorf und Kizingen aufstellten, Würzburg und die auf dem linken Mainufer gelegene Festung Marienberg besetzt hielten. Am 27. Juli stand die Mainarmee vor Würzburg und beschloß die Festung. Unterhandlungen wegen ihrer Übergabe wurden angeknüpft. Da kam die Nachricht von dem Abschluß eines Waffenstillstandes.

Inzwischen war am 3. Juli auf Befehl des Königs von Preußen ein zweites Reservekorps, 25 000 Mann stark, gebildet und der Oberbefehl über dasselbe dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin übertragen worden. Derselbe hatte am 20. Juli Leipzig verlassen und am 23. die bayrische Stadt Hof erreicht. Diesem Heere konnte Bayern nur 4 schlecht ausgerüstete Reservebataillone entgegenstellen. So machte der Großherzog, wie Cialdini in Venetien, einen militärischen Spaziergang, rückte am 28. Juli in Baireuth ein, zersprengte am 29. bei Seubottenreut ein feindliches Bataillon und besetzte am 31. Nürnberg.

Die Lage der süddeutschen Staaten war eine verzweifelte. Von Böhmen rückte General Mülbe mit einer preussischen Division gegen Amberg heran, von Sachsen zogen anhaltische und braunschweigische Truppen zur Verstärkung des Reservekorps nach, und dieses und die Mainarmee standen im Herzen Bayerns. Das 7. und 8. Armeekorps, welche auf dem rechten Mainufer standen, waren von der

Heimat abgeschnitten und konnten nur durch einen glänzenden Sieg, wozu sie mehr Lust als Anlage hatten, den Weg in die Heimat sich bahnen. Die Hauptstädte lagen dem Feinde offen; bereits wurden Kostbarkeiten, Rassen und Wertpapiere über den Bodensee geschafft, und manch kühnes Haupt, das eine zu spizige Feder geführt hatte, fand eine Luftkur am See oder in den Alpen für seine angegriffene Gesundheit absolut notwendig. Nach dem Abschluß der Präliminarien von Nikolsburg war weiterer Widerstand ganz unmöglich. Alles rief nach Frieden, nach Abberufung der Truppen. Von Nikolsburg traf beim Prinzen Karl am 27. Juli ein Telegramm des Herrn v. d. Pfordten ein, das von Waffenruhe bis zum Beginn des Waffenstillstandes sprach. Sogleich wurden Verhandlungen mit Manteuffel eingeleitet, welche, da dieser ohne Instruktion war, zu keinem bestimmten Ergebnis führten. Thatsache war, daß von einer Waffenruhe bis zum 2. August gar keine Rede war, sondern, wie schon erwähnt, am 28. Juli zwischen dem Grafen Bismarck und von der Pfordten eine Konvention abgeschlossen wurde, wonach vom 2. August an zwischen Preußen und Bayern und, falls darum nachgesucht würde, auch zwischen Preußen und den drei Staaten des 8. Armeekorps ein dreiwöchiger Waffenstillstand stattfand, welchem Friedensverhandlungen in Berlin nachfolgen sollten. Doch ließ Manteuffel zunächst tatsächliche Waffenruhe eintreten und schloß am 31. Juli mit dem Prinzen Karl von Bayern einen Waffenstillstandsvertrag ab, wonach die Preußen am 2. August Würzburg besetzten, die Bayern in Marienberg blieben. Inzwischen wurde möglichst viel feindliches Gebiet besetzt: in Hessen Darmstadt, in Baden Mannheim und Heidelberg, in Württemberg Mergentheim und das fränkische Gebiet. Am 2. August begann der Waffenstillstand für Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, nachdem jeder einzelne Staat für sich in dem Hauptquartier Manteuffels hatte unterhandeln lassen, und Baden, wo bereits ein vollständiger Systemwechsel vorgegangen, Edelsheim entlassen und Mathy zum Staatsminister ernannt worden war, seine Truppen schon am 29. Juli heimberufen hatte. Die württembergischen Truppen mußten Hohenzollern räumen und beschädigtes Staats- und Privateigentum vollständig wiederherstellen. Bis zum Friedensschluß blieb Hessen-Darmstadt ganz, von den drei anderen Staaten die nördlichen Gebietsteile von den Preußen besetzt, was



auf Kosten des Landes ging. Um dieser Quartierkosten möglichst bald enthoben zu sein, beeilten sich die süddeutschen Staaten, ihren definitiven Frieden mit Preußen zu schließen. Sie hatten die Bestimmungen des Nikolsburger Vertrags anzuerkennen und für ihr kriegerisches Auftreten noch besondere Leistungen zu übernehmen. Der Zollverein blieb zwar bestehen, jedoch mit der Bedingung einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist, wodurch Preußen den süddeutschen Staaten gegenüber ein starkes Pressionsmittel in Händen hatte. Württemberg und Baden, welche am 13. und 17. August ihren Frieden in Berlin schlossen, verloren nichts von ihrem Gebiet; jenes hatte 8, dieses 6 Millionen Gulden Kriegskosten zu bezahlen. Hessen-Darmstadt, das am 3. September Frieden schloß, hatte 3 Millionen Gulden zu zahlen, Hessen-Homburg, Meisenheim und einige Teile Oberhessens an Preußen abzutreten, das Besatzungsrecht in der früheren Bundesfestung Mainz ausschließlich Preußen zu überlassen und zuzugeben, daß die Provinz Oberhessen, welchem die Annerion zugebacht war, dem norddeutschen Bunde beitrete. Bayern war anfangs eine starke Rechnung zugebacht, gegen welche die Olmüzer Konvention nicht hätte schützen können. Denn trotz derselben sah es sich bei den Verhandlungen in Nikolsburg von Osterreich vollständig verlassen, und es mußte sogar von Osterreich den Vorwurf hören, daß es dasselbe im Stich gelassen habe. Graf Bismarck sprach in Nikolsburg von 20 Millionen Thalern und von Abtretung eines Gebiets mit wenigstens 500 000 Seelen in der nördlichen Rheinpfalz und in Franken, und erinnerte Herrn von der Pfordten, daß Ansbach und Baireuth noch zu Anfang dieses Jahrhunderts preussische Besitzungen gewesen seien. Darüber erschrak dieser so sehr, daß er, wie auch Hessen-Darmstadt, sich an Napoleon wandte, um denselben für die zu eröffnenden Unterhandlungen um seine Unterstützung anzufragen.

Diesem kam eine solche Aufforderung zur Fürsprache sehr gelegen, und er wies Benedetti an, in Berlin für die 2 Südstaaten Schritte zu thun. Aber Bismarck machte Herrn von der Pfordten darauf aufmerksam, daß dessen französischer Fürsprecher, ohne mit Bayern Krieg geführt zu haben, die ganze Rheinpfalz beansprucht habe. Um die Beziehungen, in welchen unseligerweise Bayern seit Jahrhunderten zu Frankreich stand, zu lockern und durch Bande der Dankbarkeit Bayern an Preußen zu fesseln, stand Bismarck

von seinen hohen Forderungen ab. Daher durfte Bayern im Friedensschluß vom 22. August nur zwei kleine Bezirke im Speffart und Rhöngebirge, Orb und Gersfeld, und die Enklave Caulsdorf an Preußen abtreten und 30 Millionen Gulden bezahlen. Ein weiterer Grund dafür, daß die Friedensbedingungen für die Südstaaten weit glimpflicher ausfielen, als sie bei ihrer Feindseligkeit gegen Preußen und bei dem Ergebnis des Krieges erwarten können, lag darin, daß dieselben bei den Friedensunterhandlungen zugleich ein Trutz- und Schutzbündnis mit Preußen abschlossen. Dasselbe wurde von Preußen mit Bayern, Württemberg und Baden, je am Tage des Friedensschlusses, abgeschlossen und enthielt die Bestimmung, daß die Kontrahenten sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes garantierten, im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung stellten und für den Kriegsfall der Oberbefehl über die süddeutschen Truppen dem König von Preußen übertragen wurde. Dieser Vertrag wurde vorläufig geheim gehalten und erst am 19. März 1867, als die Luxemburger Frage auftauchte, veröffentlicht. Mit Hessen-Darmstadt wurde von Preußen am 7. April 1867 eine Militärkonvention geschlossen, wonach alle hessischen Truppen als eine geschlossene Division dem ersten preussischen Armeekorps zugeteilt, nach preussischem Muster umgestaltet und im Frieden wie im Kriege unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt wurden. Mit Sachsen kam am 21. Oktober ein Friede zustande. Diesem Staate vor allen hatte Preußen Einverleibung zgedacht, um das Werk von 1815 zu vollenden und seine dort so offene Grenze bis an das Erzgebirge vorschieben zu können. Aber Osterreich, welches in dem ganzen Feldzuge an Sachsen einen so treuen Alliierten gehabt hatte, hielt es für seine Pflicht, für dessen Integrität ebenso wie für seine eigene einzustehen, und sprach sich demgemäß bei den Nikolsburger Verhandlungen aus. Napoleon, stets bereit, wenn es galt, Preußens Vergrößerungspläne herabzudrücken, zugleich auch in dankbarer Erinnerung an Sachsens treue Dienste im Jahre 1813, legte gleichfalls ein gewichtiges Wort für dasselbe ein. Zuerst hatte er den Plan, Preußen vorzuschlagen, er solle Sachsen annektieren und den König Johann mit katholischen Gebieten auf dem linken Rheinufer entschädigen, wodurch er für seine Luxemburg-belgischen Pläne einen bequemeren Nachbar bekommen hätte. Doch wurde dieser Vorschlag fallen gelassen und

auf der Erhaltung des Königreichs Sachsen bestanden. So unterblieb zwar die Annexion; aber Sachsen mußte 10 Millionen Thaler Kriegskostenentschädigung zahlen, dem Norddeutschen Bunde beitreten, alle damit verbundenen Bedingungen eingehen und sein Post- und Telegraphenwesen an die Krone Preußen überlassen. Dadurch bekam Preußen im wesentlichen, was es gewollt hatte. Freiherr von Beust, der bisherige Leiter der sächsischen Politik, hatte schon am 16. August seine Entlassung erhalten, nachdem Bismarck erklärt hatte, daß er mit diesem Manne nicht verhandeln könne.

Die Bundesversammlung in den „drei Mohren“ zu Augsburg war nach den vernichtenden Schlägen in Böhmen und am Main zu einer fast lächerlichen Kleinheit zusammengeschrumpft. Ein Staat um den anderen schickte ihr seinen Abgabebrief, und von den 9 Stimmen, welche am 14. Juni durch ihre Abstimmung den Kampf mit Preußen herbeigeführt hatten, fanden sich am 24. August nur noch wenige zusammen. Durch den Nikolsburger Vertrag und die anderen Ereignisse war der Bund bereits thatsächlich aufgelöst. Es handelte sich nur noch darum, ihn unter einer anständigen Form zu Grabe zu tragen. Zu dieser Feierlichkeit reiste der Präsidialgesandte, Freiherr von Rübeck, von Wien nach Augsburg und erklärte im Beisein der Gesandten von Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, den beiden Hessen, Nassau und Riechstein den Bund für aufgelöst. Am 8. Juni 1815 war der Deutsche Bund von den Diplomaten auf dem Wiener Kongreß gegründet, am 5. November 1816 die Bundesversammlung in Frankfurt von dem Grafen von Buol-Schauenstein eröffnet worden, und am 24. August 1866 wurde sie in den „drei Mohren“ zu Augsburg durch den Mund des österreichischen Gesandten für aufgelöst erklärt. Fragt man, was der Bund während seiner fünfzigjährigen Existenz Großes geleistet hat, so ist sehr wenig anzuführen, und nicht die kleinste Schuld davon hat die Präsidialmacht, welche die alte Metternichsche Anschauung, den Bund nur zu dynastischen und zu Polizeizwecken zu benutzen, nicht aufgeben konnte und allen nationalen Bestrebungen sich entgegenstellte.

An seine Stelle trat der Norddeutsche Bund unter der Führung Preußens. Die Annexionen gingen voran. Nachdem durch die Neuwahlen vom 3. Juli 1866 eine nationale Mehrheit im Abgeordnetenhaufe geschaffen worden war, wurde der preußische

Landtag am 5. August eröffnet und die Thronrede des Königs kündigte die Gründung eines neuen Bundes, die Einberufung einer Volksvertretung der Bundesstaaten und das Verlangen der Indemnität für die seitherige budgetlose Verwaltung an, damit der bisherige Konflikt für alle Zeit zum Abschluß gebracht werde. Am 17. August verlas Graf Bismarck im preußischen Abgeordnetenhaus eine königliche Botschaft, nach welcher Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt der preußischen Monarchie einverleibt wurden, und durch das Patent vom 12. Januar 1867 wurde auch Schleswig-Holstein, mit Ausschluß eines kleinen an Oldenburg abgetretenen Bezirks, einverleibt. Dadurch erhielt Preußen, die Gebietsabtretungen Bayerns und Hessen-Darmstadts, sowie Lauenburg dazu gerechnet, einen Zuwachs von 1308 Quadratmeilen mit 4815700 Seelen und hatte nun ein Gesamtgebiet von 6395 Quadratmeilen mit 23 590 000 Einwohnern. Abgesehen von dieser Vergrößerung durch rein deutsches, größtenteils protestantisches Gebiet hatte Preußen noch den großen Vorteil, daß sein Gebiet nicht mehr in zwei Teile getrennt, im Westen durch selbständige, meist feindselige Mittelstaaten wie durch einen Keil auseinander gehalten war, sondern nun ein zusammenhängendes, wohl arrondiertes Ganzes ausmachte. Der preußische Landtag stimmte den Vorlagen bei und genehmigte auch auf den Vorschlag der Regierung für den Grafen Bismarck und die Generale Roon, Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz und Vogel von Falckenstein Dotationen.

Einen weiteren Machtzuwachs erhielt Preußen durch seine norddeutschen Bundesgenossen, welche ihr Militärwesen ganz der Leitung des Königs von Preußen anheimstellten. Alle Fürsten und Freien Städte von der Nordsee bis zum Main vereinigten sich mit Preußen zu dem Norddeutschen Bund und gaben jenem einen Zuwachs von 6 bis 7 Millionen Einwohnern, so daß das Gebiet, über welches Preußen zu verfügen hatte, eine Bevölkerung von etwa 30 Millionen Einwohnern umfaßte. Dazu kamen als dritte Gruppe die süddeutschen Staaten mit etwa 8 Millionen Einwohnern, welche für den Fall des Krieges dem König von Preußen ihre volle Kriegsmacht zur Verfügung stellten. Infolgedessen konnte Deutschland eine Streitmacht aufstellen, welche derjenigen Frankreichs nicht nachstand, an Ausrüstung und Führung der Truppen wohl überlegen war. Schon am 16. Juni 1866 hatte Preußen an sämt-

liche norddeutsche Staaten (außer Hannover, Sachsen und Kurhessen) die Aufforderung zum Abschluß eines auf der Grundlage der preussischen „Grundzüge“ vom 10. Juni 1866 beruhenden Bündnisvertrags gerichtet, welcher, außer Meiningen und Reuß (ältere Linie), alle zustimmten. Am 15. Dezember traten die Bevollmächtigten sämtlicher norddeutschen Staaten in Berlin zusammen, um den von der preussischen Regierung ausgearbeiteten und den zustimmenden Staaten am 4. August vorgelegten Verfassungsentwurf des Nordbunds zu beraten und festzustellen. Nachdem es am 7. Februar 1867 zu einer Vereinbarung gekommen war, wurde der Entwurf dem norddeutschen Reichstag zu weiterer Beratung vorgelegt. Derselbe, am 12. Februar 1867 auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts und direkter Wahlen unter geheimer Abstimmung gewählt, wurde am 24. Februar vom König von Preußen im Schloß zu Berlin mit einer Rede voll deutschen Patriotismus und Selbstgefühls eröffnet, welche in ganz Europa ungeheure Aufmerksamkeit erregte und als die Proklamierung eines großen Deutschlands angesehen wurde. Nach einer Beratung von nicht ganz 2 Monaten war der Entwurf mit einigen Abänderungen vom Reichstag festgestellt, auch in der Frage der Diäten und der Sicherstellung der Heereseinrichtungen eine Verständigung erzielt und damit ein Werk gegründet, wodurch der Volksvertretung im Finanzwesen und in der Gesetzgebung die wichtigsten Rechte überlassen, der Zentralgewalt eine straffe, einheitliche Leitung des Militär- und Marinewesens und aller Verkehrsverhältnisse möglich gemacht wurde. Am 17. April erklärte Graf Bismarck „die Verfassung des Norddeutschen Bundes durch den Reichstag und die Regierungen für angenommen“, und der König entließ die Versammlung.

### § 23.

**Der Luxemburger Handel. Frankreichs Kriegsrüstungen. Der Norddeutsche Bund und die süddeutschen Staaten.**

Die ungeheuren Erfolge Preußens, durch welche es sich mit einem Schlage aus seiner geringgeschätzten Stellung emporgeschwungen und in die vorderste Reihe der Großmächte, wenn nicht an ihre Spitze gestellt hatte, erregten das Staunen der ganzen Welt. Während einige Staaten offen ihre Freude und Bewun-

derung darüber äußerten, konnten andere ihren Neid und ihren Ärger nicht verbergen. Zu jenen gehörten vor allen die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England, zu diesen Frankreich, Holland, Dänemark, der Kirchenstaat. „Die Welt bricht zusammen!“ soll Kardinal Antonelli bei der Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz ausgerufen haben. Napoleon, dessen Politik in den letzten Jahren, in Mexiko und in Italien, nichts als Niederlagen erlitten hatte, fühlte sich sehr unbehaglich bei dem Gedanken, daß die Uneinigkeit und Ohnmacht Deutschlands nun größtenteils beseitigt und ihm in dem Norddeutschen Bund und dessen kräftig organisierter Präsidialmacht ein Rivale an die Seite gesetzt sei. Mit der französischen Vorherrschaft war es zu Ende. Auch mit dem deutschen Gegenstück zu „Savoyen und Nizza“ wollte es Napoleon nicht gelingen. Das besiegte Osterreich konnte ihm die versprochenen „Kompensationen“ nicht geben, und das siegreiche Preußen schlug ihm jede Gebietsforderung ab. Und doch hätte er so gern seinen ruhmstüchtigen Franzosen irgend ein Stück Land gezeigt, das er bei der neuen Länderteilung als Beutestück errungen und Frankreich einverleibt habe, zumal da die Oppositionsblätter täglich das von Thiers in der Kammer gesprochene Wort wiederholten: „Frankreich ist auf den dritten Rang herabgesunken.“ Napoleon unterhandelte daher aufs neue mit Bismarck und gleichzeitig mit dem König von Holland. Benedetti wurde beauftragt, dem Grafen Bismarck einen Vertragsentwurf zu einem Offensiv- und Defensivbündnis zwischen Preußen und Frankreich vorzulegen, wonach Preußen die käufliche Erwerbung Luxemburgs von seiten Frankreichs unterstützen und dem letzteren mit seiner ganzen Land- und Seemacht gegen jeden auswärtigen Staat beistehen sollte, falls der Kaiser durch die Umstände veranlaßt würde, seine Truppen in Belgien einrücken zu lassen, um es zu erobern. Für diese Unterstützung bei der Erwerbung Luxemburgs und Belgiens mit etwa 5 Millionen Einwohnern versprach Napoleon die preussischen Annexionen von 1866 anzuerkennen und einer Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund sich nicht zu widersetzen. Dieser, im Jahre 1870 wiederholte Antrag wurde von Bismarck „dilatorisch“ behandelt, die Erörterung hinausgezogen, niemals ein Versprechen gegeben.

Willfähriger zeigte sich König Wilhelm von Holland. In

seiner Besorgnis, Preußen möchte ihn zum Eintritt in den Norddeutschen Bund nötigen, ließ der König von Holland bei Napoleon anfragen, ob er, falls Preußen ihn zu einem Bündnis zwingen wollte, an Frankreich einen Rückhalt finden würde. Napoleon, von dieser Anfrage ganz entzückt, ließ am 28. Februar 1867 durch seinen Gesandten im Haag den König fragen, ob er nicht geneigt wäre, das Großherzogtum Luxemburg gegen eine entsprechende Geldentschädigung an Frankreich abzutreten. Der König ging darauf ein, und schon am 22. März war der Abtretungsvertrag aufgesetzt mit der Bestimmung, daß derselbe bis zum 5. April von Frankreich ratifiziert und daß die Unterhandlungen mit Preußen, welches in der Festung Luxemburg das Besatzungsrecht hatte, ausschließlich von Frankreich geführt, im übrigen vollständiges Geheimnis gewahrt werden sollte. Aber der König, welcher Preußen nicht bloß haßte, sondern auch fürchtete, bewahrte das Geheimnis nicht, machte am 26. März dem preussischen Gesandten Mitteilung von den Verhandlungen mit Napoleon und fragte, ob wohl seine Regierung es gutheißen würde, wenn er seine Souveränität über Luxemburg an Frankreich abtreten würde. Dieser erwiderte im Auftrag seiner Regierung, daß Preußen zunächst die Ansicht seiner deutschen Bundesgenossen und der Mitunterzeichner der Verträge von 1839 und die öffentliche Meinung in Deutschland kennen lernen müsse, und der Norddeutsche Reichstag sprach sich am 1. April entschieden gegen die Preisgebung des stammverwandten Landes aus. Denn wenn Luxemburg mit seiner starken Festung, in welcher kraft der Verträge von 1815, 1816 und 1817 Preußen eine Besatzung hatte, in französischen Händen war, so war die Selbständigkeit Belgiens und die Sicherheit der Rheinlande aufs empfindlichste bedroht und bei dem Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges die militärische Stellung Preußens eine weit ungünstigere. Als Bismarck am 19. März die Allianzverträge mit den süddeutschen Staaten veröffentlichen ließ und Napoleon sah, daß er, wenn er auf der Erwerbung Luxemburgs beharre, ganz Deutschland zu den Waffen rufen würde, erklärte er in einer Zirkulardepesche vom 15. April, daß er auf die Abtretung des Landes für den Fall verzichte, wenn Preußen auf das Besatzungsrecht verzichte. Dasselbe sei, nachdem durch die Ereignisse von 1866 der Deutsche Bund aufgelöst und dadurch Luxemburg von Deutschland getrennt

sei, hinfällig geworden. In Berlin war die Stimmung geteilt. Die eine Partei, an deren Spitze Moltke stand, wollte von Nachgeben nichts wissen, wollte den ungerüsteten Zustand des händel-süchtigen Frankreichs benutzen und ihm keine andere Wahl lassen, als seine sämtlichen Forderungen aufzugeben oder mit dem wohlgerüsteten Preußen einen Krieg zu beginnen; die andere Partei, welche den Grafen Bismarck zum Führer hatte, wollte die Er-rungenschaften von 1866 nicht jetzt schon den Wechselfällen eines neuen Krieges preisgeben, nicht aufs neue alles auf eine Karte setzen, sondern eine friedliche Lösung herbeiführen, sofern die Be-dingungen derselben mit der Ehre Preußens vereinbar waren. Diese Ansicht erlangte die Zustimmung des Königs. Auf dies hin ver-sammelten sich auf den Vorschlag Rußlands am 7. Mai in London die Gesandten derjenigen Mächte, welche den Vertrag von 1839 unter-zeichnet hatten (nebst den Gesandten Italiens und Belgiens), und unterzeichneten am 11. Mai 1867 den Londoner Vertrag, worin be-stimmt war, daß Luxemburg bei dem Hause Nassau-Oranien ver-bleiben und für immer einen neutralen Staat bilden, daß seine Neutralität unter die Garantie der Unterzeichner dieses Vertrags gestellt, die Festung von den preussischen Truppen geräumt, von dem König von Holland geschleift und nie wiederhergestellt werden, und daß Limburg, von Deutschland abgetrennt, einen integrieren-den Teil des Königreichs Holland bilden solle. Doch blieb Luxem-burg im deutschen Zollverein.

Zu diesem Rückzug hätte sich Napoleon sicherlich nicht ver-standen, wenn er eine große, schlagfertige Armee gehabt hätte. „Herr von Bismarck hat mich düpirt! Ein Kaiser der Franzosen darf sich nicht düpieren lassen,“ hörte man ihn voll Entrüstung ausrufen. Um so mehr war es sein Bestreben, in der kürze-sten Zeit eine starke Armee zu schaffen. Der neue Kriegsminister, Marschall Niel, war hiefür der rechte Mann. Mit fieberhafter Ungebuld wurde an der Verbesserung des Militärwesens ge-arbeitet und große Rüstungen gemacht. Den Kammern wurde ein Entwurf zur Reorganisation der Armee vorgelegt, ein neues, dem preussischen nachgeahmtes Hinterladungsgewehr, das Chasse-potgewehr, eingeführt, Mitrailleurten verfertigt, Pferdeausläufe ge-macht, die Arsenalen und Montierungsmagazine gefüllt. Wegen des fünften Artikels des Prager Friedensvertrags hatte Preußen



mit Dänemark Unterhandlungen angeknüpft und dabei erklärt, daß vor allen weiteren Verhandlungen Dänemark die nötigen Garantien für den Schutz der in dem abzutretenden Territorium wohnenden Deutschen zu geben habe. Dänemark lehnte diese Forderung ab, und eine Depesche des französischen Kabinetts, welche am 23. Juli 1867 im auswärtigen Ministerium zu Berlin vorgelesen wurde, nahm sich Dänemarks an und machte darauf aufmerksam, daß dasselbe die verlangten Garantien nicht geben könne, da hiedurch Preußen Gelegenheit zu fortwährender Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks erhalte. Die Antwort war, daß Preußen die Einmischung Frankreichs, beziehungsweise dessen Teilnahme an den Verhandlungen über die Ausführung des Artikels V. des Prager Friedens zurückweisen müsse. Auch diese Schlappe mußte Napoleon hinnehmen und sich vorderhand mit dem Glanz der Pariser Weltindustrierausstellung begnügen, zu deren Besuch fast alle Monarchen Europas nach Paris kamen. Das Attentat des Polen Beresowski, welcher bei der großen Revue im Boulogner Wald am 6. Juni den Kaiser von Rußland erschießen wollte, brachte einige Störung in diese Festlichkeiten. Daß die Bevölkerung von Paris zärtliche Teilnahme für den Thäter kundgab, war nicht geeignet, den Kaiser Alexander zugänglicher zu machen für den Gedanken an ein Aufgeben seines intimen Verhältnisses mit Preußen und an eine engere Verbindung mit Frankreich. Auffallend und als das Vorspiel einer französisch-österreichischen Allianz erschien die Zusammenkunft, welche Napoleon und seine Gemahlin vom 18. bis 23. August 1867 mit dem habsburgischen Kaiserpaar in Salzburg hatten. Daran reihten sich in den folgenden Jahren Verhandlungen zwischen dem österreichischen Minister Beust und dem französischen Gesandten in Wien, Herzog v. Gramont, über die Kriegsfrage, wobei ersterer dem Gesandten den dringenden Rat gab, darauf hinzuwirken, daß Frankreich den Anlaß zum Kriege nicht in einer deutschen, sondern in einer dynastischen Frage suche. Der vorgebliche Grund der Salzburger Zusammenkunft war der Wunsch Napoleons, im Gefühl der Mitschuld an dem Schicksal des Kaisers Maximilian dessen Bruder, Franz Joseph, einen Kondolenzbesuch zu machen. Denn die Geschehnisse des mexikanischen Kaisertums hatten sich bereits erfüllt.

Maximilian hatte auf den 14. Januar 1867 eine Junta in

das Schloß von Mexiko berufen, um ihr die Frage über Abdankung oder Ausbarren vorzulegen. Die überwiegende Mehrheit derselben äußerte die Ansicht, daß die Monarchie den Entscheidungskampf mit der Republik aufnehmen solle. Damit täuschte sie sich selbst und den Kaiser hinsichtlich der Möglichkeit desselben. Maximilian glaubte, seine Ehre erfordere es, seine Anhänger nicht im Stich zu lassen, sondern mit ihnen und für sie den Kampf gegen Juarez auszufechten. Noch ehe die letzten Franzosen, welche die Hauptstadt Mexiko unter dem Jubel der Bevölkerung (6 Febr.) verließen, (11. März) in Veracruz sich eingeschifft hatten, hatte er sich (am 19. Febr.) mit 3000 Mann nach Queretaro begeben. Dort wurde er von dem republikanischen General Escobedo eingeschlossen und fiel am 15. Mai durch den Verrat des Oberst Lopez in dessen Hände. Am 13. und 14. Juni wurde Kriegsgericht über „Maximilian“ von Habsburg gehalten. Dabei wurde ihm hauptsächlich der Erlaß des Dekrets vom 3. Oktober 1865, wonach alle Republikaner, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, binnen 24 Stunden erschossen werden sollten, zum Vorwurf gemacht. Er wurde zum Tode verurteilt und am 19. Juni 1867 nebst den zugleich mit ihm gefangenen Generalen Miramon und Mejia in Queretaro erschossen. Die Hauptstadt ergab sich den Juaristen am 21. Juni, Veracruz am 27., und am 15. Juli hielt der vertriebene Präsident Juarez seinen Einzug in Mexiko und übernahm wieder die Regierung des Landes. Die Leiche Maximilians wurde vom Kontreadmiral Tegetthoff abgeholt und am 18. Januar 1868 in der Kaisergruft der Kapuzinerkirche in Wien feierlich beigesetzt. Die Kaiserin Charlotte wurde von ihrem Irzfinn nicht mehr geheilt und lebt in einem Schlosse in der Nähe von Brüssel.

Juarez, 1867 zum zweitenmal, 1871 zum drittenmal zum Präsidenten gewählt, starb 1872. Sein Nachfolger war der Präsident des obersten Gerichtshofes, Lerdo de Tejada. Vor dessen Wiederwahl erhob sich gegen diesen 1876 der General Porfirio Diaz, bemächtigte sich der Gewalt und wurde 1877 vom Kongreß zum Präsidenten gewählt. Nach der Zwischenregierung des Generals Manuel Gonzalez (1880—1884) übernahm Diaz 1884 und 1888 wieder die Präsidentschaft. Seine Regierung zeichnete sich durch Reformen auf dem Gebiete des Unterrichts und der Kirche aus.

In Südamerika war die Republik Paraguay seit 1865 in Krieg mit den Nachbarstaaten Brasilien, Laplata und Uruguay verwickelt. Doch waren die Kriegsleistungen der beiden letzten Staaten sehr gering. Die brasilianischen Truppen erfochten 1868 und 1869 unter dem Marschall Caxias und später unter dem Grafen von Eu, dem Schwiegersohn des Kaisers von Brasilien, mehrere Siege. Am 1. März 1870 fiel Lopez, und damit war der Krieg beendet. Paraguay mußte die Kriegskosten bezahlen. Die Sklavenfrage, über deren Lösung zwischen der Regierung und dem Volke seit Jahren verhandelt wurde, wurde, nachdem verschiedene Versuche, die Freilassung der Sklaven an gewisse Bedingungen zu knüpfen, keine Befriedigung hervorgebracht hatten, 1888 dadurch vollständig gelöst, daß das liberale Ministerium Correa de Oliveira in den Kammern eine Vorlage einbrachte, worin die Notwendigkeit der sofortigen bedingungslosen Abschaffung der Sklaverei ausgesprochen war, und daß Senat und Kammer diese Vorlage genehmigten.

Der Krieg, welcher zwischen den Republiken Chile einerseits und Bolivia und Peru andererseits 1879 ausbrach und seinen Grund darin hatte, daß die beiderseitigen Ansprüche an ein durch seine Guanolager und Salpetergruben wertvolles Grenzgebiet keinen Ausgleich fanden, endigte 1884 mit dem Sieg des thätigen und energischen Volkes der Chilenen. Diese nahmen die peruanische Hauptstadt Lima mit der Hafenstadt Callao, die ganze lange Seeküste, besetzten die südperuanische Provinz Tarapaca mit ihren reichen Guanolagern und Salpeterminen und setzten in den mit Peru und Bolivia 1884 abgeschlossenen Friedensverträgen die Abtretung dieser Provinz an Chile durch. General Cáceres übernahm 1886 die Präsidentschaft in Peru, dessen Finanzen, Industrie und Handel infolge des langen Krieges schwer darniederlagen.

Die Beziehungen der Union zu den Staaten Europas waren im ganzen günstig. Bei ihrer Ansicht, daß jede europäische Herrschaft auf dem amerikanischen Kontinent auszuschließen sei, fühlte sie sich befriedigt, daß Rußland sich bereit zeigte, seine amerikanischen Besitzungen gegen Bezahlung von 7 200 000 Dollar abzutreten. Der Kongreß genehmigte den Kauf, obgleich dieses russische Nordamerika eine ziemlich wertlose Besitzung war. Der Streit wegen des südstaatlichen Kaperschiffes „Alabama“, welches in England

unter den Augen der Behörden erbaut und ausgerüstet worden war und binnen 8 Wochen 22 nordstaatliche Handelsfahrzeuge weggenommen hatte, wurde erst 1872 geschlichtet. Am 14. September dieses Jahres fällte das hiefür eingesetzte Genfer Schiedsgericht den Spruch, welchem England und Amerika sich unterwarfen, daß England als Entschädigung an Amerika die Summe von 15 500 000 Dollar in Gold zu zahlen habe. Umgekehrt beklagten sich die Engländer über die ungehinderten Einfälle der amerikanischen Fenier in Kanada. Die letzteren hatten es auf Losreißung Kanada's, ja Irlands von dem Königreich Großbritannien abgesehen. Um den Irländern mehr gerecht zu werden und sie einigermaßen zu versöhnen, schlug Gladstone, als Führer der liberalen Partei des Unterhauses, die Aufhebung der irischen Staatskirche vor. Unter dieser Staatskirche versteht man in England nicht die katholische Kirche, welcher die Mehrzahl der Einwohner Irlands,  $4\frac{1}{2}$  Millionen, angehören, sondern die anglikanische, welche in Irland bloß 700 000 Bekenner zählt. Diese Staatskirche ist vom Staat ungemein reich dotiert, und die Katholiken, welche für ihre Kirche vom Staat fast nichts erhalten und sie durch freiwillige Beiträge unterhalten müssen, haben an die anglikanische Kirche sogar noch den Zehnten zu entrichten. Um solch rechtswidrige Zustände zu beseitigen, beantragte Gladstone, sämtliche Einkünfte der Staatskirche einzuziehen und sie ausschließlich für Irland, jedoch nicht für kirchliche, sondern für andere Bildungszwecke (Schulen) zu verwenden. Seine Anträge gingen im Jahre 1868 im Unterhause durch und wurden im Oberhause verworfen. Im November fand die Auflösung des Parlaments statt und begannen die Wahlen nach dem durch die Reformbill von 1867 ausgebreiteten Wahlrecht. Die Partei Gladstone's erhielt eine Mehrheit von über 100 Stimmen, worauf das Ministerium Disraeli abtrat und am 3. Dezember 1868 Gladstone mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wurde. Als Premierminister setzte er im Jahre 1869 seine irische Bill durch ein Kompromiß mit dem Oberhause durch.

Noch unter das vorige Ministerium Derby und Disraeli fällt die englische Expedition nach Aëssinien. Sie war gegen den dortigen König Theodor gerichtet, welcher schon seit Jahren den englischen Konsul Cameron und andere englische Beamte und Mis-

sionäre gefangen gehalten und trotz aller Vorstellungen und Drohungen nicht ausgeliefert hatte. Um sein Ansehen, namentlich im Orient, aufrecht zu erhalten, beschloß England die Freilassung der Gefangenen durch Waffengewalt zu erzwingen. Der Oberbefehlshaber Sir Robert Napier landete mit seinem in Bombay gebildeten, wohl ausgerüsteten Korps von 12 000 Mann am 3. Jan. 1868 im Hafen von Zulla, zog unter ungeheuren Terrain-Schwierigkeiten gegen die Felsenfestung Magdala und schlug vor derselben einen Angriff Theodors am 10. April zurück. Darauf lieferte dieser die Gefangenen aus. Da er sich aber nicht auf Gnade und Ungnade ergeben wollte, so wurde die Festung am 13. April von den Engländern erstürmt. Um nicht in ihre Hände zu fallen, erschloß sich Theodor. Die Engländer zogen sofort wieder ab und schifften sich am 1. Juni wieder in Zulla ein, was besonders in Frankreich große Verwunderung erregte und Vergleichen mit der mexikanischen Expedition hervorrief, die für die Napoleonische Politik nicht sehr schmeichelhaft waren.

Sehr interessiert war England bei der Entwicklung der orientalischen Verhältnisse, welche es aus maritimen Gründen für eine Domäne seiner Politik hält. Es fehlte hier nicht an Verwicklungen. Zuerst fürchtete man, daß die Ermordung des Fürsten Michael Obrenowitsch von Serbien, welche im Park von Topstider, in der Nähe von Belgrad, am 10. Juni 1868 erfolgte, schlimme Folgen nach sich ziehen werde. Die Fäden dieses Verbrechens liefen bis zu dem Rivalen Michaels, dem im Jahre 1858 vertriebenen Fürsten Alexander Karageorgiewitsch, welcher denn auch verhaftet wurde. Die sogleich einberufene Skuptschina (Nationalversammlung) wählte einen Vetter des Ermordeten, den 13jährigen Milan Obrenowitsch IV. zum Fürsten von Serbien, setzte auf 3 Jahre eine Regentschaft von 3 Mitgliedern ein, worauf die Ruhe nicht weiter gestört wurde. Auch das Nachbarland Rumänien erregte eine Zeitlang Besorgnisse. Der dortige Fürst, Prinz Karl von Hohenzollern, suchte die schlecht ausgerüstete rumänische Armee nach preussischem Muster zu organisieren und wurde dabei von Preußen, das ihm Offiziere zu Instruktoren, Kanonen und Büdnadelgewehre schickte, unterstützt. Osterreichische Gespensterfurcht sah darin eine Bedrohung Osterreichs und der Türkei und traute dem Fürsten Karl und seinem Minister Bratiano das Gelüste zu, die Lunte an das

orientalische Pulverfaß zu legen. Die Entlassung des Ministeriums Bratiano (28. November 1868), welche auf preussische Einwirkung erfolgte, machte dieser geisterhaften Unsicherheit ein Ende. Gefährlicher war der Streit Griechenlands mit der Türkei wegen der Insel Kandia. Diese Insel, welche in dem 9jährigen Unabhängigkeitskampfe von 1821—1830 so treu zu Griechenland gestanden war, war durch die Weisheit der Londoner Konferenzen von 1832, hauptsächlich auf Englands Veranlassung, nicht mit Griechenland vereinigt, sondern der Türkei zurückgegeben und von dieser unter ägyptische Verwaltung gestellt worden. Als Mehemed Ali sich gegen die Pforte auflehnte und durch die Quadrupelallianz von 1840 unterworfen wurde, wurde ihm Kandia genommen und wieder unmittelbar unter türkische Hoheit gebracht. Es sammelten sich endlich so viele Klagen und Beschwerden an, daß die Kandioten zur Beseitigung derselben im April 1866 sich mit einer Bittschrift an die Pforte wandten. Da diese abschlägig beschieden wurde, so erfolgte die allgemeine Erhebung der Insel und der Beschluß der Generalversammlung vom 2. September, daß die türkische Herrschaft auf Kandia abgeschafft sei und die Insel mit Griechenland sich vereinige. Darauf landeten türkische Truppen und es entspann sich ein verzweifelter Kampf, welcher sich drei Jahre lang hüzog. So oft sie auch zurückgeschlagen wurden, brachen die Bewohner des Gebirgslandes, die tapferen Ephatioten, immer wieder aufs neue gegen die Türken vor. Schon gaben die Gesandten von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien, aus Furcht, daß ein orientalischer Krieg daraus entstehe und ganz Europa darein verwickelt werde, im März 1867 der Pforte den Rat, Kandia an Griechenland abzutreten. Aber England, welches Griechenland nicht erstarren lassen wollte und die Besorgniß hegte, daß der russische Einfluß im Orient zunehme, munterte die Pforte auf, nicht nachzugeben. Die Kandioten hätten sich schon damals unterwerfen müssen, wenn sie nicht von Griechenland mit Freiwilligen, Waffen und Geld unterstützt worden wären. Wollte König Georgios nicht wie sein Vorgänger Otto vom Throne gestoßen werden, so mußte er für die großgriechische Bewegung, welche Thessalien, Epirus und den Archipel als Etappen, Konstantinopel als Zielpunkt ansieht, mehr Verständnis zeigen als dieser. Die türkischen Kriegsdrohungen schreckten die griechische Regierung nicht. Als aber im November

1868 der griechische Minister des Auswärtigen in der Kammer offen erklärte, daß die Politik der Regierung mit Bezug auf Kandia die der Annexion sei, und als neue Scharen von Freiwilligen mit fliegenden Fahnen an den Fenstern des türkischen Gesandten in Athen vorbeigezogen, da ging endlich dem Türken die Geduld aus. Er schickte am 10. Dezember ein Ultimatum nach Athen, und als dieses verworfen wurde, wurden dem griechischen Gesandten in Konstantinopel seine Pässe zugestellt. Beide Mächte rüsteten sich zum Krieg. Die Diplomatie kam fast außer Atem. Graf Bismarck schlug dem auswärtigen Minister Frankreichs, Marquis v. Lavalette, die Berufung der Unterzeichner des Pariser Friedens von 1856 zu einer Spezialkonferenz vor. Dieser Vorschlag fand allgemeinen Anklang, worauf unter dem Vorsitz des französischen Ministers die Konferenz am 9. Januar 1869 in Paris begann. Die Forderung der Türkei, daß Griechenland die Bildung neuer Freiwilligencharen verhindern, die Korfarenenschiffe entwaffnen oder aus seinen Häfen ausschließen und den nach Griechenland ausgewanderten kandiatischen Familien die Rückkehr nach Kandia gestatten solle, wurde als berechtigt anerkannt und durch einen Abgesandten der Konferenz Griechenland zur Annahme derselben eingeladen. Durch einen Wechsel des Ministeriums wurde dies möglich gemacht und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Pforte und Griechenland wiederhergestellt. Die Insel Kandia mußte sich unterwerfen und eine günstigere Gelegenheit zu ihrer Befreiung abwarten.

Dieser Ausgang war nicht nach den Wünschen Rußlands, obgleich Kaiser Alexander selbst dem König Georgios, welcher die Tochter des Großfürsten Konstantin zur Gemahlin hat, die Annahme des Konferenzprotokolls anempfahl. Denn das russische Interesse verlangt die Loslösung der christlichen Provinzen aus der Gesamt-Türkei und ihre Umbildung zu halb oder ganz selbstständigen Staaten, in welchen Rußland die Rolle eines Protektors spielen sollte. Einstweilen rückten seine Grenzsteine in Asien von Jahr zu Jahr vor, Samarland (das alte Marakanda) in Turan kam im Frühling des Jahres 1868 in seine Gewalt, Buchara wurde nahezu ein Vasallenstaat. Die russische Rivellierungssucht umklammerte alle polnischen und deutschen Elemente mit unerbittlichem Fanatismus. Russische Sprache und griechisch-katholischer

Gottesdienst sollten überall im „heiligen“ russischen Reich eingeführt, andere Sprachen und Konfessionen nach und nach vollständig ausgerottet werden. Ein Königreich Polen gibt es nicht mehr: Polen war seit 1868 eine russische Provinz wie jede andere. Die polnische Sprache war in Polen und Litauen auf die engsten häuslichen Zirkel beschränkt, für den Unterricht, den Gottesdienst und die öffentlichen Geschäfte die russische Sprache anbefohlen. Auch in den deutschen Ostseeprovinzen wurde diese die Geschäftssprache und sollte bald die Unterrichtssprache werden, trotzdem daß die bestmöglichen Verträge den Rechten der Einwohner zur Seite standen. Den polnischen Bischöfen und Geistlichen, welche sich auf ihr Gewissen und auf die Befehle des Papstes beriefen, wurde jede Verbindung mit Rom untersagt, in Petersburg eine römisch-katholische Synode errichtet, von welcher jene allein ihre Weisungen einzuholen hatten und der Besuch des vatikanischen Konzils 1869 ihnen verboten. Dadurch wurde der schon bestehende Konflikt zwischen Rußland und dem Papst Pius IX. noch verschärft.

Einen noch stärkeren Konflikt führte Garibaldi herbei, als er seinen Ruf von 1862 „Rom oder den Tod!“ 1867 erneuerte. Der damalige Ministerpräsident Ratazzi ließ ihn, als er an die Grenze des Kirchenstaates sich begab, um das Kommando der dort versammelten Freischaren zu übernehmen, am 24. September 1867 verhaften, nach der Festung Alessandria bringen und bald darauf nach Caprera zurückkehren. Aber Ratazzi machte eine Schwenkung und ging, obgleich die italienische Regierung in der mit Frankreich geschlossenen Septemberkonvention versprochen hatte, weder selbst einen Angriff auf das päpstliche Gebiet zu machen, noch von andern einen solchen zu dulden, auf die Garibaldischen Pläne ein, wollte im Verein mit der Aktionspartei Rom nehmen und dem zürnenden Napoleon eine vollendete Thatsache entgegensetzen. Aber Ratazzi war kein Cavour. Als es darauf ankam, den König zu ernstlichen Maßregeln zu bewegen, schreckte dieser zurück, Ratazzi mußte am 19. Oktober seine Entlassung einreichen, und am 27. Oktober bildete General Menabrea ein neues Ministerium, welches in einer Proklamation den Freischarenzug verdammt und Achtung der Verträge forderte. In der Zwischenzeit zog Garibaldi gegen Rom, wo das Nationalkomitee die Einwohner zum Aufstand aufrief, aber wenig Anklang fand. Kleine Überfälle durch die Freischaren



mißlingen. Dagegen ließ Napoleon, um seinerseits die Septembervereinbarung aufrecht zu erhalten, eine Flotte mit zwei Brigaden unter General Faillly von Toulon absegeln; dieselbe lief am 28. Oktober 1867 im Hafen von Civitavecchia ein, und am 30. hielten die ersten französischen Bataillone ihren Einzug in Rom. Auch jetzt nicht ließ sich Garibaldi zur Niederlegung der Waffen und zur Umkehr bewegen, obgleich ein Bote um den andern aus Florenz kam. Er hatte gegen 8000 Mann bei sich, darunter viele Leute, die kaum dem Knabenalter entwachsen waren. Bei Mentana stieß er am 3. November auf den Feind. Es waren 3000 Mann päpstlicher Truppen unter dem Befehl des Kriegsministers General Kanzler und eine Reserve von 2000 Mann von der französischen Brigade Polhes. Schon waren die päpstlichen Truppen geschlagen und zurückgedrängt, da rückten die Franzosen in die vordere Linie und schossen mit ihren Chassepots die Garibaldiner zu Hunderten nieder. „Die Chassepots haben Wunder gethan“, telegraphierte Faillly nach Paris. 1000 Garibaldiner lagen tot oder verwundet auf dem Schlachtfeld, 1400 wurden gefangen; die Päpstlichen sollen 30 Tote und 103 Verwundete, die Franzosen sogar nur 2 Tote und 36 Verwundete gehabt haben. Garibaldi zog sich auf das italienische Gebiet zurück, wurde verhaftet und in das Fort Brignano in La Spezia gebracht, bald aber (26. Nov.) wieder nach Caprera entlassen.

Rom war gerettet, aber Napoleon in großer Verlegenheit. Denn nachdem er das Recht der Nationalitäten und das Prinzip der Nichtintervention als das moderne Staatsrecht aufgestellt hatte, war diese neue römische Expedition eine sonderbare Illustration hiezu. Um diesen Verlegenheiten zu entgehen und die Verantwortung für die Geschichte Italiens von sich abzuwälzen und auf Europa überzutragen, wollte er eine Konferenz der europäischen Mächte berufen, damit diese die weiteren Geschichte Italiens beraten und für ihre Aufrechthaltung eine Art Garantie übernehmen sollten. Da aber Napoleon der Konferenz kein festes Programm vorlegen konnte und Italien und der Papst die Beschlüsse derselben nicht zum voraus als bindend anerkannten, so erklärten, außer Östreich, Spanien und Hessen-Darmstadt, alle anderen Mächte, daß sie sich an der Konferenz nicht beteiligen würden. So unterblieb dieselbe, und Napoleon mußte die Verantwortung und die

Folgen der neuen Besetzung Roms auf sich nehmen. Denn die Franzosen, welche im Dezember 1866 aus Rom abgezogen waren, blieben nun wieder dort stehen. Italien sah deshalb in Napoleon seinen schlimmsten Gegner; in Frankreich selbst fand die Okkupation bitteren Tadel, und die Klerikalen, welche gewonnen werden sollten, waren nur dann mit Napoleon ganz zufrieden, wenn er den Kirchenstaat in der Ausdehnung vor 1859 wiederherstellte. Zu einem solchen Rückschritt waren aber die Zeiten nicht mehr angethan.

Nicht viel besser als in Italien stand es mit Napoleons Einfluß in Spanien. Königin Isabella trat immer mehr in die Fußstapfen ihres Vaters Ferdinand und befolgte ein Regierungssystem, bei welchem militärischer Despotismus mit klerikalem Absolutismus gepaart war, Weichtväter und Nonnen eine politische Rolle spielten. Stieß sie dadurch alle liberalen Elemente von sich, so begab sie sich durch die Leichtfertigkeit ihres Privatlebens aller Ansprüche auf Achtung. Sie brachte es so weit, daß man die Legitimität ihrer sämtlichen Kinder anzweifelte. Kein Wunder, daß von Zeit zu Zeit Aufstände entstanden, welche, wie dies in Spanien üblich ist, von Offizieren angezettelt und geleitet wurden. Die Regierung half sich mit Erschießungen und Deportationen. Zu solch drastischen Mitteln war der Ministerpräsident Marschall Narvaez, welcher den Titel „Herzog von Valencia“ führte, der geeignete Mann. Dieser starb am 23. April 1868. Sein Nachfolger, Gonzalez Bravo, hatte bald die ganze Armee gegen sich. Im Juli sollte ein großer Militäraufstand ausbrechen. Der Minister ließ die bedeutendsten Generale, darunter Serrano und Dulce, nach den kanarischen Inseln deportieren und sogar den Schwager der Königin, den Herzog von Montpensier, dessen Name der Revolution als Lösungswort zu dienen schien, aus Spanien ausweisen. Die Aufregung des Landes stieg. Isabella glaubte sich an ihren Freund und Verbündeten, wie sie Napoleon nannte, noch inniger als bisher anlehnen zu müssen und verabredete mit ihm eine Zusammenkunft auf den 18. und 19. September 1868 in den beiden Grenzorten Biarritz und San Sebastian. Man schrieb damals Napoleon den Plan zu, für den Fall, daß er den von seinen Leibjournalen längst angedrohten Krieg mit Deutschland beginnen würde, seine Truppen von Rom abzurufen und durch spanische ablösen zu lassen. Isabella, am 6. Februar 1868 vom Papst durch Übersendung der goldenen

Glaubens- und Tugendrose geehrt, war einem solchen Plane sehr zugethan. Aber in dem Augenblick, wo die französisch-spanische Allianz geschlossen werden sollte und die Majestäten schon auf den bezeichneten Posten standen, brach der Aufstand in Cadix aus. Es war der 18. Sept. 1868. Die verbannten Generale Serrano und Prim kamen in die Heimat zurück, der Gegenadmiral Topete schloß sich mit der ganzen Flotte an sie an, die wenigen treuen Truppen wurden von Serrano am 28. September bei Alcolea zurückgeschlagen, alle größeren Städte, auch Madrid, erklärten sich für die Revolution unter dem Rufe: „Nieder mit den Bourbonen! Nieder mit den Jesuiten!“ Isabella blieb nichts anderes übrig, als am 30. September San Sebastian zu verlassen und sich auf das französische Gebiet zu flüchten. Sie nahm sofort ihren Aufenthalt in Paris. Den Führern der Revolution wurde die Leitung des Staates übertragen. Marschall Serrano übernahm die Stelle eines Ministerpräsidenten, Prim das Kriegswesen, Topete die Marine. Die auf den 11. Februar 1869 einberufenen neugewählten Cortes berieten eine neue Verfassung, erklärten Spanien für eine konstitutionelle Monarchie und ernannten, bis der passende Thronkandidat gefunden würde, Serrano zum Regenten. Die politischen Aussichten waren übrigens für Spanien nicht günstig. Es existierte dort eine sehr starke republikanische Partei, welche der Errichtung eines neuen Thrones mit den Waffen sich zu widersetzen drohte; die Insel Kuba, diese Perle der Antillen, war in vollem Aufstand und bereit, von Spanien sich loszureißen und eine selbständige Republik zu gründen, und der Karlismus erhob aufs neue sein Haupt.

Um nicht eine ähnliche Katastrophe heraufzubeschwören, fand das Haus Habsburg es für gut, ein wenig einzulassen. Denn so viel war klar, daß, wenn in Osterreich noch länger mit Verfassungsfiktierung und Konföderats Herrschaft fortregiert wurde, es für die sogenannten Staatsmänner Osterreichs bald nimmer viel zu regieren gab. War man durch Solferino noch nicht zur Einsicht gekommen, so war der Schlag von Königgrätz sicherlich stark genug, um auch die harthörigsten Schläfer aus ihren Träumen zu wecken. Die Schäden des Reiches lagen offen vor aller Welt. „Mehr Licht!“ riefen, das letzte Wort des großen Dichters wiederholend, die meisten Denkenden unter den Osterreichern. Damit vertrug sich der kirchlich-politische Absolutismus der Regierung schlechterdings nicht. Es

mußten andere Bahnen eingeschlagen werden. Der Kaiser Franz Joseph berief am 30. Oktober 1866 den früheren sächsischen Minister Freiherrn von Beust, das Orakel der kleinstaatlichen Bamberger Politik, den Antipoden des Grafen Bismarck, ins auswärtige Ministerium nach Wien an die Stelle des Grafen Mensdorff. Der tschechische Staatsminister Graf Belcredi, welcher für die „historisch-politischen Individualitäten“ schwärmte und den Kaiserstaat in fünf, nur durch Personalunion miteinander verbundene Königreiche zerlegen wollte, erhielt am 7. Februar 1867 den Abschied, und Beust wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Am folgenden Tage wurde der Ausgleich mit Ungarn in Wien mit Franz Deak definitiv abgeschlossen, die Verfassung von 1848 wiederhergestellt, und Graf Julius Andrássy beauftragt, ein ungarisches Ministerium zu bilden. Dasselbe wurde aus den Männern der Partei Deak gewählt und legte am 15. März 1867 im Schloß zu Ofen seinen Eid in die Hände des Kaisers, welcher am 8. Juni als König von Ungarn gekrönt wurde. Damit war der Dualismus des Reiches eine vollendete Thatsache. Mit Ungarn wurde Siebenbürgen und im Jahre 1868 auch Kroatien vereinigt. Darauf wurden auch in den deutsch-slawischen Provinzen oder Cisleithanien verfassungsmäßige Zustände hergestellt. Der Reichsrat wurde berufen, der Ausgleich mit Ungarn als bereits vollzogene Thatsache ihm mitgeteilt, die Februarverfassung von 1861 revidiert und am 31. Dezember 1867 die neuen Staatsgrundgesetze veröffentlicht. Dieselben enthielten für das Volk und seine Vertreter die wichtigsten Rechte: Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, unbeschränktes Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht der Volksvertretung u. s. w. Zugleich wurde auch für die westliche Reichshälfte am 30. Dezember ein verantwortliches Ministerium, das sogenannte Doktorenministerium, ernannt, an dessen Spitze Fürst Carlos Auersperg stand. Wie das ungarische Ministerium mit dem „Reichstag“ (Oberhaus und Unterhaus) zu verhandeln hatte, so das cisleithanische mit dem „Reichsrat“ (Herrenhaus und Abgeordnetenhaus). Für die den beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten (das Auswärtige, die Finanzen und das Kriegswesen) wurde am 21. Dezember ein besonderes Reichsministerium ernannt. Reichskanzler von Beust übernahm das Aus-

wärtige, Bese die Finanzen, Feldmarschallleutnant Kuhn das Heerwesen. Diese drei Reichsminister sollten mit den vom Reichsrat und Reichstag zu wählenden „Delegationen“ von je 60 Mitgliedern, welche abwechselnd in Wien und in Pest sich zu versammeln haben, die gemeinsamen Reichsangelegenheiten beraten. Die Staatsmaschine war zwar etwas kompliziert eingerichtet; denn man hatte drei Ministerien, drei Parlamente und außerdem noch die 17 Landtage Cisleithaniens; aber es gab kaum ein anderes Mittel, um bei dem Dualismus die Einheit des Reiches noch aufrecht zu erhalten.

Damit war aber der Friede noch nicht hergestellt. Noch war das Konkordat vom 18. August 1855 in Kraft, übte in Kirche und Schule einen unerträglichen Druck und empörte alle Nichtkatholiken durch seine in die heiligsten Familienrechte eingreifende Intoleranz. Die durch die Staatsgrundgesetze garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit stand im Widerspruch mit dem Konkordat. So lange das Konkordat noch in voller Kraft bestand, hatte die Verfassung nicht den geringsten Wert. Schon im Jahre 1867 äußerte sich das Abgeordnetenhaus im Sinne der kirchlich-politischen Reform und war nur über das Erreichbare nicht ganz einig. Die einen verlangten geradezu die Aufhebung des Konkordats, die anderen begnügten sich vorläufig mit der Durchführung der drei konfessionellen Gesetze, welche den Kern des Konkordats trafen. Die Mehrheit entschied sich für das letztere, und so wurden von der Regierung drei Gesetzentwürfe eingebracht: das Ehegesetz stellte das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuchs wieder her, nahm die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den Geistlichen ab, gab sie den weltlichen Gerichten zurück und führte die fakultative Zivilehe ein; das Schulgesetz entzog die Leitung des Unterrichtswesens (mit Ausnahme des Religionsunterrichts) der Geistlichkeit und übergab sie dem Staate; das interkonfessionelle Gesetz regelte das Religionsbekenntnis der Kinder bei gemischten Ehen, den Übertritt zu einer anderen Konfession, die Begräbnisse u. s. w.

Diese drei Entwürfe gingen im Abgeordnetenhaus und nach heftigen Kämpfen auch im Herrenhaus durch, und am 25. Mai 1868 wurden sie vom Kaiser, wenn auch mit Widerstreben, unterzeichnet. Inzwischen hatte letzterer mit der Kurie wegen Revision des Konkordats vergebens unterhandeln lassen. Papst Pius IX., immer mehr den jesuitischen Einflüsterungen sich hingebend, blieb starr auf

seinem Non possumus. In einer Versammlung des geheimen Konfistoriums am 22. Juni 1868 erklärte er in seiner „Allokution“, daß er „kraft seiner apostolischen Autorität diese Gesetze verwerfe und verdamme und sie samt ihren Folgerungen als durchaus nichtig und immerdar ungültig“ bezeichne. Infolgedessen forderten die meisten Bischöfe in ihren Hirtenbriefen und Instruktionen die Geistlichkeit und alle guten Katholiken auf, um diese Gesetze sich nicht zu kümmern und sich lediglich an die Bestimmungen des Konkordats zu halten. Jetzt erst wurde manchem klar, was es heiße, mitten im weltlichen Staat einen kirchlichen Staat zu besitzen und den anmaßenden und gewalthätigen Übergriffen des letzteren ausgesetzt zu sein. Die Regierung, wenn gleich durch Kundgebungen von Gemeindevertretungen und Volksversammlungen aufs entschiedenste unterstützt, zeigte gegen diese offene Renitenz und Aufreizung zum Ungehorsam wenig Energie. Erst nach Proklamierung der Unfehlbarkeit des Papstes wurde das Konkordat (30. Juli 1870) aufgehoben und die dadurch notwendigen Gesetvorlagen vorbereitet, die jedoch erst 1874 auf die Tagesordnung des Reichsrats kamen.

Auch an die Besserung des Finanzwesens wurde Hand angelegt. Dasselbe drückte die deutsch-slawischen Provinzen um so härter, weil die Ungarn bei ihrem Ausgleich es durchgesetzt hatten, daß sie von den gemeinsamen Reichslasten nur 30 Prozent, jene dagegen volle 70 übernahmen. Ein Bankrott schien unvermeidlich und wurde von mehreren Seiten als das bequemste Hilfsmittel vorgeschlagen. Statt dessen wurde auf Andrängen der Regierung am 6. Juni 1868 eine Couponsteuer beschlossen. Daß trotzdem die Regierung in ihrem neuen Wehrgezetwurf für die nächsten 10 Jahre ein jährliches Budget von 80 Millionen Gulden und eine Kriegsstärke von 800 000 Mann forderte, konnte man, wenn auch politisch, so doch nicht finanziell begreifen. Die drei Parlamente nahmen den Entwurf mit unbedeutenden Veränderungen an, und Beust, welcher sich für denselben sehr eifrig als Nebenverwendet hatte, wurde vom Kaiser in den Grafenstand erhoben. Diese 800 000 Mann, welche der Stimme Östreichs in der politischen Arena der europäischen Staaten Metall und Nachdruck geben sollten, hätten, wenn man die Neigung hochadeliger Kreise, Revanche für Königgrätz zu nehmen, bedachte und das Liebäugeln Beusts mit Frankreich damit zusammenhielt, als eine Bedrohung

Deutschlands angesehen werden können. Aber abgesehen davon, daß dieselben vorderhand nur erst auf dem Papier standen, sprachen sich alle Parteien in Ungarn ganz entschieden dahin aus, daß sie der Wiener Regierung zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland keinen Kreuzer und keinen Soldaten verwilligen würden. Denn die Ungarn sahen recht wohl ein, daß sie nur der Niederlage bei Königgrätz ihren Ausgleich mit Östreich zu verdanken hatten, und daß dasselbe, wenn es wieder eine mächtige Stellung in Deutschland erringen würde, zu neuen Verfassungsänderungen bereit wäre. Sie fanden es daher in ihrem Interesse, daß die österreichisch-ungarische Monarchie, wie nun der offizielle Titel lautete, in ihrem jetzigen Bestand erhalten bleibe, da sie an Östreich einen Rückhalt hatten: aber von Wiedergewinnung der alten habsburgischen Stellung, von Einnischung in die Verhältnisse zwischen Nord- und Süddeutschland, von Verhinderung des Anschlusses des Südens an den Norddeutschen Bund wollten sie nichts wissen. Ebendadurch aber war die Wiener Hofburg außer Stand gesetzt, durch eine aggressive Politik der Gründung des neuen Deutschlands sich zu widersetzen.

Mit der letzteren ging es nicht so rasch vorwärts, als nach der Strömung der ersten Monate von mancher Seite vermutet wurde. Preußen hatte im Jahre 1866 am Main Halt gemacht und sein Einigungswerk unvollendet gelassen. In gewisser Beziehung war dies nicht so sehr zu beklagen. Denn mit den widerstrebenden Elementen des Südens eine Verfassung, im Sinne einer starken Zentralgewalt, vereinbaren zu können, durfte Bismarck nicht hoffen. Es war für Preußen günstiger, vorerst die gleichartigen und leichter zu verschmelzenden Elemente heranzuziehen und zuerst einen Norddeutschen Bund zu schaffen. Den vier süddeutschen Staaten, welche nach der Sprengung des Deutschen Bundes eine weit souveränere Stellung einnahmen, als sie bisher gehabt hatten und als ihnen zuträglich war, sollte die Entscheidung der Frage, ob und wann sie in den Norddeutschen Bund eintreten wollten, selbst überlassen bleiben. Dies war in der berühmten Depesche des Grafen Bismarck vom 7. September 1867 aufs deutlichste ausgedrückt, wenn es in derselben hieß: „Der Norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig ent-

gegenkommen; aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschliebung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen.“ Es trat also an die süddeutschen Staaten die Frage heran, welche Stellung sie zu dem übrigen Deutschland einnehmen sollten. Eine nähere Verbindung mit Östreich, auf welche anfangs einige ultramontane Kreise rechneten, war, abgesehen davon, daß Östreich eben damals einen höchst schwierigen Entwicklungsprozeß durchzumachen hatte, schon deswegen nicht möglich, weil nach Artikel IV. des Prager Friedens „die neue Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des östreichischen Kaiserstaates“ vor sich gehen sollte. Es blieb also nichts anderes übrig, als entweder dem Norddeutschen Bund sich anzuschließen oder, wie es in dem eben erwähnten Friedensartikel heißt, in einen Verein, das heißt in einen Südbund zusammenzutreten, „dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bund der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt,“ oder endlich ihre Selbständigkeit, jeder einzelne für sich, möglichst zu wahren, eine Art europäische Stellung einzunehmen und nur zum Zweck ihrer militärischen und wirtschaftlichen Interessen teils mit dem Norddeutschen Bund, teils unter sich in nähere Verbindung zu treten.

Zum Anschluß an den Norddeutschen Bund war nur in Baden die Regierung und die Volksvertretung bereit; der Staatsminister Mathy richtete in diesem Sinne am 18. November 1867 ein Schreiben an den Bundeskanzler Bismarck, erhielt aber vorerst eine ablehnende Antwort; in den drei übrigen Südstaaten war der Haß der demokratischen und ultramontanen Elemente, wovon jene in Württemberg, diese in Bayern ihr Heerlager hatten, zu stark, als daß einem Anschluß, der ohne äußere Nötigung erfolgte, in der nächsten Zeit entgegenzusehen gewesen wäre. Keine besseren Aussichten auf Verwirklichung hatte die Idee eines Südbundes. Was ihn in der öffentlichen Meinung am meisten in Mißkredit brachte, war die Thatsache, daß Napoleon für seine Bildung sich so sehr interessierte. Selbst die Kabinette hatten keine Lust zu einer solchen Vereinigung. Denn in einem Südbund hätte dem mächtigsten Staat, also Bayern, die Hegemonie übertragen werden müssen. Wenn aber die drei anderen Staaten sich durchaus eine Hegemonie gefallen lassen mußten, so wollten sie sich lieber dem mächtigen Preußen als dem ihnen



nicht gerade viel überlegenen Bayern unterordnen, was auch Freiherr v. Barmbüler in der württembergischen Abgeordnetenkammer offen ausgesprochen hat.

Somit blieb nur die dritte Möglichkeit übrig, daß jeder der vier süddeutschen Staaten seine selbständige Existenz aufrecht erhielt und an den Norddeutschen Bund sich soweit angeschlossen, als die Sicherheit seiner Existenz und seine wirtschaftlichen Interessen es durchaus erforderten, und eben dies war der thatsächliche Zustand, in welchem sich Süddeutschland seit den Friedensschlüssen mit Preußen bewegte. Das erste Band, wodurch es an den Norddeutschen Bund geknüpft wurde, war das mit Preußen geschlossene Schutz- und Trugbündnis, wonach es im Kriegsfall seine Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen hatte. Dazu kam bald ein zweites, ebenso wichtiges Verbindungsmittel. Durch eine Erklärung vom 24. August 1866 hatte Preußen denjenigen Regierungen, welche sich mit ihm in Krieg befunden hatten, die weitere Teilnahme am Zollverein nur auf sechsmonatliche Kündigungsfrist zugesichert. Ein solches Verhältnis konnte nur ein vorübergehendes sein. Es fand daher am 3. und 4. Juni 1867 in Berlin eine Konferenz des Grafen Bismarck mit den süddeutschen Ministern der auswärtigen Angelegenheiten statt. In derselben beantragte Bismarck, daß von nun an die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks und über die Maßregeln, welche zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich seien, durch die Mehrheitsbeschlüsse des norddeutschen Bundesrats und Reichstags, in welche für diesen Fall die Vertreter Süddeutschlands einzutreten hätten, festgestellt werden sollte. Preußen würde bei dieser neuen Organisation die Stellung der leitenden Präsidialmacht einnehmen und nur für den Fall, daß es sich für Aufrechthaltung bestehender Einrichtungen erklärte, ein Veto beanspruchen, in allen übrigen Fällen sich wie jede andere Regierung den Mehrheitsbeschlüssen der beiden beratenden Körper unterwerfen. Der Vertrag sollte bis zum letzten Dezember des Jahres 1877 gelten. Die süddeutschen Minister zeigten sich mit dem Vorschlag eines „Zollparlaments“ einverstanden, und am 8. Juli 1867 wurde, nach einer Beratung bevollmächtigter Fachmänner, der neue Zollvertrag in Berlin geschlossen.

Es handelte sich nun darum, daß diese beiden Verträge, der Allianz- und Zollvereinsvertrag, von den süddeutschen Landtagen genehmigt würden. Dies hatte in Baden und Hessen (in letzterem war nur der Zollvereinsvertrag vorzulegen) nicht den geringsten Anstand. In Bayern aber schien der zweite von der Reichsratskammer, in Württemberg der erste von der Abgeordnetenversammlung nicht genehmigt zu werden. Daher erklärte die preußische Regierung, daß der Zollverein augenblicklich gekündigt werde und Bayern und Württemberg nach Ablauf von sechs Monaten vom Zollverein ausgeschlossen seien, wenn nicht beide Verträge angenommen würden. Es war bitterer Ernst. Gemeindevertretungen und Handelskammern sprachen sich für die preußischen Vorschläge aus. Die Kammern mußten nachgeben. Beide Verträge waren am 31. Oktober 1867 sowohl in Württemberg als in Bayern genehmigt.

Doch war mit der bloßen Annahme dieser Verträge noch nicht alles abgemacht. Der Allianzvertrag hatte seine Konsequenzen. Wollte sich Süddeutschland durch die militärische Macht Preußens beschützen lassen, so mußte es derselben selbst auch durch seine Truppen einen entsprechenden Zuwachs an Kräften verleihen. Sollten seine Truppen in Verbindung mit den norddeutschen unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen kämpfen, so mußten sie auf die nämliche Weise wie diese organisiert sein. In derjenigen Verfassung, in welcher die süddeutschen Heere im Jahre 1866 aufgetreten waren, konnten sie sich, nach dem Urteil ihrer eigenen Offiziere, ohne die schmachlichste Einbuße an militärischer Ehre nicht mehr sehen lassen. Die Anforderungen an die Offiziere, die Arbeit der Mannschaft mußte eine weit strengere sein als bisher, und vor allem mußte die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Schon am 5. Februar 1867 hatten die Kriegsminister der vier süddeutschen Staaten in den Stuttgarter Konferenzen den Versuch gemacht, sich über eine gleichartige Organisation ihrer Heeresabteilungen zu vereinigen. Die Stimmung war sehr partikularistisch. Jeder Staat zeigte für die „berechtigten Stammeseigentümlichkeiten“ große Vorliebe. Man überzeugte sich aber bald, daß es so nicht vorwärts gehe, und daß man zu einem Bundesgenossen und unter den Oberbefehl Preußens nur dann taue, wenn man die bewährten preußischen Einrichtungen bei sich einführt. Dieselben wurden daher nach ihren

wesentlichen Zügen in Süddeutschland eingeführt, nicht ohne heftige Kämpfe mit den Preußenhassern in den Kammern. Baden nahm die preussischen Einrichtungen vollständig an. Hessen blieb nach Abschluß der schon erwähnten Militärkonvention mit Preußen nichts anderes übrig.

Von Wichtigkeit waren die Wahlen für das Zollparlament, welche im Februar und März 1868 stattfanden. Das Zollparlament sollte neben den 297 Mitgliedern des norddeutschen Reichstags aus 85 Mitgliedern der süddeutschen Staaten bestehen, wovon Bayern 48, Württemberg 17, Baden 14, Südhessen 6 Abgeordnete zu wählen hatte. Ähnlich war das Verhältnis im Zollbundesrat, in welchen zu den 58 Bevollmächtigten der 22 norddeutschen Regierungen 16 Bevollmächtigte der süddeutschen Staaten (Bayern 6, Württemberg 4, Baden und Hessen je 3) eintraten. Die Wahlen fielen größtenteils partikularistisch aus, in Baden und Hessen zwar nicht, aber in Bayern der Mehrheit nach, in Württemberg durchgängig, nicht einmal mit einer einzigen Ausnahme. Mit einer Aufregung, wie man sie seit den Wahlen zur Nationalversammlung von 1848 nicht mehr gesehen hat, wurden die Zollparlamentswahlen vorgenommen und leider dabei ein Bodensatz von Rohheit und Haß an die Oberfläche aufgerüttelt, welcher die Geschichte Deutschlands nicht um ein schönes Blatt bereichert hat. Das Programm der Mehrheit der süddeutschen Abgeordneten lautete: Festhalten an der Kompetenz, energische Zurückweisung jeder Debatte über Politik, jedes nationalen Gedankens. Dies hat denn auch, nachdem am 27. April 1868 das Zollparlament vom König von Preußen eröffnet worden war, die „süddeutsche Fraktion“, welche sich hauptsächlich aus den bayrischen Ultramontanen und den württembergischen Demokraten rekrutierte, von der ersten bis zur letzten Sitzung (23. Mai) treulich beobachtet. Doch veranlaßte sie am 18. Mai, als der württembergische Abgeordnete Probst auf die drohende französische Lawine hinwies, den Grafen Bismarck zu einer kurzen Darlegung des Verhältnisses von Norden und Süden und zu dem stolzen Wort, daß „ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo finde“. Am Schluß des Zollparlamentes ließ diese Fraktion, welche sich zum Grundsatz machte, „das Einigungswerk Bismarcks zu verpfuschen“, in dem am 22. Mai von 31 ihrer Mitglieder unterschriebenen „Rechenschaftsbericht an ihre Wähler“ ihr partikularistisches Glaubens-

bekennnis vernehmen. Wie in dieser Session, so wurde auch in den Sessionen von 1869 und 1870 die Hoffnung der Nationalgesinnten, daß aus dem Zollparlament ein Vollparlament hervorgehen werde, nicht erfüllt.

Wenn es sich hier zeigte, daß einer nationalen Vereinigung des Nordens und Südens noch bedeutende Hindernisse im Wege standen, so ging der Verschmelzungsprozeß der annektierten Provinzen Preußens mit den alten und der 22 Mitglieder des Norddeutschen Bundes unter einander um so günstiger vor sich. In der freien Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens überholte Norddeutschland, Dank der Energie seines Reichtags, den Süden bei weitem. Selbst das früher so preußenfeindliche Frankfurt fand sich allmählich in seine neue Stellung. Der entthronte König Georg von Hannover that selbst alles, um sich bei Freund und Feind in Mißkredit zu bringen. Oder war es nicht das Äußerste von politischem Wahnsinn und Verrat an Deutschland, wenn die zuerst in Holland, dann in der Schweiz stationierten „Welfenlegionäre“, gegen 800 Mann, im Februar 1868 von ihm nach Frankreich geschickt wurden, damit sie von dort aus, bei dem ersehnten Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, zugleich mit den Franzosen einen Einfall in Deutschland machen und das Werk von 1866 zertrümmern helfen sollten? Auch der Kurfürst von Hessen, welcher seinen Aufenthalt in Prag nahm, rechnete auf einen europäischen Krieg und sandte an alle Höfe eine politische Denkschrift, worin er gegen die ihm widerfahrne Vergewaltigung protestierte und zur gewaltsamen Auflösung des Norddeutschen Bundes aufforderte. Und doch hatten beide Fürsten mit der Krone Preußens einen Vertrag abgeschlossen, worin sie zwar nicht auf ihre Thronrechte verzichteten, aber einen finanziellen Ausgleich abschlossen. Danach sollte König Georg von der Krone Preußens die Entschädigungssumme von 11 Millionen Thalern und 5 Millionen bar erhalten. Preußen war aber nicht gemeint, jenen das Geld zu ihren feindseligen Agitationen auszubezahlen, und ließ das Vermögen der beiden Fürsten mit Beschlag belegen, wozu in den ersten Wochen des Jahres 1869 das preußische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus ihre Genehmigung erteilten. Das ganze nationale Deutschland jauchzte den Worten des Grafen Bismarck zu, als er, bei den Debatten im Abgeordnetenhaus, von den „Reptilien“ sprach, die man in ihre Höhlen verfolgen müsse,

von den depoffebierten Fürften, „welche ſich nichts kümmern um die rauchenden Trümmer ihres Vaterlandes, wenn nur ſie oben drauf ſtehen“, und mit den Worten endigte: „Wir müſſen dieſem frevelhaften Spiel mit den heiligſten Intereſſen der Nation, mit der Ruhe und Ehre des Vaterlandes, dieſem frevelhaften erbärmlichen Spiel, dem die Ruhe Europas nichts gilt gegenüber einem kleinlichen dynaſtiſchen Intereſſe, ein Ziel ſetzen. Das iſt unſere Schuldigkeit, uns, Deutschland, Europa gegenüber.“

Herzog Adolf von Naſſau fügte ſich in das Unvermeidliche und ſchloß mit Preußen den Vertrag vom 18. September 1867, wonach er einen bedeutenden Grundbeſitz und die Summe von 15 Millionen Gulden erhielt.

Es war natürlich, daß der Norddeutſche Reichstag die ihm durch die Verfaſſung geſteckten Grenzen zu erweitern und noch weitere Gebiete in den Kreis ſeiner Beratungen hereinzuziehen ſuchte. Der Antrag auf Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichtes, das ſeinen Sitz in Leipzig haben ſollte, wurde vom Bundesrat und Reichstag genehmigt. Aus der Seſſion von 1870 iſt vorzugsweiſe die Annahme eines neuen Strafgeſetzbuches und die Unterſtützung des Baues der Gotthardbahn anzuführen, zu deren auf 85 Millionen Frank veranſchlagten Koſten der Reichstag 20 Millionen beizuſteuern beſchloß.

In Süddeutſchland dauerte die Oppoſition gegen einen Anſchluß an den Norddeutſchen Bund fort. Die Ultramontanen und Demokraten, welche ſich zu dieſem Zwecke die Hand reichten, wurden nicht müde, unter die Bevölkerung den blinden Haß gegen Preußen auszuſäen, die Allianzverträge als ein Unglück und Süddeutſchland als die Burg der deutſchen Freiheit zu bezeichnen. Was in Heſſen zur Bekämpfung des preußiſchen Einflusses geſchehen konnte, das hat der heſſiſche Staatsminiſter, Freiherr von Dalwigk, welcher das ganze katholiſche Unterrichtsweſen in Heſſen dem heißſpornigen Biſchof Ketteler von Mainz auslieferte, redlich gethan. Anders in Baden. Hier war Fürſt und Volksvertretung einig in dem Beſtreben, ſobald die politiſchen Verhältniſſe es erlaubten, die letzten Konſequenzen des nationalen Gedankens zu ziehen und mit klingendem Spiel in das norddeutſche Lager überzugehen. Nachdem der wackere Mathy am 3. Februar 1868 geſtorben war, wurde am 12. Februar das Staatsminiſterium dem Präſidenten

des Ministeriums des Innern, Jolly, übertragen und wenige Tage darauf der preußische Militärbevollmächtigte in Karlsruhe, General v. Beyer, zum Kriegsminister und zugleich zum badischen Generalleutnant und Generaladjutant des Großherzogs ernannt. Das badische Kadetteninstitut wurde aufgehoben, die badischen Kadetten in die preußischen Militäranstalten aufgenommen und am 25. Mai 1869 zwischen Baden und dem Norddeutschen Bunde ein Vertrag über Einführung militärischer Freizügigkeit geschlossen, wonach die Militärpflichtigen des einen Gebietes ihrer Dienstpflicht auch in dem anderen Gebiete genügen konnten.

Die politischen Verhältnisse in Württemberg, wo neben den schon längst bestehenden Vätern im Jahre 1868 auch das allgemeine Stimmrecht mit direkter und geheimer Wahl für die Abgeordnetenversammlung eingeführt worden war, bildeten einen entschiedenen Gegensatz zu denen in Baden. Bei den Landtagswahlen vom 8. Juli 1868 erhielten die Demokraten und Großdeutschen durch das allgemeine Stimmrecht die Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung. Das Zusammengehen der Klerikalen und Demokraten ergab sich auch hier als etwas Selbstverständliches. „Gegen Preußen mit dem Schwarzen und den Schwarzen!“ schrieb der „Beobachter“, das Preßorgan der Demokraten. In Wahlversammlungen konnte man auch den Ruf vernehmen: „Lieber französisch als preußisch!“ Diese Partei war entschlossen, das Ministerium Barnbüler entweder unter ihren Willen zu beugen oder zu stürzen. Das Ministerium wich einer solchen Kammer möglichst lange aus. Nach kurzer Tagung im Dezember 1868 wurde die Kammer vertagt und erst am 8. März 1870 wieder eröffnet. Die lange Zwischenzeit benutzte die Demokratie, um das ganze Land mit einem Netze von Volkvereinen zu bedecken, Versammlungen zu veranstalten und eine an die Abgeordnetenversammlung gerichtete Adresse unterzeichnen zu lassen, worin die Abschaffung des eben erst angenommenen und eingeführten Kriegsdienstgesetzes und „die Einführung der wahrhaft allgemeinen Dienstpflicht mit militärischer Jugendvorbereitung und kurzer Präsenz“ gefordert wurde. Vermöge eines unerhörten Terrorismus, dem die Regierung auffallenderweise ruhig zusah, gelang es der württembergischen Demokratie, 150 000 Unterschriften zu sammeln. Offen wurde von dem Krieg gegen den preußischen Militarismus, gegen das „Fluchgesetz“ gesprochen und

geschrieben und dagegen „das freie Bürgertum, das wider preußische Verführung und Gewalt einig und fest entschlossen sei“, gepriesen.

Nach solchen Vorbereitungen brachten 45 demokratische und großdeutsche Abgeordnete in der Kammer von 1870 den Antrag ein, daß zur Abwendung der volkswirtschaftlichen und finanziellen Nachteile das Kriegsdienstgesetz abgeändert, namentlich die Präsenz herabgesetzt werden solle. Nach der ersten Beratung dieses Antrags wurde derselbe an die Finanzkommission verwiesen. Bevor diese ihren Bericht der Kammer vorlegte, traten außerhalb derselben ernste Ereignisse ein. Sämtliche Minister gaben ihre Entlassung, und am 24. März fand die Neubildung des Ministeriums statt. Von den ausgetretenen Ministern ist anzuführen der großdeutschesinnige Kultusminister v. Goltzer, von den neueingetretenen der Kriegsminister von Suckow. Zugleich wurde am 24. März die Kammer auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Erbitterung der antinationalen Parteien war ungeheuer; sie rüsteten sich zu einem neuen Feldzug.

Einen ähnlichen Verlauf nahmen die Verhältnisse in Bayern, nur daß hier nicht Demokraten, sondern Klerikale das große Wort führten. Diese waren voll Haß gegen das Ministerium Hohenlohe, welches Mittel und Wege zu einer engeren Verbindung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde suchte und in einem Rundschreiben vom 9. April 1869 die europäischen Mächte auf die ihnen von dem vatikanischen Konzil drohenden Gefahren aufmerksam machte und zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die römischen Herrschaftsgelüste aufforderte. Unter diesem Eindruck fanden am 20. Mai 1869 die Neuwahlen zur Abgeordnetenkammer statt. Der katholische Klerus bot alle Mittel, die ihm zu Gebot standen, auf, um den Klerikalen den Sieg zu verschaffen. Der Bischof Senefrey von Regensburg drohte bereits mit dem Umsturz der Throne. Die Wahlen hatten das Ergebnis, daß 72 Liberale und 72 Klerikale einander gegenüberstanden. Eine Präsidentenwahl kam, da immer Stimmgleichheit stattfand, nicht zustande, daher die auf den 21. September 1869 einberufene Abgeordnetenkammer am 6. Oktober wieder aufgelöst und neue Wahlen angeordnet werden mußten. Es wurden 83 Klerikale und 71 Liberale gewählt. Darauf gab das Ministerium seine Entlassung ein, welche jedoch der König nur zwei Ministern bewilligte. Am 17. Januar 1870 wurde der neue Landtag eröffnet, und beide Kammern be-

nutzten die Adreßdebatte, um ihrem Mißtrauen gegen den Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe den gehässigsten Ausdruck zu geben. In der Zweiten Kammer nahm die Debatte sogar volle 12 Sitzungen in Anspruch. Die Klerikalen oder, wie sie sich selbst nannten, die „Patrioten“ leisteten das Unglaublichste in Konfusion und Anstandslosigkeit. Nachdem die Adressen in beiden Kammern angenommen worden waren, reichte Fürst Hohenlohe aufs neue seine Entlassung ein; denn nach solchen Vorgängen war für ihn ein Zusammengehen mit dem Landtag unmöglich. Der König nahm die Entlassung an und ernannte am 7. März den bayrischen Gesandten in Wien, den Grafen Bray, zum Minister des Auswärtigen. Wie die württembergischen Demokraten und Großdeutschen, so suchten auch die bayrischen Klerikalen den Allianzvertrag, welchen sie nicht aufzukündigen vermochten, dadurch völlig wertlos zu machen, daß das bayrische Militär nach Qualität und nach Quantität möglichst verschlechtert werden sollte. Ihre Anträge bezweckten zunächst eine bedeutende Herabsetzung der Zahl und der Präsenz der Truppen und eine fast gänzliche Auflösung der Reiterei, im Grund aber die totale Umgestaltung des Militärwesens und die Errichtung einer Miliz oder vielmehr bewaffneter Bauernvereine, welche weniger den Generalen und Offizieren als den Bischöfen und Kaplanen Gehorsam leisten würden. Die Generaldebatte über das Militärbudget war an dem verhängnisvollen 15. Juli beendet, und es sollte nun auf die Anträge der Regierung und auf die der Klerikalen näher eingegangen werden. Der politische Barometer stand bereits so hoch, daß die Sitzung abgebrochen und auf den 18. Juli vertagt wurde.

Die Beziehungen Preußens zu Frankreich waren äußerlich höflich, in Wahrheit aber so schlecht als möglich. In Berlin war man überzeugt, daß der Krieg nicht zu vermeiden sei, und in Paris that man alles, um diesen Glauben zu befestigen. Die eitle, anspruchsvolle französische Nation konnte es Preußen nicht verzeihen, daß es durch seine kriegerischen Erfolge vom Jahre 1866 den Ruhm Frankreichs in Schatten gestellt und die Trophäen von Sebastopol und von Solferino in Vergessenheit gebracht hatte. „Rache für Sadoma!“ galt als ein patriotischer Ruf, als ob dort die Franzosen, nicht die Östreicher geschlagen worden wären. In Preußen sah man diesem tollen Treiben Gehr bei Fuß zu; man that nichts, um die Aufregung zu vermehren, duldete nicht die



geringste Einmischung in die deutschen Angelegenheiten und traf in aller Stille seine Maßregeln. Äußerungen hochgestellter Personen, welche von einem Bewußtsein der eigenen Kraft zeugten, wurden in Paris als unerträgliche Anmaßungen angesehen, so die Worte, welche General Moltke am 15. Juni 1868 im Reichstag sprach, daß Deutschland, wenn es geeinigt sei, stark genug sein werde, um seinen Nachbarn den Krieg zu verbieten, und die Antwort des Königs von Preußen am 14. September 1868 an eine Deputation in Kiel, welche er wegen etwaiger Kriegsbesorgnisse dadurch beruhigte, daß er sie auf „die hier versammelten Repräsentanten der Armee und der Marine, dieser Kraft des Vaterlandes, hinwies, welche bewiesen habe, daß sie sich nicht scheue, einen ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen.“ Schon im Winter 1868 auf 1869 hatte General Moltke dem König eine Denkschrift des preussischen Generalstabs überreicht, welche den Feldzugsplan gegen Frankreich enthielt, und bis ins Einzelste so genau ausgearbeitet war, daß noch am nämlichen Tage die Mobilisierung hätte erfolgen können. Es wurden darin die verschiedenen Möglichkeiten des Vorgehens der französischen Armee besprochen, auf die Teilnahme der süddeutschen Staaten noch nicht sicher gerechnet und als wahrscheinlicher Ort für die Sammlung der französischen Truppen die Gegend zwischen Metz und Straßburg angenommen, für welchen Fall die deutsche Armee sich in der bayrischen Pfalz aufzustellen hätte, um von dort aus die Offensive nach Metz und Straßburg gleichzeitig zu ergreifen, in Feindesland einzudringen und jedem Betreten deutschen Bodens von seiten der Franzosen zuvorzukommen. Die Möglichkeit dieses Zuorkommens wies die Denkschrift durch genaue Angaben der Märsche und Eisenbahnfahrten nach.

Auch der französische Kriegsminister Marschall Niel, welcher seit 1867 unermüdetlich an der Reorganisation der französischen Armee arbeitete, hatte einen Feldzugsplan ausgearbeitet. Er wollte durch einen raschen Vorstoß sowohl am Oberrhein als am Unterrhein die deutschen Streitkräfte trennen, wobei er auf den Beistand der süddeutschen Staaten mit mehr Sicherheit rechnete als Moltke. Die dortigen Demokraten und Alerikalen haben fürwahr nichts gethan, um Frankreich diese Hoffnung zu benehmen oder auch nur sie zu schwächen. Der Ausführung des auf vielen Unwahrscheinlichkeiten beruhenden Feldzugsplanes war schon das un-

günstig, daß sein Verfasser, der Marschall Niel, am 13. August 1869 starb. Der an seiner Stelle zum Kriegsminister ernannte General Leboeuf war nicht der Mann, um die Reorganisation mit Energie und Verstand weiter zu führen, so daß er zu einer Zeit, wo es mit der Mobilmachung verzweifelt schlecht stand, das bekannte Wort sprach, er sei überbereit.

Die inneren Verhältnisse Frankreichs nahmen einen immer ernsteren Charakter an. Das persönliche Regiment des Kaisers, welches man sich hatte gefallen lassen, so lange er einen Feldzug um den andern siegreich beendigte und als Schiedsrichter Europas galt, hatte durch die neulichen Mißerfolge der Napoleonischen Politik, wobei besonders das Zurückweichen aus Mexiko und die Lösung der Luxemburger Frage anzuführen sind, sehr an Ansehen verloren. Diese Demütigungen wurden lediglich als Folgen des persönlichen, aber den Verhältnissen nicht mehr gewachsenen Regiments bezeichnet, und nicht bloß die Opposition, sondern auch die gemäßigten Mitglieder der Kammern verlangten die Umwandlung desselben in eine parlamentarische Regierung. In der Presse und in den Versammlungen, welche durch die Gesetze von 1868 eine freiere Bewegung erhalten hatten, wurde ein revolutionärer Ton angeschlagen und offen vom Umsturz des Kaiserreiches und von einer radikalen Umwälzung aller sozialen Verhältnisse gesprochen. Die gemäßigte Opposition verlangte von der Regierung: Ministerverantwortlichkeit, Aufgeben der offiziellen Kandidaturen, freie Wahlen, wirksame Teilnahme des Gesetzgebenden Körpers an der Staatsverwaltung, geordnete Finanzverwaltung, genaue Kontrolle der Staatsausgaben, friedliche Politik. Die Erklärung des Ministers Lavalette, daß Frankreich im Frieden mit Preußen bleiben werde, so lange dieses die Mainlinie und die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten respektiere, fand in der Kammer allgemeine Zustimmung. Die Differenzen mit Belgien, welches den Verkauf belgischer Eisenbahnen an die französische Ostbahngesellschaft nicht duldet, wurden durch die Pariser Übereinkunft vom 10. Juli 1869 beigelegt. Es hatte sich dabei weniger um die französische Ostbahngesellschaft gehandelt, als um die hinter derselben stehende französische Regierung, welche durch die Besitznahme belgischer Eisenbahnen eine feste Stellung in Belgien nehmen wollte, um dann allmählich zu Zoll- und Allianzverträgen überzugehen und so die heißersehnte Annexion vorzubereiten.

Die Neuwahlen zum Gesetzgebenden Körper, welche am 23. und 24. Mai 1869 erfolgten, hatten das Ergebnis, daß im ganzen 4664000 Stimmen für die offiziellen, 3310000 für unabhängige oder oppositionelle Kandidaten abgegeben, daß in den großen Städten Paris, Lyon, Marseille und anderen die heftigsten Gegner des Kaisertums, sogenannte „Unversöhnliche“, gewählt wurden, und daß den 199 offiziellen Kandidaten 93 oppositionelle, fast ein Drittel des Gesetzgebenden Körpers, gegenüberstanden. Verglich man die Wahlen von 1857, 1863 und 1869 mit einander, so fand man ein stetiges und zwar sehr starkes Wachstum der Opposition. Dieselbe hatte es bei den Wahlen von 1857 zur Durchsetzung von nur 5 Kandidaten bringen können, während es nun deren 93 waren. Der Kaiser hatte zwar noch die Mehrheit im Gesetzgebenden Körper, aber die Opposition war zahlreich und gefährlich, und die Mehrheit nicht durchaus zuverlässig. Die nächste Folge dieser Wahlen war die Entlassung des Staatsministers Rouher, des sogenannten „Vizekaisers“, welcher zum Senatspräsidenten ernannt wurde, und die Einsetzung eines, übrigens der Rouherschen Partei entnommenen Ministeriums, dessen Führung Forcade, der Minister des Innern, übernahm. Sodann wurde dem Senat eine Vorlage, welche Abänderungen der Verfassung betraf, gemacht. Am 6. November 1869 kam der Senatskonsult, welcher die Befugnisse des Senats und des Gesetzgebenden Körpers erweiterte und die Ministerverantwortlichkeit prinzipiell einräumte, zustande. Im August befiel den Kaiser eine ernstliche Krankheit, welche hier Besorgnisse, dort Hoffnungen erregte. Doch erholte sich der Patient wieder, und nach seiner Wiederherstellung unternahm die Kaiserin Eugenie eine Reise nach dem Orient, um der feierlichen Eröffnung des Suezkanals am 17. November beizuwohnen.

Die Thronrede, mit welcher der Kaiser am 29. November 1869 die neue Session eröffnete, sprach von der Freiheit, welche Frankreich nur im Bunde mit der Ordnung wolle, und kündigte einige politische Reformen an. Die Wahlprüfungen gaben zu den heftigsten Angriffen auf das System der offiziellen Kandidaturen und die damit verbundene Wahlbeeinflussung Anlaß. Nach Beendigung dieses Geschäftes nahm das Ministerium, dessen Stellung kaum mehr haltbar war, seine Entlassung. Darauf beauftragte der Kaiser am 27. Dezember den Abgeordneten Olivier, Mitglied der neu-

gebildeten Mittelpartei, mit der Bildung eines „gleichartigen“ Ministeriums, das ein treuer Ausdruck der Mehrheit des Gesetzgebenden Körpers sein sollte, und bat ihn um seinen Beistand in der Aufgabe, die konstitutionelle Regierungsweise in regelmäßige Wirksamkeit treten zu lassen. Dieses erste parlamentarische Ministerium des zweiten Kaiserreiches kam am 2. Januar 1870 zu Stande und bestand größtenteils aus neuen Männern, unter welchen Graf Daru als Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Buffet als Finanzminister anzuführen sind. Von den alten Ministern behielt General Leboeuf das Kriegsministerium. Eine der ersten Handlungen des neuen Kabinetts war die Entlassung des Seinepräfekten Hausmann, welcher die Pläne des Kaisers bei Umgestaltung der Hauptstadt rücksichtslos durchgeführt und Paris eine ungeheure Schuldenlast aufgebürdet hatte. Die Erschießung eines Journalisten durch den Prinzen Peter Bonaparte, welchem jener eine Herausforderung überbracht hatte, und die Verhaftung des Abgeordneten Rochefort, welcher in seinem Blatte „Marseillaise“ den Kaiser und dessen Familie geradezu als eine Mörderbande bezeichnete, erregten in den ersten Tagen des Januar und Februar 1870 eine ungeheure Aufregung in Paris, bei welcher es bereits zur Errichtung von Barrikaden kam.

Um dem ungemäßigten Verlangen nach Verfassungsänderungen ein Ziel zu setzen, ließ der Kaiser dem Senat den Entwurf einer neuen Verfassung vorlegen, wodurch dem Gesetzgebenden Körper ein Anteil an der konstituierenden Gewalt, welche bisher zwischen Kaiser und Senat geteilt war, zugestanden, die Ministerverantwortlichkeit ausgesprochen, aber auch erklärt wurde, daß der Kaiser vor dem französischen Volke verantwortlich sei und jederzeit an dasselbe appellieren könne. Mit letzterer Bestimmung wollte er sofort Ernst machen und die neue Verfassung, sobald sie vom Senat genehmigt war, dem Volke zur Bestätigung vorlegen, ohne daß der Gesetzgebende Körper darüber zu beraten gehabt hätte. Es war klar, daß eine solche Volksabstimmung (Plebizit) nicht bloß als ein Urteil über die jeweilige vorliegende Frage, sondern auch als ein Urteil über die Gesamtpolitik des Kaisertums angesehen wurde, und daß, wenn Napoleon bei dieser Abstimmung eine bedeutende Mehrheit erhielt, die Frage über Monarchie oder Republik auf lange hinein zu seinen Gunsten entschieden war. Umgekehrt war

freilich eine schwache Mehrheit oder vollends eine Minderheit im gleichen Grade ungünstig für Napoleon; doch durfte er diese Möglichkeit nicht fürchten, da die ganze Staatsmaschine mit vollem Dampf für das Plebiszit arbeitete. Die Frage, ob der Kaiser in allen Fällen das Recht der Appellation an das Volk habe, brachte Zwiespalt in das Ministerium. Daru und Buffet wollten, im Einklang mit der Oppositionspartei im Gesetzgebenden Körper, dieses Recht einschränken und gaben, da sie damit nicht durchdrangen, am 14. April ihre Entlassung ein. Nachdem der Senat am 20. April den Verfassungsentwurf einstimmig angenommen hatte, wurde das Volk auf den 9. Mai 1870 zur Abstimmung berufen. Das Ergebnis war eine glänzende Rechtfertigung der Napoleonischen Politik: 7350142 stimmten mit „Ja“, 1538825 mit „Nein“; dazu kamen in Algerien 41213 Ja und 19484 Nein. Daß fast in allen größeren Städten mehr „Nein“ als „Ja“ abgegeben wurden, hatte nichts auffallendes; dagegen war die Thatsache bedenklich, daß die Armee 46000, die Marine 5000 Nein abgab. Abgesehen davon fühlte der Kaiser wieder sicheren Boden im Volke und glaubte aufs neue an die Zukunft seiner Dynastie. Die bonapartistische Partei drängte sich herausfordernder als je hervor, und man glaubte sich stark genug, in den auswärtigen Angelegenheiten mit Entschiedenheit vorzugehen. Das seit Darus Austritt interimistisch von Ollivier verwaltete Ministerium des Auswärtigen wurde am 15. Mai dem entschiedensten Preußenfeind, dem langjährigen Gesandten in Wien, dem Herzog von Gramont, übertragen. Wenige Wochen darauf wurde von einigen Chauvinisten der Versuch gemacht, ob nicht der von dem Norddeutschen Bund mit der Schweiz und Italien abgeschlossene Gotthardvertrag den Vorwand zu einer kriegerischen Aktion gegen Preußen abgeben könnte. Bei der Beantwortung der Interpellation vom 20. Juni gab der Herzog von Gramont deutlich zu verstehen, wie leid es ihm thue, mit dieser Frage nichts anfangen zu können. Doch wurde für alle Fälle am 29. Juni bei dem Seepräfecten von Cherbourg angefragt, was für Borräte dort aufgehäuft seien zum Zweck einer Flottenexpedition nach der Nordsee und Ostsee. Trozdem erklärte Ollivier in der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers vom 30. Juni, daß niemals der europäische Friede weniger bedroht gewesen sei als jetzt. Vier Tage darauf stand

die hohenzollernsche Kandidatur auf der Tagesordnung der französischen Presse.

Zum Betreten dieser abschüssigen Bahn wurde die Napoleonische Regierung nicht bloß durch die ruhmstüchtigen Generale und Minister, sondern auch durch die herrschsüchtige Jesuitenpartei in Rom gedrängt. Dieselbe fand es unerträglich, daß das protestantische Preußen an die Spitze Deutschlands sich gestellt hatte, und glaubte um jeden Preis verhindern zu müssen, daß Süddeutschland in den Norddeutschen Bund eintrete, daß die Einheit Deutschlands hergestellt, daß ein mächtiges deutsches Reich und ein hohenzollernsches Kaisertum errichtet werde. Die Kriegspartei in Paris konnte auf die Bundesgenossenschaft der Jesuiten in Rom mit Sicherheit rechnen, und letztere hatten eine sehr beredte und einflussreiche Fürsprecherin in der heißblütigen, bigotten und devoten Kastilianerin, der Kaiserin Eugenie. In Rom selbst aber spielten eben damals, am 18. Juli 1870, die Jesuiten ihre höchste Karte aus; aber die Gegenpartei hatte auch hohe Karten.

Der alternde Papst Pius IX. befand sich vollständig in den Händen der Jesuiten. Sie wußten den durchaus nicht unterrichteten Mann ganz für sich zu gewinnen, schmeichelten seiner Eitelkeit und erklärten sich bereit, ihm eine Würde zu verleihen, wie sie weder ein weltlicher, noch ein kirchlicher Fürst jemals gehabt habe. Was keinem Menschen je gelungen war, die Welt zu zwingen, daß sie an seine Aussprüche als an göttliche glaube und mit sklavischer Untermüßigkeit ihren Nacken beuge, das sollte ihm dem Grafen Giovanni Mastai durch die Aktion der Jesuiten zu teil werden. Vorbereitende Schritte waren schon im Jahre 1864 gethan worden. Die Encyklika und der Syllabus vom 8. Dezember verfluchten unsere ganze moderne Kultur. Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit des Kultus, Pressfreiheit, Unabhängigkeit der weltlichen Gewalt von der geistlichen, Gleichheit des Rechts für Geistliche und Weltliche, das Recht der Völker, sich Obrigkeiten und Gesetze zu geben, die frei auftretende, von aller kirchlichen Autorität und Zensur sich emanzipierende Wissenschaft: alles das wurde unter die Rubrik der Irrtümer gesetzt und als Ketzerei verdammt. Nirgends mehr sollte es eine Freiheit geben als im Jesuitenkollegium zu Rom; hier allein sollte mit absoluter Machtvollkommenheit bestimmt werden, wie weit die Grenzen des Denkens

und Wollens in jedem einzelnen Gehirn und in jedem einzelnen Staat gehen dürften. Um zu dieser Universalherrschaft zu gelangen, veranlaßten die Jesuiten den Papst, auf den 8. Dezember 1869 ein ökumenisches Konzil nach Rom auszusprechen. Seit drei Jahrhunderten war keines mehr gehalten worden. Das im Jahre 1563 geschlossene Konzil zu Trient war das letzte gewesen und hatte ein trauriges Andenken hinterlassen. Und doch wie unschuldig war es gegen dieses vatikanische Konzil von 1869 und 1870! Nicht genug, daß durch dasselbe die Verdammungsurtheile des Syllabus zum Dogma erhoben und ebendamit von der ganzen katholischen Welt als Glaubenssag anerkannt werden sollten: um jede Opposition, möge sie von hochweisen Bischöfen oder von weltlichen Regierungen ausgehen, gründlich wie mit einem Donnerkeil niederzuschlagen, sollte der Papst dieser irrenden und sündigenden Erde entrückt und mit der Krone der Unfehlbarkeit ausgestattet werden. In allen Dingen, welche zu seinem Hirten- und Lehramt gehörten — und in diesen dehnbaren Kreis konnte man gar vieles, wenn nicht geradezu alles hineinbringen — sollte der Ausspruch eines Papstes für unfehlbar gelten. Diese Unfehlbarkeit zum Dogma zu erheben, war die Hauptaufgabe des Konzils. War dieselbe durchgeführt, so waren die Jesuiten die unbedingten Gebieter des gesammten Klerus; denn die Unfehlbarkeit kam ihnen, welche den Papst beherrschten, weit mehr zu statten als dem beherrschten Papste. Die unfehlbaren Aussprüche des Papstes hatten ja ihren Ursprung nicht in seinen Originalgedanken, sondern in den Eingebungen seiner jesuitischen Mentor.

Nicht bloß die ganze gebildete Welt, darunter auch Tausende von Katholiken, sondern auch viele Bischöfe sträubten sich denn doch, unter dieses laudimische Joch der Unfehlbarkeit hindurchzugehen und dem Papste, dessen intellektuelle und moralische Schwachheiten jedermann bekannt waren, Gottähnlichkeit zuzugestehen. Auch erkannten sie wohl, daß es dann mit ihrer bischöflichen Hoheit und Selbstständigkeit vorbei sei. Aber solche Stimmen waren vereinzelt und vermochten in einer Versammlung, welcher eine despotische Geschäftsordnung oktroyiert war, nichts gegen die Stimmen der den Jesuiten blindlings folgenden Armee. Die bei den bisherigen Konzilien gebräuchlichen Formalitäten wurden, sofern sie den Jesuiten für ihre Zwecke nicht paßten, beiseite gesetzt und immer nur das eine Ziel

im Auge behalten, die Opposition möglichst klein zu machen und ihre Stimme, wo sie sich nur geltend machen wollte, durch das Geschrei der Masse zu ersticken. Und diese Masse hatten sie so sehr für sich, daß sie den Erfolg der Abstimmung mit mathematischer Sicherheit voraussagen konnten. Von den 764 Bischöfen, welche an dem Konzil teilnahmen, machten die italienischen Bischöfe, auf deren Gehorsam zu zählen war, mehr als ein Drittel, die Bischöfe des Kirchenstaates beinahe ein Fünftel, die von Deutschland, Osterreich-Ungarn und Frankreich, wo die Opposition ihren Sitz hatte, zusammen auch bloß ein Fünftel aus. Dazu kam noch, daß 300 Bischöfe wegen ihrer Armut auf Kosten des Papstes unterhalten werden mußten, und daß etwa 100 als Bischöfe in partibus infidelium nur den Titel, aber keinen Sprengel hatten, also für ihre weitere Laufbahn sehr auf die Gnade des Papstes angewiesen waren. Jene 300 päpstlichen Kostgänger und diese 100 Titularbischöfe stimmten willenlos für alles, was ihnen vorgelegt wurde. Sobald also nicht die Einmütigkeit oder wenigstens die an Einmütigkeit grenzende Mehrheit des Konzils, sondern die einfache Mehrheit über die Geltung des Dogmas zu entscheiden hatte, war der Sieg von Anfang an gewonnen, und die Sitzungen in der Aula von St. Peter hatten nur noch den Wert von mehr oder minder schönen Deklamationen.

Die opponierenden Bischöfe, an deren Spitze der Kardinal Rauscher von Wien und der Bischof Hefele von Rottenburg standen, versuchten noch am 15. Juli 1870, durch Absendung einer Deputation den Papst zu einigen Zugeständnissen zu bringen, und der Bischof Ketteler von Mainz that sogar einen Kniefall. Umsonst! Pius durfte und wollte nicht nachgeben. So blieb jenen nichts anderes übrig, als in einer besonderen Eingabe an denselben ihren Protest zu wiederholen und vor der Schlußabstimmung abzureisen. Diese erfolgte am 18. Juli in Gegenwart des Papstes und hatte das Ergebnis, daß 547 gegen 2 Stimmen die Unfehlbarkeit des Papstes für ein Dogma der katholischen Kirche erklärten. Es war der Tag vor der offiziellen Kriegserklärung Frankreichs an Preußen. Darauf wurde das Konzil vertagt und die Wiedereröffnung auf den 11. November festgesetzt. In der Zwischenzeit sollten die französischen Waffen das Werk der Jesuiten fortsetzen und den Protestantismus mit Kanonen niederschmettern. Um den Protest der über die Alpen zurückkehrenden Bischöfe kümmerte man sich durchaus nicht. Man



kannte diese Leute. In einer Versammlung zu Fulda erklärten mehrere dieser Opponenten sich für Annahme des Dogmas, und man sah einen um den andern in das Lager der Infallibilisten übergehen und nun von ihren Untergebenen die nämliche Unterwerfung unter das Jesuitengebot fordern, welche sie selbst trotz ihrer besseren Überzeugung so leicht vollzogen hatten. Vor die Wahl gestellt, auf ihrer Opposition zu beharren, gegen etwaige Maßregelungen durch die päpstliche Kurie den Schutz der heimischen Regierungen anzurufen und es auf einen Bruch mit dem Vatikan, auf eine Spaltung in der katholischen Kirche ankommen zu lassen, oder ihre Opposition aufzugeben, dieselbe vielmehr gegen die das neue Dogma nicht anerkennenden Regierungen zu richten, die äußere Einheit der Kirche auch auf Kosten des Gewissens und der Überzeugung wahren zu helfen, entschieden sie sich alle ohne Ausnahme für das letztere. Und die Spaltung blieb doch nicht aus. Wenn auch die Bischöfe sich gefügig zeigten, so hatten doch andere keine Lust, einem Beschlusse der päpstlichen Kostgänger zu lieb die deutsche Wissenschaft über Bord zu werfen, das eigene Denkvermögen unter Siegel zu stellen und die Wahrheit für ein Jesuitengericht preiszugeben. Der Sitz dieser Opposition, welche zunächst meist aus Universitätslehrern bestand, war zuerst in München und ihr Haupt der Stiftsprobst Professor von Döllinger, dessen Antwort an den Erzbischof von München (28. März 1871) ungeweines Aufsehen erregt hat. Mit schlagender Beredsamkeit und Gelehrsamkeit verteidigte er darin seinen Ausspruch, daß er als Christ, als Theologe, als Geschichtskundiger, als Bürger diese Lehre nicht annehmen könne. Zu einem geflügelten Worte wurde sein Urteil über die zum Kreuz kriechenden Bischöfe: „Kein einziger glaubt daran!“ Aus dieser Opposition wahrheitsliebender Theologen ging der Altkatholizismus hervor, welcher bald in Bayern, in Baden und am Rhein festen Fuß faßte, von Jahr zu Jahr mehr Befenner und Gemeinden zählte, durch Synodalbeschlüsse sich eine feste Organisation gab und in der Person des Professors Reinkeus von Breslau einen besonderen Bischof erwählte, welcher in mehreren deutschen Staaten, vor allen in Preußen, die staatliche Anerkennung und bischöfliche Dotation erhielt und in Bonn seinen Sitz nahm.

Den in den Tuilerien und im Vatikan willkommenen Anstoß, die jesuitisch-bonapartistischen Pläne in Szene zu setzen, gab die

Regierung in Spanien. Man hatte dort eine monarchische Verfassung ohne Monarchen, und die zahlreichen Republikaner gaben sich alle Mühe, durch ihre Reden in den Cortes und durch Aufstände in den Provinzen die Monarchie zu einer Unmöglichkeit zu machen. Sie wurden durch die Verhältnisse unterstützt; denn niemand schien die Krone eines Landes, das durch Parteiwesen politisch gelähmt und finanziell zerrüttet war, begehrenswert zu finden. Der Ministerpräsident und Kriegsminister, Graf Prim, bot alles auf, um eine geeignete Persönlichkeit zu finden, aber lange vergebens. Der frühere Regent von Spanien, Espartero, der loburgische Prinz Don Fernando, Vater des Königs von Portugal, König Ludwig von Portugal selbst, Prinz Thomas von Genua, Nefse des Königs von Italien: sie alle gaben eine abschlägige Antwort. Der Herzog von Montpensier, welcher eine Schwester der Exkönigin Isabella zur Gemahlin hatte, war zur Annahme bereit; aber eben wegen dieser Verwandtschaft hatte er auch unter den Monarchisten viele Gegner, welche, wenn zu den Bourbonen zurückgegriffen werden sollte, lieber den Prinzen Alfons, den Sohn der Isabella, zum König wollten, als deren Schwager. Isabella traf mit Rücksicht hierauf ihre Maßregeln. Auf den Rat des Kaisers Napoleon unterschrieb sie am 25. Juni 1870 ihre Abdankung und trat alle ihre politischen Rechte an ihren Sohn Alfons ab. Vorerst handelte es sich aber noch um einen anderen Prinzen. Unter denen, welche schon 1869 eine abschlägige Antwort erteilt hatten, war auch der Prinz Leopold von Hohenzollern, welcher als Katholik, als Gemahl einer portugiesischen Prinzessin, als Verwandter des Napoleonischen Hauses, als Stammesgenosse des preussischen Königshauses, der spanischen Regierung empfehlenswert erschien. Dieselbe kam im Jahre 1870 wieder auf diese Kandidatur zurück und schickte im Juni eine Deputation nach Sigmaringen. Diesmal nahm der Prinz an. Die Deputation kehrte nach Madrid zurück, es wurde dort Ministerrat gehalten und am 2. Juli beschlossen, dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone von Spanien offiziell anzubieten und diese Kandidatur öffentlich zu proklamieren. Die Nachricht hiervon wurde am 3. Juli durch den Telegraphen nach allen Hauptstädten Europas gebracht. Man stand vor einer neuen Wendung der Dinge.

## Künfter Zeitraum.

1870—1871.

### Der Kampf Deutschlands mit Frankreich. Die Errichtung des Deutschen Reichs und des Deutschen Kaiserthrones.

§ 24.

#### Der deutsch-französische Krieg.

Daß Kaiser Alexander von Rußland auf der Reise nach dem Bad Ems am 13. Mai 1870 nach Berlin kam und dort bei seinem Oheim, dem König von Preußen, ein paar Tage verweilte, hatte nichts Auffallendes; man kannte ja längst die intimen Beziehungen der beiden Monarchen zu einander. Daß König Wilhelm am 2. Juni nach Ems reiste und seinem Neffen den Besuch erwiderte, erregte gleichfalls keine Verwunderung; die Höflichkeit mochte es ja wohl so verlangen. Daß aber der König von dem Bundeskanzler Grafen Bismarck begleitet und daß auch der russische Gesandte in Berlin, Herr von Dubril, anwesend war, das gab denn doch dem Besuche ein politisches Gepräge und blieb an den Höfen von Paris und Wien nicht unbemerkt. Graf Bismarck, welcher Verhältnisse und Personen so scharf durchschaute, wußte ja recht wohl, wessen sich Preußen, zumal seit der Ernennung des Herzogs von Gramont zum Minister des Auswärtigen, von Frankreich zu versehen habe, und konnte sich so ziemlich denken, was dieser plump dreinfahrende Diplomat mit irgend einem neuen Zwischenfall, wie mit der eben damals neu auftauchenden hohenzollernschen Kandidatur, anfangen werde. Als ein ebenso kühner wie vorsichtiger und weitsehender Staatsmann mochte Bismarck in den Konferenzen zu Ems für den Fall des Krieges für Preußens Rückendeckung durch Rußland sorgen und diesem für den Fall des Sieges als Gegenleistung die Revision des Pariser Friedensvertrags von 1856 anbieten. Darauf kehrten der König und sein Kanzler nach Berlin zurück. Bismarck begab sich am 8. Juni zu längerem Aufenthalt nach seinem Gute Varzin, der König traf am 20. Juni, nachdem Kaiser

Alexander abgereist war, zur Badekur in Ems ein, ohne von einem seiner Minister begleitet zu sein.

Durch das Madrider Telegramm vom 3. Juli erfuhr man in Paris die Neuigkeit, daß Prinz Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien bestimmt sei, und das Organ des Herzogs von Gramont, der „Constitutionnel“, brachte in seiner Nummer vom 4. Juli einen Artikel, worin den Spaniern die Freiheit, ihre Geschicke nach eigenem Ermessen zu regeln, zwar zugestanden, dabei aber das Erstaunen nicht unterdrückt war, daß Frankreich den Zepter Karls V. einem preussischen Prinzen solle anvertraut sehen. Für die französische Regierung war diese Kandidatur keine Neuigkeit. Wie die anderen größeren Kabinette, so wußte auch das französische schon seit dem Jahre 1869 von den Unterhandlungen der spanischen Regierung mit dem Prinzen Leopold. Aber dasselbe stellte sich absichtlich unwissend, um sich vor dem Lande als das überrumpelte und überlistete unschuldige Lamm hinzustellen und seiner sittlichen Entrüstung über dieses „rückwärtslose Intriguenspiel“ auf die derbste, herausforderndste Weise Luft zu machen. Denn das ist doch klar, daß die französische Regierung es ganz in der Hand hatte, diese hohenzollern-spanische Frage in friedlicher oder in kriegerischer Weise zu lösen. Wollte sie jenes, so durfte Gramont nur den diplomatischen Weg einschlagen, mit Preußen unterhandeln, die Mitwirkung der anderen Hauptmächte sich erbitten, und der Erfolg war ihm sicher. Aber diesen friedlichen Weg wollte Gramont, der, ohne einen Funken Bismarckschen Geistes zu besitzen, für Frankreich ein Bismarck zu sein glaubte, nicht betreten, dachte vielmehr an den Rath seines Freundes Veust, zum Kriegsvorwand eine rein dynastische, nur nicht eine nationale Frage zu wählen, brachte die ganze Sache sofort auf die Tribüne des Gesetzgebenden Körpers und warf hier mit Kriegsdrohungen in einer Weise um sich, daß der Krieg nicht mehr zu umgehen war. Taktlosigkeiten und Unverschämtheiten gegen Preußen und dessen König folgten eine um die andere. „Demütigung oder Krieg!“ lautete die Losung in den Tuilerien. Und hätte Preußen die erste Demütigung hingenommen, so wäre in wenigen Wochen die zweite erfolgt und damit so lange fortgefahen worden, bis endlich König Wilhelm, gerade so wie sein Vater 1806, unter vielleicht weit ungünstigeren Verhältnissen, den Krieg doch hätte beginnen müssen. Denn das Ziel der

Gramontschen Politik waren Eroberungen, war die Wegnahme Belgiens und Luxemburgs oder des linksrheinischen deutschen Gebietes oder beider zusammen; denn mit der Wegnahme des einen war auch des anderen gegeben, und die viel besprochene Ausdehnung der französischen Herrschaft bis zum Rhein, von Basel bis zu dessen Mündung, war dann eine Thatsache. Hatte Preußen alle französischen Allianzverträge abgelehnt, so sollte nun der Versuch gemacht werden, ob nicht die Vergrößerung Frankreichs im Krieg mit Preußen, anstatt im Bunde mit Preußen, zu erreichen sei.

Obgleich die spanischen Minister und Abgesandten aufs bestimmteste versicherten, daß sie in der ganzen Sache nie mit der preussischen Regierung, sondern immer nur mit dem Prinzen Leopold von Hohenzollern unterhandelt hätten; obgleich jedermann wußte, daß dieser Prinz eine durchaus unabhängige Stellung einnahm und in einer Frage, wie die der Annahme der spanischen Krone, der König von Preußen ihm weder etwas zu befehlen noch etwas zu verbieten hatte; obgleich überhaupt die Besetzung des spanischen Thrones durch einen deutschen Prinzen für Preußen keinen greifbaren Nutzen darbot, höchstens den negativen Vorteil gewährte, daß dann ein spanisch-französisches Bündnis, wie es im Jahre 1868 zwischen Isabella und Napoleon geplant war, in das Reich der Unmöglichkeiten gehörte: schob doch die französische Regierung von Anfang an die Person des Königs von Preußen in den Vordergrund, machte diesen für den ganzen Streit verantwortlich, behandelte die Sache als eine lediglich preussische und zwar dynastische Intrigue und schnitt dadurch dem König die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs ab.

Die Ereignisse folgten sich mit unerhörter Geschwindigkeit und Präzision. Am 4. Juli ließ Gramont durch den französischen Geschäftsträger zu Berlin den Staatssekretär Thile über die Thronkandidatur interpellieren und erhielt zur Antwort, diese Angelegenheit gehe Preußen gar nichts an. Am gleichen Tage trug Gramont dem preussischen Botschafter zu Paris, Freiherrn v. Werther, welcher im Begriff war, nach Ems zu reisen, auf, dem König zu sagen, daß die französische Regierung erwarte, er werde den Prinzen Leopold veranlassen, die ihm angebotene Krone Spaniens zurückzumeifen, und daß Frankreich daraus eine Kriegsfrage mache. Ohne eine Antwort aus Ems abzuwarten, beantwortete Gramont am

6. Juli im Gesetzgebenden Körper die am vorangegangenen Tage gestellte Interpellation dahin, daß er sagte: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europas störe und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird; wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben.“ Zu gleicher Zeit wurden zu Land und zur See Kriegsvorbereitungen getroffen, und die französische Presse nahm einen Ton gegen Preußen an, wie wenn dieses bereits ein zweites Jena hinter sich hätte.

Der französische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Benedetti, verweilte damals in dem württembergischen Schwarzwaldbad Wildbad. Er erhielt am 7. Juli von Gramont die telegraphische Weisung, unverzüglich nach Gmünd abzureisen. Derselbe hatte am 9. Juli seine erste Audienz bei dem Könige und verlangte im Namen seiner Regierung, der König solle dem Prinzen Leopold den Befehl erteilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzunehmen. Der König erwiderte ihm, daß er dem Prinzen weder die Annahme der Krone befohlen habe noch die Zurücknahme seiner Zusage befehlen könne. Diese Antwort wurde von der französischen Regierung als eine bloße Ausflucht angesehen und nach wie vor die ausschließliche Verantwortlichkeit des Königs betont. Da wurde am 12. Juli ein vom Schlosse zu Sigmaringen ausgehendes Telegramm veröffentlicht, welches den Rücktritt des Prinzen Leopold von der spanischen Thronkandidatur verkündigte. Damit schien der Konflikt beigelegt und einem solchen jede solide Grundlage entzogen zu sein. Hatte ja Gramont dem englischen Botschafter in einer Unterredung vom 8. und vom 10. Juli selbst gesagt, daß die Sache durch den freiwilligen Rücktritt des Prinzen ihre einfachste und glücklichste Lösung fände, und hatte ja auf das Sigmaringer Telegramm hin der Justizminister Olivier in den Kreisen der Abgeordneten sofort die Erklärung abgegeben, daß da-

mit der Zwischenfall erledigt sei. Aber wie stand es dann mit dem Krieg, durch welchen man die alte Größe wieder erringen wollte? Gramont ging also einen Schritt weiter, obgleich er sich hätte sagen können, daß Frankreich, wenn es mit dem Rücktritt des Prinzen sich nicht begnüge und noch weitere Forderungen stelle, ebendamit auch die ganze Verantwortung für die Kriegsfrage auf sich nehme und das Urtheil über sich müsse ergehen lassen, daß es ihm nicht um den Frieden, sondern um den Krieg zu thun sei. blieb auch dann noch die Frage eine rein dynastische? Oder wurde sie nicht eine nationale, welche halb Europa in Flammen setzte?

Gleichgültig gegen solche Bedenken fuhr Gramont in seiner diktatorischen Weise fort. Dem soeben von Gms zurückgekehrten preussischen Botschafter sagte er am 12. Juli: „Die Entfugung des Prinzen sei Nebensache; Frankreich hätte dessen Thronbesteigung doch niemals zugegeben; die Hauptsache sei nun, daß die durch diese Thronkandidatur entstandene Verstimmung beseitigt und die Aufregung unter dem französischen Volke beschwichtigt werde; zu diesem Zwecke solle der König von Preußen an den Kaiser einen zur Veröffentlichung bestimmten Brief schreiben, worin gesagt würde, daß der König, indem er den Prinzen zur Annahme der spanischen Krone ermächtigt habe, nicht habe glauben können, den Interessen und der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten und daß er der Entfugung des Prinzen sich anschliesse mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen nunmehr geschwunden sei.“ Freiherr v. Werther stellte zwar diese schmachvolle Zumutung nicht, wie Gramont wünschte, dem König direkt telegraphisch zu, lehnte sie aber auch nicht geradezu ab und überließ nicht Gramont selbst die Form, unter welcher er sie anbringen wollte. Er schickte einen amtlichen Bericht hierüber dem Grafen Bismarck zu, und dieser erwiderte ihm, einen Bericht dieses Inhalts könne er dem König nicht zur amtlichen Verhandlung vorlegen, und gab dem Botschafter sofort Urlaub. Nach der Unterredung mit dem preussischen Botschafter gab Gramont dem Grafen Benedetti telegraphisch den Auftrag, vom König zu verlangen, daß derselbe die Verzichtleistung des Prinzen Leopold ausdrücklich billige und die Versicherung erteile, daß er niemals zu einer später wieder auftauchenden Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern seine Einwilligung geben werde. Dieses Auftrages

entledigte sich Benedetti auf eine sehr taktlose Weise am Morgen des 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems. Der König erwiderte ihm, daß er die Bestätigung der Verzichtleistung, wie früher die der Annahme, nur als Privatmann, nicht als König von Preußen geben könne, daß er aber im Interesse Preußens jede Verbindlichkeit für die Zukunft in dieser und jeder anderen Sache entschieden zurückweise. Als Benedetti wenige Stunden darauf eine neue Audienz begehrte, um den nämlichen Gegenstand noch einmal zur Sprache zu bringen, ließ ihm der König sagen, daß er auf eine Erörterung dieses Gegenstandes nicht mehr zurückkomme; er habe hierüber sein letztes Wort bereits gesprochen; sollte der Botschafter sich nicht beruhigen können, so müsse er sich an das preussische Ministerium des Auswärtigen wenden. Diese Vorgänge in Ems wurden von der preussischen Regierung am Abend des 13. Juli in einem durchaus sachlich gehaltenen Telegramm den preussischen Gesandten an den auswärtigen Höfen mitgeteilt und durch ein Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zur Kenntnis des deutschen Volkes gebracht.

Dieses Auftreten des Königs paßte nicht zu dem Plane der französischen Kriegspartei. Die von Benedetti einlaufenden Nachrichten erregten in Paris große Aufregung und Verwirrung. Die einen hielten den Konflikt für erledigt, die anderen, welche schon zu weit vorgegangen waren, wollten nicht mehr zurückgehen und lieber die Dynastie und das Land in einen sehr gewagten Krieg stürzen als sich nachsagen lassen, daß sie aufs neue Forderungen an Preußen gestellt und aufs neue eine abschlägige Antwort erhalten, daß also schließlich nicht der König von Preußen, sondern sie selbst eine Demütigung erlitten hätten. Napoleon schwankte. Wegen eines solchen Anlasses mit der geschlossenen Macht des Norddeutschen Bundes, vielleicht sogar mit ganz Deutschland Krieg anzufangen, schien ihm sehr bedenklich. Er konnte lange zu keinem Entschluß kommen, hörte diesen und jenen seine Ansichten äußern und brütete in gewohnter Weise vor sich hin. Auf kurze Zeit war der Friede so gut als schon beschlossen. Aber in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli, in welcher in St. Cloud die entscheidende Sitzung des Ministerrates gehalten wurde, drangen die kriegslustigen Minister Gramont und Ledoeuf und die den Jesuiten ergebene Kaiserin Eugenie heftig in den Kaiser, diese



fortwährenden Abweisungen und Demütigungen nicht länger von Preußen hinzunehmen, zur Rettung seines auf der Achtung des französischen Volkes beruhenden Thrones den Krieg zu erklären und im Bund mit den großen katholischen Völkern über das keiserliche Deutschland herzufallen. Der Kaiser gab, offenbar mit schwerem Herzen, endlich nach, und die Kaiserin rief triumphierend aus: „Das ist mein Krieg! Mit Gottes Hilfe werden wir das protestantische Preußen niederwerfen.“ In der Sitzung des Senats und des Gesetzgebenden Körpers vom 15. Juli verlasen die Minister Gramont und Ollivier, eine offizielle Denkschrift, in welcher der Sachverhalt und die Vorgänge in Ems vollständig entstellt waren, von einer Beschimpfung des Grafen Benedetti, dem man die Thüre gewiesen habe, und von einem die Würde Frankreichs verletzenden Telegramm an die auswärtigen Mächte die Rede war und auf die in der Nacht auf den 14. Juli bereits begonnenen preußischen Rüstungen hingewiesen wurde. Die Regierung habe daher die Reserven einberufen und werde die weiteren Maßregeln treffen. Zugleich wurde eine Kreditforderung für die Armee und die Marine und ein Gesetz über die Berufung der Mobilmgarde zum aktiven Dienst und über die Anwerbung Freiwilliger vorgelegt. Der Senat genehmigte einstimmig die Regierungsvorlagen, der Gesetzgebende Körper bewilligte den Kredit für die Armee mit 245 gegen 10 Stimmen, die weiteren Vorlagen mit allen gegen eine Stimme. Vergebens machten einige Oppositionsmitglieder, welche das ministerielle Lügengewebe durchschauten, darauf aufmerksam, daß der König alles, was in dieser Sache von ihm zu erwarten gewesen sei, gethan habe und daß nirgends eine tatsächliche Beschimpfung zu finden sei; vergebens verlangten sie, daß die eine Beschimpfung Frankreichs enthaltenden Depeschen als Beweisstücke vorgelegt werden sollten; vergebens erklärte Thiers, welcher Jahre lang die Eitelkeit des französischen Volkes aufgestachelt und zum Krieg gehetzt hatte, der Kriegsfall sei ungeschickt gewählt und die Kriegsrüstungen nicht vollendet: die Minister und die bonapartistische Mehrheit überschrieen diese vereinzelt Warnungstimmen. Am Abend dieses Tages konnte man in den Straßen von Paris den Ruf hören: „Nach Berlin, nach Berlin!“ und die offiziöse Presse sprach von der Niederlage Preußens und von der Wegnahme des linken Rheinuferes als von einer selbstverständlichen

Sache. Die offizielle Kriegserklärung wurde der preussischen Regierung von dem französischen Geschäftsträger am 19. Juli übergeben.

Frankreich hatte gesprochen, und seine Worte waren voll von Übermut und Lüge, von Herrschsucht und Eroberungssucht. Nach der Abstimmung vom 15. Juli konnte niemand sagen, daß nur der Kaiser den Krieg gewollt habe. Wenn der Senat einstimmig und der Gesetzgebende Körper mit 245 gegen 10 Stimmen für die Kriegsvorlagen sich aussprach, so war die gesamte Volkvertretung, das heißt das ganze Land, für den Krieg verantwortlich. In Deutschland nahm man den hingeworfenen Handschuh mit Entschlossenheit, ja mit Begeisterung auf. Von einem dynastischen Kriege war keine Rede mehr. Nachdem Gramont sich nicht einmal mit der Verzichtleistung des Prinzen Leopold begnügt hatte, die doch offenbar nur auf eine Anfrage beim König von Preußen erfolgt war; nachdem Gramont dem König sogar die Absendung eines vor aller Welt zu veröffentlichenden Entschuldigungsschreibens und die förmliche Zusage, das ganze Haus Hohenzollern auf ewig von den spanischen Händeln fernzuhalten, zugemutet hatte, sah jedermann in Deutschland, daß die hohenzollernsche Kandidatur Nebensache, der Krieg um jeden Preis Hauptsache war, daß der Zweck derselben Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, Störung des Einheitsprozesses, Wegnahme deutschen Gebietes war. Daher empfand ganz Deutschland die dem König zugebachten Demiltigungen als dem Gesamtvaterland zugefügte, sah den Krieg als einen nationalen an und hegte die Hoffnung, daß das Werk von 1866 nun vollendet und zugleich für hundertjährige Schmach gründlich abgerechnet werde.

Die entscheidenden Schritte folgten Schlag auf Schlag. Schon am 12. Juli trafen Bismarck und Moltke in Berlin ein und besprachen sich mit den Ministern. Dem englischen Botschafter gegenüber erklärte Bismarck am 13., daß der König eher zu viel als zu wenig Mäßigung bewiesen habe, und daß es nun an Preußen sei, von Frankreich eine Zurücknahme seiner drohenden Sprache und eine Erklärung über seine Kriegsrüstungen zu fordern. Am 15. Juli verließ der König Ems und kehrte nach Berlin zurück. Seine Reise war ein Triumphzug; überall, wo der Zug anhielt, nahm der König patriotische Ansprachen entgegen und erwiderte sie. Der Kronprinz, Bismarck, Moltke und Roon waren ihm bis

Brandenburg entgegengefahren. In Berlin erwartete eine unermeßliche Volksmenge die Ankunft des Königs. Sie erfolgte kurz vor 9 Uhr abends, und erst jetzt, auf dem Bahnhof in Berlin, erfuhr der König, daß in Paris die Entscheidung auf der Tribüne der beiden Kammern bereits gefallen war. Noch am Abend des 15. Juli geschloß der König die Mobilmachung der Armee, am 16. wurden Vorsichtsmaßregeln an der Nordseeküste angeordnet und der Norddeutsche Bundesrat zu einer außerordentlichen Sitzung berufen. Entschlossene Aufnahme der übermütigen Herausforderung wurde von den Vertretern der Bundesstaaten einstimmig beschlossen. Am 19. Juli wurde von König Wilhelm der Norddeutsche Reichstag eröffnet. Hochpatriotisch, kühn und vertrauensvoll klangen die Worte der Thronrede: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend getragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet; heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat.“ Der Reichstag bewilligte am 21. Juli einstimmig die von der Regierung geforderten 120 Millionen Thaler. Am 29. Juli veröffentlichte Bismarck die verschiedenen, oben schon angeführten französischen Vertragsanerbietungen von 1866 und 1867 und enthüllte damit vor Deutschland und vor den auswärtigen Mächten die Eroberungspläne der Napoleonischen Regierung.

Die süddeutschen Regierungen hatten diese Mitteilungen schon früher erhalten und daraus abnehmen können, daß sie durch ihre etwaige Neutralität einer so treulosen Macht wie Frankreich gegenüber durchaus keine Garantie für ihre Unversehrtheit hätten, vielmehr nur beim Friedensschluß das Objekt zur Ausgleichung sein würden. Um so fester stand ihr Entschluß, die Allianzverträge treu und ehrlich zu halten. König Ludwig von Bayern gab schon am 16. Juli den Befehl zur Mobilisierung der Armee und die Abgeordnetenkammer horchte nicht auf die Stimme der größtenteils aus Ultramontanen zusammengesetzten Kommission und deren Wortführer Dr. Jörg, welcher den Antrag auf bewaffnete Neu-

tralität stellte, sondern auf das Gebot der Ehre und der Treue und verwilligte am 19. Juli mit 101 gegen 47 Stimmen die Summe von 18 260 000 fl. zum Zweck der Ausrüstung und Unterhaltung der Armee. Die Reichsratskammer stimmte diesem Beschlusse mit Einstimmigkeit bei. In Württemberg wagten, nachdem Bayern vorangegangen war, die Demokraten und Großdeutschen keine Opposition mehr. Sie sahen, wie fast das ganze Land über ihren Preußenhaß zur Tagesordnung überging und den in einer Volksversammlung zu Stuttgart am 16. Juli angenommenen Resolutionen zustimmte, in welchen die Regierung zur Teilnahme an dem nationalen Kriege aufgefordert wurde. Der am 17. Juli aus der Schweiz zurückkehrende König Karl erließ sofort den Mobilisierungsbefehl, und die auf den 21. Juli einberufenen Kammern bewilligten am 22., die Zweite Kammer mit 85 gegen 1 Stimme, die Erste Kammer einstimmig, den verlangten Kredit. Zugleich ernannte der König den preussischen Generalleutnant v. Brittwitz, welcher in den vierziger Jahren den Bau der Festung Ulm geleitet hatte, zum Gouverneur dieser Festung und den preussischen Generalleutnant v. Obernitz, früher Militärbefehlshaber in Stuttgart, zum Kommandanten der württembergischen Truppen. In Hessen mußte Minister v. Dalwigk, so schwer es ihm auch ankommen mochte, einen Kriegskredit von der Kammer fordern. Derselbe wurde einstimmig bewilligt. Der Großherzog von Baden, in der nationalen Frage sich eins mit seinem Volke wissend, ordnete am 16. Juli die Mobilisierung des Heeres an und ließ dem französischen Gesandten am 22. seine Pässe zustellen. Der Verkehr zwischen Kehl und Straßburg wurde am 16. durch Abtragung der Schiffbrücke und durch Wegnahme der Schienen von der Eisenbahnbrücke eingestellt und am 22. durch Sprengung eines Pfeilers der Eisenbahnbrücke jede Möglichkeit eines Eisenbahnüberfalles beseitigt. Dies geschah, nachdem den Tag vorher dem badischen Gesandten in Paris, auf die grundlose Nachricht, daß unter den badischen Truppen explosive Flintenkugeln ausgeteilt worden seien, durch einen Beamten des französischen Ministeriums erklärt worden war, daß Frankreich in diesem Falle Repressalien ergreifen, Baden als außerhalb des Völkerrechtes stehend betrachten, das Land wie zu Melac's Zeiten verwüsten und selbst die Frauen nicht verschonen würde.

So war denn vom 22. Juli an das ganze Deutschland, der Süden wie der Norden, zum großen Entscheidungskampf entschlossen, und eine nationale Begeisterung, ein wetteiferndes Zusammenwirken, eine hingebende Opferfreudigkeit zeigte sich unter allen Volksstämmen und unter allen Ständen der Bevölkerung, wie sie in Deutschland noch nie gesehen worden ist. „Jetzt oder nie!“ war die Losung des ganzen Volkes; die Zurückwerfung des mit übermütiger Brutalität herausfordernden Feindes war das nächste Ziel; war dies erreicht, so war die politische Einigung des noch zersplitterten Deutschlands die sichere Folge und im Zentrum Europas stand dann ein wegen seiner geistigen Bildung geachtetes und wegen seiner festgeschlossenen, gebietenden Wehrkraft gefürchtetes Volk. Der Gedanke, diese hohen Ziele jetzt mit einem einzigen Schlage erreichen zu können, war es, welcher der deutschen Bewegung von 1870 jenen bewundernswerten Schwung verlieh, die Krieger mit unglaublicher Tapferkeit und Ausdauer ausrüstete, ihnen das Siegen als ein absolutes Gebot der Pflicht und der Notwendigkeit hinstellte. Von allen Seiten, selbst aus fernen Ländern, eilten die Freiwilligen zur Armee, die günstigsten Stellungen wurden von den jungen Männern der Industrie und des Handels, die Hörsäle der Universitäten von den Dozenten und Studenten verlassen, Alles nur zu dem einen Zweck, das Vaterland zu erretten. „Deutschland über alles!“ war das stolze Wort, mit dem der Wehrpflichtige zur Flinte griff und der in der Heimat Zurückbleibende die Wunden des Krieges zu heilen suchte. Zu keiner Zeit und unter keinem Volke wurde jemals in so patriotischer und so großartiger Weise für die Verwundeten, für die Hinterbliebenen, für die Familien der Reservisten und Landwehrmänner aus Staats-, Gemeinde- und Privatmitteln Sorge getragen, wie in diesem Kriege von seiten des deutschen Volkes von Anfang bis zum Ende ohne Unterlaß, ohne Nachlaß geschehen ist. Auch für hervorragende Kriegsthaten wurden von Privaten bedeutende Summen ausgesetzt. Der König von Preußen erneuerte am 19. Juli den von seinem Vater gestifteten Orden des Eisernen Kreuzes für das ganze deutsche Heer.

Die Trefflichkeit der preussischen Militäreinrichtungen, die Genauigkeit des ins Einzelne gehenden Moltkeschen Kriegsplanes und die mit diesem zusammenwirkende energische Moonsche Kriegsverwal-

tung machten es möglich, daß gleich im Beginn bedeutende Massen im Felde auftreten konnten, daß die am 16. Juli angeordnete Mobilisierung am Abend des 26., also nach elf Tagen, vollendet war und daß 8 Tage darauf die deutschen Heere ihre Aufstellung am linken Rheinufer bereits vollzogen hatten. Wie im Jahre 1866 bei dem Einmarsch der preußischen Armee in Böhmen, so war auch jetzt die gesamte deutsche Armee in drei nach gemeinschaftlichem Plane und zu gemeinschaftlichen Zielen vorrückende und operierende Armeen geteilt, und wiederum stand der Kronprinz von Preußen auf dem linken Flügel, Prinz Friedrich Karl im Zentrum, General Steinmeyer (im Jahre 1866 General v. Herwarth) auf dem rechten Flügel. Der erste hatte den Generalleutnant v. Blumenthal, der zweite den Generalmajor v. Stiehle, der dritte den Generalmajor v. Sperling zu seinem Generalstabschef. Die Erste, unter General Steinmeyer stehende Armee bestand zunächst aus 2 Armeekorps, dem 7. und 8., und hatte etwa 60 000 Mann nebst 180 Geschützen; die Zweite, vom Prinzen Friedrich Karl befehligte Armee bestand aus 6 Armeekorps, und zwar dem 3., 4., 9., 10., 12. und dem Gardekorps, und hatte zusammen 194 000 Mann nebst 534 Geschützen; die Dritte unter dem Kronprinzen von Preußen stehende Armee umfaßte 5 Armeekorps, und zwar das 5. und 11. preußische, das 1. und 2. bayrische und die 2 Divisionen der Württemberger und Badener, und hatte zusammen 130 000 Mann und 480 Geschütze. Die gesamte Operationsarmee hatte also etwa 384 000 Mann. Die Dritte Armee war insofern die interessanteste, als sämtliche süddeutsche Truppen hier mit norddeutschen vereinigt waren. Diese Armee repräsentierte die Einheit des bewaffneten Deutschlands, und wohl mit guter Absicht war als Kommandant für dieselbe der so populäre Kronprinz von Preußen auserlesen worden. Auf seiner Reise zur Armee besuchte er die Höfe von München, Stuttgart und Karlsruhe und wurde überall mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen.

Unter der Voraussetzung, daß die Franzosen nicht infolge einer rascheren Mobilisierung zuerst die Offensive ergreifen und den Rhein überschreiten würden, sollte nach dem Moltkeschen Plan die Erste Armee von ihrem Sammelplatz Koblenz aus gegen Saarbrücken vorrücken, die Zweite von Bingen und Mainz aus gleichfalls die Richtung nach der Saar, bei Saarbrücken und Saar-

gemünd, einschlagen, die Dritte Armee von Mannheim und Raftatt aus nach der Lauter, im nordöstlichen Winkel des Elfaß, vormarschieren. Der weitere Plan ging dahin, daß der Kronprinz, dessen Armee schon bei der ersten Aufstellung nahe bei der französischen Grenze stand, den Feldzug beginnen, den rechten Flügel der französischen Aufstellung über die Vogesen zurückwerfen und bis zur Mosel vorrücken sollte; daß gleichzeitig Prinz Friedrich Karl und Steinmetz die vor Metz aufgestellten französischen Streitkräfte nach dieser Festung zurückdrängen, ihnen den Rückzug nach Châlons oder Paris abschneiden, bei Metz eine Entscheidungsschlacht liefern, den geschlagenen Feind entweder in die Festung zurückwerfen oder nach der nördlichen Grenze hinausdrücken und so der Dritten Armee und den anderen nun verfügbaren Truppen den Weg nach Paris frei machen sollten. Dies war ein ebenso feiner als kühner Plan, und im ganzen und großen nahmen die Kriegsoperationen den beabsichtigten Verlauf.

Außer diesen 3 Armeen mit 13 Armeekorps befanden sich zur Zeit der ersten Aufstellung noch 3 Armeekorps mit etwa 100 000 Mann in Deutschland. Von diesen wurden das 1. und 2. Armeekorps, welche an der nördlichen Küste einem durch dänische Truppen verstärkten französischen Landungskorps die Spitze bieten sollten, gleich nach den ersten Siegen nach dem Kriegsschauplatz bei Metz berufen, während das 6. Armeekorps, welches Schlesien gegen das sich rüstende Osterreich deckte, im Monat August bei der Armee des Kronprinzen eintraf. Die in der Nähe des Kriegsschauplatzes gelegenen Provinzen und die Küstengebiete der Nordsee und Ostsee wurden in Kriegszustand erklärt, fünf Generalgouverneure für dieselben eingesetzt und der durch den Mainfeldzug vom Jahre 1866 berühmte General Vogel v. Falckenstein zum Gouverneur von Preußen, Pommern, Schleswig-Holstein und Hannover ernannt. Die 17. Division und die anderen zum Schutz des Küstengebietes aufgestellten Landwehrdivisionen standen unter dem Kommando des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin; jene marschierte im September gleichfalls nach Frankreich, um an der Loire eine ruhmvolle Thätigkeit zu entfalten.

Die Befehlshaber der drei großen Armeen reisten am 26. Juli von Berlin nach den für ihre Truppen bestimmten Sammelplätzen ab. Am 31. Juli verließ der König von Preußen, welcher das

Oberkommando über sämtliche deutschen Streitkräfte führte, seine Residenz in Berlin. Er war begleitet von dem Grafen Bismarck und den Generalen Moltke und Roon. Am Morgen des 2. August traf er in Mainz ein. Hier wurde das große Hauptquartier eingerichtet und von hier eine Proklamation an das deutsche Heer erlassen. Hier in dem großen Hauptquartier und dort bei den drei großen Armeen war alle Kraft Deutschlands vereinigt; nach dem Rhein und nach der Saar waren die Blicke des ganzen deutschen Volkes gerichtet; sehnüchtig, aber vertrauensvoll erwartete es die ersten Nachrichten.

Es gehörte zu den Eigentümlichkeiten der französischen Diplomatie, daß sie, die den Ausbruch des Krieges hätte verzögern können, bis sie zum Schlagen vollständig bereit war, den Krieg schon zu einer Zeit erklärte, in welcher sie mit ihren Rüstungen noch so weit zurück war, daß nicht nur nicht von einem offensiven Vorgehen, sondern nicht einmal von einer genügenden Defensiv die Rede sein konnte. Schon die Haltung Süddeutschlands durchkreuzte sehr die Pläne Napoleons. Die politische Macht der Ultramontanen und Demokraten überschätzend, glaubte er fest an die Neutralität Bayerns und Württembergs und mußte am 16. und 17. Juli erfahren, daß dort schon der Mobilisierungsbefehl erlassen worden sei. Um die Vereinigung der süddeutschen Truppen mit den norddeutschen zu verhindern, wollte er einen Teil des Rieschen Kriegsplanes ausführen und durch Schnelligkeit der Operationen das, was ihm an Truppenzahl gebrach, wieder gut machen. Die Stärke der deutschen Feldarme berechnete er auf 550 000 Mann, die der eigenen auf 300 000. Diese fast doppelte Überlegenheit des Gegners hoffte er durch einen raschen und kräftigen Vorstoß um ein Bedeutendes herabzudrücken. Bei Metz sollten 150 000 Mann, bei Straßburg 100 000, im Lager von Chalons 50 000 sich ansammeln. Die beiden ersten Armeen wollte er vereinigen und an der Spitze von 250 000 Mann den Rhein bei Marau überschreiten, Baden, Württemberg und Bayern durch einen raschen Überfall in seine Gewalt bringen und zur Neutralität zwingen und dann das preussische Heer, dessen Stärke er auf 350 000 Mann berechnete, aufsuchen und bekämpfen. Inzwischen sollten die in Chalons versammelten 50 000 Mann nach Metz vorrücken, um den Rücken der Operationsarmee zu decken und die Nordost-



grenze zu überwachen, und das Erscheinen der französischen Flotte in der Nordsee und Ostsee und die durch die Dänen verstärkten französischen Landungstruppen sollten einen Teil der preussischen Streitkräfte in den Küstenländern zurückhalten.

Die Ausführung dieses Planes war nur dann möglich, wenn Napoleon gleichzeitig mit der Kriegserklärung den Rhein mit 250 000 Mann überschreiten konnte. Aber in Metz befanden sich damals nur 100 000 Mann, in Straßburg nur 40 000, in Châlons fehlten zwei Divisionen, Artillerie und Kavallerie waren nicht schlagfertig, kein einziges Armeekorps hatte eine vollständige Feldausrüstung, und als Napoleon Befehl gab, die Ankunft der fehlenden Regimenter zu beschleunigen, wurde ihm unter dem Vorwande, daß man Algerien, Paris und Lyon nicht von Garnisonen entblößen könne, nur läßig Folge geleistet. Auch an anderen notwendigen Dingen fehlte es. Große Vorräte an Proviant, Munition und Montierungsstücken waren angehäuft, nur unglücklicherweise nicht da, wo man sie brauchte. Die Eisenbahnverwaltungen waren auf so kolossale Transporte von Menschen und Waren nicht eingerichtet und nicht eingeübt. So entstand eine ungeheure Verwirrung; die Bahnhöfe waren überfüllt von Kriegsbedürfnissen und die Festungen litten Mangel daran.

Unter solchen Umständen war von Durchführung des Napoleonischen Kriegsplanes, von Ergreifung der Offensive, keine Rede. Damit fielen auch die anderen Hoffnungen zusammen: Süddeutschland vollzog seine militärische Einheit mit dem Norden, Landungstruppen mochten, wo es an Landtruppen fehlte, schwer aufzubringen sein, und der Abschluß von Allianzen mit Dänemark, Österreich und Italien hing wohl von der Unterschrift der ersten Siegesnachrichten ab. An Lust zu einem Einfall in Schleswig-Holstein und in andere preussische Gebiete fehlte es in Dänemark nicht; doch hatte man dort noch eine zu lebhafteste Erinnerung an die Schläge von 1864, als daß man irgend eine Feindseligkeit gewagt hätte, wenn nicht etwa 40 000 französische Landungstruppen erschienen und Napoleonische Kriegsthaten verkündigt wurden. In Österreich, wo man seit der Salzburger Zusammenkunft über eine Allianz mit Frankreich verhandelte, hielt man zwar den Kriegsfall für sehr schlecht gewählt, aber die durch Beusts Bismarckhaß und Intriguen verstärkte Kriegspartei glaubte doch die Gelegenheit zur

Demütigung Preußens und zur Wiedererringung der habsburgischen Stellung in Deutschland nicht unbenutzt lassen zu dürfen und gab die Zusage, daß die Kriegsrüstungen sofort in Angriff genommen und im Herbst Preußen der Krieg erklärt und in Deutschland einmarschirt würde. Die Sympathieen der Deutschösterreicher für ihre Stammesgenossen, das Mißtrauen der Ungarn gegen ein in Deutschland wieder gebietend auftretendes Habsburg, vor allem aber die Gewißheit, daß der Kriegserklärung Osterreichs an Preußen sofort die Kriegserklärung Rußlands an Osterreich folgen würde, zwangen letzteres zunächst zur Neutralität. Italien war in der eigentümlichen Lage, daß sowohl Preußen als Frankreich seine Alliierten waren. Diesem verdankte es den Besitz der Lombardei, jenem den Venedizien. So ergab sich für Italien die Notwendigkeit der Neutralität von selbst. Und doch wären der König und eine namhafte Partei von Generalen und Staatsmännern für Napoleon zu gewinnen gewesen, wenn er ihnen als Preis der Allianz die Ueberlassung Roms zugesichert hätte. Aber Napoleon, in dessen Kriegsprogramm der Papst und die Jesuiten eine so bedeutende Rolle spielten, lehnte die Forderung der italienischen Regierung ab; Italien blieb nun neutral und griff bei günstiger Gelegenheit selbst zu.

So stand Frankreich isolirt. Es hatte allein den Krieg angefangen und mußte ihn auch allein durchführen. Die schönen Reden der französischen Diplomaten und die spätere Reise des französischen Staatsmannes Thiers nach London, Petersburg, Wien und Florenz änderten hierin nichts. Sämtliche Staaten betonten ihre Neutralität, wenn sie auch dieselbe nicht immer so streng befolgten, wie England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche die französischen Schiffe mit Kohlen versahen und an die französischen Heere in der zweiten Hälfte des Krieges Waffen verkauften, ohne welche die dortigen Machthaber den Krieg nicht hätten fortsetzen können. Die spanische Regierung, welcher durch die Gramontschen Erklärungen das Beharren auf der hohenzollernschen Thronkandidatur geradezu verboten worden war, zeigte auf eine solche Anmaßung hin ein sehr schwach angelegtes Ehrgefühl. Sie konstatiert die Erklärung des Prinzen Leopold vom 12. Juli, erklärte, die ganze Sache gehe sie nichts mehr an, und der Ministerpräsident Prim sah sich nach einem anderen Kandidaten um. Nur ein einziger Staat befolgte eine richtige Politik, und das war Rußland.

Deutschland ging in den Krieg ohne einen Alliierten, und es durfte sich glücklich schätzen, daß es keinen hatte; denn 1814 und 1815 hatte es für seine Alliierten den schwersten Teil der Arbeit übernehmen dürfen, um dafür den geringsten Teil der Beute davonzutragen und seine wichtigsten und verständigsten Ratschläge und Forderungen als Makulatur behandelt zu sehen. Deutschland war 1870 stark genug, um allein den Kampf mit Frankreich aufzunehmen; war dann der Kampf siegreich beendet, so war es auch stark genug, die zudringlichen Friedensstimmen und die barmherzigen Brüder aus London und anderen Orten sich vom Leib zu halten, die Friedensbedingungen nach eigenem Ermessen zu diktieren und nur nach eigenem Interesse zu handeln. Rußlands Politik deckte Deutschland den Rücken und machte es ihm möglich, seine östlichen Provinzen von Truppen fast gänzlich zu entblößen und sämtliche Armeekorps nach dem Kriegsschauplatz zu werfen. Durch die Erklärung des Kaisers Alexander, er werde neutral bleiben, so lange die anderen Mächte es auch blieben; er werde aber, sobald eine dritte Macht sich am Kriege beteiligen und auf die Seite Frankreichs treten würde, gleichfalls mitthun und als Bundesgenosse Preußens auftreten, wurde der deutsch-französische Krieg lokalisiert und dessen Übergang zu einem europäischen verhindert. Wenn auf irgend welche Kriegereignisse hin Osterreich seine Truppen gegen Deutschland marschieren ließ, so rückten die Russen in Osterreich ein und verschafften sich gelegentlich auch ihre Revanche für Osterreichs Haltung im Krimkrieg. Darüber drückte sich König Wilhelm am Ende des Krieges in einem Telegramm an Kaiser Alexander vom 27. Febr. 1871 mit den Worten aus: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat.“

Napoleon übernahm, wie König Wilhelm, selbst das Oberkommando über sämtliche Truppen. Zum Chef seines Generalstabes ernannte er den Kriegsminister Leboeuf. Für die Dauer seiner Abwesenheit von Paris übertrug er am 23. Juli seiner Gemahlin die Regentschaft. Diese begab sich am 24. nach Cherbourg, um die unter dem Vizeadmiral Graf Bouet-Willaumez stehende Flotte vor deren Abfahrt in die Nordsee und Ostsee zu besichtigen und mit einer Proklamation zu verabschieden. Am 28. Juli reiste Napoleon mit seinem Sohne nach Mexiko und übernahm das Kom-

mando. Die an die „Rheinarmee“ gerichtete Proklamation atmete nicht die alte Siegeszuversicht, sondern stellte einen „langen und mühevollen Krieg“ in Aussicht. Die Armee bestand aus 8 Korps. Von diesen stand das 1. unter Marschall Mac Mahon bei Straßburg, das 2. unter General Frossard bei St. Avold, das 3. unter Marschall Bazaine bei Metz, das 4. unter General Ladmirault bei Diedenhofen, das 5. unter General Failly bei Bitsch, das 6. unter Marschall Canrobert im Lager von Châlons, das 7. unter General Felix Douay bei Belfort, das 8., die kaiserliche Garde, unter General Bourbaki bei Nancy. Die französische Armee bestand somit aus 2 Gruppen, wovon die größere an der Mosel, die kleinere im Elsaß aufgestellt war. Zur letzteren gehörte das 1. und 7. Korps, welche beide unter den Befehl Mac Mahons gestellt waren und der Armee des Kronprinzen von Preußen das Eindringen ins Elsaß verwehren sollten. Die größere Gruppe umfaßte das 2., 3. und 4. Korps, wovon das 2. als Avantgarde vorgeschoben war. Gegen diese Gruppe rückten die Heere des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Steinmetz an, deren Überlegenheit das sofortige Heranziehen der in der Reserve stehenden Korps unter Canrobert und Bourbaki notwendig machte. Die Verbindung zwischen beiden Gruppen sollte durch das 5. Korps bei Bitsch unterhalten werden.

Die Vorposten- und Reconoszierungsgesechte hatten schon am 19. Juli begonnen. Besonders hartnäckig waren sie bei Saarbrücken, wo 1000 Mann (1 Bataillon Füsilier und 3 Schwadronen Ulanen) unter Oberstleutnant v. Pestel standen. Um die Stärke des Feindes auszukundschaften und den ungeduldrigen Parisern ein Siegestelegramm zusenden zu können, ließ Napoleon das Korps des Generals Frossard vorrücken und eröffnete am 2. August die sogenannte Schlacht bei Saarbrücken mit 30 000 Mann gegen 1000. Über letztere hatte an diesem Tage General Graf Gneisenau das Kommando. Napoleon selbst wohnte mit seinem Sohne dem Gesechte bei. Er wollte sich von der Überlegenheit des Chassepot und von der Wirkung der Mitrailleusen überzeugen. Die Franzosen standen auf den Höhen von Spichern, welche sich auf der linken Seite des Saarthales erheben, eröffneten aus 23 Geschützen das Feuer gegen die offene Stadt und gegen die Truppen und rückten gegen erstere vor. General Gneisenau zog sich, dem Befehle gemäß, nach dreistündigem Widerstand auf das rechte Saar-

ufer zurück, hielt die dort gelegene Stadt St. Johann und den Bahnhof besetzt und bezog eine Meile nordwestlich von Saarbrücken ein Bivak. Gegen Abend rückte General Frossard in Saarbrücken ein, lehrte aber, ohne eine Verfolgung zu wagen, wieder auf die Höhen zurück. Die Preußen hatten in dem Gefechte, in welchem vorzugsweise die Artillerie in Thätigkeit war, einen Verlust von 4 Offizieren und 79 Mann, die Franzosen einen solchen von 6 Offizieren und 80 Mann. Eine Siegesdepeſche flog nach Paris und sprach von der Feuertauſe des kaiſerlichen Prinzen, von ſeiner Geiſtesgegenwart und Kaltblütigkeit. Paris war voll Siegesjubel, die Preſſe erging ſich in überſchwenglichen Phantaſien, ließ die „Rheinarmee“ ſchon vor Mainz ſtehen und begrüßte dieſe glorreiche Waſſenthat „als das Zeichen einer neuen Geſchichtsperiode“.

Es war ein kurzer Traum. Der Kronprinz von Preußen überſchritt am 4. Auguſt die franzöſiſche Grenze und griff die an dem Flüßchen Lauter gelegene Stadt Weißenburg an. Hier ſtand die Vorhut des Mac Mahonschen Korps, die Diviſion des Generals Abel Douay, mit 11 Bataillonen und 4 Batterien und hielt die Stadt und den wohl verſchanzten Geisberg beſetzt. Die Stadt wurde von preußiſchen und bayriſchen Bataillonen, der Geisberg von 16 preußiſchen Bataillonen erſtürmt. General Douay fiel. Die Franzoſen hatten einen Verlust von etwa 1200 Toten und Verwundeten und von 1000 unverwundeten Gefangenen, darunter 30 Offizieren. Was übrig war, beeilte ſich, nach Wörth zu entkommen. Der Verlust der Deutſchen betrug 91 Offiziere und 1460 Mann. Das Königsgranadierregiment allein, welches das Schloß Geisberg erſtürmt hatte, hatte einen Verlust von 23 Offizieren und 329 Mann. Das glänzendſte Beuteſtück war eine franzöſiſche Kanone. Nun nahm Mac Mahon am 5. Auguſt mit ſeinem Korps Stellung bei Wörth und ließ die weſtlich vom Sauerbach aufſteigenden Höhen mit den Dörfern Froſchweiler und Elſaſshauſen verſchanzen. Hier wollte er dem weiteren Vordringen des Kronprinzen, deſſen Angriff er auf den 7. Auguſt erwartete, entgegenreten. Um demſelben gewachſen zu ſein, juchte er das bei Belfort und Mühlhauſen aufgeſtellte Korps des Generals Felix Douay und das bei Bitsch befindliche Korps des Generals Failly an ſich zu ziehen. Aber von jenem traf nur eine Diviſion rechtzeitig ein, von dieſem kam die zur Unterſtützung abgeſandte eine

Division erst am Abend des 6. August in der Nähe des Schlachtfeldes an, als Mac Mahon schon geschlagen war und es sich nur noch um die teilweise Deckung des Rückzugs handeln konnte. Auch der Kronprinz von Preußen wollte erst am 7. August die Entscheidungsschlacht schlagen, weil er dann erst einen umfassenden Angriff mit seinen sämtlichen fünf Korps unternehmen konnte. Als aber am Vormittag des 6. August die Vorhut des 5. Korps bei Wörth sich in den heftigsten Kampf mit dem Feind verwickelte und rechts ein bayrisches, links das 11. Korps auf den Feind eindrang, blieb nichts anderes übrig als den Kampf fortzusetzen und möglichst viele Truppen nach den bedrohten Punkten zu werfen. So entspann sich aus einem Rekognoszierungsgesecht der Vorhut die entscheidende Schlacht von Wörth, in welche allmählich, außer der badischen Division, sämtliche Korps oder Abteilungen derselben eingriffen. Am heftigsten wütete der Kampf, nachdem Wörth und Elßhausen erstürmt waren, um das wohlverschanzte Dorf Froschweiler. Als auch dieses genommen und der Angriff der französischen Kürassierregimenter zurückgeschlagen war, ergoß sich Mac Mahons Heer in wilde Flucht, teils nach den Vogesenpässen, teils nach Straßburg oder Bitsch. Die Fliehenden wurden an diesem und dem folgenden Tage nachdrücklich verfolgt. Groß waren die Trophäen dieses Tages: 200 Offiziere und 9000 Mann an Gefangenen, 1 Adler, 4 Turkofahnen, 28 Geschütze, 5 Mitrailleusen, eine Menge von Wagen und Bagage, gegen 1200 Pferde und die Kriegskasse mit 222 000 Frank in Gold. An Toten und Verwundeten hatten die Franzosen gegen 6000 Mann. Die deutsche Armee hatte einen Verlust von 489 Offizieren und 10 153 Mann. Unter den Schwerverwundeten befand sich der Kommandant des 11. Korps, Generalleutnant v. Bose, während Generalleutnant v. Kirchbach, Kommandant des 5. Korps, bei Weißenburg eine leichtere Wunde erhalten hatte. Auf dem Schlachtfelde, wo die siegreiche Armee bivakirierte, ertönte in der Nacht von Tausenden von Stimmen und Hunderten von Instrumenten die Melodie des Liebes: „Nun danket alle Gott!“ Der flüchtige Marschall Mac Mahon kam mit einem Teil seiner Armee am Morgen des 7. August in Zabern an und marschierte von da nach Chalons, wohin auch die Korps der Generale Douay und Faily gezogen wurden. Eine neue Armee sollte hier gebildet werden. Das nördliche Elß lag

dem ſiegreichen Heere des Kronprinzen offen. Die badische Division erhielt den Auftrag, gegen Straßburg zu ziehen. Ihre Kavallerie nahm schon am 7. August Hagenua; am 8. und 9. August versammelte sich die ganze Division vor der Festung Straßburg, und der Kommandant derselben, General Ulrich aus Pfalzburg, wurde zur Übergabe aufgefordert. Auf seine Weigerung hin wurde zur Belagerung geschritten und ein besonderes Belagerungskorps gebildet, das aus der badischen Division, einer preußischen Reserve-division und der Gardelandwehrddivision bestand, unter das Kommando des Generals Werder gestellt wurde und die Stadt vom 14. August an eng eingeschlossen hielt. Mit den anderen Truppenteilen der Dritten Armee zog der Kronprinz am 8. August von Wörth ab, marschierte durch die unbefesteten Vogesenpässe, ließ die in der Nähe liegenden kleinen Festungen Lichtenberg und Lützelstein durch württembergische, die Festung Marfal durch bayrische Truppen nehmen, die Festungen Bitsch und Pfalzburg zernieren und rückte am 16. August in Nancy ein. Hier blieb er einige Tage und wartete auf entscheidende Nachrichten über die Ereignisse an der Saar und an der Mosel.

Ein zweiter Sieg wurde am 6. August bei Spicheren errungen. Auch diese Schlacht entspann sich nicht infolge eines strategischen Planes, sondern geradezu infolge eines Mißverständnisses. Nach dem Plane Moltkes sollte das auf den Höhen von Spicheren aufgestellte Frossardsche Korps dadurch, daß die Erste und Zweite Armee bei Forbach und bei Saargemünd die Stellungen desselben gleichzeitig umgingen, entweder zu schleunigem Rückzug gezwungen oder, falls es standhielt, durch die Übermacht erdrückt werden. Nun kamen am Vormittag des 6. August die Generale Kameke und Rheinbaben mit Truppen von der Ersten und Zweiten Armee in der Nähe von Saarbrücken an, glaubten aus den Berichten der rekognoszierenden Truppen schließen zu dürfen, daß das Frossardsche Korps sich schon auf dem Rückzug befinde, wollten dem abziehenden Feinde noch möglichst viel Schaden zufügen, griffen an, drängten den Feind bis zu den steilen, bewaldeten Höhen von Spicheren zurück und merkten jetzt erst, daß sie das ganze feindliche Korps vor sich hatten. Da sie es aber nicht für vereinbar mit ihrer Ehre hielten, das eingenommene Terrain aufzugeben und über die Saar sich zurückzuziehen, so hatte die eine Division Kameke

4 Stunden lang den Kampf mit drei Divisionen auszuhalten, welche eine zahlreiche Artillerie hatten und durch das Terrain außerordentlich begünstigt waren. Erst von 3 Uhr an trafen allmählich auf den Kanonendonner hin weitere Abteilungen der beiden Armeen auf dem Schlachtfelde ein, so daß jetzt 27 000 Deutsche gegen 40 000 Franzosen kämpften. Es gelang endlich einigen Bataillonen, die Höhen zu ersteigen, ja sogar 12 Geschütze hinaufzubringen. Die Willenskraft und die Ausdauer der Soldaten waren fast beispiellos. Das brandenburgische Grenadierregiment verlor allein 35 Offiziere und 771 Mann. Der Kampf kam auf den Höhen zum Stehen. Da rückte gegen den linken feindlichen Flügel die Division Glümer an, warf denselben über den Haufen, bedrohte die Rückzugslinie des Feindes, und nun erfolgte der Rückzug, der da und dort in Flucht ausartete. Über Forbach und St. Avold oder über Saargemünd zog sich das Korps nach Metz zurück. Dahin zog auch das Korps Bazaine, das nur anderthalb Meilen vom Schlachtfeld gestanden war, ohne Frossard Hilfe zu leisten. Infolge der für sie so ungünstigen Terrainverhältnisse hatten die Sieger größere Verluste als die Besiegten. An Toten, Vermundeten und Vermißten hatten die Deutschen 223 Offiziere und 4648 Mann, die Franzosen nach ihren eigenen Angaben 249 Offiziere und 3829 Mann, worunter gegen 2000 Gefangene. Die Sieger rückten am 7. August vor, erbeuteten in Forbach große Proviantvorräte, besetzten am 9. St. Avold und streiften bis in die Nähe von Metz. Die Armee des Prinzen Friedrich Karl zog, durch die Rheinpfalz marschierend, teils über Saarbrücken, teils über Saargemünd, in der Richtung nach Metz. Auf die Nachricht von diesen Siegen brach der König von Preußen am 7. August von Mainz auf, traf am 9. in Saarbrücken, am 11. in St. Avold ein und erließ an diesem Tage eine Proklamation an das französische Volk, worin er erklärte, er führe mit den französischen Soldaten Krieg, nicht mit den Bürgern Frankreichs, deren Personen und Eigentum Sicherheit genießen würden, so lange sie nicht selbst Feindseligkeiten gegen die deutschen Truppen ausübten.

Im kaiserlichen Hauptquartier zu Metz herrschte die größte Bestürzung. Man beschloß im ersten Schrecken, die ganze Armee solle nach Châlons zurückweichen, in Metz nur 20 000 Mann Besatzungstruppen zurückgelassen werden, der Kaiser nach Paris zurück-



lehren. Bald erholte man sich wieder und beschloß, auf dem rechten Moselufer bei Metz fünf Armeekorps zu versammeln und eine zweite, aus vier Korps bestehende Armee unter dem Kommando Mac Mahons im Lager von Châlons aufzustellen. Nachdem die erste Verteidigungslinie am Rhein und an der Saar aufgegeben war, sollte Frankreich an der Mosellinie verteidigt werden. Elsaß und ein Teil Lothringens waren damit bereits preisgegeben. An den Ufern der Mosel drängte sich alles zusammen. Paris, eben noch im Siegestaumel, sah sich durch die Nachrichten vom 6. August unangenehm enttäuscht. Die Opposition im Gesetzgebenden Körper sprach offen von der militärischen Untüchtigkeit des kaiserlichen Feldherrn, von der Notwendigkeit seines Rücktritts als Oberkommandant, ja von seiner Abdankung als Kaiser. Gegen die Minister wurde wegen ihrer mangelhaften Kriegsrüstungen ein Tadelsvotum beantragt. Dasselbe wurde angenommen, worauf das Ministerium Gramont-Ollivier abtrat und am 10. August ein rein bonapartistisches Ministerium unter der Präsidentschaft des Grafen Palisao (General Montauban) eingesetzt wurde. Unter solchen Umständen hatte es für Napoleon wenig Reiz, das Oberkommando zu behalten und für die Niederlagen seiner Marschälle und Generale vor aller Welt verantwortlich zu sein. Er legte am 12. August das Oberkommando nieder und übertrug es dem Marschall Bazaine; daran knüpfte sich auch der Rücktritt Leboeufs von der Leitung des Generalstabs. Auf die Verstärkung der ungenügenden Wehrkraft Frankreichs war nun alle Thätigkeit gerichtet. Neue Altersklassen wurden zu den Waffen gerufen, der Plan, Landungstruppen nach der Ostseeküste zu werfen, definitiv aufgegeben, ja sogar die zum Schutze des Papstes im Kirchenstaat befindlichen französischen Truppen von dort zurückgerufen und Pius seinem Schicksal und der Diskretion der italienischen Regierung überlassen. Die Verproviantierung von Paris wurde bereits mit aller Macht betrieben, die in Frankreich wohnenden Deutschen, deren Abreise zu Anfang des Krieges verhindert worden war, sämtlich ausgewiesen und diese Maßregel mit gewohnter Brutalität ausgeführt. Die nicht durch Landungstruppen unterstützten Seeoperationen hatten einen geringen Erfolg. Die Hafeneingänge waren durch Batterien und durch Torpedos wohl verwahrt, und so konnte die französische Flotte nichts weiter ausrichten, als daß

sie die deutschen Seehäfen ein paar Monate blockiert hielt und Kauffahrerschiffe auffing. Eine Flottenabteilung fuhr unter Vizeadmiral Bouet-Villaumez im Juli nach der Ostsee, eine andere unter Vizeadmiral Fourichon im August nach der Nordsee, eine dritte unter Vizeadmiral Gueydon im Oktober gleichfalls dahin; außer den unbedeutenden Gefechten bei Hiddensee und bei Danzig am 17. und 21. August kam nichts Bemerkenswerthes vor, und die Flotten kehrten wieder nach Frankreich zurück.

Im deutschen Hauptquartier, welches seit dem 11. August in St. Avold sich befand, wurde beschlossen, die Armee Bazaines irgendwie unschädlich zu machen, sei es durch Zurückdrängung nach der belgischen Grenze, sei es durch Festhaltung bei Metz. Zu diesem Zwecke sollte die Erste Armee unter General Steinmetz auf dem rechten Moselufer Stellung nehmen, die französischen Truppen dort möglichst lange festhalten, einen Angriff derselben auf die oberhalb Metz die Mosel überschreitenden deutschen Truppen zu verhindern suchen, während die Zweite Armee, unter Prinz Friedrich Karl, in Eilmärschen über die nicht gesprengten Brücken bei Novéant und bei Pont-à-Mousson über die Mosel ging, einem etwaigen Abmarsch der Franzosen durch Besetzung der nach Verdun führenden Straße entgegentrat und dieselben so lange vor Metz festhielt, bis sämtliche Korps der Ersten und Zweiten Armee auf dem linken Moselufer standen und die Entscheidungsschlacht geliefert werden konnte. Die Aufgabe war eine schwierige; denn es fragte sich, ob einzelne dieser Korps den weiten Weg von St. Avold nach der Straße Metz-Verdun rasch genug zurücklegen konnten, um zeitig genug auf dem Platze zu sein. Alles hing davon ab, welche Entschlüsse Bazaine gefaßt hatte, und ob er sie mit möglichster Energie durchzuführen suchte. Metz mit der Feldarmee zu verlassen und zu Mac Mahon bei Châlons zu stoßen, war Bazaines Absicht. Dann standen bei Châlons gegen 300 000 Franzosen, welche den Deutschen den Weg nach Paris verlegten. Diese mußten dann vor der für eine kleine Besatzung hinlänglich verproviantierten Festung Metz und vor Diebenhofen gegen 60 000 Mann zurücklassen und behielten für die bei Châlons vereinigten und wohl verschanzten Armeen nicht genug Streitkräfte übrig. Somit mußte die Vereinigung dieser zwei Armeen um jeden Preis verhindert, die Bazainische Armee noch bei Metz angegriffen werden. Dieser

Plan führte zu den gewaltigen Kämpfen bei Metz: zu der Schlacht bei Colombey-Neuilly am 14. August, bei Bionville am 16., bei Gravelotte am 18. Kaiser Napoleon reiste mit seinem Sohne am 16. von Metz ab, um sich über Verdun nach Châlons zu begeben.

Bazaine machte den großen Fehler, daß er den schon am 12. August beschlossenen Abzug nach Verdun und Châlons nicht mit aller Energie betrieb. Noch am 14. standen seine sämtlichen 5 Korps und der Train auf dem rechten Moselufer, und erst am Morgen des 14. erfolgte der Befehl zum Abmarsch. Raun bemerkte Generalmajor von der Goltz nachmittags diese rückgängigen Bewegungen, so ging er, zur rechten Seite von dem eben erst auf dem Kriegsschauplatz angelangten ersten Armeekorps unterstützt, zum Angriff über, um die beabsichtigte Rückzugsbewegung zu verzögern. Dieser Angriff traf die zwei französischen Korps unter General Ladmirault und unter General Decaen, welch letzterer an Bazaines Stelle das Kommando des 3. Korps übernommen hatte. Die Schlacht dauerte von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9 Uhr und endigte mit der Zurückwerfung des Feindes nach den Festungswerken von Metz. Was dieser von Stellungen abends noch inne hatte, räumte er in der Nacht und zog sich vollends ganz zu den schützenden Außenforts zurück. Das Ergebnis dieser improvisierten Schlacht war eine derartige Verzögerung des Abmarsches, daß dadurch allein es möglich wurde, zwei Tage darauf dem abziehenden Feinde einen ehernen Schlagbaum entgegenzuhalten. Der Verlust in der Schlacht bei Colombey-Neuilly betrug auf deutscher Seite gegen 5000 Mann, einschließlich 222 Offiziere, auf französischer 3408 Mann und 200 Offiziere.

Bazaine beeilte sich auch jetzt noch nicht mit dem Abzug. Am Morgen des 16. August hatte er zwar seine sämtlichen Truppen auf dem linken Moselufer und auf der Straße nach Verdun, aber zum Weitermarsch fehlte es an Munition und an Proviant, die Wege waren durch den Train ganz versperrt, und auf der Hochfläche von Rezonville und Bionville lagerte das ganze Heer in Zeltlagern. In dieser Stellung wurde dasselbe vormittags 10 Uhr von dem 3. Armeekorps, den Brandenburgern unter General von Alvensleben II., bei Bionville angegriffen. Sechs volle Stunden hielt dieses Korps, welchem eine Infanteriebrigade vom 10. Korps und zwei Kavalleriedivisionen beigegeben waren, den Kampf gegen

3 französische Korps aus, eroberte die Dörfer Bionville und Flavigny und schlug das Frossardsche Korps zurück. Als aber das Korps Canrobert, hinter welchem Leboeuf, der an der Stelle des am 14. schwer verwundeten Generals Decaen das Kommando des 3. Korps übernommen hatte, als Reserve stand, den linken Flügel der Brandenburger zu umgehen suchte, schickte Moensleben nach 2 Uhr, nur um Zeit zu gewinnen, bis andere Heeresabteilungen einträfen, die Kavalleriebrigade Bredow gegen Canroberts Batterien und Infanterie. Die Kürassiere und Ulanen durchbrachen die feindlichen Reihen und erschütterten dieselben so sehr, daß von Canroberts Korps keine Gefahr mehr drohte; aber die eigenen Reihen waren so gelichtet, daß von 6 Schwadronen nur noch 2 übrig waren. Bald nach diesem ruhmvollen Todesritt, um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, traf Prinz Friedrich Karl auf dem Schlachtfeld ein und übernahm das Kommando. Um 4 Uhr endlich kamen die Hannoveraner beim linken Flügel an. Die Korps Leboeuf und Ladmiraault bedrohten denselben aufs neue mit Umzinglung. Es entstand ein heftiger Kampf um die Höhen von Bruville. Zum zweitenmal mußte die Reiterei einhauen. Es waren die Gardebrigaden unter Graf Brandenburg; sie machten der Infanterie Luft, verloren aber fast sämtliche Führer und einen großen Teil der Mannschaft. Nun folgte das glänzende Reitergefecht zwischen 12 französischen und 6 deutschen Regimentern; jene wurden zurückgeschlagen, der linke Flügel von da an nicht mehr bedroht. Darauf suchte Bazaine den rechten Flügel der Brandenburger zu umgehen; aber diese erhielten durch Truppenteile des 8. und 9. Korps Hilfe, und der Feind wurde von den Höhen von Bionville zurückgedrängt. Gegen das feindliche Zentrum fand noch am späten Abend ein Angriff mit Artillerie und Infanterie statt; aber Bazaine hatte hier 54 Geschütze aufgestellt; von einer Durchbrechung konnte keine Rede sein. Die Dunkelheit machte dem Kampfe zwischen 9 und 10 Uhr ein Ende. Es war eine zwölfstündige, heiße Schlacht. Die Franzosen kämpften zuletzt, als sie den Plan der Deutschen erkannten, mit verzweifelter Mute, um die Reihen derselben zu durchbrechen; aber die Brandenburger und Hannoveraner hielten mit heldenmütiger Ausdauer stand. Die Deutschen und die Franzosen hatten einen Verlust von je 16 000 Mann; kein Teil hatte den andern besiegt, aber die Deutschen hatten ihren Zweck, den Feind vor Metz festzuhalten, erreicht.

Auch jetzt, wo die Gefahr der Einschließung so klar vor Augen lag, machte Bazaine weder in der Nacht auf den 17. noch am 17. selbst einen Versuch, sich durchzuschlagen, zog vielmehr seine Truppen näher an die Festung heran und erwartete in einer durch Natur und Kunst befestigten Stellung den Angriff. Auf dem rechten Flügel bei St. Privat stand das Korps Canrobert, auf dem linken Flügel bei St. Hubert und Rozerieulles das Korps Frossard, im Zentrum rechts bei Amanvillers das Korps Ladmirault, links bei Leipzig und Moscou das Korps Leboeuf, hinter dem Zentrum die Garde als Reserve. Diesen Stellungen gegenüber standen am Morgen des 18. August 7 deutsche Armeekorps, und am Abend kam noch ein achttes, die Pommern, hinzu. Auf dem rechten Moselufer war nur das 1. Armeekorps zurückgelassen worden. Nach den Anordnungen des Hauptquartiers sollten die Garde und die Sachsen gegen St. Privat, das 8. und 7. Korps gegen Rozerieulles, das 9. im Zentrum gegen Amanvillers vorgehen, das 3. und 10., durch die Schlacht bei Bionville hart mitgenommen, die Reserve bilden. Der Feind sollte aus allen seinen Stellungen vertrieben und vom freien Felde unter die Kanonen der Forts und in die Festung zurückgedrängt und hier eingeschlossen werden. Dies war der Moltkesche Plan für die Schlacht bei Gravelotte, welche die erste in diesem Kriege war, in der ein voraus bestimmter Plan durchgeführt wurde. König Wilhelm übernahm selbst das Oberkommando. Um 12 Uhr begann die Schlacht. Das 9. Korps rückte gegen das Korps Ladmirault bei Amanvillers vor, wurde rechts und links von Leboeuf und Canrobert angegriffen, nahm aber gegen Abend die vorliegenden Höhen und zwang, nachdem St. Privat gefallen war, Ladmirault zur Räumung Amanvillers und zum Rückzug nach der Festung. Auf dem linken Flügel nahmen Abteilungen der Sachsen und der Garde das Dorf St. Marie-aux-Chênes, worauf jene die Stellung Canroberts zu umgehen suchten, um ihn in der rechten Flanke zu fassen, während die Garde St. Privat in der Front angriff. Da die Umgehung länger dauerte, als angenommen war, so griff der Kommandant der Garde, Prinz August von Württemberg, mit dieser allein in der Front an, erhielt aber in dem freien Raum ein so furchtbares Feuer, daß sich der Angriff bald als ein zu frühzeitig ergab und nach ungeheurem Verluste aufgegeben werden mußte. Erst als zwischen

6 und 7 Uhr die Sachsen anrückten, drang die Garde wieder vor, St. Privat wurde von zwei Seiten angegriffen, das Dorf um 7 Uhr genommen, das Korps Canroberts in die Stadt zurückgeworfen. Auch auf dem rechten Flügel ging nicht alles so glatt ab. Nach viermaligem Angriff wurde zwar das Gehöft St. Hubert genommen, aber die Stellung von Rozerieulles blieb in den Händen der Franzosen. Ja, diese stiegen abends 7 Uhr in die Thalschlucht hinab und waren daran, die Höhen von Gravelotte zu ersteigen. Sie wurden durch die Artillerie zurückgeworfen, und das Korps der Pommern, welches eben auf dem Schlachtfelde eintraf, drängte dem Feinde nach, nahm alle vorliegenden Verschanzungen, und als die Dunkelheit eintrat, hatte Frossard nur noch seine Hauptstellungen inne, welche im Laufe der Nacht auch vollends geräumt wurden.

Es war ein glänzender Sieg voll herrlicher Erfolge. Die Bazainesche Armee war in die Festung und zwischen die Forts zurückgedrängt und für die weiteren Aktionen im freien Felde unschädlich gemacht. Die Verluste der Franzosen betragen etwa 13 000 Mann, darunter gegen 600 Offiziere, die der Deutschen 899 Offiziere und 19 260 Mann, an Toten allein 328 Offiziere und 4909 Mann. Die Zahl der französischen Kämpfer mochte in der Schlacht 140 000 Mann, die der deutschen über 200 000 Mann betragen haben; jene hatten 550, diese 726 Geschütze; aber jene hatten wahrhaft festungsähnliche Stellungen, die im Sturm, meist ohne alle Deckung, genommen werden mußten.

Raum war dieser Sieg erfochten, so wurden neue Pläne von den Strategen des deutschen Hauptquartiers entworfen. Zur Einschließung von Metz wurde eine aus 7 Korps, 2 Kavalleriedivisionen, der Reservedivision Kummer und 1 Reserve-Reiterbrigade bestehende Zernierungsarmee gebildet und diese unter das Kommando des Prinzen Friedrich Karl gestellt. General Steinmetz wurde seines Kommandos enthoben und zum Generalgouverneur von Posen ernannt. Die Garde, das sächsische und das 4. Korps wurden zu einer neuen Armee, der vierten oder Maasarmee, vereinigt und dem Kronprinzen Albert von Sachsen das Kommando über dieselbe übertragen. In Verbindung mit der Armee des Kronprinzen sollte die neue Armee unter dem Oberkommando des Königs Wilhelm die weiteren Feldoperationen ausführen. Bei der Armee des Kronprinzen war inzwischen das in Schlessien zurückgelassene 6. Armees-

Korps eingetroffen, so daß diese beiden Armeen aus 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Korps und 4 Kavalleriedivisionen bestanden. Das Ziel der nächsten Operation war die Mac Mahonsche Armee bei Châlons. Dieselbe war auf etwa 150 000 Mann gebracht worden und bestand aus dem 1., 5., 7. und 12. Korps, welche von den Generalen Ducrot, Faily, Douay und Lebrün befehligt wurden. Bevor man dort sichere Nachrichten von den Ereignissen bei Metz hatte, wurde in einem Kriegsrat beschloffen, daß der Kaiser sofort nach Paris zurückkehren, die Regierung wieder übernehmen und Mac Mahon mit der Armee ihm folgen solle. Die Kaiserin und Graf Palikao widersetzten sich der Ausführung dieses Planes und meldeten nach Châlons, die Rückkehr des Kaisers bedeute für Paris die Revolution; die Armee sei zur Unterstützung Bazaines notwendiger als in Paris, das durch seine Forts uneinnehmbar sei. Obgleich Mac Mahon diese Ansicht nicht billigte, zog er doch, von Palikao fortwährend nach Metz gewiesen, am 21. August nebst dem Kaiser von Châlons nach Reims. Von da zog er am 24. nach Reihel, um bei Stenay über die Maas zu gehen und dort entweder mit dem durchbrechenden Bazaine sich zu vereinigen oder auf dem rechten Maasufer gegen Metz, zur Befreiung Bazaines aus der eisernen Umklammerung, zu marschieren. Bei diesem Plane war, wie bei Bazaines Rückzugsplan, die Hauptfrage die, ob Mac Mahon rechtzeitig die Maas erreiche. Er erreichte sie nicht, sondern erfuhr am 27. August, daß der Maasübergang bei Stenay bereits von den Deutschen besetzt sei.

Sobald das deutsche Hauptquartier den Abmarsch Mac Mahons von Châlons erfuhr, was erst am 24. August der Fall war, und gleich darauf auch die Richtung desselben angegeben wurde, zog die Dritte und Vierte Armee, diese von Verdun, jene von dem weit südlicheren Vitry aus, in Eilmärschen nach Norden, um die Vereinigung Mac Mahons mit Bazaine zu verhindern, ersteren gegen die belgische Grenze zu drängen, von drei Seiten zu umzingeln und ihm keine andere Wahl zu lassen als entweder nach Belgien überzutreten und sich mit seiner ganzen Armee entwaffnen zu lassen oder, falls sein militärisches Ehrgefühl sich dagegen sträubte, eine Entscheidungsschlacht gegen überlegene Streitkräfte zu wagen und nach ehrenvollem Kampfe sich mit seiner Armee gefangen zu geben. In Gewaltmärschen ging es vorwärts, rechts marschierte die Vierte,

links die Dritte Armee. Jene besetzte vor der Ankunft der Franzosen die Maasübergänge bei Stenay, hatte am 27. und 29. August Gefechte bei Buzancy, bei Nouart und bei Boncq zu bestehen und überraschte am 30. das Korps Failly bei Beaumont, während die Bayern das Korps Douay zurückdrängten, so daß Mac Mahon keinen anderen Ausweg sah, als sich am 31. mit seiner Armee in die nahe Festung Sedan zu werfen. Hier besetzte er die von drei Seiten die Festung umschließenden Höhen und stellte das Korps Lebrun auf dem rechten Flügel bei Bazailles, das Korps Douay auf dem linken Flügel bei Illuy und Floing, das Korps Ducrot im Zentrum bei Moncelle und Taigny, das Korps Wimpffen bei dem Walde von Garenne in der Reserve auf. General Wimpffen war nämlich an die Stelle des wegen seines Verhaltens am 6. August jetzt erst abgesetzten Generals Failly getreten.

Am 31. August rückten die deutschen Truppen gegen Sedan heran, um dasselbe mit einem eisernen Ring zu umschließen. Die östliche Seite bei Bazailles und Balan sollte das 1. bayrische Korps angreifen, im Rücken von dem 4. Korps, zur Linken von dem 2. bayrischen Korps unterstützt; gegen die westliche und nordwestliche Seite sollte das 5. und 11. Korps, gegen das Zentrum die Garde und die Sachsen vorgehen; die württembergische Division sollte gegen die Festung Metziers Stellung nehmen und jeden Widerstand von dieser Seite unmöglich machen; noch weiter westlich stand das 6. Korps bei Attigny, um, falls Mac Mahon nach Westen ausweichen wollte, sich ihm dort vorzulegen. Die Schlacht begann am 1. September schon zwischen 4 und 5 Uhr morgens bei Bazailles. Nach dem heftigsten Kampfe, an welchem auch die Dorfbewohner teilnahmen, erstürmten die Bayern, von dem 4. Korps unterstützt, das große Dorf Bazailles, nachmittags 3 Uhr auch Balan, wobei das 2. bayrische Korps Widerstand leistete, und standen gegen Abend vor den Thoren von Sedan. Rechts von den Bayern nahmen die Sachsen und die Garde die Dörfer im Thalgrund und erstürmten die jenseitigen Höhen, während nordwestlich die Sieger von Weissenburg und von Wörth Dörfer und Höhen erstürmten und massenhafte Reiterangriffe niederschmetterten. Von allen Seiten flohen die geschlagenen Truppen nach dem engen Raum zwischen Sedan und dem Walde von Garenne. Diesen ganzen Kreis beherrschte die deutsche Artillerie, welche vollständig in der Lage war,



Tod und Verderben in diesen verzweifelungsvollen Menschenknäuel zu werfen und die bedingungslose Kapitulation zu erzwingen. Granaten flogen nach 4 Uhr in die Stadt und zündeten einzelne Häuser an. Die Lage wurde für die Franzosen von Minute zu Minute ungemütlicher.

Da ließ Kaiser Napoleon die Parlamentärflagge auf der Mauer aufpflanzen und schickte den General Reille an König Wilhelm, um diesem seinen Degen zu übergeben. Der König nahm ihn an unter der Bedingung, daß die französische Armee die Waffen strecke. Bismarck und Moltke führten im Schloß Donchery abends die Unterhandlungen mit dem General Wimpffen, welcher für den schon vormittags 7 Uhr verwundeten Marschall Mac Mahon das Oberkommando übernommen hatte. Am Morgen des 2. September hatte Napoleon in der Nähe des Dorfes Donchery eine Zusammenkunft mit Bismarck, um günstigere Bedingungen zu erlangen. Die Kapitulation wurde endlich im Laufe des Vormittags abgeschlossen. Nachmittags 1 Uhr fand die Zusammenkunft des Königs Wilhelm mit Napoleon in dem Schloßchen Bellevue statt; am 3. September fuhr Napoleon als Kriegsgefangener nach dem Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel ab und traf dort am 5. ein. Die Trophäen des Sieges bei Sedan waren glänzend. Erbeutet wurden 1 Adler und 2 Fahnen, 419 Feldgeschütze und Mitrailleusen, 139 Festungsgeschütze, 1072 Fahrzeuge aller Art, 66 000 Gewehre, 6000 noch brauchbare Pferde. Kriegsgefangen wurden von der französischen Armee insolge der Kapitulation 83 000 (darunter Marschall Mac Mahon, 40 Generale, 230 Stabsoffiziere, 2595 Offiziere), als in der Schlacht gefangen 21 000, als verwundet 14 000; gefallen waren 3000, nach Belgien entflohen und dort entwaffnet 3000; zusammen 124 000 Mann. Dies war die Stärke der Mac Mahonschen Armee, und diese war nun vollständig vernichtet. Die Gefangenen wurden nach Deutschland transportiert und dort an verschiedenen Orten militärisch bewacht. Die Offiziere durften nach Frankreich zurückkehren gegen das schriftlich abgegebene Ehrenwort, in diesem Kriege nicht wieder gegen Deutschland zu dienen. 500 Offiziere unterzeichneten, aber nicht alle hielten Wort; einige, wie General Ducrot, flohen unterwegs. Der Verlust der Deutschen an Toten und Verwundeten betrug 460 Offiziere und 8500 Mann.

Der Jubel des deutschen Heeres war ungeheuer; kein Ziel

schien demselben mehr unerreichbar; in allen deutschen Gauen loberte eine mächtige Begeisterung auf, als der Telegraph meldete: „Kaiser und Heer gefangen,“ das Vertrauen in die geniale Kriegsführung war unbedingt; das Ausland staunte und verhielt sich, sofern es Kriegsgelüste gehabt hatte, so ruhig und bescheiden, als ob es selbst schon ein Sedan auf dem Nacken spürte. Der einstimmige Ruf der Armee, als König Wilhelm am 2. September einen Rundritt durch sämtliche Dival machte, lautete: „Nach Paris! Nach Paris!“ Schon am 3. September wurden die Marschbefehle erteilt, der Marsch am 4. angetreten und am 19. standen 6 $\frac{1}{2}$  Armeekorps und 3 Kavalleriedivisionen mit 122661 Mann Infanterie, 24325 Reitern und 625 Geschützen vor Paris. Zu dieser für die Zernierung einer so großen Stadt und für die Abwehr etwaiger Entsatzarmeen ungenügenden Truppenzahl kamen in den nächsten Tagen und Wochen noch die zwei vor Sedan zurückgelassenen Korps, die 17. Infanteriedivision unter dem Großherzog von Mecklenburg und eine Gardelandwehrdivision, so daß am 21. Oktober die Gesamtstärke der Zernierungsarmee 9 $\frac{1}{2}$  Armeekorps und 4 Kavalleriedivisionen betrug mit 202030 Mann Infanterie, 33794 Mann Kavallerie und 898 Geschützen. Die Dritte Armee unter dem Kronprinzen von Preußen hielt den südlichen, die Vierte Armee unter dem Kronprinzen von Sachsen den nördlichen Halbkreis, je vom Ufer der Marne bis zu dem der Seine, besetzt. Auf dem Marsche von Sedan nach Paris hatte sich nur der eine Unfall ereignet, daß die Citadelle von Laon am 9. September nach Unterzeichnung der Kapitulation durch einen französischen Unteroffizier in die Luft gesprengt wurde, wodurch von den deutschen Truppen über 100, von den französischen Mobilgardisten gegen 400 getötet oder verwundet wurden.

Die deutschen Heere fanden bei ihrer Ankunft vor Paris die kaiserliche Regierung bereits gestürzt. Daß dadurch der Kampf verlängert werde, war vorauszusehen. Das Ministerium Palikao hatte die Kammern und das Volk über die Kämpfe vor Metz und deren Folgen vollständig im Ungewissen gelassen, Wochen lang sich mit Unwahrheiten beholfen und sah sich erst am 3. September, als alle fremden Zeitungen von Sedan sprachen, genötigt, in den Kammern und in einer Proklamation an das französische Volk einzugestehen, daß Bazaine geschlagen und in Metz eingeschlossen

sei, daß die Armee Mac Mahons in Sedan kapituliert habe und daß der Kaiser sich in Gefangenschaft befinde. Sofort beantragte im Gesetzgebenden Körper Jules Favre die Thronentsetzung Napoleons und seiner Dynastie und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Die kaiserliche Regierung dagegen verlangte die Einsetzung eines aus 5 Mitgliedern bestehenden Regierungs- und Verteidigungsausschusses und die Ernennung Palikao zum Generalstatthalter. In der Sitzung vom 4. September abends 5 Uhr sollte über diese Anträge Bericht erstattet werden. Aber wie am 24. Februar 1848, so war auch am 4. September 1870 der Abgeordnetensaal voll von Arbeitern und Soldaten, und man hörte nur das eine Geschrei: „Absetzung! Republik!“ Die Minister und die Mitglieder der Rechten fanden sich in einer solchen Gesellschaft unbehaglich und eilten davon; Gambetta proklamierte die Thronentsetzung der Napoleonischen Familie auf ewige Zeiten; allgemein ertönte der Ruf: „Zum Stadthause!“ und von Tausenden begleitet, begaben sich die Abgeordneten der Linken dahin. Die Kaiserin verließ nachmittags 1 Uhr die Tuilerien, erreichte glücklich den kleinen Hafenplatz Deauville und landete am 9. September an der englischen Küste. Sie traf dort ihren Sohn, welcher auf dem Zuge von Châlons nach Sedan von seinem Vater sich getrennt und über Belgien nach England sich begeben hatte. In Chislehurst, in der Nähe von London, nahmen sie ihren Aufenthalt. Dorthin kam, nach Beendigung des Krieges, am 20. März 1871 auch der Kaiser Napoleon, und am 9. Januar 1873 starb er daselbst.

Die im Stadthaus eingesetzte provisorische Regierung hieß offiziell: „Regierung der nationalen Verteidigung“. Sie wurde von den radikalen Abgeordneten der Stadt Paris eingesetzt und bestand aus folgenden 11 Mitgliedern: Favre, Gambetta, Simon, Picard, Pelletan, Cremieux, Ferry, Glais-Bizoin, Emanuel Arago, Garnier-Pagès, Rochefort. Thiers, welcher auch in dieses Regierungskollegium gezogen werden sollte, war vorsichtig genug, sich für diese Ehre zu bedanken. Zum Präsidenten dieser Regierung und zugleich zum Generalgouverneur der Hauptstadt wurde General Trochu ernannt. Favre war Vizepräsident und zugleich Minister des Answärtigen, Gambetta Minister des Innern. Eine gesetzmäßige Regierung, mit welcher Unterhandlungen angeknüpft und Verträge geschlossen werden konnten, war dies nicht; denn nur

von den Parichern gewählt, war jene Regierung nur eine Vertretung der Hauptstadt, nicht des ganzen französischen Volkes. Eine konstituierende Versammlung, welche dieser Regierung ihre Bestätigung oder auch eine Nachfolgerin hätte geben können, wurde zwar auf den Oktober ausgeschrieben: aber es war der Regierung weder Ernst damit, noch waren die Zeiten für ihre Einberufung günstig. Die Regierung war also nur eine thatfächliche. Proklamationen und Dekrete wurden in Menge erlassen. Die Republik wurde förmlich proklamiert, der Gesetzgebende Körper aufgelöst, der Senat abgeschafft, was noch von Deutschen in der Stadt war, unter Androhung kriegsrechtlicher Behandlung zu sofortiger Abreise gezwungen, für die Befestigung und Verproviantierung der Stadt und für die Aufbietung neuer Streitkräfte Vorforge getroffen. Die Stadt mochte damals infolge des massenhaften Hereinströmens der Flüchtigen 2400 000 Einwohner haben. Sie hatte außer der Ringmauer noch 15 vorgeschobene Forts und andere Befestigungen, die zum Teil mit schweren Marinegeschützen versehen waren; ihre Verteidigungslinie hatte einen Umfang von 7 Meilen, und die Verteidigungsarmee betrug mehr als 400 000 Mann. Dazu gehörten die beiden Korps der Generale Vinoy und Renault, etwa 60 000 Mann, welche mit den 18 000 Marinesoldaten den Kern der Pariser Armee ausmachten; von höchst zweifelhaftem Kaliber waren die 100 000 Mobilgardisten aus den benachbarten Departements, die 30 000 Pariser Mobilgardisten und die mehr als 200 000 Pariser Nationalgarden. Dies waren Massen, aber keine Heere, vollends den trefflich disziplinierten Truppen des Königs Wilhelm gegenüber. Doch mußte man sich auf eine schwierige und langwierige Belagerung gefaßt machen. Trotz der zahlreichen Bevölkerung reichte doch der Proviant nicht bloß auf 6 bis 8 Wochen, wie im deutschen Hauptquartier anfangs geschätzt wurde, sondern auf mehr als 4 Monate.

Eine so wohl befestigte Stadt im Sturm zu nehmen, wäre auch für eine weit zahlreichere Belagerungsarmee eine äußerst schwierige Sache gewesen. Die Eröffnung eines heftigen Bombardements erforderte einen Belagerungspark von etwa 300 Geschützen nebst der dazu gehörigen Munition, und diese konnte, da die Eisenbahnen mit dem Transport der Ergänzungsmannschaften und des Proviantes vollauf beschäftigt waren und mit verschiedenen Hinder-

nissen zu kämpfen hatten, vor Ende des Jahres 1870 nicht zur Stelle geschafft werden. Es blieb also zunächst nichts übrig als die enge Einschließung, die vollständige Absperrung der Stadt von der Außenwelt, ihre gänzliche Isolierung. Paris mußte hinsichtlich der Verteidigung und der Verproviantierung lediglich auf sich selbst angewiesen werden. Zweierlei Thatsachen traten bald zu Tage: Ausfälle der Pariser, welche die Belagerten zurückzudrängen, deren Linien zu durchbrechen, in deren Rücken zu operieren suchten, und die Bildung von Provinzialarmeen, welche zum Entsatz der Hauptstadt anrückten und im Verein mit den Pariser Truppen das deutsche Hauptquartier zur Aufhebung der Belagerung nötigen sollten. Letztere Maßregel wurde hauptsächlich von Gambetta betrieben, welcher am 6. Oktober Paris in einem Luftballon verließ, sich nach Tours begab, wo eine Außenregierung eingesetzt war, dort neben dem Ministerium des Innern auch das Kriegsdepartement übernahm und zuletzt die Diktatur von Frankreich an sich riß. Er suchte den Nationalhaß der Franzosen gegen die Deutschen aufzustacheln, alle weiffähige Mannschaft zur Verteidigung des bedrängten Vaterlandes unter die Fahnen zu rufen, sammelte große Streitkräfte an der Loire, andere im Norden und Westen von Paris und machte zuletzt die Belagerer für ihre Rückzugslinie besorgt. So hatte er zwar das Verdienst der Verlängerung des Kriegs, aber auch die Schuld, daß derselbe einen blutigeren Charakter annahm und dem Lande noch schwerere Wunden geschlagen wurden; denn die Gambettaschen Generale waren der Moltkeschen Strategie nicht gewachsen, und ihre Soldaten waren wohl kaum disziplinierter als die Mobilgardisten zu Paris.

König Wilhelm hatte nach der Kapitulation von Sedan sein Hauptquartier am 5. September in Reims, am 15. in Meaux, am 18. in dem Rothschild'schen Schlosse Ferrières bei Lagny und siedelte am 5. Oktober nach Versailles über, wo er im Präfekturgebäude Wohnung nahm. In diese Zeit fielen wichtige diplomatische Schreiben und mündliche Verhandlungen. In einem Rundschreiben vom 6. September erklärte Favre, daß nach dem Sturze des Kaiserreiches der König von Preußen keinen Grund zur Fortsetzung des Krieges habe, daß die jetzige Regierung den Krieg mit Deutschland nicht gewollt habe, den weiteren Krieg, falls der König darauf beharre, zwar annehme, aber alle Verantwortung hiefür

ihm überlasse und jedenfalls, wie auch der Ausgang des Krieges sein möge, keinen Fuß breit Landes, keinen Stein von den Festungen abtrete. Auf dieses Schreiben erwiderte Bismarck in seinem Rundschreiben vom 13. September, daß man, wenn die Volkvertretung, der Senat und die Presse fast einstimmig den Eroberungskrieg gegen Deutschland verlangt haben, wie dies im Juli 1870 in Frankreich der Fall gewesen sei, nicht sagen könne, Frankreich habe den Krieg nicht gewollt, nur die kaiserliche Regierung sei daran schuld. Auf einen Revanchekrieg von seiten Frankreichs müsse Deutschland sich gefaßt machen, selbst wenn es gar keine Gebietsabtretung und keine Kontribution verlangte und mit dem Ruhm seiner Waffen sich begnüge. Ebendeshalb müsse Deutschland auf seine Sicherheit Bedacht nehmen, seine Grenze gegen Frankreich etwas zurückverlegen und dadurch den nächsten französischen Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze zu erschweren suchen. Da die neutralen Mächte, mit Ausnahme Rußlands, für Frankreich Partei nahmen und Miene machten, in etwaige Friedensunterhandlungen sich einzumischen und jede drückende Bedingung von Frankreich abzuwenden, und zu diesem Zwecke eben damals Thiers seine europäische Rundreise machte, so erließ Bismarck am 16. September ein zweites Rundschreiben, in welchem er diesen Mächten den Rat gab, den Krieg nicht dadurch zu verlängern, daß sie in dem französischen Volke die Hoffnung auf ihre Intervention nährten; denn das deutsche Volk, welches diesen Kampf allein ausgekämpft habe, werde auch allein die Rechnung abschließen und von keiner Seite her eine Intervention dulden. Es sei der bestimmte Wille der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes, daß Deutschland gegen Frankreich durch bessere Grenzen geschützt werde. Die Festungen Straßburg und Metz, diese stets offenen Ausfallporten gegen Deutschland, müßten in dessen Gewalt kommen und würden dadurch einen rein defensiven Charakter erhalten.

Die Pariser Regierung, welche nach der Vernichtung der französischen Heere so sehr für den Frieden schwärmte, wollte zunächst wissen, unter welchen Bedingungen etwa König Wilhelm auf einen Waffenstillstand einging. Zu diesem Zwecke erbat sich Favre eine Zusammenkunft mit Bismarck und hatte mit demselben am 19. und 20. September mehrere Unterredungen im Schlosse Hautemaison und im Schlosse Ferrières. Dabei erklärte er, daß Frank-

reich höchstens auf Zahlung einer Kriegskontribution sich einlassen könne, niemals auf eine Gebietsabtretung, daß zur Entscheidung hierüber eine Nationalversammlung und von dieser eine gesetzmäßige Regierung gewählt werden müsse und daß, um diese wählen lassen zu können, ein Waffenstillstand von 14 bis 21 Tagen nötig sei, um dessen Gewährung er nun bat. Bismarck erwiderte ihm, daß ein solcher Waffenstillstand durchaus nicht im militärischen Interesse Deutschlands sei und deshalb nur gegen die Übergabe der Festungen Straßburg, Toul und Bitsch bewilligt werden könne. Da die Pariser Regierung auf diese Bedingung nicht einging, so wurden die Unterhandlungen abgebrochen, und Favre und andere französische Diplomaten jammerten in neuen Rundschreiben über die Absicht Preußens, Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges herabzudrücken. Die Lächerlichkeit dieser Behauptung, daß ein Staat von 38 oder, mit Einschluß Algeriens, von 42 Mill. Einwohnern durch Abtretung eines Gebietes von etwa  $1\frac{1}{2}$  Mill. Einwohnern zu einer Macht zweiten Ranges erniedrigt würde, legte Bismarck in seiner Depesche vom 1. Oktober in ihrer ganzen Unwahrheit dar. Doch wurden einige Wochen nachher die Verhandlungen wieder aufgenommen. Thiers, von seiner Rundreise zurückgelehrt, erschien am 1. November in Versailles als neuer Unterhändler. Auch jetzt handelte es sich zunächst um einen Waffenstillstand, um die viel besprochenen Wahlen vornehmen lassen zu können. Nicht nur, daß Gambetta diese Frist von etwa 4 Wochen zur Aufbietung neuer Streitkräfte benutzt hätte: Thiers verlangte vollends für Paris die ungehinderte Verproviantierung während des Waffenstillstandes, und als Bismarck ihn erstaunt fragte, was für Gegenleistungen denn Frankreich für alle diese Zugeständnisse bieten wolle, erwiderte Thiers, er habe nichts dagegen zu bieten. Auf dies hin zerklüften sich auch diese Unterhandlungen. Die republikanische Regierung war von einer Art Größenwahnsinn befallen. Bei jedem Kriege, welchen Frankreich siegreich geführt, hat es dem Besiegten harte Bedingungen auferlegt und nie eine Gebietsabtretung ihm erspart. Im italienischen Kriege von 1859 hat es nach den zwei Siegen von Magenta und Solferino Osterreich die Abtretung der Lombardei zugemutet. Daß für den Fall französischer Siege das linke Rheinufer für Deutschland verloren war, darüber war in ganz Europa kein verständiger Mensch im Zweifel.

Und doch hatte Frankreich die Frechheit, von dem nämlichen Gegner, welchem es in früheren Jahrzehnten so manches Gebiet abgenommen hatte und welchem es eben jetzt als Sieger seine schönsten Provinzen entriffen hätte, zu verlangen, daß er die französischen Grenzen in ihrer ganzen Ausdehnung respektieren, das französische Gebiet als unantastbar, als ein Heiligtum ansehen und auch an die Wiedergewinnung früher entriessener Provinzen nicht denken solle. Auf solch unverschämte Zumutungen konnte man nur mit neuen Schlägen antworten. Die Demütigungen mußten noch weit härter, die Not, namentlich in Paris, noch weit bitterer werden, wenn Frankreich zu der Einsicht kommen sollte, daß jedes Volk, also auch das französische, für seine Sünden zu büßen habe.

So mußten also die Kanonen wieder das Wort ergreifen, und sowohl vor Paris als auch an anderen Punkten fanden viele Gefechte statt. Gleich am ersten Einschließungstag, am 19. September, machten die Pariser mit etwa 40 000 Mann einen Ausfall gegen Chatillon. Aber sie wurden von preussischen und bayrischen Truppen geschlagen und flohen nach Paris zurück. Nicht besser ging es den Parisern bei ihren Ausfällen am 30. September, 13. und 21. Oktober. Wenn es ihnen auch gelang, am 28. Oktober das nördlich von Paris gelegene, schwach besetzte Dorf Le Bourget zu nehmen, so wurden sie doch schon am 30. durch eine Division der Garde wieder aus demselben hinausgetrieben. In Paris herrschte infolge dieser beständigen Niederlagen große Unzufriedenheit. Dies benutzten die Sozialdemokraten, um die Regierung zu stürzen und die Kommune einzuführen. Sie erregten am 31. Oktober und 1. November einen Aufstand, bemächtigten sich auf einige Stunden des Stadthauses, wurden aber wieder verjagt. Der dabei beteiligte Rochefort mußte aus der Regierung austreten. Die Pariser setzten nun alle ihre Hoffnung auf den Anmarsch der Entfaharmeen und gönnten sich einige Wochen Ruhe. Die nächste Hilfe sollte von der Loire her kommen. Dort stand General de la Motterouge mit einem Armeekorps und rückte von Orleans gegen Paris vor. Diesem wurde General von der Tann mit dem bayrischen Korps, der Infanteriedivision Wittich und zwei Kavalleriedivisionen entgegengeschickt. Bei Artenay und an anderen Punkten wurden die Franzosen am 10. und 11. Oktober geschlagen und über die Loire zurückgetrieben: General von der Tann zog am Abend des 11. in



Orleans ein. Die Bayern hielten die Stadt besetzt, die übrigen Seeressteile nahmen die nordwestlich von Orleans gelegenen Städte Chateaudun, Chartres und Dreux und verjagten die dort befindlichen Mobilgarden und Franc-tireurbanden. Gambetta rief alle Männer vom 20. bis zum 40. Lebensjahr zu den Waffen, ließ 5 neue Armeekorps bilden und in besonderen Instruktionslagern einüben. Den General de la Metterouge setzte er ab und übergab den Oberbefehl über die Loirearmee dem General Aurelle de Paladines. Derselbe ging mit 2 Korps über die Loire und rückte gegen die nach Paris führende Straße vor, um dem bayrischen General die Rückzugslinie abzuschneiden. Aber dieser verließ, auf die erste Nachricht von dem Anmarsch größerer Truppenmassen, Orleans, hatte am 9. November bei Coulmiers ein hartnäckiges Rückzugsgefecht gegen eine zweifache Übermacht und stellte sich bei Toury auf, dem Feinde den Weg verlegend. Zu seiner Unterstützung wurde von Versailles eine Infanteriedivision abgeschickt und alle diese Truppen unter das Kommando des Großherzogs von Mecklenburg gestellt. Gegen diese Streitkräfte, zu deren Verstärkung Prinz Friedrich Karl mit 3 Korps in Eilmärschen heranzog, wagte General Aurelle mit seinen mangelhaft ausgerüsteten, auf 4 Korps gebrachten Truppen keinen Angriff, so sehr auch Gambetta in ihn drang. Er verschanzte sich vor Orleans und wartete hier den Angriff ab. Damit war er verloren und das Versailler Hauptquartier und die Pariser Einschließungsarmee von der drohenden Gefahr befreit.

Große Erfolge waren inzwischen im Osten Frankreichs errungen worden, bedeutend teils an sich, teils wegen der daraus sich ergebenden Möglichkeit neuer, großartiger Feldzugspläne. Am 23. September kapitulierte die Festung Toul, wodurch der Eisenbahnverkehr zwischen Straßburg und Paris frei wurde. Am 28. September erfolgte die Kapitulation Straßburgs, der alten deutschen Reichsstadt. Da das Bombardement vom 24. bis 27. August den Kommandanten Uhrich nicht zur Übergabe vermochte, so wurde die Stadt regelmäßig belagert. Man war zum Sturm bereit und des Erfolges sicher. Dies wartete der Kommandant nicht ab und gab sich mit 500 Offizieren und Beamten und 17 000 Mann Kriegsgefangenen. Während der Belagerung hatte die Besatzung einen Verlust von 2500 Mann, die Einwohnerschaft einen solchen von

1800 Personen an Toten und Vermundeten. Im Innern der Stadt wurden 448 Gebäude vollständig zerstört. Das Belagerungskorps verlor 39 Offiziere und 894 Mann. Groß war der Jubel in Deutschland, als die Nachricht kam, daß am 30. September 1681 durch schändlichen Verrat genommene Straßburg sei nun wieder deutsch. Das Belagerungskorps wurde sofort zu anderen Zwecken verwendet. In militärischer Beziehung weit bedeutender war der Erfolg in Metz. Dort stand die „Rheinarmee“ unter Marshall Bazaine, von der Armee des Prinzen Friedrich Karl eng eingeschlossen. Auch Bazaine machte, wie General Trochu in Paris, mehrere Ausfälle, hatte aber nicht mehr Glück als dieser. Der bedeutendste war der vom 31. August und 1. September, welcher zur Schlacht bei Noisseville führte. Von dem Marsche Mac Mahons gegen die Maas unterrichtet, wollte Bazaine die Einschließungslinie durchbrechen und jenem die Hand reichen. Aber nach hartnäckigem Kampfe wurden seine Truppen wieder in ihre Stellungen zwischen den Forts zurückgedrängt. Die späteren Ausfälle am 22. und 27. September, am 2. und 7. Oktober, hatten mehr den Zweck, die Truppen zu beschäftigen und die Vorräte an Lebensmitteln und Futter zu ergänzen. Bazaine war, nachdem er die Katastrophe von Sedan und den Sturz des Kaiserthrones erfahren hatte, entschlossen, bis zum Friedensschluß, welchen er sich als sehr nahe bevorstehend dachte, in Metz auszuharren, um dann an der Spitze der einzigen regulären Armee, welche Frankreich noch hatte, bei der neuen Ordnung der Dinge ein gewichtiges Wort sprechen zu können. Aber mit dem Abschluß eines Friedensvertrags beizuliegen sich die republikanischen Machthaber nicht, und die Proviantvorräte, welche von Anfang an für eine Besatzung von 20 000 bis 30 000 Mann, nicht für eine Armee von nahezu 200 000 Mann berechnet waren, gingen rasch ihrem Ende entgegen. Zuerst unterhandelte Bazaine durch seinen Adjutanten, General Boyer, direkt mit Bismarck in Versailles und ließ durch denselben am 14. Oktober den Antrag stellen, daß Bazaine für sich und seine Armee, nicht für die Festung und die Besatzung, kapitulieren solle. Dieser Antrag wurde abgelehnt und auf der Kriegsgefangenschaft der ganzen Armee bestanden. Am 24. Oktober konnte kein Brot mehr unter die Soldaten ausgeteilt werden. Daher eröffnete Bazaine am 25. Kapitulationsverhandlungen mit dem Prinzen Friedrich

Karl. Dieselben kamen am 27. zum Abschluß, worauf am 28. die Stadt und die Forts den deutschen Truppen übergeben wurden. 3 Marschälle (Bazaine, Canrobert, Lebouef), 6000 Offiziere, etwa 173 000 Mann (einschließlich der Kranken und der Nationalgarden) kamen in Kriegsgefangenschaft, 56 Adler und Fahnen, 622 Feldgeschütze, 72 Mitralleusen, 876 Festungsgeschütze, 137 000 Chassepots, 123 000 andere Gewehre und sonstige Kriegsvorräte wurden erbeutet. Die ganze Kriegsgeschichte kennt keine Kapitulation, die der von Metz an die Seite zu stellen wäre. Der König von Preußen ernannte auf diesen Erfolg hin den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Karl zu General-Feldmarschällen, welche Würde noch kein Prinz des brandenburgisch-preussischen Königshauses bekleidet hatte, erhob den Grafen Moltke in den Grafenstand und erließ einen anerkennenden Armeebefehl an die verbündeten deutschen Armeen.

Die wichtigste Folge dieser Kapitulation war, daß nun die Einschließungsarmee für andere dringende Zwecke verwendet werden konnte. Das 2. Korps unter General Fransecky marschierte nach Paris ab, um die Armee des Kronprinzen von Preußen zu verstärken. Aus den übrigen 6½ Korps wurde eine Erste Armee unter dem General Manteuffel und eine Zweite unter dem Prinzen Friedrich Karl gebildet, wovon jene aus 3½ Korps und einer Kavalleriedivision, diese aus 3 Korps und einer Kavalleriedivision bestand. Prinz Friedrich Karl brach mit seinen Truppen am 2. November von Metz auf und konnte mit seiner Vorhut schon am 14. November in die Kämpfe an der Loire eingreifen. Die Truppen des Großherzogs von Mecklenburg, von denen inzwischen einige Abteilungen die unter dem Grafen Keratry stehende Westarmee zurückgedrängt, Dreux und Chateaucneuf besetzt hatten, vereinigten sich mit denen des Prinzen und bildeten dessen rechten Flügel. Im ganzen waren es etwa 105 275 Mann mit 556 Geschützen, welche die Aufgabe hatten, die etwa 200 000 Mann starke Armee des Generals Aurelle de Paladines aus ihren wohl verschanzten Stellungen zurückzudrängen, über die Loire zu treiben und Orleans wieder zu nehmen. Gambetta, mehr auf die Zahlenverhältnisse als auf die Qualität der Truppen sehend, war voll Hoffnung, zumal da gleichzeitig, am 30. November und 1. Dezember, ein großer Ausfall aus Paris gemacht werden sollte. Er

spornte daher unaufhörlich den General Aurelle zu Offenstürmungen an. Aber weder die Angriffe auf den linken Flügel der deutschen Armee bei Ladon, Mezières und Bois Commun am 24. und bei Beaune la Rolande am 28. November, noch die auf den rechten Flügel bei Loigny und Poupry am 2. Dezember waren von Erfolg. Am 3. Dezember ergriff Prinz Friedrich Karl die Offensive, drängte in einem umfassenden Angriff den Feind zurück, setzte am 4. den Kampf fort, ließ den Bahnhof und die Vorstädte von Orleans erstürmen, und nachts 12 Uhr zog der Großherzog in das von den Franzosen geräumte Orleans ein. 18 000 Gefangene wurden gemacht, 74 Kanonen und 4 Kanonenboote erbeutet. Der Rückzug der Feinde ging teils Loire abwärts, teils aufwärts. Gambetta, mit den Leistungen des Generals Aurelle unzufrieden, enthob ihn des Kommandos und teilte die Loirearmee in zwei Teile, welche je nach Umständen getrennt oder gemeinsam zu operieren hatten. Von diesen stand die Erste Loirearmee, aus 3 Korps bestehend, bei Nevers und hatte zum Befehlshaber den General Bourbaki, die Zweite, aus  $3\frac{1}{2}$  Korps bestehend, bei Blois und wurde von General Chanzy befehligt.

Prinz Friedrich Karl schickte einen Teil seines Heeres die Loire abwärts gegen Chanzy. Meugn, Beaugency, Blois, das Schloß Chambord wurden besetzt, über 7000 Gefangene gemacht, mehrere Geschütze erbeutet. Die Delegationsregierung zu Tours, sich nicht mehr für sicher haltend, verlegte am 10. Dezember ihren Sitz nach Bordeaux. General Chanzy zog sich nach Vendôme und von da noch weiter westlich nach Le Mans zurück. Prinz Friedrich Karl ließ Vendôme durch ein Korps besetzen und zog seine Truppen um Orleans zusammen. Auf die Nachricht, daß Chanzy wieder gegen Vendôme vorgehe, brach Prinz Friedrich Karl am 6. Januar 1871, einem Befehle des großen Hauptquartiers zufolge, mit 58 097 Mann Infanterie, 16 360 Mann Kavallerie und 324 Geschützen gegen Chanzy auf, „um dessen Armee abzufertigen, ehe die andere zur nahen Einwirkung gelange“. Wo die Armee Bourbakis stand und was sie beabsichtigte, ob sie in Gemeinschaft mit der Armee Chanzy's einen Vorstoß gegen die Truppen des Prinzen beabsichtigte, oder über Montargis und Fontainebleau gegen Paris vorrücken wollte oder nach dem Osten zur Entsetzung Belforts abgezogen sei, mußte man nicht. Um für alle Fälle ge-

sichert zu sein, blieb beim Abzug des Prinzen die hessische Division in Orleans, Gien und Blois bleiben besetzt, das 2. Korps unter Frasncky nahm bei Montargis und östlich davon die eine Division des 7. Korps unter Jastrow bei Auxerre Stellung. Der Marsch des Prinzen durch die sogenannte „Perche“, bei Frost, Schneestürmen und Tauwetter, war äußerst beschwerlich. Auf 3 Straßen rückten die Truppen unter täglichen Gefechten gegen Le Mans vor und waren im Begriff, dem Feinde den Rückzug abzuschneiden. Da verließ Chanzy am Morgen des 12. Januar Le Mans, zog sich eilig nach Laval und Mayenne zurück, worauf die Hannoveraner abends in Le Mans einrückten. Der Prinz nahm sein Hauptquartier in der Stadt und schickte zur Verfolgung des Feindes Truppenabteilungen theils nach Laval, theils nach Mayenne ab. Das leerstehende Lager von Conlie wurde besetzt und viele Vorräte erbeutet. Andere Abteilungen rückten am 19. Januar in Tours ein. Der Großherzog von Mecklenburg marschierte mit dem 13. Korps über Alençon nach Rouen, um die dort stehenden Truppen der deutschen Nordarmee abzulösen und für einen entscheidenden Schlag gegen General Faidherbe verfügbar zu machen. Von Chanzy war in der nächsten Zeit nichts mehr zu fürchten; in die Bretagne zurückgedrängt, war er für größere Operationen unfähig. Vom 6. bis 12. Januar hatte er einen Verlust von 20 000 Gefangenen, 17 Geschützen und 2 Fahnen und vielem Kriegsmaterial; die Zahl der Toten und Verwundeten betrug nach französischen Angaben 6200 Mann. Prinz Friedrich Karl hatte einen Verlust von 200 Offizieren und 3200 Mann an Toten und Verwundeten.

Wie im Süden und Westen von Paris die Entfaharmeen geschlagen und zurückgedrängt wurden, so auch im Norden. Dort befehligten nach einander die französischen Generale Jarre, Bourbaki und Faidherbe. Der letztere übernahm das Kommando am 3. Dezember. Die nördlichen Festungen Arras, Cambrai, Douai, Valenciennes gaben einen günstigen Stützpunkt für die Operationen und Zuflucht. Zunächst war nur ein Armeekorps ausgerüstet, und mit diesem stand General Jarre südlich von Amiens. Gegen diesen Feind sollte General Manteuffel mit der Ersten Armee operieren. Doch mußte er zur Besetzung von Metz und zur Belagerung von Diedenhofen, Montmedy, Verdun und Mézières

mehr als  $1\frac{1}{2}$  Korps zurücklassen; mit nicht ganz 2 Korps marschierte er am 7. November von Metz ab, kam am 20. in die Nähe von Soissons und Compiègne und traf am 27. den Feind bei Amiens. Er schlug ihn zurück, nahm Amiens und zwang die dortige Citadelle und die kleine Festung La Fère zur Kapitulation. Darauf wandte er sich nach der Normandie, besetzte am 5. Dezember Rouen, am 9. die Hafenstadt Dieppe und zersprengte einzelne an der Seine auftretende Heeresabteilungen. Da aber Faidherbe, welcher inzwischen ein zweites Armeekorps ausgerüstet hatte, gegen Paris vorrückte und die kleine Festung Ham zur Kapitulation zwang, so ordnete Moltke die Absendung einiger Bataillone der Maasarmee nach Soissons an und forderte Manteuffel auf, bei Rouen eine größere Truppenabteilung stehen zu lassen und mit der übrigen Mannschaft östlich gegen Faidherbe vorzurücken. Manteuffel kehrte daher um, griff am 23. Dezember den Feind am Flüßchen Hallue (oder bei Querrieux) an und zwang ihn zum Rückzug nach Douai. Die Festung Peronne mußte am 9. Januar kapitulieren. Der in der Normandie zurückgelassene General Bentheim hatte indessen feindliche Abteilungen von 15000 bis 20000 Mann in mehreren Gefechten gegen Havre zurückgedrängt, das Schloß „Robert der Teufel“ erstürmt und den von Havre aus die Seine aufwärts fahrenden Kriegsschiffen durch Versenkung 11 größerer Schiffe bei Duclair den Weg versperrt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich auch 6 englische Kohlenschiffe, deren Eigentümer entschädigt wurden. Am 3. Januar griff Faidherbe, welcher aufs neue vorging, bei Bapaume eine Division des 8. Korps an, wurde aber zurückgeworfen. Der Kommandant dieses Korps, General Goben, erhielt am 6. Januar das Kommando über die Erste Armee, als Manteuffel zum Befehlshaber der Südarkmee ernannt wurde. Zum drittenmal drang Faidherbe vor, von Gambetta zur Unterstützung des auf den 19. Januar festgesetzten großen Pariser Ausfalls aufgefordert, und besetzte mit 50000 bis 60000 Mann St. Quentin und die umliegenden Höhen und Dörfer. General Goben griff ihn am 19. Januar mit etwa 30000 Mann an, worunter einige Abteilungen der Maasarmee sich befanden, und warf die französische Armee nach siebenstündigem Kampfe aus allen ihren Stellungen. Die Verluste Faidherbes betrugen etwa 5000 Mann an Toten und Verwundeten, 9000 an unverwundeten

Gefangenen und 6 Geſchütze, die der deutſchen Armee 96 Offiziere und 2304 Mann. Der Feind floh in völliger Auflöſung nach Cambrai und war für mehrere Wochen zu weiteren Aktionen ebenſo unfähig wie die Armee Chanzy's.

Im Oſten zeigte ſich eine dritte Entſatzarmee. Dort hatte nach der Kapitulation Straßburgs General Schmeling mit einer Reſervedivision die Feſtungen Schlettſtadt und Neu-Breisach am 24. Oktober und 10. November zur Kapitulation gezwungen, und General Treſckow hielt mit einer anderen Reſervedivision vom 3. November an die ſtarke Feſtung Belfort, den ſüdlichen Schlußſſel der Vogesen, eingeſchloſſen. Dieſe 2 Divisionen und eine dritte, ſpäter gebildete Reſervedivision unter General Debiſchütz gehörten zum 14., unter dem Kommando des Generals Werber ſtehenden Korps. Dieſer brach im Oktober mit der badiſchen Division und der Truppenabteilung des Generals von der Goltz von Straßburg auf, überſchritt die Vogesen, kam unter täglichen Gefechten, beſonders bei Etival am 6. Oktober, nach Epinal und Beſoul, ſchlug die Truppen des Generals Cambriels am 22. Oktober bei Etuz nach Beſançon zurück und ſandte den badiſchen General Weyer gegen Dijon ab. Die Stadt wurde nach heftigem Kampfe und nach kurzer Beſchießung am 31. Oktober zur Kapitulation gezwungen. Im November ſtellte ſich das ganze Werberſche Korps bei Dijon auf. Gegen dieſe Stellung rückte Garibaldi, welcher, von republikaniſchem Schwindel ergriffen, am 9. Oktober in Tours angekommen und von Gambetta zum Oberbefehlshaber der Vogesen-Freiſcharen ernannt worden war, mit einem ſehr bunt zuſammengeſetzten Heere von 20 000 Mann von Autun aus an und wurde am 26. und 27. November bei Paſques zurückgeſchlagen. Ebenſo wurde die gegen Dijon vorgehende Division des Generals Cremer von einem Teil der badiſchen Truppen unter General Glümer am 18. Dez. bei Nuits in die Flucht geſchlagen und andere feindliche Abteilungen durch General v. d. Goltz in die Feſtung Langres zurückgeworfen. Da hörte General Werber, daß zwiſchen Lyon und Beſançon bedeutende Truppenmaſſen ſich anſammeln und ein gewaltiger Schlag gegen Belfort beabſichtigt ſei. Auf dieſ hin räumte er Dijon und nahm vom 30. Dezember bis zum 9. Januar 1871 mit etwa 37 000 Mann und 120 Feldgeſchützen Stellung bei Beſoul. Gegen dieſe kleine Armee rückte General Bourbaki mit

etwa 150 000 Mann an. Derselbe hatte von Gambetta den Auftrag erhalten, im Rücken des deutschen Hauptquartiers ein großartiges Unternehmen auszuführen, hatte in der zweiten Hälfte des Dezembers 3 Armeekorps von Nevers nach Besançon gebracht, ein viertes Korps von Lyon her an sich gezogen und auch die Division Cremer mit seiner Armee vereinigt; bei Nevers sollte ein Korps zurückbleiben. Sein Plan war, mit dieser Übermacht das Werberische Korps über den Haufen zu werfen, die Festung Belfort zu entsetzen, ins Elsaß einzudringen, die rückwärtigen Verbindungen der deutschen Heere zu unterbrechen, wohl auch einen Rachezug nach Süddeutschland zu unternehmen. Die Gefahr für Belfort und für den Rücken der deutschen Einschließungsarmee vor Paris war nicht gering. Von dieser Sachlage in Kenntnis gesetzt, ordnete Moltke sofort die Bildung der aus dem 3., 7. und 14. (Werberischen) Korps zusammengesetzten Südararmee an, übertrug dem General Manteuffel das Oberkommando und gab demselben am 10. Januar in Versailles mündlich seine Instruktionen. Das 2. und das 7. Korps, welches letztere nun vollständig beisammen war, brachen von Montargis und von Auxerre auf, um am 12. Januar bei Chatillon an der Seine zusammenzutreffen.

Sobald General Werder erkannte, daß Bourbaki's nächstes Ziel nicht Vesoul, sondern Belfort sei, verließ er Vesoul, ließ Bourbaki's Marsch durch den Angriff bei Willersfelx am 9. Januar aufhalten und erreichte noch zeitig genug die berühmte Defensivstellung, südwestlich von Belfort. Zur Verstärkung derselben gingen von der Einschließungsarmee vor Belfort 10 000 Mann und 37 Belagerungsgeschütze ab. Das Werberische Korps bestand nun aus 45 000 Mann und hatte 146 Geschütze. Die Verteidigungslinie zog sich von Frahier über Héricourt und Montbeliard bis nach Delle an der Schweizergrenze hin und hatte den Fluß Visaine und das sumpfige Thal der Allaine vor sich. Wer diese Stellung erstürmen und die Straße nach Belfort erzwingen wollte, der mußte vorher das ganze Werberische Korps Mann für Mann zusammenhauen; denn die deutschen Truppen, die dem Vaterland drohende Gefahr wohl erkennend, gaben sich die historische Losung: „Wir dürfen sie nicht durchlassen, nicht um die Welt!“ Die äußeren Verhältnisse, abgesehen von der mehr als dreifachen feindlichen Übermacht, waren höchst ungünstig. Die Vorräte an Proviant



waren gering, die Kälte stieg bis auf 17 Grad, das Wasser der Lisaine gefror. Aber das Pflichtgefühl der deutschen Soldaten überwand alle Schwierigkeiten. Bourbaki verstand es nicht, von seiner dreifachen Übermacht den rechten Gebrauch zu machen und entweder das Centrum zu durchbrechen oder den schwachen rechten Flügel des Gegners zu umgehen. Alle seine Angriffe in der dreitägigen Schlacht bei Héricourt (oder bei Belfort), am 15., 16. und 17. Januar, wurden zurückgeschlagen; nur auf einige Stunden gelang es ihm, das schwach besetzte Dorf Chenebier zu nehmen; er mußte es wieder räumen und am 18. Januar den Rückzug antreten. Zu diesem bewog ihn auch die Nachricht von dem Anmarsch des Generals Manteuffel. Die Verluste der Franzosen in der Schlacht und auf den Rückzugsgesechten betragen gegen 8000 Mann; General Werder verlor 60 Offiziere und 1586 Mann. Derselbe folgte schon am 19. dem Feinde, der nach Besançon zog und von da nach Lyon abmarschieren wollte.

General Manteuffel, welcher am 12. Januar in Chatillon das Kommando über die Südarmee übernommen und am 13. seinen Marsch angetreten hatte, zog in Eilmärschen heran. Er marschierte durch die Gebirgszüge des Côte d'Or, von da zwischen den Festungen Langres und Dijon hindurch, ohne von Garibaldi, welcher nach Werders Abzug Dijon mit 25000 Mann besetzt hatte, irgendwie belästigt zu werden, und wandte sich, auf die Nachricht von Bourbakis Rückzug, südöstlich, um mit seinen beiden Korps, zusammen 44950 Mann Infanterie und 2866 Mann Kavallerie nebst 168 Geschützen, dem französischen Heere den Rückweg nach Lyon zu verlegen und demselben keine andere Wahl zu lassen, als entweder mit seinen entmutigten Truppen eine Schlacht zu wagen oder ohne Schlacht sich zu ergeben oder auf Schweizer Gebiet überzutreten. Am 23. Januar war die Straße nach Lyon besetzt, die ersten Gefechte begannen, das 2. und 7. Korps drängten von Süden und Westen, das Werderische Korps von Norden; es blieb kein Ausweg möglich als nach Osten. Bourbaki machte in Besançon am 26. Januar einen Selbstmordversuch. Gleichzeitig traf dort von Gambetta ein Telegramm ein, wonach Bourbaki abgesetzt und General Clinchant zum Oberbefehlshaber der Ostarmee ernannt war. Aber auch dieser konnte dem Wunsche Gambettas, daß die Armee nach Süden abmarschieren solle, nicht mehr entsprechen und mußte

nach Pontarlier abziehen. Die Nachricht von dem in Versailles abgeschlossenen Waffenstillstand wollte er als Rettungsanker benutzen; aber es zeigte sich, daß derselbe für den östlichen Kriegsschauplatz nicht galt. So war die Katastrophe nicht aufzuhalten. Am 1. Februar war auch der letzte nach Süden führende Gebirgspass an der Schweizergrenze besetzt, Pontarlier wurde erstürmt, der nach Neuchâtel abziehende Feind bis zu den zwei Sperrforts von La Cluse verfolgt. 2192 Offiziere und 88381 Mann betraten mit 285 Geschützen bei dem Grenzort Verrières das Schweizer Gebiet, wurden dort entwaffnet und unter die Kantone verteilt. Nur einigen Reiterregimentern und einer Infanteriedivision gelang es, in das südlich angrenzende Ain-Departement zu entkommen. In diesen Tagen machten die deutschen Truppen über 15000 Gefangene und erbeuteten 2 Fahnen, 28 Kanonen und Mitrailleusen und eine Menge von Wagen und Waffen. Garibaldi, welcher inzwischen von 6000 Mann unter General Kettler im Schach gehalten worden war, bei welchen Gefechten die Feinde eine unter einem Haufen von Leichen verlorene deutsche Fahne fanden, räumte in der Nacht auf den 1. Februar, auf die Nachricht, daß stärkere Truppenabteilungen heranziehen, die Stadt Dijon, zog nach dem Süden und begab sich bald darauf wieder auf die Insel Caprera. Die von Oberst Denfert verteidigte Festung Belfort hatte sich bei den zur Verteidigung günstigen Terrainverhältnissen bisher gehalten. Der Sturm auf die beiden Forts Ober- und Unter-Berche mißlang; er wurde am 8. Februar erneuert und die Forts genommen. Nun konnte sich die Festung nicht mehr lange halten. Um sie aber vor Abschluß des Waffenstillstandes in seine Gewalt zu bekommen, willigte König Wilhelm in eine Verlängerung desselben nur unter der Bedingung der Übergabe Belforts. Am 18. Febr. zog die Besatzung, welche ursprünglich 372 Offiziere und 17322 Mann hatte und während der Belagerung 32 Offiziere und 4713 Mann verlor, mit kriegerischen Ehren ab, und Belfort wurde von der Division Treschow besetzt, deren Verluste 88 Offiziere und 2049 Mann betragen. Andere Festungen, wie Soissons, Verdun, Diedenhofen, Pfalzburg, Montmédy waren schon im Jahre 1870 zur Kapitulation gezwungen worden. Nur die Festung Bitsch blieb bis zum 26. März von den französischen Truppen besetzt.

Nach Vernichtung aller Entsatzarmeen war für Paris nichts

mehr zu hoffen, wenn es nicht den Grund der Hoffnung in sich selbst trug. Auf den 30. November war mit Gambetta ein großer Ausfall verabredet. General Ducrot wollte mit etwa 50 000 Mann die östliche Einschließungslinie durchbrechen, nach Fontainebleau marschieren, dort mit der Loirearmee sich vereinigen und zugleich mit dieser zum Entsatz von Paris sich rückwärts wenden. Während an andern Punkten Scheinausfälle gemacht wurden, brach Ducrot gegen Champigny und Brie an der Marne vor, verdrängte die württembergische Division, von welcher ein Teil südlich bei Bonnaeuil und Mesly einen Angriff zurückschlug, und eine nicht vollzählige sächsische Division aus den Dörfern Champigny und Brie, konnte aber trotz seiner Übermacht die rückwärts liegende Stellung am Park von Villiers nicht nehmen. Am 2. Dezember rückten die beiden Divisionen, unterstützt von dem 2. Armeekorps und einer Brigade vom 6. Korps, unter dem Kommando des Generals Fransecky vor und nahmen nach dem heftigsten Kampfe die eine Hälfte von Champigny wieder, worauf in der Nacht vom 3. auf den 4. die Franzosen die andere Hälfte des Ortes und Brie räumten und mit sämtlichen Truppen auf das rechte Marneufer zurückgingen. Die Deutschen verloren an beiden Schlachttagen gegen 6200 Mann; der Verlust der Franzosen betrug über 12 000 Mann, worunter gegen 1600 Gefangene. Auch die Ausfälle vom 21. und 22. Dezember gegen Stains und Le Bourget wurden zurückgeschlagen, der mit schweren Geschützen versehene Mont Avron wurde nach zweitägiger Beschießung von den Franzosen geräumt und am 29. Dezember von den Sachsen besetzt und zugleich mit der Beschießung der östlichen Forts begonnen. Am 5. Januar, nachdem der Belagerungsparc eingetroffen war, begann die Beschießung der südlichen Forts, deren Feuer bald zum Schweigen gebracht war, und am 8. Januar die der Stadt Paris, wovon hauptsächlich das linke Seineufer, und auch dieses nicht sehr empfindlich, betroffen wurde. Die Unruhe und die Unzufriedenheit in Paris nahm zu. Man verlangte immer neue Ausfälle. Am 10., 13., 14., 15. und 16. Januar wurden solche gemacht und mißlangten. Ein Massenausfall von wenigstens 100 000 Mann, gegen ein einziges Armeekorps gerichtet, glaubte man, müsse den Durchbruch herbeiführen. Derselbe wurde am 19. Januar in der Richtung gegen Versailles ausgeführt und veranlaßte einen hartnäckigen Kampf

zwischen dem Fort Mont Valerien und dem von den Franzosen in Brand geschossenen Schlosse St. Cloud. Hier stand das 5. Korps unter General Kirchbach. Die Franzosen erlitten eine vollständige Niederlage und verloren 189 Offiziere und 3881 Mann, darunter 44 Offiziere und 458 Mann als Gefangene, während der Verlust der Deutschen 40 Offiziere und 570 Mann betrug.

Damit trat für Paris ein Wendepunkt ein. Der Oberkommandant Trochu, von der Nutzlosigkeit dieser Ausfälle längst überzeugt, legte seine Stelle nieder und erhielt den General Vinoy zum Nachfolger, behielt aber das Präsidium. Ein neuer Aufstand der Sozialdemokraten wurde am 22. Januar mit Mühe bewältigt. Die Lebensmittel, aus schlechtem Brot und Pferdefleisch bestehend, reichten höchstens noch auf 14 Tage. War diese Frist vorüber, so konnte niemand die hungrigen Massen von Akten der Verzweiflung zurückhalten. Die Regierung mußte handeln, und zwar so schnell als möglich. Am Abend des 23. Januar kam Minister Favre nach Versailles und bot dem Grafen Bismarck die Kapitulation von Paris an; doch sollte die reguläre Armee in voller Rüstung ausmarschieren und sich hinter die Loire zurückziehen dürfen. Das deutsche Hauptquartier nahm diese Bedingung nicht an. Nach weiteren Verhandlungen wurde am 28. Januar die Konvention von Paris abgeschlossen. Ein Waffenstillstand von 3 Wochen wurde bewilligt, jedoch auf die drei östlichen Departements, in welchen eben die Vernichtung der Bourbaischen Armee sich vollzog, nicht ausgedehnt; in dieser Zeit sollte eine Nationalversammlung gewählt werden und die Frage über Krieg und Frieden entscheiden; sämtliche Forts von Paris und das Kriegsmaterial mußten den deutschen Truppen übergeben werden; die Besatzungstruppen von Paris und den Forts wurden kriegsgefangen, hatten die Waffen abzugeben, blieben jedoch in Paris und mußten von den dortigen Behörden versorgt werden. Eine Division von 12 000 Mann sollte zur Erhaltung der Ordnung die Waffen behalten, und die gleiche Ausnahme wurde, gegen den Willen Moltkes, auf den Wunsch Favres, der es später sehr bereute, auch für die gesamte Nationalgarde festgesetzt. 602 Feldgeschütze, 1362 Festungsgeschütze, 177 000 Gewehre, darunter 150 000 Chassepots, eine Menge Munition und 1200 Munitionswagen wurden ausgeliefert. Die Stadt hatte binnen 14 Tagen eine Kriegskontribution von 200 Mill. Frank

zu bezahlen und durfte sich nach Auslieferung der Waffen verproviantieren. Am 29. Januar erfolgte die Übergabe der 25 größeren und kleineren Forts an die deutschen Truppen und die Aufhissung der schwarzweißroten Fahne auf denselben.

Gambetta war diese Konvention sehr unwillkommen. Doch glaubte er die Frist von 3 Wochen zur Ausrüstung neuer Vaterlandsverteidiger benutzen zu können und hoffte durch Beherrschung der bevorstehenden Wahlen eine radikale, zum äußersten Kampf entschlossene Nationalversammlung zusammenzubringen. Er veröffentlichte zu diesem Zwecke am 31. Januar eine Proskriptionsliste, wonach jeder, der von der kaiserlichen Regierung ein höheres Amt oder eine offizielle Kandidatur angenommen hatte, von der Wählbarkeit ausgeschlossen wurde. Bismarck und die Pariser Regierung protestierten gegen diese Eigenmächtigkeit, bestanden auf durchaus freien Wahlen, und letztere erklärte das Proskriptionsdekret für null und nichtig. Im deutschen Hauptquartier war man zum Äußersten entschlossen und entwarf bereits neue Operationspläne. Gambetta, von den übrigen Mitgliedern der Delegationsregierung verlassen, nahm am 6. Febr. seine Entlassung. Am 8. Febr. fanden in ganz Frankreich die Wahlen statt und am 12. wurde die Nationalversammlung, deren Mehrheit aus konservativen Republikanern und Orleanisten bestand, in Bordeaux eröffnet. Thiers wurde am 17. zum Chef der vollziehenden Gewalt erwählt, bildete am 19. sein Ministerium und begab sich, im Auftrage der Nationalversammlung, am 21. mit den Ministern Favre und Picard und einer Kommission von 15 Abgeordneten nach Versailles, um die Friedensverhandlungen zu eröffnen. Daß Elsaß nebst Straßburg verloren war, glaubten die französischen Unterhändler hinnehmen zu müssen; daß aber auch die Festungen Metz und Belfort abgetreten werden sollten, schien ihnen, bei ihrem schwachen Gedächtnis für Napoleonische Friedensbedingungen, zu stark. Erst als die Kriegskontribution auf 5 Milliarden ermäßigt und die Zurückgabe der Festung Belfort angeboten wurde, kamen die Verhandlungen wieder in Fluß, und am 26. Februar wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Darauf reiste Thiers nach Bordeaux zurück und legte den Vertrag der Nationalversammlung vor. Am 1. März nahm dieselbe mit 546 gegen 107 Stimmen den Vertrag an, worauf Favre die Urkunde nach

Versailles brachte, wo sie am 2. März von König Wilhelm unterzeichnet wurde.

Nach diesem Präliminarvertrag trat Frankreich an das deutsche Reich Elsaß und Deutsch-Lothringen, mit Straßburg, Metz, Diebenhofen, aber ohne Belfort, ab und verpflichtete sich zur Zahlung einer Kriegssentschädigung von 5 Milliarden Frank, von welchen im Jahre 1871 wenigstens eine Milliarde, der Rest im Laufe der nächsten drei Jahre bezahlt werden sollte. Die Räumung des besetzten französischen Gebietes sollte gleichen Schritt halten mit der Abzahlung der Milliarden und zwar so, daß nach Abzahlung von 2 Milliarden nur noch 6 Departements nebst Belfort als Pfand für die rückständigen 3 Milliarden von 50 000 Mann besetzt gehalten werden sollten. Auch sollte der westliche Teil von Paris von 30 000 Mann so lange besetzt werden, bis der Vertrag von der Nationalversammlung genehmigt war. Die Pariser sollten die deutschen Soldaten als Sieger in ihren Mauern sehen, um nicht neuen Stoff zu Phantasieen über die Unantastbarkeit und Unüberwindlichkeit ihrer „heiligen“ Stadt zu bekommen. Am 1. März zogen die 30 000 Mann, nachdem König Wilhelm Musterung über sie gehalten hatte, in Paris ein; 70 000 Mann standen in Reserve und die Kanonen der Forts waren gegen die Stadt gerichtet. Am 2. März wurden Tausende von Soldaten, nur mit dem Seitengewehr bewaffnet, von Offizieren in die Stadt geführt und einige interessante Punkte ihnen gezeigt. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig; beim Abzug der Truppen am 3. März hielt der Pöbel sein Schreien und Schimpfen nicht zurück. Dem Versailler Vertrage gemäß wurden sofort die südlichen Forts und einige westliche und südliche Departements geräumt, die nördlichen und östlichen Forts blieben bis zur Zahlung der ersten halben Milliarde besetzt und die Linie von Rouen bis Dijon wurde von den deutschen Armeekorps festgehalten. Das große Hauptquartier verließ Versailles am 7. März, und am 17. kehrte der König von Preußen nach einem Feldzug ohnegleichen nach Berlin zurück. Der Krieg hatte vom wirklichen Beginn bis zum Waffenstillstand 180 Tage gedauert. In dieser Zeit haben die deutschen Heere 159 größere und kleinere Gefechte bestanden, 15 größere Schlachten gewonnen, 26 feste Plätze genommen, 3 große Heere in Festungen gedrängt und zur Übergabe gezwungen, 2192 Offiziere und 88 381 Mann

mit 285 Geschützen zum Übertritt in die Schweiz genötigt, 11 860 Offiziere und 371,981 Mann zu Gefangenen gemacht und nach Deutschland abgeführt, 250 000 Mann in Paris gefangen gehalten, 1915 Feldgeschütze und 5526 Festungsgeschütze, 107 Adler und Fahnen erbeutet. Die Verluste sämtlicher deutschen Heere betragen 6247 Offiziere, Ärzte und Beamte, und 123 453 Unteroffiziere und Soldaten, 14 595 Pferde, 1 Fahne und 6 Geschütze. Am 1. März 1871 betrug die auf französischem Boden stehende deutsche Feldarmee 464 221 Mann Infanterie, 55 562 Pferde und 1674 Geschütze, während sich die Belagerungstruppen auf 105 272 Mann Infanterie, 5681 Pferde und 68 Geschütze beliefen, so daß die Gesamtzahl aller in Frankreich befindlichen deutschen Truppen 569 493 Mann Infanterie, 61 243 Pferde und 1742 Geschütze betrug. Außerdem standen in Deutschland noch 250 000 Mann Ersatz- und Besatzungstruppen.

Die Verhandlungen über den definitiven Friedensschluß wurden am 28. März in Brüssel eröffnet. Die französischen Unterhändler stellten der Ausführung des Versailler Vertrags, besonders den finanziellen Bestimmungen desselben solche Schwierigkeiten entgegen, daß ihre Absicht, den Vertrag so schlecht als möglich zu halten, leicht zu erkennen war. Die Verhandlungen kamen ins Stocken, in Berlin dachte man bereits an die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten, und die Zurücktransportierung der Kriegsgefangenen, welche zur Bekämpfung der Kommune so notwendig war, wurde eingestellt. Die französische Regierung begriff endlich den Ernst der Lage. Die Brüsseler Konferenz wurde aufgelöst, am 6. Mai von den französischen Ministern Favre und Pouyer-Quertier die Verhandlungen mit Bismarck selbst in Frankfurt eröffnet. Dieselben nahmen einen günstigen Verlauf. Schon am 10. Mai wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Derselbe enthielt eine die Nationalität der Bewohner mehr berücksichtigende Grenzbestimmung, eine Verkürzung der Zahlungsfristen für die zwei ersten Milliarden und eine Verlängerung der Okkupation in einzelnen Gebietsteilen. Nach einem Zusatzartikel ging die französische Ostbahn in Elsaß-Lothringen gegen Bezahlung von 325 Millionen Frank in deutschen Besitz über. Mit diesem letzten, in Frankfurt im Gasthof zum Schwan, dem Absteigquartier Bismarck's, sich abspielenden Akt war der deutsch-französische Krieg definitiv zu Ende.

## § 25.

## Das Deutsche Reich und das hohenzollernsche Kaisertum.

Unter den Gründen, durch welche die französischen Staatsmänner zur Kriegserklärung sich hatten bestimmen lassen, war der nicht der geringste, daß die Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde, die Errichtung eines starken Deutschen Reiches verhindert werden sollte. Der Erreichung dieses nationalen Zieles strebte jedes deutsche Herz mit Sehnsucht entgegen. Militärisch-einig war Deutschland in den Krieg gezogen; politisch-einig mußte es aus demselben zurückkehren. So dachten Tausende schon bei den ersten Siegesnachrichten. Der Tag von Sedan war vollends entscheidend. Schon am 30. August verlangte eine Volksversammlung in Berlin, von welcher ein Aufruf an das deutsche Volk und eine Aufforderung zu einer Adresse an den König von Preußen ausging, Zurückweisung jeder Einmischung des Auslandes, Gründung eines Deutschen Reiches und Wegnahme von Elsaß-Lothringen. Die Adresse erhielt in wenigen Tagen viele tausend Unterschriften. Eine Versammlung in München am 1. September und in Stuttgart am 3. September sprach sich in diesem Sinne aus. Die süddeutschen Regierungen konnten sich dem Strome der öffentlichen Meinung nicht entgegenstemmen. Die badische Regierung sprach sich in einem Schreiben an Bismarck vom 2. September für den Anschluß Süddeutschlands und für Verstärkung der Zentralgewalt auf militärischem und diplomatischem Gebiete aus. Die Regierungen von Bayern und von Württemberg gaben in den Antwortschreiben auf die Adressen der Städte bestimmte Zusicherungen auf Herstellung eines Verfassungsbündnisses. Auf den Wunsch des bayrischen Ministeriums beauftragte Bismarck den Minister Delbrück, seine Rückreise von Versailles nach Berlin über München zu machen. Derselbe kam am 21. September 1870 dort an und erklärte den bayrischen Ministern, er selbst habe keine Anträge zu stellen, sondern nur ihre Wünsche und Vorschläge entgegenzunehmen. Auf dies hin führten die Minister 80 Punkte an, in welchen sie eine Veränderung der Bundesverfassung oder eine Ausnahmestellung für Bayern wünschten. Besonders hoben sie hervor eine selbständige Verwaltung der bayrischen Armee, Dispensation von Beiträgen zur Unterhaltung der Flotte, eigene Justizgesetzgebung, eigene Verwal-



tung des Verkehrsweſens, peivilegiertes Stimmenverhältnis im Bundesrat, absolutes Veto gegen jede Verfassungsänderung, Zuziehung zur Leitung der auswärtigen Politik. Dies gab zwar ein Verfassungsverbündnis, aber ein solches mit sehr lockeren Banden. Auf welche thätſächlichen Verhältnisse Bayern die Forderung einer so bevorzugten Ausnahmestellung gründen wollte, war schwer zu sagen. Den Münchener Konferenzen wohnte der württembergische Minister v. Mittnacht bei.

Unter solchen Umständen war leicht einzusehen, daß die Arbeit an dem Verfassungswerk nicht mit Bayern, sondern mit willfährigeren Regierungen angefangen werden mußte. Bismarck lud daher die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen ein, Bevollmächtigte nach Versailles abzuschicken, machte hievon dem bayrischen Ministerium Meldung, überließ es demselben aber, ob es sich an den Verhandlungen beteiligen, oder das Ergebnis der Verhandlungen mit den 3 anderen Staaten abwarten und dann die Münchener Verhandlungen wieder aufnehmen wollte. Um eine Isolation Bayerns zu verhüten, machten sich die bayrischen Minister v. Bray, v. Luß und v. Brandt am 20. Oktober auf den Weg nach Versailles. Von Württemberg erschienen dort die Minister v. Mittnacht und v. Suckow, von Baden die Minister v. Jolly und v. Freydorff, von Hessen der Minister v. Dalwigk. Die preussischen Minister v. Delbrück und v. Roon hatten hauptsächlich die Unterhandlungen zu führen, nachdem Bismarck in der Konferenz mit den süddeutschen Ministern sich bei Feststellung der Grundlagen für Gewährung von Reservatrechten, zugleich aber für Beibehaltung derjenigen Bestimmungen der norddeutschen Bundesverfassung erklärt hatte, welche diesem Bunde vorzugsweise den Charakter eines Bundesstaates gaben. Am 15. November wurde in Versailles der Verfassungsvertrag mit Baden und Hessen, am 23. mit Bayern und am 25. in Berlin mit Württemberg abgeschlossen. Baden und Hessen beanspruchten keine Reservatrechte und nahmen die Norddeutsche Bundesverfassung vollständig an; nach der mit Baden abgeschlossenen Militärkonvention wurde dessen Kontingent ein unmittelbarer Bestandteil der preussischen Armee; derselbe bildete in Verbindung mit 3 preussischen Regimentern das 14. Armeekorps, zu dessen Kommandeur der General Werder ernannt wurde; die hessische Division blieb, wie bisher, dem 11. Armeekorps ein-

verleibt. Württemberg behielt die besondere Verwaltung der Post, der Telegraphen, der Eisenbahnen und, wie auch Baden und Bayern, die besondere Besteuerung des Biers und Branntweins; seine Division erweiterte sich zu einem Armeekorps, das als das 13. in den Rahmen der deutschen Armee eintrat. Bayern behielt seine eigene Verwaltung des Heerwesens, der Post, der Telegraphen, der Eisenbahnen, wurde von den Bundesgesetzen über Heimats- und Niederlassungsverhältnisse nicht berührt und erhielt weite Zugeständnisse für seine Diplomatie. In Verbindung mit den Bevollmächtigten Sachsens und Württembergs bildeten die bayrischen einen diplomatischen Ausschuss unter Bayerns Vorsitz im Bundesrat; das Veto von 14 Stimmen im Bundesrat (so viele Stimmen haben Bayern, Sachsen und Württemberg zusammen) kann jede Verfassungsänderung unmöglich machen. Doch mußte das bayrische Heerwesen nach den Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung eingerichtet werden, und der Bundesfeldherr hatte das Recht der Anordnung der Mobilisierung und der Inspektion des bayrischen Kontingents.

So wenig auch alle Bestimmungen dieser Verfaller Verträge, zumal die an Bayern gemachten Zugeständnisse, dem Vaterlandsfreunde gefielen, so mußte doch zugegeben werden, daß die Leiter des Norddeutschen Bundes gut daran thaten, um des Besseren willen, das schwer zu erreichen war, das Gute, das gewonnen werden konnte, nicht von sich zu weisen. Es war doch ein einiges Deutsches Reich geschaffen; die Milderung oder Abschaffung der Reservatrechte durfte man getrost der Zukunft überlassen. Von solchen Gedanken und Hoffnungen erfüllt, genehmigten am 9. Dezember der Norddeutsche Reichstag und im nämlichen Monat die badischen, hessischen und württembergischen Landtage die Verfaller Verträge. Das württembergische Ministerium hatte sich bei dieser Gelegenheit der unbequemen Demokratenkammer entledigt, dieselbe am 22. Oktober aufgelöst und auf den 5. Dezember Neuwahlen ausgeschrieben. Dieselben fielen größtenteils im Sinne der nationalen Parteien aus. Schwieriger war die Sache in Bayern. Hier wurde die Entscheidung nicht nur ungebührlich hinausgezogen, sondern die Annahme der Verträge geradezu in Frage gestellt. Hätte das bayrische Ministerium das Beispiel des württembergischen nachgeahmt und die in ihrer Mehrheit antinationale Abgeord-

netenkammer aufgelöst, so hätte es sicherlich, bei dem auch in Bayern mitten unter den Kriegseignissen und Erfolgen hochauflodernden Patriotismus, durch Neuwahlen eine bedeutende Mehrheit von nationalen und liberalen Abgeordneten erhalten. Die Reichsratskammer genehmigte am 30. Dezember mit 37 gegen 3 Stimmen die Versailler Verträge. Die Abgeordnetenkammer übergab am 15. Dezember die Vorlage einem Ausschuss zur Begutachtung, und dieser beschloß auf Antrag seines Referenten, des unvermeidlichen Jörg, der Kammer die Verwerfung der Verträge vorzuschlagen. Die Debatte hierüber begann erst am 11. Januar 1871 und nahm 10 Sitzungen in Anspruch. Die Minister und die Führer der Fortschrittspartei traten sehr energisch für die Verträge ein, selbst Mitglieder der Patriotenpartei, von der nationalen Strömung fortgerissen, sprachen dafür; aber es war immerhin schwer, die nötige Zweidrittelmehrheit herauszubringen. Die Abstimmung ergab 102 Stimmen für und 48 gegen die Annahme der Verträge. Somit war auch dieses letzte Glied in den Bau des Deutschen Reiches eingefügt. Doch wartete man in Versailles das bayrische Votum nicht ab, sondern ordnete auf den 1. Januar 1871 die amtliche Verkündigung der Gründung des Deutschen Reiches an.

In einer anderen Frage ergriff Bayern die Initiative. König Ludwig II. trug unter Zustimmung sämtlicher deutschen Regierungen dem König von Preußen als dem obersten Regenten des neuen Deutschen Reiches den Titel eines „deutschen Kaisers“ an. Bei dem Festmahl in Versailles am 1. Januar erinnerte der Großherzog von Baden den König Wilhelm an das nun so glänzend in Erfüllung gehende Wort seines Bruders, des Königs Friedrich Wilhelm IV.: „Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde errungen werden.“ Die feierliche Proklamierung der Kaisermürde fand am 18. Januar im großen Spiegelsaal des Versailler Schlosses mittags 12 Uhr statt. Viele Prinzen, Fürsten, Generale, Minister und Deputationen der Regimenter waren anwesend. Graf Bismarck las die an das deutsche Volk gerichtete Proklamation des Kaisers Wilhelm I. vor. Die eben damals teils vor, teils nach dem 18. Januar, errungenen großen Triumphe umgaben diese Kaiserfeier wie riesige Denksteine. Es waren dies die Schlachttage von Le Mans am 12. Jan., von Belfort am 17., von St. Quen-

tin und von Mont Valerien am 19., die Kapitulation von Paris am 28. und die Zurückwerfung der Bourbaccischen Armee nach der Schweizer Grenze am 1. Februar. Unter großartigern Verhältnissen als die deutsche Kaiserwürde ist niemals eine solche angenommen worden.

Der erste deutsche Reichstag wurde vom Kaiser am 21. März 1871 mit einer Thronrede eröffnet, welche die Freude darüber, daß „wir erreicht haben, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung“, aussprach, zugleich aber betonte, daß das Deutsche Reich fern sei von jeder Eroberungslust und Interventionsucht und in dem Herzen Europas ein Friedensreich bilde, das, wie es in die Angelegenheiten anderer Staaten sich nicht mische, so von keiner Seite her eine Einmischung dulde, das ohne Herausforderung nicht zur Offensive übergehe, dann aber in der Defensive eine starke Macht bilde. Am nämlichen Tage wurde dem Reichskanzler Grafen Bismarck, dessen ebenso umsichtige als kräftige Leitung der deutschen Politik zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches so viel beigetragen hat, die Fürstenwürde verliehen. Die Wahlen für den Reichstag hatten am 3. März unter großer Beteiligung der Wähler stattgefunden. Auch in Süddeutschland waren dieselben größtenteils national ausgefallen. Die Reichsregierung konnte unter den 382 Abgeordneten auf eine bedeutende Mehrheit zählen. Die besten Männer Deutschlands standen, als Mitglieder verschiedener Parteien, der nationalliberalen, der deutschen Reichspartei, der liberalen Reichspartei, fest zur Politik des Kaisers Wilhelm und seines großen Kanzlers. Bemerkenswert war, daß in Norddeutschland, das in den vorigen Reichstag nur 8 klerikale Abgeordnete gewählt hatte, 36 klerikale gewählt wurden. Dazu kamen 20 klerikale aus Süddeutschland, so daß diese Partei, welche sich als katholische Zentrumsparthei konstituierte, 56 Mann stark war. Einige Mitglieder dieser Partei hatten am 17. Februar 1871 eine Adresse an den Kaiser nach Versailles gesandt, worin sie ihn bat, er möchte mit der ganzen Macht des neuen Reiches für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes eintreten, und für diesen Fall der Reichsregierung die Unterstützung der Klerikalen zusicherten. Es war entsetzlich naiv, dem protestan-

tischen Kaiser eines größtenteils protestantischen Reiches zuzumuten, daß er für die Regierung des Papstes, dessen weltliche Herrschaft von zweifelhafter Qualität war, eine diplomatische oder, falls dies nichts fruchte, eine militärische Lanze einlege, einen mittelalterlichen Römerzug veranstalte, die Soldaten des Königs Viktor Emanuel aus Rom und dem Kirchenstaat hinausjage und dem Papste eine Schildwache von 100 000 Mann zur Verfügung stelle. Um einen solchen Preis, der dem doch einer verständigen Politik grenzenlosen Hohn sprach, war die Unterstützung der klerikalen Partei teuer erkaufte. Daß die Reichsregierung auf solche Hirngespinnste sich nicht einließ und sich lieber auf die Nationalliberalen als auf die Klerikalen stützte, machte diese unter dem Telegraphendruck des jesuitischen Vatikans stehende Partei zur Todfeindin der deutschen Reichspolitik, und wir werden sie vieles, was von letzterer ausging, grundfänglich bekämpfen sehen.

Unter solchen Umständen hielten die nationalen Parteien es für zweckmäßig, in dem dem Reichstag vorzuliegenden Adreßentwurf offen zu erklären, daß das Deutsche Reich und Kaisertum von 1871 etwas ganz anderes sei als das des Mittelalters. „Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.“ Der von Bennigsen aufs trefflichste verteidigte Adreßentwurf wurde trotz der Angriffe des Bischofs Ketteler, Windthorst's und Reichenspergers am 30. März mit 243 gegen 63 Stimmen angenommen, der Gegenentwurf abgelehnt. Darauf stellten die Klerikalen den Antrag, die sogenannten Grundrechte der preußischen Verfassung: Pressfreiheit, Vereinsrecht und volle Selbständigkeit der Kirche in die Reichsverfassung aufzunehmen. Da jedermann wußte, daß jene die Pressfreiheit nur für die Zügellosigkeit der klerikalen Presse, das Vereinsrecht nur für die Ausbreitung der religiösen Orden, die kirchliche Selbständigkeit nur für die Befestigung der souveränen Stellung der katholischen Kirche und für die Sanktionierung des Ungehorsams der Bischöfe gegen die Staatsgesetze ausbeuten wollten, so wurde dieser Antrag nach dreitägiger Debatte am 4. April mit 223 gegen 54 Stimmen verworfen. Auf den Antrag der Regierung wurde ein Invalidenfonds von 240 Millionen Thalern, ein Fonds von 4 Millionen für bedürftige Reservisten und Landwehrmänner und ein Fonds von 4 Millionen für Dotationen verdienter Generale und Staatsmänner

aus den Kriegsschädigungsgeldern verwilligt. Für die Dotationen wurden 4 Kategorien aufgestellt und für diese Summen von 300 000, 200 000, 150 000 und 100 000 Thaler bestimmt. Prinz Friedrich Karl, Graf Moltke, Kriegsminister Roon, General Manteuffel kamen dabei in erster, die Generale Göben und Werder und der Staatsminister Delbrück in zweiter Linie. Fürst Bismarck erhielt vom Kaiser die zu einer Million Thaler geschätzten Domänen im Amte Schwarzenbeck, im Herzogtum Lauenburg, zum Geschenk. Die wiedergewonnenen Provinzen Elsaß und Deutsch-Lothringen sollten nach dem von der Reichsregierung vorgeschlagenen Gesetze nicht mit Preußen vereinigt, sondern als besonderes Reichsland zunächst provisorisch regiert und verwaltet werden. Die Reichsverfassung sollte erst am 1. Januar 1874 dort in Kraft treten; bis dahin sollte die Gesetzgebung vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat ausgeübt, alle anderen Rechte der Staatsgewalt vom Kaiser gehandhabt werden. Dieses Gesetz wurde am 3. Juni 1871 mit großer Mehrheit angenommen. Der Reichstag wurde am 15. Juni geschlossen, und am 16. fand der festliche Einzug eines Teiles des aus Frankreich zurückkehrenden Heeres in Berlin statt. Es waren 40 000 Mann, bestehend aus der Garde, aus einem Bataillon des Königsgrenadierregiments und aus Deputationen sämtlicher übrigen Truppenteile des deutschen Heeres. Einen glänzenderen und stolzeren Einzug hat Berlin noch nie gesehen. Roon wurde an diesem Tage in den Grafenstand erhoben, Moltke zum Generalfeldmarschall ernannt.

---

## Sechster Zeitraum.

1871—1889.

Europa unter dem Einfluß des deutschen Friedensreiches.

### § 26.

Frankreich und die anderen anßerdeutschen Staaten.

Nachdem die deutschen Truppen die südlichen Forts von Paris und die Stadt Versailles geräumt hatten, siedelte die Nationalversammlung von Bordeaux nach Versailles über und hielt dort am 20. März ihre erste Sitzung. Die Pariser nahmen diese Hintersetzung der Hauptstadt übel auf, fühlten sich aber auch um so weniger gehindert in Ausführung ihrer politischen und sozialen Pläne. Die Sozialdemokraten, mehrmals in ihren Bestrebungen gestört, glaubten, jetzt sei ihre Zeit gekommen, und verbanden sich mit den Mitgliedern der in London gegründeten „Internationale“, welche alle Grundsäulen der menschlichen Gesellschaft, Familie, Gemeinde, Staat, Religion, Eigentum, über den Haufen warf, keine Ehe, kein Erbrecht anerkannte und die ganze Welt nach einem erbarmungslosen Nivellierungssystem umgestalten wollte. Solche Leute beherrschten die Arbeiterbevölkerung von Paris und die Nationalgardisten der Vorstädte Belleville, Montmartre, Montrouge u. s. w. Am 26. Februar nahmen Nationalgardisten 27 Kanonen weg, unter dem Vorwand, sie vor den Preußen zu retten. Nach dem Abzug der Preußen nahmen sie noch mehr weg, brachten dieselben (im ganzen 417) auf den Montmartre und machten diesen zu einer Festung. Die Regierung ernannte am 9. März den General Aurelle de Paladines zum Kommandanten der Nationalgarde. Aber das „Zentralkomitee der Nationalgarde,“ welche als die allein rechtmäßige Behörde angesehen wurde, verlangte von der Regierung dessen Absetzung, Fortbezahlung ihres täglichen Soldes von 1½ Frank wie zur Zeit der Belagerung, das Recht, ihre Offiziere und ihren Kommandanten zu wählen, und wollte in Paris nur solche militärische Befehlshaber dulden, welche nicht unter der Regierung, sondern unter der Municipalität ständen.

Das hieß, die Staatsregierung abschaffen, aus Paris eine freie Reichsstadt machen und die Einwohnerschaft den Fanatikern des Sozialismus und Kommunismus preisgeben. General Binoy, Oberbefehlshaber der Pariser Armee, wollte zuerst die „Kanonenfrage“ lösen und ließ in der Nacht auf den 18. März den Montmartre besetzen. Aber morgens 7 Uhr rückte die Nationalgarde an, das Militär fraternisierte mit derselben, Binoy mußte sich nach Versailles zurückziehen, die Generale Lecomette und Clément Thomas wurden gefangen genommen und erschossen. Das Zentralkomitee der „föderierten“ Nationalgarde, von Assy geleitet, übernahm die Regierung von Paris, hielt die gemäßigten Elemente durch Schrecken nieder, und veranstaltete am 26. März die Wahlen für den Gemeinderat oder die Kommune. Es saßen etwa 80 Personen darin, darunter Blanqui, Pyat, Flourens, Assy, Delescluze. Die Kommune bildete nun die regelmäßige Regierung; neben dieser regierte aber auch noch das Zentralkomitee, und über beiden stand als leitende Macht das Komitee der Internationale. Der Plan, durch besondere Sendlinge auch in den anderen großen Städten eine Kommune zu errichten, mißlang; die sozialistischen Aufstände in Lyon, Marseille und anderen Städten wurden unterdrückt, Blanqui verhaftet.

Die Kommune wählte für die verschiedenen Ministerien 10 Kommissionen und setzte an die Spitze einer jeden derselben einen Delegierten. Alle Wehrfähigen mußten in die Nationalgarde eintreten, ihr Sold wurde erhöht, ihre Frauen, legitime und nicht legitime, erhielten Unterstützungen, die Hinterbliebenen Pensionen. Es war das goldene Zeitalter der Proletarier. Um Geld zu bekommen, konfiszierte die Kommune alle Güter der Kirche, plünderte die Kirchen, holte von der Bank Vorschüsse von einigen Millionen, erpreßte Anleihen von den Versicherungsgesellschaften und legte den reichen Privaten Kontributionen auf. Sozialistische Blätter sorgten für Verbreitung der kommunistischen Grundsätze unter dem Volke. Thiers meinte, der Krater werde in kurzem von selbst ausbrennen. Aber so schnell ging dies nicht. Die Kommune hatte im Sinne, die Nationalversammlung in Versailles zu überfallen und dieselbe zu sprengen. Dies war der Zweck der Ausfälle am 2. und 3. April unter General Cluseret. Die Pariser wurden von den Versailler Truppen zurückgeschlagen, Flourens fiel.



Diese Niederlage erhöhte die Wut der Parteiführer. Der Erzbischof Darbois, mehrere andere Priester und angefehene Männer wurden am 4. April verhaftet und als Geiseln für die in den letzten Gefechten gefangenen Nationalgardisten nach Mazas gebracht. Das Haus Thiers' wurde geplündert und niedergerissen, die Vendôme-Säule umgestürzt und ein Aufruf an das französische Volk erlassen, um dasselbe für die „moderne Revolution, die umfassendste und fruchtbarste von allen,“ zu begeistern, wodurch die Dezentralisation Frankreichs, das Zerschlagen des einheitlichen Staatswesens in eine Anzahl von Städterepubliken mit unbeschränkter Selbstverwaltung ausgeführt werden sollte. Aber der Aufruf hatte keinen Erfolg, zumal da die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses von 5 Mitgliedern an die schlimmsten Zeiten von 1793 und 1794 erinnerte.

Im April rückten die Versailler Truppen unter dem Oberkommando des Marschalls Mac Mahon im Westen und Süden von Paris vor, nahmen einige der Forts, drängten die Pariser hinter die Ringmauer zurück und schickten sich zu einem umfassenden Angriff auf die Stadt an. Hier stand Delescluze an der Spitze des Kriegswesens, und auf seinen Antrag beschloß die Kommune am 20. Mai, vor dem Eindringen der Versailler alle öffentlichen Gebäude und ganze Stadtviertel durch Petroleum in Brand zu stecken und den Siegern nur einen Trümmerhaufen übrig zu lassen. Am Abend des 21. Mai drangen die Versailler Truppen, denen ein Bürger, namens Jules Ducatel, eine unbewachte Stelle zeigte, in die Stadt ein. Die Generale Ciffey, Douay, Vinoy, Ladmirault, Clinchant befehligten die Truppen. Der Plan war, die Aufständischen von Südwesten nach den nördlichen Höhen von Montmartre und Belleville zurückzudrängen, von wo aus sie dann, da die nördlichen Forts von den Deutschen besetzt waren, keinen Ausgang hatten. Vom 22. bis zum 28. Mai dauerte der verzweifelte Kampf in der Stadt. Auch Frauen und Mädchen beteiligten sich an demselben, standen auf den Barrikaden, halfen die Gebäude mit Petroleum anzünden. Viele Gefangene, darunter der Erzbischof Darbois wurden von den Kommunarden erschossen. Mit Wegnahme der Butte Chaumont, wo Delescluze auf einer Barrikade den Tod suchte und fand, war am 28. Mai das letzte Bollwerk der Kommune erobert und die Stadt in der Gewalt der Versailler Regierung. Tausende wurden

zu Gefangenen gemacht; ihre Zahl stieg bald bis zu 50 000. Mac Mahon hatte einen Verlust von 7514 Mann. Die öffentlichen Gebäude, welche durch die Kommune in Brand gesteckt wurden, waren: die Tuilerien, das Palais-Royal, das Finanzministerium, der Palast des Staatsrats, des Rechnungshofes, der Ehrenlegion, des Justizministeriums, die Polizeipräfektur, das Stadthaus, mehrere Theater. Mehrere andere Gebäude, in welchen sich schon die Brennstoffe befanden, konnten noch gerettet werden. Von den Mitgliedern der Kommune wurden mehrere gefangen, darunter Assy, Cluseret, Groussset, Kossel, Rochefort auf der Flucht verhaftet. Viele Monate dauerte die Aburteilung der Gefangenen; einige wurden erschossen, andere nach Neu-Kaledonien und nach anderen fernen Plätzen deportiert.

Nest erst, nach Niederschlagung des Kommuneaufstandes, konnte die französische Regierung an eine geregelte Verwaltung des Landes denken. Sie hatte zunächst zwei Ziele vor Augen: die möglichst baldige Befreiung des Landes von der Okkupation und die Verbesserung des Militärwesens nach preußischem Muster. Da zur Erreichung beider Ziele die Flüssigmachung großer Geldsummen notwendig war, so wurde der Steuerkraft des Landes viel zugemutet. Der mit dem zweitgenannten Ziele zu erreichende Zweck war nicht Stärkung der Defensivkraft des Landes, da ein nicht herausforderndes Frankreich keinen Angriff zu fürchten hat, sondern der Revanchekrieg gegen Deutschland. Die bankrott gewordene militärische „Gloire“ sollte wiederhergestellt, die entrissenen Provinzen zurückgenommen oder Kompensationen, etwa in Belgien, dafür erungen werden. Alle Parteien in Frankreich, die Monarchisten wie die äußersten Republikaner, waren von diesem Gedanken befeelt, bewilligten in der Nationalversammlung für Militärzwecke Gelder über Gelder und boten sogar der Regierung mehr Geld an, als diese verlangte. Mit diesem Rachegefühl des gedemütigten Volkes verbanden sich die Pläne der Jesuiten. Ihre Hoffnung, mit Hilfe des französischen Kaiserreiches im Jahre 1870 das protestantische Deutschland zu überwältigen und die Errichtung eines einigen Deutschen Reiches unter einem protestantischen Kaiser unmöglich zu machen, war nicht in Erfüllung gegangen. Nun wurde das nationale Unglück für klerikale Zwecke ausgebeutet, die Möglichkeit der Revanche an strenge Devotion geknüpft und Glaubens-

Lieder mit einem Revanche-Refrain gesungen. Das erschütterte Frankreich sollte vollständig unter die Herrschaft der Jesuiten gebracht, der nationale und religiöse Fanatismus aufgestachelt, die Reorganisation des Heeres mit Fieberhaft vollendet und, sobald die politische Weltlage eine günstige Aussicht darbot, der nationalklerikale Kreuzzug gegen Deutschland eröffnet werden. Um solch hohes Ziel zu erreichen, wurde die Jungfrau Maria zu persönlichen Besuchen in Frankreich veranlaßt, die Wunderquelle zu Lourdes eröffnet, der Kultus des heiligen Herzens Jesu bis zum Wahnmwiz getrieben, Prozessionen von zehn und zwanzig Tausenden in Szene gesetzt, im Namen der republikanischen Freiheit für die katholische Kirche, und nur für diese, Unterrichtsfreiheit und das Recht der Gründung von „freien Universitäten“ gefordert. Die Staatsuniversitäten sollten ganz auf's Trockene gesetzt werden und alles, was eine glänzende Laufbahn machen wollte, durch die jesuitischen Universitäten hindurchgehen. Die Nationalversammlung von 1875 war willfährig genug, dem Klerus diese Rechte einzuräumen.

Lhiers, am 31. August 1871 von der Nationalversammlung zum Präsidenten der französischen Republik ernannt, veranstaltete mit Genehmigung der Versammlung zur Bezahlung der zwei ersten Milliarden Kriegsschädigung im Juni 1871 eine Anleihe von 2500 Millionen Frank und zur Abzahlung der drei weiteren Milliarden im Juli 1872 eine Anleihe von mehr als 3 Milliarden. Es trat das „finanzielle Wunder“ ein, daß bei der öffentlichen Subskription, an welcher sich sogar deutsche Bankhäuser beteiligten, die Summe von 44 Milliarden gezeichnet wurde. Wenn auch diese Summe nicht ernsthaft gemeint war, so war sie doch ein höchst günstiges Zeugnis für den französischen Kredit. Durch das Kriegsdienstgesetz vom 27. Juli 1872 wurde die allgemeine Wehrpflicht in der Weise eingeführt, daß ein Teil der Mannschaft zu fünfjähriger Präsenz in der aktiven Armee, der andere zu sechsmonatlichen Übungen verpflichtet war. Dieses Gesetz wurde durch das Organisationsgesetz vom 24. Juli 1873, welches die Zahl der Regimenter festsetzte und diese unter 18 Armeekorps verteilte, und durch das Kadresgesetz vom 13. März 1875 vervollständigt. Durch letzteres wurden die Bataillonskadres in der Weise vermehrt, daß auf je 3 vorhandene Bataillone ein viertes neues geschaffen

wurde, und daß, während bisher die Regimenter aus 3 Bataillonen mit einer Maximalkriegsstärke von 3000 Mann bestanden, nun Regimenter von 4 Bataillonen errichtet wurden, wodurch die Maximalkriegsstärke des Regiments auf 4000 Mann gebracht wurde. Nach Durchführung dieses Gesetzes bestand die erste Operationsarmee aus 638 000 Mann Infanterie, 58 800 Mann Kavallerie, 124 000 Mann Artillerie mit 2508 Geschützen, 25 000 Mann Genie, zusammen 845 800 Mann. Rechnete man dazu die Reserve, die Territorialarmee und deren Reserve, so erhielt man eine Masse von mehr als zwei Millionen Soldaten. Dieses Kadresgesetz machte solches Aufsehen, daß im Frühjahr 1875 allgemein davon die Rede war, ein Krieg sei „in Sicht“; das Deutsche Reich wolle an Frankreich den Krieg erklären, bevor diese kolossalen Rüstungen alle ausgeführt seien. Doch beschränkte sich der Krieg auf diplomatische Anfragen. Die militärische Schmach des letzten Krieges suchte die „große“ Nation ganz auf Rechnung des Marschalls Bazaine zu schreiben, welcher allerdings zu einer für das deutsche Hauptquartier sehr gelegenen Zeit die Kapitulation von Metz unterzeichnet hat. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und am 10. Dezbr. 1873 zum Tode verurteilt, aber zu zwanzigjähriger Haft begnadigt. Am 26. Dezember trat er seine Gefangenschaft in dem Fort der Insel St. Marguerite an, entfloh aber am 10. August 1874 unter Beihilfe seiner Gemahlin und begab sich nach Spanien.

Die Nationalversammlung, in Parteien gespalten, welche sich aufs heftigste befehdeten, entwickelte eine sehr geringe gesetzgeberische Thätigkeit. Auf der einen Seite standen die 3 monarchistischen Parteien der Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten, von welcher jede ihren Prätendenten hatte, auf der anderen die Republikaner, welche sich in eine gemäßigte und eine äußerste Linke schieden; zwischen inne stand eine Gruppe von Parlamentariern, welche sich mit jeder der beiden Regierungsformen befreundeten konnten, wenn nur die konstitutionellen Einrichtungen gewahrt blieben. Die Monarchisten behielten zwar die Mehrheit, aber sie verloren im Laufe der nächsten Jahre durch Ersatzwahlen bedeutend an Terrain und waren unter sich selbst so uneinig, daß in den wichtigsten Fragen mehrmals eine Fraktion der Rechten mit der Linken stimmte und so die Mehrheit zur Minderheit wurde. Die „Fusion“, d. h.

die Verschmelzung der Legitimisten und Orleanisten zu einer einzigen Partei, gelang nicht, obgleich der Graf von Paris am 5. August 1873 dem Grafen Chambord einen Besuch in Frohsdorf machte und denselben im Namen der Familie Orleans als den Chef ihres Hauses und als den alleinigen Vertreter des monarchischen Prinzips in Frankreich anerkannte. Da Graf Chambord in seinem Brief vom 27. Oktober 1873 eine bedingungslose Zurückberufung verlangte, weder in der Fahnenfrage noch in der Konstitutionsfrage zum voraus eine bindende Erklärung abgeben wollte, so mußten die Orleanisten die Fusion verloren geben, und der Graf von Paris hatte sich umsonst bloßgestellt. Das Verbannungsgesetz gegen die Bourbonen und Orleans wurde von der Nationalversammlung zurückgenommen und letzteren die ihnen von Napoleon im Jahre 1851 genommenen Familiengüter zurückgegeben. Mit Thiers, welcher die thatsächliche Republik jeder der drei möglichen Monarchien vorzog, waren eben deswegen die Monarchisten sehr unzufrieden. Als er bei der Neubildung des Ministeriums am 18. Mai 1873 die monarchische Mehrheit gar nicht berücksichtigte und sein Kabinett nur aus der gemäßigten Linken nahm, beantragten die Monarchisten ein Tadelsvotum gegen Thiers, und als dieses am 24. Mai 1873 mit 360 gegen 344 Stimmen angenommen wurde, nahmen Thiers und dessen Minister ihre Entlassung, worauf noch in der nämlichen Sitzung Mac Mahon zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Unter ihm übernahm der Herzog von Broglie die Präsidentschaft des aus Mitgliedern der drei monarchistischen Parteien zusammengesetzten Ministeriums. Um der Stellung des Präsidenten mehr Festigkeit zu geben, beschloß die Nationalversammlung am 19. November 1873, die Dauer der Präsidentschaft auf 7 Jahre festzusetzen. Das Ministerium Broglie wurde durch die Abstimmung über das Wahlgesetz am 16. Mai 1874 zum Rücktritt genötigt, worauf am 22. Mai Kriegsminister Cissey die Präsidentschaft übernahm. Als aber die Regierung den Bonapartismus zu begünstigen schien und man vor der Wahl stand, die Republik oder das dritte Kaiserreich zu haben, trennten sich die gemäßigten Orleanisten von der Regierung und näherten sich den gemäßigten Republikanern. Es bildeten sich aus dem linken und dem rechten Centrum eine neue Mehrheit, welche auf den Antrag des Abgeordneten Wallon durch ihr Schlußvotum am 25. Februar 1875 eine Republik mit

regelmäßiger Präsidentenwahl, mit Senat und Zweiter Kammer errichtete. Darauf folgte am 10. März die Bildung des Ministeriums Buffet, dessen hervorragendste Mitglieder dem rechten Zentrum angehörten. Die Zahl der Senatoren wurde auf 300 festgesetzt, von denen 75 von der Nationalversammlung auf lebenslänglich, 225 durch die Departements und die Kolonien auf neun Jahre gewählt werden sollten. Die Zahl der Abgeordneten betrug 532, und diese wurden je von den Wählern eines Arrondissements gewählt. Das Ende der Okkupation wurde durch die Bemühungen Thiers' früher bewerkstelligt, als beim Friedensschluß in Aussicht genommen war. Nach einer am 15. März 1873 abgeschlossenen Konvention sollte am 5. September die letzte Viertelmilliarde der Kriegskontribution abgezahlt sein und ebendamt die vollständige Räumung des französischen Gebietes erfolgen. Sobald die letzte Zahlung am 5. September geleistet war, wurde mit der Räumung der Stadt Verdun, welche zuletzt allein noch von den deutschen Truppen besetzt war, begonnen, und am 16. September überschritt der letzte deutsche Soldat die französische Grenze. Die Okkupationstruppen hatten sich durch ihre musterhafte Disziplin das größte Lob erworben, daher der Befehlshaber derselben, General Mantouffel, bei seiner Rückkehr nach Berlin am 19. September das Patent als Generalfeldmarschall erhielt.

Die Vollendung des Einigungsprozesses in Italien knüpft sich an den deutsch-französischen Krieg an. Eine französische Depesche vom 2. August 1870 zeigte der italienischen Regierung an, daß Frankreich seine Okkupationstruppen aus dem Kirchenstaat zurückziehe und zur Septemberkonvention von 1864 zurückkehre. Darauf erwiderte das italienische Kabinett am 4. August, Italien werde den Verpflichtungen von 1864 genau nachkommen. Aber die Linke bestürmte in der Kammer das Ministerium mit der Aufforderung, die Septemberkonvention zu kündigen und Rom zu besetzen. Die Minister zögerten, machten aber immer größere Rüstungen. Da kam die Nachricht von der Kapitulation von Sedan und von der Errichtung der Republik in Paris. Nun mußte die Regierung handeln, wenn sie nicht aufs neue den Ruf hören wollte: „Rom oder den Tod!“ Sie entschloß sich am 6. September für die Besetzung Roms, zeigte dies den auswärtigen Mächten an und Viktor Emanuel machte dem Papste in einem Schreiben Meldung hie-

von. Die italienischen Truppen rückten unter General Cadorna am 11. September im Kirchenstaat ein, besetzten am 16. Civitavecchia und standen am 20. vor Rom. Da der päpstliche Generalkanzler die Thore nicht öffnete, so schossen die italienischen Truppen an der Porta Pia Bresche in die Stadtmauer, der Widerstand hörte auf Befehl des Papstes auf, und Cadorna zog unter dem Jubel des Volkes in Rom ein. Dem Papste wurde die sogenannte Leoninische Stadt nebst dem Vatikan überlassen, seine Truppen entwaffnet und nach Hause geschickt. Der Papst antwortete mit Protestschreiben und mit einem Bannstrahl gegen alle Teilnehmer an dieser „Beraubung“. Am 22. September besetzte Cadorna auch den Leoninischen Teil, auf besonderen Wunsch des Papstes, der sich vor den Bewohnern desselben nicht mehr für sicher hielt. Die Volksabstimmung vom 2. Oktober hatte das Ergebnis, daß 133 681 Stimmen für, 1507 gegen den Anschluß an Italien sich aussprachen. Die neugewählte Abgeordnetenkammer genehmigte die Einverleibung Roms und die Verlegung des Regierungssitzes von Florenz nach Rom auf den 30. Juni 1871. Das der Kammer vorgelegte Garantiegesetz, wodurch die Prerogativen des Papstes und das Verhältnis von Kirche und Staat geregelt werden sollten, wurde endgültig im Mai 1871 genehmigt. Nach diesem Gesetze behielt der Papst alle Vorrechte eines Souveräns und erhielt eine jährliche Rente von 3 225 000 Frank.

Am 1. Juli 1871 waren sämtliche Ministerien und das Parlament nach Rom übergesiedelt, und der König hielt am 2. seinen Einzug und stieg im Quirinal ab. Es war ein stolzer Moment für ihn, die Aufgabe seines Lebens nun erfüllt zu sehen. Die Kammer bewilligte bereitwillig die Mittel für die Reorganisation der Armee, für die Verstärkung der Marine und für Befestigungswerke. Das von der Regierung vorgelegte Klostergesetz hob die Klöster im Kirchenstaat auf und sicherte den Ordensgeneralen eine Rente zu. Das Gesetz wurde von beiden Kammern 1873 angenommen. Die Neuwahlen vom 8. November 1874 verschafften der Regierung eine Mehrheit. Unter den Gewählten befand sich auch Garibaldi, welchem das Abgeordnetenhaus eine Dotation zuerkannte. An den Sitzungen von 1875 nahm er teil und interessierte sich besonders für gemeinnützige Arbeiten. Das 25jährige Regierungsjubiläum des Königs wurde am 23. März 1874 unter

allgemeiner Teilnahme des ganzen Landes gefeiert. Die großen Leistungen seiner Regierung ließen sich in die wenigen Worte zusammenfassen: „Von Novara nach Rom.“ Dieser Weg wurde von ihm trotz bedeutender Hindernisse binnen 21 Jahren zurückgelegt. Daß der Papst gegen das Garantiegesetz und Klostergesetz protestierte und die Rente nicht annahm, war im Einklang mit dem bekannten Non possumus.

In Spanien wurde nach Aufhebung der hohenzollernschen Thronkandidatur eine andere aufgenommen. Marschall Prim gewann hiefür den zweiten Sohn des Königs von Italien, den Prinzen Amadeus, Herzog von Aosta. Die Cortes wählten ihn am 16. November 1870 mit 191 gegen 98 Stimmen zum König von Spanien. Am 2. Januar 1871 traf derselbe in Madrid ein und leistete den Eid auf die Verfassung, nachdem wenige Tage vorher Marschall Prim das Opfer eines Attentates geworden war. Die Regierung des neuen Königs, welcher zuerst dem Marschall Serrano die Ministerpräsidentenschaft übertrug, war ein fortwährender Kampf der monarchischen Parteien um das Ministerium, während die Republikaner und Karlisten im Süden und Norden des Landes Aufstände organisierten. Die Serrano und Topete, die Sagasta und Zorilla wechselten als Chef des Kabinetts. Der König hielt sich streng an die Verfassung von 1869, wurde aber vom hohen Adel und Klerus als Fremder und als Sohn Viktor Emanuels bitter gehaßt, sah sich samt seiner Familie manchen Rücksichtslosigkeiten ausgesetzt und erkannte bald, daß das Haus Savoyen, der Stolz Italiens, keine Wurzeln fassen könne in einem Lande, wo die Parteien immer nur auf ihr eigenes Interesse, nicht auf das Wohl des Vaterlandes sahen. Er erklärte daher am 8. Febr. 1873 dem Ministerpräsidenten Zorilla seinen unwiderruflichen Entschluß, nach zweijähriger Regierung die Krone niederzulegen, erließ am 11. Februar eine Abdankungsbotschaft an den Kongreß und reiste am 12. mit seiner Familie von Madrid ab, um nach Italien zurückzukehren, wo er wieder in seine früheren Verhältnisse eingesetzt wurde. Der Kongreß erklärte sich sofort am 11. Februar für die Republik und wählte am 12. zur Handhabung der Exekutivgewalt ein Ministerium, in welchem Figueras die Präsidentenschaft, Castelar das Auswärtige übernahm. Das Programm der neuen Machthaber lautete: „Föderativrepublik für Spanien mit



Selbstverwaltung der einzelnen Staaten, wie in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten; Unterdrückung der Zentralisation; Aufhebung des stehenden Heeres; absolute Trennung von Kirche und Staat; Proklamierung der Menschenrechte auf dem Boden einer demokratischen Verfassung und unter der Gewalt der Gesetze". Wenn diese politischen Phantasien in die neue Verfassung übergingen, gab es kein Spanien mehr, sondern nur noch Kantone, Städterepubliken und Kommunen, in welchen Pariser Zustände sich wiederholten. Die Cortes wurden aufgelöst und auf den 1. Juni neue, konstituierende Cortes berufen. Diese erklärten sich am 8. Juni für die Föderativrepublik und ließen einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, in welchem obige Grundsätze aufgenommen waren. Damit waren die sogenannten Intransigentes noch nicht zufrieden: sie wollten die rote Republik und einen sozialen Umsturz. Da sie ihre Forderungen in den Cortes nicht durchsetzen konnten, verließen sie dieselben, begaben sich in die südlichen Städte und erhoben die rote Fahne. Ministerien und Präsidenten wechselten rasch. Am 7. September wurde Castelar zum Präsidenten der Exekutive gewählt und sah sich bereits einem solchen Chaos gegenüber, daß er sich unbedingte Vollmachten für militärische und politische Maßregeln, selbst für Verhängung des Belagerungszustandes, übertragen ließ, die Beratung des Verfassungsentwurfes verschob und die Vertagung der Cortes vom 18. September bis zum 2. Januar durchsetzte. Damit hatte der schwärmerische Föderativrepublikaner Castelar die volle Diktatur in den Händen. Er brauchte eine solche. Denn im Norden machten die Karlisten, deren Prätendent Don Carlos nebst seinem Bruder Don Alfonso auf dem Kriegsschauplatz sich einfand, bedeutende Fortschritte; im Süden bildeten sich in einzelnen Städten Kommunen, welche der Regierung den Gehorsam aufkündigten; im Heere riß eine schmachvolle Zuchtlosigkeit ein, Soldaten schossen auf ihre Offiziere, Generäle gingen zu den Aufständischen über. Die Städte Alcoy, Sevilla, Cadix, Valencia mußten mit Gewalt genommen werden, andere ergaben sich den anrückenden Generalen. Am längsten dauerte der Widerstand in der Seefestung Cartagena, wo General Contreras an der Spitze eines Wohlfahrtsausschusses stand, als Präsident der Republik Murcia Diplomatie mit den fremden Konsuln trieb, die benachbarten Hafenstädte Almeria und Alicante beschloß und

brandschakte. Durch diese Piratenzüge kam er in Konflikt mit den fremden Kriegsschiffen. Der energische deutsche Kapitän Werner nahm ihm, unterstützt von einem englischen Kapitän, zwei Kriegsschiffe weg. Cartagena wurde von der Landseite eingeschlossen und beschossen, ergab sich aber erst nach einer viermonatlichen Belagerung am 12. Januar 1874 dem Regierungsgeneral Lopez Dominguez, nachdem Contreras auf einem Kriegsdampfer den Hafen verlassen, die schwache Blockade der Regierungsschiffe durchbrochen und nach Algier sich geflüchtet hatte.

Daß Castelar die Föderativrepublikaner mit Pulver und Blei zur Ordnung gebracht, konservative Generale angestellt und mit dem päpstlichen Stuhle wegen erledigter Bischofsstühle Unterhandlungen eingeleitet hatte, konnten ihm seine ehemaligen Gefinnungsgenossen, die nichts vergessen und nichts gelernt hatten, nicht verzeihen. Beim Wiederzusammentritt der Cortes am 2. Januar 1874 veranlaßte der Präsident derselben, Salmeron, ein Mißtrauensvotum gegen Castelars Regierung, worauf dieser seine Entlassung einreichte. Ehe es zu weiteren Verhandlungen kam, wurden die Cortes am Morgen des 3. Januar von dem Generalkapitän von Madrid, Pavia, gesprengt. Marschall Serrano, welcher diesen Staatsstreich veranlaßt hatte, übernahm als „Präsident der Exekutivgewalt der Republik“ die Regierung. Republikanische Aufstände, die sich in einigen Städten erhoben, wurden rasch bewältigt und größere Streitkräfte gegen die Karlisten abgesandt. Diese hielten die wichtige Festung Bilbao eng eingeschlossen, hatten die dazu gehörige Hafenstadt Portugalete genommen, den General Moriones zuerst zur Einschiffung und, als er von Westen wieder vordrang, durch die Niederlage bei Sommorostro am 24. Febr. 1874 zum Rückzug gezwungen. Nun eilte Serrano selbst herbei, konnte aber in den Kämpfen vom 25. und 26. März die feste Stellung der Karlisten bei Sommorostro nicht durchbrechen, holte Verstärkungen, griff am 28. April aufs neue an und zwang den Feind am 1. Mai, alle seine Stellungen aufzugeben, die Einschließung Bilbao's aufzuheben und Portugalete zu räumen. General Concha, zum Oberbefehlshaber der Nordarmee ernannt, griff die auf den Höhen von Estella wohl verschanzten Karlisten unter Dorregaray am 25. Juni an, wurde aber nach dreitägigem Kampfe zurückgeschlagen und fiel. Die Karlisten versäumten es, ihren Sieg strategisch auszubenten, und ließen eine

Menge Gefangener niederschießen. Nicht besser machte es der Bruder des Prätendenten, Don Alfonso, welcher in Catalonien operierte, am 15. Juli die kastilische Stadt Cuenca eroberte und mit Plünderung, Brand und Mord die Stadt heimsuchte. Als General Laserna bei seinem Vorrücken gegen Tolosa von der feindlichen Übermacht zurückgedrängt wurde, eilte Serrano wieder herbei und wollte an der Spitze von 4 Armeekorps einen umfassenden Angriff gegen den Feind machen und ihn nach der französischen Grenze zurückwerfen. Er brauchte einige Zeit, bis die genügende Zahl von Truppen beisammen war.

Eines politischen Erfolges hatte sich Serrano ohne sein Zuthun zu erfreuen. Don Carlos hatte am 30. Juni den preussischen Hauptmann a. D. Albert Schmidt, welcher als Korrespondent deutscher Blätter in Conchas Hauptquartier sich befand und bei Estella in die Gefangenschaft der Karlisten geraten war, erschießen lassen, obgleich er sich am Kampfe nicht beteiligt hatte. Diese dem Kriegsrecht Hohn sprechende Handlung, die barbarische Art der Kriegsführung überhaupt, veranlaßte den Fürsten Bismarck, gegen den Karlismus, welcher von den Legitimisten in Frankreich, den Feudalen in Osterreich und den Jesuiten im Vatikan mit Geld reichlich unterstützt wurde, diplomatisch vorzugehen, die übrigen Mächte zur offiziellen Anerkennung der Regierung Serranos zu vermögen und auf die französische Regierung, welche an der Pyrenäengrenze den Karlisten jede Art von Vorschub leistete, eine Pression zum Zweck besserer Pflichterfüllung auszuüben. Alle Mächte, außer Rußland, erklärten sich für Anerkennung der spanischen Regierung und schickten Gesandte nach Madrid. Zu Ende des Jahres 1874 vollzog sich eine neue Wendung. General Martinez Campos, welcher, wie die meisten Offiziere, ein Anhänger der gestürzten bourbonischen Regierung war, proklamierte am 29. Dezember in Murviedro den Sohn der Königin Isabella als König Alfons XII. von Spanien. Überall sprach sich die Armee für Alfons aus, das Ministerium Sagasta dankte ab, Serrano legte den Oberbefehl und die Präsidenschaft nieder, ein Regenschaftsministerium unter Canovas del Castillo bildete sich am 31. und benachrichtigte die in Paris verweilende Isabella von der Erhebung ihres Sohnes. Dieser traf am 14. Januar 1875 in Madrid ein und übernahm, obgleich noch nicht ganz 18 Jahre alt, die Regierung. Der unerfahrene König hatte

gegenüber den Karlisten, den Republikanern und der herrschsüchtigen Klerikalen Partei einen schweren Stand.

Was in Spanien die Föderativrepublikaner beabsichtigten, einen zentralisierten Staat in möglichst unabhängige „historisch-politische Individualitäten“ zu zer schlagen, das wollte in Östreich das neue Ministerium besorgen. Am 4. Februar 1871 wurde das Ministerium Potocki entlassen, der ultramontangesinnte Graf Hohewart zum Minister des Innern ernannt und mit der Neubildung eines „über den Parteien stehenden Ministeriums“ beauftragt. Dieses Ministerium, in welches zwei Tschechen aufgenommen wurden, hatte einen föderalistischen und feudal-klerikalen Charakter und wollte die Befugnisse der Landtage auf Kosten des Reichsrats erweitern, den Polen, Tschechen, Slowenen und anderen Nationalitäten eine selbständige Stellung verschaffen und dieselben zum Gesamstaat in eine ähnliche Stellung wie Ungarn bringen. Um diese Pläne im Reichsrat und in den Landtagen durchsetzen zu können, löste Hohewart das Abgeordnetenhaus und diejenigen Landtage, deren Mehrheit treu an der Verfassung hielt, auf und vereinbarte mit den tschechischen Führern Nieger und Clam-Martinič die Grundzüge des neuen böhmischen Staatsrechts. Diesem gemäß sollte das Königreich Böhmen mit dem übrigen Cisleithanien nur die Diplomatie und einen Teil des Kriegs- und Finanzwesens als gemeinsame, durch Delegationen zu beratende Angelegenheiten haben und mit dem Reichsrat in keiner Gemeinschaft mehr stehen, während alles andere, Unterricht, Justiz, Steuern, Polizei, Verkehr, Verwaltung, Landwehr, ausschließlich zur Kompetenz des böhmischen Landtags gehören und der Kaiser mit der hl. Wenzelskrone sich krönen lassen sollte. Wurde dieser Ausgleich vollzogen, so waren die 1 800 000 Deutschen die neben den 2 800 000 Tschechen in Böhmen wohnten, den letzteren gegenüber in die Stellung von Parias versetzt. Daher entstand unter allen Deutschen Östreichs eine ungeheure Aufregung. Da der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy, welcher in diesem Ausgleich mit den tschechischen Slaven für das 4 Millionen Slaven umfassende Ungarn nichts als Gefahren sah, in dem Ministerrat vom 20. Oktober gegen den Ausgleich sprach, so wurde derselbe, als unvereinbar mit dem ungarischen Ausgleich und mit der Dezemberverfassung, schließlich verworfen, worauf das Ministerium Hohewart seine Entlassung

nahm, Graf Beust, welcher den Kaiser zu spät gewarnt und dadurch dessen Stellung bloßgestellt hatte, am 8. November entlassen und zum Botschafter in London ernannt, und dem Grafen Andrassy an seiner Stelle das Ministerium des Auswärtigen und der Vorsitz im gemeinsamen Ministerrat übertragen wurde. Die Bildung eines cisleithanischen Ministeriums übernahm am 25. Nov. Fürst Adolf Auersperg, in dessen Händen die Reichsverfassung gut aufgehoben war.

Den Trennungs- und Herrschaftsgelüsten der Slaven war nun Halt geboten. Der von den Tschechen beherrschte böhmische Landtag wurde am 13. März 1872 aufgelöst. Die Neuwahlen fielen so günstig aus, daß die verfassungstreue Partei über eine Zweidrittelmehrheit verfügte. Die tschechischen Abgeordneten besuchten den Landtag nicht, infolgedessen die Arbeiten um so rascher und umso mehr im Einklang mit der wahren Wohlfahrt des Landes erledigt wurden. Dem Reichsrat von 1873 wurde ein Wahlreformentwurf vorgelegt, wonach die Reichsrats-Abgeordneten nicht mehr aus der Wahl der Provinziallandtage hervorgehen, sondern unmittelbar durch die Wahlberechtigten gewählt werden sollten. Beide Häuser des Reichsrats genehmigten das Gesetz. Die Neuwahlen gingen im Oktober vor sich und hatten das Ergebnis, daß unter den 353 Abgeordneten 227 verfassungstreue gewählt wurden. Dieselben hatten in der Session von 1874 die ihnen vorgelegten 4 Kirchengesetze zu beraten. Dieselben betrafen die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, die Beiträge des Pfründenvermögens zum Religionsfonds, die gesetzliche Anerkennung der noch nicht anerkannten Religionsgenossenschaften und die Rechtsverhältnisse der klösterlichen Gemeinschaften. Die drei ersten Gesetze wurden trotz des Protestes des Vatikans und trotz der Erklärung der Bischöfe, daß sie nach wie vor an dem, wenn auch staatlich aufgehobenen Konkordat festhalten würden, vom Reichsrat angenommen und vom Kaiser unterzeichnet, das vierte erst 1876 von beiden Häusern genehmigt, vom Ministerrat aber dem Kaiser nicht zur Sanktion vorgelegt. Doch durfte man sich von diesen Gesetzen, deren Ausführung nicht den Gerichten, sondern den administrativen Behörden überlassen war, nicht zu viel versprechen. Auch jetzt noch zeigte das Ministerium eine unverzeihliche Nachgiebigkeit gegen die Bischöfe, und wenn man den Kultusminister Stremayr

darüber zur Rede stellte, so machte er das Geständnis, er könne auch nicht thun, was er wolle; ihm seien die Hände gebunden.

Rußland benutzte die politische Lage des Jahres 1870 und erklärte in einer Note vom 31. Oktober 1870, daß es diejenigen Bestimmungen des Pariser Vertrags von 1856, wonach ihm die Zahl und Größe der Kriegsschiffe, die es auf dem Schwarzen Meere halten dürfe, vorgeschrieben sei, nicht mehr anerkenne und zu weiteren Unterhandlungen bereit sei. In London und Wien zeigte man sich über diesen sehr begreiflichen Schritt der russischen Regierung ungemein entrüstet, während die am meisten dabei beteiligte Türkei ihn gleichgültig hinnahm. Bismarck, welcher nun seinen Dank für die russische Neutralität abtragen konnte, schlug zur Erledigung dieser Frage eine Konferenz der Unterzeichner des Pariser Vertrags in London vor. Die Eröffnung dieser Pontuskonferenz am 17. Jan. 1871 wollte der Minister der Pariser Regierung Favre benützen, um daselbst einen französischen Schmerzensschrei auszustößen. Da er aber ohne deutschen Geleitschein Paris nicht verlassen konnte und Bismarck ihn darauf aufmerksam machte, daß für ihn jetzt in Paris wichtigere Interessen auf dem Spiele ständen, als in London, so ließ sich die Regierung der Nationalverteidigung durch den Herzog von Broglie vertreten. Die Konferenz entsprach den Wünschen Rußlands in dem neuen Vertrage vom 13. März. Der Einfluß Rußlands in Mittelasien wurde durch die gut vorbereitete und ausgeführte Expedition nach Chiva in Turkestan sehr vermehrt. General Kaufmann brach mit 14 000 Mann, 60 Kanonen und einigen Tausend Kamelen dahin auf, hatte unterwegs einige Gefechte und zog am 10. Juni 1873 in der Stadt Khiva ein. Einverleibt wurde dem russischen Reich vorderhand das Chanat nicht, aber durch den Friedensvertrag zu einem Vasallenstaat gemacht, der namentlich für den Handel ausgebeutet wurde. Von den drei großen Zielen, welche die Regierung des Kaisers Alexander II. sich gesteckt hatte (Aufhebung der Leibeigenschaft, Herstellung eines für Kriegs- und Handelszwecke weitangelegten Eisenbahnnetzes und Reorganisation des Heerwesens), war die erste Aufgabe im Jahre 1871 vollständig gelöst, an der zweiten wurde mit aller Macht weiter gearbeitet, für die dritte war das Gesetz vom 1. Januar 1874, wodurch die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, maßgebend.

England hatte 1873 einen Krieg an der Goldküste in Afrika zu führen. Es hatte im Vertrag vom 6. April 1872 sein Protektorat in Sumatra an die Holländer abgetreten und dafür deren Besitzungen an der Goldküste übernommen. Jene wurden dadurch in einen Krieg mit Utchin, dieses in einen Krieg mit den Ashanti verwickelt. Der König derselben machte den Engländern den Besitz der von Holland abgetretenen Stadt Elmina streitig, machte Einfälle in das englische Protektoratgebiet und schleppte deutsche Missionare als Gefangene in seine Hauptstadt Kumasi. Darauf schossen die Engländer am 13. Juni 1873 Elmina, dessen Bewohner es mit den Ashanti hielten, in einen Trümmerhaufen. General Wolseley drängte den Feind aus dem Protektorat zurück, schlug die Ashanti in mehreren Gefechten und zog am 4. Februar 1874 in Kumasi ein. Da die Friedensunterhandlungen ohne Erfolg blieben, so ließ Wolseley Kumasi in einen Aschenhaufen verwandeln und trat, alle Dörfer zerstörend, den Rückweg in das Protektorat an. König Kalkali sah sich zum Abschluß des Friedensvertrages vom 13. Februar 1874 genötigt, wodurch ihm eine Kontribution, Beschränkung seiner Herrschaft, Abschaffung der Menschenopfer und einige Handelsbedingungen auferlegt wurden. Die englische Regierung vereinigte die dort unter ihrer Herrschaft stehenden Gebiete: Goldküste, Sklavenküste und das Gebiet von Lagos zu einer einzigen Kolonie unter dem Namen „Goldküste-Kolonie“, stellte diese unter zwei Gouverneure und verlangte von den Häuptlingen die Abschaffung der Sklaverei. Die Besitznahme der Fidschi-Inseln erfolgte gleichfalls im Jahre 1874. Die Abschaffung des Sklavenhandels in Sansibar wurde dem dortigen Sultan durch Absendung eines besonderen Bevollmächtigten, Sir Bartle Frère, und durch Aufstellung einiger Kriegsschiffe abgenötigt. Am 5. Juni 1873 unterzeichnete der Sultan die ihm gestellten Vertragsbedingungen. Das liberale Ministerium Gladstone, welches seit dem 9. Dezember 1868 im Amte war, 1872 im Parlament die Ballottbill durchgesetzt hatte und, der Mehrheit im Parlament nicht mehr sicher, durch Auflösung des Parlaments an das Land appellierte und bei den Neuwahlen eine Niederlage erlitt, nahm am 17. Februar 1874 seine Entlassung, worauf am 20. ein konservatives Kabinett unter Disraeli gebildet wurde. Dasselbe widersetzte sich dem Antrag der irischen Parlamentsmitglieder auf Einsetzung eines irischen Parla-

ments, wodurch Irland zu Großbritannien in eine ähnliche Stellung kommen sollte, wie Ungarn zu Osterreich. Das Unterhaus verwarf am 30. Juni 1874 den Antrag mit großer Mehrheit. Auf Betreiben Disraelis nahm im April 1876 die Königin Viktoria mit Genehmigung des Parlaments neben ihren anderen Titeln auch den Titel „Kaiserin von Indien“ an, worauf jener zum Viscount von Hughenden, Grafen von Beaconsfield ernannt wurde, in folgedessen er in das Oberhaus eintrat.

Holland, welches ein Protektorat über ganz Sumatra beanspruchte und, wie eben angeführt, die Ansprüche Englands übernommen hatte, bekriegte den Sultan des malaiischen Reiches Atchin, das auf der Nordwestspitze der Insel Sumatra liegt, unter dem Vorwand, dem von demselben betriebenen Menschen- und Seeraub zu steuern. Der General van Swieten landete mit einem Expeditionskorps von etwa 12 000 Mann im Dezember 1873 in Atchin, schlug den Feind in mehreren Gefechten und eroberte am 24. Jan. 1874 den befestigten Palast des Sultans. Mehrere Häuptlinge zwang er zur Unterwerfung unter holländische Oberhoheit, wagte aber nicht, in das Innere des Landes vorzudringen, wohin sich der Sultan zurückgezogen hatte. Der Krieg dauerte fort, ohne besondere Ergebnisse zu haben. In Belgien sah sich das liberale Ministerium Frère-Orban nach 13jähriger Wirksamkeit in Folge des Ausfalles der Ergänzungswahlen am 2. Juli 1870 zum Rücktritt genötigt, worauf ein klerikales Ministerium folgte, an dessen Spitze zuerst Baron v. Anethan, dann Graf de Theux, zuletzt der Finanzminister Malou stand. Das ungeheure Wachsen des Einflusses der Klerikalen, welche nicht bloß das ganze Volksschulwesen und allen weiblichen Unterricht beherrschten, sondern auch besondere, von Jesuiten geleitete Gymnasien und eine eigene Universität hatten, ist für die Entwicklung des Staates ungemein schädlich. Das Land zählte im Jahre 1876 über 1300 Klöster mit mehr als 24 000 Mönchen und Nonnen. Die lange Zeit als Muster gepriesene belgische Verfassung, welche den Grundsatz der Selbständigkeit der Kirche in sich aufgenommen hat, war der Entwicklung der Jesuitenherrschaft äußerst günstig.

Die Bestrebungen der liberalen Schweiz waren auf eine Revision der Bundesverfassung, auf gründliche Reformen in den Gebieten des Militärwesens, der Kirche, der Schule, der Verkehrs-



anstellen, der sozialen Gesetze und auf eine Erweiterung der Kompetenz des Bundes gerichtet. Die eidgenössischen Räte berieten in den Sessionen von 1871 und 1872 die Revision und hatten sich am 5. März 1872 über alle Punkte vollständig geeinigt. Darauf wurde die revidierte Bundesverfassung einer doppelten Abstimmung, sowohl der Kantonsregierungen als der des Volkes, unterworfen. Das Resultat der Abstimmung vom 12. Mai 1872 war, daß von den 22 Kantonen 13 gegen 9, von den Schweizer Bürgern 261 106 gegen 252 816 den vorgelegten Entwurf verwarfen. Der Haß der welschen Kantone gegen die als ein deutsches Werk bezeichnete Revision, die Furcht der Klerikalen vor Verminderung ihres Einflusses in Kirche und Schule und der Partikularismus der sogenannten Kantonesen hatte diese Verwerfung herbeigeführt. Doch ließen sich die Liberalen nicht entmutigen. Die Bundesversammlung beschloß, die Revision in der Session von 1873 wieder aufzunehmen. Einige Punkte wurden im Sinne der Kantonsouveränität abgeschwächt, andere, wie der Artikel über das Verhältnis von Staat und Kirche, verschärft. Hinsichtlich des obligatorischen Referendums wurde beschlossen, daß Bundesgesetze und Beschlüsse allgemeiner Natur der Volksabstimmung unterliegen sollten, wenn 30 000 Bürger oder 8 Kantone es verlangten. Am 19. April 1874 sprachen sich  $14\frac{1}{2}$  Kantonsregierungen für,  $7\frac{1}{2}$  gegen die die Annahme derselben aus, und von den Schweizer Bürgern 340 186 für, 198 182 gegen die Annahme. Die revidierte Bundesverfassung war somit mit einer glänzenden Mehrheit angenommen. Die Ursache dieses Umschwungs lag in den inzwischen eingetretenen kirchlichen Streitigkeiten, durch welche namentlich die welschen Kantone in das liberale Lager getrieben wurden. Früheren Verträgen zuwider löste der Papst die katholische Kirche in Genf von dem Bistum Freiburg ab, errichtete ein besonderes Bistum Genf und ernannte den dortigen Pfarrer Mermillod zum Bischof von Genf. Da dieser trotz des Einspruches der Bundes- und Kantonsbehörden seine bischöflichen Funktionen ausübte, wurde er aus der Schweiz ausgewiesen und am 17. Febr. 1873 über die französische Grenze gebracht. Fast zu gleicher Zeit wurde gegen den Bischof Lachat von Basel, welcher seinen Sitz in Solothurn hatte, vorgegangen. Da dieser unbefugterweise das Unfehlbarkeitsdogma verkündigte, die dasselbe nicht anerkennenden Pfarrer absetzte und exkommunizierte

und die Forderungen der Diözesanstände, die Strafbestimmungen, zu deren einseitiger Verhängung er nicht berechtigt sei, zurückzunehmen, mit einem ablehnenden Schreiben beantwortete, so beschloß die Diözesankonferenz vom 28. Jan. 1873 mit 5 gegen 2 Stimmen die Amtsentsetzung des Bischofs Lachat. Derselbe mußte seine Amtswohnung verlassen und reiste nach Luzern ab. Und da das Domkapitel sich beharrlich weigerte, einen Bistumsverweser zu ernennen, so beschloß die Diözesankonferenz am 21. Dezember 1874, das Domkapitel des Bistums Basel aufzulösen und die Liquidation des Bistumsvermögens eintreten zu lassen. Der Protest mehrerer Geistlichen im bernerischen Jura gegen die Absetzung Lachats hatte zur Folge, daß die Regierung in Bern diese Geistlichen absetzte, ihrer Agitation durch Abwendung von Militär entgegentrat und sie zuletzt aus dem Jura auswies, welche letztere Maßregel, von dem Bundesrat als verfassungswidrig bezeichnet, zurückgenommen werden mußte. Im übrigen standen der Bundesrat und die Bundesversammlung fest zu den antikirchlichen Beschlüssen der Kantonsregierungen, wies alle Proteste zurück und schickte, als der Papst in seiner Encyclika vom 21. November 1873 alle diese Beschlüsse und Maßregeln aufs entschiedenste verdammt und mit Exkommunikation drohte, dem Nuntius Agnozzi seine Pässe zu. Die Folge dieser Konflikte war die Bildung altkatholischer (christkatholischer) Gemeinden, die Einführung einer altkatholischen Kirchenverfassung (1875), die Stiftung eines altkatholischen Bistums und die Erwählung des Professors Herzog in Bern zum altkatholischen Bischof (1876), der von Bern, Aargau, Genf, Solothurn und Neuenburg anerkannt wurde. Das Berner Volk genehmigte am 18. Juni 1874 mit ungeheurer Mehrheit das vom Großen Rat vorgelegte liberale Kirchengesetz, und an der Universität Bern wurde eine altkatholisch-theologische Fakultät eingerichtet. In Genf wurde 1873 das dem Volke vorgelegte Kirchengesetz genehmigt, in welchem bestimmt war, daß die Geistlichen von den Gemeindegliedern gewählt werden und den Eid auf die Kirchengesetze leisten sollten.

## § 27.

## Deutschlands innere und äußere Politik.

Die Beziehungen des Deutschen Reiches, das sich als ein so kraftvolles erwiesen hatte, waren in mehrfacher Beziehung sehr günstige. An Liebe hatte es wohl nirgends, überall aber an Achtung gewonnen. Mit Osterreich wurde schon durch Bismarck's Depesche vom 14. Dezember 1870 ein freundliches Verhältnis angebahnt. Die Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit Kaiser Franz Joseph in Fiehl und Salzburg 1871 vollzog sich in einer Weise, daß das Jahr 1866 vergessen, das Jahr 1871 mit allen seinen Folgen angenommen zu sein schien. Die Dreikaiserzusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm, Alexander und Franz Joseph am 5. bis 12. September in Berlin war ein Triumph der Bismarck'schen Politik. Jeder der drei Herrscher hatte seinen Minister des Auswärtigen bei sich. Neben den Hoffestlichkeiten fanden politische Konferenzen statt. Förmliche Allianzen wurden nicht geschlossen, aber die Einigkeit wurde vor aller Welt bestätigt. Die Zusammenkunft bedeutete, daß die Beherrscher der drei mächtigen Reiche in allen großen Fragen der Politik einig seien und einig sein wollten, und daß Rußland und Osterreich die nationale Erhebung Deutschlands, die Errichtung eines Deutschen Reiches und Kaisertums, die Ansprüche Deutschlands auf eine große geschichtliche Zukunft und die Wege und Ziele der deutschen Reichspolitik guthießen. Dies alles war keine Drohung für Frankreich, wohl aber eine indirekte Warnung vor Revanchegelüsten. Diese Zusammenkunft, an welche sich Besuche des Kaisers Wilhelm in Petersburg und Wien knüpften, erhielt ihre Vervollständigung durch den Besuch, welchen Viktor Emanuel in Begleitung zweier Minister am 22. bis 26. Sept. 1873 in Berlin machte, nachdem er in Wien einen viertägigen Aufenthalt genommen hatte. Diese Reise war eine hochpolitische. Denn von dem klerikalen Frankreich, mochte es unter Chambord oder unter Mac Mahon stehen, hatte niemand so viel zu fürchten als Italien und Viktor Emanuel, und beide hatten, wenn sie sich nach künftigen Bundesgenossen für solche Fälle umsahen, von keiner Seite her so viel zu hoffen als von dem Deutschen Reiche. Kaiser Wilhelm erwiderte den Besuch in Mailand, wo er vom 18. bis 23. Oktober 1875 verweilte und von der Bevölkerung mit einer

Herzlichkeit und Begeisterung aufgenommen wurde, daß er an die Kaiserin telegraphierte: „Ich habe in meinem ganzen Leben nie etwas Ähnliches gesehen“. Selbst Fürsten, welche seit Jahrzehnten keine näheren Beziehungen zum Berliner Hofe unterhielten, besuchten Kaiser Wilhelm, so der König von Holland 1874 in Ems, König Oskar von Schweden 1875 in Berlin. Die diplomatische Verbindung war mit Frankreich schon 1871 wieder angeknüpft worden. Graf Arnim war der erste Vertreter des Deutschen Reiches in Paris. Derselbe kam 1874 in Konflikt mit Bismarck, welchem gegenüber er zu wenig Fügsamkeit und Verständnis zeigte. Er wurde entlassen und Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst sein Nachfolger. Da Arnim wichtige diplomatische Aktenstücke aus dem Pariser Gesandtschaftsarchiv sich angeeignet hatte, so wurde ein Prozeß gegen ihn eingeleitet, welcher Veranlassung zur Veröffentlichung wichtiger Depeschen Bismarcks (über Deutschlands Stellung zu Frankreich, über die französische Republik und die Prätendenten, über einen etwaigen Konflikt zwischen Frankreich und Italien und über die künftige Papstwahl) gab und am 19. Dezember 1874 mit Arnims Verurteilung zu dreimonatlicher Gefängnishaft endigte.

Der innere Ausbau des Deutschen Reiches vollzog sich hauptsächlich durch die fruchtbare Thätigkeit des Reichstags. Die Gesetze über Reichsmünzen, Reichspapiergeld und Bankwesen brachten eine wohlthätige Einheit in eine unerträgliche Zersplitterung. In der Session von 1874 wurde das Reichsmilitärgeſetz vorgelegt, welches in seinem ersten Paragraphen bestimmte, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung 401659 Mann betragen solle. Da die zum Parlamentarismus sich hinneigenden liberalen Parteien in dieser Fassung eine Verkümmerung des Budgetrechts sahen und das Recht der Festsetzung der Friedenspräsenzstärke durch das jährliche Statsgeſetz beanspruchten, so entstand zwischen der Reichsregierung, welche im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes auf solche Forderungen nicht eingehen konnte, und dem Reichstag ein ganz Deutschland aufregender Streit. Endlich kam zwischen der Regierung und der Kommissionsmehrheit ein Kompromiß zustande, wonach die geforderte Friedenspräsenzstärke auf 7 Jahre, vom 1. Januar 1875 bis zum 31. Dezember 1881, festgesetzt sein sollte. Dieser Kompromiß wurde vom Reichstag mit

224 gegen 146 Stimmen angenommen und schließlich das ganze Gesetz genehmigt.

Eine gezielte Fortentwicklung der Reichsverfassung war nur dann möglich, wenn zu Änderungen derselben, zu Kompetenzerweiterungen und zum Verzicht auf Reservatrechte nicht die Genehmigung der Einzellandtage, sondern nur die Zustimmung des Bundesrats und Reichstags und die ausdrückliche Genehmigung des berechtigten Bundesstaats, d. h. der Bevollmächtigten desselben im Bundesrat, erforderlich war. Die Demokraten in der württembergischen und die „Patrioten“ in der bayrischen Kammer bekämpften diesen Grundsatz und sprachen von einer Mediatisierung der Mittelstaaten. Aber die Minister beider Staaten traten für die Anschauungen der Reichsregierung ein, und die Mehrheit der Kammern verwarf die Anträge der antinationalen Parteien. Im Gesandtschaftswesen, das für die Einzelstaaten eine Art offene Frage war, ging Baden, wie in allen nationalen Fragen, mit gutem Beispiel voran und hob am 24. Oktober 1871 alle Gesandtschaften auf. Bayern, Württemberg und Sachsen behielten noch einige Gesandtschaften bei. In den Reichsländern Elsaß-Lothringen wurde die antideutsche Gesinnung des größeren Teiles der Bewohner durch Merikale und französische Agitation in gehöriger Wärme erhalten. Die Reichsregierung hatte dort eine sehr schwierige Stellung, verfolgte aber ihr Ziel mit viel Umsicht und Energie. Die Gründung der Universität zu Straßburg, welche am 1. Mai 1872 eröffnet wurde, war ein Mittel zur Verbindung der Reichsländer mit Altdeutschland. Durch die „Option“ entledigte sich die Regierung eines Teiles derjenigen Einwohner, welche Franzosen bleiben und doch in den Reichsländern Wohnung behalten wollten. Etwa 50 000 Personen, welche sich für ihre Zugehörigkeit zu Frankreich entschieden, wanderten dahin aus. Der Generalvikar Rapp in Straßburg wurde als Leiter eines die Regierung bekämpfenden Zentralkomitees am 17. März 1873 aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen, der Bürgermeister Lauth von Straßburg, welcher in amtlicher Stellung seine Hoffnung auf baldige Rückkehr der Franzosen aussprach, wurde am 7. April 1873 seines Amtes entsetzt, der dagegen protestierende Gemeinderat auf 2 Jahre suspendiert und Polizeidirektor Bach als außerordentlicher Kommissär mit den Rechten und Pflichten des Bürgermeisters und des Gemeinderats ausge-

stattet. Ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Reichsregierung war das Schulwesen. Es wurde bestimmt, daß die Aufsicht und Leitung desselben den staatlichen Behörden zukomme, daß über Prüfung und Anstellung der Lehrer, über Organisation und Lehrplan nur die Regierung zu entscheiden habe, daß die den staatlichen Anordnungen nicht entsprechenden Schulen zu schließen seien, und daß in allen deutschredenden Gemeinden vom 1. Okt. 1873 an nur die deutsche Sprache in den Elementarschulen gelehrt werden dürfe. Zur Beratung der besonderen Angelegenheiten der Bezirke und Kreise wurden 1873 Bezirks- und Kreistage eingeführt. Aus der Mitte der Bezirkstage sollte, solange aus politischen Gründen die Errichtung eines elsäß-lothringischen Landtags unmöglich war, nach einer kaiserlichen Verordnung vom 29. Okt. 1874 ein Landesauschuß mit beschränkter beratender Vollmacht hervorgehen. Derselbe trat 1875 ins Leben und entfaltete eine erspriessliche Thätigkeit.

Bei den Reichswahlen von 1874 wurden in Elsaß-Lothringen 10 Klerikale, darunter die Bischöfe von Straßburg und von Metz, und 5 Protestmänner gewählt. Diese 15 reichsländischen Abgeordneten, welche am 16. Febr. 1874 in Prozeßion in den Reichstag eintraten, denselben aber größtenteils bald wieder verließen, giefelen sich in hohlen Deklamationen über den auf ihrer Heimat lastenden Druck, obgleich nachgewiesen werden konnte, daß die Verwaltung derselben niemals eine bessere war als unter der Reichsregierung, und sie beantragten sogar, daß das Unterrichtsgesetz für Elsaß-Lothringen zurückgenommen, und daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nachträglich noch darüber befragt werden solle, ob sie die Einverleibung in das Deutsche Reich gutheiße oder nicht.

Von der einschneidendsten Bedeutung für die innere deutsche Politik waren diejenigen Maßregeln, welche die Reichsregierung, nicht gegen die katholische Kirche und katholische Konfession, sondern gegen die Herrschaftsgelüste des Vatikans und seiner Anhänger traf. Mit dem Unfehlbarkeitsdogma vertrug sich das Bestehen des modernen Staates nicht. Die Reichsregierung konnte, wenn sie nicht eben damit ihre Unterwerfung aussprechen wollte, das Unfehlbarkeitsdogma nicht anerkennen, durfte dann aber auch die Absetzung derjenigen Geistlichen, welche wegen solcher Nichtanerkennung von den Bischöfen exkommuniziert wurden, nicht gutheißen und mußte

dieselben in Amt und Würde beschützen. Dies that die preußische Regierung 1871 gegenüber dem Bischof Kromenz von Ermland, als dieser, die Bestimmungen des preußischen Landrechts nicht beachtend, einen Religionslehrer in Braunsberg wegen Nichtanerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas exkommunizierte. Aus dem unbotmäßigen Benehmen des Bischofs ersah die Regierung, in welcher üblen Lage sie durch die Gesetzgebung von 1850 und durch die Kurzsichtigkeit und Schwäche der früheren Ministerien gekommen war. Der bekannte Paragraph von der Selbständigkeit jeder Religionsgenossenschaft hatte die Folge, daß die preußischen Bischöfe unter der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm IV. thaten, was sie wollten, die Erziehung und den Unterricht der künftigen Geistlichen ganz in ihre Hand nahmen, das Unterrichtswesen in der Volksschule an sich rissen, von Jahr zu Jahr mehr Klöster gründeten und den niederen Klerus mit despotischer Zuchttrute in blindem Gehorsam hielt. Damit hatte man nicht bloß einen Staat im Staate, sondern einen Kirchenstaat über dem weltlichen Staat.

Die preußische Regierung verfügte am 8. Juli 1871 die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, welche seit dem 12. Febr. 1841 bestanden und nicht das Interesse des Staates, sondern das der Kurie gewahrt hatte. Darauf legte sie am 14. Dezember 1871 dem Abgeordnetenhaufe das Schulaufsichtsgesetz vor, wonach die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate zustehen sollte, der allein das Recht haben sollte, die Orts- und Kreischulinspektoren zu ernennen. Die Kammer versprach sich von der Ausführung dieses Gesetzes durch das Kultusministerium Mühlner nicht viel Gutes, und beschloß, auf das Gesetz gar nicht einzugehen. Auf dieses Mißtrauensvotum hin wurde Mühlner am 17. Jan. 1872 entlassen und der Geheime Oberjustizrat Falk zum preußischen Kultusminister ernannt. Nun wurde das Schulaufsichtsgesetz von beiden Häusern beraten und angenommen. Inzwischen hatte auch der Reichstag in diesen Streitfragen sich vernehmen lassen. Auf den Antrag des bairischen Kultusministers Luz, dessen Macht zur Zügelung der bischöflichen Heißsporne in Bayern nicht mehr ausreichte, wurde am 28. November 1871 der „Kanzelparagraph“ genehmigt und dadurch den Regierungen eine Waffe gegen die Aufreizungen der ultramontanen Geistlichen gegeben. Der Streit

wurde noch schärfer, als der Papst am 2. Mai 1872 erklärte, daß er den Kardinal Hohenlohe als deutschen Botschafter im Vatikan zurückweise, und der Reichstag am 19. Juni die Ausweisung der Jesuiten und der diesen verwandten Orden und Kongregationen beschloß und unter diese Verwandtschaft 1873 vom Bundesrat die Redemptoristen, Lazaristen, Priester vom heiligen Geist und die Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu gerechnet wurden, die nur alle, falls sie Ausländer waren, das Gebiet des Deutschen Reiches verlassen mußten, wenn sie Inländer waren, auf bestimmte Aufenthaltsorte beschränkt wurden. Unerträglich schien dem unfehlbaren Papst das Wort des Reichskanzlers, das er am 14. Mai 1872 bei der Debatte über den Botschafterposten im Vatikan im Reichstag sprach: „Dessen seien Sie sicher: nach Kanossa gehen wir nicht, weder in kirchlicher noch in staatlicher Beziehung.“ In einer Ansprache an eine Deputation des katholischen deutschen Lesevereins in Rom am 25. Juni 1872 äußerte der Papst: „Seien Sie vertrauend und einig! Denn irgend ein Stein wird vom Berge herabfallen und die Ferse des Kolosses zertrümmern“. Und in seiner Allokution vom 23. Dezember sprach er von den grausamen Kirchenverfolgungen im Deutschen Reiche und von der „Anmaßung“ und „Unverschämtheit“ der Reichsregierung. Auf dies hin erhielt der preußische Legationssekretär Stumm, welcher die Geschäfte der preußischen Gesandtschaft in Rom versah, von Berlin aus den Befehl, sofort unbestimmten Urlaub zu nehmen und abzureisen. Der diplomatische Verkehr zwischen Preußen und dem Vatikan war damit auf 9 Jahre abgebrochen. Darauf legte Kultusminister Falk dem preußischen Landtag von 1873 vier Kirchengesetze vor, welche von demselben genehmigt und im Mai als Staatsgesetze veröffentlicht wurden, daher sie den Namen „Maigesetze“ erhielten. Dieselben handelten von den Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, von der Anstellung und Vorbildung der Geistlichen, von der kirchlichen Disziplinargewalt und der Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten und von dem Austritt aus der Kirche. Diese Gesetze wurden 1874 durch drei weitere Gesetze ergänzt. Der preußische Landtag genehmigte die Gesetzentwürfe über die Verwaltung erledigter katholischer Wüstener und über eine nähere Deklaration über die Anstellung der Geistlichen, und der Reichstag nahm am 25. April das Gesetz



über Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern an, wodurch der Regierung das Recht eingeräumt wurde, gegen entlassene Geistliche, welche trotzdem ihr Amt auszuüben suchten, mit Ausweisung aus bestimmten Bezirken, oder mit Internierung, mit Entziehung der Staatsangehörigkeit und mit Ausweisung aus dem Bundesgebiet vorzugehen. Von der größten Wichtigkeit für die kirchlich-politische und für die Kulturgeschichte war die am 25. Januar 1875 nach harten Kämpfen mit den Klerikalen erfolgte Annahme des Gesetzes über Einführung der obligatorischen Zivilehe und Beurkundung des Personenstandes mit der Bestimmung, daß die Ziviltreuung der kirchlichen Trauung vorauszugehen habe und daß eine Ehe nur durch Vollziehung der ersteren bürgerliche Geltung habe.

Auf diese Vorgänge glaubte die päpstliche Kurie nicht stillschweigen zu dürfen. In einem Schreiben vom 7. August 1873 suchte der Papst den Kaiser von seinen Ministern zu trennen und zu einer Mißbilligung der kirchlich-politischen Maßregeln seines Reichskanzlers zu veranlassen und verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß der Kaiser, wie jeder Getaufte, in irgend einer Beziehung dem Papste angehöre. In seinem Antwortschreiben vom 3. September bezeichnete der Kaiser als Anstifterin des Streites die katholische Geistlichkeit, welche der weltlichen Obrigkeit den verfassungsmäßigen Gehorsam verweigere, konstatierte die zwischen ihm und dem Reichskanzler bestehende Einigkeit in der Kirchenpolitik und wies die Zumutung, daß er den Papst als einen Vermittler in seinem Verhältnis zu Gott anzusehen habe, als unevangelisch zurück. Diese Korrespondenz wurde bald darauf im Reichsanzeiger veröffentlicht, worauf von allen Seiten, aus Deutschland und aus anderen Ländern, zustimmende und dankende Adressen an den Kaiser einliefen. In England wurde am 27. Jan. 1874 ein Sympathie-Meeting veranstaltet und Resolutionen im Sinne der deutschen Reichspolitik abgefaßt. Der Haß der Klerikalen und des von ihnen in der Presse und in den Versammlungen aufgereizten Volkes war hauptsächlich gegen den Reichskanzler gerichtet, der für alle Niederlagen dieser Partei verantwortlich gemacht und als der Todfeind der katholischen Kirche bezeichnet wurde. Eine Folge dieser maßlosen Agitation war das am 13. Juli 1874 verübte Attentat des Magdeburger Wötkcher-

gesellen Kullmann auf den Fürsten Bismarck in dem Badeort Kissingen. Der verhaftete Thäter wurde von dem Schwurgericht zu Würzburg zu 14-jähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Die ganze nichtklerikale Welt machte die klerikale Partei verantwortlich für dieses Attentat. Kullmann selbst sagte, daß er „wegen der Kirchengesetze in Deutschland“ auf Bismarck geschossen habe. „Verstoßen Sie den Mann (Kullmann), wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße,“ rief Bismarck am 4. Dezember 1874 der Zentrumsfraktion des Reichstags zu und teilte am folgenden Tage, wo über die Aufhebung des Gesandtschaftspostens im Vatikan sich eine Debatte mit den Klerikalen entspann, zum Schrecken derselben eine Äußerung des früheren Nuntius in München, Meglia, mit, daß der Kirche nur noch die Revolution helfen könne. Die preußische Regierung suchte den Widerstand der Bischöfe durch Strenge zu brechen. Der Erzbischof Graf Ledochowski von Posen und Gnesen, welcher wegen Verletzung der Maigesetze schon mehrmals zu Geldstrafen verurteilt worden war, wurde 1874 in das Kreisgerichtsgefängnis Ostrowo abgeführt und vom königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten für abgesetzt erklärt. Bischof Martin von Paderborn wurde 1875 abgesetzt. Im Jahre 1878 waren von den 12 preußischen Bischofsstühlen nur noch 3 besetzt, die von Kulm, von Ermland und von Hildesheim; von den übrigen 9 Bischöfen waren 6 (die von Posen, Paderborn, Breslau, Münster, Köln, Limburg abgesetzt, 3 (die von Fulda, Trier und Osnabrück) mit Tod abgegangen; bei keinem der 9 erledigten Bischofsstühle konnte sich das Domkapitel über die Wiederbesetzung mit der Regierung einigen, da das Recht der Absetzung seitens der weltlichen Macht von der Kurie nicht anerkannt und der von jener geforderte Eid auf die Staatsgesetze von den Bistumsandidaten verweigert wurde.

Nun wurden im Vatikan keine Privatbriefe mehr geschrieben; nun wurde geblitz und gedonnert. In seiner Encyklika vom 5. Febr. 1875 erklärte der Papst die durch Deutschlands und Preußens Volksvertretung genehmigten, von dem Kaiser unterzeichneten und als Staatsgesetze veröffentlichten neuen Kirchengesetze für ungültig, verbot den Gehorsam gegen dieselben und sprach gegen sämtliche altkatholische Geistliche die Exkommunikation aus. Wenige Tage darauf ernannte er den gefangenen Erzbischof Ledochowski zum

Kardinal. Die Reichsregierung mußte sich also auf einen Widerstand gegen die neuen Staatsgesetze auf der ganzen Linie von Posen bis Aachen gefaßt machen. Sie legte sich die Frage vor, ob sie eine Geislichkeit, die nur diejenigen Gesetze, welche die Billigung des Papstes erhielten, als Staatsgesetze anerkennen, noch länger von Staatswegen besolden oder die Besoldung ihr entziehen solle. Sie entschied sich für die letztere Alternative. Der Kultusminister Falk legte dem preußischen Landtag am 4. März 1875 das sogenannte Sperrgesetz vor, wonach alle Leistungen aus Staatsmitteln an Bischöfe und sämtliche katholische Geistliche eingestellt wurden, solange dieselben nicht durch eine schriftliche Erklärung zu der Befolgung der Staatsgesetze sich verpflichteten. Das Gesetz wurde nach heftigen Debatten in beiden Häusern angenommen. Außerdem wurde noch ein Gesetz über die Aufhebung der geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, ein weiteres über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, ein drittes über eine verständigere Redaktion der die Kirche betreffenden Verfassungsartikel vorgelegt und genehmigt, und endlich noch auf den Antrag des Abgeordneten Petri ein die Rechte der Altkatholiken regelndes Gesetz angenommen, das sich in seinen Hauptpunkten an das in Baden schon 1874 veröffentlichte Altkatholikengesetz anschloß.

### § 28.

#### Die orientalische Krisis.

Die Türkei war von dem Pariser Friedenskongreß von 1856 in das „europäische Konzert“ aufgenommen und von den Großmächten als ihresgleichen anerkannt worden; aber ein europäischer Staat war sie damit noch nicht; vielmehr zeigten verschiedene Vorgänge aus den Jahren 1874, 1875 und 1876, daß das barbarische Asiatentum ihr noch tief im Leibe steckte. Das Blutbad in Podgorizza, die Plünderungen und Mordthaten in der Herzegovina und in Bosnien, die Ermordung des deutschen und des französischen Konsuls in Saloniki, das Gemetzel in Batak, in Klissura und in anderen Orten Bulgariens waren Schandthaten und Greuelthaten, wie man sie in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Europa nicht mehr erwarten zu müssen glaubte. In Podgorizza waren am 19. und 20. Oktober 1874 wegen der Tötung eines

Türken 17 auf dem dortigen Markt anwesende Montenegriner und einige andere Christen ermordet, erst auf das Drängen der fremden Botschafter eine Untersuchung gegen die Mörder angestellt, mehrere derselben zum Tode verurteilt, der Befehl zur Hinrichtung aber erst dann gegeben, als der Gouverneur von Skutari die Schuldigen hatte entwischen lassen. Die Christen in der Herzegowina und in Bosnien waren bei der Eintreibung der Steuern solchen Ungerechtigkeiten und Gewaltthätigkeiten ausgesetzt, daß sie fest entschlossen waren, lieber auf dem Schlachtfeld zu sterben als durch die Rohheiten der Türken sich und ihre Familien an Leib und Seele zu Grunde richten zu lassen. Am 6. Juli 1875 brach der Aufstand in der Herzegowina aus. In Saloniki wurden am 6. Mai 1876 der deutsche und der französische Konsul von der mohammedanischen Bevölkerung in einer Moschee ermordet. Darauf liefen das deutsche Panzergeschwader, französische und andere Schiffe im Hafen von Saloniki ein und zwangen durch ihr entschiedenes Auftreten die Pforte, alle Forderungen zur Genugthuung der beleidigten Mächte zu erfüllen. Erbittert über die Räubereien und Mordthaten der bei ihnen angesiedelten Tscherkessen erhoben sich am 1. Mai 1876 die Bulgaren und verjagten an mehreren Orten die türkischen Behörden. Der Aufstand wurde durch die von der Pforte aufgebotenen Banden der Baschi-Bozuks und Tscherkessen unter fürchterlichen Greueln unterdrückt. Gegen 70 Städte und Dörfer wurden verbrannt, etwa 15 000 Menschen, meist Weiber und Kinder, ermordet, Hunderte von bulgarischen Mädchen in den Straßen von Philippopol und in anderen großen Städten zum Verkauf ausgesetzt, junge Frauen in die türkischen Harems geschleppt, reiche Kaufleute, Geistliche und Lehrer aufgegriffen und sofort ermordet oder in abscheuliche Kerker geworfen. Die türkische Regierung war niederträchtig genug, die Führer dieser Raub- und Mordbanden durch Verleihung von Orden und hohen Ämtern auszuzeichnen.

Die unglücklichen Christen in der Türkei hatten die Sympathien von ganz Europa für sich. Kein Staat war dabei so interessiert wie Rußland, das durch die Bande der Nationalität und der Konfession mit jenen verbunden war. Kaiser Alexander II. von Rußland war es sich selbst und seinem Volke schuldig, daß er der Pforte die Wahl ließ, durch Gewährung von Reformen und durch Garantien für deren Durchführung ihre christlichen

Unterthanen zufrieden zu stellen oder einem Einmarsch der russischen Heere sich auszuweichen. Die europäische Diplomatie hatte viel zu thun. Die Pforte sollte einigermaßen zur Vernunft gebracht, Rußland der Anlaß zur Kriegserklärung entzogen, die mißhandelten Christen beruhigt werden. Aber was für Reformen auch die Pforte den Aufständischen in der Herzegowina und in Bosnien verhieß, und wie sehr auch die fremden Konsuln die Annahme derselben jenen anempfahl: sie beharrten auf der Erklärung, daß sie die Waffen nur dann niederlegen würden, wenn die Großmächte eine Garantie für die Durchführung der von der Pforte vorgeschlagenen Reformen übernähmen. Da weder jene noch diese zu der Annahme dieser Forderung bereit waren, so dauerte der Aufstand, von Serbien und Montenegro zuerst heimlich, dann offen unterstützt, fort. Diese beiden Staaten kündigten am 2. Juli 1876 der Pforte den Krieg an, in der Hoffnung, es werde ein großer orientalischer Krieg ausbrechen und in einem solchen könnten sie ihre Abhängigkeit von der Türkei abschütteln und ihre Grenzen ausdehnen. Bosnien sollte mit Serbien, die Herzegowina mit Montenegro vereinigt werden. Aber wenn sie glaubten, daß ihrer Erhebung sofort die aller andern Christen in der Türkei, der Rumänen, der Bulgaren, der Griechen in Makedonien, Thessalien und Epirus folgen werde, so täuschten sie sich. Infolgedessen hatten jene zwei Staaten der türkischen Übermacht gegenüber einen harten Stand. Fürst Nikolaus von Montenegro, von den Herzegowinern als ihr Fürst proklamiert, erfocht, von dem gebirgigen Terrain seines Landes unterstützt, mehrere Siege über die türkischen Truppen, jagte dieselben aus seinem Lande und drang in das nördliche Albanien ein. Die Serben, durch russische und bulgarische Freiwillige verstärkt, von Rußland mit Geld und Lazarettgegenständen versehen, standen unter dem Oberbefehl des russischen Generals Tschernajew. Ihre Milizen waren dem gut eingelebten türkischen Heere, das unter Abdulkemim bei Widdin und bei Nisch versammelt war, nicht gewachsen. Die Türken drängten die serbischen Milizen, welche in das türkische Gebiet eingedrungen waren, zurück, entrißen ihnen eine Verteidigungsstellung um die andere, und waren im Begriff, die Morawa abwärts zu ziehen und auf Belgrad selbst loszugehen. König Milan von Serbien, welcher als Fürst von Bosnien proklamiert worden war, war samt seinem

Lande verloren, wenn ihm keine Hilfe zu teil wurde. Auf seinen Hilferuf ließ Kaiser Alexander II. in Konstantinopel erklären, daß, wenn die Pforte nicht binnen 24 Stunden Serbien einen Waffenstillstand gewähre und nicht sofort den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten gebe, die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei abgebrochen würden. Die Pforte unterzeichnete am 31. Oktober 1876 den Waffenstillstandsvertrag und schloß am 1. März 1877 Frieden mit Serbien, während der Krieg mit Montenegro nach erfolglosen Verhandlungen aufs neue ausbrach.

Schlimme Ereignisse spielten sich in Konstantinopel selbst ab. Dort herrschte große Unzufriedenheit mit der Regierung. Es wurde ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie den Aufstand in der Herzegovina und in Bosnien nicht zu unterdrücken, Montenegro nicht zu züchtigen vermöge, und daß sie mit dem russischen Botschafter, Grafen Ignatjew, verdächtige und gefährliche Verbindungen unterhalte. Eine Erhebung der Sosta, der Studierenden der Moscheen, nötigte den eingeschüchterten Sultan Abdul Aziz, den russenfreundlichen Großwesir und den Scheich-ul-Islam zu entlassen und ein neues Ministerium zu bilden. Für die Führer dieser Bewegung bildete der Sultan selbst ein Hindernis. Die Männer der Reformpartei und der Militärpartei, welche die Türkei zu einem mächtigen Staat machen wollten, vereinigten sich zu einer Verschwörung gegen Abdul Aziz. Er wurde am 29. Mai 1876 für abgesetzt erklärt und sein Neffe, der älteste Sohn des Sultans Abdul Medschid, als Sultan Murad V. proklamiert. Um vor jeder Rache sicher zu sein, ermordeten die Verschwörer am 4. Juni den abgesetzten Abdul Aziz und ließen das Märchen verbreiten, daß dieser mit einer Schere die Pulsadern sich aufgeschnitten habe. Wenige Tage darauf, am 15. Juni, wurden zwei von den neuen Ministern von einem sicherkeßsichigen Offizier aus Privatrache ermordet. Zuletzt wurde der unfähige Sultan Murad am 31. August, angeblich mit seiner eigenen Zustimmung, des Thrones entsetzt und sein Bruder als Sultan Abdul Hamid II. ausgerufen.

Die Diplomatie hatte inzwischen alles gethan, um die Pforte zu Zugeständnissen zu bewegen. Die Note des österreichischen Ministers Grafen Andrassy vom 30. Dezember 1875 und das von den leitenden Ministern der Dreikaisermächte ausgearbeitete Berliner Memorandum

dum vom 14. Mai 1876 dienten diesem Zwecke, hatten aber keinen Erfolg. Die Konferenz der sechs Großmächte, welche unter dem Vorsitz des türkischen Ministers des Auswärtigen, Saufet Pascha, vom 23. Dezember 1876 bis 20. Januar 1877 in Konstantinopel tagte, legte der Pforte als den Beschluß Europas ein Ultimatum vor, das unter anderem folgende zwei Bestimmungen enthielt: Mitwirkung der Großmächte bei der Ernennung der Gouverneure in den christlichen Provinzen und Einsetzung einer aus Bevollmächtigten der Großmächte bestehenden Aufsichtskommission. Da die Pforte sowohl dieses Ultimatum als auch das Londoner Protokoll vom 31. März 1877, in welchem jenes sehr abgeschwächt war, als unvereinbar mit ihrer Souveränität ablehnte, so stand die Diplomatie wieder am Anfang ihrer Thätigkeit. Die Ausführung jener unglaublichen Komödie am 19. März 1877 konnte an der orientalischen Politik nichts ändern. Midhat Pascha, das Haupt der Reformpartei, welcher zum Großwesir ernannt worden war, glaubte nämlich, die Reformvorschläge der Großmächte durch die Gewährung konstitutioneller Freiheiten und Rechte scheinbar überbieten zu sollen, und eröffnete in einem Staate, dessen moralische und intellektuelle Bildung noch auf der untersten Stufe stand, ein „ottomanisches“ Parlament mit Senat und Abgeordnetenhaus. Dasselbe erlebte zwei Sessionen und wurde am 14. Februar 1878 auf Nimmerwiedersehen vertagt.

Die Geduld Rußlands, welches eine Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte gegen türkische Mezeleien verlangte, war nach Abweisung der europäischen Vorschläge von seiten der Pforte vollständig zu Ende. Nachdem schon 1876 militärische und finanzielle Vorbereitungen getroffen worden waren, wurde in Petersburg in dem Kriegsrat vom 13. April 1877 beschlossen, die gesamte russische Armee zu mobilisieren. Fürst Gortschakow erklärte in einem Rundschreiben vom 24. April den übrigen Großmächten, daß der Kaiser seinen Heeren den Befehl gegeben habe, die türkische Grenze zu überschreiten, um zu versuchen, durch Zwangsmittel das zu erreichen, was von der Pforte auf dem Wege der Verständigung zu erlangen den einmütigen Anstrengungen der Mächte nicht gelungen war. England erwiderte, daß es die Neutralität so lange beobachten werde, als nur türkische und nicht zugleich britische Interessen vom Kriege berührt würden. Eine feste

Grenzlinie zwischen beiden zu ziehen, war, da England für den ganzen Orient Interesse hat, eine Sache der Unmöglichkeit. Die Antwort sah verdächtig aus.

Da die russischen Truppen, wenn sie ihr nächstes Ziel, Bulgarien, erreichen wollten, durch Rumänien marschieren mußten, so schloß Rußland mit der Regierung dieses Landes die Konvention vom 16. April 1877, in welcher der russischen Armee der freie Durchzug durch die Moldau und Walachei gestattet wurde. Infolgedessen brach die Pforte die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien ab, was den dortigen Kammern Anlaß bot, in einem Beschluß vom 21. Mai die völlige Auflösung der zwischen Rumänien und der Pforte bestehenden politischen Bande und die Unabhängigkeit des Fürstentums auszusprechen.

Die Russen eröffneten den Feldzug am 24. April 1877 mit dem Einmarsch in Rumänien und in Türkisch-Armenien. Die größere Armee, welche unter dem Oberbefehl des Großfürsten Nikolai, eines Bruders des Kaisers, stand, hatte sich zunächst nach Bulgarien zu wenden, während die kleinere von dem Großfürsten Michael, gleichfalls einem Bruder des Kaisers, befehligt wurde. Diesem war der General Loris Melikow für die spezielle Leitung beigegeben, und die Eroberung Türkisch-Armeniens war seine Aufgabe. Letzterer eroberte die Festung Ardahan und rückte gegen Erzerum vor, sah sich aber durch die Niederlage bei Zewin und durch die ungenügenden Streitkräfte genötigt, auf das russische Gebiet sich zurückzuziehen und die Ankunft von Verstärkungen abzuwarten. Der Fehler der russischen Kriegsleitung, anfangs mit zu geringen Streitkräften aufzutreten, rächte sich besonders bei der Hauptarmee. Von dieser standen im Juni 6 Armeekorps in Rumänien und vier derselben gingen zu Ende des Monats über die Donau und nahmen die Festung Nikopolis. Diese 4 Armeekorps mußten gleichzeitig nach 3 Seiten hin Front machen: 2 derselben hatten unter dem Oberbefehl des Großfürsten-Thronfolgers Alexander gegen Osten, gegen die Linie Rustschuk-Rasgrad-Schumla, ein drittes Korps unter General Krüdener gegen Westen, ein viertes unter General Radezki im Balkan zu operieren. Eine Abteilung des letzteren, welche von General Gurko befehligt wurde, bemächtigte sich des Schipka-Passes und machte von dort Streifzüge bis in die Nähe von Adrianopel. Um einem weiteren Vordringen Halt zu gebieten,



wurde Suleiman Pascha, welcher inzwischen den Krieg mit Montenegro wieder eröffnet hatte, ohne dort etwas auszurichten, nach dem Schipka-Paß geschickt. Sein Abzug verschaffte dem Fürsten Nikolaus von Montenegro Gelegenheit zu mehreren glücklichen Unternehmungen. Derselbe eroberte die Festung Niksch in der Herzegowina, nahm in Nordalbanien den ganzen Küstenstrich bis zum Bojana-Fluß mit den Hafensorten Spizza und Antivari, erstürmte am 19. Februar 1878 die Festung Dulcigno und ging über den Bojana-Fluß, um sich auch Skutaris zu bemächtigen. Suleiman drängte die russischen Vortruppen nach dem Schipka-Paß zurück und legte sich diesem mit 40 Bataillonen als eiserner Schlagbaum vor. Seine Versuche, den Russen den Paß zu entreißen, scheiterten.

Auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz beging General Krüdener die große Unvorsichtigkeit, die bei Widdin stehende, 40 000 Mann starke Armee Osman Paschas nicht gehörig zu beobachten. Es gelang Osman, unbemerkt von Widdin nach Plewna zu ziehen. Sobald er dort ankam (19. Juli), ließ er Verschanzungen anlegen und die Stadt zu einer starken Festung machen. General Krüdener, welcher mit wenigen Truppen am Abend des 19. dort eintraf, griff am 20. die Stadt an und wurde zurückgeschlagen. Ein zweiter Angriff (30. Juli) wurde zwar mit größeren Streitkräften ausgeführt, aber gleichfalls zurückgeschlagen. Solange Osmans Armee in Plewna stand, konnte die russische nicht an ein Vorrücken gegen Adrianopel denken. Neue Streitkräfte mußten herangezogen werden. Kaiser Alexander, welcher sich selbst auf den Kriegsschauplatz begeben hatte, schloß daher mit dem Fürsten Karl von Rumänien eine Konvention, wonach die rumänische Armee die Donau überschritt, sich vor Plewna mit der russischen vereinigte und das Kommando über die ganze Belagerungsarmee dem Fürsten Karl übertragen wurde. Darauf folgte am 11. September der dritte Angriff auf Plewna. Es wurden zwar einige Erfolge errungen, aber der Hauptangriff unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

Nicht besser ging es der russischen Ostarmee unter dem Großfürsten-Thronfolger. Die Russen hielten die Jantra-Linie, die Türken die Lom-Linie besetzt. Weder gelang es jenen, die Türken über den Lom zurückzudrängen, noch diesen, die Russen zum Rückzug über die Jantra zu zwingen. Die türkische Schumla-Armee

wurde zuerst von Abdul Kerim, dann von Mehemed Ali, zuletzt von Suleiman Pascha befehligt. Keiner von ihnen entsprach den Hoffnungen und Wünschen der Pforte. Glückliche Gefechte wechselten mit unglücklichen.

In Armenien erfolgte zuerst eine für die Russen günstige Wendung des Feldzugs. Nachdem das dortige russische Heer Verstärkungen erhalten hatte, ging es im Oktober wieder angriffsweise vor und erfocht am 15. am Madtscha einen entscheidenden Sieg über das Heer Mukhtar Paschas. Letzterer zog sich in die Festung Erzerum zurück, welche von den nachrückenden Russen nicht genommen werden konnte, weil sie keine Belagerungsgeschütze hatten. Die Festung Kars wurde am 17. November unter dem Kommando Boris Melikows erstickt; 17 000 Mann und über 300 Geschütze fielen in die Hände der Russen. Die im Osten des Schwarzen Meeres, in Abchasien und Daghestan unter der mohammedanischen Bevölkerung Kaukasiens erregten Aufstände wurden trotz der Hilfe der türkischen Flotte leicht unterdrückt.

Endlich errang auch das russisch-rumänische Heer vor Plewna eine günstige Entscheidung. Mit der Ankunft des Gardekorps und anderer Heeresteile und mit dem Eintreffen des berühmten Ingenieurgenerals Tottleben erfolgte die Wendung. Auf den Rat des letzteren wurde das System des Stürmens aufgegeben und eine regelmäßige Belagerung eingeleitet. Die bis jetzt noch offene Westseite von Plewna, von wo den Belagerten, von Sofia und Orthanje her, regelmäßige Unterstützungen an Mannschaft, Proviant und Munition zugeführt worden waren, wurde durch die neugebildete Westarmee unter General Gurko, welche die dort verschanzten Türken am 24. und 28. Oktober zurückschlug, besetzt und die letzte Lücke geschlossen. Als seine Vorräte erschöpft waren, machte Osman Pascha am 10. Dezember einen Durchbruchversuch, wurde aber in einem mörderischen Kampfe besiegt und nach der Stadt zurückgedrängt. Er mußte sich mit seiner Armee bedingungslos ergeben. 36,000 Soldaten und mehr als 2000 Offiziere gerieten in Gefangenschaft.

Jetzt erst, nach der Einnahme von Plewna, konnte der Uebergang über den Balkan, welcher schon im Sommer hätte ausgeführt werden sollen, bewerkstelligt werden. Aber dieser Uebergang über Höhen von 4000 Fuß vollzog sich jetzt über Schnee und Eis, unter heftigen Stürmen und bei 22 Grad Kälte. Unter den Generalen

Gurko und Radetzki zogen zwei russische Heere auf verschiedenen Straßen über den Balkan und vereinigten sich bei Adrianopel. Das eine nahm Sofia und warf die Armee Suleimans nach dem Rhodope-Gebirge zurück; das andere griff die vor dem Schipla-Paß aufgestellte, von Wessel Pascha befehligte türkische Armee von drei Seiten an und zwang sie nach neunstündigem Kampfe zur Kapitulation. Darauf wurden Philippopol und Adrianopel besetzt, Truppenabteilungen bis in die Nähe von Konstantinopel, nach Tschorlu und Rodosto, vorgeschoben. Zu gleicher Zeit besetzte die russische Ostarmee Osmanbazar und Rasgrad; die rumänische Armee, welche auf das linke Donauufer zurückgegangen war, nahm am 24. Februar 1878 die Festung Widdin durch Kapitulation; die Serben, welche am 14. Dezember 1877 der Pforte aufs neue den Krieg erklärt hatten, nahmen Nisch und einige kleinere Orte; 12000 Mann griechischer Truppen rückten am 2. Februar 1878 in Thessalien und Epirus ein. Für die Türkenherrschaft in Europa schien die letzte Stunde gekommen zu sein.

Durch die von der Pforte angerufene Vermittlung Englands wurden direkte Verhandlungen zwischen Rußland und der Pforte herbeigeführt. In Adrianopel wurden am 21. Januar 1878 die Waffenstillstandsbedingungen und die Friedenspräliminarien, in San Stefano am 3. März der Friedensvertrag unterschrieben. In diesem wurde die völlige Unabhängigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros ausgesprochen, die Bildung eines selbständigen, jedoch tributpflichtigen Fürstentums Bulgariens, das 5 Millionen Einwohner umfaßte und von der Donau bis zum Ägäischen Meere sich erstreckte, zugestanden, die armenischen Festungen Kars, Ardahan, Bajasid und der Hafenort Batum an Rußland abgetreten. Auch wurde festgesetzt, daß Rumänien den 1856 von Rußland abgetretenen Teil Bessarabiens an dasselbe zurückgeben und dafür die untere Dobrudscha erhalten solle.

Aber die „britischen Interessen“ machten sich bereits sehr bemerklich. England, das schon längst eine Flotte nach der Besika-Bai abgesandt hatte, ließ, trotz des wohl nicht ernsthaft gemeinten Protestes der Pforte, sechs Panzerschiffe durch die Dardanellenstraße fahren und im Marmara-Meer sich vor Anker legen, um Konstantinopel und die beiden Meerengen zu schützen; das Parlament bewilligte dem Ministerium 6 Millionen Pfund Sterling

für außerordentliche Rüstungen. Osterreich-Ungarn, das im Orient wichtige Handelsinteressen zu schützen hat, konnte nicht gleichgültig zusehen, wenn Rußland einen großbulgarischen Vasallenstaat schuf und durch diesen einen beherrschenden Einfluß auf die Balkanhalbinsel und auf die Nordküste des Ägäischen Meeres erhielt. Graf Andrassy beantragte daher bei den Großmächten, daß zur Ordnung der orientalischen Verhältnisse ein europäischer Kongreß berufen werden sollte. England stellte hierzu die Forderung, daß sämtliche Artikel des Friedensvertrags von San Stefano dem Kongreß zur Annahme oder zur Verwerfung vorgelegt werden sollten, und machte seine Beteiligung an dem Kongreß von der Annahme seiner Forderung abhängig. Rußland erblickte hierin eine unerträgliche Demütigung und lehnte die Forderung ab. Verharrte es bei seiner Weigerung, so hatte es sofort einen Krieg mit England zu führen, an das sich die niedergetretene Türkei mit Freuden angeschlossen. War Rußland militärisch und finanziell im stande, unmittelbar nach dem türkischen einen zweiten, weit schwierigeren und ausgedehnteren zu führen, bei welchem Rußland auf die Neutralität Osterreich-Ungarns nicht mit Sicherheit hätte zählen können? Der Vermittlung der deutschen Reichsregierung gelang es endlich, die Kabinette von Rußland und von England zur Eröffnung von Separatverhandlungen zu vermögen, deren Ergebnis der Abschluß der Londoner Konvention vom 30. Mai 1878 war. In dieser wurden sowohl diejenigen Punkte, über welche zwischen Rußland und England ein Einverständnis hergestellt war, bezeichnet, als auch diejenigen, welche dem Kongreß zur Entscheidung vorgelegt werden sollten. Infolgedessen war die Berufung eines Kongresses sämtlicher Großmächte, für welchen Berlin als Versammlungsort bestimmt war, möglich.

Auf die Einladung des Fürsten Bismarck an sämtliche Signatarmächte der Verträge von 1856 und 1871 versammelten sich in Berlin nicht nur die leitenden Minister und Botschafter der Großmächte und der Türkei, sondern auch die Bevollmächtigten der kleineren Staaten der Balkanhalbinsel und Persiens. Doch wurden letztere nur zu denjenigen Sitzungen zugezogen, in welchen die Angelegenheiten ihres Staates speziell verhandelt wurden. Die Eröffnung des Kongresses fand am 13. Juni 1878 statt. Fürst Bismarck führte den Vorsitz. Der Kongreß hatte seine bedenklichen

Momente, in welchen es schien, daß eher Krieg als Friede daraus hervorgehe. Die schwierigsten Punkte waren die politische Einrichtung Bulgariens und die Abtretungen in Armenien. Durch die geschickte Vermittlung des Fürsten Bismarck wurde endlich in allen Punkten eine Einigung erzielt und am 13. Juli 1878 der Berliner Friedensvertrag unterzeichnet. Die wichtigsten Bestimmungen desselben waren folgende: Bulgarien sollte in zwei durchaus getrennte Teile zerfallen, in ein Fürstentum Bulgarien mit der Hauptstadt Sofia und in die Provinz Ostrumelien mit der Hauptstadt Philippopol. Jenes sollte ein selbständiges und tributpflichtiges Fürstentum unter der Oberlebensherrschaft des Sultans bilden; Ostrumelien sollte unter der unmittelbaren politischen und militärischen Botmäßigkeit des Sultans bleiben, eine Lokalmiliz und eine selbständige Verwaltung unter einem von der Pforte mit Zustimmung der Großmächte auf fünf Jahre zu ernennenden Gouverneur erhalten. Hinsichtlich der armenischen Frage wurde bestimmt, daß die Pforte die Gebiete von Karz, Ardahan und Batum an Rußland, die Stadt und das Territorium von Khotur an Persien abtreten, Reformen in Armenien einführen und diese Provinz gegen die Feindseligkeiten der Tscherkessen und Kurden sichern solle. Osterreich-Ungarn wurde auf den Antrag Englands der Auftrag erteilt, die Besetzung und Verwaltung der Provinzen Bosnien und Herzegowina zu übernehmen. Zur Sicherung der ungehinderten Schifffahrt auf der Donau wurden verschiedene Bestimmungen beschlossen. Die Pforte verpflichtete sich, in allen Teilen des Reiches die Religionsfreiheit durchzuführen und aus dem Unterschied der Religion kein Hindernis für die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte herzuleiten.

Bezüglich der kleineren Staaten der Balkanhalbinsel beschloß der Kongreß, daß Rumänien, Serbien und Montenegro unabhängig von der Pforte sein sollten, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung der Einführung vollständiger Gleichberechtigung aller Kulte; daß Montenegro einen Gebietszuwachs von 80 Quadratmeilen mit etwa 50 000 Einwohnern (Nikšich, Podgorizza, Festung und Hafen von Antivari), freie und unbeschränkte Schifffahrt auf dem Flusse Bojana erhalten sollte (die an die Pforte zurückgegebene Festung Dulcigno erhielt es 1880 wieder gegen die Zurückgabe albanesischer Distrikte); Serbien sollte einen Gebietszuwachs von 210 Quadrat-

meilen mit 280 000 Einwohnern (Stadt und Festung Nisch) erhalten, Rumänien an Rußland Bessarabien zurückgeben und dafür die Dobrudscha, bis zur Linie Silistria-Mangalia, nebst den das Donaudelta bildenden Inseln und den Schlangensinseln erhalten; Griechenland sollte über die Erweiterung seiner nördlichen Grenzen, als welche die durch die beiden Flüsse Salambria und Kalamos gebildete Linie vorgeschlagen wurde, direkt mit der Pforte unterhandeln und für den Fall der Nichtverständigung die Vermittlung der Großmächte eintreten. Griechenland war also auf den guten Willen der Pforte angewiesen, welche sich zu keiner Abtretung an dasselbe verstehen wollte. Die wegen dieser Frage 1880 nach Berlin einberufene Botschafterkonferenz, in welcher der Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst den Vorsitz führte, sprach Griechenland den größeren Teil von Thessalien und den südlichen Teil von Epirus zu. Erst nach langen Verhandlungen gab die Pforte nach, worauf die griechischen Truppen 1881 das südlich vom Salambria-Fluß gelegene Gebiet von Thessalien und das südlich vom Arta-Fluß gelegene Gebiet von Epirus besetzten. Diese Gebiete umfaßten etwa 600 Quadratmeilen mit 388 000 Einwohnern. Daß England wenige Wochen vor der Eröffnung des Kongresses mit der Türkei den Vertrag vom 4. Juni 1878 abschloß, wonach es die Insel Cypern besetzte und durch einen englischen Gouverneur verwalten ließ und dafür die Verpflichtung übernahm, sämtliche türkischen Provinzen in Asien zu beschützen, erregte unter den Kongreßmitgliedern allgemeines Befremden. Frankreich entschädigte sich dadurch, daß es 1881 in Tunis einrückte, das Land besetzte und durch französische Beamte verwalten ließ. Aber es zog sich dadurch die Feindschaft Italiens zu, das schon längst die Besetzung von Tunis beabsichtigt hatte, und trieb jenes in die Arme Deutschlands und Osterreich-Ungarns. Nach einem Beschluß der rumänischen Kammern wurde das Fürstentum Rumänien in ein Königreich umgewandelt und Fürst Karl am 22. Mai 1881 in Bukarest als erster König von Rumänien gekrönt. Diesem Beispiele folgend, proklamierte am 6. März 1882 die serbische Nationalversammlung den Fürsten Milan als König von Serbien.

Von den in Tirnowa versammelten Vertretern des bulgarischen Volkes wurde am 19. April 1879 Prinz Alexander von Batten-

berg, Sohn des Prinzen Alexander von Hessen, zum Fürsten von Bulgarien gewählt, während in Ostrumelien Meho Pascha, Fürst Bogorides, ein bulgarischer Christ, von der Pforte unter Zustimmung der Großmächte zum Generalgouverneur auf fünf Jahre ernannt wurde. Fürst Alexander übernahm die Regierung aus den Händen des Fürsten Dondukov, des seitherigen russischen Generalgouverneurs von Bulgarien, welcher mit der Nationalversammlung eine Verfassung vereinbart hatte. Aber so sehr auch Fürst und Volk anerkennen mußten, daß sie ihre Erlösung von der Türkenherrschaft nur Rußland zu verdanken hatten, so hatten doch beide keine Lust, an die Stelle derselben eine Russenherrschaft treten zu lassen. Der beherrschende Einfluß des russischen Triumvirats, welches aus dem russischen Gesandten und zwei russischen Generalen, Mitgliedern des bulgarischen Ministeriums, bestand, rief eine Reaktion des nationalen Bewußtseins gegen die Fremdherrschaft hervor. Die Generale mußten vor dem Willen der Nationalversammlung weichen und ihre Stellen niederlegen. Die Vereinigung des Fürstentums Bulgarien mit Ostrumelien war die zweite Frage, deren Lösung von der nationalen Partei angestrebt wurde. In Philippopel brach am 18. September 1885 der Aufstand aus. Der Generalgouverneur Chrestowitsch, der Nachfolger Mehos, wurde beiseite geschoben, die Vereinigung beider Bulgarien proklamiert und Alexander die Regierung von Ostrumelien angeboten. Er nahm sie an und nannte sich Fürst von Nord- und Südbulgarien.

Dieser nationale Erfolg der Bulgaren rief die Eifersucht der Serben hervor, welche das zu Bulgarien gehörige Altserbien wieder in ihren Besitz bringen wollten. Unter nichtigen Vorwänden rückten die serbischen Truppen am 14. November 1885 in Bulgarien ein und drangen siegreich bis Slivniza vor. Da eilte Fürst Alexander von Philippopel herbei, übernahm das Kommando, schlug die Serben von Slivniza zurück, drängte sie über die serbische Grenze, überschritt selbst dieselbe und erstürmte am 28. November Pirot und die umliegenden Höhen. Ein weiteres Vorrücken, dem nichts im Wege stand, duldet Österreich nicht. Es wurde zwischen Bulgarien und Serbien ein Waffenstillstand und am 3. März 1886 der Bulareser Friedensvertrag geschlossen. Aber Fürst Alexander hatte sich auch mit der Pforte und den Großmächten auseinanderzusetzen, da die Vereinigung der beiden Bulgarien eine Verletzung

des Berliner Friedensvertrages war. Kaiser Alexander von Rußland, welcher nur ein ihm unterthäniges, nicht ein nationales Bulgarien wollte und den Fürsten Alexander sogar aus den Listen des russischen Heeres streichen ließ, verlangte die Wiederherstellung der alten Zustände, während England die Wünsche der Bulgaren unterstützte. Der Streit wurde dadurch beigelegt, daß die am 5. April 1886 in Konstantinopel zusammentretende Konferenz der Botschafter der Großmächte den Beschluß faßte, die Würde eines Generalgouverneurs von Ostrumelien solle dem Fürsten Alexander übertragen werden, mit der Beschränkung, daß er dieselbe zunächst nur auf fünf Jahre bekleiden solle und je nach fünf Jahren sich einer neuen Bestätigung zu unterwerfen habe. Fürst Alexander nahm diese Bedingungen an, sah sich aber bald darauf einer in russischem Sinne wirkenden Verschwörung ausgesetzt. Er wurde am 21. August 1886 gefangen genommen und außerhalb Landes geführt, kam zwar, auf die Nachricht, daß die russisch gesinnte provisorische Regierung bereits gestürzt sei, am 3. September wieder nach Sofia zurück, gab aber, als er aus einem Telegramm des Kaisers Alexander III. dessen Unversöhnlichkeit erkannte, die Erklärung, daß er zum Heile Bulgariens abdankte. Nachdem er eine nationalgesinnte Regentschaft eingesetzt hatte, verließ er Sofia und lehrte in seine heffische Heimat zurück. Die neue Regentschaft hatte mehrere Verschwörungen und die Agitationen des russischen Abgesandten, Generals Kaulbars, zu bekämpfen, welcher sich das Recht zu Eingriffen in die inneren Angelegenheiten Bulgariens anmaßte, aber wegen Mangels an Sympathien seitens der Bevölkerung das Land bald wieder verlassen mußte. Auf den Vorschlag der Regentschaft wählte die Nationalversammlung am 7. Juli 1887 den Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg-Gotha (von der koburgischen Seitenlinie Kohary) zum Fürsten von Bulgarien. Dieser übernahm am 14. August die Regierung. Da er vor seiner Thronbesteigung weder die Bestätigung der Pforte, noch die Zustimmung der Großmächte erhalten, somit den Berliner Vertrag verletzt hatte, so wurde er von diesen nicht als Fürst anerkannt; doch wagte keine Macht, selbst Rußland nicht, seine thatsächliche Regierung zu stören, unter welcher das Land in den folgenden Jahren namhafte Fortschritte in allen Gebieten des Staatslebens machte.



Wichtige Veränderungen vollzogen sich in Ägypten, wo seit dem Jahre 1863 Ismail Pascha, ein Sohn Ibrahim Paschas, Statthalter war, der seit 1867 den Titel Chedive (Vizekönig) führte. Sein Streben nach Unabhängigkeit und nach Machtvergrößerung waren ebenso groß wie seine Verschwendung. Durch große Geschenke an den Sultan und durch Bestechung seiner Minister mußte er sich die wichtigsten Zugeständnisse zu verschaffen, die in dem Ferman vom 8. Juni 1873 zusammengefaßt waren. Er besaß nahezu die volle Souveränität über Ägypten und zahlte dem Sultan einen jährlichen Tribut von etwa 9 Millionen Mark. Seine Truppen eroberten 1874 Dar Fur und drangen in den folgenden Jahren in Abessinien ein, erlitten aber dort solche Niederlagen, daß er froh sein mußte, 1877 einen Friedensvertrag mit Abessinien abschließen zu können. Seine finanziellen Verlegenheiten nahmen infolge dieser Feldzüge zu. Um den dringendsten Bedürfnissen zu genügen, verkaufte er 1875 die noch in seinen Händen befindlichen 177 000 Stück Suezkanalaktien um 4 Millionen Pfund Sterling an die englische Regierung. Wenige Jahre darauf stand er vor dem Bankrott, obgleich er kein Mittel scheute, Geld zu bekommen, Zwangsanleihen im Lande machte, manche Jahressteuern zweimal erhob, den Beamten keinen Gehalt, den Lieferanten den Betrag ihrer Rechnungen nicht ausbezahlte. Neue Summen waren nötig, um der Pforte in ihrem Krieg mit Rußland 6000 Mann Hilfstruppen auszurüsten. So sehr er sich auch sträubte, so blieb ihm zuletzt doch nichts anderes übrig, als sich einer englisch-französischen Finanzkontrolle zu unterwerfen und in das neue Kabinett von 1878 für die Finanzen und für die öffentlichen Arbeiten einen Engländer und einen Franzosen als Minister aufzunehmen. Der Abhängigkeit von diesen fremden Ministern war er bald überdrüssig, suchte sie um jeden Preis abzuschütteln und geriet dadurch in scharfe Konflikte mit England und Frankreich. Schließlich mußte er auf Befehl des Sultans 1879 sein Amt niederlegen. Er erhielt eine Apanage von 50,000 Pfund Sterling, mußte Ägypten verlassen und begab sich nach Italien.

Sein Sohn, Tewfik Pascha, übernahm die Würde eines Chedive. Er war ein schwacher Mensch, der sich an die Gewalt anlehnte. Im Lande herrschte große Unzufriedenheit mit der finanziellen Fremdherrschaft, unter welcher das Land im Interesse

Englands und Frankreichs ausgebeutet wurde. Es bildete sich eine nationale Partei, welche den einfachen Grundsatz aufstellte: „Ägypten den Ägyptern.“ Arabi Bei, das Haupt dieser Partei, wurde in dem neuen Ministerium zum Kriegsminister ernannt, kein Fremder in dasselbe aufgenommen. Die britischen und die französischen Interessen fühlten sich durch diese Bewegung beeinträchtigt; eine englisch-französische Flotte erschien, trotz aller Warnungen der anderen Großmächte, vor Alexandria, um dem Scheive die Entlassung der nationalen Minister und andere Zugeständnisse abzunötigen. Das drohende Auftreten dieser Flotte verschlimmerte die Lage. In Alexandria brach am 11. Juni 1882 ein Aufstand aus, in welchem viele Europäer ermordet, mehrere, darunter der englische Konsul, verwundet und viele Häuser der Europäer geplündert wurden. Unter den zahlreichen Fremden entstand eine allgemeine Panik. Alle Seemächte schickten zum Schutze ihrer Nationalen Schiffe vor Alexandria. Arabi legte neue Befestigungen an und kümmerte sich nicht um die Aufforderung des englischen Admirals Seymour, daß diese Arbeiten eingestellt werden sollten. Darauf eröffnete Seymour, von dem sich der französische Admiral getrennt hatte, am 11. Juli 1882 die Beschießung der Stadt, wodurch ein großer Teil derselben in Asche gelegt und neue Ausbrüche der Volkswut gegen das Leben und das Eigentum der Europäer hervorgerufen wurden. Arabi zog mit seinen Truppen aus Alexandria ab, worauf die englischen Marinetruppen landeten und einige Punkte der Stadt besetzten. Der Scheive sprach, im Vertrauen auf die Macht der Engländer, die Absetzung Arabis aus und erklärte ihn für einen Rebellen. Aber dieser, welchem das Heer treu blieb, konnte nur durch Waffengewalt unschädlich gemacht werden. General Wolseley landete mit 28,000 Mann und zog gegen ihn. Am 13. September 1882 griff er dessen Lager bei Tell-el-Kebir an und schlug das ägyptische Heer in die Flucht. Arabi, welcher nach Kairo entfloh, gab sich dort gefangen und wurde vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Diese Strafe wurde in Verbannung umgewandelt und die Insel Ceylon ihm als Verbannungsort angewiesen.

Diese kriegerischen Verhältnisse benutzten die ägyptischen Provinzen im Sudan, Dar Fur und Kordofan, um sich von Ägypten loszumachen. Der falsche Prophet Mahdi sammelte ein Heer,

rückte in Kordofan ein und bemächtigte sich der Hauptstadt El-Dheid. Nach Besiegung des ihm entgegenziehenden Heeres Hicks Paschas marschierte er gegen die in der Provinz Sennar gelegene Stadt Chartum, während einer seiner Parteigänger, Osman Digma, die Hafenstadt am Roten Meere, Suakin, in welcher englische und ägyptische Truppen lagen, angriff, aber, als diese Verstärkungen erhielten, zurückgeschlagen wurde. Um über die politisch-militärischen Verhältnisse im Sudan sichere Nachrichten zu erhalten, schickte die englische Regierung den General Gordon nach Chartum. Dieser traf am 18. Februar 1884 mit kleinem Gefolge dort ein, fand alles im Aufstand und sah sich bald von den Truppen des Mahdi eingeschlossen. General Wolseley rückte mit 2400 Mann gegen Chartum vor, kam aber zu spät. Als er schon in der Nähe der Stadt war, erfuhr er, daß dieselbe am 26. Februar 1885 durch Verrat in die Gewalt des Mahdi gefallen und General Gordon ermordet worden sei. Darauf zog sich Wolseley nach Agypten zurück.

Für England handelte es sich darum, welche Stellung es in Agypten einnehmen solle. Es wollte dort festen Fuß behalten, die Oberhoheit des Sultans zwar anerkennen, aber denselben so wenig als möglich gelten lassen, den entscheidenden Einfluß haben, aber nicht die alleinige Verantwortung. Agypten, wünschte es, solle den Sudan aufgeben. Zunächst hob es die englisch-französische Finanzkontrolle auf und setzte dafür eine ausschließlich englische ein, wollte aber für die ägyptische Anleihe, die wegen der kriegerischen Ereignisse der letzten Jahre notwendig geworden war, die Garantie nicht allein übernehmen, sondern auch die anderen Großmächte dafür interessieren. Die Londoner Konferenz von 1884 hatte kein Ergebnis. Die neuen Verhandlungen von 1885 führten zu dem Beschluß, daß eine Anleihe von 180 Millionen Mark gemacht und unter die Bürgschaft sämtlicher Großmächte gestellt werden sollte. Auf dies hin wurden die Entschädigungsgelder für die durch die Beschießung von Alexandria veranlaßten Eigentumsverluste ausbezahlt. Aber die fortdauernde Okkupation des Landes durch englische Truppen erschien den Großmächten und der Pforte von Jahr zu Jahr verdächtiger; besonders Frankreich war sehr neugierig zu erfahren, wann endlich die englische Regierung Agypten vollständig räumen werde, erhielt aber nur ausweichende Antworten.

Die Verhandlungen, welche der englische Bevollmächtigte, Sir Drummond Wolff, in Konstantinopel und in Kairo führte, um feste Bestimmungen für das Heerwesen und die Verwaltung Ägyptens zu vereinbaren, hatten bei den großen Ansprüchen Englands kein Ergebnis. Das Vordringen der Araber unter dem neuen Mahdi 1885 und das der Derwische 1889 gegen Ägypten nötigte England zu neuen Truppensendungen. Der Sudan war seit 1886 vollständig geräumt, Ägypten und Nubien und die Hafenplätze am Roten Meere wurden festgehalten. Die südlichste Grenzstation sollte Wady-Halfa sein. Die Derwische wurden am 3. August von dem englischen General Grenfell bei Toski angegriffen und in die Flucht geschlagen, ihr Führer, Wad-el-Njumi, nebst etwa 1500 Mann getötet.

## § 18.

## Der europäische Dreibund.

Die Ergebnisse des Berliner Kongresses von 1878 hatten eine Verschiebung der europäischen Bündnisverhältnisse zur Folge. Seit dem Jahre 1872 hatten die drei Kaisermächte die engsten Beziehungen zu einander unterhalten. In der orientalischen Krisis hatte Deutschlands Vermittlerrolle Rußland sehr gute Dienste geleistet. Wenn aber letzteres meinte, Fürst Bismarck als Vorsitzender des Berliner Kongresses müsse es durchsetzen, daß alle wesentlichen Punkte des Vertrags von San Stefano in den Berliner Friedensvertrag aufgenommen würden, und wenn es sich darüber beklagte, daß unter seiner Mitwirkung Osterreich-Ungarn ein europäisches Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegovina übertragen worden war, so bedachte es nicht, daß jene Forderung nur dann einige Aussicht auf Erfüllung hatte, wenn die deutsche Reichsregierung ihre ganze Kriegsmacht Rußland zur Verfügung stellte, und vergaß vollständig, daß der Besitz jener zwei türkischen Provinzen Osterreich schon 1877 vom Fürsten Gortschakow selbst zugesichert worden war. Der russische Reichskanzler und der Kriegsminister Miljutin bewegten sich seit jener Zeit ausschließlich im französischen Fahrwasser und arbeiteten, wenn nicht auf den Abschluß einer russisch-französischen Allianz, so doch auf ein intimes Zusammengehen beider Staaten hin. Militär und Presse hezten gegen Deutschland mit aller Macht und sprachen

gelassen das große Wort aus: „Der Weg nach Konstantinopel führt über Berlin.“ Die deutsche Reichsregierung hatte somit mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Deutschland gleichzeitig nach Osten und nach Westen Front machen müsse. Um einer solchen Zukunft mit genügenden Streitkräften entgegenzutreten zu können, schloß die Reichsregierung mit Österreich-Ungarn, das als halbslawischer Donaufstaat den Angriffen Rußlands noch weit mehr ausgesetzt war als Deutschland, das Defensivbündnis vom 7. Oktober 1879. In diesem Vertrage verpflichteten sich die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns, falls eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen würde, einander mit ihrer gesamten Kriegsmacht beizustehen und Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen; falls eines der beiden Reiche von einer anderen Macht (Frankreich) angegriffen würde, sollte das andere Reich mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen jenes beobachten; falls aber die angreifende Macht von Rußland irgendwie unterstützt werden sollte, so hatte die Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht sofort in Kraft zu treten und die Kriegführung der beiden Verbündeten gemeinsam stattzufinden bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

An dieses Defensivbündnis, dessen Wortlaut erst am 3. Februar 1888 von den beiden Verbündeten veröffentlicht wurde, schloß sich 1883 als dritter Bundesgenosse Italien an, das, von Frankreich übermütig behandelt und in der tunesischen Frage 1881 überlistet und betrogen, nur im Anschluß an den Zweikaiserbund die Wahrung seiner Unabhängigkeit und seiner Interessen gesichert wußte. Der Schwerpunkt dieses italienischen Bündnisvertrags lag in dem Verhältnis Italiens zu Frankreich, wie bei dem von 1879 in dem Verhältnis der zwei Kaiserreiche zu Rußland. Der Vertrag wurde im März 1887 erneuert und von dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi, welcher 1887 und 1888 mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh verhandelte, warm gepflegt. So entstand ein Dreibund, welcher selbst sich als eine Friedensliga bezeichnete und auf alle schwächeren Staaten eine große Anziehungskraft ausübte. Die jungen Königreiche an der unteren Donau, welche sich viele Jahre lang unfreundlich gegen Österreich-Ungarn gezeigt hatten, bemühten sich um dessen Freundschaft und verkehrten freundschaftlich mit der deutschen Reichsregierung; König

Alfons XII. von Spanien wohnte 1883 den Homburger Manövern bei.

Die Beziehungen Deutschlands zu Rußland traten, als Kaiser Alexander II. ermordet wurde und sein Sohn, Alexander III., der bisher nicht für einen Freund Deutschlands gegolten hatte, den Zarenthron bestieg, in ein neues Stadium. Die Anfänge seiner Regierung gestalteten sich zwar freundlicher, als man erwartet hatte: seine Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm in Danzig 1881 fand auf seine Veranstaltung statt; der Reichskanzler Fürst Gortschakow und der Minister Graf Ignatjew, welche Deutschland haßten, wurden 1882 ihrer Ämter entbunden und der friedliebende Staatssekretär v. Giers, der bisherige Stellvertreter des alternden Gortschakow, wurde zum Minister des Auswärtigen ernannt. Es gelang demselben, 1884 die Zusammenkunft der drei Kaiser in Skierniewicz und 1885 den Besuch Alexanders bei Franz Joseph in Kremsier zustande zu bringen. Aber aufs neue war es die Balkanhalbinsel, welche freundliche Beziehungen in gespannte verwandelte. Der Sturz des Fürsten Alexander in Bulgarien und die drohende Intervention Rußlands erregten die Aufmerksamkeit Östreich-Ungarns in hohem Grade und veranlaßten dasselbe zur Vermehrung seiner Streitkräfte. Die russische Politik war in den kleinen Staaten der Balkanhalbinsel ungemein thätig, einen beherrschenden Einfluß zu gewinnen, was ihr 1889 in Serbien gelang. Großes Aufsehen erregte 1889 ein Trinkspruch des Kaisers Alexander, in welchem er den Fürsten Nikolaus von Montenegro als seinen „einzigen treuen und aufrichtigen Freund“ bezeichnete.

Da auch das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich ein sehr gespanntes blieb, so war es bei der unerhörten Vermehrung der Streitkräfte Frankreichs und Rußlands die Pflicht der deutschen Reichsregierung, das Militärwesen auf einer Höhe zu erhalten, welche der des französischen und des russischen Militärwesens in keinem Falle nachstand. Das Reichsmilitärgesetz von 1874, welches die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften auf 401659 Mann und die Dauer dieses Gesetzes auf 7 Jahre festgesetzt hatte, wurde dem Reichstag 1880 in verbesserter Gestalt vorgelegt. Die Friedenspräsenzstärke sollte um etwa 25000 Mann, die Kriegsstärke um etwa 80000 Mann vermehrt und die Möglichkeit gegeben werden, gleich beim Beginn

eines Feldzugs weit zahlreichere ausgebildete Mannschaften ins Feld zu stellen, ohne daß auf ältere Jahrgänge zurückgegriffen werden mußte. Das Gesetz wurde vom Reichstag angenommen.

Die politische Lage war gegen das Ende des Jahres 1886 noch bedrohlicher geworden. Der französische Kriegsminister Boulanger machte so große und ausgedehnte Rüstungen, daß man an die Absicht der alsbaldigen Eröffnung des Revanchekrieges glauben mußte. Die Reichsregierung verlangte daher bei der dritten Vorlegung des Militärgesetzes die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke von 427,274 Mann auf 468,409 Mann, also eine Erhöhung von 41,135 Mann, was einer Erhöhung der jährlichen Rekruteneinstellung um 13 000 bis 14 000 Mann gleich kommt. Da die aus Klerikalen, demokratischen und reichsfeindlichen Elementen zusammengesetzte Reichstagsmehrheit an dem bisherigen Septennat nicht festhalten, sondern die geforderte Erhöhung nur auf 3 Jahre bewilligen wollte, worin Kaiser Wilhelm und General Moltke eine Schädigung der Heeresverfassung sahen und Bismarck einen Versuch zur Umgestaltung des kaiserlichen Heeres zu einem Parlamentsheer erblickte, so wurde der Reichstag am 14. Januar 1887 aufgelöst. Die durch die Wahlen vom 21. Februar 1887 ins Leben gerufene nationalgesinnte und regierungsfreundliche Reichstagsmehrheit genehmigte das Reichsmilitärgesetz auf 7 Jahre, bewilligte die hiefür nötigen Gelder, sowie die Forderungen für Verstärkung der Festungen und für den Bau strategischer Eisenbahnen. Auch genehmigte der Reichstag 1888 fast einstimmig das Landwehr- und Landsturmgesetz, als Rußland an seiner westlichen Grenze 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Armeekorps aufstellte und für Deutschland die Gefahr eines Doppelkrieges vorlag; denn es war keinem Zweifel unterworfen, daß dem Beginn eines deutsch-russischen Krieges sofort die Eröffnung des französischen Krieges folgen würde. Durch dieses Gesetz, welches Deutschlands Kriegsstärke um mehr als eine halbe Million erhöhte, sollte, wie Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 sagte, für dasselbe die Möglichkeit gegeben werden, mit einer Million Soldaten gegen Rußland, mit einer zweiten Million gegen Frankreich Front zu machen und eine dritte Million in der Reserve zu haben. „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt,“ war das stolze Wort des Reichskanzlers. Den Schluß dieser Bewilligungen bildete die

von 1889, in welchem Jahre dem Reichstag eine Vorlage gemacht wurde über die für die Veränderungen in der Formation der Feldartillerie und für die Vermehrung der Kriegsschiffe notwendigen Gelder. Zu diesen drei Millionen deutscher Streiter kommen für einen Doppelkrieg noch die gleichfalls sehr vermehrten Streitkräfte der zwei Bundesgenossen Deutschlands, Osterreich-Ungarns und Italiens, von welchen beim Ausbruch des Krieges jenes, schon um seiner eigenen Sicherheit willen, gegen Rußland, dieses gegen Frankreich seine Truppen marschieren läßt, während England, besonderen Abmachungen gemäß, zur See Italien gegen die Angriffe der französischen Flotte unterstützt.

Die Verwaltung von Elsaß-Lothringen hatte mit der Widerwilligkeit und dem Franzosentum der Einwohner viel zu kämpfen. Doch waren auch hier in manchen Gebieten Fortschritte zu verzeichnen. Die Befugnisse des Landesauschusses wurden durch die Reichsgesetze von 1877 und 1879 erweitert, ein kaiserliches Statthalteramt mit einem Ministerium, an dessen Spitze ein Staatssekretär stand und in welchem vier Unterstaatssekretäre als Vorstände der verschiedenen Departements angestellt waren, eingerichtet. Dasselbe hatte seinen Sitz in Straßburg. Das wichtige Amt eines Statthalters wurde dem Feldmarschall v. Manteuffel, und als dieser 1885 starb, dem seitherigen deutschen Botschafter in Paris, dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, übertragen. Ersterer, welcher die Klerikalen und Notabeln für seine Person zu gewinnen suchte und dadurch die Entwicklung des Deutschtums fördern zu können glaubte, erlitt einen vollständigen Mißerfolg. Die Gemeinderatswahlen von 1886 hatten in Metz und in Straßburg ein so günstiges Ergebnis, daß in letzterer Stadt wieder ein regelmäßiger Gemeinderat eingesetzt werden konnte. Als aber die Reichstagswahlen von 1887 unter dem Einfluß des drohenden Kriegsgewitters vorgenommen wurden, brach das Franzosentum in hellen Flammen durch und wählte lauter Protestkler und Klerikale. Jetzt erst erkannte man, daß mit Manteuffelschen Hättscheleien in den Reichslanden nichts gewonnen werde, und es wurde gegen die vielen deutschfeindlichen Vereine und gegen die protestlerische Presse mit Energie vorgegangen, mehrere Personen ausgewiesen, Hochverräter, welche Frankreich Spionendienste geleistet hatten, dem Reichsgericht zur Aburteilung übergeben und



gegenüber den Agitationen, welche Franzosen und französische Elsaß-Lothringer bei ihrem häufigen und längeren Aufenthalt in den Reichslanden sich erlaubten, 1888 der Paßzwang eingeführt und besondere Vorschriften über den Aufenthalt französischer Staatsbürger in Elsaß-Lothringen veröffentlicht.

Große Aufmerksamkeit erforderte die Behandlung der sozialen Frage. Die Sozialdemokratie hatte sich nach Niederwerfung der Pariser Kommune hauptsächlich in Deutschland, in den Städten Berlin, Leipzig, Hamburg, Altona u. s. w. festgesetzt. Bei den Reichstagswahlen von 1871 gewann sie nur 2 Sitze. Bei denen von 1874 erhielt sie 526,241 Stimmen und 24 Sitze; bei denen von 1887 fielen ihr zwar nur 11 Sitze zu, aber die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen betrug 774,128. Die Attentate vom 11. Mai und vom 2. Juni 1878, welche von dem Klempnergehilfen Höbel und von Dr. Karl Nobiling gegen Kaiser Wilhelm gerichtet wurden und von welchen das erste den Kaiser unverwundet ließ, das zweite ihn mit Wunden bedeckte, zeigte den Abgrund, vor dem man stand. Das nach dem ersten Attentat vorgelegte Sozialistengesetz wurde vom Reichstag abgelehnt, das zweite von dem neugewählten Reichstag zwar angenommen, aber nur auf drei Jahre und die Verlängerung desselben auf je 3 oder 2 Jahre mehrmals, zuletzt 1888, erneuert. Aber Ausweisung besonders gefährlicher Sozialdemokraten und Verhängung des kleinen Belagerungszustandes durften die einzigen Mittel sein, welche man gegen die Sozialdemokratie anwandte. Mit lauter Repressivmaßnahmen konnte man dieselbe nicht beseitigen. Der Staat mußte den Arbeitern zeigen, daß er auch für sie ein Herz habe, daß er für sie sorgen, vor materiellem Elend sie schützen wolle. „Wenn die Arbeiter, welche das Hauptkontingent für die sozialdemokratische Partei lieferten, Sicherstellung gegen die Ausbeutung seitens der Fabrikherren und dauernde Unterstützung für den Fall eines Unfalles verlangten, so konnte einer solchen Forderung die Berechtigung nicht abgesprochen werden.“ Die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 forderte vom Reichstag die Eröffnung der Sozialgesetzgebung. 1883 wurde vom Reichstag das Krankenkassengesetz, 1884 das Unfallversicherungsgesetz, 1889 das Alters- und Invaliditätsgesetz genehmigt. Durch diesen „Staatssozialismus“ wurde praktisches Christentum ausgeübt und den Arbeitern ein menschen-

würdiges Dasein verschafft. In keinem Lande Europas findet sich eine so wohlwollende und verständige Sozialgesetzgebung wie in Deutschland.

Dem Verlangen nach einem einheitlichen Recht wurde 1876 durch die Ausarbeitung und Annahme der Justizgesetze entsprochen; ein deutsches Reichsgericht wurde gegründet und zugleich bestimmt, daß dieses nicht in Berlin, sondern in Leipzig seinen Sitz haben solle. Dort wurde es am 1. Oktober 1879 eröffnet.

Der Ausbau des Zollvereins vollzog sich in den sechziger und achtziger Jahren. Mit dem Eintritt in den Norddeutschen Bund waren 1867 und 1868 Schleswig-Holstein, Lauenburg, Mecklenburg und Lübeck in denselben eingetreten; Hamburg und Bremen waren die einzigen Bundesmitglieder, welche noch außerhalb des Zollvereins standen. Nachdem zwischen der Reichsregierung und den beiden Hansestädten 1881 und 1884 die Verträge abgeschlossen und die zu den neuen Bauten notwendigen Reichsbeiträge von 40 (Hamburg) und von 12 (Bremen) Millionen Mark vom Reichstag genehmigt worden waren, erfolgte im Oktober 1888 der förmliche Anschluß dieser Städte. Damit war das längst ersehnte Ziel preussischer und süddeutscher Staatsmänner, welche ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet erstrebten, erreicht. Auf dem Gebiete der Kirchenpolitik wurden friedlichere Zustände hergestellt. Der Kulturkampf schadete nicht nur der Kirche und ihren Vertretern, sondern auch dem Staat. Wenn in Preußen über 1000 Pfarrstellen unbesezt waren und in vielen katholischen Schulen kein Religionsunterricht erteilt werden konnte, so mußte der Unglaube und die Verwilderung, die ohnedies einen hohen Grad erreicht hatten, noch zunehmen. Die Stärke der Zentrumsfraktion stieg in den Jahren 1871 bis 1884 von 56 Mitgliedern auf 99 und letztere nahm, da alle Feinde der Reichsregierung, die Welfen, die Polen, die Fortschrittler, die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Elsaß-Lothringer, sich an sie angeschlossen, unter der Führung des kampflustigen und schlagfertigen ehemaligen hannoverschen Ministers Windthorst eine ausschlaggebende Stellung im Reichstag ein. Gegen eine so geschlossene Opposition, welche nach den Wahlen von 1881 und 1884 die Mehrheit im Reichstag hatte, konnte die Regierung in vielen Fragen, selbst in solchen, welche eine sehr nationale Bedeutung

hatten, gar nichts ausrichten und manche höchst dringende Forderung nur mit Mühe durchsetzen. Angesichts dieser vielen Mißstände war die preussische Regierung, als Leo XIII., welcher nach dem Tode Pius' IX. 1878 den päpstlichen Stuhl bestieg, Unterhandlungen mit ihr eröffnete, zu Zugeständnissen bereit. Kultusminister Falk, welcher der Vorkämpfer im Kirchenstreit war, gab sein Entlassungsgesuch ein und erhielt zum Nachfolger 1879 Herrn v. Puttkamer, 1881 Herr v. Göpfer. Neue Unterhandlungen folgten. Der diplomatische Verkehr zwischen Preußen und dem Vatikan wurde wieder aufgenommen; sämtliche neun erledigten Bischofsstühle wurden wieder besetzt und durch die fünf Kirchengesetze, welche die preussische Regierung in den Jahren 1880 bis 1887 dem Landtag vorlegte, um die empfindlichsten Härten zu beseitigen, der kirchliche Friede vorläufig wieder hergestellt.

Die deutsche Kolonialpolitik, welche 1884 damit eröffnet wurde, daß die von dem Bremer Kaufherrn Lüderitz in Südwestafrika angekaufte Besitzung Angra Pequena unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurde, setzte im übrigen Afrika und in Polynesien ihre Thätigkeit mit großer Energie fort. Bald wurde der kaiserliche Schutz auf andere Gebiete ausgedehnt: wir nennen in Westafrika das Logo- und Kamerungebiet, in Südwestafrika das Küstengebiet zwischen Kap Frio und dem Dranjefluß (mit Ausschluß der den Engländern gehörigen Walfischbai), in Ostafrika das Festland vom Kap Deljado bis zur Mündung des Tana nebst dem nördlich gelegenen Witu-Gebiet, die Nordostküste der Insel Neuguinea (Kaiser-Wilhelms-Land) und die östlich davon gelegenen Inselgruppen: Admiralitätsinseln, Neubritannien und Neuirland (Bismarck-Archipel), in Polynesien die Marschallinseln mit der Ratak- und Rakif-Kette, die drei zur Salomonsgruppe gehörigen Inseln Bougainville, Choiseul und Isabel. Das eifersüchtige England machte der Reichsregierung in Durchführung ihrer Kolonialpolitik große Schwierigkeiten. Zur Beseitigung derselben und zur Verhütung ähnlicher Konflikte schloß Deutschland Verträge mit England, Frankreich und Portugal. Die Besetzung der Carolineninseln verursachte 1885 einen Konflikt mit Spanien, der durch den vom Fürsten Bismarck als Vermittler vorgeschlagenen Papst Leo XIII. zu Gunsten Spaniens entschieden wurde.

Infolge des Vertrags von 1888 übernahm die im Gebiete von

Sansibar operierende deutsch-ostafrikanische Gesellschaft von dem Sultan Said Bargasch die gesamte Verwaltung des Küstenstriches vom Unba-Fluß bis zur Grenze von Mozambique. Dort sind mehrere gute Häfen, von denen besonders Bagamoyo und Dar-es-Salaam anzuführen sind. Da aber die arabischen Sklavenhändler von der Besetzung dieses Küstenstriches durch die Deutschen die Beeinträchtigung oder Vernichtung ihres ebenso schändlichen als gewinnreichen Handels befürchteten, so erregten sie einen Aufstand, der von dem Araber Buschiri geleitet wurde. Die Stationen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft wurden im letzten Drittel des Jahres 1888 überfallen und erobert, mit Ausnahme der oben genannten zwei Hafenorte. Für die deutsche Reichsregierung war es klar, daß sie, wenn ihre Kolonialpolitik nicht an Achtung sehr verlieren sollte, den Aufstand niederwerfen, die weggenommenen Gebiete den Arabern wieder entreißen und die Sklavenhändler samt dem Sklavenhandel aufs nachdrücklichste bekämpfen mußte. Das letztere wurde bald zur Lösung des ganzen christlichen Europa. Alle Mächte und der Papst interessierten sich für diese Sache; in Deutschland wurden in mehreren Versammlungen und auf den Antrag Windthorst's im Reichstag Beschlüsse in diesem Sinne gefaßt. In den Unterhandlungen, welche die Reichsregierung mit England und anderen Seemächten einleitete, wurde die Einrichtung einer Seeblockade als das nächste Mittel zur Bekämpfung des Sklavenhandels bezeichnet. Eine ansehnliche Zahl von Schiffen verschiedener Nationen sollte die ganze ostafrikanische Küste blockieren und dadurch einerseits die Einfuhr von Waffen und Munition in Afrika, andererseits die Ausfuhr von Sklaven aus Afrika verhindern. Die Seeblockade begann am 2. Dezember 1888 und dauerte bis 1. Oktober 1889. Zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika und zur Bekämpfung des Sklavenhandels forderte die Reichsregierung vom Reichstag zwei Millionen Mark und stellte, nachdem diese Forderung am 30. Januar 1889 bewilligt worden war, den Hauptmann Wismann als Reichskommissär auf, welcher die beschlossenen Maßregeln ausführen sollte. Dieser begab sich sofort an den Ort seiner Bestimmung und eroberte mit einer aus Europäern und Negern zusammengesetzten Truppe, von Marinesoldaten unterstützt, am 1. Mai das in der Nähe von Bagamoyo gelegene wohl verschanzte Lager Buschiris und nahm am 6. Juni Saadani, am 6. Juli Pangani, am 10. Juli Tanga.

Daß die Afrikanische oder Kongokonferenz, welche die internationalen Handelsverhältnisse im Stromgebiet des Kongo und des Niger ordnete und für die Besiznahme weiterer Gebiete des afrikanischen Festlandes feste Regeln aufstellte, am 15. November 1884 in Berlin unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck eröffnet wurde, war eine Anerkennung der mächtigen Stellung, welche sich Deutschland, die jüngste Seemacht, errungen hatte. Die gegen die Deutschen auf Samoa 1888 erregten Aufstände wurden niedergeschlagen und die Zwistigkeiten, welche sich wegen der dortigen Zustände zwischen dem Deutschen Reiche, England und der Regierung von Washington erhoben hatten, durch die Beschlüsse der Berliner Konferenz 1889 beigelegt.

Trotz der schwülen Temperatur, welche fast zwei Jahrzehnte in Europa herrschte, gelang es dennoch dem Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler Fürsten Bismarck, Deutschland vor einem neuen Kriege zu bewahren. Zugleich sorgten, wie wir gesehen haben, diese großen Männer, denen Generalfeldmarschall Graf Moltke sich als Dritter beigesellte, dafür, daß, falls das Gewitter ausbrach, Deutschland vermöge seiner militärischen Stärke und seiner Bündnisse den Kampf mit Vertrauen aufnehmen konnte. Deutschland, früher das Aschenbrödel unter den europäischen Großmächten, ist durch jene Männer die erste Macht in Europa geworden, ohne übrigens seinen Willen in Napoleonischer Weise irgend einer anderen Macht aufdrängen zu wollen. Welche Verehrung und Achtung diese Männer im Inland und Ausland genossen, konnte man 1885 sehen, als Bismarck seinen siebenzigsten Geburtstag und sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feierte, 1887, als Kaiser Wilhelm seinen neunzigsten Geburtstag beging, 1888, als Moltke, nachdem er seit 1858 das Amt eines Chefs des Generalstabs bekleidet hatte, in den Ruhestand trat.

Die Geburtstagsfeier am 22. März 1887 war für Kaiser Wilhelm die letzte. Infolge einer Erkältung erkrankte er und verschied nach wenigen Tagen, am 9. März 1888. Er war im wahren Sinne ein Vater des Vaterlandes. Sein Nachfolger war der bisherige Kronprinz Friedrich Wilhelm, nun Kaiser Friedrich genannt. Derselbe litt seit einem Jahre am Kehlkopfkrebs und hatte den Winter in San Remo zugebracht. Am 11. März 1888 traf er in Charlottenburg ein und übernahm die Regierung. Sie

dauerte nur 99 Tage. Am 15. Juni 1888 starb er, 57 Jahre alt, früher als Feldherr, zuletzt als christlicher Dulder ausgezeichnet.

Die Regierung als deutscher Kaiser und als König von Preußen übernahm der Kronprinz Wilhelm, der jetzige Kaiser Wilhelm II. Sein Ideal war Friedrich der Große, daher er bei Eröffnung des preussischen Landtags die Worte sprach: „Ich trete an die Mir nach Gottes Fügung gestellte Aufgabe heran mit der Zuversicht des Pflichtgefühls, indem Ich Mir dabei das Wort des großen Friedrich gegenwärtig halte, daß in Preußen der König des Staates erster Diener ist.“ Umgeben von sämtlichen deutschen Fürsten oder den Vertretern derselben, eröffnete er am 25. Juni den Reichstag. Seine Gesundheit und alle seine Kräfte einsetzend, um durch Anknüpfen von Freundschaftsbanden den Frieden und die Wohlfahrt des Vaterlands zu sichern, machte er 1888 Besuche bei seinen nördlichen Nachbarn und bei seinen südlichen Bundesgenossen. Wir finden ihn am 19. Juli 1888 in Petersburg, am 26. in Stockholm, am 30. in Kopenhagen. Die Südfahrt führte ihn am 27. September nach Stuttgart, am 28. nach Konstanz, am 1. Oktober nach München, am 3. nach Wien, am 11. nach Rom, am 16. nach Neapel. König Umberto von Italien erwiderte den Besuch am 20. Mai 1889, in Begleitung des Kronprinzen und des Ministerpräsidenten Crispi, und fand in Berlin eine so herzliche und begeisterte Aufnahme, daß die italienischen Kammern und die Magistrate vieler Städte Adressen voll Dankgefühls nach Berlin absandten. Kaiser Franz Joseph kam mit seinem Neffen, dem Erzherzog Franz Ferdinand, am 12. August in Berlin an und wurde als ältester Bundesgenosse mit ungeheurer Begeisterung empfangen. Wenige Tage vorher, am 2. August, hatte Kaiser Wilhelm der Königin Viktoria einen Besuch in Osborne (auf der Insel Wight) gemacht. Volles Vertrauen schlug einem Kaiser entgegen, der deutsch ist von Kopf bis zu Fuß, der ein warmes Herz hat für hoch und nieder, für arm und reich.

Der Tod des Herzogs Wilhelm von Braunschweig (18. Oktober 1884) gab dem Herzog Ernst August von Cumberland, dem Sohne des 1878 verstorbenen Königs Georg von Hannover, Veranlassung, seine Erbrechte auf das Herzogtum geltend zu machen. Da er aber zugleich an seinem Erbrecht auf Hannover

festhielt und infolgedessen in einer Art Kriegszustand zu Preußen stand, so erklärte die Reichsregierung, der Bundesrat und die braunschweigische Landesversammlung seine Nachfolge in Braunschweig für eine politische Unmöglichkeit, worauf von letzterer Prinz Albrecht von Preußen, der Neffe des Kaisers Wilhelm I., einstimmig zum Regenten gewählt wurde. Derselbe trat am 2. November 1885 die Regierung des Landes an. In Bayern ereignete sich der tragische Fall, daß König Ludwig II., längst von krankhafter Menschenfurcht und unheilbarem Casarenwahnsinn ergriffen, für regierungsunfähig erklärt werden mußte und, als er eben der irrenärztlichen Behandlung übergeben wurde, am 13. Juni 1886 im Starnberger See sich den Tod gab. Darauf wurde sein Bruder, Prinz Otto, als König ausgerufen. Da aber dieser gleichfalls vom Wahnsinn befallen war, so mußte eine Regentschaft eingesetzt werden, und diese wurde am 28. Juni dem nächsten Agnaten, dem Oheim des Königs, dem Prinzen Luitpold, übertragen.

Dem Berliner Vertrage gemäß schickte sich Osterreich-Ungarn gleich nach Beendigung des Kongresses an, Bosnien und die Herzegowina zu besetzen. Am 29. Juli 1878 marschierten 3 Divisionen in den Provinzen ein, fanden aber bei den Behörden und der Bevölkerung solchen Widerstand, daß 3 weitere Divisionen abgeschickt werden mußten, um die beiden Länder völlig zu unterwerfen. Die Pforte behielt die Souveränität über die Provinzen, Osterreich-Ungarn übernahm ausschließlich die Verwaltung derselben. Im Jahre 1879 wurde auch der Osterreich zugewiesene albanische Hafenort Spizza besetzt und Dalmatien einverleibt, und ein Vertrag mit der Pforte abgeschlossen, wonach die Ostreicher einige Teile des Sandschak Novibazar in Verwaltung nahmen. Für die Entwicklung der inneren Verhältnisse Osterreichs war der Nationalitätenstreit sehr ungünstig. Nach dem Rücktritt des Fürsten Auersperg von der Ministerpräsidentenschaft (1879) übernahm dieselbe Graf Taaffe, welcher sein Kabinett als ein „Versöhnungsministerium“ bezeichnete, in Wahrheit aber durch seine Bevorzugung der nichtdeutschen Elemente den Nationalitätenstreit erst recht ansachte. Durch die Neuwahlen fürs Abgeordnetenhaus kam die Verfassungspartei in die Minderheit, die Parteien der Föderalisten, Feudalen und Klerikalen erhielten die Mehrheit. Um letztere für sich zu gewinnen, machte er ihr immer neue Zugeständnisse, welche meist auf Kosten

der Deutschen ausgeführt wurden. Alle liberalen und verfassungstreuen Elemente wurden aus dem Ministerium entfernt und durch Tschechen und Polen ersetzt, der Grundsatz der ausschließlichen Geltung der deutschen Sprache als innerer Dienstsprache der Staatsbehörden in mehreren Fällen aufgegeben, was den Bestrebungen der Tschechen, die der völligen Tschechisierung Böhmens und Mährens galten, sehr gelegen kam. Ihrem Wunsche, die deutsche Universität Prag in eine rein tschechische zu verwandeln, wurde zwar nicht entsprochen, aber die Zweiteilung der Universität Prag von der Reichstagsmehrheit beschlossen, wonach neben der deutschen Universität mit deutscher Unterrichtssprache eine tschechische Universität mit tschechischer Unterrichtssprache eingerichtet wurde. Wenn diese Zweiteilung auch auf die anderen staatlichen Verhältnisse Böhmens ausgedehnt wurde, so konnten zwischen Deutschen und Tschechen erträgliche Zustände geschaffen werden. Aber der im böhmischen Landtag von den deutschen Abgeordneten gestellte Antrag auf Einführung der administrativen Zweiteilung Böhmens wurde von der tschechischen Mehrheit, welche ja bei der Annahme des Antrages keine Herrschaft und keine Vergewaltigung über die Deutschen mehr ausüben konnte, 1886 abgelehnt und, als derselbe noch einmal gestellt wurde, ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen. Darauf erklärten die deutschen Landtagsabgeordneten, daß sie sich an den Sitzungen des Landtages nicht mehr beteiligen würden, und verließen den Sitzungssaal. Alle Ausgleichsversuche scheiterten an dem festen Willen der Deutschen, sich unter das tschechische Joch nicht zu beugen. Sie wurden bei den Neuwahlen wiedergewählt, traten aber nicht in den Landtag ein.

Die verfassungstreue Partei im Reichsrat verschlimmerte ihre Stellung durch ihre doktrinaire Opposition, als es sich 1879 in den Delegationen um die Bewilligung der Okkupationskosten und im Abgeordnetenhaus um Genehmigung des Wehrgesetzes handelte, wodurch für die nächsten 10 Jahre eine Kriegsstärke von 800 000 Mann und eine Friedensstärke von 255 000 festgesetzt wurde. Bei der drohenden Haltung Rußlands und Frankreichs sah Österreich-Ungarn 1887 zur Ergreifung vorbereitender Maßregeln sich genötigt. Die Delegationen genehmigten einstimmig den geforderten Militärkredit, ebenso der österreichische Reichsrat und der ungarische Reichstag die geforderten Gelder zur Anschaffung von Ausrüstungs-



gegenständen für die Landwehr und den Landsturm. Daran reihte sich 1888 die Annahme der Wehrgefeznovelle, welche der Regierung freieren Spielraum zur Einberufung der Reservisten gewährte, und des Wehrgesetzes, welches das jährliche Rekrutenkontingent für die Linie und für die Landwehr für die nächsten 10 Jahre um einige tausend Mann höher stellte.

Zur Unterstützung des in den slawischen Provinzen mit gänzlicher Unterdrückung bedrohten deutschen Schulwesens wurden in ganz Österreich deutsche „Schulvereine“ gegründet, welche aus Deutschland, wo zahlreiche Unterstützungsvereine entstanden, regelmäßige Geldbeiträge erhielten. Der Kampf gegen das Deutschtum hatte in dem ungarischen Königreich noch größere Erfolge aufzuweisen als in den slawischen Ländern Österreichs, da dort die Magyaren die Macht in den Händen hatten. Die Magyarisierung des Schulwesens war die Lösung der ungarischen Regierung. Diesem Zwecke diente das Gesetz über obligatorische Einführung der ungarischen Sprache in sämtlichen Elementarschulen Ungarns und die Verordnung über die ausschließliche Anwendung der ungarischen Sprache bei den Lehramtsprüfungen der Gymnasial- und Realschulkandidaten. Im Verlauf von 15 Jahren wurde die Hälfte der deutschen Volksschulen vollständig magyarisiert. Auf die Rechte und Privilegien der Deutschen in Siebenbürgen wurde keine Rücksicht genommen und kein Rechtsbruch gescheut, um auf dem Gebiete der Sprache und der Gemeindeverwaltung dem magyarischen Gleichheitssystem Genüge zu thun.

Ein furchtbarer Schlag traf das Haus Habsburg und ganz Österreich-Ungarn durch den Selbstmord des Kronprinzen Rudolf, welcher in dessen Jagdschloß Mayerling (bei Baden) in der Frühe des 30. Januar 1889 ausgeführt wurde. Da er der einzige Sohn des Kaisers Franz Joseph war und selbst keine männliche Nachkommenschaft hinterließ, so ging das Recht der Thronfolge zunächst auf den ältesten Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl Ludwig, und dessen ältesten Sohn, Erzherzog Franz Ferdinand, über.

In Italien übernahmen, nach dem Sturze des Ministeriums Minghetti, am 19. März 1876 die Liberalen das Ministerium und behaupteten sich in demselben unter verschiedenen Führern. Die Wahlreform, das Unterrichtswesen und das Steuerwesen beschäftigten die Kammern. Zwei wichtige Ereignisse traten 1878

ein. Am 9. Januar starb König Viktor Emanuel, welchem sein deutschfreundlich gesinnter Sohn, Umberto, auf dem Throne folgte; am 7. Februar starb Papst Pius IX., an dessen Stelle am 20. Februar Kardinal Pecci als Leo XIII. auf den päpstlichen Stuhl erhoben wurde. Das Wahlreformgesetz, welches 1882 von den Kammern genehmigt wurde, vermehrte durch Herabsetzung des Zensus und des wahlfähigen Alters die Zahl der Wähler von 650 000 auf 2 600 000 und verweigerte nur denjenigen, welche nicht lesen und nicht schreiben konnten, das Wahlrecht. Daß das Ministerium den Agitationen der republikanischen und sozialdemokratischen Vereine und dem Verein der „Italia irredenta“ (das unerlöste Italien) gleichgültig zusah, brachte dem Lande Gefahr und nahm ihm die Achtung des Auslandes. Im Zusammenhang mit der Thätigkeit dieser Feinde jeder staatlichen Ordnung stand das Attentat vom 17. November 1878, welches der Koch Passanante gegen den in Neapel einziehenden König richtete. Letzterer wurde leicht, der Ministerpräsident Cairoli schwer verwundet. Die Minister mußten abtreten, worauf Depretis, ein alter Bewunderer Frankreichs, ein neues Kabinett bildete. Der 1881 entstandene Konflikt mit Frankreich, eine Folge der Besetzung von Tunis durch die Franzosen, veranlaßte die italienische Regierung 1883 zum Anschluß an das deutsch-österreichische Defensivbündnis, welchem, auf den Rat des Fürsten Bismarck, 1881 ein Besuch des Königspaares am Wiener Hofe vorausgegangen war. Das Bündnis wurde, wie wir gesehen haben, 1887 erneuert und besteht noch heute als Dreibund in voller Festigkeit. Umberto zeigte eine bewundernswerte Hochherzigkeit, als er 1884 das von der Cholera schwer heimgesuchte Neapel besuchte und in die dortigen Cholera-spitäler ging und den Kranken die Hand reichte.

Die 1885 von Italien an den Ufern des Roten Meeres eröffnete Kolonialpolitik fand anfangs im Inland und Ausland vielfachen Tadel. Es besaß dort seit 1882 die Assab-Bai, welche unter der Oberhoheit der Pforte stand, und besetzte 1885 Beilul, die Hafenstadt Massaua, die kleine Festung Arasali und andere Orte. Da Massaua für Italien wenig Wert hatte, wenn nicht Abessinien, das Hinterland Massauas, ihm günstige Handelsbedingungen bot, so wurden Unterhandlungen mit dem König Johannes von Abessinien eingeleitet. Dieser sah aber in Massaua

den natürlichen Hafenplatz seines Landes, ohne dessen Besitz dasselbe vom Meere ganz abgeschnitten war, wies alle Verhandlungen zurück und ließ Ras Mula mit einem Heere vorrücken. Letzterer griff am 25. Januar 1887 die Vorhut des italienischen Heeres bei Saati an und wurde zurückgeschlagen, überfiel aber am 26. bei Dogali die Bedeckung eines Proviant- und Munitionszuges, vernichtete sie größtenteils, zog sich aber, da er selbst auch große Verluste erlitten hatte, nach Ghinda zurück. Der Verlust der Italiener betrug an Toten 23 Offiziere und 407 Mann, an Verwundeten 10 Offiziere und 81 Mann. In Rom herrschte eine ungeheure Bestürzung. Eine Ministerkrisis trat ein, die damit endigte, daß Depretis zum achtenmal ein neues Ministerium bildete, in das er für das Innere und die Justiz Crispi und Zanardelli aufnahm. Große Rüstungen wurden gemacht, ein Spezialkorps von 5000 Mann für den afrikanischen Dienst gebildet, im ganzen etwa 24000 Mann unter dem Oberbefehl des Generals San Marzano in Afrika versammelt. Der König von Abessinien wollte sich weder zu einer Genugthuung für den Überfall bei Dogali, noch zu einer Gebietsabtretung verstehen, zog vielmehr mit einem starken Heere gegen das bei Saati und Dogali aufgestellte Heer. Doch wagte er keinen Angriff auf die befestigten Stellungen desselben und trat im Frühjahr 1888 den Rückzug an. Im März 1889 wurde sein Heer bei Metemeh, in der Nähe des Tanasees, von den Dermischen (Mitgliedern einer mohammedanischen Bruderschaft), welche von einem Bruder des Mahdi befehligt waren, vernichtet und er selbst mit vielen Wunden bedeckt, an denen er starb. In Abessinien entstand ein Thronstreit, aus welchem der den Italienern freundlich gesinnte König Menelik von Schoa als Sieger hervorzugehen schien. Die Italiener, welche am 2. August 1888 den südlich von Massaua gelegenen Hafenort Zula besetzt hatten, nahmen am 2. Juni 1889 die Hochfläche von Keren und bald darauf die von Asmara, welche für die Soldaten, die unter der Glühhitze von Massaua sehr litten, eine günstigere Stellung boten.

Inzwischen war Depretis am 29. Juli 1887 gestorben und Crispi zum Minister des Auswärtigen und zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Dieser nahm, auf den Dreibund sich stützend, nach allen Seiten, in der äußeren und der inneren Politik, eine

festen Haltung an und stand in den intimsten Beziehungen zu dem Reichskanzler Fürsten Bismarck. Den Rüstungen Frankreichs an der französisch-italienischen Grenze setzte er italienische Rüstungen und Befestigungen entgegen, duldete weder in Tunis noch an anderen Orten eine Beeinträchtigung der Rechte und Interessen Italiens und ließ es 1888 lieber auf einen Tarifkrieg ankommen, als daß er bei den Verhandlungen über den Abschluß eines neuen italienisch-französischen Handelsvertrages sich unbillige Bedingungen diktieren ließ. Dem Papst Leo XIII., welcher gegen die Abtretung Roms und eines kleinen Küstengebietes Frieden mit Italien schließen wollte, stellte König Umberto das Dogma der „Unantastbarkeit Roms“ entgegen. Das von den Kammern 1888 genehmigte Strafgesetz, welches der thatsächlichen Straflosigkeit des Klerus ein Ende machte und die hochverrätherischen Umtriebe desselben mit Gefängnis- oder Geldstrafen bedrohte, gab dem Papst neue Gelegenheit zu Klagen über Vergewaltigung. Sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum feierte Leo, der am 31. Dezember 1837 zum Priester geweiht worden war und am 1. Januar 1838 die erste Messe gelesen hatte, unter der Teilnahme von Souveränen und Regierungen und einer großen Anzahl von Abordnungen, welche Glückwünschten und Geschenke brachten. Die von der Umgebung des Papstes 1889 ausgesprengte Drohung, daß letzterer Rom verlassen und nach Spanien übersiedeln werde, wurde von der italienischen Regierung kühl aufgenommen und von den Presseorganen derselben mit der Erklärung beantwortet, daß es für den Papst leichter sein werde, aus Rom hinauszukommen, als in den Vatikan zurückzukehren.

Die Regierung von Großbritannien und Irland war fortwährend bemüht, ihr Kolonialgebiet teils zu erweitern, teils zu befestigen. In Afghanistan, welches sie als eine Vormauer Indiens gegen Rußland ansah, ließ sie zur Bekämpfung des russischen Einflusses 1878 ein Heer einmarschieren und schloß mit dem neuen Emir 1879 den für sie günstigen Vertrag von Gundamak. Da aber bald darauf in Kabul ein Soldatenaufstand sich erhob und die englische Gesandtschaft mit ihrem ganzen Gefolge (67 Personen) ermordet wurde, so rückte 1879 aufs neue ein englisches Heer in Kabul ein und setzte 1880 die Wahl Abdurrahmans als Emir von Afghanistan durch. Zum Zweck der Eröffnung neuer Handels-

märkte suchte das Ministerium Beaconsfield die nordöstlich vom Kapland gelegenen Länder (Transvaal-Republik, Zululand, Betschuanaland, Basutoland, Oranje-Freistaat) als „südafrikanische Konföderation“ unter die englische Herrschaft zu bringen. Betschuanaland und Zululand wurden 1885 und 1887 der britischen Oberhoheit unterworfen, nachdem letzteres in dem Feldzug von 1879, der dem Prinzen Louis Napoleon das Leben kostete, tapferen Widerstand geleistet hatte; aber die Transvaal-Republik, welche in dem Feldzuge von 1881 dem englischen Heere mehrere Niederlagen beibrachte, setzte ihre Unabhängigkeit von England durch, nahm den Namen „Südafrikanische Republik“ an, vereinigte weite Gebiete des Betschuana- und Zulu-Landes mit dem ihrigen, schloß mit dem Oranje-Freistaat ein Schutz- und Trugbündnis und steckte sich die Ausdehnung ihres Einflusses über ganz Südafrika und die Verdrängung der englischen Herrschaft zum Ziel. Im Osten von Indien bemächtigte sich England 1885 durch einen raschen Feldzug des noch unabhängigen Königreiches Oberbirma und schlug die in den folgenden Jahren entstandenen Aufstände nieder.

Auf dem Gebiet der inneren Politik war die irische Frage die beherrschende. In den Parlamentswahlen von 1880 siegte die liberale Partei, worauf Gladstone wieder die Präsidentschaft übernahm. Dieser setzte 1884 die Wahlreformbill durch, wodurch das 1867 den Mietern in den Städten eingeräumte Wahlrecht auf die auf dem Lande befindlichen Mieter, wo bisher nur die Hausbesitzer stimmberechtigt waren, ausgedehnt und die Zahl der Wähler von drei auf fünf Millionen erhöht wurde. Nachdem Gladstone auf kurze Zeit, 1885 bis 1886, die Leitung des Staatsruders an die Konservativen hatte abtreten müssen, bildete er am 3. Februar 1886 aufs neue ein liberales Ministerium. In Irland waren geschlossene Zustände eingetreten. Dort hatte sich eine „Landliga“ gebildet, welche von dem Parlamentsmitglied Parnell geleitet wurde, und diese stellte folgendes Programm auf: Einstellung aller Pachtzahlungen, Abschaffung des Grundherrtums, Zurückgabe des in früheren Jahrhunderten geraubten Bodens an das irische Volk, Errichtung eines irischen Parlaments und Herstellung der nationalen Unabhängigkeit Irlands. „Keine Pachtzahlung!“ war die Losung der Landliga, welche zwar als ungeseliche Verbindung

aufgelöst wurde, aber in der irischen „Nationalliga“ eine Stellvertreterin erhielt. Gutsbesitzer, welche den Pacht einforderten, und Pächter, welche denselben bezahlten, wurden mit dem Tode bedroht; die agrarischen Verbrechen mehrten sich. Aus Nordamerika wurden von den unverföhnlichen Feniern katilinariſche Exiſtenzen nach England geſchickt, welche durch Dynamitattentate öffentliche Gebäude vernichten und hohe Beamte ermorden ſollten. Am 6. Mai 1882 wurden in Dublin der neuernannte Staatsſekretär für Irland, Lord Cavendiſh, und der Unterſtaatsſekretär Bourke ermordet. Mehrere Geſetze, welche auf dieſ hin erlaſſen wurden, wie Zwangsbill, Dynamitbill, hatten, weil ſie das Übel nicht an der Wurzel angriffen, keinen weſentlichen Erfolg. Gladſtone legte, als er 1886 die Miniſterpräſidentſchaft wieder übernommen hatte, dem Unterhauſe zwei Geſegentwürfe vor, von welchen der eine, die iriſche Verwaltungsbill oder Homerulebill, die Errichtung eines iriſchen Parlaments und einer iriſchen Regierung in Dublin bezweckte, der andere, die Landankaufsbill, 50 Millionen Pfund Sterling zum Ankauf großer iriſcher Landgüter, welche in Staatspächtereien für iriſche Farmer umgewandelt werden und in den Beſitz der Pächter übergehen ſollten, verlangte.

Nicht alle Mitglieder der liberalen Partei waren mit der iriſchen Politik Gladſtones einverſtanden. Nahezu 100 derſelben waren der Anſicht, daß die Ausführung der Homerulebill zur gänzlichen Trennung Irlands von Großbritannien führen würde. Die proteſtantiſchen Bewohner Irlands vollends, welche ihre Unterwerfung unter die iriſch-katholiſche Lokalregierung fürchteten, ſprachen bereits von der Errichtung einer beſonderen proteſtantiſch-iriſchen Lokalregierung. Am 7. Juni 1886 wurde die Homerulebill im Unterhauſe abgelehnt. Daſſelbe wurde aufgelöst. Die Neuwahlen hatten das Ergebnis, daß 317 Konſervative, 76 liberale Unioniſten (Anhänger der biſherigen Union Irlands mit England), 191 liberale Anhänger des Homerule und 86 Parnelliſten gewählt wurden. Auf dieſ hin erfolgte Gladſtones Rücktritt und die Bildung eines konſervativen Miniſteriums unter Lord Salisbury (3. Auguſt 1886). Bald darauf trat von den liberalen Unioniſten Göſchen als Schatzkanzler in das Miniſterium ein. Zur Unterdrückung der Nationalliga, welche in Irland eine revolutionäre Regierung bildete, wurde von der neuen Regierung 1887

die Zwangsbill eingebracht und auf Grund derselben viele Vereine derselben für aufgelöst erklärt und mehrere Führer derselben vor Gericht gestellt. Die Landbill und die Bill über Übertragung der Zehntenlast von den Pächtern auf die Grundbesitzer sollte eine Versöhnung und Besserstellung der Pächter herbeiführen.

Wie die europäischen Kontinentalmächte, so rüstete sich auch England für den Ausbruch des großen Krieges, der von Rußland und Frankreich drohte. Das Parlament genehmigte 1888 große Summen zur Verbesserung der Vorkehrungen für die nationale Verteidigung und verlangte namentlich Beseitigung der im Flottenwesen entstandenen Mängel. Die englische Regierung trat zwar dem Dreibunde nicht bei, war aber mit dessen Zwecken und Zielen ganz einverstanden, da, wenn der Krieg ausbrechen sollte, nicht bloß der von Waffen starrende Dreibund, sondern auch die britischen Interessen im Mittelmeer, am Bosporus, an den Grenzen Indiens bedroht sind. Die große Flottenschau, welche zu Ehren des Kaisers Wilhelm II. am 5. August 1889 bei Spithead veranstaltet wurde, war nicht bloß ein unterhaltendes Schauspiel, sondern es sollte sich hier unter den prüfenden Blicken des Kaisers zeigen, ob Englands Flotte den kommenden Ereignissen gewachsen sei.

Die Eroberungspolitik Rußlands machte in Asien große Fortschritte. Das Chanat Chokand wurde in den Feldzügen von 1875 und 1876 erobert und als „Provinz Ferghana“ dem russischen Reiche einverleibt. Ein russisches Heer, welches 1879 in das Gebiet der Tette-Turkmenen einmarschierte, erlitt eine Niederlage, aber ein zweites Heer unter General Skobelew unterwarf das Land 1881, worauf die Turkmenenstämme von Merv sich freiwillig ergaben und den Unterthaneneid leisteten. Die zwischen Merv und der afghanischen Grenze gelegene Stadt Sarachs wurde genommen. In dem mit den Afghanen entstandenen Grenzstreit wurden letztere 1885 nach Herat zurückgeschlagen, die Stadt Pendschek, welche in den mit England eröffneten Unterhandlungen den Russen zugesprochen worden war, 1886 und das afghanische Gebiet von Kerki 1887 besetzt. Um diese neuen Provinzen mit den kaukasischen Gebieten näher zu verbinden, wurde die Transkaspische Eisenbahn angelegt, welche von dem am Ostufer des kaspischen Meeres gelegenen Fort Michailowsk 1886 bis Merv,

1888 bis Buchara und Samarkand geführt wurde. Die dem russischen Amurgebiet gegenüberliegende Insel Sachalin wurde 1875 von Japan an Rußland abgetreten, welches dafür sämtliche Kurilen an Japan überließ.

Im Innern hatte die russische Regierung mit den Anschlägen der Nihilisten zu kämpfen, welche in Rußland konstitutionelle Einrichtungen mit Parlament einführen wollten und, wenn es sich um Beseitigung eines Hindernisses handelte, vor keinem Mord zurückscheuten. Sie hatten seit 1879 eine strenge Organisation mit anordnender Kommission und Exekutivkomitee eingeführt. In allen Kreisen der Bevölkerung, sogar in Adels- und Offizierskreisen und unter der geheimen Polizei hatten sie Anhänger. Zuerst richteten sie ihre Mordwaffen gegen höhere Beamte; von 1879 an suchten sie durch Ermordung des Kaisers sich die Bahn zum völligen Umsturz der politischen und sozialen Verhältnisse frei zu machen. Das Attentat Solowjews (1879), das auf den kaiserlichen Zug in Moskau (1879), die Dynamitexplosion im Winterpalast (1880) folgten rasch aufeinander, hatten aber nicht den beabsichtigten Erfolg. Dieser Mörderbande gegenüber wurde alle politische und militärische Gewalt in die Hand des Generals Loris Melikow gelegt, welcher an der Spitze der obersten Exekutivkommission stand. Am 13. März 1881 trat das gefürchtete Ereignis ein. Bei der Rückfahrt nach dem Winterpalast wurden dem Kaiser Alexander II. durch eine Sprengbombe beide Beine zerschmettert, der Unterleib aufgerissen und das Gesicht verletzt, infolgedessen er eine Stunde darauf starb. Von den Attentätern wurden fünf durch den Strang hingerichtet.

Der Großfürst-Thronfolger wurde sofort als Kaiser Alexander III. proklamiert. Er war am 10. März 1845 geboren und seit dem 9. November 1866 mit der dänischen Prinzessin Dagmar (Maria Feodorowna) vermählt. Das nihilistische Exekutivkomitee bedrohte ihn mit dem Tode, falls er auf der absolutistischen Bahn seines Vaters fortwandeln würde. Aber in seinem Manifest vom 11. Mai 1881 entschied er sich für die Aufrechthaltung des Cäsarismus. Darauf reichte Melikow sein Entlassungsgesuch ein und Graf Ignatjew wurde zum Minister des Innern ernannt. Die Krönung in Moskau erfolgte am 27. Mai 1883. Mehrere Verschwörungen gegen das Leben des Kaisers bildeten sich, wurden aber zeitig entdeckt.



Das geplante Attentat vom 13. März 1887, durch welches er, wie sein Vater, in den Straßen von Petersburg ermordet werden sollte, mißlang. Die Eisenbahnkatastrophe bei Boriki am 29. Oktober 1888, welche eine Folge der Nachlässigkeit der russischen Eisenbahnbeamten war, bedrohte den Kaiser und seine Familie mit dem Tode. Daß er in den ersten Jahren seiner Regierung Deutschland und Osterreich-Ungarn sich näherte, aber seit dem akuten Auftreten der bulgarischen Frage sich von diesen Mächten immer mehr trennte, haben wir bereits gesehen. Die ebenso rasche wie starke Vermehrung der russischen Flotte im Schwarzen Meere und die Aufstellung von 8<sup>1/2</sup> Armeekorps an der russischen Westgrenze deuteten auf eine Wiederaufnahme der orientalischen Frage hin und bildeten eine Bedrohung Deutschlands und Osterreich-Ungarns, welche, zumal bei der Haltung Frankreichs, nicht versäumten, Gegenrüstungen zu machen. Die Russifizierung der Ostseeprovinzen wurde mit unerbittlicher Konsequenz fortgesetzt. Die zwangsweise Einführung der russischen Sprache als Unterrichtssprache im gesamten Schulwesen und im schriftlichen Verkehr sämtlicher Behörden, die Begünstigung des Übertritts zur griechisch-orthodoxen Kirche waren die nächsten Ziele der russischen Regierung, welche sich auf allen Gebieten des Staatslebens von den Ideen des Panславismus leiten ließ.

In Frankreich hatte 1875 die Nationalversammlung die Verfassungsgesetze angenommen. Im Januar und Februar 1876 erfolgten die Wahlen für den Senat und die Abgeordnetenkammer. In letzterer siegten die Republikaner über die Monarchisten. Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Buffet bildete am 9. März 1876 Dufaure, am 12. Dezember Jules Simon ein neues Ministerium. Letzterer wurde durch die Klerikalen gestürzt, worauf am 17. Mai 1877 das Ministerium Broglie gebildet wurde, das aus Legitimisten, Klerikalen Orleanisten und Bonapartisten zusammengesetzt war. Die republikanische Kammermehrheit erklärte dieses Kabinett für unparlamentarisch und lehnte die Beratung des Budgets, mit Ausnahme des Militärbudgets, ab. Darauf wurde die Kammer aufgelöst. Da aber die Neuwahlen wieder eine republikanische Mehrheit schufen, so trat das Ministerium Broglie zurück. Es wurde durch das Beamten-Ministerium Rochebouet ersetzt, das sich nur wenige Wochen halten konnte, da die Kammer gar keine Beziehungen zu demselben eröffnete. Der Präsident der Republik,

Marschall Mac Mahon, sah sich daher genötigt, wieder zu den gemäßigten Republikanern zurückzugreifen, und übertrug Dufaure die Bildung eines Kabinetts. Da dieser die Entlassung mehrerer bonapartistischen Generale forderte und Mac Mahon diese Forderung nicht für zweckmäßig hielt, so legte letzterer am 20. Januar 1879 seine Präsidentenstelle nieder.

Sofort trat der Kongreß, welcher aus Senat und Kammer bestand, zusammen und wählte den bisherigen Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Jules Grevy, zum Präsidenten der Republik auf 7 Jahre, worauf die Kammer am 31. Januar Gambetta zu ihrem Präsidenten wählte. Unter dem Ministerium Waddington wurde vom Kongreß die Zurückverlegung der beiden Kammern von Versailles nach Paris beschloffen. Dasselbe mußte am 29. Dezember 1879 dem Ministerium Freycinet Platz machen. Unter diesem wurden auf den Antrag des Unterrichtsministers Ferry von dem Präsidenten Grevy die zwei Märzdekrete erlassen und den deportierten Kommunisten die Erlaubnis zur Rückkehr nach Frankreich und volle Amnestie erteilt. Von jenen Märzdekreten befahl das eine die Auflösung und Ausweisung der Jesuiten, das andere enthielt eine Aufforderung an alle nicht anerkannten Kongregationen, um die gesetzliche Anerkennung ihrer Anstalten nachzujuchen. Die letztere Maßregel, anfangs lau ausgeführt, wurde, als Ferry am 23. September 1880 die Ministerpräsidentenschaft übernahm, mit Strenge vollzogen. Am 14. November 1881 trat Gambetta an die Spitze des Ministeriums. Sein Plan, während der ägyptischen Krisis in Gemeinschaft mit England Ägypten zu besetzen und dieses Land zu einer Domäne Frankreichs und Englands zu machen, wogegen die übrigen Großmächte protestierten, scheiterte an der Abneigung Englands und an der kurzen Dauer seiner Regierung. Da die Kammer seinen Antrag auf eine beschränkte Verfassungsrevision, wodurch die Befugnisse des Senats vermindert und für die Kammer die Listenwahl eingeführt werden sollte, ablehnte, so gab er seine Entlassung ein. Am 31. Dezember 1882 starb er. „Ein turbulenter Geist ist aus der Welt geschieden,“ sagte Kaiser Wilhelm beim Empfang seiner Generale. Am 29. Januar 1882 bildete Freycinet ein neues Kabinett, das nach einem halben Jahre an der ägyptischen Frage scheiterte. Sein Nachfolger, der Senator Duclerc, übernahm am 29. Juli 1882,

Fallières am 28. Januar 1883, Ferry am 17. Februar 1883, Kammerpräsident Brisson am 6. April 1885, Freycinet am 7. Januar 1886 die Ministerpräsidentschaft.

In dieser kurzen, ministerreichen Zeit beschloß der Kongreß die Reform des Senatswahlgesetzes, die Ausschließung sämtlicher Mitglieder der ehemaligen Regentenhäuser von der Präsidentenwürde und bezeichnete die republikanische Regierungsform als die endgültige. Bei der Beratung des Senatswahlgesetzes wurde von den Kammern die Lebenslänglichkeit eines Viertels der Senatoren abgeschafft und die 300 Mitglieder des Senats der Wahl durch die Departements und die Kolonien unterworfen; die Zahl der Abgeordneten wurde von 556 auf 595 erhöht und für ihre Wahl das Listenwahlssystem eingeführt. Infolge dieser neuen Einrichtungen wurde bei den Wahlen von 1885 im Senat eine republikanische Mehrheit, in der Kammer neben 280 gemäßigten Republikanern und 115 Radikalen 200 Monarchisten gewählt. Wenn sich die letzteren mit den ersteren vereinigten, was mehr als einmal vorkam, so waren die Gemäßigten überstimmt. Um der durch die Monarchisten drohenden Gefahr zu begegnen, genehmigten 1886 beide Kammern das Ausweisungsgesetz, wonach die Prätendenten und ihre erstgeborenen Söhne, also der Graf Philipp von Paris (welcher nach dem 1883 erfolgten Tode des Grafen Chambord von den Legitimisten und Orleanisten als Chef des „Hauses Frankreich“ anerkannt wurde) und sein ältester Sohn, Prinz Philipp Ludwig Robert von Orleans, und der Prinz Jerome Napoleon und sein ältester Sohn, Prinz Viktor Napoleon (der sich von seinem Vater getrennt hatte und einen besonderen Kreis von Bonapartisten um sich scharte), sofort ausgewiesen und die Regierung ermächtigt werden sollte, durch Dekret auch die übrigen Mitglieder der Familien Orleans und Napoleon auszuweisen; zugleich wurden dieselben sämtlich von allen öffentlichen oder Wahlämtern ausgeschlossen. Infolge letzterer Verfügung wurden alle Prinzen, welche bei der Land- und Seemacht eine Offiziersstelle bekleidet hatten, aus der Armee- und Marineliste gestrichen, und als der Herzog von Nemours dem Präsidenten Grevy deshalb schriftlich einen Vorwurf machte, wurde jener gleichfalls ausgewiesen; doch wurde ihm 1889 die Rückkehr gestattet. Bei der Wahl eines neuen Präsidenten der Republik wurde am 28. De-

zember 1885 Grevy für die nächſten 7 Jahre durch den Kongreß wiedergewählt. Aber ſchon am 1. Dezember 1887 ſah ſich Grevy, deſſen Schwiegerſohn Wilson wegen Ordenshandels vor Gericht geſtellt worden war, zur Niederlegung ſeiner Präſidentenwürde genötigt. Darauf wurde am 3. Dezember 1887 Sadi Carnot, deſſen Großvater der berühmte Kriegsminiſter des Konvents und des Direktoriums, der „Organifator des Sieges“ war, vom Kongreß zum Präſidenten der Republik auf 7 Jahre gewählt. Nach dem Rücktritt des Miniſteriums Freycinet übernahm am 10. Dezember 1886 der Unterrichtsminiſter Goblet, am 29. Mai 1887 Rouvier, am 12. Dezember 1887 Tirard, am 3. April 1888 der Kammerpräſident Floquet, am 21. Februar 1889 aufs neue Tirard die Miniſterpräſidentſchaft.

Neben dem Ausweiſungsgeſetz wurden 1886 von den Kammermännern auch die Geſetze über Spionage und über die Organisation des Elementarunterrichts genehmigt, welche letzteres unter anderem beſtimmte, daß in allen Gemeindefchulen Frankreichs nur weltliche Elementarlehrer angeſtellt werden dürften. Das Militärgeſetz, welches ſchon 1887 den Kammern vorgelegt war, wurde am 9. Juli 1889 von denſelben genehmigt. Daſſelbe ſetzte die Dienſtzeit von 5 Jahren auf 3 Jahre herab, erhöhte die Dauer der Dienſtpflicht von 20 auf 25 Jahre, hob alle Dienſtbeſfreiungen auf, verlangte von jedem dienſttauglichen Franzoſen (auch von den jungen Klerikern), daß er wenigſtens 1 Jahr in der Armee dienen müſſe, ſchaffte die Einrichtung der Einjährig-Freiwilligen ab und vermehrte die Stärke des Heeres jährlich um 60,000 Mann, ſo daß bei einer Mobilmachung dem Kriegsminiſter 3 Millionen Mann zur Verfügung ſtehen; allen denjenigen, welche zum Dienſt untauglich waren oder nicht volle 3 Jahre zu dienen hatten, wurde eine Wehrsteuer von 6 Frank und eine je nach dem Vermögen zu berechnende Zuſchlagsteuer auferlegt.

In Afrika und in Oſtaſien ſuchte Frankreich ſein Kolonialgebiet auszudehnen. Es beſetzte 1881 Tunis, von wo aus der räuberiſche Stamm der Kunit einen Einfall in Algerien gemacht hatte, und zwang den dortigen Bei zur Unterzeichnung eines Vertrags, wonach Frankreich alle wichtigen Plätze des Landes beſetzte, letzteres durch franzöſiſche Beamte verwaltet und die auswärtigen Angelegenheiten deſſelben von dem franzöſiſchen Miniſter-

residenten geleitet wurden. Welchen Eindruck dies in Italien machte, haben wir bereits gesehen. Von der Königin von Madagaskar verlangte Frankreich, auf einen Vertrag von 1841 sich berufend, die Anerkennung eines französischen Protektorats über die Nordwestküste der Insel, eröffnete, als die Forderung abgewiesen wurde, 1883 Feindseligkeiten und zwang der Königin einen Vertrag auf, worin sie die diplomatische Korrespondenz und die Bai von Diego-Saurez Frankreich überlassen mußte. Die zwischen Madagaskar und dem afrikanischen Festlande liegende Gruppe der Komoreninseln, von welchen die größeren bereits in französischem Besitz waren, wurde 1886 vollends ganz in Besitz genommen und die Neuen Hebriden (in Polynesien) trotz der Einsprache Englands besetzt. In Hinterindien, wo Frankreich 1862 Nieder-Cochinchina nebst der Stadt Saigun erworben hatte und über das Gebiet von Kambodscha ein Protektorat ausübte, rief es dadurch, daß es auch das Reich Anam, dessen König ein tributpflichtiger Vasall des Kaisers von China ist, in ein französisches Protektorat umwandeln wollte und in Tongking (Nord-Anam) eindrang, einen Krieg mit China hervor, wobei die Eigentümlichkeit stattfand, daß beide Staaten vier Jahre lang Krieg mit einander führten, ohne eine förmliche Kriegserklärung erlassen zu haben. Der mit wechselndem Glück geführte Krieg wurde 1885 durch den Abschluß des Friedensvertrags von Tientsin beendet, worin China den Franzosen Tongking überließ und einige Handelszugeständnisse machte. Die fortwährenden Aufstände in diesen Gebieten und das mörderische Klima machten dieselben zu einer Besizung von zweifelhaftem Wert.

Die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland waren von der Art, daß mehr als einmal der sofortige Ausbruch des Krieges unvermeidlich schien. Dazu trug das Auftreten des Generals Boulanger, welcher in den beiden Ministerien Freycinet und Goblet (7. Januar 1886 bis 29. Mai 1887) das Kriegsministerium leitete, sehr viel bei. Bei der Verhaftung des französischen Polizeikommissärs Schnäbele, welche infolge eines vom Reichsgericht in Leipzig erlassenen Haftbefehls, auf Grund der von jenem in Elßaß-Lothringen betriebenen Spionage und Verführung zu Landesverrat, auf deutschem Gebiet erfolgte, wurde nur durch das energische Auftreten des Präsidenten Grevy gegenüber dem Ministerpräsidenten

Goblet und dem Kriegsminister Boulanger der Erlass einer französischen Kriegserklärung verhindert. Bald darauf wurde Boulanger dem französischen Ministerium selbst gefährlich. Da er nach dem Rücktritt des Ministeriums Goblet in dem folgenden Kabinett (Rouvier) keinen Platz mehr fand, so wurde er zum kommandierenden General ernannt. Aber diese Stellung genügte ihm nicht. In seiner maßlosen Eitelkeit und seinem Ehrgeiz strebte er nach der militärischen Diktatur und glaubte dieselbe durch Erringung der Volksgunst und durch das Betreten der parlamentarischen Laufbahn erreichen zu können. Wegen Unbotmäßigkeit außer Dienst gestellt und bald darauf in Ruhestand versetzt, bewarb er sich, da er nun wählbar war, bei Ersatzwahlen um ein Abgeordnetenmandat, wurde zweimal gewählt und stellte in der Kammer den Antrag auf Verfassungsrevision. Mit diesem Schlagwort gewann er in der Kammer die Parteien der Monarchisten und der Radikalen und einen großen Teil des Volkes, das mit der Kammer und ihren Leistungen unzufrieden war. Die Kammer sollte aufgelöst, eine konstituierende Versammlung einberufen, eine neue Verfassung eingeführt, Senat und Präsidentschaft abgeschafft und ein allmächtiger Konvent eingesetzt werden. Wer mit der Regierung und der republikanischen Partei unzufrieden war, glaubte mit Hilfe des Boulangismus seine politischen Ziele und seine privaten Zwecke erreichen zu können. Boulanger war der Göze des Tages; ganz Frankreich teilte sich in die zwei Parteien für und gegen ihn; was er sprach, das sprach er im Namen des französischen Volkes; er ahmte bereits den napoleonischen Stil nach. Das Ministerium Floquet war diesem Treiben nicht gewachsen; das Ministerium Tirard, in welchem Constans das Innere übernahm, vor die Wahl gestellt, entweder vernichtet zu werden oder selbst zu vernichten, wählte das letztere und leitete einen Prozeß gegen ihn und seine Helfershelfer ein. Der Verhaftung entging er durch die Flucht nach England. Die Anklage lautete auf Hochverrat und Veruntreuung von Staatsgeldern. Der Senat konstituierte sich als Staatsgerichtshof, und dieser eröffnete am 8. April 1889 seine Sitzungen. Die von dem Staatsanwalt vorgelesene Anklageschrift enthüllte ein fatalinarisches Sündenregister. Am 13. August wurde Boulanger des Komplotts, des Attentats gegen den Staat und der Unterschlagung öffentlicher Gelder für

schuldig erklärt und nebst seinen Mitschuldigen zur Deportation nach einem befestigten Orte verurteilt. Daß bei solchen Zuständen die Einladung zur offiziellen Teilnahme an der Pariser Weltausstellung, welche am 1. Mai 1889 eröffnet wurde und zugleich der Säkularfeier der französischen Revolution dienen sollte, von sämtlichen Großmächten und von einigen kleineren Staaten abgelehnt wurde, ist begreiflich.

König Alfons XII. von Spanien setzte, sobald er am 14. Januar 1875 die Regierung übernommen hatte, das konservative Ministerium Canovas-del-Castillo ein. Dieses legte den Cortes einen Verfassungsentwurf vor, in welchem die Kulturfreiheit in Ausdrücken verkündigt war, die jeden Akt von Intoleranz möglich machten. Zunächst galt es, den Prätendenten Don Karlos mit seiner Karlistenarmee über die Pyrenäen zurückzuwerfen. Da jenem seine besten Geldquellen, die in den Unterstützungen französischer Legitimisten, österreichischer Feudalen, entthronter italienischer Fürsten und römischer Jesuiten bestanden, versiegten, so konnte er sich auf die Treue seines Heeres nicht mehr verlassen. Viele Offiziere gingen zu Alfons über, andere zogen sich nach Frankreich zurück. General Quesada, welcher den Oberbefehl über die königliche Armee führte, schlug die Karlisten, besetzte Pamplona und andere Städte und nahm Estella, den festesten Platz von Navarra. König Alfons, welcher selbst den Oberbefehl übernahm, hielt am 28. Februar 1876 seinen Einzug in Pamplona, während am nämlichen Tage Don Karlos mit dem Rest seiner Truppen die französische Grenze überschritt, um sich bald darauf nach London zu begeben. Der Karlistenaufstand war niedergeworfen; König Alfons lehrte als Sieger nach Madrid zurück. Den aufrührerischen baskischen Provinzen wurden ihre Privilegien entzogen und diese Provinzen den anderen Landesteilen völlig gleichgestellt. Auch der Aufstand auf der Insel Cuba, deren Besitz wegen ihres Reichthums an Zucker und Tabak für die Finanzen Spaniens sehr wichtig war, ging nach zehnjähriger Dauer seinem Ende entgegen. Der Generalgouverneur Jovellar und der General Martinez Campos, welche am 14. Juni 1878 ihren Einzug in Habana hielten, meldeten von dort, daß sich fast alle Aufständischen samt dem Zentralkomitee ergeben hätten. Darauf wurden durch ein Gesetz die Bestimmungen, unter welchen die Sklaverei in Cuba abgeschafft werden sollte, festgestellt.

König Alfons entging glücklich den Attentaten des Rataloniers Moncafi (1878) und des Galiciers Otero (1879). Er besuchte 1885 mit großer Unerfrodenheit die Choleraospitäler in Acanjuez und zeigte bei dem Karolinenstreit ebensoviel Mäßigung und verständige Beurteilung als vertrauensvolle Freundschaft für Deutschland. Seine Zuneigung zu letzterem zog ihm 1883 bei seiner Rückkehr von Deutschland jene schmachvolle Behandlung in Paris zu, welche von der dortigen Regierung hätte verhindert werden können. Er starb am 25. November 1885 im Schloß Pardo an der Schwindsucht, zu früh für ein Land, das so sehr zu Revolutionen geneigt ist und das in Ruhe zu erhalten ihm glücklich war. Er hatte sich in erster Ehe 1878 mit der Prinzessin Mercedes, der Tochter des Herzogs von Montpensier und der Infantin Luise, in zweiter Ehe 1879 mit der Erzherzogin Marie Christine von Osterreich vermählt und hinterließ aus letzterer Ehe zwei Prinzessinnen, Mercedes und Maria Theresia, und den Prinzen Alfons, der jedoch erst nach seinem Tode, am 17. Mai 1886, geboren wurde, worauf seine Proklamation als König Alfons XIII. sofort erfolgte. Die Königin Marie Christine übernahm dem Gesetze gemäß die Regentschaft und beauftragte Sagasta, den Führer der Liberalen, mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Die Militärverschwörungen, welche 1886 und 1887 in Madrid ausbrachen, waren das Werk des in Paris lebenden Erzverschwörers Borilla und wurden rasch unterdrückt. Die Frage über Einführung des allgemeinen Stimmrechts und der allgemeinen Wehrpflicht wurden in den folgenden Jahren im Ministerium und in den Cortes viel besprochen, aber nicht zum Austrag gebracht; die erstere war in einem Lande, das vom Parteiwesen so sehr unterwühlt war und noch so viel Unbildung besaß, offenbar zu früh auf die Tagesordnung gestellt.

In Portugal fanden weder die Republikaner noch die Anarchisten einen günstigen Boden, und die Aufforderungen zur Vereinigung der beiden Staaten der Pyrenäischen Halbinsel, mochten sie von den Monarchisten oder von den Republikanern ausgehen, wurden zurückgewiesen. Der Wechsel der Ministerien, welche der konservativen oder der progressivistischen Partei entnommen waren, war sehr häufig, da kein Kabinett das Defizit des Staatshaushalts zu beseitigen vermochte und dadurch die Gegenpartei Ge-



legenheit zur Bekämpfung und zum Sturze desselben erhielt. Die Vorlegung des mit England 1881 abgeschlossenen Delagoa-Vertrags, wobei es sich um den freien Verkehr zwischen dem portugiesischen Gebiet und der Delagoa-Bai und der Transvaal-Republik handelte, rief, da dieser Vertrag als eine Preisgebung der portugiesischen Interessen angesehen wurde, Straßenaufläufe in Lissabon hervor, die durch eine Änderung des Ministeriums beschwichtigt wurden. In dem zwischen Portugal und dem Kongostaat 1885 geschlossenen Vertrag wurde ersterem das ganze Küstenland südlich von der Kongomündung bis zum Flusse Lodga und nördlich derselben das Küstengebiet mit den Stationen Landana, Malemba und Kabinda zugesichert. Der Titularkönig Ferdinand, Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha-Kohary, Vater des regierenden Königs Ludwig, starb am 15. Dezember 1885. Der Kronprinz Karl, Herzog von Braganza, vermählte sich 1886 mit der Prinzessin Amalie von Orleans, Tochter des Grafen Philipp von Paris, die ihm 1887 einen Sohn, den Herzog von Beira, gebar.

Das klerikale Ministerium Malou in Belgien wurde durch die Ergänzungswahlen vom 11. Juni 1878 zum Rücktritt veranlaßt, worauf das liberale Ministerium Frère-Orban die Geschäfte übernahm. Dieses setzte in den Kammern ein neues Schulgesetz durch, wodurch die Herrschaft der Geistlichkeit über die Schulen vermindert und dieselben ausschließlich unter staatliche Aufsicht gestellt werden sollten. Die von der päpstlichen Kurie unterstützte Opposition der Bischöfe hatte zur Folge, daß der belgische Gesandte im Vatikan 1880 abberufen wurde. Aber die Wahlen vom 10. Juni 1884 brachten die Klerikalen wieder ans Staatsruder. Malou übernahm aufs neue die Ministerpräsidentschaft, löste den Senat, in welchem die Liberalen noch die Mehrheit hatten, auf, veranstaltete Neuwahlen und errang eine Mehrheit von 17 Stimmen. Die Erneuerungswahlen von 1886 und 1888 verschafften den Klerikalen eine noch größere Mehrheit in der Kammer. Das von Malou 1884 vorgelegte Schulgesetz brachte, außer in den größeren Städten, den Elementarunterricht fast ganz unter die Herrschaft des Klerus. Die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wurden wieder hergestellt. Der allgemeine Haß der Gebildeten gegen die Rücksichtslosigkeiten dieses Kabinetts veranlaßte am 26. Oktober 1884 eine teilweise Änderung desselben: Malou und zwei

andere Heißsporne schieben aus und Minister Beernaert übernahm die Präsidentschaft. König Leopold II., unter dessen Protektorat die „Internationale afrikanische Gesellschaft“ stand, nahm 1885 mit Genehmigung der Kammern den Titel „Souverän des Kongo-Staates“ an. Er ernannte den Afrikareisenden Stanley zum Gouverneur dieses Staates und errichtete ein besonderes Ministerium für denselben, das seinen Sitz in Brüssel hatte und unter dem Präsidium des Oberst Strauch stand. Die Arbeiterunruhen 1886 und 1887 fanden bei dem klerikalen Ministerium nicht die verdiente Beachtung. Die Arbeiter forderten Verbesserung ihrer Lage gegenüber den Arbeitgebern, Einführung des allgemeinen Stimmrechts und der allgemeinen Wehrpflicht, fanden aber mit letzterer Forderung beim Ministerium den heftigsten Widerstand, obgleich der König selbst dieselbe billigte. Die Unruhen nahmen einen revolutionären Charakter an; in Arbeiterversammlungen hörte man 1888 den Ruf: „Es lebe die Revolution! Es lebe die Republik! Es lebe die Anarchie!“ Auf die Entdeckung hin, daß die Minister Leute besoldeten, welche die Arbeiter zu Ausschreitungen veranlaßten, ertönte in den Straßen des katholischen Brüssel der Ruf: „Nieder mit den Ministern!“

In Holland wurden von den Liberalen die nämlichen Forderungen erhoben wie in Belgien: allgemeines Stimmrecht, allgemeine Wehrpflicht, Beibehaltung der konfessionslosen Schulen. Bei der Verfassungsrevision 1887 wurde letztere Forderung genehmigt, die beiden ersteren aber nicht, übrigens das Wahlgesetz für beide Kammern verbessert; zugleich erlitt auch die Thronfolgeordnung eine Änderung. Von den zwei Söhnen des Königs Wilhelm III. starb der Kronprinz Wilhelm 1879, Prinz Alexander 1884. Der Bruder des Königs, Prinz Heinrich, Statthalter von Luxemburg, war 1879 ohne Nachkommen gestorben. Der König selbst war der letzte Zweig des oranischen Mannsstammes. Aus seiner zweiten Ehe mit der Prinzessin Emma von Waldeck hatte er eine Tochter, die 1880 geborene Prinzessin Wilhelmine; diese hatte nach der Verfassung von 1848 in Holland das nächste Thronfolgerecht, da dort nach dem Aussterben des Mannsstammes die weibliche Linie zur Regierung kommt, während in dem durch Personalunion mit Holland verbundenen Großherzogtum Luxemburg die weibliche Linie nicht erbfolgefähig und der Herzog von

Nassau der gesetzmäßige Thronfolger ist. In dem Regentenschaftsgesetz von 1884 wurde Königin Emma für die Zeit der Minderjährigkeit ihrer Tochter zur Regentin von Holland ernannt. Bei der Regelung der Thronfolgeordnung wurde 1887 für die Erbberechtigten folgende Reihenfolge festgesetzt; Prinzessin Wilhelmine; Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwester des regierenden Königs; die Nachkommen der mit dem Prinzen Albrecht von Preußen vermählten Prinzessin Marianne, Schwester des Königs Wilhelm II.; die Nachkommen des verstorbenen Prinzen Friedrich, Bruders des Königs Wilhelm II. Das Vormundschaftsgesetz von 1888 übertrug der Königin Emma die Vormundschaft über die Prinzessin Wilhelmine und stellte ihr einen Vormundschaftsrat von 9 Mitgliedern zur Seite, von welchen der König vier zu ernennen hatte und sofort ernannte. Bei der konstatierten Regierungsunfähigkeit des 72jährigen Königs übernahm Königin Emma 1889 die Regentschaft in Holland, Herzog Adolf in Nassau die in Luxemburg, jedoch nur auf wenige Wochen, da der auf die Ausübung seiner Souveränität eifersüchtige König sich bald wieder für regierungsfähig erklärte.

In Dänemark hatte durch die Wahlen von 1872 die radikale Partei die Mehrheit in der Zweiten Kammer oder dem Folkething erhalten und verfolgte mit mehr Konsequenz als Klugheit das Ziel, den König zur Annahme des Parlamentarismus und demzufolge zur Wahl seiner Minister aus der radikalen Kammermehrheit zu zwingen, um dann durch ihre Vertreter im Folkething Regierung und Land zu beherrschen. Das von der Regierung jährlich vorgelegte Staatshaushaltsgesetz und andere Vorlagen, welche die Befestigung von Kopenhagen nach der See- und Landseite, die Anlegung von Festungswerken an den Häfen am Kleinen Belt und die Vergrößerung der Kriegsflotte bezweckten, wurden vom Folkething jährlich abgelehnt und eben damit dem Ministerium die Mittel zur Weiterregierung und zur Verteidigung des Landes verweigert. Aber König Christian IX. und die Erste Kammer oder das Landsting mußten sich zu helfen. Indem sie sich streng an die Verfassung hielten, welche beiden Kammern gleiche Rechte verlieh, dem König ein absolutes Veto nicht bloß in Verfassungsfragen, sondern gegen alle Gesetze und Beschlüsse der Kammern erteilte und ihm das Recht zusprach, seine Minister

nach eigenem Willen zu wählen, führten sie den Kampf gegen das Follkething siegreich durch. Das von letzterem abgelehnte Staatshaushaltsgesetz wurde vom Landsting jährlich genehmigt und von der Regierung mit einem provisorischen Finanzgesetz fortregiert. Das gegen den Ministerpräsidenten Estrup 1885 gerichtete, jedoch erfolglose Attentat war eine Folge der beständigen Aufreizung der Bevölkerung durch die radikale und sozialistische Partei und Presse. König Christian reiste 1874 nach Island, um an der Feier des tausendjährigen Bestehens des isländischen Staates, welcher 1380 zugleich mit Norwegen mit Dänemark vereinigt worden war, und an der Feier der Einführung einer neuen Verfassung, welche der Insel ihre eigene Gesetzgebung und Verfassung gewährte, persönlich teilzunehmen.

In Schweden fanden lange, erfolglose Verhandlungen über die Reorganisation des Heeres statt. König Karl XV., welcher in dem deutsch-französischen Kriege den Enkel des Marschalls Bernadotte nicht verleugnete, träumte, wie der König von Holland, von einem Überfall der deutschen Heere und glaubte, durch Ergreifung von militärischen Verteidigungsmaßregeln sein Land schützen zu müssen. Da aber in beiden Kammern des Reichstags die Mehrzahl der Mitglieder aus Gutsbesitzern und Großbauern besteht, deren Güter mit jährlichen Abgaben von zehn Millionen Kronen belastet waren, so lehnten die Kammern, um nicht weitere Steuern übernehmen zu müssen, die militärischen Vorlagen, mit Ausnahme der über Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, ab. König Karl, welcher 1859 auf den Thron gekommen war, starb am 18. September 1872. Da er keine männlichen Nachkommen hinterließ, so folgte ihm auf dem Thron sein ältester Bruder, Oskar II. Dieser, durch Herausgabe von kriegsgeschichtlichen Werken und Dichtungen bekannt, brach mit der traditionellen Freundschaft Schwedens mit Frankreich und schloß sich an Deutschland an. Bei einem Besuche, den er 1875 in Berlin machte, sprach er bei einem Trinkspruch den Wunsch aus, daß das kameradschaftliche Verhältnis zwischen der deutschen und der schwedischen Armee und die freundschaftlichen Beziehungen beider Völker immer mehr sich entwickeln möchten. Daß Schweden beim Ausbruch eines deutsch-russischen Krieges nicht auf Seite Rußlands, das ihm 1808 und 1809 Finnland geraubt hatte, stehen würde, war unzweifelhaft.

In dem parlamentarischen Streit, welchen das aus einer Mehrzahl von Radikalen bestehende Storting in Norwegen 1883 erhob, zeigte König Oskar große Mäßigung. In diesem Streit handelte es sich um die Frage, ob die Minister den Sitzungen des Storting beizuwohnen sollten, und ob der König gegen alle Beschlüsse des Storting ein absolutes Veto habe oder nur gegen solche, welche eine Veränderung der Verfassung bezwecken, bei allen anderen nur ein aufschiebendes. Da das Storting erklärte, seine Beschluß, daß die Minister den Sitzungen beizuwohnen hätten, wie dies in allen anderen konstitutionellen Ländern längst eingeführt sei, enthalte keine Verfassungsänderung und sei trotz des königlichen Vetos ein für Norwegen gültiges Gesetz, der König und die Minister aber darauf beharrten, daß der Beschluß eine Verfassungsänderung in sich schließe und deshalb dem absoluten Veto des Königs unterworfen sei, so stand man vor einem schwer zu lösenden Konflikt. Das Storting machte sich die Lösung desselben sehr leicht: in der Weise eines französischen Konvents handelnd, erklärte es die Minister, welche den König schlecht beraten hätten, für Hochverräter und versetzte sie in Anklagezustand. Das Reichsgericht, dessen Mehrheit aus Delegierten des radikalen Storting bestand, verurteilte 1884 sämtliche Minister und erklärte den größeren Teil derselben für abgesetzt. Auf das Entlassungsgesuch des Ministerpräsidenten Selmer berief der König ein anderes, gleichfalls konservatives Ministerium. Da dieses dem Storting gegenüber sich nicht halten konnte, so beauftragte er den Präsidenten des Storting, Sverdrup, mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Dasselbe, aus Radikalen und Liberalen zusammengesetzt, kam am 26. Juni 1884 zu stande, worauf dem Storting Geschenktwürfe über Teilnahme der Minister an den Sitzungen desselben und über Erweiterung des parlamentarischen und kommunalen Wahlrechts vorgelegt und von jenem genehmigt wurden. Infolge dieses parlamentarischen Gewaltaktes standen die Befugnisse der Krone Norwegen nicht höher als die des Präsidenten einer Republik. Im Juli 1889 erfolgte der Rücktritt des Ministeriums Sverdrup, worauf ein Mitglied der Rechten, Stang, den Auftrag erhielt, ein neues Ministerium zu bilden.

Mit der Eröffnung ihrer Alpenbahnen feierte die Schweiz im Jahre 1882 einen großen Triumph. Am 10. April erfolgte

die Einweihung der Monte-Cenero-Bahn, welche Bellinzona mit Lugano verbindet und durch einen zwischen der Schweiz und Italien abgeschlossenen Subventionsvertrag zu stande gekommen war. Ein noch weit großartigeres Werk war die Vollendung der Gotthardbahn, an deren Bau die Schweiz, Deutschland und Italien sich beteiligt hatten. In den Tagen vom 21. bis 24. Mai fand die Einweihung der Gotthardbahn statt durch einen Festzug von Mailand nach Luzern und von da zurück nach Mailand; dabei waren jene drei Staaten vertreten durch den schweizerischen Bundespräsidenten Bavier, durch den deutschen Minister Bötticher, Stellvertreter des Reichslanzlers, und durch den italienischen Minister Vaccarini. Die Eröffnung des regelmäßigen Verkehrs dieser Bahn, welche dem Weltverkehr einen bedeutenden Umschwung gab und besonders eine engere, Handel, Wissenschaft und Kunst fördernde Verbindung zwischen Deutschland und Italien herbeiführte, erfolgte am 1. Juni 1882. Den Kantonen der Ost- und Westschweiz wurde von der Luzerner Gotthardkonferenz von 1877 für die dortigen Alpenpässe, Splügen und Simplon, eine Subvention von  $4\frac{1}{2}$  Millionen Frank bewilligt. Für die Befestigung der Gotthardlinie gegen einen feindlichen Einfall wurde 1885 die Summe von 2,670,000 Frank genehmigt und zur Herstellung der nötigen Bauten ein Zeitraum von fünf Jahren in Aussicht genommen. Nach dem Militärgesetz von 1874 besteht das schweizerische Heer nicht mehr aus Auszug, Reserven und Landwehr, sondern nur aus Auszug und Landwehr; jener hatte 1887 eine Stärke von 120,393 Mann, diese eine solche von 81,435. Dazu kam noch der 1887 neuorganisierte Landsturm, welcher nahezu 200,000 Mann stark ist. Das Kriegsmaterial wurde vervollständigt und von den Offiziersvereinen als dringendstes Bedürfnis für die Schlagfertigkeit des Heeres und für die Landesverteidigung die Übertragung des gesamten Militärwesens an den Bund bezeichnet.

Die Streitigkeiten über die Bistümer Freiburg, Basel und Tessin wurden durch direkte Verhandlungen des Bundesrats mit der päpstlichen Kurie dahin beigelegt, daß die 1873 gegen Merimilob verfügte Ausweisung vom Bundesrat aufgehoben und derselbe als Bischof von Freiburg anerkannt wurde; daß der von den Kantonen der Diözese Basel abgesetzte Bischof Vachot zum Bistumsverweser in Tessin, der Dompropst Fiala und nach dessen

Tode der Regens des Priesterseminars in Luzern, Haas, zum Bischof von Basel ernannt und nach Sachats Tode der Kanton Tessin dem Bistum Basel zugeteilt wurde.

Das schweizerische Asylrecht, welches ursprünglich nur für politische Flüchtlinge internationale Geltung hatte, wurde von Sozialisten, Nihilisten und Anarchisten, die aus allen Ländern Europas in die Schweiz kamen und sich besonders in Genf, Bern, Zürich und Basel niederließen, sehr mißbraucht. Die Bundesbehörden ordneten in den Jahren 1879 bis 1889 mehrmals Ausweisungen an, durch welche 1888 auch die Redaktion des in Zürich erscheinenden und massenhaft in Deutschland eingeschmuggelten „Sozialdemokrat“ betroffen wurde; aber es ist begreiflich, daß die Beobachtung solcher Subjekte in der republikanischen Schweiz weniger streng und sorgfältig war als in einem monarchischen Staate. Die Verhaftung eines deutschen Polizeinspektors auf schweizerischem Boden, welcher 1889 mit einem bezahlten Lockspizel in Verbindung stand und seine Geschäfte leichtsinnig und unvorsichtig betrieb, veranlaßte einen diplomatischen Konflikt zwischen der deutschen Reichsregierung und dem schweizerischen Bundesrat, der, da jeder von beiden Teilen gewisse Bestimmungen des Niederlassungsvertrags anders auslegte, damit endigte, daß Deutschland diesen Vertrag kündigte. Der Konflikt war damit beseitigt; denn Handel mit der Schweiz anzufangen, vollends in einer Sache, in welcher sie nicht allein im Unrecht war, kam im Deutschen Reiche keinem Menschen in den Sinn. Die Aufstellung eines eidgenössischen Generalstaatsanwalts war das erste Zeichen der Reorganisation der schweizerischen Fremdenpolizei.

In den letzten Monaten des Jahres 1889 vollzogen sich wichtige Thatsachen in einigen Ländern. Die im Frühjahr veranstalteten Ausstände der Kohlenarbeiter in Westfalen, im Saargebiet, in Sachsen und Schlesien, welche Lohnerhöhung und Beschränkung der Schicht auf 8 Stunden forderten, wiederholten sich im Dezember in den zwei erstgenannten Gebieten. Der Reichskommissär Wismann zog von der ostafrikanischen Küste ins Innere, um die Karawanenstraße von Feinden zu befreien, und kam am 12. Oktober nach Mpwapwa. Dort trafen bald nachher die berühmten, fast für verloren gehaltenen Afrikareisenden Emin Pascha aus Wadelai und Henry Stanley, ein und zogen von da nach

Bagamoyo. Buschiri, dessen Angriffe inzwischen zurückgeschlagen worden waren, fiel in Gefangenschaft und wurde zur Strafe für seine Grausamkeiten aufgehängt. Kaiser Alexander III. von Rußland machte am 11. Oktober dem Kaiser Wilhelm einen Gegenbesuch, und letzterer wohnte am 27. Oktober der Vermählung seiner Schwester Sophie mit dem griechischen Kronprinzen in Athen bei und traf am 3. November in Konstantinopel ein, um den Sultan Hamid zu besuchen. In Frankreich wurden bei den Abgeordnetenwahlen vom 22. September und bei den folgenden Stichwahlen 362 Republikaner, gegen 100 Royalisten, 60 Bonapartisten und 50 Boulangeristen gewählt; Boulanger selbst wurde zwar im Bezirk Montmartre gewählt, aber wegen seiner Beurteilung die Wahl für ungültig erklärt. König Ludwig von Portugal starb am 19. Oktober, worauf sein Sohn Karlos I. den Thron bestieg; in Südoafrika erhob sich infolge des Vorgehens des Majors Serpa Pinto im Lambesigebiet ein Konflikt mit England, der mit Portugals Demütigung endigte. In Brasilien wurde am 15. November durch einen Militäraufstand Kaiser Pedro II. zur Abdankung und Auswanderung genötigt und die Republik der „Vereinigten Staaten von Brasilien“ gegründet. Die freiwillige Abdankung des Königs Milan von Serbien zu Gunsten seines 15jährigen Sohnes Alexander fand schon am 6. März statt, nachdem er eben erst dem Lande eine neue Verfassung gegeben hatte. Es wurde eine Regentschaft eingesetzt, an deren Spitze der frühere Ministerpräsident Nistitsch stand. In Rußland wurde diese Änderung als ein Triumph der russ. Politik angesehen.

In Deutschland nahm die soziale Frage immer mehr Aufmerksamkeit in Anspruch. Die zwei Erlasse des Kaisers Wilhelm vom 4. Februar 1890, welche die Besserstellung der Arbeiter und feste Abmachungen mit anderen Staaten über diese Frage bezweckten, waren eine staatsmännische That ersten Ranges. Die Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 zeigten ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie (dieselbe erhielt mehr als 1,300,000 Stimmen) und einen bedenklichen Rückgang der staatserkhaltenden Parteien. Durch diese Wahlen wurde Deutschland vor eine schwierige Zukunft gestellt.





Die Schwierigkeiten erschienen uns so größer, als mitten in die leidenschaftlichen Kämpfe der politischen Parteien und mitten in die auf eine glückliche Lösung der Arbeiterfrage gerichteten Bestrebungen ein Ereignis fiel, das eine halbe Welt in Aufregung versetzte. Infolge der kaiserlichen Erlasse ergingen fast an sämtliche Regierungen der europäischen Staaten Einladungen zur Beschickung einer Konferenz in Berlin, welche die zum Schutze der Arbeiter zu ergreifenden Maßregeln beraten sollte. Dieselbe wurde am 15. März 1890 eröffnet. Das Interessante dieser Thatsache wurde weit überwogen durch die Nachricht, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck am 18. März sein Entlassungsgeuch eingereicht und daß Kaiser Wilhelm II. dasselbe genehmigt habe. Die Gründe für den Rücktritt des Reichskanzlers lagen teils in dem Unterschied zwischen der vorwärtsdrängenden Kraft des 31jährigen Kaisers Wilhelm II. und dem behutsam abwägenden Geiste des 75jährigen Fürsten Bismarck, teils in der Forderung des Letzteren, daß, da er als Reichskanzler und als Ministerpräsident die Verantwortung für die äußere und innere Politik Deutschlands und Preußens zu führen habe, die Inhaber der Reichsämter und der preussischen Ministerien sich seinen Ansichten unterzuordnen hätten und nicht unabhängig von ihm einen selbständigen Verkehr mit dem Kaiser pflegen dürften. Da der Kaiser auf diese Forderung nicht einging, so mußte eine Scheidung erfolgen. Die Nachricht hievon erregte ungeheures Erstaunen und die tiefste Bestürzung in allen nationalen Kreisen Deutschlands; denn das Vertrauen auf Bismarcks Staatskunst war so groß, daß, solange er das Staatsruder führte, niemand an eine Gefahr des Vaterlandes dachte. Auch im Ausland, selbst in Frankreich und Rußland, wurde seinen Verdiensten die höchste Anerkennung und Achtung gezollt und namentlich hervorgehoben, daß die Erhaltung des europäischen Friedens hauptsächlich ihm zu danken sei.

Die beiden Schreiben, welche Kaiser Wilhelm am 20. März an den Reichskanzler richtete, waren in einem so warmen, so gewinnenden Tone abgefaßt, daß man deutlich sah, wie schwer dem Kaiser die Bewilligung des Abschiedsgeuches geworden ist. Das

eine Schreiben lautete: „Mein lieber Fürst! Mit tiefer Bewegung habe Ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktritts jetzt genötigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue Ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unerseßliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten. Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Ämtern als Reichskanzler, Minister Meines Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterland nicht fehlen werden. Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in Meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berater zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie Meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem deutschen Volke in dankbarer unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und thatkräftigen Friedenspolitik, die Ich auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als Zeichen dieses Dankes verleihe ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde Ich Ihnen Mein lebensgroßes Bild

zugehen lassen. Gott segne Sie, mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters! In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener dankbarer Kaiser und König Wilhelm J. R. Berlin 20. März 1890.“

Das zweite Schreiben hatte folgenden Inhalt: „Mein lieber Fürst! Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden sehen, in der Sie so lange Jahre hindurch für Mein Haus wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der unauslöschlichen Verdienste zu gedenken, die Sie Sich um Meine Armee erworben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt, in schweren Zeiten die für nötig erkannte Reorganisation unserer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben die Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee mit Gottes Hilfe von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldennütigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen Ihre Schuldigkeit als Soldat gethan, und seitdem bis auf diesen Tag sind Sie mit nie rastender Sorgfalt und Aufopferung bereit gewesen, einzutreten, um unserem Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohlthaten des Friedens zu schaffen. Ich weiß Mich eins mit Meiner Armee, wenn Ich den Wunsch hege, den Mann, der so Großes geleistet, auch fernerhin in der höchsten Rangstellung ihr erhalten zu sehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Obersten der Kavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls und hoffe zu Gott, daß Sie Mir noch viele Jahre in dieser Ehrenstellung erhalten bleiben mögen. Berlin, 20. März 1890. Wilhelm.“

Der „Reichsanzeiger“, welcher diese denkwürdigen Schriftstücke veröffentlichte, teilte zugleich mit, daß der Kaiser den kommandierenden General des 10. Armeekorps, General der Infanterie v. Caprivi zum Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums ernannt und den Staatsminister, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen v. Bismarck-Schönhausen mit der

Leitung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten ein-  
weilen beauftragt habe. Wenige Tage darauf wurde, als Graf  
Herbert v. Bismarck gleichfalls sein Entlassungsgeſuch einreichte  
und demſelben vom Kaiſer entſprochen wurde, auch das Miniſterium  
des Außern dem neuen Reichskanzler übertragen. Daß Fürſt  
Bismarck ſelbſt letzterem, der 1883 bis 1888 den Poſten eines  
Chefs der Admiralität bekleidet hat, hinſichtlich ſeines Charakters  
und ſeiner Befähigung das höchſte Lob ſpendete, hatte für alle  
diejenigen, welche nach Bismarcks Rücktritt beſorgt in die Zukunft  
ſchauten, etwas Beruhigendes.













